DEUTSCHE GESCHICHTE: VOM TODE FRIEDRICHS DES GROSSEN BIS...

Ludwig Häusser

Digitized by Google

07967

MEDICAL LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google

I have 4th ed.
I have 3d ed

Deutsche Geschichte

vom

Tode Friedrichs des Großen

bis

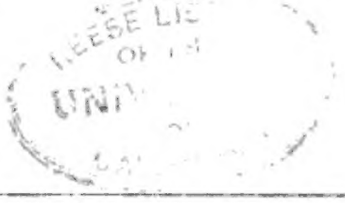
zur Gründung des deutschen Bundes.

Von

Ludwig Häusser.

Dritte verbesserte und vermehrte Auflage.

Erster Band.



Berlin.

Weidmannsche Buchhandlung.
(R. Reimer.)

1861.

Digitized by Google

DD197
H3
v.1

REESE

Digitized by Google

Vorwort zur dritten Auflage.

Es ist gerade ein Jahr verflossen, seit ich durch die rasche Verbreitung, welche die zweite Auflage fand, veranlaßt worden bin, die Forschungen auf einem andern Gebiet der deutschen Geschichte, in welche ich damals vertieft war, vorerst zu unterbrechen und an eine neue Ausgabe dieses Werkes zu denken. An Stoff zur Arbeit hat es diesmal so wenig wie vorher gefehlt.

Denn wer den Erfolg eines Buches richtig schätzt, wird sich dadurch viel weniger zur Ueberhebung eignen Verdienstes versucht, als zu würdigerer Leistung angespornt fühlen. Drängen sich doch die Mängel und Unvollkommenheiten, woran die Anlage des Ganzen wie die Erforschung und Darstellung des Einzelnen leidet, erst bei wiederholter Durcharbeitung recht merkbar vor die Augen, und machen Einen dann nicht selten über den Erfolg betreten, der dem Werke in dieser Gestalt zu Theil geworden ist. So ist auch durchweg mein Eindruck gewesen, als ich von Neuem an diese Arbeit heranging.

Ich habe darum meine ganze Muße der neuen Ausgabe gewidmet, deren erster Theil hier vorliegt. Es wurde die Darstellung in allen ihren Einzelheiten einer wiederholten Prüfung unterworfen, Weitläufiges gekürzt, die Form gebessert, insbesondere aber in den meisten Abschnitten ein reicheres und vollständigeres Bild der Dinge gegeben, als es mir in den früheren Bearbeitungen möglich war.

Denn es ist dieser neuen Auflage ein Wesentliches zu Gute gekommen: die Einsicht in die Acten des preußischen geh. Staats- und Cabinetsarchivs, welche mir von der königlichen Regierung in liberalster Weise gestattet und von den Beamten des Archivs, namentlich Herrn Geh.

Digitized by Google

Rath Dr. Friedländer mit einer Freundlichkeit und Hingebung erleichtert worden ist, für die ich nicht genug danken kann. Durch diese Arbeiten, die mich mehrere Monate nach Berlin führten, haben die Forschungen, welche ich früher bei anderen Archiven angestellt, eine sehr erwünschte Ergänzung erhalten. Gleich im ersten Bande ist die Geschichte der deutschen Politik seit den Congressen von Reichenbach und Pillnitz, die Entstehung und der Verlauf der Revolutionskriege, ihr Zusammenhang mit den östlichen Verwicklungen, die Genesis des Basler Friedens und die Verhandlung darüber vollständiger dargelegt, als dies der frühere Quellenvorrath zuließ. Im folgenden Theil wird die Gestaltung der österreichisch-preußischen Verhältnisse während der Jahre 1796—99 in deutlicheren Zügen erscheinen, die Geschichte des Rastatter Congresses und der Verhandlungen, die der Umwälzung von 1803 vorangingen, werthvolle Bereicherungen erhalten. Wenn ich auch im Großen und Ganzen die Genugthuung hatte, daß die Auffassung des Werkes durch diese neuen Quellen nicht wesentlich alterirt worden ist, so sind die Ergänzungen und Zusätze doch so mannigfaltig, daß ich wohl sagen darf: es sei mehr eine umgearbeitete, als nur verbesserte Ausgabe des Buches, die ich jetzt vorlege. Ebendarum ist auch, wie der erste Theil zeigt, ungeachtet vieler Kürzungen im Einzelnen, der Umfang im Ganzen doch gewachsen; es fällt diese Ausdehnung namentlich auf die Abschnitte, welche die zweite Hälfte des Bandes bilden. In der ersten ist Manches eher in gedrängterer Form wiedergegeben.

So darf ich denn wohl mit gutem Muthe diese neue Arbeit in die Nation hinausgeben, und bei ihr für die verbesserte Gestalt auf die gleiche Nachsicht rechnen, die sie der unvollkommeneren geschenkt hat.

Heidelberg im October 1861.

L. Häusser.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung.

Das Reich nach dem westfälischen Frieden. S. 1—12.

Der westfälische Friede 3
Verfall der Reichseinheit . . . 4
Aufblühen der Landeshoheit . . . 5
Reichsverfassung und Reichstag . 7
Charakter der Zeit nach dem Frieden 9
Bedeutung der einzelnen Territorien 10

Erstes Buch.

Das deutsche Reich bis zum Tode Friedrichs des Großen (— 1786.) S. 13—190.

Erster Abschnitt. Oesterreich bis zum Tode Karl VI. (1740). S. 15—32.

Der österreichische Erbstaat . . . 15
Das Haus Habsburg 16
Innere Politik 18
Das deutsche Element . . . 19
Oesterreich und das deutsche Reich 21
Leopold I. 25
Joseph I. 28
Karl VI. 29
Eugen von Savoyen 29
Zustände bei Karls VI. Tode . . 31

Zweiter Abschnitt. Preußen bis zum Regierungsantritt Friedrichs II. (1740). S. 33—46.

Entstehung des brandenburg. Staates 33
Oesterreich und Brandenburg . . 34
Eigenthümlichkeit des brandenburg. Staatswesens . 35
Verhältniß zum Protestantismus . 36
Brandenburg im 17. Jahrhundert 38
Friedrich Wilhelm der große Kurfürst 39
Friedrich I. König von Preußen . 43
Friedrich Wilhelm I. 44
Seine Hinterlassenschaft 45

Dritter Abschnitt. Die Zeit Friedrichs II. und Maria Theresias. S. 47—63.

Friedrich II 47
Die Thronbesteigung 48
Seine Grundsätze und Regierungsweise 50
Einwirkung auf Deutschland . . 52
Verhältniß zum Reiche und zur Kaiserwürde 54
Anfänge Maria Theresias . 55
Grundlegung des österr. Gesammtstaates 57
Reformen der Kaiserin 57
Centralisation des Reiches . . . 58
Hebung der Staatsmacht . . . 60
Die beiden Großmächte und das Reich 62

Vierter Abschnitt. Das deutsche Reich und seine Verfassung. S. 64—90.

Die Lage des Reiches 64
Das Kaiserthum 65
Der Reichstag 67
Sein Verfall 70
Das Reichskammergericht . 73
Der Reichshofrath 77
Die Kreisordnung 79

Digitized by Google

Seite

Werth der Kreisverfassung . . . 83
Wehrverfassung des Reiches . . 84
Die Reichsarmee 87
Rückblick 89

Fünfter Abschnitt. Die einzelnen Stände des Reiches. S. 91—132.

Die Landeshoheit 91
Ihre Unbeschränktheit 92
Die Landstände 93
Der fürstliche Absolutismus . . 94
Sein Walten im achtzehnten Jahrhundert 95
Die geistlichen Staaten . . 97
Character ihres Regiments . . . 98
Ihr Verhältniß im 18. Jahrhundert 101
Die geistlichen Kurfürstenthümer . 103
Die fränkischen Bisthümer . . . 108
Lage der geistlichen Staaten . . 109
Die kleinen Reichsfürsten und Reichsgrafen 111
Die Reichsritterschaft . . . 114
Verfall derselben 118
Die Reichsstädte 123
Ansicht der Zeitgenossen über das Reich 129

Sechster Abschnitt. Friedrich II. und Joseph II. S. 133—161.

Die Monarchie Friedrichs II. . . 133
Ihre Lage nach dem siebenjährigen Kriege 136
Erste Theilung Polens . . 138
Kaiser Joseph II. 144
Der bairische Erbfolgestreit . . . 145
Joseph II. als Alleinherrscher . . 147
Regierungsweise in den Erbstaaten 148
Vorschreiten gegen die Hierarchie . 151
Umgestaltung des Alten 153
Oesterreich und Rußland. . . . 154
Russische Einmischung in Deutschland 155
Isolirung Friedrichs II. 156
Josephs Politik im Reich . . . 157
Uebergriffe und Gewaltschritte . . 158
Oesterreich und Preußens Stellung 160

Seite

Siebenter Abschnitt. Der Fürstenbund. S. 162—190.

Frühere Bündnisse. 162
Erste Anregungen 163
Der badische und der zweibrücker Entwurf 165
Friedrichs persönliche Anregung . 168
Sein Drängen 170
Die Denkschrift vom November 1784 172
Das Project des bairischen Ländertausches 173
Preußischer Entwurf des Fürstenbundes 176
Oesterreichs Gegenschritte . . . 177
Verhandlungen in Berlin . . . 178
Abschluß des Bundes (Juli 1785) 180
Erweiterung desselben 183
Charakter des Fürstenbundes . . 184
Ansichten der Zeitgenossen . . . 186
Die patriotischen Illusionen . . 187

Zweites Buch.

Vom Tode Friedrichs II. bis zum Frieden von Basel (1786—1795). S. 191—597.

Erster Abschnitt. Oesterreich und Preußen bis zum Reichenbacher Vertrag (Juli 1790). S. 193—267.

Preußen beim Tode Friedrichs II. 193
Friedrich Wilhelm II. . . . 197
Seine Anfänge. 199
Umschwung der inneren Politik 201
Bischofswerder und Wöllner . . 202
Religions- und Censuredicte . . 204
Stimmungen der Zeit 205
Friedrich Wilhelms äußere Politik. 207
Die holländische Verwicklung . . 207
Allianz mit den Seemächten . . 212
Geschicke des Fürstenbundes . . 213
Karl August über den Fürstenbund 217

Digitized by Google

Seite

Die preußische Politik in der kirchlichen Frage 218
Der Emser Congreß 219
Preußische Vermittlung in Rom . 220
Die orientalische Verwicklung 221
Preußische Politik gegenüber d. Pforte 223
Ausbruch des Türkenkrieges . . 224
Hertzbergs Project 225
Pläne von Diez 227
Andere Ansichten 228
Verlauf des Türkenkrieges . . . 230
Preußische Politik 1788 und 1789 231
Schwankungen derselben 234
Neigung zu entschiedenem Vorgehen 238
Bündniß mit den Türken 1790 . 240
Eindruck in Berlin 242
Preußen gegen Oesterreich und Rußland 243
Kriegsaussichten 243
Die Lütticher Sache 244
Tod Josephs II. (Febr. 1790) 245
Leopold II. 247
Annäherung an Preußen . . . 248
Unterhandlungen 249
Verhandlungen zu Reichenbach . . 255
Umschlag der preuß. Politik . . 260
Reichenbacher Vertrag (Juli 1790) 264
Lage Preußens 265
Stellung Hertzbergs 266

Zweiter Abschnitt. Das deutsche Reich bis zum Anfang der Revolutionskriege (1790—1792). S. 268—346.

Stimmen über die Zustände des Reiches 268
Erste Eindrücke der französischen Revolution 270
Wirkung auf die Massen . . . 272
Kaiserwahl Leopolds II. (Herbst 1790) 273
Die Beschwerden gegen Frankreich 275

Seite

Die Revolution und die Rechte der deutschen Reichsstände 277
Versuche friedlicher Ausgleichung . 279
Reichstagsverhandlungen von 1791 281
Die geistlichen Stände 282
Mäßigung der weltlichen . . . 283
Reichsgutachten 284
Gährungen in den geistlichen Landen 286
Die Lütticher Sache 287
Preußens Haltung 289
Seine Niederlage 291
Gefahr, die in den geistlichen Staaten lag 291
Die Emigration in Worms und Coblenz 292
Ihr Treiben 292
Kurtrier und Frankreich 294
Russische Einmischungsgelüste . . 294
Die Ursachen der Verwicklung mit Frankreich . . . 295
Oesterreich und Preußen seit Ende 1790 295
Nachwirkung der Reichenbacher Politik 296
Leopolds II. Taktik 297
Hertzbergs Isolirung 298
Vorbereitung seines Sturzes . . 299
Hertzberg und Kaunitz beseitigt. . 300
Polnische Verwicklungen 302
Die Verfassung vom 3. Mai . . 303
Preußens Haltung dabei . . . 304
Annäherung an Oesterreich . . . 305
Sendung Bischofswerders im Mai 1791 305
Seine Verhandlung mit Leopold . 308
Hinweis auf Intervention in Frankreich 308
Eindrücke in Berlin 309
Abneigung des Ministeriums gegen alle Intervention 310
Leopolds erste Schritte gegen die Revolution 311
Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen (Juli 1791) 313

Digitized by Google

Seite

Ansichten Beider über die französischen Zustände 314
Geringe Neigung zum Einschreiten 315
Congreß zu Pillnitz (Aug. 1791) 317
Abwehr der Emigranten 318
Bedeutung und Gefahr der Pillnitzer Erklärung 319
Stimmung Friedrich Wilhelms II. 321
Drängen Rußlands 321
Oesterreichs Haltung 322
Die Kriegspartei in Frankreich . 324
Ihre Agitationen 325
Stimmung in Wien und Berlin . 327
Eindruck der Kriegsaussichten . . 328
Bemühungen, den Frieden zu erhalten 329
Treiben der extremen Parteien . 330
Wachsende Agitation 331
Drohende Beschlüsse der National-Versammlung 332
Rückwirkung in Berlin und Wien 333
Leopold noch friedlich gestimmt . 334
Oesterreichisch-preußische Allianz (Febr. 1792) 334
Des Kaisers letzte Erklärungen. . 335
Französisches Drohen 337
Tod Leopolds II. (März 1792) 337
Taktik der Franzosen 338
Drängen zum Bruch 339
Kriegserklärung an Oesterreich (20. April 1792) . . 340
Frankreich und der Krieg . . . 340
Lage des deutschen Reiches . . . 342
Ausbruch des Kampfes in Belgien 344
Erste Kriegsereignisse 345

Dritter Abschnitt. Der Feldzug in der Champagne (1792). S. 347—400.

Franz II. zum Kaiser erwählt 347
Fürstencongreß am Rhein . . . 347
Die deutschen Mächte und der Krieg 348
Die polnische Frage. 350
Umschlag der preußischen Politik . 351

Seite

Rußland schlägt eine neue Theilung vor 352
Preußens Haltung dabei. 353
Feindseligeres Benehmen gegen Polen 354
Auch Oesterreich zeigt sich willig . 356
Wirkung der polnischen Dinge. . 357
Oesterreich greift das bairische Tauschproject wieder auf 358
Aussichten für den großen Krieg . 359
Der Feldzug von 1792 . . 360
Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig 360
Der Kriegsplan 361
Ludwig XVI. und die Verbündeten 362
Treiben der Emigration 363
Das Manifest vom 25. Juli. 364
Aufbruch der Preußen 366
Eröffnung des Feldzugs. 367
Einnahme von Longwy und Verdun 369
Abweichende Ansichten über den weiteren Kriegsplan 371
Die Entscheidung des Feldzuges . 373
Verhältnisse im französischen Lager 373
Schwankungen der preußischen Kriegsleitung. 374
Kanonade von Valmy (20. Sept.) 377
Ihre Bedeutung 379
Dumouriez versucht Unterhandlungen 380
Ihr Bruch. Neues Manifest . . 384
Rückzug der Preußen. 387
Scheinunterhandlungen auf dem Rückzug 388
Spannung zwischen Oesterreich und Preußen 391
Räumung Frankreichs 393
Verhältniß der kriegführenden Mächte 394
Abermals die Polnische Frage 395
Wunde Stelle der Allianz . . . 397
Preußen begehrt Entschädigung. . 398
Note vom 25. Oct. 399
Lage am Schlusse des Feldzugs . 400

Digitized by Google

Seite

Vierter Abschnitt. Die Begebenheiten am Rhein (Oct.—Dez. 1792.) S. 401—434.

Die Umwälzung in Mainz . 401
Verhältnisse im mainzer Kurstaat . 402
Haltung der Regierung 404
Erstes Vorgehen Custines . . . 406
Rathlosigkeit und Desertion in Mainz 408
Custine vor Mainz 413
Uebergabe der Festung (21. October.) 414
Unruhe und Flucht im ganzen Westen 415
Ohnmacht der Kleinstaaten . . . 416
Treiben der Franzosen 417
Brandschatzung von Frankfurt . . 418
Die Revolution in Mainz . . . 419
Georg Forster 421
Stimmung der Bevölkerung . . 424
Verfahren der Franzosen . . . 426
Verlauf der Mainzer Umwälzung . 426
Decrete vom 15. Dez. 427
Der Fortgang des Krieges . . . 428
Schlacht bei Jemappes (6. Nov.) 429
Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen 430
Einnahme von Frankfurt (2. Dez) 432

Fünfter Abschnitt. Der Kampf um Mainz und Belgien (bis Juli 1793). S. 435—479.

Verständigung Oesterreichs und Preußens 435
Feststellung der Entschädigungen . 437
Pläne für den Feldzug . . 439
Streitkräfte der Verbündeten . . 442
Die Preußen und Wurmser . . 443
Zerrüttung der Reichszustände . . 444
Der Reichstag im Spätjahr 1792 445
Der Reichskrieg beschlossen . 448
Die einzelnen Reichsstände und der Krieg 449
Weissagung des Herzogs von Braunschweig 451

Seite

Eröffnung des Krieges in den Niederlanden 452
Schlacht bei Neerwinden (18. März) 455
Rückzug und Auflösung der Franzosen 456
Abfall und Flucht von Dumouriez 457
Der Kriegsrath zu Antwerpen . . 459
Eröffnung des Feldzugs am Mittelrhein 459
Blocade von Mainz 461
Wurmser und der Herzog . . . 463
Ausgang der Mainzer Republik . 465
Belagerung von Mainz . . 468
Uebergabe (23. Juli) 471
Die Restauration in Mainz . . 473
Reaction in Folge der Mainzer Vorgänge 474
Die literarischen Stimmungen der Zeit 475
Haltung der Regierungen . . . 477
Die revolutionären Gefahren . . 477

Sechster Abschnitt. Der Feldzug von 1793. S. 480—533.

Lage nach dem Fall von Mainz . 480
Rußland und Preußen 481
Theilungsvertrag vom 23. Jan. . 482
Ministerwechsel in Oesterreich 483
Thugut 484
Eindruck in Preußen 485
Preußische Stimmen 487
Politische Lage der kriegführenden Mächte 488
Der Kampf in den Niederlanden . 489
Fall von Condé und Valenciennes (Juli) 490
Verzweifelte Lage Frankreichs . . 490
Versäumniß der Coalition . . . 491
Sieg der Sonderinteressen . . . 491
Belagerung von Dünkirchen (Aug.) 492
Der entscheidende Moment verloren 492
Treffen bei Hondscote (8. Sept.) 493

Digitized by Google

	Seite
Belagerung von Maubeuge . . .	493
Treffen bei Wattignies (15. 16. Octbr.)	494
Charakter des Feldzugs	495
Die Kriegführung am Rhein . .	495
Unthätigkeit und Zwietracht . . .	496
Politische Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen	498
Rückwirkung auf den Krieg . .	500
Zwiespalt in den Cabineten und im Lager	501
Treffen bei Pirmasens (14. Sept.)	503
Weitere Vorgänge	504
Friedrich Wilhelms II. Abreise nach Polen	505
Die polnische Verwicklung . . .	505
Vertrag über die zweite Theilung (23. Jan.)	506
Einmarsch in Polen	506
Oesterreichs Taktik in Polen . .	508
Unruhe der preuß. Staatsmänner	508
Differenz mit Rußland	509
Die Wirkungen auf den Krieg .	510
Der Reichstag zu Grodno . . .	511
Verzögern des Abschlusses . . .	512
Die Entscheidung in Polen . . .	515
Politische Nachwirkungen . . .	515
Programm Lucchesinis	516
Oesterreich-preußische Beziehungen .	517
Der Gang des Krieges	517
Einnahme der Weissenburger Linien (13. Oct.) . . .	518
Wurmsers Entwürfe auf das Elsaß	519
Wurmser und der Herzog . . .	520
Vordringen der Franzosen . . .	521
Treffen bei Kaiserslautern (28. 30. Nov.)	522
Blocade von Landau	524
Uneinige Kriegsleitung	525
Angriff der vereinigten franz. Heere	525
Verhandlungen Wurmsers mit dem Herzog	526
Glückliche Angriffe der Franzosen (Dez.)	528
Wurmser muß weichen	528
Rückzug der Kaiserlichen . .	529
Die Belagerung von Landau aufgehoben	529
Eindruck der letzten Vorgänge . .	530
Entlassungsgesuch des Herzogs . .	531
Rückblick auf den Feldzug . . .	531
Die Kriegsweise der Franzosen .	532

Siebenter Abschnitt. Auflösung der Coalition. S. 534—597.

Die Lage in Frankreich	534
Zerrüttung der Coalition . . .	535
Preußens Geldnoth	535
Stimmung in Wien	536
Preußische Geldforderung . . .	537
Haltung Oesterreichs und Rußlands	537
England bereit zu Subsidien . .	539
Unterhandlung Lord Malmesburys	540
Preußische Versuche um Geldhülfe	542
Fruchtlose Anträge beim Reich .	542
Oesterreich weigert die Subsidien .	544
Preußen beschließt die Truppen abzurufen	545
Neue Unterhandlungen	545
Der Haager Vertrag (19. Apr. 1794)	546
Character des Vertrages. . . .	547
Der Feldzug in Belgien . .	549
Coburg und der Wiener Hof . .	550
Erste glückliche Gefechte	551
Treffen bei Turcoing (18. Mai.) .	552
Der Krieg am Rhein . . .	553
Vordringen der Preußen (Mai) .	554
Streit über den Haager Vertrag .	555
Der polnische Aufstand . .	557
Zerwürfniß zwischen Preußen und den Seemächten	559
Wirkungen auf die Armee . . .	563
Vordringen der Franzosen am Mittelrhein	564
Gang des Kampfes in den Niederlanden	564
Entschluß Oesterreichs, Belgien zu räumen	565

	Seite
Kämpfe an der Sambre	566
Schlacht bei Fleurus (26. Juni)	567
Räumung Belgiens	568
Preußische Sendung Dohms	569
Rücktritt des Prinzen von Coburg	569
Friedrich Wilhelms Weisungen an Möllendorf	570
Verabredung zu Schwetzingen	571
Trier von den Franzosen genommen (9. Aug.)	572
Letzte Gefechte bei Kaiserslautern	572
Rückzug der Oesterreicher über den Rhein	573
Gefährdung Hollands	573
Peinliche Lage Preußens	575
Hertzbergs verspätete Rathschläge	575
Zeichen der Auflösung der Coalition	576
Der Plan eines Separatfriedens erwogen	577
Friedensneigung in Berlin	578
Widerstreben des Königs	578
Lucchesini zur ersten Anknüpfung ermächtigt	579
Möllendorfs Vorschläge	579
Erste Anknüpfung mit Frankreich	580
Abmarsch der Preußen	581
Friedensanträge am Reichstag	581
Preußen um 1672 und jetzt	582
Unterhandlung in Basel	582
Abermals Einwirkung der polnischen Sache	582
Rußland wirft den Aufstand nieder	583
Verständigt sich mit Oesterreich	584
Entzweiung mit Preußen	584
Theilungsvertrag vom 3. Januar 1795	584
Die geheime Declaration vom 3. Januar	584
Eindrücke in Preußen	585
Beispiele des Abfalls vor der Coalition	585
Inzwischen der Abschluß erfolgt	585
Goltz nach Basel abgesendet	586
Seine Instruction	586
Die Frage der Gebietsabtretung	587
Harnier geht nach Paris	588
Die Eroberung Hollands	588
Rückwirkung auf die Franzosen	588
Harniers Verhandlung mit dem Wohlfahrtsausschuß	589
Ablehnung der preußischen Forderungen	589
Lage Preußens	590
Gründe für einen Frieden	590
Bedrängniß der Franzosen	591
Aussicht auf einen vortheilhaften Abschluß	591
Zwiespalt im preußischen Ministerium	591
Es siegt der Rath von Haugwitz	591
Weitere Nachgiebigkeit	592
Tod von Goltz	592
Hardenberg sein Nachfolger	592
Dessen Ansichten über den Frieden	593
Seine Instruction	594
Das Ministerium nachgiebiger als er	594
Die letzten Verhandlungen	595
Der Friede von Basel (5. April 1795)	595
Hardenbergs Meinung darüber	596
Rückblick	597

Digitized by Google

Einleitung.

Das Reich nach dem westfälischen Frieden.

Digitized by Google

Die Verträge von Osnabrück und Münster hatten Deutschland den lange ersehnten Frieden gegeben, aber Land und Volk zeigten allenthalben die traurigen Folgen einer dreißigjährigen Erschütterung, in welcher die Verheerungen des Krieges mit den Schrecken einer Revolution gewechselt hatten. Ganze Landschaften, die blühendsten zumal, lagen in beispielloser Verwüstung, waren entweder von ihren Bewohnern verlassen, oder so tief verfallen, daß die Sorge und Arbeit mehr als eines Menschenalters nöthig war, auch nur die groben Spuren der Zerstörung zu verwischen. Der einst so mächtige Aufschwung des städtischen Lebens war gebrochen; Industrie, Handel und Schifffahrt hatten ihre alten Sitze für lange Zeit, zum Theil für immer, verlassen; die Macht der Hanse, schon im vorangegangenen Jahrhundert tief erschüttert, war nun vollends zu Ende gegangen; ihre ehemalige Weltstellung war theils den mächtig aufstrebenden Nachbarstaaten, theils den von Deutschland losgerissenen Gebieten anheimgefallen. Das alte Reich selber, durch alle Wechselfälle früherer Jahrhunderte in seinem Umfange nicht wesentlich beschränkt, hatte jetzt die ersten großen und bleibenden Verluste an Land und Leuten aufzuzählen. Denn nicht nur die Abfälle alter Zeiten, wie die schweizer Eidgenossenschaft, erlangten damals ihre rechtliche Anerkennung, nicht nur die lothringischen Bisthümer wurden aus einem bestrittenen Besitz ein rechtmäßiges Eigenthum des westlichen Nachbarn, es ward zugleich die fremde Oberherrlichkeit im Elsaß, in Pommern, in Bremen und Verden anerkannt und — fast die schmerzlichste von allen Einbußen — der kostbare Besitz der burgundischen Niederlande war theils in fremde Hand gerathen, theils in die Bahnen einer auf deutsche Kosten aufblühenden Sonderentwicklung hineingedrängt worden. Mit der Herrschaft über die Ostsee hatte also Deutschland zugleich den wichtigsten Zusammenhang mit der Nordsee verloren und fand sich nun ausgeschlossen von dem Antheil an Macht und Reichthum, den die Nationen auf den Meeren und in den Colonien erwarben. Die deutsche Nation selber war aber jetzt am wenigsten dazu angethan, so furchtbare Nachwehen rasch zu überwinden. Sie stand am Ende eines Kampfes, der den patriotischen Gemeinsinn auf langehin vernichtet und dafür oben wie unten die niedrigsten Leidenschaften entfesselt, der die ausländische Einmischung

herbeigerufen und eine scheußliche Tyrannei einheimischer und ausländischer Söldner begründet hatte. Es lebte eine ganze Generation, die nichts anderes gesehen, als diesen Bürgerkrieg mit seinen entsittlichenden Folgen. Wohin man schaute, überall bot sich eine verarmte und verwilderte Bevölkerung, die mit dem alten Wohlstand auch das Selbstgefühl und den Freiheitssinn besserer Tage verloren hatte.

Auch für die Verfassung des deutschen Reiches hat der westfälische Friede auf lange Zeit hin die Entscheidung gegeben. Es war fortan nicht mehr zweifelhaft, ob im Reiche die einheitliche oder vielheitliche Ordnung der Dinge vorherrschen, ob Kaiserthum oder Fürstenthum überwiegen, ob das Band einer festen Staatseinheit oder nur ein loser Föderalismus die deutschen Lande zusammenhalten werde. Noch im sechszehnten Jahrhundert hatte Karl V. einen mächtigen Anlauf zur Herstellung einer monarchisch-militärischen Autorität genommen, wie sie sich damals in den meisten Staaten Europa's festsetzte; ja noch im siebzehnten konnte es eine Zeitlang scheinen, als werde Ferdinand II. die Entwürfe seines Ahnherrn mit besserem Erfolge wieder aufgreifen, allein das eine wie das andere Mal behauptete die Vielheit der Territorialgewalten, insbesondere das Fürstenthum, den endlichen Sieg. Dieser Sieg war diesmal vollständig und unbestritten: um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, enthielt die Friedensacte von 1648 die Grundgesetze einer aristokratisch-föderativen Verfassung, in der es fast weniger auffallend erscheint, daß die monarchische Gewalt so sehr in Schatten trat, als daß man sie überhaupt noch dem Namen nach bestehen ließ.

Denn ungeachtet der überlieferten Bezeichnungen von „Kaiser“ und „Reich“ stellte Deutschland nur noch eine lockere Föderation einzelner territorialer Gewalten dar. Von den Kurfürstenthümern und Fürstenthümern geistlichen und weltlichen Ursprungs an bis zu den reichsgräflichen, städtischen und ritterschaftlichen Territorien herab hatte sich eine bunte Masse von Gebieten ausgebildet mit besonderen Grundgesetzen, eigner Rechtspflege und Polizei, eignen Steuern, eignen Kriegsordnungen, ja mit dem anerkannten Rechte, Krieg zu führen, Frieden zu schließen und völkerrechtliche Bündnisse einzugehen. Gegenüber dieser so vielfältigen Gliederung, die in dem angebornen Individualismus der deutschen Natur ihre starke Grundlage fand, vermochte der Grundsatz einer abgeschwächten, mittellosen Einheitsgewalt nur ein unzulängliches Gegengewicht zu üben; wie hätte, wo sich alle Staatskraft und Staatsthätigkeit in die einzelnen Kreise flüchtete und dort zum Theil zu lebenskräftiger Entfaltung gedieh, eine kaiserliche Macht sich behaupten sollen, deren Träger zudem von ganz andern, außerdeutschen Interessen dynastischer und territorialer Art bestimmt war?

Vielmehr zeigt uns die nächste Epoche deutscher Entwicklung durchgängig das eine Ergebniß: während die Formen und Ueberlieferungen des alten Reichs einer unausweichlichen Verwesung anheimfallen, gewährt die Geschichte

einzelner Territorien ein reiches Bild lebendiger und bewegter Entfaltung; hier gedeiht die Heereskraft und der Waffenruhm, hier wird Cultur und Wohlstand gefördert, hier entwickeln sich die Bedingungen eines staatlichen Lebens, hier ist den Einzelnen Rechtsschutz und Sicherheit gegeben, indeß im großen Umkreise des Reiches Staatsgewalt, Gesetzgebung, Rechtspflege und Waffenmacht immer kläglicher verfielen. Denn mit der Einschränkung der kaiserlichen Autorität über das Ganze hielt das Wachsthum der landesfürstlichen Macht im Einzelnen vollkommen gleichen Schritt. Die nächsten öffentlichen Acte, welche den Friedensverträgen von 1648 folgen, bilden zugleich deren Ergänzung. Die Wahlcapitulation von 1658 bestätigte den Fürsten nicht nur ihre früheren Rechte gegenüber dem Kaiser, sondern erweiterte zugleich ihre Selbstherrlichkeit gegenüber ihren Unterthanen. Man begnügte sich nicht, den Landständen die Disposition über die Landessteuern zu entziehen, es sollte zugleich jeder Versuch eines gesetzlichen Widerstandes gegen die Uebergriffe der neuen Herrschaftsgelüste unmöglich gemacht werden. „Wenn Jemand" — so lautete die bezeichnende Stelle — „von den Landständen oder Unterthanen deswegen bei den Reichsgerichten etwas anbringen oder suchen würde, so sollte er ab- und zur schuldigen Parition an seinen Landesherrn gewiesen werden." Schon vorher war der Widerstand der ständischen Körperschaften gelähmt und die Strömung der Zeit selbst war auf dem gesammten europäischen Festlande nicht ermuthigend für eine ständische Opposition. Vielmehr richtete sich der Zug des Jahrhunderts auf Befestigung absoluter Fürstengewalt, auf Einverleibung der rings umschlossenen und schutzlosen reichsunmittelbaren Gebiete, auf Errichtung eines Regiments, das seine Selbständigkeit mit ergiebigen Finanzen und einem stehenden Heere stützte. Das Vorbild Frankreichs war für keinen der deutschen Landesherren völlig verloren; vielmehr nahm die Reaction gegen Landstände und selbständige Körperschaften, das Uebergreifen gegen die Reichsstädte, das Auflegen neuer Staatslasten in Deutschland im Kleinen ganz denselben gewaltsamen Gang, wie das Gleiche zur nämlichen Zeit von Ludwig XIV. im Großen durchgeführt worden ist. Das Verfahren der Fürsten gegen Erfurt, Magdeburg, Münster, Braunschweig, Cöln u. s. w. ist im Einzelnen nicht besser motivirt und nicht weniger gewaltthätig, als die Politik Ludwigs XIV., gegen die sich zuletzt der größere Theil von Europa auflehnte; die Staatsraison ist dort wie hier die letzte Rechtfertigung. Daß in solcher Zeit die Fürstengewalt Schritt vor Schritt vorwärts drang, den landständischen Widerstand brach, das Steuerbewilligungsrecht in seinem Nerv durchschnitt, erklärte sich durch die ganze Gestalt der Verhältnisse. Einen erfolgreichen Widerstand dagegen zu leisten, war einer Bevölkerung nicht möglich, die mit dem Wohlstand zugleich das eifersüchtige Freiheitsgefühl der alten Zeit verloren hatte. Ein verarmter Adel, der im Dienst der neuen Herren seine Existenz suchte, ein Bürgerstand ohne selbständigen Handel und Industrie, überhaupt ein Volk, das durch

Noth und Elend herabgekommen, durch die Richtung der Zeit, wie durch die herrschende Lebensansicht zum passiven Gehorsam und sich Unterordnen theils erzogen, theils gezwungen war — das waren die Elemente nicht, die gegen den aufstrebenden Absolutismus des Jahrhunderts eine Schranke aufzurichten vermochten. Vergebens versuchte der Kaiser noch einen schüchternen Widerstand, als er 1670 dem fürstlichen Verlangen, „die Unterthanen sollten die zur Verpflegung des Kriegsvolkes und zur Unterhaltung der Festungen erforderlichen Mittel gehorsam und unverweigerlich darreichen," vorerst noch die Zustimmung versagte; indem er sich den Zusatz gefallen ließ, „die Unterthanen sollten verpflichtet sein zu zahlen, was nach dem Herkommen und dem Bedürfniß erforderlich sei," gab er doch mit der andern Hand zu, was er mit der einen verweigerte.

Gegen fürstliche Gewalten, die fast sämmtliche Hoheitsrechte an sich gezogen, ohne deren Zustimmung der Kaiser weder Zölle, noch Reichssteuern, noch Lehenbriefe, noch Münzrechte ertheilen konnte, die über reiche Einnahmsquellen verfügten und aus deren Ertrag eine stehende Heeresmacht unterhielten, bot eine kaiserliche Autorität, wie die jüngsten Verträge sie begränzt, kein Gegengewicht mehr; die Verfassung des Reiches hatte fast aufgehört, eine monarchische zu sein, sie trug schon vorwiegend das Gepräge eines aristokratisch-republikanischen Gemeinwesens. Konnte doch aus der Wahlcapitulation von 1658 nur mit Mühe der Zusatz ferngehalten werden, daß der „Kaiser, wenn er nur einen Punkt der Capitulation überschritte, von selbst der Krone verlustig gehen solle"; so sehr hatten die Anschauungen Eingang gefunden, die Stellung des Kaisers beinahe nach dem Maßstabe eines republikanischen Magistrates zu bemessen!

Ein solcher Gang der Dinge hatte bereits vor den Verträgen von 1648 seine theoretischen Vertheidiger und Lobredner gefunden. Der bekannte Publicist Chemnitz, der unter dem Namen Hippolitus a Lapide schrieb, hatte diese Richtung des öffentlichen Lebens in ein gewisses System gebracht, und mochte man auch Vieles schief und einseitig nennen, was aus seiner Parteistellung und aus seinem Hasse gegen Habsburg hervorgegangen war, es blieb doch immer eine Auffassung übrig, welche den unwiderstehlichen Zug unserer politischen Entwicklung richtig faßte und mit jedem Tage eine entschiedenere Bestätigung gewann. Gegenüber den jüngsten Versuchen, noch unter Ferdinand II., dem militärischen Cäsarismus in Deutschland den Sieg zu verschaffen, war hier mit aller Leidenschaft und Bitterkeit das entgegengesetzte Extrem der Sondergewalten, der partikularen Entwicklung, der kaiserlichen Ohnmacht aufgestellt und, anknüpfend an die herben Erfahrungen der letzten kaiserlichen Regierung, eine Reihe von Anklagen gegen das Haus Habsburg gerichtet, deren gehässige Spitze außer der Dynastie zugleich die kaiserliche Gewalt selber traf. Man mochte von den Beweggründen des Verfassers noch so gering denken, sein Buch war das Manifest einer politischen Rich-

tung, die in Münster und Osnabrück zum vollen Siege gelangte und mit jedem Jahre Deutschland mehr der Form zuführte, die Chemnitz verkündigt hatte.

Während das Reich auf diese Weise seine alte bindende Macht eingebüßt, ja selbst durch den Eintritt fremder Mächte seinen nationalen Charakter verloren hatte, waren die meisten Nachbarstaaten, zunächst Frankreich und Schweden, an Ausdehnung wie an innerer Einheit ungemein gewachsen und übten jenes natürliche Uebergewicht, welches ihre abgerundete Lage, ihre monarchische Einigung und Unumschränktheit gegenüber einem lockeren Föderativstaate ihnen verleihen mußte. Indeß in Frankreich alle Staatskräfte in der Hand eines aufstrebenden, ehrgeizigen Königs zusammengefaßt, in einer Richtung ausgebeutet, und diese Fülle von Hülfsquellen von genialen Feldherren und Staatsmännern nutzbar gemacht wurden, war Deutschland durch politische und religiöse Gegensätze dauernd entzweit, durch den Zwiespalt von Kaiser und Fürstenthum, die Rivalität der Reichsstände, die Verschiedenheit der Bekenntnisse nach allen Seiten hin auseinander gehalten. Die letzten Formen des alten Reichsverbandes, der Reichstag und das Reichskammergericht waren in eine trostlose Stagnation gerathen. Vergebens suchte man die Reichsjustiz wieder in einen normalen Gang zu bringen, das große Reich vermochte kaum für ein Dutzend Beisitzer die nöthigen Mittel beizuschaffen, indessen schon 1620 über 50,000 Stück Acten in den Kammergerichtsgewölben unerledigt lagen. Die Abfassung der „permanenten Reichscapitulation", welche das Verhältniß von Kaiser und Reich ein für allemal feststellen sollte, kam ebenso wenig zum Ziele, als die „ordentliche Reichsdeputation" mit der ihr aufgetragenen Erledigung der unvollendeten Arbeiten. Der Reichstag selbst, durch den sogenannten „jüngsten Reichsabschied" vom 17. Mai 1654 zum letzten Male verabschiedet, ward fortan zu einer permanenten Versammlung und büßte damit den größeren Theil der Bedeutung ein, die er für das öffentliche Leben des gesammten Deutschlands noch gehabt hatte. Aus einer persönlichen Vereinigung der meisten oder sämmtlicher Reichsstände ward eine schwerfällige Versammlung diplomatischer Vertreter; der unmittelbare Verkehr und Meinungsaustausch der Glieder des Reiches hörte auf und an seine Stelle traten Gesandte mit Instructionen. Die Frische und Unmittelbarkeit, welche aus einer imposanten Versammlung von Kaiser, Kurfürsten, Fürsten, städtischen Vertretern nie völlig verschwand, konnte natürlich auf einem säumig besuchten Congresse von Diplomaten nimmermehr heimisch werden, zumal wenn die unvermeidliche Weitläufigkeit der Formen einer solchen Versammlung durch die pedantische und umständliche Richtung der Zeit noch ins Ungemessene gesteigert ward. Es kam die Zeit, wo der unfruchtbare Hader um die Erzämter, um den Rang, um den Excellenztitel die wichtigsten Geschäfte verdrängte, wo die Streitfrage, ob die fürstlichen Gesandten nur auf grünen Sesseln zur Tafel sitzen sollten, oder gleich den kurfürstlichen auf ro-

then, ob sie mit Gold oder Silber bedient werden dürften, ob der Reichsprofoß am Maitag den kurfürstlichen Gesandten wirklich sechs, den fürstlichen nur vier Maibäume aufstecken müsse — wo diese und ähnliche Streitfragen mit religiöser Wichtigkeit behandelt wurden, die dringendsten Interessen der Gesammtheit kaum zur Erörterung kamen. Und wäre diese Pedanterie und Förmlichkeit nur auf den Reichstagssaal zu Regensburg beschränkt gewesen, hätte man nur dort sich bemüht, die immer mehr schwindende Macht und Würde der Sachen durch ängstliche Wahrung eitler Formen zu ersetzen! Aber es drang diese Neigung in das gesammte deutsche Leben; die leeren Formen, das weitläufige und schwerfällige Wesen verwuchsen um so inniger mit uns, je mehr die Nation im Ganzen entwöhnt ward, große Interessen im großen Stile zu verfolgen, je mehr sich ihre ganze öffentliche Thätigkeit seit 1648 um kleine Verhältnisse in kleinen Kreisen bewegte.

Für die Entfaltung äußerer Macht und raschen Widerstandes waren diese losen Formen um so ungünstiger, je fester und einiger sich die nächsten Nachbarstaaten abgeschlossen hatten. Wie hätte diese lockere Föderation ohne einheitliche Executive, ohne eine tüchtige Heeresorganisation, ohne gemeinsamen Mittelpunkt dem Uebergewicht eines völlig consolidirten, militärischen Einheitsstaates, wie der Ludwigs XIV. war, widerstehen sollen? Zumal da im Norden die Schweden, ins deutsche Gebiet weit hereingeschoben, im Südosten die Türken, deren Paschas noch zu Buda-Pesth saßen, als Frankreichs Verbündete das Reich bedrängten! In der That ist es weniger der Verwunderung werth, daß Deutschland in diesen Zeiten manch schwere Einbuße erlitt, als daß es, zwischen drei eng verbundene kriegerische und erobernde Völker eingeengt, für seine schwerfällige, unbewegliche und schutzlose Verfassung nicht noch härter büßen mußte. Daß Frankreich in dieser von kirchlichen und politischen Gegensätzen zerklüfteten Fürstenrepublik mit Geld und diplomatischen Künsten jenes Uebergewicht erlangen konnte, das von Ludwig XIV. bei der Kaiserwahl von 1657—1658 und bei der Gründung des rheinischen Bundes geübt ward, daß es ungestört in den Friedensschlüssen von 1659 und 1668 sich eine furchtbare Grenze nach Osten zu schaffen vermochte, daß es in dem Kriege gegen Holland, als endlich Kaiser und Reich sich in Bewegung setzten, neue Vergrößerungen errang und Deutschland um die Früchte brachte, die der Brandenburger Kurfürst in seinen Siegen über die Schweden gewonnen, war gewiß kein unerwartetes Ergebniß, wenn man die Organisation Frankreichs mit der des Reiches, die Armeen und Feldherrn Ludwigs XIV. mit der Reichsarmee, Hof und Diplomatie des französischen Königs mit der Persönlichkeit und Umgebung Leopolds I. verglich, wenn man bedachte, daß hier dem „immerwährenden" Reichstag Schutz und Schirm des Landes überlassen war, dort ein Colbert und Louvois die Staats- und Heereskräfte leiteten. Frankreich hatte in diesen zwei Jahrzehnten von 1659—1679 die Schwäche und Unbeweglichkeit des Reiches kennen lernen; seine Reunionen

und die Wegnahme von Straßburg bewiesen, daß diese Erfahrungen nicht verloren waren.

Freilich hat es in diesen Tagen der Bedrängniß an einzelnen Versuchen nicht gefehlt, der Noth des Reiches abzuhelfen, aber eben diese Versuche bewiesen am besten, wie wenig innerhalb der bestehenden Formen zu einem verständigen Ziele zu gelangen war. Unter dem Eindrucke der Reunionen Ludwigs XIV. trat man im Anfang des Jahres 1681 darüber beim Reichstag in Berathung: ob nicht die Truppenzahl, die das gesammte Reich zu seiner Sicherheit bereit zu halten habe, sogleich bestimmt, das Contingent jedes Kreises festgestellt und eine aus gemeinsamen Beiträgen gebildete Kriegskasse errichtet werden solle. Bis diese Reichsdefensionalverfassung in den Grundzügen festgestellt war, ging aber Straßburg verloren, und die neue Einrichtung selbst war die nämliche, an welcher Feldherrn wie Ludwig von Baden und Eugen von Savoyen sich vergebens versuchten, die nämliche, die später bei Roßbach eine unbeneidete Berühmtheit erlangt hat. Daß mit diesen Formen zu keinem erwünschten Ziele zu kommen sei, diese Erfahrung brach sich in diesen Zeiten der Noth immer mehr Bahn; sie spricht sich am bezeichnendsten darin aus, daß bei der Unbrauchbarkeit der vorhandenen Reichsordnung in anderen Associationen ein Ersatz gesucht ward. So trat schon 1686, als sich der große europäische Bund gegen Ludwig XIV. bildete, eine Anzahl Reichsstände und Kreise mit dem Kaiser und auswärtigen Mächten zusammen, ließen bei ihrer Rüstung den Reichstag ganz aus dem Spiele und suchten durch eine freie Verbindung eine Wehrkraft herzustellen, die nach allen Erfahrungen das Reich als Gesammtheit nicht aufzubringen vermochte. Wir werden diesen Gedanken, daß statt der bestehenden Verfassung selbständige Associationen innerhalb des Reiches als Hülfsmittel zu benützen seien, bis zu dessen äußerer Auflösung wiederholt in charakteristischer Weise auftauchen sehen.

Unter dem Eindruck dieser verfallenden äußeren Ordnung des Reiches hat die geschichtliche Betrachtung häufig diesen Abschnitt unserer Entwicklung ungünstiger beurtheilt, als er es verdiente. War doch dies Zeitalter reich an bedeutenden Persönlichkeiten, und verdiente mit nichten den Vorwurf völliger Erschlaffung und Thatenarmuth. Eine Epoche, die einen Herrscher hervorbrachte, wie den großen Kurfürsten von Brandenburg, Kirchenfürsten wie Johann Philipp von Schönborn, Denker wie Leibnitz, Soldaten wie Derfflinger, war nicht unfruchtbar zu nennen. Die alte Kraft deutschen Wesens war nicht verloren, auch wenn sie sich nun in engern Kreisen geltend machte. Tapferkeit und kriegerische Talente, Arbeitsamkeit und haushälterischer Sinn, schlichte Tüchtigkeit in allen Zweigen fehlten nicht; nur war die ausgelebte

Form des alten Reiches der rechte Spielraum nicht mehr, sie zu üben. Der Werth derselben beschränkte sich auf die erhebende und anspornende Erinnerung an die frühere Macht und Größe Deutschlands; eine Erinnerung, deren sittlichen Werth man freilich nicht zu gering anschlagen darf. So waren denn auch die Gedanken, welche die besseren Zeiten erfüllt und gehoben hatten, keineswegs abgestorben; nur suchten sie in den kleineren territorialen Gebieten zu der Entfaltung zu kommen, die ihnen das Reich nicht geben konnte. Alles, was eine Nation im Großen erheben kann — Heereskraft, bürgerliche Thätigkeit und Wohlfahrt, gesicherte Zustände im Innern und gegen Außen, Pflege geistigen Lebens — das fand z. B. in dem jungen preußischen Staate des großen Kurfürsten einen so bedeutsamen Ausdruck wie irgendwo auf dem europäischen Festlande; von dort aus wurde deutsche Waffenmacht zu Ehren gebracht, von dort eine vaterländische Politik verfolgt, von dort wirksam in den Gang der großen Geschichte Europas eingegriffen, alles dieses in einem Zeitraum, wo sich die Organisation des Reiches zu dem als unfähig erwies.

Allerdings standen die großen Kriege von 1689—1697 und von 1701 bis 1714 in ihren Erfolgen außer Verhältniß zu den Opfern und Anstrengungen; aber sie waren darum keineswegs ohne bedeutsame Frucht. Hatte zu Ryswick das Reich, zu Rastatt und Baden die allgemeine Lage Europas die Ungunst der Friedensverträge verschuldet, so waren deßwegen doch die Kämpfe selbst nichts weniger als vergeblich und ruhmlos. Während Frankreich verfiel, gewann Deutschland, wenigstens in seinen einzelnen Theilen, an kriegerischer Kraft wie an militärischer Organisation, und die Thaten deutscher Tapferkeit bei Höchstädt, Turin, Ramillies, Oudenarde, Malplaquet durften den schönsten Zeiten unserer Geschichte an die Seite gestellt werden. Wie in früheren großen Tagen sah man wieder deutsche Truppen aller Lande unter einem Banner fechten und gegen Franzosen und Osmanen den alten Waffenruhm siegreich behaupten; unsere Heere durchzogen wieder wie in den glänzendsten Zeiten unseres Uebergewichts die eroberten fremden Lande; in Italien und am Ebro, in den Niederlanden und in der Türkei wurden Erfolge erstritten, deren moralische Frucht nimmer verloren war, auch wenn unsere Diplomatie an einem Tage einbüßte, was zehn glückliche Schlachten mit Ehren erstritten hatten. Wohl war die Politik wie die Kriegführung des „Reiches" kläglich genug; aber wie verschwand die Misère der Reichsarmeen vor dem überlegenen Eindruck dessen, was gleichzeitig Eugen, Marlborough, Markgraf Ludwig ebenfalls mit deutschen Truppen ausführten! Solche Thaten sind nie vergeblich, auch wenn ihnen der nächste Lohn entwunden wird. Verschwand nun doch der lange eingebildete Zauber französischer Unbesiegbarkeit; ward doch der Bewunderung und Anbetung des französischen Wesens endlich ein Ziel gesetzt! Denn in diesen Kriegen erwachte zuerst wieder mit neuer Stärke der gesunde nationale Gegensatz gegen das Franzosenthum; unter dem doppelten Eindruck der Greuel von 1689 und 1693 und der Siege, die folg-

ten, gewann das deutsche Wesen wieder eine Haltung und ein Gefühl des eignen Werthes, das unmittelbar nach dem westfälischen Frieden dem von allen Seiten einstürmenden Eindruck französischer Ueberlegenheit und französischer Vorbilder zu erliegen drohte.

Allein das, was in dieser Richtung Bedeutendes geschehen war, ließ sich nicht dem Reiche als Verdienst anrechnen. Denn während dessen gealterte Formen außer Stand waren, Schutz und Schirm nach Außen zu gewähren und im Innern die Keime eines gesunden und fortschreitenden Staatslebens zu entwickeln, brach sich der noch kräftige Lebenstrieb des deutschen Wesens seine besondere Bahn und strebte in kleinen Kreisen den Bedingungen eines eigenthümlichen Staats- und Culturlebens zu genügen. In keinem Theile Deutschlands geschah dies mit mehr Thätigkeit, Plan und Bewußtheit, als in dem jungen brandenburgisch-preußischen Staate, der eben dadurch eine Bedeutung und ein Interesse gewann, das die Verhältnisse seines äußern Umfangs weit überstieg. Dies Bestreben *eines* Gebietes und *eines* Fürstenhauses, innerhalb Deutschlands, jedoch im Gegensatze zur alten Reichsordnung, sich eine eigne, selbstgenügende Existenz zu schaffen, ist der Mittelpunkt, um den sich seit dem Ende des siebzehnten und namentlich im achtzehnten Jahrhundert die politischen Geschicke unseres Vaterlandes bewegen. Waren nun zwar die Formen der Reichsverfassung, wie sie namentlich seit 1648 bestanden, zu unmächtig, diesem Bestreben einen Damm zu setzen, so waren doch immer noch Kräfte genug thätig, dieser selbständigen Entfaltung territorialer Macht ein Gegengewicht zu bieten. Der Katholicismus ließ es nicht ruhig zu, daß sich eine so selbständige und unabhängige protestantische Fürstenmacht innerhalb des alten Reichsgebiets erhebe, die mittelalterlichen Richtungen betrachteten mit Feindseligkeit dieses Wachsthum einer ganz modernen Staatsordnung, die Erinnerungen und Ansprüche des alten Kaiserthums sahen in dem jungen Staate eine usurpatorische Tendenz, sich auf Kosten des Hergebrachten und Ueberlieferten zu vergrößern, die landesfürstliche Rivalität selbst nahm mit Widerwillen wahr, wie diese neue Macht darauf ausging, ein ganz anderes, auf sich selber gestelltes Uebergewicht zu erlangen, als es die alte Kaisergewalt zu üben vermocht hatte.

Und selbst außerhalb des Reiches wirkten manche Interessen zusammen, jenem Streben territorialer Selbständigkeit, das die Form des Reiches vollends zersprengen mußte, zu begegnen. Man vergesse nicht, daß durch die Uebertragung ausländischer Kronen auf deutsche Fürsten das Reich selbst fast mehr einer europäischen Conföderation glich, als einem nationalen deutschen Staatsverbande. Denn so wie Oesterreich zugleich die Krone von Ungarn, Kurbrandenburg die Krone Preußen trug, so war Kursachsen in den Besitz der polnischen, Kurbraunschweig zur großbritannischen Königswürde gelangt. Von sechs weltlichen Kurfürsten waren also vier zugleich außerdeutsche Könige, während außerdem ein deutscher Pfalzgraf zugleich die Krone Schweden, ein

Herzog von Holstein die von Dänemark trug. Diese europäische Verkettung des Reiches, wie sie dasselbe leicht in alle außerdeutschen Conflicte verflocht, trug auch wieder dazu bei, seine lockere Föderation zu schützen; denn ihr Fortbestehen war dadurch ein untrennbarer Bestandtheil des europäischen Gleichgewichts geworden und das hannoverisch-britische, das sächsisch-polnische u. s. w. Interesse, so verschieden sie sonst sein mochten, kamen doch in dem einen Punkte ganz überein, daß man die „Verfassung" von 1648 schützen und das Streben der brandenburgisch-preußischen Selbstherrlichkeit auf jede Weise bekämpfen müsse. In der Regel trafen sie darin zusammen mit der natürlichen Politik des habsburgischen Kaiserhauses: konnte dies seit 1648 nicht mehr daran denken, die früheren cäsarischen Entwürfe wieder aufzunehmen, so mußte es wenigstens mit aller Macht zu verhüten suchen, daß nicht das Uebergewicht und die leitende Rolle in den deutschen Dingen dem brandenburgisch-preußischen Staatswesen anheimfiel. „Erhaltung der Verfassung von 1648", war deshalb auch hier wie bei den deutsch-ausländischen Reichsständen die überlieferte politische Maxime in allen Reichsangelegenheiten.

Indessen dieser Zustand war doch nur so lange haltbar, als Brandenburg-Preußen selbst sich bescheid, dieser Politik der Erhaltung der Reichsform sich freiwillig anzuschließen. Die beiden ersten Könige von Preußen thaten dies: Friedrich I. aus Gründen, die in seinem Bemühen um die Königswürde und in seiner Persönlichkeit lagen, Friedrich Wilhelm I. aus aufrichtiger, ehrenwerther Anhänglichkeit an die überlieferte Form des Reichs und deren kaiserliches Oberhaupt. Gab Preußen diese genügsame Stellung auf, so war — allerdings um den Preis eines erbitterten Kampfes gegen Oesterreich, gegen die Mehrzahl der Reichsfürsten und gegen die ausländischen mit Deutschland verflochtenen Mächte — die Umgestaltung der Form des Reichsverbandes, ja die allmählige Auflösung schwer aufzuhalten.

Dieser Umschwung trat mit dem Jahre 1740 ein. In diesem Augenblicke bestieg ein Fürst den preußischen Thron, dem der Entschluß und die Kraft innewohnte, dem jungen Staate die Selbständigkeit und die weltgeschichtliche Stellung zu erkämpfen, zu welcher ein großer Vorgänger die Fundamente gelegt hatte; es kam ihm dabei mächtig zu Hülfe, daß in demselben Moment die männliche Linie des Hauses Habsburg ausstarb und damit neue Verhältnisse geschaffen wurden, die zunächst dem kühnen Beginnen Erfolg verhießen.

Um eine deutliche Einsicht in diese große Umwälzung der deutschen Dinge zu gewinnen, ist es nothwendig, einen kurzen Rückblick zu thun auf die Entwicklung der beiden Factoren, deren Verbindung und Gegensatz fortan die Geschichte Deutschlands bestimmt: auf das Kaiserthum in seiner Verschmelzung mit der habsburgisch-österreichischen Hausmacht und auf die Anfänge des brandenburgisch-preußischen Staates.

Erſtes Buch.

Das deutſche Reich bis zum Tode Friedrichs des Großen. (— 1786.)

Digitized by Google

Erſter Abſchnitt.

Oeſterreich bis zum Tode Karls VI. (1740).

Unter den Gebieten und Ständen des Reiches, die zugleich eine deutſche und eine außerdeutſche Stellung einnahmen, iſt in erſter Linie Oeſterreich und ſeine Dynaſtie zu nennen. Anſehnliche deutſche Lande waren hier durch ein dynaſtiſches Band mit Gebieten und Stämmen ſlaviſcher, magyariſcher und wälſcher Nationalität äußerlich zuſammengekittet, ohne daß eine gemeinſame Sprache und Cultur oder die Gleichartigkeit religiöſer und politiſcher Meinung die einzelnen Theile inniger mit einander verband. Wohl waren dieſe verſchiedenen Provinzen, wenigſtens die, welche das heutige Oeſterreich bilden, durch ihren geographiſchen Zuſammenhang auf gemeinſame Intereſſen hingewieſen und durch Natur und Lage mannigfach zu einer gleichartigen Entwicklung beſtimmt, allein es fehlte viel, um dieſen natürlichen Zug zur Geltung zu bringen. Jahrhunderte hindurch iſt mehr die Verſchiedenheit als die Verwandtſchaft hervorgetreten und hat wohl in einzelnen Momenten zu gewaltſamen Ausbrüchen geführt, welche die ganze Exiſtenz dieſer Verbindung in Frage ſtellten; aber auch wo die Dinge ruhiger verliefen, war das Gemeinſame weder von der Dynaſtie mit recht thätigem Verſtändniß aufgefaßt, noch von den Nationalitäten mit freier Zuneigung ergriffen worden.

Was dieſem Verhältniß eine beſondere Bedeutung für das Reich gab, war die merkwürdige Thatſache, daß gerade mit dieſen Gebieten und ihrem Herrſcherhaus ſeit drei Jahrhunderten die römiſch-deutſche Kaiſerwürde verbunden war. Die Geſchichte hat kein Verhältniß aufzuweiſen, das ſo eigenthümlich verſchlungen wie dieſes, ſolche Gegenſätze in ſich enthielt und doch zugleich ſo ſchwer zu löſen war.

Das deutſche Oeſterreich ſtand ſehr frühe, ſchon als es im zwölften Jahrhundert zum eignen Herzogthum erhoben ward, in einer begünſtigten Sonderſtellung; ſein Herzog ſchied ſich durch eigenthümliche Vorrechte von allen andern Herzögen des Reiches, er war nicht den gleichen Verbindlichkeiten wie

ſie unterworfen, er genoß die Vortheile, welche die Verbindung mit dem Reiche gewährte, ohne mit den andern gleiche Laſten und Pflichten zu tragen. Wie dann ſpäter ſeit Ende des fünfzehnten Jahrhunderts im Reich das Bedürfniß einheitlicher Organiſation ſich Bahn brach, gelang es wieder Oeſterreich, ſich ein ſelbſtändiges Verhältniß zu den Geſetzen und Gerichten des Reiches zu wahren. Darum konnte ſchon damals vorübergehend der Gedanke auftauchen, die öſterreichiſchen Lande zu einem eignen Königreich unter einem erblichen Fürſten des Hauſes Habsburg zu erheben.

Indeſſen wuchs im Laufe der Zeit mit dieſen Landen eine Reihe fremder Gebiete äußerlich zuſammen. Ganz verſchiedene Racen lagen hier neben einander, unter einem Fürſtenhaus vereinigt, germaniſche Art und Cultur kreuzte ſich mit halber Verwilderung und rohen Nomadenzuſtänden, der friſche Trieb der Civiliſation mit träger Barbarei; es war ein Chaos bunter und unfertiger Maſſen, durch welche ſich das deutſche Element oft nur in dünnen Adern der Culturentwicklung hindurchzog. Seit ſo große Gebiete wie Böhmen und Ungarn hinzugekommen waren, konnte aber der eigentliche Schwerpunkt nicht mehr in den deutſchen Landen liegen, ſo bedeutſam dieſe auch durch ihre Cultur und Geſittung für das Ganze werden mußten. Ebenſo wenig war das Kaiſerthum der Mittelpunkt dieſer habsburgiſchen Erbmacht, wiewol ſich nicht verkennen ließ, daß dies Verhältniß auch für den Erbſtaat ſeine Bedeutung hatte wie für Deutſchland. Denn ohne die ſtete Verbindung, die zwiſchen der Dynaſtie und dem deutſchen Reich durch den Beſitz der Kaiſerwürde hergeſtellt war, hätten jene Ländergruppen, deutſche wie nichtdeutſche, längſt einen geſonderten, von Deutſchland völlig abgetrennten Weg der Entwicklung einſchlagen müſſen. Deutſchöſterreich wäre dann vielleicht für uns in einem nicht viel anderen Verhältniß geweſen, als im Weſten Elſaß und Lothringen, im Norden die deutſchen Oſtſeeprovinzen, ſeit ihrer Verbindung mit Frankreich und Rußland.

Die Dynaſtie, welche dieſe bunte Maſſe von Ländern zuſammenhielt und beherrſchte, war ſeit dem Ausgang des Mittelalters nicht eben reich an hervorragenden Perſönlichkeiten; nach Maximilian und Karl V. hat nur die letzte Tochter des habsburger Stammes noch einmal einen ungewöhnlichen Glanz um ſich verbreitet. Die gegenſeitigen Heirathen im eignen Geſchlecht, die Miſchung mit dem ſpaniſchen Blute und die mönchiſche Erziehung konnten nicht dazu beitragen, das Haus phyſiſch und geiſtig zu verjüngen. Vielmehr ſchlug die angeborene Härte und Zähigkeit des Geſchlechts in jene Starrheit und Monotonie aus, die an beiden Linien, der deutſchen wie der ſpaniſchen, einen ſo bezeichnenden Charakterzug bildet. Die deutſchen Ferdinande, wie die ſpaniſchen Philippe zeigen Generationen hindurch ſtets daſſelbe Gepräge von kalter Strenge, despotiſchem Stolz, von Ungeſchmeidigkeit, von rückſichtsloſer, ſelbſt grauſamer Härte in der Verfolgung des engen Gedankenkreiſes, von dem ſie beherrſcht ſind. Was von Friſche, Heiterkeit und vorwärts-

ſtrebendem Lebensmuthe in dem Ahnherrn Rudolf, in dem ritterlichen Maximilian ſo liebenswerth und populär geweſen, das ſchien ſeit der ſpaniſchen Vermiſchung völlig verſchwunden; von dem religiöſen und politiſchen Abſolutismus in ſeiner ſtarrſten Form beherrſcht, wechſeln unter den Perſönlichkeiten des Hauſes faſt ausnahmslos jene düſtern, ſtrengen Geſtalten, wie der ſpaniſche Philipp II. und der deutſche Ferdinand II., oder es ſchlägt gar wie bei Rudolf II. der mönchiſche Fanatismus und die angeerbte Melancholie in wirkliche Geiſtesſtörung über. Daß ſolch ein Geſchlecht beſonders geeignet war, eine furchtbare Waffe in den Händen hierarchiſcher und abſolutiſtiſcher Herrſchſucht zu werden, das zeigt die Geſchichte der akatholiſchen Bekenntniſſe in ganz Oeſterreich, zeigt das Schickſal der provinziellen und nationalen Freiheiten in den einzelnen Territorien. Haben doch ſelbſt die Sanftmüthigeren der Dynaſtie, wie Leopold I., gegen Proteſtanten und Ungarn eine Gewaltthätigkeit und Strenge walten laſſen, die wenn auch nicht in ihrer Perſönlichkeit, doch jedenfalls in der Tradition ihres Hauſes lag.

Für die habsburgiſche Politik war das Intereſſe des Herrſcherhauſes der einzige Mittelpunkt, das allein Gemeinſame inmitten dieſer verſchiedenen Gebiete und Nationalitäten. Seine dynaſtiſche Macht ſtrebte Habsburg durch Heirathen, diplomatiſche Verträge, ſelbſt durch große und gefahrvolle Kriege zu erweitern; das nationale und populäre Intereſſe mußte nicht ſelten den dynaſtiſchen Zwecken zu Liebe die ſchwerſten Opfer bringen. Das dynaſtiſche Intereſſe erforderte einerſeits, die ſtörende Selbſtändigkeit der nationalen Freiheiten und Rechte zu brechen, andererſeits die Verſchiedenheit und Eiferſucht der einzelnen Völker- und Ländergruppen nach dem Grundſatz des Theilens und Herrſchens zu erhalten. So wurde gegenüber den provinziellen, den ſtändiſchen, den korporativen Rechten, wo es die Herrſcherſtellung der Dynaſtie erforderte, vielfach nivellirend verfahren und doch zugleich mit bewußter Scheu die Verſchmelzung der einzelnen Gebiete und Racen zu einem Geſammtſtaat vermieden. Statt durch Hebung der materiellen und geiſtigen Kräfte, durch Erweckung und Pflege aller Lebenstriebe im Volke, durch Cultur und freie Bewegung jene Verſchmelzung vorzubereiten, zog es das Herrſcherhaus vielmehr vor, durch den Gegenſatz und die Zwietracht der verſchiedenen Nationalitäten ſie ſämmtlich zu beherrſchen. Die große Ausdehnung der ererbten Macht und ihre natürlichen Hülfsquellen forderten zur ſchöpferiſchen Thätigkeit nicht ſo ſehr heraus, wie der beſchränkte Umfang und die knappen Mittel anderer Staaten; es ſchien genug, wenn man das Vorhandene erhielt, die alten Ueberlieferungen ſchützte und die Einflüſſe neuer Gedanken und Gährungen nach Kräften abwehrte. Man glaubte in Oeſterreich nicht der Regſamkeit, der unermüdlichen Anſpornung, der erfinderiſchen Thätigkeit zu bedürfen, wodurch andere kleine Gebiete ſich zu einer unerwarteten politiſchen Macht emporarbeiteten, man hatte ein großes Capital an Land und Leuten, man beſaß ein anerkanntes Gewicht in den öffentlichen Dingen Europas; es ſchien

hinreichend, wenn dies Vorhandene mit Zähigkeit erhalten und allen neuen Strömungen der Widerſtand der Stabilität entgegengeſtellt ward.

So waltet im ſechszehnten und ſiebzehnten Jahrhundert die Dynaſtie in dem großen Erbreiche; ſie vernichtet, ſoweit es möglich iſt, die Selbſtändigkeit und die nationalen Freiheiten der Czechen, Magyaren und Deutſchen, ſie zerbricht die widerſtrebende Macht des Adels, aber ſie hütet ſich zugleich, auf dieſen mittelalterlichen Trümmern einen modernen Geſammtſtaat aufzurichten. Sie unterläßt es, die Kraft des Bürgers und Bauers großzuziehen, durch Regſamkeit, angeſtrengte Arbeit, freiere Bewegung und Anſpornung der Kräfte die Verſchmelzung der einzelnen Stämme und Lande zu fördern, ſie zieht es vor, durch Trennung der einzelnen Stämme ſich die Herrſchaft zu ſichern. Sie bewahrt darum die alte Vielfältigkeit und Getheiltheit der Verhältniſſe, wehrt jede neue Strömung ab, die gährend auf die träge Stabilität herüberwirken konnte und zehrt mehr von den vorhandenen Kräften des Erbſtaates, als daß ſie ſich bemüht hätte, durch angeſpannte Thätigkeit deſſen intenſive Kraft zu ſteigern.

Es ſchien eine Zeit lang, als werde die Reformation des ſechszehnten Jahrhunderts dieſe Politik vereiteln. Damals als die deutſchen Lande ſo gut wie Böhmen und Ungarn von der neuen Lehre ergriffen, der ganze deutſche Adel Oeſterreichs mit wenigen Ausnahmen abgefallen war von der alten Kirche und ſeine Unterthanen zu gleichem Abfall mit fortriß, als überall die Schule, die Gelehrſamkeit und die Volkserziehung dem Lutherthum angehörte, als man in ganz Deutſchöſterreich, Kärnthen und Steiermark kaum noch ein Dutzend katholiſche Adelsfamilien fand und Ferdinand (II.) ſelbſt in ſeiner Steiermärker Hauptſtadt ſich völlig iſolirt ſah mit ſeinem katholiſchen Bekenntniß, damals war die überlieferte Politik des Hauſes aufs ernſteſte gefährdet. Das Lutherthum im Zuſammenhang mit der deutſchen Bildung drohte die Sonderſtellung des habsburgiſch-öſterreichiſchen Erbſtaates zu erſchüttern, und zwiſchen den verſchiedenen Nationalitäten eine Gemeinſamkeit in Glauben und Bildung anzubahnen, welche vielleicht die Herrſchaft der regierenden Dynaſtie mit der Zeit untergrub. Es iſt bekannt, mit welch zähen und gewaltſamen Mitteln dieſe Gefahr bekämpft worden iſt. Es bedurfte der ſyſtematiſchen Verdrängung der proteſtantiſchen Schule und Bildung durch den Jeſuitenunterricht, der Vertreibung des lutheriſchen Cultus erſt aus den Kirchen, dann aus den Häuſern und Familien, der Abſperrung vor jeder aus dem übrigen Deutſchland herüberwirkenden religiöſen oder geiſtigen Berührung, dann der erzwungenen Rückkehr zur alten Lehre, der Schreckensmaßregeln, der Vertreibungen, der Confiscationen und Bluturtheile, um nach ungeheuern Kämpfen die katholiſche Einheit wieder aufzurichten und das Wort Ferdinands II. an manchen Stellen buchſtäblich zu erfüllen: „Beſſer eine Wüſte, als ein Land voll Ketzer.“

Auf wenig Punkten in der Geſchichte iſt dieſe Politik der Reſtauration

mit solcher Gewalt und Zähigkeit gehandhabt worden, wie in dem habsburgisch-österreichischen Staate und in wenig Fällen hatte das Gelingen so entscheidende Folgen, wie gerade hier. Nicht nur für Deutschland, welches ohne diese energische Gegenwirkung dem römischen Katholicismus völlig verloren gewesen wäre, sondern namentlich für die österreichischen Länder selbst. Neben der materiellen Verwüstung, welche einzelne Provinzen, z. B. Böhmen, in furchtbarer Weise getroffen, waren die moralischen Folgen der unter Ferdinand II. vollbrachten Revolution unermeßlich. Die geistige Rührigkeit und Bewegung, wodurch sich vordem der deutsch-österreichische Stamm ausgezeichnet und die noch im 16. Jahrhundert mit erneuter Frische sich kund gegeben, war durch die Epoche der Gewalt und Zerstörung auf lange Zeit geknickt; es trat jene Dumpfheit und träge Stille ein, die zu beseitigen es im achtzehnten Jahrhundert einer neuen durchgreifenden Revolution von oben bedurfte. Denn es war eine Entwicklung, die in vollem Gange war, gewaltsam gestört worden und es trat ein nur noch vegetirendes geistiges Leben an die Stelle. Indem man die neue Lehre bis auf die Wurzeln ausrottete, zerriß man zugleich die feinen Fäden der Sprache, Bildung und Erziehung, durch die das Lutherthum die engere Berührung mit Deutschland vermittelt hatte. Die Gegenreformation war hier mehr als irgendwo sonst auf deutscher Erde ein Sieg des Romanismus über germanisches Wesen und dessen nationale Bildung. Die volksthümliche Literatur und Erziehung, die in frischem Aufschwung begriffen war, mußte der Jesuitenbildung weichen, deren hierarchischer Kosmopolitismus überall der natürliche Feind aller Nationalität, Muttersprache und einheimischer Literatur gewesen ist. Die Oede an bedeutenden literarischen Erscheinungen im Zeitalter der Hugo Grotius, Spinoza, Leibnitz, Newton gab den besten Maßstab für den Werth dieser priesterlichen Erziehung. War doch in zwei Jahrhunderten nicht ein einziges selbständiges klassisches Werk, nicht ein einziger großer literarischer Name aufgetaucht, und die Nationalbildung zu Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts so tief gesunken, daß man den jungen Nachwuchs von höheren Beamten, Diplomaten u. s. w. auf protestantische Universitäten in Deutschland und Holland schickte, damit sie sich dort ihre nothdürftige Berufsbildung erwerben konnten. Gegenüber dem deutschen Wesen selbst war die Entfremdung so augenfällig, daß ein aufrichtiger Geschichtschreiber aus der Zeit Leopolds I., ein Mitglied des Jesuitenordens, offen erklärt: die deutsche Sprache sei in Oesterreich fast in einem fremden Lande.

Gleichwohl hatte dies deutsche Element, so sehr es durch die herrschende Politik und durch Jesuitenbildung hintangedrängt war, für Oesterreich und selbst für die überlieferte Staatskunst eine ungemeine Bedeutung. Denn so sehr man sich auch losgemacht von dem allgemeinen deutschen Entwicklungsgang, so wenig das oberste Regiment und seine Träger von eigentlich deutscher Art und Richtung waren, die deutschen Bestandtheile des bunten Reiches,

wiewohl an Umfang und Menschenzahl der Summe der außerdeutschen lange nicht gewachsen, waren doch die wichtigsten des ganzen Ländercomplexes. Hier war doch eine gewisse überlieferte Cultur vorhanden, und wenn man die ferneliegenden italienischen und niederländischen Nebenlande abzog, allein eine Cultur vorhanden; diese Gebiete setzten doch die habsburgische Ländermasse mit der westeuropäischen Welt in unmittelbare Berührung und schützten sie vor der Gefahr, der barbarischen Lethargie und Unbeweglichkeit des Südostens zu verfallen. Von hier aus ließ sich doch ein Einfluß auf das ungeschlachte slavische und magyarische Wesen üben, wie ihn jede auch unfertige Cultur über primitive Rohheit üben muß. Diese deutschen Elemente waren doch die einzigen, durch die man in der Verwaltung, im Heere, im bürgerlichen Leben die unbehauenen Stoffe der andern Stämme glätten und abschleifen konnte. Denn war das deutsche Element auch nicht stark genug, dem ganzen Reiche und seinen bunten Bestandtheilen ein gemeinsames germanisches Gepräge zu schaffen, so reichte es doch vollkommen hin, den Kitt abzugeben zur Verbindung der einzelnen nationalen Verschiedenheiten. Ohne diesen Kitt, ohne diese Vermittlung mit der westeuropäischen Welt war der habsburgische Staatencomplex nur zu sehr der Gefahr ausgesetzt, Zuständen zu verfallen, wie sie in Polen, Rußland und dem osmanischen Reiche damals existirten. Berührung und innere Verwandtschaft damit war ohnedies genug vorhanden. Schon aus dieser einen Ursache war die habsburgische Politik genöthigt, sich von den deutschen Dingen nicht völlig abzuwenden, sondern in der, wenn auch oft nur äußerlichen, Berührung damit ein Gegengewicht zu suchen gegen den natürlichen Druck, den das Slaven- und Magyarenthum auf das Ganze auszuüben trachtete. Es war aber auch die moralische Bedeutung nicht zu übersehen, welche das Kaiserthum für die einzelnen lose verknüpften Theile des Reiches besaß. Man sah in der Kaiserkrone immer noch die erste Würde der Welt, die Bevölkerung des Reiches betrachtete ihre Fürsten als die Herren in Deutschland und dies gab dem sonst sehr lockeren Gefüge der einzelnen Provinzen einen Zusammenhalt, welcher der Staatseinrichtung selber völlig abging.

Das Verhältniß zum römisch-deutschen Reiche war nach dem Allen ein so ganz eigenthümliches, daß sich in der Geschichte kein zweites damit vergleichen läßt. Die früheren Entwürfe, denen noch Karl V. und Ferdinand II. nicht fern gestanden, Entwürfe, die dahin abzielten, eine wirkliche Herrschaft über Deutschland herzustellen und dieselbe durch militärischen Absolutismus und katholische Glaubenseinheit zu erhalten, mußten seit 1648 aufgegeben werden. Selbst auf die Ausübung einer kaiserlichen Autorität im alten Sinne mußte Habsburg verzichten, wenn es sich nicht unberechenbare Schwierigkeiten bereiten wollte. Aber deßwegen war die Kaiserkrone für Habsburg keineswegs werthlos. Sie gewährte neben der immer noch anerkannten völkerrechtlichen Geltung des römischen Kaiserthums zugleich die freilich sehr verringer-

ten Rechte und Ansprüche des deutschen Königthums, das in jener Kaiserwürde aufgegangen war. Sie gab die legale Handhabe, auf die deutschen Dinge immer noch einzuwirken und sich an Deutschland eine Stütze und Stärke zu holen. Noch hatte das Kaiserhaus eine Anzahl zerstreuter Besitzungen im Süden und Westen des Reiches, die bis zur äußersten Westgrenze Deutschlands reichten; noch besaß es dort eine Reihe natürlicher Verbündeten, die einzeln nicht schwer in die Wagschale fielen, deren Summe aber von Bedeutung war. Die deutsche Aristokratie, die in andern deutschen Landschaften dem Absolutismus der Fürstengewalt unterlag, sah in Oesterreich fortwährend das Land ihrer Hoffnungen und den natürlichen Rückhalt ihrer Interessen; der Katholicismus und die darauf beruhende Stellung der geistlichen Fürsten hatte nur in dem Träger des mittelalterlichen römischen Kaiserthums, also in der habsburgischen Macht und der dort herrschenden Politik, eine zuverlässige und zureichende Stütze. Die kleineren und hülfloseren Reichsstände, die von der landesfürstlichen Politik der Abrundung und Vergrößerung am nächsten bedroht waren, die Reichsgrafen, Reichsstädte und Reichsritter hatten ohne dies keinen andern Protector als das Kaiserhaus, dessen Interesse hier vollkommen mit dem ihrigen zusammenfiel.

Aus eben diesem Grunde war es seit 1648 die natürliche Politik der habsburgischen Kaiser, den Status quo der westfälischen Verträge zu erhalten. Die Hoffnung, das römische Kaiserthum und mit ihm die Ausschließlichkeit der römischen Kirche in Deutschland zur Herrschaft zu bringen, war zwar durch den dreißigjährigen Krieg vereitelt, aber ebenso wenig hatten diejenigen ihre Zwecke erreicht, welche die römische Kirche und das Kaiserthum völlig aus Deutschland zu verdrängen trachteten. Nachdem für den Kaiser die Aussicht einmal verloren war, die ungetheilte Herrschaft über Deutschland selber zu erlangen, mußte er wenigstens mit allen Kräften hindern, daß sie nicht einem Andern zufiel. Die Vergrößerungs- und Arrondirungsbestrebungen der einzelnen Landesherren, das Bemühen, ihre Macht äußerlich auszudehnen und im Innern über die Unterthanen mehr zu befestigen, hatten fortan ihr Gegengewicht an Oesterreich. Aus eben diesem Grunde konnte es auch nicht in den habsburgischen Planen liegen, eine Veränderung der Reichsverfassung, selbst wenn sie zur bessern Organisation des Ganzen hinstrebte, zu unterstützen, oder auch nur zu dulden. Denn das Streben des übrigen Deutschlands, sich selber besser zu ordnen und zu gliedern, als es in der Verfassung von 1648 geschehen war, führte unvermeidlich zu einer Entfernung, vielleicht Trennung von Oesterreich, und drängte die habsburgische Politik aus ihren letzten vorgeschobenen Posten im Reiche.

So mangelhaft im Uebrigen das Reich organisirt war, so enthielt es doch eine Summe von Kräften, welche die Verbindung mit ihm keineswegs werthlos machten. Der habsburgisch-österreichische Staat zumal hatte in ganz Europa keinen natürlicheren Verbündeten als das deutsche Reich, mit dem er eine

Reihe von Gefahren theilte, von dem er Viel zu hoffen, Nichts zu fürchten hatte. Die Franzosen und die Osmanen waren dem habsburgischen und dem deutschen Reiche in gleichem Maße bedrohlich und feindselig; wie nahe lag es für Habsburg, an Deutschland einen Rückhalt zu suchen, das Reich in seine Kriege zu verwickeln, es zur Abwehr nach Westen, zu Diversionen gegen Frankreich zu gebrauchen, falls die Osmanen die Mauern von Wien bedrohten! Und gerade in diesem Verhältniß stimmte das habsburgisch-östliche Interesse mit dem des deutschen Reiches so vollkommen zusammen, daß hier wenigstens der Vorwurf nicht erhoben werden konnte, Oesterreich reiße das Reich zu Unternehmungen fort, die dessen eignen Lebenszwecken widersprächen.

Nur ließ sich ebenso wenig läugnen, daß in diesem gemeinschaftlichen Thun die österreichische Politik in ihrer einheitlicheren Führung und ihrer festeren Tradition ihren Vortheil besser wahrnahm, als das lose, schwerfällige, jeder consequenten Staatsleitung entbehrende deutsche Reich. Als die Macht Ludwigs XIV. Deutschland anfing zu bedrängen, blieb die habsburgische Politik lange Zeit lau und unthätig, ließ sich sogar in ein Bündniß mit Frankreich ein, und wie sie sich endlich entschloß, dem großen Kurfürsten von Brandenburg gegen den Reichsfeind beizustehen, geschah dies so lässig und zweideutig, daß man darüber zweifeln konnte, ob nicht die österreichischen Heere dazu aufgestellt waren, die brandenburgischen zu beobachten oder gar in ihrem Vordringen zu hemmen. Versichert doch eine österreichische Quelle selber, Montecuculi habe geheimen Befehl gehabt, seine Waffen den Franzosen nur zu zeigen, nicht sie zu gebrauchen. Oesterreich sah den Reunionen lange Zeit unthätig zu, ließ die (freilich protestantische) Reichsstadt Straßburg ohne Hülfe — uneingedenk des treffenden Wortes, das Karl V. einst ausgesprochen: wenn Straßburg und Wien zugleich bedroht sei, werde er zuerst an den Rhein eilen. Selbst die Gefährdung der spanischen Niederlande sammt dem unschätzbaren Festungsgürtel in Flandern und Hennegau, wodurch das habsburgische Hausinteresse selbst unmittelbar berührt war, wurde nur säumig abgewehrt, der ganze Krieg, wie ihn Oesterreich am Rhein und im Westen führte, war matt und schläfrig, man überließ es dort dem Reich und einzelnen kriegstüchtigen Fürsten, sich selber zu schirmen. Welch ganz andere Anstrengungen wurden von Seiten des Reichs gemacht, um Oesterreich gegen die Türken zu schützen! Es wird Niemand die hohe Bedeutung verkennen, welche der Kampf gegen die Osmanen hatte; standen doch hier nicht nur die höchsten Interessen der westeuropäischen Cultur und Freiheit auf dem Spiele, sondern für das deutsche Reich selbst hatten diese Kriege den großen nationalen Werth, daß sie überhaupt wieder einmal eine gemeinsame Kraftentwicklung Aller, ein Zusammenstehen der verschiedensten Stämme und Territorien hervorriefen, daß Kaiserliche mit Brandenburgern, Sachsen und Baiern wieder sich vereinten, die alte deutsche Tapferkeit durch glanzvolle Siege zu verherrlichen; aber augenfällig ist doch der Gegensatz zwischen dem dürftigen Kriege, den Oesterreich

im ſiebzehnten Jahrhundert im Weſten zum Schutz Deutſchlands geführt, verglichen mit den großen Anſtrengungen, die Deutſchland ſelbſt nach der lange nachwirkenden Erſchöpfung des Reichskrieges zum Schutze des Südoſtens gemacht hat. Man hat es nicht ſelten als ein beſonderes Verdienſt der habsburgiſchen Politik geprieſen, daß ſie deutſche Cultur und Freiheit gegen die Ungläubigen geſchirmt; es ſcheint uns vielmehr, als habe das Reich, ſelbſt in ſeiner verfallenen Geſtalt, noch das Beſte und Wirkſamſte gethan, das habsburgiſche Erbe gegen die osmaniſche Barbarei zu ſchützen.

Welch andern Kraftaufwand entwickelte Habsburg, wenn es die Verfechtung eines Hausintereſſes galt! Ein ſolches war die Streitfrage, die den furchtbaren ſpaniſchen Erbfolgekrieg hervorrief. Wohl war auch das Reich von dem Zuwachs von Macht, der Frankreich durch das Teſtament Karls II. beverſtand, nahe berührt, aber was Oeſterreich zu ſo heftigem Kriegseifer trieb, war die Integrität des habsburgiſchen Erbes, und während das Reich in ſeiner damaligen Geſtalt ſich kaum entſchloſſen hätte, die Waffen zu ergreifen über die Frage, ob ein Bourbon oder ein Habsburger König von Spanien ſein ſolle, war dies für die dynaſtiſche Politik Oeſterreichs eine Angelegenheit vom erſten Range.

Wie in den Kriegen, ſo trat auch häufig genug in den diplomatiſchen Verhandlungen die Scheidung des öſterreichiſchen Hausintereſſes von dem Vortheil und den Bedürfniſſen des deutſchen Reichs zu Tage. Wir brauchen nur zu erinnern an die Haltung, welche die Diplomatie des Kaiſers zu Nymwegen und Ryswick einnahm, um das Verhältniß zu charakteriſiren, in welches ſich bei ſolchen Unterhandlungen Habsburg zu Deutſchland ſetzte. Oder als bei den Conferenzen zu Gertruidenburg (1710) Ludwig XIV. tief gebeugt nicht nur zur Zurückgabe der Reunionen und Straßburgs, ſondern ſelbſt zur Wiederabtretung des Elſaſſes und der Feſtung Valenciennes ſich verſtehen wollte, da war es doch auch nicht das Intereſſe des Reichs, ſondern nur das des habsburgiſchen Hauſes, das zur Verwerfung dieſer Anträge und zur Fortſetzung eines Krieges rieth, deſſen Ausgang von allen dieſen Forderungen keine einzige erfüllte! Es war nicht zu wundern, daß man in Deutſchland, ſo beſchränkt auch die kaiſerliche Autorität ſchon war, ſich doch immer noch nicht für ſicher hielt, ſo lange dem Kaiſer auch nur die Macht blieb, einen Frieden ohne die Mitwirkung des Reiches zu ſchließen.

Auch die pragmatiſche Sanction war zunächſt eine Sache des Haus-, nicht des deutſchen Reichsintereſſes. Um dafür die werthloſe Garantie Frankreichs zu erlangen, opferte Karl VI. in den wiener Präliminarien (1735) ein deutſches Reichsland, das Herzogthum Lothringen; die Entſchädigung, die dafür in Toscana ward, kam wieder nur dem Hauſe, nicht dem Reiche zu gut.

Freilich durfte man daneben nicht vergeſſen, daß, ſo ſehr auch im Einzelnen habsburgiſch-öſterreichiſche und deutſche Intereſſen auseinander gingen,

doch zugleich, ſowohl durch die äußere Lage beider Territorien, als durch innere Berührungspunkte, ein näheres Verhältniß erſchaffen ward. Wohl war die Politik Habsburgs der nationalen Entfaltung unſerer inneren Verhältniſſe ſchnurſtracks entgegen, wohl nährte ſie die kirchliche Entzweiung, verwickelte uns in weitläufige Kriege für ihr Intereſſe, ſchützte uns viel weniger, als wir ſie ſchützen mußten, aber dennoch hatten das Reich und die habsburgiſchen Erbſtaaten wieder darin ihr Gemeinſames, daß die Grenze, die ſie beide ſchied, keine natürliche und geſchichtliche war, daß beide meiſt dieſelben Gegner zu fürchten und dieſelben Gefahren zu bekämpfen hatten. Dieſer große Complex mitteleuropäiſcher Länder, ſo verſchieden er im Einzeln nach Geſchichte Art, loyalen Bedürfniſſen und Entwicklungsformen war, hatte doch wieder nach Oſten wie nach Weſten ganz die gleichen Feinde: er mußte fürchten, daß von der einen Seite die Barbarei des Oſtens, von der andern der romaniſche Cäſarismus hereinbrechen würden. Nach beiden Flanken hin gerüſtet zu ſein, öſtlich die Markſcheide europäiſcher Freiheit und Cultur gegen aſiatiſche Despotie zu bilden, weſtlich den vergiftenden Einfluß welſchen Uebergewichts abzuwehren, das war namentlich ſeit Ludwig XIV. und Peter dem Großen ein durchaus gemeinſames öſterreichiſch-deutſches Intereſſe. Zwar hatte die Hauspolitik im dreißigjährigen und im ſiebenjährigen Kriege kein Bedenken getragen, dieſe halbwilden Horden Deutſchland auf den Leib zu hetzen, aber das Intereſſe Oeſterreichs wie Deutſchlands blieb darum doch das gleiche, ſich ſowohl nach Weſten wie nach Oſten hin Luft und Raum zu halten. Das deutſche Reich hatte den nächſten Stoß des franzöſiſchen Angriffs abzuwehren, Oeſterreich den des türkiſchen Andranges, deſſen Erbe ſpäter Rußland ward; war für Oeſterreich die Diverſion von Werth, die das Reich im Weſten machte, ſo war für das Reich der Widerſtand nicht minder wichtig, den Oeſterreich an einer andern Stelle leiſtete. Zumal ſo lange das Reich in ſeiner militäriſchen Organiſation ſchlaff und verfallen war, konnte die beſſere Rüſtung Oeſterreichs die Lücken der deutſchen Organiſation ebenſo ergänzen, wie das deutſche Reich wieder, oder einzelne Reichsſtände, mit Unterſtützung an Geld und Leuten den Defecten öſterreichiſcher Kriegsrüſtung zu Hülfe kamen. In ſolchen Zeiten äußerer Gefahr hat ſich denn auch der enge Bund beider Länder in ſeinen Erfolgen zum Theil glänzend bewährt; wir erinnern nur an die Kriege am Anfange des achtzehnten und im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts. In den Friedensverträgen freilich, welche dieſen glorreichen Kämpfen folgten, hat ſich auch ebenſo einleuchtend gezeigt, daß die überlieferte Politik Oeſterreichs und das nationale Intereſſe Deutſchlands oft ebenſo weit auseinander gingen als die Noth gemeinſamer äußerer Gefahr beide Gebiete im Kampfe vereinigt hat.

Drum darf man wohl sagen, daß in diesem Zeitraume die Beziehungen des habsburgischen Oesterreichs zu Deutschland, so natürliche Berührungspunkte auch vorlagen, doch mehr äußerlicher als innerlicher Natur gewesen sind. So unlösbar die habsburger und die deutsche Politik nach dem Ausgang des 30jährigen Krieges verknüpft blieben, so oft deutsche und österreichische Streitkräfte auch neben einander standen, so sehr in der Politik des Kaisers deutsche und habsburgische Interessen in einander flossen, eine tiefe, innere Verknüpfung fand nicht statt zwischen beiden Ländergruppen. Die Einwirkung deutscher Cultur auf Oesterreich war geschwächt; österreichische Cultureinwirkungen auf Deutschland fanden ohnedies nicht statt. Denn nicht nur in Confession und Erziehung war durch das in Oesterreich geltende System eine starke Scheidewand aufgerichtet gegenüber einem großen Theile des Reichs, auch die Art des bürgerlichen und politischen Zustandes war nicht geeignet, eine innigere Beziehung zum deutschen Wesen herzustellen. Die Starrheit und Schwerfälligkeit der überlieferten Politik, das Verharren in der dumpfen Unbeweglichkeit, die das gewöhnliche Ergebniß priesterlicher Einflüsse ist, die ganze Art des Regiments, die durch die vereinigte Macht jesuitischer und adeliger Coterien getragen ward, paßte nicht zu den Bedürfnissen, wie sie sich in Deutschland geltend machten. Denn wie mangelhaft sich auch hier das Lutherthum entwickelt, es war doch der größte Theil des Reiches viel zu sehr von dem protestantischen Geiste der Beweglichkeit und einer fortschreitenden Entwicklung ergriffen, viel zu lebhaft von den Einwirkungen der westlichen Staaten, Hollands, Frankreichs, Englands berührt, als daß sich ein ähnlicher Zustand hätte festsetzen können, wie in Oesterreich. Im deutschen Reich tauchten vielmehr einzelne Fürsten auf, welche die alte Lethargie glücklich bekämpften, die Stützen mittelalterlicher Feudalität und hierarchischer Herrschsucht beseitigten, eine moderne Staatseinrichtung an die Stelle setzten, alte Mißbräuche verschwinden ließen und, was die Hauptsache war, alle Kräfte und Thätigkeiten des Volkes selbst in eine wohlthätige Spannung und Erregung brachten.

Anders in Oesterreich. Die Regierung Leopolds I., die fast ein halbes Jahrhundert ausfüllt, trägt, ungeachtet der persönlichen Milde des Regenten, das Gepräge überlieferter Härte und Unbeugsamkeit, wie die vorangegangenen Regierungen. Die widerstrebenden Nationalitäten des Reiches, die noch übrig gebliebenen protestantischen Elemente der Bevölkerung müssen die ganze Strenge althabsburgischer Politik empfinden. In den Einfluß des Palastes theilen sich Priester und ein zum großen Theil neuerhobener oder neubekehrter Adel, in welchen sich neben den Resten der deutschen Herrengeschlechter wälsche und slavische Elemente in Fülle finden. Was die große Kriegsperiode von deutschen, italienischen, wallonischen, selbst spanischen Familien im kaiserlichen Lager gesammelt, was aus der böhmischen Katastrophe durch habsburgische und katholische Anhänglichkeit sich gerettet und bereichert, was sich noch zeitig be-

kehrt hatte — das Alles war hier zu einer reichen, mächtigen Aristokratie vereinigt, die gleichsam die bunte Völkermischung des ganzen Reiches repräsentirte und durch ihre eigene Entstehung auf den Trümmern protestantischer und provinzieller Unabhängigkeitskämpfe hinlängliche Bürgschaft gab, daß sie mit der Erhaltung des neuen Zustandes, wie er aus der jüngsten Revolution hervorgegangen, sich selber und ihr eignes Interesse als unlösbar verflochten betrachte. Zu den Geschäften herangezogen und die Gewalt mit der Dynastie vielfach theilend, war dieser Adel beinahe der einzige auf dem Festlande, der noch eine politische Bedeutung, der politische Traditionen und eine staatsmännische Schule besaß.

Mit dieser Aristokratie zum Theil eng verbunden, zum Theil wetteifernd um den Vorrang, stand dem Throne zunächst jener Clerus, dessen Organisation allein schon ihm ein ungemeines Uebergewicht gab, der die Kirche, die Schule, die Familie und das Gewissen des kaiserlichen Herrn selber beherrschte. Das ganze Bild des Regiments unter Leopold trägt dies Gepräge einer von adeligen und priesterlichen Einflüssen umgebenen Palastregierung. Wir sehen Männer wie Auersperg und Lobkowitz zum offenbaren Verderben des Staates, vom Feinde erkauft, die Geschäfte leiten, aber sie bleiben ungestört am Ruder; es müßte denn sein, daß sie wie Lobkowitz sich die Protection des allmächtigen Clerus verscherzt hätten. Der Einfluß eines Jesuiten wie Pater Müller, oder des Kapuzinerguardians Sinelli, oder der Beichtväter des Kaisers und der Kaiserin stand dem der ersten Minister mindestens gleich, ja war ihm in den entscheidendsten Momenten meistens überlegen. Diese Art Regierungswirthschaft mit ihrer sorglosen Connivenz gegen Adel und Clerus, ihrer Toleranz gegen Mißbräuche, ihrer Nachsicht gegen gewissenlose Staatsausbeutung, ihrer Vernachlässigung der wichtigsten Mittel der Staatsmacht und Größe fing an, in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts überall seltner zu werden; auch in Deutschland ward sie mehr und mehr von den neuen, bürgerlichen, sparsamen, auf Thätigkeit und Anspannung der Massen, auf Beseitigung des Privilegiums gerichteten Staatsmaximen verdrängt, nur in Oesterreich bewahrte sie sich noch ihr ungestörtes Asyl. Und bezeichnend war es, daß sich außer Oesterreich kaum ein Land in Europa finden ließ, wo dieses starre Festhalten adelig-priesterlicher Palastregierung noch so unverändert war, als in dem gleichfalls habsburgischen Spanien. Betrachtet man Leopold I. selbst, wie er mit phlegmatischer Gravität dem Allem unbewegt zusieht und, während die Staatskräfte verfallen, eifersüchtig über den äußeren Pomp des Thrones und der Majestät wacht, alle Selbstthätigkeit und alle kriegerischen Neigungen seines Hauses abgestreift hat, wie er mit Gelehrten zierliche lateinische Correspondenzen führt, mit den Damen des Hofes italienische Comödien aufspielen und im engen Kreise des Hofes und der Familie spanische Etiquette und spanische Sprache walten läßt, so wird man in diesem Bilde weder die guten noch die schlimmen Seiten eines deut-

ſchen Fürſten jener Tage, ſondern eben nur die Phyſiognomie erkennen, wie ſie den Habsburgern beider Linien, in Madrid wie in Wien, eigen war, und wie ſie allerdings in Italien und Spanien für heimiſcher gelten konnte, als für deutſche Länder. Wohl hatten die Jeſuiten von ihrem Standpunkt nicht Unrecht, wenn ſie dieſen Kaiſer mit verſchwenderiſchem Lobe überſchütteten und ihm den ſtolzen Beinamen des „Großen“ zutheilten. Denn allerdings war für die Art Staatseinrichtung, wie ſie den Jeſuiten als erreichbares Ideal vorſchwebte, Leopold der rechte Muſterkaiſer.

Während der Staatsſchatz erſchöpft war, die Truppen aus Mangel an Sold oft die eignen Provinzen plünderten und der Kaiſer faſt immer, wo es Staatsbedürfniſſe galt, in Geldnoth war, herrſchte noch in Oeſterreich die bigotte Verſchwendung an den Clerus und eine ſorgloſe Toleranz gegen die Ausbeutung des Staates durch Miniſter und Adel. In einem Augenblick, wo nach einem zeitgenöſſiſchen Bericht den Beamten die Beſoldung, den Handwerkern der Lohn, den Soldaten das Brod fehlte und dem Staate Niemand mehr unter zwanzig Procent borgte, da wurden an die adeligen Lieblinge Schenkungen gemacht, die auch einem ſehr loyalen öſterreichiſchen Geſchichtsſchreiber „geradezu als ein Uebermaaß von Güte“ erſcheinen, und es fand ein „förmliches Jagen ſtatt nach Geſchenken in Geld und Gütern,“ *) bei dem man in der That nicht weiß, worüber man mehr erſtaunen ſoll: ob über die Schwäche der Geber oder über die ſchamloſe Begehrlichkeit der Empfänger. Während anderwärts dem Allem eine Schranke geſetzt, in Staats- und Hofbedürfniſſen knappe Sparſamkeit eingeführt ward, erhielt ſich hier die faſt orientaliſche Pracht äußerer Repräſentation, wurde hier noch ein müßiger Hofſtaat von mehr als tauſend Perſonen unterhalten. In Oeſterreich kam es noch vor, daß ein hoher Beamter, wie der Kammerpräſident Sinzendorf, viele Jahre lang die kaiſerliche Kammer um Tonnen Goldes beſtehlen konnte, bis er wegen „Diebſtahl, Meineid und Betrug“ wenigſtens den Gerichten übergeben ward. Und ſolche Verbrechen, ja ſelbſt offenbare Verrätherei im Kreiſe des hohen Adels und Clerus begangen, erfreuten ſich einer gewiſſen Connivenz, oder wenn es unmöglich war ſie zu ignoriren, wenigſtens einer milden Beſtrafung, während die geringſte Auflehnung für alte nationale Freiheiten oder das proteſtantiſche Bekenntniß von der ganzen unerbittlichen Härte der überlieferten Politik getroffen wurden.

Auch auf die Entwicklung des Volkes ſelbſt wirkte dieſer Zuſtand nachhaltig herüber. Von jeſuitiſcher Erziehung gebildet, in ſeinen natürlichen Berührungen mit dem verwandten deutſchen Weſen geſtört, abſichtlich in einer gewiſſen trägen Ruhe und Dumpfheit erhalten, in ſeinem ganzen Thun nur auf die nächſten ſinnlichen Bedürfniſſe und deren Befriedigung gerichtet, mußte der deutſche Bewohner des öſterreichiſchen Staates, bei urſprünglich reicher

*) S. Arneth, Prinz Eugen von Savoyen II. 100. 101.

Begabung und Regsamkeit, jene bequeme, träge, sinnliche Richtung annehmen, gegen die erst von Joseph II. nachdrücklich reagirt worden ist.

Der Tod Leopolds I. und die allgemeine Lage der Zeit drohte diese überlieferte Trägheit in rascheren Fluß zu bringen unter dem ersten Joseph (1705—1711), aber seine Regierung war zu kurz, das System zu eingewurzelt, als daß die Wirkung hätte nachhaltig sein können. Sonst war Joseph I., bei allem autokratischen Stolz und aller unbeugsamen Härte, wie er sie namentlich gegen Baiern zeigte, der erste Habsburger seit Rudolf II., der das alte Wesen schien erschüttern zu wollen. Er war vor Allem frei von der religiösen Bigotterie seiner Vorfahren; möglich, daß schon die politische Lage der Zeit, die ihn ganz auf die Verbindung mit den protestantischen Staaten — England, Holland, Preußen — anwies, zu dieser Milderung beitrug, allein der Kaiser war auch persönlich nicht mehr von jener unbedingten Gläubigkeit an das Uebergewicht der Jesuiten, wie seine Vorgänger. Er hatte keine pfäffische Erziehung mehr erhalten, war beweglich, wißbegierig, im Leben und Verkehr mit Menschen geschult, von einem viel weiteren Gesichtskreise als die Ferdinande und Leopolde, und fühlte sich zugleich in seinem autokratischen Bewußtsein durch den Einfluß gestört, den Priester und Jesuiten am wiener Hofe besaßen und beanspruchten. Geschah doch unter ihm zuerst das seit lange in Oesterreich Unerhörte, daß mit der römischen Kirche ein kleiner Krieg entstand, der zum Abbruch der diplomatischen Beziehung führte, daß Rom den Kaiser mit dem Bann bedrohte und umgekehrt der Kaiser ernstlich oder scheinbar die Miene annahm, als hätten diese alten Mittel des päpstlichen Stuhles für ihn ihre Furchtbarkeit verloren! Ließ doch der Papst am 1. August 1707 eine Bulle anschlagen, wodurch die Truppen des Kaisers, die Parma und Piacenza besetzt, mit dem Kirchenbanne belegt wurden; aber freilich die Truppen, gegen die Rom seine Bulle aussandte, waren meistens ketzerische Brandenburger, an denen die Schreckmittel der römischen Kirche wirkungslos abgleiteten! Ein solcher Fürst, der Talent, Charakterenergie und Leidenschaft besaß, der statt träger mönchischer Beschaulichkeit die Jagd und den Kriegsdienst liebte, der zuerst anfing, den alten Wust finanzieller Mißbräuche etwas aufzurütteln, der sich von Günstlingen und Priestern nicht leiten ließ, sondern seinen eignen Eingebungen mit jugendlicher Raschheit und dem Eigensinn eines Autokraten folgte — ein solcher Fürst konnte für das alte Oesterreich erschütternd, für den priesterlichen Einfluß zerstörend werden, und wäre es ohne Zweifel auch geworden, wenn ihm mehr als sechs stürmische Jahre einer großen europäischen Kriegserschütterung zur Regentenarbeit wären gegeben worden. In diesem beschränkten Zeitraume konnte er nur stören, nicht zerstören, das Uebergewicht des alten Wesens wohl hemmen, aber nicht ihm dauernd eine Schranke setzen. Indessen eine warnende Bedeutung hatte doch diese Regierung; sie zeigte, was auch aus diesem Hause und in diesem Lande entstehen konnte, wenn die priesterliche Politik nur einmal es

verſäumt hatte, ſich die Erziehung und den Willen des künftigen Regenten vollſtändig zu ſichern.

Völlig verloren waren darum auch die Paar Jahre nicht. Oeſterreich kehrte nie wieder zu den Zeiten der Ferdinande und Leopolds zurück; es war einmal ein Riß geſchehen in dieſe alte Ueberlieferung, der ſich nicht mehr heilen ließ. Karl VI., obwohl vielmehr althabsburgiſch als ſein Bruder Joſeph, in ſeinen Sympathien mehr ſpaniſch als deutſch, und ſein Leben lang vorzugsweiſe von dem einen Gedanken beherrſcht, die Integrität der habsburgiſchen Erbſchaft zu erhalten, ja ſelbſt nach dem Badener Frieden noch mit dem kühnen Plane beſchäftigt, die ganze Ländermaſſe, die einſt beiden Linien angehört, durch eine Verſchwägerung mit den ſpaniſchen Bourbons wieder unter einem Haupte zu vereinigen,*) — Karl VI. unterſchied ſich doch ſichtlich von ſeinen Ahnen, und auch auf ihn war die heitere freiere Art ſeines Bruders nicht ohne Einwirkung geblieben. Es iſt bekannt, daß auch unter ihm, obwohl er viel devoter war als Joſeph, die Jeſuiten ihre verlorene Poſition, wie ſie ſie einſt unter Rudolf, den Ferdinanden und Leopold beſeſſen, nicht wieder erlangen konnten; dagegen erfolgten die erſten ſchüchternen Schritte der Regierung, die auf eine Beſchränkung des mönchiſchen Weſens, auf eine Ueberwachung der Klöſter, eine Abwehr hierarchiſcher Uebergriffe abzielten. Und indeſſen man hier Mißbräuchen anfing zu ſteuern, groben Ausartungen des mönchiſchen Weſens zum erſten Male entgegentrat, ward die Praxis gegen Akatholiken milder und menſchlicher, der grauſame und unbarmherzige Fanatismus jeſuitiſcher Erzieher und Berather hörte auf allmächtig zu ſein. Die Verſuche Karls VI., an der Nordſee wie am adriatiſchen Meere, in Oſtende und Trieſt Sitze eines großen überſeeiſchen Handels zu ſchaffen, durch die orientaliſche Compagnie den Handel nach der Levante zu erlangen und ſich von dem Uebergewicht der herrſchenden Seemächte frei zu machen, dieſe Verſuche — auch wenn ſie ganz unzureichend waren, einen kräftigen Widerſtand gegen das Monopol Hollands und Englands zu organiſiren — legten doch Zeugniß ab von einem lebhafteren Thätigkeitstrieb und einem rührigeren Intereſſe an der Landeswohlfahrt, als es die früheren habsburgiſchen Fürſten an den Tag gelegt. Die alte Erſtarrung wich doch, wenn gleich das zunächſt Erreichbare ſelbſt hinter den beſcheidenſten Erwartungen zurückblieb.

Am wohlthätigſten wirkte aber in dieſe erſtarrten Verhältniſſe eine Perſönlichkeit herüber, die der gute Genius des Hauſes Habsburg ihm in der rechten Stunde an die Seite ſtellte — Eugen von Savoyen. Dieſer unvergleichliche Geiſt mit ſeiner romaniſchen Unruhe, ſeiner Beweglichkeit und anregenden Kraft, der ſich in ſo ſeltener Weiſe in ein fremdes Land und Volk hineingelebt, hat auf das in Lethargie verſunkene habsburgiſch-öſterreichiſche

*) S. die Mittheilung in Ranke's preuß. Geſch. I. 197 f. und Arneth's Eugen von Savoyen II. 346—348 ff.

Wesen in wohlthätigster Weise zurückgewirkt. Von Geburt und Abstammung halb Franzose, halb Italiener, aber durch Verhältnisse und Lebensstellung ganz mit dem habsburgischen und österreichischen Interesse verwachsen, der treueste Diener, den die Dynastie gehabt, und zugleich der größte und verdienteste Feldherr und Staatsmann, der je in Oesterreich gewirkt, griff Eugen mit ungemeiner Frische und Rührigkeit in diesen alten Schlendrian herein, nicht ohne die hundertfältigsten Schwierigkeiten, selten so glücklich sein Ziel ganz zu erreichen, aber doch meistens mächtig genug, in diesen vorhandenen Wust eine wohlthätige Gährung zu bringen. Eugen hatte noch eine lebendige Vorstellung von dem, was die Kaisermacht sein *konnte*; er würdigte noch die ganze Wichtigkeit, die Oesterreich in seinem Verhältniß zum deutschen Reich und durch dieses zu gewinnen im Stande war. Er verachtete die Misère und Schwerfälligkeit der deutschen Institutionen, aber er würdigte zugleich so unbefangen, wie nie ein Ausländer, den gesunden Stoff, der noch in dieser pedantischen Umkleidung steckte, und er war der Mann, diesen Stoff mit größter Einsicht und Wachsamkeit für das österreichische Interesse zu benutzen. Er scheiterte freilich mit seinen wohlwollenden Absichten, das deutsche Reich gegen Frankreich in eine tüchtige Wehrkraft zu setzen, er gerieth auch in Oesterreich selbst überall mit der Pedanterie der Formen, mit der Eifersucht der Mittelmäßigen, mit dem Haß der Priester und Höflinge in Conflict, allein es kam doch in dieses gealterte und erstarrte Wesen eine frische und anregende Strömung, deren Wirkung nicht verloren war. Eugen sah mit voller Klarheit ein, daß man die Hülfsquellen und Arbeitskräfte des großen Staates unverantwortlich vernachlässigte und war unermüdlich darauf aus, die Schranken wegzuräumen, welche der Entfaltung der Staatsmacht entgegenstanden. Aber nur dem Sieger von Zenta, Höchstädt, Turin und Malplaquet war so etwas möglich; nur der engverbundene Freund dreier Regenten, deren Vertrauen er niemals mißbrauchte, durfte sich vermessen, den unversöhnlichen Groll aller derer herauszufordern, deren Macht und Einfluß durch die Erhaltung der alten Zustände bedingt war.

Wenn man den Widerstand erwog, der von dieser Seite zäh und weitverzweigt sich gegen Eugens Ketzereien erhob, wenn man in Anschlag brachte, daß die ganze alte Maschine und Ueberlieferung, wenn auch zum ersten Male erschüttert, doch bestehen blieb, so ist es immerhin viel merkwürdiger, daß ein solcher Mann unter diesen Verhältnissen eine mächtige Stellung erringen und behaupten konnte, als es auffallend ist, daß die umgestaltende Wirkung seines Daseins nicht größer und tiefergehend war. Nahm ja ohnedies Eugens Einfluß zugleich mit dem Ende der großen Kriege und dem Tode Josephs I. fühlbar ab, während die Macht der alten Elemente, und die überlieferte Art des Regiments, fortwirkten.*) So blieb der schleppende und träge Gang

*) S. Arneth im 3. Bande von Eugens Leben, wo auch S. 46 f. die bezeichnete Episode der Verschwörung gegen ihn erzählt ist.

der Verwaltung, die mißtrauiſche Lähmung ſelbſtändiger Talente, es erhielten ſich die groben Mißbräuche und Unterſchleife, ſo wie die theueren Vorrechte der großen Herren, die ſie im Steuerweſen, in der Juſtiz u. ſ. w. hatten zu erringen wiſſen. Nach wie vor wußten ſich die Privilegirten den ſchwerſten Laſten des Staates zu entziehen, ſelbſt vor der Rechtspflege ſich ſicher zu ſtellen, indeſſen der verderblichſte Druck feudaler und hierarchiſcher Macht das Aufkommen eines rührigen und wohlhabenden Bauernſtandes hinderte. War es zu wundern, daß dieſer große mächtige Ländercomplex mit ſeinen reichen blühenden Provinzen, ſeinen noch unausgeſchöpften Hülfsquellen durch Staaten von mäßigem Umfang, in denen aber eine wachſame, rührige und anregende Staatskunſt regierte, an Macht und Stärke überholt ward? Konnte doch Eugen das Eine nicht einmal hindern, daß die gröbſten Unterſchleife und Mißbräuche im Heerweſen fortdauerten, der Verkauf der Officierſtellen, die Beförderungen, die Anwerbungen zu ſchmählichen Plusmachereien benutzt und die Armee ſo tief herabgebracht ward, daß der große Beſieger der Türken und Franzoſen ſelber noch den Verfall der von ihm begründeten Kriegsmacht Oeſterreichs erleben mußte! War doch die öſterreichiſche Armee, als der letzte habsburgiſche Kaiſer ſtarb, ſtatt der angeblichen 135,000 Mann, die ſie — dürftig genug — zählen ſollte, in der That kaum halb ſo ſtark!

Der ganze Staat war für Karl VI. ein noch unbenutzter, ja in ſeinen reichen Hülfsquellen ungekannter Stoff. Die höchſte Gewalt war zerſplittert durch den Antheil, den man der Ariſtokratie einräumte; die Monarchie beſtand aus einzelnen loſen Provinzen, in denen die großen Herren ein ziemlich unabhängiges Regiment führten. Die Folgen der alten Politik, von dem vorhandenen Capital bequem zu zehren, ſtatt neue Quellen zu eröffnen und alle Kräfte des Staates anzuſpannen, traten jetzt in ihren nachtheiligen Wirkungen heraus, wo die politiſche Conſtellation eine andere geworden, die Stellung Oeſterreichs ſelber zur europäiſchen Politik völlig verändert war.

In dieſer Lage, deren traurige Frucht der ruhmloſe Ausgang des Krieges von 1733–1735 und der ſchmachvolle Friede mit den Türken war, ſtarb der letzte Habsburger. Welch andere Geſtalt hätte die Weltgeſchichte angenommen, wenn es einem Manne wie Eugen möglich geweſen wäre, Oeſterreich zu reorganiſiren, wenn im Jahre 1740 der öſterreichiſche Staat ſo verwaltet und ſo gerüſtet war, wie die kleine preußiſche Monarchie in dem Augenblick, als ſie Friedrich Wilhelm I. ſeinem Nachfolger übergab! Wie vergeblich wären die Verſuche Frankreichs, Baierns, Preußens geweſen, ſich durch die Zerrüttung des öſterreichiſchen Staatsweſens zu vergrößern, wenn man zeitig genug das habsburgiſche Oeſterreich aus der überlieferten Trägheit herausgeführt hätte!

Aber der rechte Zeitpunkt war verſäumt; was nun ferner geſchah, die öſterreichiſchen Staatskräfte zu erwecken und nutzbar zu machen, das konnte

wohl die Auflöſung des Erbſtaates hindern, aber die Folgen der begangenen Mißgriffe und Verſäumniſſe nicht mehr gut machen.

Denn in demſelben Augenblick, wo der Tod des letzten männlichen Sprößlings aus dem habsburgiſchen Hauſe eine europäiſche Verwicklung hervorrief, waren bereits die Fundamente gelegt zu einem rivaliſirenden, dem Einfluß Oeſterreichs in Deutſchland mit Plan und Bewußtſein gegenüberſtehenden Staate, und der neue Regent dieſes Staates, den das Schickſal wenige Monate vor Karls VI. Tode auf den Thron gerufen, war ganz der Mann dazu, dieſe Fundamente mit genialer Kühnheit auszubauen.

Zweiter Abſchnitt.

Preußen bis zum Regierungsantritt Friedrichs II. (1740).

Der Staat, zu dem wir uns wenden, ſteht durch ſeinen Urſprung, ſeine Geſchichte und durch die Mittel ſeiner Macht, von Anfang an in entſchiedenem Gegenſatze zum habsburgiſchen Oeſterreich. Nicht einen bunten Complex verſchiedener Länder und Nationalitäten, oder einen unermeßlichen und unverbrauchten Stoff großer politiſcher Macht finden wir hier vor, ſondern ein beſchränktes Gebiet, ein junges Staatsweſen von ziemlich dünnleibiger geographiſcher Geſtaltung, aber von der rührigſten intenſiven Kraft und Beweglichkeit. Nahmen wir dort wahr, wie die herrſchende Politik ſich lange Zeit begnügen durfte, in bequemer Sicherheit vom Vorhandenen zu zehren, die überlieferte Macht und Weltſtellung wie ein Capital zu betrachten, das der ſtetigen Vermehrung nicht bedurfte, ſo finden wir hier ein aufſtrebendes Staatsweſen von knappen Mitteln, die es durch die unermüdetſte Thätigkeit muß zu vergrößern ſuchen, ein Staatsweſen und ein Volk, das ſich ſeine Geſchichte, ſeinen Ruhm, ſeinen Rang in der Welt erſt erringen muß, deſſen Fürſten und Lenker darum keinen Augenblick ſich in die verderbliche Sicherheit des Genuſſes einwiegen dürfen. „Toujours en vedette," ſo lautete das bezeichnende Vermächtniß, das der größte König dieſes Landes ſeinem Geſchlechte hinterlaſſen hat.*)

Für die öſterreichiſch-habsburgiſche Macht im alten Sinne war der weſtfäliſche Friede die beengende Schranke geworden; für das hohenzollernſche Brandenburg-Preußen war derſelbe Friede der Anfang einer ſelbſtändigen und eignen Macht. Das deutſche Landesfürſtenthum war durch die Verträge von Münſter und Osnabrück der kaiſerlichen Obhut entwachſen; es hatte ſeine

*) S. Oeuvres de Fréderic le Grand. IX. 191. (Neue Berliner Ausgabe.)

eigne politiſche Exiſtenz, es konnte ſich eine politiſche Geltung auch auf der großen europäiſchen Bühne erringen. Nachdem Kaiſer und Reich ihre alte Bedeutung verloren, ging auf dieſe territoriale Fürſtenmacht ein Theil des geſchichtlichen Berufes über, deſſen Träger die alten jetzt ausgelebten Formen und Kräfte geweſen waren. Verſtand das Landesfürſtenthum dieſe günſtige Lage zu nützen, nach Außen ſeine Macht zur Geltung, deutſche Waffen und deutſche Politik zu Ehren zu bringen, verſtand es im Innern eine weiſe und verſtändige Ordnung der Dinge aufzurichten, die allgemeine Wohlfahrt zu pflegen und zu fördern, ſo mußten die Erfolge eines ſolchen Strebens nicht allein dem Gebiete ſelbſt, wo ſolches verſucht ward, ſondern der geſammten deutſchen Entwicklung zu Gute kommen. Denn nachdem die alten Formen ſich unfähig erwieſen, Deutſchland nach Außen zu ſchützen, im Innern die zerſetzenden Folgen kleinſtaatlicher Ohnmacht abzuwehren, ſo mußte man es als eine günſtige Fügung preiſen, wenn wenigſtens das Landesfürſtenthum, das auf den Trümmern des alten Reiches ſeine ſelbſtändige Exiſtenz gewonnen, dieſe Intereſſen der Geſammtheit in ſeinem engeren Kreiſe mit Wachſamkeit und Eifer wahrnahm. Dieſen Beruf zu erfüllen hat man von verſchiedenen Seiten verſucht; aber nirgends iſt es mit ſolcher Bewußtheit und zähen Ausdauer unternommen und deshalb von gleichem Erfolge gekrönt worden, wie von den hohenzollernſchen Fürſten in Brandenburg-Preußen.

In einem Lande, das zum Theil noch einer deutſchen Colonie auf einem erſt zu erobernden Boden glich, das ein vorgeſchobener Poſten des Deutſchthums nach den ſlaviſchen Gebieten hin war, hatten einſt die Fürſten des Hauſes Zollern nach vieljähriger Zerrüttung ein landesfürſtliches Gebiet erkämpft, der feudalen Anarchie mit Kraft geſteuert, der anmaßlichen Herrſchaft unbändiger Junker ein Ziel geſetzt und neben dieſem kräftigen, kampfgewohnten Walten die friedlichen Künſte des bürgerlichen Lebens und ſeiner Cultur nirgends vernachläſſigt. Dieſe Anfänge des zollernſchen Hauſes in Brandenburg ſind die charakteriſtiſchen Vorzeichen der künftigen Geſchicke, des *Landes* ſowohl, das wie kein anderes in Deutſchland durch ſeine Fürſten zu einem bedeutenden Daſein gehoben worden iſt, als des *Fürſtenhauſes* ſelber, das wie wenige regierende Geſchlechter durch eine Reihe von charaktervollen Perſönlichkeiten ganz verſchiedener Art und Bildung binnen eines langen Zeitraums ſich ausgezeichnet und in faſt allen dieſen verſchiedenen Perſönlichkeiten einen und denſelben ſtetigen Zug zur Schöpfung, Ordnung und rührigen inneren Entfaltung eines kräftigen monarchiſchen Staatsweſens bewahrt hat.

Der Gegenſatz dieſes jungen Staatsweſens zum habsburgiſchen Oeſterreich gibt ſich nicht nur in der Entſtehung und den Anfängen kund, er prägt ſich auch in der ganzen politiſchen Phyſiognomie beider Staaten bezeichnend aus. Oeſterreich eine loſe Föderation verſchiedener Nationalitäten und Provinzen, unter denen das deutſche Element nur einen, freilich weſentlichen Fak-

tor bildet; Preußen ein früh zu einer gewissen Einheit verschmolzener Staat von ganz überwiegend deutschem Wesen. In Oesterreich die Ueberlieferung des alten römischen Kaiserthums und das Bemühen, so weit es nur immer ausführbar ist, diese Ueberlieferung zu Gunsten der Haus- und Erbmacht zu benützen; hier das protestantische Landesfürstenthum im Gegensatze zum alten Romanismus und zum alten Reiche in seiner selbständigen und unabhängigen Stellung, wie sie seit 1648 anerkannt war. Dort die zähe Bewahrung der alten Zeit und ihrer Formen wie ihres Regiments, hier Alles modern und auf die Gestaltung einer modernen Staatsordnung berechnet. In Oesterreich eine mächtige, reiche Aristokratie, welche den Thron nicht nur umgiebt, sondern die Gewalt mit ihm theilt; in Brandenburg-Preußen die Aristokratie in ihrer Macht gebrochen, ohne großen Reichthum und ohne Einfluß beim Throne, sogar vorübergehend mit einer planmäßigen Ungunst behandelt und nur im Heere hervorragend und verdient, das ganze Regiment bürgerlich soldatisch, seine Träger und Leiter zum Theil Emporkömmlinge aus den untern Schichten der Gesellschaft, die ihre Tüchtigkeit auf dem Schlachtfelde, im Bureau oder in der Wissenschaft geadelt hat. Den Lobkowitz, Auersperg, Haugwitz, Chotek, Kaunitz u. s. w. stehen hier die bescheidenen Namen der Derfflinger, Distelmeyr, Meinder, Fuchs, Spanheim, Ilgen und Cocceji gegenüber; dem an diplomatischen und staatsmännischen Talenten reichen Adel des slavisch-deutschen Oesterreichs hat die brandenburg-preußische Ritterschaft in dem ganzen Zeitraume von 1640—1806 nur den einzigen Herzberg entgegenzustellen.

In Oesterreich ist der Katholicismus das alleingeltende Bekenntniß und der Einfluß kirchlich-hierarchischen Wesens auch über das bürgerliche und sociale Leben ausgebreitet; in Preußen trägt die herrschende Physiognomie ebenso bestimmt das Gepräge protestantischer Nüchternheit. In Oesterreich war die verschwenderische Fahrlässigkeit mit den Staatsmitteln politische Tradition geworden und man hatte sich gewöhnt sorglos aus unerschöpflichen Hülfsquellen zu schöpfen; in Preußen ging die karge Sparsamkeit so ausgeprägt durch Alles durch, daß man zweifeln konnte, ob die politische Nothwendigkeit oder die angeborene Neigung des hohenzollernschen Hauses mehr dazu beitrug. In Oesterreich hielt die überlieferte Politik im Bunde mit Adel und Clerus das Volk geflissentlich in dumpfer Unbeweglichkeit und sinnlichem Genießen; in Preußen ward ein nüchternes, arbeitsames Geschlecht zur äußersten Thätigkeit und Arbeit angespannt. Dort stand das feudale Privilegium noch in voller Kraft; in Preußen suchte die herrschende Politik früh ihre Stärke darin, daß sie Bauer und Bürger von der Last des Lehensdruckes zu befreien strebte.

Wohl war die Form beider Staaten dieselbe, die damals fast den ganzen Continent beherrschte, die absolute Monarchie. In Preußen wie in Oesterreich, wie in fast allen deutschen Territorien, regierte mit aller Unbedingtheit der Wille eines Einzigen; aber die Art, wie dies geschah, war doch durch-

aus verſchieden. Von der faſt orientaliſchen Ueberhebung, den Anklängen an ſpaniſche Despotie war in dem brandenburg-preußiſchen Staate ſo wenig die Rede, wie von dem launenvollen, verſchwenderiſchen, von Maitreſſen, Günſtlingen und koſtſpieligen Liebhabereien beherrſchten Syſtem, das nach Verſailler Vorbildern in die meiſten deutſchen Gebiete und Regierungen eingedrungen war; es war ein kerniger, ſchlichter und echt deutſcher Schlag von Fürſten, der ſeit 1640 dort regierte, es waren Fürſten, die mit den höchſten Rechten ſich auch die höchſten Pflichten beilegten, die mehr in der Schule Hollands und Englands als nach den Ueberlieferungen Roms und Spaniens erzogen waren, Fürſten, die ſich als die erſten Diener des Staates, als die berufenen Wächter des Geſammtwohles betrachteten, die zwiſchen ſich und ihren Unterthanen neben dem Gebot des unbedingten Gehorſams zugleich ein höheres ſittliches Verhältniß gegenſeitiger Verpflichtung herſtellten. Sie regierten nicht minder unbedingt, wie die andern, waren ebenſo gewaltſam in ihren Mitteln, forderten harte Laſten und Opfer von den ihnen Untergebenen, aber man ertrug dieſen Druck leichter und freudiger, denn das Alles diente nicht dem eitlen Genuſſe oder der Laune des Einzelnen, ward nicht an leere Liebhabereien vergeudet, ſondern war das unentbehrliche Mittel zur Erreichung eines ſittlichen Zieles, des Wohles der Geſammtheit. Der Staat war überall der höchſte Zweck, nicht die Dynaſtie, noch weniger der Hof und deſſen müßige Verſchwender.

Das junge Brandenburg-Preußen war ein weſentlich proteſtantiſcher Staat: proteſtantiſch freilich nicht in dem ausſchließenden Sinne, wie das habsburgiſche Oeſterreich katholiſch war; vielmehr genoß das katholiſche Element in dem hohenzollernſchen Staate früh eine freiere Lebensluft, als ſie jemals dem proteſtantiſchen unter den Habsburgern zu Theil geworden iſt. Selbſt die Alleinherrſchaft eines der beiden proteſtantiſchen Bekenntniſſe über das andere war hier weniger als anderswo zu fürchten; denn in den öſtlichen Theilen des Staates überwog das Lutherthum, im Weſten der Calvinismus, und die Dynaſtie ſelbſt war durch Johann Siegmund zum reformirten Bekenntniß übergegangen; die Annäherung und Einigung zwiſchen den getrennten Glaubensrichtungen von Wittenberg und Genf war darum hier mehr als an einer andern Stelle durch die Verhältniſſe geboten.

In einer Zeit größter Engherzigkeit in allen Glaubensangelegenheiten war ſolch eine duldſamere Anſicht, wie ſie der große Kurfürſt vertrat, nicht laut genug anzuerkennen; indeſſen ſie war nicht das einzige, wodurch ſich die junge Monarchie von der verwaltenden Strömung jener Zeit unterſchied. Brandenburg ſtand zugleich früh an der Spitze der Staaten, die wenn wir ſo ſagen dürfen, den politiſchen Proteſtantismus mit Bewußtſein ergriffen und zur Richtſchnur ihrer Politik erhoben haben. Die in ſolchem Geiſte proteſtantiſchen Staaten weckten die Kräfte ihrer Länder, während der prieſterliche Abſolutismus ſie in Trägheit und Erſtarrung hielt; ſie ſpornten das

Volk zu thätiger Arbeit an, während man es anderwärts im platten Sinnengenuß oder in Armuth verkommen ließ; ſie geſtatteten dem geiſtigen Leben, das die andern niederdrückten, freien Spielraum; ſie pflegten Schulen und Univerſitäten, die ſonſt in Barbarei und Formalismus erſtarrten; ſie ſorgten für die nüchterne Proſa einer Volkserziehung, indeß man anderwärts an den Prunk der Hofcultur oder an ausländiſche Nachahmerei die Kräfte des Landes hing; ſie ließen Jeden nach ſeiner Weiſe ſelig werden und zogen alle gedrückten und verfolgten Elemente, die arbeitſam und brauchbar waren, an ſich heran, während man ſie ſonſt in pfäffiſcher Verſtocktheit ausſtieß oder verfolgte. Sie zogen aus der Maſſe des Volkes die tüchtigſten Kräfte heran, um Verwaltung, Geſetzgebung und Kriegsweſen zu leiten, indeß man anderwärts die politiſche Feudalität in ähnlichem Vorrecht und in gleicher Begünſtigung hielt, wie die kirchliche.

In dieſer intenſiven Kraft lag das Geheimniß der Stärke des kleinen Staates, lag die Möglichkeit eines Wetteifers mit dem großen von der Natur reich und mächtig ausgeſtatteten Oeſterreich. Aber man durfte nie vergeſſen, daß dieſer junge preußiſche Staat auf einer ſchmalen Grundlage natürlicher Macht beruhte, daß das Land klein von Umfang und ſpärlich ausgeſtattet, die Kräfte der Einzelnen auf's Aeußerſte geſpannt, die natürliche Kargheit der Mittel zum Theil nur durch eine künſtliche und zuſammengeſetzte Maſchine ergänzt war. Durch die ſorgloſe und träge Schwäche der Andern, durch einzelne große und ausgezeichnete Männer war hier ein kleines, an ſich unzulängliches Gebiet zu einer großen geſchichtlichen Stellung künſtlich emporgehoben worden; darum war die ganze Lage des Staates allezeit prekärer und gefährdeter als die jedes andern. Die Mittelmäßigkeit der Regenten war hier fühlbarer und bedenklicher als irgendwo. Denn hier war kein großes, wenn auch unbenütztes Capital natürlicher Kräfte wie in Oeſterreich vorhanden, hier ſtützte man ſich nicht auf hergebrachte mächtige Verbindungen, auf alten Waffenruhm und große politiſche Ueberlieferungen, hier lehnte man ſich nicht an das moraliſche Anſehen des tauſendjährigen Kaiſerthums an, wie die Habsburger in Oeſterreich. Wohl ſind auch in Oeſterreich Regierungen wie die der Ferdinande, Leopolds I. und Karls VI. nicht ohne nachhaltigen Schaden vorübergegangen, allein das Ganze des Staates blieb doch vor dem jähen Untergang bewahrt. In Preußen konnte eine einzige mittelmäßige oder ſchlaffe Regierung das Werk des großen Kurfürſten und des großen Königs der Zerſtörung zuführen. Niemand hat dies Gefühl der Unſicherheit lebendiger in ſich getragen, als der große König ſelber; ſein Leben wie ſeine Schriften legen davon unzweideutiges Zeugniß ab. Aus dieſem Gefühl der Beſorgtheit entſprang jener denkwürdige Rath, den er in einem ſeiner kleinen Aufſätze niedergelegt hat*): „dies Land muß von Für-

*) S. die oben angeführte Stelle.

sten regiert werden, die immer auf der Wache stehen und mit gespanntem Ohre auf ihre Nachbarn wachen, Fürsten, die bereit sind von einem Tage zum andern sich gegen die verderblichen Entwürfe ihrer Feinde zur Wehr zu setzen."

Nachdem schon am Ausgang des sechszehnten Jahrhunderts und später immer mehr die hervorragendsten protestantischen Gebiete, namentlich Sachsen und Kurpfalz, die Mittel und Wege verloren hatten, ein protestantisches und landesfürstliches Gegengewicht gegen Habsburg und das Kaiserthum zu bilden, war Kurbrandenburg das nächste Land, das in diese Ansprüche schien eintreten zu können. Darum witterte schon 1609 ein feines diplomatisches Auge die Gefahr, daß „der Kurfürst von Brandenburg nunmehr der werden könne, der von den Lutherischen und Calvinischen längst gewünscht und erwartet worden." *) Zwar gelang es noch der habsburgischen Politik dies zu hindern, aber mit Mißtrauen beobachtete sie dieses im Wachsen begriffene Gebiet, zumal seit zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts die Aussicht immer näher rückte, alle hohenzollernschen Besitzungen an das Kurhaus heimfallen, das Herzogthum Preußen, die fränkischen Markgrafschaften, Cleve, Jülich und Theile von Schlesien mit den Marken vereinigt zu sehen. Wohl waren die damaligen Kurfürsten von Brandenburg von dem rastlosen Ehrgeiz, wie ihn der große Kurfürst und sein Geschlecht besaß, noch fern genug und schienen die gefährliche Ausdehnung einer solchen Macht fast selber mehr zu fürchten als zu suchen; indessen schon die Möglichkeit einer protestantischen und landesfürstlichen Gegenmacht forderte die Wachsamkeit der österreichischen Politik heraus. Die Zeiten des dreißigjährigen Krieges versprachen diese Gefahr, die von Brandenburg drohte, für immer zu beseitigen. Der Protestantismus und das landesfürstliche Interesse lagen nach dem Sieg über den Winterkönig und der Ueberwältigung Dänemarks völlig am Boden, nicht ohne die Mitschuld der schwächlichen und unentschlossenen Politik, die unter dem Einflusse Oesterreichs damals Brandenburg leitete. Auf wenig Länder außer den eroberten Gebieten übte die kaiserliche Reaction jener Zeiten einen so fühlbaren Druck, wie auf Brandenburg; eine übermüthige Soldateska saugte das Land aus, die kaiserlichen Feldherrn hausten als Gebieter und erpreßten ungeheure Summen, indeß die Durchführung des Restitutionsedicts zugleich den Verlust der eingezogenen Kirchengüter, also eines wesentlichen Bestandtheils der Territorialmacht in Aussicht stellte. Es kam die schwedische Invasion hinzu, die es bald zweifelhaft machte, was schlimmer sei: die „Restauration", die der kaiserliche Schutz- und Schirmherr Deutschlands durch seine Wallensteine vorbereiten ließ, oder die unerbetene Hülfe der Schweden, als deren bittere Frucht die lästige Nachbarschaft in Pommern blieb. Damals schwebte über

*) Aeußerung des Reichscanzlers von Stralendorf; s. Droysen, das Stralendorfische Gutachten (Abhandl. der k. sächs. Gesellschaft der Wissensch. VIII. 431).

diesem Lande ein ähnliches Schicksal, wie es eine Reihe von deutschen Territorien nach dem dreißigjährigen Kriege getroffen hat. Von den verheerenden Folgen des Krieges selbst zu Boden gedrückt, im Innern unter der Last der Feudalität seufzend, im Osten von Polen, im Norden von Schweden bedrängt, außer Stande sich selbst zu helfen — so drohte auch Brandenburg dem Loose der Verkümmerung und Nichtigkeit zu erliegen, dem damals viel blühendere Theile Deutschlands verfallen sind.

Daß dies nicht geschah, daß mitten in der Verödung und dem Verfalle der ältesten und schönsten Fürstenthümer Deutschlands auf diesem kargen, spät erworbenen Boden ein durch Arbeitskraft und Rührigkeit wie durch seine Waffenmacht gleich bedeutsamer Staat erwuchs, das war das weltgeschichtliche Verdienst Friedrich Wilhelms des großen Kurfürsten. Er kam gerade noch zeitig genug zur Regierung (1640), um die unglücklichsten Folgen der Politik des Vorgängers abzuwenden, dem Kaiser wie den Schweden gegenüber eine selbständige Haltung zu gewinnen und Hand anzulegen an die Reorganisation des Landes, das erst durch ihn zu einem geordneten Ganzen umgeschaffen ward. Mußte er sich doch erst zum Herrn in seinem eignen Erbe machen, die Bande der Abhängigkeit von der habsburgischen Politik zerreißen, das Land von den äußeren und inneren Drängern befreien und die Lehensherrlichkeit Polens über Preußen abschütteln. Was bisher nur zerstreute Provinzen waren ohne inneren und zum Theil ohne äußeren Zusammenhang, nur zufällig dem Hause Hohenzollern gemeinsam unterthan, als Kurlande, als fürstliche Erwerbung, als polnisches Lehen, das ward jetzt erst zu einem in sich verbundenen, von einem Mittelpunkt aus geleiteten Staatswesen verschmolzen.

Für die Geschicke Deutschlands ist darum dieser Regierungswechsel von 1640 ein nicht minder folgenschweres Ereigniß gewesen, als der Friede, der acht Jahre später geschlossen ward. Das habsburgische Oesterreich war fortan aus seiner kaiserlichen Stellung zurückgedrängt, es beschränkte sich darauf, die ererbte Hausmacht zu schützen, und statt mit frischer Spannkraft sich eine neue Stellung zu schaffen, zehrte es von den alten Ueberlieferungen und ließ Land und Regiment der Erschlaffung verfallen. Die andern deutschen Gebiete gelangten nur allmälig und spät dazu, von den Schrecken des furchtbaren Krieges aufzuathmen; manche wollten nie mehr zur früheren Blüthe und Lebenskraft kommen, in andern ward die verderbte Nachahmung des französischen Despotismus dem Wohlstand und Gedeihen des Volkes fast so verderblich wie der dreißigjährige Krieg selber; wenigstens schärften sich die Wunden, statt zu heilen. Der einzige Staat, der aus der Zerrüttung sich aufrichtete, in dem die Wunden des Krieges am raschesten vernarbten, der Staat, in welchem ein weises und schöpferisches Regiment mit bürgerlicher Arbeit und kriegerischer Kraft harmonisch zusammenwirkte zum Gedeihen des Ganzen, dieser Staat war Brandenburg-Preußen und sein neuer Regent der einzige Fürst

jener Zeiten, der frei von den ſchlimmen Einflüſſen fremder Nachahmung, kerndeutſch und tüchtig, die wohlthätigen Wirkungen der fürſtlichen Abſolutie in großen Ergebniſſen veranſchaulichte. Ein ſolches Staatsweſen, über den größten Theil des deutſchen Nordens, vom Niemen bis zum Rhein zwar nur ſporadiſch ausgebreitet, aber doch wieder ſo verzweigt, daß eine rivaliſirende Macht dort nicht leicht aufkommen konnte, von einem arbeitſamen, nüchternen, kriegstüchtigen Volke bewohnt, im Gegenſatze zur habsburgiſchen und katholiſchen Macht aufgewachſen und mit allen den Elementen natürlich verbunden, die dazu in Oppoſition ſtanden, mußte die ganze Geſtalt der deutſchen Dinge verändern. Daſſelbe ſchuf ein volles Gegengewicht gegen die habsburgiſch-öſterreichiſchen Einflüſſe, es ſprengte erſt durch ſeine Machtentfaltung die Form des alten Reiches, es legte den Grund zu einer dualiſchen Entwicklung der Dinge, deren beſtimmende Macht bis heute fortdauert. Aber es entwickelte zugleich im Innern die Keime bürgerlicher und ſtaatlicher Entfaltung, die anderwärts theils zertreten waren, theils unentwickelt blieben.

In einer Zeit, wo eine Menge fürſtlicher Kräfte entweder in der Verwilderung eines furchtbaren Krieges untergingen oder der franzöſiſchen Nachahmerei verfielen, ſtellte der brandenburger Kurfürſt faſt einzig das Muſter eines deutſchen Fürſten auf, der die verderblichen Einflüſſe der Zeit von ſich fern gehalten hat. Unter Sorgen und Mühen aufgewachſen, aber an Leib und Seele geſund erhalten, hatte er früh gelernt, ſich ſelbſt zu beherrſchen, Vorſicht und Entſchloſſenheit zu üben und der eignen Leidenſchaften Meiſter zu werden. Friedrich Wilhelm war nicht von den Jeſuiten erzogen und in der Ueberlieferung ſpaniſcher Staatskunſt aufgewachſen, wie die Habsburger, noch hatte ihn die Schule des franzöſiſchen Abſolutismus verdorben.

Weder Rom und Madrid, noch Verſailles hatten auf ihn eingewirkt, er verlebte ſeine Jugend unter den Eindrücken holländiſcher Freiheit und Macht, die damals auf dem Höhepunkt ſtanden. Der Anblick eines rührigen, unermüdlichen Volkes, deſſen geſunde Schöpferkraft nicht durch feudale und nicht durch prieſterliche Einflüſſe verkümmert ward, der Eindruck eines Staates, der auf engem Raume durch die intenſive Kraft der Arbeit und des Geiſtes zu europäiſcher Bedeutung herangewachſen war, das Vorbild eines Fürſten wie Friedrich Heinrich von Oranien — das war die Schule geweſen, in welcher die geſunde Natur des großen brandenburgiſchen Fürſten ſich zu ſeinem Regentenberufe gebildet hat.

Sein fürſtlicher Abſolutismus war gleich ſtreng, ſeine Mittel nicht minder gewaltſam, als in allen den Staaten Europas, wo dieſe neue Form des Regiments damals ſich feſtſetzte, er ſchnitt in die alten Rechte der Provinzen, der ſtändiſchen Corporationen, in die Privilegien des Adels nicht weniger ſcharf ein, als die gleichzeitigen Könige im Norden, oder Richelieu in Frankreich; aber die unbedingte Gewalt, die er ſich ſchuf, ward trotz aller einzelnen Härten eine Wohlthat für die Geſammtheit; ſie wälzte die Laſt der Adels-

ariſtokratie ab, beſeitigte die ſtörenden Sonderintereſſen, ſie hob die Arbeitskraft und das Selbſtgefühl von Bürger und Bauer, auf deren Wohlfahrt der neue Staat fortan ruhte. So legte er die Grundlagen zu einer ſtaatlichen Größe, die das erſte Exempel dieſer Art war: gründete das Heer, ordnete den Staatshaushalt, hob den Anbau des Landes, förderte Gewerbe und Handel, eröffnete dem bedrohten Proteſtantismus ein ſicheres Aſyl, pflegte Wiſſenſchaft und Kunſt in einer eigenthümlich deutſchen Richtung, während faſt überall ſonſt das Volksthümliche vor dem Fremden weichen mußte.

Indeſſen das Reich ſeinem völligen Verfalle entgegenging und gerade dies Aufſtreben Brandenburg-Preußens mehr als alles Andere dazu beitrug, dieſe Kriſis zu beſchleunigen und die alte, freilich nur noch ſcheinbare Einheit des Reiches vollends aufzulöſen, gedieh in dieſem jungen Staate Alles, was von geſundem deutſchen Stoffe vorhanden war, zur trefflichſten Entfaltung. Hier ward ein tief zerrüttetes Land durch ein weiſes und kraftvolles Regiment dem Elende entriſſen, die ſchlummernden Kräfte der Bevölkerung geweckt, hier ward deutſcher bürgerlicher Fleiß und Wohlſtand gepflegt, hier der deutſchen Cultur ein weites, zum Theil noch unbebautes Terrain erobert. In einem Augenblick, wo Oeſterreich und das deutſche Reich dem Uebergreifen des franzöſiſchen Einfluſſes ruhig zuſahen, griff Friedrich Wilhelm zu den Waffen, und ſo klein ſeine Macht noch war, Deutſchland hatte doch wieder einen Fürſten aufzuweiſen, der ſich gegen die Garanten des weſtfäliſchen Friedens in Reſpect zu ſetzten verſtand. In Zeiten, wo die alte Handels- und Seemacht Deutſchlands verloren war, und in den früheren weltgeſchichtlichen Sitzen faſt die Ueberlieferung abzuſterben drohte, ſuchte er die Gunſt der Lage Preußens an der See rührig zu benützen, um den Grund zu einer Flotte zu legen, die Anfänge einer Colonialmacht zu ſchaffen und auf der Oſtſee, deren Herrſchaft damals unter den nordiſchen Mächten der Preis eines noch unausgefochtenen Kampfes war, ſein Uebergewicht zu begründen. Friedrich Wilhelm erhob ſich zuerſt wieder — und zwar in Zeiten, wo Ludwigs XIV. Macht noch ungebrochen war — zu dem kühnen Gedanken, die Fremden vom deutſchen Boden zu vertreiben; er folgte dabei zunächſt ſeinem eignen brandenburgiſchen Intereſſe, allein es waren dies doch zugleich die wichtigſten Aufgaben einer deutſchen nationalen Politik, die er mit einem Glanze, wie keiner ſeiner deutſchen Zeitgenoſſen aufgenommen hat.

Erfüllte Friedrich Wilhelm in dieſer Haltung nach Außen ſeine deutſche Fürſtenpflicht gewiſſenhafter und ehrenvoller als irgend ein Reichsſtand, den Kaiſer nicht ausgenommen, ſo iſt doch in der Art, wie er die Dinge anſchaut und ſeine eigne Stellung beurtheilt, eine bemerkenswerthe Veränderung gegen die frühere Zeit eingetreten. Nicht ſowohl als Glied des Reichs oder gar als Unterthan des Kaiſers, am wenigſten aus Anhänglichkeit an Habsburg wendet der große Kurfürſt ſeine Waffen gegen Schweden und Franzoſen, ſondern in dem Bewußtſein eines ſelbſtändigen Fürſten, deſſen brandenburgiſch-preußi-

ſches Intereſſe nach Außen allerdings mit dem des geſammten Reiches vollkommen übereinſtimmte. Aber die alte Ueberlieferung des früheren reichsfürſtlichen Verhältniſſes iſt für ihn abgeſtorben: es kann in ihm wohl die Frage auftauchen, ob er nicht auch im Bunde mit einer auswärtigen Macht, ſogar mit Frankreich, ſeine Verſtärkung ſuchen und ſich auf Oeſterreichs Koſten vergrößern ſolle? Es iſt das neue Territorialfürſtenthum des weſtfäliſchen Friedens, das in ihm ſeinen erſten hervorragenden Repräſentanten hat. Die überlieferte Devotion gegen Oeſterreich beſteht für ihn nicht mehr; er iſt der erſte deutſche Fürſt, der ſich zu Oeſterreich nicht wie der Kurfürſt zum Kaiſer ſtellt, ſondern vielmehr in das Verhältniß einer Allianz mit Oeſterreich tritt, wie es zwiſchen gleichberechtigten Staaten beſteht. Und dieſe Allianz erhielt eben dadurch eine beſonders verhängnißvolle Bedeutung für die Tradition preußiſcher Politik, daß der habsburgiſche Alliirte im Kampfe den Kurfürſten matt unterſtützte, im Frieden ihn die Früchte wohlverdienter Siege verlieren ließ.

Aus jener Stellung nach Außen entſprang aber ganz beſonders die Bedeutung Friedrich Wilhelms für Deutſchland. Ohne den moraliſchen Einfluß zu verkennen, den ſein treffliches Regiment im Innern, ſeine ſorgſame Pflege alles deutſchen Weſens in Leben, Wiſſenſchaft und Kunſt, ſeine Siege auf dem Schlachtfelde ihm erworben haben, den mächtigſten Eindruck machte doch die Thatſache, daß Deutſchland ſeit lange keinen Fürſten hervorgebracht, der in den großen europäiſchen Verhältniſſen eine ſo ſelbſtändige Bedeutung behauptete, wie der große Kurfürſt. Allerdings war Friedrich Wilhelm der einzige Staatsmann im großen Stile, den das ganze Jahrhundert in Deutſchland hervorgebracht, und die geſammte europäiſche Politik erkannte ihn als ſolchen an. In der That war es auch der höchſten Bewunderung werth, wie er zwiſchen Polen und Schweden im Oſten, zwiſchen Frankreich, England, Holland und dem Kaiſer im Weſten durch alle Künſte einer kaltblütigen, feinen, Alles überſchauenden Politik ſich ſeine unabhängige Stellung erobert und in alle großen Fragen ſeiner Zeit mitwirkend und nicht ſelten leitend eingreift — mit einem Lande und einer angebornen kleinen Macht, die er eben erſt ſchwediſchen Soldaten, polniſcher Lehensherrlichkeit, feudalen Vorrechten hatte abringen müſſen. Nicht minder bewundernswerth war es, wie er alle Beſtrebungen der Großmächte, ihn ins Schlepptau zu nehmen, mit ſicherem Takte vereitelte und ohne Einem dienſtbar zu ſein ſich überall auf ſeine eigenen Füße ſtellte. In den diplomatiſchen Correſpondenzen jener Tage wird dieſe Meiſterſchaft des „alten wetterfeſten Steuermannes" bewundert und beneidet;*) die Politik dieſes jungen Staates hatte ihn raſch den alten Großmächten ebenbürtig gemacht und die Stegreifdiplomaten, die der große Kurfürſt nicht nach Rang und Stand, ſondern nach ihrer Brauchbarkeit auswählte, erwarben da-

*) S. Raumers Beiträge III. 432 ff., 439 ff.

mals dem brandenburgiſchen Kurſtaat den ſpäter verſcherzten Ruf, nicht durch ſeine tapfern Truppen allein, ſondern in gleichem Maße durch ſeine feine Diplomatie bedeutend zu ſein. Man kann dieſe impoſante Stellung des kleinen Staatsweſens in den europäiſchen Händeln nicht rühmender ſchildern, als es der Bericht eines britiſchen Diplomaten jener Tage thut. „Die Wahrheit iſt, ſagt dieſer, daß die jetzige Stellung des Kurfürſten ihn mit Geringſchätzung auf ſeine Nachbarn herabſehen läßt. Er wird ſich ihnen ſo theuer verkaufen, als ihm gutdünkt; wohl wiſſend, er müſſe in jedem Augenblick willkommen ſein, wenn es ihm gefällt in den Tanz einzutreten. Mittlerweile iſt er gegen plötzliche Ereigniſſe, welche eintreten könnten, hinreichend gedeckt. Er beſitzt ein gutes Heer und lebt ſo gleichſam mit aufgezogener Zugbrücke auf Bedingungen der Ehre und Selbſtvertheidigung. Nicht wenig fühlt er ſich geſchmeichelt, daß ihm zu gleicher Zeit den Hof machen die Botſchafter des Kaiſers, der Könige von Frankreich und Dänemark, der Generalſtaaten, des Hauſes Sachſen, des Herzogs von Hannover und des Biſchofs von Münſter. Deßhalb wird er um ſo beharrlicher und entſchloſſener auf ſeiner eigenen Bahn."

So ſtolz und ſicher freilich ward die Politik des jungen Staates unter dem Nachfolger, unter Kurfürſt Friedrich, nicht geleitet. Die ſparſame, rührige und ſchöpferiſche Thätigkeit im Innern ließ nach; der Einfluß des franzöſiſchen Vorbildes von Verſailles beherrſchte auch den brandenburgiſchen Hof, und nach Außen, namentlich im Verhältniß zu Oeſterreich, ward die unabhängige und ſelbſtändige Haltung Friedrich Wilhelms mit der Nachgiebigkeit der Schwäche vertauſcht. Aber gleichwohl hat der erſte König von Preußen die Ueberlieferungen des großen Vorgängers keineswegs verlaſſen.

Durch die Erwerbung der königlichen Würde ging er unleugbar einen gewichtigen Schritt vorwärts auf der betretenen Bahn. Wohl gab er ſich mit einer gewiſſen Unſelbſtändigkeit an die öſterreichiſche Politik hin, allein indem er ſich ſeinen Beiſtand mit der Königskrone bezahlen ließ, that er doch, bewußt oder unbewußt, einen bedeutungsvollen Schachzug gegen Oeſterreich. Wie oft hatte man nicht in Wien geſagt, man dürfe an der Oſtſee nicht einen neuen König der Vandalen aufkommen laſſen, wie entſchieden mißbilligten nicht die ſcharfſichtigſten Staatsmänner Oeſterreichs den unheilbaren Mißgriff*), aber wie immer war das Hausintereſſe in Wien mächtiger als alles andere; um das habsburgiſche Erbe beim Hauſe zu erhalten, ſanctionirte man die politiſchen Tendenzen des großen Kurfürſten und räumte das letzte Hinderniß weg, das den emporſtrebenden Rivalen noch hindern konnte, eine ſelbſtändige Stellung in Deutſchland gegenüber von Oeſterreich einzunehmen. Es war ein Schritt von ähnlicher Bedeutung, wie die Loslöſung des großen Kurfürſten vom polniſchen Lehensjoch; jetzt erſt war ein

*) Dohm, Denkwürdigk. IV. 136.

preußiſcher Staat auch äußerlich feſtgeſtellt und, wie der bekannte Ausſpruch lautet, den Nachfolgern die Pflicht auferlegt, ſich zur Königswürde die Königsmacht zu erwerben.

Aber nicht allein in dem denkwürdigen Act von 1701 knüpfte Friedrich I. an die politiſche Tradition des Vorgängers an; dieſer friedfertige und furchtſame Fürſt bewahrte und erweiterte auch mit demſelben glücklichen Inſtinct die militäriſche Erbſchaft des großen Kurfürſten. Die Kriege des Hauſes Habsburg, an denen Friedrich Theil nahm, haben wie faſt immer, wenn die Noth der Zeiten beide Staaten eng verband, ein Machtverhältniß begründet, das in Mitteleuropa den Ausſchlag gab; der äußere Vortheil des Kampfes fiel zwar mehr in die Wagſchale Oeſterreichs als Preußens, aber man würde doch irren, wenn man vom Standpunkte rein preußiſchen Intereſſes die Kriege, an denen damals brandenburgiſche Heere in Deutſchland, Italien, den Niederlanden, der Türkei Theil nahmen, für fruchtlos halten wollte. Nicht nur daß die Königswürde der gewichtige moraliſche Lohn für die geleiſtete Hülfe war, auch der militäriſche Ruf Preußens ward in dieſen Kämpfen ungemein vergrößert. Die Schlachten bei Höchſtädt, bei Turin, gegen die Osmanen wurden durch den glänzenden Antheil, den die Preußen daran nahmen, für das militäriſche Anſehen des jungen Staates nicht minder bedeutſam, als die Lorbeeren von Fehrbellin.

Der gute Genius Preußens fügte es ſo, daß der läſſigen und verſchwenderiſchen Verwaltung Friedrichs I. die ſtrengſte Sparſamkeit unter Friedrich Wilhelm I. folgte und die Anwandlungen franzöſiſchen Monarchismus durch die nüchterne, hausgebackene Proſa eines bürgerlich-ſoldatiſchen Königthums nach deutſchem Zuſchnitt erſetzt worden. Während in Oeſterreich unter der paſſiven Regierung Karl VI. die Schöpfungen Eugens verfielen und als ſchlimme Frucht der althabsburgiſchen Politik in allen Hülfsquellen des Staates Stockung eintrat, während die Regenten der einſt blühendſten Territorien den gröbſten Exceſſen der verſailler Nachahmung verfielen, ſammelte hier ein thätiger und wachſamer Fürſt die Mittel künftiger Macht, füllte den Schatz, vergrößerte das Heer, ſtellte in allen Zweigen der Verwaltung die ſtrengſte Ordnung her, erleichterte die Laſten der Unterthanen, griff mit eiſerner Hand durch, wo es Mißbräuche zu beſeitigen, die Tragkraft des Staates zu ſteigern, Vorrechte zu beſchneiden, die Beamten zu überwachen und anzuſpornen galt. In der Organiſation der Verwaltung, in dem Verfahren gegen den Lehensadel, in dem Anbau wüſtliegender Landſtriche lenkte Friedrich Wilhelm ebenſo entſchieden in die Bahnen des großen Kurfürſten zurück, wie in dem ſcharf ausgeprägten Verhältniß zum deutſchen Proteſtantismus. Das Schirmeramt über die bedrängten Proteſtanten war noch zu keiner Zeit ſo entſchieden und conſequent von Preußen gehandhabt worden, wie unter Friedrich Wilhelm I.; Preußen war jetzt völlig in die Lücke einer erſten proteſtantiſchen Macht Deutſchlands eingetreten, die theils durch den Verfall der größeren pro-

teſtantiſchen Gebiete, theils durch die Bekehrung der Dynaſtien in Kurſachſen und Kurpfalz entſtanden war.

So herb und rückſichtslos das ganze Regiment des königlichen Zuchtmeiſters war, es bot doch eine Menge von achtbaren und trefflichen Zügen, die den Neid vieler anderen deutſchen Länder weckten; denn dort hauſte der Despotismus der Zeit zum Theil in ebenſo rauhen Formen, aber es fehlte der ſittliche Hintergrund eines großen auf das Wohl der Geſammtheit gerichteten Staatszweckes.

In ſeinem Verhältniß zu Oeſterreich glich Friedrich Wilhelm I. mehr ſeinem Vater als dem großen Kurfürſten. Nicht ſowohl aus perſönlicher Unſelbſtändigkeit, als vielmehr aus ehrenwerther Anhänglichkeit an die überlieferten Formen des alten Reiches und die Autorität des Kaiſers neigte er entſchieden zur öſterreichiſchen Politik. Er war wieder darin ſo ganz Reichsfürſt im alten Stil, und jedem ausländiſchen Einfluſſe in Deutſchland ſo abgeneigt, daß ihn alle Enttäuſchungen nicht völlig irre machen konnten in ſeiner aufrichtigen und edlen Pietät für Kaiſer und Reich. Denn ungeachtet aller der ſchweren Proben, auf welche er durch die habsburgiſche Politik geſtellt war und trotz mancher Schwankungen in ſeinem Verhalten, die das Gefühl, ſchnöde mißbraucht zu werden, hervorrief, blieb er doch im Ganzen jenem denkwürdigen Bekenntniß treu:*) „meine Feinde mögen thun, was ſie wollen, ſo gehe ich nicht ab vom Kaiſer, oder der Kaiſer muß mich mit den Füßen wegſtoßen, ſonſten ich mit Treue und Blut ſein bin und bis in mein Grab verbleibe.“

Erſt die letzte Zeit brachte darin eine Wendung hervor und rief die traditionelle Politik, wie ſie vor hundert Jahren in dem jungen Staate aufgetaucht war, wieder in die friſcheſte Erinnerung. Die wiederholte Erfahrung des Königs, daß ſeine Loyalität ungroßmüthig ausgebeutet ward, namentlich die Art, wie man in der polniſchen und niederrheiniſchen Verwicklung das preußiſche Intereſſe hintangeſetzt, brach in ſeinen letzten Lebensjahren ſeine Geduld und preßte ihm mit einem Fingerzeig auf den Kronprinzen das berühmte Wort ab: „da ſteht Einer, der mich rächen wird.“ Je argloſer der praktiſch verſtändige, aber offene und jeder Argliſt unfähige Charakter Friedrich Wilhelms das Opfer diplomatiſcher Doppelzüngigkeit geworden war, um ſo ſtärker mußte bei ſeiner reizbaren Natur nun der Rückſchlag ſein. Der letzte Rath, den er auf dem Sterbebette ſeinem Nachfolger ertheilte, empfahl zwar alle Rückſicht gegen den Kaiſer als Reichsoberhaupt, aber fügte auch bedeutſam hinzu: „man dürfe nie vergeſſen, daß der Kaiſer dem Hauſe Oeſterreich angehöre, welches ſeinen eigenen Vortheil ſuche und den unabänderlichen Grundſatz verfolge, das Haus Brandenburg eher kleiner zu machen als größer.“**)

*) Ranke, preuß. Geſchichte I. 385.

**) Stenzel, Geſch. des preuß. Staates IV. 56. 57. Vergl. auch den Brief des Königs in Oeuvres de Frédéric XXVII. 3. 102.

Dies Vermächtniß aus dem Munde eines Königs, der unter allen preußischen Regenten vor 1740 am freundlichsten gegen Oesterreich gesinnt gewesen, war ein bedeutsamer Fingerzeig in die Zukunft. Der Conflict, der seit 1640 wach geworden, war durch die Persönlichkeiten der beiden letzten Fürsten verdeckt, aber nicht ausgeglichen worden; die widerstrebenden Interessen, zunächst der rivale Kampf um die Herrschaft in Deutschland, standen sich vielmehr wieder so schroff gegenüber, wie nur je in den Tagen des großen Kurfürsten.

Am 31. Mai 1740 starb Friedrich Wilhelm I. Sein Land zählte damals nicht mehr als 2 Millionen 240,000 Einwohner,*) aber es war wohlgeordnet, bildete ein starkes festgeschlossenes Ganze, der Schatz war gefüllt, das Heer schlagfertig. Der Erbe dieser Macht war Friedrich II. Am 20. Oktober desselben Jahres starb Kaiser Karl VI. und mit ihm erlosch der habsburger Mannsstamm; seine Hinterlassenschaft war: eine europäische Verwicklung, ein zerrüttetes, schlecht geordnetes Staatswesen, verworrene Finanzzustände, eine im Verfall begriffene Armee.

Damit war der Augenblick gekommen, wo sich eine neue Ordnung der Dinge in Deutschland vorbereitete.

---

*) Oeuvres de Frédéric II. 1.

Dritter Abschnitt.

Die Zeit Friedrichs II. und Maria Thereſias.

Der junge Monarch, der 1740 auf Friedrich Wilhelm I. folgte, war durch eine herbe Schule des Lebens hindurch gegangen, ehe er den preußiſchen Thron beſtieg. Die despotiſche Strenge und Einſeitigkeit des Vaters hatte ſich ſchon in der erſten Erziehung des Prinzen vergriffen; ſie wußte weder einem ſo regen Geiſt die rechte Nahrung zu geben noch das Gemüth des Knaben mit kindlichem Vertrauen zu erfüllen. Während Friedrich Wilhelm den Sohn vor Allem zum ſparſamen Haushalter und zum Soldaten heranziehen wollte, fühlte ſich des Prinzen feinere Natur von der Monotonie der Paraden und des Exercirens gelangweilt; wo dem Vater die Freuden der Jagd und ſeines Tabakscollegiums genügten, da zog es den Sohn zu höherer Nahrung und zu geiſtigem Umgang, und während Friedrich Wilhelm die altväteriſche Schlichtheit und Gläubigkeit hoch hielt, ſchien ſein Sohn zu Pracht und Freigebigkeit hinzuneigen oder fühlte ſich angezogen von der franzöſiſchen Bildung und Sitte, die der Vater verabſcheute. Wie es nicht ſelten im Leben geſchieht, verſtanden ſich zwei in ihrem Kreiſe tüchtige Naturen einander nicht, ſondern gingen, da ſie beide zäh und eigenſinnig waren, in feindſeliger Verbitterung auseinander. Der König überſah, daß es noch eine andre Welt gebe, als die des Exercierplatzes und der Kanzlei; der Kronprinz vergaß, daß hinter dem rauhen Ernſte des Vaters die Biederkeit alter deutſcher Sitte und eine ehrbare Zucht verborgen war, die der neuen vornehmen Weltbildung fehlte. Und doch konnte man ſagen, daß jeder dieſer beiden Männer den andern ergänzte; Preußen wäre nie geworden, was es geworden iſt, wenn nicht Friedrich den ſtarren Formen ſeines Vaters Leben und Geiſt eingehaucht hätte; aber auch Friedrich wurde erſt zu dem, was er war, durch die ſtraffe Zucht und den proſaiſch ernſten Sinn, zu dem der Vater den weichen, ſinnlichen Jüngling heranzog.

Es ſind harte und furchtbare Tage vorausgegangen, bis der innere Zwieſpalt zwiſchen Beiden überwunden war; dann lernte aber der Sohn des Va-

ters raſtloſe und pflichteifrige Thätigkeit ſo würdigen, wie ſie es verdiente und der Vater hat es mit Stolz und Dankbarkeit anerkannt, daß er einen ſolchen Nachfolger hinterlaſſe. Und doch mochten die wenigſten damals eine richtige Ahnung von dem künftigen König haben. Das Leben, das Friedrich zu Rheinsberg mit ſeinen Freunden führte, zeigte einen heiteren, geiſtreichen Kreis, der in epikuräiſchem Behagen jeden erlaubten Genuß zu ſich heranzog, der an Poeſie und Kunſt ſich ergötzte, der in anmuthigen Geſprächen und Scherzen die Zeit hinbrachte — ſo daß, wenn ſich nach dieſen Anfängen die Zukunft beſtimmte, eher eine friedfertige mediceäiſche Epoche zu erwarten ſchien, als ein bewegtes, ſturmvolles, die alte Welt erſchütterndes Regiment. Friedrich ſelbſt freilich hatte über dem Genuſſe die ernſten Dinge nicht vergeſſen; er tändelte und ſcherzte zwar mit den Freunden, er gab ſich mit ganzer Lebensfreude dem Genuſſe heiterer Geſelligkeit und Freundſchaft hin und pries oft dieſe Zeit als die glücklichſte ſeines Lebens, aber ſeine Gedanken wie ſeine Thaten haben doch immer zugleich den ernſten Hintergrund, auf den ein großer Beruf ihn hinwies. Er lernte aus Allem, er ergriff das Mannigfaltigſte mit gleicher Virtuoſität, er war in kriegeriſchen und adminiſtrativen Dingen, in Sachen des Handels und der Induſtrie beſſer bewandert und dieſer Proſa des Lebens mit regerem Intereſſe zugewandt, als es ſelbſt die ihm zunächſt Stehenden ahnten. Sein Leben und ſeine Briefe aus jenen Tagen laſſen uns einen reichen und vielſeitigen Geiſt erkennen, der ſich mit wunderbarer Elaſticität an das Verſchiedenartigſte heranwagt, und den neben heiteren Scherzen die tiefſten Fragen der Philoſophie und Religion ernſtlich beſchäftigen; ſie zeigen uns daneben ein warmes, für Freundſchaft empfängliches Gemüth, und einen milden, humanen Sinn, aber auch ein Ehrgefühl und einen Mannesſtolz, der keine Demüthigung ertrug, und ein Gefühl von Pflicht und Verantwortlichkeit, wie es nie in höherem Maße ein Königsſohn in ſich getragen hat.

So beſtieg Friedrich II. den Thron; ſchon ſeine erſten Schritte ließen in jedem Zuge den König erkennen. Die etwa hofften, er werde nun Rheinsberg nach Potsdam tragen, wurden freilich enttäuſcht; Freunden, Genoſſen und Verwandten gegenüber zeigte er den Herrſcher in ſeinem Ernſt und ſeinem Pflichtgefühl. Die geiſtreichen Geſellſchafter und Freunde blieben zwar dem König, was ſie dem Kronprinzen geweſen, aber ſie regierten den Staat nicht und theilten ſich nicht in die hohen Aemter und Stellen. Dagegen ward manche ſchadenfrohe Hoffnung vereitelt, daß der junge König ſeinen Groll auslaſſen würde gegen Widerſacher des Kronprinzen. In den Organen und Perſonen, womit der Vater regiert, trat zunächſt kein weſentlicher Wechſel ein; vielmehr war ein ähnlicher Ton von Sparſamkeit, Strenge und Pflichteifer unter dem neuen wie unter dem alten König durchzufühlen. Aber doch glich die neue Regierung der alten nicht; ihre Haltung war freier, geiſtiger und trug in allem Einzelnen ein edleres humaneres Gepräge. Den Gene-

ralen empfahl der König Milde gegen die Untergebenen, den Ministern genaue Wahrung des Landesinteresses, dem fortan das des Fürsten nicht mehr entgegenstehen dürfe, den Secten verhieß er Duldung, der Presse ließ er einen freieren Spielraum, die Rechtspflege sollte unabhängig sein, aus dem Strafproceß begann die Folter zu verschwinden. Das Heer wurde gemehrt, aber auch drohender materieller Noth gesteuert, die friedlichen Künste des Gewerbfleißes, der Wissenschaft und der Kunst nicht vernachlässigt. So waren die ersten Anfänge der neuen Regierung.

Drum empfing ihn nicht etwa nur der geläufige Jubel, der von dem Reize des Neuen bestimmt jede junge Regierung begrüßt; es ging vielmehr eine Ahnung durch die Gemüther, daß das Erbe an Wohlstand und kriegerischer Macht, wie es der Vater hinterlassen, hier auf einen Fürsten übertragen ward, der die Kraft und den Ehrgeiz besaß, dies Ueberlieferte in großer und eigenthümlicher Art zu erweitern. Denn zu der sparsamen und strengen Art kam hier die schöpferische Kraft eines überlegenen Geistes, der das Ererbte nicht nur nützte und mehrte, sondern ihm mit genialer Eigenthümlichkeit eine neue, ungewohnte Bedeutung verlieh. Ohne das Pedantische und Bizarre des Vaters und doch wieder an schlichter, kerniger Manneskraft ihm ähnlich, zeigte sich der neue Monarch, gleich anfangs dazu berufen, nicht allein die überlieferte Macht zu erweitern, sondern auch den Gedanken und Ideen einer Zeit, deren Kind er war, eine Geltung zu schaffen, die weit über den begrenzten Raum des preußischen Staates hinausging.

Fünf Monate, nachdem er den Thron bestiegen, starb Kaiser Karl VI.; jetzt bot sich ihm die Gelegenheit, seinem Staate den Zuwachs an Macht und Ansehen zu erwerben, den die Königswürde von 1701 bedufte, aber noch nicht besaß. Indem er sich gegen die habsburgische Hausmacht erhob, mit Frankreich verband und in Karl VII. ein Kaiserthum schaffen half, das ohne Gefahr für ihn selber war, förderte er die schon weit vorgeschrittene Auflösung der Formen des Reiches und schuf dem preußischen Staate jene europäische Stellung, zu welcher einst der große Kurfürst den Grund gelegt, und zu deren Ausbau dessen beide Nachfolger die Mittel vorbereitet hatten.

Für die deutschen Dinge war damit eine neue Epoche angebrochen.

Seit den Erschütterungen des dreißigjährigen Krieges war kein Ereigniß und keine Persönlichkeit dagewesen, die so entschieden darauf hingewirkt, die Formen des alten Reiches zu zerrütten, dem Kaiser seinen letzten Zauber zu nehmen, den Reichstag so jedes Restes von moralischem Ansehen zu berauben, wie Friedrich II.; und doch war zugleich seit Jahrhunderten kein Mann in Deutschland aufgetreten, der so mächtig dazu beigetragen, dem ganzen Leben der Nation eine so durchgreifende Förderung zu geben, wie er. Indem er die Auflösung der alten Formen beschleunigte, ist durch ihn zugleich dem geistigen und politischen Inhalte des nationalen Lebens eine Erweckung und Erweiterung gegeben worden, die wichtiger war als die Fortdauer jener abgelebten Formen.

Mit Friedrich II. kam eine ganz neue Richtung in die geſammte europäiſche Politik; die alte abſolute Monarchie ward durch eine neue verdrängt. Gegenüber dem bekannten l'état c'est moi tauchte hier ein Königthum auf, das ſich als den erſten Diener des Staates betrachtete, das, getreu der Tradition der hohenzollernſchen Vorfahren, den Wohlſtand des Landes förderte, nicht die Verarmung, das die Duldung der Meinungen und Glaubensformen auf ſeine Fahne ſchrieb, nicht deren gewaltthätige Unterdrückung. Wie das verſailler Königthum und ſeine Nachbeter den Werth der Monarchie in äußerem Prunke geſucht, ſo war hier weiſe Selbſtbeſchränkung und Einfachheit oberſter Grundſatz; wie man dort im Scheine, zuletzt im leeren Pathos ſich verloren, ſo war hier auf das Weſen, auf die ſchlichte Proſa und Wahrhaftigkeit der Dinge Alles berechnet. Wie dort orientaliſche Verweichlichung und weibiſches Weſen den Thron und Hof umgab, ſo überwog hier die ſtrenge männliche Erſcheinung eines Heldenkönigs, der, um mit Fürſt Kaunitz zu reden, wie kaum ein zweiter in der Geſchichte, den Thron und das Diadem geadelt hat.

Dieſe neue Art des abſoluten Königthums, die ſchon in dem großen Kurfürſten ſich angekündigt, aber in Friedrich erſt ihren genialen und vollendeten Ausdruck gefunden, wirkte umgeſtaltend auf die ganze damalige Geſchichte. Anfangs mit Widerwillen, ja mit dem bittern Haſſe betrachtet, den das Gefühl eigner Nichtigkeit erzeugte, aber gefürchtet, zuletzt bewundert auch von denen, deren Haß unvermindert blieb — ſo wurde er das europäiſche Vorbild eines neuen Königthums, das dem perſönlichen Werth der Monarchie eine neue Weihe gab, aber auch die Aufgabe und die Anſprüche an das Königthum außerordentlich ſteigerte. In den meiſten Ländern Europas, in großen wie in den kleinſten, mit Glück oder Unglück nachgeahmt, nicht ſelten karrikirt, ward Friedrich nicht nur das gültige Muſter eines neuen Königthums, ſondern zum Schaden der Mittelmäßigkeit zugleich der populäre Maßſtab königlichen Werthes und Verdienſtes.

So feſt und unbeſchränkt Friedrich das Steuer des Staates führte, es ſind doch überall durch ihn die Ueberlieferungen von der alten königlichen Gewalt und der alten Art von ſklaviſchem Gehorſam durchbrochen worden. Ein König, der ſchon in ſeiner erſten politiſchen Jugendſchrift, im Antimacchiavell, die Meinung ausſprach, der Fürſt ſei nicht Herr ſeiner Unterthanen, ſondern deren Diener (domestique), und kein Menſch habe das Recht, ſich eine unbeſchränkte Herrſchaft über die Andern anzumaßen, der die Wahrheit des Satzes anerkannte, es ſei beſſer von Geſetzen abzuhängen, als von der Laune eines Einzigen*), ein ſolcher König wurde nicht mit Unrecht von den Trägern der alten verſailler Monarchie als ein gefährlicher Eindringling angeſehen. Und er blieb bei den Worten nicht ſtehen. Wie er ſich gegen

*) S. Oeuvres de Frédéric VIII. S. 66. 92.

die alten Anschauungen von der Gewalt und vom Gehorsam richtete, so verließ er die politische Ueberlieferung seiner beiden Vorgänger, lehnte sich gegen den Kaiser und die alte Reichsverfassung auf, griff mit gewaltsam umgestaltender Hand in die alte Ordnung der europäischen Verhältnisse ein, schuf eine neue Gruppirung der Staaten und ihres Gleichgewichts. Aber auch die Gedanken und Ansichten des Königs wirkten im Zusammenhang mit seinen Thaten bedeutungsvoll genug auf die Umwälzung der Geister, die in Friedrichs Zeitalter vorgegangen ist.

Die Anschauung des Königs war zu groß und umfassend, als daß er an die Vollkommenheit und Ewigkeit einer Staatsform hätte glauben können. Die Feudalität mit ihren vielen aristokratischen Gewalten erschien ihm nur als eine Pflanzschule bürgerlicher Unruhen, als eine Quelle allgemeinen Unheils für die Gesellschaft.*) Ihre verderbliche Entartung nöthigte ihm ein Geständniß ab, das wir bei dem größten und glücklichsten Vertreter deutschen Landesfürstenthums kaum erwarten sollten. In Deutschland, sagt er, sind diese Vasallen unabhängig geworden; in Frankreich, England und Spanien hat man sie unterworfen. Das einzige Muster — fügt er hinzu — das wir von dieser abscheulichen Regierungsform noch übrig haben, ist die Republik Polen; und dabei scheint er kaum daran zu denken, daß ja Deutschland selbst, wenn auch in anderer Weise entwickelt, einen ähnlichen Wust aristokratischer Unförmlichkeiten darbot, wie der in Auflösung begriffene Staat der Jagellonen.

Um die Monarchie bewegten sich die Gedanken des Königs; aber es hat nie ein Fürst auf einem Throne gesessen, dessen Anforderungen an die Monarchie größer gewesen wären, als die Friedrichs. Sie ist, sagt er, die schlechteste oder die beste aller Regierungsformen, je nachdem sie geführt wird. Er verlangte von einem rechten König eine Kenntniß, eine Fürsorge, eine Klugheit und Unabhängigkeit, wie sich selten in einer Persönlichkeit vereinigt findet; er schilderte die Folgen eines abhängigen, unentschlossenen, verworrenen und planlosen Fürstenregiments so beredt und treu, als wäre er selber noch lebender Zeuge des Verfalles und Unterganges seiner glorreichen Monarchie gewesen. Eine Monarchie, in welcher durch die Unthätigkeit oder Unfähigkeit des Regenten die Gänge des Uhrwerks gestört sind, eine Monarchie, worin man sich gewöhnt hat, die Interessen der Krone und die des Volkes als verschieden zu betrachten, erscheint ihm so verderblich, als es nur immer die „abscheuliche Junkeraristokratie“ in Polen sein mochte. „Der Fürst, sagte er, ist für die Gesellschaft, was der Kopf für den Körper ist: er muß sehen, denken, handeln für die ganze Gemeinschaft, um ihr alle Vortheile, deren sie fähig ist, zu verschaffen. Will man, daß die Monarchie den

*) Die folgenden Aufführungen sind aus dem Essai sur les formes de gouvernement, s. Oeuvres de Frédéric T. IX. 195 ff.

Sieg behalte über die Republik, ſo muß der Monarch thätig und unbeſcholten ſein, und alle ſeine Kräfte zuſammennehmen, um ſeinen Pflichten zu genügen." Die Monarchie iſt ihm eine lebendige und unermüdet thätige Vorſehung auf Erden; aber ihre Stärke und Lebenskraft ſieht er nicht in irgend einem myſtiſchen Zauber göttlichen Urſprunges, ſondern nur in dem Grade ihres Verdienſtes.

So ſtolz und gewichtig Friedrich den Monarchen in ſich fühlte, ſo liegen doch in dieſer Auffaſſung bereits Anklänge an eine andere Zeit menſchlicher Entwicklung, die neue Gedanken und neue Forderungen in die Welt warf, und mancher ſeiner Ausſprüche erinnert an die Ideen, die bald nach ſeinem Tode anfingen die Welt zu erſchüttern. Der myſtiſche, gleichſam übernatürliche Zauber iſt von ſeinem Königthum abgeſtreift, es iſt eine ſichtbare menſchliche Inſtitution, deren Werth von dem Grade ihres Verdienſtes abhängt. Der Monarch iſt ihm nur der „erſte Diener des Staates"; er hält ihn für „verpflichtet, denſelben ſo redlich, weiſe und uneigennützig zu verwalten, als wenn er jeden Augenblick ſeinen Bürgern (citoyens) Rechenſchaft ablegen müßte." Er hält ihn für „ſtrafbar", wenn er „das Geld ſeines Volkes verſchwendet", wenn er, ſtatt der Wächter guter Sitten zu ſein, „die Volkserziehung durch ſein eigenes verkehrtes Exempel verderbe." Er ſtellt an ſeinen König die Forderung, daß er ſich in die Seele des armen Landmanns oder Arbeiters hineindenke und ſich frage: wenn ich einer von denen wäre, deren Capital nur in ihrer Händearbeit beſteht, was würde ich von meinem Fürſten verlangen? Er ſpricht den inhaltſchweren Grundſatz aus: daß kein Menſch dazu geboren und beſtimmt ſei, der Sklave der Andern zu ſein; er findet es unverzeihlich, in die Gewiſſen und Gedanken der Menſchen hinein regieren zu wollen; nur um uns die Geſetze zu bewahren — ſo läßt er die Unterthanen zu ihrem König ſprechen — wollen wir dir gehorchen, damit du uns weiſe regierſt und uns beſchirmeſt; daneben verlangen wir, daß du unſere Freiheit achteſt.

Hat Friedrich II. durch dieſe Ideen, wie durch ſeine geſchichtlichen Thaten den Zuſammenhang der alten europäiſchen Verhältniſſe durchbrochen und die hergebrachten Meinungen von der Beziehung des Königthums zu den Regierenden mächtig erſchüttert, ſo iſt ſeine beſondere Rückwirkung auf Deutſchland nicht minder bedeutungsvoll geweſen. Es iſt ein bekanntes Wort von Goethe: „der erſte und wahre höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Thaten des ſiebenjährigen Krieges in die deutſche Poeſie." Aber es war nicht die Poeſie allein, welche die große Rückwirkung einer ſolchen Perſönlichkeit empfand. Unſer ganzes Leben, unſere eigentliche Natur hat durch Friedrich eine ungemeine Veränderung erfahren. Eine Perſönlichkeit wie die des Königs, ſo außerordentlich überlegen den leeren Copien des Siècle de Louis XIV., von denen die deutſchen Fürſtenhäuſer und ihre Höfe noch erfüllt waren, ſo geſund und einfach und, ungeachtet ſeiner franzöſiſchen

Politur, so kerndeutsch, war an sich schon ein Ereigniß. Das Fürstenthum nach versailler Muster erhielt erst jetzt in Deutschland den tödtlichen Stoß, nachdem in Friedrich der Gegensatz hervorgetreten, der Gegensatz eines tüchtigen deutschen Fürsten, an dessen Erscheinung sich die persönliche Achtung und Liebe wieder aufrichten und nähren konnte. Daß dieser König mit einer in Deutschland längst entwöhnten Kühnheit und einem stolzen Selbstgefühl den alten Autoritäten im Innern Trotz bot, wie den auswärtigen Gewalten, daß er den Hochmuth der vornehmen europäischen Politik züchtigte und gegen das vereinigte Europa heldenmüthig sich behauptete, daß er die alte deutsche Waffenehre wieder zur vollen glänzenden Anerkennung brachte, daß er allen den Fremdlingen, die sich so lange übermüthig als die Herren geberdet auf deutschem Boden, jetzt blutig heimzahlte und überall als der Ueberlegene, Rasche, Unbezwingliche erschien, dem auch die Gegner ihre Bewunderung nicht versagten, das war von unberechenbarer Wirkung für das ganze deutsche Leben. Hier ward der schlimme Ruf unserer schwerfälligen und unbeholfenen Art zum ersten Male glänzend widerlegt, hier ward nach langer Oede zum ersten Male ein deutscher Mann mit seinem Volke der Gegenstand des Neides und der Bewunderung eines ganzen Welttheils; hier entfaltete sich nach einer langen Zeit von nationalem Unglück und Demüthigung eine Größe, an der die Nation sich mit ganzer Genugthuung erheben konnte. Es wirkte auf alle Kreise diese Kühnheit und dies Selbstgefühl zurück, dessen Träger Friedrich gewesen; der Deutsche richtete sich wieder einmal aus jener gedrückten und demüthigen Stellung auf, welche die üble Frucht der letzten Zeiten war.

So ist denn auch in unserer ganzen Geschichte bis dahin keine Persönlichkeit zu erwähnen, an deren Größe sich die gesammte Nation so ohne Unterschied der Stämme, der Meinungen, der religiösen Bekenntnisse wieder erhob. Der unermüdliche, thätige und wachsame König in seiner schlichten, anspruchslosen Erscheinung, seinem scharfen Auge, seinem unverwüstlich gesunden Sinne, seiner Verachtung des Scheins, der Lüge, der Schmeichelei, seiner Gerechtigkeitsliebe — ist in zahllosen Geschichten, Erzählungen und Anekdoten in alle Kreise des Volkslebens eingedrungen und wie keine andere Persönlichkeit unserer Geschichte das lebendige Eigenthum der Nation geworden. Er ist der einzige Mann, dem es mitten in der Zerrissenheit gelang, im ganzen Kreise der Nation populäre Wurzeln zu schlagen, mit dem ein wirklicher Cultus getrieben ward, wie mit keiner andern unserer geschichtlichen Größen. Sein Bildniß war in die entlegensten Gegenden eingedrungen; es ward in den Reichsstädten verehrt, die ihr Contingent zur Reichsarmee gegen ihn stellten, und hing in katholischen Gegenden neben dem Bilde des Landespatrons.*)

Diese Wirkungen auf das öffentliche Leben in Deutschland mußten sich

*) Dohm, Denkwürdigk. I. 249.

geltend machen, wenn auch die alten Formen noch fort vegetirten. Ihre allmälige Auflöſung wurde von Friedrich vorbereitet, aber noch nicht vollendet. Den bedeutendſten Schritt in dieſer Richtung that er gleich anfangs, als er die Beſtrebungen unterſtützte, die auf eine Auflöſung der habsburgiſchen Hausmacht ausgingen. Die Trennung des habsburgiſchen Erbes, die Abtretung wichtiger Stücke an Baiern, Sachſen und Preußen ſelbſt, die Uebertragung der Kaiſerwürde auf die baieriſchen Wittelsbacher und die Protection dieſer dann in ſich machtloſen Würde durch Preußen, dies mußte, wenn es gelang, die ganze Geſtalt des Reiches verändern. Aber noch einmal erhob ſich in Maria Thereſia das Haus Habsburg in einem Glanze, wie ſeit Jahrhunderten nicht; die Unterſtützung Englands, die klägliche Schwäche der baieriſch-franzöſiſchen Allianz ſelber machte die Plane ſcheitern, das habsburgiſche Erbe ward nicht aufgelöſt, kam vielmehr mit der Kaiſerkrone an das lothringiſche Herzogsgeſchlecht, das ſich durch Ehebande mit den Habsburgern verſchmolzen, und der Plan des wittelsbachiſchen Kaiſerthums fiel ruhmlos zu Boden. Die Kaiſerwürde, wie ſie jetzt auf die Lothringer überging, war damit freilich keine andere und mächtigere geworden, als ſie früher geweſen; aber ihr Verluſt wäre für das Haus Habsburg-Lothringen das entſcheidende Symbol der Erniedrigung geweſen, ihre Behauptung gönnte dem äußeren Beſtande der Reichsformen noch eine kurze Friſt.

Darin war allerdings eine durchgreifende Veränderung eingetreten, daß dieſe Reichsformen ſelbſt in der Geſtalt, wie ſie der weſtfäliſche Friede überliefert, eine allgemeine Geltung und Anwendung nicht mehr gewinnen konnten. Dem Kaiſer, der ſelbſt mehr auswärtiger als deutſcher Fürſt war, ſtand ein Landesfürſt gegenüber, deſſen überwiegende Stellung eine europäiſche, nicht die eines deutſchen Reichsſtandes war. Neben dem Königreich Preußen, als einer ſelbſtändigen nordiſchen Großmacht, die in die Lücke Schwedens, Polens, Dänemarks eingetreten, verſchwand ſchon beinahe die Erinnerung an den Kurfürſten von Brandenburg. Oder konnte man ſich ernſtlich einbilden, dieſer Macht, die ſich zu einer ſchiedsrichterlichen Stellung in Europa erhoben, die Geltung der deutſchen Reichsgeſetze, der Reichsgerichte, die Befolgung kaiſerlicher Anordnungen aufdringen zu wollen? Verſuchte man es wirklich, wie es in den Anfängen des ſiebenjährigen Krieges geſchah, ſo lief man nur Gefahr, die ganze Ohnmacht der alten Formen auf's kläglichſte allen Augen bloßzuſtellen. Während dieſe Formen in den regensburger Reichstagsbeſchlüſſen von 1757 und in der Niederlage von Roßbach den empfindlichſten Stoß erlitten, der ſie vor der Auflöſung durch die Revolution getroffen hat, ſtanden ſich theils innerhalb des Reiches, theils außerhalb deſſelben zwei Großmächte gegenüber, deren vereinigte Kriegsmacht ſtark genug war, den Gang der Dinge in Mitteleuropa zu beſtimmen. Oeſterreich, indem es den Namen des Kaiſerthums noch ſo gut zu verwerthen ſuchte, als es ging, indem es die alte Solidarität zwiſchen ſeiner Hauspolitik und dem Reiche möglichſt zu bewahren,

alle Elemente, deren Interesse mit den alten Formen verwebt war, an sich zu knüpfen, die Besorgtheit reichsständischer Autonomie, des geistlichen Fürstenthums und des katholischen Glaubens in seinem Sinne zu leiten bemüht war; Preußen in natürliche Opposition zu dem Allen gestellt, gegen die Formen der Reichsverfassung mindestens gleichgültig, wenn nicht feindselig, mit den Elementen der Opposition und den Ideen der jungen Zeit auf's engste verbunden. Zu Oesterreich standen der Reichstag und die Reichsgerichte, die kleinen Fürsten, Grafen, Reichsstädte, Ritterschaften und der gesammte Kirchenstaat; an Preußen schloß sich der neue aufgeklärte Absolutismus, die Toleranz- und Humanitätsrichtung der Zeit, die Stimmung der jungen Generation an, und deren Ausdruck, die junge Literatur.

So hatten sich die Dinge in den vierziger und funfziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts gestaltet; mit dem Auftreten Josephs II. trat ein Wechsel ein, der die Stellungen vielfach verschob, ja die Rollen vorübergehend vertauschte und das preußische Interesse auf einmal mit der Erhaltung der alten Formen des Reiches verflocht; davon wird später noch die Rede sein.

War für Preußen mit dem Jahre 1740 ein bedeutungsvoller Wendepunkt eingetreten, so war dies in nicht geringerem Umfange mit Oesterreich der Fall. Nicht nur eine neue Dynastie, deren fast französische Beweglichkeit und deren unruhiger Unternehmungsgeist bisher ebenso weltkundig gewesen war, wie die phlegmatische Starrheit der Habsburger, ward jetzt durch die letzte habsburgische Prinzessin in das alte Erbe des Kaiserhauses eingeführt; auch diese letzte Fürstin des scheidenden Geschlechts selber war eine andere, als ihre Ahnen seit Jahrhunderten gewesen. Es drang ein neuer Lebensstrom in diesen alten Organismus ein, der seine Kraft und Beweglichkeit erstaunlich förderte; es machte sich mit einem Male das eifrige Bestreben geltend, das lange Versäumte rasch, oft selbst mit ungeduldiger Hast, nachzuholen. Das alte Oesterreich der Ferdinande und Leopolde verschwand; aus äußeren Erschütterungen und inneren Gährungen begann ein neues zu entstehen.

Noch war der österreichische Staat ein loses Gefüge einzelner Provinzen mit ihren besondern mittelalterlichen Verfassungen; in diesen Verfassungen die Aristokratie im Uebergewicht, die Landesverwaltung noch zum großen Theil in den Händen ständischer Ausschüsse, die untere Gerichtsbarkeit und Polizei bei den einzelnen Herren und Körperschaften. Auf dem Bürgerthum lastete eine strenge Zunftverfassung; der Bauer war leibeigen. Das Heer bestand noch zum größten Theil aus unregelmäßigen Truppen und auch die regulären enthielten seltsam zusammengeworfene Bestandtheile. Der Verkehr war gering, gute Straßen selten; die Volkserziehung der Kirche völlig überlassen. Die

zwei Grundſätze — ſo ſchließt eine öſterreichiſche Quelle*) dieſe Schilderung — welche man bei der Regierung als die leitenden annehmen konnte, waren bloß: Aufrechthaltung der katholiſchen Religion, ſowie ſorgfältige Beachtung des Herkommens und, inſofern es mit dieſen beiden Beſtrebungen vereinbarlich war, ein Streben nach Erweiterung der Regentenmacht.

Die Gefahr, nach dem Tode Karls VI. die ganze Erbſchaft des Hauſes aufgelöſt zu ſehen, forderte ungewöhnliche Mittel und Kräfte heraus; aber das Vorbild Preußens zeigte auch, was ein kleiner Staat durch Einſicht und Thätigkeit ſeines Fürſten vermochte, es galt alſo, dieſes Beiſpiel nachzuahmen. Und wie dort ein genialer junger König der Monarchie eine moraliſche Macht gibt, die ſie nirgends auf dem Feſtlande beſaß, ſo weiß zu gleicher Zeit in Oeſterreich eine geiſtvolle Frau durch ihre weiblichen Tugenden wie durch ihre Regenteneigenſchaften dem Throne wieder einen perſönlichen Glanz und Zauber zu verleihen, wie ihn ſeit Maximilian dem „letzten Ritter“ kein habsburgiſcher Fürſt mehr um ſich verbreitet hatte.

Maria Thereſia brachte mit einem Male, durch die Noth zunächſt gedrängt, in die erſtarrte öſterreichiſche Staatsmaſchine wieder Leben und Bewegung, ihre friſche Thatkraft theilte ſich dem Ganzen mit. Thätig, wohlwollend, von reinen Sitten und zauberiſcher Liebenswürdigkeit, Neuerungen und Verbeſſerungen wohl zugänglich, aber überall ungemein wachſam auf ihre monarchiſche Autorität und deren Gerechtſame, ſo wirkte ſie fördernd und anregend auf den trägen alten Stoff, ohne darum die Geleiſe der überlieferten Politik mit den dornenvollen Wegen einer durchgreifenden Umgeſtaltung zu vertauſchen. Manche Härte und Verkehrtheit der alten Zeit verſchwand; in die Finanzverwaltung ward mehr Ordnung gebracht, die Arbeitskraft des Volkes gefördert, der Druck der Feudalität gemildert. Der heroiſche Sinn, den die junge Fürſtin gleich anfangs bewies, als ſich ein großer Theil von Europa gegen ihr Erbrecht erhob, hatte damals erfriſchend auf die Länder und Völker der Erblande gewirkt und in ihnen eine jugendliche royaliſtiſche Begeiſterung entzündet; gleichwie ihr großer Gegner in Preußen, ſchuf ſie durch ihre Perſönlichkeit der Monarchie einen ſittlichen Rückhalt und eine Popularität, welche der Name und die Ueberlieferung allein nie geben kann.

Ihr Geſchlecht, ihre Jugend und Schönheit, wie ihr Unglück, trugen gleich mächtig dazu bei, ihr Sympathie zu erwerben; ihr gewinnendes und herzliches Weſen eroberte ihr die Gemüther des Volkes, ihr hochherziger Muth weckte Bewunderung und Enthuſiasmus; ihre Frömmigkeit feſſelte an ſie den Clerus, ihre Theilnahme an dem Looſe der Soldaten erwarb ihr eine militäriſche Popularität, wie ſie kaum eine Frau in der Geſchichte beſeſſen. Solch

*) Beidtel in den Sitzungsberichten der kaiſerl. Akademie der Wiſſenſch. Philoſ. hiſtor. Claſſe Jahrg. 1851 S. 708. Vergl. A. Wolf, Oeſterreich unter Maria Thereſia. Wien 1855.

eine Perſönlichkeit war im Hauſe Habsburg ſeit Maximilian und dem erſten Rudolf, dem Gründer, nicht mehr geſehen worden; Alles war begeiſtert und voll Bewunderung, ſelbſt die Ungarn vergaßen die blutigen Tage der Zeit Leopolds I. und Joſephs I. und ſtanden in den Vorderreihen, als es galt, ihren „König“ zu ſchützen. Willig ertrugen Alle den ſtolzen habsburgiſchen Sinn und die ererbte Herrſchſucht, die nur feiner aber nicht minder ſtark in Maria Thereſia wirkte und ſtatt der herben, ſtarren Formen ihrer Ahnherren ſich in die milden und gewinnenden Formen perſönlicher Liebenswürdigkeit zu kleiden verſtand.

Indem ſie in dem Kampfe ſich ſiegreich behauptete gegen Frankreich und den wittelsbachiſchen Kaiſer und außer der Abtretung Schleſiens die Integrität der Erbſchaft rettete, ging ſie ihrerſeits an moraliſcher Macht nur verſtärkt aus dem Erbfolgekriege hervor, zumal ſie Friedrichs II. Plan, die Verbindung Oeſterreichs mit der Kaiſerwürde zu zerreißen, glücklich vereitelt, das Haus Lothringen völlig in die Rechte der Habsburger eingewieſen und Oeſterreichs Einfluß auf Deutſchland neu befeſtigt hatte.

Von beſonderer Bedeutung war aber ihr Walten in den Erbſtaaten ſelber. Bis dahin exiſtirte, wie wir früher wahrnahmen, keine öſterreichiſche Monarchie, kein Geſammtſtaat, nur ein lockerer Staatenbund, deſſen Mittelpunkt in der Dynaſtie lag. Nur am Hofe und im Palaſte beſtand eine Einheit; in der Verwaltung ſo wenig, wie in den bunt zuſammengewürfelten Bevölkerungen. Nun begann ein allmäliges Aufgeben der alten Regierungsmaximen, Reformen wurden in faſt allen Verwaltungszweigen vorgenommen, der Einfluß der Regierung auf Kirche, Schule, Provinzialſtände und Korporationen erweitert, die unteren Claſſen auf Koſten der höheren gefördert, nach allen Seiten hin auf Vermehrung der materiellen Staatskräfte hingewirkt. Maria Thereſia that den erſten Schritt, die Bänder dieſer laxen Formen, bei denen eine nachdrückliche Regierung nicht möglich war, ſtraffer anzuziehen und eine Einheit der Verwaltung herzuſtellen, bei welcher der Staat das Bewußtſein und den Gebrauch ſeiner Kräfte erlangen konnte. In den Zeiten Karls VI. war die Decentraliſation der Provinzen bis zur äußerſten Schwäche und Getrenntheit gediehen; die Gefahren, die mit dem Jahre 1740 eintraten, nöthigten von ſelber zu einem Wechſel der Politik. Die ſchwankenden Stimmungen, die Neigungen zum Abfall, die ſich damals in Böhmen kundgaben, wurden von Maria Thereſia mit der überlieferten habsburgiſchen Strenge*) dazu benutzt, jeden Verſuch provinziellen oder körperſchaftlichen Widerſtandes in der Wurzel zu erſticken.

Auch wo ſich ſolche Anläſſe nicht boten, wurden allmälig die alten Formen umgeſtaltet und der Uebergang in ein neues ſtaatliches Daſein vorbereitet. Sie verfuhr dabei ſtets bedächtig, nie in gewaltſamer Haſt, ſie lehnte

*) S. das Actenſtück in Hormayr's Anemonen I. 172 ff.

ſich gern an das alte Herkommen an, auch wo ſie anfing, daſſelbe weſentlich umzubilden. Dieſe frauenhafte Feinheit ihres Thuns, mit welcher die ſtetige Ausdauer eines männlichen Charakters verbunden war, hat nicht wenig dazu beigetragen, ihr den Erfolg zu ſichern. Selbſt in Ungarn, wo die mittelalterlichen Formen noch eine zähere Lebenskraft zeigten, ward bei aller Schonung der äußern Zeichen und Symbole der alten Freiheit ein erſter glücklicher Schritt gethan, die Verſchmelzung vorzubereiten. Die Contribution ward erhöht, das Verhältniß der Grundherrn zu den Unterthanen genauer geregelt, das Land zu den Militärleiſtungen mehr herangezogen. Eine Anzahl vornehmer Ungarn wurde zu wichtigen Stellen erhoben, und auf dem friedlichen Wege geſellſchaftlicher Annäherung dem deutſchen Element mehr Einfluß verſchafft, als es jemals in Ungarn beſeſſen hatte.

Noch war, als ſie die Regierung antrat, in einem großen Theile der Kronlande eine gewiſſe Selbſtändigkeit einzelner Gemeinden und Körperſchaften erhalten, deren Verwaltung, Polizei und Rechtspflege zwar oft wunderlich formlos und verworren, aber doch wieder eingelebt und volksthümlich waren. Nach dem Vorgang anderer abſoluter Staaten ward nun überall die mittelalterliche Vielfältigkeit beſeitigt, die überlieferte Verwaltung und Juſtiz durch eine einförmige, gelehrt juriſtiſche erſetzt. Es iſt ſehr intereſſant zu beobachten, zumal im Vergleich mit Joſeph II., wie ſicher und planmäßig man dabei zu Werke ging. Um z. B. dieſe alten Gemeindeverfaſſungen nach und nach zu beſeitigen, ward erſt durch ein Geſetz von 1749 die herkömmliche freie Wahl ſtädtiſcher Stellen an die Beſtätigung geknüpft, dann durch ein Hofdecret vom Jahre 1751 die Aufſicht über Gewicht und Maß von den ſtädtiſchen Behörden zur Aufſicht den Kreisſtellen übergeben, dann durch ein Patent vom Jahre 1753 die Leitung der Gewerbſachen durch die Städte beſchränkt, endlich durch ein Geſetz vom folgenden Jahre die Zünfte abhängig gemacht. Dazu kam eine neue Organiſation der peinlichen Rechtspflege, eine neue Dienſtbotenordnung, die Zerſtückelung der Gemeindeweiden, die Einführung des neuen Staatsſchulweſens — lauter Schritte, durch die man ſtufenweiſe dem alten Gemeindeweſen den Boden entzog und der neuen Bureaukratie Bahn brach.*) In ähnlicher Richtung wirkte auch die neue Geſetzgebung, namentlich die Gerichts- und Proceßordnungen, die, unmittelbar an die preußiſchen Grundſätze ſich anlehnend, die localen Verſchiedenheiten ausmerzten, Einförmigkeit und Gleichheit vorbereiteten und im Civil- und Criminalrecht, wie im Proceßweſen eine völlige Umgeſtaltung herbeiführten. Es ward nicht Alles, was auf dieſem Gebiete eingeleitet war, vollendet, aber es geſchah genug, um eine völlige Umwälzung nicht nur der geſetzlichen Ordnungen, ſondern auch der Sitten und Anſchauungen im Volke ſelber hervorzurufen.**)

*) S. darüber Beidtel in den Sitzungsberichten der Akademie der Wiſſenſchaften 1852. S. 26—39.

**) Beidtel a. a. O. 1851. 806—818.

Die oberſte Verwaltung, bisher loſe und ohne Einheit, ward durch Maria Thereſia und ihren Miniſter, den Grafen Haugwitz, zum erſten Male centraliſirt. Während es früher beſondere Kanzleien nicht nur für Italien und Ungarn, ſondern auch für Böhmen und für die ober-, inner- und vorderöſterreichiſchen Lande gab, wurden dieſe letzteren jetzt vereinigt, für die Rechtspflege eine oberſte Juſtizſtelle geſchaffen und alle anderen Geſchäfte an das große Directorium in publicis et cameralibus gewieſen, deſſen Chef Haugwitz ſelber war. Die neugeſchaffene Behörde war, wie ſchon der Name andeutet, eine Nachbildung des preußiſchen Generaldirectoriums, nur daß in Oeſterreich der Geſchäftskreis derſelben noch viel mehr erweitert, die Juſtiz in ihrer Wirkſamkeit noch mehr beſchränkt ward.*) Eine ähnliche Trennung ging fortan auch durch die Provinzialbehörden; neu eingerichtete Kammern hatten ſich durchaus der Verwaltung der Provinzen und vor Allem der Finanzen zu widmen und ſtanden unter der Leitung des Directoriums. Nun erſt beſtand eine Centralregierung in Oeſterreich, von der die Initiative und Entſcheidung in allen wichtigen Angelegenheiten ausging. Die neuen Provinzialgubernien wurden aus den Begabteſten, nicht aus den Höchſtgebornen zuſammengeſetzt; die alte ariſtokratiſche Verwaltung, wie ſie ſich unter Leopold I. bis auf Karl VI. feſtgeſetzt, verſchwand, und eine neugeſchaffene talentvolle Bureaukratie trat an die Stelle. Mit dieſen bürgerlichen Elementen verbündet, durchbrach die neue centraliſirende Regierung den Widerſtand der Ariſtokratie, ſtützte und begünſtigte die Unterthanen gegen den grundbeſitzenden Adel und half die gewichtigſte der Umgeſtaltungen Maria Thereſias durchſetzen: das neue Steuerweſen.

Auch hier war das Vorbild Preußens entſcheidend. Nicht als wenn man die ängſtliche Sparſamkeit und Ordnung in allen Zweigen der Verwaltung, die knappe, faſt dürftige Ausſtattung des Hofes und der Regierung, wie ſie in Preußen beſtand und beſtehen mußte, nach Oeſterreich übertragen hätte; der Hof blieb verſchwenderiſch und die Verwaltung ſorglos, faſt wie in den Tagen des alten Regiments. Man verließ ſich auf den Reichthum unerſchöpflicher Hülfsquellen und that, als bedürfe man der kleinlichen Sorgfalt nicht, die das preußiſche Regiment auszeichnete.**) Drum befand ſich auch in jedem kritiſchen Zeitpunkt die Regierung in Geldnöthen; ſchon nach dem Erbfolgekrieg war Oeſterreich in einer Finanzbedrängniß, die man in Preußen nicht kannte, und im ſiebenjährigen Kriege behielt Friedrich, trotz aller ungeheuren Opfer, trotz der Ausplünderung und Verheerung des eignen Landes, gleichwohl „den letzten Thaler“ in der Taſche. Dazu war freilich nöthig, daß Friedrich ſelbſt ſeine eignen Bedürfniſſe auf einige hunderttauſend Thaler be-

*) S. den Bericht des Großkanzlers Fürſt in Ranke's hiſtoriſch-politiſcher Zeitſchrift II. 692.

**) S. die Angaben Fürſt's a. a. O. 675.

ſchränkte, während in Wien der Hof viele Millionen verſchlang, oder daß er ſeine Staatsdiener knapp beſoldete, während die Conferenzminiſter Maria Thereſias Gehalte von 60 bis 70,000 Gulden bezogen. Geſchenke, wie ſie die Kaiſerin ihren Miniſtern machte, die ſich in die Hunderttauſende beliefen, waren in Preußen ebenſo undenkbar, als wenn König Friedrich in einem Jahre die Summe von 10,000 Ducaten im Spiel verloren hätte, wie Kaiſer Franz I., der noch dazu das ökonomiſchſte Talent am ganzen Hofe war. *)

Aber um dieſe Bedürfniſſe zu decken und große Kriege zu führen, war eine ganz andere Ausbeutung der Staatsquellen nöthig, als ſie vor 1740 ſtattfand. Durch eine geſchickte Manipulation wußte man die Contribution der einzelnen Lande zugleich zu erhöhen und auf eine Reihe von Jahren ſich zu ſichern; die verſprochene Verminderung trat nicht ein. Vielmehr ſteuerten ſchon um die Mitte des Jahrhunderts z. B. Böhmen, Steiermark und Unteröſterreich beinahe das Doppelte von dem, was ſie unter Karl VI. beigetragen hatten, und das Geſammteinkommen dieſer Contribution betrug um ein Viertel mehr als zu der Zeit, wo man die Erblande noch in ihrer ganzen Integrität beſeſſen, Serbien noch nicht an die Türken, Schleſien noch nicht an Preußen verloren hatte. Wohl zog das Mauthſyſtem alle Schattenſeiten einer ſolchen Einrichtung, Chikanen für den Verkehr, Immoralität der Verwaltung und Schmuggel im Gefolge nach ſich; dazu kamen läſtige Conſumtionsſteuern und ein Lotterieſpiel, das auch dem kleinſten Einſatz des armen Mannes offen ſtand. Es gehörte die ganze Beliebtheit der Kaiſerin und die ganze Fülle von neu erweckter Loyalität im Volke dazu, um dieſe läſtigen Neuerungen erträglich zu machen; daß ihr Druck peinlich empfunden ward, darüber laſſen die Zeugniſſe der Zeitgenoſſen keinen Zweifel. Auf der andern Seite erfolgten die erſten eingreifenden Schritte, die Laſt der Feudalität vom Volke abzuwälzen. Auch wo nicht, wie in Mähren, Böhmen und Krain, noch die volle Leibeigenſchaft beſtand, waren die bäuerlichen Beſitzverhältniſſe bis 1740 traurig genug, die herrſchaftliche Juſtiz und Polizei, die Beſteuerung, das Frohndweſen u. ſ. w. ließen den Landmann wenig gedeihen. Das Intereſſe der monarchiſchen Gewalt wie der Finanzverwaltung gebot in gleichem Maße hier eine Veränderung eintreten zu laſſen. Mit der feſten Regulirung der Grundſteuer und der genaueren Controle über die Gutsherren ward in dem erſten Jahrzehnt von Maria Thereſias Regierung begonnen, um allmälig zur Beſchränkung der Frohnlaſten und zur käuflichen Ablöſung herrſchaftlicher Laſten vorzuſchreiten. **)

Durch dieſes Alles gewann das Ganze des Staates ungemein an Stärke und Zuſammenhang. Wie durch die neue Organiſation im Innern eine ganz

---

*) S. Fürſt, S. 675. 678. 683.

**) Das Nähere hierüber ſ. in einem Aufſatze von Beidtel. Sitzungsber. der Akademie 1852. S. 474 ff.

andere Macht und Einheit des Regiments aufgerichtet ward, ſo wurden nach allen Seiten hin die erweiterten Hülfsquellen benutzt, die Kraft und Beweglichkeit des großen Ganzen zu erhöhen. Die Heeresmacht z. B., die unter Karl VI. ſo tief verfallen war, ward durch Maria Thereſia von Grund aus organiſirt. Eine Reihe von Verbeſſerungen, die man in den erſten Kriegen an den Preußen kennen und ſchätzen gelernt, wurden herübergenommen, das Verpflegungsſyſtem verbeſſert, Kaſernen gebaut, durch Laſcys Organiſationstalent eine ganz neue Art, die Armee zu bilden, eingeführt, alle Waffengattungen verbeſſert, das Feſtungsweſen nach den Anſprüchen der neuen Zeit umgeſtaltet, die Heeresmaſſe, die bei Karls VI. Tode lange nicht 150,000 Mann ſtark war, auf 2—300,000 Mann geſteigert. Die Kaiſerin ſelbſt verſtand es meiſterhaft, dieſem neugeſchaffenen Heerweſen einen geiſtigen Aufſchwung zu geben und zwiſchen ſich und der Armee ein Verhältniß ritterlicher Treue und Begeiſterung herzuſtellen. Nicht nur, daß ſie für Sold, Verpflegung und Bekleidung des Soldaten eifrige Sorge trug, für Invaliden, Wittwen und Waiſen Anſtalten ſchuf, durch Auszeichnungen und Orden den militäriſchen Geiſt anſpornte; auch perſönlich ſtand ſie dem Heere näher und ſichtbarer vor Augen, als irgend einer ihrer Vorfahren ſeit dem erſten Maximilian. Sie hatte auch hier dem Vorgang ihres großen Gegners in Preußen das Geheimniß abgelernt, durch die Perſönlichkeit der Monarchie eine höhere Weihe zu verleihen.

In allen dieſen Dingen gibt ſich ein kühner und ſchöpferiſcher Herrſchergeiſt kund, zugleich aber auch das eiferſüchtigſte Bemühen, der fürſtlichen Gewalt nach allen Seiten hin ihre volle Freiheit und Unbeſchränktheit über die hergebrachten Schranken zu ſichern. Am bezeichnendſten tritt dies in dem Verhältniß zur Kirche und Geiſtlichkeit hervor. So ſehr Maria Thereſia an kirchlichem Eifer und Intoleranz gegen die Proteſtanten ihren habsburgiſchen Vorfahren glich, ſo war ſie doch nicht wie die Ferdinande und Leopold geneigt, mit dem Clerus die Herrſchaft zu theilen. Sie hielt das landesherrliche Placet in der ſtrengſten Form aufrecht, beſchränkte die Wirkſamkeit der Nuntien, verbot den directen Verkehr des Clerus mit Rom, beſteuerte ohne römiſche Einwilligung die Geiſtlichkeit des Reiches, ja ſie fing an, faſt in joſephiniſcher Weiſe, in die Organiſation der Klöſter, das Uebermaß der Proceſſionen, der Wallfahrten, der Feiertage u. ſ. w. da einzugreifen, wo es ihr das materielle Intereſſe der Staatsverwaltung zu gebieten ſchien. Die neue Einrichtung des Schulweſens bewies am ſprechendſten, daß man entſchloſſen war, die alte clericale Alleinherrſchaft zu verdrängen. Schritt für Schritt ging die kaiſerliche Regierung vor, um aus den Kirchenſchulen Staatsſchulen zu machen und die ganze Leitung des Unterrichts allmälig der Allgewalt des Staates in die Hand zu geben.*) Nachdem man faſt dreißig Jahre lang in

*) Darüber ſ. die Mittheilungen von Beidtel, S. 716—728. Vgl. Wolf, Maria Thereſia. S. 386 ff., 476 ff.

dieſer Richtung thätig geweſen, erfolgte dann der letzte bedeutungsvolle Act, die Vertreibung der Jeſuiten — eine Handlung, die zwar den kirchlichen Anſchauungen der Kaiſerin völlig widerſprach, zu der ſie ſich aber herbeiließ, weil Kaunitz geſchickt das Verhältniß der monarchiſchen Autorität mit ins Spiel gebracht hatte.

So verknüpfte ſich allenthalben mit den Traditionen der alten habsburgiſchen Politik die richtige Erkenntniß in die Mittel und Kräfte, wodurch die neue Zeit die Staatseinheit und Regierungsgewalt verſtärkte, und die Bedeutung Friedrichs II. gab ſich auch darin zu erkennen, daß er mittelbar eine allmälige Umgeſtaltung Oeſterreichs hervorrief. Wohl beſtanden dort noch die alten Ueberlieferungen fort, ja ſie machten ſich wahrſcheinlich mit mehr Nachdruck geltend, denn ſie ſtützten ſich jetzt auf eine größere Centraliſation des Reiches, eine compaktere Einheit des Regiments, eine tüchtigere Organiſation der Steuer- und Heeresmacht des Landes. In dem Verhältniß zum deutſchen Reiche trat wenigſtens die alte Tradition in aller Schärfe hervor: das Beſtreben, habsburgiſche Hausintereſſen mit Hülfe, ja nöthigenfalls auf Koſten des Reiches durchzuſetzen. Um dieſer Intereſſen willen wird für die Erhaltung der Integrität des habsburgiſchen Erbes Deutſchland mit einem furchtbaren Kriege heimgeſucht, Baiern namentlich von jenen barbariſchen Banden des Oſtens (unter Trenck, Menzel u. ſ. w.) überſchwemmt und verwüſtet. Wenn gar die Allianz zu ihrem Ziele kam, gegen die Friedrich II. 1756 nach Sachſen einbrach, ſo fiel ohne Zweifel Oſtpreußen an Rußland, Pommern ganz an Schweden, Gebiete in Belgien und am linken Rheinufer an Frankreich, kurz Deutſchland erlebte eine zweite Auflage des weſtfäliſchen Friedens, aber es ward ein öſterreichiſches Intereſſe dadurch befriedigt: die Zertrümmerung Preußens und die Wiedererwerbung Schleſiens. Friedrich II. vereitelte das; bei Roßbach, Zorndorf, Minden ward der Uebermuth der Fremden gezüchtigt, aber Deutſchland doch immerhin zur Wahlſtatt eines furchtbaren Krieges gemacht, den franzöſiſchen und ruſſiſchen Räubereien preisgegeben und ſeinem Wohlſtande Wunden geſchlagen, die kaum nach Jahrzehnten vernarbten — Alles, um einem öſterreichiſchen Intereſſe zu genügen, für welches man Eliſabeth von Rußland, die Pompadour, die ſchwediſche Ariſtokratie, deutſche Miniſter wie Brühl in Bewegung zu ſetzen wußte. In dieſem Sinne hatte auch, der überlieferten Politik getreu, die Tochter Karls VI. die Uebertragung der Kaiſerwürde auf Franz Stephan von Lothringen durchgeſetzt; es galt, wie der ſiebenjährige Krieg am treffendſten beweiſt, nicht ſowohl dem alten Reiche einen kräftigen Schutz und Schirm zu gewähren, als in der hergebrachten Weiſe das Reich in die Hausintereſſen Oeſterreichs und deren Verfolgung zu verflechten.

So hat ſich in den Ereigniſſen von 1740—1763 eine ganz eigenthümliche Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe ausgebildet: die Form des Reiches, ſelbſt in der lockeren Verbindung von 1648, iſt in voller Zerrüttung

begriffen und es konnte von einer politiſchen Macht und Geltung, ſo weit ſie mit dem Beſtand deſſelben verknüpft war, keine Rede mehr ſein; dagegen haben ſich zum Theil innerhalb deſſelben und mit deutſchen Kräften zwei Großmächte ausgebildet, deren Vereinigung eine größere Fülle von politiſcher Selbſtändigkeit und militäriſcher Stärke darſtellt, als Deutſchland und das alte Reich ſie ſeit Jahrhunderten hatten entwickeln können. Ohne dieſe beiden Staaten oder gar ihnen beiden feindſelig gegenüber bedeutete das Reich nichts mehr; mit ihnen und unter ihnen vermochte Deutſchland allein noch eine Geltung zu gewinnen. Beide Großſtaaten hatten aber aufgehört, Glieder des Reiches zu ſein im alten Sinne des Wortes: Preußen fühlte ſich zunächſt als ein europäiſcher Staat, Oeſterreich desgleichen: aber beide waren auch wieder gleichmäßig darauf hingewieſen, den brauchbaren Stoff an Kräften und Mitteln, der noch im übrigen Deutſchland vorhanden war, in ihrem Sinne zu nützen und ſich mit dem Reiche in dieſer Richtung in engem Zuſammenhang zu erhalten.

Darum war auch in dem Verhältniſſe beider Staaten zum Reich niemals dieſes ſelber mit ſeinen beſtehenden Formen und Intereſſen das eigentlich Maßgebende, ſondern eben nur der Vortheil Oeſterreichs oder Preußens. Es konnte z. B. im Intereſſe der wiener Politik liegen, in der Bewahrung der Formen des Reiches eine Verſtärkung der eignen Macht zu finden, während man in Berlin umgekehrt von der Ueberzeugung ausging, nur durch die trotzige Geringſchätzung und Schwächung der überlieferten Formen an Stärke zu gewinnen; es konnte aber auch ebenſo vom Kaiſer aus der Verſuch gemacht werden, auf Koſten des Reiches und ſeiner Verfaſſung den öſterreichiſchen Einfluß zu erweitern, in welchem Falle dann ſicherlich Preußen die Rolle der conſervativen Politik übernahm und für die Aufrechthaltung des deutſchen Reiches und ſeiner Freiheit in die Schranken trat. In der Periode des ſiebenjährigen Krieges kam der eine, zur Zeit des bairiſchen Erbfolgekriegs und des Fürſtenbundes der andere Fall vor.

Es läßt ſich denken, in welch ſeltſame und ungewöhnliche Lage das Reich ſelber durch dieſes neue Verhältniß der Großmächte und ihre wechſelnden politiſchen Strömungen gerathen mußte. Wir wollen verſuchen von deſſen Zuſtande, ſeinen einzelnen Gruppen, ſeinen Verfaſſungsformen, wie ſie ſich ſeit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts geſtaltet hatten, ein überſichtliches Geſammtbild zu geben.

Vierter Abschnitt.

Das deutsche Reich und seine Verfassung.

Die Ueberzeugung, daß die Form des deutschen Reiches im Verfalle sei und den Bedürfnissen einer staatlichen Ordnung nicht genügen könne, war im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert eine allgemein verbreitete; wenn dieselbe sich nicht wirksamer im Leben geltend machte, so mochte neben der Langsamkeit und Schwerfälligkeit des deutschen Wesens besonders die Thatsache dazu beitragen, daß sich in den einzelnen Territorien mannigfach ein regsames und gedeihliches Staatsleben entwickelte und für das Unzulängliche der Reichsordnung einen gewissen Ersatz bot. In Oesterreich und Preußen zumal lernte man den Verfall des Reichs leicht verschmerzen und lebte sich allmälig in die Gewohnheit ein, sich diese Staatenexistenz genügen zu lassen. Ebendarum war dort, wo sich ein solch particulares politisches Dasein nicht hatte ausbilden können, die Anhänglichkeit an das Reich viel lebendiger und die Sehnsucht nach einer Verjüngung desselben auf dem Boden der überlieferten Grundlagen noch keineswegs abgestorben.

Unleugbar hatte das Reich immer noch eine moralische Bedeutung, die über diese engen Grenzen hinausging und durch die Schwäche der Formen überhaupt nicht bedingt war. Es ist gewiß eine richtige Bemerkung,*) daß das Bewußtsein, einstmals Träger des h. römischen Reichs gewesen zu sein, wesentlich dazu beigetragen hat, unser Volk auch in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung vor Selbstverachtung zu bewahren und ihm in der Ansicht der europäischen Völker eine Stellung zu erhalten, auf welche die bestehenden Zu-

*) S. Perthes, deutsches Staatsleben vor der Revolution, S. 13. Jeder Bearbeiter dieser Epoche, auch wenn Ziel und Plan vielfach verschieden sind, wird sich dieser anregenden und stoffreichen Schrift zu Dank verpflichtet fühlen. Auf der andern Seite haben wir das reichste Material in den immer noch unentbehrlichen Schriften beider Moser vorgefunden.

stände keinen Anspruch mehr gewährt hätten. Wenn selbst auf dies gegenwärtige Geschlecht, dessen Zusammenhang mit dem alten Reiche doch so vielfach durchbrochen ist, die Erinnerung an vergangene Herrlichkeit und Macht noch solchen Einfluß übt, wie mußte der Stachel in den Gemüthern derer wirken, die durch die noch bestehenden Umrisse und Formen des alten Baues jeden Augenblick an die Vergangenheit gemahnt wurden!

Aber die staatliche Form war tief verfallen. Das Kaiserthum selber, so wie es sich seit lange ausgebildet, viel mehr der Schatten des römischen Kaiserthums als das Erzeugniß alten deutschen Königthums, hatte eben darum nicht sowohl eine deutsche, als eine europäische, völkerrechtliche Bedeutung. Die frühere Lehensverbindung bestand nur noch dem Namen nach; hätte nicht das bizarre, altfränkische Ceremoniel der kaiserlichen Belehnung noch daran erinnert, in der Wirklichkeit hielt dies Band das Ganze nicht mehr zusammen und der Kaiser konnte nicht daran denken, etwa heimgefallene Reichslehen einzuziehen oder von den Landesherren als von seinen Vasallen Lehenspflichten und Dienste zu fordern. Selbst die Form der Belehnung ward von den größeren Territorien, wie Preußen, Hannover, im achtzehnten Jahrhundert verweigert. In der That zerfiel das ganze Reich in mehr als dreihundert größere oder kleinere Gebiete, die theils von erblichen und von gewählten Fürsten, theils von republikanischen Gewalten wie unabhängige Staaten regiert wurden; Gebiete, über welche das Reichsoberhaupt als solches unmittelbar regiert hätte, existirten so wenig als es äußere Mittel gab, aus denen der Kaiser sein Regiment oder seinen Hof hätte unterhalten können. Man schlug das, was von kaiserlichen Einkünften aus älteren Zeiten noch übrig geblieben und was aus einigen Reichsstädten, aus Urbarien, dem Judenzoll u. s. w. gezogen ward, im Ganzen auf etwa 13,000 Gulden an;*) dazu kamen noch als außerordentliche Beisteuer die Charitativsubsidien der Ritterschaft, die für diesen einzelnen Reichsstand nicht immer unbedeutend waren, aber doch lange nicht hinreichten, die kaiserliche Armuth nothdürftig zu verdecken. Was für Reichsbelehnungen entrichtet ward, war der Reichskanzlei und dem R.-Hofrath als Theil ihrer Besoldung angewiesen. Ueber alle wichtigeren Angelegenheiten, allgemeine Gesetzgebung und Polizei, Krieg und Frieden, konnte der Kaiser nur gemeinsam mit den Reichsständen Schlüsse fassen, und wenn der Krieg beschlossen war, reichten die Beisteuern an Geld und Leuten niemals hin, denselben mit einigem Erfolg zu führen. Fast jede neue Wahlcapitulation fügte neue Beschränkungen der kaiserlichen Gewalt hinzu; damit der Kaiser nichts Böses thue, sagt Dohm treffend, war ihm das Vermögen genommen, überhaupt etwas zu thun. Selbst die Wahl der Männer, durch welche er die Reichsgeschäfte betrieb, war ihm nicht selber überlassen; der Reichskanzler und alle Officianten des Reichs wurden vom Kurfürsten von

*) S. Dohm, Denkwürdigk. III. 4 f.

Mainz als Erzkanzler aufgestellt und diesem so gut wie dem Kaiser verpflichtet.

Der Kaiser selbst aber war, wie wir bei der Entwicklung Oesterreichs wahrnahmen, zugleich mit ganz anderen Interessen als denen des Reichs verflochten, und während ihm die Reichsstände eine Würde übertrugen, die mehr Last als Macht gab, während sie von ihm Pflichten forderten, ohne ein billiges Maß von Rechten zu gewähren, während sie ihm gern die kostspielige Obliegenheit der Reichskriege überließen, ohne ihm zureichende Mittel zu geben, war das Kaiserthum von selber darauf angewiesen, seine Stärke zugleich anderswo als im Reiche zu suchen, seine staatliche Sondereristenz, so weit sie an die habsburgische Hausmacht geknüpft war, auszubilden und, wo immer möglich, das Reich für seine besonderen Zwecke zu gebrauchen. In dieser Verflechtung mit der habsburgischen Hausmacht blieb aber das Kaiserthum, ohne wie in alter Zeit eine wirklich europäische Macht zu sein, doch ein wesentliches Glied der europäischen Politik. Es konnte, wie bei der Wahl des ersten Lothringers, wohl vorkommen, daß die Vortheile und Wünsche auswärtiger Mächte an der Besetzung des Kaiserthrones wirksameren und unmittelbareren Antheil hatten als die nationalen Interessen.

Das Bewußtsein, daß das Kaiserthum längst aufgehört hatte, neben seiner weltgeschichtlichen Stellung zugleich die Bedeutung eines nationalen deutschen Königthums zu haben, war denn auch seit Jahrhunderten in die Kreise der Nation selber eingedrungen. Die bekannten Versuche im fünfzehnten Jahrhundert, der obersten Reichsgewalt eine neue Stellung inmitten der Stände des Reichs zu schaffen, gingen bereits aus diesem Gedanken hervor; nachdem zum Schaden Deutschlands dieser Weg verlassen war, tauchten Vorschläge und fromme Wünsche, auch wohl einzelne Associationen auf, die darauf abzielten, den Dingen in Deutschland eine nationale Gestaltung zu geben, d. h. neben der Vielheit und Mannigfaltigkeit der einzelnen Gruppen und Territorien zugleich der Einheit wieder eine organische Grundlage zu schaffen. Der Gang der Ereignisse im siebzehnten Jahrhundert, insbesondere der westfälische Friede hatte gegen solche Bestrebungen ein mächtiges Hinderniß aufgerichtet; die Erstarrung Oesterreichs auf der einen, die selbständige Ausbildung Preußens auf der andern Seite mußte jeden Versuch, der nicht von der gewaltsamen Zerstörung des Vorhandenen ausging, von vornherein scheitern machen.

Daß der Kaiser noch Adelsbriefe austheilte und Standeserhöhungen vornahm, bei der Errichtung von Zöllen und Münzstätten die formelle Genehmigung ertheilte, neu errichtete Universitäten mit Privilegien dotirte, Messen erlaubte, bedrängten Schuldnern gegen ihre Gläubiger Fristen (Moratorien) auswirkte, Concessionen und Bücherprivilegien vergab, uneheliche Kinder legitimirte, diese und ähnliche Rechte, deren Ausübung zudem meistens Conflicte mit den Ansprüchen der Landeshoheit hervorrief, erinnerten zwar immer noch daran, daß eine einheitliche oberste Gewalt dem Namen nach existirte, waren

aber zugleich ganz unzureichend, eine wirkſame und lebendige Autorität des Kaiſerthums im Reiche herzuſtellen.

„Es iſt oft ſchwer," ſagt ein berühmter Publiciſt des vorigen Jahrhunderts,*) „noch jetzt die fortwährende Einheit des deutſchen Reiches überall wahrzunehmen; unmittelbar iſt ſie eigentlich nur noch am kaiſerlichen Hofe, am Reichstage und am Kammergerichte, alſo an den drei Orten zu Wien, Regensburg und Wetzlar ſichtbar." Aber gerade die Betrachtung dieſer drei Orte drängte zu der Ueberzeugung, daß die einheitliche Form des Reiches in tiefem Verfalle begriffen ſei.

Wir erinnern uns, welch eine Veränderung 1663 mit dem Reichstage vorging, als er aus einer periodiſchen Verſammlung eine „immerwährende" geworden war. Der weſentliche Vorzug, den die alten Reichstage bei aller fehlerhaften Organiſation immer noch gehabt, der Werth perſönlichen Erſcheinens und unmittelbaren Verkehrs unter den Reichsſtänden ging nun verloren; es war eine ſchwerfällige Verſammlung diplomatiſcher Vertreter daraus geworden, deren Gliederung und Geſchäftsgang gleich wenig dazu angethan war, ihnen eine eingreifende politiſche Bedeutung zu verſchaffen. Da ſaßen noch die drei alten Reichscollegien, das kurfürſtliche unter dem Vorſitze von Kurmainz, welches zugleich das allgemeine Reichsdirectorium führte, das fürſtliche unter der wechſelnden Leitung von Oeſterreich und Salzburg und das reichsſtädtiſche unter der Führung von Regensburg, aber ſie entbehrten des lebendigen Zuſammenhanges, boten keine wirkliche Vertretung des Reiches mehr und waren in ein Labyrinth ſchwerfälliger Formen und pedantiſcher Ceremonien verſtrickt.

Das kurfürſtliche Collegium vereinigte zwar noch die durch ihr Wahlrecht, ihre Erzämter, ihre Privilegien hervorragende höchſte Ariſtokratie des Reiches, wie ſie in der goldnen Bulle beſtellt war, aber die alte Einrichtung hatte, was die geiſtlichen Glieder anging, ſo wenig ihre Bedeutung bewahrt, wie die Leitung durch Kurmainz den gegenwärtigen Verhältniſſen entſprach. Die geiſtliche Ariſtokratie der drei Kurfürſten von Mainz, Cöln und Trier, — was wollte ſie in ihrer verfallenen politiſchen Macht bedeuten gegenüber den weltlichen Gliedern des Collegiums, unter denen zwei Großſtaaten wie Oeſterreich und Preußen und ein Kurfürſt ſaß, der zugleich die Krone von Großbritannien und Irland trug!

Auch das fürſtliche Collegium bewies nur die Umgeſtaltung der Verhältniſſe, zu denen die alte Form nicht mehr paßte. Die 33 bis 34 geiſtlichen Stimmen (Osnabrück wechſelte zwiſchen beiden Kirchen, Lübeck war proteſtantiſch) waren nur ein Schatten von dem, was ſie einſt geweſen. Die Kirchenſpaltung des ſechszehnten Jahrhunderts, die Säculariſationen und Territorialveränderungen drückten namentlich auf dieſe geiſtliche Bank des Fürſtencolle-

*) Pütter, hiſtor. Entwicklung der heut. Staatsverfaſſung. III. 215.

giums; die Gebietsverluste des Reiches und die Lockerung seines territorialen Zusammenhangs waren hier am empfindlichsten zu spüren, denn eine Reihe von Ständen, wie der Erzbischof von Besançon, die Bischöfe von Trient, Brixen, Basel, Lüttich und Chur waren nur noch dem Namen nach zu ihnen zu zählen. Was übrig blieb, das Erzstift Salzburg, der Hoch- und Deutschmeister, der Johannitermeister, die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstädt, Speyer, Straßburg, Constanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Münster, Fulda, die Aebte und Pröbste von Kempten, Elwangen, Berchtesgaden, Weißenburg, Prüm, Stablo und Corvey, — das war keine mächtige Vertretung mehr, wie sie einst die Kirche im Reiche gehabt. Wie im Kurfürstencollegium, so war hier der Verfall des geistlichen Elements augenfällig und sprach sich auch in der immer wieder erwachten Besorgniß vor neuen Säcularisationen aus. Dies Gefühl der Schwäche und Unsicherheit war der Vorbote, daß dieser Rumpf des ehemaligen geistlichen Körpers die nächste gewaltsame Erschütterung nicht überdauern werde.

Aber auch das weltliche Element im Fürstencollegium war theils durch die Erhebung größerer fürstlicher Gebiete, wie Baiern und Hannover zu Kurstaaten, merklich geschwächt, theils seltsam genug zusammengesetzt; da saßen neben Aremberg, Lobkowitz, Salm, Dietrichstein, Auersperg und Taxis die Kronen Oesterreich, Preußen, die Kurfürsten von der Pfalz, von Baiern, von Hannover, von Sachsen und vereinigten in sich meist eine ganze Reihe fürstlicher Territorien; von den 60 Stimmen, die man damals zählte, hatte z. B. Oesterreich drei, Preußen sechs, Hannover sechs, der zahlreichen abhängigen Stimmen nicht zu gedenken, die moralisch gebunden waren, sich einer der Großmächte anzuschließen. *)

Dem Fürstencollegium gehörten ferner jene Reichsprälaturen an, die einer Anzahl von Aebten, Pröbsten, Landcomthuren und Aebtissinnen in Schwaben und am Rhein zustanden, **) aber nur Collegiatstimmen führten und auf zwei Bänke, eine schwäbische und rheinische, vertheilt waren. Endlich saßen in dem Collegium die „Reichsgrafen und Herrn", d. h. jener Theil des alten Reichsadels, der an Stand und Rang zwar den Fürsten und gefürsteten Grafen nachstand, aber doch auch dem gewöhnlichen Ritteradel voranging und seit dem 17. Jahrhundert manchen Zuwachs erhalten hatte durch Familien, die wohl in den Fürstenstand erhoben worden, aber keine fürstlichen Virilstimmen erlangten. Diese Gruppe theilte sich in vier Curien: das wetteranische, das schwäbische, das fränkische und westfälische Grafencollegium, und hatte eine gewisse Berühmtheit erlangt durch das Uebermaß ihrer aristokratischen Prä-

*) Vgl. J. J. Moser, von den Reichsständen. 1767. 4.

**) Die namhaftesten waren in Schwaben: Salmansweiler, Weingarten, Ochsenhausen, Elchingen, Ursperg, Schussenried, Petershausen, Gengenbach u. a. Zum rheinischen Votum gehörten u. A. Kaisersheim, Odenheim, Werden, Essen, Quedlinburg, Herford, Gandersheim.

tenſionen. Obwohl unter dieſen Reichsgrafen einzelne waren, die ſich gegen ihren Lehnsherrn ausdrücklich verpflichten mußten, von Gerechtſamen nichts als das Recht der reichsgräflichen Unmittelbarkeit und die damit verbundene Stimme anzuſprechen, übrigens „zu ewigen Zeiten an ſothaner Grafſchaft Einkünften und Rechten keinen Anſpruch zu machen, auch nicht von den Gerichten und ſchuldigen Landeslaſten zu eximiren, auch ihre Stimme nach des jedesmaligen Landesherrn Intention und Gutbefinden zu führen", ſo war doch gerade in dieſem Kreiſe das Bemühen, ſich geltend zu machen und zu überheben, beſonders rege. Sie ahmten die Kurfürſten- und Fürſtenvereine durch Grafenvereine nach, hatten eigne Directorien, ſuchten Geſandte zu halten und rührten die abgeſchmackteſten Streitigkeiten über das Ceremoniel an. Bei feierlichen Aufzügen waren ſie in der Regel die Störenfriede, indem ſie irgend eine Streitfrage des Ranges oder der Reihenfolge dazwiſchen warfen; hatte man doch z. B. an den gräflichen Höfen in der Wetterau ernſte Debatten, ob man einem gewöhnlichen Reichsritter die — Hand geben dürfe. Moſer, der dies erzählt, fügt treffend hinzu: So entſteht daraus, daß jeder über ſein Neſt hinaus will, eine Confuſion nach der andern.

Dieſe vielfältige Gliederung iſt nicht ſelten als ein Vorzug der alten Reichsverfaſſung angeſehen worden, während ſie doch die geſunde Mannigfaltigkeit deutſchen Weſens nur verzerrt und ungeſund darſtellte. Denn eine ſelbſtändige politiſche Bedeutung hatten z. B. im Fürſtencollegium weder die geiſtlichen Stifter, noch die kleinen Fürſten, noch die Prälaturen, noch die vier Grafencollegien; das entſcheidende Gewicht übten in der Regel nur die größeren Territorien. Jene kleinen Gruppen hemmten und verwirrten höchſtens, oder fachten endloſe Streitigkeiten über Formen an, während in jeder wichtigen Entſcheidung in erſter Linie immer nur Oeſterreich und Preußen, in zweiter Hannover, Sachſen, Baiern, Pfalz in Frage kamen. Bei allem Werth, der auf jene Mannigfaltigkeit in der Einheit, die unſerm Volke eigen, zu legen war, gab es doch eine Grenze, wo der verſtändige Grundſatz entartete und nur Verkehrtheit und Schwäche erzeugte. Oder wie hätte dieſer bunte Körper, in welchem wirkliche politiſche Kraft mit kleinſtaatlicher Ohnmacht verquickt war, wo neben Oeſterreich und Preußen in einer gewiſſen Gleichberechtigung Duodezfürſten, heruntergekommene Biſchöfe, winzige Aebte und verarmte Reichsgrafen ſtanden, eine geſunde Thätigkeit entwickeln können! So ganz verſchiedene Gruppen und Stände, neben einander aufgeſchichtet, vermochten niemals einen lebenskräftigen Organismus zu bilden; ſie dienten nur dazu, die Bewegung des ſchwerfälligen Körpers vollends zu hemmen und die Zerrüttung des Ganzen zu beſchleunigen. Denn je abgelebter ſolche Gewalten ſind, denen nur der Aberglaube an die alten Formen ein künſtliches Daſein friſtet, um ſo leichter verliert ſich ihr ganzes Thun in leeres Ceremoniel und pedantiſche Caſuiſtik, wie dies in der letzten Lebenszeit des deutſchen Reiches mit der Regensburger Verſammlung der Fall war.

Diesem Reichstage standen im Namen des Kaisers der „Principalcommissarius", d. h. ein Vertreter des Reichsoberhaupts aus fürstlichem Stande, und ein sogenannter Concommissarius gegenüber. Bei der Eröffnung der Geschäfte trat jener erste in der Regel mit einer kaiserlichen Hauptproposition vor die Reichsstände; er war es auch, der im Laufe der Verhandlungen die kaiserlichen Botschaften, Hofdecrete genannt, unterschrieb und dem Reichstage überreichte. Darüber entspann sich dann die Berathung in den einzelnen Collegien: war die Form an sich schleppend, so wurde sie es noch mehr dadurch, daß bei mangelnder Instruction häufig die Stimme suspendirt und das Protokoll offen gehalten ward, oder daß sich ein Streit darüber entspann, ob in dem gegebenen Falle die einfache Majorität zureiche, und nicht vielmehr das jus eundi in partes erlaubt sei, oder ob diese oder jene Stimme das Recht zu votiren habe? Waren die einzelnen Collegien für sich zum Ziele gelangt, so stand ein Schweres erst noch bevor: aus ihren particularen Beschlüssen einen gemeinsamen Reichsschluß zu bilden. Es erfolgten Relationen und Correlationen, zunächst zwischen den „beiden höhern Collegien", d. h. den Kurfürsten und Fürsten; führten sie zu keinem Ziele und war selbst die Vermittlung des Kaisers erfolglos, so blieb häufig die Sache auf sich beruhen. Kamen die beiden höheren Collegien zu einem Einverständniß, so begann das Geschäft der Relation und Correlation mit den Reichsstädten. Es kam wohl vor, daß alle drei Collegien ihre besonderen Meinungen hatten und behaupteten; dann war natürlich eine Erledigung des Geschäfts nicht möglich; aber auch wenn zwei von ihnen, entweder beide fürstliche, oder eines derselben mit dem städtischen sich geeinigt hatten, kam die Sache in der Regel zu keinem Ende. Zwar wurden Fälle erwähnt, wo ohne die Einstimmigkeit der drei Collegien das Gutachten der zwei höheren und die abweichende Meinung der Städte dem Kaiser überreicht wurden; allein gültiges Herkommen war es doch, daß eine Majorität zweier Collegien gegen eines nicht bestand. Weder die Städte wollten sich von den beiden höheren Curien überstimmen lassen, noch ließen diese letzteren es zu, daß die Städte mit den Kurfürsten oder Fürsten eine Mehrheit zu bilden ansprachen.

War das schwierige Werk gelungen, eine Vereinigung aller drei Körper herzustellen, so wurde das Ergebniß in einem „Reichsgutachten" dem Kaiser übergeben, durch dessen bestätigende Entschließung es zum „Reichsschlusse" erhoben ward.

Lähmender als alle diese weitläufigen Formen wirkte auf den Reichstag der Umstand, daß er längst aufgehört hatte, eine lebendige Vertretung der Reichsstände zu sein. In alter Zeit hatte das persönliche Zusammensein der Glieder des Reichs denn doch anregend und fördernd gewirkt und die Schwerfälligkeit der Formen häufig überwunden; ein ununterbrochener, aber spärlich besuchter diplomatischer Congreß, dessen Thätigkeit von entlegenen Instructionen abhing, konnte beim besten Willen Einzelner zu nichts recht Gedeih-

lichem gelangen. Kurz vor dem Ausbruche der französischen Revolution (1788) bestand der ganze Reichstag aus 29 Personen, welche sämmtliche Stimmen führten, folglich alle Reichstagsangelegenheiten verhandelten; theils Sparsamkeit, theils ein natürliches Gefühl der Abhängigkeit bestimmte die kleineren Reichsstände, auf eigne Gesandte zu verzichten und ihre Stimmen den größeren zu übertragen. So zählte damals das fürstliche Collegium statt der gesetzlichen 100 Stimmenden*) nur 14; die 52 Reichsstädte waren durch 8 Stimmen vertreten. Der preußische Gesandte führte außer der brandenburgischen Kurstimme noch 10 Stimmen im Fürstenrath, theils im Namen fürstlicher Territorien, die von Preußen erworben waren, theils übertragene; ebenso viel führte der kurkölnische Gesandte; nach ihm kamen der hannoversche mit neun, der bischöflich augsburgische mit acht, der kurpfälzische und der österreichische jeder mit sieben. Die Stimmen der Reichsstädte waren gar an Regensburger Magistratsmitglieder übertragen, deren Gespräche auf der Trinkstube nicht in gutem Leumund standen;**) ein Herr von Selpert z. B. vertrat beinahe die Hälfte der Städte.***) Diese schmächtige Versammlung, von der man ziemlich genau berechnen konnte, wie viele Stimmen Oesterreich, wie viele Preußen zuzählen, berieth dann Jahre lang über Verbesserungen der Reichsjustiz, die nie zu Stande kamen, über Besetzung erledigter Reichsgeneralitätsstellen, über Recurse, die gegen kammergerichtliche Urtheile eingelegt worden waren. Die Gewohnheit, das Stimmrecht zu übertragen und den Reichstag zu einer kleinen Versammlung diplomatischer Vertreter zusammenschrumpfen zu lassen, beweist aber zur Genüge, wie in den einzelnen Reichsständen selbst (zumal allen kleineren) die Einsicht allmälig durchdrang, daß der alten Stimmenvertheilung keine innere Wahrheit mehr zum Grunde lag.

Es wurde diese langweilige Stille der Versammlung in der Regel nur dann unterbrochen, wenn ein Formen- oder Rangstreit angefacht war. Fragen wie die, ob die fürstlichen Gesandten nur auf grünen Sesseln sitzen dürften, die kurfürstlichen aber auf rothen, oder ob das Vorrecht der kurfürstlichen Vertreter, ihren Sessel auf den Teppich zu stellen, nicht wenigstens dadurch ein Aequivalent erhalten müsse, daß die fürstlichen Stühle auf die Franzen gesetzt würden — Fragen dieser und ähnlicher Art versetzten noch im achtzehnten Jahrhundert den schwerfälligen Körper zu Regensburg in eine größere Aufregung, als die wichtigsten Staatsangelegenheiten der Zeit. Es kam vor, daß wegen eines Rangstreites, den der Gesandte eines winzigen Gräfleins angezettelt, feierliche Züge unterbrochen wurden und Halt machten,

*) Nämlich 31 geistliche, 60 weltliche Fürsten, 2 Curiatstimmen der Prälaten und 4 Curiatstimmen der Reichsgrafen.

**) Ranke, preuß. Gesch. III. 15. f.

***) S. J. E Graf Görtz, Denkwürdigk. II. 234.

„bis die Sache redressirt war"; oder es wurden noch in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts darüber, daß ein geistlicher Vertreter bei einem Diner hintangesetzt worden, nicht weniger als zehn Staatsschriften im Druck veröffentlicht.*)

Unter den Formfragen hat in jener Zeit eine besonders sich eine traurige Berühmtheit erworben. Als auf Josephs Anregung die Kammergerichtsvisitationen wieder in Gang gebracht waren, erließ Kurmainz ein Schreiben an das westfälische Grafencollegium und berief für eine der Deputationen von diesem evangelischen Körper einen katholischen Vertreter (Juni 1774); derselbe erschien auch und seine nur von einem Mitgliede unterzeichnete Vollmacht ward angenommen, jedoch nicht ohne heftigen Widerspruch fast sämmtlicher protestantischen Abgeordneten. Auf katholischer Seite ward geltend gemacht, der Turnus der reichsgräflichen Vertretung erfordere diesmal einen katholischen Gesandten; die Protestanten bestritten dies nicht, betonten aber den Umstand, daß gerade das westfälische Grafencollegium evangelisch sei, und wollten in der Zulassung eines katholischen Vertreters im Namen einer evangelischen Körperschaft die Tendenz erkennen, die Protestanten um eine ihrer Stimmen zu bringen. Kurz nachher (1775) trat mit dem fränkischen Grafencollegium ein ähnlicher Fall ein. Darüber entspann sich denn der confessionelle Hader alter Zeiten, natürlich nicht ohne die Beimischung der politischen Rivalität Oesterreichs und Preußens. Wie dann zu Ende des Jahres 1778 der bisherige evangelische Reichstagsgesandte des westfälischen Grafencollegiums gestorben war und ein katholischer eintrat, dessen Vollmacht wieder nur von einem Mitgliede unterzeichnet war, dagegen ein protestantischer mit einer vom Directorium ausgestellten Vollmacht zurückgewiesen ward, ergriff der Streit allmälig das gesammte Reich und brachte volle fünf Jahre (1780—1785) die Thätigkeit des Reichstags in Stocken!

Wenn das junge Geschlecht, dessen Pietät für die alten Formen ohnehin schwächer war, diese Unfähigkeit mit dem Wirken eines Friedrich verglich, wer will sich wundern, daß es dann mit mehr deutschem Stolz auf den Sieger von Roßbach und Leuthen blickte, als auf die Versammlung, die gegen ihn als den Friedensstörer Execution anordnete?

Die Einsicht, daß diese Formen einer Verjüngung bedurften, war allmälig eine allgemeine geworden; sie sprach sich in der politischen Literatur, in den Staatsschriften und in den kaiserlichen Wahlcapitulationen aus. Man drang laut und vielfach auf die Auflösung des permanenten Reichstages, man hoffte eine Besserung von der Wiederherstellung periodischer Versammlungen. Indessen der größte Kenner des Staatsrechts jener Zeiten, J. J. Moser, meinte: es sei ein rechtes Glück, daß der Reichstag nun schon über hundert

*) Pütter, hist. Entwicklung II. 267. III. 60. J. J. Moser, von den deutschen Reichsständen S. 1032.

Jahre beisammen geblieben, da es sonst dem Kaiser schwer fallen würde, einen neuen zu Stande zu bringen. Und doch sei dieser Reichstag das letzte Band, welches die verschiedenen deutschen Lande an einander knüpfe; sollte auch dieses zerreißen, so „werde Deutschland eine Landkarte vieler vom festen Lande getrennten Inseln werden, deren Bewohnern Fähren und Brücken fehlten, die Verbindung unter sich zu erhalten."

Die Reichsstände klagten den Kaiser an, und der Kaiser die Reichsstände; Beide hatten bis zu einem gewissen Punkte Recht. Schon 1685 sprach ein kaiserliches Decret die Klage aus, daß, „in wichtigen Reichstagsgeschäften nichts verhandelt und die edle Zeit mit allerhand Gezänk und unnöthigen Dingen zersplittert, dagegen die Stände des Reichs vielfach beeinträchtigt, unterdrückt und hülflos gelassen würden." Schon damals beschwerte sich das Reichsoberhaupt, daß „die unwiederbringliche Zeit und schwere Kosten verschwendet, nichts ausgerichtet, sondern nur den Fremden Anlaß gegeben werde, die deutsche Nation, deren vor Alters berühmte Consilia und Tapferkeit verächtlich zu verkleinern und zu verlachen, als wäre solche nunmehr in lauter Ceremonial- und Wortgezänke verwandelt." Aber es blieb beim Alten. Im Jahre 1742 verlangten die Kurfürsten vom Kaiser, er solle die „seither angewachsenen Mängel und Unordnungen" beseitigen; 1745 wiederholten sie ihr Verlangen — aber es blieb beim Alten. Von allen Seiten wuchsen die Beschwerden über Langsamkeit, Erfolglosigkeit, über das Hereinziehen unnützer Dinge, über Zank wegen Formen und Ceremonien, über Bruch des Amtsgeheimnisses — aber geändert wurde Nichts. Gab man von kaiserlicher Seite der Schwäche des monarchischen Ansehens und dem Treiben der landesherrlichen Selbständigkeit oder der planmäßigen Opposition der größeren Reichsstände die Schuld, so wurde von den Reichsständen Beschwerde geführt über die Art, wie der Kaiser die Reichsjustiz des Kammergerichts durch den Reichshofrath paralysire, das Reichsdirectorium in seinem Sinne mißbrauche und vorzugsweise solche Dinge vorbringe, die das besondere österreichische Interesse berührten. Der Reichstag sah sich in der auswärtigen Politik ganz vernachlässigt, durch kaiserliche Generale Uebergriffe begangen, in die wichtigsten Stellen Personen hereingebracht, die nicht dazu taugten, und klagte selber, er werde zu einem Congreß- und Bewilligungstag und habe den Charakter einer reichsständischen Versammlung verloren.

Die Einrichtung, in welcher das einheitliche Element der Reichsverfassung den bedeutendsten Ausdruck fand, war das Reichskammergericht, dieses „Kleinod der deutschen Verfassung", wie es von Publicisten des achtzehnten Jahrhunderts noch genannt worden ist.

Es war gewiß einer der glücklichsten Gedanken der Reformperiode des fünfzehnten Jahrhunderts gewesen, in einem solchen gemeinsamen Gerichts-

hofe, der weder vom Kaiser, noch von den Landesherren abhing, die Einheit des Reiches zu erneuern. Ein oberstes Gericht, das nur vom ganzen Reiche seinen Unterhalt erhielt, an dessen Besetzung alle Reichsstände Theil nahmen, vor dem jeder Deutsche Recht finden konnte auch gegen die widerrechtliche Gewalt seines Landesherrn, dessen Mißbräuche abzustellen in der Macht des Reiches selber lag, ein solches Gericht, das überall der Selbsthülfe und der Gewaltthat ein Ende zu machen bestimmt war, konnte gewiß als eine der vortrefflichsten Einrichtungen des alten Reiches und als ein bleibendes Denkmal der patriotischen Einsicht seiner Schöpfer gelten.

Allein die Wirklichkeit entsprach diesem Bilde nicht. Schon den Gründern war es ja nicht gelungen, das Institut so hinzustellen, wie es in ihrem Plane lag; der Kaiser verzichtete nur mit Widerstreben auf seine oberstrichterliche Gewalt und sah in der Errichtung eines solchen unabhängigen Gerichtshofes eine Beeinträchtigung der eigenen Macht. Dieser Eifersucht auf die eigene Autorität verdankte dann früh ein anderes Institut seinen Ursprung, dessen Rivalität von vornherein die Wirksamkeit des obersten Reichsgerichts schwächte. Der Kaiser ließ nämlich an seinem Hofe durch diejenige Gerichtsbehörde, welche für österreichische Landessachen die höchste Instanz bildete, bisweilen auch Rechtshändel der Reichsstände aburtheilen, und obwohl die Stände mit allem Recht sich dagegen auflehnten und darin den bedenklichen Anfang einer Doppeljustiz im Reiche erblickten, setzte der Kaiser sein Vorhaben dennoch durch und es entwickelte sich aus jenem österreichischen Oberlandesgericht der Reichshofrath als rivale Macht neben dem R.-Kammergericht. Beide höchste Gerichtshöfe standen einander unabhängig gegenüber; es konnten streitende Parteien sich an eines oder das andere wenden, und nur der frühere Spruch des Urtheils gab dann dem einen das Vorrecht, im gegebenen Falle der gültige Gerichtshof zu sein; im Uebrigen waren die Vorrechte, das Ansehen und selbst zum größten Theil die Gerichtsbarkeit beider gleich. Freilich war das Reichskammergericht vom Reich, der Reichshofrath vom Kaiser zusammengesetzt — ein Unterschied, der nach einer oder der andern Seite hin den Grad des Vertrauens bestimmte, den der Gerichtshof genoß.

Dieses Doppelverhältniß, das wieder recht sprechend den Zwiespalt der österreichisch-kaiserlichen Interessen mit denen des Reichs darlegte, schwächte von Anfang an das so schön entworfene Werk. Im Laufe der folgenden Zeit trugen dann die nämlichen Ursachen, die sonst zur Schwächung der einheitlichen Formen mitwirkten, auch zum Verfalle des Kammergerichts bei. Namentlich seit es, durch die Verheerungen des orleansschen Krieges gezwungen, seinen alten Sitz zu Speyer mit Wetzlar vertauscht (1689), schien es zu keiner recht gedeihlichen Wirksamkeit mehr kommen zu wollen. Dieselben lähmenden Einflüsse territorialer Selbständigkeit, welche den Zusammenhang des alten Reiches überhaupt lockerten, verkümmerten nun auch die Wirksamkeit des Reichsgerichtes; alle größeren und zu einer gewissen Unabhängigkeit ge-

langten Territorien wußten sich entweder faktisch oder durch förmliche Privilegien der Wirksamkeit eines Gerichtes zu entziehen, das sowohl durch seine Ueberordnung über die Landesfürsten, als durch den Schutz, den es bedrängten Unterthanen verhieß, mit den Vorstellungen und Ansprüchen des neuen landesfürstlichen Absolutismus unverträglich war. Die große Schwierigkeit, die sich in allen Verhältnissen des Reiches kund gab — Geld für allgemeine Zwecke zu bekommen — trat hier in erhöhtem Grade ein, weil die Absicht der Saumseligkeit zu Hülfe kam; denn indem man das Gericht Mangel leiden ließ, erreichte man zugleich den politischen Zweck, die Thätigkeit einer Justiz zu hemmen, die dem Souverainetätsgelüste unbequem war. Der Geldmangel minderte die Zahl der Arbeiter; die Unzulänglichkeit der Arbeitskräfte zog die Entscheidung der Rechtsfälle über Gebühr hinaus und untergrub das Vertrauen zu der Rechtspflege des Gerichts. In dem Gerichte selber wirkten aber die nämlichen Ursachen des Unfriedens, die den Reichstag lähmten; entstand doch wegen innerer Zänkereien 1704 ein Stillstand, der volle sieben Jahre den Fortgang der Justiz hemmte; oder in den vierziger Jahren war der leere Streit über die Führung des rheinischen Vicariats Ursache, daß die Ausfertigungen des Kammergerichts eine Zeitlang völlig unterblieben.

Weltkundig waren diese Mißbräuche, ja man führte Klage über noch Schlimmeres: über Bestechlichkeit und Unredlichkeit der Justiz. In einem fürstlichen Gutachten von 1741 wird die „abscheuliche und sträfliche Ungerechtigkeit" gerügt, daß des Kaisers Recht um Geschenke willen gebeugt werde. Der Kaiser wie die Reichsstände werden nicht undeutlich beschuldigt, mündliche oder schriftliche Recommandationen geübt zu haben; einzelne Personen des Gerichts selbst aber waren im Verdacht, das Amtsgeheimniß schnöde preiszugeben.*)

So minderte sich die sittliche Autorität des Gerichts, während es zu gleicher Zeit von materieller Noth bedrängt ward. Man hatte 1720 eine neue Einrichtung getroffen, wonach 25 Beisitzer mit 91,069 Thalern Einkünften das Gericht bilden sollten; diese Summe einzubringen, waren Matricularbeiträge sämmtlicher Reichsstände im Betrag von 103,600 Thalern angesetzt. Aber es gelang nicht ein einziges Mal diese Summe vollständig zusammenzubringen. Man versuchte es 1732 mit einer neuen Feststellung, deren Erfolg wieder unter dem Anschlag blieb. Seitdem wurde die Auffindung neuer ergiebiger Quellen zum Unterhalte des Kammergerichts eines der stehenden Staatsprobleme. Die Einen schlugen Wiedereinführung der Sporteln, die Andern Stempeltaxen, wieder Andere die Bildung eines Capitals vor, aus dessen Zinsen das Gericht unterhalten werden sollte; Einzelne machten den naiven Vorschlag, durch ein den Juden im Reiche aufzulegendes Kopfgeld die

*) S. J. J. Mosers Anmerk. zu Kaiser Karls VII. Wahlcapitulation III. 200. Vgl. F. C. v Moser, Patriot. Archiv IV. 515.

Reichsjustiz bezahlt zu machen, oder gar durch Gründung einer Reichslotterie; — aber während alle diese zum Theil sehr wunderlichen Vorschläge sich durchkreuzten, nahmen die Rückstände immer zu, und das, was an Geld einging, reichte nicht einmal mehr hin, 17 Beisitzer zu bezahlen.

Inzwischen war auch die Zuständigkeit des Reichskammergerichts immer mehr beschränkt, theils vom Kaiser aus durch den Reichshofrath, theils von den Reichsständen aus durch ihre landesherrliche Justiz. Vor Allem waren alle Criminalsachen, dasjenige ausgenommen, was Landfriedensbruch betraf, dem Reichskammergericht entzogen; ebenso die Kirchen-, Ehe-, Lehens- und Kreissachen, die Bann- und Achtangelegenheiten, Polizeisachen und alle diejenigen Rechtshändel, welche die vom Kaiser ertheilten Freiheiten und Privilegien angingen, namentlich Schutzbriefe und Moratorien.

Dem steigenden Verfalle zu wehren, fehlte es zwar nicht an frommen Wünschen, aber durchaus an dem durchgreifenden Entschluß und der Raschheit des Handelns. Die heillose Schwerfälligkeit und Uneinigkeit des officiellen Deutschlands, die „Reichsverwirrung", wie ein Publicist jener Tage den bestehenden Zustand bitter aber wahr bezeichnet hat, gab sich kaum irgendwo in so verzweifelter Gestalt kund, wie in den vielen vergeblich unternommenen Versuchen, das Reichsjustizwesen wieder zum Leben zu wecken. Nachdem die alte Kammergerichtsordnung unbrauchbar geworden, entwarf man 1598 eine neue, deren Entwurf 1603 dem Reichstage vorgelegt, dann bis zum dreißigjährigen Kriege verschoben und schließlich dem permanenten Reichstage übergeben ward — um von diesem nie erledigt zu werden. Glücklicherweise wurde man nachgerade durch diese Umstände genöthigt, den unerledigten Entwurf einstweilen als wirkliches Gesetz zu gebrauchen.

So bilden auch die außerordentlichen „Kammergerichtsvisitationen" eine Reihe von mißlungenen Experimenten, die, alle Paar Jahrzehnte von Neuem wieder aufgenommen, jedesmal mit der nämlichen Erfolglosigkeit endeten. Eine gewisse Berühmtheit hat die Visitation von 1767 erlangt, jener Erstlingsversuch Josephs II., sein kaiserliches Ansehen zur Abstellung von Mißbräuchen im Reiche anzuwenden. Aller früheren Erfahrungen ungeachtet waren die Erwartungen von einem günstigen Erfolge doch wieder rege geworden. Aber theils die unglaubliche Pedanterie und Umständlichkeit in der Behandlung der Geschäfte, theils der Zwiespalt der Höfe, der bei einzelnen Anlässen in den heftigsten Streit ausschlug, machte alle diese Hoffnungen zu nichte. Nach neunjähriger Arbeit trennte sich (Mai 1776) die Commission, wie Dohm sagt, „mit gegenseitiger Erbitterung"; das einzige Resultat war die Beseitigung einiger strafbaren Mitglieder und die Vermehrung der Beisitzer auf die alte Zahl von 25. Die Revision und endliche Entscheidung der verschleppten Processe, die man damals auf mehr als 60,000 angab, blieb liegen, die neue Gerichtsordnung war ein unerledigter Entwurf. Daß der Reichstag die Frucht neunjähriger Arbeit nützen und die Sache zum Ziele führen werde, war nicht

zu erwarten; denn der war damals durch den berüchtigten westfälischen Grafenstreit Jahre lang außer Thätigkeit gesetzt.

Ging das Reichskammergericht einer unvermeidlichen Auflösung entgegen, so war darum dessen Nebenbuhler, der Reichshofrath in Wien, nichts weniger als in gutem Gedeihen begriffen. War das Vertrauen auf die Justiz zu Wetzlar allmälig geschwunden, so konnte man von der Rechtspflege in Wien von vornherein nicht viel Vortreffliches erwarten. Hier waren die Richter vom Kaiser ernannt und von ihm abhängig; die Justiz war eine Administrativjustiz, deren Unbescholtenheit in noch viel schlimmerem Rufe stand, als die zu Wetzlar. Die Herrenbank bestand meist aus unfähigen Leuten vom Adel, denen man hier Versorgungen anwies; die Gelehrtenbank stand, einzelne ehrenvolle Ausnahmen abgerechnet, im schlimmsten Rufe der Bestechlichkeit. Schon um die Mitte des Jahrhunderts galt es als eine weltkundige Sache, daß bei diesem trägen, unfähigen und geldgierigen Gerichtshofe die Justiz verkauft und verrathen war;*) schon damals klagte ein scharfsichtiger Beobachter die adeligen Mitglieder der Unwissenheit an und nannte die Räthe der gelehrten Bank geradezu „feile Seelen." Den Präsidenten, einen Grafen Harrach, verglich F. C. von Moser, der selbst Mitglied war, mit dem Reichshofrathspräsidenten des chinesischen Reichs**) und sagte ihm nach, er besitze neben der Liebe zu den alten Sitten und Methoden eine gründliche Verachtung aller Neuerungen, wenig Achtung vor seiner eignen Würde, dagegen in der Beurtheilung der Moralität gewisser Grundsätze mehr Nachgiebigkeit, als sie der Chef eines Justiztribunals haben sollte. Wie der Proceßgang war, läßt sich danach beurtheilen.

In einer historisch-politischen Zeitschrift jener Tage, die verdientes Ansehen genoß, dem „Patriotischen Archiv" von F. C. von Moser***), ist ein Gutachten abgedruckt, worin es mit dürren Worten heißt: an den drei wichtigsten Erfordernissen des Richters — Kenntniß des Rechts, Liebe zur Gerechtigkeit und redlichem Sinne — fehle es „notorisch bei den Meisten." Es sei freilich schwer, tüchtige Leute zu dem Gerichte zu finden; denn einmal möchten die „jungen Leute von Stand überhaupt nichts mehr lernen", dann ziehe der Militärstand und der Dienst in den einzelnen Staaten die besseren Köpfe mehr an. Auch hinterließen „selbst die Bestechlichen" kein Vermögen, und ein „Reichshofrath, der ehrlich gedient und nicht gestohlen habe, lasse bei seinem Tode seine Familie in äußerster Verlassung zurück." Von der Trägheit und Unfähigkeit werden die grellsten Schilderungen entworfen. In dem ganzen Gerichtshofe zählte man z. B. nur drei fleißige Räthe, und es

*) Siehe den Bericht des Großkanzlers Fürst in Ranke's histor. politischer Zeitschrift II. 679 f.

**) Patriot. Archiv X. 369.

***) Bd. X. 347 f.

galt als sicher, daß zu Wetzlar, wo man sich doch auch nicht übermäßig anstrengte, in einem Jahre mehr gearbeitet ward, als hier in sechs. Die Unfähigkeit der Adelsbank, die freilich zum Theil aus diensthuenden Kammerherren bestand, war so groß, daß sich manche ihrer Mitglieder ihre Arbeiten von ihren Schreibern — ja selbst von den Agenten der Parteien ausarbeiten ließen!

Es mußte gewiß weit gekommen sein, wenn solche Dinge in anerkannten Zeitschriften gedruckt werden konnten, oder wenn ein Kaiser mit einem Gerichtshofe so reden durfte, wie es Joseph II. nach seinem Regierungsantritte gethan hat. Es existiren wohl kaum Actenstücke, so grob in der Form und so beschämend in ihrem Inhalte, wie die Rescripte Josephs, worin er die Mißbräuche des Reichshofraths rügte.*) Aber freilich der hohe Gerichtshof konnte in seiner Vertheidigungsschrift selber nicht leugnen, daß die „Accidentien und Geschenke" gebräuchlich seien, ja er hatte die große Offenheit, als erlaubte Nebenverdienste dieser Art z. B. „willkürliche Douceurs" bei Thronbelehnungen, „Erkenntlichkeiten" bei Vergleichen, Geschenke bei Mündigkeitserklärungen ausdrücklich zu bezeichnen. Das Verfahren Josephs führte hier so wenig zum Ziele, wie zu Wetzlar die Kammergerichtsvisitationen; er griff die Sache mit seiner gewöhnlichen Hast und Leidenschaftlichkeit auf und ließ sie dann, wie so Vieles, unbeendigt fallen. Einige Vereinfachungen des Geschäftsganges waren die ganze Frucht des Sturmes, den der Kaiser in der ersten Hitze über den Gerichtshof hatte ergehen lassen.

Jene Schilderungen der Zeitgenossen selber legen zugleich Zeugniß ab, wie tief das Bewußtsein des Verfalles in die Gemüther eingedrungen war. Selbst Männer, die voll der lebendigsten Pietät für das Alte und Ueberlieferte waren (dazu gehörten beide Moser gewiß), übergossen diese Formen mit Spott und Hohn und erwarteten nichts mehr von einzelnen Ausbesserungen, wo das Ganze so von Grund aus faul war. Wenn andererseits daran erinnert ward, daß in diesen obersten Gerichtshöfen, namentlich im Reichskammergericht, immer noch eine gewisse Gleichheit und Einheit des Rechts ihre Stütze fand, Selbsthülfe und Gewaltthat abgewehrt ward, so zeigt ein Blick auf die Zustände wie sie waren, was es mit dieser Wirksamkeit der obersten Reichsjustiz in der Praxis auf sich hatte. Wohl wurde im achtzehnten Jahrhundert gegen Mecklenburg, Würtemberg, Nassau-Weilburg und Lippe noch einmal Recht gefunden, ja noch in den siebziger Jahren auf Josephs Andringen drei ganz heillose reichsgräfliche Tyrannen von Reichswegen unschädlich gemacht, aber diese Fälle konnten mehr wie Ausnahmen gelten und bewahrheiteten nur den alten Spruch, daß man Mücken seige und Kameele verschlucke. Welche zahllose Gewaltthaten waren seit dem westfälischen Frieden in den deutschen Reichslanden, fast keines ausgenommen, ungestraft verübt

*) S. dieselben in Mosers patriot. Archiv VIII. 79 ff.

worden, bis einmal die verspätete Rache Lippe-Detmold traf, oder ein paar unverbesserliche Reichsgrafen daran gemahnt wurden, daß noch eine höchste Autorität des Reiches über ihnen stehe! Drum hatten diejenigen Recht, welche nicht ohne bitteres Achselzucken des alten Wortes gedenken konnten: die höchste Reichsjustiz sei ein „Palladium der deutschen Freiheit."

Die Periode der Reform, welche im funfzehnten und sechszehnten Jahrhundert sich die Umgestaltung der Reichsverfassung auf ständischen Grundlagen vorgesetzt und zu dem Ende den ewigen Landfrieden, das Kammergericht, das Reichsregiment aufgerichtet, schuf auch die Kreisordnung des Reiches, damit sie ein Gegengewicht werde gegen die Vervielfältigung der landesherrlichen Selbständigkeit und gegen die Gefahren kleinstaatlicher Zersplitterung. Diese Kreiseintheilung bildete in dem Reiche wenigstens größere Gruppen, ordnete ihnen die übermäßige Zahl einzelner Territorien und Landesherren unter und sollte dazu beitragen, in der bunten Mannigfaltigkeit von vielen hundert besonderen Gewalten den Gedanken einer einheitlichen Verbindung des Reiches im Gedächtniß zu erhalten.

Auch von dieser Kreiseintheilung freilich galt, was bei allen überlieferten Einrichtungen der Reichsverfassung wahrzunehmen war: man hatte die alte Form bestehen lassen, ohne zur rechten Zeit ihre Mängel zu beseitigen und sie den neuen Bedürfnissen anzupassen. So hatte sich die Kreisverfassung bis in diese Zeit erhalten, zwar nicht ohne manche wohlthätige Wirkung, wie sie im Geiste der Einrichtung lag, aber doch im Ganzen ohne dem Zwecke ihrer Schöpfung völlig zu genügen.

Nicht unbeträchtliche Theile deutschen Gebietes, wie Böhmen, Mähren, die Lausitz, Schlesien, Preußen, standen außerhalb der zehn Reichskreise; sie bildeten Provinzen der österreichischen und preußischen Monarchien. Der burgundische Kreis, seit seiner Gründung wesentlich verkleinert, längere Zeit sogar vom Reiche ganz getrennt und jetzt nur noch die österreichischen Antheile von Brabant, Mecheln, Limburg, Luxemburg, Geldern, Flandern, Hennegau und Namur umfassend, hieß zwar ein Kreis des deutschen Reiches, war aber der That nach auch nur eine Provinz in dem österreichischen Gesammtbesitze. Der österreichische Kreis, weitaus der größte an Umfang (er umfaßte 2025 □Meilen), umschloß das Erzherzogthum, Steiermark, Kärnthen, Krain, Istrien, Friaul, das Litorale, Tirol und Vorarlberg, den Breisgau und Oberschwaben, also eine kostbare Reihe überwiegend deutscher Lande und Völker; aber auch hier war der Name „Kreis" eine Bezeichnung, welcher die Wirklichkeit der Dinge wenig entsprach. Vielmehr war, wie Moser sagt*), der österreichische

*) F. J. Moser, von der deutschen Craysverfassung. S. 168. Außerdem s. F. C. v. Mosers kl. Schriften VII. Für die statistischen Angaben ist meistens Büsching, Erdbeschr. (Bd. V—IX. Siebente Aufl. 1789.) benutzt.

Kreis „niemals in irgend einem Stücke der Verfassung so beschaffen, wie es ein Kreis sein sollte;“ diese Lande bildeten den Kern der im Werden begriffenen österreichischen Monarchie, und es fanden auf sie die meisten Einrichtungen des Kreiswesens aus natürlichen Ursachen gar keine Anwendung.

Allein auch die übrigen, wie grundverschieden waren sie bei näherer Betrachtung, und wie wenig entsprachen sie mehr dem ursprünglichen Gedanken: eine gleichmäßige Eintheilung des Reiches in größere Ländergruppen darzustellen! Eine vielfach ähnliche Bewandtniß, wie mit dem burgundischen und österreichischen Kreise, hatte es mit dem niedersächsischen: auch hier war die Kreisverfassung dem überwiegenden Einflusse selbständiger territorialer Macht unterlegen. Auf einem Flächenraume von 1420 □Meilen waren in diesem Kreise nur wenige kleinere Herrschaften und nur sechs Reichsstädte (Lübeck, Hamburg, Bremen, Goslar, Mühlhausen, Nordhausen) eingeschlossen; das ganz entschiedene Uebergewicht war bei Preußen, das mit Magdeburg und Halberstadt, und bei Kurhannover, das mit den Fürstenthümern Bremen, Celle, Grubenhagen und Calenberg dem Kreise angehörte. Selbst Fürstenthümer wie Braunschweig, die holsteiner Zweige und beide Mecklenburg, also noch lange nicht die kleinsten im Reiche, hatten keine selbständige Geltung gegenüber den beiden Kreisständen, hinter denen die preußische Monarchie und die hannoverisch-britische Politik standen. Hier hatte daher die Kreisordnung den größten Theil ihrer Bedeutung verloren; die „Kreistruppen“, als solche, wollten hier nichts heißen, dagegen hatten die einzelnen Territorien, wie Preußen, Hannover und Braunschweig, eine selbständige Kriegsmacht ausgebildet, die gerade diesen Theil des Reiches außer Oesterreich zum wehrkräftigsten und bestgerüsteten machte. Ein ähnliches Verhältniß bestand im obersächsischen Kreise; von einem Flächenraume von 1950 □Meilen nahmen Kursachsen und Preußen den größten Theil ein; alle übrigen, die kleinen thüringischen Fürstenthümer, Schwedisch-Pommern, Anhalt, beide Schwarzburg und andere noch kleinere Gebiete, bildeten zusammengenommen dagegen noch kein Gegengewicht. Es leuchtet ein, wie die Kreisverfassung sich unter diesen Einflüssen gestalten mußte. Waren die größeren Staaten einig, wie dies z. B. während des siebenjährigen Krieges im niedersächsischen Kreise der Fall war, so bildeten sie für sich die entscheidende Gewalt, und an die Stelle des Kreises trat eine selbständige Staats- und Heeresmacht Preußens, Hannovers und Braunschweigs; waren sie uneinig, wie dies zu gleicher Zeit zwischen Brandenburg und Sachsen im obersächsischen Kreise der Fall war, so war die natürliche Folge der Stillstand oder die Zerrüttung der ganzen Kreisverfassung. Auch galt es unter den Publicisten des vorigen Jahrhunderts als angenommen, daß, wie Moser sich ausdrückt, die „Jalousie und differente Staatsprincipia“ in Ober- und Niedersachsen die Kreisverfassung längst zerrüttet hatten.

Wenden wir uns von Niedersachsen westwärts, so ist das Verhältniß schon ein anderes. Der westfälische Kreis zählte auf einem Flächenraume von über 1200 □Meilen keinen einzigen an Gebiet so überwiegenden Kreisstand, daß daneben alle anderen ihre Bedeutung verloren hätten. Hier trug noch Alles mehr das Aussehen der alten Mannigfaltigkeit; das neue Streben, das auf Arrondirung und Gründung einer selbständigen Staatsmacht ausging, war hier noch nicht zur ausschließenden Herrschaft gelangt. Wohl spann auch über diesen Kreis Preußen die Fäden seines Einflusses, da es ihm mit Cleve, Geldern, Meurs, Minden, der Grafschaft Mark und Ravensberg, mit Ostfriesland und einigen kleineren Gebieten angehörte; aber die alten Formen hatten dennoch hier noch mehr Lebenskraft bewahrt. Da breiteten sich noch die ansehnlichen geistlichen Gebiete der Hochstifter Münster, Osnabrück, Paderborn, Lüttich aus, da hatten die Abteien Corvey, Stablo, Malmedy, Werden, Cornelimünster, Essen, Thoren, Herford ihre Reichsunmittelbarkeit noch behauptet; da waren noch außer dem pfalzbaierischen Jülich und Berg, außer den nassauischen Landen, außer Oldenburg und den Reichsstädten Dortmund, Aachen und Cöln eine ansehnliche Zahl jener gräflichen Herrschaften vorhanden, die den Fürsten zwar nicht gleich standen, aber doch mit ihnen eine Stelle im Reichsfürstencollegium des Reichstags behaupteten. Die Dynastien der Wied, Sayn, Lippe, Rittberg, Aspremont, Metternich, Manderscheidt, Limburg-Styrum, Ostein, Nesselrode u. a. bildeten hier noch ein eigenthümliches Element, das in dieser Gestalt und Bedeutung in den beiden sächsischen Kreisen, wie in Oesterreich nicht vorhanden war.

Indessen das classische Gebiet der kleinstaatlichen Vielfältigkeit und Gebietszersplitterung bildeten doch die südwestlichen Reichskreise. Hier war das Gebiet des ganzen Kreises um das Drei- bis Vierfache kleiner, als in Nieder- und Obersachsen oder in Oesterreich, aber die Zahl der reichsunmittelbaren Kreisstände um's Doppelte, ja Drei- und Vierfache größer. Um vom österreichischen Kreise gar nicht zu reden (denn hier gab es faktisch nur einen Kreisstand, Oesterreich selbst), es betrug doch auch in Ober- und Niedersachsen die Zahl der Stände nur 22 und 23, und unter diesen übten wieder einer oder zwei ein ganz unbestrittenes Uebergewicht. Schon in Westfalen vertheilten sich die 1200 □Meilen des Gebiets auf 52 Herrschaften, in Franken kamen auf 484 □Meilen 29 Gebiete, in Schwaben gar, ohne die zahlreichen reichsritterschaftlichen Enclaven zu zählen, theilten sich einige neunzig Reichsstände in ein Territorium von 729 □Meilen. Während in den beiden sächsischen Kreisen zwei oder höchstens drei Kurfürstenthümer fast alle andern Reichsstände absorbirten, war hier eine ungemessene Zahl von geistlichen und weltlichen Fürsten, unter denen kaum einer oder der andere von mittlerer Bedeutung war, mit Grafen und Herren, Rittern, Städten und Abteien in ein sehr mäßiges, bis ins Unvernünftige zersplittertes Gebiet zusammengedrängt. Waren im kurrheinischen Kreise auf einem freilich kleinen Raume den

vier rheinischen Kurfürsten, deren politische Stellung ihnen immer noch einiges Gewicht gab, doch nur 6 kleinere Reichsstände angehängt, oder übte im baierischen auf einem schon ansehnlichen Gebiete von 1020 □Meilen doch Baiern immer die überwiegende Macht*), so drohte in den drei andern, dem oberrheinischen, fränkischen und schwäbischen, die Kleinstaaterei alle gesunde Staats- und Wehrkraft aufzuzehren. Im oberrheinischen Kreise z. B. waren Hessencassel und Hessendarmstadt schon die bedeutendsten Reichsstände; neben ihnen standen, zum Theil in sehr zersplitterten und schlecht arrondirten Gebieten, Pfalzzweibrücken, die an Kurpfalz gefallenen Fürstenthümer Simmern und Lautern, das zwischen beiden pfälzischen Linien getheilte Veldenz, Homburg, ein Theil von Nassau, dann die Hochstifter Worms, Speyer, Straßburg, Basel und Fulda, die Abtei Prüm, die Probstei Odenheim, das Johanniter-meisterthum zu Heitersheim, eine Menge Grafschaften, wie Sponheim, Salm, Waldeck, Solms, Leiningen, eine Anzahl Herrschaften und die Reichsstädte Worms, Speyer, Friedberg, Wetzlar und Frankfurt, von denen nur die letzte noch etwas bedeutete. Ein ähnliches Verhältniß bestand im fränkischen Kreise, der sich auf einen Raum von 484 □Meilen beschränkte; da waren die beiden Stifter Würzburg und Bamberg entschieden das gewichtigste Element. Sie bildeten mit Eichstädt und dem Deutschorden die geistliche Bank; die hohenzollernschen Fürstenthümer in Franken, die hennebergischen und schwarzenbergischen Fürsten, Löwenstein und Hohenlohe die weltliche. Daran reihten sich, wie in Westfalen, eine ziemliche Anzahl Reichsgrafen und die Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Windsheim, Schweinfurt und Weißenburg. Am buntesten aber hatte sich diese Ohnmacht der Mannigfaltigkeit im schwäbischen Kreise gestaltet. Auf einem Raume von 729 □Meilen waren dort vier geistliche Fürsten (Constanz, Augsburg, Elwangen, Kempten), dreizehn weltliche, unter denen Würtemberg, Baden und Fürstenberg die bedeutendsten, über 20 Abteien, eine beträchtliche Zahl Grafschaften und 31 Reichsstädte**)

*) Der kurrheinische Kreis enthielt außer den Kurstaaten Mainz, Trier, Köln und Pfalz: das Fürstenthum Aremberg, Thurn und Taxis (ohne Besitzungen im Kreise), die Deutschordensballei Coblenz, die nassauische Herrschaft Beilstein, die wied'sche Grafschaft Niederisenburg und das den Grafen von Sinzendorf zugehörige Burggrafthum Reineck. — Im baierischen Kreise bildeten das Erzstift Salzburg, die Hochstifter Freisingen, Regensburg, Passau, die Probstei Berchtesgaden, die Abteien S. Emmeran, Niedermünster und Obermünster die geistliche Bank; weltliche Kreisstände waren Baiern, Neuburg, Sulzbach, Leuchtenberg (alle drei dem pfalzbaierischen Hause angehörig), die Grafschaften und Herrschaften Steinstein, Haag, Ortenburg, Ehrenfels, Sulzburg, Hohenwaldeck, Breiteneck und die Reichsstadt Regensburg.

**) Von den reichsgräflichen Geschlechtern sind zu erwähnen: Taxis, Königsegg-Aulendorf und Königsegg-Rothenfels, Truchses-Zeil, Truchses-Waldburg, Truchses-Wolfegg; drei Linien Fugger, Stadion u. s. w.; eine Anzahl der Grafschaften war in den Händen Baierns, Badens und Fürstenbergs. Die Reichsstädte sind: Augsburg,

zusammengedrängt — der winzigen ritterschaftlichen Territorien nicht zu gedenken, womit, wie der oberrheinische und fränkische, so auch der schwäbische Kreis reichlich heimgesucht war.

Wenn anderwärts durch die selbstgenügsame Macht größerer Territorien die Kreisverfassung zerrüttet ward, so wurde sie hier durch die winzige Mannigfaltigkeit unzähliger kleiner Herrschaften erhalten. Die Schwäche der Einzelnen drängte dazu, in der Association den nothwendigen Schutz zu suchen, zumal die politische Lage Deutschlands gerade diesen Theil des Reiches den gefährlichsten Angriffen von Außen bloßgestellt ließ. Konnte darum irgendwo noch im Reiche von einer Lebensthätigkeit der Kreisverfassung die Rede sein, so war es hier, wo die Noth dazu zwang. Hier suchte man nicht nur die alten Formen zu erhalten, sondern um der eigenen Sicherheit willen neue Vereinigungen zu bilden. So entstanden jene Associationen der „vorderen Reichskreise", deren z. B. eine (die beiden rheinischen, der fränkische und schwäbische Kreis mit Oesterreich) während des spanischen Erbfolgekrieges eine nicht unbeträchtliche Kriegsmacht ins Feld gestellt hatte.

Diese militärische Seite der Kreisverfassung war denn auch die wichtigste. Bei einem plötzlichen Angriff auf die westlichen Grenzlande war durch jene Verbindung zu größeren Gruppen wenigstens ein Schutz gegen den ersten Andrang geschaffen; ohne solche Associationen hätte ja keiner von den zahllosen Reichsständen, welche in den vorderen Reichskreisen ohnmächtig neben einander lagen, sich auch nur nothdürftig schirmen können. Bei einem Reichskriege war freilich das Heerwesen immer noch kläglich genug beschaffen; aber ohne diese Kreisorganisation war auch das Wenige, was noch geschah, nicht mehr zu Stande zu bringen. Oder wie wollte, falls ein Reichskrieg beschlossen war, das Reich die Mittel an Menschen, Waffen und Geld zusammenbringen, wenn es mit diesen zahllosen einzelnen Herren die Sachen hätte zum Ende führen sollen! Die Kreisorganisation hob doch einen Theil der Uebelstände, die mit der Kleinstaaterei in den vordern Reichskreisen verknüpft waren; indem die Kreistruppen wenigstens den Stamm einer militärischen Rüstung bildeten, die Kreistage für die Leistung an Geld und Mannschaft sorgten, war noch eine nothdürftige Ausrüstung herzustellen, die, den Einzelnen überlassen, geradezu unmöglich gewesen wäre. Von der Noth gedrängt, hatten sich schon zu Ende des siebzehnten und zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts die vorderen Reichskreise entschlossen, auch im Frieden eine kleine Militärmacht zu unterhalten, die, unter den Befehl des Kreisobersten gestellt, theils zur Handhabung der Sicherheit und Polizei gebraucht wurde,

---

Ulm, Eßlingen, Reutlingen, Nördlingen, Hall, Ueberlingen, Rotweil, Heilbronn, Gmünd, Memmingen, Lindau, Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Kempten, Kaufbeuern, Weil, Wangen, Isny, Leutkirch, Wimpfen, Giengen, Pfullendorf, Buchhorn, Aalen, Bopfingen, Buchau, Offenburg, Gengenbach, Zell.

theils den Stamm bildete für die künftige Rüstung zum Kriege. In den vorderen Reichskreisen war diese Einrichtung immer eine Wohlthat, insofern sie Schlimmeres abwehrte; in den norddeutschen Kreisen freilich, wo entweder eine selbständige bedeutende Heeresmacht wie in Preußen existirte, oder wie in Hannover und Braunschweig, für eine tüchtige militärische Ausbildung gesorgt war, brauchte man keine Kreistruppen und erwarb mit den eigenen Soldaten ganz andere Lorbeeren, als sich z. B. im siebenjährigen Kriege die in die Reichsarmee übergegangenen Kreiscontingente hatten erkämpfen können.

Aber auch außer dem militärischen Gebiete behauptete, wenigstens in den gedachten Gegenden, die Kreisverfassung noch einen gewissen Werth; sie war es allein noch, die inmitten zahlloser kleinstaatlicher Sonderjouverainetäten die noch bestehenden Ordnungen des Reiches aufrecht erhielt. Zwar litten die Kreistage an dem nämlichen schwerfälligen und weitläufigen Ceremoniel, wie der Reichstag, dem sie überhaupt mannigfach nachgebildet sind, aber sie waren es doch, die noch hier und da den Schwachen schützten, der Reichsjustiz durch ihre Execution Nachdruck gaben, die Reichsumlagen und Kammerzieler zur Erhaltung des Reichsgerichts eintrieben, in Münz-, Verkehr- und Polizeiangelegenheiten den Beschlüssen des Reichstages theils Geltung verschafften, theils selbständig der wachsenden Auflösung entgegenwirkten. Wenn die Reichsjustiz überhaupt noch eine Geltung hatte inmitten dieser Anarchie der Particulargewalten, wenn in die Reichskasse wenigstens noch ein Theil der ausgeschriebenen Umlagen floß, so hatten die Kreistage dabei das größte Verdienst. Und wie die äußere Sicherheit, wenn auch nur nothdürftig, geschirmt ward durch diese Organisation, so hatte es eine ähnliche Bewandtniß mit der Sicherheit im Innern. Wie hätte man sich nur gegen Diebe und Landstreicher sichern wollen, wenn z. B. in Schwaben den Fürsten, Prälaten, Aebten, Reichsstädten und Reichsrittern die alleinige Sorge dafür überlassen worden wäre; oder welche Zerrüttung hätte den Handel, das Münzwesen, ja selbst den Verkehr mit Getreide und Lebensmitteln bedroht, wenn nicht bisweilen der Kreistag sich ermannt und eine gemeinsame Anordnung getroffen hätte! Indem die Kreisverfassung auf diese Weise die Selbständigkeit der unzähligen Sondergewalten so mannigfach beschränkte, war sie doch zugleich eine Bürgschaft ihres Fortbestehens; denn fiel einmal diese Organisation zusammen, so ward die bunte Anarchie zahlreicher, zum großen Theil lebensunfähiger Territorialgewalten sehr bald unerträglich und der Verlust ihrer Selbständigkeit war dann eine Forderung des öffentlichen Wohles.

Der Mangel einer einheitlichen Ordnung und Leitung eines Staates tritt in der Regel an keiner Stelle nachtheiliger hervor, als in den Verhältnissen nach Außen. So war denn auch der Verfall des alten Reiches nirgends fühl-

barer, als da wo es auf die Leitung der äußeren Politik und auf die Führung des Kriegswesens ankam. Der Zustand dieses letzteren namentlich hat schon den herben Spott der Zeitgenossen herausgefordert und kein Deutscher im achtzehnten Jahrhundert hielt es für unpatriotisch, die Reichsarmee in ihrer kläglich verfallenen Gestalt als ergiebigen Stoff für die Satire zu betrachten. Der Tag von Roßbach war im größten Theile des Reiches populär geworden, nicht nur weil der französische Uebermuth eine verdiente Züchtigung erfuhr, sondern auch weil man der Reichsarmee ihre Niederlage selbst da gönnte, wo man sein Contingent dazu stellte. Dafür ergötzte man sich an den Siegen des königlichen Helden, gegen den der Regensburger Reichstag Execution verhängt, und pries — selbst in loyalen Reichsstädten — die Grobheit des brandenburgischen Reichstagsgesandten, der dem mit der „Insinuation" beauftragten Notarius die Thüre gewiesen hatte. Und freilich war es eines der treffendsten Wortspiele des Zufalls, daß in dem Ausschreiben des Reichstages, das die Bildung einer „eilenden Executionsarmee" verkündete, durch einen Druckfehler daraus eine „elende" Armee gemacht war. Sagt doch selbst der treffliche J. J. Moser, der in den alten Formen eingelebt und heimisch war: „Die bei einem Reichskriege und einer Reichsarmee sich äußernden Gebrechen sind so groß, auch viel und mancherlei, daß man, so lange das deutsche Reich in seiner jetzigen Verfassung bleibt, demselben auf ewig verbieten sollte, einen Reichskrieg zu führen."*)

Allerdings war ein Rückblick auf die Vorgänge des letzten Jahrhunderts nicht geeignet, die Kriegslust des Reiches zu steigern. Entweder war in sehr dringenden Fällen, z. B. in den französischen Kriegen der sechziger und siebziger Jahre des siebzehnten Jahrhunderts und im nordischen Kriege, wo das Reich auf's lebhafteste interessirt war, der schwerfällige Körper nicht in Bewegung zu bringen, oder wenn er sich einmal durch die habsburgische Hauspolitik in Bewegung setzen ließ (z. B. 1734 und 1757), so wurde dabei weder Vortheil noch Ehre erworben. Das Jahrhundert von den Schlachten bei S. Gotthard, Fehrbellin und Zentha bis zu Roßbach, Zorndorf und Minden war für den deutschen Waffenruhm eines der reichsten, und sowohl die Schweden und Türken als die Franzosen haben damals die alte deutsche Tapferkeit wieder anerkennen gelernt; aber freilich auf die Reichsarmee fiel von diesen Lorbeeren nur der allergeringste Theil.

Was wäre aus Deutschland geworden, wenn es nicht damals die selbständigen Militärkräfte Oesterreichs und Preußens geschützt hätten, wenn unsere Sicherheit von den Beschlüssen der Regensburger Versammlung und von der Raschheit und Tüchtigkeit der Reichsarmee abhing! Im spanischen Erbfolgekriege z. B. hatte das Reich schon 1702 den Krieg beschlossen, gegen Ende des Jahres mußte der Kaiser wiederholt Beschleunigung anempfehlen,

*) Moser, von den Reichstagsgeschäften S. 810.

dann am 24. Februar 1703 den Reichstag auffordern, „nunmehr die Kriegsmaterien und Anstalten unverlängt in die Hand zu nehmen“ und einige Wochen später abermals „die Unverschieblichkeit des Werkes vorstellen.“ Endlich im Juli 1703 kamen die beiden höheren Reichscollegien zu einem Beschluß; aber erst am 11. März 1704 wurde daraus ein allgemeines Reichsconclusum. Aber wie weit war noch von diesem zur Ausführung; und mit welch unbeschreiblicher Misère hatte selbst ein ausgezeichneter Feldherr, wie Markgraf Ludwig, bei der Ausführung selber zu kämpfen! Indessen begannen Eugen und Marlborough ihren Siegeslauf von Höchstädt bis Turin, Ramillies, Oudenarde und Malplaquet — und es waren meistens deutsche Truppen, denen sie diese Erfolge verdankten. Dasselbe Material an Menschen, das als Reichsarmee verkümmerte und in ganz Europa verspottet ward, wurde unter andern Verhältnissen und in andern Händen der Kern der besten Heere jener Zeit.

Die Schuld dieser kläglichen Dinge schob wie sonst einer dem andern zu. Der Kaiser klagte, daß ihm die Reichsgesetze nicht Macht genug ließen, die Zustände von Grund aus zu verbessern; die Reichsstände klagten, daß der Kaiser selbst die vorhandene Macht zur Bedrückung der Schwächeren mißbrauche, daß seine Generale und Kriegsbeamten sich auf unverantwortliche Art bereicherten und die Reichstruppen sich oft so aufführten, „daß man oftmals weit lieber feindliche Völker statt ihrer aufnähme.“*) Es war richtig, daß der Kaiser bisweilen bei Besetzung der Reichsgeneralstellen eine kleine persönliche oder confessionelle Parteilichkeit an den Tag legte oder hie und da im Einzelnen einen Uebergriff wagte, auch hatte er (1702) dem verständigen Vorschlage, in Friedenszeiten eine Reichsarmee von 8000 Mann aufzustellen, sich widersetzt; aber wie wenig wollte das bedeuten gegenüber der Weitläufigkeit der geltenden Formen, den zahlreichen politischen und religiösen Clauseln, wodurch des Kaisers Macht beschränkt war, dem Mangel an jedem Gemeinsinn, den gerade in solchen Lagen die Reichsstände wie wetteifernd an den Tag legten! Der Reichstag in seiner Schwerfälligkeit wollte von Allem mit unterrichtet sein; Alles mit leiten; und doch, wenn auch die äußerste Noth drängte, vermochte er meistens zu keinem Schlusse zu gelangen. Erfolgte endlich ein Beschluß, so stand er eben nur auf dem Papier; Jeder suchte, wie Moser sagt, die Last von sich auf Andere abzuwälzen, viele Contingente wurden gar nicht oder nicht ganz gestellt, und oft war das, was gestellt war, an Mannschaft, Pferden, Equipagen, Sold und Proviant so schlecht beschaffen, daß man keinen Gebrauch davon machen konnte. Die Truppen einzelner Reichsstände standen auch wohl in so üblem Rufe, daß man ihnen die Winterquartiere verweigerte oder sich ihren Durchmärschen widersetzte. Die Kreise selbst machten in der Regel gewisse Vorbehalte; die Folge war, daß die

*) J. J. Moser, von den Reichstagsgeschäften S. 811 ff.

Kreisgenerale dem Reichscommando nur bedingt gehorchten und die gegebenen Ordres nicht selten „examinirten", statt sie zu vollziehen. „Sehe man einen sauer drum an, so laufe oder schreibe er zu seinen Ständen und finde sonderbares Gehör." Sogar die Gemeinen, die aus dem Lager heim liefen, wurden freundlich behandelt, auf Requisition von den heimischen Behörden angelegentlich entschuldigt und zu Hause besser verpflegt als im Felde. Kein Wunder, wenn es dann dort alle Mühe kostete, zu hindern, daß nicht die Kreistruppen haufenweise zu ihren heimischen Fleischtöpfen entliefen. Wurde einer ausgemustert, so kam der Ersatzmann entweder später oder schlechter, oder gar nicht; rügte es der commandirende General, so that es noth, daß „er erst darum mit den Ständen libellirte." Wie unter diesen Umständen die Reichskriegskasse bestellt war, läßt sich denken; man könnte dafür eine reiche Blumenlese sammeln von fast komischen Zügen. Wenn z. B. selbst die an Oesterreich vermietheten Truppen Baierns und Würtembergs in der Schlacht bei Leuthen angewiesen waren, „langsam zu feuern, damit die Munition nicht mangeln möge",*) so darf man mit Sicherheit annehmen, daß in den reichsständischen Contingenten der Reichsarmee die Sparsamkeit noch weiter ging.

In den Zeiten der Bedrängniß durch Ludwig XIV. hatte das Reich sich zu dem Entschluß ermannt (1681), als einfachste Quote des Reichscontingents, als sogenanntes Simplum, die Zahl 40000 anzunehmen, und diese in der Art auf die Reichskreise zu vertheilen, daß Oesterreich etwa 8000 Mann, der burgundische, schwäbische, die beiden sächsischen und der westfälische jeder etwas über 4000 M., der oberrheinische und kurrheinische je 3300, der fränkische 2800, der bairische 2300 Mann zu stellen hatte. Ein Beispiel mag zeigen, wie wenig selbst dieser mäßige Anschlag eingehalten ward.**) Der schwäbische Kreis, der als Simplum 4028, also in 3 Simplen 12084 Mann zu stellen hatte, rüstete nach einer Angabe nur 3000 Mann aus, und selbst diese Zahl war noch höher als — der wirkliche Bestand. Es fehlten im Ganzen 4124 Mann an dem Contingent von 12084 Mann, und der Rest war von 4 geistlichen, 14 weltlichen Fürsten, 14 Prälaten, 4 Aebtissinnen, einigen 30 Grafen und Herren und etwa 30 Reichsstädten tropfenweise zusammengeholt. Nach dieser Probe hat die Angabe, daß der ganze Betrag von 3 Simplen statt 120000 Mann bisweilen nur aus 20000 Mann wirklich bestand, alle Wahrscheinlichkeit für sich. Denn während die kleinstaatlichen Gewalten aus Ohnmacht und Saumseligkeit ihr Contingent nicht stellten, wollten die größeren ihr Landesheer nicht durch die Absendung des Contingents zur Reichsarmee schwächen und ihr Beispiel war wieder ein erwünschter Vorwand für die

*) Archival. Notiz bei Pfister, deutsche Gesch. V. 367.

**) F. C. v. Moser, kl. Schriften VIII. 2 ff., der Beschluß von 1681 findet sich in Pachners Sammlung der Reichstagsschlüsse II. 325.

kleineren, ihr Pflichtversäumniß zu entschuldigen. Die Ausrüstung entsprach der Art der Zusammensetzung. Jedes Contingent hatte seine eigene Art der Verpflegung, so daß ein Regiment, das aus 12 solchen Contingenten bestand, an 12 verschiedene Orte schicken mußte, um Brod und Fourage zu bekommen. Jede Bewegung war dadurch gehemmt, jede rasche und heimliche Operation unmöglich. Ebenso war die Bezahlung des Soldes, die Kleidung, die Verpflegung der Kranken fast bei jedem Reichsstande verschieden und meist darum die Quelle unsäglicher Unordnungen. Das Caliber war so verschieden, daß z. B. bei Roßbach von 100 Flinten kaum 20 Feuer gegeben haben! Und wie wurden erst die Offiziere ernannt! Bei einer Compagnie des schwäbischen Contingents stellte Gmünd den Hauptmann, Rotweil den ersten, die Aebtissin von Rotenmünster ernannte den zweiten Lieutenant, der Abt von Gengenbach den Fähndrich.*)

Eine Armee dieser Art, so zusammengesetzt und jedesmal erst beim Ausbruch des Krieges gebildet und geschult, hätte noch weniger leisten können, als sie wirklich geleistet hat, wenn sie nur aus diesen Contingenten der einzelnen Reichsstände bestanden hätte. Aber in der Regel verband man mit ihr einerseits eine Anzahl kaiserlicher Truppen, andererseits sogenannte Auxiliarvölker, d. h. solche, die entweder durch besondere Verträge zum Dienst gewonnen waren oder die, wie z. B. die preußischen und hannoverschen, ihren Dienst gegen das Reich lieber in dieser Gestalt von Hülfsvölkern leisteten, als in unmittelbarer Verschmelzung mit den Reichscontingenten. Diese besser geübten und gerüsteten Contingente sahen denn auch mit Geringschätzung auf die buntscheckige Schaar herab, die zum Theil aus allem möglichen Gesindel zusammengeworben, schlecht gekleidet und bewaffnet neben ihnen diente; an einen innern Zusammenhalt war bei diesen seltsamen Bestandtheilen nicht zu denken, vielmehr empfand jeder Theil Schadenfreude über das Unglück, das dem andern widerfuhr.

Der Zustand der „Reichsoperationskasse" war natürlich nicht besser als der des Heeres. Es sollten verfassungsmäßig außer den sogenannten Kammerzielern, den regelmäßigen Beiträgen zur Unterhaltung des Kammergerichts, zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse die Römermonate von den einzelnen Reichsständen erhoben werden, deren einer auf ungefähr 50,000 Gulden, etwas mehr als das Drittheil des ursprünglichen Ertrags, veranschlagt war. Statt der früheren Legstätten ward die Stadtkämmerei zu Regensburg mit der Sammlung und Vertheilung beauftragt, wo es denn wohl vorkam, daß durch einen Einbruch ins Rathhaus die ganze Reichskriegskasse gestohlen ward. Der Voranschlag war hier so wenig erreicht, wie bei den Kammer-

*) Pütter, histor. Entwickl. III. 102. Schilderung der jetzigen Reichsarmee in ihrer wahren Gestalt. Köln 1796.

zielern und den Contingenten; davon werden wir unten Gelegenheit haben uns aus der Praxis zu überzeugen.

So waren die Verfassungsformen und Institute beschaffen, auf denen noch die Reichseinheit in ihren unvollkommenen Ueberresten beruhte. Ein Reichsoberhaupt an der Spitze, das in der That weder die gesetzgebende noch die vollziehende Gewalt besaß, das im Gebrauch aller Regierungsrechte eng beschränkt war und an Einkünften vom Reiche nicht mehr zog als ein wohlhabender Privatmann; unter demselben Hunderte von Reichsständen, die nur durch lose Bande unter sich und mit dem Kaiser verknüpft, an Macht und Größe aber unter sich außerordentlich verschieden waren. Könige von europäischer Bedeutung, Kurfürsten und Herzöge, Grafen, Ritter, Reichsstädte und Reichsdörfer in bunter Mannigfaltigkeit neben einander; die Verbindung aller dieser Glieder zu einem Ganzen, wie sie einst im Reichstage bestanden hatte, außerordentlich gelockert und seit der Umgestaltung des Reichstags zu einem diplomatischen Congresse aller der lebendigen Berührung entbehrend, welche das persönliche Zusammenkommen auf den alten Reichstagen noch gegeben hatte. Die alten Formen in eine bedenkliche Erstarrung gerathen, die nur dann einer vorübergehenden Gährung wich, wenn der Streit über Ceremonien die Reichspedanten aus ihrer Unbewegtheit aufschreckte; überall neue Zustände ausgebildet, zu denen die überlieferten Formen, so wie sie waren, nicht mehr passen wollten.

Wohl rühmten diejenigen, die an der Möglichkeit einer friedlichen Reform nicht verzweifelten, daß diese Reichsverfassung noch den Despotismus der Fürsten zügele, wenigstens die minder mächtigen durch Kaiser und Kammergericht in Schranken halte und vor offenen Gewaltthaten schütze; aber wie widersprach dem die fast allenthalben ausgebildete Selbständigkeit unbeschränkter Gewalten, oder wie selten wurde einmal an einem ohnmächtigen Reichsstand ein strafendes Exempel statuirt, und wie langsam war die Reichsjustiz überhaupt, bei der ein Kläger selten ein Urtheil, noch seltener dessen Vollziehung erlebte! Wenn die Freiheit im Ganzen noch besser geschirmt war, als in benachbarten Einheitsstaaten, so war nicht sowohl die Reichsverfassung die Ursache, als die ganze Natur und Entwicklung des deutschen Volkes. Ein Despotismus so uniformer und monotoner Art, wie ihn Ludwig XIV. in Frankreich begründete, war auf deutschem Boden überhaupt nicht möglich; diese Tendenz, das ganze politische, geistige und religiöse Leben eines Volkes von einem Mittelpunkte aus zu bestimmen und wie eine Münze auszuprägen, fand an der Eigenthümlichkeit deutschen Wesens den stärksten Widerstand. Indem wir uns zu keiner Zeit von einer Hauptstadt oder einem Hofe aus unser Leben und unsere Cultur beherrschen ließen, sondern uns in vielfältigen einzelnen Kreisen entwickelten, richteten wir die stärkste Schutzwehr gegen die

Art von einförmigem Despotismus auf, wie sie in Frankreich besonders seit dem siebzehnten Jahrhundert heimisch geworden war. Es mochte bei uns an einzelnen Stellen ein ganz ähnliches Regiment geübt werden, wie es damals von Versailles ausging; aber es konnte nie jene allgemeine Geltung erlangen, die Mannigfaltigkeit war eben die Zuflucht der Freiheit. Wohl mochte die alte Reichsverfassung bisweilen noch die Kraft haben, ein bedrohtes Recht zu wahren, gegen Cabinetsjustiz zu schirmen, auch wohl einen kleinen unverbesserlichen Tyrannen zu züchtigen; aber wie wenig bedeuteten diese seltenen Fälle im Vergleich mit dem natürlichen Schutze, den unsere innerste Natur uns selber gab! Und dieser Natur gemäß uns in bunter Mannigfaltigkeit zu entwickeln, darin störte uns allerdings die Reichsverfassung nur allzu wenig; sie ließ, indem sie in die eigenthümliche Freiheit des Einzellebens wenig eingriff, auch das Unkraut lebensunfähiger Kleinstaaterei in aller Ueppigkeit aufwuchern.

Wie sich in Oesterreich und Preußen ein selbständiges und bedeutendes Staatswesen entwickelte, das in den Rahmen der alten Reichsverfassung nicht mehr paßte, haben wir früher gesehen; aber die Darstellung deutscher Zustände in dieser letzten Lebensperiode des Reiches ist damit noch nicht erschöpft. Neben jenen Großstaaten, deren Stellung fast ebenso sehr eine außerdeutsche, wie eine deutsche war, existirten, von demselben laxen Bande der Föderation umschlungen, eine zahlreiche Masse einzelner Territorien, von ebenso verschiedenem Umfang, wie verschiedenartiger Lebenskraft, theils von reger Beweglichkeit, theils in ähnlicher Erstarrung begriffen, wie die Formen des Reiches selber.

Wir wollen einen Augenblick bei ihnen verweilen.

Fünfter Abschnitt.

Die einzelnen Stände des Reiches.

Mit dem Verfalle der Reichsverfassung hatte seit lange die Ausbildung der Landeshoheit gleichen Schritt gehalten; je mehr die einheitlichen Formen an Kraft verloren, desto unbeschränkter konnte sich die Gewalt der Fürsten in ihren Territorien geltend machen. So war es im achtzehnten Jahrhundert eine ausgemachte Sache, daß wenigstens die größten Reichsfürsten in ihrem Lande thun konnten, was sie wollten, und daß „von dem Bande, worin sie mit Kaiser und Reich stehen,*) wenig oder gar nichts mehr zu beobachten sei." Die Reichsstände zweiten Ranges strebten diesem Beispiele nach Kräften nach, und nicht selten war auch ihr Land und ihre Verbindung mit mächtigeren Höfen so beschaffen, daß man sie in diesem Streben nicht hemmen konnte. So bestand denn höchstens gegenüber den kleinen und schwachen Reichsgliedern eine fortdauernde Einwirkung des Reiches; auf sie übte der Kaiser, der Reichstag, das Reichskammergericht noch eine gewisse Autorität, und sie konnten auch mit den überlieferten Rechten und Verfassungen des Landes und der Unterthanen so leicht nicht fertig werden wie die größeren. Doch war auch bei den Kleinsten Neigung genug vorhanden nach dem gleichen Ziele und unter einem recht unthätigen und sorglosen Reichsoberhaupt stand dem Gelingen nichts im Wege. Im Allgemeinen gab es daher solcher Gebiete nur noch wenige, wo die alten Rechte im Wesentlichen erhalten waren und ein ungestörtes Verhältniß zwischen Regierungen und Regierten bestand; in manchen Territorien hätten die bedrängten Stände und Unterthanen gern Recht gesucht, aber sie unterließen es in der Besorgniß, das Uebel ärger zu machen, „da, wie Moser sagt, die Medicin oft schlimmere Folgen hatte, als die Krankheit selber."

*) S. J. J. Moser, von der Landeshoheit S. 40. 41.

Diese mächtige Entfaltung der landesherrlichen Gewalt in den einzelnen Territorien ist eine geläufige Klage der Publicisten des achtzehnten Jahrhunderts. Selbst der loyale Pütter, indem er den Eifer der besseren Regierungen rühmt, womit sie „Recht und Gerechtigkeit handhabten, Kirchen und Schulen mit tüchtigen Männern besetzten, Wege besserten, über Münze und Polizei wachten und den Nahrungsstand der Unterthanen förderten," klagt doch zugleich, daß einzelne Landesherren mit ihren Ländern und Unterthanen so schalteten, wie ein Gutsherr mit seinem Gute und den dazu gehörigen Leibeigenen, daß sie nur persönliche Neigungen und Leidenschaften befriedigten, ihr Land aussaugten und für nichts Interesse zeigten, als für Jagd- und Soldatenwesen. Drum gebe es auch Länder, wo der Unterthan mit Abgaben und Diensten bis zum Unerträglichen beschwert werde, wo von Herren und Dienern fast Alles für Geld, nichts ohne Geld zu haben sei, wo an Kirchen- und Schulwesen, an Anlegung und Erhaltung von Verkehrsmitteln, an Beförderung der materiellen Wohlfahrt kaum gedacht werde, wo Gerichtswesen, Münze und Polizei sich in der größten Unordnung befänden.

Schon der westfälische Friede hatte die Landeshoheit von den meisten Schranken befreit, welche bis dahin die Ausbildung einer unbedingten Fürstengewalt noch aufgehalten hatten. Es kam dann jene Bestimmung (§. 180) des Reichsabschieds von 1654, worin eine wichtige Stütze der alten Freiheit beseitigt ward. Mit der scheinbar unverfänglichen Verfügung, daß gegen die Executionsordnung des Reiches Klagen bei den Reichsgerichten nicht angebracht werden, die Unterthanen vielmehr schuldig sein sollten, „zur Unterhaltung der nöthigen Festungen und Garnisonen ihren Landesfürsten und Herrschaften mithülflichen Beitrag" zu leisten, war für die landesherrliche Gewalt ein großer Schritt zu ihrer vollen Unabhängigkeit gethan worden. Während die kaiserliche Gewalt verfiel, die Reichsgerichte ihre Geltung verloren, war den Landesherren das Mittel gewährt, eine stehende Militärmacht zu erlangen und damit ihre Selbständigkeit nach oben und unten zu behaupten. Das Beispiel Frankreichs und der von dort ausgehenden Staatsmaximen, die Vorgänge in Oesterreich und Preußen drängten immer weiter auf dieser Bahn. Die Furcht vor dem Kaiser und Reichsgericht war nun kein Damm mehr gegen die neue Souveränetät; daß aber, wie in alter Zeit, etwa die Unterthanen zur Selbsthülfe greifen würden, war bei der Ermattung nach dem dreißigjährigen Kriege nicht zu fürchten, zumal es jetzt zureichende Mittel gab, solche Auflehnungen zu bändigen.

Die Erinnerung an die „alte deutsche Freiheit", wie sie im Volke durch den furchtbaren Bürgerkrieg und die fremde Invasion abgeschwächt ward, verwischte sich noch rascher bei den Dynastien. Das Gedächtniß daran, was die Landesherren einst gewesen und was sie ihrem Lande schuldig waren, schwand in dem Maße, als die französischen Anschauungen des Zeitalters Ludwigs XIV. größeren Eingang fanden. Im achtzehnten Jahrhundert waren selbst die bie-

derſten Fürſten von altem deutſchen Schlage, z. B. Friedrich Wilhelm I. von Preußen, ſo antifranzöſiſch ſie ſonſt dachten, doch von den franzöſiſchen Staatsmaximen über die fürſtliche Gewalt völlig durchdrungen. Dazu kam die überwiegend ſoldatiſche Erziehung, die von Kindheit eingeſogene Gewohnheit, Alles auf militäriſchem Fuße zu behandeln, die ſteigende Einbildung von der angeborenen Würde und das Beſtreben, ihr einen glänzenderen äußern Ausdruck zu geben — Alles Dinge, die ſich mit der alten beſchränkteren Form des Regiments nicht vertrugen und die alten Rechte und ſtändiſchen Befugniſſe nur als läſtige Feſſeln erſcheinen ließen. Die Strömung der Zeit kam aber in ganz Europa dem fürſtlichen Souveränetätsgelüſte zu Hülfe, ſie unterſtützte nirgends die Erhaltung der ſtändiſchen Rechte.

So kam der alte Satz: „der Reichsſtand vermöge ſo viel in ſeinem Lande, wie der Kaiſer im ganzen Reiche," völlig außer Geltung; vielmehr ward die Kluft zwiſchen beiden immer größer, indem man auf landesherrlicher Seite ſeine Gerechtſame ebenſo rührig und erfolgreich ausdehnte, als dieſelben auf Seiten des Kaiſers immer mehr verkürzt wurden.

Der Gegenſatz der alten Fürſtengewalt zu der neuen ſpricht ſich denn auch in der politiſchen Literatur des achtzehnten Jahrhunderts bezeichnend genug aus. Es gab eine Schule von Publiciſten — die „Ober- und Kerzenmeiſter der Souveränetätsmacherzunft" nennt ſie J. J. Moſer*) — welche die officiellen Anſichten von der Souveränetät der Landesherren in Syſteme brachten und als das ächte deutſche Staatsrecht verkündigten. Ihnen gegenüber erinnerten die Moſer und ſelbſt Pütter daran, daß die Landeshoheit nicht nur nach den Reichsgrundgeſetzen und Landesſatzungen der alten Zeit, ſondern ſelbſt noch nach einzelnen Beſtimmungen des weſtfäliſchen Friedens eine eingeſchränkte ſei und in Anſehung der Appellationen, Zölle, Steuern, Münzen, des Reformationsrechts u. ſ. w. durchaus nicht als ſouverän gelten könne. Aber daß der Zuſtand, wie er war, von dieſen älteren Ueberlieferungen weit verſchieden ſei, ſtellten auch ſie nicht in Abrede. „Die Souveränetätsbegierde, klagt J. J. Moſer,**) bemeiſtert ſich immer mehr der fürſtlichen Höfe; man hält Soldaten ſo viel man will, man ſchreibt Steuern aus ſo viel man will, legt Accis und andere Impoſten auf, kurz man thut was man will, läßt die Landſtände und Unterthanen, wann es noch gut geht, darüber ſchreien oder macht ihnen, wenn ſie nicht Alles, was man haben will, ohne Widerſpruch thun, auch die nöthigſten und glimpflichſten Vorſtellungen zu lauter Verbrechen, Ungehorſam und Rebellion."

Allerdings boten die alten Landſtände gegen die neue Staatsgewalt keine Schutzwehr; allenthalben hatten die landesherrlichen Autoritäten ſicheren Boden gewonnen, ſich gewiſſe feſte Abgaben geſichert, auch wohl neue Steuern, ſo-

*) Von der Landeshoheit S. 256.

**) A. a. O. 252. 253.

gar solche, welche den Landständen in der Regel am verhaßtesten waren, wie die Consumtionssteuern, erhoben, und obwohl es noch immer Rechtens war, daß dazu die Genehmigung der Landschaft erforderlich sei, so geschah es dennoch auch ohne diese. Entweder waren die alten Landstände ganz verschwunden und ihre Einberufung ruhte, wie in den meisten Gebieten der österreichischen und preußischen Staaten, oder sie bestanden noch fort (wie in Kursachsen, Baiern u. s. w.), aber nur ihre Harmlosigkeit fristete ihnen noch ihr Dasein, oder sie suchten zwar ihre Gerechtsame nach alter Weise zu behaupten (wie in Würtemberg, Mecklenburg), allein die seltenen Fälle, wo ihnen dies gelang, kamen nicht in Anschlag gegenüber den vielen, wo sich die Excesse der Gewalt durch ihren Widerstand nur steigerten.

Diese letzteren sind es, die vorzugsweise einem freimüthigen und gewissenhaften Manne der alten Zeit, wie J. J. Moser, so bittere Klagen abzwingen. Aus eignen Erfahrungen schildert er uns,*) wie vergeblich alle Vorstellungen waren, wie die alten Mißbräuche blieben, man die ständischen Beschwerden verschleppte, zu den Acten legte und wohl auch auf wiederholtes Anrufen Verweise ertheilte, „daß man den Herrn so oft und zur Unzeit incommodire." ... „Noch glimpflicher, fügt er hinzu, und dennoch kein Haar besser ist es, wenn der Landesherr eine Antwort ertheilt, selbige auch wohl lauter Honig und süße Worte im Munde führet und doch am Ende auf ein pur lauteres Nichts hinausläuft. Der in landschaftlichen Sachen Erfahrung hat, kann leicht ein ganzes Lexicon von solchen Resolutionen, Redensarten, Touren, Versicherungen, Canzleitrösten, dilatorischen Antworten u. s. w. zusammentragen; davon man aber hier nur aus dem Grunde abstrahiret, damit nicht ein oder der andere Hof, an welchem die Ausstudirung neuer dergleichen Formeln ein Stück der wichtigsten Staatsgeschäfte ist, meinen möchte, man habe ihn damit abschildern wollen."

Daß dies ständische Wesen so geräuschlos vor dem neuen Regiment zusammenbrach, lag indessen keineswegs nur an der Macht und Gewaltthätigkeit der Fürsten, sondern das ständische Wesen selber hatte sich überlebt. Indem es nur die Sonderinteressen der Einzelnen und der Körperschaften vertrat, beraubte es sich des populären Rückhalts, auf den sich eben der neue Absolutismus wesentlich mit stützte. Indem es überall die mittelalterlichen Sondergewalten eigensinnig festhalten wollte, widerstrebte es einer Einheit des Regiments, die keineswegs nur eine despotische Laune, sondern eine Wohlthat und Nothwendigkeit für die Gesammtheit war. Die alten Landstände waren es nicht, welche der feudalen Ueberbürdung der Unterthanen, welche der Leibeigenschaft, der nun ganz sinnlos gewordenen Steuerfreiheit zu Leibe gingen, das thaten nur die Fürsten. Dort, wo der neue Absolutismus in seiner ge-

*) S. Moser, von der deutschen Reichsstände Landen, deren Landständen u. s. w. 1769. S. 1311. 1313.

sündesten und uneigennützigsten Gestalt auftrat, gründete er die Einheit der Staatsgewalt, schuf Ordnung, brachte einen gewissen wenn auch beschränkten Rechtsschutz für Alle zur Geltung, steigerte die Hülfsquellen des Staates, hob den Wohlstand der Bürger und Bauern, weckte in ihnen wieder das Gefühl ihres Werthes, gab dem Staate eine tüchtige militärische Rüstung, förderte die Volkserziehung und die Wissenschaft — Alles Wohlthaten, welche die Fortdauer der alten Formen den gedrückten Bevölkerungen nimmer hätte gewähren können.

Es ist keine Frage, daß dieses neue Regiment in Deutschland mit sehr verschiedenem Glück und Geschick gehandhabt ward. An einzelnen Stellen behauptete noch das französische Wesen seinen alten Einfluß; verschwenderische Hofhaltungen, kostspielige Liebhabereien, Maitressenthum und Soldatenspiel saugten noch den Wohlstand der Länder auf, und obwohl auch da meistens ein regerer Trieb des Schaffens und Reformirens geweckt war, herrschten doch noch die Versailler Muster im Ganzen vor. In andern Ländern war man geschickter, die Härten und Gewaltthätigkeiten der neuen Regierungsweise nachzuahmen, als deren wohlthätige Wirkungen zu erzielen. Wie verschieden war nicht vom Regiment des großen Königs in Preußen die bunte Wirthschaft, die dicht daneben in Sachsen getrieben ward, wie wichen die Regierungen von Kurpfalz und Hessencassel von dem Muster ab, das Friedrich II. aufstellte, und wie arg trieb es manche der kleineren Regierungen, z. B. die würtembergische, im Vergleich mit dem väterlich milden Regiment, das in Braunschweig, Baden, Weimar geübt ward! Aber unleugbar war es doch, daß die neue Staatsanschauung Friedrichs II., die sich in das bekannte Wort: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk" fassen ließ, eine ganz andere Generation von Fürsten großgezogen hatte, als sie unter den Eindrücken des „l'état c'est moi" zu Ende des siebzehnten und am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts aufgewachsen waren. Es war ein Bewußtsein der Pflicht, ein Gefühl der Würde und der segensreichen Bedeutung des fürstlichen Regiments in die regierenden Geschlechter eingedrungen, wie es so frisch und thatkräftig weder vorher noch nachher sich kund gegeben hat. Blieb auch Friedrich selber unerreicht, so hatte doch das deutsche Fürstenthum seit lange nicht eine solche Reihe würdiger persönlicher Vertreter gehabt, wie damals; an Maria Theresia und an Joseph II., an Carl August von Weimar, Carl Friedrich von Baden, Max Joseph III. von Baiern, Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, dann an einzelnen Persönlichkeiten aus der Reihe der geistlichen Fürsten in Cöln-Münster, Mainz, Würzburg-Bamberg läßt sich am besten erkennen, welch eine treffliche Schule aus der neuen Ansicht eines wohlwollenden, humanen und uneigennützigen Fürstenregiments im vorigen Jahrhundert erwachsen war. Wohl waren die herrschenden Maximen nicht frei von Einseitigkeit und doctrinärer Despotie; sie verleiteten gern zum Systematisiren und Experimentiren, aber gleichwohl bleibt dieser Abschnitt das rühmlichste Blatt,

das die ganze neuere Geschichte des deutschen Fürstenthums aufzuweisen hat. Die Humanität und Duldung war in das ganze Regiment eingedrungen; überall machte sich eine gesündere und freiere Auffassung der menschlichen Dinge, ein lebendiger Sinn für die Interessen des Volkes und ein Trieb der Thätigkeit und Bewegung geltend, dessen Wirkung selbst in den am meisten erstarrten Gebieten des großen deutschen Landes allmälig fühlbar ward. Es wurde seit Friedrich II. guter Ton an den Höfen, den Aufwand zu beschränken, Wissenschaft und Kunst zu schützen, religiöse Duldung zu handhaben und die neuen Ansichten vom Volkswohle als die herrschenden Staatsmaximen anzunehmen.

Nicht überall ward dabei die Eigenthümlichkeit deutschen Wesens mit dem richtigen Tacte geschützt; die Klage war gegründet, daß man zu viele Dinge unter eine Regel bringen und lieber der Natur ihren Reichthum benehmen, als das herrschende System ändern wolle. Nicht mit Unrecht klagte Justus Möser, daß man die Staatsverfassung auf einige allgemeine Gesetze zurückbringen wolle; „sie soll, sagt er,*) die unmannigfaltige Schönheit eines französischen Schauspiels annehmen, und sich wenigstens im Prospect, im Grundriß und im Durchschnitt auf einen Bogen Papier vollkommen abzeichnen lassen, damit die Herren beim Departement mit Hülfe eines kleinen Maßstabs alle Größen und Höhen sofort berechnen können."

Dessenungeachtet ward ein großes Resultat erreicht: die alte Starrheit gerieth in lebendigen Fluß, der Bann eines dumpfen und schwerfälligen Lebens, die schlimmste Erbschaft der Vergangenheit, war gebrochen und eine Fülle von frischen Lebenskräften geweckt, deren Selbstthätigkeit einen neuen Aufschwung des deutschen Volkslebens vorbereitete.

Aber es wurden auch Bedürfnisse eines staatlichen und bürgerlichen Lebens wach, die bisher zum größten Theil geschlummert hatten; sie zu befriedigen waren eine große Menge kleiner Gebiete ihrer Natur nach außer Stande. Die zahlreichen geistlichen Territorien, die kleinen Grafschaften, die ritterschaftlichen Gebiete, die Reichsstädte waren seit geraumer Zeit ebenso wenig wie die Reichsverfassung dazu angethan, den staatlichen und gesellschaftlichen Geboten des Jahrhunderts zu genügen. Je stärker solche Forderungen sich der Gemüther bemächtigten, um so mehr mußte die ganze Existenz jener winzigen Staatengruppen als eine Anomalie erscheinen. Ihr innerer Zustand war zum Theil nicht schlimmer, als in den vorangegangenen Zeiten, aber es war ein Umschwung in der politischen Gesellschaft eingetreten, dessen ganze Ungunst auf sie fallen mußte.

Wir wollen versuchen, die Lage dieser kleineren Territorien zu veranschaulichen.

---

*) J. Mosers Werke, herausg. von Abeken. II. 21. 26.

Die geiſtlichen Staaten waren eine Eigenthümlichkeit des heil. römiſchen Reiches; ihre Häupter repräſentirten noch die mittelalterliche Vermiſchung deutſchen Staatsweſens mit der römiſchen Kirche. Drei geiſtliche Kurfürſtenthümer, ein Erzbisthum (Salzburg), eine Reihe theils altangeſehener, theils noch immer durch Reichthum und Umfang hervorragender Hochſtifter, wie Würzburg, Bamberg, Münſter, Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Lüttich, Worms, Speyer, Straßburg, Baſel, Conſtanz, Augsburg, Fulda, Freiſingen, Regensburg, Paſſau, Eichſtädt, dann eine anſehnliche Reihe von reichsunmittelbaren Abteien und endlich die beiden Orden der Johanniter und der Deutſchherren — das waren die immer noch nicht unbeträchtlichen Ueberreſte des geiſtlichen Staatenthums, welche die Reformation überdauert hatten. Aber die alte Bedeutung war auch für dieſe verloren gegangen, ſeit die katholiſche Einheit der abendländiſchen Welt durchbrochen und die ganze politiſch-kirchliche Gliederung des Mittelalters erſchüttert war. Die Zeit war ohnedies längſt vorüber, wo, gegenüber der ſtreng ariſtokratiſchen Ordnung mittelalterlicher Stände, die kirchlichen Stifter die einzige Zuflucht waren für den begabten, aber unbemittelten Theil der untern Volksklaſſen, wo Talente ohne Stammbaum und ohne Vermögen durch die kirchliche Laufbahn allein zu einer hohen geſellſchaftlichen Stellung gelangen, ja, wie Peter Aichſpalter, zu Fürſten und Kurfürſten des h. Reichs, zu leitenden Rathgebern der Kaiſer und Herren der Welt ſich emporſchwingen konnten. Dieſe demokratiſche und volksthümliche Bedeutung hatten die kirchlichen Stifter ebenſo verloren, wie ſie die apoſtoliſche Einfachheit des Hirtenamtes früherer Jahrhunderte abgelegt hatten. Sie waren *Fürſtenthümer* geworden, Fürſtenthümer mit den meiſten Schattenſeiten weltlicher Staaten, ohne doch ihrer Natur und ihrem Umfange nach die Vorzüge dieſer letzteren ſich aneignen zu können.

Die populäre Stellung der alten Zeit hatten ſie daher eingebüßt und erſchienen nur noch mit dem Intereſſe *eines* Standes im Reiche innig und unmittelbar verflochten. Denn ſie waren jetzt vorzugsweiſe eine Zufluchtsſtätte, die den deutſchen Adel verſorgte; die Domcapitel namentlich erſchienen wie große, opulente Pfründnerhäuſer für die jüngeren Söhne der adeligen Familien. Es galt für eine ausgemachte Sache, daß ein herabgekommenes Herrenhaus, wenn es auch nur nach mehreren Generationen einmal dazu kam, eine Domherrenſtelle oder gar einen geiſtlichen Fürſtenhut zu erlangen, dadurch in den Stand geſetzt ward, ſeinen unvermeidlichen ökonomiſchen Verfall wenigſtens auf eine Zeitlang noch abzuhalten. Was hier von Einzelnen galt, das konnte man mit Fug und Recht vom reichsmittelbaren Adel im Ganzen behaupten. So lange die Kirchenſtifter dazu verwandt wurden, die jüngeren Söhne der verarmten Freiherren und Grafen zu unterhalten, ſo lange friſtete der Reichsadel überhaupt noch ſeine Exiſtenz; andrerſeits mußte die Auflöſung und Säculariſirung der geiſtlichen Stifter den Ruin des Adels als unmittelbarſte Folge nach ſich ziehen.

Was aber die geiſtlichen Staaten dem Adel ſo ſchätzbar machte, das trug gerade nicht dazu bei, ſie in den Augen der Anderen als unentbehrlich erſcheinen zu laſſen. Man hielt es für ein arges Vorrecht der jüngeren Herren von der Ariſtokratie: ohne Arbeit und Verdienſt einem bequemen, oft verſchwenderiſchen Müßiggange zu leben. Man wollte nicht einſehen, warum gerade dieſer Adel, der allerdings nur ſelten reſpectable Proben von hervorragender Tüchtigkeit an Geiſt und Sitte lieferte, ein ſolches Privilegium behielt; man ſpottete über die bald rohe und ungeſchlachte Art der Junker im geiſtlichen Gewand, bald über ihre franzöſirte, weltmänniſch-frivole Sitte und Art, zu welcher der geiſtliche Beruf in ſeltſamem Gegenſatze ſtand.

Wie es immer ein Nachtheil für ein politiſches Inſtitut iſt, wenn es nur einem einzelnen Bruchtheile der Geſellſchaft dient, ſo haben auch die geiſtlichen Staaten des alten Reiches immer mehr die Laſt dieſer Ungunſt empfinden müſſen. Ihr Verhältniß wäre z. B. ein ganz anderes geweſen, wenn ſie, nachdem die mittelalterliche Bedeutung einmal verloren war, es wenigſtens verſtanden hätten, durch hervorragende Talente aus dem Volke die alternden Corporationen zu verjüngen. Statt die peinlichen Ahnenproben anzuſtellen, wäre es den Domcapiteln viel förderlicher geworden, wenn ſie einen friſchen Zuſatz demokratiſchen Blutes ſich beigelegt hätten. Talente ohne Ahnen konnten ihnen nur nützlich ſein, während der Ruf, adelige Verſorgungsanſtalten zu ſein, ihren Credit und ihre Popularität untergrub.

Der bedeutungsvollſte Körper dieſer geiſtlichen Fürſtenthümer war eben das Domcapitel; es ſtand dem geiſtlichen Fürſten ſelber wie ein Senat zur Seite. Aus der Wahl der Domherren ging das Oberhaupt ſelbſt hervor und ſie haben natürlich nicht verſäumt, dies Recht in ihrem eigenen Intereſſe auszubeuten. Das Domcapitel hatte ſeine Beſitzthümer, ſeinen Antheil an den Regierungsrechten, eine gewiſſe controlirende Macht gegenüber dem geiſtlichen Landesherrn ſelber, und wie im Großen die Fürſten gegenüber dem Kaiſer jede neue Wahl zur Erlangung neuer Conceſſionen in der Wahlcapitulation benutzten, ſo ähnlich im Kleinen die Mitglieder des Capitels gegenüber dem erwählten Oberhaupt. An ſich ſchon hatte eine Körperſchaft, die ſich ſelber ergänzte und dadurch eine ununterbrochene Stetigkeit bewahrte, eine natürliche Bedeutung, die den geiſtlichen Fürſten in engen Schranken hielt.

So war denn aus den geiſtlichen Staaten faſt allein der ſtraffe fürſtliche Abſolutismus ferngehalten worden; die Herren vom Domcapitel bildeten ein Gegengewicht gegen die monarchiſche Autorität, das viel mehr bedeutete, als die hie und da noch vegetirenden landſtändiſchen Körperſchaften. Aber man würde ſich gleichwohl irren, wenn man daraus auf eine beſonders gedeihliche Entwicklung der Freiheit oder eines feſten Rechtszuſtandes ſchließen wollte. Die Capitel rekrutirten ſich aus einer Anzahl adeliger Familien, zum Theil ſolchen, die dem Lande wie ſeinen Intereſſen fremd und fern waren. Was alſo hinter ihnen ſtand, war nicht etwa die gewichtige und zahlreiche Ariſtokratie des

Landes, ſondern eine Coterie von Familien, die in der Regel an dem Stift kein anderes Intereſſe hatte, als es für ihre Angehörigen auszubeuten. Das Streben des Capitels ging darum auch viel ſeltener darauf aus, den Vortheil des Landes und des Stiftes, als den eigenen, zu verfolgen; ſein Gegenſatz zum Landesherrn drehte ſich in der Regel um Conflicte, die ſolchen Intereſſen entſprangen, und nur allzuhäufig hatten die gewöhnlichen Streitigkeiten zwiſchen Biſchof und Capitel keine andere Wurzel als die beiderſeitige Rivalität, ſich die Einkünfte des Stiftes nach Kräften nutzbar zu machen. Ein tüchtiger und rühriger Fürſt fand bei ſeinem Beſtreben nach Reformen und Erleichterungen am Domcapitel nicht ſelten den zäheſten Widerſtand; ein eigenſüchtiger gerieth mit ihm in Hader über die beiderſeitigen Vorrechte und Vortheile.*) Für das Erſtere können die ehrwürdigſten geiſtlichen Fürſten des vorigen Jahrhunderts, z. B. Franz Ludwig von Erthal, als Beiſpiel dienen; das Andere läßt ſich durch zahlreiche Streitigkeiten und Proceſſe zum Theil ſehr ärgerlicher Art belegen.

Es leuchtet ein, welches der eigentliche wunde Fleck dieſer geiſtlichen Staaten war. Sie litten nicht unter dem Drucke der Abgaben, womit der hohe Militärſtand die Bevölkerungen der weltlichen Gebiete heimſuchte; der Militäretat in den geiſtlichen Landen war in der Regel unbedeutend. Sie hatten keine Maitreſſenregierungen, denn obwohl die Sitten der geiſtlichen Herren oft weltlich genug waren, iſt doch auch kaum im ganzen achtzehnten Jahrhundert ein geiſtlicher Staat zu finden, wo die Staatsregierung ſo herabgewürdigt war, wie es in Sachſen unter Auguſt dem Starken, in Würtemberg unter Eberhard Ludwig, in Pfalz-Zweibrücken unter Herzog Carl der Fall war — anderer Beiſpiele nicht zu gedenken. Aber die Regierung ſtand meiſtens außer innerer Verbindung mit dem bleibenden Intereſſe des Landes; der Fürſt war zu ſehr verſucht, nur für ſich zu ſorgen, das Domcapitel zu ſehr darauf angewieſen, eben nur den Vortheil der intereſſirten Familien wahrzunehmen. Was es hieß, einem Fürſten preisgegeben zu ſein, der ohne jede innere Verknüpfung das Land nur als brauchbares Mittel für außerhalb liegende Zwecke betrachtete, das hat z. B. im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts das Treiben des Kurfürſten Joſeph Clemens in Cöln zum bitteren Nachtheil des Landes und Stiftes bewieſen. Was eine geiſtliche Ariſtokratie, die im Lande nicht geboren und anſäſſig, oft auch nicht einmal da wohnhaft war, ſondern nur deſſen Einkünfte zog, dem Gedeihen des Landes ſelber zutrug, dafür waren die Belege allerwärts zu finden. Hier drängte nicht, wie in den weltlichen Staaten, die Sorge um Dynaſtie und Nachkommenſchaft darauf hin, die Hülfsquellen des Landes ſorgfältig zu pflegen, die Laſten des Volkes zu erleichtern, den Druck der Ariſtokratie und Feudalität zu mildern, die Kräfte des Bürgers und Bauers zu heben, einen geordneten und ſparſamen Haus-

*) S. darüber Perthes, deutſches Staatsleben S. 107 ff.

halt herzustellen; vielmehr war die Erhaltung der aristokratischen Mißbräuche, das Verharren im alten Wuste hier durch die Zusammensetzung der herrschenden Klasse von selber begünstigt.

Nun war es seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts Brauch geworden, jüngere Prinzen aus mächtigen deutschen Fürstenhäusern zu einzelnen Kurwürden zu erheben und den Glanz ihrer Stellung dadurch zu steigern, daß man eine Reihe solcher Stifter auf einen Einzigen zusammenhäufte. Das war z. B. dem baierischen Fürstenstamme mit dem Kurfürstenthume Cöln lange Zeit gelungen, und einer aus dem Hause, Clemens August, war nicht nur Erzbischof von Cöln (1724—1761), sondern zugleich Fürstbischof von Münster, Osnabrück, Paderborn und Hildesheim, auch Hoch- und Deutschmeister. Es gab das den Stiftern eine äußerlich glänzende Stellung, aber meistens um einen hohen Preis. In der Regel waren die Lasten, die solch ein hochgeborner Fürst dem Bisthum auferlegte, größer, sein Interesse für das Wohlergehen des ihm untergebenen Landes geringer. Er war mit den dynastischen Interessen seines Hauses verflochten, wurde durch sie in Allianzen und Kriege verwickelt, deren Last das Land tragen mußte, vernachlässigte dann wohl die Verwaltung des Landes, in dem er sich selber wie ein Fremdling erschien, und suchte, gestützt auf seine mächtige Verwandtschaft und Verbindungen, die etwa noch bestehenden ständischen Schranken gewaltsam wegzuräumen. Die Regierung des Kurfürsten Joseph Clemens war in dieser Hinsicht ein warnendes Exempel gewesen. Die Wiederkehr ähnlicher Zeiten abzuwenden, tauchte noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in einem Hochstifte der Vorschlag auf*), durch ein förmliches Statut sich darüber zu vereinigen, daß nie ein Oberhaupt aus den größeren Fürstenhäusern, sondern stets aus dem alten deutschen Adel gewählt werden sollte. Aber die Erfahrung zeigte, daß auch der Adel zum Theil dem Stifte fremd war, zahlreiche Pfründen auf einem Haupte zu vereinigen suchte und den Ertrag dieser Pfründen bald da bald dort verzehrte. Unter allen Umständen wurde jedoch durch dieses Verhältniß die Wahl selber der Spielraum für auswärtige Intriguen. Ward z. B. in einem der bedeutenderen Stifter ein Prinz aus einem der größeren Fürstenhäuser als Candidat genannt, so waren natürlich alle widerstreitenden dynastischen und politischen Interessen herausgefordert, dagegen zu agiren; selbst protestantische Mächte, wie Preußen, mischten sich dann auf's angelegentlichste in die Wahl eines Erzstiftes, wenn etwa die Ernennung eines österreichischen Prinzen bevorstand.

Es ist einleuchtend, daß bei solchen von außen hereinwirkenden Interessen der Vortheil des Landes nur eine untergeordnete Rolle einnahm. Hatte doch der Gewählte in der Regel die unterlegene Minderheit zu Gegnern, vielleicht zu Nachfolgern; wie unsicher war Alles, was er von selbständigen Werken

*) Dohm, Denkwürdigk. I. 364.

begann! Nur ſelten traf es ſich, daß die gewählten Regierungen eine lange Zeit ausfüllten;*) in der Regel war den geiſtlichen Regenten eine kurze Friſt gegönnt, die ihnen kaum Zeit ließ, raſch und flüchtig aufzubauen, was die nächſtfolgende Regierung meiſtens wieder zuſammenriß. Denn die neue Regierung ſtand häufig im vollſten Gegenſatze zu den vorangegangenen und begann darum mit der ungeduldigen Zerſtörung der Werke des Vorgängers. Welch ergiebiges Feld für die geiſtliche Neigung zur Intrigue, aber auch welch ein Zuſtand allgemeiner Unſicherheit, wenn gleichſam jede Regierung nur wie eine Uebergangszeit erſchien und von der Ungeduld der lauernden und hoffenden Erben bereits umringt war!

Unter ſolchen Umſtänden war es das Natürlichſte, daß bei den meiſten geiſtlichen Regierungen der Reformeifer nicht allzugroß war; man war ſich der Unſicherheit zu ſehr bewußt. Es ſchien räthlicher, ſo lange die Gewalt dauerte, den Ertrag des Staates auszubeuten und zu genießen, als politiſche Neugeſtaltungen zu unternehmen, deren Dauer doch nur ephemer war. Die geiſtlichen Staaten waren deßhalb diejenigen, welche ſich der neuen Staatsanſicht, wie ſie ſonſt das Jahrhundert faſt allerwärts zur Geltung brachte, am längſten verſchloſſen. In ihnen war am wenigſten geſchehen, die Ungleichheiten der Feudalität zu mildern; hier ſtand, zum Theil noch in ſcharfem Gegenſatze, einem verſchwenderiſchen und ſchwelgenden Stiftsadel und einem ſorgloſen Beamtenthum ein gedrückter Bauernſtand und ein Bürgerthum ohne Nerv und Aufſchwung gegenüber. Hier war noch am wenigſten gethan worden, eine wohlgeordnete Verwaltung, eine raſche und unbeſtochene Juſtiz herzuſtellen, die Kräfte des Landes und Volkes zur Selbſtthätigkeit anzuſpornen. Drum hatte auch die Bevölkerung in den geiſtlichen Landen eine ganz andere Phyſiognomie als in den beſſer regierten weltlichen Gebieten. Man genoß ſorglos den reichen Ertrag, den die üppige Natur der geiſtlichen Territorien ohne beſondere Opfer und Arbeit gab; es war hier nicht der menſchliche Fleiß, der die Natur bezwang, ſondern die Verſchwendung der Natur nährte die träge Sorgloſigkeit. Die Feſſeln wegzunehmen, die auf der Arbeit laſteten, und die Arbeitskräfte zur höchſten Thätigkeit anzuregen, widerſprach der geiſtlichen Politik durchaus; man gewöhnte das Volk vom Vorhandenen zu zehren, aber auch in den hergebrachten Geleiſen zu verharren. Das Beiſpiel der zahlreichen Geiſtlichen, die müßig gingen, war an ſich nicht ermuthigend für den Fleiß des Volkes; es verſtand ſich zudem in geiſtlichen Landen von ſelbſt, daß eine große Zahl von Menſchen theils durch Stellen und Sinecuren, theils durch Wohlthätigkeitsanſtalten und Almoſen unterhalten ward, und die menſch-

*) Im Stift Würzburg z. B. ſind vom Anfang des achtzehnten Jahrhunderts bis zum letzten Fürſtbiſchof neun verſchiedene Regenten aufzuzählen, in Bamberg in derſelben Zeit ſieben. Von den Erzſtiftern hatten Kurmainz und Kurtrier im Laufe des Jahrhunderts jedes ſechs verſchiedene Regenten.

liche Trägheit gewöhnte sich leicht an den Gedanken, daß dies in der Ordnung sei. Elend und äußerste Noth trat darum in den geistlichen Landen selten ein, davor schützte der Reichthum der Natur selbst, aber Armuth war genug vorhanden, und was schlimmer war, es fehlte auch jener aufstrebende Wohlstand und jenes Ehrgefühl der Arbeit, wie es in Gebieten von viel kargerer Begabung heimisch war. Die geistlichen Lande waren dafür das Paradies geistlich-contemplativen Müßigganges und hochadeligen Nichtsthuns, die rechte Heimathsstätte der Protection, der Sinecuren, der Vetterschaften und des großen und kleinen Bettels. Namentlich das Beispiel der mönchischen Trägheit mußte von unwiderstehlicher Macht sein; denn es schützte dagegen weder die angeborne Art eines rührigen und begabten Volksstammes, noch die Ueberlieferung früheren Glanzes, der durch Arbeit erworben war.

Die geistlichen Gebiete hielten sich darum auch so lange wie möglich abgesperrt von der Berührung mit andern Einflüssen; ein sicherer Instinct leitete sie z. B., selbst das kleinste Eindringen protestantischer Elemente nach Kräften abzuwehren und dabei die alte mönchische Art des Schulunterrichts zu erhalten. Oder während man in den größeren weltlichen Territorien aus Staatsraison tolerant geworden war, kam es in einem geistlichen Erzstifte noch im achtzehnten Jahrhundert vor, daß man die paar protestantischen Gemeinden mit grausamer Härte ins Elend stieß; und während man dort Flüchtige aufnahm, neue Zweige der Industrie und des Handwerkes mit Opfern hereinzog, war man in den geistlichen Territorien bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts eifrig darauf bedacht, sich diese gefährlichen Elemente fern zu halten. Indeß man anderwärts bemüht war, alle vorhandenen Hülfsquellen in Umlauf zu setzen, Ackerbau, Industrie und Handel dadurch zu heben, wurden hier die reichen Einkünfte des Landes in Ueppigkeit — zum Theil außerhalb des Landes selbst — genossen und blieben der Arbeit der Bevölkerung entzogen. Bei dieser Staatskunst gelangte man freilich nicht dazu, in sandigen und versumpften Gegenden allmälig eine fleißige und wohlhabende Bevölkerung großzuziehen, wohl aber rechnete man auf tausend Menschen, die in geistlichen Landen die Quadratmeile bewohnten, 50 Geistliche und 260 Bettler!*)

Wir begreifen die Klage derer, welche sich nicht darüber trösten wollen, daß diese „gute alte Zeit" entschwunden ist. Allerdings war der Hofhalt und das Leben der herrschenden Classe nirgends üppiger als an den geistlichen Höfen, der Reichsadel niemals bequemer versorgt als in diesen Stiftern, aber gewiß war auch das Wesen dieser geistlichen Staaten zu keiner Zeit dem nationalen wie dem kirchlichen Zwecke ihrer Gründung fremder geworden, als damals. Die Ueberzeugung, daß dem so sei, hatte sich der Zeitgenossen viel

*) Angabe bei Perthes S. 116.

zu lebhaft bemächtigt, als daß dieſe geiſtlichen Gebiete die nächſte politiſche Erſchütterung hätten überdauern können.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ſchien das Bewußtſein davon auch über die geiſtlichen Fürſten ſelber zu kommen. Denn es bricht ſich allmälig auch in den Stiftern die neue Politik Bahn; man fängt an im Stile der Zeit zu reformiren, ein thätiges und tolerantes Regiment verdrängt vielfach das alte Weſen, und jener aufgeklärte Abſolutismus, der die Mehrzahl der größeren weltlichen Territorien ergriff, drang auch in die geiſtlichen Gebiete ein. Seit langer Zeit hatte man ſo achtungswerthe und tüchtige geiſtliche Fürſten nicht geſehen, wie gerade in den letzten Jahrzehnten vor der franzöſiſchen Revolution; aber ſie konnten die Gefahr nicht beſchwören, welche ihre Staaten bedrohte. Ihre Reformen kamen zu ſpät, um eine friedliche Umgeſtaltung vorzubereiten, ſie kamen aber noch früh genug, um die alten Ordnungen vollends zu zerrütten und die gefürchtete Kriſis zu beſchleunigen.

In den Stiftern am Niederrhein und in Weſtfalen machte ſich dieſe neue Richtung zum Theil mit beſonderer Rührigkeit geltend. In Kurcöln zwar hatte ſich bis über die Mitte des Jahrhunderts das alte Weſen in ſeinem vollen Glanze behauptet. Jener bairiſche Prinz Clemens Auguſt (1724—1761), der mit der cölner Kurwürde die ſämmtlichen weſtfäliſchen Stifter vereinigte, war noch ein ächter Repräſentant des alten, ſtolzen Kirchenfürſtenthums. Hier beſtand noch eine vornehme und glänzende Hofhaltung, ein bis zur Verſchwendung freigebiges Regiment, deſſen Härten und Druck übrigens die milde, wohlwollende Perſönlichkeit des Kurfürſten vielfach milderte; hier entſtanden Schlöſſer und Prachtbauten, hier wurde die Kunſt in königlicher Weiſe unterſtützt, hier ward mit freigebiger Hand Allen gegeben, ſo lange die Mittel zureichten.*) Doch wandte ſich der freigebige Sinn des Fürſten auch unmittelbar nützlichen Zwecken zu; die Straßen im Lande wurden verbeſſert, den ärmeren Claſſen Beſchäftigung gegeben, dem Schulweſen eine größere Sorge als bisher gewidmet. Kein Wunder indeſſen, wenn der Nachfolger Max Friedrich (1761—1784), aus dem Geſchlechte der Königsegg-Rothenfels, bei beſchränkteren Mitteln ſuchen mußte, die vornehme Wirthſchaft des Vorgängers vielfach zu beſchränken, und wenn er denn dadurch das Mißvergnügen aller Derer herausforderte, denen ein geiſtliches Regiment, wie es Clemens Auguſt geführt, als das rechte Ideal kurfürſtlicher Verwaltung erſchien. Unter ihm ſind denn auch ſchon die Anfänge einer Politik zu ſpüren, in denen man die Rückwirkung von Friedrichs und Joſephs Zeit erkennt. Es werden Gelehrtenſchulen errichtet, eine Akademie gegründet, das Volks-

*) S. v. Mering, Geſchichte der Burgen, Rittergüter u. ſ. w. in den Rheinlanden. 6. Heft. 1842. Deſſelben, Clemens Auguſt, Herzog von Baiern, Kurfürſt und Erzbiſchof zu Cöln. Cöln 1851.

ſchulweſen gefördert und — was am übelſten vermerkt ward von den Anhängern des Alten — ein Beitrag dazu von den Klöſtern gefordert. Der Kurfürſt ſuchte zudem die Rechtspflege zu verbeſſern, verminderte die Ueberzahl der Feiertage und nahm in dem Erziehungsweſen des Clerus die erſten Veränderungen vor. Dieſe joſephiniſchen Anwandlungen erhielten eine natürliche Stütze an dem Nachfolger, dem letzten Kurfürſten Maximilian Franz, dem Bruder Joſephs II., der unter den Eindrücken der brüderlichen Politik aufgewachſen und vielfach von ihr beſtimmt war.

Viel ausgeprägter machte ſich die neue Politik im Stifte Münſter geltend, das zwar ſchon ſeit Joſeph Clemens (1719) in dem Kurfürſten von Cöln zugleich ſeinen Biſchof hatte, aber ungeachtet dieſer perſönlichen Verbindung unter einer beſonderen Verwaltung ſtand. Münſter war das einzige Stift, das die beneidenswerthe Einrichtung ſich erhalten, die Mitglieder des Capitels nur aus dem einheimiſchen Adel zu wählen. Die Nachtheile einer gleichgültigen Fremdenregierung kannte man hier nicht; vielmehr ſtellte der Domherr Friedrich Wilhelm Franz von Fürſtenberg, der ſeit dem ſiebenjährigen Kriege dort leitender Miniſter war, ein edles Beiſpiel jenes patriotiſchen Geiſtes auf, den der rechte und ächte Adel als ſein ſchönſtes Vorrecht betrachten ſollte.*) Ganz von den Reformideen der Zeit durchdrungen, aber mehr nach dem Vorbilde Friedrichs als Joſephs II., voll warmen Eifers für die Hebung des Landes und doch ohne die ungeduldige Haſt und Gewaltthätigkeit der despotiſirenden und revolutionären Aufklärer, nimmt Fürſtenberg eine der ehrenvollſten Stellen ein unter den deutſchen Staatsmännern des Jahrhunderts. Während Max Friedrich in Cöln nur ſchüchtern die neue Bahn betrat, führte die Regierung, die Fürſtenberg in ſeinem Namen in Münſter leitete, eine glückliche Periode der Reform über das Fürſtenthum herauf. Das durch den Krieg ſchwer heimgeſuchte Land wird gehoben, die Schuldenlaſt erleichtert, Ackerbau und Induſtrie mit wachſamer Fürſorge gefördert, in allen Kreiſen des kleinen Staates Leben und Bewegung geweckt, für beſſere Schulen und tüchtige Erziehung der Geiſtlichen geſorgt und in Verwaltung, Rechtspflege und Polizei ein Zuſtand hergeſtellt, wie er ſonſt in keinem dieſer kirchlichen Gebiete exiſtirte. Die münſteriſchen Geſetze z. B. über das Medicinalweſen galten nach dem Urtheile der Kenner für die beſten in Europa.**) Die Verordnung über die Verbeſſerung der Schulen ward von einem Manne wie Dohm gerühmt, „daß ſie der geſunden Vernunft ihr Recht herſtelle, ohne der echten Gelehrſamkeit etwas dafür abzuziehen.“ Fürſtenbergs Verordnung von 1778 über die Bildung der Ordensgeiſtlichen iſt in Form und Inhalt

*) S. die Mittheilungen Dohms, Denkw. I. 319 ff.

**) S. die angeführten Actenſtücke in den Materialien für die Statiſtik von Dohm II. 131 ff.

eines der ſchönſten Zeugniſſe der ächten Humanität jener Tage; ſie mag nicht überall ganz römiſch ſein, aber ſie iſt durchaus chriſtlich.

Auch in Kurtrier wie in Cöln lagen die alte und neue Richtung des öffentlichen Lebens mit einander im Kampfe. Nach einer ſchlichten und altväteriſchen Regierung Franz Georgs von Schönborn war dort mit dem Kurfürſten Johann Philipp (von Walderndorf 1756—1768) die prachtluſtige und verſchwenderiſche Sitte der Zeit eingezogen.*) Ein glänzender Hofſtaat, muntere Geſellſchaft, Jagd und Tafelfreuden, ein bisher ungekannter Luxus und eine wachſende Schuld bezeichnen das nachgiebige und freigebige Regiment dieſes geiſtlichen Herrn. Die Nachfolge eines Prinzen, und zwar eines ſächſiſchen Prinzen, Clemens Wenceslaus, ſchien nicht der Weg, in beſcheidenere Bahnen einzulenken, und allerdings war der letzte Kurfürſt von Trier bemüht, ſeinen Rang und ſeine Abſtammung auch in der äußeren Haltung geltend zu machen; aber gleichwohl ſtand auch ſeine Verwaltung unter den mächtigen Eindrücken der Zeit, der ſie angehörte. In den Traditionen ſeines Hauſes aufgewachſen, von der vornehmen und künſtleriſchen Bildung des Dresdner Hofes, dabei ſtreng altgläubig und der Aufklärung der Zeit innerlich fremd, aber von mildem, wohlwollendem Weſen, auch biegſam genug, um ſich dem Einfluſſe der Zeit hinzugeben, ſo erſchien Kurfürſt Clemens recht wie eine Perſönlichkeit des Ueberganges aus der alten in die neue Zeit. Die wohlmeinenden Verordnungen, mit denen er begann, hinderten nicht, daß manch grober Mißbrauch fortdauerte, der Handel mit Stellen und Aemtern z. B., ungeachtet des Verbotes, in ärgerlichſter Weiſe gehandhabt, die Erkaufung der unbequemen ſtändiſchen Abgeordneten mit einer gewiſſen Naivetät betrieben ward. Mit der Vollziehung des Befohlenen nahm man es gerade in den geiſtlichen Staaten nicht allzuſtreng; iſt es doch ein bezeichnender Zug geiſtlichen Regiments, daß Clemens eine eigene Verordnung erließ, wonach Verordnungen auch genau gehalten werden mußten! Gleichwohl wird auch dieſer Fürſt, deſſen vornehme Verwandtſchaften, deſſen feinere Genüſſe, deſſen Bauten und Hoffeſte eher an einen königlichen als an einen geiſtlichen Haushalt erinnern, von der Bewegung der Zeit wie unwillkürlich mit fortgeriſſen; er legt große Straßen an, ſucht die Induſtrie und Arbeitskraft des Landes zu heben, ja er gibt ſogar die alte confeſſionelle Ausſchließlichkeit der Trierſchen Politik auf und läßt Proteſtanten ins Land, wie das Toleranzedict (1783) mit ſchätzenswerther Aufrichtigkeit ſagt, „weil eines Theils durch die Entfernung alles Scheines des Verfolgungsgeiſtes unſere heilige Religion verehrungswürdiger gemacht werde, andern Theils aber durch die Niederlaſſung reicher Handelsleute und Fabrikanten das inländiſche Commercium befördert, der müßige Bettler beſchäftigt und fremder Reichthum in das Vaterland gebracht werden möchte.“ So

*) Ueber die Kurfürſten von Trier ſ. von Stramberg's Rhein. Antiquarius I. 1. 569 ff. I. 2. 53.

weitab Clemens Wenceslaus von den Ideen und Handlungen Josephs II. steht, dient er doch durch den Beitritt zum Emser Congresse der Politik des Kaisers, versucht Reformen im Unterrichtswesen, läßt sogar noch 1789 die Aebte der Klöster zusammentreten, um sie über deren Umgestaltung zu berathen — bis die Ereignisse, die gleichzeitig im Westen erfolgten, hier wie anderwärts auf diese flüchtigen Reformanwandlungen einen sehr fühlbaren Rückschlag üben.

Aber die milde und nachgiebige Regierung des Kurfürsten hinderte nicht, daß auch hier dieselben Ursachen des Verfalles wirkten, die überall die Existenz der geistlichen Staaten untergruben; dies wird selbst von Zeugen eingeräumt, die ihrer ganzen Anschauung nach zu den warmen Verehrern der „guten alten Zeit" zu zählen sind. „Dem tiefen Verfalle der höheren Geistlichkeit — sagt einer von ihnen,*) fast noch ein Zeitgenosse — dem Verfalle, der Trägheit der höheren Stände im Allgemeinen vermochte der Kurfürst nicht abzuhelfen; es versanken seiner Gewalt morsche Stützen; nicht gerade eine Veränderung wünschten die Massen, aber das Bestehende war ihnen verletzend, mitunter verächtlich geworden, alles Alte in Ungunst gerathen ... Die Wehen einer neuen Zeit ließen nicht lange sich erwarten."

Auch Kurmainz hatte im achtzehnten Jahrhundert einen Fürsten aufzuweisen, der sich den Besten der Zeit würdig anreihte. Der Kurstaat war vom siebenjährigen Kriege schwer heimgesucht, mit Lasten und Schulden überbürdet, als 1763 Emmerich Joseph, aus dem Geschlechte der Breidbach-Bürresheim, zum Kurfürsten gewählt wurde. Kein großer schöpferischer Geist, aber ein edler, einsichtsvoller Mann, den die Tugenden des reinsten Wohlwollens und unbegrenzter Herzensgüte schmückten, freigebig ohne Verschwendung, ein frommer Bischof und zugleich ein rühriger, wachsamer Regent, so hat Emmerich Joseph eilf gesegnete Jahre über den rheinischen Kurstaat gewaltet. Das Wort, das er seinem Minister Großschlag bei der Einführung in sein Amt aussprach: „Das Wohl der Völker ist die erste Regentenpflicht" ist durch alle seine Handlungen im Leben bestätigt, mochte es gelten die alten Wunden zu heilen, die Folgen unerwarteter Schläge, wie des Hungerjahres von 1771, abzuwenden oder durch Eifer und Fürsorge die Grundlagen künftigen Glückes zu legen. Die Verwaltung, die Rechtspflege und der Staatshaushalt waren niemals in Kurmainz besser bestellt als unter dieser Regierung. Es wurden neue Straßen angelegt, manche Fessel, die auf den Handel drückte, weggenommen, und wo es im Einzelnen zu helfen und zu erleichtern galt, war der Kurfürst allezeit bereit, denn es war seiner Gutmüthigkeit schwer, selbst dem verschuldeten Unglück eine Bitte abzuschlagen. Emmerich Joseph war, wie Clemens Wenceslaus von Trier, von den humanen und milden Ansichten des Zeitalters beherrscht, ohne in Glaubenssachen die Aufklärermeinun-

*) v. Stramberg im Rhein. Antiquarius I. 2. 59.

gen zu theilen; doch gab auch er dem Bedürfniſſe nach, in das beſtehende Kirchenthum reformirend einzugreifen, im Kloſterweſen Veränderungen vorzunehmen, für eine wiſſenſchaftliche Bildung des Clerus Sorge zu tragen und dem Schulweſen eine Theilnahme zu ſchenken, die, zumal in geiſtlichen Staaten, bis dahin ſehr ſelten geweſen war.*) Tolerant gegen Andersgläubige, hatte der treffliche Kurfürſt zugleich noch ein lebendiges Bewußtſein von dem geiſtlichen Berufe, den ihm ſeine Stellung zur Kirche anwies. Dies ſprach ſich am deutlichſten in den Decreten aus, worin er reformirend in die Kirchenverhältniſſe eingriff, namentlich in der ſchönen Verordnung von 1771, welche die Verbeſſerung der Klöſter betraf.**) Emmerich Joſeph ging davon aus, daß eben die wachſenden Angriffe auf die Religion und ihre Gebräuche dazu ermuntern müßten, „alle Unordnungen mit doppeltem Eifer zu erſticken und den Mißbräuchen bei Zeiten zuvorzukommen.“ Auch hielt ihn ſeine geiſtliche Stellung nicht ab, in einer denkwürdigen Verordnung dem übermäßigen Anhäufen des Landesvermögens in todter Hand entgegenzutreten, damit dem „bürgerlichen Nahrungsſtande“ kein Abbruch geſchähe.

Ein ſolcher Fürſt, der bis zum letzten Athemzuge dem Wohle des Landes gelebt, der einen großen Theil ſeines Vermögens den Armen und Wohlthätigkeitsanſtalten vermacht, der noch in ſeinem Teſtamente um die Bezahlung der Kriegsſchulden und um die Förderung des Schul- und Kirchenweſens Sorge getragen, ein ſolcher Fürſt hätte in jedem anderen Staate auf eine lange Zeit hinaus ſegensreich einwirken müſſen. Daß dies nicht der Fall war, davon trug theils die Kürze ſeiner Regierung die Schuld, die er erſt ſechsundfünfzigjährig antrat, theils die allgemeine Beſchaffenheit geiſtlicher Staaten. In dieſem Erzſtift, das man damals ſammt dem Eichsfeld und Erfurt auf kaum 320,000 Einwohner anſchlug, gab es 2928 Perſonen geiſtlichen Standes und — die Soldaten, Officiere und Schullehrer nicht mitgerechnet — außerdem noch gegen 2200 Beamte. Ungefähr 5100 Perſonen bedienen, wie Dohm ſich ausdrückt,***) mit Rechtsſprechen und Geldeincaſſiren, Lehren und Beſchützen, mit Tragen grauer, ſchwarzer und weißer Röcke, mit Abſcheerung ihres Hauptes oder Anhängen eines Schlüſſels an ihren Rock, die 318,000 Einwohner des Staates, deren 62ſter Menſch ein Beſoldeter, deren 106ter ein Geiſtlicher war.

Auf die Regierung ſeines Nachfolgers, des Kurfürſten Friedrich Carl Joſeph, die letzte des Mainzer Kurſtaates, werden wir noch weiter unten zurückkommen, wenn ſie dem Andrange der Revolution von Weſten als erſtes widerſtandloſes Opfer erliegt. Hier reihen wir an dieſe geiſtlichen Kurfür-

*) S. die Mittheilungen im Rhein. Antiquarius. I. 2. S. 201 ff.

**) Die im Folgenden angeführten Urkunden ſind abgedruckt in Dohm's Materialien für die Statiſtik. II. 181 ff. 224 ff. 239 ff.

***) Materialien zur Statiſtik II. 179.

ſtenthümer nur noch zwei der angeſehenſten fürſtbiſchöflichen Staaten: Würzburg und Bamberg. Ihre Regierung, damals über beide Stifter gemeinſam, ſchließt ſich auch am würdigſten an das Beiſpiel Joſeph Emmerichs an.

Franz Ludwig von Erthal,*) deſſen ſegensreiches Regiment 16 Jahre (1779—1795) die beiden fränkiſchen Hochſtifter leitete, war einer der edelſten Repräſentanten jener humanen und volksfreundlichen Schule von Regenten, die ſich an das große Muſter Friedrichs II. anreihte. Dieſem hohen Vorbilde ähnlich, hielt er als leitenden Grundſatz feſt: „ich weiß nur zu wohl, daß ich der erſte Bürger und Diener des Staates bin," und betrachtete ſich nur als den „Verwalter, nicht als den Eigenthümer der öffentlichen Gelder." Und dieſen Worten entſprachen alle ſeine Handlungen. Wachſam gegen die Beamten, ohne Nachſicht gegen die faulen und talentloſen Inhaber einträglicher Sinecuren, ein Feind der feudalen Bedrückungen und des Jagdunfugs, unermüdlich, wo es galt, der Erblichkeit und Käuflichkeit der Stellen, den Unterſchleifen und der Corruption entgegenzutreten — ſo wirkte der treffliche Fürſtbiſchof, nicht ohne manchen zähen Widerſtand der Privilegirten, oft auch zum unverhohlenen Verdruſſe des hohen Adels und Clerus, aber mit Recht verehrt und geprieſen von den Unterthanen beider Stifter, die eine thätigere und ſorgſamere Regierung noch nicht geſehen hatten. Die ſchwachen Stellen aller geiſtlichen Staaten, Verwaltung und Rechtspflege, wurden unter Franz Ludwig trefflich beſtellt, in der Finanzverwaltung umſichtige Sorge getragen um das Wohl des Volkes, das Armenweſen muſterhaft geordnet, die Schulen gehoben, die Univerſität Würzburg in dem freiſinnigen und duldſamen Geiſte gefördert, der das ganze Regiment Franz Ludwigs durchdrang. Man ſperrte ſich in den fränkiſchen Bisthümern nicht ab gegen die neue Strömung nationaler Cultur, die überwiegend aus proteſtantiſchem Geiſte erwachſen war, man ſtrebte vielmehr von ihr Nutzen zu ziehen und fand auch in dem wiſſenſchaftlichen Geiſte, den man gepflegt, das beſte Gegengewicht gegen die modiſche und blinde Neuerung, die ſo leicht da Platz griff, wo das Alte einmal aus den Fugen gewichen war. So ſtanden die geiſtlichen Stifter am Main in dem guten Rufe, eine Univerſität zu beſitzen, die ſich den neu aufgeblühten akademiſchen Anſtalten im proteſtantiſchen Norden würdig anſchloß; die Anſichten des Fürſtbiſchofs über das Volksſchulweſen — das ſonſt keineswegs die Lichtſeite geiſtlicher Fürſtenthümer war — fanden weithin in Deutſchland Anerkennung. Hier herrſchte keine confeſſionelle Ausſchließlichkeit, Proſelytenmacherei war dem verſtändigen Sinne Franz Ludwigs fremd, vielmehr lebten die beiden Bekenntniſſe in erträglicher Duldung neben einander. Drum ſtand auch namentlich die Stadt Würzburg in der ganzen Zeit in einem Rufe, deſſen ſich ſonſt die Biſchofsſitze nicht rühmen konnten; man pries die Stadt nicht nur wegen ihrer heitern Geſelligkeit, ſondern auch um des aufgeklärten

*) S. Bernhard's Franz Ludwig von Erthal. Tüb. 1852.

und ungezwungenen Tones, um des wiſſenſchaftlichen Intereſſes willen, das auch in den geiſtlichen Kreiſen herrſchte.

So wohlwollend und freiſinnig wie Franz Ludwig, wie Emmerich Joſeph, wie Heinrich VIII. von Fulda,*) hatte das geiſtliche Staatenweſen des deutſchen Reiches freilich nicht viele Fürſten aufzuweiſen. In anderen Stiftern Süddeutſchlands ſah es zum Theil noch wirr und bunt genug aus; dort wucherten die Mißbräuche geiſtlichen Weſens in voller Ueppigkeit, ohne die milden Seiten eines patriarchaliſch-prieſterlichen Regiments. Da hatte ſich die alte Verwirrung der Verwaltung, die Sorgloſigkeit des Haushaltes, die Gunſt des Privilegiums noch in unbeſchränkter Geltung erhalten; indem man die „Aufklärung“ fern hielt, blieb man auch den materiellen und moraliſchen Verbeſſerungen fremd, die davon abhingen. Und das ganze Weſen war darum nicht etwa innerlich tüchtiger, weil man an den alten Formen mit ſtrengerer Gläubigkeit feſthielt. Klagte man die „Aufklärung“ der Zeit vielfach an, daß ſie neben der lichteren und verſtändigeren Denkweiſe auch franzöſiſchen Sitten und Lebensanſchauungen Raum gebe, ſo galt dieſer Vorwurf doch auch da, wo man von der Aufklärung der Meinungen und Anſichten ſich frei gehalten hatte. Der größere Theil des Clerus war verweltlicht und hatte faſt die Erinnerung ſeines Urſprungs verloren, die Ariſtokratie, welche die Stifter füllte, war in der Mehrzahl von derſelben Frivolität der Sitten und der Leichtfertigkeit der Denkungsart angeſteckt, wie die übrige vornehme Geſellſchaft. Schlichter und kernhafter Sinn, altväteriſche Einfachheit und naive Religioſität war überall ſchwer zu finden, mochte man in den „aufgeklärten“ Regionen danach ſuchen, oder in den anderen, wo ſich nicht ſelten mit der Bigotterie der alten Zeit die Regierungsmaximen Ludwigs XIV. und die Hofſitten Ludwigs XV. zu einem unerbaulichen Ganzen verbanden. Indeſſen, wenn man auch nur die beſſer verwalteten Gebiete ins Auge faßte, es blieb doch immer eine höchſt bemerkenswerthe Erſcheinung, wie wenig die Vortrefflichkeit der Perſonen dem inneren Verfall des Inſtitutes vorbeugen konnte. Gewiß war keine Epoche der geiſtlichen Staaten reicher an ehrenwerthen und eifrigen Regenten und Staatsmännern, als die Zeit Emmerich Joſephs, Franz Ludwigs und Fürſtenbergs; aber gleichwohl waren die geiſtlichen Staaten die erſten, welche der nächſten allgemeinen Erſchütterung erlegen ſind. Jene ſtrebſamen Reformregierungen haben dieſe Kriſis eher beſchleunigt als aufgehalten. Indem ſie die alten Zuſtände in eine gewiſſe Bewegung und Gährung brachten und bemüht waren, das Regiment der geiſtlichen Lande mehr auf den Fuß weltlicher Staaten zu ſetzen, erſchütterten ſie die überlieferte Dumpfheit und Paſſivität, weckten neue Bedürfniſſe und förderten nur die allgemeine Einſicht, daß das geiſtliche Regiment ſich überlebt habe. Die Privilegirten, der ſtiftsfähige Adel namentlich, fühlten ſich durch die Reformen vielfach be-

*) S. über ihn Moſers patriot. Archiv II.

einträchtigt, der Bürger und Bauer nicht völlig befriedigt. Vielmehr ward dieſer erſt jetzt recht inne, an welch unheilbaren Mängeln das geiſtliche Staatenthum an ſich leide, Mängeln, die ein Emmerich Joſeph und Franz Ludwig mildern, aber nicht beſeitigen konnte. Die Trägheit des Clerus, die Ueppigkeit des Adels, die Käuflichkeit der Verwaltung und Rechtspflege wurden erſt Recht Gegenſtände allgemeinen Aergerniſſes, ſeit man in einzelnen geiſtlichen Staaten ſelber beſſere Regierungen geſehen hatte. Die trefflichen Fürſten fanden eine wohlverdiente Anerkennung, die aber dem moraliſchen Credit der geiſtlichen Staaten nicht zu Gute kam.

Das Bewußtſein, daß dem ſo ſei, war in den letzten Jahrzehnten vor der Revolution ziemlich allgemein geworden; es ſprach ſich auch in den immer wieder auftauchenden Gerüchten von Säculariſationsplanen und in dem Gefühl der Unſicherheit aus, das die geiſtlichen Regierungen ſelber zum Theil erfüllte. Als dann der Sturm von Weſten kam, waren es vorzugsweiſe und im Grunde allein die geiſtlichen Gebiete, die ſich willig und mit unverhohlener Sympathie der revolutionären Strömung hingaben. Der klarſte Beweis, daß der politiſche und geſellſchaftliche Zuſtand dort kein geſunder war.

Das deutſche Reich ſelber hatte, namentlich in einer Hinſicht, kein Intereſſe an dem Fortbeſtand der geiſtlichen Stifter; denn ſie machten es ſchwach und ungeſchützt im Weſten. Wo ſich jetzt, bei aller Buntſcheckigkeit, wenigſtens theilweiſe größere ſtaatliche Gebiete als Grenzländer ausbreiten, Gebiete mit tüchtiger militäriſcher Rüſtung und ſtarken Grenzfeſten, da waren zu jener Zeit die unzuſammenhängenden Lande der geiſtlichen Herren von Cöln, Trier, Mainz, Osnabrück, Münſter, Worms, Speyer u. ſ. w. verzettelt, Territorien ohne Arrondirung, ohne militäriſche Organiſation und ihrer Natur nach auf ein friedfertiges, kriegsuntüchtiges Regiment angewieſen. Ein Blick auf die heutige Grenzwehr Deutſchlands und den Schutz, den damals die kurkölniſchen, kurtrieriſchen und kurmainziſchen Truppen dem Reiche gewährten, die Vergleichung der Feſtungsreihe, die uns jetzt nach Weſten ſchützt, z. B. des heutigen Coblenz, Mainz und Raſtatt mit dem alten Coblenz, Mainz und Philippsburg reicht hin, um zu erkennen, wie die Schwäche des Reiches gerade an der verwundbarſten Stelle durch die Exiſtenz der geiſtlichen Stifter am Rhein bedingt war. Die Ereigniſſe ſeit 1792 haben dies in ſo empfindlicher Weiſe aufgedeckt, daß ſchon aus dieſen äußeren Gründen an eine Wiederherſtellung der einmal zertrümmerten Prieſterſtaaten nicht mehr zu denken war.

Die geiſtlichen Staaten waren indeſſen nicht die einzigen abgelebten Ueberreſte der alten Zeit, es gab der kleinſtaatlichen Mißbildungen manche andere im Reiche, die mit einer geſunden politiſchen Entwicklung noch unverträglicher waren, als ſelbſt das Regiment der Domcapitel und ſtiftsfähigen

Geschlechter. Neben den großen und mittleren Territorien, neben den geistlichen Fürsten bestanden, gleichfalls als reichsunmittelbare und selbstherrliche Stände des Reichs, die zahlreichen Reichsfürsten winzigsten Umfangs, die Reichsgrafen, die Reichsritterschaft, die Reichsstädte und sogar noch einige Dörfer, die sich durch die Gunst der Verhältnisse ihre „Reichsunmittelbarkeit" erhalten hatten.

Einer der wunderlichsten Ueberreste der alten Zeit waren die kleinen Reichsfürsten und Reichsgrafen. In den Kreisen des Reichs, wo die größeren und arrondirten Gebiete theils die ausschließliche Macht, theils das Uebergewicht behaupteten, also im österreichischen und in den beiden sächsischen Kreisen, waren sie entweder wenig zahlreich oder fehlten ganz. Schon in Westfalen aber stoßen wir auf eine ansehnliche Zahl solcher Herrschaften, von Lippe, Wied und Sayn an bis zu den Herrschaften Gimborn (Walmoden), Wykradt (Quadt), Mylendonk (Ostein) und Hallermund (Platen) herab. Auch der oberrheinische Kreis zählte seine Leiningen, Wittgenstein, Wiedrunkel, seine Wild- und Rheingrafen, der fränkische seine Hohenlohe-Neuenstein, Castell, Wertheim, Erbach, Limburg, Seinsheim, und in Schwaben, wo die Parcellirung überhaupt am weitesten gediehen war, gehören die Fürstenberg schon zu den mächtigeren Reichsständen; an sie schließen sich in langer absteigender Reihe die Oettingen-Wallerstein, Taxis, beide Linien Königsegg, die Truchseß-Zeil und T.-Wolfegg, die verschiedenen Zweige der Fugger, die Stadion und andere an — der zahlreichen Gebiete nicht zu gedenken, die zwar die staatsrechtliche Eigenschaft solcher kleinen Fürstenthümer hatten, aber bereits an die größeren Reichsstände des Kreises übergegangen waren.

Der eigenthümliche Widerspruch in dem Dasein dieser Territorien lag vornehmlich darin, daß zwar ihr Umfang durchschnittlich sehr klein, aber die Prätension ihrer Souveräne, im großen Stile zu herrschen, deshalb nicht minder lebhaft war. Auch in diesen Gebieten, in denen höchstens für eine patriarchalisch-einfache Verwaltung Raum war, versuchte man zu herrschen, bestand ein Hof, existirten Minister, wurden Rechtspflege, Kirchen- und Schulwesen, Finanzen und Militärsachen wie umfassende Departements gesondert, und je mehr die Kleinheit der Mittel einen Zweifel an der fürstlichen Herrlichkeit wecken mochte, um so eifersüchtiger ward auf die Machtvollkommenheit der von „Gottes Gnaden" eingesetzten Souveränetät gehalten. Es läßt sich denken, wie sich das „l'état c'est moi" in diesen Kreisen praktisch ausnahm; in der That fand sich hier der reichste Stoff für den satirischen Schilderer kleinstaatlicher Karrikaturen. Begnügten sich die Herren mit der Rolle, die ihnen die Natur anwies, größere Gutsherrn zu sein und als solche unter ihren Unterthanen ein patriarchalisches Regiment zu führen, so war der Zustand leidlich, wenn es gleich immer für die Nation ein Unglück war, daß sich so viele winzige, zu einer staatlichen Existenz unfähige Sondergebiete ausschieden und aller der Vortheile entbehrten, die ein größeres staatliches Dasein dem

Einzelnen wie der Gesammtheit gibt; allein jene schlichte Patriarchalität war allenthalben im Aussterben, und es gab der kleinen Fürsten nicht mehr viele, die sich dabei beruhigten, große Landjunker zu sein. Der Umschwung in den Sitten, den Lebensanschauungen, der in den größeren Gebieten wahrzunehmen war, ergriff auch diese kleineren und kleinsten. Die französische Art höfischer Verschwendung und Genußsucht im Stile Ludwigs XIV., die militärische Liebhaberei des Jahrhunderts, das Bestreben des aufgeklärten Absolutismus, in den einzelnen Ländern eine selbständige Staatsmacht aufzurichten, das Alles machte sich in den kleinen Grafschaften und Herrschaften ebenso fühlbar, wie in den größeren Territorien. Nahm es sich schon in diesen größeren, z. B. in Kursachsen, Kurpfalz, Würtemberg u. a. seltsam und unglücklich genug aus, wenn der Regent sich nach den französischen Staatsmaximen richtete, wie mußte das in Gebieten werden, die höchstens nur wenige Quadratmeilen zählten, oder gar sich auf „zwölf Unterthanen und einen Juden nebst einigen Höfen und Mühlen" beschränkten! War es für die größeren Gebiete eine Calamität, wenn fürstliche Persönlichkeiten ans Ruder kamen, die, in dem vornehmen und leichtfertigen französischen Stil erzogen, aller gediegenen Bildung des Geistes und Herzens entbehrten, dagegen mit höfischen und soldatischen Liebhabereien erfüllt waren, wie mußte es werden, wenn diese Ansteckung auch die kleinsten Höfe ergriff! Selbst die bessere Richtung, in welche seit der Mitte des Jahrhunderts nach dem Vorgange Preußens und Oesterreichs die meisten Dynastien und Regierungen einlenkten, konnte diesen kleinen Gebieten nicht zu Gute kommen. Der schöpferische Geist bürgerlicher und militärischer Organisation und das Streben der physiokratischen Reformer, in den größeren Territorien von so anregender und wohlthätiger Wirkung, konnte hier nicht viel Gutes fördern; es fehlte der Raum dafür.

Aber die Mehrzahl dieser kleinen Dynasten hatte auch nicht einmal den Ehrgeiz, dem Vorbilde Friedrichs und Maria Theresias zu folgen; vielmehr schien sich das alte Unwesen in dem Augenblick, wo es aus den größeren Territorien verscheucht ward, recht eigentlich in diese Miniaturstaaten zu flüchten. In den meisten von ihnen war in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Alles in voller Blüthe, was anderwärts schon besseren Staatsmaximen und humanerer Sitte gewichen war. Hier war noch jene prahlende Armseligkeit großen Hof- und Beamtengefolges heimisch, hier war noch das Eldorado der fremden Abenteuerer und Schmarotzer, hier gab es zu einer Zeit, wo die größeren Territorien, geistliche wie weltliche, eine Reihe trefflicher Fürsten aufwiesen, kleine Tyrannen, Jagdwütheriche und Bauernquäler, oder auch Persönlichkeiten, die in Trunk und Unsittlichkeit auf die traurigste Weise verkommen waren. In solchen Händen war, wie ein verdienter Dar-

*) Perthes a. a. O. 153.

steller jener Zeiten sagt, die souveräne Gewalt „ein furchtbares Spielwerk, ein schneidend Schwert in der Hand des schwachen Kindes, zum Ernst zu wenig, zum Scherz zu viel."

Je kleiner die Gebiete waren, desto drückender mußte der souveräne Dünkel für die armen Unterthanen sein. Denn hier ward das Vielregieren und Sich-in-Alles-mischen mit der größten Emsigkeit betrieben; da es an Stoff fehlte für eine Regententhätigkeit, wie man sie wollte, so machte man sich auf kleinem Raum so viel Geschäfte wie möglich. Wir sahen früher, wie selbst in den größeren Staaten die Neigung des Jahrhunderts, Alles zu normiren, an Allem seine experimentirende Neigung zu versuchen, die hergebrachte Eigenthümlichkeit und Freiheit im Einzelnen vielfach untergrub; es läßt sich denken, wie dies in den Duodezstaaten ward. Da verfiel man denn auf die Statistik und die Proscription der Hunde, von welcher der Ritter von Lang erzählt. Und wenn sich nur immer die Leidenschaft des Regierens in so harmloser Weise geäußert hätte; allein die Geldnoth trieb oft zu seltsamen finanziellen Experimenten und fiskalischen Bedrückungen ohne Beispiel, und es war weder die laxe Praxis der geistlichen Staaten, noch die verständigere Staatswirthschaft der größeren weltlichen Territorien, was die verderbliche Wirkung solchen Treibens milderte.

Diese reichsgräflichen Gebiete waren darum auch die einzigen, wo Kaiser und Reich noch zuletzt durch das unerträgliche Aergerniß sich veranlaßt sahen, von Reichswegen einzuschreiten. Wohl war ihre Schwäche mit Ursache, daß sich hier noch einmal die Oberherrlichkeit der Reichsgewalt in wohlthätiger Weise geltend machte, allein es gab doch auch nirgends sonst fürstliche Gewalten, welche durch den Mißbrauch ihrer Macht ein Einschreiten so sehr herausforderten. Hier setzte es denn Joseph II. noch in mehreren Fällen durch (1770, 1775, 1778), daß nach reichshofräthlichen Erkenntnissen die kleinen Tyrannen unschädlich gemacht wurden. Aber wie arg hatten sie es treiben müssen, bis es zu dem Aeußersten kam! Der Graf von Leiningen-Guntersblum, der 1774 als der Letzte seines Geschlechts starb, wurde wegen „schreckbarer Gotteslästerung, attentirten Mordes, Giftmischerei, Bigamie, Majestätsbeleidigung, Bedrückung seiner Unterthanen und unerlaubter Mißhandlungen fremder, auch geistlicher Personen" verhaftet und entsetzt; der letzte Wild- und Rheingraf, Carl Magnus, ward wegen „der von ihm selbst eingestandenen Betrügereien, unverantwortlichen Mißbrauchs der landesherrlichen Gewalt und vielfältig begangener, befohlener und zugelassener Fälschungen" eingesperrt, der Graf von Wolfegg-Waldsee ward wegen „ahndungswürdigen Betragens ernstgemessenst verwiesen und zur wohlverdienten Strafe" auf zwei Jahre nach Waldburg in Verwahrung gebracht. Wie Mancher freilich kam ungestraft weg, der es bunt genug getrieben, auch wenn zu dieser äußersten Maßregel kein Anlaß vorlag! Sah sich doch auch das Reichskammergericht veranlaßt, einen Grafen von Sayn-Wittgenstein wegen seiner „unanständigen,

einen landesverderblichen Mißbrauch der Landeshoheit involvirenden Grundsätze" in eine Geldstrafe zu verfällen.

Eine ganz eigenthümliche Gruppe in der Mannigfaltigkeit der alten Reichsstände und Corporationen bildet die reichsunmittelbare Ritterschaft*) in Schwaben, Franken und am Rhein. Von dem gewöhnlichen landsässigen Adel war sie dadurch unterschieden, daß sie als Reichsstand angesehen ward, auf ihrem Gebiete nicht nur Gesetzgebungs- und Besteurungsrecht übte, sondern auch die Regalien der Münze, des Zolls, des Geleits, der Posten, der Jagd, der Gerichtsbarkeit und Polizei, also eine Reihe von Hoheitsrechten anzusprechen hatte, welche den Landsassen versagt waren.**) Auf der andern Seite waren die Ritter den übrigen Reichsständen doch auch wieder nicht ganz gleich; denn außerdem, daß die Macht des einzelnen Ritters selbst der eines kleineren Fürsten weit nachstand, war auch die staatsrechtliche Stellung der Ritterschaft eine andere: sie war der einzige unmittelbare Reichsstand, der auf dem Reichstage keinen Sitz hatte. So standen die Ritter ganz isolirt im deutschen Staatssysteme da, weder den größeren Reichsständen noch deren Un-

---

*) Wir fügen, zur genaueren Kenntniß dieser merkwürdigen Körperschaft, einige statistische Notizen bei. Die Ritterschaft in Schwaben theilte sich in 5 Cantone: Donau (darunter die Familien der Freiberg, Hornstein u. a.), Canton Hegau-Algäu-Bodensee (z. B. die Bodmann, Enzberg, Reichlin-Meldegg), Canton Neckar-Schwarzwald-Ortenau (Gemmingen, Leutrum, Knieſtädt, Waldner, Wurmser u. s. w.), Canton Kocher (Welden, Adelmann, Racknitz, Sturmfeder, Wöllwarth u. a.), Canton Kraichgau (Gemmingen, Helmstädt, Massenbach, Göler u. s. w.)

Die Ritterschaft in Franken zerfiel in 6 Cantone: den C. an der Baunach (die Rotenhan, Gutenberg, Hutten, Liechtenstein u. a.), C. am Odenwalde (Rüdt, Weiler, Stetten, Berlichingen, Gemmingen u. a.), C. Gebürg (Pölnitz, Künsberg, Redwitz, Aufsee u. a.), C. Rhön-Werra (Tann, Bibra, Gleichen, Gebsattel u. a.), C. am Steigerwald (Seckendorf, Pölnitz u. a.), C. Altmühl (Schenck, Eyb, Leonrod u. a.).

Die Ritterschaft am Rhein zerfiel in die drei Cantone: Oberrhein (Dalberg, Elz, Ingelheim, Gagern, Walbrunn u. a.), Niederrhein (Kerpen, Breidbach, Boos-Waldeck u. s. w.), und Mittelrhein (Waldbott-Bassenheim, Stein, Bettendorf, Schütz u. a.). Vgl. Moser's vermischte Nachrichten von reichsst. Sachen. 1772, Desselben Schrift von den Reichsständen S. 1310 ff. Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft. 1786. Im Ganzen nahm man an, daß die 14—1500 reichsritterschaftlichen Güter (668 in Schwaben, 702 in Franken, 150 am Rhein) kaum einen Raum von 200 Quadratmeilen ausfüllten, worauf etwa 450,000 Menschen wohnten.

**) S. J. J. Moser, vermischte Nachrichten von reichsritterschaftlichen Sachen. S. 49 f.

terthanen ähnlich, weder Repräsentanten noch Repräsentirte auf dem deutschen Reichstage, zwar Glieder des Reiches, aber ohne dem Reiche Steuern zu bringen; nach ihrer eigenen Meinung dem Reiche nur verpflichtet mit Leib und Blut zu dienen und außerdem bereit, dem Kaiser in Zeiten der Noth eine freiwillige Steuer zu entrichten, wie sie wieder kein anderer Reichsangehöriger zu bezahlen gewohnt oder verpflichtet war.*)

Nur in Franken, Schwaben und am Rhein hatte sich diese mittelalterliche Körperschaft so erhalten; überall sonst im Reiche war der alte Ritteradel der Landeshoheit unterlegen und hatte aufgehört, unmittelbarer Reichsstand zu sein. In Schwaben, Franken und am Rhein freilich war in der nämlichen Zeit, wo sich anderwärts größere fürstliche Gebiete abrundeten, durch das Zerschlagen der hohenstaufischen Hausmacht die Gefahr ferner gerückt, von der fürstlichen Territorialgewalt verschlungen zu werden; das Verschwinden eigener Herzöge von Franken und Schwaben gab dort den schwächeren Ständen, den Grafen, den Rittern, den Städten mehr Raum und Sicherheit, als sie irgendwo sonst gewinnen konnten. Gleichwohl hatten die Ritter lange aufgehört, das zu sein, was sie ehedem waren. Mit der Existenz des Kaiserthums unter allen Reichsständen fast am innigsten verknüpft, hatten sie von dessen Verfalle auch den Rückschlag am schwersten empfunden, und während im 14. und 15. Jahrhundert die übrigen Stände mächtig aufblühten, blieb die Ritterschaft stehen, verlor in dem Umschwung der Zeiten ihr Waffenprivilegium an die neue Art der Kriegführung und sträubte sich vergebens in Gewaltthat und Selbsthülfe gegen die neuen Ordnungen des Staates und der Gesellschaft. Eine gesunde Kraft verwilderte, weil ihr der Spielraum einer natürlichen und normalen Thätigkeit fehlte. Wie dann das Fehde- und Faustrecht verschwand, die neuen bürgerlichen Ordnungen Wurzel schlugen, die Landeshoheit immer mächtigere Ausbreitung gewann, da büßte der mittelalterliche Ritterstand seine frühere Bedeutung allmälig ein, und es konnte noch als eine besondere Gunst des Schicksals gelten, daß nicht auch die alte Reichsunmittelbarkeit an die landesfürstlichen Gewalten verloren ging.

Die Theilnahme an dem Reichstage war der Ritterschaft entgangen, in gewissem Sinne durch eigene Schuld, insofern ihre Weigerung, zur Bezahlung des gemeinen Pfennigs beizutragen, einer der Gründe war, sie von den reichsständischen Berathungen fernzuhalten. Aber die Versuche, sie unter die Landeshoheit einzuschmelzen, waren doch auch mißlungen; noch zuletzt scheiterten die Bemühungen in dem westfälischen Friedensgeschäft, und der abgeschlossene Vertrag befestigte ihre Reichsunmittelbarkeit, statt sie zu erschüttern.**) Zu-

*) Kerner, Staatsrecht III. 2.

**) Großen Werth legte man namentlich auf den Art. V. §. 28 des Osnabrücker Friedens, worin die Ritterschaft als libera et immediata imperii nobilitas bezeichnet und ihr dasselbe Recht in Kirchensachen eingeräumt war, wie den Kurfürsten, Fürsten und Reichsständen.

gleich war von den Ueberlieferungen der alten Zeit eine in voller Kraft geblieben: das freundliche Verhältniß zum Kaiser. Der Kaiser nahm die Rolle eines Beschützers, die ihm die Natur anwies, mit aller Sorgsamkeit wahr; und so beschränkt seine Macht sein mochte, sie war gerade noch groß genug, der Reichsritterschaft schätzbare Vorrechte und Begünstigungen zu schaffen. Sie genoß durch kaiserliche Feststellung ein Privilegium gegen jeden Arrest, es hätte sich denn um ein gemeines Verbrechen, wie Mord, Brandstiftung u. s. w. handeln müssen; sie hatte als Körperschaft bei ritterschaftlichen Gütern, die in andere Hände überzugehen drohten, das Vorkaufsrecht. Sie besaß ferner den Blutbann, die Vollmacht, Bündnisse zu schließen, und das sogenannte Collectationsrecht, wonach theils die Ritterschaft als Reichskörper, theils die Einzelnen, wo es ihnen rechtlich zustand, Steuern auflegen durften. Andere Vorrechte, wie die Zollfreiheit, wurden zwar angesprochen, aber nicht ohne Widerspruch ausgeübt.*)

Für alle diese Gunst war die Ritterschaft ihrerseits dem Kaiser eng verbunden. Sie bildete den letzten Reichsstand, bei dem die Unmittelbarkeit noch eine Wahrheit, und die Regierung durch den Kaiser wörtlich zu nehmen war. Die Ritterschaft, wenn auch die Einzelnen zu schwach waren, bildete doch in ihrer Gesammtheit noch ein gewisses Gegengewicht gegen die Landeshoheit in Süddeutschland; ohne sie und ohne die geistlichen Stifter hätte der Kaiser auch dort, wie im Norden, jeder reellen Regierungsthätigkeit entbehren müssen. Aber nicht allein dieser Rest einer Regierungsgewalt machte dem kaiserlichen Interesse die Ritterschaft werth, der Kaiser bezog zugleich in den freiwilligen Charitativsubsidien, welche der gesammte ritterschaftliche Körper leistete, den einzigen Geldbeitrag aus dem Reiche, der an sich nicht unbeträchtlich und zugleich der Verfügung des Kaisers allein unterworfen war. Darum lag ihm soviel daran, diese Ausnahmestellung der Ritterschaft zu erhalten. Als sie z. B. zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts daran dachte, die Theilnahme an dem Reichstage durch Bezahlung eines Matrikularbeitrags zu erlangen, war es außer dem Widerstande anderer Reichsstände hauptsächlich der Kaiser, der es hinderte; er wollte nicht statt der Charitativsubsidien den kargen und unsicheren Beitrag einer Matrikelquote eintauschen.

Zum Schutze gegen die Uebergriffe der fürstlichen Landesherrn waren die ritterlichen Vereine entstanden. Die einzelnen Ritter hatten sich zu sogenannten Cantonen verbunden, aus diesen erwuchsen ihre drei Kreise Schwaben, Franken und Rhein, die dann vereinigt die gesammte ritterschaftliche Corporation bildeten. Jeder Canton oder „Ritterort" hatte seinen Ortsvorstand, der aus einem Ritterhauptmann (Director), etlichen Räthen und Deputirten der Ritter, dann einigen gelehrten Beisitzern, den Syndicis oder Consulenten, und dem

*) S. Mader, reichsritterschaftliches Magazin Th. VIII. 1 ff. Ueber die Steuernorm J. J. Moser's vermischte Nachrichten S. 948 ff. Ueber die Zölle s. Kerner III. 197 ff.

Cassen- und Schreiberpersonal bestand. Für jeden einzelnen Kreis war ein Directorium bestellt, das die Correspondenz mit dem Kaiser und dessen Räthen führte und im Allgemeinen die Freiheiten und Gerechtsame der Ritterschaft zu wahren hatte; die Directorien der Kreise führten dann abwechselnd das General-Directorium über die ganze Körperschaft. In Orts- und Kreisconventen traten bei Wahlen und anderen Anlässen Cantone und Kreise zusammen.

Diese Organisation mochte mangelhaft und schwerfällig sein, allein sie hatte doch den unverkennbaren Werth, die zahllosen kleinen Parcellen ritterschaftlicher Gebiete zu einem Ganzen zu verbinden und die ganze Corporation den natürlichen Gegnern, den Landesfürsten, gegenüber als eine Gesammtheit darzustellen. Die Verwirrung unter diesen einzelnen Herren, deren Zahl über tausend betrug, deren Besitzthum im höchsten Fall aus einigen Städtchen, Flecken oder Dörfern, oft auch nur aus einem mäßigen Grundbesitz und einigen Gefällen bestand, wäre noch viel größer gewesen, als sie war, wenn nicht die Organisation zu einem Ganzen der natürlichen Schwäche und Zerrissenheit eine gewisse Grenze gesetzt hätte. Gegen Uebergriffe und Beeinträchtigungen der Mächtigeren war ohnedies ein Widerstand der einzelnen Landjunker nicht möglich; er konnte nur von dem gesammten Körper, hinter dem meistens Kaiser und Reichsgerichte standen, geübt werden.

An Zerwürfnissen fehlte es gleichwohl zu keiner Zeit. Während der landsässige Adel mit Eifersucht das Vorrecht der Ritterschaft ansah und dessen geschichtliche Berechtigung bestritt, waren die größeren Landesherren unablässig bemüht, Rechte und Einkünfte des ritterschaftlichen Körpers zu verkürzen. Die Frage über die Grenzen der beiderseitigen Rechte ist ein stehendes Thema in der Publicistik des achtzehnten Jahrhunderts, und es geht eine Art von Zwiespalt durch die staatsrechtliche Literatur jener Zeit, je nach der Freundschaft oder Feindseligkeit gegen die ritterschaftlichen Privilegien. Schon zu Ende des sechszehnten Jahrhunderts klagten die Ritter über Beeinträchtigung ihrer Lehensgerechtsame, über Beschränkung ihrer Jagdrechte, über Auflegung ungewöhnlicher Zölle und Mauthen. Oder sie beschwerten sich über Entziehung der ihnen eigenen Leute, über die Hindernisse, die man der Besteuerung ihrer Unterthanen und Hintersassen in den Weg lege, über Entziehung ritterschaftlicher Güter und Unterwerfung ihrer Eigenthümer unter die Landeshoheit, und deren Lasten und Verpflichtungen. Auch das ritterschaftliche jus circa sacra kam oft genug ins Gedränge.*) Aber die häufigste Klage war doch die, daß die Landesherren sich bestrebten, die Rechte der Ritterschaft an ihre Unterthanen zu verkürzen. Sie nennen als solche Rechte: die schuldigen Frohnen, Dienste, Renten, die Zinsen, Gefälle und Gerechtigkeiten, „wie die Lagerbücher

*) S. J. J. Moser's Beiträge zu reichsritterschaftlichen Sachen S. 476 ff. F. C. von Moser's kleine Schriften XI. 73 ff.

und das alte Herkommen" sie vorschrieben, dann Auslösung im Kriege, Beihülfe in Noth und, außer den herkömmlichen Steuern, auch „in vordringenden Nöthen eine außerordentliche Collecte", endlich Zölle, Brücken-, Weg- und Ohmgelder, Accise, Abzug- und Nachsteuer.*)

Sah man das hundertfach durchbrochene und zusammenhanglose Territorium an, so wurden die endlosen Streitigkeiten begreiflich. Denn außerdem, daß diese kleinen ritterschaftlichen Gebiete überall, wie Enclaven, zwischen den fürstlichen und städtischen Territorien eingestreut lagen, kam es nicht selten vor, daß auf einem ritterschaftlichen Gebiete zugleich Hoheitsrechte anderer Reichsstände hafteten. Bald strebte der Ritter die Ausübung des fremden Hoheitsrechtes zu stören, bald war der Inhaber dieser Rechte bemüht, die ritterschaftlichen Gerechtsame vollends zu verschlingen. Auf allen Correspondenztagen der Ritterschaft kehrten dieselben Klagen wieder. Der schwäbische Ritterkreis, obwohl der größte und zahlreichste,**) ward auch am meisten von den Landesherren des Kreises bedrängt; der fränkische war, die Irrungen mit Brandenburg und Coburg ausgenommen, durch die Nachbarschaft der geistlichen Staaten etwas besser geschützt, der rheinische dagegen, an Macht der schwächste, hatte unaufhörlich zu klagen über die Beeinträchtigungen, die ihm von Kurmainz, Trier, Pfalz, Darmstadt, Zweibrücken, Nassau u. a. widerfuhren.

Der Kaiser blieb sich zwar consequent in dem Schutze, den er der Ritterschaft gewährte. Außer dem, daß er die zweifelhaften oder angefochtenen Rechte durch neue Privilegien bestätigte und die Ritter durch Auszeichnungen ehrte, suchte er auch wohl auf günstige Entscheidungen des Reichshofrathes hinzuwirken und legte gegen solche Reichsgutachten, die der Ritterschaft unwillkommen waren, das kaiserliche Veto ein. Aber gleichwohl scheint es der Ritterschaft bisweilen schlecht genug ergangen zu sein. Der ältere Moser deutet wenigstens unverblümt darauf hin,***) daß bei streitigen Fragen der Reichstag selbst durch Geldspenden der größeren Reichsstände gegen die Ritterschaft gestimmt werde, und meint: „wenn wir in Deutschland eine englische Preßfreiheit hätten, ließen sich gar viele Betrachtungen machen, sowohl in Ansehung der ganzen Reichscollegien, als vieler einzelnen Mitglieder derselben."

Andererseits waren sämmtliche auf dem Reichstage vertretenen Stände, Kurfürsten, Fürsten und Städte einig in ihrem Interesse gegen die Ritter und klagten sie wieder an, ihre Vorrechte ungebührlich ausdehnen zu wollen. Schon 1713 schlossen Pfalz, Würtemberg, Hessen und andere Länder eine Union gegen das Bestreben der Ritterschaft, sich der schuldigen Jurisdiction

*) F. C. v. Moser XI. 280 f.

**) Bei einer Steuer von 90,000 fl. zahlte Schwaben 42,352 fl. 58 Kr., Franken 31,764 fl. 42 Kr., der Rhein nur 15,882 fl. 20 Kr.

***) Neueste Gesch. der reichsunmittelb. Ritterschaft II. 6. 62. 576.

zu entziehen, den Heimfall der Lehen zu hindern, die Zahlung der Zölle zu weigern, und erhoben die laute Klage (die wohl begründet war), „es sei bei den ritterschaftlichen Directorien gegen die von Adel fast niemalen einige Justiz, viel weniger Execution zu erlangen.“ Im Jahre 1744 erhoben sich der ganze schwäbische und oberrheinische Kreis, um die Ritterschaft wegen ähnlicher Beschwerden zu verklagen, und ein Jahr darauf traten die Städte mit der Beschuldigung hervor, die Ritter suchten sich die Gewalt über Personen anzumaßen, die ihrer Jurisdiction unterworfen seien.*)

Unter diesen Umständen war F. C. von Mosers Rath an die Ritterschaft freilich der beste**): „sich unter einander zu einigen und übrigens nach dem Sprüchwort procul a Jove procul a fulmine sich mit den größeren Reichsständen so wenig als möglich zu thun zu machen.“ Aber dieser Rath war leichter zu geben, als zu befolgen, und die Ritterschaft, selbst wenn sie friedfertiger gewesen wäre als sie war, konnte es nicht hindern, daß ihr durchbrochenes und umschlossenes Territorium Verluste erlitt, zu welchem die neuen Erwerbungen in keinem Verhältniß standen. Selbst die kaiserlichen Privilegien, wonach die an einen Dritten veräußerten ritterschaftlichen Güter zurückgekauft werden konnten und die an andere Stände übergegangenen Besitzungen dem ritterschaftlichen Besteuerungsrecht unterworfen bleiben sollten, selbst diese wichtigen Vorrechte, welche das ritterschaftliche Territorium zu einem Gebiete umschufen, blieben in der Praxis nichts weniger als unangefochten.

Diese äußeren Einbußen waren freilich nicht die einzige Ursache der ökonomischen Zerrüttung, die im Ritterstande um sich griff. Einmal war das Unwesen aufgekommen, die Zahl derer, die keine Handbreit unmittelbaren Landes besaßen und doch die staatsrechtlichen Eigenschaften der Ritter ansprachen, die sog. Personalisten, ins Ungemessene anwachsen zu lassen, so daß mit der Minderung des Besitzthums die Vermehrung der Genießenden und Prätendenten vollkommen gleichen Schritt hielt. Dann war der Haushalt in der Regel ganz schlecht; die adeligen Herren selber, wie ihre Beamten, standen als Finanzmänner in gleich übelm Rufe. Daß die Ordnung des Schuldenwesens bei der Ritterschaft zu den schwierigsten Dingen der Welt gehöre, Execution und Zahlung fast unmöglich zu erlangen sei, das galt selbst bei den Vertheidigern des Ritterstandes***) als eine ausgemachte Sache. Aber es wurden noch schlimmere Dinge geübt; Berichte der Zeit†) klagen, daß ritterschaftliche Beamte falsche Hypotheken machten, entweder auf erdichtete Schuldner oder ohne deren Wissen und Willen, und daß sie zu solchem Betrug das Amtssiegel in schändlicher Weise mißbrauchten.

---

*) Moser a. O. 180 a. f. 348. 389.

**) Kleine Schriften II. 29.

***) Mader, reichsritterſch. Magaz. VI. 455.

†) Mosers vermischte Nachrichten von reichsritterſch. Sachen S. 570 f.

Der ökonomische Ruin ward indessen zugleich durch den sittlichen Zustand der Ritterschaft beschleunigt. Die Verluste vieler Güter schrieb z. B. F. C. von Moser der „Schwelgerei und dem Großthun" der Ritter selber zu, und sogar das Aussterben einzelner Familien gab man dem Sittenzustande des Adels Schuld. „Die jungen Herren — klagt ein ritterschaftlicher Beamter*) — zumal wenn sie das Unglück haben, ihre Väter zeitig zu verlieren, lernen die französische und englische Lebensart kennen, verschwenden ihre Kräfte zu bald, halten den Ehestand nicht heilig und erzielen entweder keine rechtmäßige, oder nur eine schwächliche Nachkommenschaft, welche von Generation zu Generation abnimmt und endlich gar verlöscht." Allerdings war die schlichte, altväterische Sitte längst gewichen, und schon im 17. Jahrhundert verabredete sich ein ritterschaftlicher Canton:**) „alles unordentlichen Lebens, als Fressen, Saufen, Hurerei und anderer Laster müßig zu gehen und sich fortan eines ehrbaren Lebens zu befleißen, auch der übermäßigen Pracht bei ihren Weibern und Töchtern, die es nunmehr den Fürsten gleich und zuvor thun wollen, sich zu enthalten, endlich Siegel und Brief, Treu und Glauben besser als bisher in Acht zu nehmen und nicht so schlechtlich in den Wind zu schlagen."

Solche Verabredungen sind in der Regel nur Symptome, nicht Heilmittel des Verfalles: sie scheinen auch die Ritterschaft nicht viel gebessert zu haben, zumal seit ein Theil des Ritteradels seine natürliche Stellung völlig verließ und sie mit fürstlichen Diensten vertauschte. F. C. von Moser gibt uns eine treue Schilderung von dem Ruin, der damit in die Ritterburgen Eingang fand.***) „Einem Fürsten, sagt er, dient man ja wohl eine Zeitlang um die Ehre; man sucht ihm gefällig zu werden, man opfert seine letzten Kräfte, um der nächste an ihm zu sein, und die Hoffnung läßt den Muth niemals sinken, wenn auch Geld und Credit verschwinden. Das Cabinet macht reich; der Hof macht selten reich. Der Fürst gibt dem Edelmann eine ehrliche Besoldung und hilft ihm durch Spiel und Gala sie ehrlich wieder verzehren. Man muß allmälig von dem Seinigen zusetzen, man borgt, der Gläubiger dringt auf seine Zahlung. Der Fürst erfährt's, die Kammer zahlt dem Ritter seine Schulden, bekommt dagegen seine Güter, und dieser einen vornehmen Dienst beim Stall, Hof, Küche oder Keller, welcher ihm, so lange er lebt, hinreichend ist, seine glänzende Knechtschaft zu vergessen."

Daneben fehlt es nicht an abschreckenden Zügen roher und verwilderter Sitte. Die gemeinen Verbrechen der Fälschung, des Betruges, der Falschmünzerei, des Mordes, ja der Blutschande und ähnlicher Gräuel waren häu-

*) Mader, Magazin III. 569.
**) J. J. Moser, Beiträge S. 464.
***) Kleine Schriften II. 10.

figer, als man denken sollte;*) sie entsprangen aus schlechter Erziehung und der Gewohnheit, in dem kleinen Kreise, in dem man Herr war, sich Alles für erlaubt zu halten. Diese Rohheit und Unbändigkeit machte auch die körperschaftliche Organisation nicht selten unwirksam; klagte doch Kaiser Karl VI. in einem öffentlichen Actenstück über den Ungehorsam und die Gewaltthätigkeit, welche die einzelnen Ritter gegen Vorstand und Directoren an den Tag legten, und Joseph II. nahm einmal Anlaß, das „höchst unanständige" Betragen der Ritterschaft eines Cantons mißfällig zu rügen.**) Wenn das die Beschützer des Ritterstandes thaten, wie mußte das Urtheil der Anderen lauten!

Wohl gab es einzelne Familien, in denen der tüchtige und edle Stoff, der in dem Ritterthume lag, weder verweichlicht noch verwildert war; aber die Beispiele waren nicht häufig. Verband sich freilich mit dem alten Bewußtsein, die edelsten der Nation zu sein, und mit dem überlieferten Sinn für Freiheit und Ehre, die gute Zucht der Väter, so wurde auch etwas Rechtes daraus. Die Exempel eines Breidbach, Erthal, Gagern und vor Allen Stein beweisen schlagend, was aus dem Ritteradel zu machen war, aber diese Exempel bilden eben Ausnahmen. Ein großer Theil, statt in einem mächtigen nationalen Leben ein tüchtiges Element zu werden, ging in Standeshochmuth, Kleinstaaterei, rohen oder wüsten Sitten ökonomisch und sittlich zu Grunde.

Es erklärt dies die bezeichnende Erscheinung, daß kein Stand im alten Reiche bei der Mehrzahl der Nation so unpopulär war, wie der alte Reichsadel; daß ihn die nächste Umwälzung verschlungen hat, war zwar zunächst durch die auswärtige Einwirkung einer Revolution und eines fremden Eroberers veranlaßt, aber die Ursachen lagen tiefer. Die Privilegien des Adels, seine Steuerfreiheit, sein Vorrang in den bürgerlichen und militärischen Stellen, seine Versorgung durch die geistlichen Stifter, die Lasten, die er seinen Unterthanen in reicher Fülle auflegte, — diese ganze Summe von Gunst und Vorrecht wäre dem erwachenden Bewußtsein staatsbürgerlicher Gleichheit immer so gehässig gewesen, wenn der Ritteradel selber sich seines Vorrangs würdiger gezeigt hätte. Die Opposition gegen den Adel war schon im siebzehnten Jahrhundert in unserer Literatur sehr nachdrücklich hervorgetreten,***) sie wuchs außerordentlich bei dem Anblick des unerquicklichen Bildes, welches die ökonomischen und sittlichen Zustände eines großen Theils der Ritterschaft gewährten. In den Anschauungen, die kurz vor der Revolution über den Adel

*) Kerner, Staatsrecht II. 434. Vgl. Mader, Sammlung reichsgerichtlicher Erkenntnisse.

**) J. J. Moser, neueste Gesch. der Reichsv. II. 690. Dessen vermischte Nachrichten 579.

***) S. die Auszüge aus Opitz, Moscherosch u. a. bei Perthes S. 236.

herrschten, streiten sich Haß und Geringschätzung um den Vorrang;*) es bedurfte nur eines äußeren Anstoßes und die Reichsritterschaft fiel ungeschützt und unbeklagt zu Boden.

Diese Stimmungen zu mildern war freilich die Art ihres Regiments am wenigsten geeignet. Die ritterschaftlichen Enclaven schienen recht eigentlich bestimmt, die Folgen der kleinstaatlichen Misère aufzudecken. Wo sie zwischen die größeren Gebiete geistlicher und weltlicher Fürsten oder der Reichsstädte eingestreut waren, da trugen sie nur dazu bei, die gesunde staatliche Entwicklung zu hemmen. Laut klagte man, daß die ritterschaftlichen Gebiete den Verkehr störten, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigten und daß durch sie jede strenge Handhabung der Justiz und Polizei unmöglich werde. In den ritterschaftlichen Gebieten, hieß es, kann keine Commerz- und Zollordnung aufkommen, dort findet man die trefflichen Schulen nicht, die überall ringsum bestehen. Wohl aber hausen dort die Vagabunden, Zigeuner, Betteljuden und Afterärzte. Und diese Klagen waren nur zu begründet. Man lese z. B. den Vertrag, den Kurpfalz 1779 mit der kraichgauer Ritterschaft über die Herstellung der großen Landstraße schloß,**) um zu begreifen, welche Mühe und Umschweife es kostete, damit eine Strecke von wenig Meilen dem Verkehr zugänglich ward, und nicht etwa die große Handelsstraße von Nürnberg nach dem Rhein an den paar Dörfern der Herren von Massenbach, Gemmingen u. s. w. ein unüberwindliches Hinderniß fand. Auf der andern Seite thaten auch die angrenzenden Reichsstände in der Regel was an ihnen war, die verhaßten ritterschaftlichen Gebiete durch Hemmung des freien Verkehrs zu isoliren. Drum konnte schon das Handwerk dort nicht gedeihen; es hatte keinen Markt und entbehrte des ungestörten Verkehrs nach Außen. Die Bewohner waren in der Regel auf den Ackerbau und solche Handwerkszweige reducirt, die sich noch neben dem Ackerbau treiben ließen. Alles was Polizei und öffentliche Sicherheit anging, lag in den ritterschaftlichen Territorien in tiefster Zerrüttung. Kam ein Verbrechen vor, so sah man sich erst nach einem auswärtigen Juristen um; eine eigene Organisation und rechtliche Ueberlieferung bestand so wenig, als ordentliche Zuchthäuser. Es kam dann wohl vor, daß der Proceß so bunt geführt ward, daß der Angeklagte gerechten Anlaß hatte, Klage zu führen über die Ordnungswidrigkeiten und Gewaltthaten, die er habe leiden müssen; oder umgekehrt ward das loseste Gesindel mit solch nachlässiger Toleranz behandelt, daß alle Nachbarn sich beschwerten, die ritterschaftlichen Orte seien die Zuflucht aller Diebe und Gauner. Die Lage der Unterthanen war denn auch schlecht genug; wohl gab es noch ehrenwerthe Familien, die in der Weise alter Landjunker eine schlichte patriarchalische Wirth-

*) Statt vieler anderen nennen wir nur die Schrift von Pfeiffer: der Reichscavalier. 1787.

**) S. Maders Magazin II. 323 ff.

schaft führten und wenig von sich reden machten; aber es fanden sich auch Andere, die ihre reichsunmittelbare Stellung und die Lähmung aller öffentlichen Gewalt und Justiz des Reiches schmählich mißbrauchten. Von ihnen werden unzählige Bedrückungen der Unterthanen, Auflegung harter Frohnden und Steuern, persönliche Quälereien in reicher Zahl erwähnt, nicht selten auch bei verschiedener Confession der Herren und Unterthanen religiöse Unterdrückung geübt. Je kleiner der Kreis dieser winzigen Tyrannen war, desto unerträglicher wurde natürlich für jeden Einzelnen der Druck und die zum Theil ganz persönliche Chikane und Verfolgung. Es muß arg getrieben worden sein, denn nach den Schilderungen der Zeitgenossen standen viele ritterschaftlichen Gebiete selbst tief unter jenen fürstlichen Landen, deren Regierung nichts weniger als musterhaft war. In manchen Gegenden, sagt Moser, braucht man sich gar nicht nach der Ortsherrschaft zu erkundigen, man sieht es dem ganzen Dorfe an, daß es ritterschaftlich ist.

Nicht allein in diesen kleinstaatlichen Gruppen war der Umschwung der Zeit wahrzunehmen, auch bei einer vordem sehr gewichtigen Körperschaft, den Reichsstädten, ließ sich der Verfall des alten Reiches und seiner Bestandtheile nicht mehr verkennen. Einst war von diesen deutschen Städten die große Bewegung des Welthandels ausgegangen; sie hatten den Binnenverkehr an sich gerissen, sie beherrschten die Meere und die Häfen des europäischen Nordens. Durch sie ward im funfzehnten Jahrhundert nicht nur die bekannte Welt ausgebeutet, auch die ersten Entdeckungsfahrten nach der neuen gingen von ihnen aus. Die eigenthümlichsten Züge des deutschen Wesens, die zähe Geduld und Ausdauer, die Sinnigkeit und Tiefe in der Arbeit hatten sich damals hinter die Mauern dieser Städte geflüchtet und wirkten dort vereint zu einem großen Ziele, indeß sich draußen die Kraft des Einzelnen in Unbändigkeit und Selbsthülfe verlor. Welch eine Fülle des Wohlstandes war in diese Städte damals zusammengeströmt! Nicht nur die Pracht und Ueppigkeit eines Lebensgenusses, wie ihn die Höfe und Burgen kaum kannten, war hier eingekehrt; nicht nur in stolzen Bauten, Malereien und Zierrathen kündigte sich der satte Reichthum dieser Sitze bürgerlicher Arbeit an, auch die Kunst und die Wissenschaft fand lange Zeit hier die sicherste Pflege. Ja es konnte vorübergehend die Furcht oder Hoffnung auftauchen, es werde aus der Verbindung dieser städtischen Macht eine bleibende Umgestaltung der deutschen Reichsverfassung hervorgehen. Für den deutschen Südwesten wenigstens und die Gebiete an der Nord- und Ostsee lag im vierzehnten Jahrhundert die Wahrscheinlichkeit nahe genug, daß die städtischen Eidgenossenschaften Fürstenthum und Ritterschaft überwältigen und eine ähnliche Verbindung herstellen würden, wie die Städte und Bauern Oberalemanniens sie in der schweizer Eidgenossenschaft gegründet hatten.

Wie weit lag von solchen kühnen Zielen das Städtewesen des achtzehnten Jahrhunderts ab! Noch bestanden zwar einundfunfzig reichsunmittelbare Städte, darunter neben vielen winzigen und lebensunfähigen auch die Reste der einst großen und mächtigen, noch saßen sie in zwei Bänke (die schwäbische und rheinische) vertheilt auf dem Reichstage und bildeten ein besonderes Collegium mit einer eigenen Stimme; aber wir haben bereits früher gesehen, wie wenig Werth diese Stellung noch hatte und wie wenig Gewicht sie selber auf dies überlieferte Verhältniß legten. *)

Das sechszehnte Jahrhundert hatte die Reichsstädte noch in dem Vollgenuß ihres Wohlstandes, ihres behaglichen Lebens, ihrer Blüthe in Kunst und Wissenschaft gesehen, aber es war auch der Zeitraum, in welchem der Umschwung begann. Rasch nach einander folgte eine Reihe tiefeingreifender Ereignisse, welche die Katastrophe vorbereiteten. Der Welthandel suchte sich neue Wege, die Niederlande fielen vom Reiche ab, die nordischen Königreiche emancipirten sich, Liefland ging verloren, die Privilegien der Hanse in England wurden beschränkt, und nirgends bot sich ein Ersatz für die Einbuße des Binnenverkehrs, für den Verlust der Herrschaft auf den Meeren und die Verkürzung der Handelsmonopole. Die Periode des confessionellen Haders zu Ausgang des sechszehnten Jahrhunderts mußte diese Wunden nur schärfen; denn die kirchliche Ausschließlichkeit zersplitterte vollends, was sich mit aller Eintracht hätte zusammenfassen sollen. Die Austreibung der Protestanten aus Cöln z. B. schlug der Stadt eine lange nachwirkende Wunde, und neue Sitze bürgerlichen Fleißes, wie Crefeld, Elberfeld, nährten sich mit den Kräften und Capitalien, welche die Unduldsamkeit verstoßen. Die Bedrückung der wälschen Reformirten in Frankfurt a. M. legte den Grund zu der selbständigen Blüthe von Hanau und Offenbach. **)

Es folgte der dreißigjährige Krieg, der, wie er dem ganzen Reiche und dessen einzelnen Gebieten verderblich ward, so doch die Städte mit der nachhaltigsten Verwüstung heimsuchte und kaum eine ganz verschont ließ. Die Zeit nach dem westfälischen Frieden schaffte aber keine Erholung. In sich so

*) Auf der rheinischen Bank saßen: Aachen, Bremen, Cöln, Dortmund, Frankfurt, Friedberg, Goslar, Hamburg, Lübeck, Mühlhausen, Nordhausen, Speyer, Wetzlar, Worms; auf der schwäbischen: Aalen, Augsburg, Biberach, Bopfingen, Buchau, Buchhorn, Dünkelsbühl, Eßlingen, Gmünd, Gengenbach, Giengen, Hall, Heilbronn, Isny, Kaufbeuern, Kempten, Leutkirch, Lindau, Memmingen, Nördlingen, Nürnberg, Offenburg, Pfullendorf, Ravensburg, Regensburg, Reutlingen, Rotenburg, Rotweil, Schweinfurt, Ueberlingen, Ulm, Wangen, Weil, Weißenburg, Wimpfen, Windsheim, Zell. Davon wurden Aachen, Buchau, Buchhorn, Cöln, Gmünd, Gengenbach, Isny, Offenburg, Pfullendorf, Rotweil, Ueberlingen, Wangen, Weil, Zell als katholische, Augsburg, Biberach, Dünkelsbühl, Ravensburg als paritätische Städte betrachtet; der Rest war protestantisch.

**) Bartholds Geschichte der Städte IV. 433 ff.

tief erschüttert und zum Theil für immer in ihrem Wohlstand gebrochen, schienen die Städte schon damals dem Schicksale der Einverleibung in die fürstlichen Gebiete erliegen zu müssen, das sie anderthalb Jahrhunderte später traf. Von der landesherrlichen Macht allenthalben umdrängt, von ihrer Vergrößerungspolitik bedroht und gequält, hat damals manche früher gewaltige Stadt ihre Unabhängigkeit eingebüßt, und man durfte sich fast darüber wundern, daß die übrigen sie dem Namen nach behielten. Kaum fristeten noch die am Rhein eine bescheidene Existenz, als der furchtbare orleansche Krieg hereinbrach und die alten fränkischen Königsstädte, wie Worms und Speyer, der völligen Zerstörung preisgab. Sie verloren ihre frühere Geltung nun für immer und sanken zu Landstädtchen herab, in denen höchstens noch die alten Dome an vergangene Herrlichkeit erinnerten. Denn die Zeit war vorüber, wo sich die friedlichen Künste des Lebens, bürgerlicher Fleiß, Wissenschaft und Kunst fast nur hinter den Mauern der Reichsstädte in ungestörter Blüthe entfalten konnten; die größeren fürstlichen Gebiete waren jetzt der Raum geworden, auf dem sich das staatliche und Culturleben rührig entwickelte.

Im achtzehnten Jahrhundert hatte darum die große Mehrzahl ihre Bedeutung verloren, auch wenn sie dem Namen nach die alte Reichsunmittelbarkeit, die Selbstregierung durch gewählte Magistrate bewahrt hatten, noch ihre Directorien und Kreistage hielten und auf dem Reichstage eines der drei Collegien bildeten. Zu diesem stolzen Gehäuse der alten Zeit paßte indessen der Inhalt nicht mehr. Nur noch wenige Städte, wie Ulm und Nürnberg, besaßen noch ein reichsstädtisches Gebiet, waren aber dafür mit Schulden überhäuft. Zum Theil war diese ökonomische Bedrängniß dadurch verursacht, daß die Städte ihre Macht verloren hatten, der Handel meistens ganz darniederlag, sie jedoch gleichwohl nach dem Maßstabe ihrer früheren Kräfte von Reichswegen taxirt und besteuert wurden. Aber viel Schuld lag auch an ihnen selber. Ihre Verwaltung stand in ebenso schlechtem Rufe, wie die Redlichkeit und Uneigennützigkeit ihrer Magistrate; das rief den bitteren Hader zwischen dem Regimente und der Bürgerschaft hervor, bis am Ende eine kaiserliche Commission erschien und in jahrelanger Untersuchung der Stadt neue Schuldenlasten aufbürdete. Dazu kamen die unausgesetzten Bedrängnisse der angrenzenden Landesherren, denen die Städte zu widerstehen theils zu schwach, theils zu uneinig waren. Zwar hatte der westfälische Friede auch ihre Landeshoheit ausdrücklich anerkannt, aber sie ward zugleich vom Kaiser und den Reichsgerichten, die hier fast allein noch eine wirksame Autorität entfalteten, und von den Landesfürsten in sehr bescheidene Grenzen eingeengt.

Innerhalb dieser engen Grenzen selber hatte der Verfall lange begonnen. Den Verfassungen auch der besseren fehlte die Fähigkeit, das Regiment durch frischen Stoff aus der Gemeinde zu verjüngen; in der Regel war entweder das Uebergewicht bei den Zünften, oder es herrschte eine Anzahl patricischer Familien mit allem Unverstand und allem Uebermuth, dessen Oligarchien fä-

hig sind. Indessen ob aristokratisch oder demokratisch, allenthalben waren die Verfassungen in eine gleichmäßige Erstarrung gerathen; in der Aristokratie klagte man über unerträgliche Despotie einer Coterie von Familien, in der Demokratie über unsaubere Wahlumtriebe und eigennützige Kameradschaften. Familienselbstsucht und Nepotismus war in beiden gleich heimisch, und wir hören nicht, daß die eine oder die andere Form vor den geläufigen Gebrechen, vor Begünstigung der Unfähigen, Ausbeutung des Staatsvermögens, Käuflichkeit und Bestechlichkeit hat schirmen können. Wo das Uebel minder grell auftrat, war es Verdienst der Personen; aber im Ganzen stand die städtische Administration und Justiz in einem so üblen Rufe, wie nur immer die der geistlichen Staaten, der Grafschaften und der ritterschaftlichen Gebiete. Bald gingen bei Processen die Acten verloren, bald ließ man den Inquisiten laufen und der Kaiser oder der Reichshofrath mischte sich in die tief verfallene Rechtspflege, bald kamen bei Civilhändeln, namentlich bei Concursprocessen, die gröbsten Unredlichkeiten vor, kurz die Fälle, wo diese Rechtspflege die Einmischung des Reiches hervorrief, sind so häufig und noch häufiger als die Klagen über die Justiz- und Polizeianarchie auf den ritterschaftlichen Gebieten. Das Schuldenwesen, theils durch wirkliche Ueberbürdung und den Verlust des alten Wohlstandes, theils aber auch durch sorglose und unredliche Verwaltung hervorgerufen, war eine fast allgemeine Krankheit der Reichsstädte; selten daß eine verschont blieb von den kaiserlichen Commissarien, deren Kosten dann in der Regel den Bankerutt beschleunigten. Das früher so blühende bürgerliche Gewerbe war verfallen; der handwerktreibende Theil der Bevölkerung theils in eine tiefe Erschlaffung gerathen, theils durch eine verkehrte Zunftgesetzgebung gehindert, sich zu einer freien und selbständigen Thätigkeit zu entwickeln. *)

So war denn auch besonders seit dem westfälischen Frieden mit der materiellen Kraft zugleich das Selbstvertrauen und der kühne Freiheitsstolz der alten Zeit verloren gegangen. Die bekannten Episoden im vorigen Jahrhundert, wo einzelne kühne Freibeuter, z. B. im siebenjährigen Kriege, mit einer Handvoll Husaren die größeren Städte zu hohen Brandschatzungen zwangen, bezeugen hinlänglich, wie sehr selbst die Erinnerung an die früheren Zeiten verwischt war. Die städtischen Contingente bildeten an Material und Rüstung den Theil der Reichsarmee, der am meisten dazu beitrug, die ganze Einrichtung dem Gelächter preiszugeben, und es waren nicht etwa nur die Männer von Bopfingen, Aalen, Isny oder Giengen, welche diesen Spott herausforderten, sondern auch die Heereskraft größerer Städte war in ähnlichen tiefen Verfall gerathen. Das ganze Gedächtniß an die alte Zeit mit ihrem ungebeugten Freiheitssinne, ihrer Tapferkeit und ihrem Opfermuthe schien erloschen;

*) J. J. Moser's reichsstädtische Regimentsverfassung S. 218 ff. 293 ff. Barthold IV. S. 483 ff. Vergl. auch Biedermann's Deutschland im achtzehnten Jahrhundert I. 187 ff.

die förmliche und bedächtige Art der Vorfahren war in wunderliche und pedantische Manieren umgeschlagen, denen man die dumpfe Schwerfälligkeit des hergebrachten Lebens und den engen Gesichtskreis anfühlte, in dem sich die städtische Bevölkerung selber festgebannt. Zur Charakteristik der Veränderung, die mit diesen ehemaligen Sitzen bürgerlichen Unternehmungsgeistes vorgegangen war, wüßten wir kaum einen bezeichnendern Zug zu nennen, als die Beschwerde, womit der reichsstädtische Körper 1790 vor den Reichstag trat. Die Städte klagen darin wegen vielfältiger Beeinträchtigung durch das Postwesen; es werde dadurch das uralte und wohlhergebrachte Stadt- und Landbotenwesen gestört. Sie bitten daher „die zum größten Nachtheil der bürgerlichen Nahrung errichteten Postwagen" entweder wieder abzustellen, oder doch dieselben auf alleinigen Transport der Reisenden und ihres Gepäcks zu beschränken, auch keine neuen zu errichten, ohne Zustimmung der Reichsstände, deren Gebiet sie berühren.*)

Daß das alte städtische Leben verfallen sei und einer vollständigen Erneuerung bedürfe, diese Ueberzeugung verbreitete sich immer allgemeiner, je tiefer und unheilbarer namentlich der materielle Wohlstand verfiel. Die Frage, wie dem Handel und Handwerk aufzuhelfen sei, beschäftigte die einsichtsvollsten Patrioten, z. B. Justus Möser**), aber der Verfall schritt unaufhaltsam vorwärts. Innerhalb der überlieferten Formen war dem herabgekommenen Geschlechte nicht mehr zu helfen; es mußte eine andere Zeit kommen, die durch gewaltsame Erschütterungen hindurch auf den Trümmern des alten die Grundlagen eines neuen deutschen Bürgerthums legte.

Im achtzehnten Jahrhundert hat sich ein regeres Leben fast nur in den fürstlichen Städten entwickelt. Während die Reichsstädte kümmerlich ihre Existenz fristen, von den benachbarten Landesherren und dem eigenen Verfall bedrängt sich abschließen gegen die Strömung der Zeit, erhoben sich, wohl zum Theil künstlich gepflegt, neue Residenzstädte, die Lieblinge des fürstlichen Wohlwollens, und wurden rasch zu bedeutsamen Mittelpunkten des geistigen Verkehrs der Zeit. Man konnte aus diesen extemporirten Städten freilich auch nicht entfernt das machen, was die alten Reichsstädte einst gewesen, zumal nicht selten die ganze Anlage geographisch verfehlt und mehr durch fürstliche Liebhabereien als durch natürliche Hülfsquellen bedingt war. Aber sie und noch mehr die wieder zu selbständiger geistiger Thätigkeit aufblühenden Universitäten übten doch eine Wirkung auf das Gesammtleben der Nation, wie die Reichsstädte sie seit lange verloren hatten. Oder um von den beiden Hauptstädten Oesterreichs und Preußens nicht zu reden, war nicht der Einfluß, den im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts Städte wie Weimar, Jena, Göttingen, Königsberg u. a. auf die deutsche Entwicklung geltend machten,

*) Reichstagsschriften Cart. 472 auf der Münchn. Bibl.

**) S. Mösers Werke, herausgegeben von Abeken. I. 96. 113. 147 f. 263. 337. 349.

unendlich viel bedeutender als Alles, was die Reichsstädte dagegen einzusetzen hatten? An die Reichsstädte von wenigen tausend Einwohnern, an Bopfingen, Giengen, Isny, Gengenbach und ähnliche konnte man auch nicht einmal die Anmuthung stellen, daß sie sich über den engen Kreis ihrer localen Misère erheben sollten; aber auch Nürnberg, Augsburg, Ulm, Frankfurt und Cöln hatten nicht die lebendige Beziehung mehr mit dem geistigen Leben der Nation, die sie früher gehabt. Eine gewisse Bedeutung behauptet im vorigen Jahrhundert nur Hamburg und auch dieses aus andern Gründen, als weil es eine Reichsstadt war.

Ein Zustand solcher Art konnte eine größere Erschütterung nicht mehr überdauern. Von der geistigen Bewegung der Nation abgesperrt, aller der Vortheile entbehrend, welche das Staatsleben auf einem größeren Raume gewährte, in materiellem Wohlstande tief herabgekommen und zugleich in Schlaffheit und Verknöcherung befangen, ohne lebendigen Trieb, aus der Zerrüttung sich emporzuarbeiten, sondern eben nur von dem Schatten alter Größe und Herrlichkeit zehrend — so konnten die Reichsstädte wohl noch in friedlichen Zeiten fortvegetiren, aber dem Sturme nicht mehr trotzen, den eine neue Weltepoche brachte. Sie theilten mit den geistlichen Staaten und den Gebieten der kleinen reichsunmittelbaren Herren das Loos, von Stoffen der Gährung am stärksten erfüllt und jeder revolutionären Berührung am meisten ausgesetzt zu sein. Drum erlagen sie auch mit jenen am raschesten dem ersten Einflusse der neuen Zeiten.

Das Bewußtsein dieser Schwäche machte sich denn auch mit jedem Tage mehr geltend. Als im Anfange der neunziger Jahre über das tief zerrüttete Nürnberg wieder einmal eine Commission (des fränkischen Kreises) kam und die Gründe der ökonomischen Krisis prüfte, da tauchten natürlich von Seiten der Nürnberger die alten Klagen auf: der geänderte Zug des deutschen Handels, der dreißigjährige Krieg, die Kriegsbedrängnisse der späteren Zeit, Theuerung und Getreidesperre, auch unbillige Matrikularanschläge hätten sie so tief herabgebracht. Aber mit Recht sucht die Commission die Quellen des Verfalles zugleich in den Bürgern selbst und schließt ihren Bericht mit dem ahnungsvollen Worte, das für den größten Theil der Städte galt: „Keine menschliche Kraft noch Weisheit kann den hereinbrechenden Umsturz und alles das unermeßliche Elend, was die Folge davon sein muß, abhalten, es sei denn, daß eine ganz neue Schöpfung in der gesammten Staatshaushaltung eintritt. Eine ganz neue Schöpfung muß es sein, welche die todten Kräfte beleben, die schlummernden wecken, ein richtiges und ungehindertes Zusammenwirken herstellen und Alles auf den Mittelpunkt des öffentlichen Wohles vereinigen kann.“*)

Die wunderliche Zergliederung des Reiches in zahllose Sonderexistenzen

*) Reuß, Staatscanzlei XXXIII. 46.

war mit den kleinen Reichsstädten und ritterschaftlichen Enclaven noch nicht erschöpft; es gab selbst noch reichsunmittelbare Dörfer.*) Etwas mehr als ein Dutzend dieser Dörfer hatten sich in Schwaben und Franken die Reichsunmittelbarkeit gerettet, übten das Hoheitsrecht in Kirchensachen, errichteten Dorfordnungen, wählten ihre Schultheißen, setzten gerichtliche Personen ein und ab und handhabten auch eine Art von Rechtspflege. Ferner gab es Personen, Familien und Körperschaften, welche reichsunmittelbare Güter besaßen und, ohne Reichsstände zu sein, doch als reichsunmittelbar betrachtet wurden. Manche Kirche und Abtei, manche kleine Gutsherrschaft, auch einzelne Familien befanden sich in diesem Verhältniß; zur Zeit, wo es galt, von ihnen Beisteuern ähnlicher Art, wie die ritterschaftlichen Charitativsubsidien zu erheben, da war, wie ein Publicist sagt, der kaiserliche Hof „in diesem Stück ebenfalls in Gnaden ihrer eingedenk."

Eine gesunde und natürliche Gliederung konnte man dies nicht mehr nennen. Vielmehr hatte der alte Moser vollkommen Recht, wenn er unmuthig ausrief:**) „Vormals wußte man von keinem fürstlichen Hause ohne Fürstenthum, keinem gräflichen ohne Grafschaft; nun ist das Alles anders, wir haben 150 Personalisten gegen einen Realisten..... Es ist Alles bei uns in Confusion, so gut oder ärger, als Polen durch Verwirrung regiert wird."

Aeußerungen wie diese ließen sich eine ganze Reihe aufzeichnen; sie beweisen, wie wenig Illusionen über den Werth der bestehenden Formen sich die klarsten und einsichtsvollsten Köpfe damals machten. Und wenn ein Moser so urtheilte, dessen Bildung und Lebensansicht eben mit dieser alten untergehenden Zeit innig verflochten war, wie mußte das junge Geschlecht denken, das unter den Eindrücken der Thaten Friedrichs des Großen aufgewachsen und von den Richtungen der neuen Geistesbildung seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts beherrscht war! Diesem jungen Geschlecht war auch die Pietät für die überlieferten Formen fremd, welche die ältere Generation unverkennbar noch erfüllte; ihm erschien das alte Reich nur wie eine wunderliche Ruine mittelalterlich-byzantinischer Zeiten, die es ohne Haß und ohne Liebe betrachtete. Von dem Geiste antiker classischer Bildung und moderner Speculation erfüllt, war das Interesse und die Thätigkeit dieser Generation

*) S. Jenichens Vorrede zu Lünigs wohl abgefaßten Schreiben. Bamberg 1751. In Franken waren es die Dörfer Gochsheim und Sennfeld; im Nordgau Kaldorf, Petersbach, Biburg, Wengen, Priesenstatt, Huttenheim, Maynberheim, Haidingsfeld, Sainsheim, Aahusen; in Schwaben Großgartach, Uffkirchen, Suffelheim, Godramstein und einige andere.

**) Von den deutschen Reichsständen S. 1264.

auf ganz andere Ziele gerichtet, als auf die politische und publicistische Betrachtung, der noch zwei so treffliche Kernnaturen der alten Zeit, wie die beiden Moser, ihr ganzes Leben gewidmet hatten.

Eine gewaltige Revolution unseres geistigen Lebens ward von diesem jungen Nachwuchse vorbereitet. Indessen der Dichter der Messiade das religiöse und nationale Pathos im deutschen Volke neu erweckte, in Form und Inhalt der Trivialität der hergebrachten Bildung den Krieg erklärte und in der Jugend namentlich sich einen begeisterten Anhang gleichen Sinnes großzog, befreite uns Lessing von der Herrschaft französischer Muster und Theorien und führte die Nation zu jener antiken Natur und Einfachheit zurück, die unserem innersten Wesen verwandt war. Diese unblutigen Kämpfe, die Emancipation nationaler Kunst und Kritik von den Fesseln fremder Mode und fremden Zopfes, das Wiederaufleben antiker Bildung, das Ringen gegen den starren und geistlosen Formalismus in der Kirche, der Schule und dem Hause, die Erzeugung eigener und originaler Kunstschöpfungen an der Stelle fremder Copien — diese ganze Umwälzung, deren Verlauf wir hier nicht darzustellen haben, mußte auch das politische Leben der Nation einer zwar langsamen aber durchgreifenden Revolution entgegenführen. Welches der Ausgang sein würde, ob das geistige Gebiet des Denkens und Dichtens den Trieb politischen Handelns vollends absorbiren, oder ob die literarische Umwälzung die Brücke werden würde zu einer neuen Erweckung auch des äußeren nationalen Lebens, das lag im Schooße der Zukunft; nur das Eine war klar, daß die überlieferten Formen des alten Reiches in der neuen Geistesbewegung keine Stütze finden würden. Das junge Geschlecht, von den Anschauungen antiker Kunst erfüllt, von dem enthusiastischen Eifer der Aufklärung und Humanität des Jahrhunderts begeistert, stand den alten Formen zum wenigsten fremd, wenn nicht feindselig gegenüber; ja, seine ausschließlich abstracte Bildung, wie seine humane und weltbürgerliche Lebensansicht zog es vom Gebiete äußerer politischer Dinge überhaupt ab. Die neue Bildung fand ihren Stolz darin, nicht auf einer realen Grundlage nationaler und politischer Zustände zu ruhen; sie rühmte sich mit einem Eifer, der uns fast undeutsch klingt, ihrer weltbürgerlichen und humanen Unbegränztheit. Das Wort von Herder, der spöttisch fragt: „was ist eine Nation?“ und darin nichts finden will, als „einen großen ungejäteten Garten voll Kraut und Unkraut, einen Sammelplatz von Thorheiten und Fehlern, wie von Vortrefflichkeit und Tugend“, ist bisweilen als ein bezeichnender Ausdruck dieses ungestümen kosmopolitischen Eifers angeführt und gerügt worden. Aber auch Lessing, der unter allen Trägern der neuen Bildung am meisten dafür gethan, den deutschen Geist aus fremden Banden zu lösen und wieder zu sich selbst zurückzuführen, dem, wie jede Uebertreibung, so auch die des Kosmopolitismus fremd war, zieht sich auf den Standpunkt nationaler Entsagung zurück. „Ueber den gutherzigen Einfall, — ruft er bitter aus — den Deutschen ein Nationaltheater zu ver-

schaffen, da wir Deutschen doch keine Nation sind! Ich rede nicht von der politischen Verfassung, sondern nur von dem sittlichen Charakter. Fast sollte man sagen, dieser sei: keinen eignen haben zu wollen." Derselbe Mann, der sein Leben dem Kampfe für die geistige Erweckung der Nation geweiht, sprach das charakteristische Wort aus: „ich habe von der Liebe des Vaterlandes keinen Begriff und sie scheint mir aufs höchste eine heroische Schwachheit, die ich recht gern entbehre."

Es bedurfte ohne Zweifel noch gewaltiger Durchgänge und herber Prüfungen, bis diese weltbürgerliche Gleichgültigkeit des jungen Geschlechts überwunden war. Vielleicht war der völlige Umsturz der alten Formen, eine neue Theilung deutschen Landes und Volkes, eine Fremdherrschaft und eine Unterdrückung, schlimmer als die des dreißigjährigen Krieges, nothwendig, um die Ueberzeugung, die im alten Reiche verloren gegangen, neu zu erwecken: daß die Liebe zum Vaterlande etwas mehr sei, als eine „heroische Schwachheit." Für's Erste war bis dahin noch ein weiter Weg zurückzulegen. Wir irren so leicht bei der Beurtheilung der politischen Handlungen jener Zeiten, indem wir den Maßstab unserer Betrachtung anlegen. Wir sind jetzt gewohnt, den westfälischen Frieden und was voranging, als eine Calamität Deutschlands zu betrachten, weil wir den letzten Ausgang dieser Entwicklung, den Rheinbund und die Dreitheilung Deutschlands vor Augen haben; uns erscheint französischer Schutz und französische Einmischung, in welcher Gestalt sie sich auch geltend machen mag, als schmachvoll, weil wir unter den Erinnerungen bonaparteſcher Herrschaft aufgewachsen sind. Aber diese Anschauungen sind Ergebnisse unseres Jahrhunderts, sie waren dem literarischen Geschlechte des vorigen fremd. Nicht die Kritiker und Poeten allein, auch die Geschichtschreiber und Politiker jener Tage sind von Meinungen beherrscht, wie sie in heutiger Zeit kaum Jemand wagen dürfte, offen zu bekennen. Der Ansicht z. B., daß der westfälische Friede die Grundlage „deutscher Freiheit" sei, begegnen wir in den meisten hervorragenden Schriftstellern jener Tage. Oder ein Mann wie Dohm konnte beim Abschluß des Fürstenbundes offen erklären, daß die Vereinigung Baierns mit Oesterreich dem französischen Interesse zuwider sei, indem sie das Eindringen der Franzosen in das Herz der österreichischen Erblande erschwere; und er durfte, ohne Spott und Erbitterung zu erregen, dies als einen Beweggrund geltend machen, jenen österreichischen Projecten entgegenzutreten.

Diese Stimmung der Geister macht es begreiflich, daß ein Mann wie Justus Möser im Großen und Ganzen doch eigentlich einen nur mäßigen Einfluß hat üben können. Ein Geist, wie der seinige, der, an die noch gesunden niedersächsischen Verhältnisse anknüpfend, vom Kleinen und Einzelnen zur Reform des Großen und Allgemeinen hinstrebte, dem die kosmopolitische Bildung des Jahrhunderts den feinen Takt für das Volksthümliche und Deutsche nicht abgestumpft, der mit dem richtigsten Verständniß für die Man-

nigfaltigkeit des deutſchen Lebens der aufkeimenden Richtung des Uniformirens und Centraliſirens entgegentrat, ein ſolcher Geiſt konnte in einer Zeit, wo der kosmopolitiſche Humanitätseifer in voller Blüthe ſtand, nur eben einen begränzten Einfluß gewinnen. Und doch iſt in den kleinen Aufſätzen von ihm nicht nur das locale Daſein ſeiner weſtfäliſchen Heimath mit dem feinen Sinn des Geſchichtſchreibers und Politikers behandelt, ſondern die wichtigſten und eingreifendſten Fragen, welche die Erweckung des geſammten nationalen Lebens berührten, haben dort ihre Erörterung gefunden. Was er „patriotiſche Phantaſien" nannte, iſt von luftiger Phantaſterei ſo frei, wie irgend etwas in dieſer ſtürmiſchen und kraftgenialen Zeit; aber eben dieſe nüchterne Realität widerſprach der vorwiegenden Neigung des jüngeren Geſchlechts in der Literatur, und jene beredten Prediger der Humanität, denen eine Nation nur wie ein „ungejäteter Garten voll Kraut und Unkraut" erſchien, trafen ohne Zweifel mit der herrſchenden Stimmung der Geiſter näher zuſammen, als der osnabrückiſche advocatus patriae.

Es ſtand eine Zeit bevor, die dem äſthetiſchen Genießen und der unthätigen Beſchaulichkeit gewaltſam ein Ziel ſetzte; die künſtleriſche Selbſtgenügſamkeit und die Schwärmerei des Weltbürgerthums ward unſanft genug aus ihrer Ruhe aufgeſchreckt, und die Fragen, was eine Nation, was die Liebe zum Vaterlande werth ſei, erhielten dann wieder eine praktiſche Bedeutung, welche ſich die großen Träger der literariſchen Umwälzung ſeit 1750 nicht träumen ließen. Was der Ausgang dieſer Erſchütterungen ſein würde, das lag völlig im Ungewiſſen; nur über das Schickſal der alten Formen des Reiches konnte kaum ein Zweifel beſtehen. Waren ſie in ſich ſelber nicht lebenskräftig genug, den erſten Sturm zu überdauern, ſo gab die geiſtige Richtung der Nation noch weniger eine Bürgſchaft für ihr Beſtehen.

Sechster Abschnitt.

Friedrich II. und Joseph II.

Während die Formen des Reiches und die winzigen kleinstaatlichen Gruppen von Tag zu Tag tiefer verfielen, waren jene neuen Kräfte innerhalb des Reiches emporgewachsen, von denen fortan die Macht und politische Entwicklung Deutschlands bestimmt war: Oesterreich und Preußen standen sich in ihrer äußeren Verknüpfung durch das Reich und zugleich in ihrem scharfen, rivalen Gegensatze gegenüber. Dieselben Jahre, welche die tiefe Zerrüttung der alten Ordnungen des Reiches vor Aller Augen enthüllen, sind darum zugleich von weltgeschichtlicher Bedeutung durch das Entstehen und Wachsthum der neuen Staatsmächte. Es ist die Zeit, wo Friedrich II. unserem gesammten nationalen Leben eine andere Richtung gab, und den Regierungen das Vorbild einer neuen Staatsweisheit ward, deren Wirkungen bald bis in die kleinsten Kreise unseres politischen Lebens hereindrangen. Zwar liegt es jenseits der Grenze unserer geschichtlichen Aufgabe, diese Zeit im Einzelnen zu schildern, doch durften wir den großen und bleibenden Einfluß nicht unerwähnt lassen, den Friedrichs und Maria Theresias Zeiten auf das gesammte Dasein der deutschen Nation übten. Friedrich besonders, indem er erst seinem jungen Königthume eine breitere Grundlage an Macht und Umfang schuf, hierauf in den eilf Friedensjahren von 1745—1756 die innere Ordnung des Staatswesens aufrichtete und dann in einem furchtbaren Kampfe sieben Jahre lang gegen den größeren Theil von Europa das unübertroffene Muster des Feldherrn und königlichen Helden aufstellte, war zu einem Grade europäischer Anerkennung gelangt, wie es seit Jahrhunderten keinem deutschen Fürsten mehr gelungen war. Seine friedliche Regententhätigkeit hatte dazu eben so viel mitgewirkt, wie seine Siege; man war allenthalben eifrig bemüht, nicht nur die Armeen, sondern auch die Staatsordnung nach preußischem Muster einzurichten. Der wachsame haushälterische König, der mit unermüdlicher Sorgfalt wüste Stellen seines Landes urbar machte, Colonisten hereinzog, Ackerbau und Gewerbe unterstützte, jedem Zweige bürgerlicher Thätigkeit seine

Aufmerksamkeit schenkte und bei den bescheidensten persönlichen Bedürfnissen die ganze Frucht seiner Sparsamkeit wieder nur dem Ganzen zuwendete, ward im Großen und Kleinen, mit Erfolg und auch oft genug ganz unglücklich, allenthalben nachgeahmt. Man bewunderte diesen wohlgeordneten Staat, seine straffe militärische Verwaltung, die finanzielle Pünktlichkeit, den regen Arbeitstrieb der Bevölkerung, man pries das tolerante und aufgeklärte Regiment des großen Königs, man rühmte mit Recht die treffliche Rechtspflege, die allen Unterthanen eine höhere Sicherheit der Person und des Eigenthums gab, als sie irgendwo bis dahin in einem absoluten Staate vorhanden gewesen und die eben durch das Gefühl, nicht blos von Willkür, sondern von Gesetzen und Rechten abzuhängen, jedem Einzelnen ein Selbstbewußtsein verlieh, wie es sonst nur unter dem Schutze der Freiheit gedeiht.

In fast allen europäischen Staaten, den romanischen Ländern des Südens und Westens, wie im scandinavischen Norden, in den größeren und kleineren weltlichen Territorien Deutschlands, wie in den geistlichen Landen, gibt sich diese bewundernde Nachahmung von Friedrichs Regierungsweise kund. Die Erfolge freilich sind so verschieden, wie es die nachahmenden Persönlichkeiten waren, und wie es zu geschehen pflegt, war man in der Nachahmung der Schattenseiten häufig nicht minder eifrig, als in dem Wetteifer um die Vorzüge. Am gewöhnlichsten ward äußeren mechanischen Hebeln das als Verdienst zugerechnet, was immer vorzugsweise die gesegnete Wirkung von Friedrichs Persönlichkeit war. Denn so merkwürdig die Maschine des preußischen Staates war, sie war doch wieder zu complicirt und gespannt, um nicht manche Nachtheile zuzulassen, die eben nur das wachsame, tiefblickende Herrschergenie des Königs selbst abzuwenden oder zu mildern vermochte. Dieser Mechanismus der preußischen Cabinetsregierung, den unter Friedrich ganz Europa für unübertrefflich hielt, wirkte unter einem verschiedenen Nachfolger geradezu verderblich und ward 20 Jahre nach Friedrichs Tode als eine der unzweifelhaften Ursachen des Untergangs der alten Monarchie angesehen. Ja, auch von Friedrich selber sind, wie Dohm sagt,*) Entscheidungen ausgegangen, die auf mangelhafter Kenntniß, auf Vorurtheilen, Neigungen oder Abneigungen beruhten, und waren sie einmal ausgesprochen, so mußten sie befolgt werden, denn strenge Consequenz und unveränderte Behauptung ihrer Verfügungen mußte gerade bei einer Regierung, wie die Friedrichs war, für etwas höchst wichtiges gelten. Drum begreifen wir auch die Klage, die derselbe warme Bewunderer Friedrichs ausspricht: wie unter einem Regenten, der mit so großer Einsicht, so edlem Willen, so unglaublicher Thätigkeit 46 Jahre lang selbst regiert hat, doch so viel Gutes nicht geschehen ist und so viel Schlechtes dem Regenten unbemerkt hat einwurzeln können.

Mit allem Rechte rühmte man z. B. an der Verwaltung des großen

*) Denkwürdigk. IV. 126. 370.

Königs, daß kaum irgendwo der Bauer in einem so erträglichen Zustande sich befinde, wie in Preußen, und doch stand die Wirklichkeit weit hinter dem zurück, was der König erstrebte und durch seine Anordnungen zu erreichen hoffte. Noch bestand in einem großen Theile der Monarchie, namentlich in den alten Provinzen, die Last der Erbunterthänigkeit; war auch seit 1717 die persönliche Leibeigenschaft gefallen, so blieb doch die am Boden des Gutes haftende Unfreiheit noch drückend genug. Die feudalen Lasten und Abgaben in ihrer oft sehr unbestimmten Begrenzung, das Fuhren- und Vorspannswesen, die gutsherrliche Justiz u. s. w. bestanden fort und konnten auf die Dauer das Aufkommen eines tüchtigen und selbständigen Bauernstandes nur hindern. Ein Vergleich des Zustandes in der Mark, in Pommern, in Preußen und selbst in dem so sichtbar aufblühenden Schlesien mit den Bauern im Halberstädtischen und Magdeburgischen, in Ostfriesland und einzelnen Strichen am Rhein, wo mäßige Abgaben und festbegrenzte Pflichten herrschten, fiel durchaus zu Gunsten der letzteren aus; der Wohlstand war größer und darum auch die Rührigkeit und geistige Cultur bedeutender. Es lag entschieden im Willen des Königs, jenen Zustand wenigstens zu mildern und durch feste Normen die feudale Willkür zu zügeln. Wie viele Mühe ward nicht angewendet, den Bauer zu heben, ihn vor dem Uebermaß der Belastung zu schützen, gutsherrliche Mißhandlungen gründlich zu beseitigen, die Frohnen zu reguliren, das Prügeln der Bauern abzuschaffen u. s. w. — und wie unvollkommen ward des Königs treffliche Absicht erreicht!*) Der Mechanismus war stärker als sein edler Wille; gegenüber dem Adel und Beamtenthum, so sehr beides gerade in Preußen disciplinirt war, erwies sich doch selbst eine Persönlichkeit, wie die Friedrichs, nicht selten als unzulänglich. Welche Gewähr gegen jene Uebel gab aber die bestehende Maschine, wenn ein Geist und ein Wille, wie der des großen Königs, nicht ausreichte, den eingewurzelten Mißbrauch zu überwinden!

Es war einer der verhängnißvollsten Irrthümer der folgenden Generation, daß sie dies Verhältniß völlig verkannte; sie hielt den Mechanismus für unfehlbar, wo doch nur der wachsame Geist eines unvergleichlichen Fürsten dessen natürliche Fehler gemildert und beseitigt hatte. Dies zu erreichen, bedurfte es bei dem Umfange und den Mitteln des Staates der allereifrigsten Sorge; denn Preußen war nicht so beschaffen, daß man, wie anderwärts, unbekümmert auf unerschöpfliche Hülfsquellen hin hätte sündigen können. Treffend schildert ein preußischer Geschichtschreiber**) den großen König mit den Worten: „Da saß der alte Meister in seinem Sanssouci sorgenvoll und rechnete von früh bis spät und sah nach, daß die Zähne des künstlichen, vielfach abge-

*) S. die belehrende Ausführung in Stenzel, preuß. Gesch. IV. 307—316. Vgl. Dohm IV. 403 f.

**) Stenzel II. 5.

ſtuften Räderwerkes vollkommen in einander griffen, daß die Reibung nicht zu ſtark würde, oder wohl gar die Zapfen aus den Löchern wichen, immer half er Stockungen nach, änderte aber im Weſentlichen nichts, denn er würde das Ganze vernichtet haben, was noch Dauer verſprach, ſondern ſuchte nur noch die Bewegung zu erleichtern und zu beſchleunigen, ohne doch die Federkraft zu erhöhen, *denn dieſe war auf's Aeußerſte geſpannt.*"

Dieſe äußerſte Spannung war eine Folge des Mißverhältniſſes, welches zwiſchen dem Umfange und den natürlichen Kräften der Monarchie und zwiſchen ihrer äußeren Weltſtellung obwaltete. Ein Staat, der die am wenigſten begünſtigten Landſchaften Deutſchlands umfaßte, ungleich bevölkert und zum Theil erſt der Cultur erobert, von mäßigem Umfang und ſchlecht arrondirt, nach allen Seiten hin eiferſüchtigen und feindſeligen Nachbarn offen, ein ſolcher Staat, den nur das wachſamſte und tüchtigſte Regiment und nur die rührigſte Arbeitskraft ſeiner Bewohner über die natürlichen Schwächen ſeiner Lage hinwegheben konnte, war mit einem Male in die Reihe der Großſtaaten Europas eingetreten und mußte eine Heereskraft unterhalten, wie ſie dieſer Stellung entſprach. Unter den europäiſchen Großſtaaten der jüngſte und bei weitem kleinſte, ohne überlieferte Allianzen, vielmehr mit Mißtrauen von Allen, mit Haß von den Meiſten angeſehen, konnte er nur durch die höchſte Entfaltung aller Kräfte der Regierenden und Regierten auf ſolch angefochtener Höhe ſich behaupten.

Der ſiebenjährige Krieg hatte Preußens moraliſche Macht in der Feuerprobe eines furchtbaren Kampfes geſtählt und bewährt; aber die materiellen Folgen des Krieges, dem das Land als Schauplatz und als Nahrung gedient, waren darum doch nur ſehr ſchwer und langſam zu verſchmerzen. Die Finanzen des Landes waren ſo beſchaffen, daß ſchon im Frieden alle Kräfte ſtraff zuſammengenommen werden mußten; ein Krieg wie der ſiebenjährige überſtieg die Tragkräfte des Staates. War es der höchſten Bewunderung werth, daß König Friedrich nach allen Kataſtrophen des Kampfes doch den „letzten Thaler in der Taſche" behielt, ſo war es nicht weniger gewiß, daß dies nur bei tiefſter Erſchöpfung des Landes möglich war.

Niemand hat dies lebhafter und klarer erkannt, als Friedrich ſelbſt. Seine eigene Darlegung*) zeigt am einleuchtendſten, welche Anſtrengungen und welche Sparſamkeit nöthig waren, um das Land wieder zu Athem zu bringen. „Die Ruhe, ſagt der König, war für Preußen nöthiger, als für die übrigen Staaten, weil es faſt allein die Laſt des Krieges getragen. Man kann ſich dieſen Staat nur vorſtellen, wie einen Menſchen, der von Wunden zerriſſen, von Blutverluſt erſchöpft und in Gefahr war, unter dem Druck ſeiner Leiden zu erliegen; er bedurfte einer Leitung, die ihm Erholung gab, ſtärkender Mittel, um ihm ſeine Spannkraft wiederzugeben, Balſam, um ſeine

*) Oeuvres T. VI. 73 ff. V. 4 ff. 233.

Wunden zu heilen. Unter diesen Umständen hatte die Regierung die Aufgabe eines weisen Arztes, der mit Hülfe der Zeit und sanfter Heilmittel einem erschöpften Körper seine Kräfte wiedergibt. Diese Betrachtungen waren so mächtig, daß die innere Verwaltung des Staates meine ganze Aufmerksamkeit absorbirte; der Adel war erschöpft, die kleinen Leute ruinirt, eine Menge von Ortschaften verbrannt, viele Städte zerstört; eine vollkommene Anarchie hatte die Ordnung der Polizei und Regierung umgeworfen; die Finanzen waren in größter Verwirrung, mit einem Worte, die allgemeine Verwüstung war groß." Diese gespannte Lage macht es begreiflich, daß der König in den Versuchen zu helfen nicht immer im Falle war, die mildesten und glücklichsten Heilmittel anzuwenden, sondern zu manchem Experiment seine Zuflucht nahm, welches den Druck steigerte, statt ihn zu mindern. Schon war in Preußen das Mercantilsystem in einer Stärke ausgebildet, welche bei allen Vortheilen, die man bezweckte und erreichte, doch auch unvermeidliche große Nachtheile nach sich zog; nun kam noch als schlimme Nachwirkung der Noth des siebenjährigen Krieges das System indirecter Abgaben, über dessen materielle und moralische Wirkungen von den Zeitgenossen wie von den Späteren gleich ungünstig geurtheilt worden ist.

Die Rückwirkungen des Krieges erstreckten sich aber auch auf die Hauptstütze der Weltstellung Preußens, auf das Heer. Die nächste Generation hat sich hier von demselben Irrthum, der sie bei Beurtheilung der bürgerlichen Verwaltung leitete, verblenden lassen: sie glaubte an die Unübertrefflichkeit des Instituts, bis eine furchtbare Katastrophe aller Welt verkündete, daß die alten Formen sich überlebt hatten. War doch die Armee Friedrichs schon nach dem großen Kriege das nicht mehr, was sie vorher gewesen! „Das Heer, sagt der König selber,*) war in keiner besseren Lage, als das übrige Land; 17 Schlachten hatten die Blüthe der Officiere und Soldaten vernichtet; die Regimenter waren zerrüttet und zum Theil aus Deserteuren oder Kriegsgefangenen gebildet. Die Ordnung war fast ganz verschwunden und die Disciplin so sehr gelockert, daß die alte Infanterie nicht mehr werth war, als eine neugebildete Miliz. Man mußte daher daran denken, die Regimenter zu ergänzen, Zucht und Ordnung wiederherzustellen, vor Allem die jungen Officiere durch den Sporn des Ruhmes anzufeuern, damit diese herabgekommene Masse ihre alte Energie wieder erhielte." Eine fast dreißigjährige Friedenszeit, nur unterbrochen durch den demoralisirenden Scheinkrieg von 1778 und die wohlfeilen holländischen Lorbeeren von 1787, war freilich wenig geeignet, diese Aufgabe zu lösen. Des Königs eigener Lieblingsgedanke,**) durch die Begünstigung des Adels bei den Officierstellen in dem Heere ein natürliches Standes- und Ehrgefühl anzupflanzen und deshalb lieber fremde

*) Oeuvres de Frédéric VI. S. 5.

**) S. Oeuvres VI. 94.

Adelige als eingeborene Bürgerliche an die Spitze der Soldaten zu stellen, dieser Gedanke, den der bisherige Zustand des Bürgerthums und das hohe militärische Verdienst des preußischen Adels zu rechtfertigen schien, hat gleichwohl, wie die Erfahrung der folgenden Zeit bewies, die Katastrophe eher beschleunigt als aufgehalten.

Die Aeußerungen des großen Königs selbst sprechen ein sehr lebhaftes Bewußtsein dieser Schwäche aus. „Da Preußen nicht reich ist, sagt er, so müssen wir uns vor Allem hüten, uns in Kriege zu mischen, bei denen nichts zu gewinnen ist. Da das Land arm ist, muß der Regent dieses Landes sparsam sein und in seinen Angelegenheiten die strengste Ordnung halten; gibt er das Beispiel der Verschwendung, so werden seine Unterthanen, die arm sind, ihm nachzuahmen suchen und sich dadurch ruiniren." Ein andermal beklagt er die offene und ungeschützte Stellung gegen Oesterreich, wie gegen Rußland und Schweden; er hält zur Sicherheit der Monarchie die Erwerbung Sachsens für unentbehrlich. Er warf wohl den Gedanken hin, daß man durch die Eroberung Böhmens oder Mährens ein Tauschobject für Sachsen gewinnen könne und dieses dann als das natürliche Grenzland nach Süden befestigen müsse. Geschähe dies nicht, so könne jede feindliche Armee den Weg nach Berlin einschlagen ohne Hinderniß. Mit Oesterreich aber, bemerkt er an derselben Stelle, scheine es fast unmöglich, ein festes Band politischer Allianz zu schließen.*)

Diese Stellung Preußens, durch die natürliche Lage des Landes, die Erschöpfung des Krieges, den Mangel natürlicher Allianzen veranlaßt, muß man sich vergegenwärtigen, um ein Ereigniß zu begreifen, dessen verhängnißvolle Bedeutung kein Politiker der Zeit richtiger erkannte, als eben Friedrich II. Wir meinen die Theilung Polens, die Preußen und Deutschland die Wucht russischer Macht unmittelbar an die offenen Grenzen rückte und an die Stelle eines ungefährlichen, nichts weniger als offensiven Nachbarn einen compakten, rührigen und auf Eroberung angewiesenen Staat vor die Thore stellte: eine Wendung der Dinge, bei der Polen zu Grunde ging, die deutschen Großstaaten für die Abfindung mit dünnbevölkerten Quadratmeilen ihre natürliche Macht auf allen Seiten schwächten, und nur Rußland den vollen, ungetrübten Gewinn davon trug. Ein solch unberechenbarer Umschwung in der Politik Europas ward aber wesentlich mit herbeigeführt durch die Erschöpfung Preußens, durch sein Bedürfniß der Erholung und Ruhe, durch seine Entzweiung mit Oesterreich, „mit dem, wie der König sagte, dauernde Bande anzuknüpfen nicht möglich schien."

Wohl schwebte das Schicksal der Auflösung lange schon über Polen und war auf die Dauer allerdings kaum abzuwenden. Es schien dies Land zum warnenden Beispiel ausersehen, wohin die ungezügelte Herrschaft von Junkern

*) Oeuvres de Frédéric T. IX. 187. 189 f.

und Prieſtern ein Volk führen muß. Lange bevor die treuloſe Politik der Nachbarn dort gewaltſam in die Dinge eingriff, war das endliche Loos dieſer zerrütteten Staatsverbindung mit Sicherheit vorauszuſehen: erlag ſie nicht einem feindſeligen Stoße von Außen, ſo mußte ſie an dem Prozeſſe innerer Zerſetzung zu Grunde gehen, den der Mangel aller geſunden geſellſchaftlichen Bildung und jeder ſtaatlichen Organiſation langſam, aber ſicher, vorbereitete. Ein Volk von Sklaven, tumultuariſch geleitet von einer leichtfertigen und abenteuernden Ariſtokratie, in welcher ſich die Untugenden der Barbarei mit Laſtern der Civiliſation verſchmolzen, „rohes Sarmatenthum und überfeines, verfaulendes Franzoſenthum an einander geklebt," das Alles unter einer ſogenannten Verfaſſung, welche die Anarchie der Einzelwillkür, die Gedanken- und Geſetzesverwirrung auf den Thron erhob, wer wollte von dieſem unheilbaren Wuſte eine gedeihliche Entwicklung erwarten? Zumal wenn die Maſſe des Volkes nicht nur aller Erziehung, ſondern ſelbſt des Bildungsbedürfniſſes entbehrte, wenn ſie ohne blühenden und freien Landbau, ohne Schifffahrt und Handel, von Adeligen, Pfaffen und Juden um die Wette ausgepreßt und im Schmutze faſt erſtarrt, dahinvegetirte! Ein ſolches Volk, das gegen Weſten an die mächtigſten und cultivirteſten Staaten des Erdbodens grenzte, nach Oſten von einem zwar noch barbariſchen Reiche berührt ward, deſſen Macht aber in einer Hand vereinigt war, konnte inmitten dieſer andringenden Gegenſätze auf die Dauer ein unabhängiges Leben nicht behaupten.

Drum war die Auflöſung dieſes Reiches keine Angelegenheit von heute; ſchon um die Mitte des 17. Jahrhunderts konnte die Beſorgniß einer Theilung Polens ausgeſprochen werden, und ſeitdem waren eine Menge von Urſachen hinzugekommen, dies tragiſche Loos unvermeidlich zu machen. Möglich, daß noch ein Jahrhundert zuvor die Uebertragung der Krone an einen Fürſten und an ein Land, bei denen ſie vor der kläglichen Lage eines machtloſen Wahlkönigthums ſicher war, Polen ohne gewaltſame Kataſtrophen durch eine allmälige völlige Umgeſtaltung retten konnte, aber dieſe Zeit war verſäumt worden. Welch anderes Verhältniß trat z. B. in Oſteuropa ein, wenn ſtatt des ſächſiſchen Hauſes das brandenburgiſche zum polniſchen Throne gelangte und ſtatt der Könige, die auf die letzten Waſa's folgten, der große Kurfürſt die polniſche Macht mit der neugegründeten preußiſchen vereinigte!

Aber die Zeit war verſäumt und das Verhängniß rückte immer näher. In Rußland hatte im Sommer 1762 eine Herrſcherin den Thron beſtiegen, welcher der Wille wie die Fähigkeit innewohnte, die Ueberlieferungen Peters des Großen mit neuer Energie wieder aufzunehmen. Die jugendliche Kraft des Volkes nach Außen zu nützen, den Verfall des osmaniſchen Reiches zu beſchleunigen und zugleich die Vorpoſten ruſſiſcher Politik nach Warſchau vorzuſchieben, um ſo mit Weſteuropa in unmittelbare Berührung zu kommen, auf dies Ziel deuteten ſchon die Anfänge Katharinas II. ſo unverkennbar hin, wie ihre letzten Arbeiten und Erfolge ſich darum bewegt haben. Mit beſon-

derer Rührigkeit und Ausdauer ergriff sie frühe die polnischen Dinge, indem sie sich bald trotzig bald geschmeidig in die inneren Verhältnisse eindrängte, die Unduldsamkeit der Priester gegen die Akatholiken im Namen christlicher Toleranz ausbeutete, die Nation durch einen leeren und haltlosen König vollends in den Staub zog und allem Ungesunden und Verworrenen, was Polen und seine Verfassung in sich barg, Schutz und Schirm angedeihen ließ. Auf diesem Wege mußte es früher oder später dazu kommen, daß wenn auch die polnische Republik noch dem Namen nach als selbständiger Staat vegetirte, doch Rußland in ihr die Leitung übte, und zwar allein sie übte, ohne mit den Nachbarn theilen zu müssen. Wenn man die polnischen inneren Angelegenheiten so würdigte, wie sie sich darstellten, so war es für die Nachbarstaaten an sich keine ganz leichte Wahl: ob sie ihre äußere Macht daransetzen sollten, die Existenz Polens gegen den östlichen Dränger zu schützen, oder ob sie Theil nahmen an dem Vortheil einer That, die vielleicht nicht einmal zu hindern war. Darum mußten bei ihnen am ersten sich die Gedanken einer Theilung regen, während in Rußland die ursprüngliche Tendenz auf eine möglichst ausschließliche Beherrschung der polnischen Republik ausging.

Das Verhalten Friedrichs II. zu der Katastrophe, die sich im Osten vorbereitete, enthüllte sehr schlagend die schwierige Stellung, in welcher sich Preußen nach dem siebenjährigen Kriege befand. Durch eine seltsame Fügung der Dinge waren die beiden mächtigsten Staaten des Westens, Frankreich und England, so verschieden sie sonst waren, fast aus gleichen Ursachen zu einer Rolle der Unthätigkeit und Schwäche verurtheilt, die weder ihrer Größe noch ihrer Vergangenheit entsprach. War es in Frankreich die sittliche Verfallenheit des Königthums und der Einfluß von Maitressen und Höflingen, was die Ueberlieferung früherer Politik vergessen ließ, so brachte es in England das Regiment einer höfischen Camarilla und ihrer Creaturen dahin, daß die Colonien in Amerika und der politische Einfluß in Europa fast zu gleicher Zeit auf schmähliche Weise verloren gingen. So sah sich Preußen in der Lage, auf die Mächte im Westen, die ihm im schlesischen und im siebenjährigen Kriege abwechselnd Stützen gewesen waren, nicht mehr zählen zu können; mit Frankreich erschien nach den Erlebnissen des siebenjährigen Kriegs ein näheres Einverständniß kaum denkbar und bei der inneren Lage jenes Staates in der That auch von geringem Werth, mit England ein neues Bündniß zu suchen war dem König von Preußen nicht zuzumuthen, nach der bitteren Erfahrung von Treulosigkeit, die ihm Lord Butes Ministerium am Ende des letzten Krieges bereitet hatte. So hatte Friedrich alte Verbündete verloren und neue nicht gewonnen; denn mit Oesterreich — in der polnischen Sache dem natürlichsten Alliirten Preußens — hatte der Friede von 1763 nur den Kampf, aber nicht die innere Entzweiung beendet.

So blieb nur die Verbindung mit Rußland selbst, die allerdings eher geeignet war, Gefühle der Sorge, als der Sicherheit zu erwecken. Indessen

wie die Lage freilich beschaffen war, mußte es Friedrich noch als eine Gunst ergreifen, durch diese mächtige Allianz aus der Isolirung herauszutreten, in welcher ihn der Ausgang des Krieges gelassen hatte, wenn gleich die Allianz selber ihn vielleicht nöthigte, in die Entwürfe der Czarin einzugehen und für ihre weiterstrebende Macht zu arbeiten. Es war, wie Dohm richtig bemerkt,*) das erste Mal, daß der König in eine Verbindung eintrat, die ihm doch eine untergeordnete Stellung anwies, in welcher er nicht wie bisher die Rolle des Leiters übte, sondern sich vielfach mußte bestimmen lassen. So entstand der Vertrag vom 11. April 1764, der auf acht Jahre Preußen und Rußland zu engem Bündniß vereinigte und in dessen berüchtigtem geheimen Artikel beide Mächte sich verbanden, Alles zu hindern, was die Anarchie in Polen zügeln, die königliche Gewalt stärken und dem wüsten Zustande Polens, den man euphemistisch „la constitution et ses loix fondamentales“ nannte, ein Ende machen könnte.

Friedrich war schon zur Zeit, wo er das Bündniß schloß, nicht unbesorgt über die Gefahren, welche die polnische Verwirrung dem Frieden Europas bereite;**) aber er mochte hoffen, die Krisis noch zu verzögern. Dagegen war Rußland in vollem Zuge, inmitten der allgemeinen Abspannung sein Uebergewicht rastlos geltend zu machen, nicht nur an der Weichsel, sondern auch am Bosporus. Die einzige fühlbare Einwirkung, die von den Westmächten Frankreich in diese Verwicklung übte, war der unbesonnene Krieg, in welchen man die Türken hereinstürzte und den Rußland so glücklich und ruhmvoll führte, wie es je einen Krieg geführt hat. Wer wollte jetzt Katharinen hindern, nach Polen und der Türkei zugleich die Hand auszustrecken, ihre Herrschaft mit einem Zuge nach Warschau und nach Constantinopel vorzurücken?

Preußen, von Frankreich und England verlassen, mit Oesterreich innerlich entzweit und an Rußland durch einen Bund gekettet, der es verpflichtete, die russischen Eroberungsentwürfe mit Truppen oder Subsidien zu unterstützen — Preußen konnte auf seine Hand jenes Aeußerste nicht abhalten, auch wenn Friedrich hätte daran denken dürfen, mit der Kühnheit und Jugendfrische, womit er einst Schlesien überfallen, wenige Jahre nach dem siebenjährigen Kriege dem übermächtigen Nachbar den Handschuh hinzuwerfen. Mit seinen spärlichen Hülfsquellen, durch den Krieg noch furchtbar erschöpft, von allen Seiten angefeindet, war er physisch außer Stande, mit offenem Visir zu hindern, was sich im Osten vorbereitete und den russischen Invasionsgedanken gegenüber etwa seine schützende Hand zugleich über Polen und das osmanische Reich zu halten. Seine Stärke bestand vornehmlich in seiner Wachsamkeit; vielleicht blieb ihm kaum eine andere Wahl, als das geringere Uebel zu wäh-

*) Denkwürdigkeiten IV. 258 f.

**) S. den Brief an Prinz Heinrich; Oeuvres XXVI. 299.

len, um das größere abzuwehren. Daß Polen aufgelöst werden würde, war schon vor dem Vertrag von 1764 zu erwarten, nach demselben kaum mehr zu vermeiden; Friedrichs Rechnung konnte daher nur sein, die Auflösung möglichst lange zu verhindern und, wenn sie unvermeidlich war, ihr die möglichst günstige Wendung für Preußen zu geben. Aber wie viel scharfe Beobachtung, wie viel Vorsicht, Geschmeidigkeit und selbst Duplicität war nöthig, um den gefährlichen Verbündeten dauernd im Zaume zu halten! Die Diplomatie jener Tage, in ihrem oft ganz blinden Hasse gegen den König, weiß nicht Worte genug zu finden, um seine Perfidie und Zweideutigkeit zu verurtheilen; gleichwohl scheint es uns unzweifelhaft, daß Friedrich seine staatsmännische Voraussicht und Ueberlegenheit kaum in einer äußeren Verwicklung mehr bewährt hat, als in dieser von Anfang bis zu Ende wenig tröstlichen Angelegenheit. Er allein war der Wachsame und Scharfsichtige, in einem Augenblick, wo der Unverstand der Polen wie im Wetteifer den Russen in die Hände arbeitete, wo die Staatsmänner Frankreichs, Englands und selbst Oesterreichs unthätige Zuschauer waren oder nur müßige Klagen in Bereitschaft hatten.

Am wenigsten von Allen war Friedrich versucht, die Gefahr vor den Russen zu unterschätzen. Schon frühe überkam ihn die Sorge, daß diese rastlos vordringende Macht mit der Zeit ihm selber Gesetze vorschreiben wolle wie den Polen; schon in der ersten Zeit nach dem geschlossenen Bündnisse mußte er dem Uebermuth eines russischen Unterhändlers die Lection geben: er werde zwar stets der Freund der Russen, aber niemals ihr Sclave sein. „Das ist eine furchtbare Macht, schrieb er seinem Bruder Heinrich, die in einem halben Jahrhundert ganz Europa wird zittern machen. Es könnte dann wohl den Oesterreichern Schmerz und Reue bereiten, daß sie dies barbarische Volk nach Deutschland gerufen und es den Krieg gelehrt haben. Aber ihre Leidenschaft und ihr Haß hat sie über die Folgen geblendet, und wie die Sachen jetzt stehen, sehe ich keine Rettung mehr, als daß man mit der Zeit einen Bund der größten Staaten bildet, um sich diesem gefährlichen Strome entgegenzustellen.“ *)

Des Königs Lage war in der That peinlich genug. Von dem ungeduldigen Ehrgeiz seiner russischen Verbündeten bedrängt, durch das Mißtrauen der Oesterreicher und die unthätige Schwäche der Westmächte isolirt, sah er das Verhängniß immer näher kommen, zumal die Polen in ihrer blinden Verworrenheit und die Türken mit ihrer kläglichen Kriegführung den Entwürfen Katharinens aufs erwünschteste zu Hülfe kamen. „Ich beschränke mich darauf, schrieb er 1769, die Conföderirten zu Frieden und Eintracht zu ermahnen; ich wünschte Europa bliebe in Frieden und alle Welt wäre zufrieden. Ich glaube, ich habe diese Empfindungen vom seligen Abbé de St. Pierre

*) Oeuvres de Frédéric VI. 15. 24. XXVI. 313.

geerbt und es kann mir, wie ihm, begegnen, daß ich der einzige meiner Secte bleibe. Es iſt mir genug, dieſe Zeit der Ruhe zu benutzen, um die noch blutenden Wunden des letzten Krieges allmälig zu heilen." ... „Es ſcheint mir, ſchrieb er ſpäter, es wäre meiner theuern Verbündeten würdiger, Europa den Frieden zu geben, als einen allgemeinen Brand anzufachen."

Die doppelte Gefahr des ruſſiſchen Vordringens nach Polen und einer Eroberung der türkiſchen Donauländer abzuwehren, das war nur durch eine Verbindung zwiſchen Oeſterreich und Preußen möglich. In Oeſterreich machte ſich der Einfluß des jungen Kaiſers Joſeph bemerkbar; der theilte in keinem Falle die perſönliche Erbitterung, welche von dem ſchleſiſchen Kriege her die ältere Generation in Wien beherrſchte, er zählte vielmehr wie das ganze jüngere Geſchlecht zu den Verehrern und Bewunderern Friedrichs. Schon 1766 hatte daher der König einen Anlaß geſucht, mit dem jungen Kaiſer perſönlich zuſammenzutreffen; damals hatte aber die alte Abneigung in Wien noch den Sieg behauptet und der junge Kaiſer durfte der Aufforderung Friedrichs nicht folgen. Erſt im Spätſommer 1769 gelang es die beiden Monarchen zuſammenzuführen; Joſeph beſuchte Friedrich in Neiſſe und dieſer begab ſich im Jahre darauf nach Neuſtadt in Mähren, um den Kaiſer und Kaunitz zu ſprechen. Die erſten Verſuche einer Annäherung ſchienen von gutem Erfolge. Man verſprach ſich in den Zerwürfniſſen zwiſchen Frankreich und England gegenſeitige Neutralität und Frieden zu erhalten. Für Oeſterreich, ſagte Joſeph II., gibt es kein Schleſien mehr. Und Friedrich ſprach das merkwürdige Wort: „ich denke, wir Deutſchen haben lange genug unter einander unſer Blut vergoſſen; es iſt ein Jammer, daß wir nicht zu einem beſſeren Verſtändniß kommen können." Auch Kaunitz meinte nachher zu Neuſtadt: Die Vereinigung Oeſterreichs und Preußens ſei der einzige Damm gegen den wilden Strom, welcher Europa zu überfluthen drohe.*) Treffliche Worte, die nur leichter auszuſprechen, als zu befolgen waren!

Den Vortheil hatte indeſſen dieſe erſte Annäherung, daß Oeſterreich und Preußen nun eine Zeit lang eine einträchtigere Haltung zeigten und dadurch Rußland nöthigten, die Ziele ſeines Ehrgeizes etwas zu mäßigen. In der Zeit, wo die Verſtändigung mit Oeſterreich verſucht ward, hatte Friedrich zuerſt bei Katharinen den Gedanken angeregt, in einer Theilung einiger polniſcher Provinzen zwiſchen Oeſterreich, Preußen und Rußland die Löſung der öſtlichen Wirren zu finden, aber Rußland, dem ſeine Siege gegen die Türken damals die Zuverſicht viel größerer Erfolge gaben, ließ dieſen Verſuch einer Abfindung vorerſt ganz unberückſichtigt.**) Es dauerte einige Zeit, bis Katharina etwas zugänglicher ward und den Gedanken einer umfaſſenden Gebietserwerbung auf Koſten der Türken vorerſt noch vertagte. Nach mancher mühe-

*) Oeuvres de Frédéric VI. 26. 29. Raumer: Beiträge IV. 249. 274.

**) Oeuvres de Frédéric VI. 26. 27.

vollen Unterhandlung gelang es Friedrich jenem Theilungsgedanken mehr Eingang zu verschaffen, aber auch Rußland zugleich zu bestimmen, daß es sich mit mäßigeren Forderungen gegenüber den Türken begnügte.*) Wie denn Oesterreich in ungeduldiger Sorge, leer auszugehen, den Zipser Kreis besetzen ließ (1770), gab das den Verbündeten von 1764 den erwünschten Vorwand, die letzte Scheu gegen Polen abzulegen und zur That zu schreiten.

So erfolgte der Theilungsact von 1772, der Rußland ungefähr um 2200, Oesterreich um 15—1600, Preußen um 631 Quadratmeilen vergrößerte. Friedrich pries es als einen unter diesen Umständen sehr günstigen Erfolg, daß es ihm gelungen war, den Frieden zu erhalten, das osmanische Reich vor der drohenden Auflösung zu schützen und zugleich sich eine Vergrößerung zu schaffen, die sein Land vortrefflich arrondirte, Pommern und Ostpreußen mit einander verband und für die Verluste des Krieges eine Entschädigung gab. Aber zu bedenken war doch, daß dieser erste Act einer unerhörten Politik zu immer weiteren Wiederholungen drängen mußte; denn die Lebensfähigkeit Polens war nach dieser Beraubung vollends erschüttert und der letzte Zauber einer Unabhängigkeit dahin. Darum mußten die Theilungen sich fortsetzen, bis das Schicksal Polens erfüllt war; wer dann schließlich den Gewinn davon trug, das mußte die Zeit lehren. Oesterreich sah 1772 verstimmt einer Katastrophe zu, die es doch gern gehindert hätte, deren Vortheile mitzugenießen es sich beeilte, sobald sie unvermeidlich schien; Rußland war über den Ausgang nur halb befriedigt, da seine Politik dahin gestrebt hatte, nicht sowohl Polen zu theilen, als es sich völlig und allein zu unterwerfen; Preußen war zuletzt am eifrigsten bei der Theilung, da ihm das Loos einmal über Polen geworfen schien und es alle seine Thätigkeit glaubte daran setzen zu müssen, von dem unabwendbaren Gewaltact wenigstens den größten Vortheil zu ziehen. In gewisser Hinsicht gelang das. Denn so bedeutsam für Rußland das Vordringen nach Westen war, der Besitz von Marienburg, Pomerellen, Kulm und Ermeland war für Preußen allerdings eine wichtige Erwerbung, vorausgesetzt, daß man die übrigen Nachtheile der That von 1772 nicht in Rechnung brachte. In jedem Falle trug aber auch Preußen den größten Antheil an dem Gehässigen der That; denn es zeichnete die Lage vollkommen richtig, wenn ein englischer Diplomat (1774) schrieb: ich kenne keinen Hof in Europa, der eine Thräne vergießen wird, was sich auch in Berlin ereignen möge.**)

Am raschesten trat in dem Verhältniß zu Oesterreich nach den flüchtigen Freundschaftsanwandlungen von 1769 und 1770 wieder die alte Entfremdung ein.

---

*) Oeuvres de Frédéric VI. 41. 44.

**) Raumer's Beiträge V. 265.

Die Erhebung Josephs II. zum römischen König (1764) und bald nachher, als Franz I. rasch hinwegstarb, zum Kaiser (1765), schien anfangs in dem persönlichen Benehmen beider Höfe eher eine freundliche als eine feindselige Umstimmung hervorzurufen. Josephs erste Bemühungen, ohne Erblande und eigene Staatsmacht (denn die hielt seine Mutter noch in Händen) sich eine politische Geltung zu verschaffen, waren in jedem Falle nicht geeignet, große Besorgnisse zu erwecken. Sein Bestreben, der Kaiserwürde wieder eine selbständige Bedeutung zu geben, hatte höchstens den Werth, aller Welt kund zu thun, daß innerhalb dieser alten Formen ein jugendlicher, ehrgeiziger und strebsamer Charakter nicht im mindesten weiter kam, als die träge und phlegmatische Politik der vorangegangenen Kaiser; die Unruhe des preußischen Rivalen zu erregen, dazu waren diese Erstlingsversuche nicht angethan. Hatten sie doch auch für Joseph selber die warnende Bedeutung, fortan vermittelst der kaiserlichen Formen keinen Einfluß mehr suchen zu wollen. Der trostlose Ausgang der von ihm so wohlwollend angeregten Versuche, die Reichsjustiz zu reformiren, den groben Mißbräuchen des Reichshofraths abzuhelfen, im Reichskammergericht den alten Wust durch eine umfassende Visitation zu säubern, setzte den jungen Kaiser über den Zustand der Reichsverfassung erst ins Klare, und er war nicht der Mann, der nur Eines unternahm oder mit zäher Hartnäckigkeit ein einmal Begonnenes bis zu Ende durchführte.

Vielmehr war dies Scheitern des ersten Anlaufes gerade die Ursache seiner veränderten Politik. Seine Meinung über den Werth der Reichsverfassung und die Bedeutung der Kaiserwürde in Deutschland näherte sich der geringschätzenden Ansicht Friedrichs II.; wie dieser suchte er fortan die Mittel der Macht nicht in den verknöcherten Formen des Reiches, sondern in der materiellen Vergrößerung seines Gebietes, in Erwerbung neuer Besitzungen, Arrondirung der alten. Die Theilung Polens mußte diese Neigung mehr reizen, als befriedigen; es galt für die Einbuße Schlesiens, für den an Preußen verlorenen Einfluß in Deutschland einen Ersatz zu finden. So entstand der Gedanke, das Aussterben der jüngeren wittelsbachischen Linie zur Erwerbung Baierns zu benützen.

Zur Zeit, als dieser Plan auftauchte, war das Verhältniß Oesterreichs und Preußens, noch bevor der Tod Maximilian Josephs von Baiern (1777) die Ausführung zur Reife brachte, wieder in die frühere Kälte umgeschlagen, ja man erzählte aus dem Munde des Fürsten Kaunitz Aeußerungen über Preußen und seinen Monarchen, die eine geradezu feindselige Gereiztheit ankündigten.

Der Tod des letzten Kurfürsten von Baiern und der offene Versuch Oesterreichs, sich aus der Hinterlassenschaft zu vergrößern, schien daher den Kampf des schlesischen und siebenjährigen Krieges erneuern zu wollen, und hätte ihn auch erneuert, ohne die ausgeprägte Neigung zur Erhaltung des

Friedens, worin sich diesmal Friedrich II. und Maria Theresia begegneten. Als der Kaiser ungescheut versuchte, einen Theil von Baiern diplomatisch zu erschleichen, war es nur Friedrich, der dies Beginnen durchkreuzte. Von seiner eigenen Diplomatie unzulänglich bedient, wählte er den Grafen Görtz, um diesen auf seine Hand die Gegenmine legen zu lassen. Die politischen Rollen wurden in seltsamer Weise vertauscht. Friedrich II., sein Lebenlang ein Verächter der deutschen Reichsverfassung, tritt jetzt auf einmal als ihr Schützer auf; Oesterreich, das sich so viel zu Gute that auf die Erhaltung der alten Formen, verfolgt eine revolutionäre Politik, die sich auf keinen andern Titel mit Grund und Wahrheit stützen konnte, als auf das Recht des Stärkeren. Deutsche Unterthanen werden verhandelt wie russische Bauern, in einem diplomatischen Areopag, in dem das Ausland mit sitzt und stimmt. In Baiern selbst wirkt adelige und priesterliche Abneigung gegen Joseph „den Neuerer" ebenso viel mit, wie der berechtigte Widerwille des Volkes, sich von der gewissenlosen Schwäche des Landesherrn verkauft zu sehen. Als schlimme Beigabe kam hinzu die nun anerkannte Intervention Rußlands, deren Bedeutung Deutschland bald sollte kennen lernen. Und hätte man nur in Oesterreich, durch diesen ersten Versuch belehrt, die Wiederholung sich erspart. Aber wir werden sehen, der Gedanke ist fünfundzwanzig Jahre lang nicht aus der österreichischen Politik zu verdrängen gewesen und hat sich jedesmal in der unglücklichsten Stunde wieder geltend gemacht, um die deutschen Dinge gründlich zu verwirren und der Einmischung des Auslandes die Bahn zu brechen.

Oesterreich erlangte zwar im Teschener Frieden eine kleine Erwerbung, zum lebhaften Verdruß der erbitterten Baiern, die lieber einen Kampf auf Leben und Tod, Aufgebot der Massen und neue Sendlinger Volkskämpfe hervorgerufen hätten; aber was es davon trug, stand doch außer Verhältniß zu dem, was es hatte erlangen wollen. Joseph hatte die schlesische Expedition Friedrichs copirt, gegen einen viel schwächeren Gegner und unter nicht ungünstigen Umständen, und war am Ende mit einer Abfindung zur Ruhe gebracht worden. Das war lange kein Ersatz für den moralischen Nachtheil, den der baierische Erbfolgestreit Oesterreich in Deutschland brachte. Der ganze dynastische und particulare Widerwille gegen die frühere habsburgische Vergrößerungspolitik war mit neuer Stärke erwacht und Preußen in den Stand gesetzt, im Bunde mit diesen Elementen gegen Oesterreich eine imposante Stellung im Reiche zu gewinnen. Einem lange erwünschten Ziele, die kleineren deutschen Fürsten ins Schlepptau zu nehmen, war dadurch die preußische Politik um ein gutes Stück näher gekommen.

Es dauerte nicht lange und es bot sich ein genügender Anlaß, diese Politik zur vollen Geltung zu bringen. Inzwischen trat anderthalb Jahre nach dem Teschener Frieden ein Ereigniß ein, das die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Zusammenstoßes beider Großmächte unzweifelhaft näher rückte:

der Tod Maria Thereſias. „Nun beginnt eine neue Ordnung der Dinge," ſagte damals Friedrich II. und gleich die nächſten Ereigniſſe ſchienen dieſe Prophezeiung zu beſtätigen.

Joſeph II. war nun erſt Alleinherrſcher in der öſterreichiſchen Monarchie geworden.

Dem friedfertigen und vorſichtigen Frauen-Regimente der Maria Thereſia und ihren bedächtig unternommenen Reformen folgte nun in Oeſterreich eine weſentlich revolutionäre Regierung, die das alte Weſen von Grund aus zerrüttete, den zähen und erſtarrten Stoff den gewaltſamen Experimenten phyſiokratiſcher und encyclopädiſtiſcher Aufklärung unterwarf und eine Verwirrung und Gährung hervorrief, deren Nachwirkungen weit über die Regierungszeit Joſephs II. hinausreichten. Erſt jetzt ſtreifte Oeſterreich das Mittelalter völlig ab und trat aus der Zeit der Ferdinande in das achtzehnte Jahrhundert hinüber. Erſt jetzt ward auch dieſe bunte Ländermaſſe dem Syſtem des „aufgeklärten" Despotismus zugänglich gemacht und Oeſterreich allmälig dem Niveau der übrigen Staaten und ihrer Bildungsfähigkeit näher gerückt.

Joſeph kam wie ein Fremdling in dieſe alte öſterreichiſch-habsburgiſche Welt. Von jener Unruhe und Beweglichkeit, die ſeinen lothringiſchen Ahnen eigen war, erfüllt und der ſtarren Monotonie ſeiner mütterlichen Vorfahren durchaus entgegengeſetzt, voll Widerwillen gegen Clerus und Adel, welche die Stützen des alten habsburgiſchen Regiments geweſen, fand er ſich auf einen Boden verpflanzt, wo ihm Alles widerſtrebte, wo ſeine Umgebung, ſeine Familie, ſeine Beamten ihm verſagten, wo er faſt Niemandem vertrauen konnte, als ſich ſelbſt. Kaum ließ ſich ein ſeltſamerer Gegenſatz denken, als dieſes alte halb ſpaniſche halb römiſche Weſen der Habsburger, namentlich des ſiebzehnten Jahrhunderts, und die Aufklärung des achtzehnten, deren ächteſter Zögling eben Joſeph war. Das achtzehnte Jahrhundert mit ſeiner Philanthropie und Humanität, und doch wieder ſeiner Härte und Gewaltthätigkeit, wo es galt, die theuern Theorien durchzuführen, die Zeit voll wunderlicher Widerſprüche, bald für die Freiheit ſchwärmend, bald brutal despotiſch, hier von einem höheren Bewußtſein des Rechtes erfüllt, dort wieder jedes Recht mißachtend, tolerant und doch auch wieder unfähig, eine fremde Meinung zu toleriren, dieſe ſeltſame Zeit war kaum in einer bedeutenden Perſönlichkeit ſo ſcharf ausgeprägt wie in Joſeph II.

Von den Erfolgen Friedrichs II. angeſpornt, hoffte Joſeph ähnliche Früchte zu erzielen; aber der Boden war ſo verſchieden, wie die Perſönlichkeiten beider Fürſten. Während Friedrich in einen Staat eintrat, in dem Alles ſeit hundert Jahren gleichſam auf ihn vorgearbeitet hatte, und wo jene Politik bereits an eine geſchichtliche Ueberlieferung anknüpfte, fällt Joſeph ohne Vorarbeit mit aller revolutionären Haſt und Ungeduld in Verhältniſſe

herein, die seit Jahrhunderten im schärfsten Gegensatze zu den jetzt geltenden Meinungen des Zeitalters ausgebildet waren. Joseph war durchaus Theoretiker und Doctrinär, Friedrich das praktische Genie seines Jahrhunderts; Joseph sanguinisch im Unternehmen, unbeständig in der Durchführung, von einem zum andern überspringend und hundert schwierige Dinge zugleich in Arbeit nehmend; Friedrich von der zähesten Ausdauer und Geduld, von unwandelbarer Consequenz; der Eine gibt sich den Strömungen des Jahrhunderts mit einem jugendlichen Enthusiasmus hin, der Andere handelt mit einer staatsmännischen Ruhe und Sicherheit, die das Produkt eigener Erfahrung und auf Geschichte und Ueberlieferung gestützt war; bei Joseph überwiegt die Aufwallung der humanisirenden und physiokratischen Richtung, bei Friedrich geht Alles aus ruhigster, verständigster Berechnung hervor; dort ist sehr Vieles eben nur Experiment, das rasch unternommen und ebenso rasch wieder aufgegeben wird; hier erwächst Alles aus einer wohlerwogenen Staatskunst, die sich auf ihrem Terrain heimisch fühlt und die Kräfte und Mittel genau kennt, die ihr zu Gebote stehen. Drum stand Friedrich wie ein geistiger Herrscher der sittlichen und politischen Umgestaltung der Zeit gegenüber; Joseph II. war von den Stimmungen, so wie den Launen und Schwankungen des Zeitalters wie ein Kind dieser Zeit getrieben und beherrscht.

Wohl war unter Maria Theresia die Regierung und Administration der alten Zeit gefallen und eine größere Einheit hergestellt worden, aber immer noch war Oesterreich sehr weit entfernt von dem Ideale der Centralisation und Uniformität, das vor Josephs Seele stand. Noch war, trotz Maria Theresias finanziellen Neuerungen, der Staat und seine Hülfsquellen lange nicht so nutzbar gemacht, wie sie es werden konnten, noch hemmten feudale Vorrechte des Adels und der träge Reichthum des Clerus die freie und wohlhäbige Entfaltung des Ganzen, und es war der barbarischen Gewohnheiten und Gesetze des Aberglaubens und der Unduldsamkeit noch eine reiche Fülle vorhanden, den materiellen und sittlichen Aufschwung des Ganzen zu stören. Ein Regent, der die Einflüsse beseitigte, durch die der rasche Gang des Regiments gehemmt ward, der den Bauer frei machte, den Bürger emporhob, die faulen Privilegien wegräumte, der Duldung und Humanität die Wege ebnete, unbenutzte Quellen des Nationalwohlstandes eröffnete, die geistige Dumpfheit der Bevölkerung überwand, einen erträglichen Rechtszustand begründete, die Volkserziehung förderte — ein solcher Regent konnte nicht nur zum Wohlthäter der darniederliegenden Klassen der Bevölkerung, er konnte zum Regenerator des Staates werden. Und aller großen Mißgriffe ungeachtet, die Josephs doctrinärer Eigensinn, seine Vorliebe für das Experimentiren und sein Hang zur Einförmigkeit eines bureaukratischen Mechanismus hervorrief, hat er gleichwohl jene regenerirende Wirkung besessen und dem Staate eine Beweglichkeit und Lebenskraft mitgetheilt, ohne welche er die Erschütterungen der folgenden Jahrzehnte nimmer überdauert hätte.

Josephs Ungeduld freilich und seine Gewohnheit, zugleich das Verschiedenartigste anzufassen, ehe einer der begonnenen Versuche völlig geglückt war, wenn er damit gleich eine wohlthätige Gährung im großen Ganzen hervorrief, störte doch auch wieder im Einzelnen das Gelingen. Sein Bemühen, alle nationale und provinzielle Selbständigkeit in eine Uniform einzuzwängen, ein Bemühen, das, wenn nicht von vornherein verfehlt, doch jedenfalls verfrüht war, schuf ihm die unüberwindlichsten Hindernisse; seine unstete Art, gleichsam auf der Reise zu regieren, beim Anblick des Mißliebigen rasch eine Menge von Entwürfen zu extemporiren, um sie bald wieder fallen zu lassen und durch neue zu ersetzen, und dann neben dieser sanguinischen Unbeständigkeit doch der unzugängliche Eigensinn gegen jeden verständigen Rath, der gegen seine „Philosophie" ging, das rief nicht selten eine Verwirrung hervor, in der zwar das Alte zu Grunde ging, aber das Neue doch auch nicht Wurzel schlagen konnte. Und wie konnte es anders sein bei einem unruhigen Kopfe, in welchem die verschiedensten Dinge, kleine Specialitäten und die umfassendsten politischen Entwürfe sich bunt durchkreuzten, von dem heute hastig ein Gesetz erlassen ward, bis man sich morgen von der Unmöglichkeit der Ausführung überzeugte, der an einem Tage Eilboten durch die Monarchie schickte zur Verkündung eines Befehls, den ein Eilbote des nächsten Tages wieder beschränken oder aufheben mußte! Wohl war ein solches Regiment, das die Menschen und ihre Natur in der Regel kaum in Rechnung brachte, dagegen auf die Allmacht des Papiers, der Ziffern und der Ordonnanzen Alles setzte, mehr dazu geschaffen, eine Gährung und Verwirrung ohne Gleichen, als einen geordneten behaglichen Zustand herzustellen; allein wenn auch nichts als jene Gährung erreicht worden wäre, so war die Wirkung für die ganze Zukunft der Monarchie schon groß und bedeutungsvoll genug.

Josephs gute Seiten traten im Einzelnen weniger hervor, als die drückenden Wirkungen des Systems. Gewiß besaß der Kaiser vielseitige Kenntnisse, einen durchdringenden Verstand, war wißbegierig, voll Feuer und unermüdlicher Thätigkeit. Es schmückten ihn die königlichen Tugenden der Einfachheit und Selbstverleugnung, seine Sorge für Bauer und Bürger wurzelte in wirklich humanen und wohlwollenden Gesinnungen, er wollte mild und gerecht regieren, den Druck des Vorrechts, das Privilegium der Trägheit von dem Volke abwälzen. Aber das Alles sollte, ohne Vorarbeit, im Sturme erreicht werden; die Aufgaben, zu denen in einem viel kleineren und gleichartigeren Staate, wie Preußen, über ein Jahrhundert und drei hervorragende Regenten nöthig gewesen waren, wollte er mit der Ungeduld des Enthusiasten lösen. Sein Freisinn und seine Humanität war aber die des achtzehnten Jahrhunderts, in welcher ein gut Stück Despotie und Absolutismus versteckt war. Nun sollte rasch in einem Lande, in dem seit Jahrhunderten der strengste Glaubensdruck geherrscht, die Toleranz durch Verordnungen eingeführt, aus dem Leibeignen schnell ein freier Bauer werden; in einer Monarchie, in der

alle frischere Geistesbewegung seit lange verwelkt war, sollte durch die Verkündung der Gedankenfreiheit ein neues selbständiges Geistesleben im Nu zur Entfaltung kommen. Keine natürliche Verschiedenheit der Nationalität, der Sitte, Sprache und Culturstufe sollte dabei in Rechnung gezogen werden; in Belgien wie an der türkischen Grenze sollte die gleiche Norm gelten, und mit einem gewaltsamen Sprunge diese bunte Länder- und Völkerwelt aus der Zeit der Ferdinande, aus der Periode priesterlich-aristokratischer Bevormundung in die Aufklärungsform des achtzehnten Jahrhunderts umgeschmolzen werden. An Abneigung und Widerstand konnte es nicht fehlen; aber alles Widerstreben erbitterte den Kaiser, der von der Richtigkeit der Mittel ebenso lebhaft überzeugt war, wie von der Vortrefflichkeit des Zieles; er sah in jeder Klage, jeder Vorstellung nur eben aufrührerische Widerspenstigkeit, wollte mit Gewalt seine Entwürfe durchsetzen, wurde ungerecht und hart, wo er doch nur humane und volksfreundliche Zwecke vor Augen hatte. Bisweilen gelang es denn doch ihn zu ermüden; die Widerstrebenden wurden dadurch um so mehr ermuthigt und fanden natürliche Verbündete in der großen Mehrzahl der Beamten und Werkzeuge, die theils die Absichten des Herrn nicht verstanden, theils zu ihrer Ausführung nicht mitwirken wollten. Klagte doch der Kaiser selbst sehr bald (1783), daß „er mit aller Sorgfalt und Langmuth doch nichts erreiche, weil die meisten Beamten seine Gesinnungen und Absichten nicht begriffen und sich deren Erreichung nicht wahrhaft angelegen sein ließen, vielmehr nur gerade so viel leisteten, um die Cassation zu vermeiden." So entstand denn, wie ein einsichtsvoller Zeitgenosse sagt, ein Mittelzustand zwischen Altem und Neuem, der wegen seiner Unentschiedenheit auch die Besten verstimmte. *)

Selbst die ersten und wohlthätigsten Neuerungen, welche die alte Intoleranz beseitigten, die Leibeigenschaft verdrängen sollten, erreichten nur zum geringen Theil den Zweck, der ihnen vorgesetzt war. Unbefangene Beobachter weissagten schon damals nur bescheidene Erfolge. „Der Kaiser, sagt ein englischer Diplomat, **) hegt strenge und feste Grundsätze über Gerechtigkeit und Billigkeit, und kein Herrscher kann ein größerer Feind der Unterdrückung sein. Es ist jedoch eine gewisse Härte und Steifheit in ihm, welche erst die Reife des Alters und der Erfahrung mildern kann, und welche ihn jetzt zu schnell und zu oft zu dem Schlusse verleitet: dies ist recht, also soll und muß es sein. Er achtet nicht genug auf die allgemeinen Vorurtheile und Schwächen der Menschen, räumt ihnen zu wenig ein und bedenkt zu wenig, mit welcher außerordentlichen Vorsicht allgemeine Neuerungen, selbst wenn sie weise sind, eingeführt werden müssen. Er fühlt nicht genug, daß der geringste Schein einer Unterdrückung ein wahres Uebel ist, weil die Menge eben so

*) Dohm, Denkwürdigkeiten II. 269 f.

**) Raumer's Beiträge IV. 425.

sehr vor dem Scheine fliehet, wie sie vor wirklicher Unterdrückung fliehen würde."

Die Schonung der populären Gefühle war aber um so nothwendiger, je gefährlicher der Kampf war, in den er sich mit dem katholischen Clerus, nach seinem eigenen Ausdrucke „den gefährlichsten und unnützesten Unterthanen in jedem Staate," begeben wollte. „Ich habe — so lauten seine charakteristischen Aeußerungen — ein schweres Geschäft vor mir; ich soll das Heer der Mönche reduciren, soll die Fakirs zu Menschen bilden, sie, vor deren geschorenem Haupte der Pöbel in Ehrfurcht auf die Knie niederfällt und die sich eine größere Herrschaft über das Herz des Bürgers erworben haben, als irgend etwas, welches nur immer einen Eindruck auf den menschlichen Geist machen konnte. Seitdem ich den Thron bestieg und das erste Diadem der Welt trage, habe ich die Philosophie zur Gesetzgeberin meines Reiches gemacht. Zufolge ihrer Logik wird Oesterreich eine andere Gestalt bekommen, das Ansehen des Ulemas eingeschränkt und die Majestätsrechte in ihr erstes Ansehen wieder kommen."

Zwar hatte Maria Theresia, wie sie nach allen Richtungen hin die Zügel des Regiments straffer anzog und die Decentralisation der alten Zeit langsam umzugestalten suchte, so auch dem Clerus gegenüber ihre Autorität wachsamer zu wahren gesucht, als ihre Vorfahren; aber gleichwohl war von allen Ueberlieferungen der alten Zeit keine so wenig erschüttert, als die Macht der Geistlichkeit. Das Selbstgefühl des absoluten Herrschers fühlte sich dadurch in Joseph fast mehr gekränkt, als das humane und aufgeklärte Streben der Zeit durch den Aberglauben und die Intoleranz verletzt war. So folgten denn rasch auf einander die Maßregeln, welche die Selbständigkeit der römischen Kirchenmacht zerbrechen, den Zusammenhang des Clerus mit Rom lockern und ihn der Regierungsgewalt unterordnen sollten. Zwei Decrete vom März 1781 entbanden die geistlichen Corporationen von der Verbindung mit auswärtigen Oberen und stellten das kaiserliche Placet für päpstliche Breven und Bullen her; ein anderes dehnte dies Majestätsrecht auch auf die apostolischen Briefe des Papstes aus. Eine Verordnung vom Oktober 1781 beschränkte die Recurse nach Rom auf die Ehesachen; später (1787) wurden auch die Gnaden- und Gunstbezeugungen des Papstes an die österreichischen Bischöfe unter die landesherrliche Controle gestellt. Die bischöflichen Hirtenbriefe, Anordnungen u. s. w. wurden durch ein Gesetz vom April 1784 von der landesherrlichen Genehmigung abhängig gemacht.

Zugleich mit diesen ersten Schritten, in denen die absolute und einheitliche Regierungsgewalt der corporativen Selbständigkeit der Kirche den Krieg erklärte, wurde auch gegen das geistliche Ordenswesen eingeschritten. Die rein contemplativen Orden verschwanden ganz; auch unter den übrigen wurde thätig aufgeräumt. Aber zu welch einer Armee war auch das Mönchsthum in Oesterreich herangewachsen! Man rechnete, daß Joseph in acht Jahren 700

Klöster mit 36,000 Ordensleuten aufhob, und doch blieben noch 1324 übrig, in denen noch 27,000 Mönche und Nonnen hausten! Während die reicheren Klöster angewiesen wurden, Schulen anzulegen und zu unterhalten, wurde zugleich für alle ein neuer Bildungsgang angeordnet. Der Besuch des Collegium germanicum in Rom ward untersagt (Dec. 1781); dafür dem Clerus eine eigene Erziehungsweise von Seiten der Regierung vorgezeichnet. „Sie sollten — hieß es in einer solchen Verordnung*) — sich nach der Schrift und nach Kirchenvätern, wie Basilius und Augustin bilden", das „scholastische Getöse, die spitzigen Trugschlüsse, Händel und schimpfende Streitigkeiten" sollten vermieden werden. Die Zöglinge seien besonders zu gewöhnen, genau darauf zu sehen, „worin wir mit Leuten, die außer unserer Kirche sind, übereinstimmen, und worin wir mit ihnen uneins sind. Bei solcher Betrachtung werden sie einsehen, daß es nicht so viele Punkte gibt, in welchen wir von ihnen unterschieden sind, als der Pöbel polemischer Theologen meint."

Indem der Kaiser auf diese Weise die ganze Hierarchie umgestaltete, das Mönchsthum einschränkte, die übermäßigen Dotationen der größeren Bisthümer verminderte, aus dem Kirchenvermögen Schulen errichten ließ, der alten Intoleranz entgegentrat und eine neue Art der Erziehung für den Clerus einführte, kam er zunächst nur mit der Geistlichkeit selbst, den mächtigeren Bischöfen und mit Rom in Collision; manche der Neuerungen trafen verjährte Mißbräuche und kamen der Gesammtheit zu Gute. Schwerlich ist auch ihretwegen eine Mißstimmung im Volke entstanden, das sich wohl kaum dadurch beeinträchtigt fühlte, daß der geistliche Müßiggang beschränkt, der Clerus dem Staate untergeordnet, für größere Thätigkeit und eine vielseitigere Bildung der Geistlichkeit Sorge getragen, oder das Uebermaß der Einkünfte des hohen Clerus verkürzt ward. Aber Joseph ging weiter, er griff in den Cultus und die innere Organisation des Kirchenthums ein, veränderte die Gebräuche am Altare, beschränkte die äußere Ausstattung des Gottesdienstes, erklärte den Verzierungen, den Prozessionen u. s. w. den Krieg, wollte bestimmen, wie die Monstranz gebraucht werden müsse und Aehnliches mehr. Kein Wunder, wenn das Volk selber an diesen Neuerungen, deren taktlose Ausführung meist die Verkehrtheit des Unternehmens noch überbot, argen Anstoß nahm, sich in der Uebung seines alten Glaubens gehemmt sah und seine Ungunst auch auf die unverfänglichen Schritte josephinischer Humanität und Toleranz übertrug.

Diese bitteren Eindrücke der Gegenwart ließen auch das wirklich Gute und Wohlthätige verkennen, bis eine spätere Zeit, in der die Früchte gereift waren, jene lebendige und warme Erinnerung an Joseph erweckte, wie sie aus dem Bewußtsein früheren Undankes entspringt. Denn Joseph hatte, bei aller Härte der Mittel und allem Eigensinn seines autokratischen Willens, doch

*) S. Großhoffinger's Geschichte Josephs II. Bd. II. 114.

ein warmes Mitgefühl für das Volk und dessen bedrängten Zustand. Seine Bemühungen, der Schutzlosigkeit der Unterthanen gegenüber der Gewaltthat abzuhelfen, seine Sorge für Beseitigung unbilligen Druckes, hoher Gerichtssporteln und Chikanen, sein Bestreben, die feudalen Lasten auf feste Normen zurückzuführen und die persönliche Unfreiheit völlig zu beseitigen — dies Alles war des höchsten Lobes werth, und doch fand des Kaisers unermüdeter Eifer weder bei seinen Untergebenen die rechte Unterstützung, noch bei den Erleichterten den wohlverdienten Dank.*)

Allerdings war der neue Zustand im Ganzen nichts weniger als behaglich. Aus der bisherigen Lethargie und der bequemen Gewohnheit eingewurzelter Mißbräuche aufgescheucht, ward die Bevölkerung nicht allmälig in neue, bewegtere Verhältnisse eingeführt, sondern es trat ein allgemeines Chaos ein, in welchem nichts an seiner gewohnten Stelle blieb. Während das alte Kirchenthum und Schulwesen verändert ward, kam zugleich eine ganz neue Gesetzgebung, Gerichtsordnung und Polizei, wurde das Armenwesen, die Gesundheitspflege u. s. w. nach den Humanitätsansichten des Jahrhunderts umgestaltet, und indeß in diesen Schöpfungen Josephs, in Spitälern, Findel- und Waisenhäusern, sich seine freundliche und wohlwollende Natur kundgab, geschahen wieder dicht daneben Schritte, in denen der Groll über den Widerstand und die Hindernisse ihn zum Härtesten vermochten. Da sollte die alte Trägheit, die abergläubische Intoleranz verschwinden, sollten alle Confessionen in friedlicher Eintracht zusammen leben, dort gab der Kaiser selbst das unerquickliche Beispiel äußerster Intoleranz gegen jede fremde Meinung. Indeß hier Eifer und Thätigkeit angefacht war, Handel und Industrie rasch aufblühen sollten, neue Straßen und Verkehrsmittel entstanden, wurde dort wieder das Volk durch das mißlungene Experiment neuer Steuerordnungen heimgesucht; oder während überall Milde und Humanität officiell an der Tagesordnung war, hatte das Militärwesen, die neue Criminal- und Polizeiordnung Josephs manche Seite, die von der Barbarei der alten Zeiten nicht abwich. Behaglich wird aber überhaupt ein Zustand niemals sein, in welchem vom obersten Regiment, von der Kirche und Schule an bis zur Gesetzgebung, Rechtspflege, Besteuerung, bis zur Polizei, zum Forst- und Postwesen herab nichts auf der alten Stelle bleibt, das Meiste geradezu auf den Kopf gestellt, hundert liebgewonnene Gewohnheiten gekränkt, Altes und Eigenthümliches beeinträchtigt wird, überhaupt Alles den Charakter des gewaltsamen und revolutionären Ueberganges aus einer alten in die neue Zeit an sich trägt.

Erst als der Sturm dieser Zeiten vorüber war, ward die Generation, über die er hinweggegangen, des Wechsels sich bewußt und fühlte die wohlthätigen Wirkungen. Daß durch Aufhebung der Leibeigenschaft die öf-

*) Ueber die Einrichtungen, wodurch das Feudalwesen erschüttert ward, s. Beidtel in den Sitzungsber. der Akademie IX. 925 ff.

fentliche Wohlfahrt außerordentlich gewonnen, daß die Cultur des Bodens, daß Industrie, Handel und Schifffahrt einen Aufschwung erhalten, die Staatskräfte ungemein gesteigert, und auf allen Gebieten des geistigen Lebens eine wohlthätige Erregung stattgefunden, leuchtete dann erst recht ein, als die natürlichen Härten einer solchen Revolution in Vergessenheit geriethen. Wohl waren die einzelnen Institute, rasch und flüchtig wie sie entstanden, auch wieder rasch zu beseitigen, und der papierne Theil der neuen Organisation, ohne tiefere Wurzeln im Volke, überdauerte kaum das Leben des Erschaffers. Aber Eines war nicht mehr rückgängig zu machen: die vollständige Zerrüttung der alten Staatsmaschine; dieselbe war so gründlich zerstört, daß auch die eifrigste Restaurationspolitik an ihre Herstellung nicht mehr denken konnte. Indem durch die heftige Gährung der josephinischen Revolution eine Reihe von schlummernden Lebenskräften geweckt und neue Bedürfnisse angeregt wurden, war die Rückkehr in die alten Bahnen unmöglich geworden; es mußte ein neuer Weg gesucht werden, der denn vielfach mit den von Joseph eröffneten Bahnen zusammenstieß. Nach einer Seite namentlich war die stürmische Anregung des Kaisers nicht verloren: seine Tendenzen zur Einheit und Centralisation der Monarchie ließen in der politischen Tradition Oesterreichs einen Eindruck zurück, den selbst Josephs Mißlingen nicht schwächen konnte. Der Gedanke, den Föderalismus der Provinzen gewaltsam zu überwinden, war einmal mit seiner ganzen verführerischen Macht geweckt; er mußte um so lebendiger bei den Einen sich geltend machen, je drohender das Bestreben der Anderen war, den lockeren Föderalismus vollends zur Trennung zu erweitern. Drum ist es dem josephinischen Thun neuerlich selbst aus dem Munde solcher, die Josephs Ansichten über Adel, Clerus u. s. w. am wenigsten theilen, die Anerkennung zu Theil geworden, daß ihm bei allen Fehlern doch die sehr richtige Würdigung dessen nicht entging, was die Zukunft des österreichischen Staates verlangte; indem die späteren Ereignisse in Galizien und Ungarn die „beredteste Apologie" der politischen Absichten Josephs enthielten.*)

Auch das äußere Verhältniß Oesterreichs fing an durch Josephs Einfluß sich völlig umzugestalten.

Wir erinnern uns, die flüchtigen Anwandlungen eines österreichisch-preußischen Bündnisses (1769—1770) waren rasch in die frühere Entfremdung umgeschlagen, und mit dem baierischen Erbfolgestreit drohte die Rivalität zum offenen Kampfe zu führen. Wohl wandte die Friedensliebe der beiden alten Gegner, Friedrichs und Marien Thereſiens, dies Aeußerste ab, so sehr

*) Graf Ficquelmont in seiner bekannten Schrift: Lord Palmerston, England und der Continent. I.

auch Joseph dahin drängte, aber die Stimmung beider Großmächte war trotz des Teschener Friedens so gespannt wie je. Friedrich II. bemühte sich, sein Bündniß mit Rußland auch für die Zukunft fester zu knüpfen, und dachte daran, eine der westlichen Mächte in den Bund einzuschließen. So hoffte der große König den unruhigen Ehrgeiz Katharinas und Josephs II. zugleich im Schach zu halten, die Integrität der Türkei zu schützen und die glorreiche Stellung eines „Schiedsrichters in den europäischen Dingen" ohne kriegerische Kraftanstrengung zu behaupten.*) Die Erneuerung des russisch-preußischen Bündnisses von 1764, die Beiziehung Frankreichs oder Englands, die Aufnahme des osmanischen Reiches in die Allianz, das waren die Wege, auf denen Friedrich sein Ziel am sichersten zu erreichen hoffte. Aber der Diplomat, den der König zu diesem Ende nach Petersburg schickte (Herbst 1779), Graf Görtz, fand dort ganz entgegengesetzte Neigungen; die Lieblingsentwürfe Katharinens, das osmanische Reich aufzulösen und ein byzantinisch-russisches am Bosporus aufzurichten, stimmten wenig zu der Allianz mit Preußen, sie forderten ein Bündniß mit Joseph II., der in ähnlicher Weise durch die Auflösung der Türkei sich zu vergrößern dachte, und dessen benachbarte Streitkräfte den russischen Planen eine ganz andere Mitwirkung verhießen, als das weit entlegene Preußen mit seinen spärlichen Subsidienzahlungen. Görtz fand daher in Petersburg die Stimmung entschieden einem österreichischen Bündnisse zugewandt; der einzige Graf Panin verfocht noch die Allianz mit Preußen. So scheiterte Friedrichs Versuch, eine Allianz mit Rußland ohne und gegen Oesterreich zu bilden; nicht einmal die nähere Verbindung Oesterreichs mit Rußland vermochte er zu hindern. Im Sommer 1780 fanden jene Besprechungen zwischen Joseph und Katharina statt, welche das russisch-österreichische Bündniß einleiteten; vergebens suchte Friedrich durch die Absendung seines Neffen an den russischen Hof die drohende Allianz zwischen Wien und Petersburg zu stören, Katharina erneuerte den preußischen Bund von 1764 nicht mehr, trat aber zur österreichischen Politik in immer engere persönliche und politische Beziehungen.

So schlug denn auch ein anderer Plan Friedrichs fehl, an Rußland eine Stütze gegen den österreichischen Einfluß im deutschen Reiche zu erlangen. Er glaubte dies durch jene berüchtigte Stelle des Teschener Friedens, wodurch Rußland diesen Vertrag garantirte und zugleich der westfälische Friede ausdrücklich von Neuem bestätigt war, erreicht zu haben. Die Erfahrung der nächsten Jahre bewies, daß damit eben nur Rußland durch eine Hinterthür als „Bürge des westfälischen Friedens" eingeführt und ihm die Erbschaft der Politik eröffnet war, die bisher Frankreich und Schweden als Garanten der Verträge von 1648 mit so großem Nutzen verfolgt hatten. Die

*) S. die Mittheilungen in Görtz, Denkwürd. I. 106 ff.

preußische Politik ging aber noch einen Schritt weiter; um ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu schaffen, sollte eine ganz unmittelbare Intervention Rußlands in den deutschen Dingen eingeleitet werden. Das was man Deutschland und deutsches Reich nannte, war so sehr zum bloß geographischen Begriff geworden, daß es kaum mehr für anstößig galt, das Schiedsrichteramt des Auslandes in die innern deutschen Angelegenheiten hereinzuziehen. Man überlegte damals kaltblütig in Berlin, ob man sich in seinem Widerstande gegen Oesterreich lieber auf einen der alten Garanten des westfälischen Friedens stützen, oder Rußland als neuen Bürgen beiziehen solle. Aus Gründen, die in der angedeuteten politischen Conjunctur der Zeit lagen, entschied man sich für Rußland, dem der Teschener Friede die Brücke gebaut zur Einmischung in die deutschen Dinge. Es entsprach der Herrschsucht und der Eitelkeit der russischen Kaiserin, auch hier die Hand im Spiele zu haben, und der preußische Gesandte in Petersburg übernahm es, die Mittel und Wege anzugeben, auf denen Rußland in die durch Frankreichs und Schwedens Schwäche erledigte Stelle eines Bürgen des westfälischen Friedens einrücken könne.*)

Es gelang in der That den Bemühungen Preußens, auch das deutsche Reich zum Tummelplatz der russischen Diplomatie zu machen; im Herbst 1781 erschien Graf N. Romanzof in Frankfurt, um von dort aus bei den verschiedenen kleinen Höfen der vorderen Reichskreise zu intriguiren und in Norddeutschland ward ein H. v. Groß beauftragt, von Hamburg aus die gleiche Mission zu erfüllen. Die Instructionen, welche diesen diplomatischen Agenten ertheilt wurden, waren unter Mitwirkung des preußischen Gesandten ausgefertigt, und die Berliner Politik glaubte sich nun ihres Erfolges ganz sicher: mit Hülfe des russischen Einflusses den österreichischen im Reiche zu paralysiren. Aber die bittere Strafe folgte auf dem Fuße; die durch Preußen eingeführte Intervention im Reiche wandte sich, wie wir sehen werden, gleich im ersten praktischen Falle gegen Preußen und unterstützte Oesterreich, den neugewonnenen Alliirten.

So befand sich also Friedrich II. im Anfang der achtziger Jahre in völliger Isolirung. Zu Oesterreich war das Verhältniß seit 1777 so gespannt wie je, von den westlichen Mächten war Frankreich noch nicht ganz aus dem österreichischen Familienbunde gelöst und außerdem auch in einer Lage, die zu einer engeren Allianz nicht ermuthigen konnte; England legte, so lange Lord North und seine Freunde regierten, eine widersinnige Gehässigkeit gegen Preußen an den Tag, und die flüchtige Hoffnung Friedrichs, bei der Erhebung des Whigministeriums (1782) einen Verbündeten an England zu finden, zerschlug sich fürs erste. Der Bund mit Rußland aber,

*) S. Görtz, Denkw. I. 141—146.

seit 1764 eine der Stützen von Preußens Haltung nach Außen, war gelöst. Zwar wiederholte Rußland die früheren Versicherungen unveränderter Freundschaft, aber die Allianz hörte auf, seit Rußland mit Oesterreich in ein engeres Verhältniß getreten war. Wohl fing der russisch-österreichische Bund an, die Besorgnisse des europäischen Westens zu erregen, und als Katharina II. (1783) sich der Krim, Tamans und Kubans bemächtigte und die Pforte dies geschehen ließ, tauchte auch in Frankreich der Gedanke auf, durch einen engeren Bund mit Preußen die Auflösung des osmanischen Reiches durch Joseph und Katharina zu hindern; allein die Verhandlungen darüber hatten kein Ergebniß, weil Friedrich gerechte Bedenken hatte, sich mit der scheuen und unsichern Politik der damaligen französischen Regierung tiefer einzulassen.*)

Diese isolirte Stellung Preußens mußte dem König um so bedenklicher erscheinen, je rühriger Joseph II. bemüht war, die Vortheile der Lage auszubeuten. Durch das Kaiserthum und dessen verfassungsmäßige Macht eine gebietende Stellung in Deutschland zu erlangen, war ihm zwar mißlungen, er gab diesen Weg auf und suchte durch Erweiterung seiner Hausmacht, durch glückliche Erwerbungen den territorialen Einfluß zu befestigen, den ihm seine kaiserliche Würde nicht geben konnte. Der Versuch, Baiern an sich zu reißen, war freilich beim ersten Anlauf fehlgeschlagen, aber er war doch auch nicht ganz ohne Früchte geblieben. Kurz nach dem Teschener Frieden ward, in bescheidnerer Form, etwas Aehnliches unternommen, indem Joseph sich bemühte, seinen jüngeren Bruder Maximilian zum Kurfürsten von Cöln und Bischof von Münster wählen zu lassen. Als Besitzer des ansehnlichsten Gebietes am Niederrhein, als Mitdirector des westfälischen Kreises konnte dann der österreichische Erzherzog dem preußischen Einflusse an einer Stelle entgegenwirken, wo derselbe bis jetzt in unbestrittenem Uebergewicht gewesen war. Es entstand darüber ein kleiner diplomatischer Krieg zwischen Oesterreich und Preußen; süße und herbe Mittel, Bestechung und Drohung wurden in Bewegung gesetzt, und es schien einen Augenblick, als sollte es darüber zum gewaltsamen Conflicte kommen (1780); wenigstens hoffte die unterliegende Partei auf dies letzte Mittel.**) Aber Friedrich, der zwei Jahre zuvor bei einem viel gewichtigern Anlaß nur ungern das äußerste Mittel gewählt, hatte doch gerechte Bedenken, wegen einer Coadjutorwahl in Cöln und Münster einen vielleicht europäischen Krieg anzufachen. Auf dem diplomatischen Schlachtfelde von Oesterreich überwunden, fügte er sich in die geschehene Wahl des österreichischen Erzherzogs und bemühte sich nur zu hindern, daß Maximilian

*) S. die Denkschrift von Vergennes von 1784 in Flassan's hist. de la dipl. française VII. S. 384 ff.

**) Dohm, I. 347. 348.

nicht auch in Lüttich, Paderborn und Hildesheim das Gleiche erreichte, wie in Cöln und Münster.

In ähnlicher Weise wurden von Joseph die mannigfaltigen kleinen Mittel, deren Gebrauch zum Theil verjährt, in Anwendung gebracht, um dem Kaiserhause wieder Einfluß, Stimmen und pecuniäre Vortheile zu erwerben. Ein alter längst verfallener Gebrauch war es, daß der Stifter oder Schirmvogt eines Klosters, auch wohl ein fürstlicher oder kaiserlicher Wohlthäter und Beschützer, dem Stifte einen alten Diener oder hülfsbedürftigen Schützling zur Verpflegung zuwies, oder wie der Ausdruck lautete, einen Panisbrief für ihn ausstellte. Die Natural-Verpflegung ward allmälig in eine Geldleistung umgewandelt und erhielt so das Ansehen einer Steuer, welche den geistlichen Stiftern vom Kaiser auferlegt ward; aber der Gebrauch war in Abnahme gekommen und in den Grundgesetzen des Reiches, namentlich dem westfälischen Frieden, hatte das Recht der Panisbriefe keine ausdrückliche Anerkennung mehr erlangt. Wie war man überrascht, als Joseph II. nun, namentlich seit 1780, eine Reihe solcher Panisbriefe erließ, ja zum Theil auf Stifter anwies, die längst säculariſirt oder protestantisch geworden waren! War es doch eine seltsame Zumuthung, von ehemals katholischen Stiftern im preußischen oder im braunschweig-lüneburgischen Gebiete die Versorgung österreichischer Invaliden zu verlangen, und Friedrich II. gab diesem Gefühl einen richtigen Ausdruck, wenn er in einem Erlaß an die halberstädtische Regierung das kaiserliche Beginnen „grundlos, unerhört und höchst befremdend" nannte. So war denn auch der Erfolg des Schrittes kein anderer, als daß, wer irgend im Stande war, das Ansinnen Josephs abzuweisen, die Panisbriefe verweigerte und die unerwartete Contribution schließlich an den Schwächeren und Kleineren haften blieb, denen die Macht und der Muth fehlte, sie zu versagen.

Solche Prätensionen blieben aber nicht vereinzelt. Bald wurde durch ein kaiserliches Provisorium der Markgrafschaft Burgau gegen altes Herkommen die „österreichische uneingeschränkte Landeshoheit" auferlegt, oder gar dem Reichshofrath förmlich verboten, die burgauischen Insassen richterlich zu schützen; bald wurde bei Werbung und Durchmärschen die Ohnmacht der Schwachen in anstößiger Weise mißbraucht. So finden wir in den Reichstagsverhandlungen aus der letzten Zeit Josephs II. die Beschwerde der vorderen Reichskreise*) über den sogenannten „Wiener Schub", eine auch erst seit Josephs österreichischem Regierungsantritt aufgekommene Gewohnheit der Wiener Polizei, verlaufenes und herrenloses Gesindel, ja selbst ansässige, aber verarmte Bewohner der Hauptstadt dem baierischen Kreise zuzuschieben, der dann, wie die Beschwerde am Reichstage sagt, „dies von Allem entblößte,

*) Reichstagsschriften auf der Münchn. Bibl. Cart. 472.

hülfsbedürftige und vielfältig mit ekelhaften Krankheiten angesteckte, aber eben dadurch sowohl für die öffentliche Sicherheit, wie für die Gesundheit gefährliche Gesindel" dem schwäbischen Kreise zuwies, dem es schließlich zur Last fiel. Auf demselben Reichstage wird auch von dem schwäbischen Kreise Klage geführt über die gewaltthätigen Uebergriffe österreichischer Landvogteien, welche die Gerichtsbarkeit usurpirten, kreisständische Unterthanen mit Arresten, Einquartirung u. s. w. beschwerten, im Zoll- und Forstwesen eigenmächtig verführen, Handelsbeschränkungen und Zunftzwang auferlegten. Aehnliche Klagen hörte man allenthalben, wo es in Schwaben noch kaiserliche Landgerichte oder österreichische Lehenshöfe gab; es war der Klagen kein Ende gegen ihre „fortwährenden Anmaßungen."

Die Anlässe dieses Haders waren an sich klein, aber sie waren nicht geeignet, die deutsche Politik Josephs II. populär zu machen. Diese rechtswidrigen Uebergriffe, dieser gewaltthätige Uebermuth gegen Schwächere und Kleinere erbitterten um so mehr, je öfter man die Erfahrung machte, daß der Kaiser vor dem Widerspruch des Mächtigen zurückwich.

Größeres Aufsehen erregte schon die Angelegenheit des Bisthums Passau. Das Stift hatte den größeren Theil seines Sprengels in Oesterreich, wo auch viele ihm zugehörige Güter lagen. Unter Kaiser Karl VI. war mit Einwilligung des Stiftes ein Theil des Sprengels an das neucreirte Wiener Erzbisthum abgetreten, aber zugleich von Oesterreich zugesagt worden, niemals, unter irgend einem Vorwande, eine Zerstückelung des Hochstiftes weder zu beantragen, noch zuzulassen. Jetzt, als im März 1783 der Sitz erledigt war, ließ Joseph II. den im österreichischen Gebiete gelegenen Sprengel ohne Weiteres von Passau trennen und den Diöcesen von Wien und Linz zutheilen. Der Vorwand, die Seelsorge gebiete das, mußte besonders frivol erscheinen, wenn man sah, wie zugleich alle im Oesterreichischen gelegenen Güter ohne Weiteres mit Beschlag belegt wurden. Das Verfahren im Einzelnen war so gewaltsam und tumultuarisch, wie früher in der bairischen Erbfolgesache, später gegenüber den Holländern. Vergebens wandte sich das bedrängte Stift an den Reichstag; Drohungen von Wien bewirkten, daß man die angebrachte Klage für's Erste ruhen ließ. Auch Preußens Einsprache war erfolglos; der neugewählte Passauer Bischof, ein Graf von Auersperg, ward durch einen Vergleich von Joseph genöthigt (Juli 1784), den Antheil des Sprengels, der im Oesterreichischen lag, abzutreten und für die Zurückgabe der Güter, die unstreitig rechtmäßiges Eigenthum waren, viermalhunderttausend Gulden zu bezahlen. Freilich war in einem Schreiben von Kaunitz an das Passauer Stift offenherzig der Grundsatz bekannt: es sei des Kaisers Pflicht, nach Zeiten, Umständen und andern aus dem festgesetzten Regierungssystem fließenden Verhältnissen, für die Religion und Seelsorge bedacht zu sein; alle Rechte müßten diesem weichen.

Diese widrige Art, gegen kleine und machtlose Reichsstände mit Drohung

und Gewaltthat vorzuschreiten und die unerhörtesten Ansprüche mit handgreiflicher Rabulistik stützen zu wollen, stand gerade dem Kaiser am wenigsten an; sie widersprach den herkömmlichen Ueberlieferungen und entfremdete ihm die natürlichsten Verbündeten. Aehnliche Schritte, wie gegen Passau, wurden gegen die Stifter Lüttich, Constanz, Chur und Regensburg unternommen; bei Salzburg wurde wenigstens der Versuch gemacht und, wie es Josephs unstete Art war, auch wieder aufgegeben. Das Stift Paderborn ward wegen der Geldforderung eines jüdischen Lieferanten fast in ähnlicher Weise bedrängt, wie in unsern Tagen Griechenland von der britischen Politik wegen der angeblichen Forderungen eines portugiesischen Juden mißhandelt worden ist.

Wohl war durch solche Schritte zunächst das landesfürstliche Interesse bedroht und die Besorgniß der mit Oesterreich rivalisirenden Territorien erweckt; aber man hat offenbar aus Abneigung gegen das Landesfürstenthum und gegen die geistlichen Stifter nicht selten vergessen, daß auch das ganz unbefangene Rechtsgefühl in der Nation dadurch verletzt ward und man in Joseph allmälig immer mehr den ungeduldigen Despoten, als den Reformator erblickte. Allerdings muß man die officielle Phrase jener Zeit, das Gerede von „deutscher Freiheit", von „Aufrechterhaltung der Reichsverfassung" mit vorsichtigem Ohr aufnehmen, und namentlich im Munde Friedrichs II. und seiner Staatsmänner hatte das einen seltsamen Klang; aber es war gleichwohl richtig, daß die Ungeschicklichkeit Josephs II. mit einem Male die überlieferten Rollen vertauschte und dem König Friedrich den Beruf eines Beschützers der deutschen Verfassung, also den leitenden Einfluß in den deutschen Dingen in die Hände spielte.

Die jüngste Zeit war ganz dazu angethan, die früher geltenden Meinungen umzustimmen. Nicht Josephs Haltung allein, sondern die ganze Richtung der Zeit forderte zu Vergleichungen heraus, die Friedrich II. nicht nur, wie in früheren Tagen, als den kühnsten und siegreichsten König, sondern auch, wenigstens in Deutschland, als das Vorbild einer gerechten und conservativen Politik erscheinen ließen. Nur in Preußen existirte ein gewisser Rechtszustand und eine gesicherte Wirksamkeit der Gerichte; selbst der berüchtigte Vorfall mit dem Müller Arnold vermochte diese Ueberzeugung nicht zu erschüttern; der schmähliche Menschenverkauf, womit die Regierungen in Cassel und Stuttgart sich befleckten, hatte in der philanthropischen Zeit doch nur in Friedrich einen Fürsten gefunden, der nicht allein in Worten, sondern auch in Thaten dem Mißbrauch entgegentrat. Zu dem Verfahren der angesehensten katholischen Regierungen, in Ansehung des Kircheneigenthums, stand die Haltung des ketzerischen Königs und der Schutz, den er dem katholischen Kirchengut gewährte, in einem merkwürdigen Gegensatze. Der Jesuitenorden, dessen Mitglieder in den meisten katholischen Landen jetzt ebenso gewaltthätig und roh behandelt wurden, wie man sich dort früher ihrem Einflusse in blin-

der Unterwürfigkeit hingegeben, fand an Friedrich einen Schützer gegen die Modeverfolgung der Zeit. Selbst die Gegner Preußens konnten nicht leugnen, daß in diesem Staate eine Rechtssicherheit und eine Achtung vor dem Rechte bestehe, wie sie unter allen Reichsfürsten gerade der Kaiser am wenigsten bethätigte.

Dies Alles wirkte zusammen, um das traditionelle Verhältniß der beiden Großmächte im Reiche mit einem Male umzugestalten. Es kam ein neuer Anlaß hinzu, der die Gefahren der josephinischen Politik für den Bestand des Reiches besonders dringend erscheinen ließ.

Siebenter Abſchnitt.

Der Fürſtenbund.*)

Je mehr ſich der Reichsverband lockerte, deſto näher lag der Gedanke, beſondere Vereine und Bündniſſe innerhalb des Reiches zu errichten. So ſind denn auch, namentlich ſeit der Zeit, wo das Reich und ſeine Kriegsverfaſſung nicht mehr den zureichenden Schutz gewährte, Verbindungen einzelner Reichsſtände zu einem beſtimmten Zwecke nichts Ungewöhnliches. Sich im Innern gegenſeitig zu ſchirmen, den äußeren Feind abzuwehren, die Kriegsverfaſſung in einen beſſeren Stand zu ſetzen, dieſe Ziele waren ſeit der zweiten Hälfte des ſiebzehnten Jahrhunderts viel ſicherer auf dem Wege der beſonderen Verbindung zu erreichen, als durch die verfaſſungsmäßigen Mittel, welche das Reich gewährte.

Ein neuer Antrieb dazu lag in der veränderten Ordnung der Dinge, wie ſie ſich durch die Erhebung Preußens, namentlich ſeit 1740 feſtſtellte. Mit der Ausbildung zweier ſelbſtändigen Großmächte im Reiche hatte die Reichsverfaſſung ihre Eigenthümlichkeit vollends eingebüßt und mehr als je lag es an den einzelnen Reichsſtänden, in neuen Vereinigungen einen Erſatz für den Schutz und die Sicherheit der untergehenden Reichsordnung zu ſuchen. Aber nicht nur in den einzelnen Reichsſtänden, deren Selbſtändigkeit nun von zwei großen Mächten erdrückt zu werden drohte, ſondern auch in einer der beiden Großmächte ſelbſt mußte der Gedanke ſolch einer Sonderverbindung leichter als vorher erwachen. Preußen, im Kampfe gegen die Form des alten Reiches groß geworden und von Oeſterreich immer noch vermittelſt der Ueber-

*) Die folgende Darſtellung iſt vorzugsweiſe auf das urkundliche Material geſtützt, welches W. A. Schmidt in der Geſch. der preußiſch deutſchen Unionsbeſtrebungen 1851. I. veröffentlicht hat. Dazu vergleiche den Aufſatz von Gödecke in dem Archiv des hiſtor. Vereins für Niederſachſen 1847.

lieferungen der obersten Reichsgewalt im Schach gehalten, mußte sich bemühen, dem Reiche mit seiner österreichischen Leitung, seinen habsburgischen Verbindungen und Traditionen ein Gegengewicht entgegenzustellen durch einen engeren Bund, der die Elemente der Opposition gegen Oesterreich unter preußische Fahnen schaarte.

In dieser doppelten Richtung bewegen sich die Versuche, welche im achtzehnten Jahrhundert zur Gründung solcher Verbindungen gemacht worden sind.

Erst suchte Friedrich II., zu der Zeit, als er das habsburgisch-lothringische Kaiserthum durch ein wittelsbachisches zu verdrängen strebte, eine solche Verbindung zu gründen, die seinen neuen Kaiser schützen sollte. Die Ueberlieferungen des Reiches neigten noch vielfach zu Oesterreich; man mußte suchen, dem neuen bairischen Kaiserthum, durch welches Preußen seinen Einfluß im Reiche zu üben dachte, eine Union im Reiche als Rückhalt aufzurichten. Schon 1742, als das Glück der Waffen zuerst Karl VII. verließ, entwarf Friedrich II. solch einen Plan, wonach einzelne Kreise und Stände des Reiches sich vereinigen und den neuen Kaiser unter Mitwirkung Preußens schützen sollten; aber der Entwurf scheiterte, wie Friedrich damals klagte, „aus sclavischer Furcht der Reichsstände vor dem Hause Oesterreich.“ Der große König war indessen nicht der Mann, der so leicht eine einmal erfaßte Idee fallen ließ; er griff den Plan bald von Neuem auf (1743), wandte sich an seine fränkische Agnaten und andere kleinere Fürsten, den Bund in's Werk zu setzen. Abermals gescheitert, versuchte er die Höfe in Cassel, Cöln, Mannheim und Stuttgart für den Gedanken zu gewinnen, war aber nicht glücklicher als zuvor. Sie verlangten Subsidien, die nicht zu beschaffen waren; point d'argent, point de prince d'Allemagne, rief Friedrich ärgerlich aus, als ihm sein Entwurf zum dritten Male mißlungen war.*) Gleichwohl erreichte des Königs Beharrlichkeit schließlich doch das Ziel; die Frankfurter Union (Mai 1744) verband den Kaiser, Preußen, Kurpfalz und Hessen-Cassel zu gegenseitigem Schutz und zur Aufrechterhaltung der hergebrachten Verfassung des Reiches; Cöln, Sachsen, Lüttich sollten zum Beitritte eingeladen werden. Aber die neue Wendung der Dinge, die mit dem Tode Karls VII. zugleich das wittelsbachische Kaiserthum begrub, nahm auch der Union ihre Bedeutung; Friedrich überließ Oesterreich seine überlieferte Stellung im Reiche und zog sich auf die Politik seiner preußischen Monarchie zurück — um erst vierzig Jahre später aus dieser zuwartenden und indifferenten Haltung herauszutreten.

Während Friedrichs Unionsentwürfe schlummerten, tauchte aus der Mitte der kleineren Staaten der Plan einer Verbindung auf, welche die Reichsstände zweiten und dritten Ranges vor dem unruhigen Ehrgeiz der beiden

*) S. Oeuvres de Frédéric. T. II, 141. III, 24. 31.

Großmächte ſicherzuſtellen beſtimmt war. Unter dem Eindruck der Schrecken des ſiebenjährigen Krieges entwarf der heſſen-kaſſelſche Miniſter von Schlieffen den Gedanken einer Union, welche die mittleren und kleineren Fürſten vereinigen und gegen die aufgenöthigte Theilnahme an den öſterreichiſch-preußiſchen Kämpfen ſchützen ſollte. Die Verbindung ſollte eine rein defenſive ſein, aber doch durch gut geordnete Finanzen und ein ſchlagfertiges Heer unterſtützt jedes gewaltſame Anſinnen ablehnen, das ſie in eine Theilnahme an den Kriegen zwiſchen den beiden Großmächten zu verflechten trachtete. Der Entwurf, im Jahre 1763 in Caſſel, Mannheim und Zweibrücken angeregt und beſprochen, führte indeſſen ebenfalls zu keinem beſtimmten Ergebniß.

Die unruhige, gewaltſam übergreifende Thätigkeit Joſephs II. fachte die alten Entwürfe von Neuem an, und zwar begegneten ſich jetzt zum erſten Male die Gedanken Preußens und der kleineren Staaten. Anläſſe zu ſchärferer Wachſamkeit lagen in Joſephs Politik genug vor. Die bairiſche Verwickelung von 1777—1779 hatte eine Reihe von kleineren Reichsfürſten um ihre Exiſtenz beſorgt gemacht; ſchon hieß es, Würtemberg ſei von ähnlichen Heimfallsanſprüchen bedroht, wie Baiern. Die Coadjutorwahl in Cöln und Münſter hatte dieſe Befürchtungen neu geweckt; das Vorſchreiten gegen die Kirchengüter, die Angriffe gegen geiſtliche Stifter, wie Paſſau und Salzburg, erfüllten auch die geiſtlichen Fürſten mit Unruhe. Weiter klagte man, Oeſterreichs Einfluß hemme den Reichstag, verleite den Reichshofrath zu ungeſetzlichen Uebergriffen, oder ſuche durch die kaiſerlichen Debitcommiſſionen überſchuldete Reichsſtände durch finanzielle Rückſichten vom kaiſerlichen Hofe abhängig zu machen. Andere Beſchwerden, wie die, daß Oeſterreich eine neue ihm ergebene Kurwürde an Würtemberg ſchaffen und durch eine römiſche Königswahl ſich auch den künftigen Einfluß im Reiche ſichern wolle, beruhten zwar zunächſt nur auf Vermuthungen; aber die Aeußerung von Kaunitz in der Paſſauer Sache, die, übereinſtimmend mit dem Verfahren gegen die Generalſtaaten, überlieferte Rechte und Verträge wie nicht vorhanden betrachtete, ließ das Aergſte befürchten. Noch hatte man im Reiche keine Ahnung, daß die Erwerbung Baierns auf dem Wege des Tauſches von Neuem im Werke war; und doch wog dies allein viel ſchwerer, als alle jene kleinen Arrondirungsverſuche zuſammengenommen.

Mit dem Intereſſe der ſchwächeren Reichsſtände traf aber das preußiſche diesmal zuſammen. Friedrich II. hatte ſchon in der baieriſchen Sache den erſten Schritt gethan, ſich in die Reichsangelegenheiten einzumiſchen; ſeitdem waren andere Gründe hinzugekommen, ſein zurückgezogenes Verhältniß zum Reiche aufzugeben. Die Auflöſung des Bundes mit Rußland, die Anfänge einer ruſſiſch-öſterreichiſchen Allianz, Preußens Iſolirung, Joſephs Politik im Reiche — das Alles enthielt die deutliche Aufforderung, eine Stütze preußiſcher Macht in Deutſchland ſelbſt zu ſuchen, wo die Stimmung ſich lebhafter

als je gegen Oeſterreich wandte. So kam Friedrich zu den Gedanken zurück, die er vierzig Jahre zuvor erfolglos betrieben hatte. Es war im Laufe des Jahres 1783, als er gegen den Herzog von Braunſchweig äußerte: es ſei wohl jetzt an der Zeit, einen Bund, ähnlich dem ſchmalkaldiſchen, zu ſchließen; damals (Mai) wurde zuerſt mit Hertzberg die Gründung einer ſolchen Union vorläufig beſprochen.

Faſt gleichzeitig und, wie es ſcheint, davon ganz unabhängig, tauchte ein ähnlicher Gedanke im Kreiſe der kleineren Fürſten auf; Markgraf Karl Friedrich von Baden war es, der mit einem ſolchen Projecte, das ſein Miniſter Edelsheim verfaßt, bei einzelnen kleineren Höfen anklopfte. Hier war es die Beſorgniß vor Oeſterreich, die den Gedanken weckte; die Uebergriffe des Reichshofraths, der ſchleppende Gang des Reichstages, die Vorgänge in Paſſau und Aehnliches wurden ausdrücklich als Grund angeführt, und auf das Schickſal Polens, als ein warnendes Exempel für Deutſchland, verwieſen. Man dachte zunächſt an eine Verbindung der Fürſten, namentlich der Häuſer Sachſen, Braunſchweig, Heſſen und Holſtein, indeſſen die Kurfürſten einen ähnlichen Verein abſchließen und aus der Verſchmelzung beider die deutſche Union erwachſen ſollte. Gemeinſames Handeln auf dem Reichstage, Wiederbelebung der Thätigkeit dieſes Körpers, Schutz aller weltlichen und geiſtlichen Reichsſtände, gegenſeitiger friedlicher Austrag der Streitigkeiten, Unterſtützung in Schuldſachen, um Oeſterreichs Einfluß fernzuhalten, Widerſtand gegen neue, im öſterreichiſchen Intereſſe zu ſchaffende Kurwürden, Beſchränkung der Uebergriffe des Reichshofraths, endlich die Bildung einer Bundeskaſſe und Bundesſtreitmacht mit der Verpflichtung, keine Truppen in fremden Sold zu geben — das waren die weſentlichen Geſichtspunkte, von denen dieſer badiſche Entwurf ausging. Eine günſtige Gelegenheit, die den Reichsſtänden freie Hand ließ, etwa der Ausbruch des bevorſtehenden Türkenkrieges, ſollte zum Abſchluſſe der Union benützt werden; auswärtige Stützen hoffte man an Preußen, an Frankreich, ſelbſt an Rußland zu finden. Man ſieht, der Gedanke des Bundes ruht völlig auf der Anſchauung des weſtfäliſchen Friedens und ſuchte ſeine Berechtigung in der bekannten Beſtimmung der Verträge von 1648, welche den einzelnen Reichsſtänden das Recht einräumte, Verträge unter ſich und mit andern Staaten abzuſchließen. Der nächſte Zweck war auch nur die Sicherheit der kleineren Reichsſtände: Preußen ſollte nicht in die Union eintreten, ſondern, ähnlich wie Frankreich oder Rußland, eine Stütze gegen Oeſterreich ſein.

Der Herzog von Braunſchweig, an den durch Anhalt-Deſſau der badiſche Entwurf gebracht ward, äußerte ſich im Allgemeinen dem Plane günſtig; doch war er durch ſeine Verhältniſſe zu Hannover und Preußen gebunden. Er meinte, man müſſe äußerſt vorſichtig und geheim verfahren, zunächſt ſich auch nur auf die allgemeinſten Umriſſe beſchränken und die einzelnen Artikel, namentlich welche die Finanzen und die Heeresrüſtung betrafen, erſt dann

ausarbeiten, wenn man über die Ausdehnung des Bundes und über die Mitglieder im Klaren sei. In Zweibrücken, Gotha, Weimar war man dem Plane geneigt, in Dessau wünschte man vorerst die Meinung des braunschweiger Hofes zu erfahren.

Im Januar 1784 machte der Herzog von Braunschweig dem preußischen Minister Hertzberg darüber Mittheilung; auch dessen Ansicht ging dahin, daß der Zeitpunkt des Abschlusses noch nicht gekommen sei. Hertzberg dachte zunächst an ein ganz geheimes Bündniß „zwischen einigen wenigen patriotischen Fürsten, die sich auf einander völlig verlassen könnten"; die Bedingungen sollten ganz allgemein sein, so daß der Anfang weder Aufsehen machte, noch Vorwürfe herausforderte. Wenn dann ein Türkenkrieg ausbreche, oder durch den Tod Karl Theodors die zweibrücker Linie zur pfalzbairischen Churwürde gelange, oder auch wenn in Preußen ein Thronwechsel eintrete, dann sei der Moment, eine größere und allgemeinere Verbindung zu gründen. Ueber den Umfang und die Leitung eines solchen Bundes dachte der preußische Staatsmann freilich anders, als der Urheber des badischen Entwurfes; ihm erschien Preußen als das einzig natürliche Oberhaupt. Der hiesige Hof, sagte er, ist ganz dazu geneigt und entschlossen, er wird, sobald es die Umstände mit sich bringen, sich an die Spitze stellen, da er der einzige ist, der den Plan ausführen kann und will. So lautete die Meinung Hertzbergs, der, wie es scheint, mit dem König selbst darüber nicht gesprochen, sondern nur den Prinzen von Preußen davon in Kenntniß gesetzt hatte.

Wie sehr damals das Bedürfniß solcher Einigungen gleichsam in der Luft lag, ergibt sich aus dem gleichzeitigen Auftauchen verschiedener Entwürfe an mehreren Orten. Während Friedrich die Sache anregte, Baden seinen Entwurf ausarbeitete, ging davon unabhängig etwas Aehnliches von dem Hause Zweibrücken aus. Der zweibrücker Hof war seit den Ereignissen von 1777 völlig dem preußischen Einfluß hingegeben; es war die Rede von einer Vermählung des nachherigen Königs Maximilian mit einer preußischen Prinzessin, und zwischen dem regierenden Herzog und dem Prinzen von Preußen bestand ein sehr freundschaftliches persönliches Verhältniß. Eine Sendung des zweibrückischen Ministers von Hofenfels nach Berlin (Herbst 1783) hatte diese Beziehungen noch enger geknüpft und wohl den Anstoß dazu gegeben, daß auch in Zweibrücken ein Unionsentwurf auftauchte.

Die Ansicht des zweibrücker Hofes, wie sie nachher in einer Denkschrift vom 10. Febr. 1784 niedergelegt ist, unterschied sich nun von den bisher laut gewordenen vornehmlich darin, daß sie wo möglich eine Verbindung aller Reichsstände ohne den Kaiser als Ziel vorsetzte. Eine Union einzelner Fürsten erschien unzulänglich, ja insofern eher gefährlich, als sie die Thätigkeit Oesterreichs wahrscheinlich nur steigern würde, ohne die nöthige Kraft des Widerstandes zu besitzen. Träten eine Anzahl Reichsstände zusammen, so würde der kaiserliche Hof die Verbindung als Complot bezeichnen

und unter dem Vorwand, die allgemeine Ruhe und Sicherheit des Reiches zu schützen, seine Majestätsrechte noch weiter ausdehnen. Man müsse dem von lange her vorbereiteten österreichischen Plan einen ähnlichen entgegenstellen, und die Mittel der Vertheidigung einstweilen vorbereiten, um im günstigen Moment zur Ausführung zu schreiten. Vorerst solle man eine vertrauliche Correspondenz eröffnen, auf dem Reichstag zusammenstehen, sich an die Reichsverfassung halten und sich nicht mehr wie bisher zu „blinden Nachbetern des kaiserlichen Ministers" machen.

Waren die bisherigen Entwürfe vorzugsweise von weltlichen und protestantischen Höfen ausgegangen, so fehlte es auch im katholischen Lager nicht an verwandten Tendenzen; ja die geistlichen Stände fühlten sich durch die jüngsten Vorgänge in Passau, Cöln, Münster u. s. w. noch mehr beunruhigt als die weltlichen. Man sprach damals von einer Vereinigung unter ihnen, die bereits abgeschlossen sein sollte; man wollte wissen, zu Mainz habe ein Congreß stattgefunden, und der Bischof von Speyer sei das eifrigste Glied dieses geistlichen Fürstenbundes. Daß dieser Verein nicht in Preußen seine Stütze suche, sondern sich lieber an Frankreich anlehnen wolle, ward als eine natürliche Folge der confessionellen Verhältnisse angesehen.

Bezeichnend ist in jedem Falle dies gleichzeitige Auftauchen verwandter Vorschläge zur Abwehr der kaiserlichen Uebergriffe. Es ist die Politik des westfälischen Friedens, die sich zum Widerstande rüstet, seit Joseph den Versuch gewagt, die österreichische Stellung im Reiche auf den Standpunkt vor 1648 zurückzuführen. Zwei politische Richtungen, die in der deutschen Geschichte bereits eine verhängnißvolle Bedeutung erlangt haben, gerathen hier noch einmal ernstlich an einander: auf der einen Seite das habsburgisch-österreichische Bemühen, Deutschland auszubeuten für die Vergrößerung und Abrundung der eigenen Hausmacht, auf der andern das Bestreben des Landesfürstenthums, diese wieder auflebenden Kaisergelüste auf ein geringstes Maß zurückzuführen, nöthigen Falls ganz aus dem Reiche hinauszudrängen. Beide Richtungen hatten ihr Redliches dazu beigetragen, Deutschland auf den Standpunkt zu bringen, auf dem es sich befand; die österreichische Absonderung auf Kosten des Reiches und der landesherrliche Particularismus theilten sich vorzugsweise in die Schuld, die Reichsordnung so zerrüttet zu haben, wie sie es war. Diese alten Gegensätze regen sich noch einmal kurz vor der Auflösung des Reiches in aller Schärfe; wie in früheren Tagen sucht Joseph am Reiche seinen Vergrößerungs- und Arrondirungseifer für den österreichischen Erbstaat zu befriedigen und um dem zu begegnen, wollen die Einen das Reich vollends in eine Anzahl Gruppen auflösen, die Andern sich unter Preußens Leitung zu einer antiösterreichischen Verbindung vereinigen, Alle zusammen im Nothfall die Protection Rußlands oder Frankreichs gegen die wiedererwachenden kaiserlichen Prätensionen zu Hülfe rufen. Daß diese Entwürfe eine gewisse Aehnlichkeit mit dem späteren Rheinbunde an sich tragen, ist nicht zu-

fällig; von der Grundlage des westfälischen Friedens ausgehend, mußte man, so wie die Dinge sich gestaltet hatten, früher oder später beim Rheinbund anlangen.

Alle jene Anregungen, wie sie Karl Friedrich von Baden gegeben, wie sie vom Prinzen von Preußen, von Hertzberg und dem Hofe in Zweibrücken ausgingen, stellten indessen die Ausführung in ziemlich ungewisse Ferne, und man darf wohl behaupten, daß diese Entwürfe, gleich früheren Projecten, wieder zu den Acten gelegt worden wären, ohne die anspornende Thätigkeit, die jetzt von anderer Seite kam.

Friedrich II. war es, welcher den Gedanken mit neuer Lebhaftigkeit aufgriff.

Die Besorgniß, daß Oesterreich jene Politik, die zwar im Teschener Frieden eine Niederlage erlitten, aber unmittelbar nachher in der Cölner Coadjutorwahl u. s. w. Siege erfochten hatte, mit zäher Ausdauer und vielleicht besserem Erfolge als 1777—1779 verfolgen werde, war in dem König wach geblieben; das Gefühl seiner Isolirung, seit ihm die österreichische Staatskunst auch in St. Petersburg den Vorrang abgewonnen, steigerte seine Befürchtungen. England und Frankreich waren für ihn die Stützen nicht mehr, die sie ihm einst zu verschiedenen Zeiten gewesen; Rußland war aus einem engen Verbündeten ein lauer Freund geworden, Oesterreich blieb nach wie vor ein mit aller Thätigkeit und Umsicht operirender Gegner. In dieser Vereinzelung blieb der Einfluß in Deutschland das letzte freie Feld für die preußische Politik. Es hatte etwas Seltsames, daß Friedrich am Abend seines Lebens in dem Reiche, das er so lange gering geschätzt und dessen Freundschaft ihm jeder Zeit leichter gewogen als die Hülfe Frankreichs, Großbritanniens oder Rußlands, eine politische Stütze suchen mußte; allein es war unverkennbar, daß ihn der Gedanke lebhaft beschäftigte. Seine Aeußerungen gegen den Herzog von Braunschweig und gegen seine eigenen Minister ließen darüber keinen Zweifel. Was um dieselbe Zeit von den kleinen Höfen ausging und zwischen Berlin, Carlsruhe und Zweibrücken verhandelt ward, war ihm noch unbekannt; Hertzberg hatte, weil er die Sache nicht für zu dringend hielt und Friedrichs persönliche Einmischung ihm seine eigene Taktik stören konnte, dem König davon noch nichts mitgetheilt. Indessen schrieb aber der Gesandte in Regensburg auf's Neue beunruhigende Nachrichten über die Thätigkeit Oesterreichs, „sich in Deutschland durch Einziehungen, Säculariſationen, römische Königs- und Bischofswahlen, ja wohl gar durch Wiedereroberung abgetretener Länder zu entschädigen."

Dies Alles wirkte zusammen, um Friedrich zur Ergreifung der Initiative zu bestimmen. In einer merkwürdigen Cabinetsordre an den Minister von Finkenstein (6. März 1784) drang er mit aller Entschiedenheit auf die Bildung eines Fürstenbundes. Er schildert die politische Vereinzelung Preußens, die geringe Hoffnung, die Frankreich und England biete, das Erkalten Rußlands. „Wir sind, schreibt er, ohne alle Verbündete; drum ist es von

äußerster Wichtigkeit, mit allen unseren Kräften auf eine Verbindung der Art im Reiche hinzuarbeiten, wie sie einst im schmalkaldischen Bunde lag. Es ist die einzige Hülfe, die uns bleibt, weil wir nicht mehr völlig auf Rußland zählen können." Wie sehr die Sorge der Isolirung Preußens den greisen König beschäftigte, das spricht sich in dem Wunsche aus: wo möglich noch vor seinem Tode diesen Bund geistlicher und weltlicher Fürsten gegen Oesterreich abgeschlossen zu sehen. „Man muß, schreibt er seinem Minister, die Sache nicht lässig betreiben, sondern sie wo möglich zu überzeugen suchen, daß ihr eigenes Interesse einen solchen Bund gebiete. Bleiben wir müßig, so wird Niemand die Sache auf sich nehmen. Drum schmieden Sie das Eisen so bald als möglich und erinnern Sie sich, daß ich mich schon vorigen Herbst über Alles das gegen Sie ausgesprochen habe ...." „Allerdings äußerte der König am folgenden Tage, ist das nicht eine Sache von vierzehn Tagen, so viele Köpfe unter einen Hut zu bringen, aber man kann wenigstens sondiren, zunächst etwa bei Hessen, Hannover und den Kurfürsten von Mainz und Trier ....." „Es ist Zeit, fügt er hinzu, die Gesinnungen zu prüfen, damit wir wissen, auf wen wir zählen können; es ist keine Bagatelle, vielmehr muß, wie die Sachen liegen, diese Angelegenheit mit der größten Emsigkeit betrieben werden."

Die Minister des Königs, Finkenstein wie Hertzberg, hielten die Sache nicht für so dringend; sie wollten temporisiren und eine günstige Gelegenheit abwarten, etwa den Tod Karl Theodors und die Erhebung der zweibrücker Linie zur pfalzbairischen Chur. Friedrich selber meinte wohl auch, „es sei besser für Preußen, wenn der alte Kurfürst beim Teufel sei, aber es könne noch lange dauern, denn das Sprüchwort sage: Unkraut verdirbt nicht" — indessen er wollte, um dieser günstigeren Gelegenheit willen, nicht den ganzen Plan vertagen. Er wies wiederholt auf die politische Isolirung Preußens hin, die ihm so bedenklich schien, daß er das bezeichnende Wort aussprach: „Wenn wir mit gekreuzten Armen zusehen und unsere Feinde arbeiten lassen, so sind wir verloren." Je umständlicher eine solche Unterhandlung sei — und Friedrich rechnete auf anderthalb bis zwei Jahre — desto früher müsse man die Sache angreifen.

Diesem Willen des Königs zu entsprechen, mußte etwas geschehen; das Ministerium richtete daher Instructionen an die preußischen Gesandten im Auslande und fing an, bei einzelnen Regierungen zu sondiren. Indessen diese Schritte geschahen ohne besonders lebhaften Eifer; Hertzberg namentlich beharrte auf seiner zögernden Politik und erlaubte sich sogar, die eifrigen Instructionen, wie sie dem König vorgelegt worden, durch kühlere Privatbriefe zu dämpfen. Die Gefahr, die man abwenden wollte, war sein Bedenken, werde durch die Unionsprojecte nur beschleunigt. Auch der Herzog von Braunschweig war dieser Ansicht; die Ohnmacht der Einen, äußerte er, und das Mißtrauen der Andern wird Alles hemmen.

In der That entsprachen die ersten Schritte kaum diesen mäßigen Erwartungen. Die süddeutschen Entwürfe, die Hertzberg dem König jetzt mittheilte (9. April), ließen auf Baden, Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Mecklenburg, Braunschweig, vielleicht auch Hessencassel mit einiger Sicherheit zählen; dagegen schienen zwei Regierungen, die zur Ausführung der Union unentbehrlich waren, Sachsen und Hannover, ziemlich zweifelhaft. So rückten denn die Dinge, ungeachtet der König so lebhaft gedrängt, Monate lang um keinen Schritt vorwärts; wohl aber dienten die unbestimmten Gerüchte, die über den Plan verlauteten, mehr dazu, die Thätigkeit auf der andern Seite herauszufordern. Schon als der zweibrückische Minister Hofenfels im Herbst 1783 in Berlin gewesen, schöpfte man zu Wien Verdacht, und daß man auf der richtigen Spur war, bewiesen die diplomatischen Gerüchte zu Versailles, es sei ein Fürstenbund im Werke, dessen Abschluß Zweibrücken betreibe, an welchem Preußen Theil nehmen solle. Der französische Hof war darüber beunruhigt; denn so gern man dort die kleineren Fürsten mit dem Kaiser entzweit sah, so wenig war man davon erbaut, daß solch ein Bund wahrscheinlich ein Machtzuwachs für Preußen werden solle. Das zweibrückische Ministerium, das immer mit ängstlicher Aufmerksamkeit auf Frankreich blickte, hielt es für nothwendig, ausdrücklich beruhigende Versicherungen nach Versailles zu richten. Ein Grund mehr für die zweibrücker Politik, jenen Weg äußerster Vorsicht, den sie gleich anfangs angerathen, nicht zu verlassen; Hofenfels warf sogar den Gedanken hin (Mai 1784), es sei besser, wenn Preußen und Pfalz-Zweibrücken, beide als die eifrigsten Gegner der österreichischen Politik bekannt, anfangs bei den Vorbereitungen zu dem künftigen Bunde gar nicht hervorträten, damit so dem Kaiser jeder Anlaß fehle, bei den anderen Höfen den Plan der Verbindung im Keime zu ersticken. Eine Ansicht, die vollkommen den Hertzbergischen Anschauungen entsprach! So wurde die Angelegenheit, in welcher der König so dringend zur Raschheit gerathen, Monate lang verschleppt; wartete man doch volle fünf Wochen, bis man nur die Denkschrift und Depesche des zweibrückischen Ministers (vom Mai) dem Könige mittheilte. Von Hannover kamen höfliche, aber unbestimmte und aufschiebende Antworten, Sachsen wollte offenbar ungern seine neutrale Stellung verlassen, und von den meisten kleineren Höfen im Westen galt es für ausgemacht, daß sie ohne die Einwilligung und Anregung Frankreichs nichts in der Sache thun würden.

Wieder war es Friedrich II. selber, welcher der fast eingeschläferten Sache einen neuen Impuls gab. In einem Entwurfe, den er am 24. Oct. 1784 seinen Ministern mittheilte, waren die Gesichtspunkte dargelegt, unter welchen der König den Beitritt der einzelnen Fürsten glaubte erreichen zu können. Der Bund sollte nicht offensiver Natur, sondern nur zu dem Zwecke geschlossen sein, die Rechte und Freiheiten aller deutschen Fürsten, welcher Religion sie auch angehörten, zu schützen. Es soll durch ihn nur ein ehrgeiziger und

unternehmender Kaiser gehindert werden, die bestehende Reichsverfassung durch langsames Zerbröckeln der einzelnen Theile allmälig zu zerstören und seine florentinischen oder modenesischen Neffen in den deutschen Bisthümern und Abteien zu versorgen. Diese Gefahr und die Sorge, daß die so an das Haus Oesterreich gebrachten Stifter säculariſirt und eine Menge von Stimmen dem kaiserlichen Interesse damit zugeführt würden, sollte nach des Königs Ansicht die geistlichen Fürsten dem Bunde gewinnen. Für die anderen Reichsstände mußten der Angriff auf die bairische Erbschaft, die Vorgänge am Reichstag und das Verfahren der Reichsjustiz Gründe genug sein, sich einem solchen schützenden Bunde anzuschließen. Dessen Werth bestehe darin, daß, wenn der Kaiser seine Macht mißbrauchen wolle, die vereinigte Stimme des ganzen deutschen Reichskörpers ihn zu gemäßigten Gedanken zurückführen könne.

In dem Augenblicke, wo Friedrich dem Unionsplane diesen neuen Impuls zu geben suchte, kamen Nachrichten aus Zweibrücken, deren Inhalt zu raschem Handeln drängte. Die österreichische Politik war nämlich in Zweibrücken nicht müßig gewesen. An einem Hofe, wo Maitressen und ihre Clientel die wichtigste Rolle spielten, wo (wie ein Augenzeuge sagt) „unverständige Bauten, kostbare Meublirung, zahllose Liebhabereien, Alles, was nur dem Gelde wehe that, im Gange war, tausend Pferde im Marstalle, noch mehr Hunde in den Zwingern gefüttert wurden, und das ganze Land ein Thiergarten zum Verderben der Unterthanen war,“ *) an einem solchen Hofe mußte es nicht allzuschwer sein, auch mit groben Künsten Boden zu gewinnen. Indem man die Hofjuden und Gelegenheitsmacher des Herzogs in das Interesse zog, dem geldarmen Herzog selber baares Geld und Pretiosen in Aussicht stellte, dem Pfalzgrafen Maximilian, dem Bruder des Herzogs, eine glänzende Stellung und eine österreichische Prinzessin als Gemahlin verhieß, ließ sich vielleicht an solch einem Hofe viel erreichen, zumal wenn die russische Diplomatie sich zur Mitwirkung hergab. Auch waren Leute, wie Graf Ludwig Lehrbach und Prinz Christian von Waldeck, durchaus die rechten Persönlichkeiten, um selbst auf dunkeln und unreinen Wegen unverdrossen ihr Ziel zu verfolgen. Daß es einen Augenblick schlimm genug ausgesehen und den Anschein gehabt, als solle Oesterreich doch seinen Zweck bei der zweibrücker Linie erreichen, so daß selbst Frankreich aufmerksam geworden und von seiner Nachgiebigkeit gegen den Wiener Hof zurückgekommen sei — das war die Botschaft, die jetzt ganz im Geheimen Hofenfels nach Berlin gehen ließ. Von dem Projecte eines Ländertausches zwischen Baiern und Oesterreich, wie es schon jetzt vorbereitet ward, hatte der wachsame Gegner der österreichischen Politik am zweibrücker Hofe noch nicht einmal Kenntniß; aber auch das, was er mit Augen gesehen, war für ihn Grund genug, in Berlin Sturm zu läuten.

*) Gagern, Antheil an der Politik I. 16.

Dem König kam diese Botschaft ganz erwünscht, um seine säumigen Minister für den eben wieder aufgenommenen Unionsplan zu erwärmen. „Feuer! Feuer! — hieß es in einem eigenhändigen Schreiben an die Minister (29. Oct.) — man darf nicht gleichgültig zusehen, wie Joseph II. die ersten Schritte thut, deren Folgen dem Reiche und sämmtlichen Souveränen von Europa verderblich sein werden." Die Minister konnten nun nicht länger zögern; wenige Tage nachher legte Hertzberg den Entwurf des beabsichtigten Bundes vor. Zunächst — das war die Meinung — solle man im Verein mit Sachsen und Hannover die Thätigkeit des Reichstages wieder zu beleben suchen, dann vor diesen Körper alle die Beschwerden bringen, die gegen die kaiserlichen Uebergriffe zu erheben seien, und falls der Kaiser sich dem widersetze, sofort zum Abschlusse eines Bundes mit „den mächtigsten und zuverlässigsten" Reichsständen schreiten, dem sich wohl die kleineren dann rasch anschließen würden. Dem König schien dieser Weg zu langsam und weitläufig; er beschied die Minister zu sich nach Potsdam, um persönlich mit ihnen über die leitenden Gedanken der Fürstenunion zu verhandeln. Aus diesen Unterredungen im November 1784 ging eine Denkschrift hervor, welche die Grundlinien des künftigen Bundes vorzeichnete.

Die Denkschrift ist von bleibendem geschichtlichen Interesse, weil sie in aller Consequenz die Auffassung der landesfürstlichen Politik entwickelt, die vor 1648 und seitdem aus Deutschland eine Art von aristokratischer Republik gemacht hatte. Diese Fürstenrepublik zu erhalten und jedem Versuche einer stärkeren monarchischen Einigung entschieden zu begegnen, wird dort als eine Forderung zugleich des deutschen und europäischen Interesses angesehen; der westfälische Frieden, sammt den französisch-schwedischen Garantien, die goldene Bulle, die Wahlcapitulationen und die Reichstagschlüsse sind als die Grundpfeiler der deutschen Verfassung bezeichnet. Um diese für das deutsche wie für das europäische Gleichgewicht gleich wichtige Ordnung zu bewahren, hätten die Fürsten zu verschiedenen Zeiten von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht: sich unter einander zu verbinden. Wenn jemals, so sei eine solche Allianz im gegenwärtigen Augenblicke geboten, wo man Wahl- und Erbstaaten willkürlich umgestalte, durch geheime Umtriebe Bisthümer und Wahlstaaten in einzelnen mächtigen Häusern concentrire, wo gerade katholische Fürsten die Säcularisation der Klöster als ein Mittel der Vergrößerung benutzten, während den Protestanten dies durch den westfälischen Frieden untersagt sei, wo der Reichstag zur Unthätigkeit verurtheilt werde und die obersten Gerichte des Reiches zu sichtbar von einem vorherrschenden politischen Einflusse bestimmt würden, als daß man auf eine gute und unparteiische Justiz rechnen könne. Einem Bunde der Reichsstände, in solch einem Augenblicke geschlossen, sei der Zweck von selber vorgezeichnet. Zunächst gelte es, die Thätigkeit des Reichstages durch gemeinsames Zusammenwirken wieder zu beleben, dann die Recurse zu erledigen, die verschiedene Reichsstände

gegen Urtheile der obersten Gerichtshöfe an den Reichstag ergriffen hätten, ebenso die Frage über die willkürliche Säcularisation der Klöster zur Verhandlung zu bringen, die Unabhängigkeit der obersten Gerichtshöfe durch deren bessere Besetzung sicherzustellen, jeden Eingriff in den Besitzstand und die Integrität geistlicher und weltlicher Fürstenthümer durch verfassungsmäßige Mittel zu hindern und zugleich die Wahlfreiheit der geistlichen Stifter herzustellen, in die man statt der berechtigten Mitglieder des Reichsadels neuerdings versucht habe, die jüngeren Prinzen der großen Fürstenhäuser einzudrängen. Diese Zwecke an die Spitze zu stellen, schien der preußischen Politik der sicherste Weg, den Abschluß des Bundes zu erleichtern. Es waren darin populäre Gesichtspunkte aufgestellt, es war den weltlichen Fürsten die Sicherheit ihres Gebietes und ihrer Selbständigkeit verheißen, das Interesse der geistlichen Fürsten gegenüber der revolutionären Politik des Kaisers gewahrt und dem Reichsadel die Aussicht eröffnet, wieder ungetheilt in den geistlichen Stiftern sich versorgen zu können. Ein solcher Bund konnte sich rühmen, eine conservative Politik zu verfolgen und zugleich alle corporativen und particularen Interessen der einzelnen Reichsglieder gegenüber den monarchischen Anwandlungen des Kaiserthums sicherzustellen.

Man hätte denken sollen, nun wäre die Sache rasch zum Abschluß gediehen, allein es trat abermals ein Stillstand von einigen Monaten ein. Es bedurfte erst eines sehr drastischen Mittels, um dem schläfrigen Gange der Diplomatie neues Leben einzuhauchen. Im Januar 1785 war es, wo die ersten unbestimmten Nachrichten nach Berlin gelangten: Oesterreich stehe auf dem Punkte, durch einen Ländertausch Baiern zu erwerben, und Rußland mache seinen ganzen Einfluß geltend, den Herzog von Zweibrücken zur Zustimmung zu nöthigen. Jetzt erhielt der Ruf: „Feuer! Feuer!", den der König im October an seine Minister gerichtet, mit einem Male die ernsteste Rechtfertigung; es blieb kein Vorwand mehr, mit der Verfolgung des Planes länger zu zögern.

Oesterreich hatte den Plan, sich durch Baiern zu arrondiren, der 1777 gescheitert war, geschickt und vorsichtig wieder aufgenommen; es verfolgte den Gedanken eines Ländertausches, der schon zur Zeit Josephs I. einmal aufgetaucht und auch in den Verhandlungen von 1777 angeregt worden war. Kurfürst Karl Theodor, ohne Interesse für seine Dynastie und seine Agnaten, nur um die Versorgung seiner Bastarde bekümmert, war nicht schwer dafür zu gewinnen, seine Besitzungen in Ober- und Niederbaiern, der Oberpfalz, Neuburg, Sulzbach und Leuchtenberg, die ihm stets fremd geblieben, hinzugeben für den Erwerb der österreichischen Niederlande (außer Luxemburg und Namur), der ihm mit dem blendenden Titel eines Königs von Burgund geboten ward. Der Plan eines solchen Tausches, von Graf Lehrbach zu München in aller Stille betrieben, schien jetzt um so sicherer gelingen zu müssen, als man sich in Wien Frankreichs Schweigen und Rußlands Hülfe sicher

glaubte. Der russische Gesandte beim oberrheinischen Kreise, Graf Romanzoff, gab sich zu dem gehässigen Vermittleramte her, den Herzog von Zweibrücken halb freundlich, halb drohend dahin zu stimmen, daß er nachgebe und sich seine Ansprüche abkaufen lasse. Das war die Botschaft, die der Herzog selber am 3. Januar 1785 nach Berlin meldete. „Ew. Majestät — hieß es in dem verzweiflungsvollen Schreiben des Herzogs an Friedrich II. — sind allein im Stande, die umfassenden Entwürfe eines Fürsten aufzuhalten, dessen verzehrender Ehrgeiz und dessen Habgier mit seiner Macht zunimmt. Ihre Großmuth und erhabene Weisheit geben Ihnen den Willen, Ihre Macht die Mittel dazu. Geruhen Sie, ich flehe Sie achtungsvoll und dringend darum an, sie dazu anzuwenden im Verein mit Frankreich, um die Vernichtung eines Fürstenhauses abzuwenden, das Ew. Majestät bereits so großmüthig gerettet haben."

Es ließ sich kaum ein wirksamerer Anlaß denken, um die Pläne des Fürstenbundes in rascheren Gang zu bringen. Da war ja mit einem Male die österreichische Politik gleichsam auf frischer That ertappt, und alle jene Besorgnisse, die man gegen Joseph II. hatte zu erwecken suchen, auf's Entschiedenste bestätigt. Und wie waren durch den Ländertausch alle Interessen gleichmäßig berührt, um gegen Oesterreich mit Erfolg zu agitiren! Die Landesfürsten waren beunruhigt, indem solch ein Vorgang, wenn er gelang, ohne Zweifel bald nachgeahmt ward, um Oesterreich noch weiter zu vergrößern und auch andere Fürstenhäuser aus Deutschland hinauszudrängen. Man berechnete jetzt die Macht, die Oesterreich in Schwaben bereits besaß, die Gefahr, welcher die weltlichen Fürsten, die dreizehn geistlichen Stifter in Franken, Schwaben und Baiern, die 37 Reichsstädte dieser drei Kreise ausgesetzt waren. Hatten nicht die Vorgänge gegen Passau, Salzburg, Lüttich u. s. w. Beispiele genug gegeben, daß kein herkömmliches Recht die Gewaltschritte der österreichischen Politik aufzuhalten vermöge? Hatten nicht Wiener Hof- und Staatspublicisten über die „städtischen Rathsherren in ihren stattlichen Perücken, ihre Zunftschmäuse, ihre Patricier-Vorrechte und ihre verschwenderische Aristokratenwirthschaft" deutlich genug gesprochen, um zur Wachsamkeit zu mahnen?*) Sollte nicht Oesterreich jüngst noch das Andenken seiner Anwartschaft auf Würtemberg erneuert haben? Schon sahen die Mißtrauischen, wenn der Tausch gelang, alle diese ehemaligen Territorien des deutschen Südwestens in die österreichische Hausmacht eingeschmolzen, Baden allenfalls auch durch einen Tausch beseitigt und die österreichische Grenze bis an den Rhein vorgeschoben. Waren aber auch solche Sorgen übertrieben, so gewann Oesterreich durch den Eintausch Baierns immerhin eine gewaltige Verstärkung. Herr dieses fruchtbaren Landes, auf den beiden Flanken durch die natürliche Lage Böhmens und Tirols befestigt, im Besitze fast der ganzen Donau, durch eine

*) S. Joh. v. Müllers Leben XXIV. 177 ff.

Reihe kaiserlicher und althabsburgischer Ansprüche und Rechte auch da von überwiegendem Einfluß, wo das Gebiet durch die kleinen geistlichen, weltlichen und reichsstädtischen Territorien durchbrochen war, seine Besitzungen im Breisgau, in der Ortenau, am Bodensee, an der Donau nun mit dem wohlabgerundeten Hinterlande in Zusammenhang setzend — war Oesterreich allerdings zu einer Machtfülle und Abrundung seines Besitzes gelangt, die ihm vom Rhein bis zur türkischen Grenze ein fast ununterbrochenes Gebiet und in der ganzen südlichen Hälfte Deutschlands die Herrschaft in die Hände legte.

Dies zu hindern hatte die landesfürstliche Politik und das Ausland ein gleich lebhaftes, dringendes Interesse. Indessen würde man irren, wollte man nur von dieser Seite Opposition erwarten. Auch das bessere Gefühl in der Nation ward verletzt durch diesen Länderwucher und Menschenverkauf, zu dem ein Landesfürst im Widerspruche mit seinem eigenen Lande die Hand bieten wollte, ohne Scham und Pietät für den sechshundertjährigen Besitz seines Hauses. War es schon mehr als zweifelhaft, ob ein solcher Tausch nach den Landes- und Reichsgesetzen rechtlich zuzulassen sei, so gab sich — mit Ausnahme der österreichischen Politik und ihrer Anhänger — über die moralische und politische Seite unter den Zeitgenossen eine fast einstimmige Meinung kund, und wenn Preußen bei diesem Anlaß Oesterreich gegenüber trat, so hatte es zugleich alle landesfürstlichen Sympathien in Deutschland, das Interesse des europäischen Gleichgewichtes und die populäre Stimmung der Nation auf seiner Seite. Und darin lag der große Fehler von Josephs II. Politik; er half Preußen zum zweiten Male das zu sein, was es bereits im Teschener Frieden geworden, der Schützer der Reichsverfassung, in deren Bekämpfung die preußische Monarchie einst groß geworden war. In dem Maße als das Mißtrauen, das Josephs Politik weckte, Oesterreich selbst seinen natürlichen und überlieferten Anhang entfremdete, erlangte Preußen eine unbestrittene Hegemonie in Deutschland.

Friedrich II. würdigte diese Gunst der Lage vollkommen; er sah in dem Abschlusse einer deutschen Fürstenunion ein politisches Werk, welches unter Preußens Vermittlung die öffentliche Ordnung und das Gleichgewicht in Europa auf neuen Grundlagen feststellen müsse. Drum faßte er die Sache mit jugendlichem Eifer auf; er trieb und drängte seine Minister, als könne man nicht rasch genug die glückliche Gelegenheit des Augenblicks benützen. Sein Protest gegen den angesonnenen Ländertausch bewies, daß er entschlossen sei, das Patronat des Hauses Zweibrücken noch einmal zu übernehmen, und wenn auch Rußland auf Oesterreichs Seite stand, Frankreich lau und träge blieb, die Wirkung dieses Schrittes war doch nicht verloren. Oesterreich und Karl Theodor wußten nichts Besseres zu thun, als den Tauschplan so plump und ungeschickt abzuleugnen, wie es nur der mitten in der Arbeit ertappte Vollbringer einer verbotenen That thun konnte: die Reichsstände geriethen in Be-

wegung, selbst da wo Eifersucht und Abneigung gegen Preußen vorherrschte, setzte man sich jetzt darüber hinweg. So war es z. B. jetzt gleich anfangs kaum mehr zweifelhaft, daß auch Hannover an der neuen Verbindung gegen Oesterreich Theil nehmen würde.

Um die Mitte März war der „Entwurf einer reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten" ausgearbeitet worden, den man als Grundlage der Unterhandlung an die Höfe schicken wollte. Als Ziel war darin angegeben: „ein Bündniß zu errichten, welches zu Niemandes Beleidigung gereichen, sondern lediglich den Endzweck haben solle, die bisherige gesetzmäßige Verfassung des gesammten deutschen Reiches in seinem Wesen und Verbande, und Jedem sowohl der hierin Verbundenen, als auch jeden andern Reichsstand bei seinem rechtmäßigen Besitzstande durch alle rechtliche und mögliche Mittel zu erhalten und gegen widerrechtliche Gewalt zu schützen." Als Mittel zu diesem Endzwecke waren bezeichnet: vertrauliche Correspondenz sowohl über die allgemeinen, als über die besonderen Angelegenheiten, gemeinsame Wirkung aller Bundesglieder, um den Reichstag in Thätigkeit zu erhalten, Reform und Unabhängigkeit der obersten Reichsgerichte, Hemmung der eigenmächtigen und unnöthigen Einquartierungen oder Durchmärsche, gegenseitige Garantie, einen jeden deutschen Reichsfürsten ohne Unterschied, gegenüber allen eigenmächtigen Ansprüchen, Säculariſationen, Vertauschungen u. s. w. in seinem Besitzstande zu erhalten. Ueber die Vorbereitungen und die Mittel sollte in jedem besonderen Falle die Entschließung gefaßt werden; der Bund — so lautete die wiederholte Versicherung — sollte „zu Keines Nachtheil noch Beleidigung, sondern lediglich zur Erhaltung des alten gesetzmäßigen Reichssystems" abgeschlossen und sämmtliche Fürsten und Stände des deutschen Reiches, ohne Unterschied der Religion, demselben beizutreten eingeladen werden. Dieser Entwurf ward gegen Ende März 1785 an die Höfe versandt; in dem Begleitschreiben waren vorläufig Weimar, Gotha, Zweibrücken, Braunschweig, Mecklenburg, Baden, Anspach, Hessen und Anhalt als die wahrscheinlich zuerst beitretenden Glieder des Bundes bezeichnet.

In der That fand der Entwurf an mehreren der genannten kleinen Höfe bereitwillige Aufnahme; aber es läßt sich denken, daß Preußen vor Allem Werth darauf legte, Hannover und Sachsen für das Bündniß zu gewinnen. Der sächsische Hof schien freilich zweifelhaft; die ersten Gerüchte von dem Aufgeben des Tauschprojects wurden dort begierig ergriffen, um den Beitritt ablehnen und die beliebte Neutralität festhalten zu können. Dagegen zeigte sich Hannover nicht ungünstig gestimmt. Die ersten Lebenszeichen von dort waren zwar zurückhaltend, und Georg III. wünschte namentlich seine Stellung als britischer Monarch von der des deutschen Kurfürsten genau getrennt zu sehen, allein er wies doch jeden Entwurf eines Ländertausches auf's Bestimmteste zurück und zeigte sich im Allgemeinen nicht abgeneigt, mit Preußen und Sachsen ein Einverständniß zur Abwehr solcher Projecte einzugehen. Ueber

die Form des Bundesvertrags hatte Hannover eine abweichende Meinung, es schien ihm am besten, denselben ganz allgemein zu fassen und gegen Niemanden namentlich zu richten, überhaupt nicht zu viele Objecte hineinzuverflechten. Auch wollte es ihm nicht zusagen, daß die Verhandlung bei vielen der kleinen Höfe zugleich begonnen ward; waren die drei protestantischen Kurhöfe einmal einig, so müßten nach seiner Ansicht die andern von selbst nachfolgen. Indessen alle diese einzelnen Bedenken wogen doch nicht so schwer, wie die für Preußen erfreuliche Thatsache, daß Hannover nicht nur den ernsten Willen hatte, dem Bunde beizutreten, sondern daß es auch bereit war, in Dresden für die Union thätig zu sein. Wenn es allmälig gelang, die Neutralitätsneigungen des sächsischen Hofes zu überwinden, so ist das hauptsächlich den Bemühungen Hannovers zu danken gewesen.

Nun ließ sich auch Oesterreich vernehmen. Ein Circularschreiben, das Fürst Kaunitz (13. April) an die Gesandten im Reiche erließ, bezeichnete den Entwurf des preußischen Bündnisses als darauf berechnet, „des Kaisers Majestät als den Gegenstand der gemeinsamen Sorge, des gemeinsamen Argwohns, Mißtrauens und Hasses darzustellen; man wollte damit allen übrigen Reichsständen die Ehre erweisen, sie jener Animosität gegen das Reichsoberhaupt, die von jeher die Triebfeder der preußischen Politik gewesen, allgemein für fähig zu halten, und sie bewegen, gleichsam als neue Romanenritter gegen vorgespiegelte Abenteuer, die außer dem Munde des Verleumders sonst nie und nirgends existirt haben und nie existiren werden, sich zu verbinden und auf die Fahrt zu gehen." Zugleich war die österreichische Diplomatie in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Hannover bemüht, dem Bunde entgegenzuwirken; sie hatte dabei die Stirne, „heilig zu versichern", daß der Kaiser an die vorgeblichen Säcularisations- und Tauschplane niemals gedacht habe.

Diese Schritte, wie das nachher versuchte Bemühen, die Höfe einzeln abwendig zu machen, waren verfehlt und trugen in ihrer Form vielleicht nur dazu bei, das preußische Project zu fördern. Der Tauschplan hatte nun einmal das Mißtrauen fast aller Höfe geweckt, man glaubte nicht an die österreichischen Ableugnungen, und man hatte ein Recht dazu. Hannover war gewonnen, Sachsen stand auf dem Punkte, ins Lager der Union überzugehen. Drum war auch Friedrich II. durch das Verhalten Oesterreichs innerlich befriedigt; wir haben Alles gewonnen — schrieb er am 7. Juni — sobald unser Bund den Kaiser mit Unruhe und Besorgniß erfüllt. Zwar fing auch Rußland an sich zu regen und im Sinne Oesterreichs zu beschwichtigen, aber die Art seiner Mitwirkung verschlimmerte die Lage der kaiserlichen Politik. Denn während die österreichischen Diplomaten „heilig" versicherten, Kaiser Joseph habe nie an Tauschprojecte gedacht, gestanden die russischen Unterhändler den Tauschplan offen ein und meinten, da ja das ein freiwilliges Abkommen zwischen dem Kaiser und Pfalzbaiern sei, werde die Reichsverfassung dadurch nicht alterirt werden. Empfindlicher konnte die Taktik des Ableug-

nens nicht Lügen geſtraft, wirkſamer das Mißtrauen der Reichsſtände nicht geweckt werden. Auf die Haltung Hannovers und Sachſens namentlich war der Eindruck dieſer verfehlten Schritte unverkennbar.

Noch waren freilich nicht alle Schwierigkeiten geebnet. In Caſſel regten ſich Bedenken wegen eines engeren Anſchluſſes der heſſiſchen Kriegsmacht an die preußiſche; in Hannover hatte man über die Art der Verhandlung eine andere Anſicht, als das Berliner Cabinet. Doch kam man endlich, durch Nachgeben von beiden Seiten, dahin überein, daß die Verhandlung in Berlin gepflogen werden ſolle und zwar durch Bevollmächtigte, die ihre Inſtructionen von den einzelnen Regierungen empfingen. Am 24. Juni traf der hannoverſche Geheime Rath Beulwitz in der preußiſchen Hauptſtadt ein, um mit Hertzberg und dem Grafen Zinzendorf, dem Vertreter Sachſens, die Conferenzen zu eröffnen. Der Auftrag des hannoverſchen Bevollmächtigten ging dahin, zunächſt die drei Kurhöfe zu einem Bündniß zu vereinigen, aus deſſen Acte möglichſt alles ferngehalten und in geheime Artikel verwieſen würde, was den beſonderen Zweck der Abwehr gegen Oeſterreich und die Mittel des Widerſtandes betraf. In ſeinen Inſtructionen war daher großer Nachdruck darauf gelegt, daß die Verabredungen in eine Hauptconvention, in einen Separatartikel und in geheime Artikel getheilt und wo möglich die hannoverſchen Entwürfe der Verhandlung zu Grunde gelegt würden.

Die Verhandlung begann am 29. Juni und ward vorzugsweiſe zwiſchen Hertzberg und Beulwitz gepflogen; Graf Zinzendorf ſpielte eine ziemlich unbedeutende Rolle. Von Hertzbergs Talenten und Kenntniſſen ſprach Beulwitz mit großer Achtung, beklagte indeſſen theils die Ueberraſchungen ſeines lebhaften Geiſtes und ſeine aufbrauſende Heftigkeit, theils ſeine Art und Weiſe, mit dem deutſchen Staatsrecht umzugehen. Dem in den Formen der alten Reichsjurisprudenz wohlgeſchulten hannoverſchen Miniſter verurſachte es wohl ein leichtes Entſetzen, wenn er ſah, wie brüsk und kurz angebunden Hertzberg die Formen der beſtehenden Reichsverfaſſung behandelte. Doch gelang es der Zähigkeit des Hannoveraners, dem raſchen Hertzberg manchen Vorſprung abzugewinnen. Die Verhandlung begann mit der Vorfrage, ob der preußiſche oder der hannoverſche Entwurf zu Grunde gelegt werden ſollte; da König Friedrich, um die Sache zum Abſchluß zu bringen, auf alle Formen wenig Nachdruck legte, ſo gelang es Beulwitz, wenn auch zum unverkennbaren Verdruſſe Hertzbergs, ſeinen Willen durchzuſetzen.

Die Nachgiebigkeit trug indeſſen ihre Früchte; indem man den hannoverſchen Entwurf zu Grunde legte, kam man gleich in den erſten Conferenzen vom 29. und 30. Juni über einen großen Theil der Bundesacte ins Reine; die erſten 7 Artikel des für die Oeffentlichkeit beſtimmten Vertrags wurden bis auf die Einſchaltungen einiger Worte, in denen ſich theils Sachſens Vorſicht, theils Preußens Entſchiedenheit ausprägte, unverändert nach dieſem Entwurfe angenommen. Erſt bei dem achten Artikel gingen die Mei-

nungen ernſtlich auseinander. Preußen wollte hier einen Satz aufgenommen wiſſen, der davon ſprach, kein deutſcher Reichsſtand dürfe ſich „willkürliche Vertauſchungsanträge alterblicher Lande aufdringen“ laſſen, während Hannover darin eine allzu deutlich betonte Anſpielung auf Joſeph II. erblickte und die Beſorgniß ausſprach, es möchte dadurch der Beitritt mancher Reichsſtände gehindert werden. Seiner Anſicht nach genügte die Beſtimmung, jeder Reichsſtand ſolle in dem Gebrauche ſeiner Stimmfreiheit und dem Beſitze ſeiner Lande und Leute gegen widerrechtliche Anſprüche und willkürliche Zumuthungen geſchützt werden. Faſt ſchien ſich daran der ganze Plan zerſchlagen zu wollen, bis es nach drei Tagen dem hannoverſchen Bevollmächtigten auch hier gelang, Hertzberg zur Nachgiebigkeit zu bewegen und durch einige harmloſe Redactionsänderungen zu beruhigen. Beſſer glückte es Preußen, bei den geheimen Artikeln ſeinen Anſichten Geltung zu verſchaffen. Hier wurde theils die Faſſung vielfach im Sinne Preußens verſtärkt, theils — wie in dem geheimſten Artikel — der hannoverſche Entwurf weſentlich nach den preußiſchen Anträgen verändert.*) Ein Separatartikel, welcher das Rangverhältniß der kurfürſtlichen Geſandten gegenüber dem Vertreter Oeſterreichs auf dem Reichstage betraf, blieb auf Preußens Vorſchlag weg; ein anderer geheimer Artikel, welcher gegen das Bemühen Oeſterreichs, ſeine Prinzen in den geiſtlichen Stiftern unterzubringen, gerichtet war, fand bei Sachſen Bedenken und wurde deshalb in eine Specialconvention Preußens und Hannovers umgeſtaltet.

Man ſieht, es koſtete ſelbſt einem Manne, wie Friedrich II., Mühe genug, auch nur bei zwei der deutſchen Reichsſtände die Bedenken des Particularismus zu überwinden; aber er kam doch durch ſeine Raſchheit, wie durch ſeine kluge Nachgiebigkeit zum Ziele. Ihm mußte gegenüber von Oeſterreich das Factum, daß der Bund abgeſchloſſen war, die Hauptſache ſein; es kam

*) Dahin gehören namentlich in dem (zweiten) geheimen Artikel (bei Schmidt S. 305.) der geſperrt gedruckte Zuſatz: „dem von dem geſammten Reiche und andern deutſchen Mächten garantirten Teſchenſchen Frieden“; dann die Einſchaltung: „ſondern über kurz oder lang wieder vorgenommen werden möchte“, ebenſo die Worte: „noch ſolche geſchehen laſſen“, und „mit allen Kräften“, dann der Satz: „wegen der dagegen zu ergreifenden kräftigen und thätigen Maßregeln“, ferner die Worte: „ſolche mit möglichſter und vereinigter Wirkſamkeit ausführen zu wollen“, ebenſo das Wort „Zergliederungen“. Alle dieſe Einſchaltungen und noch einige weniger bedeutende wurden nach preußiſchem Antrag angenommen. Ebenſo hatte der „geheimſte Artikel“ ein überwiegend preußiſches Gepräge. Dort wurde insbeſondere, wo es ſich vom Angriffe auf das Land der Verbündeten handelte, der hannoverſche Zuſatz „in dem deutſchen Reichsverbande begriffenen Landen“ nach Preußens Wunſch geſtrichen, dagegen, wo von der Hülfeleiſtung die Rede war, die Clauſel aufgenommen: „inſofern es die Beſchützung der eigenen Grenzen und das davon zugleich abhangende gemeinſame Wohl der übrigen verbundenen Mächte geſtattet.“

dann nicht soviel darauf an, wie im Einzelnen die Bestimmungen gefaßt waren. So sah denn auch Friedrich die Differenzen als unbedenklich an; sie waren ihm nichts als Bagatellen, wenn nur der Hauptzweck erreicht ward. Noch während der Unterhandlung hatte es einmal geschienen, als sollte alle Arbeit vergeblich sein. Der sächsische Gesandte hatte nach den ersten Sitzungen neue Instructionen von Dresden verlangt, und darüber waren die Verhandlungen auf einige Tage ausgesetzt worden; aber es verging eine, es verging eine zweite Woche und der Dresdener Hof gab kein Lebenszeichen von sich. Nahm man hinzu, daß die österreichisch-russische Gegenwirkung gerade jetzt eine besondere Rührigkeit entfaltete, und halb drohend, halb schmeichelnd ein Fürstenbund unter Josephs II. Aegide herumgeboten ward, so war es sehr natürlich, daß die preußischen Minister höchst unruhig wurden und der Besorgniß nachgaben, Sachsen werde noch im letzten Augenblick ins entgegengesetzte Lager entwischen. Doch war der Verdacht diesmal ungegründet; Sachsen gab auf die österreichischen Anmuthungen einen sehr unverblümt ablehnenden Bescheid, und am 16. Juli waren endlich auch die ersehnten Instructionen eingetroffen. Diese Festigkeit machte in Berlin einen sehr guten Eindruck; man war nun zu jedem kleinen Opfer bereit, um den Abschluß zu beschleunigen. Sachsen hatte noch verschiedene Wünsche, auf deren Erfüllung bereitwillig eingegangen ward; außer einigen unbedeutenden Punkten, welche die Fassung des Vertrages angingen, legte es einmal darauf einen Werth, daß die Ausschließung der österreichischen Prinzen von den geistlichen Stiftern aus der Bundesakte wegblieb, und dann sah es gern seiner natürlichen Neigung zur Neutralität noch eine kleine Hinterthür geöffnet. In beiden Fragen kam Preußen den sächsischen Wünschen entgegen. So war denn gleich nach dem Eintreffen der Instructionen von Dresden die Verständigung erfolgt; schon am 17. Juli waren die letzten Bedenken weggeräumt und in den nächsten Tagen der förmliche Abschluß vollzogen. Am 23. Juli erfolgte die Unterzeichnung; in den ersten Tagen des August verließen die Minister Hannovers und Sachsens Berlin. König Friedrich bezeigte sich namentlich gegen Beulwitz sehr gnädig. Er wünsche, äußerte er, daß die jetzigen deutschen Fürsten ihren Nachfolgern ihre Lande und Besitzungen wieder ebenso und in der Verfassung überlassen möchten, als sie solche von ihren Vorfahren erhalten hätten. Man müsse sich in keinen fremden Krieg mischen, sondern nur Deutschland, dessen Lande und Verfassung im jetzigen Zustande zu erhalten suchen und weder die Ländervertauschungen noch die Säcularisation der Bisthümer geschehen lassen. „Ich bin nun ein alter Mensch, waren die Worte des Königs, und weiß gewiß, daß ich diese meine Gesinnungen niemals mehr ändern werde." .. „Ich werde mich, fügte er gegen Beulwitz hinzu, Ihres Namens immer mit vielem Plaisir erinnern, nicht nur Ihres Namens, sondern auch Ihrer Person und Meriten."

Der „Associationstractat", den die drei Kurfürsten am 23. Juli abge-

schlossen, zerfiel in eine Reihe einzelner Abtheilungen. In dem öffentlichen Vertrage, der aus eilf Artikeln bestand, vereinigten sich die Verbündeten zur Aufrechterhaltung des Reichssystems nach den bestehenden Gesetzen, versprachen einträchtiges Zusammenwirken auf dem Reichstage, Abwehr von Neuerungen und Willkürlichkeiten, Schutz der Reichsgerichte zur Handhabung einer unparteiischen und unbefangenen Rechtspflege, Erhaltung der Reichskreise in ihren Rechten, überhaupt Wahrung eines jeden einzelnen Reichsstandes in seinem Stimmrecht, seiner Besitzungen gegen jede willkürliche Zumuthung. Dazu sollten alle verfassungsmäßigen Mittel angewandt, Widerspruch und Gegenvorstellungen, Aufforderung der Reichsversammlung, Abmahnung vom gesammten Reiche versucht werden, und wenn dies nicht zureiche, so werde man sich „über die etwa zu ergreifenden weiteren reichsverfassungsmäßigen kräftigen und wirksamen Maßregeln und Mittel" näher unter einander zu verständigen suchen. Da dieser Bund nur die Erhaltung der bestehenden Reichsverfassung bezwecke, so sollten alle anderen gleichgesinnten patriotischen Stände, ohne Unterschied der Religion, zum Beitritt eingeladen und aufgenommen werden.

Der öffentlichen Acte folgten zwei geheime Artikel; in dem einen waren die zum Beitritt einzuladenden Fürsten genannt; der andere enthielt die bestimmte Verpflichtung, dem beabsichtigten Ländertausch, sowie jedem ähnlichen Projecte, allen Säcularisationen und Zergliederungen mit kräftigen und thätigen Maßregeln entgegenzutreten, und zwar hatte es Preußen durchgesetzt, daß die bedenkliche Clausel wegfiel, wonach es scheinen konnte, als werde man den Ländertausch nur dann hindern, wenn sich die Betheiligten nicht freiwillig fügten. Der „geheimste Artikel" setzte dann fest, daß für den Fall solche Schritte drohten und alle gutwilligen Vorstellungen erfolglos seien, die Verbündeten binnen zwei oder höchstens drei Monaten sich mit gewaffneter Hand zu Hülfe kommen würden; als Hülfscontingent für jeden der drei verbundenen Fürsten waren 15,000 Mann festgesetzt. Diesem Allem schlossen sich noch die Separatartikel an, in welchen, für den Fall einer römischen Königswahl, der Abfassung einer Wahlcapitulation oder der Errichtung einer neuen Kurwürde, die Verbündeten sich zu verständigen und gemeinsam zu handeln versprachen.

Friedrich II. war sehr zufrieden mit dem glücklichen Abschluß; er bemerkte mit Genugthuung, daß schon der Anfang des Bundes auf Oesterreich einen unverkennbaren Eindruck mache. „Ich fange an zu vermuthen, äußerte er richtig über Joseph, daß dieser Fürst sehr inconsequent ist und, sobald er ernstliche Hindernisse sieht, seine Projecte gleich fallen läßt." Noch gab freilich Oesterreich seine Sache nicht verloren; gerade in diesem Augenblicke des Abschlusses wurde wieder die hannoversche Regierung — allerdings ohne Erfolg — mit russischen und österreichischen Noten bestürmt. Indessen hatte die Sache des Bundes, geringe Hemmungen abgerechnet, ihren Fortgang. Die verabredeten Erklärungen an die Mitstände und an die auswärtigen Mächte

wurden versandt, die Ratification am 21. August vollzogen und die diplomatischen Bemühungen um den Beitritt der einzelnen Staaten inzwischen mit regem Eifer begonnen.

Die Erklärungen an die auswärtigen Mächte — im Wesentlichen übereinstimmend mit dem Circular an die Mitstände — erörterten ausführlich das österreichische Tauschproject, dessen rechtliche Unzulässigkeit und die Gefahren für das europäische und deutsche Gleichgewicht, die darin lägen. Die Vorwürfe der österreichischen Minister wurden zurückgewiesen und die Versicherung wiederholt, daß der Bund gegen Niemanden offensiv sei, in keiner Weise der Würde und den Rechten des Kaisers zu nahe treten wolle, sondern lediglich die Erhaltung der reichsverfassungsmäßigen Ordnung bezwecke.

Von den auswärtigen Staaten waren es namentlich Rußland und Frankreich, deren Haltung von allgemeinerem Interesse war. Daß Rußland den Bund mit Widerwillen sah, ist nach dem, was vorausging, nicht auffallend; seine diplomatische Antwort legt auch den Unmuth über den Abschluß des Vertrags in sehr unverblümter Weise an den Tag. Frankreich schien seiner diplomatischen Haltung nach günstiger gestimmt; allein es stellte sich bald heraus, daß auch dort der Bund mit Mißtrauen angesehen und, im Widerspruch mit den officiellen Erklärungen, bei einzelnen Fürsten gegen den Beitritt gewirkt ward. Frankreich suchte einer Idee Eingang zu verschaffen, die allerdings den französischen Interessen besser entsprach: einem Bunde zwischen Sachsen, Hannover, Baiern u. s. w. gegenüber den beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen. Die seit Jahrhunderten mit der französischen Staatskunst eng verwachsene Tendenz der späteren Rheinbundspolitik machte sich also auch bei diesem Anlasse geltend. Im Ganzen tritt die eine bemerkenswerthe Wahrnehmung hervor, daß das Ausland in dem Fürstenbunde etwas sah, was höchstens mit der Zeit daraus werden konnte: ein engeres Zusammenschließen der deutschen Länder unter preußischer Leitung, wodurch der fremden Interventionen im Reiche kein Raum mehr blieb. Das Ausland that durch seine Besorgnisse dem Bunde zu viel Ehre an. Wohl mochte Friedrich an die Weiterbildung des Bundes in jenem Sinne denken, zunächst war er aber nichts weiter, als ein Act der Abwehr von Seiten der landesherrlichen Selbständigkeit, und dieselben particularen Interessen, die ihn hatten entstehen lassen, konnten ihn auch rasch wieder lösen. Der Bund war so wenig gegen Frankreich und dessen Einfluß gerichtet, daß einer der wärmsten Anhänger der Politik, die den Fürstenbund geschaffen,*) vielmehr das offene Bekenntniß ablegt: es sei für das Gleichgewicht von äußerstem Interesse, daß Frankreichs Macht gegen Oesterreich nicht geschwächt werde, Oesterreich vielmehr seine verwundbare Seite und Frankreich seine Verbündeten im deutschen Reiche behalte, damit bei einem künftigen Kampf die französischen Heere ohne Wi-

*) Dohm, Denkwürd. III. 251.

derstand ins Herz der österreichischen Monarchie eindringen könnten — just so, wie es nachher in den Jahren 1796 und 1800 gedroht hat, 1805 und 1809 geschehen ist!

Inzwischen waren im Laufe des Jahres 1785 und in den ersten Monaten des nächsten Jahres dem Bunde beigetreten: Sachsen-Weimar und Gotha, Zweibrücken, Kurmainz, Braunschweig, Baden, Hessen-Cassel, die anhaltischen Fürsten, der Herzog von York, als Bischof von Osnabrück, der Markgraf von Anspach und die pfälzischen Agnaten; spätere Beitritte nach Friedrichs II. Tode erfolgten von den beiden Mecklenburg und dem Mainzer Coadjutor. Natürlich waren die Kleinen und Wehrlosen die ersten, die sich zudrängten; bei denen, die schon eine gewisse militärische Selbständigkeit besaßen und durch ihre geographische Lage für Preußen und den Bund besonders bedeutend waren, dauerte es länger; so namentlich bei Hessen-Cassel, das nur sehr schwer auf den Gedanken verzichtete, eigene Politik zu machen, und auch, als es beitrat, nicht unterließ, von Preußen die Mitwirkung zur Erlangung einer neuen Kurwürde zu fordern. Von hoher Bedeutung schien der Beitritt von Mainz; derselbe löste die Verbindung auf, welche bisher aus politischen und kirchlichen Motiven zwischen dem Kaiser und den geistlichen Kurstaaten bestand. Allerdings war der Kurfürst persönlich mit dem Wiener Hofe überworfen und von den landesfürstlichen Besorgnissen gegen Josephs II. Politik so lebhaft durchdrungen, daß er bereits im April 1785 in Berlin angefragt, ob, im Falle kriegerischer Unruhen im Reiche, auf Hülfe gegen Oesterreich zu zählen sei; aber es bedurfte doch einer geschickten und umsichtigen Leitung, um diesen plötzlichen Uebergang in eine neue Politik zu vermitteln. Ein Unterhändler an einem geistlichen Hofe befand sich auf einem schlüpfrigen Boden; es waren da so viele kleine persönliche Interessen und Eitelkeiten zu beachten; der Kurfürst selbst mußte für die Idee gewonnen, die Räthe, Günstlinge und Weiber, die an dem Hofe eine Rolle spielten, in der Antipathie gegen Oesterreich bestärkt und dazu bekehrt werden.*) In dieser nicht gar leichten und einfachen Mission hat der damals 27jährige Freiherr Karl vom Stein, der spätere Wiederhersteller der deutschen Unabhängigkeit, seine politische Erstlingsarbeit gethan; seit Juli 1785 befand er sich am kurfürstlichen Hofe, wußte den wiederholten Versuchen der österreichischen Diplomatie mit Erfolg entgegenzuwirken und den Zutritt des Kurfürsten zu dem Bunde zu erlangen (October). Friedrich II. war über diesen Beitritt besonders erfreut; er sah dadurch die Aussicht eröffnet, die Mehrheit des Kurfürstencollegiums in seinem Sinne leiten und weiteren Entwürfen Josephs dort entgegentreten zu können. Das Uebergewicht der Stimmen im Kurcollegium, schrieb er, ist eine unübersteigbare Grenze gegen die Plane des Kaisers, eine römische Königswahl vorzunehmen und eine neunte Kur zu errichten.

*) Eine treffende Zeichnung dieses Hofes s. in Pertz, Leben Steins I. 41 ff.

Dagegen scheiterte der Versuch, Hessen-Darmstadt zum Beitritt zu bewegen; theils Abhängigkeit von Oesterreich, die durch die verworrene Finanzwirthschaft herbeigeführt war, theils französische Einflüsterungen wirkten da zusammen. Auch die Bischöfe von Eichstädt und Würzburg-Bamberg blieben neutral, wenn gleich im Allgemeinen die geistlichen Reichsstände, bei aller Scheu, sich unter die Leitung des ersten protestantischen Reichsfürsten zu begeben, das Bündniß nicht ungern sehen mochten.*)

Die Meinungen über den Werth des Bündnisses gingen schon damals vielfach auseinander, wie sich dies theils in den diplomatischen Streitschriften, theils in den publicistischen Arbeiten der Zeit kundgab. Im Ganzen war es nicht allzuschwer, die Politik Preußens und des Fürstenbundes vom Boden der bestehenden Reichsverfassung aus zu vertheidigen, zumal wenn ein Dohm gegen den Verfasser des „deutschen Hausvaters", Freiherrn O. v. Gemmingen, für Preußen die Feder führte. Aber über den Werth des Bundes war man nicht einmal in Preußen selbst übereinstimmender Ansicht. Der Bruder des Königs, Prinz Heinrich, der französischen Allianz geneigt, sah in dem Bündnisse ein Hinderniß engerer Verbindung mit Frankreich; der erste Cabinetsminister, Graf von Finkenstein, galt ebenfalls nicht für einen Bewunderer des Fürstenbundes, und Hertzberg, mehr vom König dazu gedrängt, als aus eigenem Antrieb für den Abschluß thätig, trug sich lange Zeit mit der wunderlichen Idee, der Nachfolger sei geeigneter den Bund zu Stande zu bringen, als der große König selber. Ein angesehener preußischer Diplomat sah eine Last für Preußen darin, daß es alle die Kleinen und Schwachen schützen und für jede Bagatelle seine Macht einsetzen solle, während doch außer Hannover, Sachsen und Hessen alle übrigen Reichsstände bei ihrer kläglichen Verfassung Preußen nichts nützen könnten und auch selbst bei ihrer eigenen politischen Kannegießerei nicht einmal von gutem Willen zu sein pflegten.**) Nur Friedrich hatte die Sache mit dem lebhaftesten Eifer betrieben und rühmte sich, daß er die patriotische Pflicht erfüllt, „sein Vaterland in den Rechten und Pflichten zu erhalten, worin er es beim Eintritt in die Welt gefunden hatte."

Auch die spätere Zeit hat vielfach abweichende Urtheile gefällt; zum Theil allzu günstige, weil sie in den Bund Wünsche und Bedürfnisse hineindeutete, die ihm fremd waren; zum Theil zu unbillige, weil sie auf das Gelingen der josephischen Entwürfe größere Erwartungen baute, als dieselben erfüllen konnten. Man sollte auf keiner Seite vergessen, daß der Bund zunächst be-

---

*) Dohm, Denkwürd. III. 103. 104.

**) Aus einer handschriftl. Correspondenz des Grafen Goltz mit Hertzberg.

ſtimmt war, den bairiſchen Ländertauſch und ähnliche Uebergriffe des Kaiſers zu hindern, und dieſen Zweck hat er erreicht. Weitere Ziele hätte dieſe fürſtliche Allianz für die meiſten Mitglieder nicht; das Bedürfniß des Augenblickes hatte ſie geſchaffen und konnte ſie ebenſo wieder löſen. Im Intereſſe des „Gleichgewichts“ geſchloſſen, konnte z. B. das Bündniß in keinem Falle die Abſicht haben, dies Gleichgewicht zu Gunſten Preußens zu verändern und die landesherrliche Selbſtändigkeit, deren eiferſüchtiger Bewahrung es ſeinen Urſprung verdankte, etwa einer preußiſchen Oberherrlichkeit unterzuordnen. Wer die Schwierigkeiten bei dem Abſchluſſe, die ängſtliche Sorge der Einzelnen um ihre Sonderſtellung im Auge behielt, der durfte kaum erwarten, daß die Allianz allenfalls die Grundlage eines preußiſch-kaiſerlichen Einfluſſes in Deutſchland werden konnte. Preußen mußte mit dem moraliſchen Erfolge zufrieden ſein: die Stellung des öſterreichiſchen Kaiſerthums im Reiche erſchüttert, deſſen älteſte Allianzen gelockert und ſich ſelber aus der Rolle eines rebelliſchen, mit der Aechtung bedrohten Reichsfürſten in die Stellung eines Schirmherrn der deutſchen Reichsverfaſſung emporgehoben zu ſehen. Gleich der erſte Verſuch, eine materielle Machtvergrößerung zu gewinnen, durch Abſchluß von Militärconventionen mit Braunſchweig und Heſſen-Caſſel, ſcheiterte; die beiden Verbündeten wollten ihre Contingente nicht unter Preußen ſtellen laſſen, damit, wie der Herzog von Braunſchweig ſich äußerte, es nicht den Anſchein gewinne, als ſei der Bund nur ein Werkzeug Preußens.

Auf der anderen Seite haben manche Geſchichtſchreiber in dem bairiſchen Ländertauſch das Mittel nicht etwa nur einer Arrondirung Oeſterreichs, ſondern einer einigeren Organiſation Deutſchlands überhaupt erblicken wollen; ſie haben laute Klagen gegen diejenigen erhoben, die das gehäſſige Project, ſeine theils ſchleichenden, theils gewaltſamen Mittel rechtzeitig durchkreuzten. Sie prieſen den deutſchen Sinn Joſephs II., ſeine Rathgeber und Helfer, unter denen doch die Lehrbachs und Romanzoffs die erſte Stelle einnahmen, gegenüber dem engherzigen Particularismus Preußens und der zweibrücker Pfalzgrafen. Es ſcheint uns, als entſpräche jenes Lob ſo wenig wie dieſer Tadel den Verhältniſſen, wie ſie in Wirklichkeit waren. Wurde etwa mit der Einſchmelzung Baierns die Einigung Deutſchlands erreicht oder auch nur gefördert? Was war wohl die nächſte Folge des Ländertauſches, wenn er gelang? Oeſterreich war dann ohne Zweifel im Stande, ſeine Abrundungsplane gegen Fürſten, Stifter und Städte in Süddeutſchland mit allem Nachdruck zu verfolgen, Preußen ſeinerſeits darauf angewieſen, daſſelbe im Norden zu verſuchen. Es gab Staatsmänner und einflußreiche Perſonen genug in Preußen — man rechnete den Prinzen Heinrich und ſelbſt einzelne Miniſter Friedrichs dahin — die offen dazu riethen, dieſen Weg einzuſchlagen: man ſolle Oeſterreich ſich im Süden ausbreiten laſſen, während Preußen das Gleiche im Norden thue. Der Dualismus in Deutſchland bildete ſich dann in ſeiner ſchroffſten Geſtalt aus, und dieſelbe Scheidung der politiſchen Intereſſen und

Bestrebungen, die bis jetzt Preußen und Oesterreich aus einander gehalten, dauerte in höherem Maße fort. Die preußische Militärmonarchie absorbirte die eine, der österreichische Absolutismus die andere Hälfte von Deutschland; es erfolgte eine wirkliche Theilung, und aus dem Allem, was an Volksart, Bildung, Religion den Norden und Süden an sich schon vielfach schied, wurden nun unvermittelte Gegensätze ohne Annäherung und Ausgleichung. Preußen suchte seine Alliirten wahrscheinlich unter den westlichen Staaten, Oesterreich schloß sich an Rußland an. Das Gelingen des Planes förderte also die Einheit nicht, sondern vollendete nur die Halbirung. Die trübsten Abschnitte der nächstfolgenden Geschichte, die Zeit des Baseler Friedens, der Demarcationslinie, die Hinneigung Preußens zu Frankreich, während Oesterreich gegen die Franzosen in Waffen stand — das Alles wäre uns wohl auf diesem Wege ebenso wenig erspart worden, wie auf dem andern. Die föderativen Bestandtheile der deutschen Reichsverfassung wurden dadurch gründlich zerstört und doch die einheitlichen nichts weniger als gefördert.

Wir haben früher schon auf die Seite des Fürstenbundes hingedeutet, die uns als die am meisten charakteristische erscheint. Als natürliche Folge des westfälischen Friedens und in gewissem Sinne als der letzte Versuch, die zu Münster und Osnabrück festgestellte Ordnung der deutschen Angelegenheiten auch für die Zukunft zu sichern, hat er eine unläugbare Bedeutung für die Geschichte der deutschen Staatsentwicklung. Namentlich ist es von Interesse, in dem Werke selbst und in der Beurtheilung der Zeitgenossen die Ansichten zu erkennen, welche kurz vor dem Ausbruch der weltgeschichtlichen Katastrophe von 1789 die Fürsten, Staatsmänner und Publicisten über die Reichsverfassung und deren Lebensbedingungen gehegt haben. Deutschland erschien ihnen als eine locker verbundene Föderation; die Erinnerungen der alten Königs- und Kaisergewalt waren ihnen ebenso fremd, wie die später auftauchenden politischen Begehren nach einer strafferen Staatseinheit. Für sie bestanden nur die Verträge von 1648 mit ihrem Schattenkaiserthum, ihrer Territorialselbständigkeit, ihrem bis zum Unvernünftigen ausgebildeten Individualismus der Gewalten, ihren auswärtigen Garanten dieser Verfassung. Würde es heutzutage die politischen Anschauungen aller gewissenhaften Männer in der Nation verletzen, wenn man die fremde Intervention in unsere heimischen Dinge aufböte, so lag innerhalb des Kreises von Ansichten, wie sie die Entwickelung seit 1648 geboren, darin nichts Anstößiges. „Frankreich, sagt Johannes Müller in seiner Schrift über den Fürstenbund,*) hat dringende Interessen, daß Baiern bleibe, wie es ist. Die Operationslinie von Wien bis an den Rhein beträgt über zweihundert Stunden und läuft sechs Zehntheile des Weges über fremden, bairischen oder schwäbischen Boden. Wenn

*) Sämmtl. Werke Bd. XXIV. S. 187 f.

der König als Gewährleister des westfälischen Friedens erscheinen müßte, so könnten Schwaben und Baiern ihm Alles erleichtern, allenthalben auf die österreichische Linie agiren, von der Grenze des Königreiches allen Angriff entfernen, hingegen die Waffen des Beschirmers der germanischen Freiheit in das Herz der Erblande fördern. Dieses Alles ohne sehr große Mühe; das Land ist sehr durchschnitten, voll Berge, überall Pässe, das Volk zu solchem Kriege deste geschickter, da es die Eigenschaften hat, welche den Franzosen fehlen, so daß der Krieg des Königs in Actionen aller Art, in lebhaftem Angriff und in beharrlichem Treffen, durch seine tapfere Nation und durch solche Hülfstruppen auf's Herrlichste vollbracht werden könnte. Viel anders, wenn die Grenze der österreichischen Monarchie fünfzig Stunden vorwärts kommt, und nach und nach die vorderen Lande mit ihr zusammenhängend werden, wenn Baiern gehorcht, Schwaben zittert, wenn die Operationslinie sicher, alle Pässe besetzt sind, und gern oder ungern, Land und Volk für Oesterreich streitet!" Oder wem das Wort eines späteren bonaparteschen Ministers vielleicht nicht vollwichtig sein sollte, der höre einen anderen Staatsmann, dessen Bildung und Gesinnung ihn den Besten seiner Zeit an die Seite stellt. „Daß Frankreichs Macht — sagt Dohm*) — gegen Oesterreich nicht zu sehr geschwächt werde, ist für das Gleichgewicht von Europa von äußerster Wichtigkeit. Allen Mächten desselben muß daran gelegen sein, daß Oesterreich seine schwache Seite durch den Besitz der Niederlande nicht verliere und durch den Erwerb von Baiern nicht Frankreich auf immer außer Stand setze, im deutschen Reiche Alliirte zu haben und, wenn unter diesen, wie natürlich, der Regent von Baiern sich befindet, durch den Besitz der Donau bis ins Herz der österreichischen Staaten vorzudringen."

Man mag an solchen Aeußerungen, deren sich viele zusammenstellen ließen, erkennen, welch eine Umwandlung in den allgemeinen Anschauungen seitdem vor sich gegangen ist. Nicht als wenn solche Meinungen heute außer dem Bereiche der Möglichkeit lägen, allein selbst die verrannteste Rheinbundspolitik würde sie so aufrichtig nicht mehr aussprechen. Wir sind dieser Anschauungsweise entwachsen; damals war sie die herrschende und nach ihr wurde auch der Fürstenbund beurtheilt. Indem derselbe bestimmt war, jede Störung des „Gleichgewichts", wie es 1648 aufgerichtet worden, zu hindern, verstand es sich von selbst, daß auch die Einmischung der auswärtigen Bürgen im Nothfalle angerufen werden konnte, und es lag allerdings ein gewisser Trost darin, daß der Zweck diesmal mit deutschen Mitteln erreicht und die fremde Intervention vermieden war. Insofern konnten sich seine Gründer sogar einer deutschen That mit Recht rühmen; denn besser immer, die Fürstenrepublik von 1648 wurde mit eigenen Kräften aufrecht erhalten, als mit franzö-

*) Denkwürd. III. 251.

ſiſchen Diplomaten und Bajonneten! Daß dieſer Zuſtand die „deutſche Freiheit“ ſei, daß dieſe bunte Zuſammenfügung territorialer Gewalten ein der Pflege und Erhaltung werthes Ganze bilde, deſſen Fortdauer nicht nur von dem überlieferten geſchichtlichen Recht, ſondern auch von einer geſunden und richtigen Politik geboten werde — das waren nun einmal die gültigen Vorſtellungen ſelbſt bei Solchen, die, wie z. B. Dohm, die groben Mißbräuche und Abnormitäten der deutſchen Verfaſſung nicht verkannten.

In dieſem Sinne war der Fürſtenbund einer der letzten Erfolge, welche die Territorialgewalten des alten Reiches im Geiſte der Verfaſſung von 1648 errungen haben. Mehr ſollte er nicht ſein: gelang es ihm, die Gelüſte kaiſerlicher Reſtauration und habsburgiſcher Vergrößerungsſucht abzuwehren, ſo war ſein Zweck erfüllt.

Wohl hat man, zum Theil ſchon in jener Zeit, noch etwas Anderes darin erblicken wollen: den Keim einer ſtaatlichen Bildung und innigeren Organiſation der verbündeten Staaten. Freilich ſind dabei die Urtheile vielfach von dem Einfluſſe ſpäterer Anſichten und patriotiſcher Wünſche beſtimmt worden. Wir können wenigſtens in dem Bunde und ſeiner Entſtehungsgeſchichte nichts finden, was bei den Gründern und Theilnehmern auf ſolche Neigung ſchließen ließe. Und wie ſollte auch, nur geographiſch betrachtet, dieſes territorial ſo wenig abgerundete Bündniß ſolche Gedanken haben verfolgen können! Oder wie konnte das ganz im Geiſte territorialer Selbſtändigkeit geſchloſſene Bündniß auf eine Beſchränkung dieſer letzteren ausgehen! Ein ſolcher Gedanke, hätte er ſich auch nur in der ſchüchternſten Einkleidung kund gegeben, mußte den Plan des Bundes im Keime erſticken. Die Vorſtellungen von einer einheitlichen Leitung auf Koſten der Sonderſouveränetät, die geſammtſtaatlichen, bundesſtaatlichen und parlamentariſchen Ideen — wie ſie ſeit den Freiheitskriegen lebendig geworden ſind und binnen eines Menſchenalters in der Nation ſo viel Terrain gewonnen haben — waren dem damaligen Geſchlechte noch völlig fremd, und ſelbſt die Wünſche, die ſich auf den Reichstag und das Reichsgericht bezogen, ſind eben auch nur aus der eiferſüchtigen Sorge um die landesherrliche Sonderſouveränetät erwachſen.

Wenn ſich Forderungen geltend machten für eine weitere Ausbildung des Bundes, ſo waren dies patriotiſche Phantaſien Einzelner, welche ungehört verklangen. Das Bekannteſte in dieſer Richtung iſt die Flugſchrift Johannes Müllers: „Deutſchlands Erwartungen vom Fürſtenbunde.“ Ein Jahr nachdem er (1787) ſich zum Lobredner des Bundes aufgeworfen und mit lauter Stimme das Wort ergriffen für die Erhaltung der Verfaſſung von 1648, forderte der leichtbewegliche und wandelbare Mann die deutſchen Fürſten auf, die Reorganiſation Deutſchlands durch den Fürſtenbund zu bewirken (1788). Seine Aeußerungen haben eben nur die Bedeutung, die in ſeiner Perſönlichkeit liegt, aber ſie bieten auch zugleich den bezeichnenden

Beleg, wie hoch ſich damals die Reformwünſche der am weiteſten gehenden Anſicht verſtiegen.

Müller hatte 1787 gemeint, die Reichsverfaſſung ſei, wie alles Menſchliche, der Beſſerung bedürftig, aber die beſten Mittel ſeien in ihr ſelber, ſowohl in ihren Formen, „die zu beſeelen von der Wärme unſeres Willens abhängt, als in ihrem urſprünglichen Freiheitsgeiſte.“ In welcher Richtung jene Verbeſſerungen geſchehen ſollten, darüber ſpricht die Schrift des folgenden Jahres („Deutſchlands Erwartungen“) ſich aus. „Wenn die deutſche Union, meint er dort, zu nichts Beſſerem dienen ſollte, als den gegenwärtigen Status quo der Beſitzungen zu erhalten, ſo iſt ſie unter den mancherlei politiſchen Operationen, die in Deutſchland vorgenommen wurden, wirklich die unintereſſanteſte; ſie iſt wider die ewige Ordnung Gottes und der Natur, nach der weder die phyſiſche noch moraliſche Welt einen Augenblick in statu quo verharren, ſondern alles ein Leben ordentlicher Bewegung und Fortſchreiten ſein ſoll. — — Ohne Geſetz, ohne Juſtiz, ohne Sicherheit vor willkürlichen Auflagen; ungewiß unſere Söhne, unſere Ehre, unſere Freiheiten und Rechte, unſer Leben einen Tag zu erhalten; die hülfloſe Beute der Uebermacht; ohne wohlthätigen Zuſammenhang, ohne Nationalgeiſt zu exiſtiren, ſo gut bei ſolchen Umſtänden einer mag — das iſt unſerer Nation status quo. Und die Union wäre da, ihn zu befeſtigen? Dieſe weltgeprieſene Union reducirte ſich alſo am Ende auf zwei Puncte: 1) zu machen, daß Baiern das Glück habe, ſtatt Joſephs II. den Herzog von Zweibrücken zum Landesvater zu bekommen; 2) wenn Kaiſer Joſeph mit raſcher Hand, ohne zuvor ein Menſchenalter hindurch über die Form zu deliberiren, einen eingewurzelten Mißbrauch hinwegreißen will, dieſen Mißbrauch auf's Aeußerſte zu vertheidigen, damit er doch ſeine 50 Jahre noch ſtehe und wirken möge.“ Indem Müller ſich dieſe Seite des Fürſtenbundes vor Augen hält, kann er die Sorge nicht unterdrücken: es möge der Bund, ſtatt neue Lebenszeichen zu verrathen, „nur eben ein letzter Lebenshauch geweſen ſein, wie ein ausgehendes Licht gemeiniglich noch ein Flämmchen wirft.“

Die Vorſchläge zur Reform, die er macht, laſſen ſich in den einen Satz zuſammenfaſſen: „endlich einmal den Machtſprung zu thun, hinaus über die jahrhundertalten Pedanterien zu ordentlichen Kammergerichtsviſitationen, einer wohleingerichteten Reichshofrathsviſitation, feſten Vorſchriften und einem ſubſidiariſchen Geſetzbuch; zu einer zweckmäßigen, billigen und beſtändigen Wahlcapitulation, einer thätigeren Reichstagsverfaſſung, einer guten Reichspolizei, einer angemeſſenen Defenſivanſtalt; zu ächtem Reichszuſammenhange“ — und, fügt er ſanguiniſch hinzu, „alsdann auch zu gemeinem Vaterlandsgeiſte, damit auch wir endlich ſagen dürften: wir ſind eine Nation!“

Solche Hoffnungen, aus einem einzelnen erregbaren Gemüth hervorgegangen, lagen dem Fürſtenbunde ebenſo fern, wie es vergeblich war, an die alte Reichsverfaſſung Erwartungen auf eine Reform dieſer Art zu knüpfen.

Es ſtand eine Zeit europäiſcher Umwälzungen bevor, deren erſchütternde Macht manchen Staat und manche Staatsordnung der alten europäiſchen Welt aus den Angeln gehoben hat. Auch die Verfaſſung des h. römiſchen Reiches deutſcher Nation war beſtimmt, dieſem Sturme von Weſten zu erliegen; der Fürſtenbund iſt ſo wenig im Stande geweſen, dieſe Kataſtrophe abzuwenden, daß ſeiner in den Tagen der Kriſis kaum einmal Erwähnung geſchieht. Nur kümmerliche Spuren ſeines Daſeins werden wir noch im Anfange dieſer Periode der Erſchütterungen wahrnehmen können.

Zweites Buch.

Vom Tode Friedrichs II. bis zum Frieden von Basel.
(1786—1795.)

Digitized by Google

Erſter Abſchnitt.

Oeſterreich und Preußen bis zum Reichenbacher Vertrag (Juli 1790).

Der Abſchluß des deutſchen Fürſtenbundes war der letzte politiſche Erfolg in Friedrichs II. ruhmreichen Regentenleben; ihn zu befeſtigen und auszubilden blieb ein Vermächtniß für den Nachfolger. Ein Jahr nach der Gründung des Bundes, am 17. Auguſt 1786, war die Regierung des größten deutſchen Fürſten zu Ende gegangen.

Aus einem Lande von 2300 Quadratmeilen mit zwei Millionen und einigen hunderttauſend Einwohnern war ein Staat von 3600 Quadratmeilen mit ſechs Millionen Bewohnern geworden; das Heer, das ihm der Vater einſt hinterlaſſen, war von 76,000 auf 200,000 Mann vermehrt, die Einkünfte von 12 Millionen Thalern beinahe auf das Doppelte gehoben,*) der Staatsſchatz, aller furchtbaren Kriege ungeachtet, mit 60 bis 70 Millionen Thalern gefüllt. Der Anbau des Landes, die Thätigkeit ſeiner Bewohner, die Wachſamkeit und Ordnung der Verwaltung ſtand noch allenthalben in ebenſo unbeſtrittenem Anſehn, wie die Heereskraft Preußens und ſeine diplomatiſche Leitung. Es genoß der Staat einen Ruf von Macht und Geſchick, der im Auslande beneidet, im Lande ſelbſt wie ein unzerſtörbares Capital betrachtet ward. Schien es doch der Selbſtüberhebung, die in raſch entwickelten und überzeitigten Staaten von mäßigem Umfange ſich am leichteſten einſtellt, beinahe hinreichend, von dieſer moraliſchen Macht des preußiſchen Namens, die das Werk dreier bedeutenden Fürſten geweſen, in thatloſer Selbſtgenügſamkeit zu zehren.

So ward auch in Preußen nur allzu ſchnell vergeſſen, wie viel von dieſer Größe durch die Perſönlichkeit des Königs bedingt war. Denn nicht der

*) Auf 22 Millionen Thaler (Grundſteuer 6½ M., Zölle und Regie 5½ M., Domänen und Forſten 10 M.) gibt Preuß IV. 289 das Staatseinkommen an.

Umfang des Staates, noch seine geographische Lage und reiche natürliche Hülfsquellen hatten den Nachfolger der „marquis de Brandenbourg“ zum arbitre des destinées de l'Europe gemacht; Friedrichs Feldherrngröße, sein schöpferischer, staatsmännischer Geist, und die königlichen Tugenden einer unermüdlichen Thätigkeit und wachsamen Sorge hatten das Mißverhältniß der natürlichen Macht des Landes zu seiner äußeren Weltstellung verdeckt. Der Mechanismus hatte seine großen Mängel und war doch zugleich ein so fest zusammengefügtes Ganze, daß ohne eine großartige und weise Umgestaltung eine gründliche Abhülfe der einzelnen Schäden nicht zu denken war; die Kräfte des Staates waren auf's Aeußerste angespannt und erforderten, um auf dieser Höhe der Leistungen zu bleiben, eine zugleich so geniale und so umsichtige Leitung, wie sie von Friedrich geübt ward. Wie Hertzberg sich ausdrückte*): ein Herrscher von Preußen kennt seine Interessen zu gut, um nicht einzusehen, daß ein so mittelmäßiger und künstlich zusammengesetzter Staat sich in seiner überlegenen Stellung nicht lange behaupten könnte, wenn er nicht allezeit durch diese Energie, diese Thätigkeit und diese patriarchalische Regierung getragen würde, durch die er einen so hohen und schnellen Flug gemacht hat.

Der große König verkannte nicht das Vergängliche dieser Macht; die wohlthätigen wie die harten Maßregeln, die er nach dem siebenjährigen Kriege nahm, seine auswärtige Politik seit 1764, sein Bemühen, eine feste und natürliche Allianz zu finden, auf die Preußen sich stützen könnte, seine Unruhe und Besorgtheit über die Folgen der österreichisch-russischen Annäherung, seine aufrichtigen Eingeständnisse der bedrängten Lage, worin sich das Land nach dem Kriege befand, beweisen hinlänglich, wie wenig er geneigt war, sich in das sorglose Gefühl unerschütterlicher Macht und Größe einzuwiegen. Ueberkam ihn doch selbst bisweilen die trübe Ahnung, daß Trägheit und Hochmuth der Nachgeborenen rasch zerstören könnte, was äußerste Thatkraft und ungewöhnliche Herrschergaben mühsam aufgebaut hatten!

Wohl war Friedrich auch nach dem furchtbaren Kriege unablässig thätig gewesen, die Wunden siebenjähriger Verwüstung zu heilen. Seine Bemühungen, die Landwirthschaft zu heben, durch Urbarmachung wüster Stellen und Brüche den Wohlstand zu fördern, seine Unterstützungen an verarmte Gemeinden, seine öffentlichen Bauten, seine gesteigerte Wachsamkeit in der Verwaltung, seine Anstalten zur Hebung von Handel und Gewerbe haben in den 22 Jahren nach dem Hubertsburger Frieden wohlthuende Früchte in Menge erzielt; aber es kam auch die französische Regie, das Tabaksmonopol, die hohe Besteuerung des Kaffeegenusses, Maßregeln, deren drückende Wirkung so groß war, wie ihre Impopularität. Ein überspanntes Merkantilsystem, über dessen

*) Hertzberg, memoire sur la troisième année du regne de Fréderic Guillaume II., lu dans l'academie des Sciences, le 1. Oct. 1789.

ſtaatswirthſchaftliche Nachtheile ſchon den Zeitgenoſſen gerechte Bedenken aufſtiegen, brachte die Kräfte des Landes vielfach in Stocken, die der König doch mit äußerſter Rührigkeit zu wecken bemüht war. Nur ſein ſparſamer und ſorgfältiger Haushalt, ſein gerechtes Regiment und die auf allen Seiten ſichtbare anſpornende Macht einer aufgeklärten, fähigen und wohlwollenden Regierung vermochten einen Theil der Uebelſtände zu mildern, die aus der fiskaliſchen Natur des Syſtems entſprangen. Indem er ſelber das nachahmungswertheſte Beiſpiel ſparſamer Entbehrung aufſtellte, mit äußerſter Thätigkeit über Noth und Mißbrauch wachte, einem Jeden gleiches Recht und gleichen Schutz angedeihen ließ und alle Hülfsquellen eben nur wieder der Wohlfahrt und Größe des Staates ſelber zuwandte, erſchienen freilich die Laſten leichter, die der hohe Preis dieſer Macht und Größe waren. Aber die Beſchränkung der einfachſten und populärſten Lebensgenüſſe, die Chikanen des Zoll- und Steuerweſens, die Eingriffe in die Verhältniſſe des Privatlebens zogen doch eine verhaltene Mißſtimmung groß, die ſich in den letzten Zeiten des großen Königs auch vernehmlich genug kund gegeben hat.

Daß die Armee nach dem Ende des ſiebenjährigen Krieges nicht mehr die alte war, hat Friedrich II. ſelbſt unverhohlen ausgeſprochen. Nur theilweiſe durch Aushebung aus den Landeskindern gebildet, aus aller Herren Ländern zuſammengeholt, nicht ſelten aus dem Abhub der Geſellſchaft ergänzt, konnte ſie allein durch eine eiſerne Disciplin und die ſtrengſte phyſiſche Züchtigung zuſammengehalten werden; der ſchlimme Einfluß, den dieſe Beſtandtheile übten, griff auch die einheimiſchen Elemente des Heeres an, zumal da durch ausgedehnte Befreiungen alle gebildeteren Theile der Nation vom Soldatendienſt fern blieben und nur das rohere Volk hereingezogen ward. Friedrichs unabläſſige Wachſamkeit hielt dieſen alternden, bunt zuſammengewürfelten Körper aufrecht; ohne daß er freilich hindern konnte, daß ſich manche üble Gewöhnung einſchlich, mancher Mißbrauch der Friedenszeit Wurzeln ſchlug. So knapp und ſpärlich Sold, Bekleidung u. ſ. w. zugemeſſen war, ſo bedenklich einzelne Mittel der Erſparniß auf die Sittlichkeit und das Ehrgefühl zurückwirkten, verſchlang dies Heer gleichwohl von den baaren Staatseinkünften die größere Hälfte, der drückenden Fourageverpflegung durch die Unterthanen, der Leiſtung des Vorſpanns und ähnlicher Laſten nicht zu gedenken, die dem Gedeihen des Bauern- und Bürgerſtandes unüberſteigliche Schranken entgegenwarfen.*)

Eine Perſönlichkeit, wie die des Königs, vermochte allerdings viele Mängel zu decken und manche Härten zu mildern; ſie war es auch, die das Heer lebendig erhielt. Aber — fragten einſichtige Zeitgenoſſen mit Recht — kann man hoffen, daß alle Nachfolger Friedrichs ſo unermüdlich ſein werden wie

*) S. Preuß, Friedrich d. Gr. IV. 306. 315 ff. Höpfner, der Krieg von 1806 und 1807. Bd. I. 46 f., 72 f.

er, daß sie jährlich, gleich ihm, in allen Theilen des Staates die Inspectionen vornehmen, daß sie alle Berichte über jedes einzelne Regiment lesen und prüfen, daß weder der Einfluß eines Höflings, noch eines Freundes, noch einer Geliebten einen Augenblick das Interesse des Heeres überwiegen, oder niemals irgend eine Parteilichkeit, Genuß oder Intrigue auf die Leitung des Ganzen einwirken werden?*) Solche Warnungen blieben allerdings damals unbeachtet, wiewohl selbst unter angesehenen militärischen Autoritäten die mangelhafte Ausstattung des preußischen Heerwesens als eine ausgemachte Sache galt. „Wenn — so äußert einer — nach dem Tode dieses Fürsten, dessen Genie allein dieses unvollkommene Gebäude erhält, ein schwacher König ohne Talent folgt, so wird man in wenigen Jahren das preußische Militär entarten und in Verfall gerathen sehen; man wird diese ephemere Macht in die Stärke zurückkehren sehen, welche ihre wirklichen Mittel ihr anweisen, und wird sie vielleicht einige Jahre Ruhmes sehr theuer bezahlen müssen." Aehnliche Prophezeiungen, zum Theil mit schadenfroher Hoffnung ausgesprochen, finden sich in diplomatischen Berichten jener Zeit.**)

Nur in Preußen selbst wiegte man sich gern in das Gefühl stolzer Sicherheit. Je rascher der Aufschwung der preußischen Macht gewesen, desto näher lag die Versuchung, nur sich selber und dem eigenen Verdienste beizumessen, was doch vorzugsweise die gesegnete Arbeit eines genialen Herrschers war. Die Berichte der Zeitgenossen lassen uns kaum daran zweifeln, daß die Verstimmung über die drückenden fiscalischen Künste sich bis zum stillen Groll gegen das Regiment des großen Königs steigerte und sich wohl in der geringschätzigen Beurtheilung des greisen Herrschers oder in der Sehnsucht nach einer neuen Regierung unverblümt aussprach. Es macht einen unheimlichen Eindruck, wenn man mit dieser Verkennung Friedrichs die eigene Selbstgenügsamkeit der öffentlichen Meinung Preußens vergleicht. Man fing an, den Werth eines solchen Königs zu unterschätzen; man gefiel sich in dem Glauben an die Vortrefflichkeit der mechanischen Staats- und Heeresordnung und beruhigte sich in der Zuversicht, daß Preußen durch seine Verwaltung wie durch seine Armee nach wie vor der wohlgeordnetste und schlagfertigste Staat in Europa sei.

Die gespreizte, fast übermüthige Haltung des Preußenthums jener Tage sprach sich am lautesten in der Hauptstadt aus, und dies war eben die Stätte, die schon den Zeitgenossen am lebhaftesten den Eindruck des Verfalles erweckte. Gerade dort hatte die Vorliebe des Königs für französische Bildung und Sitten die nachhaltigsten Wirkungen zurückgelassen; das altfränkische, pedantische aber kernige Geschlecht, das Friedrich Wilhelm I. erzogen, war nicht mehr, aber dafür eine schlimme Aussaat voltaireſcher Bildung und wäl-

*) Mirabeau, de la monarchie prussienne IV. 2. 334 f.

**) S. Raumer's Beiträge V. 288. 298.

ſcher Sitte aufgewuchert. Die Aufklärung erſchien dort in einer Geſtalt, die einen Geiſt wie Leſſing mit Ekel erfüllte; „ſagen Sie mir, ſchreibt er an Nikolai, von Ihrer berliniſchen Freiheit zu denken und zu ſchreiben ja nichts; ſie reducirt ſich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion ſo viel Sottiſen zu Markte zu bringen als man will.“*) Britiſche Staatsmänner, die Berlin damals ſahen, urtheilen ähnlich; ſie fanden eine Aufklärung dort, deren Quelle nur die Frivolität war, eine „Freiheit“, die ſich zunächſt nur in zügelloſen Sitten kundgab, im Uebrigen mit ſerviler Unterwürfigkeit der Geſinnung Hand in Hand ging. Freilich hatte der König ſpäter ſelbſt einen Widerwillen gegen die Fremden, als er jene bekannte Marginalreſolution auf das Anſtellungsgeſuch eines Franzoſen ſchrieb: „ich will keine Franzoſen mehr, ſie ſind gar zu liederlich und machen lauter liederliche Sachen“ — aber ſie hatten doch lange genug den Ton in der Hauptſtadt angegeben, auf Bildung und Sitte fühlbar eingewirkt, zuletzt gar noch einen wichtigen Theil der Verwaltung beherrſcht. Es war eine Umgeſtaltung eingetreten, welche die altväteriſche Einfalt durch Leichtfertigkeit verdrängte, lockere Sitten förderte, und die frühere Nüchternheit und Sparſamkeit, in welcher Preußen groß geworden, durch die modiſche Genußliebe der Zeit zu erſetzen drohte. Allerdings war dies zunächſt noch auf die Hauptſtadt beſchränkt, aber die Wirkung erſtreckte ſich doch bald auf die officiellen und einflußreichen Kreiſe und vibrirte dann weiter ins Land hinein, um allerwärts die Wirkungen hervorzurufen, welche die folgende Geſchichte bis 1806 darlegen wird.

Dieſe Lage Preußens erforderte eine Perſönlichkeit von dem Gepräge der drei Regenten, um welche die preußiſche Geſchichte von 1640—1786 ſich dreht; der Staat bedurfte einer ebenſo energiſchen als umſichtigen Leitung, es mußte die friedliche Reform des überlieferten Mechanismus durch eine weiſe und ſchöpferiſche Staatskunſt vorbereitet, das geiſtige und ſittliche Leben der Nation erfriſcht und geſtählt werden.

Der neue König Friedrich Wilhelm II. (geb. 1744) war der Sohn jenes früh verſtorbenen Prinzen Auguſt Wilhelm, der während des ſiebenjährigen Krieges von ſeinem königlichen Bruder hart, vielleicht ungerecht, angelaſſen das Lager verließ und während der gefahrvollſten Zeiten des Krieges zu Oranienburg geſtorben war (Juni 1758). Es ſcheint, dieſer jüngere Sohn Friedrich Wilhelms I. war von weicherem und zerbrechlicherem Metall, als das übrige Geſchlecht; vielleicht die Erinnerung an jenen Zwieſpalt, vielleicht auch der Gedanke, daß die weiche Seele des Vaters auf den Sohn übergegangen, war die Urſache, daß Friedrich II. ſeinen jugendlichen Neffen lange Zeit nie mit rechter Freude und Vorliebe behandelte, ihn kaum zu den Staatsgeſchäften

*) S. Leſſing's Werke, Ausgabe von Maltzahn. 1857. XII. 278.

heranzog*) und erſt ſeit dem baieriſchen Erbfolgekrieg ihm eine freundlichere Anerkennung zuwandte. Eine unglückliche Ehe, deren Unfriede von beiden Theilen verſchuldet war, wirkte verwüſtend auf das Leben des jungen Fürſten ein, zumal das unſelige Verhältniß des Prinzen zu einem leichtfertigen, verſchmitzten Weibe dieſe Zerrüttung unheilbar machte. Die Tochter des Kammermuſikus Enke, erſt mit dem Kammerdiener Rietz verheirathet, dann zur Gräfin Lichtenau erhoben, beherrſchte mit allen Künſten, die einer intriguanten Buhlerin zu Gebote ſtehen, die nachgiebige Natur des preußiſchen Thronerben. Ein Aergerniß, das bis jetzt dem preußiſchen Hofe ganz fremd geweſen, das Verhältniß zu einer anerkannten Maitreſſe, ward durch den Prinzen in dem früher ſo ſittenſtrengen und nüchternen Staate mit einer Oeffentlichkeit betrieben, die an das Beiſpiel des franzöſiſchen Hofes erinnerte. Auch Friedrichs II. Jugend war reich an Verirrungen geweſen; aber das Unglück ſeiner Jünglingsjahre hat ihn gezüchtigt, der Umgang mit hervorragenden Geiſtern gab ihm einen Aufſchwung und einen edlen Wetteifer, der die trüben Erinnerungen früherer Zeit verwiſchte.

Die weiche, biegſame Natur Friedrich Wilhelms erlag den ſchlimmen Einwirkungen, die der Umgang mit frivolen Weibern und weibiſchen Männern üben mußte, und dieſe Einflüſſe ließen denn auch ſeine guten Eigenſchaften nicht zur rechten Entfaltung kommen. Friedrich Wilhelm war von edlem Gemüthe, trotz der Aufwallungen ſeines Jähzorns erfüllte ihn Milde und Wohlwollen, er war großherzigen Anregungen zugänglich, auch ritterlich und tapfer wie ſeine Ahnen; allein die Natur hatte ihm neben einem kräftigen Körper zugleich eine ſo ſtarke Zugabe von Sinnlichkeit mitgegeben, daß in deren Befriedigung leicht die beſſeren Züge ſeines Weſens untergingen. Durch ein wirres Jugendleben gewöhnt, ſein Wohlwollen an Weiber und Günſtlinge zu vergeuden, in ſeiner Vereinzelung auf den Umgang mit ſelbſtſüchtigen und mittelmäßigen Menſchen angewieſen, in ſeiner Güte grenzenlos mißbraucht, bald zu ſinnlichen Exceſſen hingedrängt, bald von der frömmelnden Heuchelei ſpeculativer Myſtiker ausgebeutet, entbehrte Friedrich Wilhelm vor Allem der männlichen Strenge, Zucht und Zähigkeit, durch die das Walten ſeiner Vorfahren ſo hervorragend war. Ein Regiment, das von einer ſolchen Perſönlichkeit getragen war, mußte auf jeden Staat eine erſchlaffende Wirkung üben, für Preußen und ſeine Lage im Jahre 1786 war es eine Calamität.

Die öffentliche Stimmung, die den neuen Regenten empfing, war gleichwohl eine durchaus günſtige; man erwartete von der Milde des wohlwollenden, gutmüthigen Königs manche Erleichterung von dem Drucke, zu dem Friedrich II. mehr durch die Nothwendigkeit als aus eigener Wahl war vermocht worden; man hoffte auf eine Regierung, die durch heitere und freigebige

*) S. Dohm IV. 564.

Nachsicht das knappe und strenge Regiment des großen Königs überbieten werde. Selten ist ein neuer Herrscher mit solchem Beifall empfangen, Lob und Schmeichelei selten in so verschwenderischer Fülle einem Nachfolger entgegengebracht worden, wie Friedrich Wilhelm II.; der „Vielgeliebte" war der Beiname, womit ihn die öffentliche Stimme empfing. Schon Zeitgenossen haben es beklagt*), daß man die ersten Momente des neuen Königs mit diesem Schwall von Schmeichelworten übertäubte, und es läßt sich wohl glauben, daß sie auch auf Friedrich Wilhelm nicht ohne die einschläfernde Wirkung geblieben sind, welche die traurige Frucht solcher Künste ist. Bezeichnend aber ist die Thatsache, daß diese Stimmung äußersten Lobes und Jubels erstaunlich rasch in das vollständige Gegentheil umgeschlagen und unter dem Eindrucke der Enttäuschung später eine Schmähliteratur aufgetaucht ist, wie sie kaum irgendwo ärger zu finden war; so daß sich schwer sagen läßt, was einen peinlicheren Eindruck weckt, die taktlose Schmeichelei von 1786, oder die schmutzigen Pamphlete, die schon zwei, drei Jahre nachher über den König, seine Geliebten und seine Günstlinge verbreitet wurden.

In diesen Jubel, womit der neue Herrscher begrüßt ward, mischte sich in der Regel ein sehr starker Ausdruck preußischen Selbstgefühls. Fast wie ein Mißton klangen in diese Stimmung die Mahnungen Mirabeaus**), welche bei aller Bewunderung für Friedrich II. die Schattenseiten von dessen Staatswirthschaft aufdeckten und, um eine große Umwälzung abzuwehren, auf eine friedliche Reform des ganzen Staatswesens drangen. Es sollte nach Mirabeau's Rath die „militärische Sklaverei" verschwinden, das Merkantilsystem mit seinen nachtheiligen Wirkungen beseitigt, die feudale Scheidung der Stände gemildert, das einseitige Vorrecht des Adels in bürgerlichen und militärischen Aemtern aufgehoben, Privilegien und Monopole vernichtet, das ganze System der Besteuerung verändert, dem Volke die Lasten abgenommen werden, die seine freie Production hemmten, Verwaltung, Rechtspflege und Schulwesen eine neue Förderung erhalten, die Censur fallen, überhaupt dem alten Soldaten und Beamtenstaat ein frischer Antrieb politischen und geistigen Lebens mitgetheilt werden. Es bedurfte eindringlicherer Lehren, bis man die Bedeutung solcher Rathschläge begriff. Erst zwei Jahrzehnte später hat sich eine Richtung des Staatsruders in Preußen bemächtigt, die im Ganzen von ähnlichen Anschauungen ausging; die Reformgesetze von 1807—1808 über

*) Z. B. Kosmann in „Leben und Thaten Friedrich Wilhelms II." Berlin 1798. Daneben läßt sich eine ganze Literatur von Flug- und Festschriften verzeichnen, womit der neue Monarch begrüßt ward.

**) Außer dem bekannten Werk: la monarchie prussienne, namentlich: Lettre remise à Fréderic Guillaume II. de Prusse le jour de son avènement au trône. 1787.

die Aufhebung der Unterthänigkeit, den „freien Gebrauch des Grundeigenthums", die Beseitigung der feudalen Unterschiede, die Städteordnung, die neue Heeresverfassung u. s. w. treffen in der Idee wesentlich mit dem zusammen, was Mirabeau beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms gerathen hatte. Damals war man unzugänglich für solche Mahnungen; das Gefühl der Sicherheit war noch zu groß, als daß nicht der unerbetene Rathgeber hätte Verdruß erregen sollen.

Einen Augenblick konnte es scheinen, als wolle die neue Regierung auf die von dem französischen Publicisten vorgeschlagene Bahn einlenken, aber schwerlich war sein gegebener Rath die Ursache. Es war die Neigung einer jeden neuen Regierung, sich durch Abschaffung drückender Maßregeln des Vorgängers die öffentliche Gunst zu erwerben, eine Neigung, die in dem persönlichen Wohlwollen Friedrich Wilhelms eine natürliche Unterstützung fand. So fiel denn vor Allem die verhaßte französische Regie sammt dem Tabaks- und Kaffeemonopol; die französischen Angestellten wurden beseitigt und eine neue aus preußischen Beamten gebildete Behörde dem Accise- und Zollwesen sowie den verwandten Zweigen vorgesetzt. Nur war die drückende Steuer leichter abgeschafft als ersetzt; man mußte zu andern fiscalischen Künsten, zum Theil zur Besteuerung nothwendiger Lebensbedürfnisse, die Zuflucht nehmen, um den Ausfall, der entstanden war, zu decken (Januar 1787). Es ist begreiflich, daß die Popularität des ersten Schrittes dadurch fühlbar gemindert ward. Auch was sonst in dieser Richtung geschah, z. B. zur Erleichterung des Verkehrs und Verminderung der Durchgangszölle, beschränkte sich auf schüchterne Aenderungen, deren Erfolg natürlich weder den Erwartungen noch den Bedürfnissen entsprach. Wollte man die Mißstände beseitigen, so war eine vollkommene Umgestaltung der wirthschaftlichen Staatsmaximen in Preußen nothwendig; solch vereinzelte Maßregeln, die aus einem ehrenwerthen aber kurzsichtigen Wohlwollen entsprangen, beseitigten die Mängel der ganzen Organisation nicht, sondern minderten höchstens den Ertrag von Friedrichs scharf ausgeklügeltem System. Die neuen Hülfsmittel zur Deckung der Lücken waren dann bisweilen drückender als die alten.

Einen ähnlichen Charakter tragen die übrigen Erstlingsreformen der neuen Regierung; man gab dem flüchtigen Eifer, einzelne Mißstände zu beseitigen, augenblicklich nach, um dann bald die Dinge völlig so gehen zu lassen, wie sie waren. So wurde als zweckmäßige Neuerung ein Directorium des Krieges geschaffen, dessen Leitung der Herzog von Braunschweig und Möllendorf erhielten; die Aenderung war um so nothwendiger, da bisher Alles auf die Persönlichkeit des Königs allein gestellt war und Friedrich, unterstützt von einigen Inspectoren und Adjutanten, die ganze Kriegsverwaltung selber leitete. Auch wurde das Werbwesen im Auslande besser geordnet, gewaltsames Pressen von Rekruten untersagt, in der Vertheilung der Cantone manche Neuerung vorgenommen, Officiere und Unterofficiere ver-

mehrt, ihre äußere Ausrüstung verbessert.*) Ferner sollte der rohen und barbarischen Behandlung des Soldaten gesteuert, der Soldat menschlich behandelt, die eigennützigen Künste der höheren Officiere, wozu sie ihre Stellung als Werb- und Aushebungsofficiere mißbrauchten, beseitigt werden. Alle die Reformen, deren wohlmeinende Absicht Niemand leugnen konnte, berührten freilich die Wurzel des Uebels nicht, das Friedrich selber noch mit Besorgniß wahrgenommen hatte; sie trafen nur die Oberfläche und bedurften selbst in dieser bescheidenen Begränzung, wenn sie fruchtbar werden sollten, einer größeren Energie und Wachsamkeit, als sie der neuen Regierung eigen war.

Das Beispiel, das Friedrich II. durch aufmerksame Beachtung der öffentlichen Bedürfnisse, durch Ermunterung und Unterstützung derselben gegeben, schien für seinen Nachfolger nicht verloren. Es wurde die Rechtspflege und Gesetzgebung durch Staatszuschüsse unterstützt, die Industrie erhielt Hülfsgelder, es ward für die Naturalverpflegung der Reiterei, jene drückende Last des Landes, eine Unterstützung aus der Staatscasse bezahlt. Was von diesen und ähnlichen Ausgaben im ersten Jahre bewilligt ward, was in Festungsbau, Straßenanlagen, öffentlichen Bauwerken, provinziellen und localen Unterstützungen angewiesen ward, belief sich nach Hertzbergs Angabe im ersten Regierungsjahre auf 3,160,000 Thaler. Auch der Volksunterricht ward nun reichlicher bedacht, als unter Friedrich. Die Hoffnung zwar, Friedrich Wilhelm werde einen regen Antheil an der Entwicklung deutscher Nationalbildung nehmen und der Poesie eine Förderung angedeihen lassen, wie sie von viel kleineren Höfen ausging, erfüllte sich nicht; was er that, beschränkte sich auf einige Acte königlicher Freigebigkeit an preußische Schriftsteller, unter denen nur Ramler einen ausgebreiteteren Namen hatte. Dagegen ward in das gesammte Erziehungswesen durch Errichtung einer gemeinsamen obersten Schulbehörde (Februar 1787) mehr Plan und Zusammenhang gebracht als bisher; der ganze Unterricht in seiner Abstufung von der Universität bis zur Dorfschule herab sollte von diesem großentheils aus practischen Schulmännern zusammengesetzten „Oberschulencollegium" in einem Geiste geleitet, klassische und reale Bildung genauer gesondert und der Unterricht überall so gegeben werden, wie er dem Bedürfniß gelehrter, bürgerlicher und bäuerlicher Erziehung entsprach. Noch stand der Minister von Zedlitz, unter Friedrich recht eigentlich der Minister der Aufklärung, an der Spitze des gesammten Unterrichtswesens; das schien zu verbürgen, daß man im Großen und Ganzen die unter Friedrich eingehaltene Richtung nicht verlassen wollte.

Die Entlassung von Zedlitz und noch bezeichnender, die Ernennung seines Nachfolgers sammt dem, was sich zunächst daran knüpfte (Juli 1788), ward der Wendepunkt für diesen Theil der inneren Politik.

*) Ueber alles dies s. Hertzberg in dem Vortrage, den er am 23. Aug. 1787 in der Akademie über Friedrich Wilhelms erstes Regierungsjahr hielt.

Schon vor Friedrichs II. Tode war die Vermuthung laut geworden, daß sein Nachfolger sich zu der strenggläubigen Richtung mehr hingezogen fühle, als zu der Anschauung seines Oheims. Die Aufklärung der Zeit war in ihren letzten Ausläufern, wie Bahrdt und Consorten, in einer Gestalt aufgetreten, welche einen Rückschlag zu Gunsten der orthodoxen Auffassung sehr wohl erklärte; fühlte sich doch ein Mann wie Lessing, den man seit der Herausgabe der Wolfenbüttler Fragmente gern als den Führer der ganz heterodoxen Richtung bezeichnete, angeekelt von diesem widrigen Gemisch von Flachheit und Trivialität, das sich namentlich in Berlin selber gern für Aufklärung ausgab. Drum lag eine Reaction der gläubigeren Richtung durchaus in der Zeit: verstand sie es, den lockeren, französirenden Ton der Hauptstadt zu bekämpfen, Ernst und Sittenstrenge neu zu erwecken, so war eine solche Rückwirkung für das gesammte Leben Preußens eine Wohlthat. Ein schlichtes starkgläubiges Geschlecht, das aus der Religion Ernst machte und der wachsenden Zuchtlosigkeit entgegentrat — so war ja einst das Volk und das Regiment beschaffen gewesen, wodurch Preußen im Gegensatz zur wälschen Ansteckung der meisten übrigen deutschen Lande, groß geworden war.

Das Leben Friedrich Wilhelms II. und seine Umgebungen ließen freilich auf eine ganz andere Gegenwirkung schließen. Nicht der strenge Ernst altväterischer Orthodoxie war da heimisch, sondern jene weibische Frömmelei, die mit Sinnlichkeit und Schwäche entweder Hand in Hand geht, oder deren Erbschaft antritt. Traf doch die stärkere Betonung strenger Rechtgläubigkeit mit dem Zeitpunkte zusammen, wo der König dem alten Verhältniß mit der Rietz ein Ehebündniß zur „linken Hand“ mit dem Fräulein von Voß folgen ließ, der kleinen Aergernisse nicht zu gedenken, durch deren bereitwillige Unterstützung die Rietz sich unentbehrlich zu machen suchte. Solche Vorgänge weckten denn freilich eine üble Vorstellung von dem plötzlichen Bemühen, die alte Glaubenseinfalt und Frömmigkeit wieder zu beleben.

Wenn wir die Stimmung jener Zeit richtig verstehen, so galt die lebhafte Opposition, die sich gegen die neue Richtung kundgab, eben diesem Widerspruche der Sitten mit der von oben anbefohlenen Religiosität des Glaubens; sie entsprang nicht, wie man es wohl gedeutet, lediglich aus einem tiefen Widerwillen gegen jede Altgläubigkeit. Man verwarf die neue Gläubigkeit, weil die öffentlichen Sitten ihr Hohn sprachen, weil man die Rathgeber und Freunde Friedrich Wilhelms keiner wahrhaften religiösen Erregung für fähig hielt. Unter diesen Rathgebern sahen die Zeitgenossen besonders zwei Männer als die Träger der neuen Richtung an: den Major von Bischofswerder und den Geheimen Finanzrath von Wöllner. Hans Rudolf von Bischofswerder, um's Jahr 1741 im thüringischen Sachsen geboren, dann in militärischen und höfischen Diensten verschiedener Herren, hatte seit dem

baierischen Erbfolgekriege sich näher an den Prinzen von Preußen herangedrängt und war allmälig sein unzertrennlicher Begleiter und Rathgeber geworden. Von feinem intriguantem Geiste, einer unergründlichen Zurückhaltung, mit dem Höflingstalente ausgestattet, unbedeutend zu erscheinen, und doch auch wieder sehr geschickt, durch eine geheimnißvolle, mystisch-feierliche Außenseite zu imponiren, voll Herrschsucht, ohne sie äußerlich an den Tag zu legen, hatte er die arglose und offene Natur Friedrich Wilhelms völlig umstrickt, und höchstens der Einfluß der Rietz war im Stande, vorübergehend den seinigen zu durchkreuzen. Johann Christoph von Wöllner, 1732 zu Döberitz bei Spandau geboren, von Hause aus Theolog und seit 1755 Pfarrer zu Behnitz, hatte seit 1759 diesen Beruf aufgegeben und war der Gesellschafter eines märkischen Adeligen, seines früheren Zöglings, geworden; bald ward der Begleiter des jungen Itzenplitz der Mitpächter der Behnitz'schen Güter, später dessen Schwager. Früher nur durch gedruckte Predigten als Schriftsteller hervorgetreten, warf er sich nun völlig auf Land- und Staatswirthschaft; seine literarischen Versuche auf diesem Gebiete machten ihn sogar zum Mitarbeiter der Nicolaischen „allgemeinen deutschen Bibliothek". Seit 1782 unterrichtete er den preußischen Thronfolger in denselben Fächern, war dann unter der großen Zahl derer, an die der neue König 1786 den Adelstitel verschwendete, und erhielt neben der Stelle eines Geheimen Oberfinanzraths zugleich die Intendantur über die königlichen Bauten, sammt der Aufsicht über die sogenannte Dispositionscasse. Dies bunte Leben zeugte von ähnlicher Geschicklichkeit, Menschen und Verhältnisse zu lenken und auszubeuten wie bei Bischofswerder; nur mischte sich in Wöllner die Natur eines Intriguanten mit Frömmelei und pfäffischer Herrschsucht. Beide, Bischofswerder und Wöllner, waren seit Jahren befreundet, dieser zum Theil durch die Unterstützung des Andern emporgekommen, beide in die mystischen Gesellschaften verflochten, deren Geheimbündelei, deren Geistersehen und anderer Spuk einen so wunderlichen Gegensatz zu der Aufklärungssucht jener Tage bilden. Es wird immer schwer zu ergründen sein, wie weit diese Männer und ihre Genossenschaft das weiche Gemüth des Königs und seine reizbare Phantasie zu rosenkreuzerischem Betrug mißbrauchten; unter den Zeitgenossen bestand eine reiche Ueberlieferung über das frevelhafte Gaukelspiel dieser Art, womit sie sich ihre Gewalt über Friedrich Wilhelms Gemüth gesichert haben sollen. Eine Hauptquelle dieser Ueberlieferung ist freilich die Rietz, die mit der frömmelnden Genossenschaft um die Alleinherrschaft über den König rang. Daß die beiden Männer solcher Künste fähig waren, ist in hohem Grade wahrscheinlich; daß die Zeitgenossen sie deren für fähig hielten, nicht zu bezweifeln. Die Beurtheilung und der moralische Eindruck der kirchlichen Restaurationsmaßregeln richtete sich aber vorwiegend nach der Ansicht, die man von der sittlichen Würdigkeit der Urheber hatte.

Am 3. Juli 1788 ward Wöllner zum Juſtizminiſter ernannt und ihm die Leitung der geiſtlichen Angelegenheiten anvertraut; Zedlitz war der erſte von den Miniſtern Friedrichs des Großen, der weichen mußte. Wenige Tage ſpäter erſchien (9. Juli) ein Edict über das Religionsweſen, welches man als Manifeſt des neuen Regierungsſyſtems anſehen durfte. Es war in dieſem merkwürdigen Actenſtück,*) das nach Form und Inhalt einen ſehr mäßigen Begriff von den neuen Staatsmännern erweckte, zunächſt zwar dem Einzelnen die volle Gewiſſensfreiheit garantirt, „ſo lange ein Jeder ruhig als guter Staatsbürger ſeine Pflichten erfülle, ſeine jedesmalige beſondere Meinung aber für ſich behalte und ſich ſorgfältig hüte ſie auszubreiten;“ aber es war dieſe ſeltſame Verheißung zugleich von heftigen Ausfällen gegen die „zügelloſe Freiheit“, gegen den Modeton der Lehrart begleitet, und die Neuerer beſchuldigt, die elenden längſt widerlegten Irrthümer der Socinianer, Deiſten, Naturaliſten und anderer Secten mehr wieder aufzuwärmen und ſolche mit vieler Dreiſtigkeit und Unverſchämtheit durch den äußerſt gemißbrauchten Namen „Aufklärung“ unter das Volk auszubreiten. „Solche Irrthümer öffentlich oder heimlich auszubreiten, ſollte den Geiſtlichen und Lehrern bei unausbleiblicher Caſſation und nach Befinden noch härterer Strafe und Ahndung fortan verboten ſein; denn es müſſe eine allgemeine Richtſchnur und Regel feſtſtehen und dieſe ſei bisher die chriſtliche Religion nach ihren drei Hauptconfeſſionen geweſen, bei der ſich die preußiſche Monarchie ſo lange immer wohl befunden habe, daher ſchon aus politiſchen Gründen der König nicht gemeint ſein könne, dieſelbe durch die Aufklärer nach ihren unzeitigen Einfällen abändern zu laſſen.“ Wiederholt war dann dem Einzelnen ſeine Gewiſſensfreiheit zugeſagt; ja aus „Vorliebe des Königs für die Gewiſſensfreiheit“ ſollten diejenigen Geiſtlichen, die notoriſch von den Irrthümern angeſteckt ſeien, noch in ihren Aemtern bleiben dürfen — falls ſie ſich in ihrer Amtsführung ſtreng an den alten Lehrbegriff hielten, d. h. eine Lehre predigten, die mit ihrer Ueberzeugung im Widerſpruche ſtand. Eine ſtrenge Ueberwachung der Pfarrer und Lehrer und die Zurückweiſung aller Candidaten, die von anderen Grundſätzen ausgingen, ſollte vor dem Eindringen der neuen Lehren ſchützen.

Es hat wenig Maßregeln gegeben, die ihren Zweck ſo völlig verfehlten, wie dies wunderliche Edict. Iſt es an ſich immer ein unglückliches Beginnen, durch äußere Verordnungen und mit polizeilichen Mitteln einen im Verfall begriffenen Glauben ſtützen zu wollen, ſo ging hier die ſittliche Wirkung vollends verloren durch das Exempel, welches die glaubenseifrige Regierung ſelber gab. Ein Hof, an welchem die Rietz und Biſchofswerder ſich um die Herrſchaft ſtritten, war nicht dazu angethan, eine neue Periode religiöſer Wiedergeburt einzuleiten; ſeine verſpätete Frömmelei war nur allzuſehr verdäch-

*) S. daſſelbe in Moſer's patr. Archiv IX. 453 ff.

tig, die Frucht sinnlicher Entnervung zu sein. Und welche Blößen gab das Edict selbst, wie forderte es in seiner ganzen Haltung den Angriff und Spott heraus! Wie nahe lag der Vorwurf, daß man mit solchen Mitteln nie und nimmer fromme Gläubigkeit erwecken könne, sondern höchstens zu der vorhandenen Verderbtheit noch ein neues Uebel hinzufüge: die Gleißnerei pharisäischer Formen!

Das Unzulängliche der Maßregel fühlten die Urheber selbst, und dies drängte sie zu Weiterem. Jene stolze Sicherheit und Geringschätzung gegen Angriff und Kritik, die Friedrich II. fast in seinem ganzen Regentenleben unwandelbar bewährt, fehlte den Rathgebern des Nachfolgers; schon gleich im Anfange, als sich über die Regie ein Streit in der Presse erhob, hatten sie eine Empfindlichkeit an den Tag gelegt, die für die Freiheit der Erörterung nichts Gutes verhieß. Nun folgte das Censuredict vom 19. Dec. 1788; es beseitigte die Freiheit der Presse, wie sie sich in der letzten Zeit Friedrichs, freilich mehr auf dem literarischen und religiösen als dem politischen Gebiete, thatsächlich ausgebildet hatte. Mit der geläufigen Hindeutung auf den Mißbrauch, womit der Preßzwang sich zu allen Zeiten motivirt, war auch hier die strenge Wiedereinführung der Censur begründet; sie traf die leichte Tagesliteratur wie die schwerer wiegenden wissenschaftlichen Erzeugnisse mit gleicher Schärfe und erreichte am wenigsten den Zweck, den man sich verständiger Weise hätte vorsetzen können. Jene frivole und nichtsnutzige Literatur fand überall Schlupfwinkel, aus denen sie sich über Preußen ausbreitete, und die Jahre nach dem Censuredict sind wahrhaftig nicht arm gewesen an Erzeugnissen der schmutzigsten Gattung;*) aber der freimüthigen und wohlthätigen Erörterung der öffentlichen Zustände wurden Bande angelegt, der lästigen Chikanen nicht zu gedenken, die man dem Buchhandel und dem literarischen Verkehr überhaupt bereitete.**)

Indem man so die Debatte abschnitt, vermochte man freilich nicht, die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen; vielmehr sprach sich diese in Schriften aus, denen der Reiz des Verbotenen nur eine größere Verbreitung sicherte. Darin ward vornehmlich über die sorglose und verschwenderische Regierung geklagt; die Hoffnung einer Erleichterung der Abgaben, hieß es, sei unerfüllt geblieben; man habe verschiedene Finanzoperationen versucht, ohne den rechten Punkt zu treffen. Dagegen sei im Huldigungsjahr eine nutzlose Vermeh-

*) Wir rechnen dahin: „Der klägliche König, eine Geschichte aus sehr alten Zeiten, jedoch mit falschen Namen" u. s. w.; dann: Aug. Wilh. Baranius Versuch einer Biographie der Frau Gräfin Lichtenau. Zürich und Lindau 1800. „Wöllner's und einiger seiner Getreuen Leben, Meinungen und Thaten." Spandau 1797. 2 Thle. Fast reine Pasquillantenliteratur. Auch das satyrische „Gebetbuch des Königs von Preußen." 1790. gehört dahin.

**) Diesen Gesichtspunkt hat besonders die Schrift von J. F. Unger, „einige Gedanken über das Censuredict." Berlin 1789.

rung des Adels erfolgt. Das Lagerhaus übe nach wie vor den Druck seines Monopols. Die erhöhte Accise auf Weizenmehl diene zur Bedrückung Aller, man nehme ungescheut von einem und demselben Grundstücke doppelte Abgaben. Aehnliche Klagen richteten sich gegen die schlimmen Wirkungen des Zollsystems, die Stempeltaxe und namentlich die gedrückte Lage der Landwirthschaft. Als dringendste Wünsche in dieser letzten Richtung hörte man Abschaffung der Fourageliefernngen und Versorgung der Cavallerie aus öffentlichen Magazinen; Beseitigung der Vorspannfuhren, schleunigere Bezahlung der Entschädigungsgelder. Schutz gegen die Willkür der Aemter, die Vereinfachung der ökonomischen und Dorfpolizei, „damit nicht der arme Bauer aus den Händen der Justiz- und Oekonomiebeamten unter die unbarmherzigen Baubedienten, Deichinspectoren und Landreiter falle," ernsthafte Fortsetzung der Regulirung der Urbarien zur Abstellung des willkürlichen Drucks, Erleichterung der Jagdbeschwerden — solche und ähnliche Wünsche tauchten in Menge auf; die Censur vermochte kaum die verbotene Besprechung, geschweige denn die Unzufriedenheit selber abzuschneiden.

Wir haben früher darauf hingedeutet, wie häufig selbst eine so einsichtsvolle und kräftige Regierung, wie die Friedrichs war, hinter dem Ziele zurückblieb, das sie sich vorgesetzt; es läßt sich denken, wie es unter einem schlaffen Regiment werden mußte. Friedrich II. hatte sich z. B. unabläßig bemüht, der willkürlichen Belastung des Bauern ein Ziel zu setzen; er hatte unter andern schon in den siebziger Jahren verordnet, daß die Dienste der Unterthanen durch ordentliche Dienstreglements und Urbarien bestimmt werden sollten, eine Arbeit, die, als der große König starb, noch unvollendet war. Eine Verordnung Friedrich Wilhelms II. bestimmte, daß die begonnenen Urbarien nur dort, wo Processe seien, fortgesetzt werden sollten; damit war eine der wohlthätigsten Maßregeln zur Beschränkung gutsherrlicher Willkür beseitigt. Hätte man eine Dorfgeschichte, sagt die Schrift eines hohen Beamten jener Tage, so würde man darin lesen, daß der Hofdienst seit Jahren die größten Zerrüttungen angerichtet hat, daß solcher von den Unterthanen jederzeit mit Unwillen geleistet und aller Trieb zur Erfindung und Verbesserung dadurch erstickt wird. Untersucht man die Sache genauer, so findet man, daß die Leistung des Hofdienstes den Unterthanen ungleich mehr kostet, als derselbe zu Geld angeschlagen ist, und sie zu dessen Verrichtung an manchen Orten eine Meile und weiter reisen, auch wohl, wenn die Witterung der zu verrichtenden Arbeit ungünstig ist, ohne Arbeit und Entschädigung zurückkehren müssen. Der Hofdienst setzt die Güter der Unterthanen außer Werth und hilft dem Berechtigten wenig, weil die Leistung nicht so erfolgt, wie sie geschehen sollte. *)

*) S. Schreiben eines pr. Patrioten am 48. Geburtstage seines Königs, den 25. Sept. 1788. Philadelphia; Kosmann, Leben Friedrich Wilhelms II. Berlin 1798; v. Ernsthausen, Abriß von einem Polizei- und Finanzsystem. Berlin 1788.

So blieben alte Mißbräuche bestehen, indessen sich neue Stoffe gährender Unzufriedenheit ansammelten.

In der auswärtigen Politik ist die Zeit von 1786—1790 eine Zeit der Krisis gewesen. Die alten Ueberlieferungen preußischer Politik, zunächst Friedrichs II., sind noch keineswegs verwischt, aber sie werden doch nicht mehr mit der Sicherheit und Stetigkeit des großen Königs festgehalten; manche persönliche und dynastische Motive, z. B. in der holländischen Sache, wirken mächtig ein und zersplittern die Staatskräfte in fruchtlosen Unternehmungen. Schöpfungen, die Friedrich II. noch begonnen hatte, deren Vollendung aber ein Vermächtniß an den Nachfolger war, wie der Fürstenbund, werden vernachlässigt und sterben langsam ab. Doch überwiegt noch im Cabinet, zumal so lange Hertzberg einen leitenden Einfluß behält, die antiösterreichische Politik der letzten Jahre Friedrichs II. und scheint sich sogar in der orientalischen Angelegenheit zu einem besonders kühnen Anlauf erheben zu wollen, aber mit dem Mißlingen dieses Versuchs tritt auch die völlige Umkehr ein. Die überlieferte preußische Politik schlägt mit einem Male in ein österreichisches Bündniß um, dessen Vortheil vorzugsweise Oesterreich und Rußland zu Gute kam; damit beginnen denn die Schwankungen der Unselbständigkeit, die Preußen zwischen den östlichen und westlichen Allianzen, zwischen Bekämpfung und Bund mit der Revolution hin- und hertreiben und deren Katastrophe mit dem Untergang der alten preußischen Monarchie zusammenfällt. Wir wollen die wichtigsten Momente dieser Zeit des Uebergangs, vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Reichenbacher Vertrag (Juli 1790), im Einzelnen verfolgen.

Die holländischen Wirren, die der preußischen Politik Friedrich Wilhelms II. den ersten Anlaß gaben, nach Außen aufzutreten, reichten noch in die Zeit Friedrichs II. zurück. Der alte Hader zwischen dem republikanischen und monarchischen Element, die in der Verfassung Hollands unversöhnt neben einander lagen, war unter der Erbstatthalterschaft Wilhelms V., der mit der Schwester Friedrich Wilhelms II. vermählt war, mit neuer Stärke erwacht, nicht ohne die Schuld des Statthalters selbst, aber auch nicht ohne die Einwirkung der Zeitbewegungen, namentlich der Eindrücke des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges. So standen sich denn seit Jahren die einzelnen Landschaften, Gewalten und Stände gegenüber; die bürgerlichen Magistrate stützten sich auf einen Theil der Städte und Provinzen, während die Oranier ihren Halt im Adel, den Truppen und einem Theil der unteren Volksklassen suchten. Die große europäische Politik spielte vielfach in diese Verwicklungen herein; die oranische Partei war der alten Ueberlieferung gemäß mit England verknüpft, die Gegner suchten und fanden bei Frankreich Unterstützung. Seit Josephs II. leidenschaftlichem Verfahren gegen die Re-

publik hatte der Einfluß Frankreichs, das die Koſten der Vermittlung und des Friedens trug, einen bedeutenden Vorſprung gewonnen und eine engere Allianz ſchien die Generalſtaaten dauernd in das franzöſiſche Intereſſe zu verflechten, zumal die ſchwächliche Kriegführung in den Jahren 1780—84 den Haß gegen England und das Mißtrauen gegen den Oranier gleichmäßig geſteigert hatte.

Preußen, dem ſowohl das politiſche Intereſſe als das verwandtſchaftliche Verhältniß die holländiſchen Angelegenheiten nahe legte, hatte unter Friedrich II. eine beobachtende Stellung eingenommen; der greiſe König war weit entfernt, den Frieden, um deſſen Erhaltung ſich ſeine Politik ſeit 1764 unabläſſig bemühte, durch einen Kampf für das Haus Oranien unterbrechen zu wollen. Er mahnte von unbeſonnenen Schritten ab, ſuchte nach beiden Seiten hin gemäßigtere Geſinnungen zu wecken; ſeine Rathſchläge ſtützten ſich aber durchaus mehr auf die moraliſche Kraft ſeines Namens, als auf die Hindeutung, materielle Gewalt gebrauchen zu wollen. Indeſſen kam man dort von kleinen Zänkereien und feindſeligen Demonſtrationen zu immer heftigerem Streit, es gab blutige Auftritte, in denen ſich der Bürgerkrieg ankündete. Die Republikaner ſuchten die Befugniſſe des ſogenannten Reglements von 1674, das Wilhelm III. einſt unter dem Eindrucke der blutigen Kataſtrophe von 1672 dem Hauſe Oranien errungen hatte, zu ſchmälern; die oraniſche Partei ließ es ihrerſeits, wo ſie das Uebergewicht beſaß, an Herausforderungen und Gewaltthätigkeiten nicht fehlen. Der Erbſtatthalter ſelbſt hatte, ſeit ihm der Oberbefehl über die Truppen im Haag entzogen war, die Provinz Holland verlaſſen und ſich in Gegenden zurückgezogen, wo das Uebergewicht des Adels oder die günſtige Stimmung der Bewohner ihm einen natürlichen Rückhalt gab, namentlich nach Geldern. Aber auch in dieſer ſonſt für oraniſch geltenden Provinz machte ſich, zumal an den Grenzen der republikaniſch geſinnten Landſchaften, z. B. Overyſſels, die Oppoſition gegen Oranien geltend. Zwei Städte im Norden, Hattem und Elburg, lehnten ſich offen gegen das alte Herkommen auf; Hattem wollte ein vom Erbſtatthalter eingeſetztes Mitglied, weil es im Dienſt des Prinzen ſtehe, nicht anerkennen, Elburg weigerte die Publikation eines von den Generalſtaaten ausgegangenen Edicts. Es ſchien, als ſollten ſich die Kämpfe des ſechszehnten Jahrhunderts erneuern; die beiden Städte erklärten, als man ihnen Execution drohte, ſich bis auf den letzten Mann vertheidigen zu wollen, ja im Nothfall die Stadt anzuzünden, und aus Overyſſel und Holland, den antioraniſch geſinnten Landſchaften, ſtrömten Freiſchaaren herbei, die bedrohten Städte zu ſchützen. Freilich bewies eben der Ausgang, daß die Zeit des ſechszehnten Jahrhunderts vorüber ſei; aller prahleriſchen Drohungen ungeachtet wurden die Städte faſt ohne Widerſtand militäriſch beſetzt (Sept. 1786), indeſſen ein großer Theil der unzufriedenen Bewohner in den republikaniſch geſinnten Landſchaften Schutz ſuchte. Einzelne Ausſchweifungen der Soldaten, noch mehr die

Ausgewanderten selbst, wurden aber ein heftiges Gährungsmittel gegen das oranische Interesse. Immer mehr nahmen nun die Dinge das Ansehen eines Bürgerkrieges an; die Provinz Holland entsetzte den Erbstatthalter seiner Generalcapitainsstelle, warb Truppen und machte Anstalten, die bedrohte Sache der Republikaner oder „Patrioten" mit den Waffen in der Hand zu schützen.

Es war um die Zeit, wo Friedrich Wilhelm II. den Thron bestieg. Wohl wirkte auf ihn lebhafter als auf Friedrich II. ein persönliches Interesse für das Schicksal seiner Schwester, einer kraftvollen, an Entschluß und Herrschsucht fast männlichen Persönlichkeit, die auch nicht unterließ, die Lage mit den düstersten Farben vorzustellen; allein im Wesentlichen war der neue König doch entschlossen, der Politik seines Vorgängers getreu sich nicht in einen Kampf einzulassen, der die preußische Politik von ihren östlichen Interessen abzog. Auch die bedenkliche Wahrnehmung, daß Frankreich, wiewohl selbst am Vorabend einer Revolution, die revolutionäre Partei in den Generalstaaten unter der Hand ermuthige und mit ihr Einverständnisse pflege, konnte in Berlin die Ansicht noch nicht ändern, daß eine Vermittlung ohne alle Androhung bewaffneter Intervention genügen werde. Die Sendung des Grafen Görtz, desselben Diplomaten, der früher in der bairischen Successionssache, dann am Petersburger Hofe gebraucht worden (Herbst 1786), hatte zunächst nur den Zweck, diesen friedlichen Ausgang durch gegenseitige Verständigung anzubahnen. Der außerordentliche Bevollmächtigte kam allerdings in dem kritischen Augenblicke an, wo die Vorgänge in Hattem und Elburg die Gährung auf's Höchste steigerten, wo Holland rüstete und mit der Drohung hervortrat, sich von der Union zu trennen; er besuchte zuerst den oranischen Hofhalt zu Loo in Geldern und ließ sich dort von der Prinzessin von Oranien die neuesten Vorgänge berichten. *)

Gleichwohl verließ man in Berlin noch nicht die Linie der gemäßigten und vermittelnden Politik, wie sie früher Friedrich II. eingehalten. Man suchte aufrichtig im Einverständniß mit Frankreich die Wirren friedlich auszugleichen und die Vorschläge, die man brachte, trugen dies Gepräge der Mäßigung. Eher war auf französischer Seite das Bestreben unverkennbar, den Erbstatthalter als den Verbündeten des englischen Interesses völlig bei Seite zu drängen und durch Begünstigung der antioranischen Bewegungen die Republik noch enger als bisher in die französische Politik zu verflechten. Friedrich Wilhelm II. war von dem Gedanken bewaffneten Einschreitens damals noch so fern, daß er (19. Sept.) eigenhändig an seinen Gesandten schrieb: „Ich kann keinen Krieg bloß um des Interesses der Familie des

*) So werthvoll die Mittheilungen von Görtz (Denkwürd. II. S. 202) sind, so tragen sie doch das Gepräge der Einseitigkeit und einer vorgefaßten Meinung, die vom oranischen Standpunkt beherrscht war.

Statthalters willen anfangen, und wollte ich mich auf bloße Demonſtrationen beſchränken, ſo würden Frankreich und die Oppoſition ſolche leicht nach ihrem wahren Werthe anzuſchlagen wiſſen, ich ſelbſt mir aber nur ſchaden, wenn ich erſt Demonſtrationen machte und dann nicht handelte.“ In ähnlichem Sinne äußerte ſich der König noch zwei Monate ſpäter; „mein Intereſſe, ſchrieb er am 26. Dec., erlaubt mir in der gegenwärtigen Lage nicht, den Prinzen mit gewaffneter Hand zu unterſtützen.“ Ja, es entging ihm durchaus nicht, daß ein Theil der Schuld am Erbſtatthalter liege, und die Hartnäckigkeit, womit der Hof zu Loo auch alle billigen Auswege der Vermittlung abwies, verſtimmte den König ſichtbar. Er beauftragte ſeinen Geſandten (Ende Dec.), den Prinzen und ſeine Gemahlin zur Nachgiebigkeit zu beſtimmen, und ſetzte eigenhändig unter die Depeſche: „wenn der Prinz von Oranien nicht bald ſein Benehmen ändert, ſo wird er ſicherlich den Hals brechen.“

Die heftigen Gegenvorſtellungen der Prinzeſſin hätten in Friedrich Wilhelm ſo leicht keinen Umſchwung bewirkt, wären nicht zwei Zwiſchenfälle eingetreten, welche die Lage weſentlich änderten. Zuerſt ſcheiterte (Jan. 1787) der Verſuch Preußens, im Einklang mit Frankreich zu vermitteln; Graf Görtz reiſte ab, und der Parteikampf loderte heftiger als je auf, von den Rüſtungen kam es bereits zu Gewaltſtreichen beider Parteien und zu einem blutigen Zuſammenſtoß zwiſchen Bürgern und Soldaten (Mai). Dann unternahm in dieſem Augenblicke heftigſter Erregung die Prinzeſſin eine vielleicht wohlberechnete Reiſe nach dem Haag (Juni), angeblich um perſönlich zu vermitteln; ſie ward an der Grenze der Provinz Holland aufgehalten und zum Umkehren genöthigt. Was alle früheren Vorſtellungen des Erbſtatthalters und ſeiner Gemahlin, was die Rathſchläge von Görtz und Hertzberg nicht vermocht, das erreichte jetzt der oraniſche Hof durch das mehr ungeſchickte als beleidigende Benehmen, welches die Bürgerwache an der Grenze gegen die Prinzeſſin eingehalten. Mit ungemeiner Rührigkeit wußte man den an ſich ſehr unbedeutenden Vorfall von oraniſcher Seite auszubeuten und ihn, den auswärtigen Höfen gegenüber, als eine Kränkung und Beleidigung darzuſtellen, die weder beabſichtigt noch erfolgt war. Die britiſche Politik, durch den geſchickten Harris (Lord Malmesbury) vertreten, verſtand den zufälligen Anlaß ſehr gewandt für ihren Zweck — die Trennung Hollands von Frankreich — zu benutzen, und Friedrich Wilhelm, bisher den ungeſtümen Drängern unzugänglich, ließ ſich jetzt von einem Gefühl beherrſchen, das perſönlich nicht zu tadeln, aber politiſch nachtheilig war. Sein königliches und ritterliches Ehrgefühl ſchien ihm gleich laut zu gebieten, die beleidigte Schweſter nicht zu verlaſſen. Er verlangte wiederholt Genugthuung, und als ſie ihm geweigert ward, zog ſich ein preußiſches Truppencorps, unter dem Befehl des Herzogs von Braunſchweig, an der holländiſchen Grenze zuſammen. Die „Patrioten“ lebten der feſten Meinung, Preußen werde den Krieg nicht wa-

gen, und verließen sich auf die klägliche und hülflose Politik Frankreichs; diese Stütze war denn freilich ebenso werthlos, wie ihre eigene militärische Rüstung unzureichend, ihre Festungen, Truppen und Führer zu jedem ernstlichen Kampfe untüchtig waren. Am 9. Sept. 1787 überreichte der preußische Gesandte den Ständen von Holland das Ultimatum seines Königs; es fand keine genügende Antwort, und vier Tage später überschritten die preußischen Truppen, einige zwanzigtausend Mann stark, bei Nymwegen und Arnheim die Grenze. Indeß Frankreich die schmachvolle Rolle spielte, die „Patrioten" erst zum Widerstand zu reizen und dann im Stich zu lassen, wirkten im Lande selbst die Ueberraschung, die lange kriegerische Ungewohnheit, und die natürliche Untüchtigkeit von Bürgerwehren und Freischaaren gegen geordnete Truppen zusammen, dem preußischen Heere einen erstaunlich wohlfeilen Triumph zu verschaffen. Gorkum fiel ohne Widerstand, Utrecht ward preisgegeben, schon am 20. Sept. kehrte der Erbstatthalter nach dem Haag zurück, und vor Mitte October war auch Amsterdam von den Preußen besetzt, der ganze Aufstand ebenso schnell wie unblutig unterdrückt.

Das Wort des Königs, daß er nur um der Beleidigung seiner Schwester willen zu den Waffen gegriffen, ward im Verlauf des Kriegszuges treu gehalten. Mit mehr Großmuth als sie in der Politik zuträglich ist, verzichtete er auf den Ersatz der Kriegskosten und ließ sich weder politische, noch mercantile Begünstigungen gewähren. Doch schien der gewonnene Vortheil groß genug für die Opfer, die Preußen durch die Kriegsrüstung gebracht. Sein Ansehen war gehoben, das Frankreichs gedemüthigt, mit England ein freundlicheres Verhältniß als unter Friedrich vorbereitet; in Deutschland hatte es durch den Fürstenbund der österreichischen Politik den Vorrang abgewonnen, die preußische Politik erschien einmal wieder als die schiedsrichterliche in Europa, Preußens Waffenmacht als unüberwindlich.*) Die unmittelbare Frucht des Siegeszuges war die engere Allianz mit Holland und mit England, die durch die Bündnisse vom April und August 1788 besiegelt ward.**) Die Hoffnung auf diese Bündnisse war für Hertzberg vorzugsweise der Beweggrund gewesen, sich in diese holländischen Dinge tiefer einzulassen; wir werden bald sehen, welche weitgehenden Combinationen er darauf baute.

Der Erfolg hat freilich gezeigt, daß diese neuen Allianzen für Preußen von geringem Werthe gewesen sind; sie entschädigten nicht einmal für die pecuniäre Einbuße, die der Feldzug verursacht, geschweige denn für die moralischen Nachtheile, welche aus dem wohlfeilen Triumph von 1787 entsprungen sind. In der Republik Holland zog man sich keinen Verbündeten groß; denn die Ereignisse von 1787 sind dort erst der Keim einer antiora-

*) So urtheilt z. B. Ségur hist. des princ. événemens du regne de Frédéric Guillaume II. T. II. 15.

**) Die Verträge finden sich bei Martens, Recueil III. 133 ff.

nischen Revolution geworden. Unter dem Eindrucke einer bewaffneten Restauration, ihren Thaten der Gewalt und Rachsucht sind die Stimmungen erwachsen, die sieben Jahre später den leichten Sieg der Revolution herbeigeführt haben. Preußen selbst ist durch diese unblutige Besiegung der holländischen Patrioten in dem gefährlichen Gefühl der Sicherheit nur allzusehr befestigt worden; statt die Mängel des Kriegswesens kennen zu lehren, hat dieser glückliche Triumphzug durch Holland Führer und Heer in jene Selbstgenügsamkeit vollends eingewiegt, die nachher so verderblich ward. Denn nicht nur das Bewußtsein eigener Unüberwindlichkeit war dadurch übermäßig gesteigert worden, auch die Geringschätzung gegen jede bürgerliche und revolutionäre Bewegung hatte sich daran genährt. Man bemaß später die Revolution von 1789 nach der Bewegung der holländischen Patrioten von 1787 und ist im Jahre 1792 mit den Eindrücken nach Frankreich eingedrungen, welche der leichte Siegeszug von Arnheim nach Amsterdam zurückgelassen hatte.

Die holländische Intervention zeigt uns die persönlichen Neigungen des Königs und die Politik Hertzbergs noch in vollem Einklang. Hatte Friedrich Wilhelm sich mehr von der augenblicklichen Erregung über die Begegnung seiner Schwester, als von politischen Motiven zum Einschreiten bestimmen lassen, so sah Hertzberg in der holländischen Verwicklung zugleich den erwünschten Anlaß, seinen Plan der auswärtigen Politik für Preußen zur Geltung zu bringen. Als den Gedanken, der ihn seit Friedrich Wilhelms Thronbesteigung erfüllte, bezeichnet Hertzberg selber den Plan:*) die „glorreiche Rolle eines Schiedsrichters der europäischen Angelegenheiten und des Gleichgewichts", die Friedrich II. in den letzten Jahren seines Lebens so glücklich durchgeführt, auch dem Nachfolger zu erhalten, und zwar in noch höherem Maße, als es vor 1786 der Fall gewesen. Er hoffte auf diesem Wege Preußen noch zu erwerben, was ihm fehlte, und seine geographischen Lücken auszufüllen. Die Intervention in Holland erschien dem preußischen Staatsmann als der erste bedeutende Erfolg auf dieser Bahn. Preußen, sagt er, hat dadurch Frankreich gedemüthigt, ihm seinen Einfluß in Holland und Deutschland entzogen, dafür England die verlorene Verbindung mit Deutschland wieder hergestellt, ihm seine Besitzungen in Indien durch die Allianz mit Holland und die Bündnisse von 1788 gesichert, endlich den Grund gelegt zu diesem großen Bundessystem, durch welches die drei verbundenen Mächte, Preußen, England und Holland, sich nicht nur zu gegenseitiger Vertheidigung beistehen, sondern auch das Gleichgewicht in ganz Europa gegen die Angriffe jeder anderen Macht sicherstellen.

*) S. die Denkschrift in Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I. 23.

In ſolchem Sinne erſchien die Intervention von 1787 und die Tripelallianz des nächſten Jahres allerdings als ein Erfolg, wenn auch die Erfahrung der folgenden Zeit dargethan hat, daß deſſen Werth weit überſchätzt worden iſt. Von dieſem politiſchen Geſichtspunkte aus erwogen, erſchien Anderes, wie die weitere Ausbildung des deutſchen Fürſtenbundes, als eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung. Wir erinnern uns, daß Hertzberg von Anfang an nicht allzu eifrig dem Plane des Fürſtenbundes zugethan war; er trug ſich, wenn dies nicht eben nur ein Vorwand der Verzögerung war, mit wunderlichen Vorſchlägen, wie z. B. dem, erſt beim Eintritt neuer Eventualitäten, etwa des Todes von Friedrich II., durch deſſen Nachfolger die Fürſtenaſſociation durchzuführen. Friedrich II. perſönliches Verdienſt war es geweſen, daß die Sache nicht einſchlief; ſein Neffe und Nachfolger legte wohl ein Intereſſe dafür an den Tag und knüpfte auch einzelne perſönliche Einverſtändniſſe an, aber er war nicht, wie Hertzberg in einer ſeiner akademiſchen Feſtreden aus höfiſcher Gefälligkeit ſagt, der Gründer des Bundes. Es hatte auch nicht den Anſchein, als würde der Bund den großen König lange überleben. Wohl traten unter der neuen Regierung die beiden Mecklenburg und der Coadjutor von Mainz dem Bündniſſe bei, auch ließ ſich Friedrich Wilhelm II. bald nach ſeinem Regierungsantritt Bericht abſtatten über den Stand der Sache, aber dabei hatte es auch ſein Bewenden. Die Gefahr des Ländertauſches, die den Plan des Bundes zur Reife gebracht, war nun vorüber; damit verlor ſich auch in den meiſten Kreiſen das Intereſſe für den Bund. In Berlin namentlich legte man, nachdem Hannover und Sachſen gewonnen waren, eine Gleichgültigkeit gegen die Kleineren an den Tag, die unter dieſen ſichtbar verſtimmte. Sie erwarteten vertraute Mittheilungen, hofften, daß man ſie zum Beitritt zu den geheimen Artikeln einladen und eine ſtete Correſpondenz über die Unionsſache einleiten werde. Man muß erlauben, ſchrieb Einer dieſer Kleineren, daß wir Mindermächtige ihnen hie und da gute Vorſchläge machen, man muß uns wie Ihresgleichen behandeln und ſo viel als möglich mit dem Ausſehen ſchmeicheln, als wenn wir an der Führung der Union vielen Theil hätten. Vorſchläge dieſer Art gingen von Fürſten, wie dem Herzog von Weimar, von Staatsmännern, wie Graf Görtz, aus;*) die Antworten, die man darauf in Berlin gab, bewieſen aber zur Genüge, daß dort keine Neigung vorhanden war, dieſe Weiterbildung der Union in die Hand zu nehmen. Zugleich kam ein ſtörender Zwiſchenfall, der bei den Gegnern des Bundes eine berechtigte Schadenfreude weckte. Der Landgraf von Heſſen-Caſſel hatte den Tod des Grafen von Lippe-Bückeburg (Febr. 1787) benützt, um veraltete Lehensanſprüche, deren Ungrund rechtlich nachgewieſen und durch ein reichsgerichtliches Urtheil ausgeſprochen war, zum Nachtheil des unmündigen Nachfolgers gewaltſam gel-

*) Schmidt, Unionsbeſtrebungen S. 396. Görtz, Denkwürdigk. II. 210 ff.

tend zu machen. Ein nicht unbedeutendes Mitglied des Bundes, der zur Erhaltung „deutscher Freiheit“ und zur Garantie des bestehenden Rechtszustandes geschlossen war, brach plötzlich mit Heeresmacht in die kleine Grafschaft ein und schien ernstlich entschlossen, seinen Anspruch gegen Kaiser, Reich und Fürstenbund aufrecht erhalten zu wollen. Es dauerte Monate, bis er sich überzeugte, daß er in diesem Falle Alles gegen sich haben werde; dann räumte er die Grafschaft und ersparte dadurch dem König von Preußen die Verlegenheit, als Mitglied des westfälischen Kreises gegen eines der angesehensten Glieder des Fürstenbundes militärische Execution zu üben.

Solche Vorgänge zeugten eben nicht von der Lebenskraft des neuen Bundes, sie forderten den schadenfrohen Spott der Gegner heraus. Um so dringender erschien es den Wenigen, die bei der Gründung des Bundes etwas mehr im Auge gehabt, als die Abwehr des Ländertausches, die weitere Ausbildung zu einem nationalen Einigungswerke nicht zu versäumen. Es war besonders Herzog Carl August von Sachsen-Weimar, der diesen Gedanken mit Eifer verfolgte.*) Im Sommer des Jahres 1787 begab er sich nach Berlin, um seine Ansichten über eine Ausdehnung des Bundes zur Reform der Reichsverfassung dort zur Anerkennung zu bringen; man gab ihm freundliche Zusicherungen, wir sehen aber nicht, daß die frühere Lauheit in regeren Eifer umgeschlagen wäre. Der Herzog ging dann zu Ende des Jahres nach Mainz, um bei dem ersten geistlichen Fürsten des Reiches seinem Plane Eingang zu verschaffen. Die unirten Fürsten sollten auf dem Reichstage den Antrag einbringen, daß vom gesammten Reiche die Verbesserung der Justizformen, der Civil- und Criminalgesetze durch Deputationen vorbereitet und dann dem Reichstage zur Berathung vorgelegt werde; um die Arbeiten dieser Deputationen zu erleichtern, sollten erfahrene Rechtsgelehrte in Mainz und an anderen Orten aufgefordert werden, über die Civil- und Criminalgesetzgebung, die Visitation der Reichsgerichte, überhaupt über die Verbesserung der Justiz Gutachten und Entwürfe vorzubereiten. Die dringendsten Gebrechen der Justizverfassung müßten sofort wegfallen, die Visitation der Reichsgerichte hergestellt, das Verfahren der Recurse verbessert werden. Zugleich, meinte der Herzog, sollten die Fürsten, auf eine Einladung des Kurfürsten von Mainz in dessen Residenz zusammentreten und die Punkte einer künftigen Wahlcapitulation einstweilen verabreden. Als solche Punkte bezeichnete Friedrich Karl von Mainz: Verbesserung der Justiz, Herstellung der Visitationen, Prüfung des angeblichen österreichischen Privilegiums von 1156 und dessen willkürlicher Auslegung, Abwehr jedes erneuerten Versuchs, den bairischen Ländertausch durchzusetzen, verfassungsmäßige Abwehr gegen die österreichische Ten-

*) Im Folgenden ist außer den gedruckten Quellen namentlich auch die handschriftliche Correspondenz benützt, die Carl August mit Friedrich Wilhelm II., Hertzberg, dem Kurf. von Mainz, Dalberg u. A. führte.

denz, die wichtigeren Bisthümer an Prinzen des Hauses zu bringen, Erweiterung des Bundes, namentlich durch den Beitritt der geistlichen Fürsten, und Revision der Bundesacte selber. Unter den politischen Persönlichkeiten der Zeit gab sich den Vorschlägen Carl Augusts der spätere Fürst Primas, damals Statthalter von Erfurt, Carl Theodor von Dalberg, am willigsten hin. Seine Hoffnung war,*) daß „der treffliche Fürstenbund nach und nach ein Bund des ganzen Reiches und sogar des Kaisers werde und daß dieser Bund nicht blos geheime Schrift bleibe, sondern Grundfeste gemeiner Wohlfahrt in Justiz, Verkehr, Kreisverfassung und Zollwesen werde." König Friedrich Wilhelm dagegen meinte: Wenn wir Alle unirt wären, dann brauchten wir keinen Fürstenbund mehr; der ist aber nöthig, weil wir Alle nie eines Sinnes werden können. Dalbergs politische Autorität war in Berlin keine Empfehlung für die Vorschläge; man sah dort das flackernde Feuer von Dalbergs Begeisterung, seine weiche und unbeständige Hingabe an jeden neuen Eindruck ungefähr so an, wie sie sich in dem späteren politischen Leben des Mannes gezeigt hat. Ein preußischer Diplomat jener Tage meint, das „sentimental-politische Gewäsch von Freund Dalberg sei ein wiederholter Beweis, daß der Kurfürst von Mainz nicht so Unrecht habe, wenn er ihn nicht zum Coadjutor wolle;" und ein andermal wird geradezu die Besorgniß ausgesprochen, Dalberg möchte als Kurfürst Alles drunter und drüber bringen, vermöge der „Unionomanie, die ihn beseele." So lauteten die Urtheile in dem Augenblick, wo Preußen sich alle Mühe gab, Dalbergs Wahl zum Coadjutor durchzusetzen.

Der preußischen Politik lag das Bestehen des Fürstenbundes allerdings am Herzen; wir werden später sehen, wie sie, um dessen Dauer zu sichern, die Coadjutorwahl in Mainz in ihrem Sinne zu leiten suchte. Auch klopfte sie zu gleicher Zeit beim Fürstbischof von Speyer an, um dort durch die Wahl eines ergebenen Coadjutors dem Bunde Eingang zu schaffen; sie ließ Johannes Müller, der damals nach Rom reiste, in der Schweiz mit Steiger darüber verhandeln, ob nicht etwa der Zutritt der Eidgenossenschaft zur Union zu erlangen wäre.**) Aber die Thätigkeit Carl Augusts war ihr unwillkommen; während Hertzberg nur an eine feste politische Allianz dachte, die sich von den Alpen bis zum Meere ausdehnen sollte, kam ihm der Herzog

*) Aus einem Schreiben Dalbergs an Carl August vom 12. Febr. 1787 und zwei Briefen des Freiherrn Joh. Friedr. vom Stein, vom 24. Febr. und 1. März. Stein, damals Gesandter in Mainz, war der älteste Bruder des Ministers Karl vom Stein.

**) In dem Berichte Johannes Müllers heißt es: les dispositions sont très bonnes; aber man müsse doch des Beistandes von Frankreich oder Oesterreich versichert sein, durch den Papst die katholischen Orte bearbeiten lassen, in der Neuenburger und Constanzer Sache den Schweizern gefällig sein u. s. w., wenn man zum Ziele kommen wolle. (Aus der angef. Correspondenz.)

mit dem unbequemen Gedanken einer Umgestaltung der Reichsverfassung in die Quere. Carl August war indessen in edlem patriotischem Eifer unermüdlich, schrieb und reiste, so daß man ihn spöttisch den „Courier des Fürstenbundes“ nannte, ging nach Darmstadt und Stuttgart, um die beiden noch unbetheiligten Höfe hinzuziehen, aber seine Mühe war erfolglos.

Die Antwort, die Hertzberg auf die Vorschläge gab (Januar 1788), bewies unzweideutig, daß Preußen die weitere Fortbildung des Bundes nicht wollte, und daß die Gründe und Bedenken, die es vorschützte, eben nur gesuchte Vorwände waren, die innere Abneigung zu verbergen. Man höre nur! Eine solche Versammlung in Mainz — war der Sinn von Hertzbergs Gutachten — würde eine ungesetzliche Trennung und gleichsam ein Gegenreichstag sein; Alles, was der Bund gesetzlich thun könne, sei, die Materialien der künftigen Reform durch ein geheimes Einverständniß vorzubereiten, was durch die bevollmächtigten Minister der Kurhöfe allenfalls in Mainz geschehen könne. Alles Andere, was Lärm und Gegenanstalten Oesterreichs hervorrufen könne, müsse vermieden werden. Man solle die Privilegien Oesterreichs ruhen lassen, sich begnügen, Materialien zur Gesetzgebung zu sammeln; die Acte des Fürstenbundes bedürfe keiner Revision, Maßregeln desselben wegen des Tausches von Baiern seien nunmehr nicht dringend, wohl aber könne man sich über gemeinsame Schritte einer etwaigen Hülfsleistung gegen jede versuchte Zertrümmerung Baierns vorläufig verabreden.

Diese Antwort war in der Hauptsache eine abschlägige, auch wenn man durch scheinbares Eingehen die Schärfe der Ablehnung milderte. In Mainz erregte sie daher sichtbare Verstimmung, und König Friedrich Wilhelm hielt es für nöthig, in einem besonderen Schreiben, das auftauchende Mißtrauen in die Fortdauer des Bundes zu bekämpfen.*) Er betheuerte darin auf's Bestimmteste, daß er die betretene Bahn nicht verlassen und daß er den Bund wie sein eigenes Werk aufrecht halten werde. Er lehnte den Vorschlag weiterer Besprechungen nicht ab, aber wiederholte doch die Gründe Hertzbergs gegen den Plan eines „allarmirenden Congresses“ in Mainz, und meinte auch, der Hauptzweck des Bundes sei, die Besitzungen der Reichsfürsten gegen jeden Angriff und jede Verminderung sicherzustellen. Dem Herzog von Weimar sollte die ablehnende Antwort damit versüßt werden, daß man ihm vorschlug: die in Mainz beglaubigten Gesandten der drei Kurhöfe (Preußen, Sachsen und Hannover) möchten mit den übrigen Mitgliedern des Bundes eine ununterbrochene Correspondenz über dessen Angelegenheiten unterhalten. Aber Carl August täuschte sich darüber nicht, daß sein Plan vereitelt war; er machte seinem patriotischen Unmuth darüber in einem Schreiben an Hertzberg Luft. Wenn mich, schrieb er,**) gegenwärtig Jemand um Rath fragte,

*) Schreiben an Stein vom 29. Febr. (In der angef. Correspondenz)

**) Brief vom 29. März 1788. (In der angef. Correspondenz.)

ob diese deutsche Union Energie genug hätte, die Rechte der Unterdrückten zu vertheidigen, ob darin ein Geist und allgemeine Grundsätze lebendig seien, nach denen der Bund das Ziel verfolgt, welches ihm die öffentliche Stimme zuschreibt; wenn man wissen wollte, ob diese vermeintlich vereinigten Fürsten vereinigt genug sind, um eine besondere Politik über irgend etwas Bedeutendes zu verfolgen, was über die Linie des gewöhnlichen Tagewerkes des Reichstages hinausgeht — dann würde ich dem Frager offen antworten: ich riethe ihm, sich ruhig zu halten, da Deutschland nicht im Stande sei, sich aus der untergeordneten Stellung zu erheben, in die es seine Unthätigkeit versenkt, sondern die Mehrzahl seiner Stände nicht Nerv genug habe, auf große Dinge auszugehen, und weit entfernt, einen guten Zeitpunkt zu nützen, in welchem sie sich als Nation erheben und die Einigung zu heilsamen Maßregeln gebrauchen könne, es vielmehr vorzöge, sich in den gegenwärtigen Zustand einzulullen und zu glauben, dies sei das höchste Ideal einer guten Verfassung, die auch nur anzurühren man sich wohl hüten müsse.

Der Herzog hatte gehofft, die Dinge im Reiche auf einen Punkt regerer und zugleich zuverlässigerer Wirksamkeit zu bringen. „Das System der Union — schrieb er an den sächsischen Minister von Löben*) — schien mir hierzu, nach Maßgabe der zu Mainz angegebenen Entwürfe, vorzüglich geschickt und als eine feste und unerschütterliche Grundlage, welche dem Charakter der deutschen Nation angemessen wäre, um als ein würdiges Denkmal derselben bestehen zu können. Alle Entwürfe hatten nur Einen Endzweck, nämlich die Vereinigung der verschiedenen wirkenden Kräfte auf Einen Punkt. So schmeichelte man sich, daß der Nationalgeist in unserem Vaterlande erweckt werden könnte, von dem leider auch die letzten Spuren täglich mehr zu erlöschen scheinen. Man hoffte, daß der träge Schlummergeist, der Deutschland seit dem westfälischen Frieden drückt, endlich einmal zerstreut werden könnte, und daß mit diesem Kranze die deutsche Union sich als ein wahres, wirksames Corps zur Aufrechterhaltung deutscher Freiheiten, Sitten und Gesetze zuletzt schmücken sollte."

Die Antwort, welche der sächsische Minister darauf ertheilte, ist bezeichnend, weil sie rückhaltslos den Gedanken ausspricht, der die Gründer des Bundes bei dessen Abschluß leitete. Nicht die Verbesserung, äußerte er, sondern nur die Erhaltung der Reichsverfassung sei der Zweck des Fürstenbundes; jeder Versuch einer Verbesserung würde nicht nur an sich selbst mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden sein, sondern er könnte auch zur Auflösung älterer und neuerer reichsständischer Verbindungen und vielleicht selbst zur Erreichung jener Absichten führen, die man dadurch zu vereiteln suche.

*) Den 30. März.

Wenn der Leiter der preußischen Politik sich mit einem Male so vorsichtig und beinahe scheu über das Vorgehen gegen Oesterreich aussprach, wie dies Hertzberg in den angeführten Verhandlungen gethan, so darf man daraus nicht folgern, daß der Gegensatz seiner Politik zu Oesterreich sich irgend gemildert hatte. Hertzberg war von der antiösterreichischen Richtung viel lebhafter durchdrungen, als jene mainzisch-weimarischen Vorschläge; nur war ihm die Erweiterung des Fürstenbundes nicht das rechte Mittel dazu, er zog den Weg europäischer Bündnisse vor. Im Uebrigen blieb die preußisch-österreichische Rivalität in kleinen und großen Dingen ungeschwächt und war der leitende Gedanke der preußischen Politik von 1787—1790. Am merkwürdigsten gab sie sich kund in der Haltung beider Großmächte gegenüber dem Papst und der katholischen Kirche; während Joseph II. in Oesterreich einen hartnäckigen Krieg gegen die römische Hierarchie führte, stellte sich eben deshalb die erste protestantische Macht in Deutschland auf die Seite des Papstes.

Die josephinische Aufklärung hatte, wie wir früher wahrnahmen, auch die geistlichen Fürstenhöfe zum großen Theil ergriffen und sie zu Thaten der Reform und Toleranz veranlaßt, die den römischen Ueberlieferungen entschieden widersprachen. Bei den mächtigeren geistlichen Fürsten kam die Neigung des Jahrhunderts, die landesherrliche Allgewalt von allen hemmenden Schranken zu befreien, jener Reformthätigkeit zu Hülfe; sie widerstrebten dem römischen Einflusse, weil sie ihre geistliche Souveränetät ähnlich vom Papst zu emancipiren dachten, wie die weltliche sich des Kaisers entledigt hatte. So arbeiteten Absolutismus und Aufklärung zusammen, um innerhalb der katholischen Kirche eine Bewegung hervorzurufen, die in Rom bald mehr Sorgen weckte, als die Ketzerei der Protestanten. Die Herstellung einer päpstlichen Nuntiatur in Baiern, von Kurfürst Karl Theodor theils aus eigennützigen Beweggründen (er wollte die Geistlichkeit mit Hülfe Roms zur Besteuerung beiziehen), theils aus Verdruß über die Reformbestrebungen der größeren geistlichen Höfe veranlaßt, gab den Anstoß, diese schon früher durch Hontheims Febronius und die Thätigkeit Josephs II. angefachte Bewegung mit neuer Stärke zu erwecken (1785). Die bairische Nuntiatur drohte im Namen Roms unmittelbar in die Kirchenregierung einzugreifen und zwar auf Kosten der bischöflichen Macht, namentlich von Salzburg, Augsburg u. s. w.; zu gleicher Zeit sollte auch am Rhein die herkömmliche Stelle des päpstlichen Nuntius mit diesen Vollmachten bekleidet und damit den Metropolitanrechten der größeren deutschen Kirchenfürsten gleicher Abbruch zugefügt werden. Ein solcher Versuch war vortrefflich geeignet, der Opposition gegen Rom neue Stärke zu verleihen. Denn wenn auch davon zunächst das geistliche Hoheitsrecht der größeren und mächtigeren Herren bedroht war, ließ sich doch zugleich mit dem Kampf für dieses hierarchische Interesse der Erzbischöfe der alte nationale Gegensatz gegen Rom leicht verflechten und der

Sache der Anſchein geben, als handle es ſich hier um die deutſche Unabhängigkeit von römiſcher Herrſchſucht und Ausbeutung. Auf die Unterſtützung des Kaiſers war, wenn man ſeine eigene Lage in Betracht zog, mit Gewißheit zu rechnen; in der That ſprach er ſich denn auch alsbald dem biſchöflichen Intereſſe günſtig aus. Der Papſt dagegen wies die Vorſtellungen der Erzbiſchöfe ab, und im Frühjahr 1786 erſchienen die beiden Nuntien in München und am Rhein, ernſtlich entſchloſſen, ſich als unmittelbare Vollmachtträger des römiſchen Stuhles zu benehmen. Dies veranlaßte die vier Erzbiſchöfe von Mainz, Trier, Cöln und Salzburg zu einem entſcheidenden Schritte. Im Auguſt 1786 traten im Bade Ems ihre Bevollmächtigten zu einem Congreſſe zuſammen und ſtellten in einer eigenen Punctation ihre biſchöfliche Auffaſſung des Kirchenrechtes dem päpſtlich-römiſchen gegenüber. Ausgedehntere episkopale Gewalt, Beſeitigung der Recurſe und Exemtionen, Erweiterung des biſchöflichen Dispenſationsrechts, Regelung des Inſtanzenzuges, Herabſetzung der Annaten und Palliengelder — das waren die weſentlichen Forderungen der Emſer Punctation. Es ſind, wie man ſieht, dieſelben Beſchwerden, die ſchon auf den Concilien zu Conſtanz und Baſel verhandelt waren; das Kirchenrecht der Basler Beſchlüſſe reagirt noch einmal gegen die Concordate von 1448 und der alte Gegenſatz der biſchöflichen gegen die päpſtliche Hierarchie, der das fünfzehnte Jahrhundert ſo heftig aufgeregt, wird hier von Neuem lebendig.

Die vier Erzbiſchöfe traten nun den Nuntien und ihrer Wirkſamkeit offen entgegen; ſie fanden dabei einen Rückhalt am Kaiſer, der (Febr. 1787) ein entſprechendes Concluſum des Reichshofraths veranlaßte. Andererſeits nahm ſich die pfalzbairiſche Regierung ebenſo entſchieden der Anſprüche der Nuntiatur an, und auch Rom war nicht müßig, ſein Intereſſe gegen die Erzbiſchöfe zu verfechten. Gleichwohl wäre in der damaligen Zeitlage der Kampf ohne Zweifel gegen Rom entſchieden worden, wenn die erzbiſchöfliche Oppoſition zur Durchführung ihrer Sache die rechten Wege eingeſchlagen hätte. Klug war es wenigſtens nicht, daß ſie es unterließen, die Biſchöfe in das gleiche Intereſſe gegen Rom zu verflechten, und damit den ſehr einleuchtenden Vorwurf der Gegner herausforderten: es handle ſich nur um einen herrſchſüchtigen Anſpruch der *erzbiſchöflichen* Oligarchie, der gegenüber die Biſchöfe ihre natürlichſte Stütze in Rom hätten. Aber auch die rechte Energie zur Durchführung einer ſo ernſten Sache war in dieſem Kreiſe kaum zu finden: der Illuminatismus mit ſeiner kosmopolitiſchen Weltbildung, ſeiner vornehm gnädigen Toleranz, ſeinem literariſchen Dilettantenthum konnte wohl Leute wie Karl Theodor von Dalberg hervorbringen, aber die Charaktere eines Hutten und Luther nicht, die das Vollbringen einer ſolchen Aufgabe erforderte. So war denn auch die nöthige Feſtigkeit und Eintracht unter den vier geiſtlichen Herren zu vermiſſen; während die Nuntien, von Baiern unterſtützt, in die biſchöflichen Gerechtſame von Trier (Augsburg) und Salzburg ein-

griffen, war die Haltung von Mainz und Cöln lau, beinahe zweideutig zu nennen.

Das war der Augenblick, wo die erste protestantische Macht mit Erfolg für Rom intervenirte. Die Hertzbergische Politik besorgte, es könnte sich durch den Streit über die Nuntiatur wieder ein engeres Verhältniß zwischen dem Kaiser und den geistlichen Kurfürsten, namentlich Mainz, herstellen, das dann vielleicht den ganzen Erfolg des Mainzischen Beitritts zum Fürstenbunde wieder aufhob; drum entschloß sie sich, für Rom zu vermitteln und die Erzbischöfe, namentlich den von Mainz, mit Rom wieder zu versöhnen. Ohne sich, wie er sagte, zum Richter machen zu wollen, sprach der König die Ansicht aus, es sei besser, wenn man die Sache durch Hartnäckigkeit nicht auf die Spitze treibe und dadurch ein Schisma in der deutschen Kirche hervorrufe. Seine Diplomaten beurtheilten die Emser Politik ohne Enthusiasmus und überaus nüchtern, aber im Ganzen ohne Zweifel richtig. Etwas Priesterstolz, schreibt Stein, mit des Kurfürsten Friedrich Karl angeborenem Stolz und Uebermuth amalgamirt, möchte Mainz gar zu gern die deutsche Tiara aufsetzen und würde es vielleicht gar gern sehen, wenn der König unbedachtsam genug wäre, diese Sache in das Geleise bringen zu wollen.*) Die ersten Zeichen dieser Politik kündigten sich in dem äußeren Verhältniß des Nachfolgers von Friedrich dem Großen zum römischen Hofe an. Derselbe Nuntius Pacca, dem die geistlichen Herren in Trier und Cöln mit unverhohlener Feindseligkeit entgegentraten, ward von der preußischen Regierung zuvorkommend behandelt und seiner Wirksamkeit im Cleveschen Lande kein Hinderniß bereitet; Rom zeigte sich dafür dankbar und im Jahre 1787 führte der römische Staatskalender den preußischen Monarchen zum ersten Male mit seiner königlichen Würde auf. Die Sendung des Marchese Lucchesini an den Mainzer Hof enthüllte dann offen den preußischen Plan, die Emser Verbindung zu sprengen und den Kurfürsten Friedrich Karl wieder mit Rom auszusöhnen. Der Lohn, den sich Preußen dafür vorbehielt, war die Zustimmung des Papstes zur Ernennung eines Coadjutors, der Preußen genehm war, und den man in der Person Karl Theodors von Dalberg glaubte gefunden zu haben. Wir gehen nicht in die einzelnen Vorgänge ein, welche die Wahl Dalbergs herbeiführten: es ist die gewöhnliche Geschichte der geistlichen Wahlen. Bemühungen um die Stimmen der einzelnen Wähler, Einfluß auf Weiber und Günstlinge, nöthigenfalls durch Geld erkauft, das waren die Mittel, durch die Dalberg, wie so vielen andern Fürsten der deutschen Kirche, der Weg zum erzbischöflichen Stuhle geebnet ward. Während sich das zu Mainz abspielte, war Lucchesini nach Rom gegangen, hatte dort, ohne Dalbergs zu erwähnen,

*) Die obigen Aeußerungen sind einem Briefe des Königs an Lucchesini vom Febr. 1787 und einem Schreiben Steins an Carl August vom 24. Febr. in der handschriftlichen Correspondenz entnommen.

die Curie für die Wahl eines Coadjutors günſtig zu ſtimmen gewußt und ein Abkommen getroffen, das zugleich den preußiſchen und päpſtlichen Wünſchen entſprach. Der eine Theil der Verabredung ſetzte feſt, daß der neu Gewählte den Grundſätzen des Fürſtenbundes treu bleiben ſolle, der andere verlangte, daß der Erzbiſchof und ſein Coadjutor die Emſer Convention fallen laſſen und ſich mit dem Status quo begnügen ſollte. Da traf die Nachricht ein, daß (1. April) Dalbergs Wahl geſichert war. Der erſte Eindruck in Rom war ihm nicht günſtig, weil die Curie wegen ſeines Illuminatismus nicht außer Sorge war; doch wußte es Lucheſini dahin zu bringen, daß auch ihm die Beſtätigung unter den angegebenen Bedingungen verſprochen ward. In Mainz dagegen war man wegen des Ausdrucks „Status quo“ nicht ganz beruhigt; zwar gab (2. Mai) der Kurfürſt eine Erklärung an Lucheſini, die den römiſchen Forderungen in der Hauptſache entſprach, aber er fügte doch den Wunſch bei, Rom möge ſich verpflichten, die biſchöflichen Rechte des Mainzer Stuhls in Pfalzbaiern nicht ferner verkürzen zu laſſen. Das drohte die Unterhandlung hinauszuziehen; drum ließ Friedrich Wilhelm II. durch Lucheſini dringend anempfehlen, man möge den preußiſchen Wünſchen nachgeben und nicht durch Zögern das Gelingen der ganzen Verhandlung aufs Spiel ſetzen.*) So vereinigte man ſich denn vorläufig; Dalberg ward gewählt, Kurmainz gab die Emſer Beſchlüſſe preis und begnügte ſich mit der zweifelhaften Bürgſchaft Lucheſini's, daß Rom keine weiteren Eingriffe in ſeine erzbiſchöflichen Rechte verſuchen werde. Rom hatte alſo ſeinen Zweck erreicht, die Emſer Verbindung aufzulöſen, und Preußen ſchmeichelte ſich mit dem Erfolg, die engere Verbindung zwiſchen dem Kaiſer und den Erzbiſchöfen gehemmt zu haben; dieſe letzteren, namentlich Mainz, trugen die Koſten der Vermittlung. Denn es zeigte ſich bald, wie Rom das Abkommen nicht dahin deutete, daß es ſeine kirchenherrlichen Anſprüche in Deutſchland aufgeben wollte, vielmehr entſtand aus neuen Eingriffen neuer Hader, der nie zum Austrag gekommen, ſondern erſt durch die welterſchütternden Ereigniſſe ſeit 1789 allmälig in Vergeſſenheit gerathen iſt. Hertzberg ſelbſt, als er ſeinen nächſten Zweck erreicht, ſuchte die preußiſche Politik aus dem mißlichen Handel herauszuwinden und überließ die ſtreitenden Parteien ſich ſelber.

Wichtigere Angelegenheiten als die Frage, welches Kirchenrecht in Deutſchland gelte, nahmen die preußiſche Politik völlig in Anſpruch: das Vorgehen Rußlands gegen das osmaniſche Reich und der Anſchluß Joſephs II. an die moskowitiſchen Eroberungstendenzen. In keiner politiſchen Verwicklung jener Tage läßt ſich das Verhältniß der beiden Großmächte ſo genau beobachten, wie in dieſer orientaliſchen Sache; in ihr nimmt auch die Hertzbergiſche Po-

*) Aus der Correſpondenz Lucheſini's, die er von Rom aus mit Mainz führte.

litik ihren letzten mächtigen Anlauf, um dann überwunden vom Schauplatze abzutreten. Wir wollen dem Verlauf dieser Dinge, an die sich der Umschwung der österreichisch-preußischen Politik im Jahre 1790 knüpft, genauer nachgehen; unsere Darstellung ist aus den reichen handschriftlichen Quellen geschöpft, welche uns über die preußische Politik im Orient während der Jahre 1787—1790 vorliegen. *)

Wir haben früher gesehen, **) wie sich jene österreichisch-russische Verbindung anknüpfte, welche Friedrich II. vergebens zu hindern trachtete, und wie das östliche Bündniß auch in die inneren Angelegenheiten Deutschlands so wirksam hereinspielte, daß Preußen in einem Bunde der deutschen Fürsten einen Ersatz für die verlorene Allianz im Osten suchen mußte. Inzwischen hatte Rußland den ganzen Vortheil der Verbindung mit Oesterreich zu seinen Gunsten ausgebeutet, sich der Krim, Tamans und Kubans bemächtigt und die Türken genöthigt, diese neue Erwerbung gut zu heißen (Jan. 1784). Vergebens suchte Joseph II. einen Ersatz in Deutschland und in Holland; sein unruhiger und leidenschaftlicher Eifer, irgendwo eine Vergrößerung zu finden, entsprang eben aus dem Mißmuth über die ungleiche Verbindung mit Katharina II., die den Russen den Weg nach Constantinopel bahnte, ohne daß ihm selber dafür eine Entschädigung ward. In der baierischen wie in der holländischen Angelegenheit war er gescheitert, und während Rußland seine ganze Kraft nach dem osmanischen Reiche hin wenden konnte, hemmte ihn der Widerstand auf allen Seiten; ja es drohte die wachsende Gährung in den einzelnen Kronlanden seine ganze Thätigkeit nach Außen zu lähmen. Joseph II. befand sich fast in einer ähnlichen Lage, wie zwölf Jahre zuvor Friedrich vor der polnischen Theilung; er war ebenso fest davon überzeugt, daß die türkische Nachbarschaft an der Donau der russischen vorzuziehen sei, wie damals Friedrich lieber Polens als Rußlands Nachbar geblieben wäre; aber es blieb ihm gerade, wie damals dem großen König, nur eben die Wahl zwischen einer entschlossenen Abwehr Rußlands und zwischen einer engen Verbindung, die ihn die Früchte von dessen Vergrößerung mit genießen ließ. Indessen ging Rußland immer entschlossener vor; die Reise der Kaiserin in die neue Provinz Taurien, das prahlende Gepränge russischer Macht, das entfaltet ward, die unverhohlene Hindeutung auf die Schöpfung eines neuen byzantinischen Reiches stellten es außer Zweifel, daß sich ein entscheidender

*) Aus dem Nachlasse von Diez, dem preußischen Gesandten in Constantinopel, stammen die Handschriften, die wir dabei benutzt haben; sie enthalten sowohl die Copien von D.'s Depeschen nach Berlin, als die Originalien von Hertzbergs Correspondenz an Diez, nebst einer Anzahl Actenstücke, welche sich auf den Reichenbacher Vertrag beziehen. Dazu kommt noch eine andere handschriftliche Correspondenz zwischen Hertzberg und dem Grafen Goltz. Seitdem ist von Zinkeisen's Gesch. des osman. Reiches der sechste Theil (1859) erschienen, dem wir weitere Ergänzungen verdanken.

**) S. oben S. 154. 155.

Schlag vorbereitete. Auch Joseph II. begab sich (Mai 1787) nach Cherson; er hätte in diesem Augenblicke freilich die russischen Eroberungspläne gern vertagt gesehen, da er sich nicht mehr darüber täuschte, daß nur Rußland der Löwenantheil zufallen würde, aber er war ebenso entschlossen, bei einem neuen Angriff auf die Türkei lieber energischen Antheil zu nehmen, als wieder, wie in den Jahren 1783—1784, leer auszugehen. Seine Besorgnisse über das Wachsthum russischer Macht verbarg er kaum, er sprach sie nicht nur gegen den französischen Gesandten Segur — wohl mit berechneter Offenherzigkeit — damals aus; auch in einem vertraulichen Schreiben an Kaunitz schrieb er auf dem Rückweg aus Taurien: „Die Vortheile, welche Rußland aus der Acquisition dieser Provinz hat, sind sehr wichtig für dieses Reich. Es kann die Osmanen nach Zerstörung ihrer Armada auf's Aeußerste bringen; es kann Stambul zittern machen, und damit erhält es den Weg nach Poros und dem Hellespont, dem ich aber auf der Seite Rumeliens zuvorkommen muß."

So lange Friedrich II. lebte, nahm Preußen zu diesen Dingen eine nur beobachtende Stellung ein; wäre der König in seinen jungen Jahren vielleicht rascher entschlossen gewesen, eine active Rolle in den orientalischen Händeln zu spielen, so war er jetzt nach den Nachwirkungen des siebenjährigen Krieges zu einer Zeit, wo seine ganze Politik auf die Erhaltung des Friedens gestellt war, in jedem Falle nicht geneigt, zur Abwehr einer Krisis, die er noch nicht so nahe glaubte, sein Heer und seine Finanzen einzusetzen. Er nannte das „de faire le Don Quixote des Turcs". Sein Vertrauen zu der Integrität und Zuverlässigkeit osmanischer Staatsmänner war zudem außerordentlich gering; mit so käuflichen Leuten, meinte er, dürfe man sich in Nichts tiefer einlassen. Sein Geschäftsträger zwar, Heinrich Friedrich von Diez, der Preußen seit 1784 bei der Pforte vertrat, neigte zu einer thätigeren Politik; er hielt es für Preußens Pflicht, das türkische Reich gegen seine Bedränger zu schützen, schon wegen des Zuwachses an Macht, der im Falle der Auflösung Rußland und Oesterreich verstärkte. Aber Friedrich blieb in seiner zwar freundlichen, doch zurückhaltenden und vorsichtigen Stellung. „Se. Majestät — klagt darum Diez am 10. Juli 1786 dem Minister Hertzberg — hat zu wenig Neigung bezeigt, die Türken zu unterstützen, als daß ich hätte wagen können, Vorschläge darüber zu machen. So habe ich mich darauf beschränkt, in meine Depeschen Gedanken einzustreuen, welche darauf hinweisen können, was sich zum Wohle der Pforte und Preußens etwa thun ließe. Aber ich war nicht so glücklich, sie nur zur Erörterung gebracht zu sehen. Ich bin daher zur Rolle eines traurigen Neuigkeitsträgers ohne System und ohne Thätigkeit verurtheilt und muß vor der Pforte und selbst vor meinem Dragoman die Gleichgültigkeit des Königs und meine Unthätigkeit verhehlen, damit ich wenigstens den Faden dann wieder aufnehmen kann, wenn die preußische Regierung sich entschließen sollte, ein dem osmanischen Reiche günstigeres System

anzunehmen." Hertzberg vertröſtete den Geſandten auf den bevorſtehenden Regierungswechſel,*) indeſſen Diez auf eigene Hand ſeine türkenfreundliche Politik trieb und ſich theilweiſe tiefer einließ, als es im Willen Friedrichs und ſelbſt im Plane Hertzbergs lag.

Mit dem Tode des Königs trat nur inſofern eine leiſe Veränderung ein, als Diez nun den Rang eines außerordentlichen Geſandten und eine dem entſprechende Dotation erhielt. Allein der Wunſch der Pforte, zu Preußen in ein näheres Verhältniß zu treten, womöglich durch ein Bündniß ſich gegen Rußland zu verſtärken, fand ungeachtet der eifrigen Verwendung von Diez in Berlin keinen Anklang. Man wollte dort Alles vermeiden, was die Beziehungen zu Rußland trüben konnte und fühlte ſich zudem durch die holländiſche Verwicklung vollauf beſchäftigt. Selbſt der Vorſchlag, Preußen ſolle etwa im Verein mit Frankreich die Vermittlerrolle übernehmen, hatte keinen beſſeren Erfolg. Hertzberg wäre wohl dazu geneigt geweſen, indeſſen er ſtand, wie es ſcheint, mit dieſer Anſicht allein. „Ich rathe Ihnen, ſchrieb er am 24. April 1787 an Diez, auf unſrer Vermittlung nicht zu beſtehen, wiewohl ich ſie für nützlich halte. Man findet aber hier keinen Geſchmack daran; ich würde allein die Verantwortlichkeit tragen. Außerdem ſehe ich voraus, daß Rußland, Oeſterreich und Frankreich ſie nicht wollen und für jetzt lohnt ſich die Sache der Mühe nicht. Wir müſſen uns für wichtige Gelegenheiten aufſparen." Eben darum rieth auch Hertzberg, das früher aufgetauchte Project einer türkiſchen Geſandtſchaft nach Berlin fallen zu laſſen. „Sie würde uns zu viel koſten, ſagte er, und das Geld iſt bei uns nicht mehr ſo im Ueberfluß vorhanden, wie in den früheren Zeiten." Das wiederholte Drängen von Diez vermochte dieſe Anſicht nicht zu erſchüttern; man beſchränkte ſich in Berlin auf freundſchaftliche Rathſchläge, ohne weitere Verpflichtung. Auch Hertzberg, der ſonſt dem Standpunkt von Diez näher ſtand, meinte nur (Juli), der Geſandte ſolle beiläufig zu verſtehen geben: der König werde die Vermittlung gern übernehmen, wenn ſie von beiden Theilen verlangt würde.

Die Pforte verkannte indeſſen nicht, daß ſich ein ruſſiſch-öſterreichiſcher Angriff gegen ſie vorbereite; das Auftreten Katharinens in Taurien, die Anweſenheit Joſephs ließen darüber keinen Zweifel mehr. Aber ſie hatte, durch Diez zum Theil beſtärkt, ſich der Hoffnung hingegeben, in der Vermittlung Preußens eine zureichende Hülfe zu finden, bis die letzten Nachrichten aus Berlin dieſe Hoffnung vereitelten. Hatte ſie drei Jahre zuvor ein äußerſtes Beiſpiel nachgiebiger Schwäche gegeben, ſo ließ ſie ſich diesmal im Grolle über Rußlands Benehmen, über die Wühlereien unter der chriſtlichen Bevöl-

*) Je crois aussi que dans le même cas (nach dem Tode Friedrichs) je pourrais prendre des mesures et pour jeter la base d'une liaison plus étroite entre la Prusse et la Porte et pour rendre l'état de celleci plus assuré et plus utile à ses amis. (Depeſche Hertzberg's vom 6. Juni 1786)

kerung des Reiches, deren Mittelpunkt die ruſſiſche Geſandtſchaft ſelber war, zu dem verzweifelten Entſchluß einer plötzlichen Kriegserklärung fortreißen (24. Auguſt 1787). *)

In Berlin war man von dieſem ſchnellen Entſchluſſe unangenehm überraſcht. Man hielt den Krieg für ein Wagſtück und Hertzberg meinte, keine europäiſche Macht werde ſich „aus Liebe für die Türken" compromittiren wollen; Diez ward daher angewieſen, den Türken keine Hoffnung zu wecken; er ſolle lediglich Beobachter ſein und nur „jeden Poſttag" genauen Bericht geben von den Mitteln, Planen und Maßregeln, zu denen die Pforte greife. Der preußiſche Miniſter legte in dieſem Augenblicke den Dingen am Bosporus noch kein großes Gewicht bei; er war faſt berauſcht von dem Erfolge ſeiner Politik in Holland, und ſeine Depeſchen an Diez ſtrömen über von Ausdrücken des Triumphes über die glänzende Rolle, die Preußen dort ſpiele. Er vergleicht Preußens Stellung mit der gebieteriſchen Politik jenes Römers Popilius Länas, der einen Kreis um Antiochus zog und ihm befahl, Frieden zu machen, bevor er aus dem Kreiſe heraustrete. „In meiner ganzen politiſchen Laufbahn — ſchreibt er am 6. Oct. — habe ich auf den Moment gelauert, Preußen dieſe Ehre zu verſchaffen, und bin endlich dazu gelangt. Es iſt wahr, es hat mich Mühe gekoſtet, und ſeit zwei Jahren habe ich dieſes Syſtem allein gegen alle Welt aufrecht erhalten. Frankreich verliert dadurch die Allianz mit Holland und den Reſt ſeines Anſehens in Europa."

Indeſſen die Ruſſen den preußiſchen Geſchäftsträger in Conſtantinopel beſchuldigten, er habe die Türken zum Kampfe ermuthigt, war Diez durch die Weiſungen, die er von Berlin erhielt, zu einer Neutralität und Unthätigkeit gezwungen, die er allerdings nur mit Widerſtreben ertrug. Hertzberg wiederholte die Erklärung, daß die Lage Preußens nicht geſtatte, ſich den Gefahren eines Krieges für ein ſo weit entferntes und halbbarbariſches Volk auszuſetzen, trat aber zugleich mit einem eigenen Plane hervor, der nach ſeiner Anſicht die ganze orientaliſche Verwicklung in endgültiger Weiſe löſen ſollte. **) „Da wir — ſchreibt er — die holländiſchen Angelegenheiten ſo glücklich erledigt und nun die Hände frei haben, ſo möchte ich wohl, was in meinen Kräften liegt, thun, um den gegenwärtigen Türkenkrieg zu einer Verherrlichung meines Miniſteriums zu benutzen. Sie können dazu mitwirken, aber Sie müſſen mit größter Einſicht, Kraft und einem undurchdringlichen Geheimniß verfahren, deſſen Mitwiſſer nur wir beide und die Perſonen, welche dieſe

*) „Elle se flatta de trouver cet ami dans le Roi de Prusse et c'est pour cela qu'elle sollicita ses bons offices si instamment. Or comme mes explications générales ne donnoient aucune espérance, s'écartant toujours de ses desirs, elle a franchi le pas et remis sa destinée à Dieu et à ses armes" — ſchreibt Diez unmittelbar nach der Kriegserklärung.

**) Schreiben Hertzbergs an Diez d. d. 24. Nov. 1787.

Briefe schreiben und chiffriren, sein dürfen. Es hat wenig Anschein, daß die Pforte sich gegen die beiden kaiserlichen Höfe wird behaupten können. Frankreich wird für sie wenig oder nichts thun und kein anderer Hof wird sich ohne Hoffnung auf große Vortheile für sie exponiren wollen. Ich habe mir einen Plan ausgedacht, den Sie errathen können, der aber das größte Geheimniß erfordert. Glauben Sie, man könnte die Pforte dazu bringen, dem Kaiser die Moldau und Wallachei und den Russen die Krim, Oczakow und Bessarabien abzutreten, jedoch unter der Bedingung, daß Preußen, Frankreich und andere Mächte, die ich beiziehen würde, dem osmanischen Reiche seine dauernde Existenz jenseits der Donau in der Weise garantirten, daß die Donau und die Unna die ewige Grenze zwischen dem osmanischen Reiche und der Christenheit bilden würden? Ich sollte glauben, es wäre zugleich dahin zu bringen, daß um diesen Preis Rußland auf die Vasallenschaft Georgiens und alles dessen, was jenseits des Flusses Cuban liegt, verzichte, sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse der Türkei einmische und seine Handels- und Schifffahrtsprivilegien auf Grenzen zurückführe, die billig und mit der osmanischen Souveränetät verträglich sind. Zugleich habe ich die Idee eines guten Aequivalents, welches von Seiten der beiden kaiserlichen Höfe Preußen erhalten würde; die Türkei würde dabei kein Opfer bringen, sie hätte Preußen nur einen recht günstigen Handelsvertrag zu bewilligen und die freie Schifffahrt im Mittelmeere vor den Barbareskenstaaten zu schützen."

Wenn man an die Erschütterungen der folgenden Zeit denkt, und wie wenig solch diplomatische Abkommen in dem lebendigen und wilden Drange entfesselter Kräfte und Leidenschaften den Charakter der „Ewigkeit" sich bewahren können, so mag man sich kaum eines Lächelns erwehren über die Art, wie Hertzberg die Lösung der großen Weltfrage, der Zukunft des byzantinischen Ostens, ausgedüftelt hatte; aber es ließ sich nicht leugnen, zum Wesen der Gleichgewichtspolitik paßte diese Combination. Dem Einwande, daß die Türken sich so leicht die Abtretung nicht würden gefallen lassen, begegnete der preußische Staatsmann mit der Erwiederung, daß sie dann gewaltsam wahrscheinlich noch mehr verlieren würden, ohne den unstreitigen Vortheil, durch jenes Opfer den ruhigen Besitz des Restes und eine dauernd anerkannte Grenze zu gewinnen. Daß es dabei dem preußischen Staatsmanne keineswegs nur um den Ruhm zu thun war, die orientalische Frage erledigt zu haben, sondern daß im Hintergrunde seiner Berechnungen zugleich ein reeller Vortheil für Preußen lag, versteht sich von selbst. Für die Abtretung der Moldau und Wallachei verlangte nämlich Hertzberg von Oesterreich die Rückgabe Galiziens an Polen, und dies letztere sollte dann an Preußen dafür Danzig, Thorn und die Palatinate Posen und Kalisch abtreten. Damit erlangte Preußen eine besser arrondirte Grenze, und die Erwerbungen der ersten polnischen Theilung erhielten durch den unentbehrlichen Besitz von Danzig den rechten Abschluß, indeß zugleich der russischen Macht nach Südosten hin eine Grenze

gezogen, Oeſterreich aber durch die Donauprovinzen nach dem Oſten hingewieſen und durch deren Erwerbung am unmittelbarſten dafür intereſſirt ward, gegen weitere ruſſiſche Vergrößerungen wachſam zu ſein.

Solch verwickelte Combinationen, die Alles auf das diplomatiſche Abkommen ſtellten, hatte vom weſtfäliſchen Frieden an bis zu den Verträgen von Utrecht, Aachen, Teſchen die Politik des Gleichgewichts gar manche entworfen; Hertzberg, indem er dies Gewebe von Ländertäuſchen und Gebietsabtretungen ausgeſonnen, ließ ſich darum nicht ſo leicht irre machen durch den Hinweis auf die Maſſe von Hinderniſſen, die zu überwinden waren. Die lebhafteſten Einwände machte der preußiſche Geſandte in Conſtantinopel ſelbſt. Er ſchilderte die Türken als durchaus unzugänglich für ſolch einen Vorſchlag; ſelbſt der Hinblick auf größeren Verluſt werde ſie nicht abhalten, lieber Alles auf's Spiel zu ſetzen, als einem ſolchen Abkommen ſich zu fügen. Sie ſeien in einer ſo gereizten Stimmung, daß ſie vom Frieden kaum wollten reden hören, am wenigſten von einem Frieden, der mit irgend einer Abtretung verbunden ſei. Ein feiger Friede, glaubten ſie, werde den Appetit der Feinde nur ſteigern und das Verfahren der Großmächte gebe ihnen einen ſo geringen Begriff von deren Loyalität, daß ſie auf eine angebotene Garantie kein Vertrauen ſetzten. Diez hielt darum den Augenblick für ſehr gelegen, den vereinten Vergrößerungsentwürfen Oeſterreichs und Rußlands entgegenzutreten; Preußen, meint er, müſſe ſich mit Schweden, Polen und Großbritannien zur Erhaltung der Türkei verbinden und die öſterreichiſch-ruſſiſche Allianz mit äußerſter Energie bekämpfen. Die früheren Verhältniſſe Preußens zu Rußland ſah er als aufgelöſt an, zumal ſeit die veränderte Stellung Preußens im deutſchen Reiche die Beweggründe für ein ruſſiſches Bündniß ſehr geſchwächt habe. Die Macht Rußlands aber und Oeſterreichs im Oſten, nun gar vereinigt, könne nicht bedenklich genug angeſehen werden;*) man müſſe ſie mit allen Mitteln bekämpfen, z. B. die Gährung in Ungarn zur Schwächung Oeſterreichs benutzen und Ungarn als ein unabhängiges Königreich aufrichten, damit man nicht zu ſpät die ſchlimmen Folgen des Verſäumniſſes erfahre. Kein Augenblick ſei dazu günſtiger, als der gegenwärtige; Rußland und Oeſterreich befänden ſich theilweiſe in innerer Gährung, die Türkei und Polen würden ſicher erkenntlich dafür ſein, daß Preußen durch ſeine thätige Hülfe ſie beide von der Wucht öſterreichiſch-ruſſiſchen Ehrgeizes befreit habe. „Mit einem Worte — ſo ſchließt Diez ſeine ausführliche Darlegung — es iſt dies der

*) Si la Russie et l'Autriche en conservant leurs possessions actuelles parviendroient un jour à mettre à profit les ressources immenses, qu'elles ont, comme l'Empereur a déjà commencé à exécuter depuis plusieurs années, la Prusse aura tout à craindre de leur part. Or pour que ceci n'arrive point, il faudrait à bonne heure abattre leurs forces et diviser leurs pays en nous appropriant de bons morceaux qui puissent nous leur rendre superieurs pour toujours. Schreiben von Diez d. d. 8. März 1788.

glücklichste Augenblick für Preußen, eine ungemeine Größe zu erwerben und Europa Gesetze vorzuschreiben, indem es sich nicht blos an Ansehen, sondern auch an wirklicher Stärke zur ersten Macht Europas erhebt. Es ist wahr, es wird uns ein paar lebhafte Kriegsjahre kosten, aber das wäre nur ein Capital auf Interessen angelegt, denn dieser Krieg gäbe uns Ruhe für ein Jahrhundert und eine überlegene Macht gegen jeden Feind."

Hielt Diez die Hertzbergschen Vorschläge für unmöglich, so nannte Hertzberg die Diezschen Plane „unausführbare Ideen." Keine Macht werde sich gern in einen Krieg für die Türken einlassen, die sich ja selber nicht zu helfen wüßten, und bei denen man nie sicher sei, daß sie mit Preisgebung ihrer Verbündeten einen Separatfrieden schlössen. Eine Allianz mit Polen und Schweden gebe keine Macht, auch England sei nur zur See von Bedeutung, Preußen würde daher bei der Unzuverlässigkeit der Türken Alles auf's Spiel setzen. Er blieb bei seinen früheren Ansichten; führe die Türkei einen glücklichen Krieg, so brauche sie allerdings nichts abzutreten, aber die Vermittlung Preußens werde ihr dann doch von Werth sein; gestalte sich, wie es wahrscheinlich sei, der Krieg unglücklich, so werde es den Türken immer noch erwünscht sein müssen, mit jenen Abtretungen eine feste Grenze zu gewinnen.*)

Die Meinung, die Diez verfocht, war indessen keineswegs vereinzelt; auch andere preußische Staatsmänner hielten es für nothwendig, diesen Moment zu benutzen, um einerseits die Macht der österreichisch-russischen Allianz zu sprengen, andererseits Preußen eine bessere Abrundung zu schaffen. In einer diplomatischen Denkschrift jener Tage**) ist der Standpunkt dieser Meinung mit aller Offenheit erörtert. „Es ist eine unbedingte Nothwendigkeit für Preußen — so lautet die Schlußfolge — daß es sein Augenmerk auf eine mit Klugheit zur gelegenen Zeit zu erreichende Vergrößerung errichtet. Bei seiner Lage, wo es von zwei stolzen und mächtigen Reichen, die immer weiter zu greifen bedacht sind, umschlossen ist, von Reichen, deren jedes für sich Preußen an Macht und Größe überwiegt, befindet es sich stets in einer bedenklichen und sorgenvollen Krisis und muß alle seine Kräfte anstrengen, um sich in Würde und Ansehen zu erhalten. Eine beständige Anspannung der zweckmäßigsten Mittel ist ihm durchaus nothwendig, denn jede selbst unbedeutend scheinende Erschlaffung kann für diesen Staat von den nachtheiligsten Folgen sein. König Friedrich II. war es vorbehalten durch seinen an Hülfsquellen unerschöpflichen Geist alles das zu ersetzen, was seinem Lande an Hülfsmitteln fehlte. Sein großes Beispiel, stets mehr zu bewirken, als gemeinhin menschliche Kräfte vermögen, diente allen Patrioten des Landes

*) Schreiben H.'s vom 9. Febr. und 26. April. Er fügt hinzu: Je crois que vous devez goûter et approuver ce plan, si vous ne vous abandonnez à votre entêtement.

**) Aus der Correspondenz zwischen Goltz und Hertzberg.

zur treuen Nachahmung, und es glaubte Jeder seiner Unterthanen, weil er ein Preuße, ein Diener und Werkzeug König Friedrichs war, unter seiner Leitung und Anordnung mehr leisten zu können, als jedes Individuum irgend einer andern Nation zu thun vermöchte. So unterzog sich der Diener des Staates mit Eifer und Lust den größten Beschwerden, jeder Kriegsmann stritt mit ausnehmender Tapferkeit und überhaupt Jeder erfüllte das volle Maß seiner Pflichten zur Erreichung des großen Zweckes. Dieses außerordentliche zwischen König und Volk obwaltende Vertrauen bewirkte Preußens Flor; willig ertrug Jedermann die Lasten, weil er sie den Zeitumständen angemessen und nützlich für das allgemeine Beste hielt; wogegen aber auch der König bei seiner genauen Landeskenntniß und Verbindung aller Umstände gewiß war, daß Alles, was er wollte, geschehen konnte und geschah. Wenn nun aber auf eine solche außerordentliche Anspannung aller Kräfte und eine so weise Leitung nicht für alle Zeiten zu zählen ist, so ist es zu Preußens Sicherheit höchst nothwendig, eine jede günstige Gelegenheit wahrzunehmen, wo es sich auf Kosten seiner überlegeneren Nachbarn vergrößern kann, um zu den Kräften dieser selbst in das nöthige Gleichgewicht zu kommen. Nun ist kaum ein Zeitpunkt dafür besser zu finden, wie der gegenwärtige; versäumt Preußen diese Gelegenheit, seine Nachbarn zu schwächen, so ist nichts gewisser, als daß es einst dafür büßen muß und durch das zunehmende Uebergewicht seiner Feinde von der Größe seines jetzigen Standpunktes herabzufallen Gefahr läuft. Denn es ist der politischen Klugheit eines Staates nicht angemessen, sich nur auf die Vertheidigung zu beschränken und den schimmernden Namen eines mäßigen und friedliebenden Regenten durch ruhige Zulassung unausbleiblich herannahender Gefahren allzu theuer zu erkaufen."

So dachten die Anhänger einer agressiven Politik. Sie hielten Hertzbergs fein ausgesponnene Vermittelung für einen bedenklichen Traum; nur mit den Waffen in der Hand, meinten sie, könne Preußen der österreichisch-russischen Allianz seine Mediation aufdringen. Und diese Waffen müsse man denn auch mit aller Energie handhaben, sich eng mit den Seemächten verbinden, die dänisch-schwedische Flotte Rußland auf den Leib hetzen und mit der eigenen ungetheilten Macht Oesterreich angreifen. Die Vertheidiger dieser Meinung dachten an nichts Geringeres, als an einen combinirten Angriff, den Schweden, Polen und die Türken gegen Rußland unternehmen sollten, indessen Preußen seine Waffen gegen Oesterreich wende. Die Verdrängung Rußlands vom schwarzen Meere, die Rückgabe Ingermannlands und Kareliens an Schweden schien, für den Fall eines glücklichen Kampfes, kein unwahrscheinlicher Siegespreis. Preußen selbst würde seine ganze Macht gegen Oesterreich ins Feld führen; man berechnete, daß drei Feldzüge hinreichen würden, Oesterreich zu Paaren zu treiben. Im ersten sollte man Pleß und Königsgrätz gewinnen, der zweite auf die Eroberung von Brünn,

Olmütz und ganz Mähren abzielen, der dritte ins Herz der österreichischen Staaten hineingespielt werden. Die Erwerbung des Restes von Schlesien und eines Theiles von Böhmen und Mähren dachte man sich als Entschädigung für Preußen.

Solche Wünsche waren freilich weit entfernt, den bestimmenden Einfluß auf das Berliner Cabinet zu erlangen; es waren kühne Gedanken Einzelner, die selbst Hertzberg, der in Wien für den erbittertsten Feind Oesterreichs galt, keineswegs theilte. Aber es gewähren diese entgegengesetzten Meinungen auch heute noch ein Interesse, insofern sie die verschiedenen Richtungen erkennen lassen, in welchen sich nach dem Tode Friedrichs des Großen hervorragende preußische Staatsmänner bewegten. Während der folgenden türkischen Verwicklung ist dann, wie wir sehen werden, in der Haltung Preußens jener widersprechende Einfluß nicht zu verkennen, den die persönliche Ansicht Hertzbergs, des Ministers, und die Meinung von Diez, dem Gesandten, abwechselnd auf die diplomatischen Schritte übten.

Indessen hatte der Krieg mit den Russen wie mit den Oesterreichern begonnen. Im Jahre 1787 war nichts Bedeutendes geschehen, außer einem glücklichen Schlag, den Suworoff gegen die Türken bei Kinburn ausführte; dagegen machte Oesterreich außerordentliche Rüstungen, und es blieb kein Zweifel mehr, daß es entschlossen sei, mit Rußland gemeinsam den Türkenkrieg auf's Thätigste zu führen. Die Abmahnungen Preußens beantwortete Joseph II. in einem merkwürdigen Briefe,*) der mit einer gewissen Naivetät den Grundgedanken seiner Politik ausspricht: sich irgendwo, gleichviel ob unter rechtlichen Vorwänden oder nicht zu vergrößern. Er zählt alle die Erwerbungen Preußens und die Verluste Oesterreichs seit 80 Jahren auf, er meint, der Brocken von Polen, den man ihm zugeworfen, sei nicht als Abfindung zu rechnen, denn Preußen habe ein besseres Stück bekommen. Dieser Politik entsprach es vollkommen, daß der Kaiser, noch bevor der Krieg erklärt war, einen Handstreich auf Belgrad versuchte (Dec. 1787), und wie dieser mißlang, der Türkei im Februar 1788 den Krieg erklärte. In Berlin hatte man dies wohl erwartet, war aber davon um nichts weniger peinlich berührt. Die dortigen Staatsmänner fürchteten nicht sowohl eine rasche Eroberung der Türkei, als einen schimpflichen Frieden, in welchem die Pforte überrascht Alles gewähren würde, was Rußland und Oesterreich zunächst erlangen wollten. Darauf waren die ersten Weisungen berechnet, die der preußische Gesandte in Constantinopel unter dem Eindruck der österreichischen Kriegserklärung erhielt.**) Er solle, hieß es, alles Talent und alle Geschick-

*) S. Lebensbilder aus dem Befreiungskriege II. 11 f.

**) Die folgenden diplomatischen Actenstücke befinden sich in einer D.'schen Handschrift: „mes negociations secretes pour la guerre entre les deux Cours Imperiales et la Porte ottomanne de 1787."

lichkeit anwenden um zu hindern, daß die Pforte keinen übereilten Frieden ſchließe ohne preußiſche Vermittelung; er müſſe den Türken klar machen, wie nur Preußen und England ein entſchiedenes Intereſſe an der Integrität der Türkei hätten und lediglich ein Friede unter ihrer Vermittelung und Bürgſchaft den Intereſſen der Pforte entſprechen werde. Weiter ſollte Diez geſprächsweiſe den Türken rathen, ſich in keine große Schlacht einzulaſſen, deren Entſcheidung leicht verderblich werden könne, ſondern die Armee zwiſchen der Donau und dem Balkan aufzuſtellen, ſich auf die Vertheidigung zu beſchränken, die Kräfte der Feinde durch fliegende Corps zu theilen und zu ermüden, und ſo durch den kleinen Krieg und durch Mangel an Lebensmitteln und Magazinen die Feinde zu verderben.

Indeſſen hatte der König ſeinen Adjutanten, den Oberſtlieutenant von Goetze, mit geheimen Weiſungen an Diez abgeſandt. Goetze reiſte im ſtrengſten Incognito, in der Verkleidung eines Kaufmannes, Namens Schmidt; ſeine Beziehungen zu Diez ſollten möglichſt verborgen bleiben, zum Heere ſollte er nur gehen, wenn es im tiefſten Geheimniß geſchehen könne. Er brachte die vertraulichen Inſtructionen, im Namen des Königs ſelbſt ausgefertigt, welche in die Politik Preußens einen vollkommenen Einblick gewähren.*) Das Anſinnen eines Bündniſſes ſollte auf gute Art abgelehnt, für den Fall eines raſchen Friedens der preußiſch-britiſchen Vermittelung Eingang verſchafft, und, wenn die Türken ſich zu Opfern und Abtretungen verſtehen mußten, im Sinn der Hertzberg'ſchen Vorſchläge verfahren werden. Der Geſandte ſollte dann der Pforte klar machen, daß ſie im Falle ſolcher Abtretungen jedenfalls ein Aequivalent für Preußen bedingen müſſe; denn nur ſo ſei Preußen im Stande, den beiden Kaiſerhöfen die Wage zu halten und den Türken ein nützlicher Freund zu ſein. Dies Alles ſolle Diez mit größter Umſicht betreiben, auch wo es nöthig ſei, das Geld nicht ſparen,**) ſich möglichſt enge an den britiſchen Geſandten anſchließen, gegen die übrige Diplomatie, namentlich gegen den Vertreter Frankreichs, zurückhaltend ſein. Noch beſtimmter tritt in der „geheimſten Inſtruction" jener Plan Hertzbergs in den Vordergrund, durch Abtretungen die beiden Kaiſerhöfe zu befriedigen und zugleich Preußen eine Gebietserweiterung zu verſchaffen. Für den als wahrſcheinlich angenommenen Fall, daß durch das Glück der Waffen die Donauprovinzen ſammt Serbien und Bosnien bedroht würden, ſchien den Türken kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als durch eine allgemeine Feſtſtellung ihre Exiſtenz in Europa zu retten und ſich vor neuen Angriffen ſicher zu ſtellen. Die Grundzüge dieſer Feſtſtellung kennen wir aus Hertzbergs Vorſchlägen: Rußland ſollte durch die Krim, Oczakow und Beſſarabien, Oeſterreich durch die Moldau und Wallachei

*) S. das kön. Schreiben d. d. 3. April 1788 und vom nämlichen Tag eine „instruction particulière et secretissime."

**) Es waren ihm 50,000 Dukaten angewieſen worden.

nebst der Handels- und Schifffahrts-Freiheit auf dem schwarzen Meere abgefunden werden; dafür würde aber Rußland auf die Oberherrlichkeit in Georgien verzichten, seine Agitationen und Wühlereien in den christlichen Gebieten des osmanischen Reiches einstellen und als dessen bleibende Grenze feierlich die Donau anerkennen. Ein so begrenztes Gebiet, von Preußen und den Seemächten auf ewige Zeiten garantirt, müsse den Türken werthvoller erscheinen als der schwankende Besitz stets angefochtener und schlecht verwalteter Provinzen. Wie dann Oesterreich für seine Erwerbung an der Donau Galizien an Polen zurückgeben und mit polnischen Gebieten an der Weichsel Preußen besser abgerundet werden sollte, ist früher erwähnt worden.

Die Hertzbergschen Entwürfe hatten also in Berlin gesiegt,*) und Diez mußte, wenn er bleiben wollte, sich der Ausführung von Gedanken bequemen, die er von Anfang an bekämpft hatte. Doch versprach er seine Thätigkeit dafür anzuwenden, da es sich nun nicht, wie er früher geglaubt, darum handle, sofort den Türken mit solchen Vorschlägen entgegenzutreten, sondern erst, wenn gewisse Voraussetzungen eingetroffen wären. Hertzberg schärfte ihm dann wiederholt ein,**) den Türken gegenüber ja nicht zu große Verpflichtungen einzugehen, namentlich nie zu vergessen, daß der König sich nicht in einen Krieg einlassen wolle, der ihm zugleich Rußland, Oesterreich und Frankreich auf den Hals hetze, vielmehr den Türken klar zu machen, wie Preußen schon dadurch dem osmanischen Reiche einen großen Dienst leiste, daß es die österreichische Kriegführung theile und den Kaiser nöthige, eine ansehnliche Armee in Böhmen und Oesterreich stehen zu lassen.

Indessen gestaltete sich der Krieg nicht so, daß man der Pforte von Gebietsabtretungen hätte reden können. Kaiser Joseph hatte über 200,000 Mann in einem ungeheueren Cordon, der sich von Dalmatien bis nach den Karpathen hin ausdehnte, aufgestellt, versäumte aber die beste Jahreszeit zum Angriff, verlor viel Zeit mit umständlichen Arbeiten vor Semlin, fing Belgrad erst an zu belagern und hob dann die Belagerung wieder auf; kurz bis zur Mitte des Jahres beschränkte sich sein ganzer Erfolg auf die Einnahme von Schabacz. Der Kaiser selbst war kein Feldherr und hatte doch die bedenkliche Prätension, Alles leiten und Alles verstehen zu wollen; sein militärischer Mentor Lascy, ein sehr verdienter Administrator, aber kein großer General, ordnete sich dem Starrsinne des Kaisers mit allzuviel Geschmeidigkeit unter. Nun kam die heiße Jahreszeit; Klima und schlechte Nahrung wurden der kaiserlichen Armee bald verderblicher, als eine blutige Schlacht. Schon im Juni zählte

---

*) H. selbst begleitet die obigen Instructionen mit den Worten (d. d. 4. April): je me refére en tout aux instructions qu'il vous porte que j'ai dressées aussi bien que j'ai pu selon mes idées que le Roi a approuvées entièrement et qu'il soutiendra avec vigueur.

**) Depesche vom 24. Mai.

man 12,000 Kranke, im Juli steigerte sich die Zahl auf 20,000, und manche Bataillone waren so gelichtet, daß man aus drei kaum eines zusammensetzen konnte. Dieser Gang der Dinge schien die Auffassung des preußischen Gesandten im Stambul vollständig zu rechtfertigen. Seine Vorstellungen bei der Pforte standen denn auch unter dem Eindruck dieser günstigen Lage.*) Er schilderte mit lebendigen Farben die Verluste der Oesterreicher, mahnte die Türken, wie bisher jede große Schlacht zu vermeiden, sich auf den kleinen Krieg zu beschränken und den Feind durch Entbehrung und Klima zu schwächen. Obwohl in diesem Augenblick von einem Frieden keine Rede war, so stellte er doch das dringende Verlangen, keine Unterhandlung ohne preußische Vermittelung einzugehen; denn Preußen sei die einzige Macht, welche mit der vollen Unpartheilichkeit zugleich die besten Mittel zur Herstellung eines vernünftigen Friedens vereinige.

Man konnte es den Türken kaum verdenken, wenn sie, durch Erfahrungen belehrt, ein sehr geringes Vertrauen in die Loyalität der europäischen Mächte setzten. So waren sie denn auch keineswegs mit sich darüber im Reinen, ob nicht Preußen in heimlichem Einverständniß mit Oesterreich und Rußland handle, zumal bei jedem dringenderen Verlangen um eine thätige Hülfe der preußische Diplomat auswich, oder sich auf ganz allgemeine Zusagen beschränkte. Diez versicherte z. B., daß der König von Preußen nach Erlassung des österreichischen Kriegsmanifestes seine offene Mißbilligung gegen den Kaiser kundgegeben,**) und daß in diesem Augenblick ein Bündniß mit Holland und England abgeschlossen sei, das sich gegen die Eroberungsentwürfe der östlichen Mächte richte. Oder er rühmte, daß Preußen im benachbarten Polen große Getreideeinkäufe mache, um den Kriegführenden die Verpflegung ihrer Heere zu erschweren, und daß es die Getreideausfuhr aus dem eigenen Lande verboten habe. Auch versäumte er nicht, den Türken zu Gehör zu reden, daß der Krieg nur entstanden sei, weil man die Kräfte des osmanischen Widerstandes zu gering anschlage, und dazu habe die eigene Politik der Pforte den Anstoß gegeben. Dieselbe habe durch jeden neuen Vertrag ihr moralisches Ansehen mehr erschüttert und die Gegner zu neuen Forderungen ermuthigt. Ein solches allmäliges Zerstören des äußeren Ansehens müsse einen jeden Staat vernichten. Darum müsse es das erste Gebot der türkischen Politik sein, sich nicht voreilig zu neuen Concessionen drängen zu lassen; das zweite: sich durch Vermittelung und Bürgschaft anderer Mächte vor neuen An-

*) S. die von ihm selbst aufgezeichneten „Insinuations faites à la Porte", worin er seine und seines Dragomans Verhandlungen mit der türkischen Regierung verzeichnet hat.

**) „Cette reponse était en propres termes: que le Roi regrettait beaucoup de voir s'étendre le feu de la guerre et qu'il souhaitait le retablissement de la paix."

griffen ſicherzuſtellen. An dies Alles knüpfte Diez wiederholte Schilderungen von dem kritiſchen Zuſtande der öſterreichiſchen Armee und der Schwierigkeit, den Krieg lange fortzuſetzen; Schilderungen, welche, wie die Erfahrung zeigte, im Ganzen nicht übertrieben waren.

Aus den diplomatiſchen Actenſtücken, die damals von Berlin und Conſtantinopel ausgingen, ergibt ſich indeſſen deutlich, daß die Politik Hertzbergs mit der, welche Diez verfolgte, nicht vollkommen übereinſtimmte. Hertzberg hatte nur ein ſehr geringes Vertrauen auf die türkiſche Kriegstüchtigkeit und drängte mit Ungeduld auf die Vorlage ſeines Entſchädigungsplanes; Diez ſeinerſeits hatte eine viel beſſere Erwartung und arbeitete ſehr vorſichtig, um nur für den äußerſten Fall auf den Hertzbergſchen Entwurf vorbereitet zu haben. Hertzberg warf Diez vor, er ſehe die Dinge zu roſig an und beſtärke die Türken in ihrer erfolgloſen Kriegsluſt; Diez verſicherte ſeinerſeits, daß vorerſt nicht daran zu denken ſei, mit dem Hertzberg'ſchen Plane durchzudringen. Aus den Erörterungen Beider iſt es deutlich herauszuhören, daß der Geſandte eine ſofortige Verbindung Preußens mit der Pforte abgeſchloſſen, der Miniſter ſie vermieden wünſchte. Seit den ungünſtigen Gefechten, die der Capudan Paſcha zu Ende Juni mit der Flotte im ſchwarzen Meere den Ruſſen geliefert, drängte Hertzberg mit neuem Eifer auf die Vorlage des Abtretungsplanes; Diez ſchrieb zurück, der Eindruck jener Niederlage ſei in Conſtantinopel bei weitem nicht ſo ſtark, wie es auswärts ſcheinen könne, und die türkiſche Kriegsluſt ſei ungeſchwächt.*) Dieſe Verſchiedenheit der Meinungen führte in dem Verkehr beider Staatsmänner bisweilen zur offenen Entzweiung; Hertzberg verbarg ſeinen Mißmuth darüber nicht, daß die Schilderungen des Geſandten ſo wenig zu ſeinem Plan paßten, und Diez bot ſchon im Herbſt 1788 ſeine Entlaſſung an.

Für Hertzberg gab es in der ganzen Verwicklung nur einen Hauptzweck: nicht die Integrität des osmaniſchen Reiches, ſondern die Erwerbung von Danzig und Thorn und die Verdrängung Oeſterreichs aus Galizien. Drum iſt er geradezu verdrießlich über die ſchlechte Kriegführung der Alliirten. „Der König, ſchreibt er am 30. Aug., iſt ganz eingenommen von meinem Plane und wünſcht ſehr ihn auszuführen. Jetzt ſehe ich nur, daß die Oeſterreicher und Ruſſen durch ihre unbegreifliche Ungeſchicklichkeit ihn hindern; denn es konnte doch Niemand erwarten, daß ſie mit 300,000 Mann regulärer Truppen nicht im Stande ſind, die Türken über die Donau zu werfen. Das iſt die Folge des Mißgriffs, den der Kaiſer beging, als er mit der traurigen Defenſive begann.“ Er dachte dann wohl an neue Combinationen, wonach die Türken mit geringeren Opfern, als der Moldau und Wallachei, Oeſterreich befriedigen und daſſelbe zur Abtretung Galiziens vermögen ſollten; doch durfte Diez den anderen Plan nie aus dem Auge verlieren, ſondern ſollte die Türken

*) Depeſchen vom 15. Juli und 1. Sept.

wo möglich davon überzeugen, wie für die zukünftige Sicherheit ihres Besitzes die Abtretung der Donauprovinzen kein zu hoher Preis sei. Auch für den Fall, daß die Türken den Krieg noch glücklicher führen und Eroberungen machen sollten, hatte Hertzberg einen Plan bereit. Diez sollte dann die Pforte dazu zu bringen suchen, daß sie von Oesterreich die Abtretung Galiziens verlange, und dafür eine gegenseitige Allianz mit Preußen zu Schutz und Trutz in Aussicht stellen.*)

In der That hatte sich im Herbst 1788 die Lage der kriegführenden Mächte ungünstiger gestaltet. Nachdem der Sommer für die Oesterreicher fruchtlos, aber mit ansehnlichen Opfern verstrichen war, setzten sich im August die Türken in Bewegung, warfen die Kaiserlichen bei Orsova zurück, drangen ins Banat ein und zwangen sie, sich auf Karansebes zurückzuziehen. Wie tief die Armee zerrüttet war, bewies der panische Schrecken, der sich dort plötzlich auf blinden Lärm hin der Truppen bemächtigte und eine wilde, verworrene Flucht gegen Temesvar zur Folge hatte (20. Sept.). Mit welcher Verachtung, bemerkt darüber ein österreichischer Officier,**) hatte man nicht die türkischen Streitkräfte abgeschätzt, und jetzt floh ein Theil der österreichischen Armee blos auf den blinden Lärm hin, daß die Türken nahe seien; schien es nicht, als wollte ein boshafter Zufall das stolze Selbstvertrauen europäischer Kriegskunst verhöhnen und durch diesen letzten Act den ganzen Feldzug des Jahres 1788 mit dem Fluch des Lächerlichen belasten?

Zur nämlichen Zeit hatte Gustav III. von Schweden eine Diversion zu Gunsten der Türken gemacht, am Anfang Juli den Krieg erklärt und die Russen zu Land und zur See angegriffen, — ein Unternehmen, dessen Erfolg freilich tief unter den Erwartungen blieb. In Polen, um dessen Bündniß bald beide Theile warben, war der preußische Einfluß im Uebergewicht, und mit England hatte Preußen am 13. August ein Bündniß zu Berlin geschlossen, das unzweideutig gegen Rußland und Oesterreich gerichtet war; der Vertrag von Loo (13. Juni), worin sich die Cabinete von Berlin und Westminster zunächst nur über eine gemeinsame Schlichtung der holländischen Händel verabredet hatten, war hier zu einem Bündniß mit gegenseitiger Hülfe gegen jede Störung des Friedens und der Ruhe ausgedehnt.***) Rußland war bemüht, ein Gegenbündniß mit Polen herzustellen, und sondirte beim Reichstage über eine solche Allianz; †) der Einfluß Preußens vereitelte den Plan (Herbst

*) Depesche vom 11. Sept.

**) Oesterr. Milit.-Zeitschr. 1831. III. 62.

***) Beide Verträge s. bei Martens, Recueil des Traités T. III. 138 ff., 146 ff. Im letzteren sind 16,000 M. Fußvolk und 4000 M. Reiter als Hülfscontingent festgesetzt; Hertzberg bemerkt aber in einer Depesche vom 11. Sept.: Elle (l'Angleterre) nous a promis dans un article secret d'assister le Roi en cas de besoin de toutes ses forces maritimes et d'une armée alliée de 50,000 hommes.

†) „Dont l'unique objet serait la sureté et l'intégrité de la Pologne ainsi

1788), und der polniſche Reichstag bewies ſich zu einem Bündniß mit Preußen geneigt. Ebenſo rühmte ſich die preußiſche Politik, ſie habe durch eine gebieteriſche Vermittlung die Dänen gehindert, Schweden während ſeines Angriffes auf Rußland in die Flanken zu fallen.

Selbſt Hertzberg gewann eine günſtigere Meinung von den Türken. Ich ſehe nun, ſchreibt er an Diez,*) daß Sie Recht gehabt haben; die beiden Kaiſerhöfe können den Krieg nicht führen, und die Türken wären wohl im Stande, die Krim wieder zu nehmen. So müſſen wir denn unſeren ganzen Plan dahin wenden, die Türken zu ermuthigen, daß ſie den Krieg mit Kraft fortſetzen, den Frieden nur unter der Bürgſchaft Englands und Preußens ſchließen und Ungarn erſt räumen, wenn ſich der Kaiſer verpflichtet, Galizien und was er diesſeits der Karpathen beſitzt, an die Republik Polen abzutreten, wofür dann dieſe an Preußen Danzig, Thorn und das Gebiet bis zur Wartha abtreten würde. In dieſem Falle können Sie der Pforte eine unbegrenzte Defenſivallianz Preußens und eine Garantie der türkiſchen Beſitzungen gegen Jedermann anbieten. Diez hätte zwar am liebſten ſeinen früheren Gedanken — energiſche Theilnahme Preußens am Kriege — ausgeführt und ließ auch wohl in ſeinen Briefen durchklingen, wie nahe es jetzt liege, zu Schleſien noch Böhmen und Mähren zu gewinnen, Polen und Schweden durch Vergrößerung auf Koſten Rußlands dauernd an ſich zu knüpfen, aber er verfolgte doch die von Berlin aus ihm vorgezeichnete Bahn. In den letzten Wochen des Jahres 1788 glaubte er am Ziele zu ſein; er rühmt ſich die Türken gedrängt zu haben, und hofft die ſchriftliche Zuſicherung deſſen, was Hertzberg wünſchte, zu erlangen.**)

Der Gang des Krieges in den letzten Monaten des Jahres 1788, namentlich der Umſchwung der öſterreichiſchen Kriegführung, ſeit Laudon gerufen war, und die Einnahme von Oczakow durch die Ruſſen, kühlte die preußiſche Politik merklich ab. Man kam in Berlin von dem Gedanken eines engeren Bündniſſes mit den Türken wieder zurück und meinte, es ſei von Preußen genug geſchehen, wenn man Schweden, Dänemark und Polen dem ruſſiſchen Bündniß entfremdet und den Kaiſer genöthigt habe, eine anſehnliche Armee in Böhmen und Mähren zu laſſen.***) Hertzberg war darum der Anſicht,

---

que la défense contre l'ennemi commun.“ Preußen reclamirte gegen die Aeußerungen, inſofern ſie im Munde Rußlands nur auf Preußen oder die Pforte bezogen werden könnten, und man gegen Beides ſich verwahren müſſe. Die Erklärungen des polniſchen Reichstages (20. Okt. und 8. Dec.) entſprachen dieſer Anſicht Preußens vollkommen.

*) S. Correspondance, Depeſche vom 16. Sept.

**) In der Depeſche vom 22. Dec. heißt es: je montrai les dents aux Turcs, je les brusquai et je suis venu à bout. Ils se sont trop ouverts pour qu'ils puissent reculer et nous nous sommes emparés d'eux et de leurs affaires.

***) Hertzbergs Depeſche vom 10. Jan. 1789.

der Türkei das Dilemma vorzuhalten: entweder den ersten Plan der Abtretung anzunehmen, und dafür die Garantie Preußens für die fernere Integrität des Reiches zu erlangen, oder gewärtig zu sein, daß Preußen sich den Gegnern der Pforte anschließe. Diez dagegen meinte, so weit sei es noch lange nicht und blieb bei seiner Ueberzeugung, daß nur eine innige und thatkräftige Allianz Preußens mit der Pforte zum Ziele führen werde.

Dieser Zwiespalt und das Schwanken in der politischen Haltung Preußens konnte nicht günstig auf die Verhandlungen wirken. An sich schon war die räumliche Entfernung ein Hinderniß für rasche, zutreffende Entschlüsse; war in Berlin eine Instruction entworfen, so hatten sich, bis sie nach Constantinopel kam, nicht selten alle Voraussetzungen geändert, auf denen sie beruhte. Dazu kam die innere Verschiedenheit der Ansichten, von denen der Minister und der Gesandte beherrscht waren: sie vertraten zwei widersprechende Systeme der Politik, denn während Diez durch eine energische Kraftentwicklung gegen Rußland und Oesterreich, im Bunde mit Türken, Polen, Schweden und den Seemächten das Uebergewicht Preußens auf dem Continent dauernd festzustellen dachte, war Hertzberg jeder gewaltsamen Theilnahme an den politischen Wirren abgeneigt und hoffte nur durch geschickte Benutzung der Conjuncturen eine erwünschte Arrondirung für Preußen zu erlangen.*) War zwischen diesen abweichenden Richtungen an sich schon schwer ein Vereinigungspunkt zu finden, so wuchs diese Schwierigkeit noch durch die nicht ungeschickten Einflüsterungen der österreichischen Politik in Berlin, deren Spuren bisweilen Hertzbergs Berichte tragen, und durch das persönliche Mißverhältniß, in welchem Diez zu dem britischen Gesandten Ainslie, dem Vertreter der nächsten verbündeten Macht, stand. Die Stellung von Diez war nach allem dem nicht beneidenswerth. Seit er die Hindeutung auf ein engeres Bündniß gegeben, drängten die Türken in ihn und verlangten offene Theilnahme Preußens an dem Kriege; er mußte dann wieder zurückziehen und die Unzulässigkeit einer offensiven Verbindung mit den Türken darthun. Diese Schwankungen dienten natürlich nicht dazu, seine Stellung und sein Vertrauen in Constantinopel zu verstärken, indessen auf der andern Seite seine persönliche Neigung für eine active Theilnahme am Kriege ihm in Berlin den Verdacht zuzog, als wolle er Preußen tiefer in die türkischen Dinge verwickeln, als es im Plane der politischen Lenker lag.

Im Mai und Juni 1789 rechnete Hertzberg sicher darauf, die Türken für sein Lieblingsabkommen zu gewinnen, und Diez hatte diesmal alle Mühe, das Ungestüm des Ministers zu beschwichtigen. Der Gesandte sollte zugleich versprechen und drohen, namentlich den Uebergang Preußens zu den kriegfüh-

*) S'ils sont malheureux et repoussés jusqu' au Danube, alors le Roi se montrera avec sa mediation armée et proposera aux parties belligerantes nôtre plan général, schreibt H. am 4. April 1789.

renden Mächten in Ausſicht ſtellen, um die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Hertzberg hatte einen Vertrag oder eine Verabredung im Auge, wonach Preußen zuſagen würde, binnen Jahresfriſt mit ganzer Macht den Türken beizuſtehen, falls die osmaniſchen Beſitzungen jenſeits der Donau gefährdet ſeien; die Pforte ſollte dann nur verſprechen, keinen Separatfrieden zu ſchließen, und, wie auch die Dinge ſich wenden möchten, jene polniſch-preußiſchen Entſchädigungen ſtets im Auge behalten. Ein königliches Schreiben vom 18. Sept. beſtätigte dieſe Auffaſſung ausdrücklich. „Sollten die Feinde, heißt es darin, die türkiſchen Truppen über die Donau zurückwerfen, ſo kann die Pforte auf meinen vollen Beiſtand zählen und ich biete ihr für dieſen Fall ein Trutz- und Schutzbündniß an. Es iſt mein ausdrücklicher Wille, daß Sie die Pforte verſichern, ich würde ſie im nächſten Frühjahr kräftig und wirkſam unterſtützen, wenn ſie mir feſt verſpricht, keinen Frieden zu ſchließen ohne meine Vermittlung und ohne mich mit einzuſchließen.“ Schon in einer früheren Weiſung (Mai) hatte Diez die Ermächtigung erhalten, in dieſer Richtung mit den Türken zu unterhandeln.

Die kriegeriſchen Vorgänge ſeit dem Sommer des Jahres 1789 verſprachen die Erreichung dieſes Zieles zu beſchleunigen. Der Verbündete der Pforte, Guſtav III., war nach einem kurzen Anlauf kriegeriſcher Fortſchritte im Juli und Auguſt zur See und zu Land geſchlagen worden, und die Waffen der Türken ſelbſt hatten keinen beſſeren Fortgang. In der Wallachei wurden ſie von Suworoff und Coburg bei Fockſchan (31. Juli) und bei Martineſti am Fluſſe Rimnik (22. Sept.) völlig geſchlagen, indeſſen Laudon Belgrad belagerte und am 8. Oct. die wichtige Grenzfeſtung gewann. Der Eindruck dieſer Niederlagen war ſo groß, daß ſelbſt Diez jetzt glaubte, für die Abtretungsvorſchläge Eingang zu finden. Hertzberg ſah in dem Fall von Belgrad den „Gnadenſtoß“ für die Türken und hatte nur die eine Beſorgniß, es möchte raſch ein übereilter und ſchimpflicher Friede abgeſchloſſen worden ſein.*) Dieſe Sorge zwar war unbegründet, allein auch der Abſchluß des Bündniſſes ging bei den trägen und mißtrauiſchen Türken nicht ſo ſchnell von Statten. Dieſelbe Unordnung und Schwäche dieſer „kindiſchen Regierung“, wie Diez ſagte, welche die klägliche Kriegführung verſchuldet, trat auch einem raſchen Abſchluſſe der Verhandlungen in den Weg. Diez ſelber kommt allmälig zu der Ueberzeugung, die Hertzberg längſt gehegt, daß man durch Drohungen ſuchen müſſe, die Osmanen zur Freundſchaft zu zwingen.**)

Waren die Heere der Pforte nicht glücklich, ſo kam jetzt Hülfe von anderer Seite. In Polen hatte Preußen einen entſchiedenen Erfolg über die

*) Depeſche vom 17. Okt.

**) „V. E. gagne du tems pour s'entendre avec les deux Cours imperiales, car pour porter à la fin des fins ces gens à des cessions dont l'echange revienne à la Prusse, il faut les y forcer moyennant l'accord avec leurs ennemis. Sans cela ils nous échapperont“ — ſchreibt Diez am 1. Jan. 1790.

ruſſiſche Politik davongetragen. Schon früher war der Wunſch Katharinens, ein Bündniß mit den Polen einzugehen, durch Preußens Thätigkeit abgewieſen worden; die Polen hatten dann auch Beſchwerde gegen die ruſſiſchen Durchmärſche und die Beſetzung einzelner polniſcher Landſtriche erhoben,*) und Rußland hatte es für gut gehalten, dieſer Beſchwerde nachzugeben. Nun tauchte der Plan eines polniſch-preußiſchen Bündniſſes auf und fand im Reichstage einmüthige Beiſtimmung (Dec. 1789). In Rußland ſelber regte ſich aber eine Oppoſition unter dem Adel und erhob Klage über die ſtarken Aushebungen, die hohen Getreidepreiſe und den Mangel an baarem Gelde; Hertzberg gab ſich der Hoffnung hin, daß dieſe Bewegung nicht ohne Folgen bleiben werde. Eine noch wichtigere Diverſion zu Gunſten der Türken war der belgiſche Aufſtand. Die preußiſche Politik erwartete davon einen bedeutenden Erfolg; ſie rechnete jetzt darauf, daß die Moldau und Wallachei den Türken verbleiben und Oeſterreich ſchon durch die Abtretungen des Paſſarowitzer Friedens für die Zurückgabe Galiziens genügend könne entſchädigt werden.**) „Mein Plan iſt, ſchreibt Hertzberg am 5. Dec., daß der König und die beiden Seemächte nun als Bürgen der belgiſchen Verfaſſung ſich einmiſchen und die belgiſchen Provinzen dem Kaiſer nur mit einer ſehr beſchränkten Verfaſſung unter unſerer Garantie und der Bedingung zurückgegeben werden, daß Oeſterreich die Moldau und Wallachei räumt und ſich mit den Grenzen des Paſſarowitzer Friedens begnügt. Das ſetzt freilich immer voraus, daß die Pforte die Krim und Oczakow den Ruſſen überläßt. Die Pforte müßte ſich aber dann ganz an Preußen anſchließen und etwa nach einem geheimen Artikel den Oberſtlieutenant von Götze zur Armee ſenden und ihm die Leitung der Kriegsoperationen überlaſſen. Geſchieht dies Alles, ſo ſoll nach meiner Anſicht der König im März den kriegführenden Mächten meinen früher dargelegten Plan vorſchlagen, ſich aber zugleich mit einer Armee von 200,000 Mann in vier Armeecorps in Bewegung ſetzen, um den anzugreifen, der nicht binnen vier Wochen unſeren Vorſchlag annimmt.“ Und drei Tage ſpäter ſchreibt Hertzberg: „wir haben das große Hülfsmittel, daß alle belgiſchen Provinzen ſich empört haben, was die Kräfte des Kaiſers furchtbar ſpaltet. Die Ungarn und Galizier ſtehen auf dem Punkte, daſſelbe zu thun, wenn die Pforte feſthält. Sparen Sie darum weder Geld noch Mühe, um die Hauptſache zu erreichen. Sobald Sie mir die Antwort der Pforte ſchicken, werde ich Ihnen mit einem Courier neue Inſtructionen ſchicken, die ſo präcis und beſtimmt wie möglich ſind. Die Polen warten nur auf unſeren Bund mit den Türken; auch herrſcht zu Moskau eine große Aufregung. Niemals ſind die Chancen für uns ſo günſtig geweſen.“

*) Hertzberg, Recueil II. 488 ff.

**) Königl. Schreiben d. d. 4. Dec. 1789.

Indeſſen war Diez mit den Türken in lebhafter Verhandlung. Aber die Dinge geſtalteten ſich nicht ſo einfach, wie der preußiſche Diplomat erwartete. „Ich thue Alles, ſchreibt er am 1. Nov., um die Pforte zum Abſchluß zu drängen. Ich mache jeden Tag dem Miniſterium, dem Serail und den Ulemas die ſtärkſten Vorſtellungen, aber ich erhalte keine genügenden Erklärungen.“ Einer ſchob die Entſcheidung auf den Andern, und was Diez anfangs für Mangel an Entſchluß und Ungeſchicklichkeit gehalten, ſtellte ſich immer mehr als eine wohlberechnete Taktik heraus. Eine ebenſo überraſchende als unerfreuliche Entdeckung gab dazu den Schlüſſel. Die Türken hatten bereits den Bündnißentwurf in Händen, auf deſſen Grundlage Diez unterhandeln ſollte, ſie beſaßen ſeine geheimen Inſtructionen,*) ja ſie wußten, daß Diez Auftrag hatte, zum Scheine zu drohen, ſie waren alſo in ſeine ganze Taktik eingeweiht. Die Gegner der preußiſchen Politik hatten ſehr ſchlau operirt; ſie waren wahrſcheinlich durch Beſtechung des Drageman in den Beſitz der Actenſtücke gekommen, und Diez erfuhr das Ganze zuerſt durch Hertzberg, dem in Berlin türkiſche Uebertragungen der preußiſchen Noten vor Augen lagen.

So zögerten denn die türkiſchen Staatsmänner und wußten immer neue Vorwände zu finden, um die Verhandlung zu vertagen. Machte ſchon dieſe hinhaltende Taktik den preußiſchen Unterhändler ungeduldig, ſo wurde er durch das abſichtlich ausgeſtreute Gerücht, es ſei ein Waffenſtillſtand mit den Ruſſen und Oeſterreichern im Werk, noch mehr beunruhigt. Offenbar hofften die Türken den Geſandten durch Ungeduld und Furcht nachgiebiger zu machen, und die Folge bewies, daß ſie nicht falſch gerechnet hatten. Dieſer wohlberechneten und geſchickten Taktik gegenüber zeigte ſich Diez nicht gewachſen. Seine Beſtechungskünſte koſteten Geld, halfen aber nichts; er ging weiter und verſuchte allerlei verdächtige Manöver gegen den Reiseffendi ins Werk zu ſetzen, ſteckte mit Pfaffen und Höflingen zuſammen, um eine Palaſtrevolution zu Stande zu bringen.**) Auf dieſem ſchlüpfrigen Boden der Serailintriguen war Diez, bei aller Kenntniß des türkiſchen Weſens, doch nicht heimiſch; das unglückliche Beginnen diente nur dazu, ſeine Lage zu verſchlimmern.

Es vergingen die letzten Monate des Jahres 1789, ohne daß die Unterhandlung einen Schritt vorwärts kam. Zwiſchen unbeſtimmten Zuſagen und leeren Ausflüchten der Türken hin- und hergetrieben, ohne irgend einen feſten Boden und unter ſtetem Wechſel der politiſchen Witterung, hatte der preußiſche Diplomat zuletzt keine andere Auskunft mehr gefunden, als die drohende Erklärung, Alles abzubrechen, wenn man die Dinge nicht zu einem

*) „dont une partie était nature fort peu ostensible,“ ſchreibt Hertzberg am 15. Dec.

**) Je mets toute mon espérance dans une revolution que je tâche de produire. J'ai pour cet effect instigué un certain Hussein agn etc., ſchreibt D. ſelbſt am 22. Nov., und auch in anderen Briefen finden ſich ähnlicher Aeußerungen manche.

Abſchluß bringe. Zu Anfang des neuen Jahres 1790 war darum die Unterhandlung weiter vom Ziele entfernt als je; die Türken verſtanden ſich zu nichts Beſtimmtem und Diez ſetzte eine perentoriſche Friſt bis zum 8. Januar, nach deren Ablauf er ſich von allen früheren Zuſagen werde entbunden anſehen und die Pforte ihrem Schickſal überlaſſen müſſe. Da erfolgte denn am 9. Jan. von Seiten der Pforte die Ueberreichung eines Vertragsentwurfes, deſſen Inhalt freilich den preußiſchen Anſichten keineswegs entſprach. Vor Allem ſollte Preußen danach mitwirken, den Türken die Krim und die anderen Verluſte wieder zu verſchaffen, und nur unter dieſer Vorausſetzung wollte die Pforte ſich verpflichten, die Rückgabe Galiziens von Oeſterreich zu verlangen.*) Diez lehnte dies ab und erhielt ein paar Tage ſpäter einen neuen Entwurf mit einigen unweſentlichen Aenderungen und dem wiederholten Verſprechen, die Allianz binnen kurzer Zeit zum Ziele zu führen; inzwiſchen unterhielt er fortwährend mit Abſicht das Gerücht, daß er auf dem Punkte ſtehe abzureiſen. Die Unterhandlungen wurden von Neuem aufgenommen; Diez gab in weſentlichen Punkten nach und veränderte die urſprüngliche Grundlage der ihm von Berlin gegebenen Vorſchläge. Der Hauptpunkt der Hertzbergſchen Politik, die Erwerbung der polniſchen Gebiete durch die Rückgabe Galiziens, erſchien in dem ſpäteren Vertrag in anderer Geſtalt; daß die Pforte erſt Frieden ſchließen wolle, wenn ſie ſich der Krim wieder bemächtigt habe, widerſprach geradezu der wiederholt ausgeſprochenen Meinung des preußiſchen Miniſters, und die ſchroffe Stellung, welche dem Vertrage nach Preußen zu Oeſterreich und Rußland einnehmen ſollte, vertrug ſich nicht mit der durch Hertzberg von Anfang an zäh feſtgehaltenen Taktik, ohne Krieg durch kriegeriſche Demonſtrationen eine Gebietserweiterung für Preußen zu erlangen. Und ſelbſt dieſen Vertrag von zweifelhaftem Werthe koſtete es Mühe zum Abſchluß zu bringen. Mehrere Tage lang ſtockte die Unterhandlung völlig; der preußiſche Diplomat war außer Stande, eine Antwort zu bekommen und es drang nur das beunruhigende Gerücht zu ſeinen Ohren, daß die Türken gleichzeitig mit Oeſterreich und Rußland unterhandelten. Er ſuchte die Türken zugleich durch die Lockſpeiſe preußiſcher Macht zu gewinnen und durch die Drohung eines feindlichen Bruches einzuſchüchtern; er wiederholte das Schauſpiel ſeiner bevorſtehenden Abreiſe; er erklärt am 26. Jan. binnen drei Tagen Conſtantinopel zu verlaſſen und verlangt ſeine Päſſe. Kurz, er wandte nach ſeinem eigenen Ausdruck alle Mittel an, welche ihm Vernunft und Politik menſchenmöglich machten, um den Abſchluß zu erlangen.

---

*) Surtout-en ce que selon le 1. article on veut l'obliger de ne faire la paix qu'après la conquête de la Crimée et de tous les autres pays perdus ce qui implique. la garantie de ces pays et que dans ce seul cas la Porte veut ridiculement s'intéresser pour que la Gallicie soit rendue — ſchreibt D. am 15. Jan. an den König.

Am 31. Januar 1790 erfolgte die Unterzeichnung; Diez meldete mit triumphirenden Tone die „große Neuigkeit" nach Berlin, doch mit dem Beiſatze, daß man aus ſeinen Depeſchen erſehen werde, welch verzweifelte Mittel er noch habe anwenden müſſen, um die Unterzeichnung zu gewinnen.*)

In Berlin war indeſſen ſchon vorher die Abberufung von Diez beſchloſſen. Die unangenehme Entdeckung von dem Verrath der Depeſchen, woran Diez freilich unſchuldig war, hatte in Berlin eine lebhafte Verſtimmung gegen ihn erweckt; man bildete ſich zugleich ein, oder nahm wenigſtens den Schein an es zu glauben, als ſei den Türken ſelber das längere Verbleiben von Diez unerwünſcht. Bereits am 12. Januar hatte ſich Hertzberg in einem vertraulichen Schreiben an einen befreundeten Diplomaten dahin geäußert, daß man Diez der Pforte opfern müſſe;**) nur wolle man nicht mitten in der eben begonnenen Unterhandlung ihn abberufen. Indeſſen erfolgte die Zurückberufung; ein Schreiben Hertzbergs vom 27. Jan. kündigte dem Geſandten den Entſchluß an und bezeichnete als Motive den Verrath der Depeſchen und die Unzufriedenheit der Türken. Als Nachfolger ward der Major von Knobelsdorf geſchickt.

Faſt in dem Augenblick, wo dieſe Meldung von Berlin abging, ſchickte Diez den fertigen Vertrag vom 31. Januar an Hertzberg. Man nahm ihn dort nicht ſo triumphirend auf, wie Diez ihn angekündigt; vielmehr füllte der Vertrag das Maß der Unzufriedenheit mit dem Geſandten. „Was haben Sie gedacht — ſchrieb Hertzberg am 13. März — zu verſprechen, der König werde ſowohl gegen Rußland als gegen Oeſterreich den Krieg erklären und erſt nach Wiedereroberung der Krim die Waffen niederlegen? Das findet ſich in keiner Ihrer Inſtructionen und bringt mich in die größte Verlegenheit, ſowohl in Bezug auf die Ratification, als in Anſehung der Ausführung; wir wollten wohl gegen Oeſterreich Krieg führen, aber nicht auch gegen Rußland, und die Wiedereroberung der Krim zu verſprechen, iſt uns unmöglich.***) Ich weiß auch, daß die türkiſchen Miniſter ſich rühmen, Sie vermöge Ihres all-

---

*) Par quels moyens désespérés j'ai forcé l'affaire.

**) — Vous pourriez faire connoître au Reis-Effendi que le Roi regrettait d'avoir appris que D. lui avait déplu et qu'il avait été sur le point de la rappeler pour le faire voir le grand cas que S. M. faisait de lui.

***) Diez vertheidigt ſich in einem Schreiben an den König (d. d. 8. Mai) mit den Worten: Je dirai ici seulement que la reprise de la Crimée n'est stipulée nulle part dans le traité et que la Porte ayant insisté à nommer les ennemis aux quels V. M. voulait faire la guerre, ne je pouvois point m'y refuser sans rendre suspectes mes vues. Aussi V. M. ne m'a-t-elle jamais dit auparavant qu'elle voulait faire seulement la guerre à l'Autriche mais pas à la Russie. Il faut même dans ce moment la plus grande circonspection pour cacher ici cette idée afin que la Porte n'en prenne pas d'ombrage et ne se prête pas aux propositions de paix favorables que la Russie vient de lui faire.

zugroßen Drängens vollkommen düpirt zu haben; diese versprechen uns nichts und Sie haben ihnen Alles versprochen! Ich weiß nicht, was ich in dem Augenblicke thun soll; doch da wir fünf Monate Zeit haben zur Ratification, werde ich diese so lange als möglich verzögern, um die Ereignisse abzuwarten."

Hertzberg selber erkannte wohl, wie wenig Aussicht sei, die kriegführenden Mächte lediglich durch kriegerische Demonstrationen zu einem Frieden zu bewegen, wie er den Wünschen der Pforte entspreche. Doch fürchtete er den Krieg nicht, auch wenn er ihn nicht gewollt hatte. „Wenn uns die Oesterreicher zuerst angreifen — schrieb er am 30. März —, so werden sie gut empfangen werden. Der König wird sie mit drei Armeecorps von je 50,000 Mann und 30,000 Mann Polen angreifen, während ein anderes Corps von 30,000 Mann die Russen beschäftigt. Aber es muß alles Mögliche geschehen, damit die Türken zu Ende Mai im Felde erscheinen und den Krieg mit aller Kraft führen, so daß wenigstens 100,000 Oesterreicher und 100,000 Russen beschäftigt werden und der König nicht die ganze Macht der beiden großen Monarchien allein auf sich hat." Auch versichert der preußische Staatsmann, daß der König sehr bereit sei zum Kriege,*) wenn die beiden Kaiserhöfe sich nicht zur Abtretung Galiziens, der Moldau und Walachei bereit zeigten; aber die Türken müßten sich dann doch dazu verstehen, die Krim und die Grenzen des Passarowitzer Friedens aufzugeben.

Es war nicht zu leugnen, der preußische Gesandte, der den Vertrag vom 31. Januar abgeschlossen, hatte seine Vollmacht überschritten; denn abgesehen von einzelnen Abweichungen, war die Hauptsache zu einem anderen Ergebniß geführt, als man in Berlin wollte. Von einer preußischen Vermittlung und Bürgschaft, deren Lohn Danzig und Thorn sein sollten, war man nun doch zu einem engeren Verhältniß mit den Türken gekommen; aus einer Defensivallianz war ein Schutz- und Trutzbündniß geworden, und während der König seinem Botschafter früher ausdrücklich anbefohlen, ihn nicht in einen Krieg zugleich mit Rußland und Oesterreich zu verwickeln, so schien jetzt eben ein solcher Krieg so gut wie unvermeidlich und man mußte sich in Berlin an den Gedanken gewöhnen, daß man im Mai 1790 gegen beide Kaiserreiche zugleich die Waffen kehren müsse. War es Absicht, war es Zufall, die Dinge, wie sie geworden waren, sahen den ersten kriegerischen Entwürfen von Diez mehr ähnlich, als dem Projecte bewaffneter Vermittlung Hertzbergs. Und wer wollte, wenn einmal der erste Kanonenschuß gefallen war, den Lauf der folgenden Dinge berechnen? Denn wie gering man auch von der Kriegsleitung der Türken, Polen und Schweden denken mochte, vereinigt und von einer energischen Politik Preußens geführt, stellten sie doch eine Masse von

*) Am 3. April. Le Roi est fort porté pour faire la guerre et entrer en campagne vers la fin de mai etc.

Kräften ins Feld, die dem russisch-österreichischen Bündniß genug konnte zu schaffen machen. Dazu war Ungarn in heftigster Gährung, Belgien in offenem Aufstande und Abfall begriffen, Frankreich durch seine eigenen Erschütterungen außer Stande, Verpflichtungen gegen Oesterreich zu erfüllen, Preußen dagegen durch enge Bündnisse mit England, Holland, Polen und der Pforte verbunden; wohl konnte man mit Diez und Hertzberg sagen: noch nie ist der Moment günstiger gewesen für eine Erhebung Preußens auf Kosten der österreichischen und russischen Macht. Es ist gewiß, ein solcher Krieg mußte den größeren Theil von Europa ergreifen und vielleicht länger dauern, als die „paar Jahre", die ihm Diez prophezeit, aber es standen auch, wie in keinem früheren, neben der wohlgeordneten Rüstung an Heereskräften Verbündete zur Seite in den aufrührerischen Bewegungen, von denen ein guter Theil der österreichischen Monarchie ergriffen war. Daß die Politik Hertzbergs sich nicht bedenken werde, diese Aufstände als erwünschte Verbündete anzusehen, das konnten wir bereits früher aus seinen eigenen vertraulichen Aeußerungen herauslesen; jetzt eben im Laufe des Jahres 1789 ergab sich ein öffentlicher Anlaß, der beweisen konnte, daß der Leiter der auswärtigen Politik in Preußen, wo es den Vortheil und die Macht seines Landes galt, sich weder von Revolutionsfurcht noch von einer eingebildeten Solidarität monarchischer Interessen bestimmen ließ.

Locale Mißverhältnisse zwischen der Stadt Lüttich und dem Fürstbischof waren dort seit dem Jahre 1789 rasch zu politischen Bewegungen herangewachsen und hatten unter dem Eindrucke der Ereignisse im Westen in dem heißblütigen Wallonenvolke eine Miniaturrevolution hervorgerufen. Der Fürstbischof nahm seine Zuflucht zu der beliebten Taktik: er gab nach und adoptirte alle Neuerungen wie freiwillige Zugeständnisse — um bessere Zeiten abzuwarten. Als er die Stadt in Vertrauen eingewiegt, verließ er heimlich das Gebiet, ließ beim Reichskammergericht ein Urtheil gegen das „verabscheuungswürdige Unterfangen" auswirken und Execution androhen. Die Angst vor der Revolution beflügelte diesmal den Schneckengang der kammergerichtlichen Verhandlungen. Preußen gab den Klagen der Lütticher Gehör und schickte Dohm hin, um an Ort und Stelle die Sachlage zu prüfen. Der spätere Ausgang freilich bereitete der preußischen Politik eine herbe moralische Niederlage, aber es hing auch dies wie vieles Andere mit dem Umschwunge in Preußen zusammen, den wir im Folgenden werden kennen lernen. Für jetzt schien kein Zweifel darüber, daß in dem bevorstehenden Kriege des Jahres 1790 Preußen mit allen Volksbewegungen in Ungarn, Polen, Belgien, Lüttich im engsten Bunde auf den Kampfplatz gehen werde. Die Abgeordneten der Brabanter wie der Ungarn fanden in Berlin freundliche Aufnahme, in Warschau wie in Lüttich stand die preußische Politik für die freieren Verfassungen und neugewonnenen Volksrechte ein.

Ward diese Politik so consequent festgehalten, wie sie kühn angelegt war,

welch andere Geſtalt ſtand der europäiſchen Politik in den nächſten Jahren bevor! Während, mit Hertzberg zu reden, in Frankreich der revolutionäre Vulcan in ſich ſelber austobte, unberührt und nicht genährt von auswärtiger Einmiſchung, wandte ſich faſt die ganze vereinigte Macht Mitteleuropas, die Seeſtaaten, Schweden, Polen und die Pforte unter preußiſcher Leitung zum Kriege gegen das ſchon tief zerrüttete Oeſterreich und gegen Rußland, um vielleicht, wie Diez früher hoffte, die Macht beider auf ein Jahrhundert unſchädlich zu machen. Der Gedanke, Rußland wieder zu Gunſten der Schweden, Polen und Osmanen um einen Theil der Gebiete zu bringen, durch die es ſich ſeit Peter dem Großen erweitert, lag, wie wir ſahen, wenigſtens einzelnen Perſonen als letzter Wunſch im Sinne. Es iſt ganz anders gekommen, und das Jahr 1790 iſt für die europäiſche Politik eben dadurch bedeutend geworden, daß eine geradezu entgegengeſetzte Strömung damit begann. Die europäiſche Coalition gegen den Oſten löſt ſich überraſchend ſchnell, faſt lautlos auf; die bisher entzweiten Mächte rüſten ſich zu einer bewaffneten Einmiſchung in den weſtlichen Vulcan und bereiten deſſen entzündenden Stoffen den Weg nach Außen; Rußland konnte ganz ungeſtört der Verfolgung ſeiner öſtlichen Entwürfe nachgehen.

Zu dieſer völligen Umkehr der politiſchen Lage wirkten zunächſt zwei ſehr verſchiedene Ereigniſſe gleich mächtig mit: die wachſende Ausbreitung der franzöſiſchen Revolution und der Tod Joſephs II. In Frankreich waren alle die Experimente, durch die man ſeit 1774 verſucht hatte, dem tiefzerrütteten Staatsweſen aufzuhelfen, mißlungen; ſie hatten nur dazu gedient, die hülfloſe Ohnmacht der alten Gewalt ſtufenweiſe zu enthüllen und den Zauber, der einſt die alte Monarchie umgeben, völlig zu zerſtören. Die ökonomiſchen Verlegenheiten, die Händel mit den privilegirten Körperſchaften, die fruchtloſen Verſtändigungsverſuche mit Parlamenten und Notabeln waren ſeit 1789 in eine gewaltige Umwälzung umgeſchlagen, welcher zuerſt die überlieferte Autorität der Monarchie, dann die Vorrechte des Feudaladels erlegen waren, nun auch die mittelalterliche Kirche zu erliegen drohte. Aus dem Streite über die Formen der Verwaltung und Verfaſſung, über die Steuern und deren Vertheilung war eine furchtbare Revolution geworden, welche in Frankreich ſelbſt bereits die Grundfeſten der Geſellſchaft erſchütterte, und deren wachſende Macht den ganzen Zuſtand Europas umzugeſtalten drohte. Der feudalen Ordnung, auf welcher die alten Staaten Europas beruhten, war hier mit ſolch wilder Entſchiedenheit und durchgreifender Conſequenz der Krieg erklärt, daß für alle Gewalten und Stände der europäiſchen Welt, deren Exiſtenz mit dieſer Ordnung verknüpft war, ein gleich lebhaftes Intereſſe beſtand, ſich dem weiteren Vorſchreiten der Revolution zu widerſetzen. Gelang es, die Fürſten und Regierungen in dies Intereſſe hereinzuziehen, ſo war eine völlige Umkehr der europäiſchen Politik die nächſte Folge: ſtatt des Streites im Oſten um türkiſches und polniſches Gebiet entwickelte ſich im Weſten ein Kampf gegen die propagandiſtiſche Macht der Revolution.

Der Tod Josephs II. erleichterte diese Umwandlung. Es war dem Kaiser das traurige Loos geworden, alle seine Entwürfe gescheitert, sein ganzes Lebenswerk in wildester Zerrüttung zu sehen. Lauter unvollendete und zum Theil vergebliche Arbeit umgab ihn; in den wichtigsten Lebensfragen seiner Politik hatte er den Rückzug antreten müssen. In Ungarn regte sich theils der barbarische Widerwille gegen jede Ordnung, theils die nationale Antipathie und trotzte seinen Versuchen der Verschmelzung und Nivellirung; in Belgien wirkte die adelige und kirchliche Feudalität mit wirklich revolutionären Elementen zusammen, sein Werk zu zerstören; der österreichische Erbstaat, dessen Einheit und Uniformität das Ziel seines Lebens gewesen, war in voller Auflösung begriffen, der noch unbeendigte Türkenkrieg, von dessen Ausgang sich der Kaiser die eine Hälfte des osmanischen Reiches versprochen, zog sich in schleppender Einförmigkeit dahin und drohte ihm die vereinigte Macht Preußens und seiner Verbündeten auf den Nacken zu hetzen. Der Kaiser siechte hin, von körperlichen Leiden, Familienunglück und dem schmerzlichen Bewußtsein einer fruchtlosen Lebensthätigkeit gewaltsam aufgezehrt. Er starb am 20. Febr. 1790 und seine letzten Worte enthielten das wehmüthige Geständniß, „er habe das Unglück gehabt, alle seine Entwürfe scheitern zu sehen."

Die bleibende Wirkung, die Joseph für die österreichische Monarchie gehabt — eben die unwiederbringliche Zerrüttung und Durchgährung des alten Zustandes — verschwand in diesem Moment vor dem unmittelbaren Eindruck chaotischer Verwirrung, den der Anblick des Reiches gewährte. Die Niederlande waren im vollen Aufstande, in Ungarn drohte ein Gleiches; Böhmen war in einer Gährung, wie seit dem dreißigjährigen Kriege nicht mehr, bis nach Kärnthen, Steiermark und Tirol erstreckte sich der Widerstand gegen das kaiserliche System, und selbst im deutsch-österreichischen Erzherzogthume und in Vorderösterreich, wo die verjährte Politik jede selbständige Regung dauernd erstickt zu haben schien, zuckten Lebenszeichen einer politischen Bewegung auf. Josephs gewaltsames Bestreben, den österreichischen Einheitsstaat zu erzwingen, hatte gerade das Ergebniß gehabt, die einzelnen Nationalitäten zum Bewußtsein zu wecken, indessen sein einförmiger und mechanischer Bureaukratismus die verschiedensten Interessen empfindlich verletzte.

Die Bedrängniß der Lage war den Nachbarmächten kein Geheimniß. Die diplomatischen Berichte des preußischen Gesandten sind erfüllt mit Schilderungen des erschütterten Zustandes der ganzen Monarchie, der wachsenden Gährung in Ungarn und Belgien, der Sorge vor Rußland, der Furcht vor einem Conflict mit Preußen.*) Es ist, schreibt in den ersten Tagen des Jahres 1790 der preußische Gesandte, empörend, von allen Seiten zu hören, wie die eignen Unterthanen dieses Fürsten nur den Wunsch hegen von

*) S. die Relationen des Baron Jacobi-Klöst (Im preuß. geh. Staatsarchiv).

ihm befreit zu sein; denn es herrscht darüber nur eine Stimme, daß sein Tod allein die Monarchie vor dem Abgrund bewahren kann, an welchem sie sich befindet. Josephs letzten Schritte sprachen denn auch deutlich aus, daß seine Energie gebrochen war; er entschloß sich zu Concessionen im Innern, welche dem Aufgeben seines Systems gleich kamen. Aber auch nach Außen, so wollte die fremde Diplomatie aus manchem Anzeichen schließen, war er geneigt einzulenken, als sein Tod der Lösung der Krisis zu Hülfe kam.

Es war eine günstige Fügung für Oesterreich, daß eine Persönlichkeit wie Leopold II. dem stürmischen und ungeduldigen Joseph folgte. Leopold war wie Joseph ein Zögling jenes aufgeklärten Absolutismus, der die Throne und Cabinete der Zeit beherrschte, aber er war weder von dem humanitarischen Feuereifer seines kaiserlichen Bruders erfüllt, noch seiner Natur nach zu so ungestümen und gewaltsamen Mitteln angelegt. Von stark sinnlicher Anlage und nicht wie Joseph von Entwürfen und Thaten innerlich aufgerieben, sondern weit nachgiebiger gegen den Genuß des Lebens, geschmeidig und mild in den Formen, und darum in der Regel seines Zieles viel sicherer als Joseph, hatte er in Toscana eine viel bewunderte Verwaltung im humanen und aufklärenden Stile der Zeit geleitet. Daß diese humane und freisinnige Mode jener Tage nicht allzu tief bei ihm ging und er keineswegs geneigt war, im Kampfe dafür sein Leben einzusetzen, wie Joseph, das bewies er in der Regierung, die er fortan in Oesterreich führte. Sein Aufenthalt in Italien war von sichtbarem Einfluß auf sein ganzes Leben; wie durch ihn die schlimmen Künste südlicher Despotie, die Spionage und geheime Polizei, erst recht organisirt worden sind in Oesterreich, so war auf ihn auch etwas von jener Ueberlieferung florentinischer Staatskunst übergegangen, die mit Feinheit und Ausdauer die von Josephs Ungestüm verlorenen Posten wieder zu erobern wußte.

Er begann damit, der furchtbaren Gährung im Innern durch Nachgiebigkeit zu steuern; ohne das Ziel Josephs, die österreichische Staatsmacht und Staatseinheit, aufzugeben, hielt er es doch für gerathen, die straff angezogenen Bande der Centralisation etwas zu lockern. Den Ungarn ward versprochen, ihre aristokratische Feudalverfassung solle wieder hergestellt werden, den Belgiern die gleiche Aussicht eröffnet, den Clerus und Adel aller Provinzen beschwigtigte er durch Verheißungen der Restauration, die josephinische Steuerverfassung ward beseitigt. In Ungarn erstanden die Obergespannschaft des Bacser Comitats, die croatische Banuswürde, die königliche und Septemviraltafel, die höchsten Gerichtsstellen in Ofen von Neuem; die Krönung ward in alter Weise vorgenommen, der Landtag wieder eröffnet. Auch in Böhmen und Mähren ward dem aristokratisch ständischen Interesse nachgegeben; der Adel hoffte sogar eine Zeitlang, wenn auch vergebens, die Leibeigenschaft wieder aufleben zu sehen. In allen diesen Maßregeln gab Leopold dem feudalen Interesse auf Kosten der Masse des Volkes nach; allein auch bei ihm

war die Sorge für die eigene Regierungsgewalt lebhaft genug, um weitergehende Conceſſionen zu verhindern. Die Generalſeminarien verſchwanden, einzelne Klöſter erhielten ihre Güter, der Paulinerorden ſeine Landſtandſchaft, das Kloſter Mölk ſeine Vorrechte zurück, die Aufrechterhaltung des Piariſtenordens ward verfügt — aber vergeblich hoffte der Clerus auf die volle Reſtitution der Klöſter und die Abſtellung der geiſtlichen Hofcommiſſion. In der äußeren Geſtalt des Hofes verſchwand die ſoldatiſche Schlichtheit Joſephs und kehrte die reichere Repräſentation und äußere Pracht zurück. Die Büchercenſur ward ſtreng gehandhabt und ausdrücklich eingeſchärft, die „Bücher und Brochüren nicht zuzulaſſen, welche die Religionslehren und das, was in die kirchliche Verfaſſung einſchlägt, ſammt den Dienern der Religion dem Geſpötte preisgeben.“ *)

Das Wichtigſte blieb aber die Löſung der auswärtigen Verwicklungen. So lange der Krieg mit der Pforte Heer und Finanzen aufzehrte, die Verhältniſſe zu Polen und den Seemächten in offene Feindſeligkeit auszuſchlagen drohten und ein Krieg mit Preußen bevorſtand, war an eine innere Beruhigung der Monarchie nicht zu denken. Die Gefahr, den ganzen Beſtand der öſterreichiſchen Ländermacht vermindert, Galizien verloren, dafür Preußen mit neuen Abtretungen vergrößert und durch die Clientel Polens, Schwedens, Hollands verſtärkt zu ſehen, wog ſchwer genug, um für's Erſte alle weitreichenden Entwürfe, wie ſie Joſeph noch 1787—1788 gehegt, aufzugeben und vor Allem den Beſtand der Geſammtmonarchie ſicherzuſtellen.

Mit äußerſter Spannung folgte man in Preußen den erſten Schritten des neuen Regenten. Welche Maßregeln er nehmen, ob er die Rüſtungen fortſetzen, ob er dem ruſſiſchen Bündniß zugethan oder zur Annäherung an Preußen geneigt ſein, wie er ſich zu Frankreich ſtellen und welche Schritte er thun würde, um das Innere der Monarchie zu beruhigen — dieſe und ähnliche Fragen beſchäftigten das preußiſche Cabinet mehr als Alles andere. Der erſte Eindruck, den daſſelbe empfing, zeugte von äußerſter Vorſicht und Zurückhaltung Leopolds. Schlauheit und Verſtellung, ſo berichtete der preußiſche Geſandte, ſind die großen Talente dieſes Fürſten. Daß aber ein Verſuch der Annäherung gemacht werden würde, darauf deutete Leopold gleich im erſten Momente hin, als er durch Fürſt Reuß ſeine Thronbeſteigung ankündigen ließ. Wie er im Innern durch Zeichen der Nachgiebigkeit Vertrauen gewonnen, ſo mochte er auch hoffen, durch eine verſöhnende Haltung gegen Preußen den König mit Hertzbergs Politik zu entzweien.

Er wandte ſich wenige Wochen nach Joſephs Tod (25. März 1790) an Friedrich Wilhelm II. Im freundlichſten Tone der Nachgiebigkeit und der

*) S. Sartori, Leopoldiniſche Annalen. Zwei Theile. Augsb. 1792. 1793. Vgl. auch Beidtel über die Juſtizreformen unter K. Leopold II. in den Sitzungsberichten der Akademie IX. 233 f.

geschmeidigen Weise florentinischer Politik suchte er die persönliche Stimmung des preußischen Monarchen für den Frieden zu gewinnen, der ihm selber so außerordentlich nothwendig war. „Er habe — äußerte er*) — im Kampfe gegen die Türken nichts erreichen wollen, als sein gutes Recht, wie es ihm schon der Friede von Passarowitz verheißen habe; nur die Besorgniß vor einer Theilnahme Preußens und Polens am Kampfe hätte ihn veranlaßt, lediglich zu seiner Vertheidigung die Truppenmassen in Böhmen, Mähren und Galizien zu sammeln. Er denke an keinerlei Vergrößerung; er wolle nur seinen eigenen Heerd vertheidigen. Er werde gern die Hände bieten zu Allem, was ein vollkommenes Vertrauen und Beruhigung herstellen könne. Auch über den Fürstenbund hege er andere Ansichten, als man sie bei ihm vorausgesetzt; zum Beitritte eingeladen, würde er nicht zögern Theil zu nehmen, falls gegenseitige Gleichheit zwischen sämmtlichen Verbündeten bestehe."

Die rauhe und trotzige Sprache, wie sie Joseph liebte, stimmte nicht zur Lage der österreichischen Monarchie; vielleicht führte der milde und friedfertige Ton des Nachfolgers besser zum Ziele. In Berlin war man freilich noch weit entfernt, in die friedlichen Worte, die Leopold auch mündlich gegen den preußischen Gesandten hören ließ, großes Vertrauen zu setzen. Die Eröffnungen aus Wien, schrieb der König am 31. März, sind immerhin nützlich, um Zeit für die Rüstungen zu gewinnen; ich betrachte sie aber nur unter diesem Gesichtspunkt und bin im Uebrigen überzeugt, daß sie ebenso hinterlistig als unannehmbar sind. Höchstens regte sich die leise Hoffnung, daß es gelingen werde, in Wien die Gefährlichkeit der russischen Ansprüche darzulegen und dem Nachfolger Josephs das Bündniß mit Rußland zu verleiden. Auch Hertzberg hielt einen Separatvertrag Oesterreichs mit Preußen für nicht undenkbar. Aber Vertrauen zur Politik Leopolds bestand noch keines. Sie werden, schrieb Friedrich Wilhelm seinem Minister am 8. April, aus unsrer Antwort Alles entfernt halten, was die Miene eines Ultimatums an sich trägt; das müssen wir vermeiden, bis ich marschfertig bin.

Indessen fühlte sich die preußische Politik doch einigermaßen gehemmt durch das Verhältniß zu ihren Verbündeten. In England weckte die Allianz Preußens mit der Pforte ernste Sorgen; man trug sich dort mit dem Gedanken, allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vorzuschlagen, während dessen man über den Frieden auf Grundlage des Status quo vor dem Kriege unterhandeln könne. In Berlin ward das ungern vernommen; man sah darin einen Rückzug der britischen Politik, die doch bisher Preußen zu kräftigem Vorgehen angespornt habe.**) Wenn der Waffenstillstand, schrieb

*) Hertzberg, Recueil des deductions III. 61 f. Das Uebrige findet sich in den Berichten Jacobi's, einer ministeriellen Depesche vom 26. Febr. und der Correspondenz Friedrich Wilhelms II. vom Ende März. (Im geh. Staatsarchiv.)

**) Ueber die Verhältnisse seit Leopolds II. Regierungsantritt und die Verhandlungen zu Reichenbach gibt Hertzberg (Recueil III.) aus naheliegenden Gründen nur

der König am 13. April, ſtattfindet, ſo kann er ſich natürlich nur auf die in den Krieg verwickelten Mächte beziehen; ich werde die Rüſtungen fortſetzen und mich durch liſtige Vorſchläge nicht hinhalten laſſen. Um jedoch nicht für den Angreifer zu gelten, würde ich den Vorſchlag unter der Bedingung annehmen, daß die Waffenruhe nur zwei Monate dauert, damit ich die Zeit nicht verliere und noch dieſes Jahr ins Feld gehen kann. Das war auch die Anſicht des Miniſteriums. Bei allem unverholenen Verdruß über die britiſchen Anträge, hielt man es doch für rathſam, England nicht zurückzuſtoßen, damit Preußen nicht dem Vorwurf ſich ausſetze, es wolle einen Vergrößerungskrieg um jeden Preis. An ſich erſchien zudem der Vorſchlag auf Grund des Status quo über den Frieden zu verhandeln, nicht gar bedenklich, weil aller Vorausſicht nach ſchon Rußland denſelben ablehnen würde.*)

In dieſem Sinne ward die Antwort an Leopold entworfen; ſie wies zwar das Friedensanerbieten nicht zurück, allein es waltete darin doch der Gedanke der Hertzberg'ſchen Politik vor. Das Verhalten Preußens war durch den Gang der öſterreichiſch-ruſſiſchen Politik motivirt, die Bereitwilligkeit ausgeſprochen, auf den Grund des Status quo Frieden zu ſchließen. Daran reihte ſich dann der Vorſchlag Hertzbergs: eine dauernde Erledigung der orientaliſchen Frage dadurch herzuſtellen, daß ein von allen Mächten anerkanntes und verbürgtes Abkommen den ferneren Beſtand des osmaniſchen Reiches begrenze und ſicherſtelle. Zugleich verwies der König auf ſeine Bündniſſe mit Holland und England, auf die Verträge mit Polen und mit der Pforte, die es ihm nicht geſtatteten, ſich „auf beſtimmtere Erklärungen einzulaſſen."

Der Eindruck dieſes Schreibens in Wien war verſchieden; Leopold, ſo meldeten die Berichte, habe ſich befriedigt gezeigt, auch wenn er ſchwerlich die Hand bieten werde zur Abtretung Galiziens. Kaunitz dagegen verhehlte ſein

---

fragmentariſche Mittheilungen, die durch das precis de la carrière diplomatique du Comte de H., welches Köpke in der Zeitſchrift für Geſchichtswiſſenſchaft I. 1—36 veröffentlicht hat, zum Theil ergänzt werden. Außer den ſchon in unſerer erſten Bearbeitung benutzten Actenſtücken, welche die früher erwähnten Papiere von Diez enthielten, haben wir neuerlich das ganze urkundliche Material, welches das k. preuß. geh. Staatsarchiv enthält, zu Rathe ziehen können. Es ſind außer den Jacobiſchen Relationen hauptſächlich die papiers et actes touchant la marche du Roi en Silésie, die Correſpondenz Hertzbergs mit Finkenſtein, die Papiers concernant la correspondance immédiate au Roi avec Leopold Roi de Hongrie etc., und verſchiedene zerſtreute Actenſtücke, die zur Vervollſtändigung dienen.

*) Wie eine Note des Miniſteriums ſagt, man könne darauf eingehen sous la condition preliminaire que l'Angleterre engageant la cour de Vienne et de Petersbourg à accepter d'avance le status quo avant la guerre, condition que l'Angleterre ne pourra jamais obtenir de la Russie, ce qui les brouillera et fera gagner à V. M. le tems de se bien preparer pour la campagne.

Mißvergnügen nicht und fand die Vorschläge Preußens geradezu beleidigend.*) Inzwischen brachte England seinen Antrag eines Waffenstillstandes und zwar ohne die bestimmte Bedingung anzufügen, der Friede müsse als Grundlage den Zustand vor dem Kriege haben. Natürlich war das in Berlin willkommener, als die erste Form des britischen Vorschlags. Nun haben wir freie Hand, schrieb Hertzberg am 27. April, und können auf unserem Tauschproject bestehen, ohne durch den Status quo des englischen Cabinets genirt zu sein. Aber für friedlich sah man die Situation noch nicht an; gerade in jenen Tagen dachte man daran, diejenigen deutschen Fürsten, mit denen man in engeren Beziehungen stand, zur raschen Bereitschaft ihrer Contingente aufzufordern. Auch was man von Wien vernahm, ließ sich im Sinne kriegerischer Aussicht deuten.

Da kam das zweite Schreiben Leopolds vom 28. April; es war in sehr verbindlichem Tone gehalten, wenn auch ohne bestimmte Zusagen; der britische Vorschlag eines Waffenstillstandes war nur kurz berührt und im Uebrigen auf die Verbindlichkeiten verwiesen, in denen Oesterreich zu Rußland stand. Kriegerisch lautete der Brief in jedem Falle nicht; noch weniger die Erklärungen, die Fürst Reuß mündlich gab. In einer Conferenz, die derselbe mit dem preußischen Ministerium hatte, fiel die Andeutung, daß sein Monarch und Fürst Kaunitz nicht völlig gleiche Meinung hegten, daß vielmehr Leopold zum Frieden geneigt sei, wenn man die Verhandlung nur nicht durch zu schroffe Erklärungen erschwere. Auf preußischer Seite fand man dabei nichts Bedenkliches; binnen eines Monats, äußerte das Ministerium am 3. Mai, könne man entweder zu einer Verständigung oder zum Kriege kommen, zu welch letzterem übrigens Leopold nicht die geringste Neigung zu haben schien. Auch der König meinte: bis Ende des Monats wolle er noch warten; doch dürfe man, wenn die Armee marschfertig und die Jahreszeit günstig sei, mit Unterhandlungen keine Zeit mehr verlieren.

In einer besonderen Audienz legte dann der König dem Fürsten Reuß die Vorschläge Preußens dar. Die Pforte solle das Gebiet, das sie zwischen Donau und Dniester verloren, zurückbekommen; dagegen Oesterreich von der Walachei und Serbien behalten, was ihm im Frieden von Passarowitz eingeräumt war. Von Galizien solle der südöstliche Winkel, der von Ungarn und Siebenbürgen begrenzt sich bis zum Dniester, zum Stry und dessen Mündung in den Dniester ausdehnt, bei Oesterreich bleiben, der Rest an Polen zurückfallen. Preußen erhielt dafür Danzig und Thorn und verpflichtete sich die Pforte zu bestimmen, daß dieselbe die Krim an Rußland, die Passarowitzer Grenzen an Oesterreich überlasse; außerdem stimmte Preußen für die Kaiserwahl Leopolds und trat der Unterwerfung Belgiens nicht entgegen. Oesterreich ward auf diese Weise genügend entschädigt, jeder Grund einer Eifersucht

*) So berichtet Jacobi in zwei Depeschen vom 24. und 26. April.

zwiſchen Oeſterreich und Preußen beſeitigt, im Orient das Gleichgewicht hergeſtellt. Nur wünſchte Preußen auf dieſe Vorſchläge raſchen Beſcheid zu erhalten, jedenfalls vor Ende des Monats. Ich habe, ſchrieb der König (6. Mai) an ſein Miniſterium, lange mit ihm über die Abtretung von Galizien geſprochen; er ſchien mir nicht dagegen zu ſein und es dünkte ihm nicht unmöglich, ſeinen Hof dazu zu beſtimmen. In dieſem Sinne fiel die Antwort aus, womit (9. Mai) der preußiſche Monarch das letzte Schreiben Leopolds erwiderte. Mit Berufung auf ſeine Verpflichtungen, die einen längeren Aufſchub nicht duldeten, begehrte Friedrich Wilhelm einen klaren und unumwundenen Beſcheid; man könne ſich ja über Präliminarien verſtändigen, deren weitere Erörterung einem Congreß anheimgegeben würde; dabei war auf die Eröffnungen verwieſen, die der König eben dem Fürſten Reuß gemacht hatte.

Die Schwäche der preußiſchen Stellung war gleich in dieſen Anfängen der Verhandlung das unſichere Verhältniß zu England geweſen; ſtatt einer raſchen Entſcheidung wollte die britiſche Politik die Angelegenheit hinausziehen, ſtatt des Hertzbergſchen Entſchädigungsplanes wünſchte ſie Frieden auf der Grundlage des Zuſtandes vor dem Kriege. Drum ſuchte man ſich in Berlin vor Allem nach dieſer Seite hin zu decken. Am Tage nach dem Schreiben an Leopold, am 10. Mai, gingen dringende Eröffnungen an die britiſchen Staatsmänner. Auf der einen Seite, hieß es darin, werde Preußen gedrängt von den Türken, Polen, Schweden, Belgiern, auf der andern Seite verſage ihm die unentbehrliche Unterſtützung der Seemächte. Wiederholt ward dann das Hertzbergſche Ausgleichungsproject als der ſicherſte Ausweg empfohlen und dringend das Begehren erneuert, daß England bei Verfolgung dieſes Planes Preußen nicht im Stich laſſe. Allein das Londoner Cabinet blieb bei ſeiner früheren Anſicht. Es verbarg ſein Mißbehagen über die türkiſch-preußiſche Allianz nicht und beharrte bei dem Status quo als Grundlage des Friedens.*) Die Vertreter der Seemächte in Berlin, dort von einflußreicher Seite unterſtützt, drangen in Hertzberg, daß er dieſen Ausweg nicht verwerfe.**) Es ſei ja möglich, daß Oeſterreich gegen den Unnadiſtrict ſich eine kleine Abtretung Galiziens gefallen laſſe, und dafür Danzig und Thorn zu erlangen ſei. Hertzberg ſetzte doch den Geſandten in Wien davon in Kenntniß, damit er die Stimmungen dort erforſche. Von Wien freilich drängten ſich ziemlich widerſprechende Nachrichten; bald entſchiedene Friedenszeichen, bald Anderes, was auf kriegeriſche Ausſichten hinwies; Leopold hieß es, neige zum erſteren,

*) Note des Herzogs von Leeds vom 21. Mai.

**) Les ministres d'Angleterre et de Hollande, ſchreibt am 29. Hertzberg nach Wien, et nos premiers personnages instruits par eux sont venus me tourmenter pour que je n'insiste pas sur un demembrement de la Gallizie, si le roi de Hongrie nous offroit simplement le retablissement du status quo.

Kaunitz zum Widerstande. In Berlin tauchte wohl der Verdacht auf, daß dies Alles nur ein berechnetes Spiel sei, um Zeit zu gewinnen und der preußischen Politik den Vortheil des Moments zu entwinden. In einer Unterredung, die der preußische Gesandte mit Spielmann hatte,*) versicherte der Letztere, daß man nichts dagegen habe, wenn Preußen irgend eine Erwerbung mache, ja daß man bereit sei zur Erwerbung von Danzig und Thorn mitzuwirken, nur könne sich Oesterreich nicht die eigenen Besitzungen zur Erreichung dieses Zweckes verkürzen lassen. Der preußische Gesandte empfing aus Allem, was er hörte und sah, den Eindruck, daß Leopold wohl den Frieden wünsche und dafür auch ein kleines Opfer nicht scheue, daß er aber lieber zu den Waffen greifen, als Galizien abtreten werde.

Damit stimmte auch die Antwort überein, die Leopold auf den preußischen Ausgleichungsvorschlag, zunächst nur in der Form von „vorläufigen Betrachtungen", abgehen ließ; er erklärte sich bereit zu Friedensunterhandlungen auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege, lehnte aber die preußischen Tauschanträge ab. Leopold sah Galizien durch den in Aussicht gestellten türkischen Gebietstheil durchaus nicht ersetzt, der letztere sei ein Länderstrich ohne Cultur, ohne Gewerbfleiß, zum Theil ohne Bewohner, während Galizien durch seine Bevölkerung wie durch seinen Ertrag gleich wichtig sei. Galizien sei im Einverständniß mit Preußen, ja auf seine Veranlassung erworben und in feierlichen Verträgen garantirt worden; der vorgeschlagene Tausch erscheine darum nur wie eine preußische Vergrößerung auf Kosten Oesterreichs. Die Kaiserwürde betrachtete Leopold nur als eine Ehre, die aus persönlichen Vertrauen entsprang, nicht als einen Zuwachs an Macht. Am wenigsten wollte er sich aber dazu verstehen, daß eine diplomatische Einmischung in die belgischen Händel stattfinde; denn das Recht Oesterreichs sei hier unzweifelhaft, und man kenne unter den europäischen Souveränen keinen, dessen Haß gegen Oesterreich so maßlos sei, daß er darüber alle die Betrachtungen vergessen könnte, die einen Fürsten abhalten müssen, die empörten Unterthanen eines andern zu unterstützen.

Die Antwort verfehlte in Berlin ihren Eindruck nicht. Noch schmeichelte man sich zwar dort mit der Aussicht, Leopold werde zur Erwerbung von Danzig und Thorn mitwirken, allein man verkannte doch nicht, daß er den Status quo vor dem Kriege allen andern Auswegen vorziehen werde. Damit war aber die Lage wesentlich verändert; es fehlte der Grund zu einem Angriffe Preußens, sobald Leopold sich erbot, den Besitzstand vor dem Kriege herzustellen. Unter diesen Umständen, meinte auch Hertzberg,**) sei die Annahme dieser Grundlage einem Kriege von ungewissem Ausgang vorzuziehen. Vielleicht gelinge es doch, einige Vergrößerungen für Polen und damit Dan-

*) Depesche Jacobi's vom 22. Mai.

**) Bericht an den König d. d. 30. Mai.

zig und Thorn zu erlangen; das gebe neben den reellen Vortheilen einen Zuwachs an Anſehen, inſofern Preußen die Pforte geſchützt und den kriegführenden Mächten ihre Eroberungen entwunden habe. Der König, ſchlug er vor, ſolle von dem Fürſten Reuß eine raſche und deutliche Antwort fordern; auch könne er ſich zur Armee nach Schleſien begeben, nicht um den Krieg zu beginnen, ſondern um auf alle Ereigniſſe gefaßt zu ſein und die entſcheidende Verhandlung zu beſchleunigen. Rußland ſei durch militäriſche Demonſtrationen zu imponiren, Schweden von einem Separatfrieden abzuhalten, durch eine Aufſtellung in Geldern die Brabanter und Lütticher zu ermuthigen. Der König erklärte ſich damit einverſtanden; er wollte nach Schleſien gehen und Hertzberg ſollte ihn begleiten. Die Antwort an Oeſterreich ſollte Preußens Bereitwilligkeit zu einem Waffenſtillſtand auf Grund des Status quo ausſprechen, aber doch zugleich einige Abtretungen für Polen vorbehalten, um gegen ſie Danzig und Thorn einzutauſchen. Am 2. Juni erfolgte die Erwiderung des berliner Cabinets. Noch einmal war der Tauſch Galiziens als vortheilhaft für Oeſterreich dargeſtellt, aber zugleich die Hand geboten zu einer günſtigeren Vertheilung des Gebiets. Dem Vorwurf, daß ja Preußen die Erwerbung Galiziens veranlaßt, ward mit der Erinnerung begegnet, daß vielmehr Oeſterreich durch die Wegnahme der Zipſer Städte den erſten Anſtoß zur Theilung Polens gegeben habe. Ueber Belgien und die Kaiſerwahl enthielt ſich die preußiſche Note weiterer Erörterungen; es ward nur bemerkt, daß im Falle die beiden Höfe ſich über die Hauptſache nicht einigten, Preußen in Bezug auf jene zwei Punkte völlig freie Hand habe.

In ähnlichem Sinne ward Jacobi, der Geſandte in Wien, inſtruirt.*) Er ſollte, indem er ſich auf die Grundlage des Status quo einließ, doch zugleich der Idee einer Abtretung Eingang verſchaffen und ſoviel wie möglich von Galizien abzuhandeln ſuchen. Geht der Wiener Hof, ſo ſchrieb ihm das Miniſterium, einmal auf den Gedanken ein, von Galizien ein Stück abzugeben, ſo wird ſich das Uebrige leicht ordnen. In den nämlichen Tagen hatte aber der Geſandte in Wien mehrere ausführliche Unterredungen mit dem Grafen Cobenzl, die ihn ſelber überzeugten, daß es ganz verlorene Mühe ſei, den Oeſterreichern von einer Abtretung Galiziens zu reden. Cobenzl beſchränkte ſich auf allgemeine, ziemlich vage Verſicherungen in Betreff des Waffenſtillſtandes, er betrachtete die belgiſche Verwicklung als eine rein innere Angelegenheit; jede Hindeutung aber auf eine Abtretung Galiziens wies er nicht nur mit unverkennbarem Widerwillen, ſondern ſelbſt mit einer gewiſſen Gereiztheit zurück. Es fiel wohl auch gelegentlich der Wink, daß hinter Leopold noch ungeduldigere Anſichten drängten, die lieber einen Krieg wollten, als ein unwürdiges Nachgeben. Wenn Preußen durchaus auf Danzig und Thorn ausgehe, ſo gebe es wohl ein Mittel, die Polen zu entſchädigen. Oeſterreich

*) Depeſchen vom 2. und 4. Juni.

habe soviel türkisches Gebiet erobert, daß man damit, etwa mit der Moldau, die Polen abfinden könne. Und das werde wohl Preußen nicht verlangen, daß es eine Erwerbung auf Kosten Oesterreichs mache.*) Dieser letzte Hinweis auf die Moldau fand in Berlin keine freundliche Aufnahme, man sah darin nichts als eine Hinterlist, darauf berechnet, Preußen und die Pforte zu entzweien.

Das Resultat aller dieser Erörterungen beschränkte sich also zunächst darauf, daß Oesterreich zwar die Hand zum Frieden bot, aber jede Verpflichtung zurückwies, diesen Frieden anders als auf Grundlage des Zustandes vor dem Kriege zu schließen, während Preußen eine solche Basis nicht wohl ablehnen konnte, aber doch auch die Hoffnung nicht aufgab, spätere Modificationen durchzusetzen. Diese Hoffnung ruhte freilich auf schwankendem Grunde; die Möglichkeit zwar hatten die Oesterreicher nicht völlig abgelehnt, aber doch jede bindende Aeußerung darüber vermieden. Als der preußische Gesandte in jenen Tagen eine Audienz bei Leopold hatte, empfing er von ihm die freigebigsten Versicherungen seiner Friedensliebe und seines Wunsches einer Verständigung mit Preußen, aber auf das wiederholte Berühren der Entschädigungs- und Tauschprojecte wußte der österreichische Monarch jedesmal auszuweichen.

Indessen hatte in Preußen seit Ende Mai die Bewegung der Truppen nach Schlesien begonnen; der König selbst begab sich dahin, während Graf Henkel die in Ostpreußen vereinigten Streitkräfte an der lithauischen Grenze zusammenzog, und ein anderes Corps unter Usedom und Kalkreuth sich fertig machte, von der Weichsel durch Polen den Marsch nach Schlesien anzutreten. Wenn es zum Kriege kam, so lagen die Chancen für Preußen nicht ungünstig; die Gährung in Ungarn und Belgien, die Unmöglichkeit einer französischen Einmischung, die Bündnisse Preußens mit östlichen und westlichen Mächten gaben einen Schein von Ueberlegenheit. Doch erschienen die Allianzen stärker als sie waren. Vor Kurzem (29. März) war zu Warschau das Bündniß Preußens mit Polen abgeschlossen worden. Beide Staaten verbanden sich darin zu gegenseitiger Freundschaft, zur Garantie ihrer Gebiete und bei einem feindlichen Angriffe, von welcher Seite er auch komme, zunächst zu friedlicher Vermittlung, dann zu bewaffneter Hülfe; jede fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens ward zurückgewiesen. Diesem Bündniß sollte ein Handelsvertrag nachfolgen, um den widerwärtigen Plackereien und gegenseitigen Chicanen ein Ziel zu setzen, die durch die ungeschickte Abgrenzung an der Weichsel herbeigeführt wurden. Eine gründliche Lösung lag freilich nur in der Abtretung von Danzig und Thorn. So lange beide Städte polnische Enclaven in Preußen blieben, war nicht allein der preußische Handel gehemmt, sondern auch der polnische durch die hohen Weichselzölle, die Preußen auflegte, in seiner Entwicklung gestört. Drum sah Preußen mit

*) Berichte Jacobi's vom 2. 3. 4. und 9. Juni.

Recht nur in der Abtretung beider Städte die durchgreifende Abhülfe; mit der bekannten Gebietsentschädigung und der Erleichterung des Weichselhandels hoffte es die Polen zu befriedigen. Der Entwurf eines Handelsvertrags, den die preußische Regierung damals vorlegte, enthielt die Feststellung dieser Punkte; eine persönliche Correspondenz zwischen den beiden Monarchen sollte die Schwierigkeiten ebnen. Allein die Bemühungen waren fruchtlos; Polen wollte sich ebenso wenig zur Abtretung der beiden Weichselstädte herbeilassen, als Oesterreich zum Austausch eines Theils von Galizien und die Pforte zur Hergabe der Passarowitzer Grenzen. Und stand es etwa mit der Unterstützung der Seemächte besser? Hollands Auftreten war durch die Haltung Englands bedingt, und England, wegen Grenzstreitigkeiten in Nordamerika mit Spanien entzweit und mit Frankreich gespannt, hegte wenig Neigung, seine Verlegenheiten in Europa zu mehren, vollends für eine Verstärkung Preußens an der Weichsel und eine Hebung des preußisch-polnischen Ostseehandels! Der von Oesterreich angebotene Status quo war vielmehr gerade das, was den britischen Wünschen und Interessen am meisten zu entsprechen schien.

Man sieht, wenn die kriegerischen Aussichten auch für Preußen günstig genug erschienen, seine diplomatischen Beziehungen waren unsicher und drohten im entscheidenden Augenblicke zu versagen. Die Rechnung, die sich das berliner Cabinet gemacht, entbehrte der soliden Grundlage; dasselbe war nach keiner Seite hin gewiß, mit seinen Ausgleichungsvorschlägen Eingang zu finden. Mit der Türkei war ein Bündniß geschlossen, das von den für Oesterreich bestimmten Abtretungen nichts erwähnte; mit Polen ward eben ein Allianzvertrag unterzeichnet, worin von dem Austausch Danzigs und Thorns keine Rede war. Die Seemächte waren nicht geneigt und nicht gebunden, die preußischen Forderungen um jeden Preis durchzusetzen und Oesterreich hatte sich zwar zum Frieden auf der Grundlage des Status quo bereit erklärt, aber zugleich jede Verpflichtung über diese Grenze hinaus beharrlich zurückgewiesen. Gerade die letzten Nachrichten aus Wien ließen eine Aenderung darin nicht erwarten. Ich habe mich überzeugt, schreibt am 18. Juni Baron Jacobi, daß man entschlossen ist, nicht ein Dorf von Galizien abzutreten, sondern lieber die Gefahren eines Krieges auf sich zu nehmen.

So standen die Dinge, als der preußische Monarch sich um Mitte Juni nach Schlesien begab. Vor Allem, schrieb er am 14. Juni, liegt mir daran, daß sich Alles in weniger als drei Wochen entscheidet; denn ich will meine Zeit nicht verlieren in fruchtloser Verwendung enormer Summen und in der Schwächung meiner Armee durch Desertion und Krankheiten. Zudem ist es lächerlich, die Zeit mit Complimenten hinzubringen, wenn man an der Spitze einer Armee steht, wie die meinige ist. In Schönwalde, zwischen Reichenbach und Glaz, schlug der König (18. Juni) sein Hauptquartier auf; Hertzberg war ihm gefolgt; die Gesandten der befreundeten Mächte hatten sich nach Breslau begeben.

Gerade von ihnen wurden der preußischen Politik die ersten Schwierigkeiten bereitet. Der König hatte, als die Reise nach Schlesien zuerst besprochen ward, nur im Allgemeinen geäußert: Hertzberg und die Minister von England, Holland und Polen sollten ihn begleiten. Später, im Monat der Abreise erklärte er: lediglich Hertzberg möge ihm folgen, die Uebrigen in Breslau bleiben. Ihre unmittelbare Nähe schien bedenklich. „Ein Minister von Ihrer Fähigkeit, schreibt Friedrich Wilhelm am 21. Juni an Hertzberg, braucht die Unterstützung eines Ewart und Reede nicht; dieselben denken ohnedies mehr an den Vortheil ihrer Höfe, als an den Nutzen und die Ehre Preußens. Wissen wir einmal von den österreichischen Eröffnungen genug, um unsere Entscheidung zu treffen, dann kann man ihnen Mittheilungen machen; vorher würde ihr Geschwätz sicherlich mehr Schaden als Vortheil bringen." Hertzberg verhehlte zwar seine Besorgniß nicht, daß die Vertreter der verbündeten Mächte das übel nehmen könnten; allein es blieb dabei. Am 26. Juni trafen dann Fürst Reuß und Baron Spielmann in Reichenbach ein, um als Bevollmächtigte Oesterreichs die Verhandlung mit Preußen zu eröffnen. Jetzt verlangte der britische Gesandte Ewart zu den bevorstehenden Conferenzen zugelassen zu werden. Den Seemächten, meinte er, gebühre das große Verdienst, Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu stimmen; sie hätten dem Wiener Cabinet die Anerkennung des Status quo vor dem Kriege „abgerungen". So nannte man die Annahme einer Friedensbasis, die jetzt für Oesterreich bereits der erwünschteste Ausweg war! Auch sei der britische Gesandte in Wien, Lord Keith, für die Annahme eines „guten Ausgleichungsplanes" thätig gewesen und werde fernerhin in dieser Richtung wirken. Die Abweisung von den Conferenzen werde England compromittiren; der Gesandte könne dann auch nicht in Breslau bleiben, sondern müsse sich ganz zurückziehen. Hertzberg war natürlich dieser Zwischenfall höchst unwillkommen; zunächst ließ sich erwarten, daß Oesterreich, wenn ihm einmal die geringe Eintracht unter den Verbündeten bekannt war, seinen Ton und seine Ansprüche steigern werde. Auf der andern Seite schien es doch bedenklicher, die Alliirten durch Zurückweisung zu verletzen, als sie zur Theilnahme beizuziehen. Dahin neigte denn auch der Ausweg, den er dem König vorschlug. Er wollte die erste Conferenz mit den österreichischen Bevollmächtigten allein halten, um die Hauptgrundlage des Friedens festzustellen, dann die Gesandten der Verbündeten nach Reichenbach einladen. Die weiteren Conferenzen würden den Ausgleichungsplan betreffen, der durch die Unterstützung der Seemächte nur vortheilhafter werden könne.

Der König schien indessen fest. Wenn die Abtretung, welche die Oesterreicher bieten, zu klein wäre, schrieb er am Tage der Eröffnung der Conferenzen, so sei sie unzulässig, denn sie würde dann nur die Pforte kränken und das Vertrauen der Polen verscherzen. Lieber dann den Status quo ohne jede Aenderung; das sei ehrenvoller. Und auf das Begehren des britischen Vertreters äußerte er gegen Hertzberg am 27. Juni: man müsse erst die Vor-

schläge Oesterreichs abwarten; wenn es sich um einen Bruch und die Vorbereitungen zum Kampf handle, brauche man die fremden Diplomaten nicht. „Gehen Sie von der Ueberzeugung aus, schloß der Brief, daß ich an der Spitze meines Heeres weniger nachgiebig sein darf, als wenn ich in meinem Cabinet zu Berlin unterhandelte." Doch gab er am andern Tage dem Wunsche Hertzbergs nach, die Minister der Alliirten nach Reichenbach einzuladen.

An demselben Tage hatten die Conferenzen begonnen. Von den Oesterreichern aufgefordert, entwickelte Hertzberg zunächst den preußischen Entschädigungsplan. Als er die Abtretung von Danzig und Thorn nebst einigen Grenzdistricten in Erwähnung brachte,*) wollten die österreichischen Bevollmächtigten den Umfang und Werth dieser Abtretungen wissen; Hertzberg schlug das Ganze auf 120,000 Einwohner und — absichtlich etwas übertrieben — auf 600,000 Thaler Einkünfte an. Baron Spielmann fand dies hoch und meinte, man könne auch die versprochenen Zollerleichterungen von dem für Polen bestimmten Aequivalent in Abzug bringen, was Hertzberg mit dem Bemerken ablehnte, das sei eine Angelegenheit, welche nur die Regierungen von Polen und Preußen angehe. Wiederholt kam der österreichische Unterhändler auf den Status quo als Grundlage des Friedens zurück, der preußische Minister wich jedesmal aus.**) Spielmann versäumte nicht darauf hinzuweisen, daß Oesterreich nicht nur für die etwaigen Abtretungen an Polen eine Entschädigung durch die Türkei erhalten müsse, sondern auch ein Aequivalent für die Vergrößerung Preußens. Hertzberg verlangte dann von den Oesterreichern eine Erklärung darüber, was sie an Polen abtreten und was sie als Ersatz von der Türkei verlangen wollten. Nach einigen Umschweifen bezeichnete Spielmann die Grenzen des Passarowitzer Friedens als die Forderung Oesterreichs; auch könne man des Ehrenpunktes wegen Belgrad nicht zurückgeben. Hertzberg meinte, aus demselben Ehrengrund könne Preußen nicht zulassen, daß diese wichtige Grenzfeste den Türken genommen werde, zumal Oesterreich durch die Donau, Aluta und Unna genügend geschützt sei. In ähn-

*) „Les villes de Dantzig et de Thorn avec leurs territoires en outre cela les districts en deçà de l'Obra depuis son confluent de la Warta jusqu'aux frontières de la Silesie et l'enclavure ou le district entre la Netz et la Warta jusqu' à Obernicki et delà en ligne droite jusqu' à Thorn ou jusqu' au confluent de la Vistule et de la Drewenza" — hieß es in H.'s Bericht vom 27. Juni.

**) — „que j'ai toujours taché d'éluder parcequ'il ne convient pas à V. M." schreibt Hertzberg. Aehnlich schrieb er am 28. an Ewart, als er ihn und die Vertreter Hollands und Polens einlud, herüberzukommen. Je me flatte que vous voudrez appuyer par vos consiels les preliminaires que j'ai projetés et que vous ne voudrez pas faire mention du status quo, qui n'est qu'un pis aller, au quel il ne faut venir, que quand on ne peut pas faire agreér nos projets conciliatoires.

licher Weise wurden dann die polnischen Abtretungen erörtert. Hier gingen denn freilich die Ansichten beider Theile noch mehr auseinander. Hertzberg verlangte ein ansehnliches, für Polen gut gelegenes Stück von Galizien, die Oesterreicher boten einen ungünstig gelegenen Theil, der ihrer Versicherung nach etwa 300,000 Einwohner enthielt und 343,000 Gulden Einkünfte brachte. Hertzberg wollte es scheinen, als betrage dies ganze angebotene Stück nicht den achten Theil von Galizien, die Oesterreicher brachten aber eigene Karten bei, welche sie für richtiger ausgaben. Vergebens forderte der preußische Minister Brody und die Salzwerke von Wieliczka, die österreichischen Diplomaten wollten sich auf nichts weiter einlassen, ohne erst neue Instructionen von Wien zu haben.

Hertzberg schien mit diesem Anfang zufrieden. War doch der Status quo umgangen und die Verhandlung an den Entschädigungsentwurf angeknüpft; die Oesterreicher hatten sich darauf einlassen und ihre eigenen Forderungen angeben müssen. Nun, dachte der preußische Staatsmann, sei die Sache in gutem Zuge. Er übergab (29. Juni) einen Plan gegenseitiger Verständigung; darin waren die Abtretungen der Türkei, die in Galizien und die in Polen festgestellt, die Vermittlung für einen allgemeinen Frieden ausgemacht, den Belgiern bei gütlicher Unterwerfung eine Amnestie und ihre alte Verfassung garantirt und die Lüttticher Angelegenheit einer gütlichen Vermittlung überlassen. Darauf erklärten die Oesterreicher erst neue Instructionen einholen zu müssen; sie erhielten dieselben am 11. Juli und legten sie zwei Tage später Hertzberg vor. Es waren Vorschläge, welche zwar statt Hertzbergs Entschädigungsentwurf mehrere davon abweichende Alternativen enthielten, aber doch den Grundsatz einer Abtretung einzelner Districte von Galizien und des Ersatzes durch türkische Abtretungen einräumten. Damit hätte Hertzberg die Hoffnung noch nicht aufgegeben, seinen Plan durchzuführen. Der König freilich hatte schon vorher geäußert, wenn man die Türken zu den verlangten Abtretungen nicht bestimmen könne, so sei die Herstellung des Besitzstandes vor dem Frieden der ehrenvollste Ausweg, worauf Hertzberg erwiderte, ehrenvoll möge es wohl sein, aber nicht vortheilhaft. Man verzichte damit auf die Erwerbung von Danzig und Thorn, auf den Ersatz der Kriegskosten und auf die Früchte der jüngsten Allianz mit Polen. Der König widersprach dem nicht und Hertzberg glaubte, die Sache sei im richtigen Geleise.*)

*) In der Correspondenz vom 6. Juli erörtert Hertzberg die verschiedenen Möglichkeiten und bleibt dabei, seinen Ausgleichungsplan als den besten Weg zu bezeichnen. Am Schluß sagt er: Si V. M. faisait venir en attendant le M. de Lucchesini et le colonel de Zegelin, Elle pourrait se servir de l'un pour endoctriner les Polonais et de l'autre pour traiter avec les Turcs. Der König schrieb zurück: j'attendrai la reponse de la Cour de Vienne d'après la quelle je vous ferai part tout de suite du parti que je jugerai à propos de prendre; j'attends le M. de Lucchesini à chaque instant.

Aber die Dinge ſollten ſich ganz anders wenden, ehe noch die öſterreichiſche Antwort eintraf. Schon ſeit Ende Juni waren die Geſandten der Seemächte nach Reichenbach gekommen und gaben die Erklärung ab, ſie würden zu einem Entſchädigungsplan, wie der Hertzbergs ſei, die Hand nicht bieten und ſeien auch durch die Allianz mit Preußen dazu nicht verpflichtet; ſie könnten nur zu einem Frieden mitwirken, der auf der Grundlage des ſtrengen Status quo geſchloſſen werde. So war alſo eingetreten, was Hertzberg einmal gefürchtet: die Seemächte, ſtatt Preußen zu ſtärken, kamen nur, indem ſie ihre Uneinigkeit mit Preußen recht grell an den Tag legten, der Politik Oeſterreichs zu Hülfe. Nun traf auch (10. Juli), vom König gerufen, Lucheſini aus Warſchau ein und machte ſehr ſtarke Zweifel geltend, ob die Polen ſich friedlich zur Abtretung von Danzig und Thorn herbeilaſſen würden. Während in Erwartung der öſterreichiſchen Antwort die Verhandlung ruhte, begann man im preußiſchen Hauptquartier ſich von Neuem die verſchiedenen Möglichkeiten zu erwägen. Die Wagſchale fing an ſich zu Gunſten des Status quo zu neigen; man dachte eine kurze Friſt zu ſtellen und außer der Garantie der belgiſchen Verfaſſung auch noch die der ungariſchen, geſtützt auf einen Vertrag von 1606, zu verlangen. Hertzberg ſah dieſe Wendung kommen; er ſei, ſchrieb er (11. Juli) an den König, in ſein Ausgleichungsproject nicht verliebt, allein er habe gemeint, daſſelbe ſei nützlich für Preußen und im Ganzen wohl ebenſo ſchnell zu erreichen, wie die Unterhandlung auf Grund des Zuſtandes vor dem Kriege. Wenn man dem letzteren Bedingungen anhänge, wie die Garantie der ungariſchen Verfaſſung, ſo ſchaffe man ſich neue Schwierigkeiten, ja möglicher Weiſe einen Kriegsfall.*) Indeſſen Hertzberg ſah ſich mit ſeiner Anſicht ſchon ziemlich iſolirt. Wie er ſelbſt damals an Finkenſtein ſchrieb: ich glaube, wir werden Mühe haben, in Wien, Petersburg und bei der Pforte den reinen Status quo durchzuſetzen, der uns dann 20 Millionen unnützer Ausgaben koſtet; mein Ausgleichungsproject ließ ſich mit einiger Anſtrengung durchſetzen, hätte uns Anſehen erworben und die Ausgaben erſetzt, allein ich kann den Strom nicht aufhalten. In der That erfolgte dieſe Wendung. Noch am 11. Juli erhielt Hertzberg durch Lucheſini den neuen Plan des Königs. Die Polen, hieß es darin, wollten nichts von einem Tauſche, die Türken nichts von einer Abtretung wiſſen; dies und die hinhaltende Taktik des Wiener Hofes laſſe als den beſten und ehrenvollſten Weg erſcheinen: einfach den Zuſtand vorzuſchlagen, wie er vor dem Kriege beſtanden habe. Dem ſei aber ausdrücklich die Garantie der belgiſchen und ungariſchen Verfaſſung anzufügen.

Die Ankunft der öſterreichiſchen Antwort erſchien als ein Grund mehr, einen ſolchen Weg zu wählen. Man müſſe, hieß es, den Knoten zerhauen, den die Schlauheit des Fürſten Kaunitz zu ſchürzen ſuche; es ſei klar, daß

*) Schreiben Hertzberg's an den König und an Finkenſtein, beide vom 11. Juli.

man in Wien nur darauf sinne, Preußen hinzuhalten, bis es die beste Zeit und das Vertrauen seiner Verbündeten verloren habe. Eben darum sei die Aufstellung des Zustandes vor dem Kriege die ehrenvollste und vortheilhafteste Bedingung für Preußen. *)

So war Hertzbergs Politik aufgegeben. Friedrich Wilhelms sanguinische und rasche, aber nicht ausdauernde Natur begann vor den Schwierigkeiten zu weichen, die sich dem erst so eifrig ergriffenen Ausgleichungsproject entgegenstellten. Hertzberg selbst glaubte, es hätten jetzt wie früher Einflüsse, die ihm persönlich ungünstig waren, ihm entgegengewirkt; daß Lucchesini seine Plane in den letzten entscheidenden Punkten durchkreuzt hatte, scheint unverkennbar; es mögen wohl auch geschickte österreichische Einflüsterungen die Thätigkeit der diplomatischen Höflinge unterstützt haben. Der König aber, noch in der letzten Woche des Juni stolz und kriegslustig gestimmt, war jetzt mit einem Male verstimmt über die wachsenden Schwierigkeiten; er klagte über den Undank der Polen, die Haltung der Türken und fand Hertzbergs verwickelten Plan mit dem Hintergrunde der Erwerbung von Danzig und Thorn zu weitaussehend, er wollte eine rasche Lösung, auch wenn Preußen dabei leer ausginge. Gerade auf eine Persönlichkeit wie die seine machte die Betrachtung Eindruck, daß der reine Status quo noch ehrenvoller scheine, als jeder andere Ausweg. Der König von Preußen gab dann der Pforte den Frieden und erschien im Glanze höchster Uneigennützigkeit; man konnte ihm nicht nachsagen, er habe sich für seine Friedensdienste mit einem Stück Polen bezahlen lassen. Eine solche Lösung entsprach den verschiedensten Eigenthümlichkeiten von Friedrich Wilhelms II. Naturell: seiner Abneigung gegen ausdauernde Arbeit und seiner Zugänglichkeit für generöse und uneigennützige Motive in der Politik.

Am Morgen des 14. Juli ward Hertzberg zum König beschieden und in Gegenwart des Herzogs von Braunschweig und Lucchesini's die Frage noch einmal besprochen. Die Annahme des Status quo und der Verzicht auf Danzig und Thorn war nun entschieden, wiewohl Hertzberg noch einmal vergeblich sein Ausgleichungsproject verfocht. Auch wünschte der König, daß Lucchesini an den Conferenzen Theil nehme; das lehnte Hertzberg aber ab. Man trennte sich in Frieden, allein noch am Nachmittag erhielt der Minister ein Schreiben des Königs, aus welchem unverhüllt eine herbe und mißmuthige Stimmung herausklang. „Ich bestehe durchaus darauf, schreibt der König, daß alle Weitläufigkeit vermieden wird; wir werden uns entzweien, wenn Sie die Sache noch länger hinausziehen; sie soll auf die eine oder auf die andere Art entschieden werden. Ihre Absichten sind gut, aber Sie schaden dem Staatswohl, wenn Sie nicht Alles, was die Verhandlung verzögern kann, kurzweg abschneiden. Sie sollen sich nicht länger von Fürst Kaunitz hinhalten lassen. Wenn ich für jetzt auf Danzig und Thorn verzichte, so wird das den Wiener

*) Zwei Schreiben des Königs vom 13. Juli.

Hof nöthigen, deutlich zu reden und nicht mehr tauſend Ausflüchte zu finden; drum muß man den ſtrengen Status quo vorſchlagen, wie ich Ihnen ausdrücklich aufgetragen habe." Man ſieht, die Ungeduld, die in jedem Falle einen raſchen Abſchluß will, kleidet ſich hier noch in einen drohenden hohen Ton; die Oeſterreicher ſollen zur Entſcheidung genöthigt, ihnen der Status quo gleichſam aufgedrungen werden. Friedrich Wilhelm II. ſchien alſo nicht zu ahnen, daß, was er hier den Oeſterreichern abtrotzen will, ihnen das wünſchenswertheſte ſein mußte; er wiegte ſich noch in dem Glauben, Herr der Situation zu ſein, während die combinirten Manöver der Gegner wie der Alliirten ihn zum vollen Rückzug drängten. *)

Hertzberg vertheidigte ſich in einem Schreiben, das er noch am nämlichen Abend an den König richtete. Er rühmte ſich darin, ſelbſt früher den Status quo als einen Ausweg angerathen zu haben, und nur im vollen Einverſtändniß mit dem König habe er den Entſchädigungsentwurf vorgelegt. Aber auch mit dieſem hätte die Verhandlung raſch ihren Abſchluß gefunden, wie er denn auch an allen Verzögerungen ganz unſchuldig ſei. „Meine Anhänglichkeit an das Staatswohl, ſo ſchloß er in gekränktem Tone, glaube ich in 45jährigen Dienſt bewährt zu haben; aber ich werde nicht mehr mit der früheren Ruhe und Befriedigung dienen, ſeit man glaubt, Drohungen gegen mich anwenden und mir Fehler zurechnen zu müſſen, deren ich mich unſchuldig weiß."

So ward alſo der Status quo als Friedensbaſis vorgeſchlagen; binnen zehn Tagen ſollten die Oeſterreicher ſich darüber erklären. Trotz dieſer peremptoriſchen Form, die Preußen vorſchrieb, hatte in der Sache Oeſterreich das Spiel ganz gewonnen; das fühlte Niemand tiefer als Hertzberg. Ihm war eine politiſche Arbeit, an der er Jahre lang zuſammengeflochten, wie in einem Anfall übler Laune bei Seite geworfen und ein anderer Weg eben nur aus dem Grunde gewählt, weil er der kürzeſte ſchien.

Hertzberg vollzog die königliche Weiſung; eine Note vom 15. Juli erklärte den öſterreichiſchen Unterhändlern, daß Preußen bedauere, auf die vorgeſchlagene Grundlage, wie ſie die letzte Note des Fürſten Kaunitz enthalte, nicht mehr eingehen zu können, daß es dagegen bereit ſei, ſich unter der Bedingung des ſtrengen Status quo, wie er vor dem Kriege war, zu verſtändigen. Preußen wünſche daher, daß Oeſterreich auf dieſer Baſis einen vorläu-

*) Auch am 17. äußerte ſich brieflich der König in ähnlich dringendem Tone; ja noch am 20. trug er Hertzberg auf, da die Oeſterreicher hinhalten wollten, am Kriegsmanifeſt zu arbeiten, „pour qu'il soit prêt si ce gens vouloient encore m'amuser; toutes mes mesures sont prises et rien ne peut ni doit les arrêter que l'acceptation du status quo en plein." Gegen Hertzberg blieb aber eine Gereiztheit, die ſich auch im letzten Stadium der Unterhandlung noch einmal geltend machte. Le premier devoir d'un ministre, ſchrieb am 25. Juli der König, est d'obéir à son maître et j'espère que je n'auroi pas besoin de vous en faire souvenir, worauf Hertzberg ſichtlich gekränkt erwiederte.

ſigen Waffenſtillſtand und dann den definitiven Frieden mit der Pforte abſchließe; die Erklärung darüber erwarte man in möglichſt kurzer Friſt. Die beiden öſterreichiſchen Botſchafter nahmen die Miene der Ueberraſchung und Betroffenheit an; ſie thaten, als erblickten ſie in dieſer brüsken Wendung ein kriegsluſtiges Ultimatum und Friedrich Wilhelm ſelber befand ſich noch in der Täuſchung, die Hertzberg nicht mehr theilte, man könnte in Wien die preußiſche Forderung verwerfen; indeſſen die Raſchheit, womit man dort Antwort gab, bewies am beſten, wie ſehr dieſe Wendung den Wünſchen Oeſterreichs entſprach. Schon am 20. Juli ward in Wien die zuſtimmende Antwort ausgefertigt; am 23. war ſie in den Händen der Bevollmächtigten zu Reichenbach. Man hatte in der That die kürzeſte Friſt eingehalten. Am folgenden Tage berichtete Hertzberg dem König über den Inhalt der öſterreichiſchen Erklärung. Leopold — ſchrieb er — wolle ſich zu einem Waffenſtillſtand nach dem ſtricten Status quo herbeilaſſen und erwarte nur, daß die Pforte, in Anbetracht der Zurückgabe aller Eroberungen, ein freundliches Einverſtändniß über Sicherſtellung der Grenzen eingehe, natürlich unter Vermittlung Preußens und ſeiner Verbündeten. Hertzberg ſah damit die Abſicht des Königs erreicht; der letzte Vorbehalt enthalte nichts Bindendes und ſcheine nur beſtimmt, den Rückzug Oeſterreichs auf eine anſtändige Weiſe zu decken. In jedem Falle könne man, etwa in einem geheimen Artikel, die Bedingung beifügen, daß für jeden Zuwachs an Gebiet, der Oeſterreich vielleicht zufalle, Preußen einen Erſatz, etwa in Oberſchleſien, enthalte. Die öſterreichiſchen Bevollmächtigten ſeien dazu nicht abgeneigt, verſicherten jedoch, es handle ſich um keine Vergrößerung, ſondern nur um eine Grenzberichtigung, die Oeſterreich vor den Einfällen der Bosnier ſicherſtelle. Auch die Geſandten der Seemächte, die der Conferenz beiwohnten, meinten, man ſolle der öſterreichiſchen Politik dieſen Rückzug einräumen, und erklärte ſich bereit, ein Protokoll aufzunehmen, welches jede bedenkliche Deutung dieſes Zuſatzes abſchneide. Weiter wollte Leopold erklären, daß er, im Fall Rußland nicht gleichzeitig den Frieden mit der Pforte abſchließe, keine andere Verpflichtung gegen ſeinen Verbündeten einhalten, ſondern nur die Feſtung Chotzim als neutrales Pfand bis zum Frieden beſetzen werde; ihre ſofortige Rückgabe an die Türken würde nur die Folge haben, daß die Pforte, außer Stand ſie zu behaupten, ſie den Ruſſen überlaſſen müſſe. Im Uebrigen wünſche Oeſterreich dringend den raſchen Abſchluß des Friedens zwiſchen Rußland und der Pforte, da die Fortſetzung des Krieges vorausſichtlich nur den Türken neue und größere Verluſte zuziehen müſſe; es fiel dabei die Andeutung, daß für die Abtretung der Provinz Oczakow bis zum Dnieſter der Friede mit Rußland zu erlangen ſei. Hertzberg ſelbſt war mit dem erſten einverſtanden; er und der britiſche Botſchafter ſprachen zugleich den Wunſch aus, Schweden in den Frieden aufgenommen zu ſehen und zwar auf Grund der früheren Verträge. In Bezug auf die Form waren die öſterreichiſchen Miniſter der Anſicht, es ſolle dar-

über von beiden Seiten eine Erklärung gegeben und diese nach der Zurückziehung der beiderseitigen Truppen ratificirt werden. Endlich verlangte Oesterreich eine Erklärung von Seiten Preußens, daß es die Unterwerfung der Niederlande mit Zusicherung der alten Verfassung nicht hindern werde, auch die Garantie der Verfassung durch die Seemächte und das Reich, nicht durch Preußen allein, gegeben werden solle.

Die Antwort des Königs schrieb Hertzberg kurz die Punkte vor, auf denen das Uebereinkommen beruhen solle. Die preußische Erklärung solle erstens die Annahme des Status quo als Grundlage des Friedens hinstellen und diese Grundlage nicht nur von Oesterreich ausdrücklich anerkannt, sondern auch von den Gesandten der Seemächte sofort zu Reichenbach garantirt werden.*) Zweitens solle die preußische Erklärung der weiteren Wünsche Oesterreichs nur unter der Voraussetzung erwähnen, daß Preußen ein Ersatz zugesichert werde. Drittens werde Preußen sich in Betreff Belgiens, seiner Unterwerfung wie seiner Verfassung, niemals von den Seemächten trennen. Viertens sei der Friede mit Rußland eine Sache für sich und man solle es Preußen überlassen, die Interessen der Pforte wahrzunehmen, ohne sich vorher über Abtretungen zu bereden, die dem Status quo widersprächen. Fünftens solle die Unterhandlung über den Frieden selbst nur unter der Aufsicht und Vermittlung der drei Bevollmächtigten von Preußen, England und Holland stattfinden.

Darauf erfolgte am 27. Juli die österreichische Erklärung; sie nahm den Status quo als Grundlage des Waffenstillstands und Friedens an, behielt sich aber jene Modificationen zur Sicherstellung der Grenzen und die vorübergehende Besetzung von Chotzim vor. Da dies den Forderungen Preußens nicht völlig entsprach, so gab Hertzberg der Declaration, die er am nämlichen Tage im Namen Preußens ausstellte, den Character einer näheren Erläuterung. Oesterreich sollte den Status quo streng festhalten, der Pforte Alles zurückgeben, was sie vor dem Kriege besessen, und falls Oesterreich eine Gebietserweiterung an den Grenzen erhalte, so müsse dies ganz mit freiem Willen der Pforte geschehen und Preußen ein verhältnißmäßiges Aequivalent bekommen. Das Verhältniß zu Rußland erläuterte die preußische Declaration dahin, daß, im Falle der Krieg fortdauere, Oesterreich sich durchaus nicht mehr einmischen und weder mittelbar noch unmittelbar Rußland gegen die Pforte beistehen werde. Die weitere Vermittlung und Garantie des künftigen Friedens, dessen Grundlage die eben abgeschlossene Uebereinkunft bilde, solle von Preußen und seinen Alliirten, den Seemächten, gemeinsam übernommen werden. Daran schloß sich eine dritte Erklärung, welche Belgien betraf; Preußen erklärte, kraft

*) „Pour obvier à l'inconvenient que les Autrichiens ne trainent pas trop en longueur la négociation à effet d'avoir le temps de realiser leurs espérances" — fügt das königliche Schreiben (d. d. Schönwalde 25. Juli) hinzu.

der mit den Seemächten bestehenden Verträge, auch fernerhin gemeinsam mit diesen handeln zu wollen, sowohl was die Unterwerfung, als was die alte Verfassung der österreichischen Niederlande betreffe.

Diese Erklärungen, von den Monarchen beider Staaten ratificirt und von den Seemächten verbürgt, bilden jenen Reichenbacher Vertrag vom 27. Juli 1790, durch welchen einer der bedeutendsten Wendepunkte der preußisch-österreichischen Politik bezeichnet ist.

Der ganze Verlauf der Dinge, die zu dem Abschluß von Reichenbach geführt haben, macht es einleuchtend, welch ein Wechsel mit der Politik Preußens vorgegangen war, und so gebieterisch der Schein war, in dem die Politik Friedrich Wilhelms II. noch in den letzten Augenblicken vor der Unterzeichnung auftrat, in der Sache gab doch Preußen die meisten Positionen auf, die es bisher mit Eifer vertheidigt hatte. Nach einem viel versprechenden Anlauf zu kühnen Dingen war die schwankende und unsichere Haltung der preußischen Politik vor aller Welt enthüllt. Während Oesterreich seiner inneren Wirren ledig ward, und ihm aus einem Kriege, dessen Ausgang durch die Ereignisse im Westen sehr zweifelhaft geworden, ein nicht unehrenhafter Rückzug bereitet war, hatte Preußen seine Heereskraft und seine Finanzen aufgewendet, um schließlich nichts zu erlangen, als den zweifelhaften Ruf einer politischen Uneigennützigkeit, welche die Gegner belächelten. Hertzberg selbst schlägt das, was die holländische und die letzte Heeresrüstung gekostet (mit Einschluß des bairischen Erbfolgekrieges) auf ungefähr 40 Millionen Thaler an;*) es war also ein guter Theil von Friedrichs II. Schatze vergeudet und was hatte man gewonnen?

Am wenigsten die Allianz mit Oesterreich; vielmehr war die innere Entzweiung so groß als zuvor und wuchs in dem Maße, als man in Preußen anfing einzusehen, daß man überlistet war. Wer wollte die hohe Bedeutung verkennen, die es für die Verhältnisse Deutschlands gehabt hätte, wenn die Politik fünfzigjähriger Feindschaft und Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen aufgegeben, die Stellung beider Mächte scharf begrenzt und in aufrichtiger Eintracht ein Bündniß beider hergestellt ward, das stark genug war, uns nach Westen wie nach Osten zu schirmen? Aber dem war nicht so; der Reichenbacher Vertrag verdeckte die überlieferte Feindseligkeit, um sie mit neuer Stärke zu erwecken. Die Politik der folgenden Zeiten, die Kriege von 1792—1795, der Baseler Friede u. s. w. können die beste Aufklärung darüber geben, was es mit der Reichenbacher Freundschaft auf sich hatte. Rußland aber, das zu demüthigen man mit so viel Zuversicht sich vorgesetzt hatte, war in Verfolgung seiner Pläne nirgends gehemmt, vielmehr durch den Rückzug Preußens voraussichtlich in noch entschiedenerem Uebergewicht bei der Pforte, bei Polen und bei Schweden.

---

*) Recueil III. S. XXI.

Hertzbergs Credit war ſichtlich erſchüttert; auch das machte Reichenbach zu einem bedeutenden Wendepunkt, daß hier zuerſt die Staatsmänner der nächſten fünfzehn Jahre, diesmal Lucheſini perſönlich, die Oberhand gewonnen haben über den alten Miniſter Friedrich's des Großen. Die unwilligen Briefe Friedrich Wilhelms II. ließen mit Beſtimmtheit erwarten, daß Hertzberg den Congreß von Reichenbach nicht lange überdauern würde. Noch mochte der Miniſter dies Aeußerſte nicht fürchten; aber ſein Mißbehagen verhehlte er doch nicht. An den König ſchrieb er ſchon am 25. Juli: man gebrauche ihn nur wie ein Sprachrohr, wiewohl er die Intereſſen des Staates gerade ſo gut zu wahren wiſſe, „wie andere Leute." Und gegen Finkenſtein äußerte er am Tage nach der Unterzeichnung: Ich habe den größten Verdruß gehabt, namentlich aus dem Hauptquartier. Man müßte ein ganzes Buch ſchreiben, um davon Rechenſchaft zu geben. Lucheſini hat dabei ſeine Rolle geſpielt; ich habe zu dem Vertrag nur meinen Namen und meine Feder hergegeben, ſonſt war mir Alles vom König vorgeſchrieben.*)

Es läßt ſich denken, wie die Anhänger jener Angriffspolitik, deren wir oben gedachten, über dieſen Ausgang geurtheilt haben. Sie meinten,**) ohne große Prophetengabe hätte man das vorausſehen können. Wäre Preußen „ohne langweilige Declarationen" ſchon im Auguſt 1788 mit der Armee in Böhmen oder Mähren eingebrochen, ſo würde es freilich nie ſo weit gekommen ſein. Warum, fragten ſie nicht ohne Vorwurf gegen Hertzberg, hatte man durch die ſchmächtigen Vergrößerungsabſichten auf Koſten Polens ſich allen Widerſpruch und allen Haß geweckt, wie ihn der offenſte Angriff nicht ſchlimmer hätte aufregen können? Preußen, ſchrieb einer dieſer Politiker,***) hat ſich bei dieſem Türkenkriege durch ſein rückhaltendes und unbeſtimmtes Verfahren überall Feinde zugezogen; ein Schickſal, dem es allemal um ſo eher ausgeſetzt iſt, je mehr ſein ſchleuniges Wachsthum ihm längſt von allen Mächten beneidet wird. Sehr irrig war die Meinung, nach welcher man die Pforte in einen Krieg mit zwei ihr weit überlegenen Mächten ſtecken ließ, ohne daß dieſelbe irgend einen anderen Alliirten hatte, als den König von Schweden, dem es an Geld, Kriegsbedürfniſſen, militäriſcher Kenntniß und Beharrlichkeit fehlte. Man wollte Acquiſitionen machen, ohne doch das Mindeſte wagen zu wollen. Genug, der Zeitpunkt iſt auf immer verloren, wo die ohnmächtigen Nachbarn Rußlands, durch Preußens kraftvolle Unterſtützung beſeelt, demſelben gefährlich werden konnten und ihm für lange Zeit die Spitze zu bieten vermögend geweſen wären.

---

*) Briefe vom 25. und 28. Juli im k. pr. Staatsarchiv (In den Papiers et actes etc. und in der Correſpondenz Hertzberg's mit Finkenſtein).

**) Schreiben vom 24. Sept. 1790 in der angeführten Goltz-Hertzbergſchen Correſpondenz.

***) d. d. 22. Dec. a. a. O.

Und allerdings war der Nachtheil für Preußen unverkennbar, mochten auch die Erklärungen vom 27. Juli noch leidlich klingen. Preußen hatte im entscheidenden Moment seinen Rückzug angetreten und ihn vergebens durch unzeitige Großmuth zu maskiren gesucht. Für einen Staat, der seit einem halben Jahrhundert beneidet und gehaßt mit so überraschender Schnelligkeit aufgeblüht war und dessen schmale geographische Grundlage durch eine unermüdliche, wachsame und kühne Politik ergänzt werden mußte, war aber der erste Rückzug besonders bedeutsam. Er mußte eine Reihe von Nachgiebigkeiten nach sich ziehen, unter deren Eindruck das ganze moralische Ansehen des Staates vermindert ward. Die Schwächeren, die sich gern an Preußen hielten, so lange es Macht und Entschluß bewies, gingen bald ins gegnerische Lager über, wo die Thatkraft und der Erfolg war. Jene Clientel von Schweden Polen, und der Türkei, die Preußen bis dahin um sich gesammelt, löste sich rasch auf und bildete das Gefolge von Rußland oder Oesterreich. Die bedrängten Unterthanen, von Preußen bisher gegen ihre Regierungen geschützt, nun allmälig preisgegeben, mußten in Lüttich und Belgien die ganze Wucht einer siegreichen und rachsüchtigen Reaction ertragen, und der moralische Nachtheil für Preußen war größer, als wenn es sich nie in diese Händel eingemischt hätte. Der ganze Haß der Unterdrückten wandte sich gegen die unentschlossene Politik der früheren Beschützer, deren Schwanken man als unerhörte Treulosigkeit anklagte. So war, bevor ein Jahr verging, die preußische Politik, die sich bis 1790 der stolzen Rolle eines „arbitre des destinées de l'Europe“ gerühmt, im deutschen Reich, in Polen, in Schweden, in der Türkei aus dem Felde geschlagen und in Lüttich und Belgien durch eine moralische Niederlage getroffen, die so schlimm war wie ein unglücklicher Feldzug. Schon konnte Oesterreich es wagen, selbst die mäßigen Verpflichtungen des Reichenbacher Uebereinkommens unerfüllt zu lassen. Erst wurden die Unterhandlungen mit der Pforte durch allerlei Künste hinausgezogen, dann in dem schließlichen Abkommen selbst die wenigen Concessionen nicht erfüllt, die Preußen am 27. Juli 1790 noch zugesagt worden waren. Wir werden darauf noch zurückkommen.

So folgte der ersten Nachgiebigkeit eine Reihe von anderen; die ganze Ueberlieferung der Politik Friedrichs des Großen ward zum ersten Male verlassen und zwar aus Unentschlossenheit verlassen; es war schwer zu sagen, wann man den Weg zu ihr zurückfinden würde. Mit dem Schritte, den Preußen zu Reichenbach gethan, war die Bahn auswärtiger Politik betreten, die in Basel und Tilsit ihren Ausgang gefunden hat.

Zweiter Abschnitt.

Das deutsche Reich bis zum Anfang der Revolutionskriege (1790—1792).

Die Angelegenheiten im Osten und die Umwälzung in Frankreich nahmen das Interesse der großen Politik so sehr in Anspruch, daß für die häuslichen Angelegenheiten des Reiches und für dessen innere Reform daneben nicht viel Raum blieb. Indessen ganz unbeachtet waren doch diese Fragen nicht; die jüngsten Verwicklungen, die Josephs II. Politik hervorgerufen, hatten vielmehr die Verhandlung darüber wieder in frischen Gang gebracht. Seit lange war, wenigstens in Wort und Schrift, die Verfassungsfrage Deutschlands nicht so lebhaft erörtert worden, wie in den Jahren 1788—1790, und so verschieden die Stimmen und Richtungen auch sein mochten, es überwog, bezeichnend genug, bei allen das Gefühl der Schwäche und Unzulänglichkeit der überlieferten Formen des Reiches.

Eine politische Schrift jener Zeit, die sich dem Fürstenbunde entschieden entgegenstellt*), hat doch zugleich zugegeben, daß die Interessen und Zustände innerhalb der Reichsverfassung viel zu sehr auseinander liefen, als daß sie einen gemeinsamen Patriotismus anregen könnten. Der Gegensatz der weltlichen Reichsstände, die innere Verfallenheit der geistlichen Staaten wird in dieser vom österreichischen Standpunkt aus gehaltenen Darlegung so scharf wie irgend wo sonst betont und laute Klage darüber erhoben, daß es der vaterländischen Richtung an jedem gemeinsamen Mittelpunkte fehle. Eine andere Stimme**) schildert den hoffnungslosen Zustand des Reichstages, den Mangel aller eingreifenden Thätigkeit und die Verschleppung der Geschäfte durch for-

*) Etwas vom Patriotismus im deutschen Reiche. Von einem Deutschen mit deutscher Freiheit. 1788.

**) Betrachtungen über den deutschen Reichstag. 1789.

melle Händel so grell, wie nur immer unsere gegenwärtige Betrachtung den verworrenen Mechanismus der Regensburger Versammlung beurtheilen kann. Oder ein Schriftsteller, der voll Lobes für den westfälischen Frieden*) die „halb monarchische, halb aristokratische Verfassung und die darin enthaltene deutsche Freiheit" als die Grundlage betrachtet, „worauf die Wohlfahrt des Reiches beruhe", ist doch über die angemaßte Gewalt der Oligarchie der Kurfürsten ungehalten und erblickt nur in einer Verstärkung des monarchischen Ansehens das Mittel zur Erhaltung der äußeren Wohlfahrt Deutschlands.

Zu einem ähnlichen Ergebniß gelangt eine Schrift, die unter dem Eindruck des Todes von Joseph II. und der bevorstehenden Kaiserwahl geschrieben ist.**) Sie findet, daß eine Reform der Reichsverfassung unumgänglich sei. Einmal bestehe eine vollständige Ungewißheit über die gesetzliche Kraft und Verbindlichkeit so vieler widersprechenden Verabredungen, Gewohnheiten und Satzungen, dann sei die Vollstreckung der wesentlichsten Reichsgrundgesetze durchaus mangelhaft und schwankend. Die einheitlichen Bande seien in immer bedenklicherer Weise gelockert worden; noch zuletzt habe die Wahlcapitulation Josephs dem Kaiser alle Macht, Gutes zu wirken, entzogen, die eigenen Regeln durch Ausnahmen wieder aufgehoben und Dinge festgesetzt, deren Ausführung theils unmöglich sei, theils von den Verfassern des Aktenstückes am ersten bekämpft werden würde. Schon ist der Reichstag, fügt die Schrift hinzu, öfters in dem Falle sich mit Gegenständen zu befassen, die der Würde einer solchen Versammlung nicht angemessen sind; schon fängt die heilsame Verfassung der Reichskreise an zu stocken oder zu schlummern, schon vermehren sich die Unionen, Cabinetscabalen, Privatnegotiationen und Verbindungen einzelner deutscher Höfe in Dingen, die noch nach Vorschrift der Gesetze das ganze Reich angehen — lauter traurige Vorbilder einer vielleicht nicht weit mehr entfernten Auflösung unserer alten guten deutschen Verfassung. Soll diesem Unglück vorgebeugt werden, soll unsere wankende Verfassung erhalten, soll solche zum Besten des Ganzen, mithin nicht blos zum Besten des Kaisers oder der Stände allein, sondern zum Flor, zur Aufnahme, Sicherheit, Ruhe und Glückseligkeit des deutschen Staatsbürgers und Einwohners, ohne Rücksicht auf Stand und Würde allgemein befestigt und erhöht werden, nun so müssen wir ein allgemeines nützlich und billig Alles umfassendes Reichsgrundgesetz haben, wodurch das Band zwischen Haupt und Gliedern unter sich von Neuem verknüpft wird.

Aehnliche Stimmen aus der Zeit ließen sich noch manche verzeichnen;

---

*) Betrachtungen über die Freiheit und Wohlfahrt des d. Reiches und die Mittel zu deren Erhaltung, von einem Patrioten. 1789.

**) Freimüthige Betrachtungen über die Gesetzgebung der Deutschen bei Gelegenheit der Wahl eines röm. Kaisers. 1790.

die Klage, daß die Stellung des Kaisers an sich des rechten materiellen und ökonomischen Haltes entbehre, daß die feudale Verbindung erloschen sei, daß selbst die unbestrittenen Rechte schwer ohne Widerspruch zu üben wären und die ganze Stellung des Kaisers sich wesentlich nur auf das moralische Vorrecht seiner Würde, als der obersten Schirmherrschaft der Christenheit, beschränke, diese Klage spricht sich auch in Schriften der Zeit aus, die sich sonst ganz auf der Linie unbefangener geschichtlicher Betrachtung halten.*)

Aus allen diesen Aeußerungen spricht ein Gefühl der Unsicherheit, welcher das Reich bei jeder größeren politischen Krisis preisgegeben war. Und diese Krisis war bereits im Anzug. An den westlichen Grenzen war jene Revolution schon in vollem Siegeslauf begriffen, deren Grundsätze die ganze feudale Ordnung des alten Europa erschüttern mußten, deren Natur es mit sich brachte, daß sie nicht auf die Grenzen ihres Heimathlandes beschränkt blieb. Hatte die alte Lehnsverbindung des h. römischen Reiches deutscher Nation mit ihrer wunderlichen Verschnörkelung im Reiche selbst schon das Vertrauen zum guten Theil verloren, bevor die Erschütterung von 1789 eintrat, wie mußte erst das Beispiel einer Revolution wirken, die eben so verführerisch wie gewaltsam die feudale Ordnung eines Jahrtausends binnen wenig Monaten umstieß! Die Grundsätze aber, von denen jene westliche Erschütterung ausging, und die sie als Programm voranstellte, durften ohnedem in Deutschland selbst auf verwandte Berührungen zählen. Der humane und philanthropische Charakter, womit die Anfänge der Revolution von 1789 sich schmückten, hatte in Deutschland seit einem Menschenalter in den Kreisen der Regierungen wie der Regierten, der Staatskunst, wie der Literatur ein mächtiges Terrain erobert und die Lehren der physiokratischen Schule, das Evangelium des Genfer Philosophen hatte kaum in Frankreich eifrigere Jünger, wie eben im alten Reiche. Gemäß unserer Entwicklung, die sich mehr weltbürgerlich als national gestaltet, die mehr auf dem Gebiete des Denkens und Dichtens als des Handelns emporgewachsen war, faßten wir in Deutschland die neuen Anregungen vager und theoretischer auf, als in Frankreich, aber darum gerade in den literarischen Kreisen doch mit einer Erregbarkeit, die unsere zähe, schwerfällige Natur kaum erwarten ließ.

Ein besonderes Interesse gewährt es, die Politiker von Fach über den Eindruck zu vernehmen, den die Ereignisse im Westen auf sie machten; bei den wunderlichen Schwankungen, denen ihr Urtheil ausgesetzt war, ist es kaum zu verwundern, wenn die Laien in der Politik sich in den neuen Ereignissen nicht zurechtfinden konnten. Als die ersten Ausbrüche von 1789 erfolgten, waren selbst trockene Publicisten von der enthusiastischen Strömung ergriffen, und ein Mann wie Schlözer, der die nordamerikanische Erhebung

*) S. Unparteiische Betrachtungen über die Vorrechte und Vortheile der Kaiserkrone. 1790.

so bitter angegriffen, meinte damals,*) diese Vorfälle seien eine kräftige Lection für alle Menschenbedrücker in allen Weltgegenden und unter allen Ständen. „Welcher Menschenfreund, ruft er aus, wird das nicht sehr schön finden! Eine der größten Nationen in der Welt, die erste in allgemeiner Cultur, wirft das Joch der Tyrannei, das sie anderthalbhundert Jahre lang komisch-tragisch getragen hatte, endlich einmal ab: zweifelsohne haben Gottes Engel im Himmel ein Tedeum laudamus darüber angestimmt." Selbst die ersten blutigen Thaten der siegreichen Revolution vermochten diesen Jubel nicht zu trüben. Wie Johannes Müller damals den Tag der Bastilleerstürmung als „den schönsten Tag seit dem Untergange der römischen Weltherrschaft" pries**) und sich in dem Gedanken tröstete, „um wenige Burgen reicher Barone, um die Köpfe weniger, meist schuldiger, Großen sei diese Freiheit wohlfeil erkauft" — so ruft auch der Staatsanzeiger beruhigend aus: „Wo läßt sich eine Revolution ohne Excesse denken! Krebsschäden heilt man nicht mit Rosenwasser. Und wäre auch unschuldiges Blut dabei vergossen worden (doch unendlich weniger als das, was der völkerräuberische Despot Ludwig XIV. in Einem ungerechten Kriege vergoß), so kömmt dieses Blut auf Euch, Despoten, und Eure infamen Werkzeuge, die Ihr diese Revolution nothwendig gemacht habt!"

Aber bald rief der Gang der Dinge, wie er sich seit Herbst 1789 in Frankreich gestaltet, in Schlözer eine Umstimmung hervor. Statt der Rechtfertigungsreden kamen nun Anklagen gegen die Revolution, statt des überschwänglichen Lobes über die Franzosen herber Tadel und ein wahrer Fanatismus gegen die Hauptstadt; die Nationalversammlung ward nun offener „Greuel" beschuldigt und in komischer Kleinlichkeit den Parisern vorgerechnet, wie viel — Nahrung ihnen durch die Auswanderung der Vornehmen und die Abnahme des Fremdenbesuches entzogen sei! Wenn das am grünen Holze geschah, wie sollte es abwärts und aufwärts in den Schichten der Nation aussehen, die selbst der dürftigsten politischen Bildung aus Büchern entbehrten! Und doch erkannte wieder Schlözer mit richtigem Blick die verführerische Gewalt, die in der Revolution gelegen war. Er nahm z. B. trotz alles Mißmuthes ein andermal wieder die Erklärung der Menschenrechte in Schutz und meinte:***) „Aller Orten werden über kurz oder lang auch ohne Laternenpfähle, Monarchen- und Aristokrateninsolenz, Wildbann, Wildzaun und Falkenhäuser, todte Hand und Zinshühner, Obrigkeiten, die ihre Mitbürger beschatzen und nicht sagen wollen, was sie mit dem Gelde anfangen, Erbadel, der sich ausschließlich von Sinecuren mästen will u. s. w., so allgemein unbekannt werden, wie solche schon längst in England und Hamburg und nun auch in Frankreich sind.

*) S. Staatsanzeiger XIII. 466. 467 f.

**) Sämmtl. Werke XXX. S. 222 f.

***) Staatsanz. XVI. 85.

In der That wirkte auf die Massen, die nicht urtheilten, sondern ihrem Instinkt nachgaben, der Eindruck der Ereignisse im Westen fühlbar zurück. In den am meisten vernachlässigten oder Frankreich zunächst gelegenen Gebieten kamen wohl schon einzelne Auflehnungen vor, anderwärts trat wenigstens ein Wechsel in der Gesinnung ein. „Auch wo kein förmlicher Aufruhr entstanden ist — sagt eine der Revolution abgeneigte Schrift*) — da hat doch Unzufriedenheit, laute Klage und ein gewisser hochgestimmter Ton sich in die Stelle der Unterwürfigkeit und der ruhigen Befolgung der fürstlichen Willensmeinung eingeschlichen." Gerade von solch loyaler Seite ward denn auch den Quellen der Unzufriedenheit in vielen Territorien des Reiches nachgeforscht. Da wird die sorglose Verwaltung der Justiz, die hohen Taxen der Rechtspflege, das Jagdunwesen, die Unthätigkeit des ganzen Regiments, wenn auch schonend, doch verständlich genug, als die natürlichste Quelle der Mißstimmungen bezeichnet. „Möchten doch, sagt eine solche Stimme,**) unsere Fürsten und Herren weniger auf Schauspiele, Opern, Jagden, Maitressen u. s. w. verwenden und von dem Ueberschuß die Schuldiener besser besolden, damit sie rechtschaffene und geschickte Männer in ihre Dienste ziehen könnten, welche gute und nützliche Unterthanen bildeten."

Der Druck unbilliger Steuern und deren ungleiche Vertheilung, die feudalen Belastungen, das Jagdunwesen und der Mangel einer unbefangenen Rechtspflege, diese Klagen kehren überall mit gleicher Stärke als die Hauptbeschwerden der Masse des Volkes wieder. Der noch sehr grelle Unterschied der Stände und die Mißachtung, in welcher Bürger und Bauer gegenüber dem Privilegirten standen, wird bisweilen mit einer wohlmeinenden Naivetät geschildert, die einen tieferen Eindruck macht, als der stärkste Angriff. „Wenn — sagt eine ebenfalls nicht revolutionär gesinnte Schrift***) — ein angesehener Herr verlangt, daß ein Bürger ihm Geld oder Waare borge, so darf es der gemeine Unterthan kaum abschlagen: verlangt dieser von Jenem nachher die Bezahlung, so hält es schwer, dieselbe zu erhalten; selbst die Richter getrauen sich oft nicht, es zu wagen, das was die Rechte vorschreiben zu bewerkstelligen. Wird ein gemeiner Mann von einem Angehörigen der Mächtigeren gemißhandelt, so scheint die Justiz gleichsam nicht einheimisch zu sein." Nur die Bauernsöhne, klagt der Nämliche, hole man zum Kriegsdienst, während die Söhne des Dorfrichters, des reicheren Mannes, des Bürgers, des Edelmannes, ja selbst des Burgmannes und Lehensmannes frei sind.

---

*) Patriotenstimme eines freimüthigen Teutschen über die dermaligen Empörungen, Unruhen und Gährungen in- und außerhalb des Reiches. Gedruckt in dem kritischen Jahre 1790. 4.

**) A. a. O. 53.

***) Von der Obliegenheit der Landesregenten und der Landstände, den Druck des gemeinen Mannes zu erleichtern. Wien 1791.

Indessen war der Augenblick herangekommen, wo der verstorbene Kaiser einen Nachfolger erhalten mußte. Das Reichsverweseramt war vom Ende Februar bis Anfang October 1790 nach dem Herkommen bei den Kurfürsten von Pfalzbaiern und von Sachsen gewesen; ungemein bezeichnend für die Art, wie man selbst in den höchsten Kreisen die Reichsverfassung ansah, war das Verfahren, welches sich der pfalzbaierische Reichsvicarius während dieses Interregnums erlaubte. Ganz übereinstimmend mit der Weise Josephs II. beutete er sein vorübergehendes Vorrecht aus, einigen Begünstigten ansehnliche Pfründen zu verschaffen, indem er auf eine durchaus ungehörige Art sich in die Wahl der Stifter Freisingen, Regensburg und Eichstädt einmischte und den dortigen Capiteln seine Candidaten fast gewaltsam aufdrängte. Der aufgeklärte Joseph II., wie der jesuitenfreundliche Karl Theodor, stimmten völlig zusammen, wenn es galt, die Stellung im Reiche zu niederem Gewinne auszubeuten und ein paar schutzlose Kirchenstifter die Macht weltlicher Usurpation fühlen zu lassen. Diese Kirchenstaaten selbst aber, schon in ihren Fundamenten so tief erschüttert, wie sollten sie dem Sturme der nächsten Revolution Trotz bieten, wenn von Seiten Derer, denen die Erhaltung der alten Formen anvertraut war, die innere Haltlosigkeit derselben vor aller Welt aufgedeckt ward!

Die Wahl Leopolds von Ungarn und Böhmen zum Nachfolger Josephs konnte als ausgemacht gelten. Preußen hatte selbst in den Zeiten bitterster Spannung die Hand dazu geboten, jetzt nach der Reichenbacher Verständigung war natürlich noch weniger Widerspruch zu besorgen. Seit dem 11. August 1790 hatte sich der Wahlconvent in Frankfurt versammelt und entwarf die neue Wahlcapitulation.

Diese neue Handfeste, die man für den künftigen Kaiser aufsetzte, entsprach im Ganzen den früheren; nur einzelne Bestimmungen waren durch die besonderen Verhältnisse der Zeit hervorgerufen. Wer darin etwa eine durchgreifende Reform der Reichsverfassung, oder auch nur eine Beseitigung der augenfälligsten Mißstände erwartete, der würde sich ähnlich getäuscht gefunden haben, wie bei früheren Wahlcapitulationen; es waren die privilegirten Stände des Reiches und unter diesen vorzugsweise wieder die höchste Classe, die sich ihre Vorrechte durch den Kaiser verbürgen ließ. Eine solche Handfeste galt für um so vortrefflicher, je mehr sie allen Möglichkeiten eines Eingriffes in die kurfürstlichen Privilegien vorbeugte. So überwog denn in der neuen Acte dieselbe Neigung, die kaiserliche Autorität auf's Engste zu begrenzen, wie in den früheren; er sollte ihre Vorstellungen gern vernehmen und mit kaiserlichem Vertrauen beantworten, bei Friedensverhandlungen durften die einzelnen Reichsstände, ihrer besonderen Angelegenheiten wegen, Gesandte abordnen, die Reichspolizei und der Verkehr mußte nach den bestehenden Gesetzen aufrecht erhalten, auch darüber berathen werden, wie man beides, Polizei und Verkehrsverhältnisse, bessern könne. Der Kaiser sollte nicht

mehr für sich allein an das Kammergericht Instructionen und Verfügungen erlassen dürfen, wohl aber für Herstellung der ordentlichen Visitationen und ein bestimmtes Regulativ Sorge tragen. Andere Bestimmungen, gegen die Beschränkung der geistlichen Metropolitanrechte, gegen die Panisbriefe, dann der Satz, daß die Concordate Eugens IV., deren Gültigkeit Rom bestritt, zur Anerkennung gebracht würden — das waren Vorsorgen, welche durch die jüngsten Erfahrungen, die man mit dem Kaiser und mit dem Papst gemacht, hervorgerufen wurden. Wieder andere Stellen zeigten die erste Rückwirkung der französischen Revolution. So vor Allem die Abwehr der Beeinträchtigungen, welche die neue Ordnung der Dinge den deutschen Reichsständen zufügte, eine Angelegenheit, auf die wir unten ausführlicher zurückkommen werden. Dann der Antrag, nichts zu dulden, was mit den herrschenden Glaubenssymbolen und den guten Sitten unvereinbar sei, oder wodurch der Umsturz der gegenwärtigen Verfassung und die Störung der öffentlichen Ruhe befördert werden könne. Diese Gefahr schien den Kurfürsten so ernst, daß sie noch in einem besonderen Collegialschreiben, das dem Kaiser die dringendsten Anliegen nachdrücklich anempfahl, darauf zurückkamen, die allzugroße Schreib- und Lesefreiheit dem Reichsoberhaupte in Erinnerung zu bringen.

So fand denn am 30. Sept. die Kaiserwahl statt, die einstimmig auf Leopold fiel; am 9. Oct. ward er gekrönt. Wie die Wahl selber, so machte auch diese Feierlichkeit den Eindruck, daß, je inhaltloser die Sache selbst wurde, desto wunderlicher das pedantisch strenge Ceremoniel byzantinischen und mittelalterlich kirchlichen Ursprunges sich ausnahm, womit man das Schemen römischen Kaiserthums noch umgab. Wie diese leblosen Formen sich vor der jugendlichen Einbildungskraft idealisiren, wie sie unter der schöpferischen Macht dichterischer Phantasie Leben und Gestalt annehmen konnten, das ist von Goethe in der Schilderung der Krönung von 1764 meisterhaft gezeigt worden; wie sie dem nüchternen und prosaischen Auge der Kinder des achtzehnten Jahrhunderts erschienen, hat uns nach seiner Art nicht ohne skurrile Beimischung, aber doch auch nicht übertrieben, der Ritter von Lang, der 1790 Augenzeuge war, in seinen Memoiren geschildert. Mit Recht bemerkt er, daß Nichts ein treueres Bild der eiskalt erstarrten und kindisch gewordenen altdeutschen Reichsverfassung geben konnte, als das Fastnachtsspiel einer solchen in ihren zerrissenen Fetzen prangenden Kaiserkrönung.

Wenige Wochen nach der Wahl und Krönung Leopolds II., am 5. Nov. 1790, waren die üblichen Reichstagsferien abgelaufen; die allgemeine Lage der europäischen Verhältnisse enthielt Anregungen genug, der diesmaligen Sitzung eine erhöhte Thätigkeit und ein frischeres Interesse zu verleihen. Aber schon über das Jahr 1789 hatte ein Zeitgenosse die trübe Betrachtung angestellt: während ringsumher alle Cabinete der Großen in Bewegung gesetzt wurden, behauptete die Reichsversammlung ihren auf den ganzen jetzigen

Geist der deutschen Verfassung gegründeten Charakter und harrte der Zukunft, ohne ihr weder durch irgend einen öffentlichen Schritt entgegenzugehen, noch auch eine constitutionsmäßige Veranlassung dazu zu erhalten.*) Die Jahresperiode von 1789 zeichnet sich daher durch keinen Reichsschluß, ja nicht einmal durch eine förmliche Berathschlagung des Reichstages über irgend eine Materie aus. Aehnliche Betrachtungen weckten die Verhandlungen des Jahres 1790. Die wirklichen politischen Fragen von allgemeinerem Interesse, z. B. die Stellung der Reichsvicarien, oder die Thätigkeit des Reichstages während des Zwischenreiches, wurden verschleppt und kamen zu keiner sicheren Entscheidung; die Revision des Reichsgerichtswesens zog sich wie eine „ewige Krankheit" fort, ohne zu einem Abschlusse zu gelangen; dagegen nahm es einen nicht unwichtigen Theil der Zeit weg, über Angelegenheiten zu berathen, die der gewöhnlichste Schreiber, oder auch ein sachverständiger Handwerker hätte ins Reine bringen können. Sollte man es z. B. für möglich halten, daß die Baufälligkeit des Kammergerichtsgebäudes in Wetzlar, namentlich Fragen wie die: ob der Maurermeister Schneider wirklich daran die Schuld trage und die Reparatur im Betrage von fünfzehnhundert Gulden sogleich vorzunehmen oder zu verschieben sei — die deutsche Reichsversammlung in einem Augenblick beschäftigten, in welchem die ganze alte Ordnung Europas in voller Auflösung begriffen war? Und diese Sache zieht sich in den zwei Jahren 1790 und 1791 durch die Reichsverhandlungen hindurch!

Nur eine Angelegenheit von einem höheren politischen Interesse vermochte dauernd die Thätigkeit des Reichstages zu fesseln, und auch diese nur, weil sie tief in die Interessen einflußreicher Reichsstände einschnitt: es war die Beschwerde über die Nachtheile, welche durch die neue Ordnung der Dinge in Frankreich den deutschen Reichsfürsten zugefügt waren.

Der westfälische Friede hatte außer den drei lothringischen Bisthümern auch das Elsaß an Frankreich abgetreten, allerdings mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die französische Krone nur eben in die Hoheitsrechte, die bisher das Haus Oesterreich besessen, eintreten, übrigens die unmittelbaren Reichsstände, deren im Elsaß noch eine ansehnliche Zahl, in Lothringen, der Freigrafschaft und Luxemburg wenigstens einzelne übrig waren, in derselben Freiheit und Unmittelbarkeit verbleiben sollten, deren sie bisher genossen. Das war freilich leichter ausgesprochen als durchgeführt; einmal war es der französischen Diplomatie gelungen, einzelne Zusätze in das Friedensinstrument hineinzubringen, die wenigstens eine Handhabe zu entgegengesetzten Deutungen gaben;**) dann war bei der anerkannten Ohnmacht des Reiches und dem ebenso

*) S. Reuß, Staatscanzlei Bd. XXVIII. S. 177. XXXVIII. 252.

**) In den §§. 73 u. 74 des Münsterschen Friedens war die Abtretung der angeführten Herrschaften an Frankreich („absque ulla reservatione cum omnimoda jurisdictione et superioritate supremoque dominio) ausgesprochen; im §. 87 hatten

entſchiedenen materiellen Uebergewicht des franzöſiſchen Königthums die gewaltſame Ausdehnung der franzöſiſchen Hoheitsrechte nur allzu nahe gelegt. Zwiſchen der hergebrachten Reichsunmittelbarkeit und der neuen Landeshoheit Frankreichs war die Grenze ohnedem ſo ſchwer zu ziehen, daß eine ungewöhnliche Wachſamkeit des Reiches und eine ebenſo ſeltene Selbſtbeſchränkung der franzöſiſchen Politik dazu gehört hätte, um Colliſionen jeder Art zu vermeiden. Frankreich benutzte aber nach dem weſtfäliſchen Frieden die ganze Gunſt der Lage, in welcher ſich die franzöſiſche Macht gegenüber dem Reiche befand, und dehnte die königliche Gewalt uſurpatoriſcher Weiſe in unzweifelhaftem Widerſpruche mit den beſtehenden Verträgen weiter aus. Schon auf den Friedenscongreſſen zu Nymwegen und Ryswick kamen dieſe Mißverhältniſſe zur Erörterung, doch ohne erledigt zu werden. Zu Ryswick war auf Seiten des Reiches allerdings die Abſicht vorhanden, die Angelegenheit zur Entſcheidung zu bringen, aber die Ausführung war ſo ungeſchickt, wie zu Münſter und Osnabrück, und gab nur neuen Stoff zu ſtreitigen Deutungen beider Theile. Die ſchwächeren Reichsſtände erlagen nachgerade dem Drucke dieſer Macht; die meiſten Reichsſtädte wurden in Landſtädte umgewandelt, die Ritterſchaft und die kleinere Geiſtlichkeit erwehrte ſich kaum des Verluſtes ihrer Herrenrechte, und nur den mächtigeren Reichsſtänden gelang es, noch eine Zeitlang ihre Ausnahmsſtellung zu behaupten. Sie waren es auch, die, um den Reſt ihrer landesherrlichen Gerechtſame zu retten, ſich zu Verträgen mit der Krone Frankreich herbeiließen, worin ſie die franzöſiſche Souveränetät anerkannten, aber damit die förmliche Garantie der ihnen noch übrig gebliebenen Rechte erkauften. Solcher Verträge — allerdings ohne Zuſtimmung des Kaiſers und Reiches — waren zu Ende des ſiebzehnten und im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts eine ganze Reihe geſchloſſen worden; in der Regel verkündete eine lettre patente des Königs den Parlamenten das neue Verhältniß, in welchem ſie einerſeits zur Krone, andererſeits zu ihren Unterthanen ſtanden, und von den Parlamenten wurden dieſe königlichen Briefe gleich anderen Edicten einregiſtrirt. In ſolch ein Verhältniß war ſchon zu Ende des ſiebzehnten Jahrhunderts das Stift Straßburg getreten, ſpäter (1756) auch Speyer, Würtemberg (1758), Pfalzzweibrücken (1768), Kurtrier (1778) und Andere, ſoweit ihnen im Elſaß, in Lothringen und Burgund Güter und Rechte zuſtanden. Zur Zeit, wo die Revolution ausbrach, beſtanden dieſe Verträge zu Recht; zwar erkannte das Reich dieſelben nicht an; die deutſchen

---

dann die einzelnen Reichsſtände ſich ihre bisherigen Rechte verbürgen laſſen und den Zuſatz durchgeſetzt, daß Frankreich nur dieſelben Rechte, wie bisher das Haus Oeſterreich, anſprechen dürfte; daran hatte dann Frankreich wieder eine Clauſel zu Gunſten ſeiner Souveränetät anzuhängen gewußt (ita tamen ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo omni supremi dominii jure, quod supra concessum est).

Reichsstände aber, die solche eingegangen, glaubten sich in ihrem Besitzstande, den sie mit erheblichen Opfern erkauft, fortan vertragsmäßig in der Weise geschützt, daß darin nur mit ihrer freien Zustimmung und durch neue Verträge eine Aenderung vorgenommen werden könnte.

In regelmäßigen und ruhigen Verhältnissen war darauf auch mit einer gewissen Sicherheit zu zählen; aber nicht in einer Revolution, die der ganzen alten Ordnung der europäischen Verhältnisse den Krieg erklärte. Schwerlich machte eine Umwälzung, welche die gesammte Feudalität in ihren Fundamenten erschütterte, vor den Verträgen Halt, welche eine Anzahl deutscher Reichsfürsten mit der Krone Frankreichs geschlossen hatten.

Der erste entscheidende Schritt geschah in der berühmten Nacht des 4. August 1789 und in den an den nächsten Tagen (6—8. 11. Aug.) gefaßten Beschlüssen. Alle Rechte, die aus der Leibeigenschaft entsprangen, die gutsherrliche Gerichtsbarkeit, das Jagdrecht, die geistlichen Zehnten wurden darin abgeschafft, alle Arten von Grundzinsen, Gülten und andere Feudallasten für ablösbar erklärt. Das Zweite, was in die Berechtigungen deutscher Reichsstände tief einschnitt, waren die Beschlüsse über die Kirche. Der Abschaffung des geistlichen Zehntens folgte (Nov. 1789) der Beschluß, daß der Nation die Verfügung über alle Kirchengüter zustehe, dann die Aufhebung aller fremden geistlichen Gerichtsbarkeit (Juni 1790), endlich der völlige Umsturz der alten hierarchischen Ordnung und die Herstellung einer neuen Kirchenverfassung, mit welcher die geistlichen Berechtigungen der deutschen Stifter am Rhein ebenso wenig vereinbar waren, als sich die patrimoniale Verwaltung und Rechtspflege der deutschen Lehensherren mit der neuen Eintheilung in Departements, Districte, Cantone und Municipalitäten vertrug.

Die Kurfürsten von Mainz, Trier und Cöln, der deutsche Orden, die Fürstbischöfe von Straßburg, Speyer und Basel, die Herzöge von Würtemberg und von Pfalz-Zweibrücken, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Markgraf von Baden, die Fürsten von Nassau, Leiningen und Löwenstein, sie alle waren in ihren Rechten und Besitzungen durch jene Beschlüsse mehr oder weniger beeinträchtigt. Würtemberg besaß außer Mömpelgard noch neun Herrschaften, die vom französischen Gebiete eingeschlossen waren, Pfalz-Zweibrücken die Aemter Lützelstein, Bischweiler, Gutenberg, Selz, Hagenbach, Cleeburg im unteren, Rappoltstein im oberen Elsaß, Hessen-Darmstadt die Grafschaft Hanau-Lichtenberg und die Reichsherrschaft Ochsenstein, die zusammen über 90 Ortschaften enthielt, Baden das im Elsaß gelegene Amt Beinheim und die luxemburgische Herrschaft Rodemachern. Dazu kam der Johanniterorden mit zwei Comthureien, der Deutschorden mit der Ballei Elsaß und Lothringen, die Abteien Weissenburg, Münster, die Stifter Murbach und Romainmoutier, endlich der in seiner Bedeutung allerdings sehr verringerte ritterschaftliche Adel. Ohne Ersatz sollten die weltlichen Herren die Kopf- und

Güterſteuern, die Frohnen, die Jagdrechte, die Zölle, Acciſe, das Umgeld, das Salzmonopol, das Schutzgeld und alle die Abgaben verlieren, die aus der Leibeigenſchaft entſprangen; für eine Ablöſungsſumme ſollten ſie alle Grundzinſen, Gülten, Zehnten und ähnliche an Grund und Boden haftende Gefälle hingeben. Ihre hohe und niedere Gerichtsbarkeit fiel natürlich mit der neuen adminiſtrativen und richterlichen Organiſation Frankreichs zu Boden; machte man doch hie und da von Seiten einzelner Municipalitäten den Verſuch, dieſe deutſchen Lehensherren als franzöſiſche Bürger zu behandeln, ſie in die Steuerliſten einzutragen und zu den gemeinſamen Laſten beizuziehen. Jenen geiſtlichen Stiftern und Körperſchaften aber ſtand ein noch Aergeres bevor; ihnen drohte, außer der Entziehung des Zehntens, der Verluſt der geſammten Güter und die Auflöſung des hierarchiſchen Verbandes, durch welchen ſie ſeit einem Jahrtauſend mit den ihnen unterworfenen Diöceſen verknüpft waren. Kam die neue Kirchenordnung, wie ſie in der constitution civile du clergé entworfen war, zur Ausführung, ſo ward die biſchöfliche Stellung aller Stifter am Rhein auf's ſtärkſte erſchüttert, manche, z. B. Baſel, Straßburg und Speyer, hörten vollkommen auf das zu ſein, was ſie vordem geweſen.

Wenn wir uns erinnern, welche Aufregung die einzelnen Eingriffe Joſephs II. in die biſchöflichen Rechte von Salzburg, Paſſau u. ſ. w. verurſacht, ſo wird ſich ermeſſen laſſen, wie tief der Eindruck dieſer Vorgänge war. Joſephs Schritte konnten im Vergleich damit als Bagatellen erſcheinen und doch hatten ſie die geſammte deutſche Fürſtenariſtokratie in Bewegung gebracht! Daß das geſchriebene Recht für die gekränkten Reichsſtände ſprach, war ebenſo unzweifelhaft, wie die Verpflichtung des Reiches, ſeine Angehörigen vor dieſen Reunionen in neuer Form zu ſchützen. Aber freilich kommen in ſolchen Verwicklungen noch andere, als nur rechtliche Momente in Betracht, und eben dieſe lagen nicht zu Gunſten der berechtigten Reichsfürſten. Einmal hatte die Revolution thatſächlich die Macht, dieſe vom Reiche getrennten Enclaven nach dem neuen franzöſiſchen Zuſchnitt zu behandeln, dann ſtand dem überlieferten Feudalrecht als gewaltiger Gegner das neue Natur- und Menſchenrecht gegenüber, vor deſſen Schranken alle jene Anſprüche nur ebenſo viele Gewaltthaten und Mißbräuche waren. Eine populäre Theilnahme konnten die Beleidigten nicht erwarten; es war weltkundig, wie ſchwer dieſe elſaſſiſchen Unterthanen bedrückt waren durch ihr doppeltes Verhältniß als Steuerpflichtige der Krone Frankreichs und als Lehensunterthanen der deutſchen Reichsſtände. Ihnen verhieß der revolutionäre Act vom 4. Aug. ſammt denen, die folgten, eine ungeheuere Entlaſtung; ſie ſelber, wie alle diejenigen, welche den Untergang der Feudalität und die Befreiung des Grundes und Bodens wünſchten, waren nicht darüber in Zweifel, wem in dieſem Rechtsſtreite ihre Sympathien angehörten. Natürlich nur der Revolution, nicht den Lehensherren, deren Sieg ihnen entweder neue Zehnten, Zinſen, Gülten, Frohnden,

Jagdlaſten, Schutzgelder u. ſ. w. auferlegen, oder von den alten ſie nur für anſehnliche Ablöſungsſummen befreien mußte.

Eine Zeitlang konnte es indeſſen ſcheinen, als werde dieſer letzte Weg eingeſchlagen. Der König von Frankreich ſelbſt erinnerte die Nationalverſammlung daran, daß es ſich hier um Berechtigungen handle, die auf Verträgen beruhten, und auch die Verſammlung ſchien dieſer Anſicht nicht unzugänglich. Indeſſen ſetzten die betroffenen Fürſten die vorderen Reichskreiſe, denen ſie angehörten, in Bewegung und richteten zu Anfang 1790 Beſchwerden an den Reichstag. Der Gang der Revolution brachte es freilich mit ſich, daß hier, wie in andern Fragen, die Wahrſcheinlichkeit einer friedlichen Löſung immer geringer ward. Ein Decret der Nationalverſammlung vom 15. Mai 1790 ſtellte zwar noch eine Entſchädigung für die „Beſitzer gewiſſer Lehen im Elſaß“ in Ausſicht, aber eine Entſchädigung, die dem Ermeſſen der Nationalverſammlung, nicht der gegenſeitigen vertragsmäßigen Verſtändigung anheimgegeben ward. Spätere Beſchlüſſe hielten den nämlichen Geſichtspunkt feſt und rückten die Entſcheidung zugleich in eine ziemlich ungewiſſe Ferne. Auch die Sendung Ternaus (im Sommer 1790) an die weſtdeutſchen Höfe, obwohl ſie den Gedanken einer gegenſeitigen Verſtändigung wieder aufzunehmen ſchien, ſtellte nur im Allgemeinen eine Entſchädigung feſt; der Unterhändler war aber weder mit den nöthigen Vollmachten verſehen, noch entſprach die Art der Entſchädigung den Wünſchen und Intereſſen der Betheiligten. Einmal wurden ſie dem übrigen Adel Frankreichs gleichgeſtellt, dann war der Erſatz, den man im Hintergrunde zeigte — Aſſignaten oder Nationalgüter — am allerwenigſten geeignet, den Verluſt fürſtlicher Hoheitsrechte vergeſſen zu machen.*)

Die meiſten Berechtigten lehnten es geradezu ab, ſich auf dieſe Weiſe entſchädigen zu laſſen. Die Verhandlungen darüber fielen in die Zeit des Zwiſchenreiches; die Wahl eines Reichsoberhauptes gab natürlich der Angelegenheit einen neuen Sporn, Leopold II. ward ſofort darum angegangen, die Intereſſen der bedrohten Reichsſtände zu vertreten. Er that es in einem Schreiben, das er am 14. Dec. 1790 an Ludwig XVI. richtete; darin war die Wiederherſtellung des Zuſtandes verlangt, wie er vor den entſcheidenden Beſchlüſſen geweſen war. Wenige Wochen zuvor hatte die Nationalverſammlung einen Beſchluß gefaßt (28. Oct.), worin ſie den Grundſatz ausſprach, es ſei keine andere Souveränetät als die der Nation auf franzöſiſchem Boden zu dulden und ſämmtliche Beſchlüſſe zum Vollzug zu bringen; doch ſolle in Anbetracht der freundſchaftlichen Verhältniſſe, in denen die deutſche Nation ſo lange zu Frankreich geſtanden, eine friedliche Ausgleichung mit ihnen ver-

*) Die Eingaben der Betheiligten ſammt den Actenſtücken, worauf ſich ihr Recht gründet, finden ſich in Reuß, Staatscanzlei Bd. XXIV—XXVI. XXIX. XXX.

ſucht werden. Das waren die Geſichtspunkte, wie ſie zu Ausgang des Jahres 1790 von beiden Seiten geltend gemacht wurden.

Als der Reichstag im Januar 1791 ſeine Geſchäfte wieder aufnahm, war es vorzugsweiſe dieſe Entſchädigungsangelegenheit, der ſeine Thätigkeit galt.*) Außer jenen ſtabil gewordenen Sachen, wie die Unterhaltung und Viſitation des Reichskammergerichts, die ſich, nie erledigt, wie ein Erbübel durch alle Verhandlungen durchſchleppen, iſt nichts von allgemeiner Bedeutung, als die Berathungen über das Verhältniß zu Frankreich. Die Durchführung der angedrohten Neuerungen hatte indeſſen dort ihren Fortgang genommen; gleich in einer der erſten Sitzungen lief eine Beſchwerde von Kurtrier ein, daß man in dem neuen Departement der Ardennen einen Biſchof gewählt und dieſem einen Theil der Trierſchen Erzdiöceſe zugewieſen habe. Aehnliche Beſchwerden kamen von Speyer, vom Capitel des Stiftes Weiſſenburg und von Heſſen. Auf der andern Seite war von dem franzöſiſchen Geſandten am oberrheiniſchen Kreiſe, Baron Groſchlag, an den Biſchof von Speyer die Aufforderung ergangen, einen Geſandten zur gütlichen Verhandlung nach Paris zu ſchicken; „die Nationalverſammlung habe eingeſehen, daß bei der auf der einen Seite beſtehenden Unzuläſſigkeit einiger Ausnahmen es auf der andern Seite billig wäre, für diejenigen der abgeſchafften Rechte, welche auf Friedensſchlüſſe oder ſonſtige völkerrechtliche Verbindniſſe gegründet ſeien, eine gerechte Entſchädigung zu verſtatten.“ Der Biſchof ſah in dieſer Erklärung das Eingeſtändniß, daß man ein Unrecht begangen, die Sendung nach Paris lehnte er ab. Eine ähnliche Aufforderung, an den Trierer Hof gerichtet, erhielt dort gleichfalls eine ablehnende Antwort (20. Jan.); man fand namentlich das Princip einer Entſchädigung durch Geld mit den reichsfürſtlichen wie mit den geiſtlichen Pflichten unvereinbar. Vergebens machte, gegenüber von Speyer, der Vertreter Frankreichs geltend (1. Febr.), wie wenig an eine Rücknahme der Beſchlüſſe zu denken ſei, und wie es doch immer zweckmäßiger erſcheine, einen Zwiſt mittelſt eines annehmlichen Vergleiches zu ſchlichten, als ſolchen dem ungewiſſen Schickſale zufälliger Ereigniſſe zu überlaſſen. Allein der Fürſtbiſchof von Speyer wies den Grundſatz der „Convenienz und Gleichförmigkeit“ zurück, er fuhr fort, ſich auf ſein gutes Recht als Reichsfürſt und ſeine biſchöfliche Pflicht zu berufen. Indeſſen ward aber die neue Ordnung ungehemmt in Vollzug geſetzt; die Kirchenſprengel der deutſchen Biſchöfe wurden der neuen franzöſiſchen Geſetzgebung unterſtellt, und den Geiſtlichen die Alternative vorgelegt, den Eid auf die neue Kirchenordnung zu leiſten oder ihren Stellen zu entſagen.

---

*) Die folgenden Mittheilungen ſind einer umfangreichen Reichstagscorreſpondenz (1791. 2 Bde. Fol.) entnommen, welche wir für dieſe wie für die folgenden Jahre benutzt haben.

Alles drängte darauf, daß der Kaiser und der Reichstag sich der Bedrohten thätiger annehmen müsse. Der erste Schritt Leopolds II., jenes Schreiben vom 14. Dec. 1790, war erfolglos geblieben; die Antwort der französischen Regierung meinte, das Reich sei bei der Sache gar nicht interessirt und der ganze Conflict nur ein Streit zwischen der Krone Frankreich und ihren Vasallen, der am einfachsten durch friedliche Annahme der angebotenen Vorschläge sein Ende finde. Nun gab Leopold dem Drängen der Betheiligten nach; am 26. April 1791 überreichte der kaiserliche Principalcommissarius, Fürst Karl von Thurn und Taxis, ein kaiserliches Commissionsdecret, wonach die Stände des Reiches zur Berathung über die Sache aufgefordert wurden. „Allerhöchstdieselben — hieß es darin — gewärtigten über diesen Gegenstand ein baldiges ausgiebiges Reichsgutachten, um hierdurch in den Stand gesetzt zu werden, über diese Sache einen Reichsbeschluß zu fassen, sodann in Gemäß desselben die weitere reichsobristhauptliche Vorkehr eintreten lassen zu können."

Bei der Berathung am 9. Mai brachte dann der kurmainzische Gesandte die Sache vor die Versammlung. Er ging den geschichtlichen Verlauf der Beschwerde durch, erinnerte daran, wie schon in der Wahlcapitulation der Kaiser veranlaßt worden, sich der Sache anzunehmen, wie aber seine Vorstellung bei Frankreich keinen Eingang gefunden und er darum den Weg betreten habe, ein „ausgiebiges Reichsgutachten" über die Beschwerdeangelegenheit zu fordern. Zur Erleichterung des Geschäftes faßte dann der Gesandte den ganzen Stoff in fünf Fragen, wonach die Instructionen eingeholt und die Verhandlungen vorgenommen werden sollten. Die erste Frage lautete: ob nicht alle bisherigen Schritte Frankreichs wider den Besitzstand der Reichsstände und wider ihre geistlichen und weltlichen Rechte für ungerecht, nichtig und friedensschlußwidrig anzusehen seien? Die zweite Frage ging dahin, ob nicht alles dasjenige, was vom Elsaß an Frankreich, wie namentlich und deutlich durch den Münsterschen Frieden und spätere Verträge, unterworfen worden, dermalen noch als zum deutschen Reiche gehörig zu betrachten sei? Drittens wurde erwogen, ob einzelne deutsche Besitzer im Elsaß durch eigene stillschweigende oder ausdrückliche Anerkennung der französischen Souveränetät dem deutschen Reiche etwas hätten vergeben dürfen, und ob dergleichen Uebereinkommen zumal jetzt noch in Betracht kommen könnten, wo die französische Nation selber sich daran nicht mehr weiter binden wolle? Weiter wurde dann die Frage aufgeworfen, ob das Reich, wenn den Beschwerden nicht abgeholfen werde, nicht ebenfalls befugt sei, gegenüber von Frankreich alle diejenigen Friedensschlüsse für unverbindlich und aufgehoben anzusehen, wodurch ehemals zur Erhaltung des Friedens so viele Provinzen vom deutschen Reiche abgekommen seien? Der fünfte Punct endlich betraf die Mittel und Wege, um sowohl diejenigen Besitzungen, geistlichen und weltlichen deutschen Gerechtsame, welche nie wirklich der französischen Souveränetät unterwor-

fen waren, zu behaupten, als auch was in Anſehung der wirklich unterworfenen das Reich als Bürge, zumal für die eigenen Reichsmitſtände, zu beſchließen habe.

Der Geſandte ſchlug den 20. Juni als Tag der Berathung vor; bis dahin könnten die Inſtructionen wohl eingeholt ſein, er ſelber — fügt er hinzu — ſei bereits in der Lage, ſein Votum abzugeben, und zwar bejahe er alle geſtellten Fragen, die dritte allein ausgenommen.

Am rührigſten waren die geiſtlichen Reichsſtände. Kurmainz wandte ſich an Preußen, Sachſen und Hannover und forderte „auch alle übrigen unirten Höfe zur unionsmäßigen Hülfe nachdruckſamſt" auf;*) es ſuchte alſo noch einmal den Fürſtenbund zur Thätigkeit zu wecken. Es proteſtirte gegen die Schritte im Elſaß, inſtruirte ſeinen Geſandten, „mit ſtarker Sprache vorzugehen", und ermahnte die anderen Biſchöfe, ein Gleiches zu thun. In einem Schreiben an den Kaiſer (21. März) hebt der Erzkanzler des Reiches das Widerrechtliche der geſchehenen Schritte hervor, beſchwert ſich über die jüngſten Vorgänge in ſeinem Sprengel (Abſetzung des Biſchofs von Straßburg, Wahl eines neuen u. ſ. w.) und fügt dann hinzu: „es iſt für die Sicherheit der vorderen Reichskreiſe weſentlich nothwendig, daß das mit ſeinen übrigen Provinzen ſo ſehr concentrirte mächtige franzöſiſche Reich in ſeinen mit Deutſchland grenzenden Provinzen eine dem deutſchen Reiche analoge Conſtitution behalte, wodurch es gehindert werde, in dieſen angrenzenden Landen ſo frei und willkürlich zu herrſchen, wie es in ſeinen übrigen alten Provinzen räthlich finden mag."

Aehnliche und noch ſtärkere Aeußerungen kamen von den anderen geiſtlichen Höfen; ſie beeilten ſich auch, während die Inſtructionen der Uebrigen ſäumig genug eintrafen, ihre vorläufige Meinung einſtweilen kundzugeben. So ſchlug (Juni) Kurcöln vor, auch das deutſche Reich ſolle ſich an die vorhandenen Verträge nicht mehr gebunden erachten, vielmehr ſeine Rechte auf die an Frankreich abgetretenen Lande wieder geltend machen, dann durch einen eigenen Reichsſchluß alle franzöſiſchen Waaren und Producte verbieten, gegen Frankreich einen militäriſchen Cordon ziehen und alle in Deutſchland gelegenen franzöſiſchen Beſitzungen und Einkünfte ſequeſtriren. Außerdem da die franzöſiſche Nationalverſammlung „verſchiedene Mitglieder von der ſogenannten Congregation de Propagande nach Deutſchland ſchicke, um allda demokratiſche Grundſätze auszubreiten, dieſe aber ſich mit der deutſchen Reichsverfaſſung nicht vertrügen, ſo wäre durch ein Reichsgutachten beim Kaiſer anzutragen, daß ein Reichsgeſetz erlaſſen werde, wonach gegen alle Franzoſen oder Deutſche, welche demokratiſche Grundſätze öffentlich oder heimlich ausbreiten würden, nach Beſchaffenheit der Umſtände mit Leibes- oder Lebensſtrafe

*) Aus einem kurmainz. Schreiben an den Biſchof von Speyer d. d. 4. April (in der Reichstagscorreſpondenz).

verfahren werden solle, auch alle Bücher dieser Art zu verbieten wären." Ob Frankreich nicht auch sofort mit einem Reichskriege zu überziehen sei, das überließ Kurcöln wohlweislich denn doch noch dem Ermessen „kaiserlicher Majestät und der mächtigeren Reichsstände."

Gegen diese ungeduldige Heftigkeit der geistlichen Herren, die allerdings fühlten, daß ihre Existenz auf dem Spiele stand, machten die weltlichen Reichsstände einen vorwiegenden Eindruck der Mäßigung. In einer vorläufigen Aeußerung Preußens sind die Schritte Frankreichs zwar als vertragswidrig und nichtig bezeichnet, aber es wird doch auch von der Gerechtigkeit und Billigkeit des französischen Hofes erwartet, daß er sich von der wahren Lage der Sache genau unterrichten und einsehen werde, wie der Münstersche Friede, der durch die jüngsten Maßnahmen verletzt werde, auch die Grundlage des ganzen französischen Besitzrechtes im Elsaß bilde. Ehe weitere Entschlüsse eintreten könnten — meint der preußische Gesandte — sollte der unbefriedigenden Antwort Frankreichs ungeachtet der Weg der Vorstellung und gütlichen Behandlung noch fortgesetzt und der Kaiser von Reichswegen ersucht werden, seine Vorstellungen und Verwendungen bei Frankreich zu erneuern und zu verdoppeln, von dem Erfolg aber dem Reichstage Kenntniß zu geben. Ein Gleiches könnten denn auch die übrigen mächtigeren Reichsstände thun.

Zu dieser Ansicht neigte sich denn auch die große Mehrzahl der Reichsstände. Als die auf den 20. Juni angesetzte Berathung am 4. und 5. Juli stattfand, war es im Rathe der Kurfürsten, wie der Reichsfürsten, jene vorläufige Meinung Preußens, der sich die Meisten anschlossen. Im Reichsfürstenrath eröffneten Salzburg, Baiern und Oesterreich gleich anfangs mit dieser mildern Ansicht die Abstimmung; auch mußte es Eindruck machen, wenn der Gesandte Oesterreichs meinte: „es möge für dermalen genug sein, wenn Se. kaiserl. Maj. ersucht würden, durch nachdrückliche Vorstellungen an dem französischen Hofe bessere Entschließungen zu erwirken." Die hannoversche Stimme, welcher nicht einmal die rechtliche Gültigkeit der deutschen Forderungen ganz unzweifelhaft erschien, wollte die Sache durch eine Reichsdeputation geprüft sehen und warnte vor Maßregeln und Entschließungen, welche zu weit gehen und die Würde wie die Ruhe des Reiches compromittiren könnten. Selbst einige geistliche Stände, namentlich Würzburg-Bamberg schlossen sich noch diesen gemäßigten Meinungen an. Damit die revolutionäre Ansteckung abgewehrt und doch auch wieder nicht der landesherrliche Despotismus begünstigt werde, meinte Bamberg, sollte ein Reichsgesetz erlassen werden, wonach gegen alle Verbreiter aufrührerischer Grundsätze mit Leibes- oder Lebensstrafe zu verfahren, auch derartige Bücher und Schriften zu verbieten und keiner Zeitung der Vertrieb zu gestatten sei, „welche auf eine anpreisende und belobende Art, oder auch nur mit einzelnem Beifall von einer in auswärtigen Ländern vorgekommenen Handlung der Empörung berichtete."

Die stärksten Anträge kamen wieder von den geistlichen Ständen am Rhein; sie schienen die Schwäche ihrer politischen Macht durch die Energie ihrer Erklärungen gleichsam ergänzen zu wollen. „Es verstehe sich von selbst — erklärte Worms (Kurmainz) im Fürstenrathe — daß, wenn es einmal bei einer Nation so weit komme, daß eingebildete Convenienz mehr als Völkerrecht gelte, man wechselseitig jeder völkerrechtlichen Verpflichtung überhoben und das Reich berechtigt sei, alle jene Verträge für aufgehoben zu erklären, durch welche Elsaß, Lothringen, Burgund u. s. w. an Frankreich gekommen sind. Dies solle man Frankreich erklären, und wenn es auf seiner früheren Meinung bestehe, solle die deutsche Nation zu solchen Mitteln schreiten, welche der Ehre und Würde eines ansehnlichen Reiches angemessen seien." Diesem drohenden Kriegsrufe schlossen sich Speyer und Straßburg, auch Augsburg (Kurtrier) an; Hildesheim wollte zwar noch eine „ernstliche und standhafte Vorstellung zulassen, wenn dieselbe aber wieder so abschlägig und unanständig sein sollte, wie die frühere, so solle man auf jene weiteren, dem Ansehen und der Ehre des deutschen Reiches anpassenden Maßnahmen Bedacht nehmen, wozu sich dasselbe durch das Völkerrecht und die natürliche Befugniß, das Eigenthum zu behaupten, berechtigt finden wird."

Doch war die Mehrheit zu überwiegend im Sinne jener Ansicht, die Preußen kundgegeben, als daß die kriegsmuthigen Anträge der geistlichen Herren von Cöln, Trier, Mainz und Speyer eine Bedeutung hätten haben können. In einer Conferenz, welche am 9. Juli stattfand, erklärte denn auch Kurcöln, „daß es sich zwar zu anderen Begriffen nicht entschließen könne, nichts desto weniger aber sich von der überwiegenden Mehrheit nicht absondern wolle."

Während die noch ausstehenden Stimmen nachgeholt wurden und das Zustandekommen eines einmüthigen Reichstagsschlusses in Aussicht stand, kam in der Nacht vom 12.—13. Juli eine Estafette von Wien und beauftragte den kais. Concommissarius: für jetzt noch die elsasser Sache zu sistiren. Die Flucht Ludwigs XVI., seine Gefangenschaft und Suspension habe die Lage insofern verändert, als es nun völlig an einem Organ fehle, an welches die vom Reichstag beabsichtigte Vorstellung gerichtet werden sollte. Hoffentlich werde man dem Kaiser nicht zumuthen wollen, daß er hiedurch in ganz Europa den Vorgang machen solle, den König als abgesetzt anzusehen und bei einer etwa aufgestellten Kronverwaltung ein kais. Reichsschreiben abzugeben, anderer Bedenken zu geschweigen, welche sich von Tag zu Tag ändern könnten. Dieser Zwischenfall verstimmte namentlich die Ungeduldigen; es bedurfte der ausdrücklichen Versicherung, daß dies der bestimmte Wille des Kaisers sei — wie denn auch eine gleichzeitig eingelaufene Instruction an den kurcölnischen Gesandten bewies, daß man in Wien ernstlich wünsche, die Sache nicht beschleunigt zu sehen.

Indessen fuhr man fort, die weitläufige Arbeit eines Reichsgutachtens

langsam zum Ende zu bringen. Die drei Collegien des Reichstages faßten ihre Beschlüsse und arbeiteten ihre Anträge aus; um Mitte August waren die drei Beschlüsse fertig und das Reichsgutachten konnte zur Diktatur gelangen. Es dauerte freilich noch bis zum 10. Decbr., bis das kaiserliche Commissions- und Ratificationsdecret erfolgte. Das Reichsgutachten berief sich auf die Verträge von 1648, verwarf sowohl die besonderen Uebereinkünfte einzelner Reichsstände als die neuesten Decrete der Nationalversammlung als widerrechtlich und wies dem Reiche die Pflicht zu, sich der betroffenen Stände anzunehmen. Dem Kaiser ward für seine bereits bewiesene Theilnahme gedankt, die Antwort aber, die Frankreich gegeben, als ungenügend bezeichnet; indessen wolle man das Vertrauen noch nicht aufgeben, daß eine gerechtere Ansicht in Frankreich überwiege, falls der Kaiser seine nachdrücklichen Vorstellungen im Namen des ganzen Reiches erneuern wolle. Zwar müsse es bei der dermaligen unsichern Lage Frankreichs lediglich dem weisen Ermessen des Kaisers überlassen bleiben, ob und inwiefern solch eine Verwendung eintreten solle; wenn sie aber erfolge, sei es wohl zweckmäßig, wenn auch alle anderen Reichsfürsten, welche eigene Gesandten am französischen Hofe haben und zu den Garanten der Verträge zu zählen sind, jene Vorstellung nachdrücklich unterstützen wollten. Außerdem möge der Kaiser dafür Sorge tragen, daß nicht nur auf eine gleichförmige Art der Verbreitung der zum Aufruhr anfachenden Schriften und Grundsätze durch wachsame Aufsicht und Strafe begegnet, sondern auch mittelst Herstellung des reichsverfassungsmäßigen Wehr- und Vertheidigungsstandes Gehorsam, Ordnung und Sicherheit gehandhabt werden möge. Das kaiserliche Ratificationsdecret erhob diese Anträge zum Reichsschluß. Die Schritte, die demgemäß der Kaiser that, bestanden zunächst in einem Schreiben an den König der Franzosen, worin noch einmal das Recht der deutschen Reichsstände mit Nachdruck geltend gemacht und die Erwartung ausgesprochen war, daß die seit August 1789 eingetretenen Veränderungen aufgehoben und der alte Zustand wieder hergestellt werde. Dann erließ Leopold ein Ausschreiben an die Kreisvorstände und forderte dieselben auf, gemäß den bestehenden Reichsgesetzen sowohl Störungen der Ruhe und Aufwiegeleien gehörig vorzubeugen, als auch dafür zu sorgen, daß die „reichsconstitutionsmäßige Verfassung des gemeinsamen und vereinten Reichs-Wehr- und Vertheidigungszustandes thätigst hergestellt, auch zu dem Ende sich mit anderen Reichskreisen in vertrauliches Einvernehmen gesetzt werde."

Dieser letzte Schritt verrieth eine fast übertriebene Sorge, wie sie wenigstens durch die inneren Vorgänge noch nicht gerechtfertigt war. Was von revolutionären Gährungen bis jetzt vorgekommen, beschränkte sich auf ganz locale Ausbrüche der Unzufriedenheit, und nur in Lüttich war die Bewegung von der Art, daß sie allgemeineres Aufsehen und Sorge erregen konnte. Einsichtsvolle Staatsmänner jener Zeit klagen wohl über den Mangel an

richtiger Auffassung, der sich unter den deutschen Unterthanen und Regenten zugleich bemerkbar machte; von diesen namentlich hätten Einige durch Entmuthigung und unzeitige Nachgiebigkeit, da wo ruhige Fassung und Festigkeit Noth that, Andere durch unkluge Beharrlichkeit, wo es galt, billigen und zeitgemäßen Wünschen zu genügen, gerade das befördert, was sie verhindern wollten.*) In jedem Falle war es aber bezeichnend für den inneren Zustand Deutschlands, daß alle größeren Staatsgebiete von der politischen Bewegung noch ganz unberührt waren; nur in geistlichen, reichsgräflichen und höchstens in Territorien winziger Fürsten übten die Exempel vom Westen eine aufregende Wirkung aus. Wo ein verständiges Regiment den Bedürfnissen der Zeit entgegengekommen war, da hatte es mit der Revolution keine Gefahr; nur wo übertriebene Lehenslasten auf dem Lande drückten, wo Kleinstaaterei und Verknöcherung den gesunden Blutumlauf hemmten, da traten verwandte Stimmungen hervor, wie die, welche den dritten Stand in Frankreich bewegten. So war namentlich in den geistlichen Gebieten von Trier, Straßburg Speyer eine gewisse Aufregung bemerkbar, die sich bisweilen bis zu unruhigen Auftritten steigerte; so waren die Gebiete der Grafen von Leyen, der Grafen Bentheim und von den Reichsstädten das kleine Gengenbach von der Gährung ergriffen. Aber auch diese Unruhen waren so bedenklich nicht, wie man sie aus Angst oder Absicht darzustellen suchte. Wohl lehnten sich z. B. in der Ortenau die Bauern gegen ihren Landvogt auf oder es wurde in Bühl das Volk gegen den Amtmann widerspenstig; in der Pfalz machte sich jetzt der lange verhaltene Groll gegen die Allgewalt eines unwürdigen Beamtenthums geltend, oder die Bauern hielten aus freien Stücken eine Hetzjagd auf das in Uebermaß gehegte Wild, das ihre Saaten verwüstete. Unverkennbar war dabei nur das Eine, daß die geistlichen Gebiete solcher Gefahr meistens ausgesetzt waren; der Ruf, den die Unterthanen von Stablo und Malmedy hören ließen — „wir wollen Freiheit von dem Joch der Mönche" — war an vielen Orten das Stichwort der Bewegung. In dem alten Reichsstift Frauenalb nöthigten die Bauern ihre Aebtissin, bei Baden Schutz zu suchen; in Schwarzach wurden die Mönche aus dem Kloster gejagt und das Kirchengut von den Bauern in Besitz genommen. Viel Aufhebens ward von dem gemacht, was damals im Bisthum Speyer geschah. In der fürstbischöflichen Residenz Bruchsal hatte sich die Bürgerschaft schon im Herbste 1789 geregt, um ihre Beschwerden in einer Vorstellung an den Bischof zu bringen; als man Miene machte, sie zu hindern, erklärten sie, sich selber helfen zu wollen, falls man sie abzuhalten suche, die Vorstellung herumzusenden oder auf dem Rathhaus zur Unterzeichnung aufzulegen. Aehnliche Bewegungen zeigten sich auch am Haardtgebirge, namentlich in den Gemeinden Deidesheim und Niederkirchen. Und was betrafen diese Beschwerden? Außer ganz localen An-

*) S. Görtz, Denkwürdigk. II. 250 ff.

liegen klagte man über die allzuhohe Schatzung, das Milizgeld, die Nachsteuer, über verschiedene andere Steuern, wie das Chausseegeld, das Lagergeld, die Erbschaftssteuer und ähnliche Lasten, dann aber vornehmlich über die drückenden Folgen des Lehenswesens und der Leibeigenschaft. Die Bitten der Unterthanen geben uns eine gute Einsicht in das Walten dieser fürstlichen Patriarchalität. Es ward z. B. die Bitte rund abgeschlagen, daß ein Unterthan, ohne die Regierung zu fragen, in anderen Orten des Hochstifts Güter kaufen und bürgerliche Nahrung treiben dürfe. Oder die Aufzählung der einzelnen Lasten setzte es außer Zweifel, daß die fürstliche Verwaltung sich einer schmählichen Ausdehnung ihrer Fiscalrechte schuldig machte und das Land mehr ausbeutete als regierte. Auch bestanden noch Verordnungen wie die, daß Gemeinden den Jägern die ihnen auf ihrer Markung entwendeten Fuchseisen bezahlen und die Unterthanen, auf deren Gütern Hasenschlüpfe gefunden worden, deßhalb bestraft werden sollten!

Forderungen, wie die obengenannten, in ungeduldigem Tone vorgebracht und von unruhigen Auftritten begleitet, bewogen den Fürstbischof, sogleich beim Reichshofrath um Hülfe nachzusuchen. Es erfolgte eine unerwartet schnelle Entscheidung des obersten Gerichts (5. Oct.), die in ihren Motiven alle die Vergehen der Unterthanen aufzählt. „Ein ausgelassener Pöbel, heißt es darin, habe sich nicht nur unterfangen, an dem Hause eines fürstlichen geheimen Raths sträflichen Unfug zu begehen, sondern nach Anzeige glaubhafter Personen sei auch ohne Scheu davon gesprochen worden, die Sturmglocken zu ziehen und die benachbarten Ortschaften zu Hülfe zu rufen; ferner verlaute es, daß zu Bruchsal in später Nacht noch Leute mit geladenem Gewehr wahrgenommen würden, ja auch in der Nachbarschaft sei die allgemeine Rede, wie man nur auf die Bruchsaler Sturmglocke warte, um mit gesammter Hand der Stadt zu Hülfe zu eilen." Das wurde den betreffenden Gemeinden nun ernstlich verwiesen und gedroht, daß alle etwa entstehenden aufrührerischen Zusammenrottirungen durch militärische Mannschaft getrennt und niedergeschlagen, sowie auch wider die Aufwiegler und Rädelsführer mit unausbleiblicher schärfster Leibes- und Lebensstrafe vorgegangen werden solle. Außerdem ward den ausschreibenden Fürsten des oberrheinischen Kreises aufgegeben, dem Fürst-Bischof, falls er militärischer Hülfe bedürfe, eifrig an die Hand zu gehen. Als diese Verfügung die Aufregung mehrte, statt sie zu beschwichtigen, ward sie später (Febr. 1790) in geschärfter Form erneuert. Den Beschwerden ward natürlich nur wenig abgeholfen; man faßte die Zügel der Gewalt straffer, statt späteren Krisen mit weisen Milderungen vorzubeugen.

Die gewaltsamste Lösung fand das früher erwähnte Zerwürfniß in Lüttich; der traurige Ausgang ist auch deßwegen von Interesse, weil er unter allen Nachwirkungen, welche für die preußische Politik aus dem Reichenbacher Abkommen entsprangen, eine der bittersten war. Wir haben früher erwähnt,

wie der Fürſtbiſchof von Lüttich durch eilfertige Nachgiebigkeit die Aufregung zu beſchwichtigen ſuchte, allerdings von dem geheimen Gedanken geleitet, alle Verheißungen zu gelegener Zeit zurückzunehmen. Bereitwillig kam er den kaum ausgeſprochenen Wünſchen der Bevölkerung entgegen, ſtellte die alten Rechte wieder her, ließ es geſchehen, daß man den beſtehenden Magiſtrat zum Rücktritt zwang und ihn durch populäre Mitglieder erſetzte, und legte gegen dieſe ein Benehmen an den Tag, das jeden Verdacht einer rückhaltigen Geſinnung verſtummen ließ. Aber an demſelben Tage (27. Aug. 1789), wo er den neuen Magiſtraten die Theilnahme an dem eben berufenen Landtag verhieß, entfloh er heimlich aus ſeiner Reſidenz zu Seraing und bald enthüllte ſich das ganze trügeriſche Spiel. Zwar ließ er eine Erklärung zurück, die ſeine Abreiſe als unverfänglich darſtellte und jeden Gedanken an auswärtige Hülfe oder jede Klage bei den Reichsgerichten von ſich wies. Aber bereits war das Reichskammergericht bearbeitet und legte diesmal eine Raſchheit und Energie an den Tag, die man ſonſt in den dringendſten Angelegenheiten vergeblich bei ihm ſuchte. An dem nämlichen Tage, wo der Fürſtbiſchof entfloh, wurde zu Wetzlar ein reichsgerichtliches Mandat erlaſſen, wonach Alles, was zu Lüttich geſchehen war, als Störung der öffentlichen Ruhe und des Landfriedens mißbilligt und den kreisausſchreibenden Fürſten des weſtfäliſchen Kreiſes der Auftrag ertheilt ward, mit der erforderlichen Mannſchaft auf Koſten der Rebellen zu Lüttich dem Fürſtbiſchof zu helfen, die alte Verfaſſung wieder herzuſtellen und die Empörer zu ſtrafen. Vergeblich waren die Bitten der Lütticher an den Fürſtbiſchof, zurückzukehren; vergeblich die Vorſtellungen an das Kammergericht, deſſen Raſchheit diesmal eines gewiſſenhaften Gerichtshofes noch unwürdiger war, als ſeine ſonſt ſprüchwörtlich gewordene Langſamkeit.

Es erfolgte, was der fürſtliche Flüchtling wohl erwartet hatte. Bald entſtanden wirklich Unordnungen, da es an einer feſten, anerkannten Regierung fehlte, und der gerechte Groll die frühere Freudigkeit loyalen Vertrauens verwiſchte; hinter den Gemäßigten, die einſt mit Zuſtimmung des Fürſtbiſchofs an's Ruder gekommen waren, drängte eine ungeſtüme, bewegte Maſſe heran, denen Jene nicht gewachſen waren. Erſt erhob ſich Streit über die Rechtmäßigkeit der noch vom Biſchof berufenen Stände, dann machte ſich in der Stadt Lüttich das unverſtändige Verlangen nach völliger Abgabenfreiheit geltend, und als der Magiſtrat zu ſeiner Sicherheit eine Miliz aufrichtete, entſtand darüber (Anfang Oct.) ein wilder Tumult, der mit der Niederlage der Regierung endete.

So war alſo die Unordnung da, auf die man ſpeculirt hatte. Zwar, wenn der Fürſtbiſchof ehrlich und verſöhnlich dachte, gab es jetzt eine erwünſchte Gelegenheit, den Frieden herzuſtellen. Die Stände waren mit ihren Verfaſſungsberathungen zum Ziele gekommen und hatten im Weſentlichen jenen alten Grundvertrag wiederhergeſtellt (den „Frieden zu Fexhe" 1316), der ihnen

im siebzehnten Jahrhundert gewaltsam war entrissen worden. Der Fürstbischof konnte auf dieser Grundlage in die dargebotene Hand der Verständigung einschlagen. Aber er ließ die Maske nun völlig fallen. Er verwarf die dargebotenen Artikel, erklärte, die von ihm selber berufenen Stände seien nicht legal versammelt, und betrieb in Wetzlar eifrigst die Vollziehung des kammergerichtlichen Mandats (Mitte October).

Preußen war schon durch seine Nachbarschaft bei diesen Händeln interessirt; als Herzog von Cleve hatte der König mit Kurköln und Jülich (Kurpfalz) die Kreisexecution zu vollziehen. Eben darum konnte er nicht wünschen, daß man die Dinge zum Aeußersten trieb, um der herrschsüchtigen Laune eines Einzigen willen. Nur wenige Stunden weit vom Lütticher Gebiet war jener Brabanter Aufstand in vollem Fortschritt begriffen, den Preußen eine Zeit lang nicht ungern sah, dessen Ausbreitung nach Lüttich selbst es aber nicht wünschen konnte. Und doch ließ sich Alles dazu an; Brabanter Gesandte kamen nach Lüttich und boten Hülfe an, ein gewaltsames Vorschreiten konnte also leicht dazu führen, daß man die belgische Revolution ins deutsche Reich verpflanzte. Eine vermittelnde Haltung war daher für Preußen ebenso durch politische Gründe geboten, wie die Billigkeit und das Recht dafür sprach, die Lütticher nicht der schmachvollen Reaction preiszugeben, die der Fürstbischof vorbereitete. Drum hatte Preußen anfangs nach zwei Seiten hin vermittelnd gewirkt; es hatte den Bischof zur Rückkehr, das Reichskammergericht zur Aufhebung jenes Mandats vom 27. August zu bewegen gesucht. Nachdem dies mißlungen, suchte man in Berlin wenigstens der vom Kammergericht anbefohlenen Execution eine andere Richtung zu geben. Während das Executionsheer, ungefähr 7000 Mann stark (aus Preußen, Pfälzern und Cölnern bestehend) unter Generallieutenant von Schlieffen, sich im November den Grenzen des Hochstifts näherte, bemühte sich der preußische Kreisgesandte von Dohm zugleich, eine billige Verständigung einzuleiten. Er suchte — trotz des unverständigen Widerspruchs von Cöln und Jülich — die Versöhnung dadurch herzustellen, daß er in einer Conferenz mit den Lütticher (26. Nov.) ihren Magistrat zum Rücktritt bewog, dagegen ihnen Abhülfe der Beschwerden und allgemeine Amnestie verhieß. Vier Tage nachher rückten die preußischen und pfälzischen Executionstruppen in Lüttich ohne Widerstand ein und es zeigte sich, daß die von dem preußischen Bevollmächtigten vorgeschlagene Auskunft der natürliche Weg für die Ausgleichung aller Interessen war. Aber die Vertreter von Cöln und Jülich arbeiteten dieser Verständigung insgeheim und öffentlich entgegen und der Bischof erwirkte indessen bei dem willigen Reichskammergericht ein neues Mandat (4. Dec.), worin die rücksichtslose Herstellung des Zustandes, wie er vor den bischöflichen Concessionen gewesen, gefordert, die preußische Vermittlung abgewiesen und die stricte Vollziehung der Execution befohlen war. Es entstand nun eine völlige Spaltung unter den mit der Vollziehung beauftragten Reichsständen; Cöln und

Pfalz beriefen sich auf den Wortlaut der Wetzlarer Mandate, Preußen machte das höhere Gebot der Billigkeit und der wahren politischen Interessen des Reiches geltend; und man konnte allerdings nicht im Zweifel darüber sein, daß das Reich niemals eine unzeitigere Energie entfaltet, Preußen zu keiner Zeit verständiger und gerechter gehandelt, als diesmal. Die Briefe, die der König an den Fürstbischof richtete, sind durchweg in diesem einsichtsvollen und billigen Geiste gehalten, die Antworten des Bischofs bezeichnende Documente autokratischer Verstocktheit. Preußen blieb dabei, sich nicht zu der Art von Execution herzugeben, die das Reichsgericht vorschrieb und die Cöln und Pfalz unterstützen wollten. Der König erklärte vielmehr in einem Schreiben an den Fürstbischof (9. März 1790), daß er lieber seine Truppen zurückziehen und „eine Mission, die er nicht glaubte mit Gerechtigkeit und Ehren durchführen zu können," aufgeben wolle, wenn der Bischof sich nicht zu verständigen Concessionen herbeilasse. Als solche Concessionen bezeichnete der König: keine gewaltsame Restauration, Amnestie, Abdankung der während der Unruhen aufgestellten Behörden, freie Wahl neuer Magistrate, friedliche Herstellung des Rechtszustandes unter Vermittlung der Kreisgesandten — Bedingungen, durch die es unzweifelhaft gelingen werde, auch dem Fürstbischof sein volles Recht und seine Sicherheit zu verbürgen. Diese Vorschläge wurden abgelehnt und der König ließ nun, wie er es vorher gesagt, seine Truppen aus Lüttich wegziehen (16. April 1790); großmüthig, wie es in seiner Natur lag, hatte er die Lasten des mißlungenen Zuges selber getragen und den Lüttichern die Executionskosten erlassen.

Bis hieher war sich die preußische Politik vollkommen treu geblieben und was damals in die Oeffentlichkeit kam, ließ keinen Zweifel darüber, daß das Verhalten Preußens, insbesondere seines Vertreters Dohm, ebenso verständig wie loyal gewesen war. Was aber nun von Reichswegen geschah, konnte der preußischen Politik nur zur Rechtfertigung dienen. Das Kammergericht bot nämlich die fränkischen, schwäbischen, rheinischen Kreise zur Execution auf und im Sommer 1790 setzte sich eine Truppenmacht von 8000 Mann in Bewegung, um Lüttich zu unterwerfen. Es geschah, wie Preußen vorausgesagt; was man friedlich hätte beilegen können, kostete nun gewaltsame Anstrengungen ohne Erfolg; die Executionstruppen wurden von den Lüttichern zurückgeschlagen, ein Beweis, wie tief diese militärische Organisation der Kreise verfallen war. Abermals sah man sich genöthigt, die preußische Mitwirkung anzugehen; Kurmainz übernahm es, Preußen um seine Vermittlung zu ersuchen. Im Sept. 1790, während die Botschafter der Kurfürsten zur Wahl in Frankfurt zusammenkamen, erschienen auch einige Lütticher Abgeordnete, und Preußen übernahm die Vermittlung. Die Punkte, über die man übereinkam, waren von der Art, daß der Bischof sich dabei beruhigen konnte, zumal die Lütticher Stände selbst sich auf diese Bedingungen hin unterwerfen wollten und nur den einen Vorbehalt, die freie Wahl ihrer Magistrate, hin-

zufügten. Abermals scheiterte die Verständigung an dem Bischof; die Umstände waren inzwischen für ihn günstiger geworden. Preußen hatte durch den Reichenbacher Vertrag alle Vortheile seiner Lage aus der Hand gegeben und Oesterreich aus dem Labyrinth seiner Verlegenheiten geholfen; Oesterreich hatte die Brabanter Unruhen bewältigt und war nun dort in einer militärischen Stellung, die ihm die Unterwerfung Lüttichs nicht schwer machte. Noch im Dec. 1790 hatten die Reichsexecutionstruppen bei Viset eine Schlappe erhalten; nun wandte sich das Reichskammergericht an das österreichische Gouvernement zu Brüssel, um im Namen des burgundischen Kreises die Execution zu übernehmen. Im Jan. 1791 erfolgte der Einmarsch und damit die gewaltsame und rücksichtslose Wiederherstellung des Alten. Die Regierung benahm sich so blind und rachsüchtig, wie sie sich in ihrem bisherigen Verhalten angekündigt. Die preußische Politik mußte zusehen, wie allen ihren Bemühungen einer Verständigung Hohn gesprochen ward; ihre Vertreter mußten Zeugen der ärgerlichen Vorgänge sein, ohne doch den Einfluß einer thätigen Mitwirkung zu genießen. Die öffentliche Meinung entlud zum Theil ihren Groll gegen Preußen durch die laute Anklage der Perfidie, während das ganze Verhalten nur eine der bitteren Früchte der Reichenbacher Nachgiebigkeit war. Die Zeitgenossen sahen*) nicht mit Unrecht in der Lütticher Sache ein Armuthszeugniß für den Fürstenbund; er hatte sich in dem ersten gewichtigen Anlaß mit nichten als „Schützer der deutschen Freiheit" bewährt, vielmehr hatte Preußen, als es sich der Lütticher annahm, gerade auch unter den Gliedern des Bundes, namentlich bei Kurmainz und Hannover, statt Unterstützung, lebhaften Widerspruch gefunden. Und welcher Vortheil erwuchs dem Reiche aus seiner dienstfertigen Hingebung an den geistlichen Landesherrn von Lüttich? Das lockere Band, welches dies Hochstift noch mit dem Reich verknüpfte, ward durch die Vorgänge von 1790 bis 1791 nicht befestigt; das ohnedies mehr französische Lüttich ward eine der ersten Beuten der westlichen Revolution, um nie wieder zu Deutschland zurückzukehren.

Diese beiden Vorgänge — in den fürstbischöflichen Landen von Speyer und Lüttich — lassen erkennen, wie es in den westlichen Gebieten des Reiches aussah. Gerade die geistlichen Grenzlande waren am meisten im Verfalle begriffen und die Art, wie man der Gährung des Volkes dort entgegentrat, war viel mehr geeignet, das Feuer zu schüren, als zu dämpfen. Nur ein kleiner Anstoß von Seiten der siegreichen Revolution im Westen und

*) S. Görtz, Denkwürd. II. 248. Vgl. auch Gronau, Ch. W. v. Dohm 204 ff. Daß man in Berlin das Vorgehen des Kaisers sehr bitter empfand, beweist die Correspondenz Hertzbergs mit dem Gesandten in Wien. Je vois de plus en plus, heißt es in einer Note vom 14. Febr., qu'on n'avance en rien avec les ministres autrichiens par des représentations et des bons procédés et qu'on n'obtient rien d'eux, qu'on n'arrache pas par la force.

dieſe wunden Stellen des Reiches fielen widerſtandlos der erobernden Propaganda in die Hände! Wie wenig aber gerade dort in den regierenden Kreiſen eine richtige Schätzung der Lage heimiſch war, bewieſen die Verhandlungen in Regensburg; denn während die größeren Staaten Deutſchlands — Oeſterreich, Preußen, Kurhannover — hier eine Mäßigung an den Tag legten, wie ſie von der ungewöhnlichen Lage geboten war, führten diejenigen das lauteſte und trotzigſte Wort, deren überlebte Exiſtenz das erſte Opfer eines Zuſammenſtoßes mit der Revolution werden mußte.

Dieſe eigenthümliche Lage machte es räthlich, ſich mit der Revolution wo möglich in Frieden auseinanderzuſetzen und jeden Anlaß zu meiden, der Frankreich die Handhabe gab, den gerechten völkerrechtlichen Beſchwerden des deutſchen Reiches andere, vielleicht nicht minder gerechte entgegenzuſetzen. Die verhängnißvolle Kurzſichtigkeit der geiſtlichen Herren an der Grenze, deren einige ihre ſchutzloſen Stifter zum Lager der Contrerevolution umſchufen, brachte es dahin, daß der ganze Standpunkt verrückt, die deutſchen Beſchwerden in den Hintergrund gedrängt wurden und den Franzoſen ſich der erwünſchte Anlaß gab, die Rolle der Verklagten mit der der Kläger zu vertauſchen.

In Worms hatten ſchon im Frühjahr 1791 die Prinzen der Linie Condé eine Zuflucht gefunden und eine Anzahl geflüchteter franzöſiſcher Officiere um ſich verſammelt. Um die Mitte Juni traf der Graf von Artois in Koblenz ein; ihm folgte bald der Graf von Provence und ein mächtiger Schwarm von Flüchtlingen aus Frankreich, die ſich zum guten Theil auf Koſten des Kurfürſten Clemens Wenceslaus dort einquartirten.*) Koblenz und Schönbornsluſt wurden fortan die Mittelpunkte des auswärtigen Frankreichs. Die Prinzen und die Herren vom Adel trieben dort, was ſie in der Heimath getrieben; der genußſüchtige Müßiggang und der Leichtſinn des Verſailler Hofes erſchienen plötzlich wie ein ſeltſamer Spuk an dem Trierſchen Hofe, um dann zugleich mit dem alten Kurſtaate in der Zerrüttung der folgenden Zeiten für immer zu verſchwinden. Als hätte man im Kleinen die Gründe des Untergangs der franzöſiſchen Monarchie veranſchaulichen wollen, ſo copirte man in allen Dingen das leichtfertige Spiel des alten königlichen Hofes. Theils in Feſtgelagen und ausgelaſſenen Zerſtreuungen, in Comödien, Haſardſpiel und

*) „Die erſten 4 Wochen wurde Alles auf Koſten Sereniſſimi defrayiret, bis es endlich dahin regulirt worden, daß Sereniſſimus das Silber, Weißzeug, Küchengeſchirr, Wildpret, Brod, den Tiſchwein (jedoch mit Ausſchluß der fremden Weine), das Holz, die Kohlen und die Fourage hergeben, das übrige Erforderliche aber der Graf von Artois ſelbſten auf ſeine Koſten anſchaffen laſſen wollte; es wurden auch Hof-Poſtzüge und Klepper zum Dienſt nach Schönbornsluſt eingeſtellet.“ So erzählt der Bericht im Rheiniſchen Antiquar I. 1. S. 7 f., der die treueſte Vorſtellung vom Treiben der Emigranten gibt. Dort ſind auch die einzelnen Schmauſereien, womit ſie ihre Zeit ausfüllten, treu verzeichnet. Auch baares Geld mußte der Kurfürſt „vorſchießen“, z. B. als Artois ſeinem Bruder entgegenreiſte, 2000 Carolins.

Liebeshändeln brachte der junge Adel dort seine Tage zu, theils machte er seiner royalistischen Begeisterung Luft in lärmenden Demonstrationen für das bedrängte Königthum. Der kindische Leichtsinn der Fremden, ihre Genußsucht und ihre übermüthige Verachtung aller der Verhältnisse und Personen, von deren Gnade sie nun lebten, war selbst für diejenigen ein Anstoß, die sonst mit ihrer Sache vollkommen sympathisirten.*) Auch Calonne fehlte nicht; er organisirte ein Finanz- und Polizeiministerium, dem er selber vorstand, machte den alten Marschall Broglio zum Kriegsminister und bildete, wie ein Zeitgenosse sagt, aus „courtisans valets“ und aus „valets courtisans“ eine Art von Staatsrath. Allmälig theilte man die immer anwachsende Zahl von emigrirten Militärs in Compagnien von Gensdarmes, Mousquetaires, Chevauxlegers und Gardes du Corps, rüstete und vertheilte sie, und nicht nur in Koblenz selbst, sondern auch in Neuwied, Andernach und an andern Orten lagen kleine Corps, deren jedes in der Regel mehrere hundert Mann stark war. Man konnte in Wahrheit sagen, daß hier das alte Frankreich vor 1789 gegenwärtig war. Wie dort herrschte die größte Finanznoth und Verschwendung, so daß der gute Kurfürst nicht Geld genug auftreiben konnte und noch dazu sein Weißzeug und Silbergeschirr dabei in die Schanze schlagen mußte.**) Wie im alten Frankreich wurden viele Hunderte von Müßiggängern genährt, nur nach Gunst und Cameraderie gewählt, alle tüchtigeren Menschen zurückgestoßen. Wie in der alten Monarchie war Alles, was den Ernst des Geschäftes anging, in Nichtigkeit und hohler Form untergegangen; wie dort vergab man die höheren Officierstellen an vornehme alte Herren, die nie gedient, oder an Knaben, deren Stammbaum ihre Untüchtigkeit verdecken sollte. Wohl war diese ganze Zurüstung für das revolutionäre Frankreich mehr lächerlich als gefahrbringend und es entsprang allerdings nur aus einer wohlberechneten Taktik, wenn man sich dort über die „Horden der Contrerevolution“ besorgt stellte, aber das Benehmen des Trierer Kurfürsten verstieß darum doch gegen allen völkerrechtlichen Gebrauch. Die Flüchtigen, die schon zu einer Zahl von vielen Tausenden angewachsen waren, wurden mit ihrem sogenannten Ministerium, ihrem Generalstab u. s. w. nicht nur geduldet, sondern unterstützt. Man wies ihnen öffentliche Gebäude an, ließ sie Magazine errichten, öffentliche Aufrufe zur Anwerbung bekannt machen, ja man gab ihnen schon frühe Waffen aus dem kurfürstlichen Zeughause.

Alle diese Vorgänge konnten nicht verborgen bleiben; sie erregten Un-

*) S. den Bericht eines Augenzeugen im Rhein. Antiquar I. 1. 52 ff.

**) Nach dem Rhein. Antiquar I. 1. 21 f. betrug der tägliche Aufwand für die prinzliche Tafel wenigstens 3000 Livres; eine unzählige Dienerschaft, allein 20 Köche, beförderte vorzüglich die Verschleuderung; Silberwerk und Weißzeug hatte man von dem Kurfürsten erborgt, und es fehlten bei der Rückgabe 90 silberne Couverts und 800 Dutzend Servietten u. s. w.

ruhe im eigenen Lande, wie in Frankreich. Die Landstände des Erzstifts machten bereits im November 1791 in sehr dringenden Vorstellungen auf die Gefahren aufmerksam,*) die ein solches Verfahren nach sich ziehen werde; man fertigte sie im patriarchalischen Herrentone der alten Zeit mit ganz nichtssagenden Antworten ab. Auch von der französischen Regierung selber kam (Dec.) eine Beschwerdenote, die von dem Kurfürsten mit der Behauptung, es geschehe nichts Feindliches gegen Frankreich, fast trotzig erwiedert ward.**) Es war nicht die Lebhaftigkeit deutschen Nationalstolzes, was den Kurfürsten eine so vornehme Haltung gegen Frankreich annehmen ließ; diese Herren am Rheine hatten ja in der Regel eine sehr geschmeidige Politik gegen Frankreich eingehalten, es war die aristokratische Verstockung gegen die Revolution, was sie mit Gefahren spielen ließ, deren erste Woge sie rettungslos verschlang.

Indessen man so im Westen, der nahen Revolution gegenüber, theils die Aufregung nährte, statt sie zu beschwichtigen, theils ohne Noth gerade an den schwächsten Stellen eine herausfordernde Haltung annahm, erwuchsen auf anderen Seiten dem Reiche aus den ersten Berührungen mit dem Frankreich von 1789 sehr unerwünschte Verhältnisse. In die ersten Reichstagsverhandlungen über die Entschädigung der Reichsfürsten spielt eine eigenthümliche Episode herein: der Anspruch Rußlands, als Bürge des westfälischen Friedens angesehen zu werden.***) Die russische Politik hatte in dem Bemühen, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, eine ganz consequente Taktik eingehalten. Als Oesterreich den Anspruch auf die bairische Erbschaft erhob, hatte Katharina II. (Dec. 1778) zuerst ihren Entschluß kundgegeben, als Schützer der bedrohten Reichsverfassung aufzutreten, und ein deutscher Publicist hatte damals in seiner politischen Unschuld gemeint, „das seien tröstliche Aussichten für die Verfassung, Freiheit und Ruhe Deutschlands, zumal wenn man damit die ganz besonders theilnehmende Art verbinde, womit die große Katharina sich in Absicht auf Deutschland erklärt habe.“ Der Teschener Friede sprach die russische Garantie förmlich aus, und da in dem Teschener Vertrag zugleich die früheren neu bestätigt waren, war es nicht schwer zu beweisen, daß fortan auch Rußland zu den Garanten des westfälischen Friedens gehöre. Wie Friedrich II. dazu mitwirkte, die russische Einmischung zu fördern, haben wir früher erzählt. Als nun 1791 auf dem Reichstage über die Beschwerden gegen Frankreich verhandelt ward, rief Kurtrier geradezu Rußland als Bürgen des westfälischen Friedens an. Auch in Kurmainz schienen ähnliche Gedanken umzugehen, wenigstens schrieb ein main-

*) S. die Actenstücke in Häberlin's Staatsarchiv I. 314 ff.

**) Au surplus, lautete der Schluß, S. A. E. saura employer tous les moyens convenables et justes pour prévenir les malheurs dont on la menace.

***) Reuß, Staatscanzlei Bd. 37. 38.

zischer Beamter eine Schrift zu Gunsten der russischen Garantie und erhielt dafür, außer einem kaiserlichen Belobungsschreiben, eine „schwere goldene Medaille". Indessen in dem Reichsgutachten von 1791 fand die russische Garantie doch keine Stelle. Darüber erhob Rußland Beschwerde, wandte sich an die geistlichen Kurfürsten und ließ durch seinen Gesandten in Regensburg im Sinne der russischen Garantie intriguiren. Bei den kleineren Reichsständen waren diese Bemühungen nicht erfolglos; ja ganze Kreise, wie der fränkische und schwäbische, brachten dem russischen Einflusse in Erklärungen und Dankschreiben die demüthigsten Huldigungen dar. Doch wirkten diesmal Oesterreich und Preußen vereint dem Ansinnen Katharinas entgegen und auch in der öffentlichen Meinung gab sich zum ersten Male ein regeres Mißtrauen gegen die russischen Tendenzen kund. Sollen wir zugeben — hieß es in einer aus dieser Veranlassung nachher erschienenen Schrift — daß die Prophezeihung, die man nach der ersten Theilung Polens einem Magnaten dieses Reiches in den Mund legte, in Erfüllung gehe? Sie sei der Vorbote, sagte er, einer Theilung von Deutschland. Man zerstückt jetzt Polen zum zweiten Male! Nur noch einige Kanonen mehr vor das Rathhaus zu Grodno und die ungeheuere Lawine liegt vor den Thoren unseres Vaterlandes. Und wir sollten russische Garantien unserer Constitution annehmen?

Wir haben die Vorgänge im Reich bis zu dem Augenblick verfolgt, wo sich in dem Verhältniß zu Frankreich und zur Revolution jene Spannung und Erregtheit kund gab, von der nicht mehr weit war zur offenen Entzweiung. Waren auch die gekränkten Reichsfürsten in ihren Worten vielleicht kriegslustiger als in ihren Thaten, und das Treiben der Emigration am linken Rheinufer für Frankreich mehr anstößig als gefahrdrohend, so erhitzte sich doch an den Verhandlungen darüber die Leidenschaft und dies konnte bei so unberechenbaren Zuständen wie die französischen waren, plötzlich und vielleicht unwillkürlich zu einem gewaltsamen Conflicte führen. Doch sind die Momente, welche den Zusammenstoß von 1792 herbeiführen, in einem anderen Kreise zu suchen, als am Reichstag und in den geistlichen Staaten am Rhein; die Verwicklung der Dinge in Frankreich selbst und die allgemeine Lage Europas wirkten gleichmäßig dazu mit, den Umschwung von 1792 hervorzurufen, unter dessen erschütternden Nachwirkungen die Form des tausendjährigen Reiches zusammengebrochen ist und durch außerordentliche Katastrophen hindurch eine neue Gestaltung Deutschlands sich vorbereitet hat.

Oesterreich und Preußen — erinnern wir uns — hatten zu Reichenbach ihren äußeren Frieden gemacht, von dem freilich zur inneren Verständigung und wahren Eintracht noch ein weiter Weg war. Den Preis des Friedens hatte zunächst Preußen bezahlt, indem es seine Entwürfe im Osten aufgab, Oesterreich aus drückenden Verlegenheiten befreite, der Unterwerfung Ungarns

und Belgiens ruhig zusah und in der Lütticher Angelegenheit eine brennende Niederlage seiner Politik geduldig hinnahm. Bald sollte Preußen die bittere Erfahrung von Neuem machen, daß es für einen Staat, dessen rasch emporgewachsenes Ansehen auf eine kühne und entschlossene Politik gebaut war, mit einem ersten Schritte des Rückzugs nicht gethan ist; auf allen Seiten erfolgten kleine Niederlagen und Kränkungen, nachdem einmal der Zauber jener trotzigen und gebieterischen Politik verschwunden war, der sich noch zuletzt um Hertzbergs östliche Politik verbreitet hatte. Oesterreich, dem es zu Reichenbach so leicht gelungen, die preußischen Angriffsplane zu vereiteln und die ganze Freiheit seiner Action wieder zu gewinnen, ward durch diesen überraschenden Erfolg seiner Politik ermuthigt, weiter vorzuschreiten; es entschloß sich, über die Reichenbacher Verabredung hinauszugehen und weder im Orient noch in Belgien die Bedingungen zu erfüllen, die es sich noch in dem Vertrage vom 27. Juli 1790 hatte auferlegen lassen. Die preußische Politik aber sah sich bald in der peinlichen Alternative, entweder unter viel ungünstigeren Umständen als im verflossenen Sommer die Waffen gegen Oesterreich zu wenden, oder um des Friedens willen sich zu immer größeren Nachgiebigkeiten herbeizulassen.

So wurde gleich anfangs die Friedensverhandlung mit den Türken absichtlich verzögert und erst in den letzten Wochen des Jahres 1790 der Congreß zu Sziſtowa eröffnet. Indessen hatte Rußland durch den Frieden von Werelä sich des Krieges mit Schweden entledigt (Aug.), eine Reihe von glücklichen Fortschritten gegen die Türken gemacht und schien weniger als je geneigt, sich zur Herausgabe seiner Eroberungen zu verstehen. Auf dem Friedenscongresse trat dann Oesterreich mit Forderungen hervor, die theils mit dem ausbedungenen Status quo in der strengen Bedeutung, wie er festgesetzt war, unverträglich waren, theils das Wesen des Vertrags von Reichenbach geradezu aufhoben. Es sollte weder in dem neuen Abkommen des Vertrags vom 27. Juli Erwähnung geschehen, noch dasselbe von den vermittelnden Mächten gewährleistet werden. Seit Februar 1791 stand der Congreß zu Sziſtowa völlig still, weil die Gesandten sich erst neue Instructionen einholen wollten. Preußen und seine westlichen Verbündeten mußten darum in kriegerischer Rüstung bleiben. Zugleich erlitt auch in Belgien die Politik der drei verbündeten Mächte eine empfindliche Niederlage. Gemäß dem Reichenbacher Vertrag schlossen Preußen, England und Holland am 10. Dec. 1790 mit Oesterreich das Abkommen im Haag, wonach den Belgiern Amnestie versprochen, ihre alte Verfassung, wie sie ihnen durch Karl VI. und Maria Thereſia zugesichert war, gewährleistet und in einer Reihe von Punkten die Bedingungen festgesetzt waren, unter denen Leopold die Herrschaft jener Lande wieder antreten und die verbündeten Mächte den Besitz garantiren sollten. Allein hier, wie in den östlichen Verwicklungen war Oesterreich offenbar nicht geneigt, die Grenze des Abkommens streng einzuhalten.

So blieb Alles im Ungewissen, und die Friedensaussichten waren in den ersten Monaten des Jahres 1791 kaum größer als ein Jahr zuvor. Namentlich Preußen hatte sich allenthalben, nicht nur in Sziſtowa und in Brüssel, über Zeichen einer unfreundlichen Gesinnung des Wiener Hofes zu beklagen. Wenn z. B. Hessen-Cassel damals die Erlangung der Kurwürde in Wien betrieb, so zeigte sich der kaiserliche Hof zwar selber wenig geneigt, dies zu unterstützen, aber er versäumte doch nicht, gelegentlich dem Bewerber anzudeuten, daß er sich auf Preußen nicht verlassen könne. Wenn die durch die Revolution beschädigten Fürsten ihre Sache in Wien vorbrachten, so hieß es: der Kaiser könne nicht mehr thun, weil von Preußens Unterstützung nichts zu erwarten sei. Oder wenn in Warschau bedenkliche Gerüchte umgingen über einen neuen Theilungsplan, so waren die preußischen Staatsmänner darüber nicht im Zweifel, daß die Quelle solcher Ausstreuungen in Wien zu suchen sei.*)

Gleichwohl war Leopold II. von einer Annäherung an Preußen und seine Verbündeten minder entfernt, als diese ahnten. Das Vordringen der russischen Politik erfüllte auch den Kaiser mit Sorgen; ihm ward täglich Gelegenheit, im eignen Verkehr mit diesem Alliirten, an dessen Trotz zu sehen, in welch schiefe Stellung Josephs Hingabe an die Czarin Oesterreich versetzt hatte. Es lag nun ganz in seiner Weise, ohne sich von Rußland zu trennen, doch in einem freundlicheren Verhältniß zu Preußen und England ein Gegengewicht gegen Katharinens Uebermuth zu suchen. Der Wunsch war um so lebhafter, als die französischen Verhältnisse doch die Möglichkeit eines Conflictes näher brachten. Darüber zwar herrschte z. B. auf preußischer Seite noch im Januar und Februar des Jahres 1791 kein Zweifel, daß Leopold trotz Marien Antoniens Bitten nichts weniger begehre, als eine Intervention in Frankreich und daß er sich vollends den abentheuerlichen Projecten der Emigrirten beharrlich widersetzen werde. Viel entsprechender fand man es seinem Wesen, daß er durch Verbindung mit einem der revolutionären Führer, wie Mirabeau, die Stellung des französischen Hofes zu verstärken suchte. Auf der andern Seite ließ sich aber doch nicht berechnen, ob nicht neue Verwicklungen in Frankreich Leopold am Ende nöthigten, dem Drängen seiner Schwester nachzugeben.

Aus solchen Erwägungen entsprang wohl der Schritt, den der Kaiser im Frühjahr 1791 durch den Fürsten Reuß in Berlin that: die Eröffnung nämlich, daß er eine innigere Annäherung an Preußen wünsche. Der Antrag fand am berliner Hofe eine willige Aufnahme; auch England, davon in Kenntniß gesetzt, erwies sich geneigt. „Ich bleibe dabei, äußerte der König,

*) Depeschen Jacobi's vom 16. März und aus späteren Tagen. Das folgende aus einer Note des pr. Minist. vom 24. Jan. und aus Jacobi's Berichten vom 31. Januar und 9. Februar.

ſtets auf dem Status quo von Reichenbach ſtehen; meine Abſicht bei dem Ganzen iſt, Rußland zu imponiren, daß es auf den von uns zu proponirenden billigen Bedingungen Frieden ſchließt, eventuell wenn es ſich weigerte, mich der Neutralität des Kaiſers in dem dann unausbleiblichen Kriege zu verſichern."*) Von anderer Seite erfuhr man, daß Leopold ſich beſorgt über Rußlands Wachsthum äußere und die ruſſenfreundliche Politik ſeines Bruders jetzt für einen Fehler erkläre; er ſei voll Ungeduld, ſchrieb nachher ein britiſcher Diplomat aus ſeiner Nähe, mit Preußen ins Reine zu kommen. Es war eine ſehr folgenreiche Wendung der Dinge, die damit eingeleitet ward. Zunächſt fiel Hertzberg.

Derſelbe hatte nur noch mit Mühe die Ueberlieferung von Friedrichs II. Politik behaupten können. Seit dem Vertrag von Reichenbach, den er wider ſeinen Willen abſchließen mußte, war ſeine Stellung nicht mehr die alte; der König behandelte ihn während der Verhandlung und nachher mit einer Kälte, ja ſelbſt Härte, von der es ungewiß blieb, ob ſie mehr dem Widerwillen gegen ſeine bisherige Politik oder den Einflüſterungen der höfiſchen Günſtlingsſchaft zuzuſchreiben war. Schon wurde neben ihm und hinter ihm, namentlich in den franzöſiſchen und polniſchen Dingen, eine Politik verfolgt, deren Rathgeber nicht Hertzberg, ſondern Biſchofswerder und ſeine Geſchöpfe waren. Hertzberg fuhr inzwiſchen fort, in ſeiner Weiſe zu wirken; er rieth, den öſterreichiſchen Entwürfen im Reiche entgegenzutreten und in Polen die drohende Umwandlung in ein erbliches conſtitutionelles Königreich mit aller Macht zu hindern; er meinte, man ſolle ſich möglichſt eng mit England, Schweden u. ſ. w. zu verſtändigen ſuchen, um Rußland zu einem billigen Frieden mit der Pforte zu zwingen. Aber unter ſeinen Händen veränderte ſich die ganze Lage. In Polen bereitete ſich ein Umſchwung vor, der Preußen um das ganze Uebergewicht brachte, in dem es dort 1788 bis 1790 geweſen; Schweden hatte durch die Reichenbacher Politik das Vertrauen auf Preußen verloren und wollte ohne ſehr große Zuſicherungen den Frieden mit Rußland nicht von Neuem brechen; England hatte erſt die Miene kriegeriſcher Rüſtungen und Demonſtrationen angenommen, dann aber unter dem Eindruck der Ungunſt, der die Gefahr eines Krieges in einem großen Theile der Nation begegnete, raſch eingelenkt und ſich zu ſehr nachgiebigen Präliminarien mit Rußland verſtanden, die nachher die Grundlage des ruſſiſch-türkiſchen Friedens bildeten. So ſah Hertzberg ſeine Verſuche überall ſchei-

*) Nach einer ſpäteren Depeſche an Luccheſini vom 16. Mai und einem Berichte Elgins d. d. Florenz 15 Mai. In einem Actenſtücke aus denſelben Tagen hieß es: Mon intention et celle du ministère britannique dans cette negociation avec l'Empereur n'a principalement que deux objets pour but: savoir celui d'en imposer à la Russie et de l'engager par là à conclure promptement et sans delai la paix avec la Porte.

tern und es ward ihm höchstens die traurige Genugthuung, daß im Ganzen aus der Nachgiebigkeit zu Reichenbach alle die Mißverhältnisse hervorgingen, die er vorausgesagt.

Während ihm so alle alten und alle neu gesuchten Verbindungen unter den Händen zerflossen, ward aber auch gegen ihn selber die Mine gefüllt, die ihn sprengen und für den völligen Wechsel des Systems freie Bahn machen sollte. Am Hofe war längst eine Richtung thätig, welche die politischen Mißverhältnisse, in denen Preußen sich befand, keineswegs dem Reichenbacher Vertrag zuschrieb, sondern darin eben nur die unvermeidlichen Folgen einer verkehrten und verderblichen Politik sah, deren Autorschaft und Verantwortlichkeit man auf Hertzberg schob. Die französische Revolution erweckte Empfindungen, denen die bisherige Taktik, in Belgien, in Lüttich, in Ungarn den Kampf der Bevölkerungen gegen gewaltthätige Regierungen zu unterstützen, als gleichbedeutend und gleich verwerflich mit dem Jakobinismus erschien; die ganze frömmelnde und mystische Gesellschaft, die das Ohr des Königs hatte, war solchen Anschauungen natürlich sehr zugänglich und Friedrich Wilhelm selbst gab sich mit einer unverkennbaren Lebhaftigkeit, an der sein monarchisches Bewußtsein, wie seine Großmuth gleichen Antheil hatten, den Ansichten hin, welche die schon an allen Höfen geschäftige Emigration des französischen Adels verbreitete. So bildete sich allmälig unter den Eindrücken der Revolutionsangst das Dogma aus, daß es eine Politik der Solidarität conservativer Interessen gäbe, gegenüber welcher die alten Ueberlieferungen, wie die alten Gegensätze schweigen müßten. Eine Verständigung mit Oesterreich, ein Kreuzzug nach Frankreich zur Herstellung des legitimen Thrones und die gemeinsame Behauptung der alten Autoritäten in Staat und Kirche, das schien den Trägern dieser Politik, namentlich Bischofswerder, ein schönerer Erfolg, als der Zuwachs an Gebiet und äußerem Ansehen, den Hertzberg gemäß den Ueberlieferungen Friedrichs II. mit allen zweckdienlichen Mitteln und allen brauchbaren Verbündeten erreichen wollte. Noch bis zum Frühjahr 1791 schien indessen Hertzbergs Richtung das preußische Cabinet zu bestimmen. Dem commandirenden General an der östlichen Grenze wurden damals noch Weisungen ertheilt, wie eine etwa versuchte Landung russischer Truppen an der Ostseeküste abgewehrt und das Land gegen einen Ueberfall von dort sichergestellt werden solle.*) Aber dies waren nur die letzten Nachklänge der alten Politik. Denn gleichzeitig (März) ward in Folge der Eröffnung des Fürsten Reuß Bischofswerder zu Leopold II. abgesandt, um eine Verständigung über das unterbrochene Friedensgeschäft einzuleiten. Leopold deutete damals dem preußischen Abgesandten an, daß eine Ausgleichung und ein einträchtiges Zusammenwirken nicht zu erwarten sei, so lange der Vertreter der überlieferten preußischen Politik am Ruder stehe; er ließ

*) Königl. Cabinetsordre an General Favrat vom 9. April 1791. (Handschrift.)

dabei ſelbſt einen leiſen Vorwurf auf Kaunitz fallen und ſchien der Ueberzeugung, ſo lange man dieſe beiden alten Repräſentanten der früheren Gegenſätze nicht entfernt habe, ſei ein dauerhafter Friede zwiſchen Wien und Berlin nicht möglich. Es läßt ſich denken, wie ſolche Aeußerungen Biſchofswerder willkommen waren; er neigte ohnehin zum öſterreichiſchen Bündniß und war durch des Kaiſers wohlberechnete Auszeichnungen vollends für Leopold gewonnen worden. Er kam ſo voll Eifer für die neue Allianz nach Berlin zurück, daß ſich dort der mißtrauiſche Widerſpruch der alten antiöſterreichiſchen Tradition vernehmlich regte; aber ſeine Mittheilungen über Hertzberg fielen nicht auf unfruchtbaren Boden. Wenige Wochen nach Biſchofswerders Rückkehr geſchah der erſte Schritt, den Miniſter Friedrichs II. zu beſeitigen. Am 1. Mai 1791 erfolgte eine Cabinetsordre, wonach wegen des hohen Alters des Grafen von Finkenſtein und der angeblichen Kränklichkeit Hertzbergs zwei neue Miniſter, die Grafen von Schulenburg-Kehnert und von Alvensleben, dem Departement des Auswärtigen als Mitglieder beigegeben und die bedeutſame Verfügung hinzugefügt war, daß kein Miniſter mit der diplomatiſchen Vertretung im Auslande in beſonderen Briefwechſel treten dürfe. Zugleich ward der bisherige Lenker der auswärtigen Politik von der Kenntniß der Verhandlungen mit Oeſterreich ausgeſchloſſen.*) Hertzberg, der, nach ſeiner eigenen Aeußerung, den Staat nicht wie ein Unterthan, ſondern wie ein Verwandter anſah, und der an deſſen Leitung feſt wie an einem angeſtammten Gute hing, konnte ſich zum Rücktritt noch nicht entſchließen. Er arbeitete mit ſeinen neuen Collegen, mußte aber bald wahrnehmen, daß man ihm wichtige Unterhandlungen verbarg, namentlich ihm keine Einſicht in das geſtattete, was von den preußiſchen Geſandten zu Wien, Sziſtowa, Warſchau und Petersburg betrieben ward. Er beſchwerte ſich und erhielt die Antwort, das geſchehe auf ausdrücklichen Befehl des Königs. Nun forderte er ſeinen Abſchied, es ward ihm (5. Juli) zunächſt noch der gnädige Beſcheid, daß er das Vertrauen des Königs noch genieße und nur um ſeine Laſt zu erleichtern jene Beſtimmung getroffen ſei; beigefügt war die Aufforderung, neben der Leitung der Akademie und des Seidenbaues — zweier Stellen, die unter allen in der preußiſchen Monarchie freilich am wenigſten Arbeit machten — die Geſchichte Friedrichs II. zu ſchreiben, wozu die Archive ihm alles nöthige Material zu Gebote ſtellen ſollten. Damit war er beſeitigt, konnte aber weder auf ſein ausdrückliches Verlangen der Entlaſſung ohne Penſion, noch auf die Bitte um eine Aufklärung einen königlichen Beſcheid erlangen. Bald fand er ſich vernachläſſigt, auch geſellſchaftlich zurückgeſetzt,

*) Le comte Hertzberg et le Sr. Steck n'en doivent point être informés encore, jusqu' à ce que les choses s'arrangent de la manière desirée, ſchrieb der König eigenhändig am 8. Mai. Gleichzeitig wurde aber verfügt, daß Alvensleben Mitwiſſer ſein ſolle, und nach einem Handſchreiben vom 15. Mai auch Lucheſini.

vom König mit eisiger Kälte behandelt und selbst jenes Versprechen, die Archive zu benutzen, ward ihm nicht gewährt. Die Höflinge schienen eine Geschichte Friedrichs II. aus seiner Feder wie einen unerfreulichen Spiegel zu fürchten und hinderten den greisen Staatsmann in der freien und ungestörten Einsicht der Archive, die er selbst geordnet, deren meiste Stücke durch seine Hand gegangen oder von ihm verfaßt waren. Später ward ihm denn auch verboten, den dritten Theil seines Recueil zu veröffentlichen, der sich auf den Umschwung der Politik von 1790 bezog.

Hertzberg war nicht der Mann, der dies mit philosophischer Ruhe ertrug. Er war ein Menschenalter an der Spitze der Geschäfte gewesen, von Friedrich II. mit Vertrauen geehrt, seine Thätigkeit war bewunderungswürdig, er war lange Zeit auch geschickt und glücklich gewesen, dabei vom lebhaftesten und rücksichtslosesten Eifer für Preußens Macht und Größe durchdrungen, und bei allen einzelnen Mißgriffen in seinen Mitteln und Zielen doch ein durchaus ehrenhafter, unbestechlicher Charakter, dessen Thätigkeit und stets wache Sorge in den Augen der Gegner sein größtes Verbrechen war. Nicht nur das Selbstgefühl, wie es eine solche lange eingewöhnte Stellung gibt, machte Hertzberg empfindlich gegen die Zurücksetzung, er sah darin auch eine Calamität für die Gesammtheit. Er sah sich an als das Opfer eines Systems, das — wie er sich in einem hinterlassenen Aufsatze ausdrückte — ihm als durchaus verderblich für das Vaterland und für die wahren Interessen des Hauses Brandenburg erschien. Diese können — sagt er — niemals völlig mit denen Oesterreichs versöhnt werden; sie erfordern nicht immer einen Krieg, wohl aber eine fortgesetzte Wachsamkeit, um sich gegenseitig aufzuklären und den wahren Patriotismus beider Theile für das Glück und die Ruhe des deutschen Reiches, wie von ganz Europa, auf diesem Wege zu unterhalten.

Es war bezeichnend und sollte Preußen eine Art von Bürgschaft geben, daß in Oesterreich, wenn auch in der Form minder verletzend, zur nämlichen Zeit dem freilich achtzigjährigen Kaunitz in ähnlicher Weise die Einsicht in die auswärtige Politik verkürzt und sein Nachfolger ihm einstweilen wie zur Unterstützung an die Seite gesetzt ward. So waren also die beiden Träger der überlieferten Potitik österreichisch-preußischen Gegensatzes beseitigt und der neuen Staatskunst der Eintracht und Verbindung beider Großmächte der Weg gebahnt. Wie weit diese neue Eintracht auf tiefen und klar erkannten Grundsätzen ruhte, wie weit sie aufrichtig und darum segenbringend war, darüber wird die Geschichte der nächstfolgenden Zeiten Aufschluß geben. In jedem Falle, mochte man auch vom Standpunkt einer höheren deutschen Auffassung die Politik, deren Träger Hertzberg und Kaunitz waren, verdammen, die beiden greisen Rivalen waren Staatsmänner gewesen, die in ihrer Zeit und innerhalb der Anschauungen der Gleichgewichtspolitik die hervorragendsten Stellen einnahmen. Was ihnen

nachkam, entbehrte der Fähigkeit wie der Tradition; es war ein Nachwuchs von Intriguanten, denen man um Alles nicht die Ehre anthun darf, sie als Träger eines großen Princips, wie etwa der innigen Eintracht zwischen Oesterreich und Preußen, anzusehen. Bei Thugut in Wien, wie bei den neuen jetzt auftauchenden Größen in Berlin, bei Bischofswerder, Lucchesini und Haugwitz, konnte von allen andern Motiven in der großen Politik die Rede sein, nur nicht von festen Systemen und consequenten Grundsätzen. Diese waren, wie die folgende Geschichte zeigen wird, mit Kaunitz und Hertzberg aus den Cabineten der beiden Großmächte gewichen; in Preußen trat dies sehr rasch zu Tage, in Oesterreich ward es noch durch Leopolds persönliches Geschick verdeckt, um dann um so unerbittlicher enthüllt zu werden.

Wir sind hier den Ereignissen vorangeeilt, indem wir die Geschichte von Hertzbergs völliger Entfernung berichteten; allein ehe dieselbe erfolgte, war bereits der entscheidende Umschwung der preußischen Politik eingetreten und Hertzberg selber mußte wenigstens mit seinem Namen ein System vertreten, das seinen Grundsätzen und Ueberlieferungen gleichmäßig widersprach.

Zunächst erfolgte in Polen eine Wendung, die für Preußen abermals die Bedeutung einer Niederlage hatte. In Warschau war seit der Forderung von Danzig und Thorn die anfangs so eifrig gepflegte Freundschaft sichtbar erkaltet und durch den Reichenbacher Vertrag vollends in Mißtrauen umgeschlagen; man sprach wohl von neuen Theilungsprojecten, die Preußen angeblich betriebe. Ungeachtet des Bündnisses vom 29. März 1790 verlor daher die preußische Politik auch in Polen an Terrain und zwar wieder zum Vortheil Oesterreichs. Der Plan, Danzig und Thorn zu erwerben, war in Berlin noch nicht aufgegeben, wiewohl auf günstigere Zeiten verschoben; man wiegte sich dort noch eine Zeit lang in der Hoffnung, die Polen würden vielleicht selber so klug sein, diesen Zankapfel zwischen beiden Nachbarn wegzuräumen und um diesen mäßigen Preis die Freundschaft Preußens sich sichern. Drum ward der Gesandte in Warschau angewiesen, vorsichtig abzuwarten und jeden Schein ungeduldiger Begier zu vermeiden;*) drum ward, als (Febr. 1791) der britische Geschäftsträger mit ungestümem Eifer einen

*) Eine Note an Goltz vom 12. Jan. 1791 sagt: Pour cequi regarde l'acquisition de Danzig et Thorn, je m'en remets à votre zèle et à votre prudence de choisir le tems et les moyens que vous trouverez les plus propres pour y réussir. Und am 20. Jan. schrieb der König eigenhändig unter eine Depesche: Il faut instruire Goltz qu'il menage ses termes de façon à ne pas faire paraître trop d'avidité de faire les acquisitions, dont il s'agit ici. Die Theilungsgerüchte bezeichnet Hertzberg in einer Depesche vom 15. März als eine „imposture et un mensonge affreux, inventé sans doute dans les vues les plus malicieuses pour compromettre la Prusse avec la republique de Pologne."

Handelsvertrag betrieb, der die Cession von Danzig unter freilich sehr lästigen Bedingungen in Aussicht stellte, von Berlin aus abgemahnt; in der gegenwärtigen Lage, schrieb das Ministerium am 30. April an Goltz, muß man zu beruhigen suchen und die Sache mit Danzig schlafen lassen. Das Verhältniß zu den Polen wurde jedoch dadurch nicht freundlicher; daß der Reichstag jeden Abtretungsgedanken trotzig von der Hand wies, und gleichzeitig die Stadt Danzig des immerwährenden Schutzes der Republik Polen versicherte, diese und ähnliche Demonstrationen, die eben so nutzlos wie unpolitisch waren, empfand man in Berlin mit Recht als gegen Preußen gerichtet.

Indessen bereitete sich aber ein Neues vor: die Umwandlung der polnischen Republik in eine constitutionelle und erbliche Monarchie. In aller Stille war der Plan gereift, die Reform der inneren Verhältnisse Polens dadurch zu krönen, daß man eine feste und verfassungsmäßige Gewalt begründe und das Königthum erblich im Hause Sachsen mache. Die preußischen Staatsmänner hatten davon keine Ahnung. Erst zwei Tage bevor, einem Staatsstreich ähnlich, die Umwälzung in Warschau erfolgte, machte Goltz darüber eine aus Gerüchten geschöpfte Mittheilung. Ich höre, schrieb er am 1. Mai, daß die einflußreichsten unter den Patrioten sich dahin verständigt haben, beim ersten Anlaß den Antrag auf Erblichkeit der Monarchie an den Reichstag zu bringen; man hat daraus das größte Geheimniß gemacht und nur durch einen Zufall habe ich es erfahren. Der Gesandte befand sich in Verlegenheit, wie er sich benehmen solle; sofort dagegen auftreten schien ihm doch bedenklich, weil man sich dadurch die Sympathien der Männer verderbe, die bisher Preußen am freundlichsten gesinnt waren. Das Ministerium sprach in seiner Erwiderung an Goltz (16. Mai) die Hoffnung aus, daß die Sache nur Entwurf bleiben werde; wenn es freilich schon zu spät sei, solle er sich zunächst passiv verhalten. Aber wenn man noch darüber verhandle, dann solle er sich alle Mühe geben, durch guten Rath sie zu verhindern. Denn auf diesem Wege werde Polen wahrscheinlich im Innern und nach Außen nur eben die Gefahr heraufbeschwören, der es entgegenwirken wolle.

Am nämlichen Tage, wo diese Note geschrieben ward, traf in Berlin die Nachricht ein, daß am 3. Mai in Warschau die angekündigte Umwälzung wirklich erfolgt sei. Noch war diese Botschaft mit vielen Freundschaftsversicherungen der polnischen Parteiführer versüßt; noch wußte man in Berlin nicht, daß unter den Motiven der Verfassungsänderung ausdrücklich die angeblichen Theilungsentwürfe Preußens aufgeführt waren. Aber der erste Eindruck war doch derselbe, den die erwähnte Note aussprach. Wie Hertzberg darüber dachte, war nicht zweifelhaft. Er hatte schon 1789 einmal, als der Gedanke einer Erbmonarchie in Polen angeregt war, dem König erklärt: man dürfe so etwas nie zugeben, es sei denn, daß Oesterreich auf allen polnischen Besitz verzichte und Preußen einen Zuwachs erhalte, der es gegen

Polen ganz ſicher ſtelle.*) In gleichem Sinne hatte er ſich oft und viel geäußert; drum war er nicht ohne Mißtrauen dem allzu cordialen Benehmen Lucheſinis in Warſchau gefolgt und hatte ſelbſt bei der Allianz von 1790 ſeine Bedenken. Sein Rath war darum auch jetzt, den Vorgang vom 3. Mai offen zu mißbilligen. Im Einverſtändniß mit den andern Miniſtern hatte er gleich auf die erſte Nachricht den Entwurf einer Inſtruction verfaßt, die ſich gegen die polniſche Verfaſſungsveränderung ſo beſtimmt wie möglich ausſprach und dieſe Anſicht mit allen den Gründen ſtützte, die aus dem Intereſſe Preußens geſchöpft waren.**)

Es iſt keine Frage, dieſe Politik war durch die Lebensintereſſen der preußiſchen Monarchie zur Genüge motivirt; ſie war nicht großmüthig, aber ſie

---

*) Bericht vom 9. Juli 1789. In dieſem Sinne war auch Lucheſini damals inſtruirt worden.

**) Die Miniſter ſchlugen als Inſtruction an Graf Goltz vor: „que si cette loi avait passé affirmativement il devait se tenir passif et tranquille, pour ne pas mécontenter inutilement le parti bien intentionné par des objections et critiques qui n'étaient pas de saison, mais que si l'affaire était encore en discussion il devait faire tout son possible, pour dissuader les chefs confidens du parti bien intentionné de ce projet, en leur faisant comprendre par de bonnes raisons, que d'un côté cette loi serait contrariée par les deux Cours Imperiales et par leurs adherents en Pologne, et pourroit occasionner la contrerévolution qu'on voulait prévenir, que d'un autre côté l'élection héréditaire d'une famille souveraine pourroit devenir funeste à la liberté et au bien être de la Pologne, parcequ'on ne peut pas être sûr, que tôt ou tard cette élection héréditaire ne tombe à force d'intrigues sur quelque prince des maisons d'Autriche ou de Russie ou de tel autre prince entièrement dependant de ces deux Cours.

Nous soumettons à la sagesse et à la haute décision de V. M., si elle veut approuver cette instruction. Nous y avons été portés par les principes suivants:

1. Parceque la Pologne par sa position géographique ne peut que devenir extrêmement dangereuse et même destructive pour la monarchie Prussienne, si elle était bien gouvernée par un Roi héréditaire de quelque maison, qu'il soit surtout, s'il était d'une des maisons préponderantes d'Autriche ou de Russie, ce qu'on ne pourra peut-être pas empêcher dans le temps futur.

2. Parceque ce royaume, s'il n'était même gouverné héréditairement que par un prince de Saxe, de Hesse ou d'une autre maison inférieure et qui s'attacheroit aux deux Cours Imperiales deviendroit également dangereux à la monarchie Prussienne et que celle-ci ne sera jamais en sûreté qu'autant que le royaume de Pologne reste électif et libre et ne parvient pas à donner trop de consistance à sa constitution.

3. Parcequ'il est difficile de supposer qu'un prince de la maison royale de Prusse puisse être élu Roi de Pologne par une majorité suffisante et que dans ce cas possible les deux Cours Imperiales s'y opposeront plutôt par une guerre, en s'attachant une partie de la nation.

war aufrichtig und consequent. Indessen der König vermochte sich nicht zu entschließen, sie gut zu heißen. Wohl die Sorge vor einem nahen Conflict mit Rußland, bei dem man Polens bedurfte, gab dabei am meisten den Ausschlag; vielleicht wirkte auch der Wunsch mit, gerade jetzt Oesterreich nicht offen in Polen entgegenzutreten, und die gewohnte Neigung Friedrich Wilhelms, politische Großmuthsacte zu üben. Genug es wurde unter dem Widerstreben des Ministeriums beschlossen, die polnische Staatsveränderung in ihrem ganzen Umfang zu billigen und den Polen wie dem Kurfürsten von Sachsen herzlich Glück zu wünschen. Ich gebe meinen ganzen Beifall, hieß es in einer Note vom 9. Mai, zu dem entscheidenden Schritt, den die polnische Nation gethan hat und den ich für ungemein geeignet halte, ihre Wohlfahrt zu befestigen. Die Nachricht ist mir um so erwünschter gewesen, je mehr ich durch Bande der Freundschaft mit dem tugendhaften Fürsten verbunden bin, der bestimmt ist, Polen glücklich zu machen.

Es paßte zu dieser Wendung und war den Anschauungen Hertzbergs in gleichem Maße zuwider, was in den nächsten Tagen, allerdings schon ohne sein Vorwissen, gegenüber von Oesterreich geschah. Nach Sziştowa ging natürlich die Weisung, in Bezug auf die streitigen Fragen nachzugeben und nach Wien (12. Mai) der förmliche Antrag, ein Bündniß mit Oesterreich abzuschließen. Der Kaiser befand sich damals in Florenz; in seiner Nähe weilte Lord Elgin, um eine Annäherung an England vorzubereiten. Der berichtete dann am 15. Mai, Leopold wolle Rußlands Uebergriffen nicht länger zusehen und betrachte die Allianz, die Joseph mit der Czarin geschlossen, als einen politischen Fehler. Er erwarte voll Ungeduld eine bestimmte Erklärung von Preußen; am liebsten würde es ihm sein, wenn man ihm wieder Bischofswerder schicke. Diese Botschaft entschied.*)

In einem Ministerrath, der am 25. Mai stattfand, ward die Absendung Bischofswerders beschlossen. Derselbe sollte, so lautete seine Instruction, auf der Durchreise den Kurfürsten von Sachsen begrüßen, ihm von der neuesten Wendung zu Oesterreich Kenntniß geben und ihm zugleich zureden, daß er die Anträge der Polen nicht zurückweise. Dem Kaiser sollte Bischofswerder erklären: wenn der König bisher auf dessen Eröffnungen nicht geantwortet habe, so sei daran nichts Schuld als die Weiterungen, wodurch Kaunitz den

---

Nous soumettons ces principes et ces raisonnements au bon plaisir et à la haute resolution de V. M.

Berlin le 6. Mai 1791.

Finkenstein. Hertzberg. Schulenburg. Alvensleben.

(Aus der ungedruckten Correspondenz Hertzbergs.)

*) Ein Billet des Königs sagt darüber: La bonne volonté que l'Empereur temoigne pour l'alliance, le degoût qu'il a fait appercevoir contre celle avec la Russie et le souhait qu'il a manifesté pour que je lui envoie une personne de confiance — — — tout cela m'engage à faire partir le colonel Bischofswerder.

Abſchluß des Friedens verzögert habe. Jetzt nach den neueſten Nachrichten Elgins ſei er bereit in ein Defenſivbündniß einzutreten, vorausgeſetzt, daß in Sziſtowa der Abſchluß ohne Zögern erfolge. Auch in Bezug auf Polen ſei der König geneigt, mit der öſterreichiſchen Auffaſſung zu gehen; er habe zwar keinen Antheil an der dortigen Umwälzung, allein die vollendete Thatſache ſei von ihm bereitwillig anerkannt worden; nur müſſe dabei ausdrücklich feſtgeſtellt werden, daß weder ein ruſſiſcher noch ein öſterreichiſcher oder preußiſcher Prinz jemals den polniſchen Thron beſteige. Die deutſche Reichsverfaſſung ſolle garantirt werden, unbeſchadet jedoch des Fürſtenbundes. Eine Theilnahme Rußlands an dem beabſichtigten Bündniß ſei natürlich nicht zuzulaſſen; dagegen müſſe der Kaiſer, für den Fall eines Krieges zwiſchen Preußen und Rußland, die Neutralität Oeſterreichs zuſagen.

Mit dieſer Auffaſſung war auch England einverſtanden. Rußland, ſchrieb damals Ewart an Lord Elgin, könne man in einen Bund nicht aufnehmen, deſſen vornehmſter Zweck eben ſei, dieſe unruhige Macht zu zügeln. Die vom Kaiſer gewünſchte perſönliche Begegnung mit dem König von Preußen werde keine Schwierigkeit haben, ſobald der Abſchluß zu Sziſtowa erfolgt ſei. Daß dieſer raſch erfolge, ſchien allerdings nach den Aeußerungen Leopolds nicht zweifelhaft.

Da kamen aber von verſchiedenen Seiten Berichte, die ganz anders klangen. In Sziſtowa erhob Oeſterreich neue Schwierigkeiten; die Forderung von Orſowa und dem Unnadiſtrict war noch nicht aufgegeben. Mündliche Aeußerungen eines Monarchen ſeien nicht bindend, ſagte Kaunitz. Warum ſolle Oeſterreich ganz leer ausgehen, da man doch für Rußland vom Status quo abgehen wolle, hieß es in Wien. Man könne Rußland nicht ohne weiteres vor den Kopf ſtoßen, „den einzigen Alliirten, der nicht gleich bei einer Vergrößerung Oeſterreichs Lärm ſchlage.“ Man müſſe deshalb darauf beſtehen, daß Rußland in das Bündniß aufgenommen werde. Rußland ſelbſt, wurde berichtet, ermuthige Oeſterreich; die Czarin habe erklärt, nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis Oeſterreich ſeinen Antheil erhalten habe. Die Verhandlungen mit den Türken nahmen aber ſtatt des verheißenen Abſchluſſes einen ſo ſtürmiſchen Verlauf, daß in der zweiten Hälfte Juni der Congreß zu Sziſtowa abermals ſtill ſtand. Wer die Aeußerungen der leitenden Männer in Wien hörte und damit die Rüſtungen und Truppenmärſche verglich, der konnte kaum daran zweifeln, daß der gewaltſame Bruch nahe bevorſtehe.*)

In Berlin machten dieſe Nachrichten einen ſehr peinlichen Eindruck. Diejenigen, welche von Anfang an der Anſicht waren, man müſſe auf der Hut ſein vor Leopolds Schlauheit, ſahen jetzt faſt ſchadenfroh ihre Warnun-

*) Nach der Correſpondenz des preuß. Miniſteriums und den Berichten Ewarts an Elgin.

gen bestätigt; der Minister Alvensleben versicherte, er werde nie an die aufrichtige Freundschaft Oesterreichs glauben und Jacobi schrieb aus Wien, das sei die Politik, die selbst Kaunitz florentinisch nenne und die der Kaiser in der Schule des Bischofs von Pistoja erlernt habe.*) Aber auch der britische Gesandte meinte: dieser plötzliche Wechsel entspringe aus der Berechnung, daß England ohnmächtig und die neuen Leiter der preußischen Politik ganz österreichisch gesinnt seien. Nach den Verhandlungen in Sziştowa konnte man in der That nicht mehr zweifeln, daß der Kaiser auch das letzte Stück des schon durchlöcherten Reichenbacher Vertrags — den Status quo — zu beseitigen strebte und die Abreise seiner Unterhändler in Sziştowa (18. Juni) in der Berechnung erfolgt war, im Einklang mit Rußland von den Türken weitere Zugeständnisse zu erlangen. Man mochte jetzt erkennen, wie fein und allmälig Leopold II. Preußen aus allen Positionen verdrängte; erst hatte er zu Reichenbach in milder und nachgiebiger Weise die preußischen Kriegsgedanken abgewendet, dann sich stufenweise von den Verpflichtungen des dort geschlossenen Vertrages losgewickelt, Preußen von seinen östlichen und westlichen Verbündeten getrennt, seinen wachsamsten und scharfsichtigsten Minister beseitigt und nun, wo Preußen lange nicht mehr in der kampffertigen Lage vom Frühjahr 1790 war, dachte er den Türken den Frieden geradeso abzutrotzen, wie es einst Josephs Ungestüm vergeblich versucht hatte. Dies Alles rief in Berlin, wenigstens vorübergehend, die alten Kriegsgedanken noch einmal zum Leben. Man entwarf, wie im Winter 1789—1790, Pläne für den bevorstehenden Krieg, man zog den Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zu Rathe über die Führung dieses Krieges. Es wurde damals berechnet, daß zu Ende August ungefähr 80,000 Mann an der böhmischen Grenze stehen, sich auf österreichischem Boden festsetzen und den künftigen Feldzug vorbereiten könnten. Der Herzog war bereit, wo der König wollte, sich verwenden zu lassen. Er rieth in einem Schreiben vom 10. Juli, die Armee so tief nach Böhmen und Mähren hineinzuführen, als nur immer thunlich sei, daselbst vortheilhafte Stellungen zu nehmen, aus denen man in der ungünstigen Jahreszeit sich auf eine wohlvorbereitete Vertheidigungslinie zurückziehen und Alles zu einer nachdrücklichen Offensivcampagne in Stand setzen könne.**) In dem Augenblick freilich, wo der Herzog das schrieb, war aber bereits eine neue Wendung eingetreten; am 5. Juli ward Hertzberg voll-

*) Alvensleben am 8., Jacobi am 14. Juni. Letzterer schrieb: c'est le principe que ce monarque a puisé dans l'école de l'evêque de Pistoja; c'est le seul qui convienne à sa grande timidite naturelle et à son desir de voir venir et de profiter des accidens. Le prince Kaunitz repugne jusqu'ici à cette politique, qu'il appelle florentine et indigne de la première cour de l'Europe. Son esprit fier ne saurait s'accommoder de ces sortes de ruses qui pour être trop subtiles trahissent tôt ou tard la trame.

**) Aus der handschr. Correspondenz des Herzogs.

ends bei Seite gesetzt und die preußische Politik, nun von Bischofswerder geleitet, lenkte rückhaltlos in die Wege des österreichischen Bündnisses ein.

Bischofswerder war am 28. Mai von Berlin abgereist. Er sollte dem Kaiser erklären, daß er komme, um das Defensivbündniß abzuschließen, das Leopold selbst gewünscht und das, indem es die beiden Höfe dauernd vereinige, der Ruhe in Europa und dem Gedeihen Deutschlands so zuträglich sei. Als Beweis, wie loyal der König verfahre, sollte er hervorheben, daß Preußen, um jeden Anlaß zum Mißtrauen zu beseitigen, den Anspruch an Danzig habe fallen lassen; um so genauer müsse er aber auch ergründen, ob nach Sziſtowa wirklich die betreffenden Weisungen abgegangen seien. Darnach werde man die Aufrichtigkeit der österreichischen Versicherungen bemessen können.*)

Geraume Zeit hörte man nichts von dem Erfolg der Absendung, vielmehr schien nach den erwähnten Anzeichen Alles wieder in Frage gestellt; da traf am 24. Juni eine kurze Botschaft Bischofswerders (vom 14.) aus Mailand ein. Der genauere Bericht, hieß es darin, welcher nachfolgen wird, mag E. M. zeigen, wie sehr die Sachen verdorben waren; ich schmeichle mir, daß Alles wieder gut gemacht ist. Der Kurier, der den Befehl rückhaltlosen Abschlusses nach Sziſtowa bringt, ist abgegangen. Die Zusammenkunft in Pillnitz ist für Ende August angenommen; ich selbst werde in Kurzem den Kaiser nach Wien begleiten, um dort über den Allianzvertrag zu verhandeln.

Die erste Audienz bei Leopold hatte Bischofswerder am 11. Juni gehabt; sie verlief anfangs etwas kühl. Zwar versicherte der Kaiser, er erwarte jeden Augenblick den Abschluß in Sziſtowa, allein er erklärte zugleich: honneter Weise könne er in *diesem* Moment mit Rußland nicht brechen. Eine Allianz wolle er zunächst mit Preußen schließen; der könnten dann England *und Rußland* beitreten. Mit England werde er erst verhandeln, wenn der türkische Friede geschlossen sei. Den Bedenken des preußischen Unterhändlers hielt er wiederholt die Versicherung entgegen, daß der Abschluß nahe bevorstehe; er möge ihn nur nach Wien begleiten, dort werde sich Alles rasch in's Reine bringen lassen. Ueber die Zusammenkunft beider Monarchen war man einig; den Vorschlag Bischofswerders, in Pillnitz zusammenzutreffen, fand Leopold vortrefflich. Er werde den Erzherzog Franz mitbringen, um ihn in den preußischen Gesinnungen zu befestigen. Dort könne man auch die *französischen Angelegenheiten* besprechen, die *ein gemeinsames Einverständniß in allen Fällen verlangten*. Die Emigranten hatten zwar eben einen thörichten Versuch einer Gegenrevolution ohne Geld und

*) Ce sont des points essentiels, hieß es in der Instruction, sur lesquels il faut être eclairci, puisqu'ils serviront de pierre de touche, si les promesses verbales de l'Empereur sont suivies ou si sa faiblesse ne lui promet pas de resister aux volontés de son ministre.

ohne Truppen machen wollen, er habe aber einen Befehl Ludwigs XVI. an den Grafen Artois erwirkt, der dieſen anwies, ſich ruhig zu verhalten. Auch über Polen ſprach ſich der Kaiſer aus; er war mit der Erwählung des Kurfürſten von Sachſen ganz einverſtanden, rühmte die Haltung Preußens in dieſer Frage und war ganz dafür, daß man in einem beſonderen Artikel die Ausſchließung der drei Nachbarmächte vom polniſchen Thron feſtſetze.

Am 13. Juni hatte Biſchofswerder eine zweite, am 18. Juni eine dritte Audienz. Beide Male wiederholte Leopold die früher gegebenen Verheißungen eines nahen Friedensſchluſſes; er werde in Sziſtowa abſchließen auf Grundlage des genauen Status quo und Rußland weder mittelbar noch unmittelbar unterſtützen. Den Hauptinhalt dieſer beiden Unterredungen bildeten aber die franzöſiſchen Angelegenheiten. Die Franzoſen, ſagte der Kaiſer am 13. in einem ſtundenlangen Geſpräch darüber, verbreiteten den Aufruhr in andere Länder, namentlich nach Italien; eben darum wünſche er ſo ſehr eine Zuſammenkunft mit dem König, damit man das Uebel mit der Wurzel ausrotten könne. In der Audienz, die fünf Tage nachher ſtattfand, meinte er freilich vorſichtiger: die franzöſiſchen Dinge dürfe man nicht überſtürzen; man müſſe ſie reifen laſſen, bis die Nation ſelbſt das Bedürfniß einer Verfaſſungsänderung fühle.*) Später (1. Juli) kam denn noch einmal die Rede auf denſelben Gegenſtand; Leopold äußerte, die Bedrohung der königlichen Familie und das üble Beiſpiel, das in den franzöſiſchen Vorgängen für ganz Europa liege, könne am Ende doch eine Einmiſchung nothwendig machen; dazu ſei aber eine Verſtändigung zwiſchen allen Mächten erforderlich. Biſchofswerder ging in dieſen Unterredungen bereitwillig in des Kaiſers Ideen ein und zweifelte, nach ſeinen Berichten, durchaus nicht mehr an einem raſchen und aufrichtigen Einverſtändniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen.

In Berlin ſah man die Dinge nicht ſo hoffnungsvoll an; die jüngſten Erfahrungen hatten tiefes Mißtrauen erweckt und trotz der ſo beſtimmten Verſicherungen des Kaiſers hörte man immer noch von keinem Abſchluſſe in Sziſtowa. Drum war auf Biſchofswerders erſten Bericht die Sorge vor einem gewaltſamen Bruch durchaus nicht gemindert; die Rüſtungen wurden fortgeſetzt. Wie Manſtein am 6. Juli ſchrieb: S. M. haben ſich darüber geäußert, daß es recht gute Worte wären, er müſſe aber Thaten ſehen und

*) Das eine Mal lautete, nach Biſchofswerder's Bericht, der Ausdruck: Il me parla du feu de l'emeute que les Français ne discontinuaient de souffler dans ses pays et partout en Italie, surtout en dernier lieu à Turin et repeta qu'il desirait d'autant plus l'entrevue avec V. M. pour se concerter avec Elle sur les objets de cette nature et particulièrement sur les affaires de France pour exstirper le mal avec la source. Das andere Mal äußerte der Kaiſer, qu'il le croyait necessaire de ne pas se précipiter avec les affaires de la France et de les laisser mûrir au point que la nation sente de plus en plus la necessité du changement de leur nouvelle constitution.

bis dahin bliebe Alles nach den getroffenen Arrangements feſt und unverändert. Zu den ſpäteren Berichten bemerkte einer der Miniſter, Alvensleben: ich bin mehr als je davon überzeugt, daß der Kaiſer ſein Spiel mit uns treiben will und daß es ſtets ſein Plan war, uns in die franzöſiſchen Händel zu verwickeln.

Mit dieſem letzten Satze iſt zugleich der weſentliche Punkt berührt, der neben den jüngſten Erlebniſſen ſeit Reichenbach das preußiſche Miniſterium ſo mißtrauiſch machte gegen die Verhandlungen Biſchofswerders mit dem Kaiſer. „Wenn er ſich nur nicht fortreißen läßt" — dieſe Beſorgniß ſpricht ſich an mehr als einer Stelle der miniſteriellen Acten jener Tage aus. Es war unverkennbar, daß, wenn Leopold ſich jetzt zum Abſchluß in Sziſtowa bereit fand, nichts ſo ſehr dazu mitgewirkt hatte, als die wachſende Verwicklung in Frankreich, aber eben ſo klar, daß in dieſem Falle Preußen ſehr auf der Hut davor ſein müſſe, ſtatt einer Kriegsgefahr eine größere einzutauſchen.

Es war das erſte Mal, daß die verhängnißvolle Frage einer Einmiſchung in Frankreich an die preußiſchen Staatsmänner näher herantrat; man kann in jedem Falle nicht behaupten, daß ſie dieſelbe leicht genommen hätten. Wir erinnern uns, im Anfang des Jahres war die preußiſche Politik noch vollkommen ſicher darüber, daß Leopold nichts mehr ſcheue, als eine Einmiſchung in die franzöſiſchen Verhältniſſe. Noch am Ende April, als der Kaiſer ſich nach Italien begeben hatte und allmälig Gerüchte auftauchten von Verabredungen mit Sardinien und mit den Emigranten, blieb man auf preußiſcher Seite überzeugt, daß die „ungemeine Vorſicht" Leopolds ihn abhalten werde, irgend einen raſchen Schritt in den franzöſiſchen Angelegenheiten zu wagen.*) Und dieſe Anſicht überwog ſo ſehr in der preußiſchen Politik, daß darüber die Miniſter, wie die Geſandten in Wien, in London, in Paris durchaus die gleiche Ueberzeugung und die gleiche Abneigung gegen alle Einmiſchung kundgaben. Dem Grafen Goltz in Paris gab das Miniſterium die beſtimmte Erklärung, daß auch nicht ein Schatten eines Einverſtändniſſes für eine Contrerevolution beſtehe und er allen lächerlichen Aeußerungen darüber keck entgegentreten könne. Dem franzöſiſchen Cabinet gegenüber ſtellte man ebenſo beſtimmt in Abrede, daß Preußen die in Verluſt gerathenen deutſchen Reichsſtände in ihrem Widerſtande ermuthige; aber freilich, fügte man hinzu, wenn die Sache an den Reichstag kommt, wird Preußen nicht umhin können, dem zuzuſtimmen, was nach den Verträgen Rechtens iſt. Der preußiſche Geſandte in Paris, Graf Goltz, beurtheilte, wie wir aus ſeiner Correſpondenz erſehen, die Revolution in gemäßigtem Sinne; namentlich war er mit ſeinem Miniſterium darüber vollkommen einig, daß alle contrerevolutionären Handſtreiche mißlingen würden. Die Projecte der Emigranten, ſchrieb das Miniſterium ſelber noch im Juni, werden alle in Rauch aufgehen ohne die Un-

*) Depeſchen Jacobi's vom 27. April und 28. Mai.

terstützung fremder Truppen und da können wir nur wiederholen, daß dazu für jetzt gar keine Aussicht vorhanden ist.*)

Indessen war aber Leopold II. doch einen Schritt vorgegangen. Er wurde von seiner Schwester gedrängt, ein Abgesandter Ludwigs XVI., Graf Alfons Durfort, suchte ihn in Italien auf; eben dahin begab sich auch Graf Artois. Zu Mantua fanden am 20. Mai Besprechungen statt, in denen Artois einen von Calonne entworfenen Plan entwickelte: mit etwa 100,000 Mann an den Süd- und Ostgrenzen Frankreichs einzubrechen und dazu außer den deutschen Mächten die Hülfe der Schweiz, Sardiniens und Spaniens in Anspruch zu nehmen. Leopold trat diesem Plane nicht geradezu entgegen, allein er knüpfte ihn doch an Bedingungen, die ihn im Wesen veränderten. Es sollte zunächst bei Demonstrationen bleiben und erst auf einem europäischen Congresse die Frage bewaffneten Einschreitens zur Entscheidung kommen. Indessen Artois schöpfte daraus doch lebhafte Zuversicht und schrieb einen Tag nach der Conferenz in Mantua einen Brief an Friedrich Wilhelm II., worin er Leopolds wie der Andern Versprechungen stark übertrieb, Ludwigs XVI. Zustimmung betheuerte und um die Mitwirkung Preußens nachsuchte. Friedrich Wilhelm holte den Rath seiner Minister ein; die waren denn einstimmig darin, daß man vor Allem den Abschluß in Sziſtowa erwarten, daß man aber auch, wenn der erfolgt sei, sich zweimal besinnen müsse, ehe man sich in eine Unternehmung werfe, die Preußen nur große Lasten und wahrscheinlich eine Spannung mit England eintrage, Oesterreich allein Nutzen bringe. In diesem Sinne beantwortete denn auch der König das Schreiben; er freute sich über das Interesse, das Leopold für Ludwig XVI. an den Tag legte; allein, fügte er hinzu, er könne nichts thun, so lange sein unsicheres Verhältniß zu Oesterreich und Rußland nicht geordnet sei.

Völlig beruhigt war indessen das preußische Ministerium dadurch nicht. Sowohl das weiche und bestimmbare Naturell Friedrich Wilhelms, als sein monarchisches Selbstgefühl ließ doch die Möglichkeit zu, daß die Ereignisse in Frankreich auf seine Persönlichkeit tiefer wirkten, als seinen Staatsmännern lieb war. Drum schrieb damals Finkenstein: „Die ausweichende Antwort des Königs an Artois ist sehr gut; doch sehe ich leider eine Spur von Velleität, sich nach Umständen in dies Unternehmen einzulassen, von dem jeder treue Diener S. M. aus allen Kräften abhalten muß." Der Minister mochte seine Gründe haben zu solcher Besorgniß, wiewohl in dem Verhalten des Königs sich noch keine bestimmte Neigung nach dieser Seite hin erkennen läßt. Noch am 7. Juni schreibt er an Bischofswerder: Preußen könne sich in keine Verhandlungen über Frankreich einlassen, bevor die türkische Angelegenheit erledigt sei.

---

*) Aus Noten des Ministeriums vom 11. und 18. April, vom 30. Mai und 24. Juni 1791.

Da erfolgte die mißlungene Flucht Ludwigs XVI. und seine Gefangennehmung; der Eindruck war nach allen Seiten hin tief und mächtig. In Wien zeigte sich Kaunitz sichtbar erschüttert und meinte, die Sache Ludwigs sei die aller Souveräne; in Berlin sprach Fürst Reuß nun wieder dringender von der Nothwendigkeit einer engeren Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen. Die französischen Dinge, meldete Jacobi, absorbirten alles Andere; es war nicht zu verkennen, daß namentlich die bis dahin festgehaltene Sprödigkeit des Wiener Cabinets in der türkischen Frage nun etwas nachließ.*) Auch in Berlin machte das Ereigniß große Sensation; bei den Ministern freilich vorerst nur in der Richtung, daß sie nun eher auf Oesterreichs Nachgiebigkeit glaubten zählen zu können.**) Nach einer von den französischen Emigranten inspirirten Quelle wäre dagegen Friedrich Wilhelm II. tief bestürzt und voll banger Sorge über das Schicksal des französischen Monarchen gewesen.***) Gewiß ist, daß die Minister noch in ihrer kühlen und ablehnenden Haltung verharrten. Es sei dringend zu wünschen, äußerten sie am 16. Juli, daß der König in dieser Sache fest bleibe und dem Kaiser alle thätigen Maßregeln überlasse. Man wird uns zwar, meinten sie, Ruhm vorspiegeln; das würde uns aber unser gutes Geld kosten. Und durch Sparen halten wir uns die französische Krankheit am Sichersten vom Leibe; weil wir dann das Volk nicht mit neuen Auflagen belasten müssen.

Den Kaiser hatte indessen die Nachricht von Ludwigs XVI. Flucht genöthigt, aus seiner zuwartenden Haltung herauszutreten und einen öffentlichen Schritt zu thun. Am 6. Juli erließ er in Padua eine Aufforderung an die Souveräne Europa's, sie möchten Frankreich kundgeben, daß sie die Sache Ludwigs wie ihre eigne betrachteten und für den König Freiheit und Sicherheit verlangen. Eine Erklärung an die Nationalversammlung ward zwar entworfen, aber da der König zunächst nicht weiter gefährdet schien, vorerst bei Seite gelegt. Auch von kriegerischen Vorbereitungen war die Rede; doch wollte das, was wirklich geschah, nicht viel bedeuten. Man sieht, Leopold verleugnete auch da seine Vorsicht und Zurückhaltung nicht, wo ihn die Umstände nöthigten, seine passive Haltung aufzugeben. Diesen Eindruck machten seine Schritte auch auf Preußen. Der Wunsch des Kaisers, sagte dort das Ministerium, scheint, obgleich er es verbergen will, dahin gerichtet, daß wir in den französischen Sachen vorgehen und er so viel Vortheil als mög-

*) Berichte Jacobi's vom 6. und 9. Juli.

**) Am 3. Juli schreibt das Ministerium: Cette nouvelle — — aura fait sans doute une forte impression à Vienne et sur l'esprit de l'Empereur, dont l'honneur semble intéressé à ne pas abandonner le Roi son beau frère et la reine sa soeur — — vous sentirez de vous même de donner une très grande attention à cet objet qui paraît devoir porter plus que jamais ce monarque à s'assurer de mon amitié pour pouvoir agir librement de ce côté là.

***) Mémoires d'un homme d'état I. 95.

lich aus unserer Intervention zieht. Allein wir sind sehr entschlossen, ihn ruhig kommen zu lassen und in dieser dornigen und ungemein wichtigen Angelegenheit mit aller der Vorsicht zu handeln, welche die Natur und die Folgen der Sache wie die überlieferte Art der Wiener Politik nothwendig machen. Aus Wien selbst meldete in denselben Tagen Jacobi: er sei überzeugt, man wolle es dort durchaus nicht zu einem Eclat kommen, sondern „die Dinge in Frankreich reifen lassen". Das gab dann dem Berliner Cabinet neuen Anlaß, zu betonen, daß man sich in keinem Falle voranstellen lasse in einer Angelegenheit, die den Kaiser viel unmittelbarer berühre als Preußen. Und wie Jacobi meldete, daß es mit den angeblichen Rüstungen nicht viel auf sich habe, äußerte das Ministerium: das bestärkt uns in der Ueberzeugung, daß man durch eine energische Sprache und vielleicht einige Demonstrationen uns in dieser delicaten Sache vorwärts drängen und sich die Gelegenheit erhalten möchte, dann nach Umständen größeren oder geringeren Antheil zu nehmen.*) Drum konnte man auch mit gutem Grunde dem Grafen Goltz nach Paris schreiben (11. Juli): er habe der herrschenden Partei gegenüber alle Gerüchte über eine angebliche Verabredung zum Zwecke einer Contrerevolution entschieden in Abrede zu stellen, denn eine solche existire nicht; nur solle er auch nicht verbergen, daß der König von Preußen weit entfernt sei, den Gang der Nationalversammlung zu billigen, daß er vielmehr persönlich lebhaften Antheil nehme an dem Schicksal des französischen Monarchen.

Dies war noch wenige Wochen vor der Zusammenkunft in Pillnitz die Anschauung der preußischen Politik; sie war von jeder Ungeduld einer Einmischung in Frankreich so weit wie möglich entfernt. Auch Bischofswerder, der jetzt den Kaiser nach Wien begleitete, hielt vorerst seine Wünsche noch zurück und sprach sich in Bezug auf die französischen Dinge im Wesentlichen ebenso aus wie die preußischen Minister. Dagegen seine Vorliebe für das österreichisch-preußische Bündniß wurde von Leopold II. mit Erfolg ausgebeutet. Dem preußischen Unterhändler war ausdrücklich vorgeschrieben, nicht abzuschließen, ehe er noch einmal in Berlin angefragt und ehe der türkische Friede unterzeichnet sei. Gleichwohl ließ sich Bischofswerder schon fünf Tage nach des Kaisers Rückkehr bestimmen (am 25. Juli), zu Wien einen vorläufigen Vertrag zu unterzeichnen, dessen Inhalt überwiegend vortheilhaft für Oesterreich war. Es garantirten sich darin beide Mächte ihre gegenseitigen Besitzungen gegen jeden Angriff und versprachen, ohne Vorwissen des andern Theiles kein Abkommen mit einer dritten Macht zu schließen, auch nichts gegen die Verfassung und Integrität der polnischen Republik zu unternehmen. In Bezug auf die Revolution hieß es: die Höfe werden sich über das Zusammenwirken verständigen, wozu der Kaiser eben die Hauptmächte Europas

*) Noten des Ministeriums an Jacobi vom 18., 21. und 25. Juli, und Jacobi's Berichte vom 16. und 21. Juli.

eingeladen hat und sich gegenseitig unterstützen, falls die innere Ruhe des einen oder andern der beiden Staaten bedroht werden sollte. Mochte man die innere Lage des Kaiserstaats, namentlich die Verhältnisse in Belgien und Ungarn, im Auge haben, oder an dessen äußere Politik, z. B. an das Verhältniß zu Polen und zu Rußland denken, in allen Fällen fiel der größere Gewinn dieses Vertrags zu Gunsten Oesterreichs.

Zwei Tage nach dessen Abschluß übergab Fürst Reuß in Berlin eine Denkschrift, worin die Ansicht des Kaisers über die Schritte gegen die Revolution niedergelegt waren. Zunächst eine abmahnende Erklärung an die Nationalversammlung, dann, wenn das fruchtlos bliebe, Abbruch des Handels und Verkehrs mit Frankreich, und Berathung auf einem Congresse, etwa zu Aachen oder Spa, über die weiteren Maßregeln — das war die Stufenfolge, die Leopold vorschlug. Alle Schritte sollten übrigens von den Mächten gemeinsam getroffen, und wenn es zum Kampfe komme, auf jede Eroberung und Vergrößerung verzichtet werden.

Wenn schon nach diesen Vorschlägen und vermöge der schwierigen Voraussetzung einer gemeinsamen Action aller Mächte die Einmischung in die französischen Zustände nicht eben den Charakter der Raschheit und Energie an sich trug, so brach die Antwort, die Preußen am 28. Juli gab, dem Unternehmen vollends die Spitze ab. Allerdings, hieß es darin, sei eine Dazwischenkunft in den französischen Angelegenheiten nothwendig, sowohl um der Würde der Monarchie, als um der ansteckenden Macht willen, die in der Revolution liege. Deshalb sei Preußen sehr geneigt, an den gemeinsamen Maßregeln der Mächte Theil zu nehmen — freilich erst dann, wenn der Friede zu Sziſtowa und der mit Rußland definitiv geschlossen sei. Es sei auch damit einverstanden, daß zunächst eine feierliche Erklärung der Mächte vorangehen müsse, allein es scheine doch nothwendig, sich auch über das Weitere zu einigen, falls dieselbe fruchtlos bleibe; Preußen werde sich dann auch Maßregeln der Gewalt nicht entziehen, aber der Kaiser, welcher dabei besonders interessirt sei, solle einen bestimmten Plan vorlegen. Den Verkehr und Handel mit Frankreich abbrechen, sei ein zweischneidiges und zugleich in der Ausführung ungemein schwieriges Mittel. Ebenso sei der vorgeschlagene Congreß bedenklich; eine solche Versammlung werde nur Aufsehen machen und die allgemeine Aufmerksamkeit in gefährlicher Weise erregen. Darin habe aber der Wiener Hof ganz Recht, daß kein Staat die Sache allein auf sich nehmen könne; vor Allem sei England dringend nöthig — England, von dem die preußischen Staatsmänner damals mit Bestimmtheit wissen konnten, daß es allen Interventionsgedanken auf das Entschiedenste widerstrebe! Ueber alles Uebrige sprach sich die Note mit größter Zurückhaltung aus. Wegen der Ablehnung aller Eroberung müßten bestimmte und übereinstimmende Erklärungen gegeben werden; was die Verfassung betreffe, so dürfte man sich wohl darauf beschränken, die königliche Ordnung so weit wiederherzustellen,

als es das Weſen der Monarchie durchaus erfordere.*) Gegen die Theilnahme des deutſchen Reiches hatte Preußen nichts einzuwenden; indeſſen müſſe auch darüber und über die Frage, wie man deſſen Beſchwerden abhelfe, ein feſter Plan aufgeſtellt ſein.

Dieſer amtlichen Antwort war dann eine vertrauliche Mittheilung an Jacobi beigelegt, welche die Auffaſſung des preußiſchen Cabinets in noch beſtimmteren Umriſſen kundgibt. Es ſeien, hieß es darin, wenn es wirklich zu der gemeinſamen europäiſchen Action komme, zwei Fälle möglich: entweder es gelinge einfach, die gewünſchte Ordnung wieder aufzurichten, oder es erweiſe ſich das als unausführbar. Im erſten Falle werde man wohl die Rechte der Reichsfürſten im Elſaß wiederherſtellen, und im Uebrigen auf jede Vergrößerung verzichten. Allein wenn der zweite, vielleicht wahrſcheinlichere Fall eintrete, die Herſtellung der Monarchie mißlinge, was dann? Wenn z. B. die Verbündeten dann Elſaß und Lothringen beſetzten, Eroberungen, die zurückzugeben man dann allerdings keine Urſache habe, was ſollte damit geſchehen? Wenn Oeſterreich dieſe Provinzen wieder wolle, ſo ſei das für Preußen natürlich nicht gleichgültig; um jedem Zwieſpalt zu begegnen, ſcheine es darum unerläßlich, ſich vorher über dieſen Punkt zu verſtändigen. Wenn man in ſolch einen Kampf eintrete, müſſe jeder Grund des Verdachts und Mißtrauens vorher weggeräumt ſein. In dieſer vertraulichen Mittheilung war zugleich noch beſtimmter wiederholt, daß Preußen für ſich nichts weniger als geneigt ſei, in die Breſche einzutreten und daß darum die Mitwirkung der übrigen Mächte, namentlich Englands, eine unerläßliche Vorbedingung ſei.**)

Man ſieht aus dem Allem, wie unſicher und weitausſehend dieſe Entwürfe noch waren und wie gern jeder Theil dem andern die Laſt und Ge-

---

*) Ce sera une question, lautet die Stelle, à laquelle tant de rapports différens pourront se lier, et qui ne pourra aussi qu'être sujette à une grande variété d'opinions. La mienne tendrait dans la vue de ne pas rendre la chose trop difficile et d'écarter la resistance peut-être invincible, qu'on risquerait sans cela de rencontrer, à retablir l'autorité royale autant qu'il sera necessaire pour maintenir les formes essentielles de la monarchie et de manière qu'elle correspondit à la constitution emanée des pouvoirs constatés, de la nation et librement avouée et sanctionnée par le roi; ne me cachant pas toutefois, que sur cet objet important il sera question de prendre conseil encore des circonstances et de l'opinion à laquelle les puissances coopérantes voudront se réunir.

**) Bien que je n'aye voulu me refuser aux propositions qui viennent de m'être faites, et que dans cette vue j'aye donné à la Cour de Vienne la reponse ostensible, je n'en continue pas moins à être très-eloigné de vouloir me mettre à la brêche sur cet objet et je suis decidé d'attendre avant toutes choses le sentiment que les autres puissances voudront donner à connaître et surtout la façon de penser de la cour de Londres. Vertrauliche Depeſche an Baron Jacobi d. d. 28. Juli.

fahr zugeschoben hätte. Wir begreifen darum auch wohl, daß, wie in den nämlichen Tagen aus Wien gemeldet ward, die Emigranten im höchsten Grade übellaunig waren über diese hinhaltende Taktik. Wie nun vollends um dieselbe Zeit aus Frankreich der nahe Abschluß der Verfassung angekündigt ward, sanken die Aussichten eines Einschreitens noch tiefer. Kaunitz sprach jetzt mit Anerkennung von der Haltung der Nationalversammlung und Leopold selbst äußerte in einer Audienz gegen den preußischen Gesandten: Es scheint, diese Herren kommen von ihrer früheren Lebhaftigkeit zurück und werden gemäßigt. Wenn sie so fort machen, wird Alles gesagt sein und unsere Maßregeln kommen zu spät.*) In diese Stimmung fiel dann die Ankunft der preußischen Eröffnung vom 28. Juli; man fand in Wien, dieselbe sehe einer Ablehnung gleich. Im Gespräch klopfte dann Spielmann noch einmal bei Jacobi an, ob man nicht eine vorläufige gemeinsame Erklärung erlassen solle, worauf der preußische Gesandte erwiderte: das könne wohl räthlich sein, da es Monate und vielleicht Jahre dauern werde, bis das „europäische Concert" zu Stande gekommen sei; indessen man müsse doch auch den Fall erwägen, daß die Franzosen in Anbetracht, wie wenig die Mächte zur That gerüstet seien, dieselben mit einer beleidigenden Antwort abfertigen könnten.

Freilich wurde durch den Abschluß des Friedens zu Sziştowa (5. August) eine der Bedingungen erfüllt, an welche Preußen seine Mitwirkung geknüpft und die Nachricht davon machte auch in Berlin einen dem Einverständniß mit Oesterreich durchaus günstigen Eindruck; allein in den nämlichen Tagen kam eine weitere Botschaft, welche Preußens Bedenken wieder verstärken mußte**): England lehnte jede Mitwirkung ab. Es sei den Grundsätzen der Loyalität wie den Interessen des britischen Hofes zuwider, sich mittelbar oder unmittelbar in diese Angelegenheiten zu mischen; wenn die Franzosen, wie es den Anschein habe, einig seien, so würden alle Anstrengungen der verbündeten Mächte erfolglos bleiben. England, für welches Frankreich niemals weniger furchtbar war, als in seiner gegenwärtigen Lage, könne sich daher in keinem Falle den unberechenbaren Folgen eines Krieges aussetzen; es werde die Schritte der andern Mächte nicht hindern, aber auch durchaus nicht dazu mitwirken.

Faßte man diese Eindrücke und die Gefahr zusammen, die in den polnischen Verwicklungen lag, so war nichts unwahrscheinlicher, als ein rascher Entschluß zur thätigen Intervention in Frankreich. Wenn nicht alle Anzeichen trügten, so war der bevorstehende Fürstencongreß in Pillnitz mehr dazu angethan, die Sache zu beendigen, als sie zum Leben zu wecken. Vielleicht

*) Depeschen Jacobi's vom 29. Juli, 6. und 10. August.

**) Am 17. August kam die Nachricht vom Frieden; eine minist. Note vom 21. Aug. enthält die Antwort Englands.

daß man noch irgend etwas Scheinbares that, um sich mit früheren Verheißungen abzufinden; aber ein Kreuzzug gegen die Revolution lag zu keiner Zeit weniger in den Gedanken der beiden Mächte, als in diesem Augenblick.

Drum war auch der Besuch, den gerade jetzt Graf Artois in Wien machte, dort höchst unwillkommen und die Aeußerungen, welche der Kaiser und seine Minister gegen die preußischen Staatsmänner machten, stimmten alle darin überein, daß man seinen Wünschen gegenüber sich ablehnend geäußert und ihm nicht verborgen habe, daß sein Erscheinen in Pillnitz erfolglos bleiben werde. Die Emigranten zwar nahmen die Miene an, als wenn Alles im besten Gange sei; nur Einzelne klagten vertraulich: erst habe der Kaiser alle denkbaren Versprechungen gegeben, dann stürze sein Ministerium Alles um. Auch war im Allgemeinen davon die Rede, Artois habe den Oesterreichern Lothringen versprochen und die Letzteren für diesen Fall Hülfe zugesagt, vorausgesetzt, daß auch Preußen mitwirke. In Berlin machte diese Mittheilung Eindruck und man wünschte durch den Gesandten genau zu erfahren, was es damit für eine Bewandtniß habe; aber der Gesandte sprach sich selbst dahin aus, der Kaiser denke höchstens daran energische Erklärungen zu geben, von deren Erfolg man sich in Wien offenbar zu große Hoffnungen mache.*)

Am 25. August begaben sich Leopold und Friedrich Wilhelm nach Pillnitz; es liegt, so weit unsere Quellen reichen, kein Anzeichen vor, daß sie das sächsische Lustschloß mit andern Gesinnungen betreten hätten, als die waren, welche sie unmittelbar vorher gegen einander aussprachen. Als ungebetener Gast erschien auch Graf Artois und legte das Programm der Emigrantenpolitik vor.**) Es sollten darnach vor Allem Schritte geschehen, die den König von Frankreich ermuthigten, die Verfassung nicht anzunehmen, die man „ihm aufzudringen" im Begriffe war. Die Brüder Ludwigs XVI. und die übrigen Prinzen würden zu dem Zweck ein Manifest erlassen, worin gegen jeden Act der „usurpatorischen" Nationalversammlung protestirt, ihre Beschlüsse sämmtlich als null und nichtig bezeichnet, und Verwahrung eingelegt wäre gegen jede erzwungene Zustimmung des Königs. Der Graf von Provence würde sich dann als Regent proclamiren, die Versammlung auffordern, unverzüglich dem König die Freiheit wiederzugeben, und für den Fall der Weigerung die bewaffnete Intervention des Auslandes ankündigen. Sollte der König und die Seinen irgendwie bedroht werden, so wird die Stadt Paris dafür verantwortlich gemacht und ihr ungefähr in denselben Worten, die nachher dem Manifest von 1792 eine traurige Berühmtheit gaben, mit

---

*) Berichte Jacobi's vom 20., 22., 27. Aug. und Ministerialdepesche vom 27. August.

**) Unter dem Titel: points à fixer préalablement aux grandes operations et sur lesquelles la circonstance présente demande que l'Empereur veuille bien prononcer sans délai. (Im k. pr. Staatsarchiv.)

Vernichtung gedroht. An den Regenten sollten dann auch die Beschwerden der deutschen Reichsstände gerichtet werden. Zur Unterstützung der angekündigten Drohungen hätten Oesterreich und Preußen ihre Streitkräfte in Bewegung zu setzen; die Mitwirkung von Spanien, der Schweiz u. s. w. wäre zu sichern, mit Hessen-Cassel ein Vertrag wegen eines Hilfscontingents zu schließen, den der Kaiser garantire. Für die Truppen und Officiere, die sich um die Prinzen sammelten, war Aufenthalt und Sammlung in den Grenzgebieten verlangt, außerdem auch die Unterstützung des Kaisers zu einem Anlehen von 10—12 Millionen, welches der „Regent" sofort nach dem Manifest ausschreiben würde.

Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß die Politik, die aus diesen Forderungen herausſprach, auf eine Sympathie der beiden Monarchen nicht zählen konnte; dieselbe war eher geeignet, von jeder Einmischung abzuschrecken, als dazu zu verlocken. Leopold und Friedrich Wilhelm zögerten denn auch nicht, ihre Ansicht darüber unumwunden auszusprechen. Der König, erklärten sie, würde in moralischer Unterstützung, welche ihm das Einverständniß der Mächte gebe, die beste Ermuthigung finden; die Erklärung einer Regentschaft dagegen müsse einen geradezu entgegengesetzten Erfolg haben. Ebenso wenig Nutzen versprachen sich die beiden Monarchen von einem Manifest, wie es Artois vorschlug; die Drohungen vollends, womit dasselbe gewürzt werden sollte, schienen ihnen nicht nur unnütz, sondern geradezu gefährlich. Was die Rechte der deutschen Fürsten angehe, so werde der Kaiser sie gemäß der Reichsverfassung zu schützen wissen; die Leistungen der Reichsstände zu einem Kriege seien gesetzlich festgestellt und der Kaiser darum nicht in der Lage, eine Garantie zu leisten, wie sie in Betreff Hessen-Cassels verlangt war. In Bezug auf die Mitwirkung Spaniens und der übrigen Mächte ward auf die Erklärungen verwiesen, die von denselben zu erwarten seien; sofortige Aufstellung von Truppen aber kurz und bestimmt abgelehnt. Ebenso wurde die militärische Sammlung und Rüstung von Emigrantencorps als unzulässig bezeichnet und das Ansinnen wegen des Anlehens war ohnedies schon mit der Ablehnung der Regentschaft beseitigt.

Die Emigrantenpolitik, die sich hier in ihrer ganzen Selbstsucht und Blindheit offenbarte, war also in Pillnitz aufs bestimmteste zurückgewiesen; schon daraus ließ sich ungefähr entnehmen, wie sich die Monarchen selber zur französischen Angelegenheit stellen würden. Aller Voraussicht nach beschränkten sie sich auf vorsichtige und abwartende Schritte. Die Erklärung, über die sie sich am 27. August verständigten, widersprach dem auch nicht. Die französischen Zustände waren darin als ein Gegenstand bezeichnet, der alle europäischen Souveräne gemeinsam berühre und daran die Hoffnung geknüpft, daß dieselben nicht versagen würden, auf's wirksamste dafür thätig zu sein, daß der König in vollster Freiheit die Grundlagen einer Ordnung feststellen könne, die den Rechten der Souveräne ebenso entspreche wie der Wohlfahrt

der Franzoſen. „Dann und in dieſem Falle ſind Ihre genannten Majeſtäten entſchloſſen, raſch und in gegenſeitigem Einverſtändniß mit den nöthigen Kräften für das vorgeſetzte, gemeinſame Ziel zu wirken. Einſtweilen werden ſie ihren Truppen die nöthigen Befehle geben, damit dieſelben bereit ſind, ſich in Bewegung zu ſetzen."

Die Erklärung von Pillnitz blieb alſo bei der Vorausſetzung eines gemeinſamen Einverſtändniſſes aller Souveräne; nur „dann und in dieſem Falle" ſollte zur That geſchritten werden. Wir haben oben geſehen, wie zweifelhaft jene Gemeinſamkeit und wie unbeſtimmt darum der Augenblick des Handelns war. Zu dieſer Taktik ſtimmten auch die Aeußerungen, die man unmittelbar nach dem Congreſſe in Wien und in Berlin vernahm. Kaunitz äußerte gegen Jacobi: ſo lange die Hauptmächte nicht vollkommen einig ſeien, komme nichts heraus; offen geſtanden glaube er aber nicht mehr an das Gelingen eines ſolchen europäiſchen Einverſtändniſſes. Es werfe einer dem andern den Ball zu. Wenn Ludwig XVI. aber die Verfaſſung annehme, ſo ſei ſofort Alles zu Ende.*) Nach dieſer Anſchauung war in Pillnitz eher zu viel als zu wenig geſchehen; drum äußerte Kaunitz gelegentlich, es ſei nicht gut wenn die Monarchen unmittelbar über politiſche Fragen miteinander verhandelten. Es regte ſich in ihm die Sorge, der Kaiſer könne ſich doch fortreißen laſſen zu allzubeſtimmten Verpflichtungen.**) Was Leopold ſelbſt freilich in den nämlichen Tagen gegen Jacobi äußerte, das lautete ſehr friedfertig. Er ſprach hauptſächlich von den Schwierigkeiten des franzöſiſchen Unternehmens und meinte auch: wenn Ludwig XVI. die Verfaſſung annehme, dann ſei nichts mehr zu thun. Die europäiſche Vereinigung aber ſah man in Wien wie „einen ſchönen Traum" an.

Wer wollte nach dem Allem noch zweifeln, daß die Meinung irrig iſt, welche in der Beſprechung von Pillnitz ein contrerevolutionäres Bündniß gegen Frankreich erblickte? Die Gedanken und Abſichten der beiden Monarchen wieſen auf alles andere eher als auf eine raſche Action hin. Allein ganz

---

*) Depeſche Jacobi's d. d. 29. Aug., worauf das preuß. Miniſterium am 3. Sept. erwiedert, dieſe Betrachtungen ſeien völlig ſolid und man könne ihnen nur zuſtimmen. Und in einem Actenſtück vom gleichen Tage äußert das Miniſterium: wiewohl der mahnende und lehrende Ton des Fürſten Kaunitz nicht angenehm ſei und man auch in den deutſchen Dingen mit ihm nicht überall einig ſein werde, „il faut convenir cependant, que pour les affaires de France sa manière de voir correspond dans ce moment parfaitement avec le nôtre."

**) Nach einem Bericht Jacobi's vom 31. Aug. heißt es: plusieurs propos — — prouvent même qu'il craint que le comte Artois — — ne parvienne à entraîner l'Empereur dans des engagements trop precis à cet égard. Dazu ſtimmt eine Aeußerung des preußiſchen Miniſteriums in der erwähnten Note vom 3. Sept.: il (Kaunitz) ne sera pas plus édifié que nous de ce qui s'est passé à Pillnitz et il sera également porté à empêcher qu'il n'en resulte des effets serieux.

harmlos und unbedenklich war die Pillnitzer Erklärung in ihren Wirkungen doch nicht, und so haben sie damals auch die österreichischen wie die preußischen Staatsmänner nicht betrachtet. Es kommt in solchen Lagen oft weniger darauf an, was die Urheber eines Schrittes wollen, als darauf, wie die Andern ihn deuten. Die Stimmung der beiden Monarchen in Pillnitz war, wie uns unbestreitbar scheint, nichts weniger als zu einem Kreuzzug gegen die Revolution angelegt; aber wer von den Andern kannte die wirkliche Stimmung genau? Wir sahen eben, die Minister jener Fürsten waren selbst darüber nicht außer Zweifel; wie sollten es die Uebrigen sein? Aus der so vorsichtig gedachten Erklärung des 27. August ließ sich darum ebenso gut die ganz entgegengesetzte Folgerung ziehen. Denn es war am Schlusse doch auf Maßregeln und auf kriegerische Vorbereitungen hingewiesen; das nahm man in Paris vielleicht viel ernster, als es in Pillnitz gemeint war. Es ist ein eignes Ding mit der Reizbarkeit des Nationalgefühls, zumal in stürmischen Zeiten, wo dessen Erregung eine furchtbare Waffe werden kann in den Händen revolutionärer Partheien. Vielleicht war das in Pillnitz nicht ganz richtig gewürdigt worden, als man dort Worte, die eine drohende Deutung zuließen, niederschrieb und doch von Maßregeln abstand, die den Worten Nachdruck geben konnten. Der Gedanke, daß sich fremde Mächte in die inneren Angelegenheiten eines andern Landes einmischen könnten, ist bei einem ehrliebenden Volke von furchtbar aufregender Macht; wie harmlos es darum auch Leopold erscheinen mochte, die französische Verfassungsfrage durch ein „europäisches Concert" verhandeln zu lassen, die Franzosen hatten darüber wahrscheinlich eine ganz andere Meinung. Schlimm genug in jedem Falle, wenn einmal solch ein Verdacht in ihnen geweckt war; Zeit und Umstände trugen dann schon dazu bei, ihn zur Flamme zu schüren. Und das ist unseres Bedünkens die verhängnißvolle Wirkung des Tages von Pillnitz gewesen; er hat den Keim gelegt zu der Besorgniß vor bewaffneter Contrerevolution des Auslandes und dieser Keim hat in der entscheidenden Stunde mit einer Raschheit und Macht sich entfaltet, die alle Berechnungen der Urheber weit überstieg.

Dazu kam, daß von den beiden Monarchen, die sich in Pillnitz trafen, wenigstens einer weich und zugänglich genug war, um mit lebhafterer persönlicher Betheiligung in die Dinge einzutreten. Friedrich Wilhelm II. wog nicht wie Leopold, in welchem der Bruder Marien Antoniens stets durch den kaltblütigen Politiker in Schach gehalten ward, die äußeren Vortheile und Nachtheile der Sache, er gab sich mit der ganzen Lebhaftigkeit seiner Empfindungen den Eindrücken hin, welche das Schicksal des königlichen Hauses und die Schilderungen der Emigranten ihm erweckten. Wir haben in der äußeren Politik schon mehr als einmal wahrnehmen können, wie leicht eine nachlässige und freigebige Stimmung seine Entschlüsse bestimmt, wo er sich nur von der nüchternsten Berechnung der Vortheile sollte leiten lassen, und

wie er darum den kaltblütigen Rechnern, deren Calcul keine Großmuth kennt, nicht selten zum Opfer wird. So setzte er auch vielleicht dereinst die Vortheile preußischer Politik aus den Augen, um den Kampf gegen die Revolution verfolgen zu können. Ein solcher Gedanke entsprach nicht allein seiner angebornen Neigung, er mochte darin auch Trost finden für die bitteren letzten Erfahrungen seiner äußeren Politik, die durch nichts glänzender schienen verwischt werden zu können, als durch eine ruhmvolle königliche Kreuzfahrt gegen die demokratische Revolution.

Ein Mißtrauen, daß dem so sei, war den Ministern schon früh erwacht; sie fürchteten auch jetzt, daß der Tag von Pillnitz solcher Neigung Vorschub leisten könne. Es scheint, daß diese Besorgniß nicht grundlos war. Wenigstens hat einer der Minister, Alvensleben, als er sich später in einem sehr unerquicklichen Augenblick (Spätjahr 1793) Rechenschaft ablegte über den verhaßten Krieg, darüber bemerkt: nach dem Abschluß der Wiener Convention strömten Leute wie Roll, Bouillé, Heymann, Caraman nach Berlin und Potsdam und suchten den König zum Krieg zu bestimmen. Die Emigranten fanden allmälig Gehör, wurden mit Geld unterstützt, die unförmliche Uebereinkunft von Pillnitz unterzeichnet, die den französischen Demokraten so erwünschten Vorwand zum Bruch gab. Unbemerkt gewannen die Emigranten noch mehr Boden; eines Tages kam Schulenburg aus Potsdam zurück und sagte: der König will durchaus den Krieg.

Neben diesen persönlichen Einwirkungen auf den König blieben wohl auch auswärtige Einflüsse nicht ganz erfolglos. Rußland, welches nichts sehnlicher wünschen konnte, als Preußen in einen Krieg im Westen verwickelt zu sehen, um indessen freie Hand im Osten zu haben, predigte mit Heftigkeit den Kreuzzug gegen die Revolution, gegen die es selber nicht einen Mann ins Feld zu stellen geneigt war. „Ich zerbreche mir den Kopf, äußerte ein paar Monate später Katharina II. zu Chrapowitzki, um das Wiener und Berliner Cabinet in die französischen Angelegenheiten zu bringen. Habe ich Unrecht? Es gibt so manche Gründe, die sich nicht sagen lassen; ich möchte sie in Geschäfte verwickelt sehen, um die Hände frei zu haben; denn so viele Unternehmungen liegen unbeendigt vor mir, und jene müssen beschäftigt werden, damit sie mich nicht hindern.“ *)

Noch war man zwar weit entfernt, sich dieser Taktik der Czarin blindlings hinzugeben. In Polen ließ die Thätigkeit der russischen Politik so deutlich wahrnehmen, daß schon im September über ihre Absichten in Berlin und Wien kein Zweifel mehr bestand. Rußland, schrieb am 24. Sept. das preußische Ministerium, wird in alle Absichten des Kaisers gegenüber Frankreich eingehen, wenn dafür Oesterreich in Polen die Augen schließt. Rußland, äußerte dasselbe sechs Tage später, wird diesen Hauptpunkt seiner Po-

*) So berichtet eine russische Quelle: Smitt's Suworow II. 359.

litik nicht aus den Augen verlieren und die noch wenig befestigte Verfassung wird ihm Vorwände genug geben, sich einzumischen. Man war also gewarnt in Wien wie in Berlin, und an beiden Orten bestand für jetzt keine Neigung, der russischen Politik den erwünschten Dienst zu leisten.

Namentlich Leopold hatte Ursache, vorerst zufrieden zu sein; die Revolution im Westen war von ihm geschickt benutzt worden, Preußen in seiner Thätigkeit zu lähmen und in Ungarn, Belgien und der Türkei von fremder Einmischung ungestört seine Entwürfe zum Ziele zu führen. Ein Weiteres hatte er nicht gewollt; es lag ihm nie im Sinne, zum Kreuzritter an der Revolution zu werden. Die überlieferte Hauspolitik erfüllte ihn ganz, ihr zu Liebe blieb er gern in Frieden mit der Revolution, statt durch einen Kampf gegen sie alle wiedergewonnenen Vortheile in Ungarn, Belgien u. s. w. auf's Spiel zu setzen. Drum hatten alle seine Schritte und Erklärungen entweder nur den Zweck gehabt, Preußen zur Nachgiebigkeit gegen die österreichischen Interessen zu stimmen, oder sie waren ihm durch die moralische Nothwendigkeit, wenigstens irgend etwas für Ludwig XVI. und seine Dynastie zu thun, abgezwungen worden. Weiter zu gehen, war er in keinem Falle geneigt. Zur Zeit der Erklärungen von Padua und Pillnitz wurde in Oesterreich die Truppenmacht vermindert, statt vermehrt; nach der Erklärung von Pillnitz wich man in Wien beharrlich allen zudringlichen Forderungen eines thätigen Vorschreitens aus und sann nur auf Mittel, den Verbindlichkeiten zu entgehen, die vielleicht aus jenen Erklärungen abgeleitet werden sollten. Nach preußischen Berichten hätte kurz vor der Conferenz in Pillnitz Leopold einen Augenblick geschwankt, weil die Lockspeise des Erwerbs von Lothringen, die ihm Artois vorhielt, eine gewisse Versuchung übte; allein bei ruhiger Ueberlegung seien doch alle Schwierigkeiten hervorgetreten und der Entschluß nur um so mehr befestigt worden: nichts zu unternehmen gegen Frankreich, es sei denn, daß alle Hauptmächte Europas gemeinsam zusammenwirkten.*)

Diese Haltung des Kaisers trat recht sprechend hervor, als sich um die Mitte September der Erbprinz von Hohenlohe als preußischer General in Prag einfand, um dort die gemeinsamen militärischen Schritte gegen Frankreich zu besprechen. Der fand gleich bei der ersten Audienz, „daß der Kaiser zu einer thätigen Hülfsleistung für den König von Frankreich wenig geneigt sei, doch aber das Gegentheil gern glauben machen möchte, sein Zaudern ganz geschickt zu entschuldigen wisse und die Schuld auf die Emigranten werfe, die er durch eine Menge erzählter Anekdoten lächerlich zu machen und gegen die er auch seine, des Erbprinzen, Abneigung zu wecken suche."

*) Depesche Jacobi's d. d. 7. Sept.; das Folgende aus einem Berichte Hohenlohes an den König d. d. Prag 17. Sept. 1791, und Depeschen Jacobi's vom 27. Sept., Cäsars vom 28. Sept.

Hohenlohe ſprach dem Kaiſer von dem Eifer des Königs, den allgemein einreißenden demokratiſchen Geſinnungen entgegenzuwirken, und drückte ſeinen Wunſch aus, mit Bouillé und einem kaiſerlichen General den nöthigen Plan zu verabreden; aber „dies wurde eludirt." Der Kaiſer nannte den General nicht, dem er das Commando geben wollte, und als der Erbprinz zu Lascy ging, gab auch der eine ausweichende Antwort. In dem Gefühle, daß ſeine Anweſenheit den kaiſerlichen Hof in Verlegenheit ſetze, hielt der preußiſche General nun zurück und vermied es, wie er ſelber ſagt, „mit Affectation", von der Kriegsangelegenheit zu reden. Ein freundliches und vertrauliches Entgegenkommen ward ihm nur bei dem Erzherzog Franz, bei Colloredo und den Wenigen, welche zugleich die preußiſche Allianz und die Kriegsplane gegen Frankreich billigten; ſie ſelber geſtanden aber ein, „daß man in Wien an den blauen Rock noch nicht gewöhnt ſei." Indeſſen wurden von Cobenzl die Emigranten, namentlich Polignac und Bouillé, mit kriegsverheißenden Redensarten abgeſpeiſt; „der öſterreichiſche Miniſter, ſchreibt Hohenlohe, ſchien hierbei jedoch nicht zu wünſchen, daß Bouillé mir davon Eröffnung thun möchte, welches ſeltſame Benehmen aber nur daraus entſprungen ſein mag, daß er glaubte, gegen dieſe Herren ſich eher ein unverbindliches Gerede erlauben zu dürfen, als gegen mich." Eine ähnliche Taktik ward gegen den bekannten Grafen Ferſen eingehalten, der wegen der Landung ſchwediſcher Truppen im Norden Frankreichs einen Vertrag abſchließen ſollte. Der Kaiſer erklärte ihm in einer Audienz, welcher Hohenlohe beiwohnte, er warte nur auf einen Courier aus Petersburg; Hohenlohe wartete vergebens auf deſſen Ankunft, er kam nicht. Wohl wurden einige Regimenter in Bereitſchaft gehalten und Vorderöſterreich als ihr Beſtimmungsort angegeben, aber der Erbprinz ſetzte auch darin kein rechtes Vertrauen, da noch nichts geſchehen war, um den Durchmarſch durch das Reich zu ordnen.

In demſelben Sinne rieth Leopold auch in Paris zur Annahme der Verfaſſung und war von Herzen erfreut, als ſie erfolgt war. In einem Geſpräch mit dem preußiſchen Geſandten äußerte er: Jetzt iſt Alles zu Ende. Man müßte denn, fügte er ſcherzend hinzu, dem König von Frankreich ſelber den Krieg erklären wollen, der ſich durch die Verfaſſung verpflichtet, ſich gegen das Ausland mit allen Kräften zu vertheidigen. Das wollte zwar der Kaiſer nicht verkennen, daß noch Schwierigkeiten und Gefahren genug in der franzöſiſchen Situation vorlägen, allein es ſcheine ihm doch beſſer, abzuwarten und die Dinge reifen zu laſſen. Die Proteſte der Emigranten, die gleichzeitig erfolgten, mißbilligte er entſchieden, nannte ihre Plane ſchlecht entworfen und ſpottete über den Grafen von Provence als „Regenten in partibus infidelium". „Ich erinnere mich, ſchloß er die Unterredung, daß ich auch zu Pillnitz in Gegenwart des Grafen Artois geſagt habe: ſobald Ludwig XVI. die Verfaſſung angenommen habe, ſei Alles zu Ende. Der König von Preußen hatte damals die Güte, ſich damit einverſtanden zu erklären."

Aehnlich lauteten die Erklärungen der Minister; nur Fürst Reuß in Berlin schlug einen etwas besorgteren Ton an. Aber Kaunitz äußerte zu Lucchesini, als die Nachricht vom Abschlusse der Verfassung kam: das befreit uns von der Verlegenheit, gegen Frankreich Krieg zu führen. Spielmann meinte: das sei ein seltenes und glückliches Ereigniß, eine so gewaltige Umwälzung mit so wenig Blutvergießen durchgeführt zu sehen. Darnach mußte man glauben, man betrachte in Wien die französische Revolution als beendigt.

Auch in dem Verhältniß zum Reiche war diese friedfertige Haltung wahrzunehmen. Nachdem die Entschädigungsfrage auf dem Reichstage Monate lang unter mancherlei Vorwänden hingehalten worden, erfolgte endlich im December die Sanction der Reichstagsschlüsse, und zwar in einer Form, die, so wie die Dinge einmal lagen, jedenfalls sehr gemäßigt war. Auch sonst, wo sich Anlaß gab, wurde die gleiche Taktik innegehalten. Der Abschluß des Wiener Vertrags, der (25. Juli) zwischen Oesterreich und Preußen den Grund einer Allianz legte, hatte im Reich mancherlei Bedenken erweckt und es ward wohl die Besorgniß laut, der Vertrag könne den Rechten und der Sicherheit des deutschen Reiches gefährlich werden. Das gab den beiden Verbündeten Anlaß, in besonderen Rundschreiben jeder Befürchtung dieser Art entgegenzutreten und ausdrücklich zu versichern: daß bei den blos defensiven Absichten der beiden Mächte und dem Wunsche, Frieden und Ruhestand in ganz Europa zu erhalten, keine den Gesetzen und dem Glück des deutschen Staatskörpers entgegenlaufende Absicht vorwalten könnte, vielmehr der genannte Bund die Erhaltung und Versicherung der Rechte des deutschen Reiches und seiner Verfassung ausdrücklich mit zum Zwecke habe. Von irgend einer kriegerischen Stimmung gegen Frankreich war hier so wenig wie sonst die Rede.

Während Leopold II. so der Ueberzeugung lebte, den drohenden Sturm diplomatisch beschworen zu haben, zogen sich auf einer andern Seite neue Wolken zusammen, die alle Kunst des Kaisers scheitern machten. Die neue französische Nationalversammlung ließ sich gleich anfangs so an, daß von ihr schwerlich eine Befestigung der Septemberconstitution, viel eher deren rasche, gewaltsame Zerreißung zu erwarten war. Unter einer Masse von jugendlichen, unerfahrenen und mittelmäßigen Elementen mußte der Einfluß rasch an einen rührigen Kreis von Rednern und Agitatoren fallen, wie die sogenannte Gironde ihn bildete. Mächtig durch ihre feurige und glänzende Rhetorik, die von der Erregbarkeit und Leidenschaft des Südens getragen war, dabei ehrgeizig und nicht ohne eine ausgesprochene Neigung zur Intrigue, gewannen sie mit ihrem doctrinären Demokratismus, wie er aus Schulerinnerungen des Alterthums und aus Meinungen des achtzehnten Jahrhunderts zusammengeflossen war, sehr rasch eine überwiegende Stellung in einer Versammlung, die meist aus Neulingen bestand und aus welcher durch einen Act unerhörter

Naivetät alle wirklichen Talente und Erfahrungen der ersten Assemblée nationale ausgeschlossen waren. Erwiesen sich die Männer der Gironde zwar unfähig, eine dauernde Schöpfung aufzurichten, so besaßen sie doch die revolutionäre Gabe, durch ihre redneriſche Agitation die Leidenschaften zu schüren, mit der Macht der Phrase ein entzündliches Volk, wie die Franzosen, in Fieberglut zu setzen und ohne mit der groben, handgreiflichen Demagogie Eins zu sein, doch den Zielen wildester demagogiſcher Zerrüttung erfolgreich in die Hände zu arbeiten. Die Verfassung vom September 1791 stand dieser Partei im Wege; dieselbe widersprach theils ihrer theoretiſchen Vorliebe für die freistaatliche Form, theils war sie ein Hinderniß für die Befriedigung ihres Ehrgeizes. Leicht befreundeten sich ihre Führer mit der Idee, daß nur ein Zusammenstoß mit dem Auslande die revolutionäre Macht in ihrer ganzen Ursprünglichkeit entfesseln und ihnen selber die Leitung der Dinge in die Hände spielen werde. Zwar waren sie, gleich den Höflingen und blinden Anhängern des Alten, eifrig bemüht, die neue conſtitutionelle Ordnung zu einer friedlichen und regelmäßigen Thätigkeit nicht gelangen zu lassen, aber es beunruhigte sie doch der Gedanke, es könne die Stimmung des Volkes sich durch das Gefühl des Besitzes jener Verfassung einſchläfern lassen und es dem Könige dann zu besserer Zeit gelingen, die neue Ordnung wieder in seinem Sinne umzugestalten. Ein Krieg mit dem Ausland beseitigte nach ihrer Rechnung alle diese Verlegenheiten; er setzte den König in die Alternative, zwiſchen einer willenlosen Hingebung an die Revolution und zwiſchen dem gewaffneten Ausland zu wählen. Im einen wie im andern Falle ging die Revolution über Ludwig XVI. hinweg, mochte er ihr Werkzeug oder ihr Opfer sein.

Auf dieses Ziel arbeitete die tonangebende Partei, theils mit Bewußtsein, theils mit einem unklaren Inſtincte, seit October und November 1791 hin. Wie erwünscht war es ihr, daß das ärgerliche Treiben der Emigration am Rhein einen so gelegenen Vorwand bot, die Massen mit dem Schreckbild ausländiſcher Einmiſchung und Contrerevolution zu erhitzen! Schwerlich hat ihr der Haufe von Ausgewanderten, der in Worms und Koblenz seine Streitkräfte rüstete, ernstliche Sorge eingeflößt, aber der Lärm, den sie machten, und die allerdings völkerrechtswidrige Unterstützung, die ihnen von den geistlichen Fürsten am Rhein ward, eignete sich trefflich dazu, den Beschwerden der deutschen Reichsfürsten andere Beschwerden im hohen Tone entgegenzusetzen und aus der Rolle der Beleidiger in die der Beleidigten überzugehen. Man sieht, welch guten Dienst die Verblendung der Fürsten am Rhein und das tolle Treiben der Emigration den äußersten Factionen in Frankreich geleistet hat. Und nicht nur den äußersten; auch ein Theil der Conſtitutionellen unter Lafayettes Leitung gab sich, wiewohl in anderer Berechnung, dem Gedanken an den Krieg bereitwillig hin.

Schon zu Ende October hatte Briſſot, damals der Hauptführer der

kriegslustigen Gironde in der Nationalversammlung, das Wort ausgesprochen, man dürfe nicht mehr schwanken, sondern müsse die Mächte, die Frankreich zu bedrohen wagten, zuerst angreifen. Im Jacobinerclub aber sagte er am 16. Dec. mit dürren Worten: „Ich habe seit sechs Monaten, ja seit dem Anfang der Revolution darüber nachgedacht und aller Zauber unserer Gegner wird mich nicht irre machen. Aus Gründen und Thatsachen habe ich mich überzeugt, daß ein Volk, welches nach zehn Jahrhunderten der Knechtschaft sich die Freiheit erobert hat, einen Krieg haben muß. Wir müssen den Krieg haben, um die Freiheit zu befestigen, um sie von den Lastern der Despotie zu reinigen, um alle die verschwinden zu machen, welche sie verderben wollen ... Können wir noch schwanken anzugreifen? Unsere Ehre, unser Credit, die Nothwendigkeit, unsere Revolution moralisch zu machen und zu befestigen, macht uns das zur Pflicht." *) Kurz zuvor (29. Nov.) ließ sich die Nationalversammlung zu einem Decret fortreißen, welches ein energisches Vorgehen gegen die Fürsten am Rhein, welche die Emigration beschützten, und ein Aufgebot der nationalen Streitkräfte forderte. Vergebens setzte Ludwig XVI. nach wie vor seine Hoffnung auf die friedliche Intervention, wie sie in Leopolds II. früheren Erklärungen verheißen war, vergebens widersetzten sich seine Minister; die kriegerische Strömung war einmal in vollem Wachsthum begriffen und bereits mußte der König erst durch die Ernennung Narbonnes zum Kriegsminister der Agitation ein Opfer bringen, dann in der Erklärung vom 14. December den Ton anschlagen, den die kriegerische Partei verlangte. Darin war den Fürsten am Rhein der 15. Januar 1792 als Frist gesetzt, bis zu welcher sie den Rüstungen der Emigrirten ein Ende gemacht haben sollten, widrigenfalls man mit Waffengewalt gegen sie verfahren werde. Damals ward auch an den Kurfürsten von Trier jene Note gerichtet, deren wir früher gedacht haben; gleiche Erklärungen ergingen an den Kurfürsten von Mainz als Bischof von Worms. Zugleich verkündete der neue Kriegsminister, daß eine Armee von 150,000 Mann an der Ostgrenze werde aufgestellt werden. In milderer Form war die Erklärung abgefaßt, welche vom friedfertigen Theil des Ministeriums am 14. Dec. an den Kaiser gerichtet ward. Darin war von den Schritten, die man gethan, Rechenschaft abgelegt und der Kaiser ersucht, sowohl in Mainz, als in Koblenz auf die Nachgiebigkeit der Kurfürsten hinzuwirken. „Es handelt sich darum — so schrieb der französische Minister — die Gemüther zu beruhigen; sie sind bewegt und erbittert durch das Benehmen der Emigranten, und dieser Zustand hindert es, daß Ruhe und Ordnung sich befestige." Die Erwiederung, die der Kurfürst von Trier gab, war, wie wir früher gesehen haben, nicht gerade dazu angethan, den Zwiespalt auszugleichen; aber die Antwort des Kaisers (21. Dec.) schlug immer noch einen versöhnlichen Ton an.

*) S. Histoire parlementaire de la revol. fr. XII. 410.

Denn bis zu dieser Stunde hatte man in Oesterreich und in Preußen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht aufgegeben. Nach Annahme der Verfassung schien zunächst nichts übrig zu bleiben, als zuzusehen und abzuwarten. Bei der Ablehnung Englands, der Scheu Spaniens und Sardiniens und den eigenen noch unbeschwichtigten Händeln im Innern war namentlich Oesterreich nicht sehr versucht, sich zu exponiren; Kaunitz redete daher auch mit Ostentation von der beruhigenden Aussicht der französischen Dinge und von den Uebertreibungen, welche die Emigranten verbreiteten. „Das thut er gewiß nicht, schrieb damals das preußische Ministerium,*) aus Vorliebe für die demokratischen Grundsätze, sondern er will einen Ausbruch vermeiden, der Oesterreich gefährden kann, und hat wahrscheinlich die stille Hoffnung, daß sich allmälig wieder gemäßigtere Grundsätze in Frankreich Bahn brechen werden." Nur Eines hielten beide Mächte für nothwendig, den Plan der europäischen Verständigung nicht aufzugeben;**) denn sobald man davon abstehe, war Kaunitz' Meinung, dann würde die Nationalversammlung wahrscheinlich noch weiter gehen und der Kaiser habe doch, schon der verwandtschaftlichen Beziehungen wegen, einige Gründe mehr als die anderen Mächte, sich um Ludwigs XVI. Schicksal zu bekümmern. Auf preußischer Seite war man damit einverstanden; Oesterreich, sagte man sich, rettet sich auf diese Weise vor dem Vorwurf, daß es nichts mehr thue, nachdem es doch zuerst die Sturmglocke gezogen, und zugleich hat ihm die Aussicht auf ein „europäisches Concert" den Werth, die Malcontenten im eigenen Reich im Zaum zu halten.

Aus dem vertraulichen Verkehr der preußischen Diplomaten in Wien und Paris mit ihren Ministern ergibt sich nun mit unzweifelhafter Klarheit, daß seit den kriegsdrohenden Reden in der Versammlung und seit ihren letzten Beschlüssen ein Wechsel in dieser beruhigten Stimmung eintrat. Die Berichte, die z. B. Goltz aus Paris schrieb, bisher überwiegend noch von Vertrauen und Optimismus erfüllt, schlagen seit den ersten Decembertagen einen besorgten Ton an; mit Unruhe sah man in diesen Kreisen, wie die Agitation der Pariser Bevölkerung wuchs, der König wieder heftiger gedrängt ward und sich vielleicht in der Verzweiflung entschloß, einen zweiten Fluchtversuch zu wagen. Dieselbe Stimmung war zu Wien und zu Berlin zu bemerken; man hoffte zwar noch immer, den Frieden zu kitten und behielt die ablehnende Haltung gegen die Emigranten bei, allein man fürchtete entweder einen Ausbruch im Innern Frankreichs oder irgend einen verwegenen Streich nach Außen, dem man unmöglich ruhig zusehen konnte.

Diese Sorge war im Ganzen bestätigt durch ein vertrauliches Schreiben, welches Ludwig XVI. am 3. Dec. an die Höfe richtete. Daraus ergab

*) Depesche vom 24. Okt. und die Berichte Jacobi's vom 15. und 19.

**) „marquer la continuation du concert entamé" lautet der Ausdruck.

ſich zwar, daß er mit der Emigration nicht den gleichen Weg ging und durch ihr Gebahren ſich eher in Verlegenheit gebracht fühlte, aber er mußte ſich doch bedroht glauben und den Zuſtand im Innern für unhaltbar anſehen, ſonſt hätte er nicht in ſo dringender Weiſe den Congreß begehrt, der, durch eine bewaffnete Macht geſtützt, ihm Luft machen ſollte.*)

In Wien und in Berlin folgte man darum mit erhöhter Spannung jedem neuen Symptom der wachſenden Agitation. Den Emigranten zwar kam das nicht zu gut; man ſcheint ſie vielmehr ſchroffer als vorher behandelt zu haben.**) Aber es wurde doch die Befürchtung wach: der Geiſt der Gewaltthätigkeit und Verbitterung, der die Verſammlung zu beherrſchen anfange, könne die Dinge zum Aeußerſten treiben; man beſorgte einen zweiten Fluchtverſuch des Königs oder einen neuen Aufſtand in Paris. Der König, meinte Kaunitz, ſei wohl zur Zeit, als er die Verfaſſung annahm, frei geweſen, aber jetzt ſei er es offenbar nicht mehr. Spielmann äußerte gegen den preußiſchen Geſandten, man müſſe einen nachdrücklichen Schritt thun, z. B. eine Erklärung in Paris abgeben, in der man als Fälle der Einmiſchung bezeichnete: die Verletzung der königlichen Familie, der Umſturz des Thrones und die verweigerte Genugthuung für Deutſchland. Der preußiſche Diplomat meinte: Erklärungen ohne Maßregeln hätten das Gefährliche, daß man ſich compromittire und vielleicht nur eine trotzige Antwort der Franzoſen hervorrufe. Ueberhaupt war man noch auf keiner Seite ungeduldig zur That. In Wien wurden die bis dahin verfolgten Principien noch unverrückt feſtgehalten und in Berlin meinte man, ſelbſt im alleräußerſten Falle ſeien doch erſt die Eröffnungen des franzöſiſchen Monarchen abzuwarten.***) Auch wünſchte man an der letzten Stelle nicht, daß unter die Vorausſetzungen einer Intervention der Umſturz des franzöſiſchen Thrones mit aufgenommen würde; dafür habe Preußen kein unmittelbares Intereſſe, es intereſſire ſich nur für Ludwigs XVI. perſönliches Schickſal. In ſolcher Stimmung ward denn natürlich mit Eifer jeder Schimmer ergriffen, der Hoffnung auf eine friedliche Löſung gab, und als in den letzten Tagen des Jahres die Pariſer Nachrichten wieder etwas

---

*) Der Brief d. d. 3. Dez. ſchlägt vor: l'idée d'un congrès des principales puissances de l'Europe, appuyé d'une force armée, comme la meilleure manière, pour arrêter ici les factieux, donner les moyens de retablir un ordre des choses plus désirable et empêcher que le mal qui nous travaille puisse gagner les autres états de l'Europe. Der eigenh. Brief findet ſich im k. preuß. Staatsarchiv.

**) L'importunité des Princes est extrèmement à charge à l'Empereur, ſchreibt Jacobi am 3. Dezember und fügt am 7. hinzu: Ils sont dans un abattement qui marque assez leur peu d'espérance de succès auprès de l'Empereur. Auch Artois ſprach noch einige Wochen ſpäter erzürnt über Leopolds „conduite inexplicable," wiewohl eine früher verſprochene Geldſumme gerade damals ausgezahlt ward.

***) Depeſchen Jacobi's vom 11. und 14. Dez. Das Folgende aus Berichten vom 23. und 28. Dez.

ruhiger klangen, war Niemand froher über diese Botschaft, als die beiden Höfe.

Den gleichen Eindruck von Friedfertigkeit und doch zugleich einer besorgteren Ansicht der Dinge erweckte auch der diplomatische Verkehr mit Frankreich. In der österreichischen Note vom 21. December, die sonst noch friedlich lautete, war doch die Besorgniß ausgesprochen, es möchten die gemäßigten Grundsätze des französischen Ministeriums hie und da vergessen werden; für diesen Fall, erklärte die Note, sei dem Marschall Bender in den Niederlanden der Befehl gegeben worden, die kurtrierschen Lande, wenn sie durch feindliche Einfälle verletzt oder bedroht würden, zu schützen. Inzwischen hatte die französische Regierung (23. Dec.) aus Anlaß der trierschen Antwort eine wiederholte Beschwerde durch einen neuen Botschafter, Bigot de S. Croix, nach Koblenz gehen lassen*) und die Aufforderung an den Kaiser, sich bei Kurtrier für die Verständigung zu verwenden, in dringender Weise erneuert. Man sah es den Noten des Ministeriums an, wie viel ihm daran gelegen war, eine friedliche Genugthuung zu erlangen, damit es den stürmischen Kriegsrufern beschwichtigend gegenübertreten konnte. So faßte man die Sache auch in Wien auf; eine österreichische Note vom 5. Januar 1792 sprach die nämlichen vermittelnden Gesinnungen aus und deutete nur mit allem Rechte darauf hin, daß die Rüstung von 150,000 Mann, der Lärm der Presse, die drohenden Declamationen der Nationalversammlung nicht geeignet seien, auf Seiten der deutschen Staaten beruhigend zu wirken. Ein Eindringen französischer Truppen auf das trierschе Gebiet wird, wie natürlich, als eine Kriegserklärung gegen das ganze deutsche Reich bezeichnet.**)

So mühten sich Beide, das Ministerium Delessart wie die kaiserliche Regierung, aufrichtig ab um die Erhaltung des Friedens; aber die extremen Parteien wirkten ebenso rührig zusammen, dieses Bemühen zu vereiteln. Auf die Demokratie in Paris und Emigration in Koblenz fällt dabei ungefähr die gleiche Verantwortung. Leopold II. hatte, seiner Zusage getreu, dem Kurfürsten von Trier nicht nur dringend angerathen, alle bewaffneten Corps der Emigranten aufzulösen und die Rüstungen zu verbieten, sondern er machte seinen kaiserlichen Schutz davon abhängig, daß der Kurfürst die Aufnahme

---

*) Aus dem zeitgenössischen Bericht im Rhein. Antiquar I. 1. S. 43—45 über die Aufnahme des Gesandten ergibt sich klar, daß zwar offiziell gegen ihn nichts versäumt ward, aber die Emigration auch nichts unterließ, ihn mit kindischem Muthwillen zu insultiren — trotz der Abmahnung des Kurfürsten. „Sie blieben, heißt es u. A. dort, haufenweis auf der Straße vor den Fenstern stehen, pfiffen ihn aus und machten vor seiner Zimmerthüre Unreinlichkeiten, womit sie sogar das Schlüsselloch nicht verschonten." Diesem und Aehnlichem gegenüber benahm sich der Gesandte mit Tact und Mäßigung.

**) Die Actenstücke in Reuß, Staatscanzlei XXXVI.

der Emigranten innerhalb der Grenzen der Gastfreundschaft halte. Gleiches geschah in Worms und bei dem Fürstbischof von Straßburg, wohin sich Condé, als man ihm in Worms die Gastfreundschaft gekündigt, begab, um sich mit der Legion des Vicomte de Mirabeau zu vereinigen. In Koblenz war die Folge die, daß am 3. Januar 1792 eine kurfürstliche Verordnung erschien, laut welcher die militärischen Corps untersagt, alle kriegerischen Uebungen, Cantonnements u. s. w. verboten wurden. Die Emigranten fühlten sich indessen schon so sehr als Herren, daß sie mit unanständigem Trotz der Regierung gegenübertraten, und, wie ein Emigrant (Las Cases) selbst berichtet, übten sich und manövrirten die Truppencorps fortwährend öffentlich, während die diplomatischen Noten versicherten, es habe damit nichts auf sich. Ja noch mehr; nicht nur die fremden Flüchtlinge insultirten den neuen französischen Gesandten, auch von trierscher Seite selbst that man das Gleiche. In demselben Augenblick, wo eine Note der französischen Regierung, unter dem Eindruck der kurtrierschen Verordnung vom 3. Januar, freundlich entgegenkam und die Versicherung aussprach, es sei an alle Militär- und Civilbehörden der gemessene Befehl ergangen, jede Beunruhigung der Grenzen zu meiden, in demselben Augenblick ließ sich das Koblenzer Intelligenzblatt, die Staatszeitung des Kurfürstenthums, über den neuen französischen Gesandten in den Worten aus: „O Schande, o ewige Schande, welche durch kein Blut mehr kann abgewaschen werden! Ein Spion aus dem Jacobinerclub, aus jener verruchten Gesellschaft, welche noch vom Blute trieft, das in Avignon vergossen worden; ein Zögling des Mirabeau und des Necker erfrecht sich, vor Clemens Wenceslaus zu treten, vor den tugendhaftesten Fürsten seiner Zeit; mit einem Decrete, das in dem Gefängniß der Tuillerien ist sanctionirt worden, öffnet er sich den Eingang in den Palast des Oheims seines Königs; er kommt, ihm mitten an seinem Hofe zu drohen.“*)

Man sieht, die Emigration in Koblenz arbeitete dem Jacobinismus in Paris eifrig in die Hände. Auch dieser war natürlich indessen nicht unthätig gewesen; die Clubs bestürmten mit drohenden Adressen und Deputationen die Versammlung, deren Rednerbühne zugleich von Brissots, Isnards und Anderer kriegsdrohenden Reden wiederhallte. Unverhohlen sprachen es die Wortführer der Gironde bereits aus, daß der Krieg allein Frankreich retten könne; mit allen Mitteln rhetorischer Agitation wurde dem Schrecken des Krieges der Reiz einer rettenden Maßregel verliehen und die Regierung dazu gedrängt, einen entscheidenden Schritt zu thun. Sie mußte es geschehen lassen, daß am 1. Januar 1792 die Anklage gegen die ausgewanderten Prinzen und die übrigen Führer der Emigration für zulässig erklärt ward, sie konnte es nicht hindern, daß die Girondisten ihre Taktik, den Krieg zur po-

*) Rhein. Antiq. I. 1. S. 48.

pulären Tagesfrage zu machen, mit allem Erfolge fortsetzten. Gegenüber dieser mächtig anwachsenden Bewegung, die über die Presse, die Tribüne, die Clubs gebot, die mit jedem Tage mehr in den Massen das Bewußtsein weckte, daß nur das Chaos eines Krieges ihre politischen Wünsche erfüllen könne, befand sich die französische Regierung in einer wahrhaft trostlosen Lage. Der König selbst und seine Gemahlin standen unter dem Einflusse der Rathschläge des Kaisers; ihre Hoffnung war auf einen Congreß, wie ihn Leopold wollte, gestellt und auch ihnen ward das Treiben der Emigranten, das nur ihre Verlegenheiten steigerte, ohne Hülfe zu bringen, mit jedem Tage mehr zur Last. Der friedfertige Theil des Ministeriums, noch durch Delessart an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten, suchte eine Form der Verständigung, die den Krieg abhielt, und hoffte, unterstützt durch Leopold, eine Art von Genugthuung zu erlangen, womit man die Kriegslärmer abfinden konnte. Die zum Girondismus neigende Fraction des Ministeriums, durch Graf Louis von Narbonne vertreten, machte mit jenem kindlich naiven Leichtsinn, der die französische Aristokratie der Revolution auszeichnet, das Kriegsgeschrei mit, schürte und half mit Lärm schlagen, ohne sich irgend eine Rechenschaft über die Folgen abzulegen. Von dieser Seite ging auch der wunderliche Plan aus, durch die Sendung Birons mit Geld und Intriguen den Berliner Hof für das revolutionäre Frankreich zu gewinnen; denn man war in völliger Unwissenheit darüber, daß der König von Preußen sich noch am ersten den Emigrantenanschauungen hingab. Es vollendete das Bild namenloser Verworrenheit, daß der gemäßigte Theil des Ministeriums dieser Sendung Birons unter der Hand durch Segur eine andere entgegensetzte und erst allmälig sich dazu herbeiließ, die ganz erfolglosen Bemühungen eines windigen Roué, wie Biron war, zu unterstützen. Damit hingen denn wieder andere abenteuerliche Gedanken zusammen, z. B. der Versuch, den Herzog von Braunschweig für den französischen Oberbefehl zu gewinnen, Großbritannien mit dem revolutionären Frankreich näher zu verbinden, und ähnliche diplomatische Seifenblasen mehr, wie sie in den Pariser Salons unter männischen Weibern und weibischen Männern ausgesonnen wurden.

Welch andere Thätigkeit entfalteten indessen die Agitatoren der Kriegspartei! Alle Vortheile, welche ihnen die Rathlosigkeit der Regierung und der Unverstand der Emigration in die Hände gab, wurden von ihnen meisterhaft benutzt, um aus der inhaltschweren Frage des Krieges nicht eine Sache ruhiger politischer Erwägung, sondern eine Angelegenheit der nationalen Empfindung und des revolutionären Enthusiasmus zu machen. Man prüfte und berieth nicht, man exaltirte sich nur mit jedem Tage mehr. So ließ sich Isnards wilde, südliche Glut in der Rede am 5. Januar vernehmen, so ward am 14. Januar ein folgenreicher Beschluß im Sturme heftigster Erregung gefaßt. Leopold II. hatte in seiner Erklärung vom 21. Dec. auf das „Einverständniß der Fürsten zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ehre

der Throne" hingedeutet; wir wissen, was das in seiner diplomatischen Sprache bedeutete und wie wenig das „europäische Concert", an dem er arbeitete, den Franzosen eine unmittelbare Gefahr brachte. Aber Leopold unterschätzte, bei aller seiner Feinheit, sowohl die Reizbarkeit eines ehrliebenden Volkes, als die Macht der Revolution; was seinen Augen harmlos genug erschien, war für die Rede der Gironde ein gewaltiger Hebel, das Nationalgefühl in seiner ganzen Mächtigkeit zu entflammen. In einem Taumel der Begeisterung, von dem die Gemäßigtsten mit fortgerissen wurden, beschloß man, jeden Franzosen für „ehrlos" zu erklären, der an einem Congreß, wie ihn der Kaiser in Aussicht stellte, Theil nehmen werde. So brach Leopolds Lieblingsplan, womit er bis jetzt die Kriegslust der Ungeduldigen zu beschwichtigen gewußt, vor einem Momente leidenschaftlicher Erregung zusammen; es blieb ihm nun keine Ausflucht mehr, den Drängern zum Krieg seine Mitwirkung zu versagen. Die Stellungen waren mit einem Male vertauscht; die Nationalversammlung hatte die Rolle des drohenden und angreifenden Theils übernommen und der Kaiser befand sich in der peinlichen Alternative, entweder demüthig zurückzugehen oder sich zum Kriege nöthigen zu lassen. Denn schon am 25. Januar faßte die Versammlung den Beschluß, dem Kaiser eine entschiedene Erklärung abzufordern, und wenn sie nicht bis zum 1. März erfolgt wäre, den Krieg zu erklären. Wohl ward am 1. März der Krieg noch nicht erklärt, aber der Tag war darum nicht weniger bedeutungsvoll: es war der Tag, an dem Leopold II. starb und somit auch auf Seiten Oesterreichs die kriegerischen Gedanken das Uebergewicht erlangten.

Leopold hatte sich, seiner zähen und kaltblütigen Natur gemäß, nicht fortreißen lassen von den Leidenschaften des Augenblicks. Zwar erzählte man von ihm Aeußerungen, wie die: die Franzosen wollen den Krieg, sie werden sehen, daß Leopold der Friedfertige ihn führen kann — aber er ging aus seiner gemessenen Haltung nicht heraus. Er blieb fortwährend den extremen Richtungen abgeneigt, wollte mit der Emigrantenpolitik nichts gemein haben, und seine Rathschläge an den französischen Hof tragen, wie immer, das Gepräge der Mäßigung. Wir sind in der Lage, aus den unmittelbarsten Quellen die Stimmung der beiden deutschen Großmächte wiederzugeben, wie sie sich unter den wechselnden Eindrücken jener entscheidenden Wochen gestaltet hat. Die Berichte, welche in den ersten Tagen des Jahres 1792 nach Wien kamen, lauteten beunruhigend über die Situation in Paris; selbst Beobachter, die nicht zu den Pessimisten gehörten, schilderten eine „Explosion" als unvermeidlich und die Aussicht, auf friedlichem Wege zur Ordnung zu gelangen, als überaus gering. Die Frage des Krieges trat nun auch in Wien mehr in den Vordergrund, und die Möglichkeiten desselben wurden erwogen, wiewohl Kaunitz immer noch meinte: man solle nicht eher losbrechen, als bis man des Erfolges ganz sicher sei. Dagegen machten Andere geltend, daß

man wahrſcheinlich keine Wahl mehr habe, da die Franzoſen wohl ſelber zum Angriff ſchreiten würden.*)

Die Nachrichten, welche zur nämlichen Zeit dem preußiſchen Cabinet durch Goltz zukamen, lauteten noch keineswegs ſo allarmirend; dieſer Diplomat lebte nach wie vor der Zuverſicht, daß bei dem zunehmenden Mißcredit der Nationalverſammlung, bei der Auflöſung des Heeres und der Zerrüttung aller inneren Ordnung an Krieg nicht zu denken ſei, wenn ihn nicht das Ausland geradezu provocire. In Berlin war man mit dieſer Auffaſſung nicht ganz einverſtanden; man beſtritt die Thatſachen nicht, die Goltz meldete, aber man zog daraus andere Folgerungen. Ihre Mittheilungen, ſchrieb das Miniſterium um Mitte Januar, beweiſen uns nur, wie ſehr die Nationalverſammlung mit Blindheit geſchlagen iſt, daß ſie mit ſo unzulänglichen Mitteln gleichſam ganz Europa herausfordert.**) Drum war man dort mit dem öſterreichiſchen Cabinet über die Gefahr der Lage einig und ſchärfte dem Geſandten in Paris dringend ein, mit der Erklärung nicht zurückzuhalten, daß Preußen jeden Einfall in die Grenzgebiete des deutſchen Reiches als Kriegsfall betrachten werde.

Verkennen läßt ſich nicht, daß in Berlin die Stimmung lebhafter war, als am öſterreichiſchen Hofe. Von hier meldete Jacobi noch am 18. Jan., daß nach ſeiner Ueberzeugung Leopold ſich ſo wenig als möglich in den franzöſiſchen Dingen compromittiren wolle; denn Spielmann habe ihm geradezu geſagt: man müſſe zwiſchen der Sache des Königs und jener der franzöſiſchen Prinzen wohl unterſcheiden; die Abſichten der Letzteren zu unterſtützen, ſei unmöglich; wenn nur das Weſentliche der monarchiſchen Formen erhalten werde, ſo ſei das Mehr oder Weniger weder für Oeſterreich noch für Preußen von großem Belang. Jene Unterſcheidung zwiſchen dem König und den emigrirten Prinzen fand auch das preußiſche Cabinet in einer Depeſche vom 23. Januar ganz gegründet; allein, fügte daſſelbe hinzu, es iſt nicht weniger wichtig, daß die Wendung, welche die Dinge in Frankreich nehmen, leicht ein ernſteres Einſchreiten vor unſerer Zeit nöthig machen kann. Drum fand auch die früher erwähnte Sendung Segurs in Berlin eine ſehr kalte Aufnahme; man gab ihm wie einem andern Emiſſär, der für eine Allianz Frankreichs mit Preußen und den Seemächten arbeiten wollte, deutlich zu verſtehen, daß dazu gar keine Ausſicht ſei.***) „Man wird zugeben, ſchrieb

---

*) Nach Depeſchen Jacobi's vom 4., 7. und 11. Januar.

**) Bericht von Goltz vom 6., Noten des Miniſteriums vom 12. und 16. Jan.

***) In Paris hatte Pethion in einer Unterredung mit Goltz den gleichen Verſuch gemacht, worüber derſelbe am 16. Jan. berichtete. Darauf erwiedert am 26. das preuß. Miniſterium: comment peut-il entrer dans des têtes un peu saines que je puisse écouter à des propos d'alliance avec un pays, qui est sans gouvernement et à de telles propositions, me venant par un membre de la nouvelle admini-

darüber das Ministerium, daß, von allen anderen Betrachtungen abgesehen, es eine seltsame Verblendung ist, zu glauben, Frankreich werde in seiner gegenwärtigen Lage Mächte finden, die sich mit der Bürde eines solchen Verbündeten belasten wollten."

Es ist darnach leicht zu ermessen, wie die bekannten Januarbeschlüsse in Berlin angesehen wurden. Wir sind ungeduldig zu erfahren, schrieb das preußische Ministerium, wie man in Wien das wilde Decret der Nationalversammlung aufnehmen, und ob die entschiedene Neigung des kaiserlichen Hofes für gemäßigte Entschlüsse noch Stand halten wird gegen eine so insolente Sprache. Nun, auch in Wien machten die drohenden Demonstrationen tiefen Eindruck und Kaunitz verhehlte darüber seinen Unwillen nicht, aber er unterließ auch nicht beizufügen: daß ein Krieg mit Frankreich „bei der gegenwärtigen Stimmung der Geister" große Gefahren in sich tragen werde. In Berlin war man etwas ungeduldiger. Man fand, daß der Beschluß vom 25. Januar von einer Unschicklichkeit sei, die alle Grenzen überschreite, und daß der politische Wahnsinn die Mehrheit der Versammlung ergriffen habe. Selbst der Allerscharfsichtigste, meinte das Ministerium, wird es nicht verstehen, wie man ohne Geld, ohne Credit und inmitten von Unruhen und Spaltungen, welche das Reich von den Pyrenäen bis zum Rhein erschüttern, durchaus Europa herausfordern will, und zwar mit einer Keckheit, die, wie man sie auch betrachtet, kein Seitenstück in der Geschichte hat.*)

Leopold II. gab die Hoffnung noch nicht auf, den Frieden zu erhalten; er betonte immer wieder die Nothwendigkeit einer allgemeinen europäischen Verständigung und gab auch jetzt noch, wie die diplomatischen Berichte versichern, Rathschläge der Mäßigung an seine Schwester nach Paris; aber eine unmittelbare Wirkung hatten die letzten Eindrücke doch, sie beschleunigten den Abschluß des Bündnisses zwischen Oesterreich und Preußen, das im Juli vorigen Jahres in Aussicht gestellt war. Am 7. Febr. 1792 ward zu Berlin der Bundesvertrag unterzeichnet, worin sich beide Theile ihre Besitzungen verbürgten und zu gegenseitiger Hülfsleistung verpflichteten. Zwar wollten sie beide für Erhaltung des Friedens arbeiten und, wenn eine von beiden Mächten durch eine Invasion bedroht würde, ihre guten Dienste anwenden, um dieselbe zu verhindern. Indessen, wenn das fruchtlos bliebe und ein wirklicher Angriff erfolgte, wollten sie sich mit einem Corps von 20,000 Mann unterstützen. Die Seemächte, Rußland und Sachsen sollten zum Beitritt eingeladen, über die Aufrechthaltung der deutschen Verfassung in ihrer ganzen Integrität, so wie sie durch die Gesetze und vorausgegangenen Tractate festge-

---

stration, tandis que je ne connais que la personne du Roi T. C. dans les relations et les communications d'affaires entre la Prusse et la France?

*) Minist. Depeschen an Jacobi vom 29. Jan., 5. und 6. Febr., an Goltz vom 26. und 30. Jan.

setzt worden, sorgfältig gewacht werden. In Separatartikeln war die gemeinsame Thätigkeit für das europäische Concert, die gegenseitige Hülfe im Falle innerer Unruhen und die Sorge für Polens Integrität und Freiheit verabredet.

Die erregtere Stimmung in Preußen hatte also die Bedenken alle überwunden, die noch ein halbes Jahr vorher das Berliner Cabinet bestimmten. Ich bin begierig, sagte das Ministerium jetzt, ob der Abschluß der Allianz dem Wiener Hofe nicht mehr Zuversicht und Kraft geben wird. Ohne Zweifel fühlte man sich in Wien dadurch besser gedeckt, aber kriegslustig war man darum noch nicht. Vielmehr stellte sich bald heraus, daß Leopold II. bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen werde, um einen Krieg zu vermeiden, zu dem Oesterreich in seiner damaligen Lage die innere Festigkeit und die Mittel zu fehlen schienen.*) Ja noch zwei Tage nach Leopolds Tod sprach man in Berlin die Ueberzeugung aus, daß Oesterreich den friedfertigsten Gang einhalten und die ganze Reihe von Entwürfen einer Einmischung schließlich in Rauch aufgehen würden.

Einen andern Sinn sollte auch die Erklärung nach Paris nicht haben, worin (17. Febr.) der Kaiser die bekannten Kundgebungen vom Januar beantwortete. Die Deutung, die man in Frankreich seinen früheren Schritten gegeben, war darin mit Thatsachen zurückgewiesen und der Wahrheit gemäß hervorgehoben, wie er sich nur unablässig bemüht, einerseits die Rüstungen der Emigranten abzustellen, andererseits jeden Act der Gewalt vom deutschen Reichsgebiete abzuwehren. Was den beabsichtigten Congreß der europäischen Mächte anging, der in den Januardebatten so viel Sturm auf der Tribüne der Nationalversammlung erregt, so erinnerte die kaiserliche Note an die Lage des Königs seit seiner Gefangennehmung bis zur Vollendung der Constitution, durch welche allein ein solcher Plan hervorgerufen und gerechtfertigt

---

*) So Jacobi am 11. und das Ministerium am 15. Februar. Auch in einer Depesche vom 19. spricht das Letztere von den dispositions vacillantes du cabinet de Vienne. Ebenso die vom 3. März, die zugleich hinzufügt, man sei zu weit gegangen, „pour ne pouvoir échapper entièrement au danger de se voir compromis, danger cependant qui doit retomber tout entier sur la cour Imperiale.“ Der letzte Vorschlag Leopolds war dahin gegangen, die Forderungen der vereinigten europäischen Mächte sollten sich auf folgende Punkte beschränken: Zurückziehung der Armeen von den Grenzen, Herstellung der beschädigten Reichsfürsten, Rückgabe von Avignon, Anerkennung der bestehenden Verträge, Sicherheit des Königs und seiner Familie, Verhinderung republikanischer Bestrebungen. Die beiden letzten Sätze schlug Preußen vor wegzulassen, um nicht Ludwig XVI. dem Verdachte der Mitwissenschaft auszusetzen und dafür die Auflösung des Jacobinerclubs zu verlangen. Auch hielt es P. für das Wünschenswertheste, wenn die französische Nation den König zum Vermittler zwischen sich und Europa bestelle. Für dieses Programm sollte jede der Mächte 40,000 (nach P.'s Vorschlag 50,000) Mann aufstellen. (Note an Goltz d. d. 10. Februar 1792.)

worden war. Seit der Annahme der Verfassung habe jener Verein des Kaisers mit den Mächten nur noch eventuell bestanden und auch dies nur aus Gründen, welche in den inneren Zuständen Frankreichs gelegen seien. Die zunehmenden Symptome von Unsicherheit und Gährung, welche der königlichen Familie ein ähnliches Schicksal, wie früher, zu bereiten drohten, Symptome, die wohl nicht den Rüstungen der Emigranten, sondern dem wachsenden Einflusse der republikanischen Partei zuzuschreiben seien, die Gräuelscenen, welche die nämliche Partei verschuldet, der künstlich angefachte Kriegslärm, den eben diese Fraction zu unterhalten suche, weil sie durch die Rückkehr von Ruhe und Ordnung ihren politischen Einfluß gefährdet sehe, die herausfordernden Reden und Rüstungen, womit man, wie es scheine, das Ausland zum Krieg zu reizen wünsche, Beschlüsse, wie der vom 25. Januar, unter dem Einfluß jener Partei gefaßt, dies Alles sei Grund genug für das Ausland, den inneren Zustand Frankreichs nicht für so günstig anzusehen, wie die Noten des französischen Ministeriums. Gleichwohl werde der Kaiser sich aus seiner gemäßigten Haltung nicht verdrängen lassen, zumal er die Ueberzeugung hege, daß die Mehrheit der Nation diesen und ähnlichen Vorgängen fremd sei. Eine Note von Kaunitz, welche dieser Staatsschrift beigegeben war, zeichnete die jacobinische Partei sammt ihrem Treiben noch schärfer und nannte sie geradezu bei ihrem Namen; ob der gesetzwidrige Einfluß dieser Secte über Gerechtigkeit, Wahrheit und das öffentliche Wohl der Nation den Sieg davontragen werde, das sei die Frage, von deren Beantwortung alle andern abhingen.

Es fragt sich, ob es in diesem Augenblick von Leopold, der noch immer den Frieden wollte, geschickt gehandelt war, durch diese Ausfälle Oel in's Feuer zu gießen und die peinliche Lage des Königs zu verschlimmern; auch war diese Art von politischer Lection über die innere Lage eines anderen Staates ungewöhnlich. Allein die Thatsachen, auf die er anspielte, waren unzweifelhaft wahr. Daß daher die Jacobiner murrten, wie sie sich und ihre Künste so treu geschildert sahen, daß ein Mensch, wie Bazire, die kaiserliche Erklärung ein „Pamphet" nannte, und daß die Kriegsagitatoren in den Clubs und der Presse die Erklärung in ihrer Weise ausbeuteten, das Alles war sehr begreiflich; die Wahrheiten, die Leopold aussprach, gingen zu sehr ins Fleisch, als daß die Getroffenen nicht hätten aufschreien sollen. Aber auch in die Geschichtsschreiber ist, wie auf Verabredung, die Sage übergegangen und selbst die Emigrantenliteratur hat mit eingestimmt, daß der „nationale Stolz in Frankreich sich empört habe gegen die drohenden Rathschläge des Auslandes." *) Wir finden in den Verhandlungen des Tages, wo jene Actenstücke der Versammlung mitgetheilt wurden, nichts davon; die Sitzung verläuft im Ganzen ruhig, das Ministerium geht mit einer leisen Mißbilligung über die

*) So sagen z. B. die Mémoires d'un homme d'état I. 198.

Stellen hinweg, welche den inneren Zustand Frankreichs betreffen, und spricht unter dem Beifalle der Versammlung seine lebhafte Freude aus über die „friedlichen und freundschaftlichen Eröffnungen des Kaisers." *) Der diplomatische Ausschuß der Versammlung aber ist nichts weniger als aufgeregt und es dauert über eine Woche, bis die Jacobiner im Stande sind, die Note in ihrem Sinne auszubeuten. Man sah also in Paris die Erklärung vom 17. Febr. nicht anders an, als sie Leopold II. betrachtet wissen wollte; aber der Zustand der französischen Hauptstadt war allerdings so unberechenbar geworden, die Partei des Krieges und der Bewegung so rührig und unbedenklich in ihren Mitteln, der Royalismus so ohnmächtig, die Constitutionellen so rathlos und kurzsichtig, daß der Bruch doch mit jedem Tage wahrscheinlicher ward, auch wenn der Wiener Hof sich zu den furchtsamsten Erklärungen verstanden hätte.

An demselben Tage (1. März), wo der Nationalversammlung die letzte Note vorgelegt ward, war Leopold II. ebenso rasch wie unerwartet gestorben; es war begreiflich, daß man in der aufgeregten Zeit an Vergiftung denken konnte, während eine andere Ueberlieferung jener Tage den schnellen Tod dem übermäßigen Genuß sinnlicher Reizmittel Schuld gab.**) Die Kürze der Regierung Leopolds und der stürmische Drang der Zeiten, die zunächst folgten, sind Ursache gewesen, daß der Eindruck im Ganzen weniger tief ging, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Man lernte diesen feinen, florentinischen Politiker, der mit seiner geschmeidigen Consequenz, seinem kalten Blute und seiner Mäßigung so rasch die schlimmsten Niederlagen gut gemacht, die Josephs II. heißblütige Staatskunst Oesterreich bereitet, erst dann recht schätzen, als bittere Erfahrungen zeigten, wie wenig er ersetzt war. Für die deutsche

*) S. Moniteur de 1792 No. 63. Damit stimmen die Berichte von Goltz überein (von 2. u. 5. März), die bis zur Anklage des Ministeriums die Ueberzeugung festhalten, der Erfolg jener Depesche werde ein friedlicher sein.

**) Der Bericht des Wiener Cabinets an den deutschen Reichstag schilderte die letzten Tage L.'s mit den Worten: S. M. l'Empereur fut surpris le 28. fevrier d'une fièvre rhumatique avec attaque de la poitrine; on s'opposa d'abord à la violence du mal avec les saignées et les remèdes nécessaires. Le 29. fevrier la fièvre augmenta. On saigna trois fois avec quelque soulagement; mais la nuit suivante était bien inquiete et abattait beaucoup les forces. Le 1. mars l'Empereur commença à vomir avec des horribles agitations et rendait tout ce qui'l prenait. A trois heures et demie après midi en vomisant il expira. (Aus der Reichstagscorrespondenz.) Das Gerücht eines gewaltsamen Todes war übrigens so allgemein, daß das pr. Ministerium darüber bei Jacobi anfragte. Dieser gab in einem Bericht vom 31. März den Bescheid, daß solche Gerüchte auch in Wien verbreitet gewesen, und man sogar habe wissen wollen, schon zu Prag sei dem Kaiser Gift beigebracht worden, aber der Verlauf der Krankheit und die Section widersprächen dem Verdacht.

und europäiſche Weltlage war der Tod inſofern von Bedeutung, als damit eine der letzten Stützen des Friedens zuſammenbrach; dies Gefühl ſprach ſich am bezeichnendſten in der ſchlecht verhehlten Schadenfreude aus, womit die franzöſiſche Emigration die Todesbotſchaft aufnahm. Der vierundzwanzigjährige Nachfolger, Erzherzog Franz, noch ohne politiſche Erfahrung und von mittelmäßigen Leuten umgeben, ließ ſich wahrſcheinlich leichter von der kriegeriſchen Strömung des Tages lenken, als der Vater; wir erinnern uns ja, daß der preußiſche General, der die Kriegsplane verabreden ſollte, bei ihm weitaus die freundlichſte Aufnahme fand und daß ſchon damals der Thronfolger den Widerwillen gegen die neue preußiſche Allianz nicht theilte, der bei den Anhängern der überlieferten öſterreichiſchen Politik ſo natürlich war und von dem ſich auch wohl Leopold nicht ganz frei wußte. Im Allgemeinen galt es denn auch als ausgemacht, daß Franz II. eher zum Kriege neige, als ſein Vater. Der neue Regent, ſo berichtete der preußiſche Geſandte unmittelbar nach ſeiner Thronbeſteigung, ſei von zarter Conſtitution und müſſe alle anſtrengenden Bewegungen und Vergnügungen meiden. Er gelte für religiös und mitleidig, aber auch für eigenſinnig und mißtrauiſch, namentlich gegen ſeine Brüder, ſei kein Beſchützer von Adel und Clerus und neige wohl mehr zu Rußland, als Leopold II. Für die Verbindung mit Preußen äußere er ſich ſehr warm; dieſe Allianz, ſage er, ſei das Beſte, was ſein Vater gemacht habe. Was man ſonſt von ſeiner Stimmung vernahm, deutete eher auf eine Beſchleunigung des Krieges, als auf längeres Abwarten. Manches Wort von Kaunitz freilich erinnerte wieder an die Taktik Leopolds und in Berlin war man in der zweiten Hälfte März noch immer in Zweifel darüber, ob Oeſterreich ſich nicht im entſcheidenden Moment zurückziehe.*)

Inzwiſchen war in Paris die Partei, welche durch den Krieg den Triumph der Demokratie zu erreichen hoffte, mit ihrem Plane ins Reine gekommen: das noch monarchiſch geſinnte Miniſterium ſollte geſtürzt, die Kriegserklärung gegen Oeſterreich durch Erhitzung der Leidenſchaften im Sturme erlangt werden. Der diplomatiſche Ausſchuß der Verſammlung zeigte ſich in ſeiner Mehrheit nicht geneigt, der Exaltation der Clubs zu dienen; drum rüſtete ſich die Gironde zu einem Hauptſchlage. Neun Tage, nachdem die Verſammlung den Bericht des Miniſters vernommen und den Friedenshoffnungen, die er an Leopolds letzte Erklärung geknüpft, Beifall zugerufen, beſtieg Briſſot die Rednerbühne, um durch ein Anklagedecret Deleſſarts das Miniſterium zu

*) Eine miniſt. Depeſche vom 17. März ſpricht noch ihr entſchiedenes Mißtrauen gegen den Ernſt kriegeriſcher Geſinnungen in Wien aus. L'essentiel serait seulement de savoir enfin positivement à quoi s'en tenir à cet égard, pour se regler en consequence et empêcher au moins qu'on ne soit compromis par une marche incertaine et equivoque ou par des declarations qui ne seraient pas soutenues.

ſprengen und einer jacobiniſchen Verwaltung den Weg zu bahnen. In einer Advocatenrede voll Uebertreibungen und Trugſchlüſſen, die aber für ihren Zweck meiſterhaft berechnet war, wußte er darzuthun, wie Leopold ſchon ſeit Jahresfriſt gegen Frankreich thätig geweſen, wie ſein Verein mit den europäiſchen Mächten nur eine ſchlecht verhüllte Verſchwörung gegen die franzöſiſche Nation ſei und der Miniſter Deleſſart dem Allem gegenüber eine Haltung eingenommen, welche die Anklage auf Hochverrath rechtfertige.*) Alle die Künſte demagogiſcher Verdächtigung und Verdrehung der Thatſachen, worin der Jacobinismus jetzt und nachher ſeine Meiſterſchaft bewies, waren in dieſer Rede angewendet; ſie und die Verhandlung, in welcher die Girondiſten das große Wort führten, erſcheint wie ein rechtes Muſter der Taktik, welcher ein Jahr ſpäter die Partei ſelbſt verdienter Maßen erlegen iſt. Die Anklage gegen Deleſſart ward in tumultuariſcher Eile durchgeſetzt, das monarchiſche Miniſterium dadurch geſprengt und dem König ein Miniſterrath von jacobiniſcher Färbung aufgedrungen. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dem neuen Cabinet fiel an Dumouriez, einen äußerſt fähigen aber durchaus grundſatzloſen Intriguanten, der es in dieſem Augenblick ſeinem Intereſſe gemäß fand, mit der Gironde und ihren Kriegsagitationen gemeinſchaftliche Sache zu machen. Er vertauſchte ſogleich die friedfertige und vermittelnde Sprache, wofür man ſeinen Vorgänger vor Gericht geſtellt, mit jenem barſchen, trotzigen und kurz angebundenen Tone, der wohl in der Diplomatie ungewohnt war, aber dem Geſchmack der Clubs und Tribünenredner um ſo beſſer mundete. Noch am 18. März hatte Kaunitz dem franzöſiſchen Geſandten in Wien eine Erklärung gegeben, welche über die Linie der früheren Aeußerungen nicht hinausging; an dem nämlichen Tage richtete Dumouriez eine Eröffnung nach Wien, die zuerſt jenen gebieteriſchen Ton anſchlug. Eine zweite Note vom 27. März verlangte eine „categoriſche Antwort"; der Wiener Hof müſſe, wenn er Frieden haben wolle, alle Verträge auflöſen, die er ohne Frankreichs Vorwiſſen und in feindſeliger Abſicht gegen daſſelbe abgeſchloſſen, auch die Truppen ohne Säumen zurückziehen. „Wenn dieſe Erklärung, hieß es wörtlich, nicht durchaus raſch und unumwunden erfolgt, ſo wird der König nach Ankunft des nächſten Couriers den Krieg als erklärt betrachten und die ganze Nation, die nach einer raſchen Entſcheidung ſeufzt, wird ihn mächtig unterſtützen. Verſuchen Sie dieſe Unterhandlung, wie es auch ſei, vor dem 15. April zu beendigen. Wenn wir von jetzt bis dahin hören, daß die Truppenzüge an unſerer Grenze fortdauern

*) Deleſſart ſelber hatte ſich gegen Goltz kurz vorher über die Erwähnung des europäiſchen Concerts beklagt. Cette phrase semblait au Sr. de Lessart propre par son ambiguité à telle interpretation que les Puissances concertées voudroient lui donner dans la suite jusqu'à attaquer la constitution française (Goltz am 27. Januar.)

und ſich mehren, dann wird es uns nicht mehr möglich ſein, den gerechten Unwillen einer ſtolzen und freien Nation zurückzuhalten, die man zu erniedrigen, einzuſchüchtern und hinzuhalten ſucht, bis alle Vorbereitungen zum Angriff fertig ſind.“*) Ein Brief in ähnlichem Sinne, den man Ludwig XVI. hatte ſchreiben laſſen, ward gleichzeitig durch einen beſonderen Abgeſandten nach Wien gebracht.

Selbſt Leopold II., wäre er noch am Leben geweſen, hätte es ſchwerlich vermocht, dieſem kriegsluſtigen Drängen gegenüber ſeine friedfertige Haltung zu bewahren; wie viel weniger ſein Nachfolger, für den manche Bedenken, die auf den Vater gewirkt, nicht vorhanden waren! Die Erklärungen, die Graf Cobenzl als Antwort auf das Dumouriezſche Ultimatum am 4. April ertheilte, waren im Tone gemäßigt: aber ihr Inhalt ließ nach der Lage, wie ſie in Paris war, keine Ausſicht mehr auf friedliche Ausgleichung. Wenn Oeſterreich entwaffnen und ſein Einverſtändniß mit den anderen Mächten auflöſen ſollte — ſo lautete der Beſcheid des öſterreichiſchen Miniſters — ſo müſſe Frankreich für's Erſte die beeinträchtigten deutſchen Reichsfürſten befriedigen, dann dem Papſt wegen Avignon Genugthuung geben und endlich im Innern Einrichtungen treffen, „die der Regierung hinlängliche Macht gäben, Alles zu unterdrücken, was die anderen Staaten beunruhigen könnte.“ Im Uebrigen berief man ſich auf die früheren Erklärungen, zunächſt die vom 18. März.**)

Schwerlich hatten Dumouriez und ſeine Freunde etwas Anderes erwartet und gewünſcht, als ſie den hohen Ton ihrer letzten Erklärungen anſchlugen; ſie wollten die zögernden Bedenken, die in Wien immer noch vom Kriege abmahnten, durch ungeſtümen Trotz überwältigen und der öſterreichiſchen Politik keine Wahl mehr laſſen, als die zwiſchen Krieg und ſchmachvoller Nachgiebigkeit. Nun, da man in Wien zur letzteren ſich nicht hatte entſchließen können, war die Kriegspartei in Paris auf's Eifrigſte bemüht, den rührig vorbereiteten Bruch zu beſchleunigen. Am 20. April erſchien Ludwig XVI. in der Nationalverſammlung mit dem Antrag, den Krieg an den König Franz von Böhmen und Ungarn zu erklären, und die Verſammlung beeilte ſich, tumultuariſch und wie berauſcht, ohne Prüfung und ohne eigentliche Debatte, den Krieg zu beſchließen.

Wir kennen kaum ein Beiſpiel in der Geſchichte, wo ſelbſt ein kleiner Kampf mit ſolch unüberlegter Haſt entſchieden worden wäre, wie es hier der Fall mit einem Kriege war, der faſt ein Menſchenalter die Geſchichte der Welt ausgefüllt hat. Es gehörte der ererbte franzöſiſche Leichtſinn und die blinde Hitze des Parteigeiſtes dazu, um ohne Geld, ohne Armeen, ohne Vorräthe, mitten in der wildeſten inneren Zerrüttung einen Fehdehandſchuh hin-

*) Die angeführten Actenſtücke ſ. bei Reuß, Bd. XXXVI. S. 220 und Moniteur de 1792 no. 109.

**) S. Moniteur no. 111.

zuwerfen, den, wie man sich wohl sagen konnte, ohne Zweifel nicht Oesterreich allein aufnehmen würde. Aber seltsamer Weise meinte jede der verschiedenen Parteien in Frankreich ihr Ziel auf diesem Wege zu erreichen, auch wenn dabei jede von einer anderen Berechnung ausging. Die Einen hofften im Kriege den Rest von monarchischen Formen abschütteln und auf den Trümmern des Thrones ihre papierne Republik aufrichten zu können, die Anderen sahen aus der Feuerprobe eines auswärtigen Kampfes eine neue Heeresmacht und im Bund mit ihr die militärische Dictatur hervorgehen, deren die innere Zerrüttung zu bedürfen schien. Ehrenwerthe Patrioten wünschten den Kampf, weil sie der tröstlichen Hoffnung lebten, ein gesunder Krieg werde die schwüle Atmosphäre reinigen und statt der schmutzigen und gemeinen Leidenschaften, wie die Anarchie sie erzeugte, alle besseren zum Leben wecken; mit ihrem Wunsche stimmten wieder die gewissenlosesten Factionsleute überein, denen ihr Instinct sagte, daß eine furchtbare Krisis, wie die, welche man heraufbeschworen, anderer Menschen und anderer Mittel bedürfe, als Doctrinäre und Enthusiasten sie bieten können oder mögen.

Mächtiger als alle diese Wünsche und Berechnungen wirkte freilich zu der Katastrophe der tiefe, unversöhnliche Gegensatz zwischen dem feudalen Europa und der Revolution, ein Gegensatz, dessen man sich auf beiden Seiten wohl bewußt war. Drum, so viele persönliche Beweggründe und Leidenschaften auf den Kriegsact vom 20. April 1792 auch hinwirkten und ihn beschleunigten, man kann doch immer glauben, daß es in der Macht irgend eines Menschen und seiner diplomatischen Geschmeidigkeit gelegen hätte, den früher oder später unabwendbaren Bruch aufzuhalten. Es war die Idee einer europäischen Propaganda so sehr im Wesen und in den ersten Anfängen der Revolution begründet, daß unvermeidlich einmal der Zusammenstoß mit den alten feudalen Ordnungen Europas erfolgen mußte; constitutionell oder republikanisch eingerichtet, von einem revolutionären Club oder einem Militärdictator beherrscht, *mußte* das Frankreich von 1789 angreifend zu Werke gehen, wenn sich nicht etwa die alten Staaten Europas freiwillig und friedfertig der neuen Strömung von Westen unterwerfen sollten. Dieser inneren Nothwendigkeit der Dinge gegenüber waren alle jene Vorgänge außerhalb Frankreichs, Pillnitz wie Koblenz, nur von untergeordneter Bedeutung; die Revolution, wie sie gleich am 4. August mit dem alten Staatsrecht auch das alte Völkerrecht umwarf, verfuhr angreifend und mußte so verfahren, wenn sie ihre innerste Natur nicht verleugnen wollte. Der Congreß zu Pillnitz, der österreichisch-preußische Bund vom 7. Februar, selbst die Emigration mit ihren Rüstungen hat dazu im Verhältniß wenig beigetragen; aber sie gaben willkommenen Stoff an die Hand, auf der Tribüne, in der Presse und dem Club über die Kränkungen zu klagen, welche der französischen Nation und ihrer Ehre widerfahren seien.

Die Vorgänge, die wir zuletzt erzählt haben, berührten das deutsche Reich auf's allernächste. Auch wenn seine geographische Lage ihm gestattet hätte, bei dem drohenden europäischen Zusammenstoß ruhiger Zuschauer zu bleiben, so ließ ihm das politische Verhältniß, in dem es sich befand, keine Wahl zwischen Krieg und Frieden. Es war gleich nach dem Tode Leopolds Niemanden zweifelhaft, daß König Franz von Böhmen und Ungarn dessen Nachfolger in der Kaiserwürde sein werde; seine Erwählung machte es fast unvermeidlich, in den Krieg einzutreten, zumal der seltene Fall vorlag, daß beide deutsche Großmächte, diesmal durch eine Allianz verbunden, den Kampf gegen die Revolution gemeinsam aufzunehmen entschlossen schienen. Der Gegenstand des Krieges berührte zudem das Reich noch näher, als Oesterreich; gegen seine überlieferte feudale Ordnung mußte der Angriff der Revolution sich fast zuerst wenden und selbst die Beeinträchtigung der einzelnen Fürsten war nur ein kleines Vorspiel von dem, was bevorstand, wenn die siegreiche Revolution einmal die französischen Grenzen überschritt. Die Lebhaftigkeit, womit der Reichstag jene Beschwerden behandelt hatte, zeigte klar, daß ein großer Theil des Reiches sich bereits zu einer Zeit als beleidigt ansah, wo Oesterreich und Leopold II. die Aussicht einer friedlichen Vermittelung noch nicht aufgegeben hatten.

Der Tod des Kaisers war in einem Augenblicke erfolgt, wo die Gesammtheit der Lage schon den nahen Bruch erwarten ließ. Unter dem Eindruck dieser Nachricht und der übrigen Ereignisse fühlte sich selbst die so schwerfällige Maschine des Reichstages zu Regensburg zu einer ungewohnten Regsamkeit angespornt. Oesterreich konnte nun mit dem Antrag hervortreten, bei „den jetzigen kritischen Umständen" den Wahltag schnell und ohne große Kosten in Regensburg abzuhalten, und wenn auch Kurmainz die Wahl wie gewöhnlich nach Frankfurt ausschrieb, so schlug es doch zugleich vor, dieselbe zu beschleunigen, die Zahl der Gesandten, die Festlichkeiten und Formen abzukürzen, sich mit der Wahlcapitulation kurz zu fassen, und diese Anträge fanden Beifall. Ein Streit, der zwei Jahre zuvor die Zeit des Interregnums in sehr widerwärtiger Weise ausgefüllt — das Verhältniß der Reichsvicarien zum Reichstage — fand diesmal eine raschere Erledigung. Es galt schon für ein gutes Zeichen, daß Pfalzbaiern jetzt in seinen Ausschreiben die Titulaturen nach dem Wunsche der Reichsstände feststellte und dadurch eine Quelle unsäglichen Zankes abschnitt; auf der andern Seite thaten die Kurstimmen von Brandenburg und Braunschweig einen verständigen Schritt, indem sie, um die Frage vom Verhältniß der Reichsverweser zum Reichstage schnell zu lösen, mit dem Antrag hervortraten, die beiden Vicarien sollten einen Principalcommissarius ernennen und unter dessen Leitung dann auch während des Interregnums die Reichstagsgeschäfte fortgesetzt werden. Damit wäre denn der vielbesprochene Zweifel gelöst gewesen, ob und wie der Reichstag ohne Reichsoberhaupt thätig sein könnte? Wohl fehlte es auch jetzt nicht an man-

nigfaltigen Schwierigkeiten und weitläufigen Schreibereien; Oesterreich sah eine solche Permanenz des Reichstages ungern, ein Theil der Reichsstände beharrte in eigensinniger Opposition gegen das Ansinnen, den Reichstag von den Vicarien geleitet zu sehen, und die Reichsverweser selbst waren wegen der Titulatur nicht ganz unbesorgt, wollten sich auch das Recht vorbehalten, Beschlüsse, die ihnen bedenklich schienen, zu suspendiren. Aber man kam bei allem dem doch einmal zum Ende; Oesterreich ließ das Unangenehme geschehen*), die Reichsverweser einigten sich in leidlich kurzer Zeit und am 18. Mai konnte der zum Principalcommissarius ernannte Bischof von Freisingen, unter der stillschweigenden Opposition einer kleinen Minderheit, sein Amt antreten. So ward noch vor der letzten deutschen Kaiserwahl eine vielbestrittene Frage entschieden, deren Erledigung freilich nur dies eine Mal eine praktische Bedeutung hatte.

Indessen war der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich unvermeidlich geworden; es mußte sich nun zeigen, ob die Wehrkraft des Reiches so furchtbar war, wie die drohenden Reden, welche bei der elsasser Entschädigungsdebatte gefallen waren. Oesterreich und Preußen regten schon im April bei den vorderen Reichskreisen die Erneuerung einer Association an, wie sie wohl früher, z. B. in der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges, nicht ohne Nutzen gegründet worden war. Aber seit dieser Zeit war der Verfall aller Reichsinstitute mächtig fortgeschritten und von den mittleren und kleineren Reichsständen — so stolz zum Theil ihre Reden in Regensburg geklungen — war keinerlei nennenswerthe Hülfe zu erwarten; wo die Ohnmacht nicht die Schuld trug, wirkte böser Wille mit. Das eine galt von den meisten Zwergstaaten der schwäbischen und rheinischen Kreise, die andere Erfahrung ward jetzt zunächst an Pfalzbaiern gemacht. Dumouriez kannte seine Leute vortrefflich, wenn er gleichzeitig mit der Kriegserklärung in trotzigem Tone zu München eine kategorische Antwort darüber verlangte**): ob der Kurfürst der Coalition oder Association beigetreten sei? In diesem Falle würde man die pfälzischen Lande mit derselben Feindseligkeit behandeln, wie das Gebiet des Königs von Ungarn. Der Minister Karl Theodors erklärte: der Kurfürst wisse von keiner Association, noch weniger sei er darum angegangen worden; er sei bisher bestrebt gewesen, mit Frankreich in guter Harmonie zu bleiben, und wäre gesonnen, davon nicht abzugehen; nur wenn das deutsche Reich angegriffen würde, müsse er als Reichsstand an den Vertheidigungsanstalten Theil nehmen. Am Reichstage aber überreichte Pfalzbaiern (6. Mai) eine Vorstellung,

*) In einem Rescript von König Franz an Kursachsen (d. d. 28. April) heißt es: „Weit entfernt, die Vereinigung hierüber im Geringsten durch Parteilichkeit zu erschweren, haben wir unserem königlichen Comitialen aufgetragen, sich hierüber ganz leidend zu verhalten." (Aus der angeführten Reichstagscorrespondenz.)

**) Nach der Reichstagscorrespondenz.

die unter wortreichen Versicherungen patriotischen Eifers eine Reihe von Bedenken gegen die kriegerische Rüstung der vorderen Reichskreise erhob, ihre hülflose Lage schilderte und zu erwägen gab, ob sie nicht in ihre ausgesetzten Lage bei einer Theilnahme am Kriege würden der gänzlichen Zerstörung unterworfen sein? Es war das erste Lebenszeichen der pfalzbairischen Neutralitätspolitik, die wir nachher durch alle Kriegsläufe werden verfolgen können, und die es schon 1792 und 1793 zu einem gewissen Einverständniß mit dem Reichsfeind gebracht hat. Für jetzt fand jene Kundgebung noch eine sehr unwillkommene Aufnahme bei Oesterreich und Preußen; die Gesandten beider Mächte erklärten mündlich dem Reichstage (12. Mai), sie würden das Gebiet aller bedrohten Reichsstände schützen, aber auch erwarten, daß die Reichsstände schnell und thätig die schuldige Unterstützung leisteten. In welcher Weise diese Leistung erfolge, wolle man den Einzelnen überlassen; wenn sie „ohne Verzögerung und redlich" geschehe, werde sie immer willkommen sein. „Sollte man aber gegen alle Erwartung die Frage aufwerfen, ob es sich um Defensionsanstalten für das ganze Reich, oder nur um Sicherstellung der österreichischen Provinzen handle, und würde ein Reichskreis oder ein Reichsstand sich berechtigt glauben, eine solche Frage auf eine Art zu beantworten, durch die er sich der Last der mitwirkenden Unterstützung zu unterziehen gedächte, so wäre dies allerdings höchst bedauerlich. Beide Höfe müßten es aber geschehen lassen und würden dann Ihre Vertheidigungsanstalten auf die eigenen Provinzen und auf die mit ihnen verbundenen Reichstände beschränken. Wohl wären sie berechtigt nach dem Grundsatz zu handeln, wer nicht für uns ist, ist wider uns; allein weit entfernt, die Verlegenheit der Reichsstände zu vermehren, würden sie sich herzlich freuen, wenn die von ihnen getrennten Reichsstände so glücklich sind, ein anderes Mittel zu finden, die bestehende Verfassung ihrer Länder vom Untergange zu retten und sich vor den unabsehbar unglücklichen Folgen eines an den Grenzen wirklich ausgebrochenen Krieges sicherzustellen."

So sah es mit der Einheit und Wehrkraft des Reiches in einem Augenblick aus, wo die Gelegenheit günstiger als je gegeben schien, alte Unbilden durch neue Siege den Franzosen zu vergelten. In Paris hatte man in unbeschreiblichem Leichtsinn zum Kriege gedrängt, während die Kassen leer waren, Handel und Industrie dem Ruin verfielen, der Credit verschwand, die nöthigsten Zurüstungen versäumt waren, die Ordnung und Zucht des alten Heeres sich vollends auflösten. Leichtfertig, wie man den Krieg beschlossen, ward er auch geführt. In der trügerischen Hoffnung auf starke revolutionäre Sympathien in Belgien hatte Dumouriez den Plan entworfen, gleich nach der Kriegserklärung auch den Angriff zu beginnen und in den letzten Tagen des April Belgien zu überfallen. Ein Corps von etwa zwölftausend Mann sollte von Givet gegen Namur vorgehen, eine gleich starke Macht von Valenciennes auf Mons rücken, kleinere Abtheilungen Tournay

und Furnes bedrängen. Am 29. April rückte Biron mit 12,000 Mann gegen Mons und ſtieß bei Jemappe auf ein öſterreichiſches Corps von nicht einmal 4000 Mann; er wagte nicht anzugreifen, ſondern trat am andern Morgen, ſobald die Oeſterreicher vorrückten, den Rückzug an, der durch die Verfolgung der Oeſterreicher verluſtvoll genug ward. Ebenfalls am 29. war Theobald Dillon mit 3000 Mann gegen Tournay vorgegangen, ließ ſich aber von drei Bataillons und einigen Schwadronen Oeſterreicher ſo in Angſt jagen, daß er, ohne ein Gefecht zu liefern, in wilder Verwirrung nach Lille zurückfloh. Lafayettes Unternehmung nach Namur, zu der er ſich am 30. in Bewegung geſetzt, unterblieb nach dieſen Unfällen. Die Zuchtloſigkeit im Heere, die Unfähigkeit der Führer und das gegenſeitige gerechte Mißtrauen, das Beide gegeneinander erfüllte, hatte den ſchmachvollen Ausgang verſchuldet; die Ermordung Dillons durch ſeine Soldaten krönte dann die Schande dieſer Tage.

Dieſer erſte kriegeriſche Angriff der Revolution enthüllte den ſträflichen Leichtſinn, womit die Tribünenredner und Clubmänner in Paris die Kataſtrophe des Kampfes heraufbeſchworen hatten. Wenn jetzt das Reich in mäßiger Rüſtung geweſen, wenn die Heereskraft Oeſterreichs und Preußens raſch an die Grenzen geführt worden wäre, welchen Erfolg hätte ein Angriff haben müſſen, der die nach Birons und Dillons Niederlagen völlig demoraliſirte Armee in den Niederlanden traf! Es iſt eine ganz geläufige Meinung, den Plan eines Krieges gegen Frankreich im Jahre 1792 als eine außerordentliche Vermeſſenheit anzuſehen, deren verdiente Strafe dann der ſchlechte Erfolg geweſen; die Geſchichtſchreibung der Franzoſen hat es dabei nicht an den nöthigen Lobpreiſungen eigenen Verdienſtes fehlen laſſen, und wir in Deutſchland haben dem in der Regel nachgebetet. Und doch liegt die Urſache der Unfälle, die nun über Deutſchland hereinbrachen, viel weniger in dem Entſchluß zum Kriege ſelbſt, der ja auf unſerer Seite kaum mehr ein freiwilliger war, als in der Art, wie man den einmal beſchloſſenen Krieg führte. Was die politiſche Ordnung des Reiches dazu beitrug, war freilich nicht gering anzuſchlagen und auch ſo leicht und raſch nicht zu ändern; aber auch von den noch vorhandenen Mitteln ward ein ſo unzeitiger und unvollkommener Gebrauch gemacht, jetzt und ſpäter die koſtbarſten Momente mit ſolchem Ungeſchick verſäumt, daß wohl die Anſicht hat Geltung erlangen können, eben nur an der unwiderſtehlichen Gewalt der Revolution und an der kriegeriſchen Unbeſiegbarkeit der Franzoſen habe der deutſche Angriff ſich machtlos gebrochen. Eine ganz vorurtheilsfreie Betrachtung zeigt das Gegentheil: jetzt im Frühjahr und Sommer 1792, und noch ein Jahr nachher, war die Waffenmacht und Kriegskunſt der alten Staaten den Franzoſen und ihrer Revolution nicht nur völlig gewachſen, ſondern unſtreitig überlegen und es war nur die Schuld der Führer und der angewandten Mittel, daß dieſe Ueberlegenheit im Ganzen und im Einzelnen den Erfolg nicht ge-

habt hat, den ſie haben konnte. Im Sommer 1792 und 1793, gegenüber zerrütteten Armeen und vertrauensloſen Führern, bei voller Auflöſung der Staatsordnung, drohendem Bankerutt und der wildeſten Entzweiung der Factionen war es durchaus kein abenteuerliches Beginnen, mit einem raſchen und entſchloſſenen Schlage die weitere Entfaltung des revolutionären Angriffs zu erdrücken, während es allerdings nachher ungemein ſchwer geworden iſt, die entfeſſelte, zum Bewußtſein ihrer ganzen Macht gelangte, militäriſch erprobte und wohlgeſchulte Kriegsmacht der Revolution zu beſiegen.

Jenen erſten Weg mit aller Entſchloſſenheit einzuſchlagen, das hätte dem Reiche ſchon ſeine Selbſterhaltung gebieten müſſen; denn nur ein energiſcher Angriff konnte hindern, daß die geiſtliche und weltliche Kleinſtaaterei am Rhein nicht gleich dem erſten Stoß der Revolution erlag; und war einmal ein gewaltſamer Riß in dieſe überlieferte, ſo künſtlich verſchlungene Ordnung der Dinge erfolgt, wer wollte ſagen, wann die Zerrüttung und Auflöſung ihr Ende fand! Indeſſen gleich in dieſem erſten Augenblick, den man ſo trefflich hätte nützen können, waren ſehr bezeichnende Wahrnehmungen zu machen; einmal iſt die militäriſche Organiſation des Reiches völlig in Erſtarrung gerathen, dann machen einzelne Fürſten Miene, ſich von der gemeinſamen Sache in furchtſamer Selbſtſucht auszuſchließen, und die beiden Großmächte ſelber, welchen die Mittel zur Action nicht fehlten, ſind zu ſpät gerüſtet und verlieren die koſtbarſte Gelegenheit. Inſofern geben die Vorgänge vom April und Mai 1792 ſchon einen charakteriſtiſchen Vorgeſchmack von dem Gange des großen Kampfes, wie er nun bevorſtand.

Dritter Abſchnitt.

Der Feldzug in der Champagne (1792).

Seit Mitte Juni waren die Bevollmächtigten des Kurfürſtenraths in Frankfurt verſammelt, um die Wahl des letzten deutſchen Kaiſers vorzubereiten. Der Drang der Umſtände kürzte Vieles ab, was zu anderen Zeiten weitläufige Verhandlungen verurſacht hätte. Wohl fehlte es nicht an zahlreichen Wünſchen und Bedenken, die in der neuen Wahlcapitulation eine Befriedigung erwarteten; aber es war nun die Zeit nicht, dem abzuhelfen. Die neue Handfeſte blieb im Weſentlichen dieſelbe, wie die Leopolds II., und man beſchränkte ſich darauf, einzelne Worte zu ändern oder wegzulaſſen. Am 5. Juli fand der feierliche Wahltag ſtatt, und wie zu erwarten war, fiel die Wahl einſtimmig auf König Franz von Ungarn und Böhmen. Noch einmal, wenn auch ſchon in beſchränkterem Umfang, ward die Zurüſtung byzantiniſch-mittelalterlicher Ceremonien entfaltet, welche die Wahl und Krönung begleiteten; zum letzten Male übten die drei geiſtlichen Kurfürſten perſönlich ihre Functionen, als der neue Kaiſer Franz II. in Frankfurt eintraf und am 14. Juli — am Jahrestage des Baſtilleſturmes — nach allen Förmlichkeiten der goldenen Bulle ſich ſalben und krönen ließ.

Mehr als auf die verlebten Feierlichkeiten in Frankfurt waren die Augen der Welt auf den großen Fürſtencongreß gerichtet, der ſich wenige Tage nach der Kaiſerkrönung in Mainz verſammelte. Ueber 50 fürſtliche Perſonen, berichteten die Zeitungen der Zeit, gegen 100 Grafen und Marquis ſammelten ſich dort am 19., 20. und 21. Juli um den neuen Kaiſer und ſeinen Verbündeten König Friedrich Wilhelm von Preußen; ein Feſt folgte dem andern, die alte monarchiſche und feudale Welt Mitteleuropas, welcher die Demokraten in Paris den Tod geſchworen, ſchien ſich wie zum Trotze hier noch einmal in aller Pracht entfalten zu wollen, bevor ſie ihren Schlag mit dem Schwerte gegen die Revolution führte und den legitimen Thron der

Bourbons wieder aufrichtete. Denn daß dieser Kampf unmittelbar bevorstand, war nun gewiß.

Ob er freilich mit der Energie und Eintracht geführt werden würde, die Noth that, konnte Einem zweifelhaft erscheinen, wenn man auch nur die Vorgänge zwischen Oesterreich und Preußen erwog, unter denen der Entschluß zum Kriege erfolgt war. Wie Oesterreich bis zuletzt sich bemühte, dem gewaltsamen Bruche auszuweichen, bis ihm die kriegerische Ungeduld des Jacobinerministeriums in Frankreich keine Wahl mehr ließ, haben wir früher gesehen; die letzten Begebenheiten hatten dann auch gezeigt, wie dies löbliche Bemühen, der Kriegslust und Parteileidenschaft die Friedensliebe und Besonnenheit entgegenzusetzen, den üblen Erfolg gehabt hat, daß Deutschland in dem Augenblick noch ungerüstet stand, wo der Sieg über die revolutionären Heere am wohlfeilsten zu erlangen war.

In Preußen, erinnern wir uns, war allmälig eine andere Meinung am Hofe aufgekommen; wäre es den Wünschen Friedrich Wilhelms II. nachgegangen, so hätte die bewaffnete Invasion in Frankreich nicht erst im Spätsommer 1792 begonnen. Sein großmüthiger Sinn hatte an diesem Restaurationseifer so vielen Antheil, wie der Wunsch, eine kriegerische Thätigkeit zu finden, die Ruhm gewährte und nicht zu lange Zeit in Anspruch nahm; es wirkte wohl auch die stille Hoffnung mit, für die peinlichen Schwankungen und Rückzüge der auswärtigen Politik seit 1790 einen Trost und Ersatz zu finden, der die Erinnerungen von Reichenbach und dem, was gefolgt war, verwischen konnte. Wo Leopold dem Krieg immer noch auszuweichen hoffte, da konnte Friedrich Wilhelm seine Ungeduld kaum bemeistern, und während man in Wien die Emigranten geringschätzig bei Seite schob, waren sie es vorzugsweise, die in Berlin das Ohr des Königs hatten.

So wie der König den Kampf gegen die Revolution betrachtete, faßten ihn indessen in Preußen selbst die Allerwenigsten auf. Es lag seiner Anschauung eine royalistische Romantik zum Grunde, die schon seine eigene höfische Umgebung nicht zu würdigen verstand, und die den Politikern der Tradition Friedrichs des Großen, wie den nüchternen Finanzleuten und Verwaltungsmännern gleich lebhaft widerstrebte. Persönlichkeiten, wie Manstein, Haugwitz und Lucchesini, deren Einfluß auf die folgenden Dinge wir kennen lernen werden, dachten darüber schon jetzt oder sehr bald ungefähr ähnlich, wie Prinz Heinrich, der Herzog von Braunschweig, Graf Hertzberg und eine große Zahl von ehrenwerthen Leuten im Heer und Beamtenstande, denen weder die theure österreichische Allianz, noch der kostspielige uneigennützige Krieg im Westen behagen wollte. Ein hervorragender preußischer Diplomat hatte sich schon vor dem Reichenbacher Vertrag die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen zur Herstellung des Thrones in Frankreich vorgestellt und dabei die Meinung ausgesprochen, Oesterreich werde dies nicht umsonst thun, sondern „pro studio et labore eine oder die andere

Provinz für sich acquiriren." Er dachte dabei an die französischen Niederlande oder an das Elsaß, wogegen dann Oesterreich „einen an Schlesien gelegenen, für Preußen convenablen District von Böhmen oder Mähren" demselben abtreten würde.*) Das war nur eine persönliche Meinung, mit der aber ohne Zweifel sehr Viele in Preußen einverstanden waren. Jetzt, als die Franzosen, in ihrer völligen Unkenntniß von Friedrich Wilhelms individueller Ansicht, zweimal, erst durch Segur, dann durch den jüngeren Custine, den Versuch in Berlin machten, einen Verbündeten gegen Oesterreich an Preußen zu finden, war solch ein Bemühen zwar bei dem König ganz vergeblich, aber es gab Leute genug, und Hertzberg vor Allem gehörte zu ihnen, die das für eine bessere Politik hielten, als die Allianz mit Oesterreich und den kostspieligen Krieg im Westen. Es erschien damals eine kleine Schrift,**) welche dies Glaubensbekenntniß mit aller Offenheit darlegte. Allianz mit Frankreich, Wachsamkeit gegen Oesterreich und Rußland, namentlich gegen dessen Uebergriffe in Polen und der Türkei, ist dort als die Politik empfohlen, welche Preußen durch sein Interesse wie durch die natürliche Lage auferlegt werde. Das russische Drängen zum Kampf gegen die Revolution sieht die Schrift mit nüchternem Auge nur als einen geschickten Calcül Rußlands an, seine beiden wichtigsten Nachbarn in einen weit entlegenen Krieg zu verwickeln und inzwischen seinen Entwürfen im Osten ungestört nachzugehen.

Gegenüber den prahlerischen Reden der Höflinge, die nach Emigrantenart nur mit tiefster Verachtung von dem revolutionären Frankreich sprachen, oder der bekannten Aeußerung, die man Bischofswerder in den Mund legt: „Meine Herren, kaufen Sie sich nicht zu viel Pferde, die Komödie wird nicht lange dauern," gegenüber allen den Illusionen und Großsprechereien, die am Hofe, in der Diplomatie und theilweise auch im Heere damals gehört wurden, und denen die Abkühlung so rasch und bitter gefolgt ist, thut es doppelt Noth, daran zu erinnern, daß es auch ganz entgegengesetzte Ansichten in Preußen gab, deren Einfluß mit der ersten Enttäuschung ungemein wachsen mußte. Das Gemüth des Königs war weich und wechselnden Eindrücken sehr ausgesetzt: drum, wenn der glorreiche Kreuzzug nach Frankreich sich in Mühe ohne Ruhm auflöste, gewannen sicherlich auch bei ihm jene Meinungen die Oberhand, die den Krieg von Anfang an laut oder im Stillen bekämpft hatten. Und wir werden sehen: sie machten sich sehr frühe geltend, als der erste Eifer einmal verraucht war.

Schon in diesem Augenblick, als die Kriegslust des Königs noch in voller Blüthe stand, trat aber eine Angelegenheit in den Weg, die verhängnißvoller als irgend eine andere auf den Gang des Revolutionskampfes einge-

*) Schreiben des Grafen Goltz vom 25. Mai 1790, aus dessen früher angeführter Correspondenz mit Hertzberg.

**) „Winke über das Staatsinterresse der preußischen Monarchie." 1792.

wirkt hat: die Krisis in Polen. Es klang wie eine Warnung, sich nicht zu tief im Westen einzulassen, so lange eine so ernste Verwicklung im Osten, unmittelbar an den Thoren der preußischen Monarchie, deren Sicherheit und Existenz bedrohte.

Wir haben früher gesehen, wie unerwartet die polnische Verfassungsreform vom 3. Mai 1791 der preußischen Politik gekommen war. Ein reorganisirtes Polen mit einem erblichen Königthum, einem kräftigen Regiment, einem vielleicht aufblühenden Bürgerthum und einer tüchtigen Armee — das war unter allen Möglichkeiten diejenige, die den Traditionen und Interessen Preußens am entschiedensten widersprach. Was darüber ein in den Geschäften ergrauter Staatsmann, wie Hertzberg, dachte, ist bereits aus seinen vertraulichen Aeußerungen mitgetheilt worden, und wir können hinzufügen, daß seine Anschauungsweise von den meisten preußischen Staatsmännern getheilt ward. Ein Mann, der in den polnischen Sachen unmittelbar thätig war, Graf Goltz, hatte schon im September 1790 geschrieben: „Polen darf nicht zu mächtig werden, wie dies bei einer festgesetzten, regelmäßigen Regierungsform wohl der Fall sein würde; für Preußen ist es am besten, wenn Polen ein Wahlreich bleibt, damit solches bei steten Unruhen keine innere Stärke bekomme und Preußen bei jeder günstigen Gelegenheit von seiner Schwäche Nutzen ziehe.“*) In gleichem Sinne war, nach dem Ereigniß vom 3. Mai, der Rath des Ministeriums ausgefallen; dasselbe schlug, wie wir uns erinnern, vor: die Umwandlung Polens in eine Erbmonarchie offen zu mißbilligen und zu bekämpfen. Allein der König hatte damals anders entschieden; er trat den Vorgängen in Warschau nicht nur nicht entgegen; er wünschte vielmehr den Polen Glück zu ihrer unblutigen Revolution, er rieth dem Kurfürsten von Sachsen selber zu, die angebotene Krone ohne Bedenken anzunehmen. Alles, was er sich vorbehielt, beschränkte sich auf den Wunsch, daß niemals ein Prinz aus einem der Häuser, die in den benachbarten Großstaaten herrschten, auf den polnischen Thron gelange. Unter dieser Einwirkung scheint auch das Ministerium ganz in die gleiche Bahn eingelenkt zu haben; wenigstens finden wir in seiner Correspondenz vom Sommer 1791 keine Spur einer polenfeindlichen Gesinnung, wohl aber nicht selten die Besorgniß, eine Verschleppung der Verfassungsfrage könne den Feinden Polens zu Gute kommen.

Wo diese Feinde zu suchen seien, darüber bestand bezeichnender Weise von Anfang an weder bei Polen noch bei Preußen der geringste Zweifel; daß Rußland die neue Ordnung der Dinge nicht wünsche, sondern ihr wahrscheinlich nach Kräften entgegenarbeiten werde, galt in Berlin wie in Warschau als ausgemachte Sache. Drum hätten die Urheber der Verfassung von 1791 gern von Preußen die bestimmte Garantie erlangt, daß es bei jedem Anlaß und zu jeder Zeit einstehen werde für die neue Constitution; allein soweit

*) Aus der angeführten Correspondenz mit Hertzberg.

wollte man in Berlin doch nicht gehen. Ein von Polen geſtelltes Geſuch in dieſer Richtung ward erſt in freundlichem Tone abgelehnt, dann, als es wiederholt kam, wie eine Zudringlichkeit aufgenommen. Aus dem Compliment an den Kurfürſten von Sachſen, hieß es in einem Schreiben des Miniſteriums vom 28. Nov., wird man doch nicht eine Garantie der polniſchen Verfaſſung ableiten; es iſt ein großer Unterſchied zwiſchen einem einfachen Zeichen der Höflichkeit und Theilnahme und zwiſchen einer Verpflichtung, wie man ſie uns aufbürden möchte und wie wir ſie niemals im Sinne gehabt haben einzugehen.

In dieſem Punkte ſchien auch Oeſterreich damals gleicher Anſicht, wenn anders die Aeußerungen des Fürſten Kaunitz den Sinn der öſterreichiſchen Politik richtig wiedergaben. Derſelbe klagte ungefähr zur nämlichen Zeit, aus der jene Aeußerung des preußiſchen Cabinets ſtammt, laut über die Leichtfertigkeit und Inconſequenz der Polen und meinte, es ſei am beſten, ſie ſich ſelber zu überlaſſen, und es ihnen anheimzuſtellen, wie ſie ihre inneren Händel entwirren wollten. Die Zumuthung einer Garantie nannte der öſterreichiſche Staatsmann eine Unverſchämtheit; alles, was die beiden Nachbarn thun könnten, ſei eine vollkommene Neutralität in den inneren Angelegenheiten; damit weiſe man auch am ſicherſten die ruſſiſchen Umtriebe zurück.

Eines war aber unverkennbar: die preußiſche Stimmung gegen Polen hatte ſich ſchon nach Monaten merklich abgekühlt und war nicht mehr dieſelbe wie zu der Zeit, wo man in warmen Worten den Polen Glück gewünſcht hatte zu ihrer neuen Verfaſſung. Die Berichte aus Warſchau kamen dieſer Wendung trefflich zu Statten; man hörte von den Schwierigkeiten der Situation, von der Verworrenheit der Zuſtände, dem ſinkenden Kredit der Patrioten von 1791 und der mit jedem Tage geringeren Wahrſcheinlichkeit, die Verfaſſung, ſo wie ſie war, durchzuführen. So befreundete man ſich allmälich mit dem Gedanken, die Conſtitution, deren Entſtehung man einſt mit Freuden begrüßt, an ihrer eigenen Unhaltbarkeit ſcheitern zu ſehen. „Wir werden, ſchrieb das Miniſterium am 23. Dec. an Lucheſini, weder für noch gegen handelnd auftreten, ſondern lediglich paſſiv bleiben in der Hoffnung, daß die neue Ordnung der Dinge, wie ſie durch die Revolution vom 3. Mai feſtgeſetzt iſt, ſich von ſelbſt zerſtören wird.“ Die Sympathie für die Verfaſſung ſchlug alſo erſt in Gleichgültigkeit, dann in unverhüllte Feindſchaft um; ſchon ſah man ſchadenfroh der wachſenden Verwirrung zu und näherte ſich den Gegnern der neuen Ordnung. Denn die Anſicht, die Lucheſini damals ausſprach: es ſei nicht gut, die Unzufriedenen in Polen ganz zurückzuſtoßen und ſie ſo Rußland in die Arme zu treiben, dieſe Anſicht ward auch in Berlin als die richtige betrachtet.*)

*) Lucheſini am 21. Dez ; ähnlich äußerte er ſich am 28. Dez. und im Ganzen übereinſtimmend eine Note des Miniſteriums vom 21.

Indeſſen hatte Rußland ſeine Kraft geſammelt zu einem entſcheidenden Schlage. Der Friede mit der Pforte ward am 9. Januar 1792 geſchloſſen und damit die ruſſiſchen Streitkräfte gegen Polen verfügbar; die Unzufriedenheit der Factionen in Polen, die offenbar unzulängliche Kraft der Verfaſſungspartei ſelbſt, die raſtloſen Umtriebe der Gegner gaben Anlaß genug, offen und unmittelbar der neuen Ordnung der Dinge den Krieg zu erklären.

Der erſte Eindruck dieſer Wendung der Dinge war in Berlin kein freudiger; ſo gering auch bereits die Liebe für die Verfaſſung von 1791 war, ſo ungern ſah man doch die Ruſſen in Polen Meiſter werden. Drum rieth damals das Miniſterium den König, vorerſt abzuwarten, bis man Rußlands Abſichten genau ergründet: man könne ja die Verfaſſung von 1791 unter der Bedingung anerkennen, daß Modificationen eingeführt würden, die Polen dauernd in politiſcher Ohnmacht hielten. Als dann kurz nachher über die Allianz mit Oeſterreich verhandelt ward, kam der Wiener Hof auf ſeine alte polenfreundliche Politik zurück und ſchlug vor, die beiden Mächte ſollten „die freie Verfaſſung" Polens garantiren; das lehnte aber Preußen auf's Beſtimmteſte ab, weil dieſe Faſſung nur an die Conſtitution von 1791 denken ließ. Man traf dann ſchließlich die Auskunft, die Bürgſchaft nicht auf die Verfaſſung vom 3. Mai auszudehnen, ſondern überhaupt nur von einer freien Verfaſſung Polens zu reden. Das macht, ſagte das preußiſche Miniſterium, die Stipulation ganz allgemein, denn ſie paßt auf eine jede Verfaſſung, die man nach den Umſtänden als eine freie betrachten will.

In dieſem Augenblick gab Rußland ein beſtimmteres Lebenszeichen. Am 3. Februar meldete Goltz aus Petersburg, er habe ein Handbillet der Czarin an Subof geſehen, worin es hieß: „ſobald mit den Türken abgeſchloſſen iſt, ſoll ſich Repnin zur Armee begeben und 130,000 Mann nach Polen rücken laſſen. Wenn ſich Oeſterreich und Preußen widerſetzen, dann ſchlage ich ihnen Entſchädigung oder Theilung vor." Die Nachricht machte in Berlin begreifliche Senſation. Sie ſind der Erſte, ſagte die Antwort, der mir darüber Nachricht gibt; das Geheimniß wollen wir auf's ſtrengſte bewahren. Aber um ſo wichtiger iſt es, Fortſchritt und Entwicklung des Planes ſo viel wie möglich zu ergründen.*) Erſt in den letzten Tagen des Monats gelang es Goltz, Genaueres zu erfahren; das ruſſiſche Cabinet rückte offener mit der Sprache heraus. Wenn die Verfaſſung in Polen Beſtand gewinne, erklärte Oſtermann, ſo werde durch die Verbindung mit Sachſen ein Staat erſten Ranges entſtehen, der auf Preußen noch mehr drückt als auf Rußland. Ueber

*) Le secret vous sera gardé religieusement et vous pouvez compter qu'il ne percera point; mais le silence même qu'on observe envers moi devient un motif de plus pour approfondir autant que possible les progrès et le developpement du plan. Aus einer Depeſche vom 15. Februar. Das Folgende aus einem Goltz'ſchen Berichte vom 29. Febr.

die Begehren Rußlands ſprach ſich der Miniſter nicht aus; doch vermuthete Goltz, daß es den Ruſſen vor Allem um eine territoriale Verbindung mit Oczakow zu thun ſei. Für alle Fälle empfahl Oſtermann ſtrenges Geheimniß; es handelt ſich, ſagte er, nur um uns drei; ſind wir einig, ſo können wir der Andern ſpotten.

Dieſe Nachricht traf ungefähr zuſammen mit der Kunde von Kaiſer Leopolds Tode. Damit war ein mächtiges Hinderniß für die Feinde Polens weggeräumt; denn der Verſtorbene hatte am eifrigſten den Plan einer dauernden Verbindung Sachſens und Polens verfolgt, deſſen Gelingen Oeſterreich eine gewaltige Stellung inmitten ſeiner Nachbarn gegeben hätte. An keiner Stelle wurde darum auch ſein Tod bitterer empfunden, als in Polen; ob ſein Nachfolger mit gleichem Geſchick und gleicher Zähigkeit verfahren würde, war mindeſtens zweifelhaft. Auch in Berlin machte wohl die jüngſte Mittheilung darum noch tieferen Eindruck, weil ſie gerade mit dieſem Todesfall und der wachſenden Ausſicht eines franzöſiſchen Krieges zuſammentraf. Rußland, ſagte ſich der König, iſt alſo mit dem Gedanken einer neuen Theilung beſchäftigt; *das wäre freilich das wirkſamſte Mittel, die Macht eines polniſchen Staates zu beſchränken.**) Schwierigkeiten lagen allerdings noch genug im Wege: vor Allem die Frage, wie man Oeſterreich abfinde, dann die Allianz vom 7. Februar, in der man — vor kaum fünf Wochen — die Integrität Polens und „eine freie Verfaſſung" verbürgt, und endlich der Bund von 1790 mit Polen ſelber, an deſſen Spitze die Garantie der gegenſeitigen Gebiete ſtand. Das Alles ward wohl erwogen, aber die Ausſicht auf die Erwerbung des linken Weichſelufers übte doch eine mächtige Verſuchung; mächtig genug in jedem Falle, um die Glückwünſche und Verheißungen von ehedem in den Hintergrund zu drängen.

Jetzt ließ ſich auch Oeſterreich vernehmen, allerdings noch mehr in den Traditionen Leopolds, als man zu Berlin und Petersburg erwarten mochte. Eine Denkſchrift, die Spielmann verfaßt, bezeichnete es als gleich wichtig für Oeſterreich und Preußen, daß in Polen Ruhe herrſche. Oeſterreich habe kein Bedenken gegen die Erblichkeit des Königthums und gegen die Verbindung mit Sachſen; um jeder Gefahr vorzubeugen, könne die Verfaſſung ja in einzelnen Punkten modificirt und die Stärke der Armee auf ein beſtimmtes Maß beſchränkt werden. Aber in dieſer veränderten Geſtalt könnten Oeſterreich und Preußen wohl die Bürgſchaft für ſie übernehmen.

Dieſer Vorſchlag ward in Berlin rund und entſchieden abgelehnt; nichts ſei gefährlicher, als eine dauernde Verbindung Sachſens mit Polen. Wäre man nicht von Oeſterreichs Loyalität überzeugt, man könnte über ſolch einen Vorſchlag ſtutzig werden.

---

*) Aus einem Cabinetſchreiben an das Miniſterium d. d. 12. März und einer Depeſche vom 13.

Vorerſt war aber durch dieſen Antrag Oeſterreichs die Idee der Theilung wieder in die Ferne gerückt; ein Einverſtändniß der drei Mächte war bei ſolcher Differenz der Standpunkte zunächſt nicht zu erwarten. Rußland nahm darum gegen Oeſterreich die Miene des Schmollens an und fuhr fort, Preußen zu locken. Wenn wir einig ſind, ſagte Oſtermann, und unſer altes Zutrauen, wie ich hoffe, ſich wieder erneuert, ſo gibt es keine Schwierigkeit weder für Euch noch für uns.*) Aber die Bemerkung, die Kaunitz damals machte: das Hereinwerfen dieſer Angelegenheit werde nur von der franzöſiſchen Sache abziehen, mochte doch in Berlin als richtig empfunden werden; auch war man darüber mit ſich im Reinen, daß man ohne Oeſterreich in der Sache nicht vorgehen könne und wolle. Drum ward dort der Plan vorerſt wie eine aufgegebene Sache angeſehen; einſtweilen wollte man Rußland gegenüber in vorſichtiger Zurückhaltung bleiben. Denn wie man ſich dem ruſſiſchen Drängen allzu willig hingebe, ſo werde das die Prätenſionen der Czarin nur ſteigern.**)

Das Verhältniß, in welchem Preußen zu den Polen ſtand, ließ bereits errathen, daß ſeine Politik in einem Moment des Ueberganges begriffen war. Als damals (April) der polniſche Geſandte in Berlin auf Rußlands drohende Pläne hinwies und eine Audienz beim König nachſuchte, ließ ſich dieſer mit militäriſchen Geſchäften entſchuldigen. In Warſchau war Lucheſini in die geheimen Verhandlungen mit Petersburg und Wien eingeweiht und hatte den Befehl, Allem auszuweichen, was Preußen in Verlegenheit ſetzen konnte. Der Wunſch der Polen, von Preußen Waffen zu erlangen und einen General (man dachte an Kalkreuth), fand natürlich in Berlin keine Erfüllung. Es liegt in der Natur der Dinge, daß bei einer Umkehr, wie ſie Preußen jetzt machte, von der Allianz mit Polen zur Theilung Polens, die Stimmungen ſich nicht etwa in einer neutralen Mitte halten; die frühere Freundſchaft ſchlägt um ſo raſcher in Feindſeligkeit um, je weniger man das Bewußtſein eigenen Unrechts unterdrücken kann. Vor einem Jahre hatte man der polniſchen Umwälzung beifällig zugenickt; jetzt fand die preußiſche Regierung, daß der polniſche Reichstag um nichts beſſer ſei, als die revolutionäre Verſammlung in Frankreich. Jeder Schritt der Polen rief in Berlin eine herbe Kritik hervor; was dagegen die Polen Rußland thaten, ward entſchuldigt oder gar in Abrede geſtellt, daß ſie Feindſeliges im Schilde führten.***) Die Stärke des Umſchlags zeichnet am treffendſten eine Reflexion, die ſich in einem der miniſte-

*) Aus einer Note von Goltz vom 27. März.

**) Wie das pr. Miniſterium am 22. April ſchreibt: pour peu qu'on fit soupçonner de pareils desseins, la Russie ne manquerait pas d'en tirer ses avantages, et nous la verrions bientôt hausser son ton et ses pretentions. Dans ces sortes de matières il vaut toujours mieux voir venir que de faire les premières avances.

***) Noten vom 22. und 27. April 1792.

riellen Actenstücke aus diesen Tagen findet. Einen gewissen vorwiegenden Einfluß, hieß es da, wird Rußland in Polen immer üben, allein derselbe wird den Interessen Preußens weniger widerstreben, als die neue Verfassung Polens und die Erbmonarchie. Die Erfahrung hat bewiesen, daß zur Zeit, als wir mit Rußland den Einfluß im Lande theilten, wir besser daran waren, als in der Epoche unserer Allianz mit Polen, wo wir von unsern theuren Alliirten selbst Chicanen und Widersprüche zu ertragen hatten, die uns Rußland nie bereitet haben würde.

Aber gern hätte man doch mit der Entscheidung gezögert. Vor sich einen Krieg, dessen Ausbruch jede Stunde erwartet werden konnte, im Rücken eine unberechenbare Verwicklung in Polen, die Preußen viel näher anging als der Krieg in Frankreich, mit Oesterreich im Bündniß und zur Erhaltung der Integrität Polens durch zwei Verträge verpflichtet, von Rußland gelockt mit der Aussicht auf eine ebenso reiche und wohlfeile Beute — die preußische Politik hätte in der That anders begabt und anders geführt sein müssen, als sie es war, um in diesem Gewirre widerstrebender Tendenzen rasch die richtige Lösung zu finden. Denn, wie sehr sie sich auch losgewickelt von den Reminiscenzen früherer Polenfreundschaft, sie konnte sich doch nicht verhehlen, daß ein Eingehen auf die russischen Vorschläge den offensten Bruch unzweideutiger Verträge enthalte, der sich denken ließ. Und wer wußte denn, was im Hintergrunde der russischen Pläne lag? Drum tauchte wohl die Sorge bisweilen auf, daß Rußland „vielleicht doch nicht ganz so uneigennützig handeln werde, wie es jetzt ankündige." Andrerseits Rußland entgegenzutreten in einem Augenblick, wo der Krieg mit Frankreich gewiß war, schien kaum thunlich — auch wenn es nicht allen preußischen Traditionen widersprochen hätte, einen so gefahrvollen Krieg zu führen, lediglich für die Verstärkung und Macht Polens.

Eben darum war Rußlands Drängen in Berlin nicht willkommen; gern hätte man dort die Entscheidung noch hingehalten und sich mit einer Uebereinkunft geholfen, wonach Rußland nur unter Zustimmung Oesterreichs und Preußens dauernde Anordnungen in Polen treffen könne. Aber Rußland hatte keine Lust länger zu säumen. Es verhehlte nicht, daß es am liebsten ein besonderes Bündniß mit Preußen schließen würde; der Allianz vom 7. Febr. erklärte es nicht beitreten zu können, da dort ein Artikel ausdrücklich die Garantie der polnischen Integrität aussprach. Dafür schien Rußland zu allem Andern gern bereit und war nicht sparsam mit Verheißungen. Es nahm z. B. die Miene an, als wolle es sich an dem französischen Kriege mit allem Eifer betheiligen; es sprach von 15,000 Mann, die es an den Rhein senden werde, es zeigte sich völlig damit einverstanden, daß wenn auch nicht von Eroberungen die Rede sei, doch der Grundsatz der Entschädigung unbedenklich anerkannt werden müsse.*)

*) Berichte von Goltz vom 1. und vom 25. Mai; Depesche des Minist. v. 18.

Inzwischen waren die Dinge in Polen zur Entscheidung gereift. Schon vor dem Frieden mit den Türken hatte Rußland mit gutem Erfolg die ruhige Entwicklung der neuen Verfassung gestört, Unfrieden und Verwirrung angezettelt, die feilen Großen erkauft und Alles zur Contrerevolution vorbereitet. Jetzt trat als die Frucht seiner Thätigkeit (Mai) die Targowiczer Conföderation zu Tage, von dem malcontenten Theil der polnischen Aristokratie unter russischem Schutz gebildet und im russischen Interesse gegen die neue Ordnung von 1791 gerichtet. Eine Erklärung Katharinens, die ein Musterstück war von der Taktik, die der Wolf in der Fabel dem Lamme gegenüber übt, nahm die Maske vollends ab; russische Truppen überschritten die polnische Grenze und halfen im Bunde mit den Verschworenen von Targowicz und mit einem schwachen, treulosen König die Ordnung von 1791 zertrümmern. Auch Preußen beseitigte jetzt jeden Zweifel über seine künftige Haltung; wer etwa noch gutmüthig genug war, an die Polenfreundschaft von ehedem zu denken, den mußten die Eröffnungen eines Besseren belehren, die Preußen am 4. und am 25. Mai gab. In der einen erklärte es, „von den Anordnungen, womit sich der polnische Reichstag beschäftige, keine Notiz nehmen" zu können; in der andern lehnte es die Hülfe, die Polen vertragsmäßig anrief, rund und unzweideutig ab. Der Uebergang Preußens vom Schutz- und Trutzbündniß zur Theilung Polens stand also außer Zweifel.

Rußlands energisches Vorgehen in Polen bestimmte Oesterreich, einen gemeinsamen Schritt mit Preußen zu thun; nämlich eine Erklärung an Rußland abzugeben (Juni), wonach die Führer der Conföderation sich an Oesterreich und Preußen um Herstellung der alten Verfassung wenden sollten und die drei Mächte dann gemeinsam eine Uebereinkunft über Polen eingehen würden. Preußen seinerseits verhehlte nicht mehr, daß es entschlossen sei, auf die russischen Vorschläge einzugehen und in Polen seine Entschädigung zu suchen.

Oesterreich schien jetzt auf die Politik zu verzichten, die es noch im Anfang März durch die Spielmann'sche Denkschrift vertreten hatte: die Erhaltung von Polens Integrität und die Gewähr einer besseren Verfassung. Es zeigte keine Abneigung gegen den Plan einer preußischen Erwerbung; aus den Gesprächen des nämlichen Spielmann mit Jacobi ergab sich jetzt, daß der Kaiser zu einer Abrundung Preußens in Polen wohl stimmen werde, vorausgesetzt, daß Oesterreich an einer anderen Stelle Ersatz finde. Der Wiener Hof, schrieb Friedrich Wilhelm II. (28. Juni) an Schulenburg, hat die Thüre offen gelassen und wird um so williger sein, als bei Erfüllung meiner Plane auch sein Interesse gedeckt ist. Aehnliches berichtete auch Haugwitz, der in der zweiten Hälfte Mai nach Wien gegangen war; ihm ward, als er Berlin verließ, noch größte Vorsicht anempfohlen in der Besprechung dieses delicaten Punktes; er fand aber die Stimmung viel günstiger, als man in

Preußen gedacht hatte.*) Er empfing den Eindruck, daß nicht allein die jüngste Allianz, auf welche Oesterreich so großen Werth lege, das Wiener Cabinet einer preußischen Entschädigung in Polen geneigt mache, sondern auch die Erwägung eignen Interesses. Oesterreich könne ja seinen Ersatz auf französische Kosten suchen. Nach einer Aeußerung Cobenzls habe man in Wien auf das französische Flandern und Hennegau die Augen geworfen, was Haugwitz sehr passend fand, nicht allein der Vergrößerung wegen, sondern weil damit auch für die übrigen belgischen Besitzungen eine festere Stütze gewonnen werde. Auch sei ein Wachsthum Preußens nach der polnischen, Oesterreichs nach der französischen Seite offenbar die solideste Grundlage, um die glückliche Allianz beider Höfe zu verewigen.

Von weiteren Vergrößerungsentwürfen fand der preußische Diplomat damals keine Spur; er war vielmehr überzeugt, daß das alte verhängnißvolle Project des bairischen Ländertausches völlig aufgegeben sei.**) In Berlin war man nicht so optimistischer Ansicht, weder in Betreff der Leichtigkeit einer Verständigung, noch in Bezug auf das Aufgeben des Tauschplanes. Sie können sicher sein, schrieb am 13. Juni das Ministerium an Haugwitz, daß, wenn sich Oesterreich auch jetzt im Nothfall mit belgischen Erwerbungen begnügt, der Gedanke eines Tausches gegen Baiern stets der Lieblingsplan der österreichischen Politik bleibt, von dem sie nur abgehen wird, wenn sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen.

Wenn diese Prophezeiung zutraf (und lange ließ die Bestätigung nicht auf sich warten!), dann durfte man sicher sein, daß die Schwierigkeiten und Zerwürfnisse sich häuften. Schon jetzt weckte das polnische Begehren einen ersten leisen Mißton in der jungen Allianz zwischen Oesterreich und Preußen. Cobenzl äußerte gesprächsweise: in Wien sage das Publikum, die Oesterreicher ließen sich von den Preußen dupiren, worauf das preußische Ministerium erwiederte: in Berlin heiße es umgekehrt, Oesterreich nehme Preußen in's Schlepptau; indessen auf solch politisches Geschwätz dürfe man beiderseits keinen Werth legen. Thatsache war, wie wir uns aus den Acten und Correspondenzen überzeugt haben, daß man in Berlin den größten Werth darauf legte, mit Oesterreich in gutem Einvernehmen zu bleiben und wo möglich sich mit ihm über gemeinsame Vorschläge zu verständigen, mit denen man dann erst vor die Russen treten würde. Oder wie Friedrich Wilhelm II. am 4. Juli eigenhändig schrieb: „wir dürfen zunächst über unsere Absichten nichts

---

*) Aus Haugwitz' Correspondenz.

**) Je crois qu'il n'est plus question d'un troc contre la Bavière, schreibt er am 6. Juni. On est peut-être parvenu à sentir l'inadmissibilité de ce projet, qui du reste serait eloigné pour toujours, si la maison d'Autriche pourrait acquérir un aggrandissement considérable du côté de la Flandre. (Aus der Haugwitz'schen Correspondenz.)

Entſcheidendes ſchriftlich abgeben, ſondern müſſen wo möglich Rußland dazu bringen, daß es eine uns entſprechende Erklärung gibt; dann iſt es durchaus nöthig, mit aller möglichen Rückſicht gegen den Wiener Hof zu verfahren, um ihm im Punkte dieſer Unterhandlungen nicht den mindeſten Verdacht zu erwecken.“ Aber Rußland hütete ſich, einen beſtimmten Vorſchlag zu machen; es räumte nur im Allgemeinen den Grundſatz der Entſchädigung ein, gab auch zu verſtehen, daß es dieſelbe nicht Frankreich aufgebürdet wünſche, alſo Polen dafür preisgebe; allein über die Art und die Grenzen der Ausführung beobachtete man in Petersburg ein kluges Schweigen. Rußland war es jedoch, welches das ſchlummernde Gelüſt nach dem bairiſchen Tauſche wieder wach rief. Der Geſandte in Wien, Raſumowsky, nahm Gelegenheit, in einem Geſpräch mit Spielmann die Aufmerkſamkeit auf dieſen alten Plan, als auf den einfachſten Ausweg, hinzuleiten, und auf den Zweifel des Letzteren, ob der Moment wohl günſtig ſei, wies der Ruſſe auf die Allianz von Oeſterreich und Preußen hin, die ja wohl jetzt den früheren Widerſpruch werde verſtummen machen.

Es geſchah, was man in Berlin voraus geſehen: die alte Luſt auf Baiern erwachte mit aller Stärke und das Wiener Cabinet klopfte durch Fürſt Reuß bei dem preußiſchen Miniſterium wegen Baierns an. In Berlin aber fand, wie Raſumowsky vorausgeſagt, das Project in der That nicht mehr den Widerſtand, den Friedrich II. zweimal mit Erfolg dagegen aufgeboten. Man war bereit, dem Tauſche zuzuſtimmen, wenn Preußen eine genügende Entſchädigung in Polen erhalte. Dieſe Wahrnehmung überwand dann in Wien die letzten Bedenken; nachdem man dort noch im März einen Rettungsplan für Polen entworfen, war man jetzt bereit, ſelber in Petersburg den Vorſchlag zu machen, der in eine Theilung Polens willigte, falls auch in Deutſchland getheilt ward.

So war die Staatskunſt der beiden deutſchen Mächte beſchaffen, die ſich zur Kreuzfahrt gegen die Revolution anſchickten, deren Monarchen, Feldherren und Miniſter eben jetzt am Rhein verſammelt waren, um den Kampf mit Frankreich zu eröffnen. In den Conferenzen zu Frankfurt und Mainz ſollte denn auch die Entſchädigungsfrage zur Verhandlung kommen. Schulenburg trat mit Cobenzl und Spielmann deshalb zuſammen.

In dieſen Conferenzen ſtellte Oeſterreich offen das Begehren des bairiſchen Tauſches und fügte ſogar das Anſinnen an Preußen hinzu, das freilich abgelehnt ward, es ſolle ſelber die Eröffnung an die Zweibrücker Fürſten übernehmen. Wie dann Preußen mit ſeiner polniſchen Forderung hervortrat und die Palatinate Poſen, Gneſen, Kaliſch, Kujavien und ein Stück von Sieradien begehrte, da erklärten die öſterreichiſchen Unterhändler, daß Baiern wohl eine politiſche, aber keine finanzielle Vergrößerung für Oeſterreich ſei. Sie fanden die Partie nur dann gleich, wenn Preußen auch noch die Fürſtenthümer Ansbach und Baireuth an Oeſterreich abtrete, die es am An-

fang des Jahres durch Cession des letzten Markgrafen in Besitz genommen hatte.

Dies neue Begehren machte auf preußischer Seite eine gewaltige Sensation; der König lehnte es ab, einer der Minister, Alvensleben, nannte den Vorschlag „erschreckend, um nicht zu sagen insolent." Es war vorauszusehen, daß damit Oesterreich nicht durchdringen würde. Stand doch auch noch Alles in der Schwebe und war, wie der König von Preußen sich damals ausdrückte, der Streit um das Fell des unerlegten Bären, so lange man nicht Rußlands Ansicht über die polnische Forderung kannte. Es blieb also vorerst bei unfruchtbaren und unerquicklichen Erörterungen.*)

Es bedarf weiterer Worte nicht, um die verhängnißvolle Verwicklung zu kennzeichnen, die sich hier in der allerbedenklichsten Stunde in den Weg drängte. Allerdings hatten die Ereignisse in Frankreich und die ungestüme Kriegslust der Factionen das Ihrige dazu beigetragen, diese Früchte rascher zu zeitigen. Für den bevorstehenden Kreuzzug gegen die Revolution war es aber eine schlimme Vorbedeutung, daß man dort im Osten mit Grundsätzen und Thaten vorgeschritten war, die hinter den verrufensten Erzeugnissen des Jacobinismus um nichts zurückstanden. Und dem Kampf selber war wenigstens auf Seiten Preußens schon ein Theil des Nervs genommen, seit es diese Krisis im Rücken hatte, die geographisch und politisch die ganze Existenz der preußischen Monarchie unmittelbarer und drohender berührte, als die demokratischen Parteien in Frankreich. Jetzt zwar wiegte man sich noch in dem Glauben, vor Anfang des Winters mit den Franzosen im Reinen zu sein und dann seine ungetheilte Kraft den Dingen in Polen zuwenden zu können. Wenn sich aber das als Täuschung auswies, der Krieg sich in die Länge zog und die Finanzen und Heereskräfte Preußens aufzehrte, wenn während dem Rußland mit völlig freier Hand in Polen agirte, Oesterreich lieber die russischen Plane ertrug, als eine Vergrößerung Preußens, und wenn sich so dicht an den offenen Grenzen des Staates statt des gefürchteten polnischen Erbkönigthums gar Rußland ausdehnte und abrundete — was war dann wahrscheinlicher, als daß in der preußischen Politik die Meinung siegte, die von Anfang an dem französischen Kriege abhold gewesen, und daß man dann aus der so zuversichtlich unternommenen Heerfahrt gegen die Demokratie mit einem Male, um das eigene Haus zu schützen, in Frieden und Freundschaft mit der Revolution hinübersprang?

Wir haben diese Folge von Ereignissen hier nur als möglich hingestellt; die folgende Geschichte wird uns zeigen, daß so und nicht anders die Begebenheiten sich wirklich entwickelt haben. In Polen ist zum Theil die Erklärung zu den räthselhaften Vorgängen am Rhein im Jahre

*) Schulenburg's Bericht vom 21. Juli; dann eine Depesche von Haugwitz vom 26. und ein Schreiben des Königs aus Coblenz vom 29. Juli.

1793 zu ſuchen; von dort aus wird die Haltung Preußens im Feldzuge von 1794 beſtimmt, dort wird der Uebergang von dem Kreuzzug gegen die Revolution zum Frieden von Baſel vorbereitet. Wir werden im Stande ſein, dafür in der ausführlichen Darſtellung der folgenden Zeiten die urkundlichen Beweiſe zu geben.

Seit dem Abſchluß des Februarvertrags zwiſchen Oeſterreich und Preußen waren beide Mächte damit beſchäftigt geweſen, die Einzelnheiten des Kriegsplanes feſtzuſtellen. Die militäriſche Führung war dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunſchweig zugedacht, einem Feldherrn, der damals ſo allgemein als die bedeutendſte militäriſche Perſönlichkeit angeſehen ward, daß zugleich auf der entgegengeſetzten Seite, bei den Franzoſen, der abenteuerliche Gedanke auftauchen konnte, ihm den Oberbefehl anzubieten. In der Schule des großen Königs gebildet und von dem Glanze der Siege des ſiebenjährigen Krieges mit verherrlicht, dann durch den leichten aber blendenden Triumphzug nach Holland zu neuem Ruhme gelangt, vertrat der Herzog in den Augen der Zeitgenoſſen gleichſam die lebendige Ueberlieferung der Kriegsglorie Friedrichs des Großen. Ein muſterhafter Regent ſeines Landes, ein Repräſentant der phyſiokratiſchen und aufgeklärten Richtung jener Tage, mit reichen Gaben des Geiſtes und Gemüthes ausgeſtattet, war Karl Wilhelm Ferdinand ohne Frage eine der hervorragendſten Perſönlichkeiten ſeiner Zeit. Was ihm fehlte, war nicht die klare Einſicht in die Verhältniſſe, wohl aber der raſche, durchgreifende Entſchluß zur That. Er war eine von jenen unglücklich angelegten Naturen, die in der Regel das Richtige erkennen und doch ebenſo oft das Entgegengeſetzte thun. In der Doppelſtellung eines ſelbſtändigen regierenden Fürſten und eines Unterthanen des preußiſchen Staates hatte er ſich leider die gewichtige Stellung nicht zu wahren gewußt, die ihm nach Einſicht, Erfahrung und Geſinnung in Preußen gebührte; er erkannte, wie wir ſehen werden, bis 1806 faſt überall die Abwege, welche die preußiſche Politik ſeit 1786 ging, aber es fehlte ihm doch die gebieteriſche Entſchloſſenheit, ſich dem zu widerſetzen, was er als verkehrt mißbilligte. Seine Handlungen trugen dann häufig das doppelſinnige Gepräge eigener beſſerer Einſicht und äußerer Impulſe, denen er wider Willen folgte.

So war denn auch ſein Verhältniß zu dem Kriege ein ganz eigenthümliches; er gehörte, den Traditionen Friedrichs getreu, zu den Gegnern des öſterreichiſchen Bündniſſes und mißbilligte den Krieg gegen Frankreich; er haßte die Emigranten und ihre contrerevolutionären Prahlereien. Allein er hatte doch auch wieder den Muth nicht, mit ſeiner Meinung der ganz entgegengeſetzten Anſicht des Königs ſchroff entgegenzutreten, ſondern ließ ſich dazu herbei, nach deſſen Auftrag eine Denkſchrift über die Führung des Krieges zu entwerfen (Febr. 1792). Aber die Denkſchrift ließ zugleich wieder deutlich

zwiſchen den Zeilen leſen, daß er den Krieg anders anſah, als die militäriſchen Höflinge und Emigranten. „Wenn — ſagt er bezeichnend — in der franzöſiſchen Armee nicht alle Mannszucht verloren gegangen wäre, wenn die Officiere, welche ehemals die Zierde dieſer Armee waren, ſich noch an der Spitze ihrer Corps befänden, wenn dieſe Armee von geſchickten und erfahrenen Generalen angeführt würde, und man mit der franzöſiſchen Monarchie, nicht mit der jetzt in Frankreich herrſchenden Partei, Krieg führen wollte, ſo iſt es keinem Zweifel unterworfen, daß ſich unſerer Unternehmung unzählige und unſägliche Schwierigkeiten entgegenſetzen würden.“ Er warnt vor den Verſprechungen, welche „die Ausgewanderten mit ſo großer Leichtigkeit ausſtreuen;“ er meinte, „es könnten Ereigniſſe eintreten, deren Folgen unberechenbar ſeien, weil die Köpfe, von denen Frankreich regiert werde, eine Schwungkraft erhielten, von welcher man die außerordentlichſten Beſchlüſſe erwarten könne.“

In den Conferenzen, die dann im Mai mit einem öſterreichiſchen General zu Sansſouci gehalten wurden, war derſelbe Widerſtreit zwiſchen den Emigrantenilluſionen und zwiſchen den Bedenken des Herzogs bemerkbar. Nach dem dort verabredeten Plane ſollte ein preußiſches Heer von 42,000 Mann durch das Luxemburgiſche nach Frankreich rücken, Longwy, Montmedy und Verdun nehmen und verſtärkt durch ein öſterreichiſches Corps über die Maas vordringen. Doch war es, und hier beſonders ſchied ſich der Herzog von der Meinung des Hofes und der Emigranten, noch von den Erfolgen an der Maas abhängig gemacht, wie weit man dann vorgehen wolle. Von den 56,000 Mann Oeſterreichern, die angeblich in den Niederlanden ſtanden, ſollte nur ein Theil zur Deckung der brabantiſchen Hauptſtadt zurückbleiben, die größere Maſſe mit den Preußen vereinigt operiren. Ein anderes öſterreichiſches Heer ſollte ſich im Breisgau ſammeln und der größere Theil, über 20,000 Mann, nach Mannheim vorgeſchoben werden, um von dort aus die Bewegungen der Angriffsarmee zu unterſtützen; die Emigranten waren beſtimmt, an der Schweizergrenze über den Rhein zu gehen und von dort das Elſaß oder die Freigrafſchaft anzugreifen. Nach dieſem Plane hätten die Angriffstruppen der Oeſterreicher und Preußen in den Niederlanden, ſammt dem öſterreichiſchen Corps am Oberrhein, ungefähr die Stärke von 110,000 Mann erreicht: eine Zahl, die jedenfalls auf die günſtigſten Umſtände rechnen mußte, wenn ſie daran denken wollte, das revolutionäre Frankreich völlig zu unterwerfen und den legitimen Thron wieder aufzurichten. Aber dieſe Zahlen ſtanden zudem zum Theil nur auf dem Papier. Das öſterreichiſche Corps am Oberrhein, auf 50,000 Mann berechnet, betrug in der That erſt 11,000 und konnte vor Ende Juli die angegebene Höhe nicht erreichen. Wie es mit der Hülfe der deutſchen Reichsſtände ausſah, auf deren Mitwirkung in den Conferenzen von Sansſouci mit gerechnet war, haben wir aus den früheren Mittheilungen entnehmen können; die militäri-

sche Rüstung der vorderen Reichskreise ging nur im langsamsten Schneckengang vorwärts, die lautesten Kriegsdroher von 1791 bedurften mehr des Schutzes, als daß sie ihn hätten geben können, Pfalzbaiern trug seine Neutralitätswünsche mit einer gewissen Naivetät selbst am Reichstage vor, und nur der Landgraf von Hessen-Cassel hatte ein tüchtiges Armeecorps von 6000 Mann bereit, welches er gegen das Versprechen der Kurwürde und gegen billige Entschädigung mit den Verbündeten wollte marschiren lassen.

So verstrich einer der kostbaren Zeitpunkte, wo man die Franzosen hätte überraschen und zu Paaren treiben können, in zögernder Zurüstung, und selbst das, was man endlich im Spätsommer auf die Beine brachte, war weit unter dem Bedürfniß, wenn man in der That die Revolution mit einem Schlage überwältigen wollte. Und das war doch der eigentliche Plan. Wie Kaunitz kurz nach der Kriegserklärung unter Zustimmung des preußischen Cabinets gesagt hatte: „wir dürfen nur einen Feldzug machen und dem Feind nicht Zeit geben, in mehreren Campagnen den Krieg zu lernen. Aber eben darum müssen entscheidende Schläge geführt werden.“ Statt dessen geizte man mit den Streitkräften und war verschwenderisch mit der Zeit. Für den obersten Anführer aber, der von vornherein mit innerem Widerwillen in den Kampf ging, war dieser Gang der Rüstungen nur ein Grund mehr, den militärischen Ereignissen mit Abneigung und Mißtrauen entgegenzusehen.

Während die verbündeten Fürsten in Frankfurt und Mainz weilten, war ein vertrauter Abgesandter Ludwigs XVI. dort angelangt, dessen Mittheilungen über die Lage Frankreichs und die Stimmungen der königlichen Familie jedenfalls mehr Gehör verdienten, als die Renommistereien der Emigration. Es war der Genfer Mallet du Pan, das einzige hervorragende Talent der damaligen französischen Journalistik, das sich mit uneigennützigem Eifer der Sache des Königthums hingegeben hatte. Zäh und hartnäckig wie ein Genfer Doctrinär, aber voll Muth und Energie, dabei neben allem Royalismus von der Nichtswürdigkeit der alten Zustände Frankreichs auf's lebhafteste durchdrungen, bietet Mallet du Pan in seinem Leben und Wirken ein recht charakteristisches Beispiel des tragischen Geschickes, dem in solchen Zeiten alle vermittelnde und gemäßigte Charaktere inmitten der leidenschaftlichen Extreme verfallen sind. In das engste Vertrauen Ludwigs XVI. eingeweiht, hatte er die delicate Aufgabe, einmal den kriegführenden Mächten klar zu machen, wie scharf sie zwischen der Nation und den Factionen trennen müßten, wenn ihr Einmarsch in Frankreich irgend einen moralischen Erfolg haben sollte, dann aber auch die Emigranten zu vernünftigen und besonnenen Gedanken zu ermahnen. Ihnen sollte er vorstellen, wie jede andere Haltung nur die Lage des Königs verschlimmern und die Revolution verstärken könne; den verbündeten Mächten sollte er die Grundgedanken

eines Manifestes angeben, das den gemäßigten Theil der Nation den Heeren der beiden Monarchen zuführen würde. In einem solchen Manifest, meinte Ludwig XVI., müßten die Jacobiner und Factiösen aller Art von dem übrigen Theil der Nation scharf gesondert, die Verirrten beruhigt, und allen Denen, die, ohne die alten Mißbräuche zu wollen, doch an der Revolution und dem gegenwärtigen Zustande gesättigt seien, ein anständiger Weg zur Umkehr geöffnet werden. Keine Eroberungsgedanken, kein Vorschreiben einer bestimmten politischen Ordnung durch die fremden Waffen, keine Betheiligung der Ausgewanderten am Kampfe — das war die Meinung des Königs, die Mallet jetzt nach Koblenz und Frankfurt bringen sollte. Die Aufnahme, die der ehrliche Royalist bei den entlaufenen Prinzen und Adeligen fand, mochte ihn wohl überzeugen, daß, wenn man diesen die Herstellung des Thrones in Frankreich in die Hände gab, allerdings jeder andere Zustand für die Nation begehrenswerther war. In denselben Tagen, wo der hülflose König den frechen Insulten des Pariser Gassenpöbels in seinem Palaste ausgesetzt war und sich die rothe Mütze aufsetzen lassen mußte, that sich die Emigration nach wie vor nur durch ihre Unvernunft hervor und trug höchstens dazu bei, den wilden Feinden des gefangenen Monarchen neue Waffen und Vorwände in die Hand zu geben.

Auch in Frankfurt schien anfangs der Coblenzer Einfluß, durch den russischen Gesandten Romanzoff verstärkt, mächtig genug, Mallet fern zu halten; doch erhielt er Zutritt bei den verbündeten Fürsten und hatte (15—18. Juli) mit Cobenzl und Haugwitz vertraute Conferenzen. Im Ganzen hatten die beiden Regierungen in Oesterreich und Preußen immer den Gesichtspunkt geltend gemacht, den Mallet jetzt vertrat. Als kurz nach der Kriegserklärung auf ein Manifest die Rede kam, war man in Wien und Berlin darüber einig, daß man jede Absicht einer Contrerevolution wie die engere Gemeinschaft mit den Emigranten ablehnen müsse und lediglich die französischen Herausforderungen und Angriffe betonen dürfe. Wie dann im Juni schlimme Nachrichten über die Lage des Königs kamen, schlugen „unterrichtete Personen" vor, dem Manifest eine ernste Drohung an die Pariser vorangehen zu lassen. Allein das fand bei den Cabineten keinen Anklang; sie fühlten sich mit den Emigrantenanschauungen in einem immer grelleren Widerspruch und blieben darum dabei, daß der Zweck jedes Manifestes nur darin bestehen könne, den verständigen Theil der Nation zu gewinnen. So ging man denn auch jetzt in Frankfurt bereitwillig in Mallets Auffassung ein, schenkte ihm Glauben, als er versicherte, daß die große Mehrheit des Volkes den alten Zustand nicht wolle, mißbilligte mit ihm das Treiben Calonnes wie der tonangebenden Emigranten, und Mallet schied mit der Ueberzeugung, daß Oesterreich und Preußen in allen Punkten seinen Rathschlägen gemäß handeln würden. Ueber das Manifest namentlich glaubte er vollkommen im Reinen zu sein; es sollte nach seiner Ansicht nichts als die Herstellung

des freien königlichen Willens verlangen, die Nationalversammlung und alle öffentlichen Autoritäten für die Sicherheit des Königs und seiner Familie verantwortlich machen, aber zugleich Vertrauen durch die Erklärung einflößen, daß man nur die Ordnung herstellen, die inneren Angelegenheiten den Franzosen selber anheimstellen wolle. Das Manifest, meinte Mallet, müßte alle Verständigen beruhigen, aber zugleich den Anderen zeigen, daß es mit der angedrohten Einmischung des Auslandes nun Ernst werde.*) Wir werden bald sehen, daß Mallet sich getäuscht hatte.

In den Conferenzen, die während der Festlichkeiten zu Mainz stattfanden, wurden zwar Beschlüsse über das Verhältniß zu den Emigranten gefaßt, die nicht eben Zeugniß von einer besonders günstigen Gesinnung gegen sie ablegten. In einer Berathung vom 20. Juli, an welcher der Herzog, Lascy, Schulenburg und Spielmann Theil nahmen, wurde verabredet, ihnen das rückständige Geldquantum von 200,000 Gulden sofort anzuweisen, aber als letzte Zahlung. Sie selber sollten in 3 Corps getheilt werden; eines unter dem Befehl der Brüder des Königs, welches die Zahl von 8000 Mann nicht übersteigen dürfe, ward der preußischen Armee zugewiesen, ein zweites unter Condé und Bouillé, nicht über 5000 Mann stark, ward dem kaiserlichen Corps im Breisgau beigegeben, ein drittes von höchstens 4000 Mann sollte sich Clerfayts Armee anschließen. Alle übergetretenen Regimenter waren bestimmt, den Emigranten zugetheilt zu werden und, „insofern es unumgänglich nöthig sein sollte", ihre Löhnung auf gemeinschaftliche Kosten beider Höfe zu empfangen. In besetzten Gegenden werde es vom Herzog von Braunschweig abhängen, einen einstweiligen Gouverneur einzusetzen, bis der König selbst darüber bestimmen könne. „Sollte sich — so lautet der bezeichnende Zusatz dieser Verabredung**) — der ganz unverhoffte Fall ereignen, daß sich die französischen Prinzen die oben festgesetzten Bedingungen nicht gefallen lassen und nach ihrem eigenen Dünkel separatim agiren wollen, so bliebe nichts weiter übrig, als daß des Herrn Herzog Durchl. eine Proclamation ergehen ließen und darin die Prinzen ihrem eigenen Schicksal preisgeben, ohne daß die vereinigten Armeen an ihren Unternehmungen einen weiteren Antheil nähmen. Diese Warnung wird auch im Voraus an sie zu erlassen sein."

Nach diesem Beschlusse hätte man denken sollen, das Hauptquartier hätte sich allmälig von dem Emigranteneinflusse ganz frei gemacht und auch das Manifest wäre ganz nach Mallets Vorschlag ausgearbeitet worden. Aber seltsam genug; in dem Augenblick, wo man der Emigration halb den Ab-

---

*) Ueber das Obige s. Mémoires et Correspondance de Mallet du Pan. Paris 1851. I. 280—316. 427—449. Das Andere aus diplomat. Actenstücken vom 21. Mai, 13., 23. und 30. Juni im k. pr. Staatsarchiv.

**) Die obigen Mittheilungen sind dem handschr. Protocoll entnommen.

ſchied gab, ward jener Aufruf an die franzöſiſche Nation ganz in ihrem Sinne entworfen. Es war wieder des Herzogs Art, zwar die Uebertreibungen der Emigranten zu mißbilligen, aber doch auch nicht Feſtigkeit genug zu haben, um ihre Einwirkung auf das Manifeſt zurückzuweiſen. So erhielt Einer aus der Koblenzer Geſellſchaft, ein Marquis von Limon, den Auftrag, das Manifeſt zu entwerfen, und aus ſeiner Hand ging dann jenes Machwerk hervor, das zur Verſöhnung zu drohend war und deſſen papierne Ohnmacht doch zugleich den Eindruck der Drohung ſchwächte. Vielleicht hatten Ludwig XVI. und ſeine Rathgeber überhaupt die Bedeutung eines ſolchen Aufrufs überſchätzt, aber in jedem Falle entſprach die Form, die ſie ihm geben wollten, im Ganzen den Umſtänden. Ernſt zeigen und zugleich Vertrauen wecken, die Factionen verdammen und der Nation doch die Ausſicht auf eine beſſere Zukunft eröffnen, das war der Grundgedanke, von dem Mallets Entwurf ausging. Das Manifeſt aber, das am 25. Juli zu Koblenz erſchien und dem der Herzog, nach einigen kleinen Aenderungen, mit innerem Widerwillen ſeine Unterſchrift beiſetzte, hatte alle jene Züge verwiſcht und brachte dafür die famenſen Stellen, worin den Orten, die ſich widerſetzen würden, mit Demolirung und der franzöſiſchen Hauptſtadt mit einer auf alle Zeiten denkwürdigen exemplariſchen Züchtigung gedroht war. Es iſt gewiß, ſolche und ſchlimmere Drohungen haben die Franzoſen aller Parteien, die Jacobiner wie Bonaparte, bei paſſendem Anlaſſe unzählige ergehen laſſen, aber ſie haben nie die Lächerlichkeit begangen, zu drohen, wo ihnen die Macht der Vollziehung fehlte.

Den Eindruck, den dies Manifeſt auf die Franzoſen machte, haben ſich die Parteien nach Gefallen zurechtgelegt; die Emigranten verſicherten ernſtlich, die Wirkung ſei eine ganz vortreffliche,*) die Jacobiner, die Freunde der Revolution und deren franzöſiſche Geſchichtſchreiber haben uns dagegen Wunderdinge erzählt von der nationalen Erbitterung, die es hervorgerufen. Wir finden durch die Thatſachen keine von beiden Meinungen beſtätigt; das Manifeſt — und hierin lag allerdings ſeine ſchärfſte Verurtheilung — fiel ganz platt zu Boden. Als es in den erſten Tagen des Auguſt zu Paris bekannt ward, waren die Royaliſten verlegen, die anderen Leute lachten oder zuckten die Achſeln, die Maſſen wußten nicht einmal von ſeiner Exiſtenz, und erſt allmälig bemächtigten ſich die demokratiſche Preſſe und die Clubs des gar zu willkommenen Stoffes, um die Gemüther zu erhitzen. Die Lage

*) In den benutzten Correſpondenzen findet ſich ein Brief von der Hand Limons (d. d. Brüſſel 5. Auguſt), worin der Autor die Wirkung ſeines Manifeſtes ſehr rühmt („la tranquillité s'y rétablit et tout fait espérer que les jours du roi et de la reine seront en sûreté — Paris ouvrira les yeux et se rendra à son devoir") und nur beklagt, daß man an die Aechtheit nicht recht glauben wolle! S. dagegen die unbefangenen brieflichen Mittheilungen bei Mallet I. 322 f.

in Paris war aber von der Art, daß dort viel unmittelbare und gewaltsamere Eindrücke als das gedruckte Manifest auf die Gemüther der Menschen wirkten.

Indessen hatte sich in fünf Colonnen die preußische Armee nach dem Rheine in Bewegung gesetzt und traf seit Ende Juni in der Nähe von Koblenz ein; von dort sollte der Marsch nach der Champagne angetreten werden, die Bouillé als die beste Stelle zum Angriff bezeichnet hatte. Glänzende Festlichkeiten feierten die Ankunft des preußischen Monarchen, der in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli in der kurfürstlichen Residenz anlangte. Unglaublichen Eindruck machte, nach dem Berichte eines Zeitgenossen,*) die Persönlichkeit des Königs, seine majestätische, beinahe kolossale Haltung, seine freundliche und doch würdige Herablassung, der unverkennbare Ausdruck einer Ueberzeugung, die ihn antrieb, für die bedrohte Sache des Königthums in die Schranken zu treten. Die Siegeszuversicht der Emigranten war beim Anblick des Königs und seiner Truppen höher wie je gestiegen; daß ihr Einfluß auf das Ohr des Monarchen wieder der alte war, hatte das Manifest bewiesen. Auch der Herzog ward von ihnen förmlich belagert; er hatte, wie Massenbach sagt, kaum die Ellenbogen frei, machte Complimente über Complimente, war aber im tiefsten Innern ergrimmt über die zudringlichen Fremden, über ihr Drängen zum Krieg und ihre rosigen Schilderungen, denen er keinen Glauben schenkte. Ihre eigene Kriegsrüstung sah fast mehr einem Hofgefolge als einer Armee ähnlich, und die Berichte, die dem Herzog vom Oberrhein und aus den Niederlanden durch den Mund verläßiger Officiere zukamen, waren noch weniger geeignet, die Abneigung des obersten Feldherrn gegen den ganzen Krieg zu überwinden. Da stellte sich heraus, daß von den 50,000 Oesterreichern, die theils den Oberrhein decken, theils die linke Flanke der preußischen Armee unterstützen sollten, im höchsten Falle zwischen 30,000 und 40,000 Mann wirklich vorhanden waren und auch die österreichische Armee in den Niederlanden statt 56,000 Streiter sich nicht einmal auf 40,000 beliefe. Ueber 100,000 Mann hatte Oesterreich zu stellen versprochen, jetzt waren es höchstens einige siebzigtausend; die Hauptarmee, die Frankreich erobern sollte, war auf mindestens 110,000 Mann veranschlagt, nun war sie im äußersten Falle über 80,000 stark. Es ist begreiflich, daß nach diesen Erfahrungen sich der Herzog in „einem furchtbaren Humor" befand. Von der Natur und moralischen Beschaffenheit des Landes, das angegriffen ward, hatte man nur mangelhafte oder ganz verkehrte Kenntniß; ein mächtiger Troß erschwerte die rasche Bewegung der Armee und die noch bestehende Verpflegung durch Magazine hing sich wie ein Bleigewicht an

*) Rhein. Antiquar I. 1. 104.

den ſchnellen Fortgang der Operationen. Kein Wunder, wenn ſich im militäriſchen Hauptquartier immer beſtimmter eine andere Meinung über den Kampf feſtſetzte, als die, welche den König und die ihn umgebende Emigration beherrſchte. Während dieſe hier ſicherer denn je auf einen Triumphzug nach Paris rechnete, wurden dort alle Schwierigkeiten des beginnenden Kampfes bedächtig abgewogen und es tauchte immer beſtimmter der ſtille Wunſch auf, an der Maas Halt zu machen, dort die Feſtungen zu belagern und die Fortſetzung des Kampfes auf den nächſten Feldzug zu vertagen. Ohnedies war in den Verabredungen von Sansſouci das Vorrücken über die Maas in der Schwebe gelaſſen worden; jetzt, nach den neueſten Erfahrungen über die verfügbaren Mittel ſchien noch weniger Grund vorhanden, ſich zu weit vorzuwagen.

Aus dieſen Wünſchen entſprang wenigſtens zum Theil die auffallende Langſamkeit des Marſches nach der franzöſiſchen Grenze; denn man braucht nicht einmal, wie eine angeſehene militäriſche Autorität thut,*) Blüchers weltgeſchichtlichen Winterfeldzug von 1814 mit dieſer Sommercampagne zu vergleichen und den bedächtigen, methodiſchen Herzog an dem Maßſtab des Marſchall Vorwärts zu meſſen, und man wird es doch ungewöhnlich finden, daß die Armee von Koblenz bis an die franzöſiſche Grenze zwanzig, und bis Valmy, zur möglichen Löſung des Knotens, über fünfzig Tage brauchte, obwohl die Hinderniſſe, die der Feind bereiten konnte, diesmal geringer, als in jedem anderen Falle waren. Die Macht der Franzoſen, die unter Luckner, Lafayette und Cuſtine von Valenciennes und Sedan an bis Thionville, Metz und Landau ausgedehnt ſtand, betrug damals noch nicht über 80,000 Mann, und die innere Kriſis, die Zerklüftung der Parteien, die ſchwankende Stellung der Generale verringerte noch um ein Merkliches die Bedeutung dieſer Zahlen. So war denn auch auf franzöſiſcher Seite nichts geſchehen für die Wegnahme der Poſten, welche die Heerſtraßen um Trier beherrſchen, und als ſich in den letzten Tagen des Juli die preußiſche Armee von Koblenz moſelaufwärts in Bewegung ſetzte, konnte ſie ganz ungeſtört über Trier und Conz vorrücken; keines der Defileen, die dort den Weitermarſch erſchweren konnten, war beſetzt. Schon dort aber machte die Armee ihren erſten achttägigen Halt (5—12. Auguſt); Artillerie, Fuhrweſen und Verpflegung trugen die Schuld dieſer Zögerung, die natürlich auf den kriegeriſchen Eifer der Truppen nicht günſtig einwirkte. Man entſchloß ſich, Luxemburg zum Waffenplatz des Heeres zu machen, die Magazine und Lazarethe dahin zu verlegen, was mit den Behörden der öſterreichiſchen Niederlande viel Förmlichkeiten und Schreibereien verurſachte, und ſetzte ſich dann in Bewegung, um zwiſchen Thionville und Longwy die franzöſiſche Grenze zu überſchreiten und die letztere Feſtung im Verein mit dem von Namur heranziehenden Corps Clerfayt's an-

*) S. (Valentini) Erinnerungen eines alten preuß. Officiers. 1833. S. 1 f.

zugreifen. Am 14. Auguſt war das Gros der Armee bei Montfort angekommen und blieb dort wieder vier Tage ſtehen; es waren diesmal nicht die Verpflegungsanſtalten allein, die dies abermalige Säumen hervorriefen; die politiſchen Nachrichten aus Frankreich, die Botſchaft vom Umſturz des Thrones, der Gefangennehmung des Königs, der Herſtellung einer jacobiniſchen Regierung weckten neue Bedenken und Erwägungen, was nun zu thun ſei. „Durch dieſe neue Revolution, ſchreibt ein Augenzeuge,*) hatten die Umſtände eine ganz andere Geſtalt bekommen; die Partei, deren Untergang man beſchloſſen hatte, war um ſo mächtiger geworden, der Anhang des Königs und der gemäßigten Partei nun völlig unterdrückt und um ſo weniger im Stande, den Abſichten der verbundenen Mächte zu entſprechen. Die Hoffnungen, mit denen man den Krieg beſchloß und anfing, waren verſchwunden; es war abzuſehen, daß man die Häupter der Royaliſten alles Einfluſſes berauben würde; die geheimen Anhänger des Königs konnten ſich nun nicht zeigen, und auch im Commando der Armeen und Feſtungen ließen ſich große Veränderungen erwarten." Das war nicht die einzige Stimme dieſer Art; als die Armee am 19. Auguſt bei ſehr unfreundlichem Wetter aufbrach, um die Grenze zu überſchreiten, wuchs unter den Officieren der üble Humor. „General Courbière — ſchrieb der Kronprinz an jenem Tage**) — macht ſehr gegründete Bemerkungen über unſere Expedition und findet es bedenklich, mit einem ſo ſchwachen Corps in das Innere von Frankreich einzudringen, indem er fürchtet, die mannigfaltigen und von den Emigranten ſo leicht gegebenen Verheißungen nicht in Erfüllung gehen zu ſehen; und welcher Unbefangene könnte ihm darin Unrecht geben?" Der Kronprinz bemerkt auch, daß die franzöſiſche Bevölkerung, ſo weit man mit ihr an der Grenze in Berührung gekommen, die Dinge nicht gerade verkehrt oder unvernünftig anſehe; aber es iſt ihm ebenſo unzweifelhaft, daß von Sympathien für die einmarſchirenden Truppen ſich keine Spur gezeigt habe.

Die materielle Lage der Truppen war nicht behaglich zu nennen; große Regengüſſe hatten die Wege bodenlos gemacht und hinderten Gepäck- und Proviantwagen, rechtzeitig zu folgen, ſo daß der Soldat nicht ſelten neben der Näſſe und Kälte auch Hunger leiden mußte; denn das Zartgefühl gegen die Franzoſen, die man durch Requiſitionen nicht erbittern wollte, ging ſo weit, daß zu dem Brode, das die Truppen bei Longwy und Verdun aßen, das Mehl meiſtens aus Preußen herbeigeſchafft ward. Doch brachten die nächſten Tage auch wieder Anderes, was ermuthigte und erfriſchte. Der erſte Zuſammenſtoß, den die Avantgarde am 19. Auguſt zwiſchen Fontoy und Aumetz mit den Franzoſen beſtand, bezeugte die militäriſche Ueberlegenheit

*) Aus einem handſchr. Bericht des Generals Lecoq.

**) In dem Tagebuche, das er über dieſen Feldzug vom 19. Auguſt bis 23. October führte.

der deutschen Truppen auf's Rühmlichste; die Verworrenheit der französischen Zustände nahm mit jedem Tage zu und das ganze Heerwesen befand sich in einer Krisis, welche den Sieg der Verbündeten ungemein zu erleichtern versprach. Zugleich kam die Nachricht, daß Clerfayt (16. August) mit etwa 15,000 Mann Oesterreichern bei Arlon angelangt sei und der Vereinigung mit den Preußen zum Angriff auf Longwy nun nichts mehr im Wege stehe. Am 20. standen die vereinigten Truppen um Longwy und hatten den Platz von allen Seiten eingeschlossen; in den nächsten beiden Tagen beschoß man die Festung, die zwar mit 2600 Mann Besatzung versehen, aber im Uebrigen vernachlässigt war und schon am 23. August sich ergab. Die Truppen erhielten gegen das — bald nachher gebrochene — Versprechen, in diesem Kriege nicht mehr zu dienen, freien Abzug, alle Vorräthe, Munition und Waffen wurden den Verbündeten übergeben und die Stadt im Namen des Königs von Frankreich von einer österreichisch-preußischen Garnison besetzt.*)

Mit diesem Erfolge trafen die ersten Nachrichten zusammen von den Ereignissen bei der Nordarmee, von Lafayette's Flucht und der Auflösung, in welche die führerlosen Truppen gerathen waren. Das österreichische Hülfscorps unter Fürst Hohenlohe-Kirchberg, das am 2. August von Mannheim nach der lothringischen Grenze aufbrach und sich bei Landau mit dem Feinde in kleine Plänkeleien eingelassen, war an dem Tage vor der Uebergabe von Longwy in Merzig angelangt und überschritt dann die Mosel, um Thionville einzuschließen und während des Vorrückens der Hauptarmee deren linke Flanke zu decken. Die Verbindung war nun nach allen Seiten hergestellt; der ganze Oberrhein schien hinlänglich geschützt, Trier besetzt und der Zustand von Mainz beunruhigte nicht, weil man theils von der Tüchtigkeit der militärischen Führung dort, theils von dem patriotischen Eifer der kleinstaatlichen Regierungen am Rhein besser dachte, als beide verdienten.

So ward am 29. August mit dem Hauptheer von Longwy aufgebrochen und auf Verdun marschirt, das mit etwa vierthalbtausend Mann besetzt, aber freilich in schlechtem Vertheidigungszustande und von einer nichts weniger als revolutionär gesinnten Bürgerschaft bewohnt war. Am 31. August war die Stadt eingeschlossen; eine mäßige Beschießung reichte hin, dem Widerstande des Commandanten Beaurepaire und eines Theils der Besatzung zum Trotz den Unterwerfungsgedanken die Oberhand zu verschaffen, zu welchen die städtischen Behörde und die Bürger neigten. Schon am 1. September ward ein Waffenstillstand verabredet; am nächsten Tage capitulirte die Stadt mit allen Vorräthen gegen freien Abzug der Besatzung.

*) Die Emigranten waren naiv genug, zu verlangen, daß man ihnen nun sofort den Platz nebst Vorräthen u. s. w. übergebe. Es bedurfte erst eines Schreibens des Ministers Schulenburg (d. d. 30. Aug.), um sie über das richtige Verhältniß in's Klare zu setzen.

Die Einnahme der beiden Plätze schien auf den ersten Blick die Prophezeiungen derer zu bestätigen, welche einen leichten und wohlfeilen Siegeszug verkündet hatten. Gleichwohl gaben sich nur die Emigranten diesem günstigen Eindruck hin; gerade in den militärischen Kreisen war man weit entfernt, die Dinge so rosig anzusehen. Die Truppen litten Noth und entbehrten, selbst als sie im Besitze von Verdun waren, des Nothwendigsten an Lebensmitteln und Fourage.*) Der Mangel eines geordneten Requisitionssystems hatte die üble Folge, daß die Soldaten und die Führer anfingen, nach Willkür und planlos zu requiriren. Das schlimme Wetter verbreitete schon vor der Einnahme von Longwy die Ruhr im Heere; nun traten jene furchtbaren Regengüsse ein, welche den Spätsommer und Herbst des Jahres 1792 fast ohne Unterbrechung fortdauerten. Ueber die Gesinnung der Bewohner bestand aber bei allen Unbefangenen kein Zweifel mehr; war doch selbst in dem für royalistisch geltenden Verdun der Einzug der ausgewanderten Prinzen ganz kühl vorübergegangen.**) Der Tod Beaurepaire's, der sich bei der Uebergabe der Stadt eine Kugel durch den Kopf gejagt, machte auf die Preußen tiefen Eindruck und erregte selbst ihre Bewunderung;***) der zuversichtliche Ruf der abziehenden französischen Garnison: „à revoir aux champs de Chalons", zeugte wenigstens von keiner Sympathie für die gewaffnete Contrerevolution. Der Herzog von Braunschweig verbarg nun nicht mehr seinen Unmuth über die trügerischen Vorspiegelungen der ausgewanderten Franzosen. Am 1. September, als die Armee vor Verdun stand, kam es im königlichen Tafelzelt, in Gegenwart mehrerer Emigranten, zur Erörterung darüber. Sehr ernstlich hielt ihnen der Herzog alles das vor, was sie über die Leichtigkeit einer Expedition gegen Frankreich geäußert, und fragte sie, was denn aus allen den Verheißungen geworden, die sie von ihren Einverständnissen im Lande, von den vortheilhaften Gesinnungen der Festungscommandanten, dem Mißvergnügen der Linientruppen und den royalistischen Gesinnungen der Nation gegeben hätten? Niemals, fügte er hinzu, sei es seine Absicht gewesen, in einer Spitze so rasch vorzugehen und mehrere wichtige Plätze theils hinter sich, theils zur Seite liegen zu lassen, wenn sie nicht den König mit ihren grundlosen Hoffnungen getäuscht und die ganze Expedition so leicht hingestellt hätten. So dauerte die Unterhaltung geraume Zeit fort; der Herzog sprach mit vieler Entschiedenheit und so laut, daß auch die außerhalb des Zeltes Stehenden daran Theil nahmen. Sie freuten sich von Herzen, daß den Emigranten einmal derb die Wahrheit gesagt ward.†)

---

*) S. Minutoli, der Feldzug der Verbündeten im Jahre 1792 S. 141.

**) So berichtet der Kronprinz, der Augenzeuge war, in seinem Tagebuche.

***) S. Minutoli S. 139.

†) Dem angeführten Bericht des Kronprinzen entnommen.

In dem Operationsplan, den man im Mai verabredet, war es, wie wir uns erinnern, von den Umständen abhängig gemacht, ob man weiter über die Maas vorgehen werde; der Herzog aber hatte seit dem Abmarsch von Koblenz nicht verhehlt, daß er an der Maas stehen bleiben wolle. War es zu wundern, daß bei der Stimmung, wie sie sich nun aussprach, die militärische Ansicht auch anderer Personen im Hauptquartier dahin neigte, man dürfe nicht weiter vorgehen, müsse sich auf die Einnahme der Maasfestungen, die Belagerung von Thionville und Saarlouis beschränken und in dieser Stellung, gegen alle Ungunst der Jahreszeit geschützt, die ferneren Ereignisse abwarten? War man dann im Besitz der Festungslinie von Verdun bis Givet, war die rechte Flanke durch die österreichische Armee in den Niederlanden, die linke durch Hohenlohe-Kirchberg genügend gedeckt, so konnte man, das war die Meinung, mit aller Zuversicht den Ergebnissen des nächsten Feldzuges entgegensehen. So die Ansicht des Herzogs und einer Anzahl einflußreicher Officiere. Dagegen ward von anderer Seite eingewandt, daß gerade dieser Feldzug nicht auf Belagerung von Festungen berechnet sei, daß man der Belagerungsgeschütze, der nöthigen Depôts und Munition entbehre und daß der ganze Kriegsplan den Zweck habe, durch ein rasches Erscheinen zu schrecken und eine Gegenrevolution zu bewirken. Nur wenn die anderen Maasfestungen so leicht zu haben wären, wie Longwy und Verdun, sei jener Plan ohne Bedenken; leistete z. B. Sedan Widerstand, dann bliebe wahrscheinlich keine andere Wahl, als ein verlustvoller Rückzug. Daß nicht alle Plätze so wohlfeil zu nehmen wären, beweise Thionville, das die Emigranten durch Einverständnisse zu erlangen sich gerühmt hätten und an dem jetzt die Versuche des Hohenloheschen Corps scheiterten; und liefe man dann nicht, bei einem mißlungenen Angriff auf Thionville oder Sedan, ernstlich Gefahr, inzwischen Verdun wieder zu verlieren und so um die ganze Frucht des Feldzugs gebracht zu werden? Drum bliebe immer der natürlichste Plan der, den zwar nicht die regelrechte Taktik, aber die politischen Verhältnisse anempfahlen: rasch vorzudringen, die royalistischen Stimmungen zu nützen, den Franzosen eine glückliche Schlacht zu liefern und dadurch mit einem Male den Umschlag für die Sache des Königs hervorzurufen.*)

Dieser Zwiespalt der Meinungen, selbst in den rein militärischen Kreisen, ist nicht auffallend, da noch heute eben dort über den Feldzug keine Einstimmigkeit des Urtheils herrscht. Denn zu jener vorsichtigen und methodischen Kriegführung neigen auch jetzt noch sachkundige Autoritäten. Eine Armee, sagt eine von diesen, reist nicht im Postwagen und findet kein Unterkommen in Wirthshäusern; dazu gehören andere Dinge, und wenn man auch früher geglaubt hatte, dieser entübrigt sein zu können, so mußte die erlangte Ueberzeugung vom Gegentheil einen Stillstand herbeiführen, dessen Folgen sich nicht

*) Nach dem handschriftl. Berichte von Lecoq.

gleich überſehen ließen. Es iſt möglich, daß ein mit einem hohen Grade von Kühnheit begabter Feldherr ſich über dieſe Rückſichten hinweggeſetzt und das Ziel ſeiner Unternehmung erreicht hätte; allein die Kühnheit ſetzt Viel und oft Alles auf einen Wurf, und nicht jeder iſt zu Wagſtücken geneigt. Wer hoch ſpielen will, der muß wenigſtens Herr über die Summen ſein, die er auf's Spiel zu ſetzen gedenkt, und wer etwas wagen ſoll, der muß auch die Ausſicht haben, einen verhältnißmäßigen Gewinn zu machen. Allein was hatte die preußiſche Armee zu erwarten? Wenn das Wageſtück gelang, ſo wurde ihr die Ehre zu Theil, den franzöſiſchen Monarchen wieder in ſeine Rechte eingeſetzt zu haben; im unglücklichen Falle aber verlor ſie 50,000 Menſchen, ein ungeheures Material an Ausrüſtungskoſten, Ehre und Reputation und wer weiß, was noch mehr.

Dieſen bedächtigen Erwägungen ſteht heute, wie damals, die Meinung derer entgegen, welche die Verfallenheit der franzöſiſchen Streitkräfte, die innere Zerrüttung des Landes, den ganzen Zweck und die Anlage des Feldzugs für Gründe genug halten, von der gewöhnlichen Regel abzugehen. Von dieſer Seite wird es als ein „Gebot der geſunden Vernunft“ bezeichnet, von Verdun gleich die Vorhut nach den Argonnen vorzuſchieben, den Feind aufzuſuchen, wo er zu ſchlagen war, und da man ihm früher bei Sedan nicht entgegengegangen, ihm lieber bei Chalons oder Grandpré in den Weg zu treten. Die Sorge, Verdun möchte verloren gehen, wenn die Armee ſich davon entferne, wird von den Anhängern dieſer Meinung faſt komiſch gefunden und in das Urtheil des alten Huſarenführers Wolfradt eingeſtimmt, der die gelehrten Strategen des Generalſtabs wegen der Wichtigkeit, die ſie dem Abſchneiden und Abgeſchnittenwerden beimaßen, ſarkaſtiſch die „Abſchneider“ genannt hat.*)

Wir ſind in dieſe verſchiedenen Anſichten eingegangen, nicht um uns ein techniſches Urtheil darüber zu geſtatten, ſondern nur um zu zeigen, welches für die beiden einander entgegenſtehenden Geſichtspunkte — die hergebrachte methodiſche Kriegführung und die kühne, durch das Ungewöhnliche der Lage motivirte Strategie — die Gründe waren, ſo und nicht anders zu denken. Wir können nicht einmal ſagen, für welchen von beiden Wegen der Erfolg geſprochen hat; denn das Unglück war eben, daß keine der beiden vorgezeichneten Richtungen, der kecke Angriff, wie das bedächtige Verharren an der Maas, rein und conſequent verfolgt worden iſt.

Der Herzog mit ſeinem Generalſtab war für das Bleiben an der Maas und verfocht dieſe Meinung in Verdun mit aller Lebhaftigkeit; der König,

*) Die entgegenſtehenden Anſichten ſind einerſeits in Wagner's Feldzug von 1793. Berlin 1831. S. VIII. und von Minutoli, Geſchichte des Feldzugs von 1792. S. 17—19, andererſeits in (Valentini's) Erinnerungen eines alten preuß. Offiziers. Glogau 1833. S. 3 ff. dargelegt.

die Emigranten und der soldatische Instinkt der Massen waren für kühnes Vorgehen. Daß bei dem König die Erinnerung an das ursprüngliche Ziel des Feldzugs und der Gedanke an das Schicksal Ludwigs XVI. noch mehr, als die Vorstellungen der Emigranten und ihrer Agenten dazu beitrugen, die langsame und zögernde Taktik des Herzogs zu verwerfen, ist unzweifelhaft; wie sollte er, nach den ersten Erfolgen von Longwy und Verdun, nun plötzlich furchtsam Halt machen und den gefangenen König bis zum nächsten Jahre in den Händen wüthender Factionen lassen? Wir begreifen, daß dies für Friedrich Wilhelm II. eine moralische Unmöglichkeit war; für ihn hieß es „Vorwärts", auch wenn er sich nur daran erinnerte, warum er gegen Frankreich zu Felde ausgezogen war. Wie schüchtern oder wie entschieden der Herzog dem gegenüber seine Meinung verfochten haben mag, sie konnte sich dieser persönlichen Situation und Stimmung des Königs gegenüber nicht behaupten. Der Herzog gab nach und es ward beschlossen, vorwärts zu gehen.

Damit war das Schicksal des Feldzugs entschieden; aber nicht deßhalb entschieden, weil man damit den Weg der Vorsicht verlassen und die kecke Bahn einer abenteuerlichen Kriegführung betreten hätte, wie von einer Seite behauptet worden, sondern weil aller Voraussicht nach der kühne und rasche Entschluß des Königs nur eine furchtsame und zögernde Vollziehung fand. Dem König gegenüber in seiner Meinung unwandelbar zu beharren oder lieber den Oberbefehl abzugeben, das hatte der Herzog nicht über sich vermocht; er gab im letzten Augenblick wieder nach, aber mit der tiefen Ueberzeugung, daß das zum Verderben führe, was beschlossen sei. Dies Verderben abzuwenden, wirkte er dann mit seiner zaghaften Vorsicht den kühnen Entschlüssen stillschweigend entgegen, zauderte und wich jedem raschen und kecken Schlage geflissentlich aus, so daß allerdings das nicht geschah, was der König vor Verdun gewollt hatte. Vielmehr erfolgte das Unglücklichste von Allem; indem er die möglichen Vortheile verscherzte, welche entweder das Bleiben an der Maas oder das kühne Vordringen auf Paris unzweifelhaft gewährte, ging der Herzog einen inconsequenten Mittelweg, der keinen sicheren Erfolg bot, wohl aber die doppelten Nachtheile einer zugleich unbesonnenen und schüchternen Kriegführung bereiten konnte.

Hätte der Herzog freilich eine genaue Kenntniß von den militärischen Zuständen auf französischer Seite gehabt, er wäre bei aller seiner bedächtigen und methodischen Kriegführung wahrscheinlich doch rasch auf das Ziel losgegangen, wie es der König wollte. Aber einmal fehlte es durchaus an genauen Mittheilungen über die Zustände im feindlichen Lager und dann hatte die Enttäuschung, die nach den Prahlereien der Emigranten eintrat, die natürliche Folge, daß man nun die Kräfte und Mittel der Gegner überschätzte. So wußte man im preußischen Hauptquartier nicht, wie groß die Zerrüttung im Heere seit den Augustereignissen, wie gering der Zuzug, wie mangelhaft

alle militärischen Mittel waren. Schwerlich wäre der Moment nach Lafayette's Flucht unbenutzt geblieben, hätte man die ganze Noth der Franzosen gleich anfangs gekannt. Wohl war jetzt in Dumouriez der Armee ein neuer Führer gegeben worden, der rührig und unverzagt zum bösen Spiele gute Miene machte, mit abenteuerlicher Keckheit die Gefahr verachtend für jede neue Verlegenheit neue Auskunftsmittel in Bereitschaft hielt, überhaupt der wachsenden Noth eine gute Dosis französischen Leichtsinns entgegenstellte, die zu der vorsichtigen und methodischen Art des preußischen Oberfeldherrn in einem sonderbaren Gegensatze stand. Aber das unbegrenzte Selbstvertrauen auf sein Talent und eine großartige Leichtfertigkeit ließen ihn viel grellere Mißgriffe begehen, als die, welche man dem Herzog vorwarf. War er doch noch in der zweiten Hälfte des August mit seinem Lieblingsplane, der Eroberung Belgiens, ernstlich beschäftigt und gleichwohl konnte man in einem Augenblick, wo die Verbündeten die Maasfestungen theils wegnahmen, theils bedrohten, ein solches Unternehmen kaum anders als abenteuerlich nennen. So sah es auch der Kriegsminister Servan an, der gegen die Meinung des Feldherrn und seines Kriegsrathes den Gedanken festhielt, man müsse zunächst das Vordringen der deutschen Armee hindern und zwar durch eine geschickte und starke Aufstellung in dem Argonnerwalde.*) Indessen man darüber hin- und herschrieb und hochtönende Pläne machte, den Verbündeten plötzlich im Rücken Belgien wegzunehmen, gingen Longwy und Verdun verloren, breitete sich die Armee der Verbündeten an der Maas in einer Stellung aus, die vor Allem die Vereinigung Dumouriez's mit Kellermann, der bei Metz stand, fast unmöglich zu machen schien. Griff der Herzog nun vollends rasch zu und besetzte die nur zwei Märsche von Verdun entfernten Pässe des Argonnerwaldes, so war nach übereinstimmender Ansicht aller Sachverständigen die Lage der Franzosen geradezu verzweifelt. Dieser Argonnerwald, der zwischen Verdun und St. Menehould den Weg verlegte, war zwar kein Thermopylenpaß, wie ihn Dumouriez pathetisch nennt, wohl aber ein weit ausgedehntes Gehölz mit mäßigen Höhen und engen Thaleinschnitten, dessen lehmiger und feuchter Boden bei nassem Wetter schwer zugänglich war, durch anhaltende Regengüsse aber in undurchdringliche Moräste umgewandelt werden konnte. Die Franzosen hatten von Sedan aus bis nach dem nächstgelegenen wichtigeren Passe dieses Höhenzuges, bis Grandpré, ungefähr zwölf Meilen, die Verbündeten von Verdun bis zum nächsten Defilé, bis zu den sogenannten Islettes, nur sechs Meilen zurückzulegen; gleichwohl unterließ es der Herzog, ein Corps dahin zu schicken, weil es allen Regeln widerspreche, zwischen zwei feindlichen

*) S. darüber Sybel I. 567 f. namentlich gegen Dumouriez selbst, der sich bekanntlich nachher das Verdienst zuschrieb, wie die komische Phrase lautet, die Argonnen „als Frankreichs Thermopylen" erkannt zu haben. Was es mit diesen Thermopylen auf sich hatte, werden die folgenden Vorgänge zeigen.

Armeen, die zu Sedan und Metz standen, sich so weit vorzuwagen.*) In allen diesen entscheidenden Momenten rächte sich die kurzsichtige Sparsamkeit der Kriegsrüstung auf's Bitterste; hätte der Herzog die 20—30,000 Mann gehabt, die Oesterreich versprach, aber nicht lieferte, schwerlich überwogen dann in ihm jene vorsichtigen Bedenken, welche ihm die Zahl seiner Truppen wecken mußte.

Dumouriez zögerte, nachdem Verdun einmal verloren schien, keinen Augenblick, sich diese Bedenken zu Nutze zu machen; an dem Tage, bevor die Stadt sich ergab (1. Sept.), brach er rasch gegen die Argonnen auf und näherte sich am 4. Sept. dem Passe von Grandpré, indeß Dillon über Varennes nach St. Menehould vorgerückt war und das Defilé Islettes (5. Sept.) besetzte. Dort wollte man die Vereinigung mit Kellermann herstellen, der versprochen hatte, von Metz über Commercy und Barleduc vorzugehen, um etwa in der Mitte des Monats einen starken Tagemarsch südlich von St. Menehould einzutreffen. Im Lager der Verbündeten weckte diese Wendung nicht nur keine Sorge, sondern Freude; wir wurden, sagt Massenbach, als die Nachricht von der bevorstehenden Vereinigung Kellermanns und Dumouriez's eintraf, alle neu belebt, weil man mit einiger Hoffnung einer schönen Zukunft entgegensehen zu dürfen glaubte und, wie es schien, die ganze Macht des Feindes mit einem Schlage zu Boden werfen wollte. So blieb die Armee acht Tage (3—11. Sept.) in der Umgebung von Verdun, bis die einzelnen Abtheilungen herangezogen und die Magazinanstalten getroffen waren, als deren Mittelpunkt man Verdun auserwählte. Mittlerweile hatte sich Dumouriez in den Argonnen festgesetzt; zog Verstärkungen aus dem Innern an sich und sah der Annäherung Kellermanns mit Sicherheit entgegen; er hatte die ganze Keckheit, die acht Tage vorher doch etwas wankte, jetzt wiedergefunden und imponirte durch seine zuversichtliche Haltung den Soldaten, deren moralische Stimmung nach den Vorgängen vom August allerdings einer starken Aufrichtung bedurfte.

Am 11. Sept. endlich brach der Herzog von Verdun gegen Landres auf; die Argonnen sollten jetzt durch Umgehung genommen werden. Kalkreuth ward gen Briquenai entsendet, um sich dort mit Clerfayt zu vereinigen, der bisher gegen Stenay gewendet, die Franzosen auf dieser Seite von Verdun abgehalten hatte; am 12. Sept. erfolgte die Vereinigung. Durch eine geschickt und energisch ausgeführte Bewegung bemächtigte sich Clerfayt des Punktes bei Croix aux Bois, behauptete sich gegen den lebhaften Angriff der Franzosen und zwang sie dadurch, den nun unhaltbaren Posten bei Grandpré zu verlassen (14. Sept.). Eine kühne und zugreifende Kriegführung hätte von diesem Unfalle den allerentscheidendsten Vortheil ziehen können. Die Truppen, kaum erst aus der Zerrüttung des August etwas gehoben, waren

*) S. Massenbach I. 54.

durch die Schlappe bei Croix aux Bois völlig demoralisirt und die Verfolgung einiger Schwadronen preußischer Husaren reichte hin, Tausende von flüchtigen Franzosen in panischem Schreck gegen St. Menehould, Chalons und Rheims zu jagen. Dumouriez hatte alle Mühe zu hindern, daß die Fliehenden nicht das Gros der Armee mit sich fortrissen; ohne seine und seiner Untergenerale Besonnenheit wäre diese Flucht von Grandpré wahrscheinlich der entscheidende Tag des Feldzuges geworden. Wir können uns darum vollkommen in die Stimmung des Königs denken, der auf die Nachricht von Dumouriez's Rückzug heftiger als je auffuhr, nach seinem Pferde verlangte und dem Major Massenbach, der die Botschaft gebracht, zürnend den Vorwurf zurief: „Warum hat man mir den Rückzug nicht früher gemeldet? Nun wird der Feind mir entwischen!" Nicht allein die Gegner der methodischen Kriegführung des Herzogs klagen hier, daß der „König den Willen, nicht aber die Einleitung und Ausführung in Händen behalten hatte und deshalb den künstlichen Bewegungen seines Feldherrn nicht gründlich zu begegnen vermochte", sondern auch die Vertheidiger geben zu, daß es ein großer Fehler war, den Feind wieder zu Athem kommen zu lassen, indem man, statt ihn rastlos zu verfolgen (16. und 17.), bei Grandpré wieder aus „Brod- und Backgründen" ein paar Tage stehen blieb*).

Indessen hatte Dumouriez sich auf St. Menehould zurückgezogen und hielt den dortigen Höhenzug besetzt; an ihn lehnte sich gegen die Argonnen zu Dillon, der seit dem 5. in dem Passe der Islettes eine feste Aufstellung genommen hatte. Von Chalons her traf vom 18. zum 19. Sept. Beurnonville bei Dumouriez ein; am nämlichen Tage erfolgte auch die Vereinigung mit Kellermann, der von Metz 17,000 Mann herbeiführte. So war der größte Theil der französischen Streitkräfte, gegen 60,000 Mann stark, zwischen St. Menehould und den Argonnen vereinigt; es konnte nun der Schlag auf die ganze feindliche Armee erfolgen, dem man im preußischen Lager mit so lebhafter Sehnsucht entgegengesehen. Die verbündete Armee war nach der Rast bei Grandpré die Aisne heraufgezogen und näherte sich der Ebene westlich von den Argonnen, welche, nach der Marne hin ausgebreitet, ihr den Weg gegen Chalons und Rheims eröffnete. Massenbach bezeichnet als die Idee des Herzogs: sofort an der Herstellung der Gemeinschaft mit Verdun zu arbeiten, mit dem linken Flügel auf dem Rücken des Argonnengebirges vorzugehen und durch ein zweites Manövre die feindliche Armee zu nöthigen, nicht nur dieses Gebirge zu verlassen, sondern selbst hinter die Marne zu fliehen. Sie dann auf dem Rückzuge anzugreifen und zu schlagen, das mußte ihr, so dachte man im Hauptquartier, das sichere Verderben bereiten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese methodische Operation,

*) S. die Erinnerungen eines alten preuß. Offiziers S. 5. Massenbach I. S. 67. 68.

wenn sie consequent durchgeführt ward, ihr Ziel erreichte; aber das Mißgeschick dieses Feldzuges war eben, daß man keinen der gefaßten Pläne unverrückt bis zum Ende vollzog. Wieder machte sich der Doppelgeist in der Führung geltend; hatte vorher des Herzogs Bedächtigkeit das schnell entschlossene Handeln des Königs gehemmt, so trat diesmal Friedrich Wilhelms Neigung zum raschen Angriff der Entwickelung des herzoglichen Planes in den Weg. Die Armee war am Mittag des 19. Sept. eben im Begriff, sich auf den Höhen von Massige zu lagern, wie es dem Entwurf des Herzogs entsprach, als der König befahl, sofort gegen Somme Tourbe aufzubrechen. Es war nämlich die irrige Nachricht eingetroffen, Dumouriez rüste sich aus seiner Stellung von St. Menehould sich nach Chalons zurückzuziehen; der König wollte den Feind nun nicht zum zweiten Male, wie am 14. und 15. bei Grandpré entwischen lassen, fand den Plan des Herzogs zu langsam und entschloß sich, frischweg in der Richtung vorzugehen, wo er den Feind finden mußte.

Wohl waren die Franzosen nicht im Rückzuge begriffen, aber ihre Stellung doch von der Art, daß der rasche Angriffsplan des preußischen Monarchen ihnen sehr gefährlich werden konnte. Kellermann hatte, wie es scheint aus Mißverständniß eines Befehles von Dumouriez, sich nicht auf dessen linker Flanke aufgestellt, sondern war auf die Höhen von Valmy vorgegangen. Dort stand er dicht zusammengedrängt; sein eigenes Gepäck hemmte ihn in der freien Entwicklung seiner Kräfte, und Dumouriez war wenigstens so weit entfernt, daß er nicht sofort zur Stelle sein konnte. Allerdings war die französische Armee im Ganzen an Zahl der verbündeten überlegen*), aber dies ward durch die bessere Disciplin und Kriegsfähigkeit der letzteren vollkommen ausgeglichen. Zudem — wie ein ausgezeichneter preußischer Veteran sagt — stand die Regel, so genau seine Feinde zu zählen, nicht in den Instructionen Friedrichs des Großen. Die ganze Situation mußte zum Kampfe ermuthigen. Die französische Armee, zwischen der Bionne und Auve eingeschlossen, im Rücken die Aisne und das von den Verbündeten besetzte Verdun, vorwärts von Chalons abgeschnitten, war nach einer verlorenen Schlacht in einer ganz verzweifelten Lage; die Flucht nach Vitry konnte ihr dann leicht verlegt werden, der Rückzug über die Aisne und die Argonnen trieb sie einem feindlichen Corps in die Arme.**) Und daß die Schlacht wahrscheinlich verloren würde, dafür sprach doch Alles: die Trennung Kellermanns von Dumouriez, die Art seiner Aufstellung bei Valmy und die militärische Ueberlegenheit des verbündeten Heeres über die Franzosen.

Es war ungefähr 7 Uhr, als am Morgen des 20. Sept. die Avant-

*) Die preußische betrug zwischen 30 und 40,000; die französische war ungefähr um 20,000 stärker.

**) S. die Erinnerungen S. 7. 8.

garde der preußischen Armee, unter dem Erbprinzen von Hohenlohe, sich aus ihrer nächtlichen Aufstellung den Höhen von Valmy näherte; Alle hofften, jetzt werde es einmal zur Schlacht kommen, und freuten sich der endlich näher gerückten Entscheidung. Als sich das Corps im Anmarsch zeigte, kam vom Feind ein lebhaftes Geschützfeuer, dessen Lärm aber größer war als der Schaden. Die Preußen entwickelten sich auf den benachbarten Höhen indessen ungehindert und säumten nicht, durch ihr Geschütz die feindliche Begrüßung wirksam zu erwidern. Obwohl der dichte Nebel den größten Theil des Morgens die freie Aussicht über die Bewegungen des Feindes hemmte, gaben die preußischen Geschütze doch ein gut gezieltes Feuer auf die Höhen von Valmy, und als einige Pulverwagen aufflogen, entstand, wie Kellermann selber eingesteht, eine Verwirrung, die alle Anstrengung der Offiziere erforderte, wenn eine Niederlage abgehalten werden sollte. Erfolgte in diesem Augenblicke ein energischer Angriff auf die Höhen, so waren die Franzosen unzweifelhaft verloren. Die Preußen hofften das auch und waren des besten Muthes; dies Kanoniren erschien ihnen fast scherzhaft. „Dies Alles — schreibt der Kronprinz in seinem Tagebuche — kam mir noch so revue- und manövermäßig vor, daß ich bei ganz heiterer Laune und Zuversicht blieb, zu den Grenadieren von des Herzogs Regiment ritt und ihnen scherzschaft den Butterberg bei Cörbelitz wies, den wir angreifen sollten, was sie mit tröstlichem Gesicht und freundlichem Lächeln erwiederten.“ Diese ruhige Zuversicht der Truppen bildete allerdings einen merkwürdigen Gegensatz zu der Verwirrung im französischen Lager; sie gab die sichere Bürgschaft des Sieges, mochten die Zahlen noch so ungleich sein.

Aber rasch mußten die Momente der Verwirrung benutzt werden, wenn der Erfolg leicht und sicher sein sollte. Wir haben am Tage zuvor gesehen, wie des Königs Entschlossenheit den Herzog zu schnellerer Action antrieb; nun war es wieder der Herzog, welcher die ungeduldige Angriffslust des Königs vom Ziele ablenkte. Beide waren, wie der Kronprinz in seinem Tagebuche versichert, an diesem Tage sichtbar gespannt; „jeder berathschlagte und recognoscirte für sich“, der Kronprinz bemühte sich vergebens, aus ihren Aeußerungen einen einmüthigen Entschluß herauszulesen. Nur traten die Bedenken des Herzogs wieder mit aller Bestimmtheit hervor; er hielt eine förmliche Schlacht für unbedingt verwerflich. Ob es wirklich die Erinnerung an die ähnlich gelegenen Höhen in der Wetterau war, wo er im siebenjährigen Kriege gegen die Franzosen unglücklich gewesen, was ihn mit einer fast abergläubischen Besorgtheit erfüllte — genug, er widerrieth die Schlacht, und der König schien denn doch auch nicht gegen den Rath der ersten militärischen Autorität handeln zu wollen. Es war ohne Zweifel ein unglückliches Verhängniß, nicht jetzt allein, sondern auch später, daß in einem Staate, wo mehr als irgendwo sonst seit dessen Bestehen der König allein und vorzugsweise gewohnt war, an der Spitze seines Heeres zu befehlen, nun diese mo-

narchiſche Unbedingtheit des Commandos gegen ein Abwägen und Berathen mehrerer Autoritäten vertauſcht war, das alle raſche und eingreifende Action lähmte.

Als der König am Mittag auf dem Schlachtfelde eintraf, war zwar der günſtigſte Moment ſchon verloren und den Franzoſen bereits Zeit gegeben, die Folgen von Kellermanns Mißgriff einigermaßen abzuwenden; aber auch jetzt noch, wenn der König, ſeinem militäriſchen Inſtinct folgend, raſch angriff, war aller menſchlichen Wahrſcheinlichkeit nach der Sieg geſichert. Statt der Schlacht entſchloß ſich der Herzog zu einer Demonſtration; der Feind ſollte auf ſeiner Anhöhe ſtark beſchoſſen und dadurch zum Rückzuge gezwungen werden, man wollte ihn dann verfolgen. So begann jene Kanonade, von der Valentini ſagt: eine fruchtloſe Kanonade koſtet bei weitem mehr, als eine herzhafte Schlacht. Jeder Theil verſchoß etwa 20,000 Kugeln und Granaten, es wurden dadurch ein paar hundert Menſchen und Pferde getödtet*), auch demontirten die Preußen einige feindliche Geſchütze, aber der Erfolg hob ſich auf, die Preußen wie Kellermann behaupteten bis zum Abend, wo das Feuer ſchwieg, ihre Stellung. Im Dunkel der Nacht verließ dann Kellermann ſeine vorgeſchobene Poſition und ſtellte ſeine nähere Verbindung mit Dumouriez wieder her.

Wir haben die Vorgänge im Einzelnen verfolgt, nicht weil dieſe berühmte Kanonade auch nur mit irgend einer nennenswerthen Schlacht der nächſten 23 Jahre verglichen werden kann, ſondern weil ſie durch ihre moraliſchen Folgen der Wendepunkt dieſes Krieges geworden iſt. In jeder andern Lage wäre dieſe militäriſche Evolution ganz ſpurlos vorübergegangen, in dieſer eigenthümlichen Verkettung der Umſtände erhob ſie ſich zur Bedeutung eines weltgeſchichtlichen Ereigniſſes. Wie es ſo gekommen iſt, daß der ſchon aufgehobene Arm der Preußen wieder inne hielt und ſie ſich die ſchönſte und wohlfeilſte Gelegenheit des Sieges entſchlüpfen ließen, darüber hat man die wunderlichſten Deutungen verſucht; geheime Verabredungen, Geld und weiß der Himmel was noch ſollen die Urſache geweſen ſein. Uns ſcheint, die ſchlichte Darlegung der Ereigniſſe, wie ſie ſich ſeit Longwy und Verdun entwickelten, wird jeden Unbefangenen überzeugen, daß Alles mit natürlichen Dingen zugegangen iſt.

Die Gelegenheit des Sieges, die ſich das deutſche Heer hatte entſchlüpfen laſſen, war nicht nur augenblicklich verloren; es war gewiß, ſie bot ſich niemals ſo wieder dar. Für die Franzoſen, als Neulinge im Kriegshandwerk, war es — wie Valentini ſagt — ſchon genug, nicht geſchlagen zu ſein; die jungen Schaaren hatten in der Kanonade gelernt, daß nichts im Kriege ſo gefährlich iſt, als es ausſieht. Zum erſten Male war an dieſem Tage ihr

*) Die Angaben über den Verluſt der Preußen ſchwanken zwiſchen hundert und zweihundert Mann; die Franzoſen haben 3—400 verloren.

militäriſches Selbſtbewußtſein erwacht und der Zauber der Unüberwindlichkeit der Armee Friedrichs des Großen war für ſie dahin. Ihr Selbſtvertrauen und ihr Hochmuth war jetzt ſo groß, wie noch wenige Tage zuvor bei Grandpré ihre Angſt und ihr paniſcher Schrecken. Auf der andern Seite war bei den Preußen die Stimmung tiefer Niedergeſchlagenheit eingezogen. Zu den äußeren Entbehrungen, dem Mangel, der ſie vier Tage ohne Brod ließ, dem Regen und der Kälte, wodurch die Ruhr immer hartnäckiger ward, kamen nun die widerwärtigen Eindrücke, wie ſie der 20. September erwecken mußte. War auf der einen Seite durch den lebhaften Widerſtand der Franzoſen auch die letzte Emigrantenilluſion von royaliſtiſcher Geſinnung und Abfallsneigungen der Soldaten gründlich beſeitigt, ſo erregte es doch im Heere zugleich ein Gefühl von Zorn und Beſchämung, daß man durch eigene Unentſchloſſenheit den Uebermuth der Anderen geſteigert hatte.

Von irgend einem andern militäriſchen Mißgeſchick war nicht die Rede. Noch am Abend des 20. Sept. traf Clerfayt's Corps auf dem Schlachtfelde ein und die verbündete Armee behielt ihre Stellungen, indeß Kellermann die ſeinige verlaſſen hatte. Wohl war es nicht rathſam, daß ſie in dieſer nun werthloſen und in mancher Hinſicht bedenklichen Poſition längere Zeit verblieb, aber die Franzoſen waren ungeachtet des Tages von Valmy noch lange nicht über alle Gefahren hinweg. Es konnte in dem Hauptquartier der Verbündeten nachträglich noch irgend ein kühner, unerwarteter Entſchluß zur Reife kommen, womit man das Verſäumniß vom 20. gut zu machen dachte; dann war eben, trotz der Kanonade jenes Tages, die militäriſche Tüchtigkeit und Uebung doch wieder ganz auf Seiten der deutſchen Truppen, und es gelang vielleicht nicht zum zweiten Male, ſo wohlfeil wie bei Valmy wegzukommen. Dies zu hindern, übte Dumouriez eine Taktik, welche auf die Herabſtimmung der früheren Illuſionen gut berechnet war: er knüpfte Unterhandlungen an, um die Verbündeten mit der leeren Hoffnung einer friedlichen Reſtauration hinzuhalten und inzwiſchen jede kühne, angreifende Thätigkeit von ihrer Seite zu lähmen. Vielleicht gelang es ihm gar, der preußiſchen Politik den Krieg zu verleiden und die öſterreichiſch-preußiſche Verbindung, deren wunde Stellen ihm nicht verborgen waren, zu ſprengen.*)

Es kam ihm dabei der Eindruck der letzten Vorgänge und der Zufall gleich glücklich zu Statten. Ein erwünſchter Zufall und nichts Anderes war es, daß am 20. eine ſtreifende Colonne, die in den Rücken der preußiſchen

*) Die folgenden Unterhandlungen ſind aus den nämlichen ungedruckten Quellen geſchöpft, aus denen Sybel das richtige Verhältniß ermittelt und dargeſtellt hat. Indem wir ganz ins Detail eingehen und die Actenſtücke ſo viel wie möglich ihrem Wortlaut nach wiedergeben, glauben wir der Berichtigung der einzelnen Irrthümer überhoben zu ſein, die kaum an einer Stelle der Geſchichte jener Zeit mit ſolcher Zuverſicht aufgetreten ſind, wie hier.

Armee gerathen war, dort beim Train eine Anzahl Gefangene machte, unter ihnen den Cabinetssecretär Lombard. Möglich, daß dieser die Stimmungen nicht verhehlte, die auch im preußischen Hauptquartier anfingen laut zu werden: Abneigung gegen diesen wenig lohnenden Krieg, Bereitwilligkeit ein Abkommen zu schließen, wenn man nur eine sichere Aussicht auf die Restauration des Königthums dagegen erhielt. Nicht der König, auch nicht die Stimmung des Heeres neigte zu dieser Ansicht, wohl aber Diejenigen, die von Anfang an dem Kriege abhold gewesen, oder deren Träume von einem leichten Triumphzug nach Paris nun ebenso rasch in lebhaften Widerwillen gegen den Krieg umgeschlagen waren. Zu ihnen gehörte namentlich eine einflußreiche Person in der nächsten Umgebung des Königs, der Generaladjutant Oberst Manstein, ein Mann, der jetzt und später auf die politischen Dinge die allerunmittelbarste Einwirkung geübt hat, und dessen Briefwechsel mit den in bedeutendsten Persönlichkeiten im Militär und der Diplomatie die reichsten Aufschlüsse über das geheime politische Gewebe jener Tage gewährt. Manstein gehörte dem Kreise an, den Bischofswerder und Wöllner repräsentirten; aber er trieb die Politik zunächst im eigenen persönlichen Interesse, folgte den Schritten auch der ihm befreundetsten Personen nur mit lauerndem Mißtrauen und übte in seinem scheinbar strengen, fast finstern äußeren Auftreten einen unverkennbaren Einfluß auf die arglose Seele des Königs. Manstein hat damals den lebhaftesten Antheil an den Besprechungen mit Dumouriez gehabt, wie er später am zähesten und unermüdlichsten auf die Lostrennung der Preußen von der Coalition hingearbeitet hat.

Der Gedanke, mit Dumouriez zu unterhandeln, war schon acht Tage zuvor in ganz unverfänglicher Weise aufgetaucht; der preußische Oberfeldherr, wie der Führer des österreichischen Corps (Hohenlohe-Kirchberg) waren sich darin begegnet. Man lebte der Hoffnung, Dumouriez sei des wüsten revolutionären Treibens satt und werde vielleicht die Hand bieten zu einer monarchischen Restauration. Damals war Dumouriez, mit dem peinlichen Rückzug von Grandpré beschäftigt, dem Vorschlag ausgewichen; jetzt, wo die Umstände sich ganz anders gestaltet, kam er selber darauf zurück. Er hoffte, wie er nachher an den Kriegsminister schrieb, sich auf 80,000 Mann zu verstärken und inzwischen die Feinde mit eitlen Unterhandlungen zu amüsiren. Die Gefangenschaft Lombards und seiner Schicksalsgefährten, wegen deren Herausgabe am 21. Sept. eine der zweideutigen Persönlichkeiten jener Zeit, Generalmajor Heymann, zu den französischen Vorposten geschickt ward, bot einen günstigen Anlaß der Annäherung. Dumouriez hatte dem Cabinetssecretär, als er ihn frei ließ, eine Denkschrift mitgegeben, welche die Lage der Verbündeten als sehr kritisch bezeichnete, die französischen Streitkräfte übertrieb und durchblicken ließ, daß man durch friedliches Abkommen eher als durch Fortsetzung des Kampfes das Schicksal des gefangenen Königs mildern werde. Der Herzog und Manstein begegneten sich diesmal in der Meinung, man dürfe dies An-

erbieten nicht abweisen. Am 22. Sept. traf man sich wieder bei den Vorposten, Heymann und Manstein mit Dumouriez und Kellermann, und verabredete sich, am folgenden Tage eine Besprechung zu Dampierre sur Auve zu halten. Mochten die beiden Persönlichkeiten, die Preußen vertraten, gegründete Bedenken wecken, die Vorschläge, wozu sie zunächst ermächtigt, waren unverfänglich. Die Grundlagen, auf welchen man unterhandeln wollte, waren: Freiheit des Königs, Herstellung seiner Autorität sowie Begründung einer Regierungsform, welche dem Wohle Frankreichs entspricht, und Einstellung der revolutionären Propaganda. Damit waren die Hauptgesichtspunkte, unter denen man den Krieg unternommen, festgehalten. Diesen Entwurf legte man (23. Sept.) Dumouriez vor; er gab wortreiche Versicherungen, ohne sich jedoch auf etwas Bestimmtes einzulassen, und erklärte, er werde den Vorschlag an den Convent schicken. Im Uebrigen verabredete man nur, während dieser Besprechungen die Neckereien der Vorposten einzustellen.*)

Die Verantwortlichkeit der weiteren Verhandlung trug Manstein; es enthüllte sich bald, daß er dabei die Linie überschritt, die man im Hauptquartier wollte eingehalten wissen. Er lud am 24. Sept. Dumouriez zu sich ein, um nebst einem Begleiter von Paris bei ihm zu speisen und sich dem König selbst vorstellen zu lassen; der Begleiter war Westermann, Dantons Freund, dessen jüngste politische Thaten allein schon für den König Grund genug gewesen wären, sich mit ihm nicht tiefer einzulassen. Dumouriez sagte erst zu; aber noch am Abend kam ein zweites Schreiben, worin er, wie Lucchesini richtig bemerkt, unter falschen Vorwänden die Einladung ablehnt und zugleich berichtet, daß ihm eben von Paris die Botschaft zukomme, der König sei abgesetzt und die Republik ausgerufen. Er bedauere, schrieb er, nicht kommen zu können; denn während seiner früheren Conferenz mit Manstein habe man auf seine Vorhut gefeuert und sie zurückzudrängen gesucht. Auch sei es wohl klüger, erst den Bescheid von Paris abzuwarten und nicht Unterhandlungen anzuknüpfen, die ganz vergeblich wären, wenn der Nationalconvent sie nicht genehmige. Er freue sich übrigens, einen so vortrefflichen Mann wie Manstein kennen gelernt zu haben; auch er bedaure einen Krieg, welcher den Grundsätzen der Philosophie, Humanität und Vernunft widerspreche. Dieser Krieg sei für Vorurtheile begonnen und werde damit enden, alle Vorurtheile zu zerstören. Manstein, statt, wie es nach den neuesten Nachrichten von Paris natürlich war, nun abzubrechen, erklärte in seiner Antwort das Feuern auf die französische Avantgarde durch ein begreifliches Mißverständniß; man habe glau-

*) Dumouriez ne signe qu'un reçu de la pièce, mais promet beaucoup en paroles à Manstein, schreibt Lucchesini in seinem Tagebuche. Lucchesini war am 7. Sept. zum Stellvertreter Schulenburgs bestimmt worden, und am 14. im Hauptquartier eingetroffen.

ben müſſen, die franzöſiſchen Truppen wollten einen Angriff machen.*) Wenn keine anderen Gründe Dumouriez vom Kommen abhielten, ſo könne er unbedenklich ſein früheres Verſprechen erfüllen; es würde während ſeiner Abweſenheit nichts unternommen werden.

Allein Dumouriez blieb bei ſeinem Entſchluſſe und ſchützte in einem weiteren Briefe (25. Sept.) vor, ſeine Soldaten hätten ihm durch eine Deputation den Wunſch ausgeſprochen, er ſolle das Lager nicht verlaſſen, eine Bitte, die er nicht habe abſchlagen dürfen. Dagegen lud er in zwei folgenden, ſehr verbindlichen Schreiben vom nämlichen Tage Manſtein ein, nach Dampierre zu kommen.**) Manſtein lehnte dies ab und ſchlug vor, Dumouriez möge einen vertrauten Mann mit den nöthigen Vollmachten in das preußiſche Lager ſenden, um ſowohl über die Auswechslung der Gefangenen als über „andere wichtige Dinge" zu verhandeln.

Jeder Andere, der nicht ſo ungeduldig in ſeinem Eifer war, wie Manſtein, hätte nach dieſen Vorgängen das Spiel von Dumouriez durchſchauen müſſen. Er wollte vor Allem die Zeit gewinnen, die er auf's Rührigſte benutzte, ſich zu verſtärken, dann wo möglich den Samen der Zwietracht zwiſchen Oeſterreichern und Preußen ausſäen. Kamen doch franzöſiſche Soldaten zu dreißig und vierzig ohne Gewehr an die preußiſchen Vorpoſten, verſicherten in deutſcher Sprache (man hatte Elſaſſer und Lothringer herausgeſucht), wie ſehr ſie die Preußen liebten, die Oeſterreicher verabſcheuten, und dieſe zudringlichen Beſuche hörten erſt auf, als man den Franzoſen anzeigte, man werde auf ſie feuern laſſen. Von dem, was man im preußiſchen Hauptquartier wollte, von der Befreiung des Königs und der Herſtellung einer monarchiſchen Ordnung, war in Dumouriez's Briefen auch nicht mit einer Sylbe die Rede. Es war klar, Manſtein hatte ſich handgreiflich dupiren laſſen, und Dumouriez war während der diplomatiſchen Kreuz- und Querzüge, womit er ihn fünf Tage lang hinhielt, unabläſſig beſchäftigt geweſen, ſeine Stellung zu verbeſſern und Reſerven an ſich zu ziehen.***)

---

*) Inwiefern auf preußiſcher Seite man mit Grund ſo etwas vermuthen konnte, iſt aus Dumouriez's eigener Darſtellung (Mém. III. 63 f.) zu erſehen. Er hielt ſich daran, daß das gegenſeitige Verſprechen, den Angriff ruhen zu laſſen, ſich nur auf die Front der Armee beziehe. „Messieurs de Manstein et Heymann proposèrent de faire cesser les tirailleries sur le front du camp, en spécifiant eux mêmes que ce ne serait que sur le front du camp. Dumouriez convint que ces tirailleries étaient inutiles et dès le soir (22.) la suspension d'armes fut établie sur le front des deux armées."

**) „Nous entrerons ensemble dans une des maisons de Dampierre et nous causerons à fond sur les interêts de deux nations faites pour s'aimer et pour être alliées."

***) In einem Berichte an das Miniſterium d. d. Hans 29. Sept. ſchrieb darüber Lucheſini: L'on s'abandonna pendant quelque tems à l'espoir illusoire, d'attacher

Am Morgen des 26. Sept. traf Lucchesini, der am 21. nach Verdun gesandt war, wieder im Hauptquartier zu Hans ein; mit ihm kam gleichzeitig aus dem französischen Lager Thouvenot, der Adjutant von Dumouriez. Rasch überschaute der Marquis aus den Mittheilungen, die man ihm machte, wie die Dinge lagen; Alles, zusammengenommen mit den Nachrichten aus Paris und den Aeußerungen Thouvenots, ließ keinen Zweifel über die wahre Absicht des französischen Feldherrn, und es kostete Lucchesini nicht viele Mühe, dem Herzog klar zu machen, daß Dumouriez die preußischen Unterhändler sehr geschickt mystificirt habe. Thouvenot's Anwesenheit hatte keine weitere Folge, als einen Austausch der Gefangenen. Der Eindruck dieser Erörterungen war noch frisch und hatte die Neigungen zur weiteren Verhandlung sehr abgekühlt, als am 27. Sept. eine neue Botschaft von Dumouriez ankam, die freilich nur Oel in's Feuer goß. Der französische General glaubte Manstein so weit weich gemacht zu haben, daß er nun unverblümter mit seinem geheimen Gedanken hervortreten könnte; allein so wie die Stimmung jetzt im preußischen Hauptquartier war, konnte er damit zu keiner ungelegneren Zeit kommen. In jener zudringlich vertraulichen Weise, die auch den Ton seiner letzten Schreiben bezeichnet, schickte er an Manstein für den König 12 Brode und eben so viel Pfund Kaffee und Zucker; das sollte einer der Beweise sein, wie sehr der preußische Monarch in Frankreich geliebt und geachtet sei! „Wie haben wir — fuhr er fort — Alle geseufzt über die Mißgriffe eines leichtfertigen und treulosen Hofes, der uns um eine für beide Nationen nützliche Allianz gebracht hat! Ich bitte Sie, den König zu veranlassen, daß er den beiliegenden Aufsatz mit Aufmerksamkeit liest. Es handelt sich um das Geschick von zwei großen Nationen, ja von ganz Europa; die Könige sind die Lenker der Völker und tragen die Verantwortlichkeit des Glückes und Unglückes, das sie hervorrufen. Wenn die Rache nicht durch die Völker vollzogen wird, so wird sie der Vorsehung und der Geschichte vorbehalten. Unser Unglück hat eine Revolution herbeigeführt, welche die Abschaffung der Monarchie nach sich zog. Nun muß man entweder mit uns unterhandeln oder uns vernichten, aber eine muthige Nation von 26 Millionen kann man nicht ohne Weiteres aus der Welt schaffen."

Noch deutlicher trat der Hintergedanke Dumouriez's in dem beigelegten Aufsatze hervor;*) es war eine Anklageschrift gegen Oesterreich und zugleich ein unverblümter Antrag einer französisch-preußischen Allianz. Man muß —

---

le général français plus ou moins à notre cause et de contribuer efficacement par son secours à opérer un changement de système en France. Si à mon arrivée ici, qui eut lieu dans ces entrefaites, j'ai trouvé plusieurs esprits imbus de cette espérance flatteuse, il convient cependant d'observer, que le Roi se doutait de leur illusion.

*) Es ist derselbe, der in seinen Mémoires (Paris 1823) T. III. S. 401 ff. abgedruckt ist.

hieß es darin — die Republik anerkennen oder bekämpfen; Rebellen sind nur die Emigrirten. Einen großen Theil der Schuld an der Revolution trage Oesterreich und die Familienallianz von 1756. Preußen werde einst alle Verbrechen Oesterreichs kennen lernen; man habe die Beweise davon in den Händen. Warum wolle Preußen Geld und Armeen einem Systeme des Ehrgeizes und der Perfidie opfern, dem es fremd sei, von dem es sich nur mißbrauchen lasse?*) Den Ausfällen und Schmähungen gegen Oesterreich war dann eine entsprechende Fülle von Schmeichelreden für Preußen und den König beigemischt.

Es hätte der vorausgegangenen Enttäuschung im preußischen Hauptquartier nicht einmal bedurft: diese plumpe Aufdringlichkeit in Dumouriez's Erklärungen deckte den Abgrund auf, an den Mansteins ungeduldiger Eifer die Verhandlung geführt hatte. Der König hatte am 21. gehofft, den französischen Thron friedlich retten zu können; jetzt war er nach sechs Tagen um keinen Schritt weiter, wohl aber machte man ihm mit unverschämter Aufrichtigkeit das Anerbieten, seinen Verbündeten zu verlassen und mit der Revolution, gegen die er in ritterlichem Eifer zu Felde gezogen, ein Trutz- und Schutzbündniß zu schließen.

Der König war mit Recht erzürnt, gab Manstein einen heftigen Verweis, daß er die Brücke zu solchen Erörterungen gegeben, und beauftragte ihn, den Franzosen nun kurz abzufertigen. Manstein vollzog diese Weisung noch am nämlichen Tage; er ersuchte Dumouriez, sich in dieser Art nicht weiter bemühen zu wollen. „Was den beigelegten Aufsatz anbelangt, so muß ich Ihnen unsere dringende Bitte wiederholen, auf die gegenwärtigen Verhältnisse Preußens mit dem Wiener Hofe nicht mehr zurückzukommen. Jedermann hat seine eigenen Principien; der König, mein Herr, hat den Grundsatz, eingegangenen Verpflichtungen treu zu bleiben — ein Grundsatz, der gewiß nur die in Frankreich über ihn geltende gute Meinung bestätigen kann. Er wird diesem Grundsatz nicht untreu werden, mag er nun im Falle sein, den Krieg fortzusetzen, oder die süße Genugthuung haben, den Frieden wiederherstellen zu können."

Im Hauptquartier herrschte die Ansicht, daß das noch nicht genüge; man hatte dort das richtige Gefühl, daß die Verhandlung außer allen anderen Nachtheilen auch die üble Folge habe, unverdienter Weise ein schiefes Licht auf die preußische Politik zu werfen. Unverdienter Weise — denn was die Manstein, Lombard und Heymann für Gedanken mit sich herumtragen mochten, es war vom König kein Schritt geschehen oder autorisirt worden, den

*) Die Stelle lautet vollständig: à un système de perfidie et d'ambition qu'il ne partage pas et dont il est la dupe. Il est temps qu'une explication franche et pure termine nos discussions ou les confirme et nous fasse connoitre nos vrais ennemis.

man verdammen konnte. Sein Ehrgefühl empörte sich beim Anhören der Dumouriez'schen Insinuationen und es sollte der Welt recht eclatant gezeigt werden, daß sein monarchischer Eifer gegen die Revolution so wenig erkaltet sei, wie seine Bundestreue gegen Oesterreich. So entstand das neue Manifest, das der Herzog von Braunschweig am 28. Sept. erließ; darin war wieder der schroffe Ton gegen die Revolution angeschlagen, der jeden Gedanken an eine friedliche Verständigung mit derselben für jetzt ausschloß. Nicht allein der König war unwillig über die Art, wie Manstein seinen Namen mißbraucht, auch der Herzog war ärgerlich und verlegen, daß ihn sein Eifer für friedliche Ausgleichung so irre geführt.*) Was Manstein nach diesen Vorgängen noch mit Verhandlungen zu erreichen hoffte, ist schwer zu sagen; gleichwohl klopfte er noch einmal (29. Sept.) bei Dumouriez an, nachdem er diesem am Tage zuvor das neue Manifest hatte übersenden müssen. Dumouriez, der sich jetzt überzeugte, daß Weiteres nicht zu erreichen war, lehnte jede fernere Verhandlung ab, so lange ein Actenstück wie die neue Kundgebung des Herzogs vorliege.

In der ersten Aufregung, die Dumouriez's Vorschläge hervorriefen, hatte man im Hauptquartier Alles begierig ergriffen, was die Loyalität der preußischen Politik recht ins Licht stellen konnte. Es ward das Manifest vom 28. Sept. erlassen, der russische Bevollmächtigte, Prinz von Nassau, meinte, man solle sich schnell an die Kaiserin wenden, damit sie noch im Laufe des Herbstes ein russisches Corps nach Frankreich sende, und die Frage, ob man nicht jetzt eine Schlacht liefern solle, ward alles Ernstes erwogen. Da konnte man sich denn freilich nicht verhehlen, daß es eine Verwegenheit gewesen wäre, jetzt das zu unternehmen, was man am 20. Sept. für bedenklich gehalten hatte. Denn das Eine hatte Dumouriez mit seinen Verhandlungen erreicht,

---

*) In einer Depesche Lucchesini's an das königliche Staatsministerium in Berlin (d. d. Termes 3. Oct.) heißt es: Quant à la marche politique des affaires pendant cet intervalle, l'évènement n'a que trop justifié les motifs qui m'avaient engagé à faire rompre toute négociation ultérieure avec le général Dumouriez. Vos E. verront par les pièces ci-jointes de quelle manière étrange ce général a abusé d'un peu trop de facilité qu'on lui a montrée de notre part à entrer en pourparlers avec lui. Le Roi en a été indigné et la bonté de son coeur ne l'a pas empêché d'exprimer son mécontentemant vis-à-vis de Mr. de Manstein, premier mobile de ces pourparlers, d'une manière assez energique pour l'affliger sensiblement. Le Duc qui par cette tournure des choses en est au regret de son empressement de vouloir finir la guerre par une négociation quelconque, n'en cache pas non plus son chagrin et son embarras. J'ai proposé sans balancer de rompre absolument toute communication ultérieure avec ces gens dépourvus de tout pouvoir légal et arbitraire, avec lesquels on ne saurait négocier sans se compromettre et de ne repondre que par le mépris du silence à l'outrage de leurs écrits et messages.

daß er die preußische Armee acht Tage in Unthätigkeit wie gebannt festhielt, seine Stellungen verstärkte und seine Armee beträchtlich vermehrte. Und in welchen Zustand war das verbündete Heer, zum Theil durch das unglückliche Zögern der letzten Woche gekommen! „Die Ruhr, — schreibt der Kronprinz am 27. und 28. Sept. — die seit Verdun in der Armee immer zunahm, erreichte hier ihren Gipfel. Wenig Dörfer in der Nähe, keine Einwohner darin, also auch keine Lebensmittel zu haben; unsere Communication mit Grandpré äußerst unsicher durch französische Streifpartien, die öfter unsere Convois beunruhigten, plünderten und Gefangene machten, die Wege dorthin fast ganz impracticabel durch den Regen. Alles dies war Schuld, daß wir kein Brod von der Bäckerei erhalten konnten, und wenn je etwas herankam, so war es gewöhnlich ungenießbar, so daß unsere Noth täglich wuchs und den höchsten Grad erreichte.“ *)

Diese Zustände im Lager ließen keine Wahl mehr: man mußte sich zum Rückzug entschließen. Am 29. Sept. ward denn zunächst ein Theil des Gepäcks vorausgeschickt, am Tage darauf setzte sich die Armee selbst in Bewegung, um sich in derselben Richtung auf Verdun zurückzuwenden, in der sie gekommen war, und so die Argonnen zu umgehen. Bei dem physischen Zustande der Armee, den schlechten Wegen und Defileen, die man zu passiren hatte, dem wiederholten Verstopfen der Straße durch Truppen und Gepäck, das einmal (4. Oct.) für einen Weg von wenig Meilen einen Marsch von 30 Stunden nothwendig machte, war jeder feindliche Angriff bedenklich und konnte dem Heere die peinlichste Verlegenheit bereiten. Einzelne Streifzüge ausgenommen, die etwas Gepäck und einige Gefangene kosteten, war aber die

*) Diese Schilderung aus der Feder Friedrich Wilhelms III. stimmt vollkommen zusammen mit dem, was die andern Quellen berichten; wir erinnern nur an Minutoli, der Augenzeuge war, und an Valentini, der sonst die Kriegführung des Herzogs in allen Punkten bekämpft. Gleichwohl versichert der Rh. Antiq. I. 1. 116, der sich unter den neueren Darstellungen am meisten Mühe gegeben, die alten Emigrantenfabeln wieder in Cours zu setzen, Goethe sei es hauptsächlich gewesen, der (natürlich dazu bestellt) die Gerüchte vom schlechten Wetter, von der Unfruchtbarkeit der Champagne pouilleuse, von dem eingerissenen Mangel u. s. w. verbreitet habe. Nicht einmal die Regengüsse werden von dem Rh. Ant. zugegeben; in Paris habe man angemerkt, daß die acht ersten Tage des Septembers ungemein schön gewesen sind und auf den ganzen Monat kaum 6 Regentage kommen. So gewaltsam müssen die offenkundigsten Thatsachen verrenkt und die ehrenwerthesten Mitlebenden zu Lügnern gestempelt werden, damit das vom Emigrantenhaß eingegebene Märchen, der Herzog von Braunschweig habe mit Dumouriez unter einer Decke gespielt und den Rückzug verabredet, Glauben finde. Dumouriez hat in der Darstellung jener Tage (Mém. III. 61—72) Manches verschwiegen, Anderes verschoben, aber seiner Schlußbemerkung über Diejenigen, welche überall raffinirte Cabalen sehen, muß man vollkommen beistimmen. Goethe's Erzählung ist übrigens neuerlich durch Düntzer (Allg. Zeitg. 1858. Beil. 119. 120.) gegen die leichtfertigen Ankläger zur Genüge vertheidigt worden.

Verfolgung ganz unbedeutend und ungeachtet alles Aufenthaltes und aller Schwierigkeiten hatte Kalkreuth mit einem kleinen Corps, das vorausgeschickt war, doch am 6. Oct. die Gegend von Verdun erreicht, indessen das Gros der Armee und die Nachhut sich Dun und Stenay näherten. Daß die Verfolgung so lässig betrieben ward, hat dem unbewährten Gerücht, es sei vor dem Rückzuge eine förmliche Verabredung zwischen Dumouriez und dem Herzog von Braunschweig geschlossen worden, einen gewissen Anschein von Glaubwürdigkeit verliehen, und Dumouriez selbst hat es für nöthig gehalten, eine Erklärung darüber zu geben. Er schiebt die Schuld auf die mangelhafte Ausführung seiner Befehle, namentlich auf das Zerwürfniß mit Kellermann, das, bereits früher vorhanden, in diesen Tagen besonders schroff hervorgetreten sei. Möglich, daß diese Beschuldigungen einigen Grund hatten, aber gewiß geben sie nicht die vollständige Erklärung der so unerwarteten Lässigkeit der französischen Bewegungen. Denn so wenig vor dem Rückzuge ein Vertrag verabredet war, so wenig war die Ungeschicklichkeit von Dumouriez's Untergeneralen die einzige Ursache des ungehemmten Rückzuges der Preußen.

Die Unterredungen vom 21—27. Sept., die den Zustand der Armee so wesentlich verschlimmerten, hatten wenigstens das Eine gezeigt: wozu man in bedrängter Lage diplomatische Verhandlungen gebrauchen könne. Das Beispiel Dumouriez's war für die Preußen nicht verloren; sie schlugen ihn jetzt mit seinen eigenen Künsten. In dem Augenblick, wo man sich zum Abmarsch von Valmy vorbereitete, kamen vom Convent gesandt Benoit und Westermann an, um den Faden der Besprechung wieder aufzunehmen. Der Gedanke, Preußen durch einen Separatfrieden von Oesterreich zu trennen, war für die neuen französischen Machthaber eben so verführerisch, wie früher für Manstein und den Herzog die Idee, durch friedliche Ausgleichung Ludwigs XVI. wieder einzusetzen und sich des Krieges auf eine anständige Weise zu entledigen; die Franzosen gaben auch diesem Gedanken mit derselben kurzsichtigen Ungeduld nach, wie Manstein in den Verhandlungen vom 21—25. Sept. sich von seinen Friedensneigungen hatte fortreißen lassen. Dumouriez selber schien, nach der letzten Abweisung, anfangs von seinen Illusionen geheilt, aber auch er gab sich rasch wieder jenen Entwürfen hin, die ja vom Anfang an seine Lieblingsidee gewesen waren. Den Preußen kam in ihrer verzweifelten Lage dies zudringliche Bemühen nichts weniger als ungelegen.

Sie meinten nicht, im Ernste darauf einzugehen, aber die Zeit wollten sie so gut es ging für ihren Rückzug nützen. Noch dachte Niemand und am wenigsten der König an einen Abfall von den Oesterreichern; in der ganzen vertraulichen Correspondenz jener Tage finden wir auch nicht eine noch so verblümte Aeußerung, welche den Muth hätte, eine einseitige Verständigung mit der französischen Republik vorzuschlagen; wohl aber eine Menge von

Zeugniſſen des Unwillens, daß man vor den Franzoſen zurückgewichen und überhaupt ſich zu Beſprechungen mit ihnen herabgelaſſen.*) „Man hätte glauben ſollen, ſchreibt am 3. October der preußiſche Geſandte in Brüſſel, man hätte es mit Turenne und den alten Grenadieren Frankreichs zu thun; dieſe unglückſelige Vorſicht hat unſere Soldaten herabgeſtimmt und die anderen ermuthigt. Man hat Frankreich erobern und doch nicht einmal ein Detachement Truppen einem Unfall ausſetzen oder einen Mann verlieren wollen. Was wird dieſer unglückliche Grundſatz der Welt noch Blut koſten!“ Das Miniſterium in Berlin aber verbirgt ſein Mißbehagen nicht, daß man ſich überhaupt nur in Beſprechungen mit den Revolutionären eingelaſſen, und erinnert an den Ruhm des Königs und des Staates, den man nicht außer Augen ſetzen dürfe.**)

Auf dem kritiſchen Rückzug über Grandpré und die Argonnen hielt man es indeſſen für eine erlaubte Kriegsliſt, ſich den Unterhandlungseifer der Conventscommiſſäre zu Nutz zu machen. Man kam ihnen freundlich entgegen, hielt während des Marſches mit Benoit und Weſtermann Beſprechungen, wies diesmal den Gedanken eines Separatfriedens nicht ſo ungeſtüm zurück, wie am 27. Sept., hörte die Ausfälle auf die öſterreichiſche Politik jetzt ohne Widerſpruch an und kam ſo glücklich durch die Päſſe hindurch an die Maas. Nicht nur Weſtermann frohlockte über den Triumph, die Preußen nun von den Oeſterreichern zu trennen, auch weniger ſanguiniſche Leute gaben ſich der Täuſchung hin; namentlich Dumouriez gehörte wenigſtens ein paar Tage lang zu den Gläubigen und nahm ohne Zweifel unter dieſem Eindruck ſeine militäriſchen Maßregeln. Als die verbündete Armee Verdun erreicht hatte, änderte ſich die Sprache der preußiſchen Unterhändler; ſie wieſen nun den Gedanken eines Separatvertrages ganz zurück und nahmen als ſelbſtverſtanden an, daß jeder Vertrag, der geſchloſſen werde, Oeſterreich mit umfaſſen müſſe. Ueberhaupt traten die Friedensgedanken wieder in den Hintergrund; der Herzog hoffte ſeinen urſprünglichen Plan, an der Maas zu operiren und die Feſtungen zu nehmen, noch ausführen zu können; der König

*) Lucheſini ſchreibt in ſeinem nur für ihn ſelber beſtimmten Diarium: „le 29 et 30 on discuta le point de la retraite, qui fut aussi résolue. Pendant la retraite on eut des pourparlers avec les généraux français devant Verdun et près de Longwion, pour gagner du tems et évacuer Verdun, passer le defilé de Longwion et vuider les magasins de Longwy.“ Die übrige diplomatiſch-militäriſche Correſpondenz jener Tage, die uns vorliegt, äußert ſich ganz im gleichen Sinne. Wir verweiſen namentlich auf den unten folgenden Brief von Kalkreuth.

**) Aus einem Schreiben von Recks, d. d. Brüſſel 3. Oct., und einer Depeſche des Miniſteriums an Lucheſini, d. d. Berlin 11. Oct. Ebenſo in einem Schreiben vom 8. Nov., wo das Miniſterium ſagt: on respire véritablement de voir couper court enfin à toutes ces négociations insidieuses, qui n'avaient d'autre but que de compromettre le nom prussien et de nous brouiller avec nos alliés.

ſandte an die Höfe in London und Madrid, um dieſen vorzuſtellen, wie es ebenſo ſchicklich als wichtig ſei, daß auch ſie ſich unmittelbar an dem Kampfe für die Herſtellung des Königthums betheiligten und nicht Preußen allein die Laſt überließen.

Es liegt auf der Hand, daß bei dieſem neu erwachten Kriegseifer die Unterhandlungen auf preußiſcher Seite in einem anderen Tone geführt wurden, als in den Tagen, wo man durch die Argonnen zog. Am 14. Octbr. kam zu Azenne, bei Verdun, Kalkreuth mit Kellermann und Dillon zuſammen.*) Kellermann erklärte ſich zu einem Waffenſtillſtand, der auch die Oeſterreicher mit einſchließe, ermächtigt, aber freilich unter der Bedingung, daß man die Republik anerkenne.**) „Man überlaſſe es dem König, zu ſehen, ob dieſer Waffenſtillſtand zum Frieden mit Oeſterreich führen werde, ſo gern man mit dieſer Macht den Krieg allein fortſetzen werde; es ſei aber hinreichend, daß Se. Maj. für Oeſterreich pertirt wäre, um Frankreich zu bewegen, auch mit dieſer Macht Frieden zu ſchließen.“ Man ſieht, die Franzoſen gaben ihre Taktik, Preußen herüber zu ziehen, nicht auf, aber König Friedrich Wilhelm hielt ebenſo ausdrücklich an dem Bunde mit Oeſterreich feſt. Noch prägnanter tritt das Verhältniß in den weiteren Aeußerungen Kalkreuths hervor. „Ich habe in der Sache bisher nur zum Boten gedient, beſcheide mich auch, keine höheren Fähigkeiten zu haben; aber als Bote bin ich nicht ohne Werth, wenigſtens habe ich ruhige Arrièregarde verſchafft. Die zurückgebliebenen Traineurs, Knechte und Packpferde gehen ſo ruhig nach, als in der letzten Allee ihrer Garniſon, und die franzöſiſchen Generale belachen jetzt ſelbſt, daß ich ſie angeführt und vollends möglich gemacht, bei unſerer Retraite, die ſie bewundern, die Oeſterreicher, die ſie anpacken wollten, in Sicherheit zu bringen.“

Die Unterhandlungen, denen ſo viel Böſes nachgeſagt worden iſt, waren alſo eine Kriegsliſt ähnlicher Art, wie ſie früher von Dumouriez war angewandt worden, und Keiner von den Diplomaten und Kriegsleuten im preußiſchen Lager, auch wenn er wirklich in ſeinem Innern die franzöſiſche Allianz der öſterreichiſchen vorzog, hätte es damals gewagt, mit einem ſolchen Vorſchlag dem König ſich auch nur zu nähern. Gleichwohl hatte jene ſchlaue Taktik, die den ſehr bedenklichen Rückzug der Oeſterreicher und Preußen ſicherte, unverkennbar auch ihre Nachtheile. Einmal wirkte dieſe Politik des Lagers nicht günſtig auf das preußiſche Heer ein***) und dann erwachte unter

*) Das Folgende nach einem Bericht Kalkreuth's an den Herzog, d. d. Azenne 14. Oct.

**) „Unter einer Bedingung, ſchreibt Kalkreuth, die ich Ew. D. rathen, die ich aber, wie ich weiß, nicht auszudrücken wagen darf.“

***) „Cette politique de camp, ſchreibt Lucheſini am 19. Oct., fait un effet surprenant sur nôtre armée, les officiers degoûtés de ce genre de guerre la

dem Eindruck dieſer Verhandlungen das ganze eingewurzelte Mißtrauen der Oeſterreicher wieder. Wir müſſen uns erinnern, wie jung dieſe Allianz zwiſchen Oeſterreich und Preußen war, wenn wir verſtehen wollen, wie leicht jetzt und nachher, auf einer wie auf der anderen Seite, auch ſelbſt ganz grundloſer Verdacht das Einverſtändniß hat erſchüttern können. So ſah man denn auch wenigſtens im öſterreichiſchen Lager die Verhandlungen mit Dumouriez und Kellermann, durch die doch auch Clerfayts und Hohenlohes Rückzug gedeckt war, nicht für ſo unbedenklich an, wie ſie es in der That waren. Man verglich das allerdings auffällige Buhlen der Franzoſen um preußiſche Freundſchaft mit ihrer ausgeſprochenen Feindſeligkeit gegen Oeſterreich; man hörte, wie ſie die preußiſch-franzöſiſche Allianz ſchon als eine faſt abgemachte Sache beſprachen und die Befreiung der öſterreichiſchen Niederlande als die erſte Aufgabe des weiteren Kampfes bezeichneten. Oder Kellermann äußerte, man wiſſe wohl, daß Preußen an eine zweite Theilung Polens denke, und Frankreich werde ſich dem nicht widerſetzen.*) Hören wir Luccheſini ſelbſt, wie er die franzöſiſche Taktik beurtheilt. „Die Franzoſen,**) ſagt er, haben unverwandt den überlegten Plan verfolgt, ſich als Freunde Preußens und unverſöhnliche Feinde Oeſterreichs zu zeigen; dieſe Leute haben es ſo wohl verſtanden, dieſen Geiſt überall zu verbreiten, daß ein Jeder bis zum gemeinen Soldaten ſich davon belebt zeigte, nicht ohne Eindruck auf unſere Soldaten zu machen. Zwei Gründe mögen die Führer der Revolution und die Generale zu dieſer Taktik bewogen haben: zuerſt die Abſicht, den Wiener Hof mißtrauiſch zu machen und die Bande, welche uns mit ihm verbinden, zu lockern; dann aber namentlich der Gedanke, durch dies Benehmen ſich die Sympathie unſerer Armee zu erwerben und die alte Abneigung gegen Oeſterreich wieder anzufachen. Sie ſehen ein, daß die Loyalität des Königs ihn unverändert an dem Bunde mit Oeſterreich wird feſthalten laſſen, und denken dann vielleicht, wenigſtens in unſerem Heere einen Widerwillen gegen den Krieg zu nähren, den man ihnen lediglich als eine Folge unſeres Bundes mit dem Kaiſer darſtellt. Aber die Oeſterreicher ſchöpfen doch in allem Ernſte Verdacht. Spielmann hat ſeine Beſorgniß geäußert; Hohenlohe, der Erzherzog Carl und ſelbſt Clerfayt glauben, der König wolle einen Separatfrieden ſchließen, und der öſterreichiſche Bevollmächtigte im Lager, Fürſt Reuß,

prônent au delà de ce que l'ancien esprit de subordination prussienne paroit comporter.

*) Si la guerre continue, l'on veut absolument rendre libres les pays bas autrichiens. Tels sont les propos du général Kellermann, qui a dit au Comte de Lindenau — — que l'on savait en France que nous visions à un second partage de la Pologne, que la France verroit avec plaisir augmenter par là les forces d'une puissance, qui doit tôt ou tard être son allié. Aus einer Depeſche Luccheſini's, d. d. Longwy 19. Oct.

**) Depeſche Luccheſini's an das Staatsminiſterium d. d. 17. Oct.

wiewohl er der Loyalität des Königs verdiente Gerechtigkeit widerfahren läßt, fürchtet doch den Eindruck, den dieſe argwöhniſchen Einflüſterungen in Wien machen könnten. Und doch, fügt Lucheſini hinzu, ſcheint mir der König weiter als je davon entfernt, ſich in irgend etwas von dem Wiener Hofe zu trennen."

Dieſes Mißtrauen, ſo unberechtigt es war, iſt in den letzten Vorgängen des Feldzugs doch ſehr zu ſpüren. Schon im Anfange October machte Fürſt Hohenlohe-Kirchberg in ſeiner Unruhe dem Herzog von Braunſchweig den Vorſchlag, lieber durch Räumung aller Plätze den ſicheren Rückzug zu erkaufen — das hieß alſo gerade das den Franzoſen gewähren, was die preußiſche Unterhandlung umgehen wollte.*) Wie man an entſcheidender öſterreichiſcher Stelle ſich vom Mißtrauen fortreißen ließ, haben die oben angeführten Aeußerungen Lucheſini's gezeigt. Dieſem Mißtrauen, nicht allein der Bedrohung der Niederlande, war es vorzugsweiſe zuzuſchreiben, daß man dort jetzt den unzeitigen Entſchluß faßte (Anfang Oct.), das Corps des Fürſten Hohenlohe von der vereinigten Armee abzurufen. Es kam die beunruhigende Botſchaft hinzu, daß das deutſche Rheinufer durch eine franzöſiſche Invaſion bedroht ſei und der Landgraf von Heſſen ſein Contingent heimzuführen beſchloß. Die Unſicherheit des öſterreichiſch-preußiſchen Bundes und die Miſère der deutſchen Reichsſtände enthüllten ſich ſo zur gleichen Zeit und gaben den Kriegsoperationen eine Wendung, die ſelbſt hinter den beſcheidenen Erwartungen der vorſichtigen Kriegführung zurückblieb. Der Herzog von Braunſchweig hatte wenigſtens die Maasfeſtungen behaupten und von dieſer Grundlage aus den Krieg fortſetzen wollen; nach dem Abgang von 20,000 Mann mußte auch das aufgegeben und der Rückzug über die franzöſiſche Grenze fortgeſetzt werden. Indeſſen die Oeſterreicher unter Hohenlohe gegen Arlon, der Landgraf heimwärts zog, war man genöthigt (14. Oct.) Verdun zu räumen, und wie ſich erwarten ließ, mußte auch Longwy dem Beiſpiele bald folgen. Am 18. ward eine Convention abgeſchloſſen, wonach auch dieſer Platz den Franzoſen am 22. Oct. zurückgegeben werden ſollte. Die Bedingungen, unter denen dies geſchah, zeigten die Ungunſt der Lage. Nicht nur die Form widerſprach den Anſchauungen der preußiſchen Politik, auch in der Sache ſchlugen die Franzoſen jetzt ſchon einen immer höheren Ton an. Das Verlangen eines Waffenſtillſtandes ward abgewieſen, ſo lange das franzöſiſche Gebiet nicht ge-

*) Der Fürſt ſchrieb (d. d. Glorieux 8. Oct.), die Lage ſei ſehr bedenklich und die Franzoſen wollten die Oeſterreicher allein als Feinde anſehen; er ſchlug daher vor, „gegen einen vierwöchentlichen Stillſtand oder freien Abzug aller unter hochdero Commando ſtehenden Truppen bis an die beſtimmten Oerter die Acquiſitionen zurückzugeben." — — „Ich bin überzeugt, daß die Vortheile, ſo hieraus erwachſen, größer ſein würden, als wenn man eine Bataille gewinnen könnte; im Falle aber E. Durchl. dies noch zu wagen für gut finden ſollten, ſo bin ich nebſt meinen Truppen hiezu augenblicklich bereit."

räumt sei; man wolle Frieden und Bündniß mit Preußen, aber unter der Bedingung, daß man das Land verlasse und die französische Republik anerkenne.*) So war am 22. Oct. auch Longwy verlassen. Bis zuletzt blieben die Franzosen bei ihrer Taktik, die Preußen zu liebkosen; der Kronprinz, welcher der Räumung Longwy's beiwohnte, erzählt in seinem Tagebuch, daß die französischen Officiere in höchst zutraulicher Weise ihre Achtung für Preußen und ihren Haß gegen Oesterreich äußerten, auch unverhohlen ein Bündniß Preußens mit der Republik gegen Oesterreich wie eine sehr wahrscheinliche Sache erörterten. Sie sprachen wegwerfend von ihren emigrirten Prinzen, überhäuften aber die preußischen mit Schmeicheleien; „ich glaube, setzt der Kronprinz scherzhaft hinzu, hätte es noch länger gedauert, sie hätten mich gar zu ihrem König gewählt."

Der Rückzug aus Frankreich war nun unvermeidlich geworden; über Tellancourt, Romain, Aubange schlug die Armee den Weg nach dem Luxemburgischen ein, am 23. und 24. October war Dippach und Luxemburg erreicht. Auch jetzt ging der Rückmarsch ungefährdet von Statten; denn die Franzosen gaben die Hoffnung immer noch nicht auf, durch Unterhandlungen ihr Ziel sicherer als durch die Waffen zu erreichen. Am 25. Oct. kamen auf dem Schlosse Aubange der Herzog und Luccheſini, der österreichische Bevollmächtigte Fürst Reuß, dem sich dann noch Fürst Hohenlohe anschloß, mit den Generalen Kellermann und Valence zusammen. Valence verlangte von Preußen eine förmliche Erklärung,**) daß König Friedrich Wilhelm der französischen Nation die Freiheit zugestehe, ihre Regierungsform zu ändern, und daß er auf jede Contrerevolution verzichte. Der General ließ dabei durchblicken, daß man in der Lage sei, die Revolution in die Nachbarlande zu tragen, namentlich die österreichischen Niederlande zu republikanisiren. Er deutete dann sehr offenherzig an, wenn Oesterreich die Niederlande tauschweise an Pfalzbaiern abtreten wolle und der neue Besitzer die Festung Luxemburg schleife, so werde

*) Die Convention, zu Martin Fontaine zwischen Kalkreuth und Valence am 18. Oct. abgeschlossen, enthielt im 6. Art. die Bestimmung: „pour donner plus d'authenticité à la présente convention elle sera scellée du cachet de S. M. le Roi de Prusse et du peuple français." Darüber schreibt Luccheſini an das Cabinetsministerium: S. M. m'ayant fait appeler peu d'instans avant la conférence à son camp de Felancourt, j'ai été extrêmement affligé de la teneur du 6ème article contenant une condition non usitée et qui associe le sceau du Roi à celui de la république française. La résolution de rendre Longwy à laquelle une nécessité impérieuse nous a portés, n'a pu être adoucie par aucune des espérances qu'on avait données précédemment à nos généraux pour nous y amener. Point d'armistice avant que nous sortions du territoire français: alors si nous voulons reconnoître la République on nous accordera la paix et l'alliance du peuple français.

**) „l'aveu formel."

Frankreich beruhigt sein. Schließlich richtete er sich an die Vertreter Preußens mit der Frage, ob Preußen im Falle des Friedens neutral bleiben oder sich mit Frankreich enger verbünden werde? Lucchesini wies eine förmliche Erklärung, wie sie gefordert war, einfach zurück; die gedrohte Propaganda werde Frankreich mit allen Staaten Europas in Conflict bringen. Auf die vorgeschlagenen Bedingungen einen Waffenstillstand zu schließen, sei durchaus unzulässig; wenn einmal Frankreich anfange, seine dreifache Festungsreihe zu rasiren, dann könne man von der Schleifung Luxemburgs reden. Auch sei es seltsam, von einer Allianz zu sprechen, wo man noch nicht einmal über die Bedingungen eines Waffenstillstandes einig werden könne. Kellermann meinte dann, die Anwesenden sollten im Allgemeinen das Verlangen nach Frieden aussprechen; Lucchesini lehnte auch dies ab; denn obwohl die Verbündeten nicht dagegen seien, die Uebel des gegenwärtigen Krieges zu beendigen, so handle es sich doch jetzt nur von der Möglichkeit eines allgemeinen Waffenstillstandes.*)

So blieben diese Verhandlungen ohne Erfolg. Lucchesini selbst rieth damals den Ministern in Berlin, sich überhaupt jetzt nicht mit den Franzosen einzulassen; ihr Plan, schreibt er, ist nur, uns mit dem Wiener Hof zu überwerfen und diesem durch die Besorgniß wegen der Niederlande vortheilhafte Bedingungen abzwingen zu können. Mißlingt ihr Schlag auf die Niederlande, so werden sie wohl tractabler werden. Ganz ähnlich äußert sich der Diplomat des Lagers, als kurz nachher durch Dohm in Cöln die Franzosen einen neuen Canal zum Separatfrieden mit Preußen zu finden hofften. Er erklärt dem König geradezu,**) es sei ebenso unklug wie unwürdig, wenn ein preußischer Minister dazu rathen wollte, sich in eine geheime Verhandlung mit den Franzosen einzulassen, die vielleicht gar eine engere Verbindung mit der französischen Republik zum Zweck habe. Auf der einen Seite, sagt er, bin ich überzeugt, daß auf die Vorschläge, die man uns machen würde, gar nicht eingegangen werden kann; und auf der andern würden solche Verhandlungen uns sicherlich nur mit dem Wiener Hofe entzweien. Wenn ich E. M. meinen unterthänigsten Rath geben darf, so glaube ich, man könnte dem Herrn von Dohm erwiedern: da die französischen Generale erklärten, der Convent dulde keine Unterhandlung mit den kriegführenden Mächten, bevor ihre Truppen das französische Gebiet geräumt hätten, so sei es billig, daß die Franzosen in Bezug auf das Reichsgebiet das Gleiche thäten und daß vor jeder Unterhandlung Custine mit seinen Truppen den deutschen Boden verlasse. Im Uebrigen sei das Interesse, das Se. Maj. an der Person des

*) Aus einer Depesche Lucchesini's an das Cabinetsministerium.

**) Schreiben L's. an den König, d. d. Luxemburg, 29. Oct. Ueber die Unterhandlungen, die in Cöln mit Dohm angeknüpft wurden, gleichfalls in der Absicht, Preußen von Oesterreich zu trennen s. Gronau a. a. O. 244 f.

gefangenen Königs und seiner Familie nehme, immer das gleiche und man müsse deßhalb preußischerseits vor Allem auf der Vorfrage bestehen, welche Mittel die gegenwärtige Regierung zu haben glaube, dem König seine Freiheit wiederzugeben. Wenn unterhandelt werde, so könne dies aber in jedem Falle nicht ohne die Mitwirkung des Wiener Hofes geschehen.*)

Einem jeden unbefangenen Auge wird nach diesen Mittheilungen aus der geheimen Correspondenz jener Tage das Verhältniß deutlich sein, in welchem die beiden verbündeten deutschen Mächte zu einander standen. Die Bemühungen der französischen Politik, Oesterreich und Preußen zu trennen, waren zunächst mißlungen; auf alle die Verhandlungen, die Preußen von Valmy bis Luxemburg pflog, ließ sich kein gegründeter Verdacht einer unredlichen Gesinnung werfen; der König hatte vielmehr alle französischen Anmuthungen dieser Art standhaft zurückgewiesen. Wohl aber war auf österreichischer Seite in manchen Gemüthern ein Mißtrauen zurückgeblieben, das, wenn auch an sich unberechtigt, doch durch die überlieferte Politik beider Staaten erklärt war; wie sich dies Mißtrauen schon in einzelnen Handlungen geltend machte, haben die letzten Vorgänge vor dem Rückzug nach Luxemburg gezeigt. Und dies war nicht der einzige Schatten, der die rückhaltlose Eintracht beider Staaten trübte. Die Thatsache war schon schlimm genug, daß dies erste Zusammenstehen Oesterreichs und Preußens, nach vieljähriger Entzweiung, gleich in seinem Beginnen so ungünstige Resultate gab. Erwachte darüber auf österreichischer Seite altes Mißtrauen, so wurde im preußischen Lager bald die Meinung wieder rege, daß dies Bündniß überhaupt keinen Segen bringen könne. Auch hatte Oesterreich durch die unkluge Sparsamkeit seiner Rüstung, die weit hinter dem Versprochenen zurückblieb, den Vorwurf herausgefordert, es wolle die größere Last auf Preußen wälzen. Zu dem Allem und den widrigen Eindrücken des mißlungenen Feldzuges kamen dann die noch ungelösten Knoten der äußeren Politik.

Wir erinnern uns, in welch verhängnißvoller Verknüpfung mit den westlichen Wirren die Krisis in Polen stand und wie über Preußens Verlangen einer Vergrößerung an der Weichsel das alte österreichische Project eines Tausches von Baiern wieder lebendig geworden war. Aber noch war die Verständigung über das Einzelne nicht erfolgt; die Gespräche, die kurz vor dem

*) Que V. M. ne saurait d'ailleurs se prêter à se donner à cette négociation sans le concours de la Cour de Vienne, lautet die Stelle in dem angeführten Schreiben Lucchesini's. Aehnlich äußerte sich gleich nachher der neu ernannte Minister Graf Haugwitz gegen Dohm in Cöln. Der König, sagte er, sei für treues Beharren in dem Bündniß mit Oesterreich. Von den Franzosen werde dasselbe, nicht ganz mit Unrecht, monströs genannt, indeß könne von einer Annäherung zu Frankreich nicht eher die Rede sein, als bis dort ein Zustand eingetreten, der auf einige Festigkeit rechnen lasse. Gronau a. a. O. 248.

Beginn des Feldzuges in Frankfurt ſtattfanden, hatten die Ausgleichung eher erſchwert als gefördert. Seitdem hatte Rußland mit Oeſterreich (am 14. Juli) eine Allianz geſchloſſen, in welcher zwar noch die Integrität Polens garantirt, aber die Maiverfaſſung preisgegeben war.*) Am 7. Auguſt ward dann ein Vertrag zwiſchen Preußen und Rußland unterzeichnet, der noch deutlicher ſprach. Die Neuerungen vom 3. Mai 1791 ſollten beſeitigt und ſo viel wie möglich die Reichstagsſchlüſſe von 1768, 1773 und 1775 wiederhergeſtellt werden; die Krone dürfte nie erblich, kein Anderer als ein Piaſt ſollte König werden.

Die Entſchädigungsfrage blieb indeſſen immer noch in der Schwebe. In Wien äußerte man ſich ſo ausweichend und ſchwankend, daß ſelbſt Haugwitz, der mit ſehr zuverſichtlicher Stimmung hingekommen war, meinte: Preußen müſſe eine feſte und deutliche Sprache führen, um das öſterreichiſche Cabinet nachgiebig zu machen.**) In den Geſprächen, die der preußiſche Diplomat mit Spielmann hatte, ſchien der Letztere bisweilen geneigt, auf das polniſche Project einzugehen, machte es aber von einer Abtretung Preußens abhängig, die von dieſem rund abgelehnt ward. Oder er meinte einmal: man ſolle gar keine Entſchädigung an Land fordern, ſondern ſich mit franzöſiſchen Papieren begnügen! Klar war nur eines: daß der bairiſche Tauſch alle Gedanken der öſterreichiſchen Politik beherrſchte und daß man für dieſen Plan Alles, ohne ihn nichts zu thun geneigt war. Der Geſandte in Petersburg, Graf Ludwig Cobenzl, verhielt ſich bei allem dem ſchweigend; wenn Goltz fragte, wie es mit der Einwilligung ſeines Hofes ſtehe, erklärte er: es ſeien ihm über dieſe Frage noch keine Weiſungen zugekommen. Man fand das in Berlin räthſelhaft und in jedem Falle wenig verbindlich, und ward darum doppelt ungehalten, als jetzt in Wien wieder der Vorſchlag einer Abtretung von Ansbach und Baireuth laut ward, den man ſchon in Frankfurt verworfen hatte. Noch entſchiedener als vorher wies Preußen dieſes Anſinnen zurück; von einer Ceſſion der fränkiſchen Markgrafſchaften könne nie die Rede ſein und zu dem bairiſchen Tauſche werde der König nur zuſtimmen, wenn ſeine polniſchen Begehren erfüllt würden. Er habe ja von einer gerechten Entſchädigung gleich anfangs ſein Mitwirken abhängig gemacht und die beiden Kaiſerhöfe hätten das damals als billig und nothwendig anerkannt. Auch Haugwitz meinte jetzt: das Miniſterium flößt mir bei Weitem nicht mehr das Vertrauen ein, wie zur Zeit meiner Ankunft in Wien.***)

---

*) Der öffentliche Vertrag findet ſich bei Martens VII. 497; die Beſtimmung über Polen findet ſich in einem geheimen Artikel, den wir, wie die Kenntniß des preußiſchen Vertrags vom 7. Aug., aus den Archivacten entnommen haben.

**) Depeſche von Haugwitz vom 6. Aug.

***) Das Miniſterium am 20. und 27. Aug. Haugwitz am 4. Sept. Das Folgende nach deſſen Berichten vom 7. und 8. Sept.

Am 5. Sept. fand in Wien eine große Staatsconferenz statt, in welcher beschlossen ward, Spielmann an den König von Preußen zu einer unmittelbaren Verhandlung abzusenden. Ueber den Zweck derselben ward erzählt: Oesterreich sei im Allgemeinen sehr geneigt Frieden zu schließen und könne den Krieg in der bisherigen Weise nicht fortsetzen; doch solle Spielmann im äußersten Falle einen neuen Operationsplan mit Preußen verabreden. Auch sei, so ward berichtet, zugleich sein Auftrag, die preußischen Unterhandlungen, die einige Sorge machten, in der Nähe zu überwachen.

Am 12. Sept. verließen Spielmann und Collenbach Wien; ihnen folgte am gleichen Tage Haugwitz auf der Reise ins preußische Lager. Sie verließen Wien unter dem Eindruck einer immer lauteren Friedensstimmung und einer in allen Kreisen verbreiteten Abneigung gegen diesen Krieg. Das war schon so, als die ersten Nachrichten von dem Vordringen der Preußen kamen und, wiewohl nicht ohne Eifersucht vernommen, doch die Hoffnung eines raschen Ausgangs weckten; wie stieg erst das Mißvergnügen, als die Unglücksbotschaft von Valmy kam! Da wurde die Kriegführung des Herzogs von Braunschweig bitter angegriffen, und als der Moniteur vollends seine wohlberechneten Berichte über die Unterhandlungen mit den französischen Generalen brachte, gab sich laut der Verdacht kund, daß die Preußen ein doppelzüngiges, verrätherisches Spiel trieben.

Diese so wenig bundesfreundliche Gesinnung im Cabinet wie im Volke fand auf preußischer Seite schon ein Echo. Noch vor Valmy, Mitte September, hatte Lucchesini mißtrauisch geschrieben: was will Spielmann hier? Ich fürchte, man will Preußen an die Wand drängen, ehe die russische Unterhandlung reif ist. Die Nachrichten, die dann eintrafen, bewegten sich zwischen zwei gleich bedenklichen Extremen. Von Wien ward gemeldet, daß die Friedensliebe steige und man öffentlich vom nahen Abschluß rede, ja daß der Kaiser bereit sei, die französische Republik anzuerkennen; denn, so fügte nachher Spielmann selbst erläuternd hinzu, mit dieser Regierungsform sei Frankreich minder gefährlich. Auf der anderen Seite war dann wieder die Rede von einer größeren Ausdehnung des Kampfes und einer Umwandlung des österreichisch-preußischen Bündnisses in eine Offensivallianz zum Zweck der Eroberung. Ich werde alle meine Kraft aufbieten, schrieb damals Lucchesini, um eine so verderbliche Idee zu bekämpfen.*) Die letzten Vorgänge im Lager, der Rückmarsch der Oesterreicher, die Vorwürfe und Anklagen wegen der Verhandlungen, die kläglichen Pedanterien und Chicanen, welche die österreichische Verwaltung in Luxemburg schon wegen der Verpflegung machte,**) dies Alles hatte natürlich nicht dazu beigetragen, die Stimmung zu verbessern. Der König, schrieb am 23. Oct. Lucchesini, ist in tiefem degoût gegen Oesterreich und will Herr seiner Bewegungen werden.

*) Lucchesini d. d. Remonville 15. Sept. und aus Longwion 15. Okt.

**) Außer den handschr. Berichten Lucchesini's s. auch Valentini S. 13.

Unter ſolchen Eindrücken war im preußiſchen Lager der Entſchluß gereift, ſich in der Entſchädigungsſache nicht länger hinhalten zu laſſen. Wie der leitende Miniſter des Hauptquartiers ſich ausdrückte: wir ſind entſchloſſen, Spielmann rund herauszuſagen, daß Preußen in der gegenwärtigen Lage auch an die Intereſſen ſeiner Monarchie denken müſſe, mit anderen Worten, die Erwerbungen in Polen dürfen nicht länger verzögert werden. In dieſem Sinne hatte der König am 17. October aus Longwion an Katharina II. geſchrieben und ſeine Forderung genauer betont. Nicht die Waffen der Feinde, ſchrieb er, ſondern die Elemente haben uns zum Rückzug gezwungen; ich werde aber die große Sache nicht leichtſinnig verlaſſen. Jedoch bin ich, vor jedem weiteren Kampfe, es meinem Volke und mir ſelber ſchuldig, die Entſchädigungen näher zu fixiren, die ich für den Verluſt an Menſchen und Geld anzuſprechen habe. Und zwar waren die Entſchädigungsbegehren jetzt höher als zu Frankfurt im Juli, weil nicht nur der vergangene, ſondern auch der künftige Feldzug in Rechnung gebracht ward. In ähnlicher Richtung wollte der König ſich gegen Spielmann ausſprechen.

Wir ſehen, der urſprüngliche Gedanke des Krieges tritt allmälig ganz in den Hintergrund; es iſt keine Rede mehr von Abwehr der Revolution, von Rettung des franzöſiſchen Monarchen, von Herſtellung der überlieferten Ordnung. Die Emigrantenilluſionen von ehedem waren gründlich abgeſtreift und man ließ die Ausgewanderten, deren Zuverſicht im Hoffen noch immer ſo groß war wie ihre Dreiſtigkeit im Fordern, jetzt herb genug entgelten, daß man früher zu leichtgläubig gegen ſie war. Beide Mächte, Oeſterreich wie Preußen, waren im Stillen darüber einig, daß man den Krieg ebenſo unbedachtſam begonnen wie zaghaft geführt hatte; gern hätte man ihn abgeſchüttelt. Aber wenn er durchaus fortgeſetzt werden mußte, ſo wollte man ihn wenigſtens nur im eigenen Intereſſe und für eigene Vergrößerung führen. In Wien ſah man die Sache des franzöſiſchen Thrones als eine verlorene an; man gewöhnte ſich an den Gedanken, aus dem Kreuzzug gegen die Revolution einen gewöhnlichen Eroberungskrieg zu machen, und der franzöſiſche General, der die Idee von einem Austauſch Baierns gegen Belgien hingeworfen, berührte damit den geheimſten Wunſch der öſterreichiſchen Politik. Auf der andern Seite ward von Oeſterreich nicht mehr verhehlt, daß es den von Anfang an nicht allzueifrig unternommenen Kampf zu beendigen wünſche; Spielmann ließ dabei durchblicken, daß, nachdem einmal das Unabwendbare geſchehen war, man ſich wohl die Republik werde gefallen laſſen müſſen.*) So weit ging

*) In einer Depeſche des preuß. Miniſteriums vom 11. Oct. heißt es von den Eröffnungen Spielmann's: on dit qu'elles rouleront specialement sur l'article des indemnités, mais ce qui est encore plus probable, c'est qu'il épuisera toute son éloquence pour prêcher la paix, l'Empereur selon les lettres du Résident Cesar ayant soin de l'annoncer au public de Vienne comme très prochaine. In einer Note Lucheſini's vom 17. Oct. heißt es: nach Spielmanns Aeu-

Preußen noch nicht; alle Vorschläge auf dieser Grundlage begegneten dem tiefsten Widerwillen des Königs. Friedliche Neigungen waren wohl auch hier lebendig und wuchsen in dem Maße, als die polnischen Dinge sich verzögerten. Aber man wollte doch keinen Frieden, ohne seine Verheißungen gegen die Revolution wenigstens in irgend einer Weise erfüllt zu haben. Nun trat Spielmann unverblümter mit der Andeutung hervor, daß Oesterreich, wenn es den Krieg fortsetze, ihn nicht ohne Entschädigung zu führen gedenke und daß man dabei auf Preußens volle Unterstützung rechne. Das Bündniß vom 7. Febr. sollte zu einem offensiven Bunde werden, der beide Mächte zur thätigsten Kraftanstrengung gegen Frankreich vereinige. Lucchesini verbarg dem österreichischen Abgesandten nicht, was er in seinen Berichten an das Ministerium noch offener ausdrückt, daß weder der König noch seine diplomatischen Rathgeber in der Lage, wie sie war, dazu die Hand bieten würden. Und so war es; in den Besprechungen, die Spielmann im October mit Friedrich Wilhelm II. pflog, gab der König die Erklärung, nur dann über die Linie jenes Vertrages hinauszugehen und mit seiner Kriegsmacht Theil zu nehmen, wenn ihm unter Oesterreichs Mitwirkung die Entschädigungen in Polen sofort gewährt würden, die Preußen zuletzt begehrt hatte.

Eine Note, die Haugwitz am 25. Oct. auf des Königs Geheiß Spielmann übergab, legte den preußischen Gesichtspunkt deutlich vor Augen.*) Wenn das durch die Revolution veranlaßte europäische Concert, hieß es darin, zu Stande komme und die Mächte Alles aufbieten würden zur Bekämpfung der Revolution und zur Herstellung der monarchischen Ordnung, dann würde auch Preußen daran einen thätigen und dem Umfang seiner Macht angemessenen Antheil nehmen. Ebenso, wenn dies nicht der Fall wäre, aber das deutsche Reich sich veranlaßt sehe, einen Reichskrieg gegen Frankreich zu führen, werde der König als Stand des h. röm. Reichs seine Pflicht erfüllen. Sollte aber der Kaiser auch ohne diese beiden Voraussetzungen den Krieg fortsetzen wollen, so sei auch in diesem Falle der König von Preußen zur Mitwirkung bereit, halte sich jedoch berechtigt, sowohl dem vollkommenen und schleunigen Ersatz der bereits angewandten Kriegskosten entgegenzusehen, als auch eine Entschädigung für die noch aufzuwendenden Kosten zu verlangen. „Es erwartet daher der König, daß dasjenige Arrondissement in Polen, worüber S. M. sich bereits eröffnet, von dem kaiserlichen und von dem russischen Hofe Preußen zugesichert und von Ihrer preußischen Majestät wirklich in Besitz genommen werde."

Der österreichische Unterhändler schien über diese Forderungen sehr be-

---

ßerungen sehe Oesterreich in Frankreich nichts mehr, qu'une ancienne rivale, qui cesserait d'être redoutable à la maison d'Autriche dès qu'elle conserverait les formes républicaines.

*) Sie ist datirt: „Hauptquartier Merle den 25. Okt. 1792."

ſtürzt; er hatte außer dem bairiſchen Tauſch noch einmal wegen der fränkiſchen Markgrafſchaften angeklopft, dann auf weitere Vergrößerungen an der franzöſiſchen Oſtgrenze, ſchließlich auch auf eine Erwerbung Oeſterreichs in Polen hingewieſen; das Alles war fruchtlos geblieben. Auf das preußiſche Begehren, wie es die Note von Merle formulirte, erklärte Spielmann, vorerſt keine Antwort geben zu können, da es ihm dafür an Inſtructionen fehle. Er reiſte nach Wien zurück; Haugwitz folgte ihm.

Die Fortſetzung des Krieges war indeſſen zunächſt nicht zweifelhaft. Schon der Einfall Cuſtines in die Rheinlande und die nun erklärte Abſicht der Franzoſen, nach dieſer Seite erobernd vorzudringen, ließ den deutſchen Mächten keine Wahl. In dieſem Sinne ſprach ſich auch Kaiſer Franz in einem Schreiben aus, das er am 29. Oct. an König Friedrich Wilhelm gerichtet hat. „Ich nehme an, hieß es darin, daß E. M. denkt wie ich, es ſei nach dem Ausgang des letzten Feldzugs um ſo dringender, den Krieg mit aller möglichen Kraft fortzuſetzen und ſich ſofort über die nöthigen Maßregeln zu verſtändigen. Am dringendſten erſcheinen die, welche gegen die wiederholten Einbrüche der Franzoſen in Deutſchland getroffen werden müſſen, und E. M. wird ohne Zweifel die Anordnungen treffen, um die Räubereien unſerer Feinde zu zügeln ... Im Allgemeinen werden E. M. gern überzeugt ſein, daß ich feſt entſchloſſen bin, alle möglichen Anſtrengungen gegen unſern gemeinſamen Feind zu machen und uns allen die Erleichterung und Entſchädigung zu verſchaffen, welche wir anzuſprechen berechtigt und durch die Energie unſerer vereinigten Streitkräfte uns zu verſchaffen im Stande ſein werden."

Wir müſſen zunächſt die Ereigniſſe am Rhein ins Auge faſſen, durch welche dieſe kriegeriſchen Entſchlüſſe ſo weſentlich gefördert worden ſind.

Vierter Abſchnitt.

Die Begebenheiten am Rhein (Oct. bis Dec. 1792).

In dem Augenblick, wo die deutſchen Heere den traurigen Rückzug aus der Champagne antraten, hatte die Revolution ihren erſten glücklichen Angriff auf Deutſchland ſelbſt ausgeführt. Mit einem raſchen Handſtreich war ſie auf die wundeſte Stelle des alten Reichs gefallen, warf die hülfloſe Ohnmacht geiſtlicher und weltlicher Kleinſtaaterei am Rhein ohne Mühe über den Haufen und feierte nun gerade an der Stelle ihre demokratiſchen Triumphe, wo drei Monate vorher die Fürſten und adeligen Herren ſich zur Heerfahrt gegen die Revolution verſammelt hatten. Daſſelbe Mainz, wo im Juli Kaiſer und König ihren Kriegsrath über die Unterwerfung Frankreichs gepflogen, wo ſich damals die Siegeszuverſicht der Fürſten, der Uebermuth des Emigrantenadels, die ſorgloſe Sicherheit der geiſtlichen und weltlichen Feudalherren in glänzenden Feſten berauſchte, daſſelbe Mainz ſah jetzt eine blaſſe Copie der Pariſer Jakobiner in ſeinen Mauern erſtehen. Wo noch kurz zuvor das alte Reich gleichſam eine prunkende Todesfeier begangen, da entfaltete jetzt der neufränkiſche Demokratismus ſeine vorübergehende Herrſchaft; wo die gewaffnete Contrerevolution damals ihre Manifeſte geſchmiedet, da ſah man mit einem Male Clubs, revolutionäre Ausſchüſſe und jakobiniſche Commiſſarien ihr abenteuerliches Weſen treiben.

Ein ſolch wunderlicher Wechſel des Schickſals war noch ſelten geſehen worden; ſelbſt der unverhoffte Ausgang des Champagne-Feldzugs — was wollte er bedeuten gegen dieſe Miſère deutſcher Reichszuſtände? War es doch ſchwer zu ſagen, was ſchmachvoller war für die Nation und ihre Häupter: ob die kopfloſe Angſt der fürſtlichen Herren, ob die Maſſendeſertion des prahleriſchen Lehensadels, oder die eilfertige Unterwürfigkeit der Regierungen, deren jüngſt noch ſo contrerevolutionärer Muth jetzt vor einer Handvoll Franzoſen Chamade ſchlug und von Landau an bis Mannheim, Darmſtadt, Wetzlar und

Koblenz ſich in lächerlichen Handlungen der Feigheit wetteifernd überbot? Ein ſolches Regiment war freilich nicht dazu angethan, die Schule des Gemeinſinnes und einer ſtolzen vaterländiſchen Geſinnung zu werden; die Unmündigkeit der Maſſen und der kurzſichtige Eifer der exaltirten Einzelnen, die ſchwerfällige Unreife der bürgerlichen Claſſen und die kosmopolitiſche Verſchliffenheit der Gebildeten und Gelehrten, beides war die Folge deſſelben ungeſunden politiſchen Zuſtandes und beides hat ſich denn auch mit dem Regiment, wie es war, in die Schmach jener Tage getheilt.

Es war eine ſeltſame Unvorſichtigkeit der ſo überaus vorſichtigen Kriegführung von 1792, daß ſie keine Sorge dafür trug, die deutſchen Rheinlande vor einem Ueberfall der Franzoſen von Landau und Straßburg her ſicher zu ſtellen. Im Auguſt ſtand zwar noch ein öſterreichiſches Corps von etwa 7000 Mann unter Graf Erbach bei Speyer; ihn verſtärkte dann der brauchbare Theil des Mainzer Contingents um 2000 Mann, indeſſen die Reichsfeſtung ſelbſt nur von kurmainziſchen Invaliden und Rekruten und einigen Hundert bunt zuſammengewürfelter Soldaten der naſſauiſchen, wormſiſchen und fuldiſchen Contingente gedeckt blieb. Zu Anfang September ward der größte Theil des Erbach'ſchen Corps zur Belagerung von Thionville gezogen; das Mainzer Regiment und einige Hundert Oeſterreicher blieben unter dem mainziſchen Oberſt Winkelmann in Speyer zurück; die Sicherheit von Mainz war alſo auf den Widerſtand geſtellt, den dies kleine Häuflein und die bunte Schaar von Fuldaer, Weilburger und Uſinger Reichs- und Kreisſoldaten zu leiſten vermochte.

Eine fähige und wachſame Regierung, die ſich auf einen geſunden Zuſtand des Landes und Volkes ſtützte, wäre indeſſen auch mit dieſen beſcheidenen Kräften im Stande geweſen, wenigſtens den erſten Anprall abzuwehren, aber das Unglück wollte, daß die Grenzwacht Deutſchlands dem pfälzer Beamtenthum und den geiſtlichen Regierungen in Speyer, Worms und Mainz überlaſſen war. Was wir früher von dem allgemeinen Zuſtand der geiſtlichen Gebiete bemerkt haben, das galt in vollem Maße von Kurmainz: ein ſorgloſes und ſchlaffes Regiment, ein zum Theil landfremder Adel, der den Staat ausbeutete, ohne mit ihm innerlich verwachſen zu ſein, das Volk in dumpfer Schwerfälligkeit erhalten und höchſtens durch platten Sinnengenuß angeregt, kein ſelbſtthätiger durch Arbeit erworbener Wohlſtand, wohl aber überall geiſtlicher Müßiggang, vornehmer und geringer Bettel war dort an der Tagesordnung. Selbſt ſehr ehrenwerthe und tüchtige Perſönlichkeiten, deren das geiſtliche Fürſtenthum im achtzehnten Jahrhundert eine ziemliche Reihe aufzuweiſen hat, vermochten, wie wir früher geſehen haben, höchſtens den ungeſunden Zuſtand des geiſtlichen Staatenthums vorübergehend zu mildern, nicht die Wurzeln des Uebels abzuſchneiden. Der letzte Mainzer Kurfürſt aber, den wir bereits aus den Verhandlungen über den Fürſtenbund und ſeinem Verhältniß zum Emſer Congreſſe kennen, hielt ſchon in den Augen der Zeit-

genossen mit den besseren geistlichen Herren, z. B. seinem trefflichen Vorgänger Emmerich Joseph oder seinem hochverdienten Bruder Franz Ludwig in Würzburg-Bamberg, keinen Vergleich aus. Ein rechter Repräsentant der Verweltlichung im hohen Clerus, französisch gebildet und gesittet, auch von einem starken Anflug der vornehmen Modeaufklärung der Zeit beherrscht, von intriguanten Weibern und Höflingen geleitet und durch seinen Ehrgeiz, in der großen Politik die Hand im Spiel zu haben, bald von dieser, bald von jener Seite geködert, kein Bischof mehr und auch kein weltlicher Regent, so veranschaulichte Kurfürst Friedrich Carl recht bezeichnend das widerspruchsvolle Dasein dieser geistlichen Fürstenthümer. Daß ein Firniß voltairescher Aufklärung den Hof umgab, eine Anzahl literarischer Berühmtheiten, wie Müller, Forster, Heinse, zum Zierrath beigeholt waren und man sich viel auf die tolerante Freisinnigkeit zu Gute that, die in Mainz wie an vielen anderen Höfen zum Modeton gehörte, das hinderte gleichwohl nicht, daß im Großen und Ganzen der Staat eben doch nur für den stiftsfähigen Adel, für Priester und Mönche geschaffen schien. Die literarischen Prachtstücke, die der Hof herbeigezogen, waren, wie man mit Ostentation hervorhob, meistens Protestanten; dessenungeachtet war Schulwesen und Erziehung um nichts besser bestellt, als irgendwo sonst, wo Mönche, Nonnen und Exjesuiten die Volksbildung noch ausschließlich in Händen hatten.*) Seit der Erhebung Friedrich Carls auf den Kurfürstensitz war vielmehr ein Rückschlag gegen Emmerich Josephs Bemühungen auf diesem Gebiete eingetreten, und die wahrhaft humane Sorge um die Erziehung des Volkes hatte dem prahlerischen Schein vornehmer Cultur weichen müssen. Ein solcher Zustand konnte sich zur Noth erhalten, so lange der Bürger und Bauer die Herrschaft der Privilegirten in ruhiger Unterwürfigkeit ertrug und kein Bedürfniß einer selbständigeren Lebensthätigkeit erwacht war. Die französische Revolution hatte aber die eine unbestreitbare Wirkung gehabt, daß sie, so gering die politische Erregbarkeit der deutschen Nation im Ganzen war, doch in den bürgerlichen Kreisen der Glauben an die Vortrefflichkeit des alten Wesens erschütterte, daß sie Zweifel über die überlieferte ständische Gliederung der alten Zeiten hervorrief und eine unklare Ahnung bürgerlicher Rechte und Bedürfnisse erweckte, vor welcher die seit lange anerzogene Unterwürfigkeit der mittleren und unteren Klassen anfing zu weichen. Daß die Eindrücke dieser Art gerade in den geistlichen Gebieten sich am fühlbarsten machten, war eine Thatsache, die eben in dem Wesen des geistlichen Regiments ihre ausreichende Erklärung fand. Wohl war es richtig, was Forster über Mainz sagte und was von den meisten geistlichen Residenzen galt: die Bedürfnisse und der Luxus eines zahlreichen Adels und einer nicht minder zahlreichen Priesterschaft ernährten hier eine ungeheure Menge geschäftiger

*) Bezeichnende Notizen darüber siehe in Eickemeyers Denkwürdigkeiten. Frankf. 1845. S. 45 ff., 49 ff.

Müßiggänger, Vermittler oder Werkzeuge ihrer Ueppigkeit, und das Vorbild von Nichtsthun, Unwiſſenheit und ſinnlichem Genuſſe, das oben gegeben ward, zog auch im Volke die Weichlichkeit, Leere und den Leichtſinn groß, der zur Phyſiognomie der geiſtlichen Bevölkerung gehörte. Aber eben weil der geſunde bürgerliche Kern fehlte, war auch — wie das Beiſpiel von Mainz bald ſprechend bewies — nirgends leichter der Revolution in ihrer widrigſten Geſtalt Eingang zu ſchaffen.

Die Haltung, welche das kurmainzer Regiment der Revolution gegenüber einnahm, war ungemein kurzſichtig. Statt eine verſtändige Nachgiebigkeit an das Billige und Unvermeidliche zu bethätigen und jeden Anlaß zu meiden, der die bedenkliche Berührung mit der Revolution herausfordern konnte, verſtockte man ſich blinder als je in den Mißbräuchen des alten Zuſtandes und hatte hier ſo wenig Bedenken, wie in Trier, der Revolution den erwünſchten Vorwand zur Beſchwerde zu geben. Wohl gehörte auch Mainz zu den durch die Revolution beeinträchtigten Reichsſtänden, aber weniger dies erlittene Unrecht, als die Eitelkeit des Kurfürſten, eine Rolle in der großen Politik zu ſpielen, verflocht ihn mit der Coalition und den Emigranten viel tiefer, als es einem geiſtlichen Fürſten dicht an den Grenzen Frankreichs die Klugheit rathen konnte.*) Wir erinnern uns des trotzigen Tones, den ſchon auf dem Reichstage dieſe kleinen Herrchen am Rhein in der franzöſiſchen Entſchädigungsſache anſchlugen; Kurmainz ſtand unter ihnen in erſter Reihe und hatte keine Gelegenheit verſäumt, ſeinen Groll gegen das revolutionäre Frankreich an den Tag zu legen. Die Ausgewanderten erhielten aus dem Zeughaus des Kurfürſten ihre Waffen, bildeten in Worms ein Feldlager und beläſtigten die Einwohner durch die freche Anmaßung, womit ſie über die Reiſenden Aufſicht übten, Leute arretirten und verhörten, ja ſogar Mißliebige ins Gefängniß warfen. Außer Koblenz gab es keine Stadt in Deutſchland, wo das ſchmarotzende Emigrantenthum ſich ſo übermüthig und ausgelaſſen gebehrdete, wie in Mainz und Worms; hier wie dort war die Wirkung auf die Bevölkerung die gleiche, der Eindruck dieſes leeren und frivolen Treibens gab von dem altmonarchiſchen Frankreich ſchlechte Begriffe und lehrte über die Revolution milder denken. In Mainz wie in Kurtrier beachtete man gegen den Geſandten Frankreichs auch nicht einmal die Regeln diplomatiſchen Anſtandes; die kindiſchen Prahlereien des landesflüchtigen franzöſiſchen Adels fanden bei der Regierung dieſelbe aufmunternde Unterſtützung, wie in Koblenz. Und der eigene Mainzer Stiftsadel, der ſich nachher nur durch die Schnelligkeit ſeiner Flucht bemerkbar machte, ſtimmte jubelnd ein in die unſinnigen Prahlreden

*) S. die Schrift: der Untergang des Kurfürſtenthums Mainz von einem Kurmainz. General. Herausgegeb. von Reigebaur. Frankf. 1839. S. 5 ff. Da der General Graf Hatzfeld als Verfaſſer der Darſtellung gilt, iſt das Zeugniß beſonders unverdächtig.

der fremden Flüchtlinge; in den Salons dieser Herren sprach man mit Zuversicht davon, demnächst über Constitutionelle und Republikaner, über Lafayette wie über Pethion und Marat das große Strafgericht zu verhängen, und die Frage schien nur die, ob das Hängen oder Köpfen vorzuziehen sei. „Pendables", des Hängens werth schienen aber dort Alle, welche seit Juli 1789 nicht durch schnelles Ausreißen ihren unbefleckten Royalismus bethätigt hatten.

Dieser Uebermuth ging, wie gewöhnlich, mit der Schwäche Hand in Hand. Als im Herbst 1790, aus Anlaß eines sonst unbedeutenden Tumults zwischen Studenten und Handwerksburschen, die Zünfte sich anfingen zu regen für die Abstellung alter Beschwerden, da enthüllte sich die ganze Ohnmacht dieser Regierung. Erst gewährte und versprach man in feiger Bereitwilligkeit, was immer gefordert ward; dann verschrieb man sich Truppen aus Darmstadt, und nun folgten drohende Rescripte, Einkerkerungen und strenge Strafen. „Mit einem Wort — schrieb damals Forster sehr richtig — man hat wieder Muth und wird den Deutschen wohl zeigen, daß sie keine Franzosen sind; die Art zu regieren geht denn so lange sie gehen kann." *)

Es kamen die Ereignisse von 1792: die Vorbereitungen zum Einfall in Frankreich, die Manifeste der Coalition, das Vordringen über die Grenzen Frankreichs. Außer den Mächten, deren Heere jetzt nach der Champagne zogen, außer Oesterreich, Preußen und Hessen-Cassel, hat damals kein deutscher Reichsfürst seine Feindseligkeit gegen Frankreich so unverhohlen bethätigt, wie der Kurfürst von Mainz. Er wartete die Kriegserklärung des Reiches nicht ab, er ließ in dem Augenblick, wo die verbündeten Monarchen sich Mainz näherten, dem französischen Gesandten seine Pässe geben, er rüstete sein kleines Contingent, um an den erwarteten Triumphen über die Franzosen selber Theil zu nehmen. Zwar klang der Kriegsruhm, den sich die kurmainzer Armada jüngst noch bei der Execution gegen Lüttich erworben, nicht gar fein, aber gegen das revolutionäre Frankreich schien auch die Tapferkeit der verspotteten „Pfaffensoldaten" auszureichen. Die Truppen selbst erhielten eine neue Organisation, die vollends allen überlieferten Zusammenhang zerstörte; dazu kam denn der offene Zwiespalt zwischen den einflußreichsten militärischen Persönlichkeiten, General von Gymnich und Graf Hatzfeld, von denen bald der Eine, bald der Andere seinen Willen bei dem Kurfürsten durchsetzte. Was war aber überhaupt von einer Kriegsleitung zu erwarten, die sich jetzt vor dem Ausbruch des Krieges durch das denkwürdige Rescript verewigte: „allen Officieren, die dazu die Kräfte nicht fühlten oder deren häusliche Verhältnisse es nicht gestatteten, solle es freistehen, ihrer Ehre unbeschadet, nicht mit

*) G. Forster's sämmtliche Schriften VIII. 131 f.

ins Feld zu gehen!“*) Mainz selbst, die Grenzfeste des Reichs, bot ein sehr friedliches Aussehen; die Römermonate zur Erhaltung des Platzes gingen längst nicht mehr regelmäßig ein und die geistlichen Regenten waren begreiflicher Weise nicht allzueifrig, aus ihren Mitteln die Lücke zu decken. Seit Jahren bepflanzte der Commandant die Gräben mit Rebengeländen und Küchenkräutern und auf den Schanzen und Glacis waren Gärten und Lusthäuser angelegt. Der Kurfürst selbst hatte zwar in Wien und Berlin Schritte gethan, damit die Verbesserung der Werke von Reichswegen erfolge, aber er war es auch gewesen, der an wichtigen Stellen englische Gärten schuf, zur Verschönerung seines Sommerpalastes Schanzen verwüstete und zur Herstellung von Spaziergängen Batterien demolirte. Jetzt wie der Krieg kam, ward eine Kriegskasse von einigen hunderttausend Gulden gebildet, der Kurfürst verkaufte an diesen Fonds aus seinen Waldungen die nöthigen Pallisaden, gewann dabei ein hübsches Stück Geld, und ließ ein paar Monate an der Restauration der verfallenen Festungswerke arbeiten. Schon im Juli 1792, gleich nachdem die Verbündeten Mainz verließen, wurden die Arbeiten eingestellt, man schien nach einem so kräftigen Manifeste, wie es in Mainz geschmiedet worden, weitere Vertheidigungsmaßregeln für überflüssig zu halten.

Die große Armee der Verbündeten stand in der Champagne, das Corps, das Speyer gedeckt, war nach Thionville abgezogen, der Schutz des Mainzer Kurstaats beschränkte sich also auf das Häuflein Mainzer Truppen, die in Speyer zurückgeblieben, und auf die Invaliden, Rekruten und die kläglichen kleinen Contingente, die als Besatzung nach Mainz beordert waren. Es lag demnach die Gefahr sehr nahe, daß die Franzosen von Landau und Straßburg ein Corps den Rhein heraufschoben und mit mäßigen Kräften die ganze Gruppe geistlicher Staaten am Rhein durch einen Handstreich vor sich aufrollten. In Paris war die Lage dieser geistlichen Gebiete nicht unbekannt; Custine hatte darauf gestützt früh den Gedanken einer Invasion angeregt und in den Besprechungen bei Valmy ließ Dillon eine vertrauliche Aeußerung fallen, die über den Plan eines Ueberfalls keinen Zweifel ließ. In der That setzte sich Custine mit ungefähr 18,000 Mann in den letzten Tagen des Septembers von Landau aus in Bewegung und erschien am 30. vor Speyer. Die Unfähigkeit des mainzischen Oberst Winkelmann, der seine kleine Schaar von etwas über 3,000 Mann, in einzelne Colonnen zersplittert, im freien Feld aufstellte, erleichterte den Sieg; sie wurden geworfen, zur Capitulation genöthigt, Speyer mit seinen reichen Magazinen genommen, Worms besetzt und beide Städte gebrandschatzt.**) Ein Jahrhundert früher hatten die Fran-

*) S. die Hatzfeld'sche Darlegung S. 48. Dort ist auch die ganz mangelhafte Zurüstung nachgewiesen.

**) Die Vorfälle bei Speyer sind am genauesten in der Hatzfeld'schen Darlegung, S. 71 ff., geschildert. Die Brandschatzung zu Worms betrug 1,480,000 Livres,

zoſen beide Städte verbrannt, jetzt ward nur geraubt; inſofern hatten die Creaturen Cuſtines, wie Böhmer und Stamm, allerdings ein Recht, die franzöſiſche Großmuth zu preiſen! Nur hätte der franzöſiſche Feldherr nicht die Phraſe „Krieg den Paläſten und Friede den Hütten“ voranſtellen ſollen; denn es zeigte ſich bald, daß, wenn einmal die Paläſte leer waren, man auch kein Bedenken trug, in den Hütten zuzugreifen.

Es war kaum zu zweifeln, daß, wenn Cuſtine jetzt ohne Säumen gegen Mainz aufbrach, der erſte geiſtliche Kurſtaat Deutſchlands, deſſen Kriegsmacht man eben am Rhein abgefangen, ſo raſch und widerſtandslos überwältigt ward, wie die Bisthümer Speyer und Worms. Schon die erſte verworrene Kunde von dem Ueberfall in Speyer machte einen unbeſchreiblichen Eindruck; wäre der Feind bereits vor den Thoren geſtanden, man hätte ſich nicht komiſcher beſtürzt und muthlos geberden können. Doch traf der Gouverneur noch Anſtalten zur Vertheidigung. Er ſchickte die Bürgerſchützen und Huſaren zur Beobachtung des Feindes vor die Stadt hinaus, vertheilte die regulären Truppen in die Außenwerke und beſetzte die inneren Feſtungswerke mit den Bürgercompagnien. Das ſchwere Geſchütz ward auf die Wälle gebracht, junge Handwerksleute ſollten zur Bedienung der Kanonen unterrichtet, die akademiſche Jugend bewaffnet werden.

Wie die Stimmung in den höchſten Kreiſen war, zeigt ein Brief, den der preußiſche Miniſterreſident von Stein an ſeinen Monarchen richtete.*) Mit den lebhafteſten Farben ſchildert er die verzweifelnde Angſt, von der nun alle Franzoſenfreſſer am Rhein ergriffen waren. Der Landgraf von Heſſen-Darmſtadt — ſchreibt er — hat auf alle wiederholten Bitten, ſich mit ſeinen Truppen in die Stadt zu werfen, keinen anderen Beſcheid gegeben, als den: die Franzoſen hätten bis jetzt ſeine Beſitzungen im Elſaß gut behandelt, und er wolle ſich mit ihnen nicht überwerfen. Der Landgraf ſorgte dann für ſeine eigene Sicherheit und zog ſeine Truppen bis Gießen zurück, damit ſie ja aus der franzöſiſchen Schußweite kamen. Das geſchah in demſelben Darmſtadt, wo die rieſigen Kaſernen und Exercierhäuſer angelegt waren, wo der Vorgänger des regierenden Landgrafen ſeine ganze Regierungszeit in koſtbarem Soldatenſpiel vergeudet hatte! Vergebens breitete man die Gerüchte aus, Graf Erbach ſei auf dem Rückmarſch von Thionville, Eſterhazy komme vom Oberrhein zum Entſatz; weder von dem Einen, noch von dem Anderen war Hülfe zu erwarten. Kein Wunder, wenn Kurfürſt Friedrich Carl ſchon am 4. Oct., auf Steins Rath, das Weite ſuchte und den Weg über den Taunus und Fulda wählte, um ſicher nach Würzburg zu ge-

---

wovon die Stadt 300,000 bezahlte, der Reſt vom Bisthum, Domcapitel und den Klöſtern gefordert ward. S. Girtanner, hiſt. Nachrichten über die franzöſ. Revol. IX. 388 f.

*) d. d. 9. Oct. (in der angef. Lucheſini'ſchen Correſpondenz).

langen! Bereits am 5. verursachte der Bericht eines betrunkenen Husaren die größte Consternation; die erhitzte Phantasie der Furchtsamen sah schon Custine auf drei Stunden der Stadt nahe gekommen und drei feindliche Colonnen zum Angriff vereinigt. Die pfälzische Regierung bezeichnet der preußische Geschäftsträger als ganz verächtlich; sie sei mit den Franzosen ganz einig. Die bewaffnete Bevölkerung — fährt sein Bericht fort — reicht wohl hin, dem Feind einige Zeit zu imponiren, kann aber die Stadt nicht vertheidigen, wenn sie kräftig angegriffen wird. Ihre Gesinnung ist gut, aber die Mittel der Vertheidigung sind durchaus null. Die Garnison besteht aus 1500 Mann, d. h. einem Haufen von Kreistruppen, die noch nie einen Feind gesehen haben und kaum exercirt sind*); bei dem ersten Allarm am 5. Oct. ist ein guter Theil davon ausgerissen. Der Umfang des Platzes ist sehr groß und wir haben nichts als Bürger und Bauern zur Vertheidigung. Ein Ingenieur, den uns Prinz Condé geschickt, ist mit General Walmoden gleicher Meinung, daß die Festung in ihrer gegenwärtigen Lage kaum einige Stunden einen kräftigen Angriff aushalten kann. Schon seit drei Tagen steht den Franzosen nichts im Wege, die Stadt zu nehmen; die Stadt ist von den angesehneren Bewohnern, die mit dem Beispiel schmählicher Flucht vorangegangen sind, fast verlassen; die Bürger sollen jetzt Waffendienst thun und ihre Geschäfte liegen lassen. Der Bauer kann die Weinlese nicht heimschaffen, in der Stadt stockt aller Handel und Wandel und die Kassen sind leer.

Der Kurfürst selbst hatte sich zuerst in Sicherheit gebracht und damit das erwünschte Beispiel einer unbeschreiblich eilfertigen Desertion des gesammten hohen Kurstaates gegeben; gleichwohl besaß er den Muth, in demselben Augenblick beim König von Preußen einstweilen um Entschädigung für die vielen Opfer anzuhalten, die er erlitten habe!**) Die achtzehntausend Mann Franzosen unter Custine wurden schon in Mainz auf dreißigtausend angegeben; in Frankfurt wuchsen sie schon auf funzig-, in Würzburg gar auf achtzigtausend. Denn bis nach Franken hin verbreitete sich der pa-

*) In der Haßfeld'schen Darlegung ist die Stärke der Besatzung höher angegeben: nämlich 1214 Mann Kurmainzer, die zum großen Theil aus den Resten der einzelnen Regimenter, aus Rekruten, aus den bei Speyer Versprengten bestanden, 591 Reichstruppen (Wormser, Fuldaer, Oranier, Weilburger, Usinger), dann 226 Mann, aus verschiedenen kleinen Detachements bestehend, und ein kaiserliches Commando von 800 Mann, das nach den Niederlanden bestimmt war. Diese letzteren, freilich zum Theil aus Rekruten bestehend, dazu schlecht bewaffnet und verpflegt, rückten erst ein, als Custine schon vor der Stadt stand und man den Kopf verloren hatte. Die Angaben Gymnichs in seiner Vertheidigungsschrift stimmen damit überein.

**) L'Electeur — heißt es in dem Briefe von Stein — implore l'assistance de V. M. pour obtenir à la paix prochaine un dédommagement équivalent aux pertes considérables, qu'il vient de faire.

nische Schrecken; die österreichischen Werber im Spessart eilten schnell nach Würzburg. Aber am tollsten war es in Mainz selbst. Was der durch vervielfältigte Zölle und adelige Privilegien gelähmte Handel nie vermocht hatte, — sagt Forster in seiner malerischen Schilderung der Flucht — das schuf in einem Augenblicke die Furcht: unser schöner ehrwürdiger Rhein gewährte zum ersten Male den erfreulichen Anblick des lebendigen Fleißes, wozu ihn die Natur so eigentlich hergegossen zu haben scheint. Unzählige Fahrzeuge von allerlei Größe, mit Waaren tief beladen, Jachten und Nachen mit Hunderten von Passagieren fuhren unaufhörlich nach Coblenz hinunter. Man zahlte unglaubliche Summen für die Fracht der Personen und Güter, und die zuletzt Abgehenden schätzten sich glücklich, um zehnfach den Preis, den es die Ersten gekostet hatte, fortzukommen. Mehr als zweimalhunderttausend Gulden gingen zur Bestreitung dieser schleunigen Reise aus den Koffern der Fliehenden in die Hände der arbeitenden Classen — und mit der Hälfte der Summe, jetzt noch dargeliehen, hätte man Mainz in einen Vertheidigungszustand gesetzt, der es vor dem Angriffe eines fliegenden Corps vollkommen sichern konnte! Die reichen, mit Edelsteinen und Perlen gestickten Infuln und Meßgewänder, die Bischofsstäbe, Altargeräthe, Heiligenbilder wurden nach Düsseldorf gebracht; eben dahin wanderte das Archiv des deutschen Reiches. Dem Kurfürsten ward nacherzählt, daß er bei der nächtlichen Flucht das Wappen an seinem Wagen habe auslöschen lassen; Thatsache ist es, daß die von ihm zurückgelassene Regierung, der Domherr von Fechenbach und Baron Albini der Statthalter, Seckendorf, Gymnich und Bibra als permanenter Ministerrath zum größten Theil ihres Herrn an Muth und Entschlossenheit vollkommen werth waren, und von allen den wilden Rufern zum Streit, die in Gedanken schon das ganze revolutionäre Frankreich am Galgen sahen, kein Einziger zurückblieb. Der Staatskanzler von Albini forderte in einer pathetischen Rede die Bürgerschaft mit der Anrede „liebe Brüder" auf, die Stadt auf's Aeußerste zu vertheidigen; inzwischen kam aber die Nachricht, daß eben die Packwagen des Herrn Kanzlers glücklich die Rheinbrücke passirt hätten. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, erschien in dem Momente, wo Adel und Clerisei das Ihrige in Sicherheit gebracht, ein strenges Verbot, das allen übrigen Einwohnern die Flucht bei schwerer Ahndung untersagte.*)

*) S. die Mittheilungen in Eickemeyer's Denkwürdigkeiten S. 113 ff. 143 f. und G. Forster's Schriften VI. 382 ff. VIII. 224. 226 f. 230. Daß die Schilderungen der beiden späteren Clubisten nicht übertrieben, beweist außer vielen anderen Zeugnissen sowohl der angeführte Brief von Stein, als die Erzählung des Generals Grafen Hatzfeld. S. „der Untergang des Churfürstenthums Mainz, von einem churmainz. General," S. 89. 90. Die Notiz vom Verbot der Flucht ist Forsters Darstellung S. 384 entnommen; weil seine Briefe es nicht erwähnen, hält Klein (Gesch. von Mainz S. 51) die Mittheilung für zweifelhaft, ein Grund, der uns nicht stich-

Alle Augenzeugen versichern übereinstimmend, daß wenn Custine in dem Augenblicke dieser allgemeinen Verwirrung auch nur mit einer Handvoll Leuten vor den Wällen der Festung erschien, an Widerstand nicht zu denken war. Daß er von Speyer und Worms aus seine Vortheile nicht weiter verfolgte, sondern Wochen lang zögerte, das allein gab noch eine Aussicht auf möglichen Widerstand. Nun waren wenigstens die zugänglichen Stellen besetzt und verpallisadirt, Kanonen aufgefahren, die Bauern der Umgegend beschäftigt, neue Brustwehren aufzuwerfen, Bürger und Studenten nothdürftig bewaffnet und zum Wachtdienst aufgeboten. Schwerlich reichten diese Anstalten hin, einen energischen Angriff abzuhalten, aber sie deckten doch die Festung vor einem Handstreich. Wenn sich nur auf irgend einer Stelle des officiellen Mainz Muth und Einsicht zeigte, so war wenigstens die Ehre zu retten. Allein über der schmachvollen Flucht fast aller derer, die zum Staat und zur Regierung zählten, wich auch der gute Wille der Bürger. Ein Staat von Bevorrechteten, den diese selber so muthlos im Stiche ließen, verdiente nicht, daß sich eine Hand für ihn erhob. Wohl war die Grenzfeste Deutschlands der Vertheidigung werth, nicht um den Kurfürsten von Mainz und seine Klerisei zu halten, sondern es galt zugleich höhere vaterländische Interessen; aber wie hätte sich das Bewußtsein davon in den geistlichen Kleinstaaten des alten Reichs entfalten sollen?

Gouverneur der Festung war der Freiherr von Gymnich, ein General, dessen muthlose Unentschlossenheit sich kaum greller zeichnen läßt, als er es selber in seiner Vertheidigungsschrift gethan hat. Obwohl die Truppenzahl und die bewaffnete Bürgerschaft sich auf mehr als 5000 Köpfe belief, hielt er doch jeden Versuch einer Vertheidigung für vergeblich, und seine Taktik war die, welche er auch in seiner später veröffentlichten Darlegung verfolgt: die Streitkräfte der Franzosen übermäßig hoch anzuschlagen, die militärische Brauchbarkeit aller Truppengattungen der Besatzung noch tiefer herabzusetzen, als sie es verdienten. General Haßfeld, mit Gymnich zerfallen, hat dessen Schwächen sehr richtig beurtheilt, aber zu einer besseren Führung des Ganzen nichts beigetragen. Ein Mann von Fähigkeit war der Oberstlieutenant Eickemeyer, den nachher die flüchtigen Herren vom Adel gern zum Sündenbock ihrer Mißgriffe gemacht und als den Verräther der Festung bezeichnet haben. Es bedurfte hier keines Verraths, wo so viel Feigheit und Unverstand zusammenwirkte.*) Eickemeyer gehörte zu den bürgerlichen Talenten,

---

haltig scheint. Außerdem gibt Klein zu, „daß den Bürgern weniger ein Paß verabfolgt wurde, als den Adeligen und Geistlichen."

*) Aus der großen Anzahl Schriften (es sind deren zwischen dreißig und vierzig), die uns über die Mainzer Vorgänge vorlagen, ergibt sich klar, daß die Annahme eines sorgsam vorbereiteten Verraths nur eben die bequeme Ausflucht war, womit man den Mangel an Muth und Einsicht verhüllen wollte. Die Mittheilungen

die ſich in dem geiſtlich-adeligen Mainz vereinſamt und unbehaglich fühlten: er war ohne Liebe für den Staat, der ſich jetzt ſo ruhmlos ſelbſt verließ, ohne patriotiſche Anhänglichkeit an Deutſchland, ein Kind der kosmopolitiſch-aufgeklärten Zeit, dabei ein nüchterner mathematiſcher Kopf, der eine Wirkſamkeit ſuchte, wo ſie zu finden war, und darum wie viele Andere nachher ohne Bedenken in franzöſiſche Dienſte überging. Aber in jenen Tagen war er der einzige unter den höheren Officieren, der ſeine Kaltblütigkeit bewahrte und von furchtſamer Uebereilung abmahnte. Wie dann Alle im Wetteifer das lecke Schiff verließen, fühlte er ſich freilich am wenigſten berufen, für eine Sache zum Ritter zu werden, die ſeinem Kopfe, wie ſeinem Herzen fremd war.

Am 5. October verſammelte der Gouverneur einen Kriegsrath; ſchon war die Entmuthigung ſo allgemein, daß offen davon die Rede war, die Außenwerke der Feſtung preiszugeben. Eickemeyer war es, der aus militäriſchen Gründen davon abrieth; die Lage der Außenwerke war von der Art, daß ihr Verlaſſen die Uebergabe der Feſtung unvermeidlich machte. Mitten in die Berathung fiel dann plötzlich die Schreckensbotſchaft, die Franzoſen ſeien im Anmarſch und hätten bereits Nierſtein beſetzt. Es war eine betrunkene Huſarenpatrouille, die ſich von den pfälzer Bauern das Märchen hatte aufbinden laſſen. Nun ward das Allarmſignal gegeben, Alles lief in bunteſter Verwirrung durcheinander und der Kriegsrath zerſtreute ſich nach allen Winden. Unter dem Eindruck der Angſtbotſchaft war man noch eilig übereingekommen, die Außenwerke zu verlaſſen, und es wäre wohl auch ſofort geſchehen, wenn ſich diesmal nicht die Statthalterſchaft zu einem entgegengeſetzten Entſchluß ermannt hätte.

Der Vorgang war bezeichnend für die Stimmung; war es bei dieſer Verworrenheit der Führer zu verwundern, wenn das arme Weilburger Contingent, aus 62 Mann beſtehend, beim erſten blinden Franzoſenlärm ihrem Oberſtlieutenant erklärte, ſie ſeien nicht hergekommen, „um ſich für die Mainzer todtſchießen zu laſſen“ und ſie aller ſeiner Bitten ungeachtet von ihrem Poſten am Raymundithor vorſichtig heimwärts zogen? Das Benehmen der pfälziſchen Regierung, deren Beamte ſogar den Patrouillen der bedrohten Feſtung Schwierigkeiten bereiteten, der eilfertige Rückzug des Darmſtädter Landgrafen, die Weigerung der Frankfurter, ihre Kanoniere herzuleihen, dies und Aehnliches bewies nur zu deutlich, wie heftig das Fieber der Angſt die

---

Gymnich's und Halzfeld's, wie die von Forſter und Eickemeyer ſelbſt, weichen in der Hauptſache nicht ſo ſehr von einander ab, daß die ſichere Ermittlung des wahren Verhältniſſes allzuſchwer würde. Wohl aber treffen die Muthloſen mit den wirklichen Renegaten (wie die Mémoires de Custine par un de ses aides de camp) darin zuſammen, daß ſie durch die vorgebliche Verrätherei Eickemeyer's die Anklage von ſich ſelber abzulenken ſuchen.

Kleinstaaterei am Rhein ergriffen hatte, und es war darum den guten Weilburgern kaum so sehr zu verdenken, daß sie ihrerseits dem Beispiele folgten, womit Fürsten und Regierungen ringsumher vorangegangen waren.

Was aller Welt in trauriger Gewißheit vorlag, die gänzliche Verwahrlosung von Mainz und die bejammernswerthe Schwäche der kleinen Regierungen, das konnte auch den Franzosen nicht verborgen bleiben. Schon ihr Gesandter, der bis Juli 1792 in Mainz gewesen, hatte sich von der Faulheit der Zustände überzeugt und wahrgenommen, wie wenig Mühe es hier kosten würde, gestützt auf die unzufriedenen Elemente, einen raschen Schlag im Sinne der Revolution auszuführen. Custine zwar hatte bei seinem Anfall auf Speyer und Worms sich noch nicht getraut, Mainz anzugreifen, und war mit dem Erfolge bei Speyer, mit den Magazinen und Contributionen, die er erbeutet, zufrieden gewesen. Indessen gab der Ausgang des Kampfes in der Champagne die Mittel an die Hand, den Lieblingsplan der herrschenden Demokratie in Frankreich ins Werk zu setzen und längs der französischen Grenze von Savoyen bis Belgien den Angriff der bewaffneten Propaganda zu eröffnen. Nun setzte sich auch Custine gegen Mainz in Bewegung. Wir finden für alle die Ausstreuungen, daß er in engem Einverständniß mit den Mainzer Anhängern der Revolution gehandelt und ein wohl angelegter Plan des Verraths ihm die Thore der Stadt geöffnet, nirgends einen zureichenden Beweis; wohl aber besteht darüber kein Zweifel, daß man im französischen Lager von der kläglichen Schwäche der alten Gewalten und der ungeduldigen Sympathie der Enthusiasten vollkommen unterrichtet war. Drängten sich doch schon beim ersten Angriff eine Menge Leute an Custine heran, um ihm zu betheuern, wie sehnsüchtig das Volk der Befreiung vom Priester- und Adelsjoch entgegensehe. Die Festung selbst blieb während der ganzen Zeit so ungestört Jedermann zugänglich, daß er über die innere Lage ohne Mühe Kundschaft einziehen konnte. Leute, wie der frühere Göttinger Docent Georg Wilhelm Böhmer, damals Gymnasiallehrer in Worms, oder der in Mainz gut orientirte Vicarius Dorsch zu Straßburg, und ein gewisser Stamm betrieben die Propaganda mit aller Aufrichtigkeit. Zum Theil durch sie veranlaßt, hatte Custine eine Anzahl der gefangenen Mainzer Soldaten frei nach Mainz zurückgeschickt, damit sie dort das Lob der Franzosen und ihrer Glückseligkeit preisen konnten.

Dies Alles freilich hätte den Franzosen die Thore der deutschen Reichsfestung nicht eröffnet, wenn die, deren Obhut sie anvertraut war, Kopf und Herz hatten, sie zu behaupten. Wer wollte die weltbürgerliche Exaltirtheit Derer vertreten, die jetzt in kurzsichtigem Eifer vom alten Erbfeind deutscher Macht und Freiheit eine bessere Zukunft hofften? Aber den ersten Stein auf sie zu werfen, haben die am wenigsten ein Recht, die ohne Enthusiasmus und ohne jede muthvolle Ueberzeugung nur aus Furcht und Schrecken ihre eigne Sache schmachvoll verließen! Und doch sind die Nämlichen mit

der Anklage der Verrätherei am freigebigsten gewesen, deren charakterlose Schwäche vor Allem den Vorwurf des Verraths herausfordert.

Am 16. October traf die Kunde ein, daß Custine sich der Stadt nähere; Patrouillen, die am nächsten Tage ausgesandt wurden, bestätigten, daß er bereits bei Oppenheim stand. Seine Truppen waren zwölf- bis funfzehntausend Mann stark; Belagerungsgeschütz führte er keines mit sich. Am 18. Oct. näherten sich die ersten Colonnen dem Dorfe Weißenau; man konnte nun vom Stephansthurm aus die Stellung der Feinde überschauen und ihre Stärke annähernd abschätzen. Die ersten Schüsse, welche die Franzosen aus ihrem leichten Feldgeschütz gegen die Festung sandten, thaten natürlich wenig Schaden; aber auf den Wällen selber war Alles mangelhaft angeordnet, nirgends ein selbstthätiger Eifer, die Officiere, zum Theil nur an den Paradedienst gewöhnt, klagten über Beschwerden und die Bürger fingen an zu murren, daß man sie nun die Folgen der kurfürstlichen Politik entgelten lasse. Alle Vertheidigungsanstalten machten den Eindruck einer im tiefsten Frieden plötzlich erfolgten Ueberraschung; die Franzosen konnten an der Schläfrigkeit und dem Mangel an Zusammenhang aller militärischen Maßregeln, an der Art, wie die Werke besetzt waren und wie man feuerte, sehr leicht erkennen, daß hier an ernsten Widerstand nicht zu denken war.

Nun erschien am Mittag des 19. Oct. Oberst Houchard, von Custine gesandt, und brachte eine Aufforderung zur Uebergabe. Ein solcher Schritt, an der Spitze von höchstens 15,000 Mann gegen eine große Festung gethan, wäre unter andern Umständen wie eine lächerliche Bravade erschienen; wie die Lage in Mainz war, verfehlte er seinen Eindruck nicht. Houchard ward mit dem Bescheid weggeschickt, es werde in wenig Stunden Antwort kommen; am folgenden Tage wiederholte der französische General seine Aufforderung und schickte zugleich ein Schreiben an den Magistrat, das halb drohend, halb schmeichelnd den Bürgern zusprach, sich den Franzosen anzuschließen. Der Gouverneur berieth sich zunächst vertraulich mit dem Statthalter. Es wurde da, wie ein Eingeweihter sich ausdrückt, „manches darüber gesagt, manches vorgeschlagen und wieder verworfen.“ Endlich einigte man sich zu dem Entschluß, einen Kriegsrath zu berufen; bei den Herren von der Regierung und vom Commando war die Uebergabe schon eine stillschweigend beschlossene Sache. Als der Kriegsrath (20. Oct.) zusammentrat, begann Gymnich mit der Versicherung, es fehle an Mannschaft, an bearbeiteter Munition, an Artillerie, an Schanzzeug, kurz an Allem, Hülfe sei keine zu erwarten, der Feind aber stehe mit 25—30,000 Mann und zahlreicher Artillerie vor den Thoren der Stadt. Nach der Reihe stimmten nun die anwesenden Generale Haßfeld, Faber, Rüdt u. s. w. für die Uebergabe; daß auch die Statthalterschaft dafür sei, hatte der Commandant ausdrücklich erklärt. Nur Eickemeyer meinte auf Befragen: die Lage sei allerdings bedenklich, aber es gebe doch Mittel, die Festung noch ein paar Tage zu behaupten. Aber die Mittel, die er vor-

ſchlug, ſchienen den anderen Herren nicht genügend; die Uebergabe ward beſchloſſen.*)

Zum Abgeſandten ins feindliche Lager ward Eickemeyer beſtimmt; er war unter den Stabsofficieren der franzöſiſchen Sprache am kundigſten. Ein verſiegelter Brief enthielt das Anerbieten des Gouverneurs: gegen freien Abzug des Heeres, der Beamten und der Geiſtlichkeit und gegen das Verſprechen, das Eigenthum zu ſchützen, ſolle die Feſtung übergeben und die Feindſeligkeiten eingeſtellt werden. Mündlich erhielt Eickemeyer den Auftrag, bei Cuſtine wegen eines Neutralitätsvertrags für den Kurfürſten und freien Abzugs der Oeſterreicher anzufragen. Fand dieſer letzte Punkt bei dem franzöſiſchen General nur eine ausweichende Erwiederung, ſo war derſelbe um ſo lebhafter befriedigt von dem Antrag, den der Brief des Gouverneurs enthielt. Der ſichtbare Eindruck der Entmuthigung, unter dem die Belagerten ſtanden, ſpannte ſeine Forderungen ſchon höher; die abziehenden Truppen ſollten ein Jahr lang nicht gegen Frankreich dienen, der franzöſiſchen Republik müſſe vorbehalten bleiben, nach den Verträgen über die Souveränetätsrechte zu entſcheiden. Am frühen Morgen des 21. Oct. ward Eickemeyer abermals ins franzöſiſche Lager geſchickt, diesmal in Begleitung eines Mainzer Beamten, um die Capitulation vollends abzuſchließen. Sie erfolgte nach den Bedingungen, welche die vorausgegangene Verhandlung erwarten ließ. Die Mainzer und Kreistruppen ſollten gegen das Verſprechen, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich zu dienen, freien Abzug erhalten, auch ihr Gepäck und vier Feldgeſchütze mitnehmen. Die Feſtungsartillerie, Pläne, Vorräthe, Munition verblieben den Franzoſen; das Privateigenthum ſollte geſchützt ſein, Beamte, Geiſtlichkeit und wer ſonſt wolle, mit ihrem Eigenthum die Stadt verlaſſen dürfen. Ueber die öſterreichiſchen Soldaten war nichts in die Capitulation aufgenommen; ſie wählten den klügſten und kürzeſten Ausweg, ſie zogen am Morgen des 21., während zu Marienborn die Capitulation unterzeichnet ward, über die Rheinbrücke und traten den Marſch nach Koblenz an.**)

Welchen Eindruck die Mainzer Kataſtrophe längs des Rheins hervorrief, läßt ſich nach den früheren Vorgängen ermeſſen. War drei Wochen früher durch die Wegnahme zweier offenen Städte, wie Speyer und Worms, die

*) So berichten, im Ganzen ziemlich übereinſtimmend, die beiden Gegner Eickemeyer und Hatzfeld (ſ. Denkwürdigkeiten S. 134—138. „Untergang des Churfürſtenthums Mainz". S. 132—137).

**) Das vorgefundene Kriegsmaterial betrug: 237 Kanonen, 20,983 Bomben, 27,684 Haubitzenkugeln, 7757 Granaten, 250,973 Kugeln, 2305 Kartätſchen, 5137 Flinten und 1772 Musketen, 138,867 Pfund Blei und 468,000 Pfund Schießpulver. Auch ward durch die Ungeſchicklichkeit des Commandanten ein großer Theil der Kriegskaſſe von den Franzoſen vertragswidrig zurückbehalten.

ganze Kleinstaaterei im deutschen Westen bis zum Grunde erschüttert worden, hatte schon damals der gesammte Kurstaat eilig das Weite gesucht, Darmstadt sich nach Gießen retirirt, Kurpfalz in demüthiger Unterwürfigkeit um die Gunst der Sansculotten gebuhlt, so war es jetzt, wo die Grenzfestung gefallen, wirklich Ernst geworden mit der drohenden Invasion in Deutschland. Seit Mitte October fühlte sich keiner mehr von den kleinen Herren, die sich vom Breisgau bis nach Westfalen in die deutschen Rheinlande theilten, in seiner Residenz sicher; Alle zogen rückwärts, ließen zum Theil Land und Leute völlig in Stich und waren dann höchst erzürnt, wenn die Unterthanen sich nicht für einen Staat und eine Regierung todtschlagen lassen wollten, die sich so muthlos selber aufgab. Am schnellsten im Rückzuge waren in der Regel diejenigen, die einst am lautesten gedroht und getrotzt; der Bischof von Speyer, der gegen die Bitten seiner Bruchsaler Bürger vordem so unzugänglich gewesen, suchte jetzt im Odenwalde eine Zufluchtsstätte, der Kurfürst von Trier, der einst dem „auswärtigen Frankreich" ein Feldlager in seinen Landen eingeräumt, floh jetzt rheinabwärts und suchte bei Kurcöln Schutz, jenem Kurcöln, das 1790 und 1791 auf dem Reichstage die drohendsten Anträge gestellt und sich jetzt außer Stand erklärte, sich selbst, geschweige denn den Nachbar zu schützen. Aber nicht nur am Rheine war der Schrecken grenzenlos; er übte weithin seine ansteckende Macht. Der Bischof zu Würzburg, der zu Fulda und das Reichskammergericht zu Wetzlar erbaten sich Schutzbriefe von dem fränkischen General; ja bis nach Thüringen zitterte man vor den Waffen der Republik. Von Cassel — sagt ein Zeitgenosse von entschieden contrerevolutionärer Farbe*) — hatte sich bereits die landgräfliche Familie geflüchtet, zu Würzburg, Bamberg und sogar schon zu Regensburg war man mit dem Einpacken beschäftigt. Die Gesandten zu Regensburg mietheten schon Schiffe, um die Donau hinabzufliehen. Aber freilich — fügt derselbe Zeuge hinzu — die meisten angrenzenden Reichsfürsten waren in keiner Verfassung, ohne Geld und Soldaten; statt eines gut eingerichteten Militärs war an den meisten Höfen Pracht und Luxus der Gegenstand, woran Geld und Revenüen verschwendet wurden.

Nach diesen Proben durfte man sich über nichts mehr wundern; wenn etwa Custine jetzt, auf die Gefahr hin freilich, später abgeschnitten zu werden, rasch eine Handvoll Leute den Rhein hinabschickte, so war kaum ein Zweifel: die geistlichen Regierungen in Koblenz und Bonn liefen entweder eilig weg oder trugen den Franzosen schon von Weitem ihre Unterwerfung entgegen. Denn im Anfang October, als die Kunde von den Vorfällen in Speyer und Worms nach Koblenz kam, war des Kurfürsten erster Befehl ge-

*) Bericht im Rh. Antiq. I. 1. 134. Vgl. die damit ganz übereinstimmenden Berichte revolutionärer Quellen, z. B. Moniteur universel N. 293. 294. Forster's Schriften VI. 391. 394.

weſen — einzupacken. Dieſem Beiſpiele folgte die ganze Stadt nach;*) alle vom Adel, vom geiſtlichen und weltlichen Rathſtand, alle Klöſter und wohlhabenden Bürger packten ein und mietheten um fabelhafte Summen Schiffe, die ſie rheinabwärts bringen ſollten. Als glaubwürdig wurde erzählt, Cuſtine komme mit 40,000 Mann vom Elſaß her und werde ſich auf dem Hundsrück mit einer andern Armee, die von Sarlouis komme, zum Angriff auf Koblenz vereinigen.

Eine ſehr bemerkenswerthe Erſcheinung war es, wie bei dieſem Anblicke der Schwäche und Angſt überall der alte überlieferte Reſpect der Maſſe vor der Herrſchaft anfing zu weichen. Auch unſer Koblenzer Gewährsmann legt mit Unmuth darüber Zeugniß ab, wie unter dem Eindruck der großartigen Deſertion der olympiſche Nimbus der alten Autoritäten verſchwand; viele „ſchlechtdenkende“ Bürger — erzählt er — hätten die „Inſolenz ſo weit getrieben, die vornehmen Flüchtlinge anhalten zu wollen, und überaus „vermeſſene“ Reden ausgeſtoßen. Die Haltung der Autoritäten war aber auch wie dazu geſchaffen, ſelbſt die ſtärkſte deutſche Geduld zu ermüden. Riethen doch damals, vom Kurfürſten befragt, die Regierung und der Kriegsrath offen dazu: dem anrückenden Feinde Deputationen entgegenzuſchicken, um „wegen einer Brandſchatzung gütlich mit ihm zu contrahiren“, ihn dann in die Stadt zu laſſen, ihm auch die „darin befindlichen preußiſchen Fruchtmagazine nicht zu verhehlen, und falls er Ehrenbreitſtein verlange, ihm die Feſtung ſogleich einzuräumen.“ Der Kurfürſt war nur noch über den letzten Punkt zweifelhaft; die erſten Vorſchläge wollte er genehmigen. Indeſſen dauerte die Flucht fort, der leitende Miniſter des Kurfürſten war zuerſt nach Bonn geeilt und wollte ohne ſtarke Eskorte nicht mehr nach Koblenz zurückkehren. Und das Alles geſchah zwiſchen dem 5. und 8. October, alſo in denſelben Tagen, wo Cuſtine ſelbſt ſchon wieder nach Speyer zurückgegangen war, um dann auf das falſche Gerücht vom Anmarſche der Oeſterreicher ſich unter die Kanonen von Landau zu flüchten.

Wie nun die Nachricht eintraf, die Franzoſen ſeien von Neuem in Anmarſch, und zwar diesmal auf Mainz, zögerte der Kurfürſt keinen Augenblick, mit ſeinem Hofſtaate zunächſt nach Bonn zu fliehen. Er hinterließ, wie ſein College in Mainz, eine Statthalterſchaft, jedoch mit der ausdrücklichen Vollmacht, auch fliehen und andere ſubſtituiren zu dürfen. Die Statthalterſchaft, aus zwei Domherren beſtehend, machte von dieſer Erlaubniß ſofort Gebrauch und übertrug dem Kanzler von Hügel das proviſoriſche Regiment. Nun kam die Botſchaft, Mainz ſei gefallen; es ſchien den Koblenzern fortan kein Zweifel mehr, daß die Franzoſen jede Stunde kommen müßten. „Jeder — berichtet unſer Gewährsmann — war die ganze Nacht hindurch beſchäftigt, ſeine Effecten einzupacken; man hörte die Nacht nichts als Kiſten

*) S. den ſchon erwähnten Augenzeugen im Rh. Antiq. I. 1. 119 ff.

und Kaſten zuſchlagen und Karren durch die Straßen nach den Schiffen rollen. Alle Cavaliers, die meiſten Geiſtlichen, kurfürſtlichen Räthe mit Frauen und Kindern, ſehr viele Bürger und Handwerksleute, die meiſten Mönche und Nonnen flüchteten rheinabwärts. Auch der Gardeobriſt von Landenberg fuhr mit ſeinen Officiers und Gemeinen in einem großen Schiff nach Leudesdorf!" In dieſer allgemeinen Angſt entſchloſſen ſich denn die Stände des Kurfürſtenthums eine Deputation nach Mainz zu ſchicken und dem franzöſiſchen General dieſelben Bedingungen anzubieten, die ſchon am Anfang October im erſten Schrecken von der Regierung ſelber beantragt waren; der proviſoriſche Statthalter iſt dem Entſchluſſe wahrſcheinlich nicht fremd geweſen.*) Die Deputirten, an ihrer Spitze der Syndicus von Laſſaulx, gingen nach Mainz, um die Capitulation abzuſchließen — aber inzwiſchen kam in Koblenz unerwartete Hülfe. Am 27. Oct. rückten die erſten Abtheilungen des tapfern heſſiſchen Contingents ein, das der Landgraf, wie wir uns erinnern, auf die erſte Kunde von Cuſtine's Streifzügen von Verdun hatte nach Deutſchland zurückgehen laſſen. Den Heſſen folgten Preußen, und in Kurzem war die Stadt, deren Bewohner eben noch in jähem Schrecken geflüchtet, mit Truppen gefüllt, König Friedrich Wilhelm II. ſelber ſchlug dort ſein Hauptquartier auf. Unter dem Schutz der vielen Bajonnette fand denn der hohe Kurſtaat von Trier ſein ganzes Selbſtvertrauen wieder, und wie es zu geſchehen pflegt, wandte ſich der heftigſte Groll der Flüchtlinge nun gegen Solche, welche nicht ſowohl die Urheber als die Opfer der großen Deſertion geweſen waren. An jener Mainzer Deputation, namentlich dem Syndicus Laſſaulx, kühlte ſich nachher die Scham und der Unmuth der zurückgekehrten Regierung; er mußte auf dem Ehrenbreitſtein dafür büßen, daß er Anträge an Cuſtine überbracht, deren erſter Urſprung doch im Schooße der kurfürſtlichen Behörden ſelber zu ſuchen war.

Hatte diesmal die Ankunft der deutſchen Truppen am Niederrhein Koblenz und Ehrenbreitſtein vor einem ähnlichen Handſtreich, wie er Mainz traf, bewahrt, ſo war doch immer Cuſtine's Stellung am mittleren Rhein gefährlich genug für die kleinen Staatengruppen im deutſchen Süden und Weſten. Der paniſche Schreck, der von Mannheim bis Regensburg, Wetzlar und Cöln alle geiſtlichen und weltlichen Herren erſchüttert, hatte dem franzöſiſchen General die ganze heilloſe Schwäche dieſer weſtlichen Grenzlande enthüllt; er trug ſeinen Kopf höher als je, gab ſich den keckſten Entwürfen hin und ſah ſchon im Geiſte dies ganze offene Gebiet Deutſchlands zu Filialrepubliken im franzöſiſchen Stile umgeſtaltet. Waren ſeine Thaten ſo kühn und gewaltig, wie ſeine Reden, entſprachen ſeine Handlungen wirklich dem neuen Evangelium von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", ſo entſchied ſich das Schickſal dieſer weſtdeutſchen Kleinſtaaterei vielleicht ſchon, bevor ein

*) S. Rh. Antiq. I. 1. 129. 138.

neuer Feldzug beginnen konnte. Denn daß die Regierungen zum weitaus größten Theil nicht im Stande waren, sich selber zu behaupten, sondern dem ersten revolutionären Stoß erliegen mußten, das hatten die Erfahrungen der letzten Wochen mit unwiderſprechlicher Klarheit erwieſen. Oder wo war etwa die Regierung, von der kurfürſtlich pfälziſchen an bis zu den kleinen Reichsgrafen, Städten und Ritterſchaften herab, die nicht raſch das Weite ſuchte, ſobald ſich etwa jetzt eine revolutionäre Bewegung in der Bevölkerung ſelber kundgab? Es war im Grunde vor Allem das Verdienſt Cuſtine's und ſeiner Helfershelfer, daß dies nicht ſo kam, ſondern die Revolution raſch bei der Maſſe des Volkes ſelber ihren populären Zauber verlor. Die deutſchen Enthuſiaſten zwar klagten die Unreife des Volkes an; aber je reifer das Volk war, deſto feindſeliger mußte es ſich von dieſer Art von republikaniſcher Freiheit abgeſtoßen fühlen, deren theatraliſcher Apparat die rauhe Wirklichkeit von Willkür, Raub und Gewaltthat nicht verdecken konnte. Die „alten Franzoſen in Deutſchland, hinter der neufränkiſchen Maske verſchlimmert", ſo lautete der Titel einer damals erſchienenen Schrift; es war der rechte Ausdruck für die populäre Empfindung, wie ſie ſich bald allenthalben kundgab.

In dem Augenblick, wo Mainz geräumt ward, zog auch ſchon eine Colonne Franzoſen unter General Neuwinger auf Frankfurt los. Am 22. Oct. erſchien der General vor den Thoren der Reichsſtadt, begehrte anfangs nur Lebensmittel gegen Bezahlung, ertrotzte aber doch ſchon mit Drohungen den Eintritt in die Stadt und rückte dann, als die Truppen einquartirt waren, mit dem Auftrage Cuſtine's heraus: der Rath von Frankfurt müſſe binnen 24 Stunden 2 Millionen Gulden Brandſchatzung bezahlen. Der abgenutzte Vorwand, unter dem vorher ſchon Worms geplündert worden war, „es ſei den Emigranten dort Vorſchub geleiſtet worden," paßte auf Frankfurt durchaus nicht; denn der Magiſtrat der Stadt hatte mit ängſtlicher Sorgfalt Alles vermieden, was ihm Beſchwerden von franzöſiſcher Seite erwecken konnte. Vergebens ſuchte der Rath durch Vorſtellungen zu wirken; es ward nichts erlangt, als daß Cuſtine verſprach, den Raub auf anderthalb Millionen zu ermäßigen, übrigens aber unerbittlich auf der raſchen Zahlung beſtand. Süßliche Proclamationen, worin von der Gerechtigkeitsliebe der franzöſiſchen Nation, von ihrem Mitgefühl für den armen arbeitſamen Bürger und von dem Drucke, den die Reichen bisher geübt, die Rede war, kündigten den Frankfurtern an: nicht das Volk, ſondern nur die reiche und regierende Claſſe habe die Summe beizubringen. Es ſollte dies die praktiſche Anwendung von dem Spruche ſein: Krieg den Paläſten und Friede den Hütten. Eine verdiente Züchtigung für dieſe jakobiniſche Heuchelei war es, daß die Zünfte und Handwerker nachher in einer öffentlichen Eingabe dem General ausdrücklich erklärten, ſie wollten von dieſer volksfreundlichen Fürſorge nichts wiſſen, ſie ſeien bisher mit ihrem Regiment leidlich zufrieden geweſen; wenn man aber ihren reicheren Mitbürgern das Geld abnehme, ſo müſſe natürlich auch ihr Er-

werb und Verdienst damit auf's Empfindlichste getroffen werden. Indessen das Geld mußte herbei; Custine war ehrlos genug, die Summe wieder auf zwei Millionen zu erhöhen und durch persönliche Drohungen, Wegnahme von Geiseln u. s. w. die rasche Bezahlung des größten Theils zu erzwingen. Die Ermäßigung des Restes suchte die Stadt von der französischen Regierung zu erlangen.*)

Die ohnmächtigen Regierungen auf dem rechten Rheinufer konnten sich in der That bei Custine bedanken, daß er es auf sich genommen, das Volk von revolutionären Anwandlungen zu heilen; denn der Eindruck der Räuberei in Frankfurt war zu allgemein, als daß die pomphaften Proclamationen von Verbrüderung und Freiheit, von Abschüttelung der Despotie und Rückgabe der unveräußerlichen Rechte sonderlich hätten verfangen können. Der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel z. B. mochte sein, wie er wollte, die Hessen vergaßen seinen Geiz und seine Härte, Angesichts der Glückseligkeit, welche die fremden Horden brachten. Nichts war darum verfehlter, als daß Custine jetzt am 28. Oct., unter dem frischen Eindruck der Frankfurter Dinge, eine wüthende Proclamation gegen den „Tiger" und „Tyrannen", wie er den Landgrafen nannte, erließ und den braven hessischen Soldaten „fünfzehn Kreuzer täglich, fünfundvierzig Gulden Pension, Bürgerrecht, Bruderliebe und Freiheit" anbot — wenn sie zu ihm übergehen wollten!**) Der hartnäckige Widerstand, den ein Häuflein Hessen leistete, als die Franzosen in großer Uebermacht eine Razzia nach der Saline Nauheim machten, ließ erkennen, wie wenig Erfolg diese Propaganda haben würde; ein kühner und großsinniger Fürst hätte damals, bei der Erbitterung der Hessen, ohne Mühe eine Insurrection der Massen gegen das französische Wesen hervorrufen können. So dauerten freilich die Raubzüge wenigstens gegen die Schwächeren fort; erst gegen die schutzlosen Klöster in der Wetterau, dann wurde an der Lahn geplündert, Weilburg namentlich gebrandschatzt und ausgeraubt, lauter Heldenthaten, die Houchard in Custine's Auftrag vollzog. Militärische Maßregeln, welche das rasche Vorrücken der deutschen Truppen vom Niederrhein nach dem Main hätten erschweren können, nahm Custine nicht; es schien ihm genug, wenn er die Welt mit seiner abgeschmackten revolutionären Rhetorik erfüllte und daneben, als Anfang einer neuen Gleichheit, die Reichen arm, aber die Armen nicht reich machte.

Indessen war Mainz der Mittelpunkt einer revolutionären Propaganda geworden, die nicht, wie auf dem rechten Rheinufer, nur etwas äußerlich Auf-

*) Die Actenstücke über die Frankfurter Angelegenheit s. bei Nau, Gesch. der Deutschen in Frankreich und der Franzosen in Deutschland 1794. IV. 155 ff. und Tagebuch von der Einnahme Frankfurts bis zur Wiedereroberung 1793. Die Mittheilungen bei Girtanner u. A. sind daraus entnommen.

**) Wörtlich aus einem Originalabdruck des Aufrufs; vgl. in dem angef. „Tagebuch" S. 70 f.

gedrungenes war, sondern wenigstens in einem Theil der dortigen Bevölkerung selbst ihre Stütze fand. Die alte Bischofsstadt hatte freilich, wie jeder Sitz geistlicher Herrschaft, an dem müßiggängerischen Proletariat, das an solchen Orten wie Unkraut aufwuchert, eine brauchbare Hefe revolutionärer Bewegung; aber Trieb und Leitung kam doch von einer anderen Seite. Indem Kurfürst Friedrich Carl mehr aus Eitelkeit und der Mode zu Gefallen, als aus einem tieferen Verständniß für die damalige deutsche Literatur, eine Reihe von literarischen Persönlichkeiten nach Mainz verpflanzte, in denen das protestantische, aufgeklärte und weltbürgerliche Streben der Zeit vertreten war, übersah er jedenfalls das Eine: daß, wenn ihre Wirksamkeit irgend eine Frucht haben sollte, der Boden, auf den er sie setzte, auch nicht der alte bleiben durfte. Oder was sollten diese Zierpflanzen mitten in der Umgebung alten Schlendrians, hergebrachten Aberglaubens und mönchischer Erziehung? Ohne rechte Thätigkeit, überall gehemmt und von Vielen mit unverhüllter Mißgunst angesehen, selber natürlich ohne Liebe für den Staat, in dem sie sich vollkommen fremd fühlten, hatten sie mehr das Ansehen einer hereingepflanzten Colonie, die in einer Zeit revolutionärer Gährung der natürliche Mittelpunkt der Bewegung gegen das Alte werden mußte. An diesen Kreis mißvergnügter Gelehrten und Schriftsteller schlossen sich dann die Unzufriedenen und Zurückgesetzten aus dem Mainzer Bereich selber an, Männer, wie Eickemeyer, oder die Geistlichen mit Illuminatenmeinungen, wie Blau und Dorsch. Der Parteigeist jener Tage hat die Meisten von ihnen mit Unrecht beschuldigt, durch eine weitläufig angesponnene Conspiration den Ueberfall von Mainz herbeigeführt zu haben. Wir haben gesehen, der ganze Gang der Octoberereignisse läßt den Gedanken eines absichtlichen Verraths kaum aufkommen, vielmehr fällt die Hauptschuld auf jene unfreiwillige Verrätherei, wie sie durch muthlose und verzagte Menschen zu jeder Zeit geübt wird, und was von Einverständnissen dabei mitwirkte, beschränkte sich eben auf die Kenntniß der trostlosen Lage der Stadt, über die sich, bis zum letzten Augenblick, Jeder durch die offenen Thore der Festung Gewißheit verschaffen konnte. Personen zweiten und dritten Ranges, wie der ehrgeizige Arzt Wedekind, damals heftiger Jacobiner, später als Freiherr und fürstlicher Leibmedicus verstorben,*) der tolle Böhmer, eine Persönlichkeit, wie sie das Literaten- und Journalistenthum unserer modernen Revolutionen vielfach aufweist, dann ein gewisser Stamm, halb Straßburger, halb Mainzer, dessen Leumund nicht eben der

*) Er war persönlich gegen die kurfürstliche Regierung gereizt, die wie er glaubte durch die Intriguen neidischer Gegner sich gegen ihn hatten verhetzen lassen und ihm in einer Ehrensache die strenge Gerechtigkeit, um die er nachsuchte, verweigerte. Uebrigens sagt er in einem Schreiben an den „Bürger-Commissär" d. d. Mainz 21. Febr. 1793, er habe Custine, als er schon die Stadt berannte, die nothwendigen Nachrichten selbst überbracht, auch Eickemeyer mit vieler Mühe gewonnen.

beste war, das sind die Personen, die man als die Zwischenträger des französischen Generals betrachten kann. Die Anderen sahen den Dingen, die sich vorbereiteten, mit der lebhaftesten Spannung, auch einer unverkennbaren Sympathie für die Grundsätze der Revolution im Westen, aber doch noch ohne thätige Theilnahme zu; Georg Forster namentlich geraume Zeit nur mit dem höheren Interesse des Geschichtskundigen und Publicisten, ohne Vertrauen auf die Stärke der alten Zustände und mit dem rechten politischen Seherblick in die Macht und Bedeutung der Ideen, die unter allem Schmutz wüster Leidenschaften und demagogischer Künste versteckt lagen.

Welch tragisches Geschick einer politischen Natur dieser Art auf dem damaligen Boden Deutschlands nothwendig bereitet werden mußte, ist von einem historischen Meister mit aller Wahrheit feiner psychologischer Charakteristik gezeigt worden; wir können dem nichts hinzufügen und möchten auch nichts von dem Interesse nehmen, das seitdem nach langer Vergessenheit in erhöhtem Maße dem Andenken Georg Forsters zu Theil geworden ist. Wohl konnte er auch in der Zeit bitterster Verkennung mit edlem Selbstgefühl von sich sagen: „ich habe keine Cabale, keine Intrigue je gekannt, und halte den Menschen für den elendesten seines Geschlechts, der mich einer schlechten Handlung fähig glaubt; ich bin arm, aber ich habe mein Bewußtsein.“ Wie immer haben Diejenigen am voreiligsten den Stab über ihn gebrochen, die nicht werth waren, zu ihm aufzublicken, und selbst die unbefangenere Beurtheilung hat nicht selten nur ihn verdammt, wo der allgemeine Zustand Deutschlands viel lauter anzuklagen war. Allein es wird doch immer eines der traurigsten Zeugnisse für die damalige Lage Deutschlands, wie für die weltbürgerliche Heimathlosigkeit seiner literarischen Größen sein, daß ein Kopf und ein Charakter, wie der Georg Forsters, keine bessere Stelle in der Geschichte jener Zeiten gefunden hat, als die Rolle, die ihm in der widrigen Episode des Mainzer Jakobinerthums zufiel.

Sein Briefwechsel läßt uns den inneren Verlauf der Stimmungen genau erkennen, durch die ihn sein Trieb einer praktischen öffentlichen Thätigkeit von der kaltblütigen geschichtlichen Betrachtung zur unmittelbaren Theilnahme an den revolutionären Dingen hinführte. Er sah den geistlichen Staat, dem er nur als Fremdling angehörte, haltlos auseinander fallen; wie hätte man von ihm Eifer und Hingebung für eine Sache erwarten dürfen, die von den Trägern und Lenkern dieser Staatsordnung selber so muthlos preisgegeben ward? Der Eindruck dieser unerhörten Desertion traf mit den ersten glänzenden Erfolgen der revolutionären Propaganda zusammen; nun schien auch ihm der Zeitpunkt gekommen, in Deutschland das Joch priesterlicher und feudaler Gewalt, das alle besseren Kräfte des Volkes niederhielt, zu zerbrechen. Die ersten Versuche des Menschen, der jetzt eben den Fesseln der Sklaverei entrinnt — so war dabei seine Betrachtung — mögen noch so tölpisch und unbeholfen erscheinen, dennoch erwecken sie eine Hoffnung in der Brust des Menschen-

freundes, die ihn an der weisen Lenkung der Schicksale seiner Gattung und an ihrer moralischen Causalität nicht verzweifeln läßt.

Gleich nach Custine's Einzug, am 23. October, hatte sich im kurfürstlichen Schlosse eine Gesellschaft von „Freunden der Freiheit und Gleichheit" aufgethan, welcher außer Wedekind, Blau, die Professoren Hoffmann, Metternich und einige Personen angehörten, die theils ihre Sympathie für die Revolution, theils ihre Charakterlosigkeit dem neu aufgehenden Gestirn zuführte. In kurzer Zeit war aus der Gesellschaft ein Club geworden, der sich kein geringeres Ziel als die Republikanisirung des linken Rheinufers vorsetzte. In dem Verzeichniß der Mitglieder*) finden wir neben den schon genannten Personen eine Anzahl Geistliche und mehrere ehemalige kurmainzische Beamte, Handwerker und Studenten aufgeführt. Forster selber klagt, daß man neben den achtbaren Elementen nur zu rasch einen Schwarm roher Studenten, unbärtiger junger Leute und übelberufener Personen ohne Prüfung und Auswahl aufgenommen habe. Er fürchtete, „die jugendliche Selbstzufriedenheit und Anmaßung der Einen, der Eigennutz und die zweideutigen Absichten der Anderen möchten bald der guten Sache mehr Schaden bringen, als die Einsicht und das Gefühl der achtungswürdigen Mitglieder zu ihrer Empfehlung wirken könnten." Ihm war das Lärmen und Schreien einer unreifen Masse, die revolutionären Farçen und Gaukelspiele in tiefster Seele zuwider; die Revolution schien ihm bei unbefangener Betrachtung überhaupt der Weg nicht zur deutschen Freiheit. „Deutschlands Lage, sagte er damals, der Charakter seiner Einwohner, der Grad und die Eigenthümlichkeit seiner Bildung, kurz seine physischen, sittlichen und politischen Verhältnisse haben ihm eine langsame, stufenweise Vervollkommnung und Reife vorbehalten; es soll durch die Fehler und Leiden seiner Nachbarn klug werden und vielleicht von oben herab eine Freiheit allmälig nachgelassen bekommen, die Andere von unten gewaltsam und auf einmal an sich reißen müssen. Die Uebereilungen der Reformatoren können diesen ruhigen Gang hemmen, die der Regenten ihn beschleunigen." Aber zugleich sprach doch der Beruf politischer Thätigkeit wieder zu laut in ihm, als daß er es über sich vermocht hätte, in kaltblütiger Neutralität zu bleiben. Er trat in den Club ein, in der sicheren Hoffnung, manches Gute fördern, der Ausartung und Unvernunft wirksam begegnen zu können; er lernte dann zu spät erfahren, wie wenig der Einzelne in solchen Zeiten vermag. Das verwegene Beginnen, eine Freiheit zu gründen ohne Nation und Vaterland, verlief sehr bald in dem Verlust der Freiheit wie der Nationalität; selbst ein Kopf wie Forster war nicht stark genug, auch nur einen der Mißgriffe und Ausartungen des Mainzer Jakobinismus, so tief er sie mißbilligte, hindern zu können. Wohl aber ward sein reiner Name in eine

*) S. „Getreues Namensverzeichniß der in Mainz sich befindenden 452 Klubisten, mit Bemerkung derselben Charakter. Im Mai 1793."

troſtloſe Epiſode verflochten, die mit Raub und Plünderung begonnen, mit dem Verrath deutſchen Gebietes an das Ausland geendet hat.

Nur die erſten Tage dauerte die Illuſion fort, es handle ſich im Ernſte um die Herſtellung eines Zuſtandes wahrer Freiheit. Die ungeduldige Raubſucht der Fremden hielt ſich noch in Schranken, man glaubte noch der Verſicherung Cuſtine's, daß es nur von der freien Selbſtbeſtimmung des Volkes abhängen ſolle, ſich ſeine künftige politiſche Form zu geben. Ich werde, hatte der General in einer Proclamation an das deutſche Volk geſagt, alle beſtehenden Gewalten bis dahin beſchützen, wo ein freier Wunſch den Willen der Bürger und Bauern in den Stiftern Mainz, Worms und Speyer, den Wunſch eines jeden dieſer Stämme wird kundgegeben haben; ſelbſt wenn ihr die Sklaverei den Wohlthaten der Freiheit vorziehen werdet, bleibt es euch überlaſſen, zu beſtimmen, welcher Despot euch eure Feſſeln zurückgeben ſolle. Das verſprach eine aufrichtige Handhabung jener Grundſätze der Volksſouveränetät, wie die Revolution ſie aufgeſtellt. Die zurückgebliebenen Behörden fuhren mit gutem Muthe fort, zu verwalten, der Bevölkerung erſchien dieſer Zuſtand um ſo erträglicher, je weniger dieſe Mäßigung zu den Greuelſchilderungen paßte, welche die Emigranten von dem revolutionären Frankreich entworfen, und die Einſichtsvollen und Weiterblickenden, wie Forſter, hofften, es ließe ſich nun friedlich und ohne gewaltſame Uebergänge der Wuſt von Mißbräuchen beſeitigen, den das geiſtlich-adelige Regiment hinterlaſſen. Aber ſchon am 30. Oct. ſprach Cuſtine in einem Schreiben an die Regierung von der „Eroberung des Kurfürſtenthums" und dem „Uebertragen aller Theile der Geſetzgebung und Verwaltung an die franzöſiſche Republik"; die Behörden, die in ihrer Ehrlichkeit fortfuhren, ſich „kurfürſtlich" zu nennen, wurden mit der ganzen „Schwere des nationalen Unwillens" bedroht.*) Der Club, von dem ſelbſt Forſter und Eickemeyer mit unverdeckter Geringſchätzung re-

*) Die Actenſtücke finden ſich ſämmtlich in der ſonſt ſehr einſeitig gehaltenen „Darſtellung der Mainzer Revolution." Frankf. u. Leipz. 1794. 2 Bde. Dazu kommen dann die Schriften von Böhmer, „Epiſtel an die lieben Bauersleute." Mainz 1792; „die Ariſtokraten am Rhein." Ebend. 1791. Dann von Seiten der kurfürſtlichen Partei: „Etwas über die Mainzer Conſtitution in einem Sendſchreiben des Dr. G. Teutſch." Frankf. 1792, wogegen wieder erſchien: „Etwas über das Etwas des Dr. G. Teutſch." 1792. Ferner: „Ueber die Verfaſſung von Mainz." Deutſchland 1793 (eine Schutzſchrift für den alten Zuſtand) und „Die Conſtitutionsvorſchläge des Handelsſtandes zu Mainz, beantwortet von K. Boeſt." Mainz 1792. Hoffmann „Ueber Fürſtenregiment und Landſtände". 1792. „Mainz im Genuſſe der Freiheit und Gleichheit." Deutſchland 1793, und die ſchon früher gelegentlich citirten Schriften. Wir beſchränken uns dabei auf die Erwähnung ſolcher Erzeugniſſe, in denen ſich geſchichtliches Material irgend einer Art vorfindet; eine ganze Reihe anderer Brochuren, theils revolutionäre Declamationen, theils contrerevolutionäre Schmähungen, Satiren und Schmutzſchriften bleiben wie billig unerwähnt.

den,*) und der in den ersten Tagen halb mit Gleichgültigkeit, halb mit Neugierde betrachtet worden, drängte sich nun in den Vordergrund und ward das rührige Werkzeug der französischen Incorporationsgelüste. Es begann ein ganz unwürdiges Spiel, das zu den pomphaft verkündigten Grundsätzen der Volkssouverainetät in sehr bitterem Gegensatze stand. Erst versammelte Custine die Zünfte, um ihre Meinung über die französische Verfassung zu hören. Es war kein Zweifel, daß der Kern der Bürgerschaft davon nichts wissen wollte; unter 97 Mitgliedern der Kaufmannsinnung fanden sich nur 13, welche die französische todtgeborne Constitution für Mainz geeignet hielten. Eine Eingabe, welche die Innung an Custine richtete, hob die natürlichen Verhältnisse von Mainz und die Beziehungen zum Reich hervor, verbarg die Gebrechen der alten Verfassung nicht, blieb aber doch dabei stehen, daß sie allein als Grundlage einer neuen dienen könne. Eine Repräsentation der Bürgerschaft, die dem Kurfürsten zur Seite stehe, Besetzung der Stellen durch Einheimische, Beseitigung der Privilegien des Adels, des Clerus, das waren die wesentlichsten Forderungen, welche sie durch ihre künftige Verfassung erfüllt wissen wollten.**) Man mag es naiv finden, daß die guten Mainzer Kaufleute eine Reform dieser Art von dem französischen Jakobinismus erwarteten; in jedem Falle beurtheilte aber hier der bürgerliche Instinct das deutsche und mainzische Bedürfniß viel richtiger, als die Männer, die sich nachher durch den Mainzer Convent und die Herstellung einer „Republik" zwischen Speyer und Kreuznach lächerlich gemacht haben.

Es charakterisirt allerdings die politische Unschuld unseres Volkes, daß die ehrlichen Mainzer glaubten, mit Gründen und Debatten eine Sache leiten zu können, die der jakobinische General nöthigenfalls mit der plumpsten Gewalt im französischen Interesse zu entscheiden entschlossen war. Als einer von ihnen den Versuch machte, die gemäßigte Ansicht im Club zu verfechten, wurden in die nächste Sitzung Soldatenpikets geschickt, um die unbequeme Opposition zum Schweigen zu bringen. Dann folgten, um die Enttäuschung zu vollenden, Requisitionen, Wegnahme der kurfürstlichen Hinterlassenschaft und der strenge Befehl, die Bürger zu entwaffnen. Vergebens copirten nun die Clubisten ihre französischen Vorbilder auch darin, daß sie die lächerliche Farce

*) Forster, Schriften VI. 402. Eickemeyer, Denkwürd. S. 152.

**) Die Eingabe ist abgedruckt in der Schrift: „Constitutionsvorschläge des Handelsstandes zu Mainz, beantwortet von K. Boost, Bürger, Mitglied der Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit in Mainz." 1792. Als Gegenschrift ist von Interesse die derb und handgreiflich, aber mit populärem Geschick geschriebene Rede von Professor Andreas Jos. Hoffmann: „Ueber Fürstenregiment und Landstände." Hoffmann, eines der wenigen demokratischen Originale jener Zeit, ist erst vor wenigen Jahren, als neunzigjähriger Greis, zu Winkel im Rheingau gestorben und war, wie wir uns persönlich überzeugten, bis in seine letzten Lebenstage unverändert der Mainzer Clubist von 1792 geblieben.

republikanischer Umzüge, Errichtung von Freiheitsbäumen und dergleichen aufführten; das eigentliche Volk ward sich darüber immer klarer, daß statt der verheißenen Freiheit die unwürdigste Form revolutionärer Despotie in Mainz zur Herrschaft gelangt war. Die pathetischen Proclamationen, womit der närrische Böhmer in Custine's Namen das Volk überschüttete, verfingen gerade beim Volke am wenigsten; höchstens machte das auf die Pfaffen, Mönche, Professoren, Literaten und weiland kurfürstlichen Beamten, die im Club den Ton angaben, einigen Eindruck.

In diesem Augenblick trat Forster (5. Nov.) in den Club ein; sein Sträuben war überwunden, nicht durch die zudringlichen Vorstellungen eines Böhmer, Metternich oder Wedekind, sondern durch den Glauben, er könne weiterem Unverstand wirksam entgegentreten. Niemand hat wohl klarer die Fehlgriffe der Clubmänner erkannt, als er. Ungeschickte Freiheitsapostel, schrieb er später, rechtfertigen selbst in den Augen des Volkes, dem sie Freiheit aufdringen wollen, die Strenge der Maßregeln, womit sich einige Fürsten den Neuerungen widersetzen. Man hätte, war seine Meinung, jene ersten Zusagen Custine's treu halten und die Stimmung der Bürger für eine Abschaffung der Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Zwangsmittel der alten Regierung benützen sollen, statt durch revolutionären Zwang Jedermann zu empören. Er fand dann das Benehmen Custine's ebenso „planlos und widersinnig", wie das der Clubisten, tadelte ihre Brandschatzungen auf's strengste, nannte die Erpressungen in Frankfurt ebenso ungerecht, wie unpolitisch, und beklagte es, daß man durch das „unsinnige Manifest" an die Hessen nur die Eigenliebe und das Mitgefühl dieses tapferen und geduldigen Stammes für seinen Fürsten rege gemacht habe. Er sah in der allgemeinen Erregung und Entfesselung der Volkskraft nur eben das Mittel, allmälig zu einem besseren und freieren Zustande zu gelangen; sie wird kommen, ruft er aus, die Zeit, wo man den Werth der Menschen weder nach angeborenem, noch nach zufälligem Range, weder nach ihrer Macht, noch nach ihrem Reichthum, sondern allein nach ihrer Tugend und Weisheit schätzen wird; die Zeit wird kommen, wo das Blut des Bürgers, dem man Schutz versprach, so heilig sein wird, als jenes des Regenten, dem er um dieses Schutzes willen gehorchte.*)

Gerade bei einer solchen Ueberzeugung war es ohne Zweifel ein doppeltes Opfer für einen Mann wie Forster, aus seiner unthätigen Betrachtung der Dinge sich zur praktischen Theilnahme zu entschließen, und nur das reinste Motiv, das einen Mann ins öffentliche Leben führen kann — der Glaube, dem Gemeinwohl nützlich werden zu können — hat ihn dabei geleitet. Daß

*) Forsters Schriften VI. 404—406. 411. Daß diese Urtheile der Zeit nach später fallen, wie Klein a. a. O. 215 glaubt erinnern zu müssen, nimmt ihnen nichts von ihrem Werthe für Forster's Charakteristik. Und um diese handelt es sich hier.

ſein Schritt gleichwohl ein Mißgriff war, bewies ſehr bald der peinliche Widerſpruch, in den er mit ſich ſelber und der eigenen beſſeren Meinung gerieth. Am Tage nach ſeinem Eintritt in den Club führte Böhmer die unwürdige Komödie auf, ein rothes und ein ſchwarzes Buch, das „Buch des Lebens und des Todes“ aufzulegen, in welches ſich die Anhänger der Freiheit und die der Knechtſchaft einzeichnen ſollten; wir wiſſen aus Forſters eigenen Aeußerungen, wie entſchieden er dieſen groben jakobiniſchen Terrorismus verwarf, aber er mußte es geſchehen laſſen. Die Umſtände waren ſtärker, als er. Bald predigte er ſelbſt das franzöſiſche Evangelium von der Rheingrenze, pries die große Vermiſchung der Völker, zu der die Franzoſen den Weg gebahnt, beräucherte eine Nation, die nachher über den größten Theil von Europa den ſchmachvollſten Despotismus verhängte, mit dem Weihrauch übertriebenſten Lobes und fand das Loos der Rheinlande beneidenswerth, dem „unzerſtörbaren Freiſtaate“ einverleibt zu werden.*) Noch mehr; derſelbe Mann, der die Plünderung in Frankfurt ſo richtig beurtheilt, rechtfertigte die Cuſtineſche Brandſchatzung mit Sophismen, wie ſie eines Genß, aber nicht eines Forſter würdig waren. Er fand es „dünkelhaft“, daß dieſer Magiſtrat einer deutſchen Reichsſtadt ſich „gegen die Lichtmaſſe der Vernunft in der geſetzgebenden und vollſtreckenden Gewalt der gebildetſten und aufgeklärteſten Nation des Erdrundes“ auflehnen wolle, und ſprach die handgreiflichen Unwahrheiten über Frankfurt nach, womit Cuſtine ſeinen Raubzug hatte motiviren wollen.**)

Der Eindruck der Räubereien Cuſtine's und die plumpe Zudringlichkeit, womit man dem Volke einen Zuſtand aufnöthigen wollte, für den es nun einmal weder vorbereitet, noch geſtimmt war, verdarb den Erfolg der Revolution auch da, wo ihr eigentliches Terrain war. Litt doch das Landvolk unter dem Zehnten, dem Lagergeld, der Kopfſteuer, dem Heerdſchilling, der Königsbede, dem Noth- und Frauengeld u. ſ. w.; waren doch die Zinshahnen, die Remigiiſchweine, die Martinsgänſe, die Leibhühner, die Handlöhne, die Blutzehnten und Aehnliches mehr allenthalben verhaßt; gab es doch kaum einen Act im bürgerlichen Leben, von der Wanderſchaft des jungen Handwerkers an bis zur Meiſterannahme, zur Verheirathung und zum Hausbau, den der Fiscus nicht mit ſeinen Sporteln bedachte! Hier gab es alſo Stoff genug zu populärer Unzufriedenheit, und gleichwohl blieb die ſympathetiſche Bewegung auch auf dem platten Lande hinter der Erwartung zurück.

Die zurückgebliebenen Regierungsräthe hatten ſich lange genug zu der undankbaren Rolle gebrauchen laſſen, dem Namen nach ein Regiment zu führen, das in der That von Cuſtine und dem Club geübt ward; ſie wurden

*) S. die am 15. Nov. gehaltene Rede „über das Verhältniß der Mainzer gegen die Franken,“ in den ſämmtl. Schriften VI. 413 ff.

**) Ebendaſ. S. 482 ff.

am 19. Nov. beseitigt und durch eine Verwaltung ersetzt, in welcher, unter dem Vorsitze von Dorsch, auch Forster und Blau Platz nahmen. Die neue Regierung, als deren Aufgabe es Custine bezeichnete, in den drei Bisthümern Mainz, Worms und Speyer vom Volke die vielhundertjährigen Lasten wegzunehmen, begann zunächst, die Propaganda auf dem Lande rühriger in die Hand zu nehmen. Vor Allem wurden die Gemeinden mit Exemplaren der französischen Verfassung von 1791, die in Frankreich selbst in den letzten Zügen lag, überschwemmt, dann Commissäre in alle Städte, Dörfer und Flecken von Landau bis Bingen gesandt, um die Stimmen der Bewohner über die Beibehaltung der alten Verfassung oder die Annahme der neuen zu sammeln. Die Commissäre sollten einmal dem Volke begreiflich machen, daß die höchste Gewalt ihm selber zustehe, und dann dies souveräne Volk zu einer Erklärung veranlassen, worin der Schutz der Franken zur Einführung der neuen Verfassung angerufen und der Wunsch ausgedrückt war, fortan mit den französischen Nachbarn „nur eine Familie auszumachen." Die Formen waren von der Art, daß es nicht gar zu schwer sein mußte, eine Kundgebung in diesem Sinne als angeblichen Wunsch des Volkes herauszupressen. Gleichwohl gab sich mehr Widerstand kund, als man hätte erwarten sollen. Alles ist stupid und will befohlen haben, so klagt Forster selbst. Was wird es sein, wenn diese armen, stumpfsinnigen Leute erst wirklich inne werden, daß sie keinen anderen Herrn haben, als ihren Willen! Schwerlich war es aber die Anhänglichkeit an die feudalen Zustände, was den Widerstand erweckte; es war der schlichte Volksinstinkt, der sich gegen Experimente sträubte, zu denen der Boden und die Gemüther nicht vorbereitet waren.

Ein entscheidender Vorgang für die Lande links vom Rhein war das Decret, welches der Nationalconvent am 15. Dec. erließ. Darnach sollten die Generale in allen besetzten Gebieten die Souverainetät des Volkes, die Abschaffung der bestehenden Steuern und Abgaben, der Leibeigenschaft, der Zehnten, Lehenslasten, Zwangrechte, Frohnen, Jagdrechte und überhaupt aller Privilegien verkünden und zugleich das Volk in Ur- und Gemeindeversammlungen zusammenberufen, damit es sich seine provisorischen Beamten und Richter wähle. Alle Autoritäten, die bisher bestanden hatten, sollten aufgehoben, alle alten Beamten, Adeligen und Privilegirten von der Wahl wie von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein. Alle Güter, die dem Fiscus, den alten Regierungen oder ihren „Anhängern und Trabanten gehörten", wurden mit Beschlag belegt, Contributionen auf die sogenannten Reichen ausgeschrieben und durch Revolutionscommissäre der neue Zustand angeblicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit terroristisch ins Werk gesetzt. Denn der Convent erklärte zugleich, daß die französische Nation jedes Volk, welches die ihm angebotene Freiheit und Gleichheit nicht annehmen werde, als feindlich betrachten, und die Waffen nicht eher niederlegen werde, als bis das von den französischen Truppen besetzte Gebiet seine Souverainetät und Unabhängkeit er-

langt habe. Zu Neujahr trafen dann Rewbel, Merlin und Hausmann ein, um im Einverständniß mit den neuen demokratischen Behörden die Umgestaltung zu vollenden. Was weiter folgte, die Urversammlungen, die Eidesleistung, die Wahl des Mainzer Convents und dessen Anschluß an Frankreich, darauf werden wir unten noch mit einem Worte zurückkommen; diese letzten entscheidenden Acte der Unabhängigkeitserklärung trafen gerade mit dem Zeitpunkt zusammen, wo die deutschen Heere ernste Anstalt trafen, Mainz und das Gebiet von Landau bis zur Nahe zurückzuerobern.

In diesem letzten Act der Mainzer Episode ist Georg Forster besonders thätig gewesen; an der Leitung der Urversammlungen, der Wahlen, der Eidesabnahme hatte er den allernächsten Antheil. Aber er hatte wohl recht, wenn er einmal meinte, sein „etwas philosophischer Zuschnitt habe ihn zum Demagogen verdorben"; wenigstens trieb er dies Handwerk jetzt ohne innere Befriedigung und fast im Widerspruch mit seinen eignen Meinungen. Zu ehrlich und zu scharfsichtig, um sich über die wahre Stimmung des Volkes Illusionen zu machen, befestigte er sich inmitten dieser Thätigkeit erst die volle Ueberzeugung, daß Deutschland zur Revolution nicht vorbereitet sei. Ich bleibe dabei, lautet sein merkwürdiges Bekenntniß,*) daß Deutschland zu keiner Revolution reif ist, und daß es schrecklich sein wird, sie durch das halsstarrige Bestehen auf der Fortsetzung des unglückseligsten aller Kriege unfehlbar vor der Zeit herbeizuführen. Ich möchte bittend vor allen Fürsten Deutschlands stehen und sie um ihres eigenen Lebens und um des Glückes ihrer Völker willen bitten, es bei dem, was geschehen ist, bewenden zu lassen und nicht Alles auf's Spiel zu setzen. Unser rohes, armes, ungebildetes Volk kann nur wüthen, aber nicht constituiren. Von oben herab ließe sich jetzt in Deutschland so schön eine Verbesserung friedlich und sanft verbreiten, man könnte so glücklich von den Vorgängen in Frankreich Vortheil ziehen, ohne das Gute so theuer erkaufen zu müssen. Der Vulkan Frankreichs könnte Deutschland vor dem Erdbeben sichern.

Wir haben die deutschen Heere in dem Augenblick verlassen, wo der Rückzug aus der Champagne vollendet war. Wir erinnern uns, erst im Luxemburgischen fanden die erschöpften Truppen einige Ruhe und Erholung; als schlimme Wirkung der unglücklichen Expedition war aber eine mißtrauische Verstimmtheit zwischen Oesterreichern und Preußen zurückgeblieben, die sich zumal in den militärischen Kreisen unverhohlen genug kundgab. Zum Theil der Eindruck dieser Stimmungen, zum Theil freilich die drängende Noth war es gewesen, was den österreichischen Oberfeldherrn in den Niederlanden bewog, das Corps Clerfayts von der preußischen Armee abzurufen und da-

*) VIII. 248.

durch dieſer letzteren die Behauptung von Longwy und Verdun unmöglich zu machen. Denn es drohte in dieſem Augenblick dem öſterreichiſchen Corps in den Niederlanden eine ganz unmittelbare Gefahr, die abzuwehren auch die Heranziehung von Clerfayt nicht hinreichte; es wandte ſich die franzöſiſche Invaſion mit noch ausgedehnterem Erfolge, als Cuſtine am Rhein, gegen die wunde Stelle der öſterreichiſchen Niederlande.

Herzog Albert von Sachſen hatte erſt mit unzulänglichen Kräften Lille bedroht, dann, als ihn die Ereigniſſe in der Champagne dies aufzugeben zwangen, ſich auf Mons zurückgewandt und in deſſen Umgebung ſeine Streitkräfte in einer feſten Stellung zuſammengezogen. Der Ausgang der Dinge in der Champagne hatte den Franzoſen Luft gemacht und ſie konnten nun ihren und Dumouriez's Lieblingsplan, die Invaſion in Belgien, mit beſſeren Ausſichten als früher wieder aufnehmen. Es rächte ſich jetzt die kurzſichtige Sparſamkeit der öſterreichiſchen Kriegsrüſtung um ſo bitterer, je zweifelhafter die Stimmung des Landes und je ſchwächer ſeine militäriſche Lage war. Einſt hatte die Politik des Gleichgewichts in gerechter Sorge vor der franzöſiſchen Nachbarſchaft in den Barrièrefeſtungen einen Gürtel von feſten Plätzen aufgerichtet, deren gemeinſame Bewachung Oeſterreich und der gleich lebhaft dabei intereſſirten holländiſchen Republik übergeben war. Blieben Namur, Tournay, Menin, Furnes, Ypern und andere Städte befeſtigt und beſetzt, ſo war den Franzoſen wenigſtens nicht beim erſten Anlauf der ganze burgundiſche Kreis geöffnet. Allein erſt hatte man die Plätze zerſtören und verfallen laſſen, dann zerriß Joſeph II., im übermüthigen Vertrauen auf die ewige Dauer des öſterreichiſch-franzöſiſchen Familienbundes, gewaltſam jenen Barrièrevertrag, der, mit Einſicht und Kraft gehandhabt, Belgien wie Holland hätte ſchützen können. Nun ſtanden die Oeſterreicher, im Ganzen einige vierzigtauſend Mann ſtark, in einem offenen Lande, gegen das Dumouriez eben mit einer doppelt ſo ſtarken Armee ſich zum Angriff rüſtete. Wohl leiſteten die Oeſterreicher, als in den erſten Tagen des Novembers die Franzoſen von Valenciennes auf Mons losdrängten, in einzelnen Vorpoſtengefechten tapfern Widerſtand, und auch ihre Stellung bei Jemappes, um die ſich am 6. November der entſcheidende Kampf entſpann, ward von ihnen mit aller Ausdauer vertheidigt, aber ſie vermochten der Uebermacht eines angriffsluſtigen Feindes nicht zu widerſtehen. Ganz Flandern, Brabant und Hennegau lag nach dem Siege bei Jemappes den Franzoſen offen; von Oſtende, Brügge und Gent an bis Brüſſel und Namur waren alle wichtigeren Städte in wenig Tagen von ihnen beſetzt und die Oeſterreicher genöthigt, ihren Rückzug bis an die Dyle fortzuſetzen. Nicht zwanzigtauſend Mann mehr war das Heer ſtark, deſſen Oberbefehl jetzt um die Mitte November Clerfayt übernahm, und noch ehe der Monat zu Ende war, hatten die Franzoſen Lüttich beſetzt, einzelne Colonnen bis Spaa und Malmedy vorgeſchoben, um die Mitte December Aachen genommen, und es war zu beſorgen, daß auch die Roer

und Erft, hinter welchen die Oeſterreicher ihre Stellung genommen, den Feind nicht werde aufhalten können.

Aus dem Briefwechſel, in welchem Tauenzien, der preußiſche Bevollmächtigte, mit dem königlichen Hauptquartier ſtand, erſehen wir, daß auch die öſterreichiſche Armee, wie die preußiſche in der Champagne, unter der Ungunſt des Feldzuges heftig gelitten hatte und Tauenzien ſich vergeblich bemühte, ſie vom raſcheren Zurückgehen abzuhalten. Es ſtand einen Augenblick ſo, daß es ſo gut wie beſchloſſen war, das linke Ufer des Rheins zu verlaſſen,*) und wie es ſcheint, gelang es nur den dringenden Vorſtellungen Friedrich Wilhelms II., den übereilten Entſchluß zu hindern. Die pfalzbairiſche Regierung, die am Mittelrhein den Franzoſen ſo förderlich geweſen, und von der Cuſtine prahlen konnte, er könne Mannheim von ihr jeden Augenblick haben, wenn er ihr dafür eine Million und 200,000 Thaler zahlen wolle, dieſe Regierung trat auch hier mit ihrer ſchmachvollen Zweideutigkeit den deutſchen Heeren ſtörend in den Weg; in Jülich ließ der Commandant die kaiſerlichen Truppen nicht durchmarſchiren, und die Regierung in Düſſeldorf machte ernſtlich Miene, die Anlegung von Magazinen für das deutſche Heer zu unterſagen. Man mußte ihr bedeuten, wie die Lage nicht ſo beſchaffen ſei, „daß man viel Umſchweife mit ihr machen werde.“ **)

In dieſen wie in ähnlichen Anläſſen bewies König Friedrich Wilhelm II., daß er jetzt ſo wenig, wie damals auf dem Rückzug aus der Champagne, von der Verbindung mit Oeſterreich zu trennen war. Unterhandlungen, die noch im Anfang November gepflogen worden, hatten ſich dadurch zerſchlagen, daß der König weder einen Separatfrieden eingehen noch eine andere Bedingung des Friedens zulaſſen wollte, als die Freigebung des Königs und den Verzicht auf revolutionäre Eroberung. Indeſſen das Verhältniß des Kampfes war für ihn doch ein anderes geworden; im Sommer 1792 war er zu einer ritterlichen Heerfahrt für das bedrohte Königthum ausgezogen, hatte unter den damals am Kriege Theilnehmenden die größten Anſtrengungen gemacht, hatte ſeine eigene Perſon gleichſam dafür eingeſetzt, Ludwig XVI. die Freiheit und die königliche Macht zurückzugeben. Ein ſolches Ziel ſchien nun freilich nicht mehr erreichbar; ſchon hing über Ludwigs Haupt das Damoklesſchwert eines revolutionären Schreckenstribunals; das Aeußerſte, was

*) Am 12. Dec. ſchreibt Tauenzien: Je suis désespéré de ce qu'arrive — — il n'y a pas moyen d'opérer autre chose si non que tout le monde est d'accord de passer le Rhin. Gleich nachher traf ein Schreiben des Königs von Preußen (d. d. 13. Dec.) ein, das dringend vom Uebergang über den Rhein abmahnte; am 17. meldet dann Tauenzien, der Plan ſei aufgegeben.

**) Am 15. Dec. ſchreibt Tauenzien: „Comme il parait qu'ils ont ordre de repousser la force par la force, j'ai fortement insisté de faire des requisitions et d'agir en même tems. Il me semble qu'il ne s'agit pas de biaiser dans ce moment, au cas qu'on puisse avoir besoin des états electoraux palatins.

in dieſer Richtung zu erreichen ſchien, war die Herſtellung einer moderirten Regierung und vielleicht die Erhaltung der wiederhergeſtellten Krone bei dem Hauſe Bourbon. Dagegen machte die glückliche Invaſion der Franzoſen am Rhein und in Belgien die Fortdauer des Krieges aus anderen Gründen unvermeidlich; ein viel näheres Gebot der Ehre und der Selbſterhaltung als jene royaliſtiſche Solidarität, die zum Kriege gegen Frankreich gedrängt, legte den kämpfenden Mächten die Pflicht an's Herz, die Reichsfeſtung Mainz wieder zu erobern, Belgien von den Franzoſen zu reinigen. Zu dieſem Ziele war denn auch der König von Preußen vollkommen bereit die Hülfe zu ſtellen, die das Bundesverhältniß zu Oeſterreich von ihm forderte, aber mehr nicht. Weder an die Spitze zu treten, noch in einen weit ausſehenden Krieg der Repreſſalien und Eroberungen ſich einzulaſſen, war ſeine Meinung, und hätte er ganz ungehemmt ſeiner Neigung folgen können, ſo war wohl die Wiedereroberung von Mainz, die Vertreibung der Franzoſen aus den Rheinlanden und aus Belgien das Ziel des Kampfes, wobei er ſich beruhigte. Die ungeduldige Kriegsluſt des Jahres 1792 war durch die Erfahrungen in der Champagne abgekühlt; Preußen war nun zufrieden, wenn es nur an Ehre und Beſitz ungekränkt ſich des läſtigen Kampfes entledigen konnte. Die diplomatiſchen Rathgeber des Königs, ſo verſchieden ſie ſonſt waren, ſtimmten doch darin vollkommen überein, daß dieſer Krieg eine Laſt ſei, die Preußen ſo bald wie möglich abſchütteln müſſe; keiner von ihnen wagte zwar damals noch mit dem offenen Vorſchlag des Friedens vor Friedrich Wilhelm zu treten, aber ihre vertrauten Aeußerungen verhehlten nicht, wie unbequem ihnen die Fortdauer dieſes Krieges in ſeinem ſo ganz unerwarteten Verlaufe geworden war. Lucheſini hielt zunächſt ſtreng den Geſichtspunkt feſt, daß Oeſterreich die Leitung des Kampfes auf ſich nehmen, Preußen nur in zweiter Linie als Hülfsmacht wirken ſolle; die beiden Mächte ſollten alſo im nächſten Feldzuge die Rollen geradezu tauſchen.*) Eine ähnliche Anſicht hatte Manſtein, der auf des Königs perſönliche Meinung vielleicht mehr Einfluß als irgend Jemand ſonſt ausübte. Als im November Cuſtine, getreu der früheren Taktik der franzöſiſchen Feldherren, ſich Preußen zu nähern, durch den Landgrafen von Heſſen-Homburg ſeine Bereitwilligkeit zum Frieden kundgab, meinte der Oberſt, man ſolle dies nicht von der Hand weiſen, wenn es vielleicht zunächſt auch nur eine Kriegsliſt ſei.**) „Uebrigens wünſche ich ſehnlich, fügt er hinzu, daß dieſer in ſo vielem Betracht uns ſchwer fortzuſetzende und viel-

*) Schon am 3. Oct. ſchrieb Lucheſini nach Berlin: J'ai supplié le Roi, de permettre que les ministres autrichiens s'expliquent les premiers sur leur façon de penser sur l'état actuel des choses et sur le parti à prendre après l'abolition de la royauté en France, pour finir la guerre le plutôt possible. Je sens combien il est important, que nous n'allions pas en avant en tout ceci, et je mettrai tous mes soins à l'empêcher.

**) Schreiben an Rüchel, d. d. Koblenz 23. Nov. 1792.

leicht selbst von mancher Seite nachtheilige Krieg bald geendet werden möge; ich bin auch überzeugt, daß unser Ministerium ebenso wie ich denkt; was also immer zum Frieden beitragen kann, das werde ich sicherlich nicht verabsäumen." Zu dieser Ansicht der Dinge trug aber nichts so entscheidend bei, wie die gleichzeitige Wendung in Polen. Dort war die seit lange schwebende Verhandlung über die preußische Entschädigung jetzt eben dem Abschluß nahe; kam es dort zur Theilung, so gab es gewiß in Preußen keinen Feldherrn und keinen Staatsmann, der nicht die Vergrößerung Preußens an der östlichen Grenze für wichtiger gehalten hätte, als die möglichen Eroberungen auf Kosten Frankreichs. Dann war aber auch die ganze preußische Staatskunst und vielleicht ein Theil der Heeresmacht dort in Anspruch genommen, um russischer Schlauheit und Gewaltthat mit Erfolg das Gleichgewicht zu halten. Allerdings war diese Aussicht auf die längst ersehnte Arrondirung an der Weichsel eines der wesentlichen Mittel, die preußische Politik fester mit den Interessen der Coalition gegen Frankreich zu verknüpfen; aber in dem Maße, als sich dort die Entscheidung verzögerte, wuchs auch die Abneigung gegen die Fortdauer des Krieges im Westen.

Jetzt, in den letzten Wochen des Jahres 1792, tritt diese Spaltung der Interessen noch nicht so offen zu Tage; vielmehr drängte Friedrich Wilhelm II. lebhafter als alle anderen auf eine rüstige Gegenwehr gegen das Vordringen der Franzosen. Nachdem die Truppen die nöthige Ruhe genossen, traf man die Anstalten, sie von Koblenz gegen die Lahn hin in Bewegung zu setzen. Vor Allem sollten die Franzosen vom rechten Rheinufer verjagt und dann die Belagerung von Mainz vorbereitet werden; die Preußen zogen die Lahn herauf, setzten sich mit den hessischen Truppen bei Marburg, mit den Darmstädtern bei Gießen in Verbindung, und rückten, ohne daß außer kleineren Gefechten etwas Bedeutendes geschah, in den letzten Tagen des Novembers gegen den Main hin vor. Custine stand damals bei Höchst, Houchard bei Oberursel. Frankfurt war von vier Bataillonen unter van Helden besetzt. Frankfurt war kein fester Platz, vielmehr befanden sich die alten Wälle in ziemlich verfallenem Zustande, die Wallgräben waren leicht zu passiren und die zahlreichen Thore der Stadt waren von einer kleinen Besatzung schwer zu vertheidigen. Gleichwohl galt, wie es scheint, nach der methodischen Kriegführung jener Zeit, ein rascher Sturmangriff auf die Stadt wie eine Verwegenheit, und es scheint nicht zweifelhaft, daß der Herzog von Braunschweig nur mit Widerstreben dazu seine Einwilligung gab. Zur Leitung des Sturmes war Major Rüchel ausersehen, einer von den Zöglingen Friedrichs des Großen aus der letzten Zeit und ein Officier von Talent und Raschheit, dem, wie es scheint, später nur der Lenker und Meister seiner Jugend fehlte, um die Auszeichnung, deren ihn der große König gewürdigt, völlig zu rechtfertigen. Diesem entschlossenen, feurigen Führer war das kleine aber tapfere Contingent des Kasseler Landgrafen anvertraut, eine Truppe, die wie sie un-

ter allen kleinstaatlichen Armeen jener Zeit fast die einzige war, die kriegerischen Geist, Uebung und militärische Traditionen besaß, so auch, selbst nach der Versicherung preußischer Officiere, in dem unglücklichen Champagne-Feldzuge es allen anderen Truppen an Kriegstüchtigkeit und unverdrossener Ausdauer zuvorgethan hatte. Sie waren, wie wir uns erinnern, in Märschen, die damals für ungewöhnlich schnell galten, nach Koblenz zurückgekehrt und gaben dort dem bedrohten und flüchtigen Trierer Kurstaat Leben und Athem wieder; jetzt wurden sie dazu bestimmt, Frankfurt zu erstürmen.

Der Sturm war auf den 2. Dec. festgesetzt. Während preußische Colonnen, in Verbindung mit dem darmstädtischen Contingent, am Taunus von Oberursel und Homburg bis gegen Vilbel hin aufgestellt, die Bewegungen der Franzosen beobachteten, sollten die Hessen, durch darmstädter Chevauxlegers und preußische leichte Reiterei verstärkt, am Morgen die Stadt angreifen, und ein zweites preußisches Corps, bei welchem sich der König und der Herzog selbst befanden, theils den Angriff unterstützen, theils gegen Höchst hin Custine im Schach halten. Die hessische Sturmcolonne sollte zugleich an vier Stellen, am Allerheiligen- und am Friedbergerthor, von Sachsenhausen und zu Schiffe von der Mainseite her den Angriff beginnen; doch entspann sich der Kampf nur an den beiden Thoren der Stadt, da von der Mainseite nicht beizukommen war und die Colonne, die für Sachsenhausen bestimmt war, die Dinge schon entschieden fand. Der Angriff auf die beiden Thore ward mit der Lebhaftigkeit und Energie, die man an den Hessen gewohnt war, unternommen; der Verlust an Leuten war nicht unbedeutend, aber man kam rasch zum Ziele. Die Bevölkerung in der Stadt ward unruhig, als man einige Bomben hineinsandte; sie drängte in der Verwirrung des verhaßten Feindes an die Thore und ließ die Zugbrücken herunter. Rasch warfen sich die stürmenden Hessen in die Stadt hinein, indeß gleichzeitig das preußische Corps, unter dem König selbst, bereits gegen Bockenheim vorgerückt war und jede Unterstützung des Feindes von dieser Seite abwehrte. *) Der Kampf, so kurz er gedauert, war doch nicht unblutig gewesen; die Hessen zählten über dreißig Todte, darunter mehrere Officiere, und 130 Verwundete. Die Franzosen hatten ungefähr 70 Todte und Verwundete, aber der größte Theil der feindlichen Besatzung, gegen 1500 Mann, mit dem Commandanten und vielen Officieren waren gefangen. Mehr als diese Trophäen

*) Der Antheil, den die Bürgerschaft an dem Kampfe nahm, gab nachher den Franzosen Gelegenheit, das Mährchen zu ersinnen, als hätten die guten Frankfurter mit der Besatzung eine Art sicilianischer Vesper aufgeführt. Das Aeußerste der Art, ein rechtes Musterstück schwülstiger jakobinischer Lüge, leistete eine Darstellung, die Stamm, Custine's Adjutant, in die Mainzer Zeitung einrücken ließ; die Frankfurter ließen dagegen eine Erklärung erscheinen, die den abgeschmackten Vorwurf tückischen Meuchelmords nach dem Zeugniß der französischen Officiere selbst zur Genüge widerlegte.

des Tages, mehr ſelbſt als die Befreiung der wohlhäbigen und wichtigen Handelsſtadt war der Sieg ſelber werth; er war, wie ein Zeitgenoſſe ſagt, die einzige kräftige Waffenthat im ganzen Feldzuge, und nachdem die methodiſche Langſamkeit die beſten Gelegenheiten verſäumt und das kriegeriſche Selbſtvertrauen herabgeſtimmt, machte es einen ſehr erfriſchenden Eindruck, wieder einmal zu ſehen, wie die alte ſoldatiſche Keckheit und der zugreifende unverdroſſene Muth früherer Tage über die Methode den Sieg davon trug.

Cuſtine ſah ſich nun genöthigt, ſeine Truppen zwiſchen Hochheim und Wiesbaden zu vereinigen und an Mainz anzulehnen; er hatte auf dem rechten Rheinufer keinen feſten Punkt mehr, als die kleine Feſtung Königſtein, die jetzt von den Preußen blokirt und im März 1793 zur Uebergabe genöthigt ward, und den Brückenkopf von Mainz, Caſtel, deſſen Befeſtigung ſo ziemlich die einzige militäriſche Vorſorge von Bedeutung war, zu welcher ſich Cuſtine während ſeiner revolutionären Raubzüge Zeit genommen hatte. Seit Mitte December war er auf Caſtel zurückgeſchoben, in der Nacht vom 13. auf den 14. war der Reſt ſeiner Leute, die er noch in Hochheim gelaſſen, hinausgedrängt worden, und es begann nun, als erſter Schritt zur Belagerung von Mainz, die engere Einſchließung von Caſtel. In den letzten Wochen des Jahres ſtanden die deutſchen Truppen vom Rheingau, an den Taunus angelehnt, bis gegen Hochheim und Frankfurt in einem Bogen um Caſtel vereinigt, und trafen die Vorbereitungen, um das im October ſo ſchmachvoll verſcherzte Mainz den Franzoſen wieder abzunehmen.

Fünfter Abschnitt.

Der Kampf um Mainz und Belgien (bis Juli 1793).

In den Tagen, wo die Franzosen vom rechten Rheinufer verdrängt wurden und man die Belagerung von Mainz vorbereitete, war zwischen Preußen und Oesterreich die noch schwebende Entschädigungsfrage vorläufig erledigt worden.

Wir erinnern uns, noch auf dem Rückzug aus der Champagne hatte Preußen in der Note von Merle seinen Gesichtspunkt unumwunden dargelegt; es verlangte die alsbaldige Besitzergreifung der polnischen Gebiete, war aber im Uebrigen bereit, auch zu einer Vergrößerung oder Abrundung Oesterreichs mitzuwirken. Als Spielmann mit dieser Erklärung nach Wien kam, regten sich dort die lebhaftesten Bedenken. An sich war eine namhafte Vergrößerung Preußens den Oesterreichern natürlich nicht erwünscht; galt doch selbst das Lieblingsproject, der bairische Ländertausch, wie die früheren Begehren zeigten, dafür keineswegs als volles Aequivalent. Nun stand aber die Erfüllung dieses Wunsches immer nur erst in einer noch ungewissen Aussicht, indeß Preußen verlangte, ungesäumt den Besitz seiner Entschädigungen anzutreten. *)

Während Oesterreich sich besann, fuhr Rußland fort, klug zu zögern. Sein Verhältniß zu Preußen hörte nicht auf, freundschaftlich zu sein, aber es war doch auch nicht vertraulich; die russischen Staatsmänner zeigten sich schweigsam und ausweichend, sobald man auf den Inhalt der Frage ernstlich eingehen wollte. Aus Allem sprach nur die positive Erklärung Rußlands heraus: daß es bei einer neuen Theilung Polens Oesterreich nicht zugezogen wünschte. Ich hätte nichts dagegen, schrieb darum am 10. Nov. der König, daß auch Oesterreich sich in Polen vergrößerte; da aber Rußland das nicht will, so bleibt es bei dem bairischen Tausche.

So befand sich Preußen in einer unbehaglichen Schwebe; der neue Feldzug stand bevor und noch hatte es weder von Oesterreich noch von Rußland

*) Das Folgende nach den Acten des geh. Staatsarchivs.

irgend einen bestimmten Bescheid über die Bedingung, von welcher es seine Theilnahme an dem Kriege abhängig machte. Denn das galt im preußischen Lager als ganz ausgemacht, daß man von dem Standpunkt der Note von Merle nicht abweichen werde. Haugwitz wie Lucchesini rühmen sich in ihren vertraulichen Aeußerungen, sie hätten den König fest gemacht in dem Entschlusse, keinen Mann marschiren zu lassen, ehe die polnische Forderung erfüllt war; auch schrieb der König selbst (12. Nov.) an Haugwitz: in Wien muß man sicher sein, daß es dabei sein Bewenden hat. Aber man war über Rußland fast mehr in Sorge als über Oesterreich; ob dasselbe nicht plötzlich zurückziehen werde, wenn es die nun erweiterte preußische Forderung vernahm, dagegen fühlte sich Preußen noch keineswegs sicher. Bei der Haltung Oesterreichs entstand daraus naturgemäß eine gewisse Abhängigkeit von Rußland. Schrieb doch damals das preußische Ministerium selber (22. Nov.): wir liegen ganz in der Hand der Czarin; wie es auch ausfallen möge, ganz gewiß wird diese Sache der preußischen Monarchie noch vielfache Verlegenheit bereiten.

Ungeachtet der wiederholt gegebenen kategorischen Erklärung, daß ohne sofortige Besitzergreifung der polnischen Landestheile eine weitere Theilnahme Preußens am Kriege nicht zu erwarten sei, verharrte doch der Wiener Hof in seinem ablehnenden Schweigen. Bald trug sich derselbe mit dem Gedanken einer polnischen Entschädigung, bald schlug Spielmann vor, bei der bekannten politischen Haltung des Kurfürsten von Pfalzbaiern kurzen Proceß zu machen, 40,000 Mann in Baiern einmarschiren zu lassen und den Tausch gewaltsam zu vollziehen; aber eine bestimmte Erklärung über die Note von Merle kam nicht. So wartete Preußen auf Rußland wie auf Oesterreich; beides mit Ungeduld und beides erfolglos. Seit Ende November hatte Goltz Vollmacht, den Vertrag zu schließen, die Truppen waren marschfertig, Alles zur Besetzung bereit, sobald Katharina das entscheidende Wort sprach; aber je dringender Preußen die Sache betrieb, desto kühler ward Rußland, desto unerschöpflicher war Ostermann in immer neuen Ausflüchten. Während gerade er es gewesen, der früher in der polnischen Sache die Preußen gedrängt, hieß es jetzt, die Kaiserin liebe es nicht, sich zu übereilen; während die russischen Aeußerungen vorher nur Feindseligkeit gegen Polen athmeten, meinte Ostermann jetzt: es sei schwer für Rußland, die Verheißungen, die es Polen früher gemacht, zuerst zu brechen! Wenn der preußische Gesandte auf eine Entscheidung trieb, so sagte der Russe: ehe man die Antwort von Wien kenne, ließe sich nichts thun; und wenn Goltz den Einmarsch in Polen als nothwendig bezeichnete, meinte Ostermann: „Ist das so eilig? Welchen Vorwand soll man denn nehmen, was soll die Kaiserin auf die Klagen der Polen antworten? Und was wird England dazu sagen?“*) Der König ward

*) Aus den Depeschen von Goltz vom 26. Okt., 13., 16., 23. November und 5. December.

unmuthig: wenn diese Tergiversationen nicht aufhören, erklärte er am 1. Dec., so werde ich aus dem französischen Kriege zurücktreten; an Alopeus ließ er gleichzeitig noch einmal die bestimmteste Erklärung geben, daß die Lösung der Entschädigungsfrage die absolute und unerläßliche Bedingung sei für jede fernere Mitwirkung zum Kriege.

In Wien rückte aber die Sache nicht von der Stelle. Schien es zu Anfang December einen Augenblick, als werde der Bescheid Oesterreichs in erwünschter Weise folgen, so hörte man gleich nachher wieder, daß der Kaiser entweder die augenblickliche Vollziehung des bairischen Tausches oder, wenn das nicht thunlich sei, ein Stück Polen als einstweilige Entschädigung begehre. Der bairische Tausch war allerdings jetzt schwerer als vorher in's Werk zu setzen, da eben noch durch die Räumung Belgiens das Entschädigungsobject verloren gegangen war; das führte denn von selber zu dem Begehren Oesterreichs, in Polen Ersatz zu finden — einem Begehren, das freilich nach den Erklärungen der russischen Politik kaum irgend eine Aussicht der Erfüllung bot.

So waren die letzten Wochen des Jahres herangekommen und über Preußens Theilnahme am Kriege immer noch nichts entschieden, als endlich von Petersburg aus den Dingen ein rascherer Impuls gegeben ward. Am 16. December meldete Goltz, die Czarin sei jetzt einverstanden mit dem Einmarsch in Polen und mit der von Preußen begehrten Grenze; aber freilich habe Ostermann ihm auch eine Landkarte vorgelegt, worauf die enormen Forderungen Rußlands verzeichnet waren.*) Als Goltz seine Ueberraschung über die Größe der Forderung nicht verhehlte, bemerkte Ostermann: der innere Werth der beiden Erwerbungen sei gleich und die Czarin erwarte eine runde Zustimmung. Der Einmarsch müsse gleich erfolgen, das Einzelne durch eine geheime Uebereinkunft geregelt werden. Bei dem bedenklichen Verhältniß zu Schweden und der Pforte, der Besorgniß vor britischer Einmischung und dem Zögern Oesterreichs, sei nichts Anderes zu thun, als eine rasche Erledigung der Sache. Es ward dem preußischen Gesandten ganz klar, daß Katharina nur mit den polnischen Dingen beschäftigt sei und daß sie auch dem Kriege im Westen nur eben soweit ihre Theilnahme zuwende, als er mit den polnischen Dingen zusammenhing. Indessen er konnte es doch nicht verwinden, daß der Preis, den Rußland forderte, so gar groß sei und er kam nochmals darauf zurück, aber wie er sich bald überzeugte, ohne alle Aussicht auf Erfolg.

In Berlin war die Freude über den endlich erfolgten Ausspruch größer,

*) „qu'elle consentait pleinement à l'acquisition d'après la ligne de demarcation tracée de Czenstochau par Rava à Soldau y compris Danzig et Thorn, il me présenta la ci-jointe carte ou la ligne tirée de Semigalle jusqu' à la Gallizie annonce ses enormes prétensions."

als die Sorge über Rußlands Ansprüche;*) der König, hieß es, fühle keine Eifersucht über den russischen Antheil, und die Entscheidung Rußlands habe nicht gelegener kommen können. In Wien erhoben sich eben neue Schwierigkeiten: man kam wieder bestimmter auf die Forderung eines polnischen Gebiets zurück und wollte Preußen nur eine eventuelle Besitzergreifung zugestehen. So faßte sich denn die Stimmung des preußischen Cabinets in die Worte zusammen, die ein ministerielles Actenstück vom 27. Dec. aussprach: Es ist freilich Grund da, zu erschrecken über die Forderungen Rußlands, aber dagegen opponiren, das hieße in diesem Augenblicke Alles verderben.

In dem Moment, wo man so nicht ohne Bedenken, aber doch kurz besonnen die ausgestreckte Hand Rußlands ergriff, schien denn auch in Wien die Sache ins Reine zu kommen. Wenige Tage nach der Meldung aus Petersburg kam eine Depesche von Haugwitz, die im Tone höchster Befriedigung den glücklichen Abschluß meldete. „Es ist mir gelungen, schrieb er, endlich alle Hindernisse zu besiegen; ich habe vom kaiserlichen Ministerium die förmliche Versicherung erhalten, daß der Kaiser bei Rußland sich für eine sofortige Besitznahme der preußischen Entschädigung verwenden wird, ohne daran eine andere Bedingung zu knüpfen als den Wunsch, daß Preußen und Rußland ihre Zustimmung zu dem bairischen Tausch verbürgten.**) Der Courier nach Petersburg wird unverweilt abgehen."

Die Vorgänge, unter denen endlich diese Einwilligung erlangt ward, machten nicht den Eindruck, daß nun alle Schwierigkeiten beseitigt seien. Und war denn diese Einwilligung selbst so klar und unzweideutig, daß nicht etwa neue Bedenken erwachen konnten? Die ganze Erklärung war ja nur mündlich gegeben und stimmte nicht völlig zu den Eröffnungen, die Cobenzl in Petersburg machte. Da war zwar von einer momentanen Theilnahme Oesterreichs an dem Einmarsch und der Theilung in Polen nicht mehr die Rede, aber für den möglichen Fall, daß der bairische Tausch nicht gelinge, ward doch ausdrücklich auf einen Ersatz in Polen hingewiesen. Nur auf die interimistische Besitzergreifung ward also verzichtet, nicht aber auf die polnischen Ansprüche überhaupt. Auch weckte der zweideutige Ausdruck, die Garantie einer Zustimmung zum bairischen Tausch, einigen Verdacht; Preußen hatte immer erklärt, zwar seine guten Dienste dafür anwenden zu wollen, aber niemals Zwang. Der Ausdruck, hieß es darum damals, ist harmlos genug; aber vielleicht denkt man in Wien doch daran, nicht nur Verwendung, sondern thatsächlichen Beistand zu fordern.

So war die Sorge fast größer als die Befriedigung; aber man beru-

---

*) Je n'ai pas besoin de vous dire jusqu' à quel point j'ai bien d'être charmé de son contenu satisfaisant, hieß es in der Note vom 26. Dec.

**) „que l'Imperatrice veuille conjointement avec V. M. garantir son consentement à l'échange de la Bavière."

higte sich durch die Zustimmung Rußlands. Die günstige Wendung in Petersburg, hieß es,*) entscheidet Alles.

Der Krieg von 1793 begann also unter ganz anderen Auspicien, als der frühere Feldzug. Der Gedanke einer monarchischen Kreuzfahrt gegen die Revolution, um die Wiederherstellung des Thrones oder selbst nur die persönliche Rettung des Königs, war völlig in den Hintergrund getreten; es handelte sich um die Erreichung von Zielen eines so nackten Egoismus, wie sie jemals eine Eroberungspolitik sich vorgesteckt hat. Nur darüber hatten sich die alten Rivalen und Gegner, Oesterreich und Preußen, jetzt verständigt, nicht mehr über den Kampf gegen die revolutionäre Demokratie. Ob diese Verständigung dauern würde, war vorerst nichts weniger als gewiß; wie nahe lag die Möglichkeit, daß die Selbstsucht und der Argwohn das von der Selbstsucht geschlossene Bündniß zerreißen und der alte Gegensatz dann in erhöhter Schärfe und Bitterkeit hervorbrechen würde! Aber auch wenn sie einig blieben, der Kampf, wie er 1792 begonnen und angekündigt worden, war doch bereits in einen ganz andern umgewandelt. Die europäische Solidarität für die alte Ordnung und das alte Recht, die man damals proclamirt, war durch den egoistischen Calcul aller Einzelnen verdrängt; statt die Revolution und ihre Werke im Interesse gemeinsamer Sicherheit zu bekämpfen, rüstete man sich zu gleichen Thaten. Und gerade in einem Moment, wo die Revolution vielleicht erst anfing ihre ganze dämonische Macht zu entfalten, theilte man seine Kräfte auf zwei verschiedene Kriegsschauplätze, um wahrscheinlich an keiner der beiden Stellen Lorbeeren zu erringen, vielleicht aber im Westen Frankreich, im Osten Rußland den Weg zu bahnen zu einer leitenden Rolle in Europa.

Im Hauptquartier zu Frankfurt erwartete man indessen einen militärischen Abgesandten aus Wien, um den Plan des künftigen Feldzuges festzustellen. Vorerst galt als ausgemacht, daß Oesterreich den Hauptangriff führen, Preußen als Hülfsmacht die Deckung des Reiches übernehmen und den österreichischen Angriff wirksam unterstützen solle. Der Herzog von Braunschweig, aufgefordert, seine Meinung abzugeben, hatte in den letzten Tagen des Jahres 1792 geäußert: er halte eine Unternehmung auf die Niederlande immer noch für den leichtesten Angriffspunkt; Clerfayt solle nach erhaltener Verstärkung gegen Lüttich, Hohenlohe-Kirchberg durch das Luxemburgische gegen Namur vorgehen. Wir würden dann — fügte er hinzu — ganz oder zum Theil über den Hundsrück ins Triersche zu agiren haben, um die österreichischen Operationen zu unterstützen; die Hessendarmstädter und das Corps

*) Depeschen vom 29. und 31. Dec. 1792.

von Collorédo würden theils Mainz beobachten, theils das Reich decken und nach Umständen dem Feinde Abbruch thun.*)

In den nächsten Tagen (30. Dec.) trat der Herzog mit Manstein und dem österreichischen Feldmarschalllieutenant, Graf von Wartensleben in Frankfurt zusammen, um vorläufig die Hauptpunkte des Kriegsplanes festzustellen.**) In diesen Verabredungen trat noch deutlicher heraus, wie sich der Herzog die Ausführung seines oben angedeuteten Planes dachte. Da die Wiedereroberung der Niederlande als der erste und wichtigste Gegenstand angesehen ward, sollte sich eine kaiserliche Armee von 70—75,000 Mann am Niederrhein versammeln, durch ein combinirtes Corps aus preußischen, hannoverschen und kurcölnischen Truppen verstärkt werden und den Angriff auf Belgien übernehmen; Beaulieu mit etwa achtzehn Bataillonen sollte sich bei Trier concentriren und die Communicationen der Mosel festhalten, Ehrenbreitstein ward von dem Trierschen Contingent besetzt. Ein drittes österreichisches Corps unter Wallis, dessen Verstärkung erwartet wurde und dem sich die Contingente der fränkischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreise anschließen sollten, hätte dann die Aufgabe gehabt, den Oberrhein von Heidelberg an bis in den Breisgau zu decken, den Feind im Oberelsaß im Schach zu halten, unter Umständen gegen eine und die andere Festung etwas zu unternehmen, oder auch die Operationen des preußischen Armeecorps zu unterstützen. Dieses preußische Armeecorps selbst, dem die Contingente von Kursachsen und von beiden Hessen sich anzuschließen hatten, war endlich dazu bestimmt, durch den Uebergang über den Rhein oberhalb oder unterhalb Mainz diese Stadt vom Elsaß abzuschneiden, ungefähr 14,000 Mann dort zurückzulassen und mit einer Masse von 55,000 Kämpfern angriffsweise vorzugehen. Es sollten dann Stellungen gegen das Unterelsaß und die Saar genommen werden, „wobei sich dann zeigen würde, wie weit es möglich wäre, eine oder die andere feindliche Armee anzugreifen um nach dem glücklichen Erfolge einer Schlacht eine oder die andere Belagerung vornehmen zu können."

In einem spätern Gutachten***) führt der Herzog diesen Plan, die Hauptoffensive gegen die Niederlande zu richten und davon die andern Bewegungen abhängig zu machen, noch genauer aus. Sämmtliche Armeen, so ist sein Rath, sollten zugleich ins Feld rücken, um die Aufmerksamkeit und Macht des Feindes zu theilen, und wegen des Ueberganges über die Maas und den

---

*) Aus einem Schreiben des Herzogs d. d. 24. Dec. 1792.

**) Aus dem handschriftl. Protokoll der Conferenz. Ueber die späteren Verabredungen vom Februar hat bereits Wagner, „der Feldzug der k. preuß. Armee am Rhein im Jahre 1793. Berlin 1831," das Bedeutendste aus den Protokollen mitgetheilt.

***) d. d. 30. Jan. 1793.

Rhein eine gemeinsame und gleichzeitige Verabredung treffen. War der Rhein überschritten, so sollte Mainz zunächst nur blokirt und die Belagerung erst dann unternommen werden, wenn ein glücklicher Vorgang dazu den Weg gebahnt und die kaiserliche Armee in den Niederlanden Erfolge erfochten habe. Denn das Gelingen einer Belagerung am Oberrhein hänge besonders von der völlig sichern Verbindung mit den unteren Gegenden ab, „ohne welche jene Unternehmungen nur als eine unverantwortliche Unvorsichtigkeit" zu betrachten wären.

Es ist in diesen Aeußerungen des Herzogs sein ursprünglicher Plan enthalten, dessen leitende Gedanken auch auf den spätern Verlauf des Feldzuges nicht ohne Wirkung geblieben sind; allein es gelang ihm nicht, diesen Entwurf, so wie er war, unverändert zur Annahme zu bringen. Wenige Tage nach dem angeführten Gutachten war der neuernannte Oberfeldherr der kaiserlichen Armee in den Niederlanden, Prinz Friedrich Josias von Coburg, in Frankfurt angelangt, und es fanden nun (6. bis 14. Februar) neue Conferenzen statt, denen, außer dem Herzog und den Obersten Manstein und Grawert, diesmal der König selbst, der Prinz mit seinen Adjutanten, den Obersten Mack und Fischer, und der Feldmarschalllieutenant Wartensleben beiwohnten. Hier wurden denn die Entwürfe des Herzogs nicht unwesentlich modificirt. Man kam dahin überein, daß vor Allem der Feind vom rechten Ufer der Maas zu vertreiben und Mastricht zu entsetzen sei; das combinirte Armeecorps am Niederrhein, welches der Prinz Friedrich von Braunschweig, der Bruder des Herzogs, commandirte, sollte dazu mitwirken. Mit den weitern Unternehmungen gegen die Niederlande sollte aber — und hierin war der ursprüngliche Plan des Herzogs verlassen — gewartet werden, bis Mainz wiedererobert sei; denn es scheine bedenklich, so lange diese Festung in Feindes Hand sei, die Maas zu überschreiten. Einmal glaubte man zur Verpflegung der Armee der ungehinderten Verbindung auf dem Rheine zu bedürfen; dann hatte man die Besorgniß vor Augen, es könne der Feind, durch Zuzug aus den Niederlanden verstärkt, sich auf die um Mainz und am linken Rheinufer aufgestellte Armee werfen und ihr mit überlegenen Kräften eine Schlacht liefern, deren Verlust durch die Schwierigkeit des Rückzuges höchst bedenklich werden müsse. Drum zog man es vor, sobald die Maas frei sei, mit aller Energie die Operationen am Mittelrhein aufzunehmen; es sollten zu diesem Zwecke auch noch 15—20,000 Mann von der kaiserlichen Armee dahin abgegeben werden, um die Operationen der Preußen zu unterstützen. War dann Mainz gefallen, so erschien es am räthlichsten, mit ganzer Macht die Maas zu passiren und die Eroberung der Niederlande dadurch zu bewirken, daß man zugleich auf Landau, Saarlouis und Thionville losgehe und ein Armeecorps gegen den Feind in den Niederlanden aufstelle — eine Operation, die wegen der zwischen allen einzelnen Heeren bestehenden Verbindung als die sicherste und zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens als

die zweckmäßigste erschien. Doch war dabei vorausgesetzt, daß man der Unterstützung Hollands versichert war.

Zur Ausführung dieser Entwürfe rechnete man im Ganzen auf eine Truppenmacht von ungefähr 216,000 Mann*), eine Zahl, die allerdings ein Jahr früher wahrscheinlich hingereicht hätte, die Invasion in Frankreich und die Herstellung der Monarchie durchzusetzen. Ob sie jetzt vollkommen zureichte, war schon zweifelhaft. Man hoffte mit 66,000 Mann die Maas zu befreien, mit 33,000 Mann die wichtige Verbindungslinie von Koblenz über Trier und Luxemburg zu decken, mit einem Corps von 30—40,000 Mann sollte Mainz belagert und mit einem Heere von 50,000 Mann sowohl diese Belagerung gedeckt als der Angriff des Feindes von Landau und vom Elsaß her abgeschlagen werden. Es fällt in die Augen und ist auch in jenen Conferenzen zur Sprache gekommen, daß, wenn auf diese Weise 180—190,000 Mann vollständig beschäftigt waren, eine nur verhältnißmäßig geringe Macht zur Deckung des ganzen Oberrheins übrig blieb. Denn selbst, wenn jene kleinen Contingente, die für jetzt nur auf dem Papiere standen, in der That mobil wurden, so blieben nicht einmal 20,000 Mann übrig, um die Strecke von Mannheim bis an die Schweizergrenze zu besetzen. Man half sich, als der König von Preußen dies Bedenken anregte, auf eine eigenthümliche Weise; das Corps, das sich ungefähr in der Stärke von 29,000 M. Kaiserlichen und 4000 M. schwäbischer Kreistruppen in der Pfalz unter General Wurmser sammelte, und dessen eine Aufgabe die Unterstützung der preußischen Operationen war, wurde zugleich als ausreichend zur Deckung des Oberrheins bezeichnet. Damit war denn wieder die Stärke der preußischen Operationen um Mainz und auf dem linken Rheinufer verringert**) und die linke Flanke dieser Armeen einer feindlichen Diversion blosgestellt.

---

*) Diese Zahl war so vertheilt, daß 1) am Niederrhein 54,843 Oesterreicher und 11,400 Preußen und Hannoveraner unter Prinz Friedrich von Braunschweig, 2) zwischen der Mosel und Maas 33,441 Mann und 3) am Oberrhein 99,091 M. (56,618 Preußen, 23,973 Oesterreicher, 6000 Hessen, 5500 Sachsen, 3000 Darmstädter und 4000 schwäbische Kreistruppen) operiren sollten. Da dies zusammen erst 198,775 M. ausmachte, so hoffte man doch an Contingenten der kleineren Fürsten etwa 17,200 M. in Sold zu nehmen und dadurch den Stand von nahezu 216,000 M. zu erreichen.

**) Nach diesem Calcül blieben nämlich nur die 56,618 Mann Preußen und 14,500 Sachsen, Hessen und Darmstädter, also im Ganzen 71,118 Mann; es waren aber zur Belagerung von Mainz mindestens 33,000 M. als nothwendig angenommen und 50,000 zur Deckung und Besetzung des linken Rheinufers berechnet. Drum heißt es auch in dem Protokoll vom 14. Febr.: „Jedoch erhelle aus dem ganzen Calcül, daß das auf dem linken Flügel der kön. pr. Armee unumgänglich erforderliche Corps von 18,000 Mann auf dem completten Stande gänzlich abgängig sein würde."

Es wäre, um diese Lücke auszufüllen, als der natürlichste Weg erschienen, während die Oesterreicher und die Kreistruppen den Oberrhein schützten, noch ein Corps von 18—20,000 Mann bei Mannheim aufzustellen, das die linke Flanke der preußischen Operationen gedeckt und im günstigen Falle deren weiteren Fortgang auf dem jenseitigen Rheinufer wirksam unterstützt hätte. Man wählte aber einen andern Ausweg, der für den Gang des Feldzuges verhängnißvoll geworden ist. Das Corps der Oesterreicher und Kreistruppen unter Wurmser sollte die doppelte Aufgabe lösen: den Oberrhein von Mannheim bis an die Schweizergrenze zu decken und zugleich mit einem Theil dieses Corps die Operationen der Preußen zwischen Mainz und Landau zu unterstützen. Es leuchtet ein, daß bei dieser combinirten Aufgabe eines dem anderen schaden mußte; ließ sich Wurmser tiefer in die Operationen der Preußen verflechten, so schien die Deckung des Oberrheins gefährdet: wandte er seine Stärke nach dieser Seite, so fehlte den Preußen die Unterstützung zur Linken, die sie selber in den Conferenzen als unumgänglich bezeichnet hatten. Diese Doppelseitigkeit des militärischen Zieles mußte aber naturgemäß auch auf die Stellung des Feldherrn, dem dies Corps übergeben war, zurückwirken; er hatte einerseits die Aufgabe, unter Leitung der Preußen mitzuwirken, und andererseits sollte er als eigener Anführer selbständige Aufgaben lösen; diese unvereinbare Combination zweier Stellungen ist auch in der Instruction Wurmsers unversöhnt ausgesprochen. Wurmser soll, sobald es das Vorrücken der preußischen Truppen jenseits des Rheins erlauben wird, diesen Fluß passiren und in Verbindung mit der preußischen Armee operiren. „Ohne im eigentlichen Verstand — heißt es dann wörtlich — zur königlich preußischen Armee angewiesen zu sein, hat Graf Wurmser dennoch in allen Stücken sich nach der Direction und Disposition, welche Se. Maj. der König oder der unter Höchstdemselben commandirende Herr Herzog von Braunschweig Durchl. mit diesem Corps Truppen zu veranlassen, für gut und nothwendig befinden werde, zu benehmen. Nur in dem Fall, wenn eine feindliche Uebermacht den Oberrhein bedrohen, oder wirklich übersetzen sollte, wäre von dem operirenden Corps ein kleinerer oder größerer Theil, wie es nothwendig sein könnte, zu detachiren und wohl auch das ganze Corps über den Rhein zurückzuziehen, wenn eine gar große oder augenscheinliche Gefahr solches erfordern sollte."

Es lag in dieser Anordnung ein Widerspruch, den nur eine sehr geschickte und geschmeidige Hand ohne Nachtheile zu lösen vermochte; gerade die Persönlichkeit Wurmsers ließ aber eher eine schärfere Betonung als eine Milderung des Zwiespaltes erwarten. Als er anfangs, wie es die Natur der Sache mit sich brachte, dem preußischen Commando unterstellt werden sollte, weigerte er sich geradezu, und in Wien war sein Einfluß größer als der des Prinzen von Coburg. So war denn jenes Zwitterverhältniß geschaffen, in welchem er, wie wir sehen werden, die Unabhängigkeit seiner Stellung noch

über die Grenzen jener Instruction hinaus erweiterte; ohne daß der Nothfall, das rechte Rheinufer zu decken, eintrat, benahm er sich doch wie der Führer einer selbständig operirenden Armee. Freilich litt der ganze Operationsplan des künftigen Feldzuges an dem Uebel eines vielfach getheilten und unzusammenhängenden Commandos; denn nicht nur die Armee in den Niederlanden und die bei Mainz waren, statt unter einer höheren gemeinsamen Leitung, zwei getrennten, gleichgestellten Feldherren unterworfen, sondern das combinirte Corps unter Friedrich von Braunschweig hatte wieder, gegenüber dem Prinzen von Coburg, ein ähnliches Verhältniß halber Selbständigkeit anzusprechen, wie der österreichische Feldherr gegenüber dem Herzog, und es schien eine Zeitlang, als sollte auch der Prinz Coburg an ihm seinen Wurmser finden; indessen ist doch nichts von so entscheidender Wirkung für den Feldzug gewesen, wie die Doppelstellung Wurmsers.

Eine solche Verlegenheit hätte freilich nimmer entstehen können, wenn die Reichs- und die Wehrverfassung Deutschlands noch eine innere Lebenskraft gehabt hätte. Was wollten denn die 20,000 Mann heißen, deren man bei Mannheim jetzt bedurfte? War nicht, um vom Reiche zu schweigen, schon der eine Kurfürst von Pfalzbaiern, auf dessen Gebiete der Kampf jetzt vorbereitet ward, mächtig genug, jene Zahl aufzubringen? War jene Schaar mittlerer und kleiner Herren, die in den Jahren 1791 und 1792 auf dem Reichstage so trotzige Reden geführt, nicht wenigstens, wenn man ihre territoriale Macht summirte, im Stande, eine Heereskraft von 20,000 Mann aufzustellen, oder die Mittel dazu an die Hand zu geben? Aber so tief war das Regiment in diesen Gebieten verfallen, Geldmittel und Heereskräfte so gründlich verwahrlost, oder, wo die Schwäche nicht die Schuld trug, Verrath und Treulosigkeit dem Reichsfeind ein so wirksamer Verbündeter, daß auch diese bescheidene Erwartung nicht zu erfüllen war.

Es liegt uns ein Schreiben vor*), welches der preußische Oberst Rüchel im Januar 1793 an die pfälzische Regierung in Mannheim richtete; daraus ist das ganze Elend dieser Reichszustände charakteristisch zu erkennen. Er beschwert sich darüber, daß französische Offiziere ungehindert in der Festung Mannheim aus- und eingehen, daß ein Adjutant und ein Secretär Custine's sich dort ungescheut als Spione und Emissäre der revolutionären Propaganda herumtreiben. Er fragt an, ob es wirklich wahr sei, daß in den überrheinischen Aemtern Verhandlungen gepflogen würden über Getreide, das man den Franzosen gegen Assignaten liefern wolle; und ob es mit Genehmigung der Regierung geschehe, daß man dem Reichsfeind Früchte und Vieh schaffe, ja sogar in Mannheim selbst Lieferungsverträge zu Gunsten der feindlichen Armee abschließe?! Auch in den Conferenzen zu Frankfurt kam diese Politik

*) Promemoria an den Grafen Oberndorff, d. d. 22. Jan. 1793 (in der angeführten Correspondenz).

des pfalzbairischen Cabinets zur Sprache; es ward auch von dort aus durch den Grafen Lehrbach in München der Regierung „auf die ernsthafteste und dringendste Weise" vorgestellt, daß der Kurfürst doch den thätigsten Antheil an der Reichsvertheidigung nehmen möge. Mit welchem Erfolge, werden wir später sehen.

Dies Benehmen einer Regierung, die zwei deutsche Kurfürstenthümer vereinigte, die klägliche Schwäche der geistlichen Staaten am Rhein, der tragikomische Schreck, der alle Regierungen vom Bodensee bis nach Westfalen ergriff, als Custine am Rhein erschien, dies Alles ließ ungefähr erwarten, was es mit der kriegerischen Rüstung des Reiches selbst auf sich haben werde.

Wir haben bis jetzt des Reichstages und seiner Thätigkeit seit dem Ausbruch des Krieges nicht gedenken müssen: denn so lagen einmal die Verhältnisse, daß in dieser ganzen Krisis das, was zu Regensburg geschah, fast am wenigsten in Frage kam.*) Man war am Reichstage gerade beschäftigt, den französischen Friedensbruch zu verhandeln, als in der ersten Woche des Octobers die Nachricht vom Einfall der Franzosen in Speyer und Worms, ihre Bedrohung der Reichsfestung dazwischen fiel. Der kurmainzische Gesandte schilderte die Lage der Stadt in den bedenklichsten Farben; es sei schleunige Hülfe nöthig, wenn die Grenzfeste nicht verloren gehen solle. Spät am Abend fuhr noch der österreichische Directorialgesandte, als die Nachricht angekommen, bei den fürstlichen Botschaftern umher, ihnen die äußerste Noth recht dringend ans Herz zu legen. Würzburg brachte einen schleunigen Antrag ein, daß zunächst der oberrheinische und fränkische Kreis zur raschesten Hülfe veranlaßt werden sollten. Auf den Vorschlag von Mainz wurde eine Note an die hohen und höchsten Höfe erlassen und eine schleunige Vorkehr gegen den Ueberfall des Feindes „zu einer Zeit, wo nicht einmal ein Reichskrieg erklärt sei", dringend nachgesucht. Man setzte sich sogar diesmal über die pedantische Weitläufigkeit der Formen etwas hinweg, da in einem Augenblick, „wo größere Gefahr auf einem jeden Verzug hafte, die sonst bei Erforderung der gesetzlichen Kreishülfe gewöhnlichen Vorschriften und Stufen eben nicht so genau eingehalten werden könnten"; man beschloß Staffetten auszusenden nach allen Seiten hin, „um denjenigen, so vergewaltigt oder mit Gefahr bedroht sind, unverzüglich die reichsverfassungsmäßige Hülfe zu leisten und die bereits aufgestellten Reichscontingente unverweilt vorrücken zu lassen."

Ein kaiserliches Rescript vom 11. October unterstützte diese dringenden

---

*) Das Folgende ist der angeführten Reichstagscorrespondenz von 1792 entnommen.

Schritte. Es erinnerte daran, wie der kaiserliche Hof noch unlängst an die vorderen Reichskreise auf rasche Zurüstung gedrungen habe. „Auch wäre es höchst wahrscheinlich gelungen, dem Eindringen des Feindes einen festen Damm entgegenzusetzen, wenn nur die nachdrücklich aufgerufene Hülfe mit eben der reichspatriotischen Bereitwilligkeit geleistet worden wäre, als die Gefahr und Hülfe dringend war. Indessen hat hierüber das deutsche Publikum ein unbefangenes Urtheil gefället." Nun wachse die Gefahr mit jedem Tage, Mainz sei schon bedroht, und noch ließe sich nicht bestimmen, wie weit des Feindes Absichten gingen, noch sehe man keine tröstliche Aussicht zur entscheidenden Hülfe. Eine so außerordentliche Lage erheische auch außerordentliche Mittel; der bedächtige Gang der deutschen Reichssatzungen reiche nicht hin, dem gegenwärtigen Uebel und der noch drohenden weiteren Gefahr zu steuern. „Wir erlassen daher, so schloß das Rescript, mit umgehender Post die dringendsten Weisungen an die kaiserlichen Minister im Reiche, alle bewaffneten Reichsstände zur Gegenwehr reichsväterlichst aufzumuntern, und halten uns hiezu durch das erste Grundgesetz aller Staatenverbindungen für die allgemeine Sicherheit der vereinigten Glieder vollkommen verpflichtet. Wir versprechen uns auch von unseren oberhauptlichen Bemühungen und den patriotischen Gesinnungen der Reichsstände die möglichst schleunige und thätige Hülfe, oder die Nachwelt würde erstaunend lesen, daß am Ende des achtzehnten Jahrhunderts kein Gemeingeist mehr die Nation der Deutschen beseelte und daß ein nachbarlicher Feind es wagen durfte, ihr mitten in ihrem Gebiete ungestraft Trotz zu bieten."

Welchen Erfolg diese Bemühungen gehabt, wissen wir; Mainz ging verloren, bevor die kaiserliche Mahnung irgend eine Wirkung üben konnte. Recht bezeichnend traf fast gleichzeitig mit dem kaiserlichen Schreiben ein pfalzbairisches Rescript (vom 11. Oct.) ein, worin gegen die Ausrüstung des Contingents alle möglichen Bedenklichkeiten geltend gemacht und von den vielen „Rücksichten" geredet war, welche der Kurfürst von der Pfalz für seine Person gegen Frankreich zu nehmen habe. Auch Kurtrier trug Bedenken; es hatte offenbar der panische Schreck von Custine's Einfall die bescheidene Thatkraft der westdeutschen Regierungen vollends gelähmt. Nur von Oesterreich, Preußen und Hannover kamen Erklärungen, daß Truppen zusammengezogen und die Feinde in Kurzem von weiterem Vordringen würden abgehalten werden.

War Mainz nicht mehr zu retten gewesen, so mußten wenigstens alle Mittel ergriffen werden, um nun den Reichskrieg mit größter Energie vorzubereiten. Schon hatte ein kaiserliches Hofdecret vom 1. Sept. den Antrag auf die Betheiligung des Reichs am Kampfe eingebracht, und die brandenburgische Stimme war in einem ausführlichen Votum gleich anfangs dem Vorschlage beigetreten; indessen waren durch den Angriff, der auf das Reich geschehen, die letzten Bedenken zum Schweigen gebracht worden. Man

nahm daher am 16. November die Berathung wieder auf, die der Kriegslärm vom Rheine bis dahin unterbrochen hatte. Das Gutachten des Reichs, am 23. Nov. dem kaiserlichen Principalcommissarius übergeben, ging in der Hauptsache dahin: „weil die vor Augen liegende und täglich zunehmende Gefahr des Reiches keinen Verzug gestatte, einstweilen und mit Vorbehalt umständlicher Begutachtung des kaiserlichen Hofdecrets, zur schleunigen Befreiung der bedrängten Reichskreise, das Triplum auf das unverzüglichste ins Feld zu stellen." Das Gutachten erhielt am 22. Dec. die kaiserliche Bestätigung.

Die Thätigkeit der Reichsversammlung in den nächsten Monaten bewegt sich fast ausschließlich um die Frage des Reichskrieges gegen die Revolution. Im Januar 1793 ward die Bildung einer Reichsoperationskasse beschlossen und einstweilen die Erhebung von dreißig Römermonaten angeordnet. Im Februar kam, offenbar durch die Vorgänge am linken Rheinufer angeregt, die Frage zur Besprechung: wie den besorglichen Volksverführungen Einhalt zu thun sei. Bei diesem Anlasse gab die kurböhmische Stimme im Kurfürstenrathe die Erklärung ab: „man müsse auf den schon erlassenen kaiserlichen Abmahnungsschreiben um so mehr bestehen, als inzwischen durch manche Zeitung sowohl als durch Druckschriften sich ergebe, daß unglückliche und brodlose sogenannte Philosophen ihre elenden Träumereien und gesetzwidrigen Belehrungen gegen Subordination, Sitten und Religion dreist dem Publicum vorgelegt haben. Da demnach der so groß angewachsene Mißbrauch der Preßfreiheit nothwendig alle wahre und gegründete Gelehrsamkeit ersticken, auch Unordnung und Empörung verbreiten müsse, zudem der friedliebende Unterthan seine Zeit und sein Geld unnütz und schädlich anwende: so erscheine es nothwendig, die alten Gesetze gegen den Mißbrauch noch anwendbarer zu machen, damit der unserer deutschen Nation angeborene und ererbte Geist unserer tugendhaften Voreltern nicht durch fremden Unsinn geschwächt und untergraben werde." Im Fürstenrath äußerte sich die hannoversche Stimme in ähnlichem Geiste; sie trug auch darauf an, daß bei Unruhen sogleich die Kreishülfe beigezogen und die Schuldigen bestraft werden sollten. Es war dies die allgemeine Ansicht der Versammlung; denn es wird in dem Reichstagsbericht, der uns vorliegt, als etwas Absonderliches angemerkt, daß ein Votum des Fürstbischofs von Würzburg-Bamberg den Standpunkt festhalte: „ein weiser Regent, der zugleich Freund und Vater seiner Unterthanen sei, habe nie Aufwieglung und Empörung in seinem Lande zu fürchten, aller Versuche von Außen ungeachtet." Der erzherzoglich österreichische Gesandte, dem die Führung der Stimme anvertraut, habe denn auch Bedenken getragen, solch ein Votum abzugeben.

Am 18. Februar kam dann ein Reichsgutachten zu Stande, wonach die deutschen Unterthanen an ihre Treue und Pflicht zu erinnern, vor den Volksverführern zu warnen, auch reichsväterlich zu ermahnen seien, an Unruhen

und Aufwieglungen nicht Theil zu nehmen, namentlich sich nicht zu Abänderung der herkömmlichen Verfassungen, Verbreitung der thörichten Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze, Errichtung von Clubs, Aufstellung neuer Municipalitäten, Repräsentanten und Administrationen verleiten zu lassen. Was in dieser Richtung während der französischen Kriegsunruhen versucht werde, sei als nichtig und unstatthaft anzusehen; alle Schuldigen würden aber von den angedrohten Strafen getroffen werden.

Noch stand Eines bevor: die Berathung der noch unerledigten Punkte jenes kaiserlichen Hofdecrets vom September, welches die förmliche Kriegserklärung des Reichs an die französische Republik beantragte. Man hatte damals in dem ersten Drange der Noth (Nov., Dec.) zunächst nur einen Punkt, die Ausrüstung des Triplums und die Einziehung der Römermonate, beschlossen; noch immer war aber der förmliche Abbruch friedlicher Beziehungen nicht erfolgt. Es dauerte Wochen lang, bis die am 4. März begonnene, sehr umständliche Abstimmung zu Ende war; erst am 22. März war das Reichsgutachten fertig. Der Reichstag war darüber einig geworden, daß der von Frankreich durch Gewaltschritte angefangene und dem Reiche aufgedrungene Krieg für einen allgemeinen Reichskrieg zu erklären und als solcher zu verkünden sei; die früher geschlossenen Verträge mit Frankreich, seit dem Münsterschen, und die darin gemachten Abtretungen, seien demnach nicht mehr verbindlich. In Betreff der Volksverführer und Ruhestörer, so wie der aufwieglerischen Schriften, blieb man bei den bereits angeordneten Maßregeln; auch sollte auf den Briefwechsel, so weit er dem Feinde Vorschub leisten könne, geachtet, der Handelsverkehr, wenigstens mit Kriegsbedürfnissen, eingestellt*) und der Umlauf der Assignaten gehindert werden. Endlich solle allen Reichsangehörigen jede Neutralität, möge sie offen oder verdeckt sein, untersagt und in keinem Falle gestattet werden.

Am 30. April erfolgte das kaiserliche Ratificationsdecret, welches alle diese Anträge des Reichsgutachtens bestätigte. Es waren in diesem ausführlichen Aktenstück nicht nur alle die Beeinträchtigungen aufgezählt, welche das Reich seit 1789 von Frankreich erfahren hatte, sondern namentlich der tiefe principielle Gegensatz nachdrücklich betont, welcher die alte feudale Ordnung von den Neuerungen im Westen schied. Von dieser Seite angesehen, bot das Ratificationsdecret ein besonderes Interesse; es war das bedeutendste po-

*) Der dahin bezügliche Beschluß lautete: „das Commerz wäre mit wohlbedächtlicher Ausnahme aller in den kaiserlichen allerhöchsten Inhibitorien bereits verbotenen und namentlich ausgedrückten Artikel der Kriegsbedürfnisse auch noch während des Krieges, wenigstens in so lang als dasselbe nicht von Frankreich unterbrochen und zerstört würde, aufrecht und in seinem Gange zu erhalten; doch unabbrüchig derjenigen Vorkehre, welche deßfalls und überhaupt in Rücksicht der französischen Waaren ein jeder Landesherr nach der Lage und Convenienz seiner Lande auch im Einzelnen für sich und zu allen Zeiten zu verfügen befugt ist."

litische Manifest, welches in jener Zeit als officielle Kundgebung gegen die Revolution von deutscher Seite ausgegangen ist. Es ist darin zuerst die religiöse und politische Intoleranz, die Jeden mit dem Untergang bedrohe, der anderen Grundsätzen und Gesinnungen huldige, dann die verwegene und unheilvolle Proselytensucht hervorgehoben, die durch Schriften, geheime Verbindungen und Sendboten die revolutionären Ideen zu verbreiten suche. Es werden die Aeußerungen des Convents und seine bedenklichsten Beschlüsse durchgegangen, von dem bekannten Wort an: „Krieg den Palästen und Friede den Hütten", bis zu dem jüngsten Beschlusse vom 15. Dec., welcher in den besetzten Gebieten die Einführung des revolutionären Zustandes anordne. Nun müsse es aber jede gesellschaftliche Ordnung gefährden, wenn man, wie die Revolution thue, „abstracte philosophische Gemeinplätze und speculative Staatstheorien mit eigensinniger Zurückstoßung aller Vortheile der Weisheit und Erfahrungen voriger Zeitalter, ohne Rücksicht auf physische und moralische Verhältnisse", durchzuführen suche. Auch sei es völlig wider die Natur, „dem ganzen Menschengeschlechte über die Auswahl dieser Mittel und Wege zu seiner bürgerlichen Glückseligkeit nur einen Sinn aufdringen zu wollen." Eine Freiheit, welche nur für den Naturmenschen passe, müsse nothwendig den Endzweck jeder Staatsverbindung vernichten, und wenn sie nicht der individuellen Lage der Menschen angepaßt sei, zwar der Einbildungskraft des großen Haufens schmeicheln, aber früher oder später doch nur gewaltsame Erschütterungen hervorrufen und alle ersprießlichen Folgen einer allmälig wirkenden wohlthätigen Aufklärung und der darauf gegründeten Cultur zerstören. Eine vernünftige Gleichheit, die sich auf gleichen Schutz, Sicherheit und Gerechtigkeit erstrecke, sei unter jeder Regierungsform denkbar; es sei aber der rücksichtsloseste Despotismus, wenn man die Gleichheit darin suche, den Völkern die unbedingte Ausübung philosophischer Machtsprüche aufdringen zu wollen.

Wir hielten es der Mühe werth, diese einzelnen Vorgänge genauer zu verfolgen, die dem Kampfe des deutschen Reiches mit der Revolution vorangehen, einem Kampfe, dem das Reich sammt seiner Verfassung erlegen ist. Es konnte von diesem tragischen Ausgange schon jetzt eine Ahnung auftauchen, wenn man mit den großen Worten und drohenden Beschlüssen, die zu Regensburg gehört wurden, den unmittelbaren praktischen Erfolg verglich. Daß während dieser Vorbereitungen, zu Ende des Jahres 1792, Mainz verloren ging, Frankfurt gebrandschatzt, das rechte Rheinufer ausgeplündert ward, haben wir bereits erfahren; noch im Frühjahr 1793, nachdem der Krieg erklärt war, bestand aber die Reichsarmee eben nur in den Beschlüssen der Regensburger Versammlung. In einer Erklärung vom 31. März verkündet Hannover, es habe sein Contingent zur Reichsarmee stellen wollen; „nachdem jedoch wider Vermuthen es zur Bildung einer solchen Armee bis jetzt noch nicht gekommen, so habe man das Contingent nach Holland geschickt,

wo ein eigenes hannoverſches Armeecorps aufgeſtellt werden ſolle." Vergebens mahnte dann der neue Reichsgeneral, der Prinz von Coburg, ihm das Contingent nach den Niederlanden zu ſchicken; man ſei, ſo lautete die hannoverſche Antwort, allerdings bereit, ſein Contingent zur Reichsarmee, aber auch nur zur Reichsarmee zu ſchicken; da dieſe nicht exiſtire, würden die Truppen nach Holland gehen.

Wie viele Reichsſtände ließen ſich aber anführen, die nicht einmal ein Contingent aufſtellten! Ein Theil benahm ſich, wie wenn jene Beſchlüſſe vom November und März gar nicht exiſtirten; andere, zumal die Schwächeren, waren ehrlich genug, um förmliche Neutralität zu bitten. Die Reichsſtadt Cöln erklärte ſchon im Dec. 1792, daß ſie zu dem Reichskriege nicht concurriren könne und deshalb die Neutralität ergreife, „die auch anderen Ständen in derlei Fällen zugeſtanden ſei." Hamburg war ſehr ungehalten, daß man ihm verbieten wolle, den Franzoſen Kriegsbedürfniſſe zuzuführen; es gingen denn auch ganze Schiffsladungen Getreide nach Frankreich, um den Reichsfeind mit Lebensmitteln zu verſorgen. Und ein Mann, wie Büſch, focht ganz eifrig den Satz durch, dieſe verrätheriſche Neutralität ſei die einzig richtige Politik der Reichsſtädte! Die hannoverſche Regierung, die dem Reichsfeldherrn gegenüber ſelber das Beiſpiel der Widerſpenſtigkeit gegeben, war darüber mißvergnügt, brachte ein Hamburger Schiff, das mit einer großen Weizenladung nach Bordeaux beſtimmt war, bei Stade auf und erhob Beſchwerde bei dem Reichstage. Wir hören aber nicht, daß der Unfug aufgehört habe.*) Oder ein anderes Beiſpiel! Der Kurfürſt von Cöln, der einſt auf dem Reichstage ſo trotzige Reden geführt, ſollte im Februar 1793 ſein Contingent zu dem gemiſchten Corps des Herzogs Friedrich von Braunſchweig ſtellen. Da wurden denn alle denkbaren Vorwände hervorgeſucht, um dem zu entgehen, und als der Herzog gar das Städtchen Rheinberg beſetzte und es zu befeſtigen Miene machte, erhob der geiſtliche Herr einen Lärm, als wenn ihm das bitterſte Unrecht geſchehen.**)

Was wollte aber dieſe ſelbſtſüchtige Abſonderung der Kleinen und Ohnmächtigen bedeuten gegenüber dem ärgerlichen Beiſpiel, das einer der erſten Reichsſtände, der Kurfürſt von Pfalzbaiern, gab? Erſt hatte die pfalzbairiſche Regierung es mit der Bedrängniß durch die Franzoſen entſchuldigt, daß ſie ſich „leidend verhalten" und ſich, „zur Befriedigung des grenzenloſen Patriotismus Sr. kurfürſtlichen Durchlaucht", darauf habe beſchränken müſſen, durch das pfälziſche Contingent Mannheim zu decken; dann, wie die

*) In einer ſpäteren hannoverſchen Beſchwerde heißt es, der Handel werde, „zwar nicht mehr unter der hamburgiſchen Flagge, ſondern unter der Flagge auswärtiger Nationen, jedoch, wie allgemein bekannt iſt, von der eingeſeſſenen Hamburger Kaufmannſchaft zum größten Anſtoß fortgeſetzt. Der Magiſtrat ſei darüber ganz und gar in keiner Unwiſſenheit und könne es auch nicht ſein, geſtatte es aber gefliſſentlich."

**) Aus der Correſpondenz Friedrichs von Braunſchweig.

Angst vor Custine nicht mehr vorgeschützt werden konnte, trat sie mit dem naiven Anerbieten auf, ihr Contingent „gegen annehmliche Bedingnisse, worüber vorderſamst die nöthige Uebereinkunft zu treffen", dem Kaiser überlassen zu wollen.*) Das brachte denn doch selbst in dem phlegmatischen Kreise des officiellen Reichs einige Bewegung hervor; schon früher hatte Preußen sich über die Einverständnisse bitter ausgelassen, die ein Reichsfürst mit einer „bloßen Räuberbande, nicht einmal einem ordentlichen Kriegsheer" gepflogen; jetzt sprach auch der Kaiser (30. April) sein lebhaftes Mißfallen darüber aus, daß man sich vom allgemeinen Besten absondern wolle, und „statt die eigene Sicherheit in tapferen Wehrstand zu setzen, sie lieber auf verfassungswidrige Politik, Insinuationen und Neutralitätsgelüste bauen möge." Der Kaiser verwies auf die gefaßten Reichstagsschlüsse und auf die unumgängliche Pflicht jedes Reichsstandes, ihnen zu folgen; aber solche Gründe verfingen freilich bei dem Münchener Hofe nicht viel. Man hatte dort sogar noch den Muth, über die „Hintansetzung aller geziemenden Schonung und den Mangel der gebührenden Achtung", womit sich einzelne Reichsstände geäußert, beim Reichstag Beschwerde zu führen! Der ärgerliche Handel zog sich bis zur Eröffnung der Feindseligkeiten fort. Als dann im Frühjahr der Kampf am Mittelrhein begann, wollte natürlich Preußen sich die pfälzische Neutralität nicht gefallen lassen, und der Herzog von Braunschweig drang auf eine Aenderung. Es ist erstaunlich, spottete damals Lucchesini,**) daß ein so aufgeklärter Reichsfürst, wie der Herzog, nicht weiß oder vergessen hat, daß ja nach der gothischen Verfassung des heil. röm. Reichs ein Staat mit seinem Contingent den Reichsfeind bekriegen und mit dem Rest vollkommen neutral bleiben kann. Lucchesini selber mußte nachher alle seine diplomatischen Künste viele Wochen lang in Bewegung setzen (Mai), bis es ihm gelang, von der pfälzischen Regierung die Zusage zu erhalten, daß sie ihr Contingent in Bewegung setzen und dem preußischen Oberbefehl unterordnen wolle. Aber von der Zusage war weit bis zur Erfüllung, und es mußten noch im letzten Moment die stärksten Drohungen angewendet werden, damit die pfälzische Armada endlich in Bewegung gerieth.***)

Es läßt sich darnach ungefähr ermessen, welche zahllose Plackereien die verschiedenen kleinen Contingente verursachten, wie die Ausrüstung und Be-

*) Pfalzbair. Promemoria, d. d. 18. April 1793. (In der Reichstagscorrespondenz.)

**) Schreiben vom 6. Mai.

***) „Je n'étais pas d'humeur — schreibt Lucchesini am 19. Mai — à me laisser manquer de parole par qui que ce soit, et que j'avais tout lieu de croire, que justement indigné de tant de tergiversations vous prendriez enfin vôtre parti, Sire, vis-à-vis de Monseigneur l'Electeur Palatin et vous laisseriez que les autres prissent les leurs aussi ce qui pourroit bien ne point être à l'avantage des états de Monseigneur l'Electeur." (Aus der L.'schen Correspondenz.)

waffnung mancher Truppenabtheilungen beschaffen war! Erklärte doch der Landgraf von Hessen, der unter allen kleineren Herren die beste Armee besaß, er habe keine Materialien zur Herstellung eines Feldlagers, kein Fuhrwesen und keine Feldbäckerei und könne das Alles auch nicht stellen, so lange ihm der kaiserliche Hof die 40,000 Thaler nicht bezahle, die ihm für seine jüngste Mobilmachung aus der Reichskriegskasse versprochen waren. Wir werden diesen 40,000 Thalern, die in der diplomatischen Correspondenz jener Zeit bis zum Sommer 1793 eine bedeutende Stelle einnehmen, später noch einmal begegnen. Lucchesini hatte nicht Unrecht, wenn er damals schrieb:*) „die Hülfe des heil. röm. Reichs ist allerdings so viel wie Null. Dieser berühmte Fürstenbund war nichts als eine politische Vogelscheuche; er hat einen Augenblick die Leute erschreckt, aber je näher man ihm kam, desto mehr überzeugte man sich, daß er weder Körper noch Bewegung hatte."

Ueberblickte man alle diese Verhältnisse, die unzulängliche Kriegsrüstung selbst Oesterreichs und Preußens, den Mangel an Einheit in der Führung, die Verfallenheit des Reichs und seiner Wehrverfassung, den Egoismus der einzelnen Stände, so durfte man die Erwartungen von den Erfolgen des bevorstehenden Feldzugs sicher nicht zu hoch spannen; ja man hätte auf neue Unglücksfälle gefaßt sein dürfen, wäre nicht die grenzenlose Zerrüttung in Frankreich selber der beste Verbündete der deutschen Kriegführung gewesen. Eine Aeußerung des Herzogs von Braunschweig aus jener Zeit**) spricht dies Mißtrauen in den Gang des künftigen Feldzugs sehr nachdrücklich aus. „Wird dies Chaos von politischen und militärischen Combinationen, sagt er, ohne die Gunst des Zufalls zu irgend einem gedeihlichen Ziele führen, so will ich den Führern an der Spitze Glück wünschen. Wenn man nicht Meister der nöthigen Mittel ist, wenn man bitten muß, statt zu befehlen, wenn man erst um Truppen unterhandeln muß, statt sie gegen den Feind zu führen, wenn endlich jede der verbündeten Mächte ihre Hintergedanken hat und der leitende Faden nicht in einer Hand liegt, da muß man entweder die Augen verschließen oder annehmen, daß die nämliche zusammenhanglose Politik nicht auch die nämlichen Nachtheile hervorruft, die einst im siebenjährigen Kriege unser Glück gewesen sind."

Die erste Aufgabe des neuen Feldzugs sollte nach den Frankfurter Verabredungen der Entsatz von Mastricht sein; auf dem niederländischen Kriegsschauplatze begann also der Kampf. Die politische Verknüpfung Belgiens mit Oesterreich brachte es mit sich, daß das österreichische Hauptheer den Krieg in den Niederlanden zu führen hatte, während die geographische Lage die preu-

*) Schreiben an Tauenzien, d. d. 9. Juni.

**) Aus einem Briefe des Herzogs, d. d. Frankfurt, 20. Febr. 1793.

ßische Armee nach Belgien, die österreichische nach dem Mittel- und Oberrhein hingewiesen hätte. Statt dessen hatte die südlichste Macht ihre bedeutendsten Streitkräfte auf dem nördlichsten Kriegsschauplatze, und die natürlichen Hülfsquellen eines Heeres, das an der Maas, Schelde und Sambre den Krieg führen sollte, lagen in Böhmen und an der Donau. Die militärische Lage Belgiens war zumal seit der Schleifung der Barrièreplätze nicht besonders günstig; das Land hatte keine Festungen, nicht einmal einen guten Waffenplatz, wie ihn die österreichische Armee bedurfte. Gegenüber dem Gürtel französischer Festungen, der von Maubeuge und Valenciennes bis Lille und Dünkirchen die Nordostgrenze Frankreichs schirmte und der Vertheidigung des Landes es sehr leicht machte, große Truppenmassen zu concentriren, waren die österreichischen Niederlande ein offenes Gebiet, das durch eine verlorene Schlacht dem Feind preisgegeben werden konnte. Ein solches Terrain festzuhalten, war an sich keine leichte Sache, zumal mit einer Coalitionsarmee, die aus verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzt und deren Leitung vielfach von ganz widerstrebenden politischen und territorialen Interessen bestimmt war.*)

Die Folgen dieser Nachtheile sind in diesem und noch mehr im folgenden Jahre sehr sprechend hervorgetreten; jetzt freilich, in der ersten Hälfte von 1793, lagen die Verhältnisse noch entschieden zu Gunsten der verbündeten Kriegführung. Die innere Zerrüttung Frankreichs, der Mangel einer ausreichenden Kriegsrüstung, die Noth und Entbehrung der Truppen, der Zwiespalt der Parteimänner und der Feldherrn wog allerdings die meisten Schwierigkeiten auf, die in der militärischen Lage Belgiens und der Stärke der französischen Ostgrenze gelegen waren. Getrost konnte man noch vor Ablauf des Winters den Angriff an der Maas eröffnen und zum Entsatz von Mastricht schreiten, das seit dem 6. Febr. blokirt war. Während der Besprechungen in Frankfurt sandte der Prinz von Coburg seinen ersten Generaladjutanten, den Obersten Mack, mit dem Auftrag an Clerfayt, es sei der Plan, noch diesen Winter den Feind über die Maas zu treiben; er solle darum das rechte Ufer der Roer freimachen, seine Quartiere vorschieben und die Verpflegungsanstalten treffen, um „die Möglichkeit und Behendigkeit einer Unternehmung auf den zwischen Maas und Roer befindlichen Feind vorzubereiten." Es sollte Alles so beschleunigt werden, daß der Angriff zu Anfang März stattfinden könne.**) Lebhaft drängte zu dem Angriff auch Tauenzien, der militärische

*) Hier wie im Folgenden, wo in die Darstellung auch militärische Raisonnements verflochten sind, haben wir eine handschriftliche Arbeit über den Feldzug von 1793 benutzt, die uns der Herr Verfasser, ein hochgestellter preußischer Militär, mit derselben Bereitwilligkeit zu Gebote gestellt hat, deren wir uns auch sonst zur Förderung dieser Arbeit in dankenswerthester Weise von ihm zu erfreuen hatten.

**) Nach handschr. Aufzeichnungen von Mack, datirt von „Cöln am Rhein, 17. Febr. 1793."

Bevollmächtigte Preußens; er hatte von der Widerstandskraft der französischen Truppen, wie sie in diesem Augenblick waren, eine sehr geringe Meinung und war voll der besten Erwartungen vom Feldzug. „Ich kenne den Prinzen Coburg nicht, schrieb er,*) ist es ein decidirter Herr, so wird Alles gut gehen." Er drückte damit nur die Stimmung seines Königs aus; auch dieser drängte auf rasches Vorgehen und mahnte auf's Angelegentlichste, durch den Verlust von Mastricht nicht die ganze Lage des künftigen Feldzugs verderben zu lassen. Man war im preußischen Hauptquartier zu Frankfurt nicht ohne Sorge, Mastricht möchte verloren werden, sei es durch Clerfayts Zögern, der noch etwas unter der Nachwirkung des Rückzugs vom November und December zu leiden schien, sei es, weil, wie man nicht ohne Grund vermuthete, die österreichische Stärke auf dem Papier wieder größer war, als in Wirklichkeit.**)

Doch ward diesmal der Plan, wie ihn Coburg durch Mack hatte überbringen lassen, glücklich ausgeführt. In der Nacht zum 1. März erfolgte bei Jülich und Düren der Uebergang über die Roer, die Franzosen wurden am 1. und 2. aus allen ihren Positionen zwischen Roer und Maas herausgedrängt, am Tage darauf Mastricht von dem Belagerungscorps verlassen. So rasch wie die Franzosen im December diese Gebiete besetzt hatten, so schnell wurden sie nun geräumt; sie ließen die Maaslinie im Stich, wichen nach St. Tron und Tirlemont zurück und standen schon am 9. an der Dyle bei Löwen, während die Bewegungen des preußischen Corps unter Friedrich von Braunschweig, unterstützt von einigen holländischen und englischen Abtheilungen, sie zugleich nöthigten, das holländische Gebiet von Herzogenbusch bis Dortrecht und Willemstadt zu verlassen. Möglich, daß hier nur die systematische Bedächtigkeit des Prinzen Coburg, der über acht Tage lang an der Maas stehen blieb, von den Franzosen die völlige Auflösung abgewendet hat; wenigstens war ihr Rückzug verworren genug gewesen. Man rechnete, daß sie an Gefangenen und Deserteuren gegen 12,000 Mann und über 100 Kanonen auf dieser Flucht verloren, und es scheint kaum zweifelhaft, daß ein energischer Angriff sie damals rasch auseinandergeworfen hätte, zumal da die Erbitterung des Volkes über die räuberische Brutalität und Tyrannei der revolutionären Regierung nur eines Anlasses wartete, um gewaltsam gegen die Franzosen loszubrechen. Das Zögern des Prinzen, wohl veranlaßt durch scrupulöse Rücksicht auf den Frankfurter Kriegsplan, der erst den Fall von Mainz abwarten wollte, ließ dem Feinde Zeit, sich bei Löwen zu sammeln und zu erholen. Am 13. traf dann Dumouriez, der sich bis jetzt mit den Bewegun-

*) Aus einem Berichte Tauenzien's, d. d. 18. Febr.

**) Nach der Correspondenz Tauenzien's mit dem König; namentlich gehören hieher ein königliches Schreiben, d. d. 15. Febr., ein Brief Manstein's vom 16. Febr. und ein Bericht Tauenzien's vom 17. Febr.

gen gegen Holland beschäftigt, bei der Armee ein; mit einer Truppe, deren Disciplin durch die letzten Vorgänge vollends erschüttert war, dünkte es ihm unmöglich, Brabant und Flandern vertheidigungsweise zu behaupten. Eher schien ihm, bei dem französischen Naturell, eine Schlacht zu wagen, deren glücklicher Ausgang vielleicht den Truppen ihre Haltung wiedergab.

Indessen war Coburg mit dem Gros der kaiserlichen Armee, deren Stärke zwischen 36,000 und 42,000 Mann angegeben wird, von der Maas gegen Tongern und St. Tron aufgebrochen und hatte Tirlemont genommen (15. März). Auch für ihn war eine Schlacht der beste Entschluß. In den Frankfurter Verabredungen war zwar das weitere Vorgehen über die Maas und die Eroberung von Belgien als bedenklich erschienen, so lange Mainz nicht gefallen war; aber die Erfahrungen der letzten Tage hatten die Ansicht der Dinge verändert. Der rasche Rückzug der Franzosen, ihre sichtbare Auflösung ließ die Eroberung der Niederlande als kein so großes Wagestück mehr betrachten. Eine Schlacht auf dem Wege nach Brüssel, selbst wenn sie verloren ward, ließ den Oesterreichern den Rückzug auf Mastricht frei; wenn sie gewonnen ward, war Holland vor dem französischen Angriff gedeckt, Belgien befreit.

Am 16. ging Dumouriez vor, an Zahl den Oesterreichern ungefähr gleich, besetzte Tirlemont wieder und entwickelte seine Truppen in den nächstgelegenen Orten auf der Straße nach Lüttich. Um das Dorf Goidzenhoven, das hochgelegen die ganze Gegend zwischen der Chaussee und den beiden Flüßchen, der großen und kleinen Geete, beherrschte, entspann sich ein lebhaftes Gefecht; die österreichische Avantgarde griff an, wurde aber, bei aller Tapferkeit, von der Uebermacht zurückgedrängt, und das Hauptheer rückte nicht nach, zog vielmehr über die kleine Geete, die bereits überschritten war, wieder zurück, ohne sich in den Kampf einzulassen. Das glückliche Gefecht des Tages hatte für Dumouriez den Werth, daß es seinen Truppen, die der letzte Rückzug demoralisirt, ihr Selbstvertrauen wiedergab; er entschloß sich nun getrost zur Schlacht. Die Oesterreicher hatten sich auf dem Terrain hinter der kleinen Geete, von Racour über Oberwinden und Neerwinden, über die Lütticher Straße hinaus bis gegen Léau hin, ausgebreitet; dort stand mit dem rechten Flügel der Erzherzog Karl. Der zweiundzwanzigjährige Prinz, dessen Talent zuerst in diesem Feldzug größere Erwartungen weckte, hatte sich schon bei den Kämpfen zwischen der Roer und Maas, namentlich am 1. März bei Aldenhoven, ausgezeichnet; unter seiner Führung geschah jetzt auch das Entscheidende in der Schlacht, die Belgien den kaiserlichen Waffen wieder unterwarf.

Am Morgen des 18. März ließ Dumouriez den Angriff gegen die weit ausgedehnte Linie der Oesterreicher beginnen; ungefähr zwei Drittheile seines Heeres, gegen 30,000 Mann, griffen unter Valence und dem jungen Herzog von Chartres (Louis Philippe) das Centrum und den linken Flügel der De-

sterreicher an; der Rest, etwa 14,000 Mann, unter Miranda, wandte sich gegen den Erzherzog. Ein lebhaftes Gefecht entspann sich um die Dörfer Racour und Oberwinden, wo sich die Franzosen festgesetzt; zweimal wurden die Ortschaften von den Oesterreichern genommen und zweimal wieder verloren; zum dritten Male behaupteten sie sich, durch einen glücklichen Angriff der Reiterei unterstützt. Auch Neerwinden ward nun vom Feinde preisgegeben, und ohne Thouvenots Festigkeit hätte jetzt die überlegene österreichische Cavallerie dem französischen Corps eine völlige Niederlage beigebracht. Am Abend waren die Franzosen zwar nicht über die Geete zurückgeworfen, aber doch aus den Stellungen, deren sie sich am Morgen bemächtigt, herausgedrängt. Während sich hier die Oesterreicher gegen einen überlegenen Angriff, in einem Gefechte von sieben Stunden, glücklich behauptet hatten, war auf dem rechten Flügel die Entscheidung des Tages erfolgt. Dort war am andern Morgen Miranda gegen Dormael und Léau vorgegangen und es ward um Dormael heftig gefochten, bis am Nachmittag der Erzherzog die feindliche Infanterie in Verwirrung zurückwarf und ein nachdrücklicher Angriff der Reiterei die Niederlage der Franzosen vollendete; in wilder Flucht, mit Verlust des Geschützes, eilten sie bis hinter Tirlemont. Am andern Morgen traten denn auch die anderen französischen Colonnen den Rückzug gegen Tirlemont an.

Der Verlust der Oesterreicher — 97 Officiere und 2747 Gemeine — war nicht unbedeutend; aber die Entscheidung war folgenreicher, als die mancher blutigeren Schlacht. Zu der Einbuße von mindestens viertausend Mann und dreißig Kanonen kam auf französischer Seite die völlige Demoralisation des Heeres; eine viel größere Zahl, als die Schlacht gekostet, lief in bunter Verwirrung heim, und nach wenigen Tagen hatte Dumouriez nur noch ungefähr 20,000 Mann in seinem Lager. Hatte er vorher mit der doppelten Zahl die Niederlande nicht geglaubt vertheidigen zu können, so war nun, nach einer verlorenen Schlacht, der Rückzug unvermeidlich geworden. In der Stimmung der Belgier war zudem eine ähnliche Enttäuschung eingetreten, wie in der deutschen Bevölkerung am Mittelrhein.

Die Lage im Innern von Frankreich hatte sich so gestaltet, daß Dumouriez kaum hoffen konnte, die in vollem Fortschritt begriffene Schreckenspartei werde ihm sein Mißgeschick bei Neerwinden verzeihen. Sein geschmeidiges Talent war durch keine politische Ueberzeugung bestimmt; er war ja jederzeit ein Mann der Umstände und Gelegenheiten gewesen. Hatte er früher die Fahne der Gemäßigten mit der republikanischen vertauscht, so schien ihm jetzt der Moment gekommen, eine Schwenkung zum Royalismus vorzunehmen. Durch ein Einverständniß mit den Verbündeten sich den Rücken zu decken, die Niederlande zu räumen und die Schreckenspartei im Innern mit einem militärischen Staatsstreich zu überraschen, das lag jetzt ebenso sehr in der äußern Constellation, wie diese ihn im September 1792 vermocht, mit den

Jakobinern sich gegen den König zu wenden. Zwar hatte er nach dem Schlage von Neerwinden eine energische Verfolgung nicht zu besorgen; der Prinz von Coburg, ein Zögling der bedächtigen Kriegführung, hielt die feindliche Armee mit allen den zerstreuten Corps, die sie rasch heranziehen konnte, immer noch für 50,000 M. stark, er selber hatte nur dreißigtausend.*) Allein die Auflösung der französischen Armee nahm zu, und die Gedanken des Feldherrn waren mehr nach Paris als nach dem feindlichen Lager gerichtet. So ward am 23. März Löwen geräumt, wie Dumouriez behauptet, in Folge einer mündlichen Verabredung mit Oberst Mack, der im Namen der Kaiserlichen versprochen, den Rückzug nicht durch lebhafte Angriffe zu beunruhigen. Der Abmarsch von Löwen artete schon in volle Flucht aus, auch Brüssel war nicht zu halten; am 27. war das französische Hauptquartier schon in Ath.

Indessen hatte Dumouriez den Oberst Montjoie an den Prinzen gesandt und ihm erklären lassen: er wolle dem Elend in Frankreich ein Ende machen und das constitutionelle Königthum wiederherstellen; man solle ihm eine vertraute Person schicken, um das Weitere zu besprechen. Mack ging nach Ath, wo Dumouriez in Gegenwart von Valence, Thouvenot und anderen Officieren ihn empfing. Dumouriez erklärte, er werde den Convent sprengen, die königliche Familie befreien und Ludwig XVII. mit der Constitution von 1791 als König ausrufen; zur Vollführung dieser Aufgabe sei es aber nöthig, daß man ihn in seiner Stellung hinter der Dender nicht nur nicht beunruhige, sondern wo möglich unterstütze. Mack machte als Bedingung eines jeden Abkommens die Räumung der Niederlande geltend, und nach einigen Verhandlungen darüber versprach es Dumouriez gegen die Zusage: daß die Oesterreicher ihm nur bis zur Grenze folgen und erst dann weiter gehen würden, wenn Dumouriez selber sie zu seiner Hülfe herbeirufe. Sobald er seinen Marsch auf Paris antrete, solle die Festung Condé, als Pfand der Uebereinkunft, von ihnen besetzt werden. Es geschah, wie verabredet; in den letzten Tagen des März bewegten sich die verschiedenen französischen Colonnen im Rückzug auf Mons, Tournay und Courtray.

Aber freilich, der französische Feldherr erfuhr dieselbe Enttäuschung, der sein Vorgänger, Lafayette, erlegen war; die Truppen gehorchten ihm nur zum kleinen Theil, und es blieb ihm kein Ausweg, als mit seinen Getreuen am Morgen des 5. April eine Zuflucht im österreichischen Lager zu suchen. Noch

*) „Après les derniers avantages remportés par le Prince de Cobourg sur le général français l'armée autrichienne n'était que de 30000 hommes et celle de Dumouriez de 50000 —“ so lautet die Erklärung, die nachher Mack bei den Antwerpener Conferenzen im Namen des Prinzen gibt. (Aus den handschriftlichen Mittheilungen und Protokollen über die Conferenzen, welche der folgenden Darstellung zu Grunde liegen.)

in der letzten Nacht vor der Katastrophe hatte Dumouriez, durch Mack's Vermittlung, den Prinzen vermocht, eine Proclamation zu erlassen, worin er den Franzosen ankündigte, er wolle nur im Verein mit Dumouriez die verfassungsmäßige Ordnung herstellen und verspreche feierlich: keine Eroberungen zu machen und die ihm eingeräumten Plätze nur als „ein heiliges, ihm anvertrautes Pfand" bis zum Frieden zu bewahren.*) Bis der Aufruf ins französische Lager kam, hatte Dumouriez schon fliehen müssen. Der Plan der Contrerevolution war damit vereitelt, aber die letzten Vorgänge, namentlich der Aufruf des kaiserlichen Feldherrn, hatten noch auf Seiten der Verbündeten eine Nachwirkung, die zu bezeichnend ist, als daß wir darüber schweigen dürften.

Der erste Eindruck von Dumouriez's Eröffnungen war verschieden gewesen. Das preußische Ministerium, dem Tauenzien am 28. März darüber Bericht gegeben, hegte kein rechtes Vertrauen zu dem „demokratischen General" und hatte ihm auch, wie es zu erwähnen nicht unterließ, seine Taktik in der Champagne noch nicht vergessen. Jedenfalls müsse man diesmal mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen, sich nur gegen solide Bürgschaften, z. B. die Räumung von Lille und Valenciennes, mit ihm einlassen.**) Lebhafter nahm Friedrich Wilhelm II. die Sache auf; er dachte nur an Eines: die mögliche Befreiung der königlichen Familie. Voll Freude hörte er, daß Dumouriez durch die Verhaftung der Conventscommissarien sich den Rückweg abgeschnitten hatte und nun den „Gefangenen im Tempel" vielleicht bald ihr Kerker erschlossen werde. In jedem Falle räth er (und dieser Rath war der beste), wenn auch Dumouriez in seinem Beginnen untergehe, solle Coburg rasch vorschreiten und die gebotene Gelegenheit sich nicht entschlüpfen lassen. Und wie dann die Sache wirklich gescheitert war, trieb er wiederholt den Prinzen an, wenigstens die Verwirrung der Franzosen

*) Die beiden Proclamationen finden sich bei Dumouriez IV. 287—296. In der handschriftlichen Mittheilung über die Erklärungen in den Antwerpener Conferenzen ist sie in folgender Weise motivirt: La déclaration ne pourrait avoir qu'un bon effet pour la cause des souverains, si Dumouriez réussissait. Si au contraire il échouait, on y gagnerait toujours l'avantage du désordre que son entreprise devait causer dans les armées françaises. Le général autrichien n'ayant pas une seule pièce d'artillerie de siège ni un nombre suffisant de troupes, ni même l'espérance d'avoir l'un ou l'autre avant six semaines, crut ne rien risquer en donnant cette déclaration qui pourrait toujours tourner au profit de ses opérations futures. Si après avoir reçu en depôt l'une ou l'autre place forte la Cour de Vienne ou les autres cours désavouaient sa déclaration, il tiendrait sa parole en les restituant, mais aurait gagné une connoissance exacte de leur intérieur et d'autres facilités pour en faire l'attaque.

**) Aus einer Depesche des Ministeriums des Auswärtigen an Tauenzien, d. d. Berlin, 5. April.

nach Kräften zu benutzen und der Armee ohne Führer scharf auf den Leib zu gehen.*)

Ganz andere Empfindungen wurden in dem großen Kriegsrath laut, der wenige Tage nach Dumouriez's Flucht zu Antwerpen stattfand. Der Herzog von York, der Erbstatthalter und der Erbprinz von Oranien, der Prinz von Coburg, dann von Diplomaten Graf Metternich, Lord Auckland, die Grafen Starhemberg und Keller, von Officieren Murray, Knobelsdorf, Mack und Tauenzien wohnten ihm bei. Außer den Erörterungen über die laufenden militärischen Fragen war es besonders die Proclamation des Prinzen, welche die Versammlung beschäftigte. Man war darüber allgemein ungehalten, und der Oberst Mack sah sich zu einer ausführlichen Rechtfertigung genöthigt. Aber das genügte nicht; der Prinz mußte (9. April) eine zweite Proclamation erlassen, worin er seinen ersten Aufruf förmlich zurücknahm. Der ritterliche Standpunkt, von dem aus der Krieg im vorigen Jahre begonnen — die uneigennützige Herstellung der Monarchie ohne jede Eroberung — war also nun aufgegeben. Man sprach sich darüber so unumwunden aus, daß jeder Zweifel schwand. Auf die Frage, ob York die Stellung zwischen Menin und Ostende einnehmen könne, erklärte Auckland, das entspreche ganz dem britischen Plane, „den Niederlanden eine gute Barrière zu erwerben;" auch verhehlte er nicht, daß seine Regierung an sehr beträchtliche Entschädigungen denke. Der Erbstatthalter meinte: da alle Mächte an Entschädigungen dächten, so werde hoffentlich Holland nicht leer ausgehen. Der anwesende preußische Bevollmächtigte schwieg, da Preußens Entschädigungen anderwärts lagen; in seinem Berichte spricht er aber die Vermuthung aus, daß für Oesterreich das französische Flandern als Entschädigungsobject ausersehen sei.**) Auf allen Seiten regt sich also nur die nackte Selbstsucht; ein allgemeineres Interesse vermag nicht mehr durchzudringen. Wie weit man damit der Revolution gegenüber kam, das mußte sich bald offenbaren.

Auch am Mittelrhein hatten indessen die militärischen Bewegungen begonnen. Es lagerten dort am rechten Ufer, vom Main bis zur Lahn, 50,000 Mann Preußen mit den Contingenten von Sachsen, Hessen-Cassel und Darmstadt, die zusammen etwa 14,000 Mann betrugen; zur Deckung des linken Flügels hatte Wurmser mit einem Theile des österreichischen Corps am

*) Schreiben an Tauenzien vom 7. April und vom 11. April.

**) Die Mittheilungen darüber finden sich theils in dem schon oben benutzten Actenstück (aus der Correspondenz des Herzogs Friedrich von Braunschweig), theils in dem Briefwechsel Tauenziens. Ueber die empfindliche Behandlung, die Coburg wegen der Verhandlungen mit Dumouriez von Wien aus erfuhr, s. Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg-Saalfeld II. 172. ff.

Oberrhein ſein Hauptquartier in Heidelberg aufgeſchlagen. Gegenüber ſtand, von Worms bis zur Nahe ausgedehnt, die Rheinarmee unter Cuſtine, die immer noch gegen 40,000 Mann zählte; hinter der Saar lagerte die Moſelarmee, ungefähr 25,000 Mann ſtark; die Garniſonen der feſten Plätze waren in dieſen Zahlen nicht einbegriffen. Nach dem Entſatz von Maſtricht — ſo lautete die Frankfurter Verabredung — ſollte vor Allem die Belagerung von Mainz begonnen werden; jetzt war nicht nur die Maas frei geworden, ſondern es ward bald mit unerwarteter Raſchheit durch einen glücklichen Schlachttag die Eroberung der Niederlande vollendet, die man nach jener Verabredung erſt nach der Einnahme von Mainz hatte unternehmen wollen. Es war alſo kein Grund, mit dem Uebergang über den Rhein und der Einſchließung der Feſtung zu zögern. Seit Mitte März begannen kleine Plänkeleien der leichteren Truppenſchwärme, die vorausgeſandt waren; am 24. ward eine Brücke bei Bacharach geſchlagen, in den folgenden Tagen ging ein Theil der preußiſchen Armee hinüber und rückte gegen die Nahe. Am 27. März ward dann Neuwinger vom Erbprinzen von Hohenlohe bei Waldalgesheim geſchlagen und gefangen, indeſſen Kalkreuth von der Moſel her, durch die franzöſiſche Moſelarmee nicht gehindert, nach der Pfalz vorging und Cuſtine nöthigte, ſeine Stellung bei Kreuznach ſchnell zu verlaſſen. Während der franzöſiſche General am 28. und 29. März über Alzei den Rückzug gegen Worms antrat, drängten die Preußen nach, ſchoben (30. März) den Feind immer weiter zurück und lieferten ihm bei Oberflörsheim und Rheintürkheim glückliche Scharmützel, die ihn nöthigten, auch die Umgebung von Pfeddersheim und Worms preiszugeben und ſich bis in die Nähe von Landau zurückzuziehen. Am 31. ging dann auch Wurmſer, nachdem er Wochen lang vergeblich mit der pfälziſchen Regierung wegen des Uebergangs bei Mannheim unterhandelt,*) bei Ketſch über den Rhein und ſchob ſeine

*) Es liegt uns darüber eine Correſpondenz vor. Wurmſer hatte am 15. März eine Eſtafette an den Grafen Lehrbach nach München geſchickt; deſſen Antwort (d. d. 19.) lautete aber nicht beſonders tröſtlich. „Es wäre zu wünſchen, daß Ew. Exc. mit ſo vielen Truppen verſehen wären, damit ohne fernere Rückſicht und Schonung dasjenige gebieteriſch ausgeführt werden könnte, was das allgemeine Wohl und die Lage der Sache erheiſche. Ohne thätige Vorkehrungen wird man in dieſen franzöſiſchen Angelegenheiten mit dem kurpfälziſchen Hofe nicht fertig; der Herr Miniſter Oberndorff iſt dabei in mehrfältigem Betracht auch wegen Güter in der Pfalz intereſſirt; der Herr Kurfürſt hat 18—20 Mill. in Frankreich angelegt, die der zu Mannheim wohnende geh. Rath H. Martin beſorget; dieſes ſind Haupttriebfedern des allerſeitigen kurpfälziſchen Benehmens, welche nach der von mir gemachten Erfahrung durch die thätigſten Negotiationen nicht gehoben werden können, ſondern ohne alle Rückſicht und Schonung mit der Gewalt durchgeſetzt werden müſſen.“ Dazu mochte ſich denn Wurmſer nicht ſtark genug fühlen; er wandte ſich daher mit einer ähnlichen Beſchwerde (d. d. 22. März) an den König von Preußen. Er ſolle — rieth ihm dieſer — warten, bis die

Vorposten bis Germersheim vor. Die Franzosen standen demnach seit Anfang April zwischen Landau, Weissenburg und Lauterburg vereinigt und hielten ihre Verbindung mit der Moselarmee gesichert; das verbündete Heer, das sie beobachten sollte, während Mainz belagert ward, war theils zwischen Oppenheim und Worms aufgestellt, theils auf der ausgedehnten Linie von Landstuhl, Kaiserslautern über Neustadt bis nach Germersheim hin ausgebreitet. Es scheint, diese weite Ausdehnung hatte zum großen Theil eine politische Ursache: man wollte die Gebiete links vom Rhein, namentlich die zweibrückischen, vor jeder französischen Occupation bewahren, und breitete sich darum weiter aus, als es sonst die vorsichtige Kriegführung jener Zeiten und der natürliche Werth concentrirterer Stellungen rathsam machte.

So war also Mainz im April eingeschlossen und die in Frankfurt verabredete Belagerung konnte beginnen. Freilich war nicht Alles so geworden, wie es jene Conferenzen im Februar bestimmt hatten; vor Allem blieb die Zahl der Truppen wieder unter dem Anschlag. Es war eine leidige Praxis der damaligen österreichischen Kriegführung, deren Folgen auf Oesterreich selbst meistens am schwersten zurückfielen: die Streitkräfte, die man ins Feld stellte, viel höher anzugeben, als sie in der That waren. Welche Früchte das im Jahr 1792 getragen, haben wir früher wahrgenommen; auch diesmal war es eine der peinlichsten Störungen, daß bei den wichtigsten Unternehmungen wegen der fehlenden Truppen hin und her querulirt werden mußte. So verstimmte es gleich jetzt (April) auf preußischer Seite, daß, wie man die versprochenen 15,000 Mann Oesterreicher, von denen erst 6000 von Trier her gestellt waren, durch Coburg vervollständigt wünschte, dieser sich außer Stand erklärte, diese fehlenden 9000 M. seinerseits zu entbehren. Es war allerdings nur zu wahrscheinlich, daß seine Versicherungen allen Glauben verdienten; aber es verdroß auf preußischer Seite sichtbar, daß man getäuscht war und der Prinz den Preußen keinen andern Rath wußte, als sich durch darmstädtische, pfälzische und österreichische Truppen von Wurmsers Corps die fehlenden 9000 Mann zusammenzubetteln.*)

Preußen die Nahe überschritten hätten, und dann den Uebergang oberhalb Mannheim vornehmen. So geschah es denn auch.

*) Es ist darüber eine sehr lebhafte Correspondenz geführt worden, an welcher, außer dem König, namentlich Tauenzien, Manstein und das Ministerium des Auswärtigen in Berlin Theil hatten. Richtig ist die Bemerkung, die Tauenzien damals machte. Malgré les prétendus efforts de la Cour de Vienne, schreibt er, pour mettre une armée formidable en campagne, nommément dans les Pays bas, il paraît cependant qu'elle a d'abord suivi sa malheureuse maxime, d'être du double plus fort sur le papier qu'elle ne l'est effectivement, maxime funeste par laquelle elle se trompe ainsi que ses alliés. Nach einem andern Briefe desselben standen in den Tabellen, die ihm der Prinz einmal zeigte, 69,000 M.;

Dieser Zwischenfall war besonders aus dem Grunde unglücklich, weil er die methodische Kriegführung in ihrem Mißtrauen gegen kühnes und rasches Vorgehen noch bestärkte. Von den 86,000 Mann, die damals um Mainz vereinigt waren, mußte nach ihrer Rechnung etwa die Hälfte zur Belagerung verwendet werden; es blieben also für das Beobachtungsheer, das von Oppenheim bis Worms und von Homburg bis Germersheim ausgebreitet war, nur ungefähr 40,000 Mann übrig. Was dagegen die französischen Rhein- und Moselarmeen zu bieten hatten, schlug man auf 40—50,000 Mann an, ohne die Festungsgarnisonen und die Verstärkungen, die man noch erwartete, mitzuzählen. Gegen diese Rechnung wäre nichts einzuwenden gewesen, wenn die Verhältnisse der gegenseitigen Kräfte so gewesen wären, wie sie es in gewöhnlichen Lagen sind. Aber die letzten, wenn auch unbedeutenden Gefechte hatten gezeigt, welche Ueberlegenheit die deutschen Truppen vor den revolutionären voraus hatten. Um 40 Füsiliere vom Bataillon Wedell, die sich unter dem tapfern Lieutenant Gauvain in der Burg Stromberg bis auf den letzten Mann vertheidigten, zu überwältigen (20. März), hatten die Franzosen 12 Bataillone und 20 Escadronen verwandt, und sie schienen sich auf den Erfolg noch besonders viel zu Gute zu thun. Bei dem Rückzug am 30. hatten die braunen Husaren mit den baireuther Dragonern bei Alsheim ungefähr 3 französische Bataillone (vierzehnhundert Mann mit 3 Kanonen) gefangen genommen. Am nämlichen Tage erschien eine französische Colonne von 8000 M. von Mainz her, die den Weg zu Custine suchte; der Erbprinz von Hohenlohe jagte sie mit drei Bataillonen nach Mainz zurück. Nach diesen Proben, deren auch die folgende Zeit noch ähnliche aufweisen wird, war das Verhältniß beider Armeen damals zu beurtheilen. „Man muß sich — sagt ein preußischer Officier, der mitgefochten hat*) — die französische Armee jener Zeit nicht so denken, wie wir sie später in ihren glänzendsten Perioden haben kennen lernen. Die zerlumpten Carmagnolen, ohne wahren militärischen Geist und Haltung, die uns Schimpfreden und matte Kugeln (unerwiedert) täglich über den breiten Rhein zusendeten, flößten auf keine Weise Respect ein. Es war auch nicht ein Soldat in der Armee, der sich nicht seiner inneren Ueberlegenheit bewußt und des Erfolgs sicher gefühlt hätte, wenn es dazu kommen würde, sich ernstlich mit ihnen zu messen.“ Allerdings beweist die Geschichte des Feldzuges bis in den Spätherbst, daß, mit einziger Ausnahme der Besatzung von Mainz, dies strenge Urtheil auf die große Mehrzahl der Truppen bei der Rhein- und Moselarmee seine Anwendung fand.

---

in der That waren es nur 32,000. Die Manipulation war die, daß man die sämmtlichen halbcompletten Regimenter für vollzählig rechnete, Tausende von Kranken dazu zählte u. dgl. m.

*) Valentini, Erinner. S. 26.

Was lag darum näher, als diese moralische Ueberlegenheit der Truppen, den pomphaften Zahlen der Gegner zum Trotz, rasch und energisch zu gebrauchen? Wenigstens finden wir sehr verschieden denkende militärische Autoritäten darüber einverstanden, daß jetzt eine kecke Kriegführung, welche die gewöhnlichen Regeln der Methode einmal bei Seite setzte, des glänzendsten Erfolges sicher gewesen wäre. Gleichwohl ließ sich erwarten, daß im preußischen Hauptquartiere, soweit die Entscheidung vom Herzog von Braunschweig abhing, die langsame und methodische Art des Krieges nicht verlassen ward. Vor Allem war in den Verabredungen zu Frankfurt von etwas Anderem, als der Belagerung von Mainz und deren Deckung durch die Beobachtungsarmee, gar nicht die Rede gewesen; was weiter zu thun, die Frage hatte man sich dort nicht aufgeworfen. Es fehlte demnach, nach dem technischen Ausdruck, bei einem Angriff auf die beiden französischen Heere, an „einem strategischen Object." Selbständig zu agiren, lag ja ganz außer dem Plane, da Preußen diesmal nur als Hülfsmacht am Feldzuge Theil nahm und die Leitung der Bewegungen dem Wiener Hofe überlassen war. Kühn anzugreifen schien aber auch darum bedenklich, weil man Landau, die Weissenburger Linien, Bitsch und Saarlouis vor sich hatte, und die Franzosen, selbst geschlagen, ihre sicheren Rückzugslinien behielten; das Mißlingen einer Schlacht übte vielleicht selbst auf die Belagerung die entscheidendsten Folgen, während ein Sieg nichts in die Hände gab, „als einige Quadratmeilen Terrain."*) Das waren ungefähr die Betrachtungen, die im Kreise der methodischen Kriegführung den Ausschlag gaben; die Bedenken gegen eine ungewohnte und regellose Art des Angriffs hatten sich seit den Erfahrungen in der Champagne eher gemehrt als vermindert. Namentlich kam noch ein Moment hinzu, das früher nicht mitgewirkt; die politische Betrachtung der Diplomatie im Lager, daß sich Preußen in weitläufige Eroberungspläne nicht einlassen, vielmehr, soweit es die Ehre und Sicherheit des Reiches gestatte, aus diesem unfruchtbaren Kriege herauswickeln müsse, um sich nach Osten zu wenden, wo seine dringendsten Interessen der Entscheidung nahten. Darauf werden wir unten noch ausführlicher zurückkommen.

Anders als der Herzog sah Wurmser die Kriegführung an. Von Haus aus ein tüchtiger Führer leichter Truppencorps, geschickt in raschen Bewegungen und Ueberfällen, hätte er den Krieg am liebsten so geführt, wie es seine angeborne Neigung und Begabung mit sich brachte. Streifzüge ins Elsaß machen, dort contrerevolutionäre Bewegungen hervorrufen, Straßburg einschüchtern und vielleicht durch Ueberraschung zur Uebergabe zwingen, das waren seine Lieblingsgedanken. Daß dabei sein Verhältniß als Mitglied der Ortenauer Ritterschaft, seine elsassische Abstammung und Verwandtschaft wesentlich mitwirkte, war unverkennbar. Fühlte sich der Herzog durch die po-

*) S. Wagner, Feldzug von 1793. S. 13. 14.

litische Conjunctur bei Mainz festgehalten, so sah sich Wurmser durch eine entgegengesetzte politische Berechnung nach dem Elsaß hingezogen; beschränkte sich die Thätigkeit des Einen auf bewunderte Combinationen in der Aufstellung des Truppencordons und in der wissenschaftlichen Benutzung des Terrains, so löste sich bei dem Andern der Krieg nur zu sehr in zahllose Plänkeleien auf, die man im Hauptquartier als Husarenstreiche betrachtete und spöttisch als eine nutzlose „Franzosenjagd“ ansah. So war von Anfang an ein Zwiespalt vorhanden, den Wurmsers persönliche Hartköpfigkeit mit der Zeit eher schärfen als mildern mußte, zumal er die Unklarheit seiner Instruction in ganz ungehöriger Weise dahin ausdehnte, sich der preußischen Oberleitung immer widerspenstiger zu entziehen. Das ist denn die eigentliche Calamität des Feldzuges am Rhein geworden: ein allzu vorsichtiger Oberbefehl, der vielleicht in einer Reihe von Fällen es versäumt hat, die vom Glück gebotene Gelegenheit rasch beim Schopfe zu ergreifen, dessen wirklich gute Combinationen aber durch den Ungehorsam eines Corpsführers vereitelt worden sind.

Schon jetzt im April, gleich nach Wurmsers Rheinübergange, beginnt diese Fronde innerhalb des verbündeten Lagers, durch die schließlich alle Vortheile des Feldzuges verloren gingen.*) Im preußischen Hauptquartiere wie in dem des Prinzen Coburg war man schon damals unzufrieden, daß Wurmser eine eigene Strategie zu verfolgen geneigt schien, und sagte ihm nach, er lasse sich von dem Emigranten Klinglin in seinen militärischen Entschlüssen bestimmen.**) Allerdings liegt eine Denkschrift dieses Klinglin uns vor, die in wesentlichen Punkten mit Wurmsers späterer Kriegführung zusammentrifft.***) Die Preußen sollten sich der Vogesenübergänge bemächtigen und

---

*) Von welchen Gesinnungen W. von vornherein erfüllt war, hat er selber in der späteren Vertheidigungsschrift: „Kurze Geschichte des Feldzugs von 1793“ (s. Wagner, der Feldzug am Rhein im Jahre 1793. S. 272 ff.) zur Genüge dargelegt, und an Proben der peinlichsten Art fehlte es gleich anfangs nicht. Als er z. B. im März den Befehl erhielt, bei Oppenheim über den Rhein zu gehen, so erklärte er dies für eine von den Preußen ihm gelegte „Mausfalle“ und ging an einer andern Stelle über.

**) Tauenzien schreibt d. d. Quievrain, 23. April: On est mécontent du général Wurmser, il est très inquiet et veut suivre un plan d'opération qu'il s'est formé sans vouloir agir de concert avec l'armée de V. M. On le dit entièrement dirigé par le général Klinglin: — — le feldmaréchal m'a dit qu'il venoit de lui écrire d'une manière très verte et qu'il supplioit V. M. de l'attirer à Elle et de l'envisager uniquement que comme un corps entièrement dépendant de ses ordres. Daß diese letzte Bemerkung gegründet war, ersehen wir aus der übrigen Correspondenz. Der Prinz von Coburg steht durchgängig auf Seiten des Herzogs gegen Wurmser.

***) Sie findet sich unter derselben Correspondenz unter der Ueberschrift: „Me-

das Unterelſaß beſetzen, die öſterreichiſche Armee am Oberrhein von Hüningen aus das Oberelſaß angreifen, beide ſich der kleineren Plätze dort verſichern, um dann die beiden iſolirten Feſtungen, Landau und Straßburg, zu überwältigen. Dergleichen Entwürfe waren aber weder in den früheren Conferenzen auch nur zur Sprache gekommen, noch ſtimmten ſie mit den militäriſchen und politiſchen Anſichten des preußiſchen Hauptquartiers. Darüber gab es denn gleich, im erſten Augenblick des Zuſammenwirkens, widerwärtige Erörterungen, ja der Prinz von Coburg mußte ſchon gegen Ende April dazwiſchen treten und dem öſterreichiſchen General erklären, „er habe ſich den Befehlen des preußiſchen Monarchen zu fügen und nicht etwa durch eigene gewagte und zu weit entfernte Operationen ſich in die Lage zu bringen, daß er zu dem großen Ganzen nicht mitwirken könne.“ Aber Wurmſer war eine von den Perſönlichkeiten, die mit ungemeiner Zähheit die einmal gefaßte eigene Meinung feſthalten; er fügte ſich ſolchen Mahnungen äußerlich und nahm die Miene des Gehorſams an, allein er behielt die Verfolgung ſeiner perſönlichen Anſichten nichts deſto weniger unverrückt im Auge. Wohin das ſchließlich führen mußte, wird der Verlauf dieſes Feldzuges zeigen.

Die Belagerung von Mainz hatte indeſſen begonnen; ein anſehnliches Armeecorps ward jetzt Monate lang gegen dieſelbe Stadt verwendet, die ein halbes Jahr vorher ohne Schwertſtreich war überliefert worden. Ehe wir zur Geſchichte dieſer Belagerung kommen, müſſen wir noch in Kürze berichten, welchen Ausgang der Mainzer Republikanismus genommen hatte. Unſere frühere Erzählung hat da abgebrochen, wo in dem Decret vom 15. Dec. 1792 den Gebieten links vom Rheine ihre Revolutionirung im franzöſiſchen Stile angekündigt ward. Seitdem begannen die gewaltſamen Experimente mit einem Volke, das für die vorgeſchriebene Freiheit weder Anlage noch Neigung beſaß. Ein Decret vom 18. Febr. berief die Urverſammlungen zu den Wahlen ein und machte den Geiſtlichen, Beamten und Privilegirten die Auflage, ſich durch eine eidliche Verpflichtung aller ihrer Vorrechte zu entledigen; auch die Wähler in den Urverſammlungen ſollten vorher den Eid auf die „Freiheit und Gleichheit“ leiſten. In der Stadt ſelbſt wie auf dem platten Lande war die Neigung gleich gering, den Eid zu ſchwören; die Clubmänner hatten nur die Wahl, ihre Schwäche vor aller Welt bloszuſtellen, oder den Eid durch unwürdige Mittel der Gewalt zu erzwingen. Seit Ende Februar befanden ſich denn die Mainzer Republikaner auf der Rundreiſe, um den Eid zu erlangen. In den Ortſchaften am Donnersberg finden wir Hoffmann und Bleßmann, in Begleitung des Conventsmitgliedes Merlin,

---

moire des Emigranten Klinglin, woraus ſich die Wurmſer'ſchen Operationen ableiten laſſen.“

beſchäftigt, dem widerſpenſtigen Volke den Eid aufzuzwingen.*) Im Amte Alſenz quälte ſich ein ehemaliger Bonner Theolog, Pape aus Weſtfalen, und ein Student aus Walldürn vergeblich ab, den Schwur zu erlangen. Wohl war an manchen Orten mit Erfolg vorgearbeitet. In Saarwerden und der Umgegend, die von franzöſiſchem Gebiet rings eingeſchloſſen war, hatte man ſchon im October die Beamten verjagt, Freiheitsbäume aufgepflanzt, die Zollſtöcke umgeworfen, Jagd und Waldungen geöffnet und natürlich auch die Feudallaſten beſeitigt; aber weiter öſtlich, z. B. in Kirchheim und in den meiſten Orten am Donnersberg, mußte der Eid mit militäriſcher Execution erzwungen werden. In dem kleinen Gebiete der Grafen von Leiningen war wieder Grünſtadt der Sitz einer revolutionären Partei, die mit den Mainzern in Verbindung ſtand; da rückten denn am 21. Februar Forſter und Bleßmann an der Spitze franzöſiſcher Executionstruppen ein und befahlen den drei Leininger Grafen ſammt ihrer Dienerſchaft den Eid zu leiſten, mit der Drohung, wenn ſie ſich weigerten, ſie über die Grenze zu bringen und ihre Güter zu confiſciren. Die Drohung wurde wirklich vollzogen und die drei Herren wurden in den letzten Tagen des Monats gefangen nach Paris geführt. Ungeachtet dieſer Gewaltkuren wollte der neufränkiſche Republikanismus bei der Bevölkerung nicht recht anſchlagen; Forſter ſelbſt klagt über den Ariſtokratismus, der in der Stadt wie auf dem platten Lande um ſich greife. „Hier hat — ſchreibt er aus Mainz (Mitte März) — der Fanatismus und die Unwiſſenheit eine Verſtockung unter die Einwohner gebracht, die man nur bedauern kann, aber zugleich auch mit der unerbittlichſten Strenge behandeln muß. Täglich ſchickt man Leute, die nicht huldigen wollen, zu dreißig und vierzig über den Rhein, und man wird bis zur Entvölkerung der Stadt damit fortfahren, wenn ſie ſich nicht rathen laſſen!“

Unter dieſen Vorgängen fand die Bildung der neuen Municipalitäten und die Wahl der Abgeordneten zum „rheiniſch-deutſchen Nationalconvent“ ſtatt, welcher über das Schickſal der occupirten Lande links vom Rhein entſcheiden ſollte. Am 17. März ward die Verſammlung, deren Vorſitz Hoffmann und Forſter führten, eröffnet, am 18. der Beſchluß gefaßt, den ganzen Landſtrich von Landau bis Bingen zu einem Freiſtaat umzugeſtalten, allen Zuſammenhang mit dem deutſchen Reiche zu löſen und die landesherrlichen Rechte der geiſtlichen Fürſten von Mainz, Worms und Speyer, der Fürſten von Naſſau, von Baden, von Salm, von Leiningen, ſowie der Grafen, Ritter

*) Es fehlte nicht an komiſchen Zügen. Als in Sarmsheim verkündet ward, das Volk ſei frei, erklärten die Bauern: „Sieben Jahre lang haben wir bei der h. Meſſe deutſch geſungen; weil wir aber frei ſind, ſo wollen wir wieder lateiniſch ſingen.“ Gegen dieſe Interpretation der Freiheit ſchrieb dann Böhmer eine eigene Brochüre: „Epiſtel an die lieben Bauersleute zu Sarmsheim.“

und Reichsstädte, die jenes Gebiet umschloß, für „ewig erloschen" zu erklären. Daß diese rheinische Republik nicht für sich existiren konnte, sondern der Protection eines mächtigeren Staates bedurfte, war klar; anders war auch vom französischen Convent die Republikanisirung des linken Rheinufers nicht verstanden worden.*) So erfolgte denn am 21. März der unvermeidliche Beschluß: „daß das rheinisch-deutsche freie Volk die Einverleibung in die fränkische Republik wolle und eine Deputation abgesandt werden solle, um diesen Wunsch dem fränkischen Nationalconvent vorzutragen." Außer einigen Droh- und Strafdecreten gegen die Nichtbeeidigten und Geflüchteten, außer einer servilen Adresse, worin sich das freie Volk der rheinisch-deutschen Republik den Franzosen mit würdeloser Unterwürfigkeit an den Hals warf, außer diesem ist von dem Mainzer Convent nichts Nennenswerthes mehr geschehen; er setzte am 30. März seine Sitzungen bis auf Weiteres aus, um natürlich nie wieder zusammenzutreten. Ein paar Tage früher war bereits die Deputation des rheinisch-deutschen Convents, Georg Forster, Adam Lux und der Kaufmann Potocki, nach Paris abgereist, um dort den Wunsch um Einverleibung den Repräsentanten der französischen Nation zu Füßen zu legen.

Die ersten und letzten Athemzüge der rheinisch-deutschen Republik trafen fast zusammen mit den kriegerischen Vorgängen links vom Rheine, welche die Einschließung der Stadt vorbereiteten; auf dem rechten Ufer war Castel bereits eingeschlossen, als Forster nach Paris reiste, um der französischen Nation Mainz anzubieten. Auf dieser Seite wurden im Laufe der Belagerung gegen 14,000 Mann, theils Preußen, theils Sachsen, Hessen und Pfälzer, zur Blokade verwendet; auf dem linken Ufer, wo die Einschließung im April begann, waren einige zwanzigtausend Mann, Preußen, Oesterreicher, und Abtheilungen der kleineren Contingente zusammengezogen. Graf Kalkreuth leitete die Operationen der Belagerung.**)

---

*) Auch die Mainzer „Patrioten" haben sich darüber wohl kaum getäuscht. Wenigstens hatte M. Metternich schon vorher in einer Schrift („Rede von den Bedenklichkeiten, welche den Mainzern gemacht wurden, sich eine neue Constitution zu geben." Mainz 1792) den Einwand, daß eine Mainzer Republik ein Unding sei, mit der aufrichtigen Erklärung zu entkräften gesucht: „Der Gedanke müßte von einem Rasenden gedacht werden, daß sich hier ein Fleckchen Land isolirt von der die Menschenrechte beschützenden Frankennation, umgeben aber von den eifersüchtigsten deutschen Fürsten, und festgehalten von den Ketten der Reichsdespotie, daß sich so ein Fleckchen Land eine haltbare Constitution geben könne; dieß ward noch nicht vorgeschlagen. Es ist mehreren bekannt, daß man sich unterredet hatte, ehe man zu einer dauerhaft glückbringenden Staatsumwälzung schreiten könne, vorher mit der Nation der Neufranken in Unterhandlung treten wolle und müsse, ob und wie wir in ihren Armen Schutz finden würden."

**) Bei der folgenden Darstellung sind außer den gedruckten militärischen Quellen

Die Dauer der Belagerung bewies in beschämender Weise, wie unverantwortlich der Leichtsinn und die Kopflosigkeit derer gewesen, welche die Stadt im October ohne Schwertstreich übergaben. Allerdings hatten die Franzosen die fünf Monate nicht unbenutzt verstreichen lassen; die Werke wurden ausgebessert, Schanzen angelegt, Castel namentlich aus einem Brückenkopf ohne Bedeutung durch die bekannten französischen Ingenieure Clement und Gay de Vernon in eine tüchtige Befestigung umgewandelt. Eine zahlreiche Besatzung, die aus den besten Truppen der damaligen Armeen am Rhein und der Mosel bestand, deckte nicht nur die Stadt, sondern dehnte sich auch auf verschiedene vortheilhaft gelegene Posten außerhalb der Festung aus. Außer Castel waren die Rheininseln, die Petersau und die Ingelheimer Au befestigt, die Orte Weißenau, Kostheim und Zahlbach gut besetzt worden. Seit dem 10. und 11. April erfolgte auch auf dem linken Rheinufer die engere Einschließung, zu gleicher Zeit machten die Franzosen einen Ausfall gegen Mosbach hin, der den Hessen einigen Schaden that. Indessen ward die Einschließung vollendet und die ersten Schanzen aufgeworfen, ohne daß die Kanonade von den Wällen die meist nächtlich unternommenen Arbeiten stören konnte. Gefochten wurde in diesen Tagen nur um Weißenau; dort hatten die Franzosen (am 16. April) nach einem lebhaften Angriff sich behauptet, wurden aber am Tage darauf durch preußische Schützenabtheilungen, die Prinz Louis Ferdinand mit gewohnter Energie und Todesverachtung anführte, aus dem Dorfe hinausgeworfen. Doch gab man den Ort wieder preis, da er, ganz unter den feindlichen Kanonen gelegen, vor Eröffnung der Trancheen nicht gut zu behaupten schien. Eine nicht unbedeutende Acquisition ward am 18. April gemacht; die fast verfallene Schanze, die Gustavsburg, die einst der Schwedenkönig auf der Mainspitze angelegt, ward von den Belagerern auf dem rechten Ufer besetzt und damit eine Stellung gewonnen, von der sowohl der Main gegen Kostheim als der Rhein gegen Weißenau und Castel hin bestrichen werden konnte. Die Besatzung suchte vergebens die dort errichteten Batterien durch ein lebhaftes Feuer außer Thätigkeit zu setzen; der Posten blieb den Belagerern. Außer kleinen Vorpostengefechten und Fouragirungen der Franzosen verliefen die nächsten zehn Tage ziemlich ruhig; erst in der Nacht vom 27. zum 28. April landete eine Abtheilung Feinde an der Mainspitze, überfiel die Batterie und führte das Geschütz weg, ohne freilich hindern zu können, daß die Belagerer sich in den nächsten Tagen von Neuem festsetzten und gegen ähnliche Ueberraschungen bessere Vorsorge trafen. Glücklicher waren die Franzosen bei Kostheim; schon am 1. Mai hatten die Franzosen den Ort überfallen, waren aber wieder hinausgeworfen worden, und wiederholten in der Nacht zum 3. ihren Angriff

---

auch verschiedene handschriftliche Mittheilungen benutzt, namentlich einige „Journale der Blokade und Belagerung."

mit besserem Erfolge. Das preußische Grenadierbataillon von Borch drang in den Ort hinein, warf den Feind tapfer zurück, wagte sich aber zu weit vor und wurde durch eine überlegene Macht der Franzosen mit Verlust geworfen. Am 8. Mai ward der Kampf erneuert; namentlich aus den Batterien der Gustavsburg ward der Feind heftig beschossen und ihm ein tapferes, nicht unblutiges Gefecht geliefert, aber Kostheim blieb in seinen Händen. Fruchtlos waren dagegen die Versuche der Franzosen, auf dem linken Ufer sich bei Zahlbach und Bretzenheim zu verschanzen; ein glücklicher Ueberfall des Prinzen Louis trieb sie heraus. Der heftigste Kampf in diesem ganzen Zeitraume der Belagerung entspann sich aber in der Nacht zum 31. Mai; die Franzosen hatten, von einem Bauer geführt, mit einer Colonne von mehreren tausend Mann einen Ausfall gegen die Einschließungslinie auf dem linken Ufer unternommen, und es fehlte nicht viel, so wäre es ihnen gelungen, die überraschten Belagerer aus ihren Verschanzungen herauszudrängen und die Arbeit von sechs Wochen zu vereiteln.

Erst jetzt, seit Anfang Juni, kamen allmälig die Mittel, die man zu einer ernsten und wirksamen Belagerung bedurfte; aus Wesel, Ehrenbreitstein, ja zum Theil aus Magdeburg, mußten das Geschütz und die Munition, die man zur Belagerung brauchte, herbeigeschafft werden. Nun erst legte man rüstig Hand ans Werk. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni entstand die große Arrièreparallele, die gegen jeden starken Ausfall eine ausreichend feste Stellung schaffen sollte; in den folgenden Tagen wurden ähnliche Arbeiten, trotz lebhafter, feindlicher Ausfälle, glücklich zum Ende geführt, die Wurfbatterien hergestellt und in der Nacht vom 27—28. Juni durch eine österreichische Abtheilung eine wichtige feindliche Redoute bei Weißenau weggenommen. Dasselbe Schicksal hatten in der Nacht vom 5—6. Juli einige Feldschanzen auf der Höhe bei Zahlbach; die zweite Parallele ging ihrer Vollendung entgegen.

Dies war der Augenblick, wo die Franzosen vom Elsaß und der Mosel her einen schwachen Versuch des Entsatzes machten. Es hatte sich auf dem Kriegsschauplatz, auf dem sich die Beobachtungsarmee ausbreitete, bis jetzt nichts Bedeutendes ereignet; nur war die Unverträglichkeit zwischen dem preußischen Obercommando und dem österreichischen General immer unheilbarer hervorgetreten. Der größte Theil des Monats Mai verging in kleinem Zank. Wurmser war, im Widerspruch mit den Anordnungen des Obercommandos, über die Queich vorgegangen; wiederholt ward ihm die Weisung, sich auf das linke Ufer des Flüßchens zurückzuziehen, er blieb eigensinnig stehen, und es bedurfte eines aus den Niederlanden vom Prinzen Coburg erwirkten Befehls, bis er Anstalten traf, seine vorgeschobene Stellung zu verlassen. Dazwischen kam es denn auch vor, daß er plötzlich die Besorgniß, es möchten die Franzosen auf's rechte Rheinufer gehen, ernstlich oder scheinbar vorhielt, damit er sich, gemäß der Clausel, die in seiner Instruction stand, über den

Rhein zurückziehen und die Beziehung zu der preußischen Kriegsleitung ganz auflösen konnte. Die Correspondenz, die darüber geführt ward, hinterläßt den peinlichen Eindruck: daß, wie man auch von des Herzogs methodischem Cordonkrieg denken mag, es ein unleidliches Verhältniß war, mit dem Eigensinn eines Führers zu ringen, der untergeordnet sein sollte und sich doch wie selbständig benahm, ihn freundlich bitten zu müssen, wo man hätte befehlen sollen, oder gar auf dem Umweg über Belgien ihn zu Bewegungen zu veranlassen, die im Hauptquartier zu Guntersblum oder Edenkoben beschlossen waren. So paralysirten sich beide Führer gegenseitig; des Herzogs vorsichtige Methodik war Ursache, daß Wurmser, wenn er seiner Kampfesungeduld nachgab, ununterstützt blieb und dann in nutzlosen Plänkeleien die Zeit verdarb; Wurmsers Angriffslust, die, wie ein Kenner sagt, mehr „instinctartigen Rauffinn, als geregelte Combinationen verrieth," war dann wieder Schuld, daß die Früchte der vorsichtigen Kriegführung zum Theil verloren gingen. So wie es im Lager der Franzosen aussah, wäre allerdings etwas weniger Methode und etwas mehr zugreifende Raschheit auf deutscher Seite des Sieges ohne Zweifel sicher gewesen. Noch hatten sie sich von den Schlägen im März und April nicht erholt; wenn auch Verstärkungen aus dem Innern eintrafen, so wuchs dadurch doch nur ihre Zahl, nicht ihre militärische Brauchbarkeit, und die Führung war über alle Beschreibung kläglich. Ein Angriff, der am 17. Mai von der Rhein- und Moselarmee zugleich unternommen ward, enthüllte diesen Zustand in ganz trostloser Weise; mit einem Aufwand von 25,000 Mann, die freilich überall zur unrechten Zeit erschienen, sich gegenseitig den Weg versperrten und im Hin- und Hermarsch ermüdeten, waren die Franzosen nicht im Stande, drei österreichische Bataillone und acht Schwadronen, die rechts von der Queich standen, über den Haufen zu werfen. Bei solchen Zuständen, deren ganze Rathlosigkeit im andern Lager kaum geahnt ward, hätte allerdings die zugreifende Husarenart Wurmsers, den Krieg zu führen, ziemlich gewissen Erfolg gehabt. So aber, wie jetzt das Schicksal beide Feldherrn, den Herzog und den österreichischen Führer, an einander gekettet, konnte nur jeder von beiden die Brauchbarkeit des andern hemmen.

Es gewährt kein allgemeines Interesse, den einzelnen Debatten zu folgen, die während dieser ganzen Zeit zwischen beiden Führern stattgefunden haben: der Erfolg war, daß auf keiner Seite etwas Bedeutendes geschah, nur ward das gegenseitige Vertrauen und Einverständniß vollends zerrüttet.*)

*) Nach einer längeren Correspondenz äußert der Herzog in einem Schreiben an Oberst Grawert, d. d. 3. Juli: „Ich bin um keinen Schritt mit ihm weiter und ersehe vielmehr aus seiner Antwort, wie er, statt der von uns ihm übergebenen, nach sorgfältiger Untersuchung gewählten Position, eine andere, dem Terrain gar nicht angemessene nehmen will. Ich habe ihm dieses in meiner Antwort nur ganz kürzlich bemerklich gemacht."

Da ward es in den letzten Tagen des Juni auf französischer Seite lebendig; es sollte dem Entsatz von Mainz gelten. Die Bewegungen der Franzosen begannen vom Elsaß her mit kleinen Plänkeleien gegen Wurmser, den Vorboten des allgemeinen Angriffs, den die Franzosen am 19—21. Juli unternehmen wollten. Die Moselarmee, unter Houchard, sollte sich gegen Kusel und Lauterecken in Bewegung setzen, ein zweites Corps, unter Moreaux, in der Richtung von Pirmasens gegen Kaiserslautern die Höhen überschreiten, während Beauharnais mit der Rheinarmee vom Unterelsaß durch das Rheinthal nach dem Haardtgebirge vorgehen wollte. So wie die Leitung und Kriegstüchtigkeit der Armee damals bestellt war, griff keine der Bewegungen recht in die andere ein, die eine Colonne war zu früh, die andere zu spät vor dem Feinde. Wie die Kriegstüchtigkeit der Truppen beschaffen war, bewiesen die einzelnen Gefechte. Das französische Corps, das über die Höhen des Westrich gegen Lautern vordringen sollte, ward (19. 20. Juli) durch eine preußische Vorpostenabtheilung von 400 Mann und 2 Kanonen zum eiligen Rückzug auf Pirmasens gedrängt; weiter östlich, wo Beauharnais das Gros der Rheinarmee gegen die Abtheilungen Wurmsers und eine preußische Brigade aufbot, hielten ebenfalls ein paar hundert Preußen und Kroaten die ansehnliche französische Colonne Tage lang im Gebirge auf und Beauharnais schlug sich vom 21—24. Juli herum, bis er nur von der Queich bis Edesheim und Roth, also wenig Stunden weit vorgedrungen war. Gleichwohl gab der Mangel an Zusammenhang in der Führung der deutschen Truppen den Franzosen einen Vortheil in die Hand, den ein fähiger Feldherr trefflich hätte zu benutzen wissen. Durch ein Versehen, an dem Wurmsers Eigenwilligkeit einige Schuld trug, war Edenkoben am 25. unbesetzt, Neustadt dadurch entblößt und die Verbindung zwischen den Preußen und Wurmser fast zerrissen worden; welch ein Glück, daß nicht Bonaparte die Franzosen führte! Denn eben in dem Augenblick, wo es sich erwarten ließ, daß dieser Fehler benutzt ward, gingen plötzlich alle französischen Corps zurück (26. Juli); sie hatten das Schicksal von Mainz erfahren und brachen ihre Unternehmungen nun eben so eilig ab, wie sie ohne Geschick und Zusammenhang begonnen waren.

Mainz war indessen immer heftiger bedrängt worden. Die zweite Parallele war vollendet, die dritte begonnen, und in der Nacht vom 16—17. Juli einige französische Vorwerke, deren Besitz die weiteren Arbeiten bedingte, weggenommen. Die Batterien der Belagerer hatten schon seit Ende Juni ein wirksames Feuer begonnen; fast täglich brannte es in der Stadt, und die Haubitzen der Belagerer richteten mit jeder Stunde größere Verwüstungen an. Die Lebensmittel waren selten geworden, die Truppen ermüdet und ohne rechte Kampflust, die äußeren Werke stark beschädigt. Doch wäre die Festung immerhin noch zu halten gewesen, wenn nicht die eingeschlossenen Conventscommissäre, Merlin und Rewbel, aus Sorge um ihre persönliche Sicherheit,

es gern vermieden hätten, die Dinge zum Aeußerſten zu treiben.*) Sie ſahen es nicht ungern, daß auch die Meinung des Commandanten, d'Oyré, und der angeſehenſten Officiere, wie Aubert Dubayet und Kleber, dahin neigte, Unterhandlungen anzuknüpfen. Der Commandant ſchickte daher am 18. Juli ins preußiſche Lager den Vorſchlag: Rewbel ſolle freies Geleit erhalten, um ſich in einem franzöſiſchen Hauptquartier oder in Paris über die Lage der Feſtung volle Gewißheit zu ſchaffen. Da dies abgelehnt ward, ſo erbot ſich d'Oyré zu einer Capitulation und ſchickte (20. Juli) an den preußiſchen General einen Entwurf, der ebenfalls keine Billigung erhielt. Kalkreuth verlangte im Namen des Königs: die Belagerten müßten vor Allem auf den Gedanken verzichten, länger als 48 Stunden nach der Capitulation in Mainz zu bleiben, auch die Geſuche um Sicherheit von Perſonen auf ſolche beſchränken, die zur franzöſiſchen Nation gehörten, endlich nicht vergeſſen, daß die Stellung der deutſchen Heere keine Bedingungen zulaſſe, die der Garniſon von Mainz Mittel an die Hand gäben, alsbald wieder den Belagerern zu ſchaden. Der franzöſiſche Kriegsrath wollte, in Betreff des erſten Punktes, nachgeben, auch über den letzten erwarte man Vorſchläge; nur die Preisgebung der Perſonen, welche ſich an der Revolution betheiligt, ſchien mit den Pflichten der Ehre und Menſchlichkeit unvereinbar. Es ward darüber verhandelt, ohne daß es den Franzoſen gelang, einen Satz zu Gunſten der Clubiſten durchzuſetzen. Indeſſen gaben die Geiſeln, welche die Franzoſen aus Mainz und den Rheinlanden weggeführt, eine gewiſſe Bürgſchaft dafür, daß man die Mainzer Republikaner nicht zu ſtreng behandeln werde — eine Anſicht, die auch Kalkreuth in einem Schreiben an d'Oyré unverblümt durchblicken ließ. Am 23. Juli ward zu Marienborn die Capitulation abgeſchloſſen; die Feſtung ſollte ſofort den Preußen übergeben werden, die Belagerten ſie längſtens binnen drei Tagen verlaſſen; die franzöſiſche Beſatzung erhielt freien Abzug mit allen militäriſchen Ehren, Waffen und Gepäck und verſprach nur, ein Jahr lang gegen die verbündeten Mächte nicht zu dienen. Dieſe Bedingungen waren vortheilhaft genug für die Franzoſen; noch im letzten Moment war ihnen die früher verweigerte Forderung zugeſtanden worden, ihre Waffen zu behalten.**) Dem Verſprechen aber, ein Jahr lang nicht gegen die Ver-

*) In der Denkſchrift des Commandanten, Mémoire sur la défense de Mayence et sur sa reddition 1793, S. 16, iſt außer der Erſchöpfung und Unluſt der Truppen, dem Mangel an Lebensmitteln, namentlich hervorgehoben: à ces considérations se joignoit celle du sort des commissaires de la convention nationale et du pouvoir executif etc. Der Commandant ſelbſt ſcheint freilich durch Zuſagen und Geldſendungen von den Belagerern genommen worden zu ſein.

**) Lucheſini beſchwert ſich darüber in einem Schreiben an Tauenzien, d. d. 23. Juli. C'est contre ma conviction et malgré les plus grands efforts que j'ai faits pour l'empêcher qu'on a accordé à la garnison selon moi bien mal-à propos le droit de conserver ses armes.

bündeten zu dienen, ward dadurch seine Bedeutung genommen, daß die Garnison nach der Vendée gesandt wurde und dort den Aufstand mit einem Erfolge bekämpfte, der allerdings auf den Gang der Kriegsereignisse an den Grenzen eine sehr fühlbare Wirkung übte.

Das wiedereingesetzte geistliche Regiment in Mainz benahm sich, wie alle Emigrantenregierungen. Je rascher die Flucht der großen Herren gewesen, desto unerbittlicher war nun ihre Rachsucht. Während der kopflose Commandant, der die Festung übergeben, nicht etwa vor ein Kriegsgericht gestellt, sondern mit einem Dank- und Belobungsschreiben des Kurfürsten geehrt ward,*) traf Mißtrauen oder Ahndung zunächst die Schwachen und Verlassenen, die der revolutionären Strömung nachgegeben, dann überhaupt alle Diejenigen, die nicht schleunigst dem großen Zuge der Flüchtlinge über die Rheinbrücke gefolgt waren. Von den Clubisten gelang es Einigen, im Strom der ausziehenden französischen Besatzung zu entkommen; wer aber zurückblieb oder unter dem Haufen der fremden Soldaten erkannt ward, verfiel der Rache der zurückgekehrten Regierung. So unvernünftig und wüst das Treiben der Mainzer Demokratie gewesen, so roh und zügellos waren die Anfänge der wiedereingesetzten legitimen Gewalt. Mißhandlungen und Confiscationen, Einkerkerungen und brutale Gewaltthaten, auch gegen Solche, die ihr Alter oder ihr Geschlecht hätte schützen sollen, waren an der Tagesordnung. Der hohe Stiftsadel, der seinen Staat so schmachvoll preisgegeben, weidete sich nun mit niedrigem Hohne an den Opfern der siegreichen Reaction. Die schalen Komödien des demokratischen Clubs, seine Umzüge, Freiheitsbäume und Brüderlichkeitsfeste wurden nun durch ebenso abgeschmackte Schaustellungen der Gegner parodirt; eine Verordnung vom 31. Juli z. B. bestimmte, die Reste des Freiheitsbaumes seien dergestalt zu verbrennen, „daß hierbei die Schindersknechte adhibirt, ein etwas erhöhtes Gerüst verfertigt, eine rothe Kappe darauf gesetzt, durch Zuziehung einiger Musikanten mehr Zuschauer herbeigelockt und die verhafteten Hauptclubisten, unter Bedeckung preußischer Soldaten, mit auf den Platz geführt würden." Die steife Jurisprudenz des heil. römischen Reiches schrieb weitläufige Abhandlungen, nach welchen Gesetzen und Strafen die Mainzer Revolutionäre zu behandeln seien;**) an die Wurzeln des Uebels, an den Mangel eines ge-

---

*) S. die angef. Hatzfeld'sche Schrift S. 149.

**) S. die Schriften: „Etwas über die Clubs und Clubisten." 1793. „Etwas über Verbrechen und Strafen." 1793. Dagegen versuchte der später als Naturdichter bekannt gewordene Bauer, Isaak Maus, in dem „Versuch einer Apologie." 1794., den milderen Ansichten Geltung zu verschaffen.

ſunden politiſchen Daſeins, an die geiſtliche Kleinſtaaterei und ihre feudalen Mißbräuche ward, wie immer in dieſer Bethörung eines ephemeren Sieges, am wenigſten gedacht.

Vielmehr war der Rückſchlag, den die Entartung der franzöſiſchen Revolution und die Mainzer Epiſode übten, auch in weiteren Kreiſen fühlbar. Wir haben ſchon früher auf dem Reichstag wahrgenommen, wie dort die erſten Eindrücke der demokratiſchen Erſchütterung im Weſten ſich in dem Verlangen nach einer ſchärferen Ueberwachung der Preſſe und ſtrengeren Polizeimaßregeln bezeichnend kundgaben; ſeit den Anfängen bewaffneter revolutionärer Propaganda, ſeit dem Tode Ludwigs XVI. und dem Siege der wilden demokratiſchen Factionen war natürlich die Rückwirkung in dieſer Richtung, auch in den kleinſten Kreiſen, noch ſtärker geworden. Man fing jetzt an, die literariſche Bewegung der jüngſten Generation genauer ins Auge zu faſſen und in ihr verwandte Berührungspunkte mit der Revolution zu entdecken. Die Humanitätsrichtung des Jahrhunderts, die Anſteckung der amerikaniſchen Grundſätze, die Dichter des Hainbundes, die Kraftgenies der Sturm- und Drangperiode erſchienen nun verdächtig, „ein ſehr unbeſtimmtes, aber deſto lebhafteres Gefühl für Freiheit und Haß gegen die Fürſten“ verbreitet zu haben. Durch den Einfluß des Rouſſeau'ſchen contrat social, die Lectüre britiſcher Hiſtoriker, die Wirkſamkeit von Journalen, wie Schlözer's Staatsanzeigen, ja ſelbſt durch das Studium der Alten ſollte der Glaube an die alte Autorität der hergebrachten monarchiſchen Gewalten erſchüttert worden ſein. Man fand nun, daß ſich der Menſchen ein Trieb nach größerem Lebensgenuſſe bemächtigt habe, daß die „Abneigung gegen Alles, was deſſen Befriedigung Zügel anlege, ein decidirter Zug der Geſinnungen des Zeitalters ſei.“ Man muſterte die Literatur durch und entdeckte, daß die Zahl der deutſchen Schriftſteller „eine Armee von 7000 Mann ausmache,“ deren überwiegende Mehrzahl den Lieblingsmeinungen des Jahrhunderts huldige.

Wir erwähnen dieſer Klagen eines Publiciſten der alten Richtung,*) weil ſie unter dem Eindruck jener Revolutionsjahre geſchrieben ſind und uns in den Gedankenkreis einführen, der die regierenden Schichten der deutſchen Nation ſeit 1792 und 1793 beherrſchte. Unzweifelhaft beſtanden zwiſchen der literariſchen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts und den Ideen von 1789 ſehr kennbare Berührungen; aber ihre politiſche Gefährlichkeit wurde damals offenbar von der Angſt der Regierungsmänner überſchätzt. Denn wer die Ausbreitung überſchaut, die heutzutage die demokratiſchen Gedanken von 1789 in unſerer Nation erlangt haben, dem müſſen die Erſcheinungen von 1792 und 1793 vielmehr den Eindruck erwecken, daß die Maſſe unſeres Vol-

*) S. Brandes, über einige bisherige Folgen der franzöſ. Revolution. Hannover 1793.

kes damals der westlichen Revolution noch ebenso unreif, wie unzugänglich gegenüberstand. Wie wenig bedeutete es, daß von der „Armee der 7000 Schriftsteller" ungefähr sieben in Mainz das Banner der Revolution aufgerichtet hatten! Wie viel bemerkenswerther war die Thatsache, daß die Masse der Bevölkerung, selbst am linken Rheinufer, sich nur höchst widerwillig der Republikanisirung durch den Mainzer Club gefügt hat! Und welch ein Umschlag war in dem großen Kreise der literarischen Generation nun eingetreten! Gewiß, es mochte der Humanismus und die Philanthropie des Jahrhunderts sich noch so lebhaft durch die Anfänge der Revolution angeregt fühlen, tief ging dieses rein literarische Interesse nicht. Vielmehr, so naiv und ungestüm der erste Enthusiasmus der Gelehrten und Poeten gewesen war, so rasch war er nun abgekühlt; je kindlicher während der Flitterwochen der Revolution der Glaube gewesen, es ließe sich eine Erschütterung vielhundertjähriger Mißbräuche in friedlicher Begeisterung durchjubeln, desto erschrockener war man jetzt, seit die Bewegung zu ihren blutigen Folgerungen vorschritt. Wie loyal war nun der mürrische Schlözer geworden, welch erzürnte Oden dichtete jetzt der nordische Barde, dessen Jubelhymnen einst die Revolution am lautesten begrüßten! Derselbe Dichter aber, der zwei Jahrzehnte vorher dem wilden kraftgenialen Geschlecht trotzig die Bahn gebrochen, Goethe, er beschäftigte sich in den Jahren 1792—93 mit der Farbenlehre, schrieb Festprologe und wußte der großen Erschütterung im Westen offenbar keine andere pikante Seite abzusehen, als die er in dem „Bürgergeneral" zum bleibenden Gedächtniß der literarischen Stimmungen jener Tage verewigt hat!

Wir müssen den Darstellern der Literargeschichte den genaueren Nachweis überlassen, welcher Art die Reflexe der Revolution in den poetischen und künstlerischen Kreisen damals gewesen sind; politische Gefahren, wie sie die officielle Publicistik zu besorgen schien, konnten daraus in jedem Falle noch nicht erwachsen. Auch sehen wir in der Presse jener Zeit, zumal seit Ende 1792, alles Andere eher, als jacobinische Anklänge, vertreten. Die Reaction der Zeit ist vielmehr an wenig Stellen greller wahrzunehmen, als eben in der öffentlichen Besprechung der Tagesereignisse; während die Begabteren schwiegen oder scheu der herrschenden Strömung folgten, gehörte das große Wort mehr als je den literarischen Taglöhnern und jener feilen Schaar, die im Denunciren und Verdächtigen alles dessen, was hoch über ihrem Gesichtskreise liegt, die rechte Feuerprobe loyaler Gesinnung erblickt. Unter den deutschen Schriftstellern jener Jahre aber kennen wir nur eine hervorragende Persönlichkeit, die auch in dieser Zeit den Muth bewahrt hat, den Meinungen, die oben die gültigen waren und unten gedankenlos nachgebetet wurden, mit der ganzen Schärfe geistiger Ueberlegenheit und durchgebildeter Grundsätze entgegenzutreten. Es war Johann Gottlieb Fichte in seinem „Beitrag zur Berichtigung des Urtheils des Publikums über die französische Revolution"; aber

eben das Schicksal dieser Schrift beweist schon zur Genüge, wie unpopulär damals solche Meinungen geworden waren. Dies anonym erschienene Buch, das, recht bezeichnend für unsere Nation, mit den Waffen schulphilosophischer Dialektik die Berechtigung der Revolution darthut, ist damals, bis auf den engeren Kreis von Fichte's Freunden und Anhängern, fast unbemerkt vorübergegangen und hat (eine einzige ausgenommen) in keiner der zahlreichen Zeitschriften Deutschlands auch nur eine vorübergehende Erwähnung gefunden.

Bei diesen herrschenden Stimmungen war denn allerdings nicht zu erwarten, das sich der Wunsch, den Georg Forster einst ausgesprochen, es möchte die Revolution für uns der Anstoß zu friedlichen Reformen werden, in dieser Zeit erfüllte. Vielmehr wurden allenthalben die Zügel straffer gefaßt, und auch das bescheidenste Verlangen um Aenderung des Bestehenden wie jakobinische Wühlerei angesehen. Selbst conservative Publicisten beklagen es, daß die Erleichterung des Jagdunfugs in einigen Gegenden bis jetzt der einzige wohlthätige Rückschlag der Revolution gewesen sei, dagegen Spionage, Gesinnungsinquisition und Verletzung des Briefgeheimnisses in unerfreulichster Weise überhand nehme.*) Ein unbedeutender Vorfall, bisweilen auch ein ganz grundloser Verdacht war hinreichend, um mißliebigen Personen eine Verfolgung wegen angeblich revolutionärer Gesinnung zuzuziehen; die frühere politische Harmlosigkeit war verloren, und selbst eine ungewohnte Art der Tracht oder der Kopfbedeckung vermochte jetzt die Regierungen in ihrem Gefühl der Sicherheit und Allmacht aufzuschrecken. Wenigstens gab es Verordnungen genug, worin die Pantalons, die runden Hüte, die abgeschnittenen Haare als gemeingefährliche Abzeichen ernstlich verpönt werden.

Ueberhaupt war es unverkennbar, daß die patriarchale Despotie der kleinen Regierungen, die zu Friedrichs und Josephs Zeiten etwas an sich hielt, unter den Eindrücken der Revolution sich wieder mehr gehen ließ. Wenn sich etwa, wie im Stift Hildesheim, der Mittelstand gegen unberechtigte Forderungen der Privilegirten sträubte, oder, wie im Hannöverschen, die städtischen Vertreter die Art der Steuervertheilung unbillig fanden, da genügte es jetzt, die unbequemen Bittsteller als Revolutionäre, „die vom Schwindelgeist der Neuerungssucht angesteckt seien", kurzweg abzufertigen. Oder wenn, wie es in den Landen des Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst geschah, ein Justizbeamter durch Uebernahme einer ansehnlichen Testamentsvollstreckung den Neid der geldgierigen Regierung herausforderte, so ward die Annahme dieses Auftrags als „eines der frechsten und dümmsten Unternehmen" bezeichnet und dem Beamten mit Absetzung gedroht, wenn er in seiner Ignoranz es wage, eine „dergleichen äußerst freche und die größte Stupidität verrathende Handlung" vorzunehmen. Wie dann der Unglückliche nicht schwieg, so ward er

*) Brandes a. a. O. S. 4. f.

wirklich suspendirt und ihm zugleich bedeutet: „sein Bericht sei voll der dicksten Dummheit und lege die äußerste Ignoranz in Justiz- und Amtirungssachen klar zu Tage.“ In diesem beglückten Lande der Humanität war es nämlich Brauch, daß die Regierung mit Testamentsvollstreckungen ein einträgliches Geschäft trieb und darum in jeder Concurrenz einen Eingriff in ihre Rechte sah. Ebendaselbst war es auch Praxis, wegen angeblicher oder wirklicher Ehebrüche Geldstrafen zu verhängen und damit dem Fiscus aufzuhelfen. Kam aber eine Pfändung von Liegenschaften vor, so erstand der Hofjude Falck das ausgebotene Object um eine Kleinigkeit und theilte dann seinen Gewinn mit der fürstlichen Hofkammer. Alle diese Dinge waren so notorisch, daß selbst das Reichskammergericht sich ermannte; ob das freilich Erfolg gehabt hat, ist nicht zu sagen.*)

Wenn von einer revolutionären Gefahr die Rede sein konnte, so lag sie vor Allem in diesem nichtswürdigen Treiben der Kleinstaaterei; selbst eine fremde Gewalt, die hier Luft und Raum schaffte, fand wahrscheinlich bereitwillige Stimmungen. Die großen Vorbilder der vorangegangenen Epoche von Friedrich an bis auf Joseph, die selbst das Mittelmäßige gehoben hatten, fehlten jetzt und es war keine kleine Calamität für Deutschland, daß die beiden Großstaaten, zu deren Regenten man seit einem halben Jahrhundert bewundernd aufzublicken gewohnt war, nun selber keine besseren Muster aufwiesen, als Franz und Friedrich Wilhelm II. In solcher Atmosphäre konnte die Revolution nicht die mahnende und warnende Wirkung üben, die sie zum Heil der Könige haben sollte; sie machte nur noch verbitterter und verstockter. Das galt von den Regierenden selber, wie von den ihnen zunächst Stehenden, den bevorrechteten Classen der Gesellschaft. Gemäßigte und feste Männer — klagt ein streng conservativer Publicist — die keinen gewaltsamen Umsturz, die das Gute *für* das Volk, aber nichts *durch* das Volk, die eine dem Zeitgeist gemäße, ausgleichende Annäherung ohne Schwäche wollten, wurden wie gewöhnlich verkannt. Der Adel wie die Großen thaten nichts von dem, was die Zeitumstände geboten; man wollte Prätensionen mit Prätensionen erhalten.

Ein allmäliger Umschwung war aber in den Massen der Bevölkerung doch eingetreten; nicht durch die Revolution, sondern durch den langsamen Proceß geistiger Entwicklung, den das Jahrhundert durchgemacht hatte. Die Macht des Alten und Herkömmlichen war in Staat und Kirche, in Lebenssitte und Erziehung gewaltig erschüttert; allenthalben regte sich, zum Theil noch unklar, der Drang nach einer neuen Zeit, auf allen Gebieten hatte man sich losgerissen von der Herrschaft des Ueberlieferten und Conventionellen. Die Revolution war in ihrem ersten Abschnitt dieser Richtung des Jahrhunderts mächtig zu Hülfe gekommen, und wenn man sich auch in ihrem weiteren Gang

*) S. Häberlin, Staatsarchiv III. 102 ff.

erſchreckt von ihr abwandte, der Eindruck, daß der Zauber der alten Autoritäten und Mächte dieſer Welt einen furchtbaren Stoß erlitten, blieb doch unauslöſchlich in den Gemüthern zurück.

Für eine weiſe Staatskunſt gab es hier Stoff genug zur Arbeit. Allein der Mechanismus der Regierung, wie ihn ſelbſt Friedrich handhabte und erhielt, zog wohl routinirte Geſchäftsleute, aber keine Staatsmänner groß. Das tritt in der erſchreckenden Armuth der folgenden Zeit grell genug zu Tage. Ein geſunder und kräftiger öffentlicher Geiſt in der Nation ſelber hatte ſich nicht entwickeln können. Die Richtung des ganzen Volkes war überwiegend literariſch und dem Abſtracten zugewendet; unſere Gelehrſamkeit und Forſchung ſtand kaum in Beziehung mit dem concreten Leben der Welt und des Staates. Wohl war in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine etwas lebhaftere Erörterung politiſcher Fragen und ein größerer Aufſchwung der Preſſe zu bemerken, aber es waren doch nur beſcheidene Anfänge geweſen. Die wundeſten Stellen unſerer öffentlichen Zuſtände blieben doch meiſt unberührt; die freiſinnige Preſſe ſchonte die Großen und ſchlug auf die Kleinen, ſie ſeigte nicht ſelten Mücken, um daneben unbemerkt Kameele zu verſchlucken. Ein ſelbſtändiger politiſcher Geiſt war nirgends vorhanden; das zeigten eben jetzt die Anfänge der Revolutionszeit ſchon frappant genug.

Wie tief die Reichsordnung im Großen und Ganzen verfallen war, davon hatten doch die Wenigſten eine recht klare Anſchauung. Selbſt eifrige Anhänger des Alten klagten nachher darüber, daß die Sorgloſigkeit und der bequeme Glaube an die Ewigkeit dieſer Formen die herrſchende Stimmung geweſen ſei. Für die Anſicht, welche die ſchärferen Beobachter vom heil. römiſchen Reiche hatten, war aber nichts bezeichnender, als die Aengſtlichkeit, womit ſie daſſelbe vor jeder Berührung mit den großen Händeln der Welt abzuſperren ſuchten. Die Klugheit rieth peremptoriſch, ſagt z. B. Brandes, das Reichsgebäude vor der Gefahr eines Stoßes von Außen oder von Innen ſorgfältig zu bewahren. Inſtitute, fügt er naiv hinzu, die nicht recht wirkſam ſein können und deren Aeußerungen ſogar dem Sinne der Zeit nicht zuſagen, hält man am beſten aufrecht, wenn man nicht zu viel von ihnen hört.*) Indeſſen war freilich ſchon der entſcheidende Schritt geſchehen, der die Erfüllung dieſes frommen Wunſches unmöglich machte.

Noch hatte zwar die Revolution im Weſten ſich nicht ſo ſehr geſammelt und gerüſtet, um mit einem gewaltigen Stoße dieſe alte Ordnung des Reiches zu zertrümmern; allein warnende Zeichen lagen doch genug in den Vorgängen vom Spätjahr 1792. Wie ſchwach unſere Grenzen gerade dort waren, wo die nächſte Berührung mit der Revolution ſtattfand, daß es uns an hervorragenden Fürſten und tüchtigen Staatsmännern fehlte, daß die ſitt-

*) S. die Betrachtungen über den Zeitgeiſt in Deutſchland S. 10 f.

lichen Hebel, welche die frühere Zeit gehoben, jetzt gelähmt waren, daß ein kräftiger öffentlicher Geiſt nicht exiſtirte, wohl aber Thatloſigkeit, Selbſtſucht und weltbürgerliche Zerfahrenheit die Nation entnervten, dieſe Thatſachen waren ſchon jetzt offenbar geworden, als die Gefahr erſt in halber Stärke herankam. Was aber werden würde, ſobald die Revolution in ihrer vollen Kraft ſich nach Außen wandte und kriegeriſch gewappnet ſich auf Deutſchland warf, das ließen die Begebenheiten vom Herbſt 1792 und das, was gefolgt war, klar genug ahnen.

Sechster Abschnitt.

Der Feldzug von 1793.

Mit dem Falle von Mainz war der deutsche Boden von den Franzosen wieder befreit; es fragte sich nun, wie weit man den Angriff gegen sie ausdehnen würde. Nach dem Zustande des französischen Heeres und nach den letzten Kämpfen vom Juli schien es kein verwegenes Beginnen, mit den nun vereinigten Streitkräften von Mainz aus der Moselarmee auf dem Fuße zu folgen, sie über die Saar zurückzudrängen und allenfalls durch das Lothringische nach dem Unterelsaß in den Rücken der Rheinarmee vorzudringen, um sie zum Verlassen der Linien bei Weissenburg zu nöthigen. Zwar war in den frankfurter Verabredungen eine solche Offensive noch nicht vorgesehen und nur die Wiedereinnahme von Mainz als nächstes Ziel der preußischen Kriegführung betrachtet worden; allein die Verhältnisse hatten sich im Ganzen viel günstiger gestaltet, als man zur Zeit der Berathung über den Kriegsplan hatte annehmen können. Wenn die Politik nicht störend dazwischentrat — militärische Erwägungen konnten in diesem Augenblick nicht von einer raschen Action abmahnen; vielmehr forderte Alles dringend dazu auf, die Verwirrung und Rathlosigkeit im feindlichen Lager, die gerade jetzt den Höhepunkt erreichte, so gut zu nützen als es immer möglich war.

Eines freilich war die erste Bedingung des Gelingens: daß die kriegführenden Mächte über das Ziel und die Mittel des Kampfes unter sich einig blieben. Nach den Verabredungen, die in den letzten Wochen des verflossenen Jahres stattgefunden, schien das vorerst noch zu erwarten; Oesterreich hatte darin den Preußen die polnische Beute, Preußen den Oesterreichern Baiern preisgegeben. Zugleich hatte Rußland zwar sich selber reichlich bedacht, aber doch auch den preußischen Begehren zugestimmt. Man empfand darüber in Berlin die größte Befriedigung; man glaubte, nun glücklich über alle Schwierigkeiten hinweg zu sein. So ist denn, Gott sei Dank, endlich unser großes Ziel erreicht, schrieb Friedrich Wilhelm II. am 31. Dec. 1792 eigenhändig unter eine Depesche an Goltz; es waren freilich große Anstrengungen noth-

wendig, aber wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Die Sorgen, die Ihnen Ihr Patriotismus eingab, sind nun beseitigt und wir genießen die Befriedigung, unsere Arbeiten vom glücklichsten Erfolge gekrönt zu sehen.

Ob diese fröhliche Zuversicht ganz berechtigt war, daran ließ sich freilich zweifeln. Die Nachrichten, die von Wien kamen, deuteten wenigstens nicht darauf hin, daß dort das letzte Wort schon gesprochen sei; sie ließen eher fürchten, daß man die jüngste Einwilligung schon bereue. Auch war es unverkennbar, daß seitdem die Ungeduld nach der bairischen Erwerbung mit jedem Tage wuchs und daß die Oesterreicher unruhig abwogen, wie viel näher Preußen seiner Beute stand, als sie der ihrigen. Kaum hielt man sich zurück, die franzosenfreundliche Haltung des pfalzbairischen Hofes als einen Vorwand zum offenen Angriff zu benützen; wenigstens äußerte Cobenzl unumwunden: wenn es zum Bruch mit Pfalzbaiern komme, um so besser; dann werde der Einmarsch ins Land sich von selber rechtfertigen. Ueberhaupt drehten sich alle Gedanken der österreichischen Politik mehr als je um den bairischen Tausch.*)

Indessen unterhandelte Preußen in Petersburg über den Theilungsvertrag, und zwar ganz im Geheimen; so hatte es Katharina gewollt. Verdrießlich über Oesterreichs Schritte in London, verlangte sie, daß der Wiener Hof erst nach dem Abschluß von dem Inhalt des Vertrags erfahre. Bei dieser Verhandlung waren es besonders zwei Punkte, auf die Preußen seine Thätigkeit wandte: einmal bemühte es sich, Angesichts der so großen Erwerbung Rußlands, eine noch bessere Grenze zu erlangen, etwa die Bezirke von Rawa und Ploczk oder einen Zuwachs in Samogitien; dann suchte es in Bezug auf den französischen Krieg und dessen Dauer sich jeder Verbindlichkeit zu entschlagen, die allzulästige Folgen haben konnte.**) Man war aber in beiden Fällen nicht glücklich; jede weitere Vergrößerung ward von den Russen rund abgelehnt und der Satz über Frankreich in den Vertrag aufgenommen. Einige Sorge weckte außerdem die Bestimmung über den bairischen Tausch, zu welchem die beiden Mächte dem Kaiser verhelfen sollten; wie weit sich die Verpflichtung hier ausdehnte, war nicht so klar begrenzt, daß jede Zweideutigkeit wegfiel. Indessen blieb der König bei seiner früheren Ansicht, zwar durch bewaffnete Hülfe zur Eroberung Belgiens mitzuwirken, aber gegen Baiern keinerlei Zwang anzuwenden; auch das Ministerium betonte das Gleiche mit allem Nachdruck und fügte hinzu: anders sei die Sache nie mit Oesterreich verabredet worden.***)

Doch waren alle diese Bedenken nicht mächtig genug, um die Vortheile aufzuwiegen, die der Vertrag nach preußischer Auffassung gewährte; gern war

*) Aus Caesar's Depeschen vom 3., 10., 12. und 26. Januar.

**) Berichte von Goltz vom 4. und 13. Jan.

***) Der König d. d. 22. Jan. und das Ministerium am 3. Febr.

man darum in Berlin bereit, zu unterzeichnen und nach dem Verlangen der Czarin auch das Geheimniß bis Ende März zu bewahren; „selbst gegen den Wiener Hof, wie das Ministerium sich ausdrückte, obwohl derselbe voraussichtlich großen Anstoß an der zweimonatlichen Verheimlichung nehmen wird."

So erfolgte denn in Polen die Entscheidung. Am 6. Jan. erschien das berüchtigte Manifest, worin Preußen den beabsichtigten Gewaltstreich mit der angeblichen Gefahr revolutionärer Umtriebe zu rechtfertigen suchte; acht Tage später rückten die preußischen Truppen ein. Am 23. Jan. ward zu Petersburg der Theilungsvertrag unterzeichnet. Außer den Bestimmungen über die Beute, die den Theilungsmächten zufiel, waren besonders die Artikel über den französischen Krieg und über den bairischen Ländertausch von Bedeutung. Rußland versprach, so lange die Unruhen in Frankreich und der Krieg mit den deutschen Mächten dauerten, seine Armee auf dem gegenwärtigen Fuß zu erhalten, nach den bestehenden Verträgen Hülfe zu leisten und auf die erste Requisition jeden Aufstand in Polen oder den preußischen und österreichischen Provinzen niederzuschlagen. Preußen sagte zu, wie bisher gemeine Sache mit Oesterreich gegen die französischen Rebellen zu machen und keinen Separatfrieden zu schließen, bevor die durch ihre Declarationen angekündigten Zwecke erreicht und die Gegner gezwungen seien, sowohl ihre feindlichen Unternehmungen nach Außen, als ihre Ruhestörungen im Innern aufzugeben. Beide Mächte verpflichteten sich, ihre guten Dienste und andere wirksame Mittel anzuwenden, um dem Kaiser den bairischen Ländertausch zu verschaffen, so wie andere Vortheile, die sich mit der allgemeinen Convenienz vertrügen.*) Der Vertrag blieb bis in die letzte Woche März geheim; dann ward er dem Kaiser vorgelegt, damit er beitrete und die Erwerbungen der beiden Mächte garantire, so wie diese ihm den Tausch, sobald er vollzogen war, sicherstellen sollten.

Man sieht, worin für Oesterreich das Beunruhigende lag. Die beiden Nachbarmächte hatten ihre Beute bereits in Händen, während Oesterreich auf die seine noch wartete und nur die „guten Dienste" Rußlands und Preußens dafür anzusprechen hatte. Denn unter den preußischen Staatsmännern war wenigstens keiner, der glaubte, Preußen dürfe oder solle mit Waffengewalt den Ländertausch für Oesterreich durchsetzen. Vielmehr riethen die Einflußreichsten, nur vorsichtig vorzugehen und die Linie der Hülfsmacht in keinem Falle zu überschreiten. „Wenn das Haus Oesterreich, schrieb Haugwitz damals,**) die Niederlande wieder erobern kann, desto besser für Oesterreich und für uns; wir wünschen es aufrichtig, aber ob es mit unserer Hülfe oder mit

*) „De n'omettre, hieß es im 7. Artikel, lorsqu'il en sera tems et qu'elles en seront requises, aucun de leurs bons offices ni autres moyens efficaces, qui sont en leur pouvoir." (Aus den Acten des Staatsarchivs.)

**) Aus Frankfurt am 9. März. (In der Tauenzien'schen Correspondenz.)

den eigenen öſterreichiſchen Kräften geſchieht, das iſt uns politiſch ganz gleichgültig. Indeſſen dürfen Sie ſicher ſein, daß wir ſeine Sache nicht verlaſſen; nur dürfen wir nicht vergeſſen, daß es nicht an uns iſt, voranzugehen. Unſere Entſchädigungen ſind allerdings geſichert und hängen nicht von den Chancen des Krieges ab; allein ich wiederhole es, wir werden die Sache unſeres Verbündeten nicht verlaſſen, ihm unſere Hülfe leiſten, aber ſorgfältig vermeiden, die erſte Rolle zu ſpielen."

Seit dem Vorſchreiten in Polen konnte man in Wien nicht mehr daran zweifeln, daß eine Verabredung zwiſchen Rußland und Preußen ſchon getroffen war oder nahe bevorſtand. Man war daher in zunehmender Aufregung und jede Depeſche des preußiſchen Geſandten meldete von dem Verdruß, den dieſe Wendung in Wien errege, von den Vorwürfen gegen Cobenzl, von den Gerüchten einer Miniſterkriſis.*) Da erfolgte am Nachmittag des 22. März eine erſte authentiſche Mittheilung über den vor zwei Monaten geſchloſſenen Vertrag. Cobenzl und Spielmann zeigten die größte Betroffenheit; Cobenzl meinte, das ſei eine Sache, über die er ſich nicht einmal erlaube, eine Meinung zu haben; ſie ſei ſo groß, ſo entſcheidend, von allen früheren Verhandlungen ſo unabhängig, daß er die Angelegenheit in ihrem ganzen Umfange vorerſt gar nicht erfaſſen könne. Als dann Caeſar an die Beſprechungen, die Haugwitz im December gepflogen, erinnerte, wich Cobenzl aus. Er könne jetzt gar nichts Officielles erklären, aber alle jene früheren Verhandlungen ſeien nur eine Bagatelle im Vergleich mit dieſer immenſen Erwerbung. Als in denſelben Tagen Raſumowski, der ruſſiſche Geſandte, eine Audienz beim Kaiſer hatte, ſuchte derſelbe jede Erörterung zu meiden; noch habe er keine Zeit gehabt, den Vertrag zu leſen, werde aber mit ſeinen Miniſtern darüber berathen. Auf Raſumowski's Bemerkung, daß ihm doch wohl der Hauptinhalt bekannt ſein werde und daß die Czarin, bei der drängenden Nähe des Vollzugs, auf eine raſche und günſtige Entſchließung des Kaiſers hoffe, erwiederte Franz in kühlem Tone: er ſei eben ſehr beſchäftigt und die Bedingungen des Vertrages von der Art, daß ſie eine reife Ueberlegung verdienten; ſobald er ſich entſchloſſen, werde er die Entſcheidung der Czarin mittheilen. Aber Kaiſer Franz hatte ſeinen Entſchluß bereits gefaßt und zögerte nicht, ihn auf bezeichnende Weiſe kund zu geben.

Am 27. März erfolgte unerwartet ein Miniſterwechſel, der den Grafen Philipp Cobenzl auf das italieniſche Departement beſchränkte, Spielmann durch eine diplomatiſche Sendung beſeitigte und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an Baron Franz Thugut übertrug. Damit trat eine Perſönlichkeit an's Ruder, der an den traurigen Geſchichten der folgenden Jahre, an der herrſchenden Verwirrung und Auflöſung ihr reicher Antheil zufällt. Ein Mann von Geiſt und Talent, aber ohne ſittliche und politiſche Grund-

*) Namentlich ſind Caeſar's Depeſchen vom 16. und 21. März davon erfüllt.

sätze, cynisch in der Schätzung der Menschen wie in der Wahl seiner Mittel, in der diplomatischen Schule der osmanischen Verhältnisse gebildet und später in den Unterhandlungen mit den Häuptern der Revolution gebraucht, verband der neue Lenker der österreichischen Politik die Neigungen eines orientalischen Veziers mit der jakobinischen Rücksichtslosigkeit eines plebejischen Emporkömmlings. Die Neigung zur Gewaltthätigkeit bis an die Grenze des Frevels und Verbrechens, die unverhüllteste Selbstsucht und ein unwiderstehlicher Hang zur Intrigue, eine Art von Leidenschaft für künstliche Verstrickung der Verhältnisse, das Alles war zugleich in diesem Manne repräsentirt und drängte sich auf eine Reihe von Jahren in die österreichische Politik ein, bis diese Staatskunst Katastrophen heraufführte, welche die Existenz des Staates selbst in Frage stellten.

Verhängnißvoll war darum dieser Ministerwechsel schon des Mannes wegen, der ans Ruder trat; er war es aber auch um der Motive willen, die man ihm unterlegte. Es galt als ausgemacht, daß der Abschluß in den polnischen Dingen, zu dem Preußen und Rußland gelangt waren, den Kaiser Franz tief verstimmt und ihn zur plötzlichen Entlassung seiner bisherigen Rathgeber bewogen habe.*) Die wieder schärfer betonte Rivalität gegen Preußen und das Aufgeben der Verständigung vom December war also der Sinn des Ministerwechsels. So sah man es wenigstens gleich Anfangs in Berlin an und Thugut selber ließ kaum eine Täuschung darüber aufkommen, daß diese Ansicht die richtige sei. Erst zeigte er sich mißgestimmt über die preußisch-russische Verständigung, die doch völlig zu den bisherigen Verhandlungen auch Oesterreichs paßte, dann ward allmälig eine bestimmte Gegenwirkung in Polen sichtbar, deren Spitze sich vorzugsweise gegen Preußen richtete, und nach kurzer Zeit war es kein Geheimniß mehr, daß das Wiener Cabinet der Theilung entgegen sei und die national-polnische Partei an ihm einen Rückhalt habe.**) Es waren die ersten Anfänge einer Staatskunst, die wahrscheinlich damit endete: daß Oesterreich zwar die polnische Theilung nicht hindern konnte, dafür aber die Angriffskraft gegen Frankreich lähmte und sich selber die ungeduldig erstrebten Vergrößerungen verscherzte.

---

*) In einer Depesche des ausw. Minist. d. d. Berlin 5. April heißt es: Je veux vous confier pour votre instruction particulière que cette révolution ministerielle doit être attribuée à la communication qui a été faite à la Cour de Vienne peu de jours auparavant de la convention secrète que j'ai conclue avec l'Impératrice de Russie sur les affaires de Pologne, et qui paraît avoir donné beaucoup d'humeur à l'Empereur relativement aux avantages qui en resultent pour son ancien allié. (Aus der Tauenzien'schen Correspondenz.) Aehnlich Caesar am 3. April: Les ministres ont été renvoyés avec une humeur marquée de la part de l'Empereur, pour n'avoir pas prevenu les negociations separées entre V. M. et l'Imperatrice de Russie sur les affaires de Pologne.

**) Die einzelnen Momente dieser Wendung schildert Sybel II. 261 ff.

Zunächſt ſchwand darüber jeder Zweifel, ob Oeſterreich dem Petersburger Vertrag beitreten würde oder nicht. Durch Fürſt Reuß ließ es in Frankfurt erklären: daß man ſeit der Conferenz von Pillnitz in allen ſpäteren Beſprechungen ſtets den Grundſatz vollkommener Gleichheit der Entſchädigungen aufgeſtellt und feſtgehalten habe; auch Haugwitz habe bei der Wiener Verhandlung im jüngſten December dieſem Princip zugeſtimmt. Jetzt erwerbe Preußen ohne Opfer ein Gebiet mit anderthalb Millionen Bewohnern, während Oeſterreich, ſelbſt wenn es den bairiſchen Tauſchplan durchſetze, ſich höchſtens durch eine beſſere Abrundung verſtärke. Auch ſei es jederzeit Maxime Oeſterreichs geweſen, die unmittelbare Nachbarſchaft mit Rußland zu vermeiden, durch den Petersburger Vertrag werde das geändert. Oeſterreich könne deßhalb demſelben nicht beitreten. Wenn man ſich auf eine angebliche Einwilligung vom December 1792 berufe, ſo ſei das ein Irrthum; damals ſeien nur vage Erklärungen gefallen und man habe in Wien wohl eine weitere Verhandlung, nicht aber die ſofortige Occupation Polens erwartet.

Es entſpann ſich darüber ein weitläufiger Schriftenwechſel. Haugwitz, der Unterhändler von Merle und von Wien, beſtritt die Richtigkeit der öſterreichiſchen Darſtellung durchaus. Der Grundſatz der Parität ſei von Oeſterreich allerdings begehrt, aber von ihm niemals zugeſtanden worden. Dagegen könne nach der Erklärung von Merle und den Beſprechungen in Wien kein Zweifel über die wahre Lage der Dinge beſtehen. Dort ſei ausdrücklich die Beſitznahme der Entſchädigungen von Preußen gefordert und, wiewohl nicht ohne Mühe, von Oeſterreich zugeſtanden worden. Haugwitz berief ſich auf die ausdrückliche Erklärung, die ihm damals Spielmann gegeben, und auf andere unzweideutige Aeußerungen. Bei der Abſchiedsaudienz am 23. Dec. habe ihm z. B. der Kaiſer geſagt: ich habe der preußiſchen Erwerbung zugeſtimmt, fürchte aber, die Czarin wird es nicht thun. Und noch Wochen lang ſpäter (29. Jan.) habe ihm Cobenzl geſchrieben: Ihr könnt zufrieden ſein mit uns, da wir Alles zugeſtanden haben, was Ihr verlangt habt.*)

Der Eindruck dieſer Wendung ließ ſich bald wahrnehmen, in der Diplomatie der Verbündeten wie in ihrer Kriegführung. Oeſterreich erneuerte damals ſeine Bemühungen bei Pfalzbaiern und den Zweibrücker Prinzen, um der Idee des Tauſches Eingang zu verſchaffen; die Zweibrücker machten aus ihrer Abneigung keinen Hehl und wandten ſich wie früher an Preußen um Unterſtützung. Preußen ermuthigte ſie nicht zum Widerſtand, aber es ſprach ihnen auch nicht zu, nachzugeben. Als der Herzog von Zweibrücken im April Lucheſini nach Mannheim zu ſich einlud, ging dieſer alte Gegner des Tauſchprojects bereitwillig hin, wie er ſelber ſchrieb: um ihn anzuhören, nicht um ihm über den Kern der Frage eine präciſe Antwort zu geben. Die Neigung Preußens, ſich für das Tauſchproject thätig zu beweiſen, war aber unter dem

*) Aus Actenſtücken vom 6. und 7. Mai. (Im Staatsarchiv.)

Eindruck der letzten Verhandlungen schon sehr gering geworden. Wie der Herzog von Zweibrücken dem genannten preußischen Diplomaten anvertraute, er wolle auch die Unterstützung Englands anrufen und sich deßhalb mit Lord Elgin in Benehmen setzen, da rieth ihm Luccheſini wenigstens nicht ab. Das preußische Ministerium billigte diese Haltung, nur wünschte es Alles vermieden zu sehen, was den Vorwurf eines doppelten Spiels herausfordern konnte; denn, hieß es in einer Depesche von 21. April, trotz unserer Abneigung gegen dieses unselige Project bleiben wir doch bei der Ansicht, daß der König die Miene annehmen muß, es zu fördern, sowohl wegen der Verabredungen mit Oesterreich, als in Folge des Petersburger Vertrags.*)

Nicht minder fühlbar wirkte dies Alles auf die Führung des Krieges zurück. Je mehr seit Thuguts Erhebung das Verhältniß zu Oesterreich an Vertrauen abnahm und mit jedem Tage argwöhnischer und hinterhaltiger ward, desto rascher schwand auch im preußischen Lager jede Neigung, sich zu großen und weitreichenden Operationen oder gar zu Eroberungsplanen, die Oesterreich zu Gute kamen, gebrauchen zu lassen; warum, hieß es, preußisches Blut für Oesterreich vergießen, das sich doch überall als der versteckte Gegner preußischer Interessen erweist? Wir finden schon in ministeriellen Correspondenzen vom Mai 1793 den entschiedenen Ausspruch, daß Preußen an einen weiteren Feldzug nicht mehr denken könne; Luccheſini machte offen Propaganda für den Gedanken, man müsse am Schluß dieses Feldzugs den Kopf aus der Schlinge ziehen! Drum fehlte es auch keineswegs an Leuten, die schon jetzt im Stillen zum Frieden mit Frankreich neigten. War doch damals (Mai 1793) auf französischer Seite aus dem Kreise der gemäßigteren Parteien der Gedanke aufgetaucht, man solle sich Preußen und Baiern zu Freunden zu machen suchen, indem man die drei geistlichen Kurstaaten am Rhein zu ihren Gunsten säculariſirte und die ganze Kraft des Krieges gegen Belgien wendete. Zwar ist die Katastrophe der Gemäßigten rasch gefolgt und hat diesen Gedanken mit zu Grabe getragen; ohne diesen Umschwung war es aber durchaus nicht unwahrscheinlich, daß wie für Baiern so auch für Preußen ein solcher Vorschlag etwas mächtig Verlockendes gehabt hätte.

Eines war in jedem Falle ausgemacht: Preußen beobachtete den Ver-

*) „— — doit avoir l'air de le favoriser.“ Dazu gehört noch die Aeußerung in einer späteren Depesche: il faut nous imposer de toute necessité les plus grands ménagemens pour écarter à Vienne et à Petersbourg jusqu'au moindre soupçon que nous serions capables de contrecarrer un plan en faveur duquel nous avons pris des engagemens formels avec les deux Cours Imperiales. Ces ménagemens nous paraissent d'autant plus essentiels que le Duc de Deuxponts est dans l'habitude d'initier le Prince Maximilien dans touts ses secrets, et que l'indiscretion connue de celui-ci pourrait aisément nous compromettre. (Aus der Luccheſini'schen Correspondenz vom Jan. bis April 1793 im Staatsarchiv, die für dies Verhältniß das meiste Material bietet.)

bündeten an ſeiner Seite ſo ſcharf wie nur immer den Gegner. Sich auf das Nothwendigſte beſchränken und nicht vom Schauplatz und vom Hauptziele preußiſcher Politik zu ſehr ablenken laſſen, dieſer Grundton geht durch alle die Aeußerungen preußiſcher Staatsmänner und Diplomaten hindurch, die uns aus jenen Tagen vor Augen liegen. Der Herzog von Braunſchweig, als man ihn im Mai über die weiteren Operationen berieth, äußerte: man ſolle das von dem Gang der Mainzer Belagerung abhängig machen. Sei dieſe Feſtung gefallen, ſo habe der König auf dieſer Seite kein Object der Eroberung vor ſich; man könne dann nur für Oeſterreich arbeiten und deſſen beabſichtigte Vergrößerungen im Elſaß unterſtützen. Preußen könne das wohl begünſtigen, aber es dürfe doch ſeine Armee inmitten feindlicher Feſtungen nicht aufs Spiel ſetzen.*) Man ſollte daher, meinte der Herzog weiter, den Oeſterreichern erklären: wenn ſie eine Unternehmung gegen das obere Elſaß beabſichtigten, ſo werde man mit einem Theil der Preußen und den kleineren Contingenten die Queich beobachten, mit der Armee die Vogeſen zu umgehen ſuchen, auch Alles aufbieten, dem Feinde allen möglichen Abbruch zu thun. Solch ein Anerbieten, ſchließt der Herzog, werde dem König freie Hand laſſen, ſo zu verfahren, wie es die Intereſſen Preußens geböten.**)

Ein Schreiben Manſteins, das die Vorſchläge (24. Mai) beantwortet, läßt die Anſicht des einflußreichen Generaladjutanten erkennen. „Der König, ſchreibt er, hat es noch nicht an der Zeit gehalten, ſich über die künftigen Operationen auszuſprechen, bevor der Kaiſer, für welchen man den Kampf führt und dem man einige Entſchädigungen verſchaffen will, ſich ſowohl über die Natur und den Umfang dieſer Entſchädigungen, als über die Mittel, die er anwenden will, ausgeſprochen hat. Der König, der nur Hülfsmacht iſt, will und darf nicht den Feldzugsplan auf ſich nehmen; er erwartet denſelben vom Wiener Hofe und wird ſeine Mitwirkung theils von den Verhältniſſen, theils von den Kräften und Stellungen des Feindes, ſowie von der Stärke der Truppen abhängig machen, welche der Kaiſer verwenden will.“ Die Gleichgültigkeit an einem Kampfe, der nach der Wiedereinnahme von Mainz Preußen keinen Reiz und Vortheil mehr gewährte, die finanzielle Bedrängniß, die eben durch die Koſten der Mainzer Belagerung mit jedem Tage geſteigert ward, die unruhige Sorge, welche die politiſche Wendung in Polen erweckte, dies Alles ſchwächte von Stunde zu Stunde die Luſt an der Fortdauer des Krieges. Als ſich damals Tauenzien befremdet darüber ausließ, daß Preußen nicht eine ſelbſtändige und raſche kriegeriſche Thätigkeit entwickle,

*) S. M. le Roi pourra les favoriser infiniment, sans compromettre son armée dans des sièges ou entre ce nombre de places fortes qui bordent les frontières de la France.“ Aus einem Schreiben des Herzogs, d. d. Ebenkeben, 21. Mai.

**) „— — parcequ'elle laisse de la marge aux circonstances et les mains libres à S. M. d'agir selon ce qu'elle jugera être le plus de ses interêts, lorsque le moment de l'exécution arrivera.“

verwies ihn Manstein eben auf diese politischen Gründe. „Wir können, sagt er, dürfen und müssen gerade nicht mehr und nicht weniger thun, als wir thun. Diese Art zu handeln gefällt uns Militärs nicht und am allerwenigsten dem König, welchem es wohl am Herzen liegt, einige Glorie zu erwerben; allein wenn denn doch zugegeben werden muß, daß der König nicht allein als General, sondern als König, der außer dem militärischen Gesichtspunkte auch andere zum Wohl seines eigenen Staates zu nehmende Rücksichten nöthig hat, handeln muß, so kann uns diese gêne zwar nicht anders als wehe thun: aber man muß sich derselben trotz Allem unterwerfen. Nun ist es von äußerster Wichtigkeit, daß wir unsererseits den Krieg nicht länger als bis zu Ende dieser Campagne führen (das heißt auf unsere Kosten); denn wir können es auf keinerlei Weise thun, ohne uns in großes Risico zu versetzen. Das zwingt uns, uns in nichts einzulassen, was uns zu weit führen könnte; drum dürfen auch nicht wir diejenigen sein, welche Vorschläge thun oder Operationen anfangen, die wir nicht vor dem Schluß dieser Campagne beendigen könnten. Wir müssen uns vielmehr platterdings in der Lage erhalten, daß, sowie der letzte December da ist, wir nirgends gebunden sind, sondern unser Buch zumachen können."

Die Haltung des österreichischen Cabinets und Thuguts Neigung zum doppelten Spiel kam dem Allem sehr zu Hülfe. In London wirkte seine Diplomatie für den bairischen Tausch; den Russen und Preußen gegenüber schien sie darauf zu verzichten und an eine Entschädigung in Frankreich oder Polen zu denken. Im preußischen Lager, wo man dem Grundsatz einer Vergrößerung Oesterreichs zugestimmt, erweckte dies neue Sorgen; man wußte nicht mehr, wo der Kaiser eigentlich seine Beute suche, in Baiern oder an der Westgrenze oder in Polen? Die preußischen Diplomaten gaben sich alle Mühe, darüber Gewisses zu erfahren. Lucchesini bat z. B. Tauenzien,*) doch genau auf das Verfahren Oesterreichs in Belgien Acht zu haben, damit daraus entnommen werden könne, ob man in Wien geneigter sei, die Niederlande zu behalten oder Baiern einzutauschen? Wie dann der Prinz von Coburg Miene machte, im französischen Flandern Besitz zu ergreifen, ward ihm aus dem preußischen Hauptquartier bedeutet, man sei gern bereit, Erwerbungen, die der Verbündete Preußens machen wolle, zu fördern, aber man warte bis jetzt noch vergebens auf eine Erklärung von Wien, welches das künftige Schicksal der besetzten Gebiete sein solle und wie man sich in Bezug auf die Niederlande zu verhalten gedenke.**)

Das Eine war aber klar, daß die leiseste Verwicklung in Polen die ganze Situation der kriegführenden Mächte verschob, vielleicht die Coalition auflöste. Preußen vor Allem war dann in die peinliche Lage gedrängt, ent-

*) Schreiben d. d. 12. Juni.

**) Aus einem königl. Schreiben an Tauenzien, d. d. 28. Juni.

weder durch eine doppelte Kriegführung am Rhein und an der Weichſel den ſchon erſchütterten Staatshaushalt vollends zu zerrütten, oder ſich von dem Kriege am Rhein auf jede Weiſe loszumachen, damit es ſeinen Intereſſen an der öſtlichen Grenze nachgehen könne. Die Laſt eines doppelten Krieges zu tragen, galt ſchon jetzt bei allen Staatsmännern und Diplomaten, die damals Einfluß übten, für etwas auf die Dauer Unausführbares; die Wahl ſtand alſo nur ſo: ſollte man am Rhein die ganze Kraft aufwenden, um Oeſterreich Vergrößerungen zu ſchaffen, indeß Rußland ſich in Polen feſtſetzte, oder ſollte man ſeine Kraft gegen Oſten wenden und am Rhein nur eben ſo viel Thätigkeit entwickeln, als ohne große Opfer an Geld und Soldaten thunlich war? Aus den erwähnten Aeußerungen hat ſich ergeben, daß die einflußreichſten Rathgeber des Königs, der Herzog von Braunſchweig ſo gut wie Haugwitz, Lucheſini und Manſtein, nicht im geringſten verſchieden darüber dachten, welcher der beiden Wege einzuſchlagen ſei. Noch war die Verwicklung in Polen ſo drohend nicht geworden, daß ſie die Gedanken, an die man ſich im preußiſchen Lager zu gewöhnen anfing, ſchon zu Entſchlüſſen gereift hätte; aber ſchon im Laufe der nächſten Monate, ſeit Auguſt namentlich, trat dort die kritiſche Wendung ein, die raſch und augenblicklich auf die Dinge am Rhein herüberwirkte. Wir werden ſeiner Zeit davon zu berichten haben.

Nicht am Mittelrhein nur lähmte die Verſchiedenheit der politiſchen Intereſſen die raſche, kriegeriſche Thätigkeit der Coalition, auch in den Niederlanden tritt den Erfolgen, die mit den Waffen errungen waren oder noch errungen werden konnten, ein ähnlicher Widerſtreit hemmend entgegen. War auch die Kataſtrophe von Dumouriez's Abfall und Flucht nicht ſo durchgreifend benutzt worden, wie es bei der Auflöſung der franzöſiſchen Truppen damals hätte geſchehen können, ſo war doch das Uebergewicht der Verbündeten entſchieden. Die öſterreichiſchen Niederlande waren wieder gewonnen, die noch erwarteten Verſtärkungen, namentlich der Holländer und die von den Engländern gemietheten deutſchen Contingente kamen allmälig an und es ſtand, zumal bei der moraliſchen Beſchaffenheit der Gegner, dem Vordringen auf's franzöſiſche Gebiet nun kein Bedenken mehr im Wege. Der Prinz von Coburg begann mit der Blokade der Feſtung Condé. Vergebens ſuchten die Franzoſen (Mai), die in Dampierre einen tapferen Führer erhalten, durch eine Reihe von Gefechten den Platz zu entſetzen; dieſe Kämpfe hatten für ſie höchſtens den Werth, die faſt aufgelöſte Armee wieder ans Feuer zu gewöhnen; ſie endigten, als Coburg ihre Stellungen bei Famars mit Macht angriff, mit dem Siege der Verbündeten. Auch Valenciennes ward jetzt eingeſchloſſen und bombardirt; Entſatz zu bringen, vermochten die Franzoſen hier

ſo wenig, wie bei Condé. Am 10. Juli ergab ſich Condé, durch Hunger zur Uebergabe gezwungen; am 28. fiel auch Valenciennes.

Ernſter war zu keiner Zeit die Lage der franzöſiſchen Republik geweſen, als in dieſem Augenblick. Im Weſten Frankreichs war der Bürgerkrieg in vollem Fortgang begriffen und bis jetzt faſt überall ſiegreich über die republikaniſchen Waffen, das Innere zerriſſen von Factionen, die Hauptſtadt den Jakobinern, die Provinzen den Girondiſten zugethan, die erſten Städte des Landes, Lyon, Bordeaux, Marſeille u. ſ. w., entweder bereit, ſich gegen Paris zu erheben oder ſchon in offenem Aufſtande, die Armee zum großen Theile ohne Führer, überall geſchlagen und entmuthigt, Geld keines in den Kaſſen und der Preis ſelbſt der nothwendigſten Lebensbedürfniſſe im ſteten Steigen — das war das allgemeine Bild franzöſiſcher Zuſtände in einem Moment, wo eine feindliche Heereskraft von mehr als 250,000 Mann an den Grenzen des Landes ſtand und die erſten Feſtungen im Nordoſten ihre Thore dem Feinde geöffnet hatten. Es iſt eine verbreitete Meinung: es ſei nur die unübertroffene Energie der Jakobiner geweſen, die in dieſer Kriſis Frankreich gerettet habe; und gewiß, was ſich mit verzweifelten Mitteln des Schreckens und der revolutionären Erhitzung erreichen ließ, iſt damals geſchehen. Aber ehe die Hunderttauſende im Felde ſtanden, die jetzt das Geheiß des Convents in die Feldlager trieb, ehe die Waffen geſchmiedet, die Geſchütze gegoſſen, die Munition geſchaffen war, ehe Carnot's organiſatoriſcher Geiſt dieſe ungeübten Haufen anfing zu Soldaten zu bilden, ehe ſich in den Armeen ſelber die natürlichen Talente Bahn brachen und die Leitung der Heere errangen, bevor alſo die Früchte unerhörter Energie gereift waren (und dies war erſt im Jahre 1794 der Fall), konnte das entſcheidende Loos über Frankreich längſt gefallen ſein! Oder widerſpräche es etwa menſchlicher Wahrſcheinlichkeit, daß in dieſem Augenblicke äußerſter Bedrängniß eine Macht von zweimalhunderttauſend Mann, welche die Saar und Schelde überſchritt und auf die Hauptſtadt losdrängte, ſtark genug war, im Bunde mit den Aufſtänden im Weſten, die jakobiniſche Macht zu überwältigen? Daß auch nicht einmal der kühne Verſuch gemacht ward, war nicht das Verdienſt jakobiniſcher Energie, ſondern lediglich der Coalition ſelbſt, die vom März bis Auguſt 1793 überall vermocht hatte zu ſiegen, aber nirgends den Sieg entſcheidend zu benutzen. Und wäre es nur die Pedanterie einer hergebrachten Methode geweſen, die in ungewöhnlicher Lage, gegenüber einem ſchlecht geübten und gerüſteten Gegner, die alten Regeln ſo ſteif feſthielt, wie wenn es der Beſiegung eines ebenbürtigen Heeres galt, auch dieſe Methode hätte im entſcheidenden Moment ſich von der ſeltenen Gunſt der Verhältniſſe zu einem raſcheren Tempo fortreißen laſſen! Aber die Coalition war in ſich ſelber geſpalten; denn jeder der Verbündeten folgte einem anderen politiſchen Ziele. Die Idee eines Kampfes für das Königthum war überall zurückgedrängt durch die Macht der Sonderintereſſen. Wie es am Rhein im preußiſchen Lager ausſah, haben wir oben

wahrgenommen; gern hätte Friedrich Wilhelm II. seine Ehrenschuld gegen das französische Königthum gelöst, aber ebenso gern diesen widerwärtigen Kampf beendet, dessen Last und Kosten ihm im Osten die Russen vor die Thore der preußischen Monarchie zu führen drohten. Wenn im österreichischen Lager in den Niederlanden der Kriegseifer größer schien, so war der Grund nur eben der, daß Oesterreich seine Vergrößerungen nicht im Osten auf Kosten Polens, sondern im Westen auf Kosten Frankreichs suchte. England hatte schon im April mit dürren Worten erklärt: daß ihm nur eine Sache am Herzen liege — die Einnahme von Dünkirchen.*) Jetzt eben ward vor aller Welt enthüllt, wie hohl es mit dem angeblichen Kampfe für den legitimen Thron bestellt war; der Prinz von Coburg nahm von Condé wie von erobertem Gebiete Besitz und errichtete eine österreichische Regierungscommission, die sich dort häuslich einrichtete, wie wenn die Behauptung des französischen Flanderns schon eine ausgemachte Sache sei. Die Anfragen Preußens, die Protestationen des bourbonischen Kronprätendenten stellten dann nur den inneren Widerspruch eines Kampfes bloß, der für das Princip der öffentlichen Ordnung begonnen sein sollte und doch in einen Eroberungskrieg für ganz widerstreitende Interessen ausschlug.

Wie hätte es unter diesen Verhältnissen dazu kommen sollen, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die ganze Heeresmacht nach Frankreich zu werfen und die Revolution in ihrem gefährdetsten Augenblick mit einem Schlage zu überwältigen? Am Mittelrhein erwartete man die Weisungen von Wien, um nicht durch ein Zeichen von Selbstthätigkeit aus der Rolle einer Hülfsmacht herauszutreten; in den Niederlanden hatte der Prinz Coburg keinen höheren Wunsch, als den Rest des Jahres sich um Lille festzusetzen,**) und die Engländer drängten mit Ungeduld darauf hin, daß man ihnen Dünkirchen erobere. Der kaiserliche Feldherr war dem Plane zwar keineswegs geneigt, aber er mußte seine bessere Ueberzeugung den Verhältnissen unterordnen.***) Am 3. August fanden Conferenzen zu Herin

*) Le Colonel de Mack a été trouver le duc de York pour le solliciter à se porter sur Tournay: tout ce qu'il en a pu obtenir, c'est que cela seroit jusques aus tems que Condé pourroit se rendre, n'ayant d'autre but que de s'emparer de Dunkerque. Le ministère anglais y tient absolument et le Colonel Murray a declaré que c'était le grand motif qui eut décidé le parlement à consentir dans la guerre du Continent." (Aus einem Berichte Tauenzien's, d. d. 23. April.)

**) Nach einer handschr. Aufzeichnung: geheime Betrachtungen über die künftigen Operationen der combinirten Armee d. d. Rombies 9. Mai 1793.

***) „Ich muß, schrieb er am 1. Mai dem Kaiser, dieses Opfer den Engländern bringen und mich schließlich noch glücklich schätzen, daß ich unter diesen Verheißungen ihre Armee bei mir behalte" u. s. w. Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg. II. 241 und 270. In Wien billigte man aber den Plan, um sich England gefällig

ſtatt;*) der Herzog von York erklärte da auf Befragen: er müſſe nach den von London erhaltenen Befehlen Dünkirchen belagern, und ſein Wunſch ſei es daher, den Feind ſogleich mit vereinigter Macht anzugreifen, dann ſich nach Dünkirchen zu begeben, wozu er die Unterſtützung von 15,000 Kaiſerlichen verlange.

So geſchah es. Vom 6. bis 8. Auguſt erfolgte auf die franzöſiſchen Stellungen ein Angriff, der den Feind nöthigte, ſeine Poſition faſt ohne Kampf zu verlaſſen und ſich auf die Linie von Arras, Bapaume und Peronne zurückzuziehen. Der leichte Erfolg bewies am ſchlagendſten, wie wichtig es gerade jetzt war, die verbündeten Kräfte, denen die Franzoſen offenbar nicht widerſtehen konnten, ungetrennt zuſammenzuhalten. Auch ward damals allgemein erwartet, die vereinigte Armee werde dem natürlichen Antriebe der Verhältniſſe nachgeben, ſich des Ueberganges über die Somme bemächtigen und direct gegen die franzöſiſche Hauptſtadt vorgehen, von der ſie dann nur noch ein Zwiſchenraum von einigen zwanzig Meilen ſchied. Als ſich das verbündete Heer mit einem Male trennte, York mit den Engländern, Hannoveranern, Heſſen und 15,000 Oeſterreichern nach Dünkirchen ging, das preußiſche Corps gemäß früherer Verabredung nach dem Rhein aufbrach, Prinz Coburg mit dem Reſt Anſtalten machte, Lequesnoy zu belagern, da war die Ueberraſchung denn auch ſo allgemein, daß man es für nöthig hielt, in öffentlichen Blättern die Anſicht zu bekämpfen, welche für ein raſches Vorgehen auf Paris war. Die Armee, hieß es, ſei nicht ſtark genug für ein ſolches Wageſtück, und man dürfe die Erfahrungen des Feldzuges in die Champagne nicht vergeſſen. Aber eben dieſer Feldzug war ja nur deshalb geſcheitert, weil man niemals im rechten Augenblick entſchloſſen zum Angriff vorgegangen war.

In dem Augenblick, wo die überlegene Macht der Verbündeten ihre Streitkräfte weit auseinanderzettelte und ſich zur Belagerung von Dünkirchen und Lequesnoy vertheilte, waren ſchon dreißigtauſend Mann gedienter Truppen unterwegs, um das franzöſiſche Heer an der Somme zu verſtärken, und jeder Tag ſteigerte dort die Kräfte des Widerſtandes.**) Die thatkräftige Partei der Revolution hatte ſich ihrer Gegner entledigt und ſchuf jetzt eine concentrirte, allmächtige Regierungsgewalt, die ſie ſelber die „Organiſation des Schreckens" nannte. Das Aufgebot in Maſſe, die unbeſchränkte Requiſition aller Hülfsmittel des Krieges, koloſſale Rüſtun-

zu beweiſen, deſſen politiſche Unterſtützung man ſuchte. S. die Briefe des Kaiſers bei Witzleben II. 248 u. 294.

*) S. Graf Dohna, der Feldzug der Preußen in den Niederlanden im Jahr 1793 III. 155 ff. Die innere Zerfallenheit der Coalition ergibt ſich auch aus der holländiſchen diplomatiſchen Correſpondenz, welche Poſſelts Annalen 1810 IV. 101 ff. mittheilen.

**) S. Geſchichte der Kriege in Europa ſeit 1792. Bd. II. S. 58.

gen an Waffen und Munition, gezwungene Anleihen, Einschüchterung aller Lässigen und Widerstrebenden durch die Guillotine gaben der herrschenden Partei eine Gewalt, wie sie niemals eine Regierung so unbeschränkt besessen und so erbarmungslos geübt hat. Der blutige Schrecken im Innern wandte zudem die Thätigkeit aller edleren Elemente nach Außen, wo bald die zusammenströmende Fülle vortrefflicher Kräfte in Carnot ihren Leiter und Organisator fand.

Während der Herzog von York sich im bedächtigen Schritt gegen Dünkirchen bewegte (er brauchte 9 Tage, um vierzehn Meilen zurückzulegen!) und die Einschließung dieses Platzes unter ziemlich ungünstigen Auspicien begonnen ward, hatten die Franzosen sich verstärkt und rüsteten sich, den schwächeren Theil des um Dünkirchen ausgebreiteten Heeres mit überlegener Macht anzugreifen. Am 6. September ward der hannoversche Feldmarschall Freitag von den Franzosen angegriffen und auf Hondscote zurückgedrängt. Am 7. dauerten die Gefechte fort und gestalteten sich am 8. zu einem lebhaften Treffen, in dem sich die Hannoveraner und Hessen zwar, trotz der starken Ueberzahl des Feindes und der Ungunst des Terrains, auf welchem ihre Reiterei sich nicht entfalten konnte, vier Stunden auf's tapferste schlugen, aber zuletzt mit einem Verluste von über viertausend Mann das Feld räumen mußten. Noch in der Nacht ward die Blokade von Dünkirchen aufgehoben und das Belagerungsgeschütz in den Händen des Feindes gelassen. Ein Glück noch für die Verbündeten, daß Houchard besser mit überlegener Macht zu siegen, als den Sieg zu verfolgen verstand. Wohl gelang es ihm noch (12. 13. Sept.), den Holländern eine Schlappe beizubringen, aber zwei Tage darauf wurden die nämlichen Truppen von Beaulieu mit geringeren Streitkräften bei Courtray geschlagen, Menin überrumpelt und der Feind bis unter die Mauern von Lille zurückgeworfen. Auch war indessen Lequesnoy gefallen. Damit waren die schlimmen Folgen der Gefechte bei Hondscote abgewendet, aber es blieben doch unwiederbringliche Momente verloren und statt einer raschen Entscheidung war die Aussicht auf einen langwierigen Kampf eröffnet.

Zunächst ward im Kriegsrath der Verbündeten die Belagerung von Maubeuge beschlossen; von Natur stark und durch ein verschanztes Lager gedeckt, bildete dieser Platz den Hauptverbindungspunkt zwischen der Nordarmee der Franzosen und den Theilen des Ardennenheeres, die sich bei Givet und Philippeville sammelten. In den letzten Tagen des Septembers ward die Sambre überschritten und die Blokade von Maubeuge begonnen. Noch immer war die Ueberlegenheit der Verbündeten unzweifelhaft; sie lag nicht in den Zahlen, aber in der Kriegstüchtigkeit der Truppen. Wohl schlugen sich die neuen Aufgebote der Franzosen mit Muth; der panische Schrecken der ersten Zeit war gewichen, der revolutionäre Fanatismus und die Energie des Regiments fingen an ihre Wirkungen zu üben, die Führung war nicht pedantisch,

langsam und uneinig, sondern kühn, rasch zugreifend und durch einen entschlossenen Willen bestimmt, die Feldherren selber von einer Verantwortlichkeit belastet, die ihnen nur die Wahl zwischen dem Siege und der Guillotine ließ. Dies Alles hätte indessen nicht hingereicht, die taktische Ueberlegenheit der alliirten Truppen, ihre Kriegsübung, die Vortrefflichkeit einzelner Waffengattungen, namentlich der Reiterei, aufzuwiegen, wäre nicht durch die Unsicherheit und den Mangel an Eintracht in der obersten Leitung die Frucht aller dieser Vorzüge verscherzt worden.

Die revolutionäre Regierung hatte in Houchard ein bezeichnendes Exempel aufgestellt, wie sie die Verantwortlichkeit ihrer Feldherren verstand. Weil er den Sieg von Hondscote nicht glücklicher benutzt und sein Heer bei Courtray hatte zurückdrängen lassen, war er abgesetzt und guillotinirt worden. Der Oberbefehl über alle die Truppen, die von der Maas und den Ardennen an bis zur Meeresküste zerstreut waren, ging nun an Jourdan über, einen Feldherrn, der, wie sich später zeigte, damals allerdings sehr überschätzt worden ist, aber an Raschheit und kühnem Entschluß dem Prinzen von Coburg jedenfalls überlegen war. Jourdan sollte Maubeuge entsetzen. Das war nicht leicht, wenn sich der Prinz dazu entschloß, einen Theil seines Heeres bei der Festung zurückzulassen und mit dem Gros den Franzosen entgegenzugehen; kostete es diesen doch Anstrengung genug, in den Kämpfen der folgenden Tage bei stärkerer Zahl über die gegen Avesnes hin vorgeschobene Observationsarmee der Oesterreicher einige Vortheile zu erringen. Am 15. Oct. stand man sich bei Wattignies gegenüber; es gelang den Franzosen aber nicht, die Oesterreicher aus ihren Stellungen zu verdrängen. Am 16. ward der Kampf mit Lebhaftigkeit erneuert. Wattignies, auf welches die Franzosen unter Carnot's Leitung die ganze Stärke ihres Angriffs richteten, ward genommen, verloren und wieder genommen. Aber in der Flanke der Franzosen waren die Oesterreicher entschieden im Vortheil, hatten den Feind zurückgeworfen, ihm Gefangene und Geschütz abgenommen. Gleichwohl erschien es dem Prinzen nicht räthlich, den Kampf fortzusetzen. Sein Begehren, das holländische Contingent solle herankommen, um die Oesterreicher abzulösen, die den Platz einschlossen, ward von dem Erbprinzen von Oranien abgelehnt; Coburg hielt sich nun nicht mehr für stark genug, das Gefecht zu erneuern. Wie günstig im Ganzen der Kampf verlaufen war, davon war er durch verspätete Meldungen nur unvollkommen unterrichtet. So erklärt sich sein Entschluß, das Gefecht abzubrechen. Die Armee, die sich gegen die Ueberzahl tapfer und mit Erfolg geschlagen, kein einziges Geschütz eingebüßt, aber gegen 30 feindliche Kanonen genommen hatte, mußte den Rückzug antreten. Es wird versichert, im französischen Lager habe man am Abend selber an den Rückzug gedacht und sei am andern Tage ziemlich überrascht gewesen, als der Feind seine Stellungen verlassen und die Belagerung von Maubeuge aufgegeben hatte. In der That lautete Jourdans Schlachtbericht vom Abend des 16.

noch bescheiden genug, und erst der Anblick des unverhofften Erfolges hat, scheint es, ihn den triumphirenden Ton des Siegers anschlagen lassen. Damit neigte der Feldzug des Jahres seinem Ende zu; es gelang den Franzosen nicht mehr, weitere Vortheile zu erfechten, viel mehr lernten sie, namentlich bei dem Ueberfall von Marchiennes (30. Oct.), wo Kray seinen Ruf als General begründete, die militärische Ueberlegenheit der Verbündeten zu ihrem Schaden kennen. Die revolutionäre Regierung gab ihren Plan auf, den Feldzug bis in den Winter fortzusetzen und die Verbündeten ganz vom französischen Gebiete zu verdrängen; die letzteren nahmen, als sie im Anfang November die Winterquartiere bezogen, ihre alten Linien im Hennegau und Westflandern ein und stützten sich wie früher auf den Gürtel von Plätzen, der sich von Charleroi bis Nieuport ausdehnt.

Der Feldzug in den Niederlanden, wie er im Jahre 1793 geführt ward, ist durch keine einzige größere Schlacht zum Nachtheil der deutschen Waffen bezeichnet, aber er besteht fast von Anfang bis zu Ende aus verlorenen günstigen Gelegenheiten. Die ganze Lage war fortan eine andere geworden; während die Verbündeten den Moment ihrer Ueberlegenheit nicht benutzt hatten, sondern an Macht und Eintracht verloren, war durch die Erfolge bei Hondscote und Wattignies das Selbstvertrauen der Franzosen außerordentlich gesteigert; zugleich trugen die revolutionären Maßregeln ihre Früchte, Menschen und Kriegsmaterial strömten nun von allen Seiten zusammen, die Soldaten erlernten praktisch das Kriegshandwerk, indessen junge Feldherrntalente die verdrängten Generale der alten Schule ersetzten. Waren im Jahr 1793 die Verbündeten noch entschieden im Uebergewicht gewesen, und ungeachtet der Mißgriffe, die man begangen, ihnen nirgends eine Niederlage bereitet worden, so ließ sich fast mit Gewißheit voraussehen, daß das nächste Jahr eine unzweifelhafte Ueberlegenheit der revolutionären Armeen und Führer herausstellen werde. Die Erdrückung der widerstrebenden Factionen im Innern, namentlich das furchtbare Schicksal, welches den Besiegten zu Lyon und Toulon bereitet ward, gab jetzt schon den Beweis, daß die Gewalt der Revolution anfing, die Angriffskräfte der großen monarchischen Allianz zu überflügeln.

Am Mittelrhein war jenes Uebergewicht der deutschen Waffen noch entschiedener als in den Niederlanden. Die brauchbarsten französischen Truppen waren von dort zur Nordarmee abgeschickt worden; was übrig blieb und durch die neuen Aufgebote ergänzt ward, war den deutschen Heeren in keiner Weise gewachsen. Eine anerkannte militärische Autorität, Gouvion St. Cyr, hat uns mit der Treue eines Augenzeugen den Zustand der neuen Aufgebote, den Mangel aller fähigen Leitung und die grenzenlose Verworrenheit ge-

ſchildert, wie ſie bei der Rheinarmee in dieſem Augenblick herrſchend war.*) Seine Mittheilungen ſtimmen in dem Ergebniß vollkommen mit dem Urtheil überein, das von ſachkundiger deutſcher Seite gefällt worden iſt: daß aller revolutionäre Aufſchwung und alle patriotiſche Begeiſterung, die zudem vorerſt nur in mäßigem Grade vorhanden war, nicht hingereicht hätte, vor einem energiſchen Angriff der in jeder Hinſicht überlegenen Gegner Stand zu halten. Wenn jemals, ſo war uns hier die Gelegenheit gegeben, alte Scharten auszuwetzen und die troſtloſe Lage Frankreichs mit ähnlichem Erfolge zu benutzen, wie einſt Ludwig XIV. die Agonien Deutſchlands ausgebeutet hatte. Aber um dies zu erreichen, hätte Deutſchland ſelbſt anders geſtaltet ſein müſſen, als es war. Durch den Dualismus zweier Großmächte auseinander gehalten, deren jede die Vergrößerung der anderen mit Eiferſucht wahrnahm, von zwei unvereinbaren politiſchen Syſtemen geleitet, deren eines am Rhein, das andere an der Weichſel ſeine Eroberungen ſuchte, von dem Egoismus, der Zweideutigkeit und Ohnmacht der Mittleren und Kleineren vollends zerrüttet, war das deutſche Reich allerdings nicht dazu angethan, Erfolge zu erringen, die nur durch *einen* feſten Willen und durch raſche Action erfochten werden können.

Nach der Einnahme von Mainz war zunächſt eine Pauſe in den kriegeriſchen Bewegungen eingetreten. Es entſprang dieſer Stillſtand wohl zum Theil aus der natürlichen Nothwendigkeit, eine neue Aufſtellung aufzuſuchen, Magazine und Depots anzulegen, die Zufuhren zu organiſiren — Anſtalten, die nach der Kriegsart der alten Schule ganz beſonders weitläufiger Natur waren — aber die politiſchen Beweggründe des Zauderns waren doch die entſcheidenden. Preußens Aufmerkſamkeit hatte ſich vollends den polniſchen Dingen zugewandt, ſeine Abneigung, ſich noch tiefer in den Krieg am Rhein zu verwickeln, war ebenſo unverkennbar, wie ſeine Unruhe über die Thugut'ſche Politik, die hartnäckig darüber ſchwieg, was ſie als Entſchädigung für Oeſterreich ſuche: ob die Niederlande, ob den bairiſchen Ländertauſch, ob Eroberungen im Elſaß, oder dies Alles zuſammengenommen? Eine hochſinnige oder auch nur eine kühne und aus Klugheit aufrichtige Politik in Wien hätte auch jetzt noch kein allzuſchweres Spiel mit Preußen gehabt; gerade die Perſönlichkeit des Königs war am erſten dazu angelegt, ſich über die Grenze ängſtlicher Rückſichten fortreißen zu laſſen. Aber Thuguts ſchlecht verhehlter Preußenhaß, ſein abſichtliches Schweigen über das, was Oeſterreich wollte, ſeine zweideutigen Gänge in Polen gaben auch im preußiſchen Hauptquartiere der Politik das Uebergewicht, welche die Fortſetzung des Krieges als äußerſte Unklugheit, als nutzloſe Aufopferung für Oeſterreich, als den Ruin des preußiſchen Staatshaushaltes anſah. So war denn zunächſt vorſichtige Zurückhaltung die Maxime, von der man ausging; nicht ſelbſtthätig vorgehen,

*) Mémoires I. 80 ff. Vgl. auch Soult, Mémoires I. 63 f.

nur als Hülfsmacht agiren, den weiteren Kriegsplan von Oesterreich, den Lehrbach bringen sollte, abwarten — das war, wie wir aus den früheren Mittheilungen entnahmen, die schon seit Monaten von Manstein und Luccheſini, ja selbst dem Herzog ausgegebene Parole. Auch jetzt, gleich nach dem Falle von Mainz, schrieb Manstein: „In Ansehung der ferneren Operationen kann vor Ankunft des Freiherrn von Lehrbach nichts festgesetzt werden.“*) So ganz unbestritten war freilich dieser Orakelspruch des einflußreichen Generaladjutanten noch nicht. Vielmehr trieb den König sein natürlicher Kriegseifer auch jetzt dazu, wenigstens etwas zu unternehmen; er dachte an eine Bewegung gegen die Saar und an die Blokade von Saarlouis. Es unterstützte ihn darin die Meinung des Prinzen von Coburg, der schon, bevor ihm der Fall von Mainz bekannt war, dies anrieth und durch das Vorgehen gegen die Saar und Mosel seine eigenen Bewegungen am besten unterstützt sah. Nach des Prinzen Ansicht genügte das für dieses Jahr; erst im folgenden drang man dann ins Innere vor. Gelang ihm selbst noch die Einnahme von Maubeuge und Philippeville, den Preußen die Eroberung von Saarlouis, so wäre dies, meinte er, „vor der ganzen Welt eine schöne Campagne, denn man habe die Niederlande und das Reichsgebiet zurückerobert, einige Erwerbungen in Feindes Land gemacht und sich sichere Winterquartiere erworben.“ Eifrig griff der König den Plan gegen Saarlouis auf, aber ehe es zur Ausführung ging, ward officiell die Ankunft eines österreichischen Generals, des Prinzen Waldeck (Anf. August) angekündigt, der die Mittheilungen über den österreichischen Kriegsplan bringen sollte.**)

Indessen hatte sich Wurmser auf eigene Hand mit den Franzosen zu schaffen gemacht. Es standen jetzt von kaiserlichen Truppen, die französischen Emigrantencorps mit eingerechnet, über 32,000 Mann auf dem linken Rheinufer; mit ihnen begann Wurmser einen Separatkrieg gegen die Weissenburger Linien. Die Reihe von Verschanzungen, die man so nannte, dehnte sich vom Rhein bis nach Weissenburg hin aus; zum Schutz ihrer linken Flanke, die am zugänglichsten war, hatte ein Theil der Moselarmee sich in die Vogesen

*) S. Wagner S. 60. Ueber die Vorgänge bis zur Schlacht bei Pirmasens verweisen wir auf die dort S. 60—103 abgedruckten Briefe. Außer diesen und den bei Massenbach I. 188—192 abgedruckten Aktenstücken haben wir noch eine Anzahl anderer benutzt, worauf wir uns an den geeigneten Stellen beziehen werden.

**) In einer Depesche Luccheſini's d. d. 30. Sept. heißt es darüber: Le jour de la marche des troupes était fixé quand S. M. fut officiellement avertie de l'arrivée prochaine de Mgr. le prince de Waldeck qui fit même expressément requérir le Roi de suspendre tout mouvement sur la droite, parceque les intentions de S. M. I. dont il était dépositaire dirigeaient ailleurs les opérations de guerre pour le reste de la campagne. Le Roi se prêta avec peine à prolonger l'inaction de son armée pour en compasser les mouvements d'après les voeux de son auguste allié.

vorgeſchoben und an mehreren Stellen, bei St. Ingbert, Blieskaſtel, Neuhornbach und auf dem Ketterich verſchanzte Lager bezogen. Dieſe Linien zu nehmen war nicht allzuſchwer, wenn man ſie zugleich in der Front angriff und in der linken Flanke umging. Landau mußte dann zugleich beobachtet, die Moſelarmee beſchäftigt, alſo in jedem Falle Wurmſers Angriff durch eine zuſammenhängende Bewegung der preußiſchen Armee unterſtützt werden. Indeß dies abzuwarten dauerte Wurmſer zu lange; er zögerte nicht, gleich jetzt das zu beginnen, was er dann Monate lang fortſetzte; er griff nämlich vom Bienwald aus den Feind in der Fronte an und lieferte ihm eine Reihe von nutzloſen kleinen Gefechten; er ging, wie Maſſenbach ſpöttelte, „täglich im Bienwalde auf die Franzoſenjagd.“ Allerdings war dieſer kleine Krieg an der Lauter gerade ſo erfolglos, wie das unthätige Abwarten der Preußen am Haardtgebirge.

Nun kam der Prinz von Waldeck (6. Auguſt); es war der Augenblick, wo der König die Abſicht gehabt, gegen die Saar vorzugehen. Der Prinz brachte zwar nicht den officiellen Kriegsplan des Wiener Hofes mit, aber ſeine Mittheilungen beruhten auf ſpeciellen Weiſungen Thugut's. Darnach ſchien es am vortheilhafteſten, die Einnahme von Landau ins Auge zu faſſen. Wurmſer — rieth der Prinz von Waldeck — ſolle die Weiſſenburger Linien von vorn angreifen, die Preußen ſie in der Flanke umgehen, auch Landau decken helfen, vielleicht ſelbſt eine Demonſtration gegen die Saar machen. Indeſſen würde ein öſterreichiſches Corps am Oberrhein den Fluß überſchreiten und im Oberelſaß wirkſam in dieſe Bewegungen eingreifen. Das war freilich das Gegentheil von dem, was der König von Preußen bisher mit Coburg verabredet; ſtatt nach der Saar ſollten ſich die Operationen nun doch gegen das Elſaß richten. Gleichwohl gingen die Preußen in der Hauptſache darauf ein; nur wollten ſie ihre Aufſtellung ſo einrichten, daß ſie gegen die feindliche Rhein- und Moſelarmee zugleich vollkommen gedeckt waren. Der Prinz von Waldeck ſchien mit Allem einverſtanden, die Preußen brachen ungeſäumt auf, um die neuen Stellungen zu beziehen. Was bisher am Haardtgebirge geſtanden, beſetzte bei Edenkoben das linke Ufer der Queich, um Landau zu beobachten; die Corps des Herzogs, Kalkreuths und Hohenlohes gingen nach den Vogeſen vor (11. Aug.), drängten die Abtheilungen der Moſelarmee aus ihren verſchanzten Poſitionen zurück (17. Aug.) und nahmen die ſtarke Stellung bei Pirmaſens ein, von wo man zugleich die Rhein- und die Moſelarmee des Feindes im Schach halten konnte.

Das war für Wurmſer ermuthigend genug, um wieder auf ſeine Fauſt der Franzoſenjagd nachzugehen. Am 19. Auguſt griff er vom Bienwalde aus den Feind an und ſchlug ſich an dieſem und dem folgenden Tage tapfer mit ihm herum, ohne damit freilich einen dauernden Erfolg zu erringen. Dazu reichten weder ſeine Stellung noch ſeine Kräfte hin; die Schlägereien

koſteten ihn einige hundert Mann und im Uebrigen blieb Alles beim Alten. Im preußiſchen Lager erregte aber dieſe Eigenmächtigkeit lebhaften Verdruß; in dem Briefwechſel, der ſich darüber entſpann, verbarg der König ſeinen Unmuth über Wurmſers Verfahren nicht, auch wenn er der tapferen Kampfesluſt des Generals Gerechtigkeit widerfahren ließ. Auch auf öſterreichiſcher Seite fühlte man, daß dieſe ungebundene Weiſe Wurmſers ſich nicht paſſe; der Prinz von Waldeck entſchuldigte ſich beim König mit der Verſicherung, er ſei des feſten Glaubens geweſen, das Alles ſei zwiſchen dem General und dem preußiſchen Monarchen ſo verabredet. „Glauben Ew. Majeſtät, ſchrieb er, einem alten Soldaten, wie ich bin, und laſſen Sie die gerechte Ungnade weder auf mich, noch auf die kaiſerliche Armee fallen.“ Auch Wurmſer erklärte, Alles aufbieten zu wollen, um die „allerhöchſte Gnade wieder zu erlangen.“*)

Man wäre auch wohl darüber weggekommen und hätte ſich über einen kräftigen Angriffsplan geeinigt. Rieth doch ſelbſt der vorſichtige Herzog von Braunſchweig zum Angriff und verlangte (27. Aug.) für den Fall, daß ein ſolcher nicht beliebt würde, wenigſtens eine oſtenſible Ordre des Königs, die ihm die Unthätigkeit vorſchrieb; „denn dieſes allein, ſagte er, kann mich außer Verantwortung ſetzen; ſonſt ſehe ich mich im Voraus der beißendſten Kritik ausgeſetzt.“ Allein eben in dem Augenblick waren neue Verwickelungen eingetreten, die nicht aus militäriſcher, ſondern wieder aus politiſcher Quelle entſprangen.

Das Verhältniß zu Oeſterreich war noch ſo wenig geklärt wie im März; noch wußte man nicht, wie ſich daſſelbe zu dem preußiſch-ruſſiſchen Theilungsvertrag ſtellen und wo es ſeine eigne Entſchädigung ſuchen würde. Rußland hatte wiederholt den Beitritt zu jenem Vertrage verlangt, Thugut nur bedingte und ausweichende Erklärungen gegeben. In den diplomatiſchen Kreiſen zu Wien erzählte man ſich, die Partei Colloredo wolle den Kaiſer beſtimmen, daß er auf das bairiſche Tauſchproject verzichte, während Thugut daran feſthalte. Wenigſtens äußerte einer der Erſteren gegen Raſumowski, der Plan ſei aufgegeben, indeß faſt zur nämlichen Zeit Thugut dem preußiſchen Geſchäftsträger bemerkte, der bairiſche Tauſch ſei einer der Gegenſtände, worüber Lehrbach verhandeln ſolle.**) In der That hatte Thugut ſeiner Neigung zu intrigantem und zweideutigem Spiel völlig nachgegeben. Während er England insgeheim die Zuſage gab, das bairiſche Project fallen zu laſſen und lieber in Flandern und im Elſaß die Entſchädigungen für Oeſterreich zu ſuchen, ließ er ſich von Rußland die Unterſtützung des Tauſchprojects

*) Beide Schreiben ſind vom 26. Auguſt.

**) Aus einer Depeſche Lucheſini's vom 21. Juni und den Berichten Caeſars vom 12. 18. 20. 26. Juni und 31. Juli.

verſprechen und begann von Neuem, den Münchener Hof zu drängen.*) Mit ſolcher Taktik mochte er hoffen, nach allen Seiten hin gedeckt zu ſein. Entweder erlangte er mit Rußlands und Preußens Hülfe doch noch das erſehnte Baiern, unbekümmert um Englands Abneigung und den Widerſtand der Wittelsbacher, oder er machte wenigſtens Preußen für andere Conceſſionen mürbe und brachte es dahin, daß zu den Vergrößerungen in Flandern und im Elſaß noch ein Stück von Polen kam. Die triviale Geſchichte von dem Thier in der Fabel, das zugleich die ſichere Beute im Mund und den Schatten im Bach erhaſchen möchte und darüber Beides verliert, hat ſelten auf eine große politiſche Situation ſo treffende Anwendung gefunden, wie auf dieſe Taktik Thuguts. Die raffinirten Künſte, wodurch er alle denkbaren Vortheile zugleich zu erlangen hoffte, haben lediglich dazu gedient, die ſelbſtſüchtige Verworrenheit auf allen Seiten zu ſteigern und nur dem Feind zu nützen, mit deſſen Spolien man ſich bereichern wollte.

Auf die preußiſche Politik übten dieſe Botſchaften, zuſammengenommen mit der zweifelhaften Haltung Rußlands in dem polniſchen Theilungsgeſchäft,**) vollends eine lähmende Wirkung. Die Neigung zum Frieden wuchs mit jeder Stunde. Es galt in den einflußreichen Kreiſen des Miniſteriums, Lucheſinis, Manſteins als eine ganz ausgemachte Sache, daß man den Krieg nicht fortſetzen könne und dürfe, und daß am Schluß dieſes Feldzugs der König den Kampfplatz verlaſſen müſſe. In dieſem Sinne ward Friedrich Wilhelm II. tagtäglich bearbeitet und ihm vorgeſtellt, daß jede zu raſche Action ihn nur tiefer mit dem Krieg verflechte, und jedes zu willige Eingehen auf Angriffspläne es ihm erſchwere, mit der Wiener Politik ins Reine zu kommen. „Ich wünſchte, ſchrieb damals Lucheſini, daß der öſterreichiſche Unterhändler uns in einem Zuſtand militäriſcher Unthätigkeit fände, aus welcher nur der einfache Beitritt zum Petersburger Vertrag uns heraus nöthigen könnte.“ Des Königs Willigkeit, auf die Angriffspläne der Oeſterreicher einzugehen, drohte das freilich zu vereiteln. „Ich habe es darum für meine Pflicht gehalten, fügte Lucheſini hinzu, dem König ebenſo ehrfurchtsvoll wie freimüthig vorzuſtellen, daß, wenn er ſich in irgend einen Operationsplan hereintreiben läßt, ehe er die Anſichten des Wiener Hofes über die Entſchädigungen kennt, ich außer Stande bin, die preußiſche Monarchie vor den Gefahren eines dritten Feldzugs zu bewahren.“***)

Inmitten dieſer gründlich verworrenen Situation traf denn in der zwei-

---

*) Aus Berichten von Goltz d. d. 6. 20. Auguſt und den Depeſchen des Miniſter. vom 23. Aug. und 2. Sept., Lucheſini's vom 26. Aug.

**) Darüber finden ſich lebhafte Klagen in Goltz Berichten vom 5. und 30. Juli und den Depeſchen des Miniſt. vom 23. Juli und 20. Auguſt.

***) Lucheſini am 28. Juli, 5. 8. Auguſt. Eben darum war auch von dieſer Seite der Angriffsplan auf Saarlouis eifrig bekämpft worden.

ten Hälfte des August Graf Lehrbach, der Vertraute Thuguts, im preußischen Hauptquartier ein. Er kam von München, wo er erst eifrig für den Tauschplan gewirkt, dann als der Widerspruch Englands und die Opposition der zweibrücker Agnaten auf den alten Kurfürsten einstürmte, das ganze Project wie ein aufgegebenes bezeichnet hatte. Getreu dieser Taktik sollte er auch jetzt zuerst von Preußen begehren, daß es in den bairischen Tausch willige, selbst wenn die Wittelsbacher sich widersetzten; blieb Preußen fest, so sollte er eine Vergrößerung Oesterreichs in Polen vorschlagen.

Im preußischen Hauptquartier zu Edenkoben bereiteten Lehrbachs Eröffnungen die unangenehmste Ueberraschung. Man hatte vor acht Monaten zögernd in den bairischen Ländertausch gewilligt, vorausgesetzt, daß die polnische Beute ganz sicher war und das Haus Wittelsbach seine freie Zustimmung zu dem Tausche gab; seitdem hatten aber die Erfahrungen, die man an der Thugutschen Politik in Polen gemacht, merklich abgekühlt und weniger als je war Preußen Willens, im österreichischen Interesse die Wittelsbacher zur Abtretung ihrer Stammländer zu zwingen. Zum Ueberfluß kam denn auch noch in den nächsten Tagen aus England die Nachricht ins Hauptquartier, daß Oesterreich dort schon vor drei Monaten versprochen hatte, auf das bairische Project zu verzichten; entweder trieb also Thugut ein Spiel von arger Doppelzüngigkeit oder er suchte mit der drohenden bairischen Forderung Preußen für andere Begehren nachgiebig zu machen. Die Wahrscheinlichkeit sprach zunächst für das Letztere; denn Lehrbach rückte nun allmälig mit dem heraus, was man bis jetzt sorgfältig verborgen: er forderte für Oesterreich eine Vergrößerung in Polen. Das war denn freilich nicht geeignet, den preußischen Monarchen zu beruhigen; alle Sorgen um die polnische Sache, womit man sich seit Monaten getragen, erhielten dadurch eine neue Bekräftigung. Wenn nicht sofort eine herbe Ablehnung erfolgte, so geschah es wohl nur in der Hoffnung, daß schon die nächsten Tage den erwünschten Abschluß in Polen bringen würden. Wenn freilich auch diese Aussicht täuschte, so hinderte wahrscheinlich nichts mehr den offenen Bruch der Coalition.

Vorerst hatten diese Vorgänge die unmittelbare Wirkung, daß der von Wurmser gewünschte energische Angriff nach dem Elsaß, den auch der Herzog von Braunschweig für zeitgemäß hielt, unterblieb; man wollte in diesem Augenblick sich in keine weitere Unternehmung einlassen, die vorzugsweise im österreichischen Interesse schien. Um aber doch etwas zu thun, ward der früher aufgegebene Entwurf, eine Bewegung nach der Saar zu machen und Saarlouis zu bombardiren, von Neuem vorgenommen; die Kaiserlichen sollten die Linie vom Haardtgebirge zum Rhein hin decken, auch durch ein Corps von 8000 Mann die Preußen verstärken, deren Hauptmacht sich dann gegen Saarlouis in Bewegung setzen und durch eine lebhafte Beschießung die Festung zur Uebergabe zwingen sollte. Es wurde darüber mit Prinz Coburg verhan-

delt; noch immer, äußerte der König, sei der von Wien erwartete Feldzugsplan nicht eingetroffen und es gehe die schöne Jahreszeit ungenützt verloren. Coburg war natürlich mit diesem Vorschlage, der von Anfang an zu seinen Ansichten gestimmt, vollkommen einverstanden; aber der Plan blieb, wie das erste Mal, ein unvollendeter Entwurf.*)

Wurmser setzte indessen seinen kleinen Krieg gegen die Franzosen fort, obwohl ihm der König abermals seine Eigenmächtigkeit verwies und ihm unmuthig erklärte, er solle thun, „was er für gut fände", aber auch die Verantwortlichkeit dafür tragen.**)

Vielleicht in der Hoffnung, wenn er selber einmal im Feuer sei, die Preußen mit fortzureißen, entschloß sich nun der österreichische General, auf eigene Hand die Umgehung der feindlichen Linien zu versuchen, obwohl ihm die preußische Hülfe ausdrücklich versagt war. Am 6. u. 7. Sept. ging eine Colonne von 4000 Mann unter General Pejacewich durch das Dahner Thal gegen den ersten französischen Gebirgsposten (bei Bondenthal) vor, welcher den Zugang zum Lauterthal und zur linken Flanke der Weissenburger Linien beherrschte; dem König und dem Herzog von Braunschweig begnügte sich Wurmser sein Vorrücken zu melden, ohne über Plan und Ziel eine Mittheilung zu machen.***) Erst wie die Truppen im Dahner Thale standen, schickte man zum Herzog nach Pirmasens und verlangte dessen Mitwirkung (10. September). Sie ward vom Herzog versagt; bei dem König war aber der ritterliche Eifer, seinen Verbündeten nicht im Stiche zu lassen, doch stärker als der Unmuth über Wurmser und die Einflüsterungen der diplomatischen Kriegführung. „Ungeachtet das Benehmen des Grafen Wurmser — schreibt er — unverantwortlich gewesen und jetzt noch ist, so wird mich dieses doch nicht bewegen, das allgemeine Beste aus den Augen zu setzen." Er selber werde, falls der österreichische Angriff gelinge, nach Pirmasens kommen, um die Moselarmee aus ihren Stellungen zu drängen und ins Unterelsaß vorgehen; schlage der Angriff fehl, so solle der Herzog wenigstens Sorge

*) In einem Briefe Mansteins an Tauenzien aus diesen Tagen ist darüber geklagt, daß man den Plan auf Saarlouis auszuführen sich früher durch die „Waldeck'schen Windbeuteleien" habe abhalten lassen und Wurmser indessen seine vergeblichen und verlustvollen Versuche auf die Linien unternommen habe. Drum, damit doch etwas geschehe, wolle man lieber jetzt noch den Plan auf Saarlouis wieder aufnehmen. „In eine förmliche Belagerung läßt sich der König auf keinen Fall jetzt mehr ein, sondern schlechterdings nur auf ein Bombardement" — — „In der That kann man es dem König nicht verargen, nicht in ein Mehreres entriren zu wollen, denn nach der Art, wie man zu Werke gegangen (und wie man sich in andern Dingen betragen), ist es in der That viel und muß einem die Sache so wie ihm am Herzen liegen, um einmal noch dies zu thun."

**) Schreiben des Königs d. d. 29. August.

***) S. die Actenstücke bei Wagner. S. 94—107.

tragen, den Rückzug der Kaiſerlichen zu decken. Mit dem Angriff ging es freilich nicht beſſer, als es bei einer ſo wunderlich zwieſpältigen Kriegführung zu erwarten war. Pejaczewich ſchlug am Morgen des 11. Sept. die Franzoſen aus Bondenthal heraus, ſah ſich aber am nächſten Tage mit Uebermacht angegriffen, und kaum gelang es ihm, mit der Aufopferung von 1000 Mann Todten und Verwundeten ſich zu behaupten. Eilig ſandte er nun nach Pirmaſens um Hülfe und der Herzog ſchickte ihm auch (13. September) einige Tauſend Mann entgegen;*) ehe ſie aber zur Stelle waren, fand ſich der kaiſerliche General mit ſeiner Handvoll Leute am frühen Morgen des 14. von Neuem mit Uebermacht angegriffen, ſchlug ſich tapfer herum, bis ſich ſeine Leute verſchoſſen hatten und ihm keine andere Wahl als der Rückzug blieb. Bis gegen Dahn hin verfolgt, wandte er ſich zum Hauptcorps zurück, nach ſeinem eigenen Eingeſtändniß mit beträchtlichem Verluſte. Nicht im Gebirge allein hatten die Franzoſen angegriffen; auch im Bienwalde, bei Bergzabern und Otterbach ward gefochten (12. September); eine Entſcheidung war nirgends gefallen, wohl aber hatte Wurmſers Kampfluſt den Kaiſerlichen einige tauſend Mann gekoſtet, ohne irgend eine Frucht zu bringen.

Indeſſen war es auch bei Zweibrücken und Pirmaſens lebendig geworden. Schon am 12. war es zu kleinen Plänkeleien gekommen; auf den 14. hatten die Franzoſen einen Angriff gegen die Preußen feſtgeſetzt. Aus ihren Verſchanzungen in den Vogeſen, namentlich aus den Lagern bei Hornbach und St. Ingbert, wollten ſie aufbrechen, den Erbprinzen von Hohenlohe, der bei Zweibrücken, und das Kalkreuth'ſche Corps, das weiter weſtlich ſtand, durch Demonſtrationen beſchäftigen und mit einem raſchen Ueberfall ſich bei Pirmaſens auf den Herzog werfen. Es mochten ungefähr 15,000 Mann ſein, die Moreaux am Morgen des 14. Septembers gegen Pirmaſens führte, und allerdings, wie die Gegner der damaligen Kriegstheorie nicht unterlaſſen anzumerken, war bei allen möglichen Vorſichtsmaßregeln gerade die außer Auge gelaſſen, die den Ueberfall des Feindes abwehren konnte. Aber ſobald die Gefahr einmal da war, wurde der Herzog ein anderer; raſch formirte er ſeine Schlachtlinie, hielt die feindliche Kanonade ruhig aus und warf, als der Feind ſeine Sturmcolonnen entwickelte, ſie mit dem entſchiedenſten Erfolge zurück. Vergebens ſuchten ſich die Weichenden von Neuem zu ſammeln; ein letzter Stoß reichte hin, ihre Flucht zu vollenden. Das glänzende Treffen, in welchem die Franzoſen viertauſend Mann (darunter die Hälfte Gefangene)

*) Daß, wie Valentini S. 42 rügt, die Hülfsdemonſtration nicht ſtärker war, entſprang wohl daraus, daß der Herzog in Pirmaſens ſelbſt angegriffen war; die Vorſicht der Kriegführung jener Zeit verbot eine ſtärkere Theilung der Kräfte. Im Uebrigen machte dem Herzog die Lage Pejaczewich's ernſtliche Sorge, wie der Brief a. a. O. S. 105 beweiſt.

und zwanzig Geschütze, die Preußen ungefähr 150 Mann verloren, bewies sprechender als alles Andere, wie überlegen die deutschen Truppen den Franzosen, wie unfruchtbar die Kriegskünsteleien der gelehrten Strategen waren. Von allen den Vorbereitungen, Absteckungen u. s. w., die man seit Wochen ausgeklügelt, hatte am Tage der Schlacht keine zum Erfolg etwas beigetragen; überrascht, beinahe überfallen, hatten sich die Preußen rasch zur Schlacht formirt, und etwa drei Bataillone, unterstützt durch die Reiterei (mehr kamen nicht ins Gefecht), hatten hingereicht, die Franzosen bis Neuhornbach, ja bis nach Bitsch und Pfalzburg vor sich her zu jagen. Dieselben methodischen Bedenklichkeiten waren es denn auch, welche die erfolgreiche Benutzung des Sieges bei Pirmasens hinderten. Es scheint ganz unzweifelhaft, daß eine kühne Verfolgung des geschlagenen Feindes ihn vollends vernichten mußte; auch der König schien es nicht anders anzusehen. Er hatte ja schon am 10., für den Fall, daß sich Pejaczewich im Gebirge festsetze, einen Angriff auf alle die Lager in den Vogesen vorgeschlagen, wie viel mehr jetzt, wo der Feind in wilder Flucht nach jenen Lagern hinrannte. Aber seine Mahnung war vergeblich; der Herzog blieb ruhig und schien einen neuen Angriff abzuwarten.

An demselben Tage, wo sich die Preußen bei Pirmasens so rühmlich schlugen, war im königlichen Hauptquartier der Vicepräsident des Wiener Hofkriegsraths, Feldzeugmeister Graf Ferraris, eingetroffen und hatte endlich — im Herbst — den so lange erwarteten Kriegsplan mitgebracht. Die Wünsche des österreichischen Cabinets gingen dahin, daß ein Angriff auf das Unterelsaß unternommen, übrigens die Operationen auf das Terrain, auf dem sich die Armeen ausbreiteten, beschränkt werden sollten. Die Blokade von Landau verstand sich dabei von selber. Der Angriff auf das Elsaß sollte mit einem Sturm auf die Weissenburger Linien beginnen, während zu gleicher Zeit die Preußen durch ein Vorgehen gegen das Lager von Hornbach den Feind in seiner linken Flanke fassen würden. Zu Wurmsers Angriff sollte ein Theil der Oesterreicher vom rechten Rheinufer herübergezogen werden; die Preußen erwarteten noch das Knobelsdorff'sche Corps aus den Niederlanden, das in diesem Augenblick bei Trier angelangt war. Im Hauptquartier selbst schien eine regere Kriegslust angefacht; außer dem österreichischen Feldzeugmeister war auch ein britischer Diplomat, Lord Yarmouth, dort eingetroffen, der eben mit Hessen-Cassel einen neuen Subsidienvertrag (23. August) abgeschlossen und im Begriff war, ein Gleiches in Darmstadt zu thun. Der Landgraf von Hessen-Cassel, der einen großen Theil des Sommers um seine 40,000 Thaler vergeblich angeklopft, hatte geradezu gedroht, sich aus einem Kriege zurückzuziehen, bei dem er seine Rechnung nicht fand; drum war es hohe Zeit, daß England etwas für ihn that.*)

*) In einer Depesche vom 28. Juli berichtet Lucchesini: Le baron de Waitz

Der König ſelbſt war jederzeit für die raſche militäriſche Action und hatte eben noch vor wenig Tagen einen Plan entworfen, der nach Anſicht der Sachverſtändigen allen Erfolg verhieß. Darnach hätte die preußiſche Armee die Lager in den Vogeſen weggenommen und ſich ſo zwiſchen die beiden franzöſiſchen Heere, die Rhein- und Moſelarmee, in die Mitte gedrängt. Der Weg, den man jetzt wählte, war vorſichtiger, aber minder wirkſam. Die franzöſiſchen Colonnen, die in den Vogeſenlagern, bei St. Ingbert, Blieskaſtel, Neuhornbach ſtanden, ſollten von ihrem linken Flügel aus angegriffen und ſo nach einander aufgerollt werden; im anderen Falle, fürchtete man, könne die Moſelarmee plötzlich ſich gegen Mainz wenden und dem verbündeten Heere ſeine Verbindungen abſchneiden! Der verabredete Plan ward am 26. Sept. und den folgenden Tagen ausgeführt. Ein Angriff Kalkreuths auf das Lager bei Blieskaſtel hatte deſſen Räumung zur Folge (26.), am nächſten Morgen erſchien Hohenlohe im Rücken des Hornbacher Lagers, das nun ebenfalls verlaſſen ward. Der Feind ward in den nächſten Tagen gegen Saargemünd verfolgt, indeſſen er auch weiter nördlich (28. Sept.) aus der Stellung bei St. Ingbert herausgeſchoben und nach einigen vergeblichen Gefechten über die Saar zurückgedrängt ward.

Der König hatte dieſen letzten Gefechten noch beigewohnt; er war bei den Kämpfen um das Lager bei Neuhornbach ſo weit vorgegangen, daß man einen Augenblick um ſeine perſönliche Sicherheit beſorgt war. Jetzt, am Mittag des 29. Sept., verließ er die Armee, um ſich in den öſtlichen Theil ſeiner Monarchie zurückzubegeben; ſeit dem 18. Sept. war das beſchloſſene Sache, in deren Geheimniß freilich nur ſehr Wenige eingeweiht waren. Der Schlüſſel dazu lag in den polniſchen Angelegenheiten.

Die Einmiſchung in Polen galt, wie wir uns erinnern, ſeit Herbſt 1792 als eine abgemachte Sache und es waren gleich auf dem Rückzug aus der Champagne die Befehle nach Oſten gegangen, Truppen mobil zu machen, „zur Herſtellung des Cordons in Polen.“ *) Seit Anfang des Jahres ſtand Marſchall Möllendorf an der weſtlichen Grenze der Republik, bereit um die Mitte des Januar einzumarſchiren, der ruſſiſche General Igelſtröm näherte ſich Grodno, und die Beſetzung des Landes war für beide Feldherrn nur noch eine Frage der Zeit. Es war kein Zweifel mehr, das tragiſche Schick-

ajouta que son maitre ayant perdu jusqu' à l'espoir le plus éloigné d'obtenir le bonnet électoral et croyant voir dans les procédés de la Cour de Vienne et des trois Electeurs ecclesiastiques peu de disposition à lui procurer à la paix de justes indemnités, il était fermement resolu à mettre des bornes à ses procédés généreux etc.

*) Königliche Cabinetsordre, d. d. Koblenz 8. November. Aus dem handſchr. Nachlaſſe des Feldmarſchalls v. Möllendorf.

ſal Polens war ſeiner Erfüllung nahe; die Politik der auswärtigen Intervention und ihrer Werkzeuge, der Targowiczer Verſchworenen ließ die Maske allmälig fallen. Eine Declaration Preußens vom 6. Jan. 1793*) gab eine denkwürdige Probe der Staatskunſt jener Tage, deren Thaten ſchon ſchlimm genug, deren Scheingründe der Rechtfertigung aber noch viel ſchlimmer waren. Die Targowiczer Verſchworenen waren darin als die Mehrheit der Nation behandelt, die Verfaſſung von 1791, um die Preußen einſt die Polen beglückwünſcht, war nun verdammt, die Polen angeklagt, „den heilſamen Abſichten des ruſſiſchen Hofes hartnäckigen Widerſtand entgegengeſetzt zu haben", ihre Verfaſſung und deren Anhänger waren mit dem franzöſiſchen Jakobinismus und deſſen Emiſſären in einen Topf geworfen. Zu ſeiner Sicherheit allein laſſe Preußen jetzt den General Möllendorf in mehrere Diſtricte von Großpolen einrücken; dieſe Vorſichtsmaßregel habe nur die Abſicht, die angrenzenden preußiſchen Länder zu decken, die übelgeſinnten Aufwiegler und Ruheſtörer zu unterdrücken, Ordnung und Ruhe wiederherzuſtellen und den wohlgeſinnten Einwohnern einen wirkſamen Schutz zu verleihen. Am 16. ward dieſe Erklärung in Warſchau übergeben; acht Tage ſpäter rückten aus Weſtpreußen, der Neumark und Schleſien die preußiſchen Truppen in Polen ein. Die Proteſtationen der Polen verhallten wirkungslos; die Preußen breiteten ſich in den Woiwodſchaften Poſen, Gneſen und Kaliſch ungehindert aus, beſetzten die wichtigſten Plätze ohne Widerſtand; nur Danzig wollte ſich nicht unbedingt dem neuen Herrn hingeben, und als die äußern Werke der Stadt beſetzt wurden, wagte ein Theil der Bevölkerung ſich zu widerſetzen. Der blutige Auftritt hatte aber keine andere Folge, als daß die Stadt am 3. April doch in preußiſche Hände überging. Mit den Ruſſen hatte man ſich verſtändigt. Am 23. Januar war zu Petersburg der Theilungsvertrag unterzeichnet**) und in Warſchau zwiſchen Buchholz, dem preußiſchen Geſchäftsträger und zwiſchen Igelſtröm die nöthigen Verabredungen getroffen worden. Es war ausgemacht, daß die Preußen ihren Cordon von Czenſtochau über Rawa, Sochaczew, gegen Zakroczyn und Willenberg zogen, und die Ruſſen ihnen dieſes Terrain einräumten. Zwei Patente, ein preußiſches vom 25. März, ein ruſſiſches vom 7. April, löſten dann jeden Zweifel; ſie wiederholten die alten Anklagen und kündigten die förmliche Beſitznahme der occupirten Landſchaften als ein Gebot der eigenen Sicherheit an. Die preußiſche Verkündigung wandte ſich an alle Stände und Einwohner der Woiwodſchaften Poſen, Gneſen, Kaliſch, Sieradien, der Stadt und des Kloſters Czenſtochau, des Landes Wielun, der Woiwodſchaft Lentſchitz, der Landſchaft Kujavien, des Landes Dobrzyn, der Woiwodſchaft Rawa und Plozk,

*) Abgedruckt im polit. Journal 1793. S. 76 ff.

**) S. Miliutin, Krieg Rußlands im Jahr 1799. Ueberſ. von Chr. Schmitt. München 1856. I. 292 ff. Man vgl. die oben S. 482 gegebene urkundliche Mittheilung.

sowie der Städte Danzig und Thorn, erklärte ihnen, daß diese Gebiete der preußischen Monarchie einverleibt seien, und gebot den neuen Unterthanen, sich in der festgesetzten Frist zur Ablegung des Huldigungseides zu stellen. Am Jahrestag der Verfassung von 1791 nahm Rußland die Huldigung ein; vier Tage später Preußen. Die Gewaltthat gutzuheißen, sollte ein Reichstag zu Grodno zusammentreten, in welchem natürlich nur die noch nicht besetzten Gebiete vertreten und alle Elemente, die an der Verfassung von 1791 hingen, planmäßig ausgeschlossen waren. Auf den 17. Mai war dieser Rumpfreichstag einberufen, aber man hatte sich getäuscht, wenn man eine so leichte Zustimmung erwartete. Selbst in dieser Versammlung überwog der Widerstand gegen die neue Theilung, der Haß namentlich gegen Preußen, und das Bestreben, sich der Unterstützung des Auslandes gegen die beiden Theilungsmächte zu versichern. Es vergingen viele Wochen, ohne daß die preußisch-russische Diplomatie ihrem Ziele auch nur näher kam; mit Preußen wollte die Versammlung gar nicht, höchstens mit Rußland verhandeln; im Anfang Juli vertagte dann die Versammlung ihre Berathungen, unverkennbar in der Erwartung, daß vielleicht eine günstige Wendung von außen erfolge. Die Erwartung war so eitel, wie das Bemühen, den russischen Unterhändler zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Derselbe legte am 13. Juli einen Vertragsentwurf vor, der die Abtretungen enthielt, und erklärte zugleich, er werde jede Weigerung und selbst jedes Zögern der Annahme, wie eine Kriegserklärung betrachten. Das wirkte; „uns selbst überlassen, erklärte der Reichstag, alles auswärtigen Beistandes beraubt, haben wir keine andere Unterstützung, als eine sehr kleine Anzahl Truppen und geschwächte Schätze; von allen Seiten mit schrecklichen Gefahren umlagert, die mit jedem Tage wachsen, scheint uns die Menschlichkeit selbst einen Krieg zu untersagen, den wir nicht würden führen können." Am 22. Juli ward der Abtretungsvertrag mit Rußland unterzeichnet.

Wir haben diese bekannten Vorgänge in gedrängter Kürze zusammengefaßt und wollen nun aus unseren diplomatischen Quellen ihre Rückwirkung auf die kriegerischen Begebenheiten am Rhein nachweisen. Die ersten Monate des Jahres 1793 zeigten ein völlig ungetrübtes Einverständniß zwischen der preußischen und russischen Politik, und die Staatsmänner und Diplomaten Preußens zweifelten damals nicht an einer raschen und glücklichen Lösung der polnischen Wirren. Erst wie der sogenannte Reichstag zu Grodno zusammentrat und die Polen zwar gegen Rußland, aber nicht gegen Preußen sich nachgiebig bewiesen, da erwachten die ersten Bedenken. Wohl war es nicht auffallend, daß die polnische Erbitterung gegen Preußen, den Verbündeten von 1790, viel größer war als gegen Rußland; auch ließ sich ohne Mühe durchschauen, daß es Taktik der Polen war, den Russen eher nachzugeben, um an ihnen eine Hülfe gegen die Preußen zu finden, aber die Letzteren waren auch der Haltung von Rußland selber nicht völlig versichert. Ließ doch

der ruſſiſche Bevollmächtigte es öffentlich geſchehen, daß in den Verhandlungen der Polen Preußen auf's Heftigſte angegriffen, die preußiſche Forderung von der ruſſiſchen getrennt und die letztere für ſich allein am 22. Juli gewährt ward. Was er im Geheimen that, deutete eher auf eine Ermunterung des polniſchen Widerſtandes, als ein Unterſtützen der preußiſchen Forderungen.

Noch ehe ſo die erſten Keime des Mißtrauens gegen den moskowitiſchen Verbündeten erwachten, war Preußen auch ſchon über ſeinen andern Alliirten beſorgt geworden, über Oeſterreich. Man hatte in Berlin gehofft, Kaiſer Franz werde ſich den Declarationen der Theilungsmächte anſchließen; es geſchah nicht. „Statt deſſen — ſo berichtet Buchholz*) — hat ſich der kaiſerliche Geſchäftsträger in Warſchau leichter Reden bedient und geſagt, daß der Kaiſer zu einer andern Zeit die Theilung nicht geſtatten würde, ſich aber gegenwärtig der Sache nicht widerſetzen könne. Der General Igelſtröm hat dieſes ſehr relevirt und mit dem Geſchäftsträger eine ziemlich heftige Explication gehabt.“ Das ſchien von Wirkung; denn es verlautete bald, es ſei von Wien die Weiſung an den Geſandten ergangen, ſich in gleichem Sinne mit den theilenden Mächten zu äußern. In perſönlichen Schreiben, die Kaiſer Franz an Katharina und Friedrich Wilhelm richtete, beſtand der Kaiſer darauf, „daß er ſich in nichts einlaſſen könne, bevor man ſich in Anſehung ſeiner Indemnitäten näher erklärt haben würde.“ Eben über dieſen Punkt, die Entſchädigung, erwartete aber Preußen die Erklärung Oeſterreichs; wir wiſſen, daß der bairiſche Ländertauſch von Neuem zur Sprache gebracht war, und es hatte jetzt allen Anſchein, daß er den Widerſtand nicht finden würde, wie acht Jahre vorher. Einzelne wenigſtens ſahen Oeſterreich lieber in Baiern vergrößert, als an der Beute in Polen Theil nehmen. „Das bairiſche Project — ſchreibt Buchholz — werden die Höfe immer dem polniſchen vorziehen, erſtens, weil es einmal verſprochen und halb abgeredet iſt; zweitens, weil eine Einmiſchung einer dritten Macht in die polniſche Theilung unſeren ganzen Plan und unſere bisherigen Declarationen umſtoßen würde; drittens, weil die nahe Grenze und Nachbarſchaft des Kaiſers geniren würde.“

Das Schweigen Oeſterreichs ſteigerte das Mißtrauen der preußiſchen Staatsmänner. Der Miniſter Schulenburg hielt es z. B. für ausgemacht, daß Oeſterreich ſelber in Polen Vergrößerungen ſuche und daher die Pläne Rußlands und Preußens mit größter Unruhe betrachte;**) der Geſandte Buchholz wies ſeinerſeits darauf hin, daß die polniſche Emigration, alſo der Anhang der Verfaſſung von 1791, immer noch ſeine Hauptſtütze im Wiener Hofe finde. Seit Thuguts Eintritt war es vollends kein Zweifel mehr, wie

*) Wörtlich aus einer Depeſche an Möllendorf d. d. Grodno 8. Mai.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. 16. Mai.

Oesterreich sich zu den polnischen Dingen stellte; in Gesandtschaftsberichten und Ministerialdepeschen wird denn auch von der „unterirdischen" Thätigkeit der österreichischen Politik wie von einer bekannten Sache gesprochen. Und man konnte diese Thätigkeit kaum mehr unterirdisch nennen. Nachdem das Wiener Cabinet erst sein Mißbehagen über die Dinge in Polen kundgegeben, dann den Widerstand gegen die Theilungsentwürfe ermuthigt, trat es allmälig offenherzig mit dem Verlangen hervor (April), selbst ein ansehnliches Stück der Beute zu erlangen, und zwar sollte, damit dies möglich ward, der Antheil Preußens verringert werden.

Je offener diese Feindseligkeit der österreichischen Politik gegen die preußischen Forderungen hervortrat, desto mehr war Preußen auf den guten Willen Rußlands angewiesen. Aber auch hier war das herzliche Einverständniß von ehedem geschwunden; die selbstsüchtige Sorge für den eignen Vortheil trat unverhüllt hervor. Der Abschluß des Vertrags vom 22. Juli, *ohne* Einschluß Preußens, erregte bei dem König die erste sichtbare Verstimmung; doch hieß es noch: „man muß die Eitelkeit einer Frau schonen und Geduld haben." Ein leiser Zweifel an dem guten Willen Rußlands stieg freilich schon in ihm auf und er wünschte recht dringend, daß die Umstände keine ernsthaften Schritte erfordern möchten.*) Dem preußischen Diplomaten aber, der in Grodno saß, erschien die Gesinnung Rußlands, soweit dessen Bevollmächtigter sie vertrat, mit jedem Tage bedenklicher; er klagt immer lauter über den nachtheiligen Einfluß, den seine Haltung auf die Verhandlungen übe. „Es ist schwer zu bestimmen — sagte er — ob er diese Gesinnung immer gehegt oder nur erst seit Kurzem angenommen hat.**) Rußland habe sich in Polen soviel Einfluß wie möglich zu verschaffen gewußt, ihn aber niemals mit Preußen theilen wollen." „Ich bin hier — klagt Buchholz — ohne russischen Beistand isolirt und habe also Alles mit dem russischen Gesandten und durch ihn bewirken müssen, denn der Name „Preuße" ist hier äußerst verhaßt, weil man uns die vorige und die jetzige Theilung Polens zur Last legt." In Petersburg aber habe man geradezu gegen Graf Goltz geäußert: „es sei eben ein Spiel, Rußland habe das große Loos erhalten, die Andern müßten nun auch für sich sorgen."***) Aus allen diesen Sorgen spricht zugleich der vielleicht ungegründete Verdacht heraus, Oesterreich sei es, welchem man die „Umstimmung" Rußlands zu verdanken habe.

Vergegenwärtigen wir uns, daß dies die große Angelegenheit war, die den König in seinem Feldlager am Rhein beschäftigte, und daß alle diese

---

*) Königl. Cabinetsordre d. d. Dürkheim 1. Aug., welche eine Depesche von Buchholz d. d. 22. Juli beantwortete.

**) Depesche von Buchholz d. d. 29. August.

***) Schreiben Schulenburg's d. d. 24. August.

Allarmbotschaften dort in die Berathungen des Kriegsraths hereinfielen, so wird die vorsichtige und abwartende Kriegführung keiner weiteren Erklärung bedürfen. „Wir stehen hier — schrieb Manstein in dieser Zeit*) — noch ganz ruhig, dürften aber wohl nun Landau etwas näher rücken, ohne indessen zu weit vorzugehen, indem wir vor allen Dingen die Ankunft des Grafen Lehrbach abwarten und sehen wollen, wie sich der österreichische Hof in Ansehung der polnischen Angelegenheiten nehmen wird, als welches uns allein bestimmen wird, mit mehr oder weniger Thätigkeit zu agiren." Nach dem Berichte eines andern Eingeweihten**) hatte der König, erzürnt über das lange Ausbleiben Lehrbachs, geradezu erklärt, keinen Schritt weiter zu gehen, bevor sich Oesterreich über seine Entschädigungsabsichten ausgesprochen und den Dingen in Polen seine Zustimmung gegeben habe.

So war durch diese Vorgänge schon im Sommer 1793 die Coalition in ihrem Innersten erschüttert und das Bündniß mit Oesterreich so sehr gelockert, daß es kein Wunder war, wenn all das diplomatische Flickwerk, womit man sie nachher von Neuem zu kitten suchte, kaum bis zum Frühjahr 1795 vorhielt. Die Sachen standen im August 1793 so, daß preußische Staatsmänner die Möglichkeit eines Krieges mit Polen, dem Rußland unthätig zuschaute, in Erwägung ziehen mußten. „Wenn dann auch — sagt einer — der russische Hof Beweggründe genug hat, sich nicht gegen uns zu erklären und gegen uns zu agiren, so wird es ihm doch nicht an Mitteln fehlen, uns indirect zu schaden." ***) Eine solche Möglichkeit, mit erschöpften Finanzen einen Krieg an der Weichsel und einen am Rhein führen zu müssen, konnte einem denn allerdings, wie sich derselbe Staatsmann ausdrückt, „die Haare sträuben machen." Natürlich, daß der Krieg am Rhein immer lästiger erschien; Schulenburg spricht es einmal schon offen aus, was manche Andere im Stillen dachten.†) „Hinge es von mir ab — sagt er — den Plan zu entwerfen, wie Preußen sich in der gegenwärtigen Lage zu verhalten hätte, so würde die Armee die französischen Grenzen den Augenblick verlassen, um sich gegen Jedermann, der uns zu attakiren Lust hätte, in Positur zu setzen. Auf diese Weise zögen wir uns auf der einen Seite aus einem verderblichen Spiel zurück, verbesserten vielleicht noch die Lage unserer polnischen Angelegenheiten und retteten unsere politische Consideration in Europa. Ein Schritt von der Art würde die benachbarten Höfe zum Nachdenken bringen und man würde so bald nicht wieder suchen uns hinter's Licht führen zu wollen." Aber nicht in den diplomatischen Kreisen allein, wo man des Krieges im Westen lange satt war, gibt sich diese tiefe Mißstimmung kund; es kommen von sehr

*) Schreiben an Buchholz d. d. 12. August.
**) Schreiben Schulenburg's an Möllendorf d. d. 18. und 22. Aug.
***) Schreiben Schulenburg's d. d. 28. Aug.
†) Schreiben an Möllendorf d. d. 1. Sept.

unverdächtigen Seiten ähnliche Aeußerungen. Ein Mann, wie Tauenzien z. B., der ohne diplomatische Seitengedanken die Dinge einfach als Soldat und Patriot ansah, der den Gedanken eines Separatfriedens rund abwies,*) ist doch sehr ärgerlich über den Gang der Dinge, über die Unthätigkeit des preußischen Heeres und ihre geheimen politischen Ursachen. „Die Welt weiß das nicht — schreibt er am 5. Sept. — und urtheilt nach dem Schein; jeder fragt sich und mit Recht, was macht der König von Preußen mit seiner großen Armee? Und Niemand weiß, aus welcher Ursache sie nichts macht." Ueber die Politik Thuguts hat er ganz die gleiche Meinung wie Lucchesini, Manstein und Schulenburg.

Indessen waren die Dinge in Grodno während des Juli und August ziemlich auf demselben Punkte stehen geblieben und erst zu Ende August schien sich Rußland aus seiner Rolle des ruhigen Beobachters aufrichten zu wollen. Aber die Art, wie es geschah, enthüllte erst die tieferen Gründe der russischen Taktik und ihrer schlau berechneten Unthätigkeit. Preußen hatte beim Einmarsch der Truppen seine Forderungen an Gebiet etwas weiter ausgedehnt, als es der Petersburger Vertrag festsetzte, und die Demarcationslinie, die Möllendorf zog, entsprach dieser besseren Abrundung. Man glaubte der stillschweigenden Zustimmung Rußlands sicher zu sein und verwies an die großen Erwerbungen an Land, die Rußland selber zufielen. Gleichwohl hatte die Zurückhaltung des russischen Unterhändlers zunächst den Zweck, diese Forderung auf ein bescheideneres Maß herabzustimmen, und wenn er durch sein Schweigen die Versammlung zu Grodno in ihrem Widerstand bestärkte, so geschah es eben in der Hoffnung, Preußen in seinen Bedingungen nachgiebiger zu machen. Vergebens hatte sich Buchholz bemüht, es zu einer Unterhandlung über seinen Vorschlag zu bringen; die Polen setzten bis zuletzt der Gewaltthat die Chicane entgegen, und wie der preußische Gesandte endlich die Vollmacht zur Unterhandlung über die Gebietsabtretung glaubte ertrotzt zu haben (Mitte August), so war es wieder nur eine Vollmacht — zur Abschließung eines Handelsvertrags mit Preußen.**) Jetzt erst, in den letzten Tagen des August, nahm der russische Botschafter wieder lebhafteren Antheil an den Verhandlungen, erließ mit einem Male drohende Erklärungen an die Versammlung und nahm die Miene an, als wolle er die im Schloß versammelten Polen durch Aufstellung von zwei Grenadierbataillonen und vier Kanonen gewaltsam zur Nachgiebigkeit zwingen (2. Sept.). In der That ließen die Polen sich nun dazu bei, mit Preußen zu unterhandeln, aber es war

*) „Ich gestehe Ihnen, werther Freund, daß ich nicht absehe, wie wir uns aus diesem Kriege ziehen können, ohne daß ein allgemeiner Friede bewerkstelligt werde," heißt es in einem Briefe T.'s an Manstein d. d. 14. Sept.

**) Der Vertragsentwurf von Buchholz findet sich im polit. Journal von 1793 II. S. 921 ff. Ebendas. S. 926 der Antrag der ausgedehnteren Grenzregulirung. Die daran sich knüpfenden Verhandlungen und Actenstücke s. S. 981—986.

wieder nicht der preußiſche Entwurf, den ſie zu Grunde legten, ſondern eine Modification, wie ſie den ruſſiſchen Wünſchen entſprechend früher von Sievers war vorgelegt worden. Außer andern läſtigen Auflagen waren darin die Abtretungen auf das Maß der Petersburger Bedingniſſe zurückgeführt und der ganze Vertrag unter die Bürgſchaft Rußlands geſtellt. Die ruſſiſche Politik hatte alſo ihr Intereſſe vortrefflich gewahrt; indem ſie die Polen ſcheinbar mit den Waffen zur Annahme der preußiſchen Forderungen zwang, waren es doch nicht die preußiſchen, ſondern nur ihre eigenen Vorſchläge, die ſie durchzuſetzen ſuchte. Und zwar, wie Sievers ausdrücklich erklärte, damit Polen nicht zu abhängig von Preußen werde.*)

Während dies in Grodno vorging, hatte Friedrich Wilhelm II. jene peinlichen Erörterungen mit Lehrbach, die damit ſchloſſen, daß der öſterreichiſche Abgeſandte geradezu ein Stück von der Beute für Oeſterreich forderte. Zu keiner Zeit konnten die Botſchaften aus Polen unerwünſchter ſein, als eben jetzt. Während der eine Alliirte Preußens erſt insgeheim, dann offen den polniſchen Erwerbungen entgegentrat, ſchürte der andere den Widerſtand der Polen. In jedem Falle wollte aber der König ſo bald wie möglich mit Rußland in Frieden auseinanderkommen. Er erließ daher an Möllendorf die Weiſung,**) lieber auf die weiteren Ausdehnungen des Gebietes zu verzich-

*) Schon am 29. Aug. hatte Buchholz geſchrieben: Ma position est desolante et affreuse. Je ne puis d'après nos premiers arrangemens pas faire un pas sans l'ambassadeur de Russie, car toutes les personnes qui influent sont dependantes de lui . . . Le Baron de Sievers qui devrait appuyer notre negotiation ne fait qu'étayer les prétentions polonaises, en mettant dans ses démarches toute la morgue possible. Dann am 7. berichtet er, wie ihm Sievers offen erklärt, que les Polonais ont des droits à la protection de S. M. Imp. et qu'il est même de l'intérêt de la Russie, de ne pas negliger l'article du commerce, que sa souveraine l'avait instruit à cet égard, et qu'il ne pouvait d'après ses ordres et sa propre conscience abandonner les Polonais sur ce point; que ce pays était à la merci de la Prusse et totalement perdu, si on ne s'entendoit sur ce point. Aehnliches meldete Goltz aus Petersburg. Nach ihm war es kein Zweifel, daß Rußland die Polen zum Widerſtand ermuthigte. Das preußiſche Miniſterium hatte noch weiteren Verdacht. Ce qui nous arrive à Grodno, ſchrieb es am 19. Sept., ne saurait être l'effet du hasard. Le coup part de plus loin et il est clair que la cour de Vienne s'en est mêlée.

**) Cabinetsordre d. d. 4. Sept. Ein beiliegender Brief von Manſtein beſagt daſſelbe, ebenſo eine Depeſche Lucheſini's vom 5. Sept., worin es heißt: Il est évident, Mr. le Maréchal, que votre ligne de démarcation donnoit aux acquisitions que le Roi vient de faire en Pologne un degré de perfection militaire et financière, qui en rehaussait extrêmement le prix. Il est également vrai, que si l'équité présidait aux conseils des grands seigneurs, l'Impératrice de Russie n'aurait pas du refuser au Roi une extension de limites qui ne nuisait qu'à ces mêmes Polonais auxquels Elle a enlevé de si belles provinces, et qui n'ajoutait que peu

ten, um nicht eine Entzweiung mit dem russischen Hofe und vielleicht gar einen Krieg in Polen herbeizuführen. Gleiche Rathschläge kamen wenige Tage später aus Berlin.*) Wohl sei es nicht zu verkennen, daß der russische Gesandte seit der Unterzeichnung des eigenen Vertrags „seine Segel um ein Merkliches eingezogen und von dem früheren Einverständniß nach und nach abgewichen sei", auch wird diese Wendung der Thätigkeit der österreichischen Politik zugeschrieben; aber man müsse doch Alles vermeiden, was Preußen in diesem Augenblicke mit beiden Kaiserhöfen überwerfen könne. „Vielmehr — so schloß die Note — ist es dem Interesse des Königs und den Regeln der Staatsklugheit gemäß, lieber einen minder vortheilhaften Tractat einzugehen, als die Zerschlagung der ganzen Negotiation zu wagen und dadurch den Mächten, die uns unter der Hand entgegengearbeitet haben, gewonnen Spiel zu geben."

Aber diese Rathschläge bezogen sich nur auf die Grenzbestimmung, nicht auf den anstößigen Vorbehalt russischer Genehmigung und Bürgschaft — eine Bedingung, die den preußischen Staatsmännern sammt und sonders unannehmbar erschien. In dieser Bedrängniß tauchte der Gedanke auf, durch Friedrich Wilhelms II. persönliche Intervention die Entscheidung zu beschleunigen.**) Es war weniger auf Krieg als auf eine kriegerische Demonstration abgesehen: die Welt sollte sehen, daß der König nöthigenfalls das Lager am Rhein verlassen würde, um seine Interessen in Polen zu verfechten. Auf den preußischen Monarchen hatten die Botschaften aus Polen zwar einen tiefen Eindruck gemacht, aber der Gedanke, die Armee zu verlassen, widerstrebte ihm doch auf's Aeußerste. Aus den vertraulichen Mittheilungen von Lucchesini und Manstein ersehen wir, welche Anstrengung es kostete, ihn zu überreden. Sie hätten am liebsten gleich ganz abgebrochen, den größten Theil der Armee vom Rhein zurückgezogen und der Coalition den Dienst förmlich gekündigt. Friedrich Wilhelm aber entzog sich nur ungern der weiteren Mitwirkung; er fürch-

---

de choses au lot qu'elle nous avait adjugée précédemment. Mais V. E. connoît trop bien les grands et vrais interêts de la monarchie prussienne pour ne pas convenir avec moi qu'au prix de déplaire à l'Impératrice au moment où elle paraît se détacher plus que jamais de l'Autriche, il faut savoir s'imposer des petits sacrifices etc.

*) Depesche des Minist. des Ausw. d. d. 7. Sept.

**) In einem Schreiben vom 12. Sept. heißt es: „Wollte alsdann der König für seine Person das Kriegstheater verlassen und hierher kommen, so würde dies der Welt zeigen, daß seine Aufmerksamkeit auf die polnischen Dinge gerichtet sei, und ohne stärkere Demonstrationen einen Eindruck machen, der nicht anders als vortheilhaft für uns sein könnte, wenn auch Rußland und Polen dadurch nicht zum Nachgeben bewogen würden, weil doch wenigstens unsere politische Consideration gerettet sei, und dieser männliche Schritt auch unsern Gegnern Achtung einflößen und Nachdenken verursachen würde."

tete seinen militärischen Ruf zu compromittiren und sich mit Rußland zu entzweien. Er sprach darum von der Rückkehr an den Rhein, von der Führung eines dritten Feldzugs, was sein Ministerium wie seine diplomatischen Umgebungen mit wahrer Angst vernahmen. Am 18. und 19. Sept. fand darüber die entscheidende Verhandlung statt; nach lebhafter Debatte gab der König nach und verkündete dem Herzog von Braunschweig seinen Entschluß, zur Armee nach Polen abzugehen und sobald als möglich ins Gebiet der Republik einzurücken; „diese Bewegung müsse nothwendig geschehen, so lange die Versammlung in Grodno noch beisammen sei." *) Eine ausführliche Darlegung an Tauenzien**) war bestimmt, dem Prinzen von Coburg die Gründe dieser Wendung einleuchtend zu machen. Es war ein förmlicher Absagebrief an die Coalition. Durch die letzten Vorgänge in Grodno — hieß es darin — sei die ausdrücklich zugesagte Gebietserweiterung in Polen in Frage gestellt worden; der König habe daher das wichtigste Interesse voranstellen und sich entschließen müssen, selbst nach Polen zu gehen, jedoch werde er nicht unterlassen, durch persönliche Theilnahme an einem bevorstehenden Angriff bis zuletzt seine Anhänglichkeit an die Sache seiner Verbündeten zu bethätigen. Dann werde er aber gehen, jedoch so viel Truppen zurücklassen, als ihm wichtigere Beweggründe noch erlaubten, einer „fremden Sache" zu widmen. Er habe Alles gethan für seine Verbündeten, und erst die Lauheit, womit man seine Opfer belohnt, habe ihn genöthigt, entweder eine geringere Thätigkeit zu entfalten, oder seine theuersten Interessen zu opfern. Das Alles solle Tauenzien dem Prinzen im rechten Lichte vorstellen, auch nicht verhehlen, wie befremdend für den König die Rolle der österreichischen Politik in Polen gewesen sei.***) Auch scheide er von dem Kriegsschauplatz am Rhein mit wenig

---

*) Es liegt darüber ein ausführlicher Bericht von Lucchesini in den Akten, der das Schwanken des Königs und die Bemühungen seiner Umgebung lebhaft zeichnet. Am Schluß sagt er: Le colonel Manstein m'est témoin que je n'ai rien oublié pour ramener le Roi à la resolution . . . Après les plus vives discussions j'ai obtenu de garder du moins le fonds du plan. Das Schreiben des Königs an den Herzog ist mit dem bei Wagner S. 116. ff. abgedruckten nicht identisch. In einer eigenhändigen Nachschrift ist der im Text angeführte Zusatz beigefügt.

**) d. d. 21. Sept. Aehnlich Lucchesini an Lehrbach vom 23. Sept. Daß man die in jenen Tagen abgegebenen Erklärungen als Absagen betrachtet wissen wollte, beweist der Umstand, daß man später wiederholt sich in diesem Sinne darauf berief.

***) Menacé de voir méconnaitre leur droit (des dédommagements) j'ai du faire ceder l'accessoire au principal et je viens de me déterminer à m'arracher ici aux efforts que je consacrais à la cause de mes alliés pour aller en personne sur les frontières de mes nouvelles provinces, veiller à leur conservation et au maintien de mes droits . . . Il ne vous est pas défendu de regretter en présence de son A. S. que l'Autriche ait eu des raisons à prescrire un rôle passif à son ministre à Grodno et n'ait pu en pressant par l'expression puissante de sa vo-

Hoffnung auf Erfolge; denn es ſcheine nur zu unzweifelhaft, daß das Verfahren Wurmſers in Wien ſeine feſte Stütze hätte.

Am 29. Sept. reiſte der König ab; inzwiſchen war in Polen die Entſcheidung gefallen. Der ruſſiſche Botſchafter war, wie die Preußen vermutheten, in Folge eines Winkes von Petersburg, ſeit dem 23. Sept. in „wahrer Reaction" begriffen und unterſtützte nun den urſprünglichen preußiſchen Vorſchlag, ohne die ſpäter hinzugefügten Erweiterungen, aber auch ohne die ärgerlichen Clauſeln der Polen. Die letzten Mittel, die man brauchte, waren an gehäſſiger Gewaltthat des ganzen Werkes würdig. Durch Verhaftung Einzelner, durch Abſperren und militäriſches Bedrohen der Uebrigen erzwang man endlich die ſtumme Genehmigung des Theilungsvertrages vom 25. Sept., wodurch das von Preußen beſetzte Gebiet, im Umfang von mehr als tauſend Quadratmeilen und mit einer Bevölkerung von ungefähr 1,100,000 Einwohnern, an Friedrich Wilhelm II. abgetreten ward. Außer Danzig und Thorn waren es die Woiwodſchaften Poſen, Gneſen, Kaliſch, Lentſchitz, Sieradien, das Land Cujavien und ein Theil von den Woiwodſchaften Krakau, Rawa und Plocz, die unter dem Namen „Südpreußen" dem preußiſchen Staate einverleibt wurden. Das war, alles Unrechts ungeachtet, das daran haftete, eine ſchöne Abrundung nach Oſten und eine gute Grenze gegen Rußland — aber freilich um ſo ſchlimmer, wenn dies Neuerworbene verloren ging und nur zu Rußlands Gunſten Polen beraubt ward!

So war zwar die polniſche Verwicklung für's Erſte gelöſt, aber die Eindrücke, welche die letzte Kriſis geweckt, wurden damit nicht verwiſcht. Die Coalition gegen Frankreich war gelockert und Preußen ſtand nur noch mit halbem Herzen bei dem Kampfe am Rhein. Die Erklärung vom 21. Sept., die wir oben angeführt, und deren Verfaſſer wohl Lucheſini war, lautet ſchon wie eine Austrittserklärung aus der Allianz gegen die Revolution; über Oeſterreich wird darin Beſchwerde geführt, die Sache in Polen als Preußens Hauptintereſſe bezeichnet, der Krieg am Rhein ſchon eine fremde Angelegenheit genannt. Wohl war dies mehr die Sprache der Friedenspolitiker, als des Königs ſelber, und Friedrich Wilhelm II. nahm wenige Tage nach jener Note wieder mit perſönlicher Lebensgefahr an dem Kampfe Theil; aber damit ſich dies nicht wiederhole und des Königs perſönliche Kampfluſt die Combinationen ſeiner Diplomaten durchkreuze, ſahen ihn Lucheſini und Manſtein ſo gern das Lager verlaſſen. Auch wenn ſeine Anweſenheit in Polen nicht mehr nöthig war, ſo erſchien ihnen doch ſeine Abweſenheit am Rhein ſehr wünſchenswerth; denn in dem Bemühen, Preußen aus der Coalition herauszuwickeln, konnte ſeine perſönliche Generoſität nur ſtören.

Manſtein und Lucheſini hatten ihren fertigen Plan, über den ſie ſich

---

lonté la conclusion des affaires de Pologne, conserver à la cause des justes ennemis de la France toute l'assistance que je leur avais vouée jusqu'ici.

aber für's Erſte nur gegen vertrautere Freunde ausließen. „Die Unterzeichnung des polniſchen Ceſſionsvertrages — äußerte damals Manſtein*) — verſchafft uns den Vortheil, hier eine andere Sprache führen zu können, ja er ſetzt uns in die angenehme Lage, dieſen Winter mit unſern hieſigen Truppen (das Reichscontingent ausgenommen) zurückmarſchiren zu können, oder aber ſolche Forderungen zu machen, die uns mehr als entſchädigen.“ Noch deutlicher ſpricht ſich Lucheſini aus.**) Der Abſchluß der polniſchen Angelegenheit — ſagt er — ſetzt den König in Stand, feſt und entſchieden dem Wiener Hofe die Unmöglichkeit darzulegen, den Krieg in einem dritten Feldzuge auf ſeine Koſten fortzuſetzen. Die Haltung dieſes Hofes in Polen, ſeine Unentſchloſſenheit in Verfolgung der Kriegsoperationen, ſein Plan uns zu erſchöpfen, um ihm Eroberungen in Frankreich zu ſchaffen, das hat ſelbſt denen die Augen geöffnet, welche ſich über die anſcheinende Aufrichtigkeit des öſterreichiſchen Cabinets gegen uns am meiſten verblendet hatten. Da ich ſelbſt darüber nie eine andere Meinung gehabt, ſo freue ich mich, daß auch unſer erhabener Herr ſeinen Verbündeten hat kennen lernen, bevor dieſe Erkenntniß um den Preis der höchſten Intereſſen der Monarchie erkauft werden mußte. Mit Ehren aus dem koſtſpieligſten Krieg hervorgehen, den Preußen jemals geführt hat, aus den neuerworbenen Provinzen Nutzen ziehen, die Lücken des Staatsſchatzes ergänzen, die theils durch nöthige Ausgaben, theils durch unſere Neigung, an allen europäiſchen Händeln Theil zu nehmen, verurſacht ſind, die Armee vervollkommnen, ohne ſie zu ſehr zu vermehren, für die Vertheidigung der neuen Grenzen ſorgen, die neuen Verbindungen mit Rußland mehr und mehr befeſtigen, im Stillen den Ehrgeiz unſeres natürlichen Rivalen überwachen und uns nicht von den Launen der engliſchen Politik abhängig machen — das iſt nach meiner Anſicht die glorreiche politiſche Laufbahn, die unſerem König zu verfolgen übrig bleibt.

So lautete das politiſche Programm, nach welchem Lucheſini fortan handelte und deſſen Vertreter in des Königs nächſter Umgebung Oberſt Manſtein war. Das Band engerer Allianz zwiſchen Preußen und Oeſterreich war darnach ſchon ſo gut wie gelöſt: die einflußreichſten Diplomaten Preußens ſahen es ſelber ſo an, und in Oeſterreich war die Thugut'ſche Politik freilich am wenigſten dazu angethan, über dieſe Kluft eine Brücke neuen Einverſtändniſſes zu ſchlagen. In den Militärangelegenheiten galt damals der Ad-

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 4. Sept.

**) Depeſche an Möllendorf d. d. 5. Sept. Aehnlich ſchreibt das Miniſterium am 24. Sept.: De quelque coté qu'on se tourne, la continuation de la guerre présente est pour la Prusse un labyrinthe inextricable et voilà pourquoi nous avons envisagé les affaires de Pologne comme un pretexte heureux qu'il fallait mettre à profit; mais le but est manqué, si le Roi persiste à vouloir rentrer en lice et à donner au peu de troupes, qu'il retire du Rhin, une nouvelle direction militaire.

jutant des Kaisers, Rollin, ein Mann von geringem Verdienst, als die einflußreichste Person; die Beseitigung des Lascy'schen Einflusses, die Erhebung von Ferraris zum Vicepräsidenten des Hofkriegsrathes, die Bekämpfung der preußischen Vorschläge, Saarlouis zu blokiren, und die zwar nicht offene, aber doch unverkennbare Unterstützung Wurmsers — das Alles galt als eine Wirkung des Uebergewichts, welches der militärische Höfling übte.*) Man war darüber im österreichischen Lager selbst — wenigstens in den Niederlanden — mißvergnügt und mißbilligte die Haltung Wurmsers; in der Regel rühmt sich der Bevollmächtigte Preußens des Einverständnisses mit den militärischen Autoritäten, mit welchen er verkehrte. Um so gespannter war bereits das Vernehmen zu den diplomatischen Persönlichkeiten; Graf Mercy — schreibt Tauenzien — kann unsere polnische Acquisition noch gar nicht beherzigen. Ein kleiner diplomatischer Zwischenfall enthüllte bereits diesen wunden Fleck deutlich genug. In einem unter österreichischen Einfluß stehenden Blatte war bemerkt, der Graf Ferraris werde wahrscheinlich die preußische Armee bestimmen, kräftiger zu agiren als bisher; Tauenzien fand dies „außerordentlich insolent" und richtete eine lebhafte Reclamation an den Grafen Metternich, worin er mit Nachdruck hervorhob, daß Preußen nur als Hülfsmacht zu handeln habe und seit Monaten vergeblich von Wien den Kriegsplan erwarte, der seine weitere Thätigkeit bestimmen sollte. Es ward ihm die verlangte Genugthuung gegeben.

Ueber die Entschädigungsabsichten Oesterreichs war unter diesen Umständen eine vertrauliche Eröffnung an Preußen nicht zu erwarten. Doch wollte man seit Anfang September bestimmt wissen, daß der Wiener Hof an England erklärt habe, auf den bairischen Ländertausch verzichten und die Niederlande behalten zu wollen.**) Das wäre also — äußert das preußische Ministerium — eine völlige Umkehr in dem Entschädigungssystem Oesterreichs, die nothwendig auf die Verlängerung des Krieges Einfluß üben muß.

Für eine rasche und einträchtige Kriegführung am Rhein waren dies ungünstige Auspicien, zumal da mit der Abreise des Königs die letzte Persönlichkeit entfernt war, die über politische Bedenken und das vorhandene Mißtrauen auch wieder hinwegsah und im entscheidenden Augenblick am liebsten auf den Feind losschlug. Der Herzog war schon seiner bedächtigen Strategie nach zu so raschen Entschlüssen nicht angelegt, zudem mit Wurmser gespannt und gegen die Diplomatie im Lager noch nachgiebiger, als es zu sei-

*) Aus einem Schreiben Tauenzien's (d. d. 14. Sept.), der in der Umgebung und im Vertrauen des Prinzen von Coburg über Wien gewöhnlich sehr genaue Nachrichten hatte. Dazu gehört eine Depesche desselben d. d. 26. Sept.

**) Depesche des Minist. des Auswärt. d. d. 3. Sept.

ner eigenen militärischen Ueberzeugung stimmte. Er mißbilligte zwar im vertrauten Kreise die Halbheit der Kriegführung, betonte mit Recht den nachtheiligen Einfluß, den sie auf den Geist der Armee übe, aber er ließ sich denn doch auch wieder dazu brauchen, mit seiner Autorität die Kriegführung der Friedenspolitiker zu unterstützen.

Die nächste Zeit indessen nach des Königs Abreise verstrich nicht ungenützt. Nachdem Graf Ferraris endlich mit den österreichischen Vorschlägen gekommen war, verständigte man sich doch ohne allzugroße Umschweife über eine gemeinsame Operation, die jenen Vorschlägen entsprach. Die Weissenburger Linien sollten von Wurmser in der Front angegriffen, von dem Herzoge umgangen und durch diese zusammenhängende Bewegung die Franzosen aus ihren Stellungen herausgedrängt werden; zu gleicher Zeit wurde dann Landau blokirt. Der Zustand der französischen Heere, von denen die Moselarmee durch die letzten Gefechte zurückgeschoben war, die Rheinarmee theils unter dem tollen Regiment der Conventscommissäre, theils unter der Anarchie kopfloser Führer litt, versprach das Gelingen des Unternehmens sehr zu erleichtern; die beiden verbündeten Führer wirkten diesmal nach Verabredung zusammen, nicht wie früher nach verschiedenen Richtungen auf eigene Hand. Während die Preußen (11—14. Oct.) den linken Flügel der Franzosen in den Vogesen zwischen Weissenburg und Bitsch aus seinen Stellungen verdrängten und ein österreichisches Corps bei Selz über den Rhein ging, um dem Feinde in die rechte Flanke zu kommen, unternahm Wurmser am Morgen des 13. Oct. den Hauptangriff, eroberte einzelne Schanzen, vertrieb die Franzosen aus Lauterburg und Bergzabern und nahm am Abend Weissenburg selbst. Mit einem Verluste von 750 Gefangenen, 28 Kanonen und einer nicht unbedeutenden Zahl von Todten und Verwundeten gingen die Feinde in der Nacht gegen Hagenau hin zurück, wurden am andern Tage hinter die Sur gedrängt, am 17. genöthigt, auch Hagenau zu räumen und sich unter die Mauern von Straßburg zurückzuziehen.

Bis hierher waren Wurmser und der Herzog einig gewesen; was weiter folgte, zeigte wieder den alten Zwiespalt. Dem Herzog erschien als das natürlichste Unternehmen die Beschießung von Landau und die Vorbereitung sicherer Winterquartiere: er dachte diese hinter der Erbach und Blies zu finden und sein Heer dort in der Richtung von Dahn über Pirmasens gegen die Saar hin seine Winteraufstellung nehmen zu lassen. Drum schien ihm das weitere Vorgehen Wurmsers ins Elsaß bedenklich; den Wunsch desselben, er möge sich gegen einige elsässische Bergschlösser in Bewegung setzen, lehnte er ab und verlangte von Wurmser bei der Belagerung von Landau mit einem Corps von 6000 Mann unterstützt zu werden. Ganz andere Ziele, als die Belagerung von Landau und die Sicherung der Winterquartiere, hatte aber Wurmser im Auge.

Er sah sich nun endlich der Erfüllung seines Lieblingswunsches näher

gebracht: das Elsaß den revolutionären Machthabern zu entreißen, vielleicht von Straßburg selbst Besitz zu ergreifen. Es scheint kaum zweifelhaft, daß an der Lebhaftigkeit, womit er dies Ziel verfolgte, seine persönliche Stellung als Mitglied der ortenauer Ritterschaft, seine Besitzungen und Verwandtschaften im Elsaß größeren Antheil hatten, als die unbefangene Erwägung der militärischen Lage.*) Denn er mochte sich doch wohl darüber nicht täuschen, daß neuen langwierigen Operationen, wie die Belagerung von Straßburg war, schon die Jahreszeit im Wege stand; allein er hoffte den wichtigen Platz durch Einverständnisse im Innern zu erlangen. Im Elsaß standen in diesem Augenblick die Dinge allerdings so, daß durch eine geschickte politische Taktik vielleicht eine Gegenrevolution im königlichen Sinne zu bewirken war.**) Dem Jakobinismus, der hier vornehmlich von den „Wälschen", wie der Elsässer bis heute die Franzosen nennt, getragen war, standen, zugleich von politischer und nationaler Antipathie bewegt, die gemäßigt demokratischen, die constitutionellen und altroyalistischen Elemente gegenüber. Altroyalistisch war der Rest des Adels, der Clerus und meistentheils der katholische Theil der Landbevölkerung; constitutionell und girondistisch der ganze Mittelstand, zumal in den Städten, die Straßburger Bürgerschaft und überhaupt die Mehrzahl der protestantischen Bewohner. Wie Wurmser die Weissenburger Linien nahm und auf Sulz und Hagenau losging, regte sich zunächst die altroyalistische und katholische Reaction in der Umgebung von Hagenau; man zog mit weißen Fahnen den Oesterreichern entgegen, Viele nahmen Dienste bei den Condéern, emigrirte Adelige und Geistliche kehrten rasch zurück, von ihren Gütern und Stellen wieder Besitz zu ergreifen. Dieselben Elemente waren es auch, die in Straßburg dem Anmarsch der Oesterreicher mit Ungeduld entgegensahen, aber Wurmser täuschte sich, wenn er von dem Einverständniß mit dieser Partei sich eine besondere Verstärkung, vielleicht die Uebergabe der Stadt versprach. Seine Verbindung mit den Anhängern des alten Zustandes scheuchte die Constitutionellen zurück und entwaffnete ihre Thätigkeit für die Contrerevolution, indeß die jakobinischen Elemente eben dadurch zu größerer Energie angespornt wurden. Nun erst fing in Straßburg selbst die französische Clubdemokratie an, ihre Schreckensherrschaft durch den Pöbel, ihre Einschüchterung des Mittelstandes, ihre Reaction gegen das widerstrebende deutsche Element im Volke durchzusetzen; nun begann rücksichtslos die Maschinerie des Terrorismus in Haussuchungen, Verhaftungen, gezwungenen An-

*) Im preußischen Lager galt dies als ausgemacht. Auch schreibt Köckeritz an den Herzog, nachdem er bei Wurmser gewesen, am 20. Oct.: „Ich glaube, daß nicht sowohl Eroberungsbegierde als eigenes Interesse hier mit im Spiele ist; er hat mir gestanden, daß, wenn er im Elsaß glücklich wäre, so profitire er jährlich 40,000 Livres, welche ihm von seinen Gütern, so lange die Revolution bestehet, entzogen werden."

**) S. über das Folgende die Geschichte des Elsasses von Strobel und Engelhard VI. 221 ff.

lehen und Mißhandlungen aller Mißliebigen sich schrankenlos zu entwickeln. Die Einverständnisse, die Wurmser angeknüpft, wurden geschickt dazu benutzt, das Dasein einer angeblichen Verschwörung zu behaupten und unter diesem wahrscheinlich erdichteten Vorwande die Verwaltung, die Nationalgarde u. s. w. von den gemäßigten Elementen zu reinigen. Zwei der blindesten und gewaltthätigsten Werkzeuge des Pariser Schreckenssystems, St. Just und Lebas, begannen ihre wilde Arbeit mit diesen Epurationen und schritten schon in den ersten Tagen des November auch zur Vollziehung von Bluturtheilen, denen bald eine Reihe der Tüchtigsten aus der Straßburger Bürgerschaft erlagen. Der Sieg der wälschen Clubdemokratie über die deutsche Stadt war damit vollendet; der Royalismus verstummte, der nicht jakobinisch gesinnte Mittelstand hatte seine Häupter verloren.

Nach diesem Mißlingen eines Handstreichs auf Straßburg erschien es freilich natürlicher, den knappen Rest des Jahres noch auf die Eroberung von Landau zu wenden. Daß man nicht im November und December Landau und Straßburg zugleich belagern und daneben die feindliche Rhein- und Moselarmee in Schach halten konnte, darin hat, scheint uns, soweit wir als Laie urtheilen können, der Herzog von Braunschweig vollkommen richtig gesehen; die Hartnäckigkeit, womit Wurmser sich bei Straßburg aufstellte, indessen die Preußen Landau beschossen, hatte schließlich allerdings nur den Erfolg, den der Herzog prophezeit: die Oesterreicher wurden aus dem Elsaß gedrängt und Landau zugleich von den Franzosen entsetzt. Ein Vorbote dieses unglücklichen Ausganges war der neu erwachte bittere Hader beider Feldherren. Der Herzog hatte, sich auf ein Versprechen der Oesterreicher berufend, 6000 Mann zur Unterstützung der Blokade von Landau verlangt; Wurmser schlug sie ab und erklärte, von einer Zusage nichts zu wissen, doch wolle er beim Hofkriegsrath in Wien anfragen. Während dann der Herzog dem König über seine Noth nach Polen schrieb und von Czenstochau und Rawa die Antwort darüber erwartete, was an der Queich und Lauter geschehen sollte, kam von Wien der Bescheid, daß man sich zwar erinnere, wie von einer Mitwirkung bei der Belagerung von Landau die Rede gewesen, dies aber von den Umständen abhängig gemacht worden sei und diese Umstände eben jetzt nicht dazu riethen, die österreichische Armee, die Fortlouis belagere, Weissenburg und Hagenau besetzt halte, Straßburg bedrohe, durch Absendung eines Corps nach Landau zu schwächen. Noch immer hatte also Wurmser den Gedanken nicht aufgegeben, Straßburg zu gewinnen, obwohl gerade jetzt dazu weniger Aussicht als je war; noch immer trug er sich mit dem Glauben, Eroberungen machen zu können, während bei diesem Zwiespalt der Kriegführung es als ein Wunder gelten konnte, wenn keine Niederlage erfolgte. Um Eroberungen zu machen, durch die Deutschland zu seinem verlorenen Gute zurückkam, dazu gehörte einmal eine andere Politik, als die Thugut-Lucchesinische, und dann eine andere Kriegführung, als sie bei dem Hader zwischen dem Herzog und Wurmser

denkbar war. Die Proklamation des Letzteren vom 14. November, worin er den Elsassern die Aussicht eröffnete, wieder deutsch zu werden, war daher nach allen Seiten hin ein Mißgriff: sie erwarb ihm im Elsaß selber keine Sympathien, zumal seine leichten Truppen dort übel genug gehaust,*) benahm aber den Preußen vollends die Lust, sich in gewagte Unternehmungen einzulassen, deren Zweck, wie sie sagten, nur „die Vergrößerung Oesterreichs" war. Schien es ja nach den Aeußerungen der Eingeweihten überhaupt zweifelhaft, ob Preußen noch an den Unternehmungen des künftigen Feldzuges Theil nehmen werde.

Es war unter diesen Umständen ganz unerwartet, daß der Herzog sich doch noch zu einem Angriff bewegen ließ; vielleicht hatte die Uebergabe von Fortlouis (14. Nov.) dazu beigetragen, seine Bedenken zu überwinden. Genug, er gab seine Einwilligung zu einem Handstreich, durch den die Bergfestung Bitsch überfallen werden sollte. Gegen 2000 M. auserlesener Leute sollten, durch Einverständnisse unterstützt, in der Nacht vom 16. auf den 17. Nov. die Festung überrumpeln, kamen auch glücklich bis an die Wälle heran, aber doch nicht rasch und heimlich genug, um nicht an dem Widerstand der überraschten Besatzung vollständig zu scheitern. Der mißlungene Angriff hatte über 500 Mann, also mehr gekostet als manche Schlacht,**) und mochte dem Herzog vollends die Lust an Wagnissen in diesem Winterfeldzuge verderben. Um so weniger bedachte er sich jetzt, sich auf Kaiserslautern zurückzuziehen, um sich auf die Behauptung dieser Position zu beschränken. Wurmser aber blieb in seiner herausfordernden Stellung, seine Vorposten bis über die Zorn, also wenige Stunden von Straßburg, vorgeschoben, und es kam zu keinem rechten Einverständniß, wie die beträchtliche Lücke zwischen beiden Heeren am wirksamsten auszufüllen sei. Der Herzog blieb beharrlich dabei, daß Wurmser sich zu weit vorgewagt habe und seine Stellung einem energischen Angriff nicht gewachsen sei; der österreichische Führer seinerseits fand die vom Herzog gewährte Unterstützung seines rechten Flügels im Gebirge nicht stark genug. Doch hatten die Preußen von Anweiler und Dahn her zehn Bataillone, zehn Escadrons und einige Batterien vorgeschoben, um die nach Weissenburg führenden Pässe zu decken.***)

In diesem Augenblick setzten sich die beiden Heere der Franzosen in Bewegung. Die Rheinarmee hatte in Pichegru, die Moselarmee in Hoche Füh-

*) In einem preußischen Bericht vom 5. Sept., den andere Quellen bestätigen, ist lebhaft bedauert, daß die wallachischen, croatischen und andere Freicorps „den Krieg wie die Wilden führen, überall plündern, morden, sengen und brennen, dadurch dem Landvolk einen tiefen Haß gegen die kaiserlichen Truppen einflößen und doch vor einer Kanonade nicht Stich halten."

**) In einer officiellen Verlustliste, die der Herzog an den König schickte, sind 94 Todte, 139 Verwundete und 341 Vermißte angegeben.

***) S. die Correspondenz bei Wagner S. 181—192.

rer erhalten, denen zwar noch die rechte Kriegserfahrung fehlte, die aber in jedem Falle der Verworrenheit und Impotenz gegenüber, die ihnen vorangegangen war, einen bedeutsamen Fortschritt ankündigten. Ein angeborenes militärisches Talent, wie es Hoche besaß, überwand sehr bald die Rohheit und Unwissenheit des Naturalisten, die sich anfangs noch in ihm breit machte, und streifte allmälig die revolutionären Extravaganzen ab, womit er seine Feldherrnlaufbahn begann. Auch Pichegru wußte von der Kriegskunst noch nicht viel, aber er hatte die Fähigkeit sie zu erlernen, er verstand es, Talente wie Desaix und Gouvion St. Cyr zu gebrauchen, und das war nach einer so lächerlichen Probe von Unfähigkeit, wie der Vorgänger Carlin sie geliefert, schon eine bemerkenswerthe Besserung. Beide Feldherren hatten zudem den richtigen Instinct, wie man mit einer Revolutionsarmee Krieg führt; sie gingen mit unverdrossenem, verwegenem Muthe auf den Feind los, machten Fehler auf Fehler, aber sie lernten allmälig siegen, und die überängstliche Gelehrsamkeit der alten Schule mußte vor dem kecken Naturalismus und dem gesunden Menschenverstande der jungen das Feld räumen.

Wurmser stand noch an der Zorn, als ihn Pichegru seit dem 20. November mit Lebhaftigkeit anfing anzugreifen; doch behauptete der österreichische General seine Stellung gegen die nun mit jedem Tage lebhaft erneuerten Neckereien. Der Herzog hatte sich mit einigen zwanzig Bataillonen und 50 Escadronen seit dem 23. in eine concentrirte Stellung bei Kaiserslautern gezogen und den Erbprinzen von Hohenlohe nach dem Anweiler Thale vorgeschoben. Es war ihm aus Polen die Weisung zugekommen, die Truppen in die Winterquartiere zu führen; er hatte es unter den obwaltenden Verhältnissen für's Erste noch verzögert. „Unter diesen Umständen — schrieb er an den König (27. Nov.) — hängt Alles davon ab, die jetzigen Stellungen vorerst und bis das Schicksal von Landau entschieden sein wird, in Verbindung mit der kaiserlichen Armee zu behaupten, die Zugänge auf Weissenburg und Landau zu decken, und so die Absicht des Feindes zu vereiteln, die offenbar darauf hinzielt, Wurmser zurückzuwerfen und Landau zu entsetzen." An dem Tage, wo der Herzog dies schrieb, war Hoche mit der Moselarmee gegen ihn bereits auf dem Marsch; der revolutionäre General hielt den vorsichtigen Rückzug der Preußen für Flucht und schrieb prahlerisch an Pichegru: „Endlich habe ich die Feinde an der Kehle und morgen werde ich sie zu Ader lassen."*) Er sollte indessen die blutige Erfahrung machen, daß auch das Kriegshandwerk erlernt werden muß. Am 28. Nov. kam es zu den ersten Gefechten; Hoche hatte ungefähr 40,000 M. mit sich, der Herzog nur 20,000; es schien dem französischen Feldherrn, der nun wie ein ächter Naturalist von allen

*) Mém. de Gouvion St. Cyr I. 155. Ueber die Schlacht selbst s. die Geschichte der Kriege I. 246 ff. Preuß. Militärwochenblatt von 1824. S. 2946 ff. und die Bemerkungen Valentini's in den Erinnerungen S. 69.

Seiten mächtig auf den Feind losstieß, der Erfolg nicht zweifelhaft. Am Morgen des 29. begann der Kampf; der Kern des deutschen Heeres, Preußen und Sachsen, stand auf dem Kaisersberg geschützt durch starke Redouten, namentlich durch eine bei Moorlautern. Die letztere war gedeckt durch eine preußische Abtheilung, deren Vorposten sich bis gegen Erlenbach ausdehnten. Hier erfolgte der feindliche Angriff; die Franzosen führten eine starke Batterie auf, setzten sich auf einer benachbarten Höhe fest und begannen um Mittag mit einer sehr ansehnlichen Colonne den Sturmangriff auf die Redoute von Moorlautern. Eine Zeitlang schwankte hier der Kampf, den die Franzosen an Zahl sehr überlegen und mit allem Ungestüm unternahmen; erst ein Bajonnetangriff der Preußen, unterstützt durch das Vorgehen der sächsischen Reiterei, durchbrach die feindlichen Reihen und warf sie in großer Unordnung in den Lautergrund hinab. Noch unglücklicher war eine zweite Angriffscolonne, die auf Erlenbach losging, aber rasch zurückgeworfen und durch eine glänzende Verfolgung der preußischen Reiterei völlig aufgelöst ward. Am Morgen des 30. Nov. erneuerten die Franzosen ihren Angriff auf Erlenbach und Moorlautern, allein nicht mit besserem Erfolge, als am Tage zuvor. Daß sie auf ihrem am Mittag angetretenen Rückzuge nur matt verfolgt wurden, hatten sie der Vorsicht des Herzogs zu verdanken. Hoche hatte an diesem Tage, während die Angriffe nördlich von der Stadt alle scheiterten, zugleich südlich auf dem anderen Ufer der Lauter versucht vorzudringen und bedrohte auch durch einen heftigen Angriff eine dort aufgestellte Redoute; nun eilte der Herzog selbst dorthin und schickte Verstärkungen, durch die der Feind auch hier geworfen, aber die rasche Verfolgung der erfochtenen Vortheile auf der andern Seite geschwächt ward. Der Herzog — sagt ein sachkundiger Militär — nahm sein Cordonsystem auch mit auf das Schlachtfeld; einen Punkt oder Theil für den Augenblick preiszugeben und am andern Orte den mächtigeren Vortheil zu gewinnen und zu verfolgen, war aus der damaligen Feldherrnkunst gänzlich verschwunden.

Der Verlust der drei Tage wird auf etwas über achthundert Deutsche, drei- bis viertausend Franzosen angegeben; das war freilich auch der ganze Vortheil, den die Sieger davon trugen. Es war dem Herzog durch seinen Erfolg die Gelegenheit eröffnet, die Moselarmee ganz bei Seite zu drängen und sich mit Wurmser zu vereinigen; allein er nahm seine alten Stellungen wieder ein, indessen der bei Kaiserslautern überwundene Feldherr Carnots Eingebung folgte und die Anstalten traf, sich mit Pichegru zu vereinigen. Allerdings war die Lage des Herzogs eine ungemein peinliche; an sich widersprach dieser Winterfeldzug, in den ihn Wurmser zu verflechten suchte, seinen Feldherrnansichten, es schien ihm schon genug, die Truppen so lange den Winterquartieren zu entziehen. Dazu kam die völlige Ungewißheit der politischen Lage; er wußte nicht, wurde der Krieg fortgesetzt, wurde ein Theil der Armee abgerufen oder sollte im nächsten Feldzuge mit aller Energie mitge-

kämpft werden? Die Nachrichten von Berlin gaben ihm, wie wir aus Mansteins Briefen ersehen, durchaus keine Gewißheit.*) Da war bald vom Rückzug, bald von kräftiger Mitwirkung die Rede; einmal ward die Aussicht auf reiche Subsidien und Fortsetzung des Kampfes eröffnet, dann wieder davon gesprochen, daß man die Rüstungen für's nächste Jahr einstellen und bis auf 20,000 Mann das Heer vom Rhein abberufen werde. Wie mußte diese Unsicherheit der Dinge auf einen unentschlossenen Charakter, wie der Herzog war, einwirken! Seine Briefe sind denn auch voll Klagen über die Ungewißheit, in der man ihn lasse; er müsse — schreibt er am 5. Dec. — durchaus wissen, welchen Antheil die preußische Armee an dem dritten Feldzuge nehmen werde. Denn es würde äußerst gefährlich sein, wenn durch den Mangel an Gewißheit das „so nöthige Retablissement der Armee bis über die Zeit verspätet werden sollte."

Da war es freilich zu erklären, wenn der Herzog jedes Wagniß einer Offensive von sich wies und sich beschränken wollte, die regellosen Angriffe des Feindes abzuschlagen und wo möglich Landau zur Uebergabe zu zwingen. Landau war von einem Corps, welches der Kronprinz befehligte, blokirt und schon in den letzten Tagen des October heftig beschossen worden; auch hoffte man durch Einverständnisse die Festung zu gewinnen. Vermittler dabei war ein bekannter literarischer Vagabund jener Tage, Friedrich Laukhard, der auf den Conventscommissär Denzel, seinen früheren Bekannten, einwirken sollte; es scheint aber, als habe der preußische Emissär nur eben die Gelegenheit benutzt, dem wider Willen ertragenen Soldatendienst zu entgehen, und eine Zeitlang die Rolle des Doppelspions gespielt. Gleichwohl war seit Anfang December Landau in tiefer Bedrängniß; Briefe an den Convent, die den Preußen in die Hände fielen, machten es unzweifelhaft, daß die Uebergabe bald erfolgen müsse. Die ganze Sorge der preußischen Kriegführung war deshalb darauf gerichtet, diesen Vortheil sich zu sichern und jeden Versuch eines Entsatzes durch eine vorsichtige Defensive abzuwehren. Darum war der Herzog miß-

*) Am 27. Nov. schrieb Manstein von Potsdam, es sei ganz gut, daß die Nachricht von der Abberufung eines Theils der Truppen verbreitet sei; das werde England und Oesterreich überzeugen, daß es Ernst sei. Zugleich wird aber geklagt, daß die Zögerung üble Folgen für den künftigen Feldzug haben werde, und am 5. Dec. schreibt Manstein: „Ich bin gewiß ganz Ihrer Meinung, es ist äußerst wichtig und höchst nothwendig, daß wir auch in künftiger Campagne mit aller vigueur cooperiren. Haugwitz ist ganz von meinem Sentiment und Niemand wird lieber als der König diesem beistimmen." Nur könne diese Mitwirkung durchaus nicht mehr auf preußische Kosten geleistet werden. Am 12. Dec. schreibt dann Manstein aus Berlin: „Noch leben wir immerfort in völliger Ungewißheit und es scheint selbst nach den zuletzt vom Marquis de Lucchesini eingegangenen Nachrichten, daß eben nicht sehr auf zu erhaltende Subsidien zu rechnen sein wird, als in welchem Falle Se. Maj. fest dabei bleiben, daß Sie mehr nicht als 20,000 Mann am Rhein lassen wollen" u. s. w.

vergnügt über die weit vorgeschobene Stellung Wurmsers, welche dieses Ziel zu gefährden schien; er drängte darauf, daß der österreichische General sich in eine Position zurückziehe, die ihm näher und minder ausgedehnt war. Allein es scheint unter den Sachverständigen jetzt fast kein Zweifel mehr darüber zu bestehen, daß eben der Zweck, den sich der Herzog vorgesetzt, durch eine Angriffsschlacht am sichersten und vollständigsten zu erreichen war. Daß der König es ihm verzieh, wenn er statt der vorsichtigeren Stellung eine Schlacht gewann, scheint gewiß; ja daß selbst der Friedenspolitik von Manstein, Haugwitz und Lucchesini eine solche Wendung nur förderlich sein konnte, war kaum zweifelhaft. Wie mächtig mußte es bei den damals schwebenden Verhandlungen über die Subsidien in die Wagschale fallen, wenn durch die Mitwirkung des preußischen Heeres noch in den letzten Stunden vor dem Einzuge in die Winterquartiere eine Schlacht gewonnen und eine Festung erobert ward!*)

Aber es war sehr schwer, den Herzog davon zu überzeugen. Seine Briefe aus den ersten Decembertagen sind erfüllt mit Klagen über die ausgebreitete Stellung Wurmsers und über die Vereinzelung der preußischen Armee, die durch die verschiedenen Postirungen im Elsaß veranlaßt sei. „Die Ausdehnung der Stellungen — schreibt er — welche diese Armee von Lautereck bis Rodt einnimmt, macht eine Linie von 22 Stunden aus, die nirgends stark und an manchen Orten weit schwächer besetzt ist, als die Beschaffenheit des Terrains und der Gegenstand des Postens es erforderte.“**) Ebenso rügte er die Schwäche der Posten in den Vogesen, die bei einem Unfall, den Wurmser erleide, den unvermeidlichen Rückzug und die Preisgebung der Weissenburger Linien nach sich ziehen müsse. Diese Besorgnisse waren allerdings zum guten Theil begründet und es war, zumal nach der Vereinigung der beiden feindlichen Heere, ein Unfall unvermeidlich, wenn nicht einer der beiden deutschen Feldherren sich zur Nachgiebigkeit verstand. Entweder mußte Wurmser seine vorgeschobene Stellung mit einer festeren vertauschen, oder der Herzog seine vorsichtige Defensive verlassen und sich mit Wurmser vereinigen; geschah keines von Beiden, so erfüllte sich freilich des Herzogs Prophezeiung: Wurmser ward zurückgeworfen, die dünne Linie im Unterelsaß durchbrochen, Landau entsetzt.

Die Franzosen hatten indessen ihre gemeinsame Operation begonnen;***) das Rheinheer griff Wurmser in der Front an, während die Moselarmee, durch tüchtige Truppen aus den Niederlanden verstärkt, über die Vogesenpässe ging, um die Stellung der Deutschen in der rechten Flanke zu erschüttern.

---

*) Unsere Ansicht stützt sich auf das Urtheil, welches die früher erwähnte Arbeit eines preußischen Militairs ausspricht.

**) Aus den Briefen des Herzogs d. d. 29. Nov., 1. Dec., 6. Dec.

***) S. die Correspondenz bei Wagner S. 194—231.

Wurmſer dehnte ſich von Druſenheim über Biſchweiler, Hagenau, Schweighauſen, Merzweiler bis nach Reichshofen, Freſchweiler und Werth in einer Vertheidigungslinie von etwa zwölf Stunden aus, die durch zahlreiche Feldverſchanzungen gedeckt ſein ſollte; ſein linker Flügel war an den Rhein gelehnt, der rechte hatte ſeine Stützen in Reichshofen, Lembach und der Scheerhohl, jenen Gebirgspoſten, die den Schlüſſel zu den Weiſſenburger Linien bildeten. Ihre Lage und ihre Beſetzung deckte nicht nur Wurmſers rechte Flanke, ſie ſtellte auch die Verbindung her mit dem bei Dahn und Anweiler aufgeſtellten preußiſchen Corps unter Hohenlohe; ihr Verluſt machte ſeine bis über Hagenau vorgeſchobene Stellung unhaltbar. Es iſt einleuchtend, daß eine ſolche Poſition gegen den combinirten Angriff zweier an Zahl ſehr überlegenen Armeen auf die Dauer ſchwer zu behaupten war, auch wenn ſich die Truppen noch ſo tapfer ſchlugen. Seit den letzten zehn Tagen des November hatte der Kampf nicht geruht; auch im December wiederholten ſich die Gefechte auf der Front wie in der rechten Flanke faſt ununterbrochen Tag für Tag. So unverdroſſen und ausdauernd ſich die Soldaten ſchlugen, die unausgeſetzten Gefechte in ſchlechter Jahreszeit, der Aufenthalt unter freiem Himmel, die mangelhafte Verpflegung mußte allmälig auch die beſte Truppe materiell und moraliſch erſchüttern. Zudem hatten die Gefechte vom 20. November bis zur Mitte December, ſo klein ſie einzeln waren, ihre Opfer gefordert; die Armee ſchmolz gewaltig zuſammen, viele Compagnien zählten nur noch funfzig Mann, und man rechnete ſchon am 11. Dec. über zehntauſend Kranke und Verwundete. „Jeder unparteiiſche Richter — ſchrieb damals Wurmſer — wird die Unmöglichkeit einſehen, mit einem Armeecorps, wie dermalen das meinige iſt, die Poſition von Druſenheim bis Lembach behaupten zu können.“ Er verlangte von dem Herzog, er ſolle entweder die Gebirgspoſten um Lembach übernehmen, oder ihm ſo viel Leute zur Verſtärkung ſchicken (3700 Mann), als ihm dieſe Beſetzung koſtete. „Erhalte ich auf die eine oder andere Art keine ſchleunige Hülfe, ſo muß ich mich förmlich declariren und gegen alle Verantwortung feierlichſt verwahren, daß ich, wenn mich der Feind mit Uebermacht attakirt, meine Poſition nicht behaupten kann.“

Wir können uns denken, wie der Beſcheid des Herzogs darauf lautete: er könne ſeine Armee, die ſchon auf 22 Stunden ausgedehnt ſei, nicht weiter zerſplittern, wohl aber ſchien ihm alle Gefahr beſeitigt, wenn Wurmſer den ſchon wiederholt gegebenen Rath befolge und ſich hinter die Sur zurückziehe. Darauf war denn wieder Wurmſers Antwort die alte: er halte es für beſſer, bei Hagenau ſtehen zu bleiben. In dieſem unlösbaren Widerſpruch beharrten die zwei Feldherrn und zudem fehlte nun nach der Abreiſe des Königs jede überlegene Autorität, welche einen gemeinſamen Entſchluß hätte vermitteln können. Eine gereizte Stimmung ſprach ſich damals nicht einmal aus; man ſah es den beiden Führern an, daß jeder in beſter Meinung ſeine An-

sicht unverrückt festhielt. Der Herzog erklärte sich bereit zu helfen, wo er könne, schickte auch noch ein paar Bataillone in die Vogesen; das sei „aber auch das Aeußerste, was geschehen könne." Wurmser seinerseits bezeigte sich herzlich dankbar für jeden Beweis bereitwilliger Hülfe, den ihm der preußische Oberfeldherr gab.

Wäre der combinirte Angriff der beiden französischen Heere so gut ausgeführt worden, wie er entworfen war, so hätte schon jetzt, wo die beiden deutschen Feldherren mit einander erfolgslos verhandelten, der Schlag gelingen müssen, der die Frucht des Feldzuges gekostet hat. Aber zum Glück erfolgten die französischen Angriffe anfangs vereinzelt und ohne Zusammenhang; am 8. Decbr. warfen sie sich auf den Posten bei Reichshofen, den Hotze mit Ausdauer vertheidigte; zwei Tage später griffen sie die Stellungen im Gebirge zwischen Pirmasens und Weissenburg an, am 14. drängten sie auf Lembach los, und alle diese vereinzelten Angriffe wurden abgeschlagen. Bis über die Mitte des Monats behaupteten die Verbündeten ihre Stellungen.

Einen Augenblick schien es, als sollte das Einverständniß zwischen den zwei deutschen Feldherren erfolgen und der Herzog sich zur Nachgiebigkeit bequemen. „Nachdem der Vorschlag, hinter die Sur zurückzugehen, wiederholt vom Grafen Wurmser abgelehnt ist, — so schrieb er am 11. — so scheint mir das einzige sichere Mittel, die feindlichen Absichten zu vereiteln und den Truppen Ruhe zu verschaffen, dieses: den Feind mit Uebermacht anzugreifen und ihn tüchtig zu schlagen." Er wollte, wenn Wurmser dazu die Hand bot und vom rechten Rheinufer Unterstützung zu erwarten war, mit acht Bataillonen, 20 Escadronen und einigen Batterien dazu mitwirken. Wenige Tage nachher ward die Erfahrung gemacht, wie viel ein einträchtiges Zusammenwirken werth war. Am 15. und 16. Dec. griff der Feind mit besonderer Heftigkeit an; auf der Front bei Hagenau wie in der Flanke, bei Lembach, Werth, Reichshofen u. s. w. ward an diesen Tagen mit größter Hartnäckigkeit gefochten. Schon vorher hatte der Herzog einige Verstärkungen ins Gebirge geschickt, war dann selbst auf den Kampfplatz geeilt und half, während Wurmser sich bei Hagenau tapfer wehrte, die feindlichen Angriffe im Gebirge tüchtig abschlagen. Voll Freude dankte Wurmser für die zeitig geleistete Hülfe; „mit so unverbesserlich braven preußischen Truppen", schrieb er, „verbrüdert mit den Kaiserlichen, könnte man gegen eine zwar an Zahl überlegene, aber in ihrem innerlichen Werth so nichtswürdige Horde noch ansehnliche Vortheile sammeln, wenn man sie gemeinschaftlich angreifen würde. Es ist E. D. ja bestens bewußt, wie sehr der Feind läuft, wenn man ihn attaquirt, und wie keck er wird, wenn man sich alle Tage von ihm angreifen läßt." Aber es kam doch zu keinem gemeinsamen Gesammtangriff, es überwog das Bedenken, man könne in dem aufgeweichten Terrain mit dem Geschütz nicht fortkommen.

Indeſſen hatte ſich die Lage des kaiſerlichen Feldherrn ſo geſtaltet, daß er ſich ſelber außer Stand erklärte, etwas Nachdrückliches zu unternehmen; auch die Stellung bei Hagenau ſchien nicht mehr zu behaupten. Wurmſer kam nun ſelbſt darauf zurück, ſich hinter die Sur zu ziehen; auch dort freilich, erklärte er dem Herzog am 19. Dec., könne er ſich nicht mehr halten, wenn nicht ein preußiſches Corps die Deckung des Poſtens bei Lembach übernehme. Der Herzog erfüllte dieſen Wunſch, von deſſen Nothwendigkeit er ſich ſelber überzeugt erklärte, und es ſchien demnach, als ſolle im letzten Augenblick die vorſichtige Strategie des preußiſchen Oberfeldherrn die Oberhand gewinnen. Aber es war zu ſpät, um ſich den ganzen Vortheil dieſer Vorſicht zu ſichern. In dem Moment, wo die beiden Generale in einem leidlichen Einverſtändniß handelten, war der entſcheidende Schlag erfolgt. Am 22. December griff Hoche die Kaiſerlichen und Reichstruppen bei Reichshofen, Freſchweiler und Werth mit Macht an, nahm ihre Schanzen und drängte ſie in verworrenem Rückzuge vor ſich her. Damit war der rechte Flügel der öſterreichiſchen Stellung umgangen, der Poſten bei Lembach nicht mehr haltbar, der Rückzug Wurmſers unvermeidlich. Die Truppen waren auf's tiefſte entkräftet und ohne Munition, zwei Bataillone und 17 Kanonen gingen verloren. „E. Durchlaucht, ſchrieb ihr Führer, der tapfere Hotze, mögen mir erlauben, mit dem Reſt meiner unglücklichen Brigade mich dieſe Nacht auf die Anhöhe von Weiſſenburg zu ziehen." Auch Wurmſer war in vollem Rückzug auf Weiſſenburg, wo er am 24. Dec. eintraf. Dieſe Unfälle erhöhten die Erſchöpfung, wie ſie nach faſt vierzigtägigem Gefecht unvermeidlich war. Die Truppen waren entmuthigt und zerrüttet; Wurmſer ſelbſt ließ ſich von dieſer Stimmung überwältigen und es erwachte in ihm mit neuer Stärke der Unmuth über die Preußen, die in ſeinen Augen die Schuld des Mißlingens trugen.

Die Rollen ſchienen mit einem Male wie vertauſcht. Während Wurmſer, der Mann des kecken Angriffs, ſchon vom Rückzug über den Rhein ſprach, war der Herzog, nun da die Gefahr ernſtlich drängte, ein anderer geworden. Die Bedenken einer ängſtlichen Strategie ſchwiegen jetzt, es rührte ſich in ihm die muthige Soldatenader ſeiner beſten Tage. Es bleibe, meinte er, nun nichts übrig, als eine Schlacht, durch die man den Feind zurückwerfe; während Wurmſer auf Weiſſenburg zurückwich, ließ er mit ihm eine ſchriftliche Verabredung aufſetzen, daß Landau blokirt bleiben, der Angriff des Feindes bei Weiſſenburg erwartet werden ſolle. Auch wehrten die preußiſchen Abtheilungen auf der Scheerhohl die franzöſiſchen Angriffe tapfer ab und es ſchien wenigſtens möglich, die Blokade von Landau fortzuſetzen. Aber es fehlte an Lebensmitteln und Holz; 18,000 Kranke lagen in Weiſſenburg, der Reſt der Armee war abgeriſſen und erſchöpft, die Landleute hatten tauſendweis ihre Heimath verlaſſen, ſo daß es an Fuhren fehlte, die Kranken und Verwundeten fortzuſchaffen. Der Herzog über-

zeugte sich durch eigne Anschauung, daß dieser Armee keine große Anstrengung mehr zuzumuthen war. So steckte man sich denn ein bescheideneres Ziel; in einem Kriegsrath, der am 24. bei Weissenburg gehalten ward, beschloß man, „wenn der morgende Tag nicht besonders glücklich sei," diesen Platz zu räumen; die Kaiserlichen sollten hinter die Lauter und Queich zurückgehen, die Preußen ihre Stellungen bei Edenkoben nehmen. Es verstand sich dabei von selbst, daß die Blokade von Landau aufgehoben ward.

Auch dieses bescheidene Ziel war schon in den nächsten Tagen nicht mehr zu erreichen; in einem Augenblick, wo Wurmser einen Kampf für höchst bedenklich erklärte, erneuerten die Franzosen am 26. ihre heftigen Angriffe; die Kaiserlichen wurden geworfen. Ohne die Unterstützung des Herzogs, der jetzt überall zur Stelle war, die Wankenden ermuthigte und in der allgemeinen Erschöpfung seine ganze Geistesgegenwart bewahrte, wären die Oesterreicher von Weissenburg abgeschnitten worden. Er stellte sich selber an die Spitze der letzten kaiserlichen Reservebataillone, es gelang ihm auch einen Moment, die ermatteten Truppen zu neuem Widerstande anzufeuern, aber es waren nur die letzten Anstrengungen vor der völligen physischen Erschöpfung. Noch immer hoffte der Herzog, die Armeen wenigstens zwischen Edenkoben, Speier und Germersheim zum Stehen zu bringen, aber schon redeten die Kaiserlichen unverhohlen vom Rückzug über den Rhein. „Es bedarf keiner Schilderung mehr, schrieb Wurmser, unsere Armee ist ruinirt; um sie nicht ganz aufzureiben, bleibt mir kein anderes Mittel, als mit dem Rest über den Rhein zu gehen." Dringend rieth der Herzog, nur noch einen Tag stehen zu bleiben, die Versprengten zu sammeln, Magazine und Kranke zu retten und dann die Stellungen hinter der Queich zu nehmen. Wegen Mangel an Brod und Fourage, erklärte der kaiserliche Feldherr (27. Dec.), sei es ihm unmöglich länger zu bleiben, und setzte sich gegen Germersheim in Bewegung. Nun mußten auch die Preußen ihren Rückzug fortsetzen; ihre Vorstellungen, wenigstens den Rückzug über den Rhein zu verschieben, blieben erfolglos. „Ich bin in Verzweiflung, erwiderte Wurmser, diesen Wünschen nicht entsprechen zu können; meine Armee ist erschöpft, ohne Montur, ohne Schuhe, und selbst ohne Lebensmittel." Der Herzog beschwor ihn „bei Allem was heilig war", seinen Rückzug nur einige Tage aufzuschieben; er hielt ihm das Schicksal Deutschlands und seinen eignen Feldherrnruhm vor Augen, den er durch das Verlassen des linken Rheinufers auf's Spiel setze. Er schickte Rüchel an ihn, mit dem Vorschlage, wenigstens sich auf die Rheinschanze bei Mannheim zu ziehen. Es scheint indessen außer Zweifel, daß Wurmsers Lage wirklich so trostlos war, wie er sie schilderte, und daß die Verzögerung des Rückzugs um wenige Tage das Aeußerste war, was er vermochte.*) Die Preußen bestanden dann noch auf ihrem Rück-

*) Nach dem Briefwechsel beider Feldherrn. Wurmser freilich beschuldigte in dem

zug eine Reihe kleiner Gefechte, doch ohne daß der Feind sie hindern konnte, auf dem linken Ufer des Rheines zu bleiben. In den ersten Tagen des neuen Jahres wurden von ihnen die Winterquartiere zwischen Rhein und Nahe bezogen; Wurmser hatte am 30. Dec. bei Philippsburg den Rhein überschritten.

So war die Frucht des Feldzuges verloren und zu Dünkirchen, Maubeuge, Toulon ein trauriges Seitenstück in Landau geliefert. Bedenklicher noch als dies militärische Mißgeschick war die moralische Rückwirkung der letzten Ereignisse. Die Coalition war an ihrer zartesten Stelle zerrissen und der alte Hader zwischen Oesterreich und Preußen mit aller Bitterkeit in den beiden Heeren wieder angefacht. Wurmser machte die Preußen allein für seine Niederlage verantwortlich; die Preußen bezeichneten die Oesterreicher als die Urheber ihres unfreiwilligen Rückzuges. In Zeitungen und Pamphleten, in widerwärtigen persönlichen Erörterungen, zuletzt gar in Duellen gab sich die Entzweiung der beiden Armeen kund. Wir reden natürlich nicht von dem Tagesgeschwätz, das die absurdesten Anklagen erfand*), sondern eben nur von den Ansichten, wie sie in den tonangebenden Kreisen beider Heere sich aussprachen. Die Rechtfertigungsschrift, die von Wurmser ausging, gab selber ein übles Exempel gehässiger Beschuldigungen; die militärischen Darlegungen von preußischer Seite antworteten im gleichen Tone. In der Correspondenz, die uns vorliegt, spricht sich die aufgeregteste Stimmung aus; nicht nur dem Eigensinn des österreichischen Feldherrn ward die Schuld der letzten Vorgänge angerechnet, sondern die braven, aber erschöpften Truppen selber mit ungerechten Vorwürfen nicht verschont. Und was das Schlimmste war: die Meinung, daß man des Krieges sich auf jede Weise entledigen müsse, ward jetzt auch im preußischen Heere die überwiegende. Möchte doch, schrieb ein einflußreicher Officier, die Allmacht diesem verderblichen Kriege ein Ende machen, worin unser Vaterland und unser König so labyrinthisch verflochten ist! Ich wollte nur, äußerte ein anderer, daß der König sich aus der Affaire zöge; denn ich glaube nicht, daß es möglich ist, daß man uns ein Aequivalent für unsere Aufopferung geben kann. Diese Stimmung breitete sich um so leichter aus, je ungünstiger nach der damaligen preußischen Heereseinrichtung ein längerer Krieg auf die ökonomischen Verhältnisse der höheren Officiere einwirkte. Ein sachkundiger Augenzeuge ist der Meinung, daß höchstens noch der Prinz von Hohenlohe, Rüchel, Blücher, eifrig

---

Pamphlet, daß er nachher ausgeben ließ (s. bei Wagner S. 272—284), die Preußen, ihr eilfertiger Rückzug nach Edenkoben habe ihn genöthigt, über den Rhein zu gehen — eine Behauptung, gegen die seine eigenen Briefe das beste Zeugniß geben. Aber in diesem Geiste ist der ganze Aufsatz geschrieben.

*) Wie deren z. B. noch in Malmesbury's diaries (III. 33, Note 35) einige wieder aufgewärmt sind.

kriegerisch gesinnt, und auch diese von der Meinung nicht ganz frei waren, daß der Krieg gegen das Interesse Preußens sei. General Kalkreuth, der von seiner bei Kaiserslautern erhaltenen Wunde in Frankfurt genas, und halb genesen durch Luxus von Tafel und Witz ein glänzendes Haus machte, ließ sich laut vernehmen, daß Friede werden müsse, denn die Preußen würden von den Oesterreichern hintergangen.*) Die Wirkung dieser Dinge war nach allen Seiten hin bedenklich. An sich ward ja die Lust zum Kriege am besten durch den Erfolg gesteigert, während nichts leichter ein Heer demoralisirt, als ein Kampf ohne Nerv und ohne Lorbeeren. Nun gaben höhere Officiere selbst das üble Beispiel politischen Klügelns und Raisonnirens; es war natürlich, wenn aus einer kriegslustigen Armee immer mehr eine politisirende ward.

Diese allgemeine Verstimmung und Unlust am Kriege gab sich am bezeichnendsten in der Haltung des Oberfeldherrn kund. Er hatte schon um die Mitte December seine Entlassung gefordert, der König aber damals das Verlangen freundlich abgelehnt. Er wiederholte es jetzt in den ersten Tagen des neuen Jahres und die Gründe, womit er es motivirte, sprachen noch unumwundener, als das Gesuch selbst. Er berief sich auf die Erfahrung, daß Mangel an Einheit, Mißtrauen, Selbstsucht und der Geist der Cabale seit zwei Feldzügen alle Maßregeln hätten scheitern machen. Die Voraussicht, daß in den Augen der Kritik der Unschuldige werde mit dem Schuldigen leiden müssen, und die Gewißheit, daß auch ein dritter Feldzug aus denselben Ursachen keine besseren Früchte bringen werde, habe ihn zu einem Schritte bewogen, den die Klugheit wie die Ehre ihm gebiete. Wenn eine große Nation, wie die französische, fügt er hinzu, durch Schrecken und Begeisterung zu großen Thaten geführt wird, so sollte ein einziger Wille, ein einziger Grundsatz alle Schritte der Verbündeten leiten; allein wenn statt dessen jedes Heer für sich ohne festen Plan, ohne Einheit, ohne Grundsatz und ohne Methode handelt, dann müssen die Ergebnisse so sein, wie wir sie zu Dünkirchen, Maubeuge, Toulon und Landau erlebt haben. Diese Gründe sprachen eben so sehr für einen Rücktritt aus der Coalition, wie für den Abschied des Herzogs. Verbittert und „moralisch krank", wie er sich selber später gegen Malmesbury ausdrückte, machte er auch keinen Hehl aus seinem Unmuth gegen die diplomatischen Rathgeber des Königs, deren klügelnde Berechnungen die rasche militärische Action gelähmt und durchkreuzt hätten. Eben darum sahen aber diese den Herzog ohne Bedauern zurücktreten.

Doch waren es die politischen Ursachen nicht allein, die ihren Antheil am Mißlingen trugen. Wohl hatte der Widerstreit der Interessen, wie er sich in den Niederlanden, z. B. bei dem Unternehmen auf Dünkirchen, kund-

*) S. (Valentini) Erinnerungen S. 79. 80.

gegeben, das Hin- und Herſchwanken zwiſchen Reſtaurations- und Eroberungspolitik, der Mangel an Harmonie zwiſchen Oeſterreich und Preußen und vor Allem die Verwicklung in Polen zu dem traurigen Ergebniß mächtig mitgewirkt, aber die Kriegskunſt der Zeit, wie ſie der Herzog vertrat, war darum doch von der Mitſchuld nicht freizuſprechen. Die überlieferte Organiſation, die Verpflegungsanſtalten, die übertriebene Rückſicht auf Flanken- und Rückendeckung, die ſtete Sorge umgangen zu werden, die Gewohnheit, alle möglichen Punkte feſtzuhalten und die Heereskräfte in einem weiten Cordon zu zerſplittern, das hat im Jahr 1793 zwar nicht den Sieg, aber ſehr oft die raſche und fruchtbare Benutzung des Sieges gehindert. Die Truppen — die Oeſterreicher wie die Preußen — waren den Franzoſen noch in jeder Hinſicht überlegen und wenn die Gefechte bei Pirmaſens, bei Kaiſerslautern, um die Weiſſenburger Linien, bei Hagenau auch keinen andern Erfolg hatten, ſo bezeugten ſie doch die volle Superiorität der alten Heere über die neuen revolutionären Horden. In einzelnen Gattungen, z. B. den leichten Truppen, der Reiterei, lebte noch die ganze Tüchtigkeit und Ueberlieferung der Zeiten des ſiebenjährigen Krieges. Männer, wie der Huſarenoberſt von Blücher — „le roi rouge“ nannten ihn die Franzoſen damals — genoſſen denn auch beim Feinde einen ſehr wohlbegründeten Reſpect.

Dies Verhältniß ward ſchon zu Ende des Jahres 1793 ein anderes, weil die Franzoſen allmälig das Kriegshandwerk aus der Praxis erlernten. Sie machten aus der Noth eine Tugend und ſchufen ſich eine Taktik, wie ſie ihren Verhältniſſen entſprach.*) In den zahlloſen kleinen Gefechten, zumal auf durchſchnittenem Terrain, übten die Neulinge ihre körperliche Gewandtheit und lernten ihren Waffen im vereinzelten Gefecht vertrauen. Die tapfern Veteranen der Verbündeten verſchwendeten bald ihr Feuer vergeblich auf vereinzelte Plänkler, ließen ſich wohl zuweit fortreißen, bis ſie nach Verbrauch der Munition, auf einem unbekannten labyrintiſchen Boden, von ſtärkeren feindlichen Haufen auf allen Seiten umſchwärmt, zerſprengt und zum verluſtvollen Rückzug gezwungen wurden. Selbſt die franzöſiſche Reiterei, im Einzelgefecht anfangs dem Gegner nirgends gewachſen, griff wenigſtens in geſchloſſenen Reihen tapfer und bisweilen auch glücklich an. Die Artillerie war wie immer ihre beſte Waffengattung, es war daher Syſtem der franzöſiſchen Generale, vieles und gut bedientes Geſchütz ſchon aus großer Entfernung auf die Hauptangriffspunkte des Feindes zu vereinigen und unter dem Schutze dieſes Feuers ihre ungeübten Truppen vorwärts zu bringen. Verluſt des Geſchützes und Verſchwendung der Munition hatten ſie nicht ſo hoch anzuſchlagen, wie ihr Gegner; ja ſelbſt die Opfer an Menſchen hatten bei der ungeheuern Anſpannung aller Kräfte der Nation für ſie nicht ſo viel zu be-

*) S. Oeſterr. Militärzeitſchrift 3. Heft und Preuß. Militärwochenblatt 1818. S. 606 ff.

deuten. Griffen sie dann einen Punkt an, so theilten sie ihre überlegene Masse in viele kleine Colonnen, unterstützten sie durch Reserven, ließen die Ablösung sogar während des Gefechtes vornehmen, um durch immer frische Truppen die Kraft der Gegner zu ermüden. Ihre wahre Stärke war dem Gegner geschickt verborgen; er blieb dann wohl unentschlossen, ließ sich auch bisweilen durch einen Scheinangriff verblüffen und zu Fehlern verleiten. Die vielen kleinen Gefechte zersplitterten und ermüdeten, wie es in den letzten Kämpfen im Elsaß geschehen war, die taktisch überlegenen Gegner, bis dann ein nachdrücklicher allgemeiner Angriff sie endlich überwältigte. In dieser Art des Kampfes zeigten die Franzosen seit den letzten Wochen des Jahres 1793 eine erstaunliche Beharrlichkeit; wie wir es mit Wurmsers Armee gesehen haben, verwendeten sie viele Tage eine Reihe von Angriffen auf einen Punkt und entrissen zuletzt der Erschöpfung ihrer tapfern Gegner Vortheile, die ihnen der eigentliche Kampf nicht gegeben hätte.

Damit hing denn die neue Organisation des Heeres zusammen, wie sie Carnot schuf. Die herrschende Lineartaktik, die auf langer Uebung und künstlichen Evolutionen beruhte, ließ sich natürlich den Massen, die der Convent zu den Fahnen trieb, so leicht nicht anbilden, und so lange im Geiste der überlieferten Taktik Linie gegen Linie focht, waren die wohlgeschulten Truppen der alten europäischen Heere den Franzosen überall überlegen. So verband denn Carnot die neuen Elemente mit den Resten der alten Truppen, schuf aus ihrer Mischung die neuen Halbbrigaden, kam darauf zurück, verschiedene Waffengattungen in einen Körper zu verschmelzen, und führte diese Massen dann zum Angriff. Es galt den Feind durch zahllose einzelne Schläge zu verwirren, zu ermüden und seine Verbindung zu zerreißen, bis der Moment gekommen war, mit einem letzten gewaltigen Stoß die Kraft des Gegners zu zertrümmern.

Das Jahr 1793 hatte zum letzten Male das Uebergewicht der alten Kriegskunst gezeigt; schon die letzten Wochen deuteten auf einen Umschwung, wie ihn der folgende Feldzug gezeigt hat. Es begann die Zeit einer neuen Kriegskunst, gegen die wir Deutsche erst die alte austauschen mußten, bevor wir selber wieder dauernd siegen lernten.

Siebenter Abſchnitt.

Auflöſung der Coalition.

Die letzten Erfolge hatten das Selbſtvertrauen und den Uebermuth der Franzoſen ins Ungemeſſene geſteigert; ihre Siegesberichte im Convent und die Prahlereien ihrer Tribunenredner legen davon Zeugniß ab.*) Es wurde damals ſo laut und ſo allgemein dieſer Umſchwung des Kriegsglücks dem Heldenmuthe der Franzoſen, und nur dieſem, zu Gute geſchrieben, daß ſich ſelbſt in der geſchichtlichen Anſicht der Nachgebornen die Ueberlieferung erhalten hat, einzig und allein vor der unwiderſtehlichen Bravour des revolutionären Frankreichs hätten die Heere der andern Nationen das Feld räumen müſſen. Indeſſen wie dem auch ſein mochte, die Franzoſen hatten Urſache genug, zu triumphiren, denn die Revolution hatte ihren gefährlichſten Moment glücklich überſtanden und war nun erſt in der Lage, ihre ganze Angriffskraft zu entwickeln. Alle moderirten Parteien waren überwältigt; die Leute, die am Ruder ſtanden, mußten um ihrer ſelbſt willen die Fortdauer des Krieges wünſchen. Nur der Krieg gab noch die Handhabe zu einer Verlängerung der Ausnahms- und Schreckenszuſtände; der Friede war der erſte Schritt der Rückkehr zu regelmäßigen Verhältniſſen, der erſte Anfang einer Beruhigung der Revolution, wie ſie von den gemäßigten Parteien im Stillen gewünſcht ward. Mit dieſem kriegeriſchen Intereſſe der herrſchenden Faction traf aber das Begehren republikaniſcher Propaganda und der eingewurzelte nationale Trieb nach Eroberungen völlig zuſammen. Wenn es im Jahr 1793 einer

*) S. namentlich die Rede Barère's im Moniteur von 1794 S. 415. Wenn übrigens ein Officier aus Landau vor den Schranken des Convents erklären durfte: „il faudrait tout le papier de Paris pour recueillir touts les traits d'héroisme que je pourrois vous citer“ und die Gascognade lauten Beifall erntete, ſo durfte man ſich über nichts mehr verwundern.

feindlichen Heereskraft von beinahe 400,000 Mann und 80 Kriegsschiffen, trotz aller inneren Zwietracht der Parteien, trotz der Vendée, der Girondisten, trotz Lyons und Toulons nicht gelungen war, dem Krieg eine günstige Wendung zu geben, wie viel ungünstiger standen die Chancen jetzt, wo der Terrorismus die Parteien besiegt, Lyon und Toulon überwältigt hatte, wo die riesenhaften Rüstungen zum Kampfe erst vollendet, die zu den Fahnen getriebenen Massen erst zu Soldaten geworden waren! Frankreich hatte an Einheit der Gewalt, an Selbstvertrauen, an Soldaten und Feldherrn eine ungeheure Verstärkung erhalten; es handelte sich zunächst nicht mehr um eine Invasion in Frankreich, sondern wahrscheinlich nur um die Abwehr einer Invasion der Franzosen.

Wie ganz anders sah es im Lager der Coalition aus! Dort war nur die britische Regierung ernstlich entschlossen, der Ausbreitung der Revolution und dem Zuwachs an Macht, den Frankreich dadurch erwarb, mit äußerster Anstrengung entgegenzutreten. Von den übrigen Regierungen war höchstens Holland durch das oranische Hausinteresse zu gleichem Eifer getrieben. Wie es zwischen den beiden deutschen Großmächten stand, haben uns die letzten Ereignisse gezeigt; ihr Einverständniß war gelöst, die beiden Heere in bitterster Entzweiung, die Feldherrn, Staatsmänner und Diplomaten Beider eher wie Feinde als wie Alliirte gegen einander gestimmt. Der preußisch-österreichische Bund existirte thatsächlich nicht mehr; die Coalition von 1792 war in voller Auflösung.

Es konnte darüber seit Friedrich Wilhelms Abreise vom Rhein kaum mehr ein Zweifel bestehen. War er auch selber nur mit schwerem Herzen gegangen und noch im letzten Momente in seinem Entschluß wieder wankend geworden, die Verhältnisse, unter denen sein Aufbruch geschah, gaben ihm die Bedeutung einer Absage an die Coalition. Und die Erklärungen, die am 21. und 23. September an die bisherigen Verbündeten ergingen, sprachen das ja auch mit dürren Worten aus.*) Zwar gab sich Rußland dem Glauben hin, der nun erfolgte Abschluß in Polen, den es eben darum zuletzt gefördert hatte, werde eine Umkehr hervorrufen, und Katharina sprach in einem eigenhändigen Brief an den König die Hoffnung aus, daß er sich nun energisch auf die Franzosen werfen werde; allein im preußischen Lager war man von solchen Gedanken weit entfernt. Noch hegte freilich Friedrich Wilhelm II.

*) In der Erklärung, die Lucchesini am 23. Sept. an Lehrbach gab, lautete der Schluß: que S. M. se trouvant reduite contre son attente et malgré elle à la fâcheuse necessité d'aller en personne s'assurer par ses propres moyens des justes indemnités, dont elle avait pris possession en Pologne, elle serait obligée d'abandonner à son allié le soin d'en faire autant de son côté vis-à-vis de la France. Wie Caesars Bericht vom 11. Oct. beweist, legte man in Wien diesen Worten ganz den Sinn unter, den sie haben sollten.

keinen Wunsch eines Separatfriedens und auch Lucchesini und Manstein hüteten sich selbst in vertrautem Kreise, das bedenkliche Wort auszusprechen, aber darüber bestand unter Allen doch nur eine Meinung, daß man den kostspieligen Krieg so wie bisher nicht fortsetzen könne und ohne ansehnliche Subsidien sich auf die Stellung des Reichscontingents beschränken müsse. Jetzt erst strafte sich die scheue Unentschlossenheit von 1792, die diplomatisirende Halbheit von 1793; man war nun zu Ende mit seinen Mitteln und sah keinen Ausweg, aus dem eignen Lande neue beizuschaffen. In der Reihe von Actenstücken jener Zeit, die uns vorgelegen haben, finden sich vertrauliche Ergießungen des Königs, seiner Umgebung, seiner Diplomaten und seiner Feldherrn in Menge; sie stimmen alle in der Ansicht zusammen, daß Preußen sich zu sorglos in einen Krieg ohne Ausgang eingelassen und nun völlig außer Stande sei, nach Erschöpfung seiner Mittel dem Lande neue Lasten aufzubürden. Ich sehe mich, hieß es in einer Erklärung aus jenen Tagen, in der absoluten Nothwendigkeit, die letzten Ressourcen meines Staats zu schonen und meine Völker nicht durch einen Krieg zu erdrücken, der mich nicht direct betrifft. Die Pflicht verbietet mir, meinen Alliirten in einem dritten Feldzug dieselbe Hülfe wie bisher zu leisten, es sei denn, daß die verbündeten Mächte mir die Mittel lieferten, ferner Theil zu nehmen.

In diesem Sinne ward am 11. Oktober in Wien angefragt, ob Oesterreich für 1794 Preußens Hülfe wünsche und welche Mittel es bieten könne? Man dachte dabei natürlich nur an Subsidien; wie der König selbst am 21. Okt. schrieb: nicht Landerwerbungen, nur Geldmittel sind es, die ich bedarf. Die Antwort in Wien lautete: allerdings wünsche man die Fortsetzung von Preußens Hülfe; von den Mitteln aber schwieg man. Der Kaiser, erklärte Thugut am 27. Okt., werde Lehrbach nach Berlin senden.

Die Situation in Wien war dem preußischen Begehren freilich nichts weniger als günstig. Die Staatsmittel waren auch dort erschöpft, die einzelnen Kronlande kriegsmüde und widerwillig, die Kraft der Regierung zudem durch rivalisirende Coterien gelähmt, der alte Gegensatz gegen Preußen durch das Jahr 1793 neu geschärft; inmitten dieser Entkräftung war aber Thuguts ungeduldige Eroberungspolitik unverändert geblieben. Während man Gefahr lief, den eignen Besitz nicht mehr schirmen zu können, war seine Lüsternheit bald auf Baiern, bald auf das Elsaß, hier auf Vergrößerungen in Polen, dort auf Gebiete des osmanischen Reiches gerichtet. Man hätte denken sollen, bei solcher Neigung wäre die Hülfe Preußens um keinen Preis zu theuer erschienen: allein, indem man sich die weitgreifendsten Ziele steckte, stieß man zugleich die nächsten Mittel in eigensinniger Verbitterung von sich weg. Als jetzt das preußische Begehren in Wien bekannt ward, war alles andere eher vorhanden, als Neigung darauf einzugehen. Man wollte der Versicherung nicht glauben, daß Preußen erschöpft sei, man hegte den Verdacht, daß eine

neue Landerwerbung in der Absicht liege;*) und auch Solche, die diesen Argwohn nicht hegten, erklärten sich außer Stande, zu sagen, woher man die Mittel zu den Subsidien nehmen solle.**)

Am 5. Nov. stellte Preußen seine Forderung, es verlangte eine Summe von 22 Millionen Thalern, die in vierteljährigen Raten vorausbezahlt werden sollten. Die Höhe der Forderung machte es der abgeneigten Stimmung in Wien noch leichter, Nein zu sagen. Wenn der Kaiser, äußerte Thugut, sich selbst und seinen ganzen Hof verpfände, so könne er doch diese Summe nicht schaffen.***) Auch von englischer und russischer Seite hörte man: so wünschenswerth die Mitwirkung Preußens auch sei, diese Summe sei unerschwinglich. Im Hintergrund lag freilich bei Allen der Verdacht, den die polnischen Erfahrungen weckten, es sei auf eine neue Gebietsvergrößerung abgesehen, und das war ein Irrthum; vielmehr ist nichts gewisser, als daß Preußen mit seinen finanziellen Mitteln wirklich auf der Neige war. Aber der klägliche Verlauf des Feldzugs in die Champagne, gekrönt durch eine große Entschädigungsforderung, und nach der Gewährung derselben der Krieg von 1793 mit seinen schwächlichen Thaten und seinen geringen Resultaten, das Alles erwarb der preußischen Politik den Ruf, daß sie eine Taktik der Unwahrheit und Habgier übe, wo sie eben nur an der Frucht ihrer eignen Mißgriffe zu leiden anfing.

Es war nach diesen Vorzeichen nicht viel von der Sendung Lehrbachs nach Berlin zu erwarten; weder die Situation, noch der Mann stellte rasche Erfolge in Aussicht.

Inzwischen ließ auch Rußland sich vernehmen. Katharina stand eben im Begriff, einen neuen Krieg mit der Pforte zu beginnen und sich dazu der Mitwirkung Oesterreichs zu versichern †); schon aus diesem einen Grunde war es für sie unbedingt nothwendig, daß Frankreich, dessen Thätigkeit sie in Constantinopel zu spüren anfing, am Rhein vollauf beschäftigt ward. Des Königs Abreise war darum mit unverkennbarem Mißbehagen aufgenommen worden; als dann die Entscheidung in Polen erfolgte, war das Erste, was von Petersburg kam, eine Ermahnung zu eifriger Fortsetzung des Krieges im

*) Wie aus Malmesbury's Correspondenz hervorgeht, hielt man nachher auch die Schilderungen von Wurmsers Rückzug und dem Zustand seiner Armee für übertrieben; auch das sollte nur ein Manövre sein, sich im Preis zu steigern! Von solchen und ähnlichen Einbildungen ist die genannte Correspondenz erfüllt und darum, ungeachtet ihres Werthes, mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Daß auch die Holländer an dem wirklichen Geldmangel zweifelten und den Argwohn hatten, es sei nur übler Wille, ergibt sich aus van Spiegels Depesche an Baron Reede, d. d. Haag 2. Dec. Posselt's Annalen 1810 IV. 129.

**) Aus den Berichten Caesar's vom 11. 19. 28. und 29. Okt. 1793.

***) Caesar am 5. 12. 18. November.

†) S. darüber Sybel III. 35 f.

Westen. Wie jetzt Preußen seine Forderung in Betreff des künftigen Feldzugs stellte, da traf eine neue russische Mahnung ein und zwar mit dem Hinweis auf jenen Petersburger Vertrag, um dessen Nichtanerkennung durch Oesterreich ein guter Theil der Geschichte des Jahres 1793 sich bewegt hatte. Wenn Preußen dem entgegenhielt, daß sich zu einer energischen Kriegführung im Westen kein besseres Mittel biete, als Rußlands eigne Theilnahme, da ward auf die Bedrohung von Schweden und der Pforte verwiesen, durch die man im Schach gehalten sei. So wurde das Verhältniß beider Alliirten mit jedem Tage unfreundlicher. Ein Brief der Czarin (3. Dec.) mahnte abermals mit einer drängenden Ungeduld zur Fortsetzung des Krieges auch ohne Subsidien; Preußen, hieß es darin, werde am ersten sichere Allianzen finden, wenn es dieselben mit der am König bekannten Loyalität beobachte und respectire. Wenige Tage vorher hatte Goltz in Petersburg eine heftige Erörterung mit Markoff gehabt. Ermüdet durch den lehrenden und mahnenden Ton, den man gegen ihn anwandte, auch wohl verdrossen über die sichtbare Vernachlässigung, die ihn am Hofe traf, hatte er sich über die jüngsten russischen Erklärungen beklagt und den Vorwurf geäußert, Rußland sehe eher auf das Interesse aller anderen Mächte, als auf das Preußens. Die preußischen Soldaten, fügte er hinzu, kämpften gegen die Franzosen „par honneur“, gegen andere Feinde würden sie wie Tiger kämpfen. Ueberhaupt würde es gut sein, einen so eminent militärischen Staat wie Preußen mit einiger Vorsicht zu behandeln. Die Antwort der Czarin lag in dem trotzigen Brief von 3. December. In Berlin fühlte man sich viel zu bedrängt, um jetzt jedes scharfe Wort auf die Goldwage zu legen; man nahm die russischen Vorwürfe ruhig hin und tadelte Goltz, daß er sich so in Hitze bringen lasse. Er solle die russischen Eröffnungen anhören und mit Umsicht und Ruhe verfahren.*)

Die Unterhandlung mit Oesterreich kam unter diesen Umständen nicht vorwärts. Lehrbach war nach Berlin gekommen und hatte (Anf. Dec.) eine Denkschrift überreicht, worin im Allgemeinen die Fortsetzung des Krieges betont, aber über die Mittel nichts gesagt war. Auf das Drängen des preußischen Cabinets erklärte er, seine Instruction beschränke sich darauf, jenes Memoire zu überreichen und die Vorschläge Preußens anzuhören. Indessen saß Lucchesini in Wien und suchte dort eine bestimmte Antwort zu erlangen; er hatte vorgeschlagen, die 22 Millionen Thaler so zu vertheilen, daß der Kaiser drei, England neun, das Reich der übrigen zehn Millionen beibringe. Thugut betheuerte die Unmöglichkeit für Oesterreich, auch nur jene drei Millionen aufzubringen, und als der preußische Diplomat drängte, lehnte er die Forderung rund ab; der Kaiser könne nichts für Preußen thun, das Reich höchstens noch einige Römermonate aufbringen. Dazwischen hörte man denn

*) Goltz den 1. 5. 29. Nov., das Minist. am 15. Nov. u. 15. Dec.

laute Klagen über Preußens Politik und Kriegführung; Wurmſer ward in den Himmel erhoben, Preußen als der Zerſtörer der Reichsverhältniſſe bezeichnet.*) Auf preußiſcher Seite ward man ungeduldig und verlangte einen beſtimmten Beſcheid; ſonſt ſuchen uns, ſchrieb Luccheſini, die Oeſterreicher in den Krieg hereinzuziehen, ohne die Mittel zu gewähren. Allein die Antwort, die am 23. Dec. erfolgte, war wieder ausweichend; der Kaiſer, hieß es, könne ohne Mitwirkung Englands und des Reiches keinen bindenden Entſchluß faſſen, er werde aber baldmöglichſt durch Lehrbach ſeine Vorſchläge kundgeben.

Da kamen die Nachrichten von Wurmſers Niederlage; ihr Eindruck war um ſo lebhafter, je enger der General mit der in Wien herrſchenden Coterie verflochten war; ſein Mißgeſchick ſchien im erſten Moment den Sturz ſeiner Freunde und Beſchützer nach ſich zu ziehen. Kaiſer Franz ſprach ſich mit cyniſcher Unumwundenheit über dieſe Wendung der Dinge aus;**) er meinte ſelber, jetzt dürfe er ſich über die Andern nicht mehr viel beſchweren. Ich verſichere Sie, ſagte er zu Luccheſini, ich habe in dieſem Augenblick alle Eiferſucht gegen Preußen bei Seite geſetzt; haben wir wieder Ruhe, dann kann Jeder thun, was er will; jetzt aber müſſen wir einig ſein. Indeſſen dieſen Verſicherungen widerſprachen die Thatſachen. Mit einer unverkennbaren Abſichtlichkeit redete man in Wien von der Nothwendigkeit, Frieden zu ſchließen, warf die preußiſchen Forderungen weit weg, und ſchien höchſtens geneigt, als Luccheſini mit der Abberufung des Heeres drohte, die von Preußen beantragte einſtweilige Verpflegung des Heeres durch das Reich zu unterſtützen.***) So äußerte ſich wenigſtens in den letzten Tagen des Januar Thugut in Wien, Lehrbach in Berlin; allein es ſollte ſich bald zeigen, wie wenig es auch mit dieſer Verſicherung Ernſt war.

Indeſſen hatte England ſich zu dem Entſchluſſe aufgerafft, die drohende Auflöſung der Coalition durch eine thatkräftige Hülfe abzuwenden. Von der wirklichen Lage Preußens hatte man freilich auch in London nur eine unvollkommene Vorſtellung. Als man ſich im November 1793 dafür entſchied, Lord Malmesbury nach Berlin zu ſenden, dachte man wie Rußland und Oeſterreich, es ſei auch ohne Geldopfer Preußens Mitwirkung zum neuen Feldzug zu gewinnen. Man hielt es vorerſt für genügend, an die früheren Verträge zu erinnern, die Abneigung gegen Revolution und Jakobinismus anzurufen, an des Königs Redlichkeit und Bundestreue zu appelliren, alſo Preußen wie einen ſäumigen, übelwollenden Schuldner zu behandeln, den man halb durch moraliſche Vorſtellungen, halb durch Drohungen zur Zahlung anhält. Der gute Georg III., der einen wunderlichen Begriff von den Illu-

*) Das Miniſt. am 5. u. 7. Dec. Berichte Luccheſini's vom 7. 11. Dec.

**) J'ai fait une caca, dont je suis honteux, ſagte er zu Luccheſini; une expression, fügt dieſer hinzu, dont la naiveté seule peut faire passer l'indécence.

***) Luccheſini's Berichte vom 1. 4. 11. 15. 18. Januar 1794.

minaten haben mochte, legte besonderen Werth darauf, daß dem preußischen Monarchen, den er für einen Illuminaten hielt, recht eindringlich ins Gewissen geredet würde. Von der Geldangelegenheit war nur so obenhin die Rede; wenn, hieß es in der Instruction, die Klagen Preußens über seine finanzielle Bedrängniß wirklich gegründet seien, so könne man sich darüber wohl arrangiren, doch ohne die gerechten Ansprüche, die aus den Verträgen flössen, aufzugeben.

In diesem Sinne faßte denn auch Malmesbury, der gewiegteste unter den britischen Diplomaten jener Tage, seine Aufgabe. Auf dem Wege nach Berlin ließ er sich mit Geschichten über den preußischen Hof die Ohren füllen, hörte von Mansteins verdächtigem Einfluß, von Lucchesinis Zugänglichkeit in Geldsachen und von neuen Liebesintriguen erzählen, in welche die Höflingsschaft zur Befestigung des eignen Einflusses den König verflochten habe.*) Die Aufzeichnungen, die uns der berühmte britische Staatsmann darüber hinterlassen hat, sind eine Blumenlese aller der Klatschereien über die Hofmisère, die Liebschaften und das Günstlingswesen, wovon die diplomatischen Salons jener Tage sich genährt haben. Mit diesem Eindruck ging Malmesbury nach Berlin; es galt, so meinte er, nur eine geschickte Einwirkung auf Weiber, Favoriten und Höflinge, und die wohlberechnete Sprödigkeit des preußischen Hofes ward überwunden. Daß in Preußen der Staatsschatz erschöpft war, alle Welt zum Frieden neigte und selbst die Armee und ihre Führer nur noch mit Widerwillen in den Kampf gingen, daß sich auch mit britischen Subsidien lediglich eine kurze Frist erlangen ließ, nach deren Verlauf dann Preußen doch vom Kampfplatz abtrat, davon hatte der Abgesandte des britischen Ministeriums, wie sich aus seinen eigenen Zeugnissen ergibt, noch keine Vorstellung.

In den letzten Decembertagen hatte Malmesbury mit dem preußischen Monarchen die ersten Unterredungen; gleichzeitig war außer dem österreichischen Unterhändler auch der Prinz von Nassau im Namen der russischen Kaiserin eingetroffen, die Vorstellungen der Coalition zu unterstützen. Friedrich Wilhelm II. erklärte in der bestimmtesten Weise, daß er nicht von dem Bunde zurücktreten wolle, aber es fehlten ihm, das versichere er auf sein königliches Ehrenwort, die Geldmittel zu einem dritten Feldzuge. Die Lasten des Landes seien aufs äußerste gespannt, neue Steuern könne er nicht auflegen, ein Anlehen vertrage sich nicht mit der Natur des preußischen Staates. In demselben Sinne äußerten sich die Minister. Im Verlauf der weitern Verhandlung tauchte dann der Vorschlag Preußens auf: hunderttausend Mann ins Feld zu stellen, von denen etwa drei Viertheile durch Subsidien der Verbündeten unterhalten würden. So wie die Dinge einmal lagen, erschien es

*) S. die diaries and correspondence of Iames Harris first earl of Malmesbury London. 1845. III. 1—7. 12—30. 43.

jedenfalls im Interesse der Coalition, entweder rasch darauf einzugehen, oder kurzweg abzubrechen; nur eines war durchaus verkehrt, in dem Feilschen um einige hunderttausend Thaler die kostbarsten Momente zu verlieren. Eben dies Letzte ist aber geschehen. Statt schnell die Sache abzumachen, war man gerade auf diesen Fall am wenigsten vorgesehen und wartete Wochen lang auf Instructionen. Zur Herstellung der inneren Eintracht ward dann diese Zeit nicht benutzt. Lucchesini, dessen innerste Meinung viel mehr zum Frieden, als zu einem neuen Kriegsbündniß neigte, war als Unterhändler für Wien nicht glücklich gewählt; noch weniger eignete sich Lehrbach für die Verhandlung in Berlin. Er hetzte nur den britischen Diplomaten gegen Preußen*) und trug alle jene Gerüchte und Ausstreuungen geschäftig herum, welche den Riß zwischen den schon entzweiten Mächten unheilbar erweitern mußten.

Wie man im Kreise der preußischen Staatsmänner die Lage ansah, darüber gibt ein vertrautes Schreiben aus jenen Tagen genügenden Aufschluß.**) Die Alternative, den Krieg fortzusetzen, oder sich allein zurückzuziehen, heißt es da, ist gleich gefährlich für Preußen und es läßt sich sehr schwer sagen, welcher der beiden Wege der verderblichere ist. Einen dritten Feldzug ohne genügende Unterstützung beginnen, hieße den Staat auf's äußerste erschöpfen, vielleicht ihn dem Ruin preisgeben, und selbst Länderentschädigungen, wenn sie uns nicht zu gleicher Zeit das nöthige Geld für den Krieg liefern, können uns nicht helfen. Wer kann auf der andern Seite die Folgen berechnen, wenn der König die Parthie verläßt? Ist dann nicht zu fürchten, daß der deutsche Süden, Belgien, selbst Holland überschwemmt und ausgeplündert werden? Ob aber der Krieg uns dagegen schützen und ein dritter Feldzug bessere Ergebnisse bringen wird, als die beiden ersten? Schwerlich. Ein allgemeiner Friede muß doch einmal geschlossen werden; könnte man auch nur eine Sicherheit gegen die Einfälle und die Propaganda der Revolution erhalten, dann wäre es immer noch besser, um diesen Preis recht bald einen Frieden zu schließen, als den Rest unserer Kräfte in vergeblichen Versuchen zu erschöpfen.

In dieser peinlichen Rathlosigkeit stand nur eines fest: die „absolute Unmöglichkeit", wie sich der König in einem Schreiben vom 11. Januar ausdrückte, den Kampf auf preußische Kosten fortzusetzen, und der Entschluß, wenn die Hoffnung auf Geldhülfe sich zerschlage, das ganze Heer bis auf das Reichscontingent zurückzuziehen. Aber je weniger diese Angelegenheit fortschritt, desto mißmuthiger ward die Stimmung. Von Wien ward berichtet, daß Wurmsers Gunst und der Einfluß seiner Beschützer fortdauere, daß man

*) S. Malmesbury's Bemerkungen III. 38. 48. Ueber die Verhandlungen ebendas. 33—41.

**) Schreiben Schulenburg's an Tauenzien d. d. 11. Januar.

wenig geneigt ſei, Subſidien zu bezahlen, vielmehr laut davon rede, das Bündniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen, „die Quelle alles Uebels“, zu zerreißen.*) So verſtrich Woche für Woche, ohne Ausſicht auf Entſcheidung, und doch wäre es hohe Zeit geweſen, den neuen Kriegsplan feſtzuſtellen. In dieſer Noth kam man denn auf einen andern Ausweg: Preußen ſchlug in Wien vor, es ſollte einſtweilen vom 1. Februar an die Verpflegung des preußiſchen Heeres auf Reichskoſten übernommen werden.

Der Antrag ward Ende Januar an den Reichstag eingereicht; das Reich ſolle ſich zur täglichen Ernährung des preußiſchen Heeres vom 1. Februar an verpflichten und die ſechs vorderen Reichskreiſe einſtweilen die Naturalverpflegung übernehmen. Die Aufnahme, die der Antrag fand, verhieß gleich anfangs wenig Erfolg. Zwar erklärte die kaiſerliche Vertretung (26. Jan.), „aus freundſchaftlicher Aufmerkſamkeit wolle der Kaiſer im gegenwärtigen Augenblick der preußiſchen Verpflegungsforderung nachſtehen“, aber es ward beinahe in demſelben Augenblick ein kaiſerliches Commiſſionsdecret (vom 20. Jan.) eingereicht, deſſen Verhandlung wie darauf berechnet war, das Anſinnen Preußens zu durchkreuzen. Es war darin einmal gefordert, auf Mittel zu ſinnen, wie die ſäumigen und ungehorſamen Reichsſtände zur Stellung ihres Contingents angehalten werden könnten, dann war eine allgemeine Bewaffnung ſämmtlicher deutſcher Grenzbewohner in Vorſchlag gebracht und überhaupt der patriotiſche Beirath des Reichstages aufs dringendſte nachgeſucht. Ob bei der Zerrüttung des Reiches an ſolch eine nationale Waffenrüſtung auch nur zu denken ſei, ließ ſich mit guten Gründen bezweifeln; wie dieſe Verhältniſſe einmal waren, lag es doch viel näher, eine vorhandene Armee, wie die preußiſche, durch mäßige Opfer auf dem Kriegsſchauplatze zu erhalten, als zu einer wahrſcheinlich mißlungenen Copie der levée en masse ſeine Zuflucht zu nehmen.

In jedem Falle ließ ſich aber die Beſchleunigung, die Preußen gewollt, gerade in Regensburg am wenigſten erreichen; es hatte ſich daher mittlerweile an die ſechs vorderen Reichskreiſe direct gewandt und zugleich die Mitwirkung von Kurmainz angerufen. Auch hier war die Aufnahme keine günſtige; ſtatt Hülfe erntete man bittere Klagen der Kleinen und den unverhohlenen Vorwurf, nicht das Reich, ſondern der König von Preußen habe den Krieg angefangen. Dieſe Herren warteten, bis die Franzoſen kamen, um dieſen dann das Drei- und Vierfache von dem zu bewilligen, was jetzt für die Verpflegung deutſcher Heere verſagt ward. Bei Baiern z. B., das nachher 1796 die Moreau'ſche Armee ſehr reichlich verpflegte, machte Preußen jetzt noch einen beſonders dringenden Verſuch, ſtellte vor, daß Baiern ſeit einem halben Jahrhundert im Frieden lebe, an ſich ein reiches Land ſei, und ſprach die prophetiſche Ahnung aus: „ein einziger kurzer Streifzug kann unendlich mehr koſten,

*) Nach Depeſchen vom 11., 16. und 23. Januar.

als die ganze Forderung des Königs; wer sieht nicht ein, daß man alsdann zu spät bereuen wird, sich ein sehr großes Ungemach zugezogen zu haben, weil man das kleine zu übernehmen sich weigerte?" Aber alle diese Vorstellungen waren erfolglos.*)

Die gehässigen Gerüchte, die dann gleichzeitig auftauchten, Preußen wolle eine Säculariſation geiſtlicher Güter vornehmen, oder ſtehe bereits mit Robespierre in Unterhandlung, waren grundlos; ſie wurden auch, wie es ſcheint, von den Kleinen nur in der Abſicht herumgetragen, die eigene Unthätigkeit mit dieſen Anklagen zu entſchuldigen. Eines dieſer Gerüchte hat damals eine gewiſſe Glaubwürdigkeit erlangt. Wie im Februar einige franzöſiſche Commiſſaire wegen des Austauſches der Gefangenen am Rhein anlangten und in prahleriſchem Aufzuge, mit den drei Farben geſchmückt, von preußiſchen Truppen escortirt, auch in Frankfurt von Kalkreuth, deſſen Meinung immer zu Frankreich neigte, zuvorkommend empfangen wurden, da konnte wohl das Gerücht ſich befeſtigen: Preußen habe mit dieſen Leuten Einverſtändniſſe angeknüpft. Von Manſtein und den andern Friedenspolitikern ward wohl ein ſolcher Gedanke nicht zurückgewieſen, aber der König wollte ausdrücklich jede nähere Beſprechung mit dieſen Leuten vermieden wiſſen.**)

So endete der Rundgang im Reich fürs erſte mit gegenſeitiger Verſtimmung und dem ſehr ernſtlich gemeinten Drohen Preußens, es werde nun ohne Säumen ſeine Truppen zurückziehen. Jetzt ſtand die ganze Ausſicht, die Coalition zu erhalten, auf der Unterhandlung Lord Malmesburys. Derſelbe hatte am 5. Febr. endlich Vollmacht erhalten, für die Aufſtellung einer preußiſchen Armee von hunderttauſend Mann eine Subſidie von zwei Millionen Pfund Sterling zu bieten, von der England zwei Fünftheile, Oeſterreich, Holland und Preußen ſelbſt je eines aufbringen würden. Preußen

---

*) Nach der angef. Reichstagscorreſpondenz von 1794.

**) Am 22. Februar ſchrieb Manſtein im Auftrag des Königs an Möllendorf: „daß S. M. einigermaßen beſorgt ſind, daß die Ankunft der franzöſiſchen Commiſſairs einen Verdacht bei unſern Alliirten erregen könnte, als wollte man ſich mit dieſen Leuten noch weiter einlaſſen und vielleicht in einige Negotiationen entriren, als wozu ſie wahrſcheinlich auch wohl inſtruirt ſein mögen, als welches Anſehen S. M. ſchlechterdings evitiren wollen. Ich muß es natürlicher Weiſe ganz dahin geſtellt ſein laſſen, in wiefern man die Aeußerungen dieſer Leute wenigſtens anhören könnte, aber das dächte ich doch immer, daß man ſich mit ihrer Abfertigung nicht zu preſſiren brauchte, indem, wenn auch gleich wir Bedenken tragen müſſen, uns auf irgend eine Weiſe mit dieſen Leuten einzulaſſen, es denn doch vielleicht Mittel an die Hand geben könnte, daß die verſammelten Kreiſe ſich mit ihnen einließen, und vielleicht wäre durch dieſe die Neutralität des Reiches zu bewirken. Es iſt ein bloßer particulairer Gedanke von mir." (Aus der Möllendorf'ſchen Correſpondenz) Vgl. damit die Erklärung des Königs bei Malmesbury III. 64.

war bereit darauf einzugehen, an Hollands Einwilligung war nicht zu zweifeln, es hing alſo das Ganze nur von der Zuſtimmung Oeſterreichs ab. Nun hatten zwar die letzten Vorgänge keinen günſtigen Eindruck von der Stimmung in Wien erweckt; allein der Vortheil, ſich Preußens Mitwirkung zu verſichern, war Angeſichts der fortſchreitenden Gewalt der Revolution doch zu einleuchtend und die Ausſicht Oeſterreichs, für ſich allein den Krieg mit Erfolg fortzuſetzen, viel zu gering, als daß man hätte zweifeln können, das Wiener Cabinet werde um dies mäßige Opfer Preußen beim Kriege feſthalten. Aber das Unerwartete geſchah: Oeſterreich lehnte den Beitritt zum Subſidienvertrag ab (Mitte Febr.). Zu der überlieferten Abneigung gegen Preußen, die aus den neueſten Vorgängen reiche Nahrung geſogen, zu dem kurzſichtigen Eigenſinn des Kaiſers und ſeiner Rathgeber war ein Neues hinzugekommen: die Ausſicht auf einen Türkenkrieg, zu dem ſich Rußland eben waffnete und von deſſen Spolien ein Theil für Oeſterreich zu erlangen ſchien. Thuguts Erregbarkeit bei Verſuchungen dieſer Art war ebenſo groß, wie ſeine Neigung zu ſolch abenteuernder Politik. Zwar war kein Augenblick ungünſtiger zur Wiederaufnahme der unglücklichen Politik Joſephs II., Rußland in der Auflöſung der Türkei zu unterſtützen, denn ſchon drohte der Brand von Weſten das eigene Haus zu ergreifen; allein die fieberhafte Begehrlichkeit des öſterreichiſchen Staatsmannes trug wie früher in der polniſchen und in der bairiſchen Frage den Sieg davon. Er ſtieß die preußiſche Hülfe, die den Rhein decken konnte, leichtfertig zurück und wiegte ſich dafür in Träumen naher Vergrößerung in Serbien und Bosnien.

Die Stimmung in Berlin war aufs äußerſte gereizt; die Friedenspolitiker hielten den Moment für gekommen, im Verein mit England einen Weg zu Unterhandlungen mit Frankreich zu ſuchen,*) der König ſah ſich nun im Falle, die angedrohte Rückberufung ſeines Heeres zu vollziehen. Zu gleicher Zeit war am Rhein Graf Browne als Wurmſers Nachfolger angekommen; aus deſſen Reden glaubte Möllendorf ſchließen zu müſſen,**) daß die Thugutſche Politik die Preußen gerne ziehen ſähe, um in Süddeutſchland das Uebergewicht zu erlangen und Preußen nur die Wahl zu laſſen zwiſchen einer Fortführung des Kampfes ohne Subſidien oder der Gehäſſigkeit, das Reich im Stich zu laſſen. Ein letzter Verſuch, durch die Sendung des Prin-

*) Schreiben Manſteins an Möllendorf d. d. 24. Febr.

**) Schreiben Möllendorfs d. d. 18. Febr. En poursuivant ce plan la Cour Imp. a l'avantage de nous placer entre deux partis extrêmes, nuisibles ou ruineux pour la monarchie, l'un 1) de retirer l'armée, d'abandonner l'Empire à son sort, à l'ennemi et à l'Autriche et de le perdre immanquablement pour nous; l'autre 2) de continuer la guerre en renonçant à nos justes conditions, d'y perdre sans fruits des frais énormes et de travailler ainsi gratuitement à notre ruine.

zen von Nassau nach Wien günstigere Entschlüsse zu bewirken, schlug fehl wie die früheren.

So erfolgte denn, womit längst gedroht war: eine Cabinetsordre vom 11. März wies Möllendorf an, mit der preußischen Armee abzuziehen und nur das vertragsmäßige Contingent von 20,000 Mann zurückzulassen. Möllendorf war darauf doch nicht gefaßt gewesen und seine Briefe sprechen es unumwunden aus, wie peinlich er von diesem Entschlusse berührt war. Die Verlegenheit, sagte er, ist groß für mich, und da nichts vorbereitet ist, wird die Verwirrung noch größer; aber auch im Reiche wird der Schrecken allgemein sein.*)

In der traurigen Lage, wie sie war, bei der tiefen inneren Entzweiung Oesterreichs und Preußens, dem Egoismus und der Schwäche der Kleineren, der Lähmung des ganzen Reiches war dieser Entschluß gleichwohl noch nicht der schlimmste von allen; man möchte vielmehr im deutschen wie im preußischen Interesse wünschen, es wäre dabei geblieben. Es lagen für Preußen Gründe genug vor, seine Theilnahme an dem Kriege auf ein bescheideneres Maß zu beschränken; viel besser, es ließ ein Contingent von 20,000 Mann am Rhein und blieb so mit der Sache des gesammten Deutschlands auch fernerhin verflochten, als daß es, durch britische Subsidien verlockt, noch einmal mit größerer Macht in einen Krieg eintrat, den doch seine einflußreichsten Staatsmänner nicht wollten, seine Finanzen nicht mehr ertrugen. Schlug dieser neue, ohne inneren Eifer unternommene Versuch fehl, so gewann die Politik des Friedens um jeden Preis wahrscheinlich bald den Sieg und drängte die Monarchie Friedrichs des Großen in die unheilvollen Bahnen eines Separatfriedens.

Der Entschluß vom 11. März hatte das Lager der Coalition erschreckt. Die Diplomatie der Seemächte verdoppelte nun ihre Anstrengungen, der Kurfürst von Mainz suchte beim Reichstag günstigere Stimmungen zu erwecken, und auch im österreichischen Lager bemühten sich einzelne Persönlichkeiten, wie der Erzherzog Carl, der Prinz von Coburg, mit Eifer für das Festhalten Preußens bei der Coalition. Das Entscheidende geschah aber in Berlin selbst; der König konnte es nicht über sich gewinnen, vom Kampf zurückzutreten**) und Lord Malmesbury, nun überzeugt, daß es Ernst war mit dem Rückzuge, ging über die enge Grenze seiner Instructionen hinaus und suchte um Alles die Vollziehung eines Entschlusses zu hindern, der die Auflösung der Coalition enthielt. Noch gelangte er zwar nicht zu einer förm-

*) Schreiben Möllendorfs d. d. 16. März.

**) Seinen Gedanken, daß er sich immer noch „comme tenant à la cause de l'Europe entière" betrachte, hatte Haugwitz in einem „memoire sur les conjonctures actuelles" vom 3. März ausgeführt und für eine Erneuerung der britischen Verhandlung gestimmt; Alvensleben hatte ein Gutachten für sofortigen Rücktritt verfaßt.

lichen Uebereinkunft, aber er ſtimmte doch den König dafür, kam in leidliches Einvernehmen mit Haugwitz und brachte es dahin, daß Preußen ſich bereit erklärte, im Haag weitere Unterhandlungen mit den Seemächten zu pflegen.*) Malmesbury hielt es ſchon für eine günſtige Wendung, daß die Verhandlung nach dem Haag verlegt und damit allen den Einwirkungen der Friedenspolitik entzogen ward, die ſich in Berlin ſchon ſehr fühlbar machten; mit guten Erwartungen reiſte er am 23. März nach den Niederlanden ab. Der Abmarſch der Truppen am Rhein hatte noch nicht begonnen, da nichts vorbereitet und Möllendorf natürlich nicht allzueilig war. Im Anfang April erfolgte denn auch die Erklärung des Königs, er habe, da die Unterhandlungen mit England noch ſchwebten und in der Hoffnung auf die Unterſtützung des Reichs, den Wünſchen der Reichsſtände, die Armee noch am Rhein zu laſſen, nachgegeben. An Möllendorf hatte Haugwitz aus dem Haag ſchon am 31. März die Weiſung ergehen laſſen, den Abmarſch der Truppen zu ſiſtiren.

So gelang es denn noch einmal, im Haag das gelockerte Bündniß nothdürftig zuſammenzukitten; die Seemächte waren in der dringenden Sorge, Preußen ganz ausſcheiden zu ſehen, williger zum Zahlen geworden und Preußen ließ ſich von dem lockenden Anblick der Subſidien noch einmal in die Wege einer Politik zurücklenken, der es bereits innerlich entfremdet war. Eine unbefangene Betrachtung konnte ſich kaum des Gedankens entſchlagen, daß der Vertrag, den jetzt am 19. April die Vertreter Englands und Hollands mit Haugwitz abſchloſſen, ein letzter Verſuch ſein würde, die Coalition zuſammenzuhalten; welche Kraft ſollte aber ein Bund bewähren, den ein unter ſolchen Schmerzen geborener Vertrag nur mit Mühe hatte zuſammenknüpfen können? Um das Fortſchreiten, ſagte der Vertrag vom 19. April, des anarchiſchen und verbrecheriſchen Syſtems zu hemmen, wovon die bürgerliche Geſellſchaft bedroht iſt, verſpricht Preußen eine Armee von 62,400 Mann aufzuſtellen, die gegen Ende Mai an dem Orte ihrer Beſtimmung ſein ſollte. Dieſe Armee, von einem preußiſchen Feldherrn geführt, ſollte nach einer militäriſchen Uebereinkunft zwiſchen Großbritannien, Preußen und Holland da verwendet werden, wo es den Intereſſen der Seemächte am zuträglichſten ſcheine. Dafür verſprachen dieſe vom 1. April an monatlich 50,000 Pfund Sterling zu bezahlen; außerdem 300,000 Pfund für die erſte Ausrüſtung, einen Zuſchuß zur Verpflegung und noch einmal 100,000 Pfund bei dem Rückmarſch der Truppen. Alle Eroberungen, welche durch dieſes Heer ge-

*) Malmesbury III. 75—81. Eine miniſt. Erklärung vom 21. März ſagt darüber: voilà donc un dernier effort que je fais pour montrer ma bonne volonté et mon désir d'être utile à la cause commune; mais si l'on continue après cela de m'opposer de tout côté une résistance opiniâtre, il n'y aura plus de reproche à me faire.

macht würden, sollten im Namen der beiden Seemächte erfolgen und auch ihnen zur Verfügung stehen.*)

Man mochte diesen Vertrag drehen, wie man wollte, Preußen vermiethete darin seine Truppen an England und Holland und trat also mit den deutschen Kleinstaaten, die aus solchen Verträgen längst ein Geschäft gemacht, in eine Linie. Die Armee selbst, ohnehin gegen die Fortsetzung dieses Krieges gestimmt, ward darüber unruhig und Möllendorf hielt es für nöthig, dem durch einen ohne Zweifel sehr ungewöhnlichen Schritt zu begegnen. In einem öffentlichen Aufruf an das Heer widersprach er dem Gerücht, die preußische Armee sei an die Seemächte vermiethet. Auch Haugwitz suchte schon vor dem Abschluß des Vertrages solchen Deutungen entgegenzuwirken.**) Hörte man aber die Verhandlung im britischen Parlament und den Ton, worin Pitt und Grenville der Opposition gegenüber rühmten, welch ein gutes Geschäft es sei, für so billiges Geld so viel tausend Preußen erhandelt zu haben, so konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß der Vertrag dem moralischen Ansehen Preußens eine schlimmere Wunde beigebracht, als durch fünfzigtausend Pfund Sterling monatlich zu vergüten war. Viel besser wahrhaftig, Preußen ließ sich durch die Erschöpfung seiner Finanzen, durch die bitteren Erfahrungen der letzten Kriegsjahre, durch die Wirren in Polen und die unermeßliche Schwierigkeit eines zwiefachen Krieges am Rhein und an der Weichsel geradezu bestimmen, aus der Coalition auszutreten, und beschränkte sich auf die Leistung seines reichsständischen Contingents. Das wäre keine glorreiche und glänzende, aber eine Politik gewesen, wie sie aus den Umständen entsprang. Ging doch in der bunten Coalition, zum „Schutz der bedrohten bürgerlichen Gesellschaft", jedes einzelne Glied nur seinen persönlichen Interessen nach und verfolgte sie im Nothfall auf Kosten sämmtlicher Mitverbündeten! Mit dem Vertrag vom 19. April aber waren Subsidien, sonst nichts gewonnen. Man ließ sich bezahlen für eine Hülfe, die doch nur mit halbem Willen geleistet ward, half den Krieg verlängern, ohne damit einen erträglichen Frieden zu erkaufen, und befand sich nach einem Feldzug

*) S. Martens, recueil des traités V. 283 ff.

**) In einer Depesche an Möllendorf d. d. 15. April heißt es: „Der Tractat mit den Seemächten, über dessen Schließung jetzt unterhandelt wird, gründet sich auf die fernere Cooperation des Königs als mitagirender Macht, so wie es die Würde unseres Staates erfordert. Es ist die Rede von einer von uns zur Coalition zu stellenden Armee und die Subsidien, welche von den Alliirten dafür gezahlt werden, können ebensowenig, als es im siebenjährigen Kriege in Absicht der englischen Subsidien geschah, als ein Sold angesehen werden, sondern sie sind vielmehr als eine Hülfe, ein Tribut zu betrachten, den man in diesen gefahrvollen Zeiten einer militärischen Macht, wie die preußische ist, zu reichen sich disponiret findet, um sie bei der Coalition zu erhalten." (In der Haugwitz'schen Correspondenz über den Haager Vertrag.)

von sechs Monaten in einer noch peinlicheren Alternative, als jetzt im Frühjahr 1794.

Der Vertrag litt zugleich an einer Zweideutigkeit, die den ganzen Erfolg der verabredeten Hülfe in Frage stellte. Das preußische Heer sollte „nach einem militärischen Einverständniß zwischen England, Preußen und den Generalstaaten dort verwendet werden, wo es den Interessen der Seemächte am angemessensten erscheine." Die beiden Seemächte verstanden dies, wie sich bald zeigte, durchaus so, daß sie die preußische Hülfsmacht, ganz oder getheilt, am Rhein oder in den Niederlanden gebrauchen konnten, wie es ihnen angemessen schien. In London wünschte man sie am liebsten in Belgien zu verwenden und hätte dies gern als ausdrückliche Bedingung in den Vertrag aufgenommen. Der preußische Oberfeldherr hatte davon keine Ahnung; er legte den größten Nachdruck auf das „militärische Einverständniß" und dachte nicht anders, als daß der Gang der Operationen von seiner Zustimmung abhängig sein würde. Haugwitz hatte ihn in dieser Ansicht durch unzweideutige Erklärungen bestärkt*) und weigerte sich auch im Haag, den Marsch nach Belgien als ausdrückliche Bedingung in den Vertrag aufzunehmen, aber er stimmte denn doch zu der oben erwähnten Fassung, die das Unglück hatte, zwei ganz verschiedene Deutungen zuzulassen. Als Möllendorf davon erfuhr, fand er gleich, daß das ein übel gewählter Ausdruck sei und doch kannte er nicht einmal die ganze Bestimmtheit des Wortlauts.**) So meinte denn

*) Am 31. März schrieb Haugwitz an Möllendorf: „Wie und wo diese Armee, vorausgesetzt daß wir die Mittel zur ferneren Cooperation erhalten, künftig agiren soll, muß meines Dafürhaltens lediglich und allein einem militärischen Concert überlassen werden." Dann am 15. April: „Der Ort, wo die solchergestalt zu stellende Armee zum gemeinschaftlichen Besten agiren soll, kann nie anders als durch ein concert militaire und in Uebereinstimmung eines entweder schon gemachten oder noch zu formirenden allgemeinen Operationsplanes bestimmt werden und hieraus erhellt die große Nothwendigkeit, daß ein solches militärisches Uebereinkommen der hiesigen Negotiation auf dem Fuße folge und so geschwind als möglich zum Schluß gebracht werde." Aehnliche Aeußerungen in den Depeschen vom 20. und 24. April. Dann am 10. Mai: „Bei der im Haag abgeschlossenen Convention ist mit dem größten Fleiß der militärische Theil so allgemein und so wenig verbindlich als möglich abgefaßt worden; einmal weil wir alle, die wir die Negotiation zu betreiben hatten, von der Kriegskunst keine Kenntniß haben, hauptsächlich aber auch, damit dieser militärische Theil, nämlich die Bestimmung wo? und wie unsere Armee cooperiren soll? allein dem Ermessen E. E. vorbehalten bleiben möchte." Wozu der Marschall am Rande bemerkt: „Wie kann man also englischer Seits behaupten, daß es eine abgemachte Sache sei, nach Brabant zu marschiren?" (Aus der angef. Correspondenz).

**) Haugwitz hatte ihm (Depesche vom 11. Juni) die Worte nur ungefähr so angegeben: conformément aux interêts des puissances maritimes, während sie im

das britiſche Cabinet, die Preußen würden nach Belgien aufbrechen; und im preußiſchen Lager dachte man an nichts anderes, als an eine Fortſetzung des Feldzugs am Rhein.*) Es unterſtützte dieſen Glauben der Eifer, womit Lord Malmesbury ſelbſt, eben noch beim Beginn der Haager Verhandlung, das Stehenbleiben Möllendorfs am Rhein als Vorbedingung gefordert hatte. Das waren Unklarheiten, die zu löſen man im Haag verſäumt hatte; man überließ es beiderſeits der Zukunft, das ins Geleiſe zu bringen. Gleich dieſe erſte Differenz hat aber, wie wir ſehen werden, ihr gutes Theil dazu beigetragen, das neue Bündniß und die preußiſche Hülfe zu lähmen.

So waren die erſten vier Monate des Jahres über dem Bemühen, die wankende Coalition zuſammenzuhalten, verloren worden, ohne daß draußen im Feldlager etwas Erwähnenswerthes geſchah. Es fehlte nicht an Entwürfen und Plänen, aber die Ungewißheit der Mittel hielt die Ausführung zurück. In den Niederlanden hatte man ſchon zu Anfang des Jahres große Berathungen gepflogen, Mack war wieder als militäriſches Factotum aufgetaucht, hatte ſich nach England begeben, um dort mit Staatsmännern und Soldaten die künftigen Kriegsoperationen zu beſprechen. Es handelte ſich um nichts Geringeres, als um die endliche Entſcheidung des Kampfes durch ein paar gewaltige, kraftvolle Schläge. Mit einer Maſſe von 200,000 M. ſollte der Angriff an der Grenze Flanderns unternommen, die Vertheidigungslinie von Landrecies, Cambray und Arras erobert und wenn nicht in dieſem Feldzuge, ſo doch in den erſten Monaten des nächſten durch den Angriff auf Paris ſelbſt die Revolution überwältigt werden.**) Sowohl dieſer Plan als ſeine verſchiedenen Abſtufungen ſind Entwurf geblieben; wir laſſen daher die Debatten darüber, die Kritiken und Angriffe, die von anderer Seite dagegen erhoben wurden, unerörtert. Selbſt vorſichtige öſterreichiſche Beurtheiler ſind der Anſicht, daß der Entwurf in ſeinen verſchiedenen Geſtalten ſich vielfach auf „unzuverläſſige Vorausſetzungen und bedingte Umſtände“ geſtützt — mit anderen Worten, daß man, wo es auf die Durchführung im Einzelnen ankam, die Rechnung ohne den Wirth gemacht hatte. Am meiſten galt dies von der Mitwirkung der preußiſchen Armee; zu einer Zeit, wo ſie zum Abmarſch bereit ſtand oder doch ihre künftige Thätigkeit ſehr im Dunkeln ſchwebte,

---

Vertrag ſelber noch ſchärfer lauteten (là, où il sera jugé le plus convenable aux interêts des Puissances maritimes).

*) Namentlich hatte Möllendorf bei jedem Anlaß ſeinen Widerwillen gegen einen Zug nach Belgien ausgeſprochen und in einem Schreiben vom 31. März an Lucheſini geradezu mit ſeinem Rücktritt gedroht, wenn man ihn nach Belgien ſchicken werde.

**) S. Oeſterr. milit. Zeitſchrift 1831. II. S. 4 ff. Vergl. 1818. I. 266. 280 f. 283 ff.

wies ihr der Entwurf wichtige Rollen zu, die Marschall Möllendorf, von allen anderen Bedenken abgesehen, mit der einfachen Erklärung beantworten konnte: daß er von den Unterhandlungen nichts wisse und nicht sagen könne, wie weit Preußen zu den künftigen Operationen mitwirken werde.

Das kaiserliche Hauptquartier in Belgien war freilich in einer nichts weniger als beneidenswerthen Lage; zwischen ihm und dem Wiener Cabinet bestand ein tiefer Zwiespalt, dessen Ursprung wieder auf die jüngsten Wendungen der österreichischen Politik zurückführte. In allen Entwürfen, die von Coburg und Mack ausgingen, war die Hülfe der Preußen und die Deckung des Rheins durch sie die oberste Voraussetzung; vielleicht an keiner Stelle des weiten Schauplatzes der Politik und Kriegführung jener Tage war das Gefühl der Unentbehrlichkeit preußischer Mitwirkung lebendiger, als dort. Es läßt sich denken, wie unangenehm dem kaiserlichen Hofe, der eben diese Hülfe von sich stieß, die Mahnungen Coburgs in die Ohren klangen. Der Prinz und Mack erhielten vom Kaiser herbe Zurechtweisungen; es ward ihnen bedeutet, daß sie sich innerhalb ihrer Grenzen zu halten hätten, statt aus „ganz irrigen Voraussetzungen falsche Folgerungen zu ziehen" über Gegenstände, welche der Kaiser sich vorbehalte, nach seiner eigenen Einsicht abzumessen" (12. März). Als dann die Nachricht von der Abberufung des preußischen Heeres eintraf, war der Prinz in Verzweiflung; die jüngste Rüge vergessend, wandte er sich an Friedrich Wilhelm II., an Möllendorf, und schickte den Erzherzog Carl nach Wien, um durch dessen persönliches Ansehen eine Umkehr der Politik hervorzurufen. Kaiser Franz nahm diesen ungewöhnlichen Schritt noch übler auf, als die früheren Rathschläge; als der Erzherzog (27. März) in Wien eintraf, ward er ungnädig empfangen und angewiesen, binnen drei Tagen nach Belgien zurückzukehren. Ein dringendes Schreiben Coburgs, worin er „fußfällig bat", nicht das Verderben über Oesterreich heraufzubeschwören, blieb natürlich ebenso fruchtlos.*) Das einzige Lebenszeichen, daß man den Krieg in Belgien mit Kraft aufnehmen wolle, war die Ankündigung: der Kaiser werde selbst kommen und die Führung übernehmen. Aber freilich, diese Reise war vornehmlich in der Absicht unternommen, das unbequeme Dreinreden des belgischen Hauptquartiers zum Schweigen und die neueste Wendung der Thugut'schen Politik auch dort zur Geltung zu bringen. Es deutete Alles darauf hin, daß man Belgien mit den Waffen zu halten noch einmal versuchen und wenn es mißlang, den undankbaren Posten preisgeben wolle.

So kamen den Franzosen überall die trostlosen Zustände der Coalition zu Hülfe. Was sie jetzt gegen die Niederlande an Streitkräften sammelten, betrug von den Ardennen an bis nach Dünkirchen gegen 300,000 Mann. Ein genialer Mann, wie Carnot, war bei der Leitung der Operationen thätig,

*) S. Witzleben, Prinz von Coburg III. 72—79.

das Commando der Nordarmee führte ein rasch entschlossener Feldherr jungen, revolutionären Ursprungs, Pichegru, und unter ihm standen als Führer der einzelnen Abtheilungen eine Reihe von kühn aufstrebenden Talenten, von denen man Moreau, Macdonald, Vandamme, Kleber, Marceau, Championnet, Lefebvre und Bernadotte nur zu nennen braucht, um den Umschwung, der eingetreten war, zu bezeichnen. Durch diese Streitkräfte sollte die wichtigste Entscheidung des Krieges gegeben werden; man dachte die Kräfte des Gegners auf beiden Flügeln zu umfassen und durch die Wucht der Massen ihn zu erdrücken. Ein Angriff auf die Niederlande schien durch die geographische und politische Lage des Landes gleich begünstigt; es war ein offenes Land und die österreichische Verwaltung hatte es seit der Wiedereroberung nicht verstanden, die Sympathien der Bevölkerung fester an sich zu knüpfen. Was die Coalition diesem Angriffe entgegenzustellen hatte, war an Zahl lange nicht gewachsen*) und auch an Energie der Führung nicht gleich; aber es waren immer noch die taktisch überlegenen Truppen, und wenn sie frühzeitig angriffen, war auch das Mißverhältniß der Zahl nicht zu groß, denn die Kräfte der Franzosen waren erst noch in Bewegung. Aus diesem Grunde wäre es ohne Zweifel besser gewesen, wenn man beim Anfange der guten Jahreszeit nicht mehrere Wochen mit leeren Festlichkeiten und militärischem Schaugepränge verloren hätte. Kaiser Franz II., von Thugut, Colloredo und Trautmannsdorff begleitet, erschien im Anfang April persönlich in Brüssel, wie man damals glaubte, um den Nachdruck anzukündigen, womit er den Krieg führen wollte, in der That wahrscheinlich mehr, um den allmäligen Rückzug vorzubereiten.

Am 16. April hielt der Kaiser Heerschau über den Kern der verbündeten Armee, die einige sechszigtausend Mann stark, zwischen Valenciennes und Bavay aufgestellt war; in den nächsten Tagen begann der Angriff auf die gerade im Centrum der großen Linie vereinzelten französischen Abtheilungen. Die Angriffe waren glücklich, Landrecies wurde blokirt, die Franzosen aus ihren Stellungen verdrängt und ihre Versuche, Landrecies wieder zu entsetzen, waren vergeblich. Bei einem dieser Versuche, am 26., ward dem Feinde eine Schlappe beigebracht, die wieder recht anschaulich die militärische Ueberlegenheit einzelner Waffengattungen über die Franzosen an den Tag legte. Eine französische Colonne von ungefähr 30,000 Mann und 80 Kanonen, die General Chapuy führte, rückte von Cambray her gegen das vom Herzog von York befehligte Corps vor, überraschte die Vorposten, wagte sich aber zu unvorsichtig bis an das Lager des Gegners vor. Zwei Reiterangriffe mit einem österreichischen Kuirassierregiment, einigen Escadrons Husaren und etwa einem Dutzend englischer Reiterschwadronen zwischen Cateau und Cambray ausge-

*) Nach der österr. Militärzeitschrift betrug der Bestand der Armee ungefähr 160,000 Mann.

führt, der eine vom Fürsten Carl Schwarzenberg, der damals Oberst war, geleitet, reichten hin, das ganze feindliche Corps in die Flucht zu jagen. In wenig Minuten war die französische Infanterie zersprengt, die Führer gefangen, dem Feinde ein Verlust von 5—6000 Mann beigebracht und über 30 Geschütze abgenommen. Ein paar Tage später capitulirte Landrecies (30. April).

Nicht so glücklich war die verbündete Armee auf den Flügeln; der linke, an die Sambre angelehnt, ward seit den letzten Tagen des April von der überlegenen Macht der Franzosen angegriffen; gegen den rechten in Westflandern wandte sich Pichegru mit allem Nachdruck. In den lebhaften Gefechten, die seit dem 26. April zwischen Lille und Courtray stattfanden, wurden die Verbündeten von der feindlichen Uebermacht geworfen und nach einem unglücklichen Gefecht bei Moescron aus Menin hinausgedrängt. Während so die Erfolge der Verbündeten bei Landrecies schon durch die Nachtheile in Westflandern einigermaßen aufgewogen wurden, geschah von der Hauptmacht nichts Erhebliches, die errungenen Vortheile energisch zu verfolgen. In dem Zwiespalt des Coburg'schen Hauptquartiers und der Thugutschen Politik ging die Kraft der Action unter. Indessen jenes Angriffspläne entwarf, hätte diese schon jetzt am liebsten den belgischen Feldzug abgeschüttelt, um sich nach Osten zu wenden und bei der drohenden Auflösung Polens sich eine reiche Entschädigung zu sichern.

So wirkte Alles zusammen, den Franzosen die glückliche Entscheidung in die Hand zu spielen. Man entschloß sich endlich im Hauptquartier der Verbündeten zu einem kraftvollen Streiche, der ganz Flandern mit einem Schlage frei machen und, wie Mack sich schmeichelte, Pichegru's Armee vernichten sollte. Es galt, die Verbindung der französischen Armee mit Lille abzuschneiden und Pichegru dann zu einer Schlacht zu nöthigen;*) ein Unternehmen, dessen Vorbereitungen ebenso rasch wie geheimnißvoll getroffen werden mußten. Es scheint nach dem Urtheil von Sachkennern unzweifelhaft, daß der Plan selbst in seiner Anlage künstlich und verwickelt genug war, um das Gelingen zu erschweren, auch wenn nicht eine Reihe von zufälligen Umständen und unerwarteten Hindernissen die Ausführung gestört hätte. Durch einen raschen Angriff der Feinde unter Souham ward das complicirte Unternehmen mitten in der Arbeit durchkreuzt, und bevor die Vereinigung, die man wollte, erfolgt war, das isolirte Centrum der Alliirten mit Uebermacht bei Turcoing (18. Mai) geschlagen. Fast alle Geschütze gingen dabei verloren, der Herzog von York wurde beinahe selbst gefangen, und ohne den ausdauernden Widerstand, den hessische Kerntruppen, die Garden und das Leibregiment leisteten, wären die flüchtigen Colonnen völlig aufgelöst worden. Zwar blieb der Sieg

*) S. Geschichte der Kriege III. 181 f. Oesterr. militär. Zeitschr. 1818. III. 308. 312. f.

von Turcoing zunächst unverfolgt, vielmehr ward der Angriff, den die Franzosen wenige Tage später an einer anderen Stelle bei Tournay auf die Alliirten machten (22. Mai), durch die wetteifernde Tapferkeit der deutschen und britischen Truppen blutig zurückgewiesen; aber es war doch der kühne Vernichtungsplan Mack's im Entstehen erstickt worden und nichts davon zurückgeblieben, als eine bittere Verstimmung zwischen dem Herzog von York und dem Oberkommando, dem der englische Prinz die Schuld seiner Unfälle zuschrieb. In einem Augenblick aber, wo die Diplomatie des Lagers schon ungeduldig auf andere Ziele schaute, war solch ein Mißlingen von entscheidender Wirkung und zog wahrscheinlich den Verlust des ganzen Feldzugs nach sich.

Am Rhein war, wie wir wissen, die Leitung der preußischen Armee an Marschall Möllendorf übergegangen. Wohl hatte der Herzog von Braunschweig eine Anwandlung von Reue darüber empfunden, daß er damals im Unmuth so rasch seinen Abschied gefordert, aber es war daran nichts mehr zu ändern.*) Die Friedenspartei in Berlin sah seinen Rückzug nicht ungern; Möllendorf, den sie zum Nachfolger ausersehen, war ein Mann der alten antiösterreichischen Ueberlieferungen, kein Freund dieses Krieges, übrigens ohne den Anspruch, eine politische Rolle spielen zu wollen, er mußte also in jedem Falle erwünschter sein, als der Herzog. Unter welch peinlichen Schwankungen der Politik Möllendorf das Commando übernahm und wie die Ungewißheit der Lage in den ersten vier Monaten des Jahres seine ganze Thätigkeit lähmte, haben wir früher gesehen. Man legte ihm aus den Niederlanden Kriegsplane vor, zu denen er mitwirken sollte; er konnte darauf in Wahrheit nur erwiedern: er wisse selbst nicht, welche Entscheidung über seine Armee getroffen würde. Man verfügte dann in der Haager Convention über ihn und sein Heer, ohne ihn zu fragen, die Engländer und Holländer nahmen dort als eine Sache, die sich von selbst verstand, an, daß er bei den Operationen in Belgien mitwirken müsse, und doch hatte Möllendorf mehr als einmal mit

*) Die Verstimmung des Herzogs theils über den Feldzug, theils über seinen klanglosen Rücktritt sprach sich unumwunden genug aus; sie scheint sogar nach den Mittheilungen von Malmesbury im Laufe der Zeit zugenommen zu haben. Manches herbe Wort, auch über den König selbst, das er gegen den englischen Diplomaten aussprach, entsprang indessen offenbar aus dem Mißbehagen, zur Unthätigkeit verurtheilt zu sein; in dem Augenblicke, wo er das Commando niederlegte, war wenigstens das Vernehmen zum König ungetrübt. Es liegt uns eine Correspondenz vom Febr. 1794 vor, worin Friedrich Wilhelm II. das Anerbieten des Herzogs, auch sein Regiment abzugeben, in überaus freundlicher Weise ablehnt und den Wunsch ausspricht, mit dem Herzog wieder einmal persönlich zusammenzutreffen. Darauf antwortete dieser: Daignez, Sire, me fixer le jour et l'endroit où je dois me rendre; j'obéirai à Vos ordres avec un empressement sans égal.

den deutlichsten Worten erklärt, daß er aus militärischen Gründen dazu nie die Hand bieten werde. Was im Haag über ihn beschlossen war, kannte er geraume Zeit nur aus den Eröffnungen von Haugwitz, und diese mußten, wie wir sahen, ihn vollkommen in der Ueberzeugung bestärken, daß ohne seine militärische Zustimmung nichts werde unternommen werden. Er betrachtete seine preußischen Truppen als Hülfsmacht, die Seemächte sahen sie wie ein gemiethetes Contingent an, über das nach ihrem Ermessen verfügt werden konnte.

Nach den Entwürfen, die von Mack ausgingen und die Unterstützung der Seemächte hatten, war Möllendorf ausersehen, zu den belgischen Operationen unmittelbar mitzuwirken; nach seiner eigenen Ansicht hielt der preußische Feldmarschall eine Operation zwischen dem Rhein und der Saar für das allein Richtige. In einer militärischen Unterredung, die er um Mitte Mai mit dem kaiserlichen General von Seckendorf hatte und der auch Haugwitz beiwohnte, trat diese Meinungsverschiedenheit unverhüllt hervor. „Ich habe ihm dargestellt, schreibt Möllendorf selbst,*) wie ich die Wegnahme von Saarlouis für höchst nöthig halte, nicht nur um die zwischen der Saar und Blies gelegenen deutschen Reichslande zu schützen, sondern auch mit mehr Sicherheit zu den Operationen an der Maas mitzuwirken." — — „Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte ich mich auf nichts weiter einlassen, als meinen rechten Flügel bis an die Mosel ziehen und den Posten von Trier übernehmen, und alsdann in Verbindung mit den Kaiserlichen das Reich zwischen Mannheim und Trier vor jeder feindlichen Diversion schützen." Der kaiserliche General, der Möllendorf als ein „vernünftiger und einsichtsvoller Mann" erschien, ging auf die Ansichten des preußischen Feldherrn ein, machte aber doch vom Standpunkte der Mack'schen Entwürfe seine Einwendungen. Der Marschall blieb bei seiner Meinung und war entschlossen, die Operationen zunächst mit einem Angriff auf die feindlichen Armeen, die ihm gegenüber standen, zu beginnen. Die Bewohner der Pfalz wünschten natürlich nichts sehnlicher, als die Vertreibung der Franzosen; die revolutionären Sympathien waren abgekühlt, die bittere Wirklichkeit französischer Aussaugung hatte die Illusionen verdrängt. Der Zustand der revolutionären Armeen war nach den Kämpfen vom December nichts weniger als blühend,**) und ohne die diplomatische Lähmung der Operationen hätte ein rascher Angriff in den ersten Monaten des Jahres ohne Zweifel die besten Erfolge gehabt. Indessen die unermüdlichen kleinen Plänkeleien ausgenommen, womit Blücher sich dem Feinde furchtbar machte und seine rothen Husaren in kriegerischer Frische erhielt, war nichts Bemerkenswerthes geschehen.

Am 22. Mai begann Möllendorf, von einer Abtheilung Oesterreicher,

*) An den Erbprinzen von Hohenlohe d. d. Mainz 17. Mai.

**) Gouvion St. Cyr II. 15. 218.

die bei Mannheim über den Rhein gingen, unterſtützt, ſeine Bewegungen; ſie dehnten ſich von Kuſel und Meiſenheim bis an den Rhein hin aus. Am 23. erfolgte, ſorgfältig combinirt und mit gewohnter Präciſion vollführt, der allgemeine Angriff auf die Linien der Franzoſen; ſie mußten die Stellung bei Kaiſerslautern räumen und wurden, trotz des hartnäckigen Widerſtandes, den Deſaix an der Rehbach leiſtete, zum Rückzuge hinter die Saar und Queich genöthigt. Vergebens verſuchte Deſaix ein paar Tage ſpäter wieder bis zum Haardtgebirge vorzudringen (28. Mai); ein kühner Reiterangriff Blüchers zwiſchen Kirweiler und Edesheim ſchlug ihn zurück. Ohne daß die Infanterie zum Gefecht kam, hatte der tapfere Reiteroberſt mit ſeinen Huſaren die Feinde geworfen und ihnen 2 Fahnen, 6 Kanonen und ungefähr 400 Gefangene abgenommen. Der König ernannte den heldenmüthigen Mann, der ſchon in dieſer trüben Zeit die Glorie des preußiſchen Heeres war, zum Generalmajor und ertheilte ihm das vacante Regiment Graf Goltz, „welches er bisher ſo wohl geführt hat, und bei welchem er auch ferner weſentliche Dienſte zu leiſten nicht verfehlen wird.“ *)

So war mit einem einzigen Ruck das franzöſiſche Heer vom Haardtgebirge weggedrängt, auf die Vogeſen zurückgeſchoben, Kaiſerslautern, Zweibrücken gewonnen und faſt dieſelben Stellungen wieder erobert, welche die Preußen im vorigen Jahre vor den Unfällen von Weiſſenburg inne gehabt hatten. Daß der Erfolg nicht beſſer benutzt ward, vielmehr eine Pauſe von Monaten eintrat, war nicht die Schuld des Heeres und ſeines Führers, ſondern der diplomatiſchen Gewebe, von welchen alle kriegeriſchen Operationen jener Zeit auf's unheilvollſte umflochten waren.

Der Haager Vertrag, kaum geſchloſſen, gab ſchon Stoff zu unerquicklichen Erörterungen. Die Bezahlung der Koſten für die Mobilmachung hatte unmittelbar nach Auswechslung der Ratificationen ſtattfinden ſollen; allein es war in dieſem Augenblick, zu Anfang Juni, wo über die Verwendung der preußiſchen Truppen entſchieden werden ſollte, noch kein Geld angekommen. Das eröffnete die Ausſicht auf neue Verzögerungen. Da dem Vertrag zufolge die Armee etwa vier Wochen nach der erſten Zahlung ſchlagfertig ſein ſollte, ſo rechnete Haugwitz,**) daß ſie jetzt nicht vor Ende Juli als mobil angeſehen werden könne. Ueber die Frage, wo das preußiſche Heer operiren würde, ſchwebte aber immer noch der frühere Zweifel.

Wir erinnern uns, es war im Haager Vertrag nur geſagt: nach einem militäriſchen Einverſtändniſſe zwiſchen England, Preußen und den Generalſtaaten ſollten die Truppen dort verwendet werden, wo es den Intereſſen der Seemächte am angemeſſenſten erſcheine. Die Letzteren dachten dabei an Belgien, im preußiſchen Lager zog man es vor, am Rhein zu bleiben. Nament-

*) Königl. Cabinetsordre d. d. Hauptquartier Wola 4. Juni.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. 11. Juni.

lich Möllendorf hatte es von Anfang an auf das Allerbeſtimmteſte ausgeſprochen, daß er nie die Hand dazu bieten werde, die Armee nach Belgien zu führen. Eben jetzt (13. Juni) ſchrieb er an Hohenlohe: „ich muß E. D. nochmals eröffnen, daß ich feſt entſchloſſen bin, das concert militaire *falle aus wie es will, unter keiner Bedingung* mit meiner Einwilligung mit der Armee nach Flandern zu marſchiren, wogegen ich mich ſchlechterdings bis auf's Aeußerſte ſträuben und nie darin entriren werde."

Haugwitz wußte das und hatte, wie wir oben ſahen, den Marſchall in dieſer Auffaſſung eher beſtärkt als bekämpft. Allein in den Unterredungen, die er jetzt mit Lord Malmesbury zu Maſtricht pflog, ſagte er davon kein Wort, ſondern gab die beſtimmteſten Verſicherungen, daß Preußen zu Jeglichem bereit ſei, wenn England die Subſidien bezahle.*) Zahlt uns Geld, erklärte er dort den Engländern in den erſten Tagen des Juni, und wir werden agiren, wo und wie Ihr wollt. Aber an Möllendorf ſchrieb er am 11. Juni: Hauptſächlich in Rückſicht des höheren politiſchen und Staatsintereſſes bin ich in die Unmöglichkeit verſetzt worden, mich auf irgend einen Plan der Cooperation unſerer Truppen einzulaſſen — — — da bei den gegenwärtigen Umſtänden unmöglich vorausgeſehen werden kann, wie zu Ende Juli die militäriſche Lage ſein wird, ſo konnte ſchon aus dieſem Grunde darüber jetzt keine Beſtimmung erfolgen und wir haben alſo darüber nicht das Allergeringſte ſtipulirt . . . Wenn wir einmal über die Ankunft des Geldes beruhigt ſind, ſo wird es von E. E. abhangen, dem Lord Cornwallis diejenigen militäriſchen Gründe näher zu eröffnen, nach welchen Sie die Sache beurtheilen. Nur halte ich mich ſchuldig, Ihnen die politiſchen Gründe vorzulegen, die hiebei in Betracht kommen und die S. M. als Hauptgrundſätze anſehen. Sowohl für das Intereſſe unſerer Monarchie als für die Ruhe und das Wohl von Europa iſt es im höchſten Grade zu wünſchen, daß dieſer leidige Krieg nicht in die Länge gezogen, ſondern auf die eine oder die andere Art bald geendet werde! Es iſt hiebei höchſt nothwendig zu berechnen, ob und wie wir ihn bis dahin fortzuführen im Stande ſein werden; welches unſere und des Feindes Kräfte dazu ſind? Auf die Deckung von Holland und die dazu erforderliche Erhaltung der Barrièreſtädte kommt es vornehmlich an. Sie iſt nicht nur für unſere Staaten und für ganz Europa äußerſt wichtig, ſondern

*) Am 1. Juni erklärte Haugwitz dem Lord Malmesbury, wie dieſer an Grenville berichtet (Diaries III. 96): Count Haugwitz declared in the most positive manner His Prussian Majesty's readiness to *bring his army wherever the maritime Powers thought it could be employed the most usefully*, and he gave me the strongest assurances that his eagerness and zeal in the cause were invariably the same. Am 5. berichtet Malmesbury (a. a. O. 98.), daß ihm Haugwitz wiederholt das dringende Geldbedürfniß vorgeſtellt; he adds, however at the same time that when it is received, we may depend on *finding them ready to act where and how we please.*

sie ist auch vermöge unserer Allianztractate und unserer letzten Convention mit den Seemächten eine Verpflichtung ... dieser vornehmste Zweck wird allerdings vorzüglich, wie E. E. selbst mehrmals erleuchtet bemerkt haben, durch die Deckung der Gegend von Mannheim und Mainz erreicht. Auf welche Weise nun, militärisch betrachtet, vom 20. Juli dazu wird von unserer Seite weiter mitgewirkt werden können, dieses zu beurtheilen steht E. E. allein zu." *)

Durch diese doppelseitige Haltung hatte es Haugwitz dahin gebracht: daß Lord Malmesbury nicht anders glaubte, als die Preußen seien ganz bereit, nach Belgien aufzubrechen und daß Möllendorf ebenso fest überzeugt war: er werde am Rhein bleiben. Lange freilich konnte diese Zweideutigkeit nicht mehr bestehen; zu welch peinlichen Erörterungen dieselbe dann führte, werden wir weiter unten erfahren.

Haugwitz wies in dem mitgetheilten Briefe an Möllendorf auf Rücksichten höherer Politik hin, die eine bestimmtere Verabredung über die Action der preußischen Armee hinderten. Allerdings hatte sich auf's neue eine Verwicklung in den Weg gedrängt, die seit dem Anfang dieses Krieges so oft verhängnißvoll auf die Entscheidung eingewirkt: eine Krisis in Polen. Aus kleinen Streifzügen war dort seit März ein Aufstand erwachsen, den weder die russisch gesinnte Regierung noch Graf Igelström mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu erdrücken vermochte. Kosciuszko organisirte von Krakau aus die Massenerhebung und bereitete einer russischen Truppenabtheilung eine Niederlage; aus der Hauptstadt Polens selber drängte am grünen Donnerstag (17. April) ein blutiger Aufruhr die Russen hinaus. Die rathlose Führung Igelströms hatte die Katastrophe beschleunigt und trieb die Russen jetzt entkräftet und muthlos aus dem Lande. So war die Revolution im vollen Zuge; wer wollte berechnen, wie weit und mächtig sie das alte Polen mit sich fortreißen würde! Es war ein Meisterstreich der Pariser Machthaber (denn ihre Anregung und ihre Geldhülfe hatten den Ausbruch gefördert), mit dieser gewaltigen Diversion den Angriff der Gegner am Rhein und in Belgien vollends zu lähmen. Vom Türkenkrieg und der Theilung des osmanischen Reiches war jetzt freilich keine Rede mehr; es waren nähere und dringendere Sorgen, die Rußland und Oesterreich nun festhielten. Aber auch für Preußen war dadurch eine vollkommen neue Situation geschaffen; kein Mensch hätte daran denken können, am 19. April den Haager Vertrag

*) Es hat sich hier zwischen dem Verf. und zwischen Sybel eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt; während wir Haugwitz' Verhalten zweideutig fanden, wird dies in der „Geschichte der Revolutionszeit" (III. 73. 255.) bestritten und das Verschulden des Ministers höchstens in einer Bequemlichkeit gesucht, die einer klaren Entscheidung gern auswich. Wir haben daher hier wie oben S. 548 und im Folgenden die beiderseitigen Actenstücke ausführlicher und zum Theil wörtlich mitgetheilt, um dem Leser selbst das nöthige Material zur Entscheidung an die Hand zu geben.

zu unterzeichnen, wenn man wußte, daß zwei Tage vorher der Aufstand in Warschau siegreich gewesen war!

Für diejenigen Politiker in Preußen, die den französischen Krieg verdammten (und ihre Zahl war im Wachsen) erschien dies Ereigniß fast wie eine willkommene Unterstützung. Schon vor dem Ausbruch hatte Manstein mißmuthig geschrieben: der König denkt nichts anderes als Krieg mit den Franzosen; wenn er darüber nur die Sache mit Polen nicht zu leicht nimmt. Wie schienen jetzt die Ereignisse solche Befürchtungen zu bestätigen! Lucchesini sagte vom ersten Augenblick an die ganze Reihe von Consequenzen voraus, die sich daran knüpfen würden: die völlige Auflösung Polens, das Begehren Oesterreichs, einen Theil von der Beute zu erlangen und die Nothwendigkeit für Preußen, mit Raschheit und Energie dort einzugreifen. Aber freilich, fügte er nachdrücklich hinzu, wenn Preußen schnell einschreiten, den Aufstand schnell niederwerfen und sich der ihm wünschenswerthen Objecte versichern wolle, dann müsse es auch die ganz ungetheilte Verfügung über seine Kräfte haben und darum vor Allem sich des Krieges am Rhein zu entledigen suchen. Wir bitten dringend, schrieb das Ministerium an Lucchesini, alle Gaben der Ueberredung aufzubieten, damit die schreckliche Reise des Königs an den Rhein beseitigt wird.

Solche Ansichten gewannen mit jedem Tage an Anhang; im preußischen Ministerium überwogen sie bereits, in der nächsten Umgebung des Königs suchte Manstein zäh und unermüdlich dafür Propaganda zu machen. Möllendorf schrieb unter dem Eindruck jener Nachrichten: „Mein Rath als wahrer Patriot ist, redlich in dieser Campagne Alles zu erfüllen; bei dem ersten polnischen Engagement zu declariren, daß wenn die Campagne laut Tractat zu Ende, wir uns in Nichts weiter einlassen können, sondern unsere eigene Sicherheit suchen müssen." Auch beim König selber war die Rückwirkung zu spüren. Er hatte, nach dem Abschluß des Haager Vertrags, den ernsten Willen gehabt, sich selbst zur Armee an den Rhein zu begeben und wollte auch nach den ersten Nachrichten aus Polen diesem Entschlusse noch folgen. Wenigstens hatte die Friedenspartei anfangs einen schweren Stand und Manstein beklagte aufrichtig die Abwesenheit Lucchesini's, „denn das sei einer von denen, die mit ihm an einem Strange zögen." *) Aber allmälig wurden sie doch Meister über ihn und die Wagschale sank immer mehr zu Gunsten der Einmischung in Polen. Im Mai hatte der König die Reise nach dem Rhein aufgegeben und sich entschieden, die Kraft seiner Action nach Osten zu wenden.

Alle diese Dinge gaben den militärischen Einwänden Möllendorfs gegen den Abmarsch in die Niederlande eine erhöhte Bedeutung; die Vollziehung des Haager Vertrages weckte nun politische Bedenken, die sich am bequemsten in Möllendorfs militärische Opposition kleiden ließen. „Wozu jetzt — frag-

*) Briefe Manstein's vom 2. u. 6. Mai.

ten die Friedensmänner — weitläufige Unternehmungen im Westen, bei dieser unmittelbaren Bedrängniß im Osten?" Sie bedauerten nun unumwunden, daß man den Haager Vertrag eingegangen; die ganze Coalition war eine Last; selbst das von Oesterreich nach dem Bundesvertrage zu stellende Hülfscorps von 20,000 M., meinte Luccheſini, solle man gar nicht verlangen; politische Motive sprächen dagegen. Es war natürlich nicht der polnische Aufstand selber, der mit solcher Sorge erfüllte, sondern die andern Gefahren, die in dessen Hintergrunde drohten. Daß dieser letzte Versuch nationaler Verzweiflung nur das Ende Polens nach sich ziehen werde, darüber täuschte sich namentlich Luccheſini keinen Augenblick; wenn aber Rußland den Aufstand bewältigte, während Preußen im Westen beschäftigt war, so war kaum daran zu zweifeln, daß sich Katharina II. auch den Lohn jenes Sieges allein erwarb und so für Preußen die bedenklichste Consequenz der polnischen Theilungen zur Erfüllung kam.*) Drum erschien jetzt mehr als je der Friede im Westen den diplomatischen Leitern der preußischen Politik als eine Nothwendigkeit. „Wenn das Reich — meinte Luccheſini**) — aus diesem Kriege ohne Verlust an Land hervorgeht, England einen Theil seiner westindischen Eroberungen an Frankreich zurückgibt, Oesterreich sich mit Entschädigungen am linken Weichselufer begnügt, so kann Preußen noch mit Vortheil aus einer Verwicklung hervorgehen, in welche uns die Gewandtheit der Emigranten und die schlaue Politik Kaiser Leopolds gebracht hat."

Aehnliche Gedanken bewegten auch schon Möllendorf. Daß er nicht nach Belgien marschiren werde, das hatte er, wie wir wissen, wiederholt auf's Bestimmteste erklärt. Ich sehe, schrieb er nun, gar nichts Kluges mehr bei dieser Campagne, und wir können froh sein, wenn wir alle die jetzt innehabenden Posten zu erhalten suchen, was aber gewiß nicht geschieht, wenn wir nach Flandern marschirten und die kaiserlichen Truppen dann natürlich am rechten Rheinufer zurückgingen, wo dann der zweite Theil von 1792 erfolgen würde."***)

---

*) „Si Catherine s'élévait tout-à-coup au dessus des difficultés que le projet de reconquérir la Pologne présente, et si décidant l'anéantissement de ce pays elle tournerait vers cette action l'ambition qui la portait à songer à des conquêtes sur les Turcs; ne seroit-ce pas malheureux, que faute de moyens pour partager les dangers de l'action, nous perdions le droit d'en partager dans une parité parfaite les avantages? Voilà, Mr. le maréchal, ce qui (indépendamment des considérations militaires et politiques, que votre patriotisme a souvent présenté avec un zèle digne de Vous aux reflexions du Roi) me fait regretter, que les Puissances maritimes ayent été assez généreuses envers nous, pour faire décider la signature de la convention de la Haye." Aus einem Schreiben Luccheſini's d. d. 9. Mai. Ueber das andere spricht sich ein Schreiben d. d. 26. Mai aus.

**) Schreiben vom 25. Juni.

***) Schreiben vom 15. Juni. Aehnlich die Briefe vom 16. 23. 26. Juni.

Dazwischen kamen ihm denn Nachrichten, daß in den diplomatisch-militärischen Berathungen, an denen außer einer bekannten Feldherrnautorität, dem Lord Cornwallis, die Diplomatie der Seemächte Theil nahm, doch über die preußische Armee verfügt worden sei. „Obgleich ich mich — schrieb darauf der Marschall — stets alles Eigensinnes enthalten, werde ich mich solcher Anforderung doch widersetzen und wahrhaftig nicht ohne dreimal erneuerten Befehl von Sr. Maj. dem König einen Schritt in der Direction nach Flandern bewegen."

Haugwitz hatte sich hier mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit zwischen den abweichenden Ansichten durchzuwinden gesucht. Im Haag und bei den Besprechungen in Mastricht war er der gefällige und willige Mann, der den Seemächten Alles verhieß und einen ernsten Widerspruch gegen Malmesburys Ansichten nicht wagte; in seinen Briefen an Möllendorf ist er ebenso geschmeidig gegen diesen und wiederholt ihm unzählige Male, daß die militärische Entscheidung über das, was geschehen solle, schließlich nur von ihm, dem Feldmarschall, abhängen werde. Die Diplomatie der Seemächte glaubte darum ihrerseits keine Opposition erwarten zu dürfen, wenn sie kurzer Hand den Abmarsch der Preußen nach Belgien forderte; nur hielt sich Möllendorf für ebenso berechtigt, ein solches Verlangen entschieden abzuweisen. Dieser Widerspruch, den die Achselträgerei verschuldet, mußte sich freilich binnen Kurzem lösen.

Er löste sich auf eine sehr peinliche Weise. Am 20. Juni erschienen Malmesbury, Cornwallis und der Holländer Kinkel im preußischen Hauptquartier; Haugwitz war nicht mitgekommen, er hatte es rathsam gefunden, angeblich aus dringenden Ursachen nach Berlin zu gehen. Dagegen waren als diplomatische Vertreter Schulenburg und Hardenberg bei dem preußischen Feldherrn. In einer langen Unterredung zu Kirchheim kam es denn zu heftigen und unfreundlichen Erörterungen;*) Möllendorf war natürlich erstaunt, wie die Engländer im hohen Tone den Marsch nach den Niederlanden als eine abgemachte Sache behandelten und nur über die Art des Vollzuges sich in Besprechung einlassen wollten. Er erklärte, wie es der Wahrheit gemäß war, nichts von dem gewußt zu haben, was sie mit einander in Mastricht ausgemacht, bekämpfte mit seinen militärischen Einwürfen das Ansinnen des Abmarsches und sah sich darin insofern unterstützt, als Lord Cornwallis dazu schwieg und seinen Gründen nichts entgegensetzte. Um so lebhafter bestand Malmesbury darauf, daß bei dem Abschluß der Haager Convention wie bei den späteren Conferenzen nur von dem Abmarsch nach Belgien die Rede gewesen; sie seien nicht gekommen, darüber noch zu berathen, sondern nur das Beschlossene festzustellen. Wohl hatte Möllendorf als Soldat vollkommen Recht, wenn er es für eine verkehrte Ordnung ansah, daß eine fremde diplo-

*) S. Malmesbury diaries III. 100—105.

matiſche Conferenz, ohne ihn zu fragen, über rein militäriſche Sachen entſchied, aber es war eben ſo natürlich, daß ſich Malmesbury und ſeine Begleiter auf die mündlichen Verſicherungen beriefen, die ihnen im Haag und in Maſtricht gegeben worden waren.

Es fehlte nicht viel, ſo wäre man ſchon in offener Entzweiung geſchieden; mit knapper Noth verſtändigte man ſich noch darüber, an die betheiligten Regierungen Bericht zu erſtatten. Aber Malmesbury verhehlte kaum mehr ſeinen Groll; in dem Bericht, den er einen Tag nach der Conferenz an ſeinen Miniſter ſchrieb, überwog ſchon die Stimmung des Zornes und Mißtrauens. Natürlich wandte er ſich nun auch an Haugwitz, ſchilderte ihm in bitteren Worten den Verlauf der Kirchheimer Verhandlung und rief ſein Zeugniß dafür an, daß die Seemächte mit ihrem Begehren im Rechte ſeien. Haugwitz erwiederte in einem langen Schreiben, das allerdings etwas anders klang, als ſeine freigebigen Verſicherungen im Haag und in Maſtricht.*) Zur Zeit als er Maſtricht verließ, erklärte er, hätten ſich ja noch keine definitiven Verabredungen über die Bewegung der preußiſchen Armee treffen laſſen, da Alles von der militäriſchen Situation abhing, wie ſie zur Zeit der Marſchfertigkeit der Truppen ſtattfand und ſich natürlich nicht voraus berechnen ließ. Drum ſei kein anderer Ausweg übrig geblieben, als der, ſich zur rechten Zeit mit den militäriſchen Autoritäten zu verſtändigen. Allerdings ſei im vergangenen Winter und zur Zeit, wo man über den Haager Vertrag verhandelte, davon die Rede geweſen, das preußiſche Heer in den Niederlanden operiren zu laſſen und der König ſelber habe damals ſeine Zuſtimmung dazu gegeben. Die Spitze des Heeres ſei auch ſchon zu Cöln angelangt geweſen (es war zur Zeit, wo die Unterhandlung im Haag begann); da habe ſich aber von allen Seiten das einmüthige Bedenken geltend gemacht, daß es die größte Gefahr bringe, den Mittelrhein auf dieſe Weiſe zu entblößen. Namentlich auch Lord Malmesbury habe ſich bei ihm für die Rückkehr der Preußen in ihre früheren Stellungen verwendet; er ſelber, Haugwitz, habe damals die entſprechenden Befehle gegeben und dafür von den Regierungen der Seemächte lebhaften Dank geerntet. Seit dieſer Zeit ſei es durchaus nicht möglich geweſen, im Voraus feſtzuſtellen, in welcher Stellung die preußiſche Armee mit dem größten Nutzen für die gemeinſame Sache operiren könne. Drum ſei darüber im Haag nur eine allgemeine Beſtimmung getroffen und das Detail einem militäriſchen Einverſtändniß überlaſſen worden. Denn militäriſche Erwägungen könnten hier allein entſcheiden und in jedem Falle müſſe man auf die Stimme des preußiſchen Feldherrn die nöthige Rückſicht nehmen. Er, Haugwitz, wiſſe nicht, was derſelbe für eine Anſicht hege, aber auf ſeinen Eifer, ſeine Talente und ſeine Erfahrung dürfe man vertrauen. Auch ſei nicht

*) Schreiben d. d. Berlin 28. Juni (in der angef. Haugwitz'ſchen Correſpondenz). Malmesbury's Urtheil darüber in den diaries III. 113.

zu vergeſſen, daß die preußiſche Armee in ihrer gegenwärtigen Stellung dem Feinde Widerſtand leiſte und deſſen Vordringen aufhalte.

So ſuchte ſich Haugwitz aus dem Widerſpruch ſeiner früheren Verſicherungen mit den jüngſten Vorgängen herauszuwinden; die Sache war aber einmal verfahren, das fühlten am peinlichſten Diejenigen, die den Conferenzen in Kirchheim beigewohnt hatten. Möllendorf namentlich ſprach offen gegen Hardenberg ſein Bedauern aus, daß man ihn in dieſe falſche Poſition gebracht, in der es in der That ſchwer ſei, die rechte Parthie zu ergreifen. Denn ſich mit den Seemächten in einem Augenblick entzweien, wo man Oeſterreichs wie Rußlands nicht ſicher war und in den Niederlanden eine franzöſiſche Invaſion drohte, das war eine ſehr trübe politiſche Perſpective. „Können wir uns, meinte Hardenberg, auf Rußland ganz verlaſſen, ſo gewinnt die Sache allerdings ein günſtigeres Anſehen für uns; allein darin werden wir doch Alle einig bleiben, daß die Rettung Hollands äußerſt wichtig bleibe und daß wir dem einmal mit den Seemächten geſchloſſenen Tractat mit Treue und Glauben nach aller Möglichkeit nachkommen müſſen, wenn wir nicht dem Vorwurf einer inſidieuſen Politik uns noch mehr ausſetzen und allgemein gehaßt und verlaſſen ſehen wollen."

Möllendorf faßte ſeine Gründe gegen den Abmarſch nach den Niederlanden in einer Denkſchrift zuſammen, die er am 27. Juni den Unterhändlern der Seemächte übergab. Die äußere Schwierigkeit des Marſches, zu dem man nicht vorbereitet ſei, das Bedenken, die Armee ſo viele Wochen vom Kriegsſchauplatz „verſchwinden zu machen", die Wichtigkeit der Stellung am Mittelrhein waren darin beſonders hervorgehoben; man könne, meinte der Marſchall, die Operationen in den Niederlanden nicht wirkſamer unterſtützen, als durch eine glückliche Bewegung gegen das Elſaß und Lothringen. Dazu kam denn, was in der Denkſchrift nicht geſagt war, die im preußiſchen Hauptquartier vorherrſchende Abneigung, unter Coburg und Mack zu ſtehen. Die Erklärung der britiſch-holländiſchen Unterhändler erfolgte ohne Säumen. Die Mitwirkung in den Niederlanden, lautete der kühle Beſcheid, ſei eine abgemachte Sache; darüber verhandle man nicht mehr, ſondern nur über die Art der Ausführung. Eine Weigerung ſei einem Bruch des Vertrages gleich zu achten.*) Möllendorf hatte indeſſen Meyerink nach Berlin geſchickt und erwartete mit Sehnſucht von dort die Entſcheidung; es kam eine königliche Cabinetsordre vom 4. Juli, die Möllendorfs Widerſpruch billigte. Ein Miniſterialreſcript, von Haugwitz unterzeichnet, ſprach zugleich das Bedauern aus, daß man ſich den ſehr gegründeten Einwendungen des Marſchalls nicht gefügt, ſondern ſich auf eine Uebereinkunft bezogen habe, die ſo niemals geſchloſſen worden ſei. Die kriegeriſchen Ereigniſſe an der Sambre, hieß es in ei-

*) So lautet der in einem Schreiben Hardenbergs d. d. 28. Juni mitgetheilte Beſcheid. Die Denkſchrift ſteht deutſch überſetzt bei Maſſenbach II. 255 ff.

nem späteren Schreiben, machten es erklärlich, daß an den Marsch der Preußen nach den Niederlanden weniger als je zu denken sei.

So war also das Haager Abkommen thatsächlich aufgehoben; England zahlte die versprochenen Subsidien nicht, Preußen ließ seine Truppen nicht dahin marschiren, „wo es den Interessen der Seemächte am meisten zu entsprechen schien." Die Vorgänge, wie wir sie nach den unverdächtigsten Quellen erzählt, ergeben, scheint uns, mit vollkommener Deutlichkeit, wie die Dinge so gekommen sind. Der Verlauf der folgenden Geschichte wird uns noch ausgiebiger darüber belehren, welch ein Unheil es für einen Staat ist, wenn leere, charakterlose Intriguanten die wichtigsten Geschäfte leiten.

Man mochte von dem politischen Ausgang dieser Dinge denken, wie man wollte, ein großer Nachtheil entsprang ganz unmittelbar aus dieser Verwicklung. Dieses Politisiren im Lager, dieses imperium in imperio, wie Malmesbury sagt, verdarb den Geist der Armee. Die Idee, daß der Krieg nothwendig sei — das gesteht selbst Massenbach ein — verschwand nach und nach aus den Köpfen; man fing an zu glauben, dieser Krieg sei schädlich. In den Kantonirungen jener fruchtbaren Gegenden gewöhnte man sich an mancherlei Bequemlichkeiten; man lebte in einer Ruhe, die der Sicherheit des Friedens nahe kam. Wie sich das schon seit 1793 verbitterte Verhältniß zu den Oesterreichern gestaltete, läßt sich denken. Es wurde im preußischen Lager erzählt und geglaubt, Thugut stehe mit Robespierre in Verbindung, um plötzlich eine Schwenkung gegen Preußen zu machen, österreichische Officiere nähmen bei den Polen Dienste, und dergleichen mehr. Möllendorf selbst, dessen Schule die schlesischen und der siebenjährige Krieg gewesen waren, führt darüber Klage; „kein Vertrauen, keine Harmonie, kein Concert herrscht zwischen unsern Nachbarn und uns."

Die Franzosen ließen diese Zeit nicht unbenützt; sie waren während der sechswöchentlichen Unthätigkeit der Preußen eifrig bemüht, die Scharte vom Mai auszuwetzen. Sie hatten sich verstärkt, zwischen der Rhein- und Moselarmee eine festere Verbindung hergestellt, die Führung war besser geworden. Die deutschen Truppen hielten noch die Linien, die sie im Mai besetzt hatten: sie standen von Westen nach Osten längs der Bergkette, welche die Vorläufer der Vogesen bilden. Einzelne Colonnen waren bis gegen die Saar hin vorgeschoben, während sich die Hauptlinie über Kaiserslautern, Edenkoben und zwischen Speier und Germersheim bis an den Rhein hin ausdehnte. Das preußische Hauptquartier war in Kaiserslautern; die Höhen, die sich südlich erheben, z. B. bei Martinshöhe, bei Trippstadt, waren von ihnen besetzt. Dieser Linie gegenüber lag die Moselarmee in den alten Positionen bei Bliskastel, Zweibrücken und Hornbach; an sie angelehnt, im Anweiler Thal, und auf Landau gestützt die Rheinarmee. Ein Angriff, den die Franzosen am 2. und 3. Juli auf die Linie der Verbündeten machten, führte nicht zum Ziele; die Stellungen wurden behauptet. Aber schon jetzt meinte Möllendorf, er werde

ſich kaum mehr gegen den täglich anwachſenden Feind behaupten können. Unſere Poſten im Gebirge, ſagt er, haben zu wenig Conſiſtenz und der Zuſammenhang iſt ſo ausgedehnt, daß der Feind, wenn er ſeinen Vortheil wahrzunehmen weiß, leicht mit Uebermacht auf irgend einem Punkte durchdringen kann.*) In der That wiederholten die Franzoſen am 12. und 13. Juli ihren Angriff mit beſſerem Erfolge. Sie beſchloſſen, die größere Maſſe ihrer Truppen im Gebirge zu vereinigen, hier die Verbindung der beiden Hauptcorps zu durchbrechen und durch Umfaſſung ihrer Flügel ſie zum Rückzug zu nöthigen. Bei Trippſtadt, Johanneskreuz, auf dem Schänzel wurde an den beiden Tagen mit größter Hartnäckigkeit gefochten; vergebens ſchlugen ſich die Preußen z. B. auf dem Schänzel gegen eine faſt dreifach überlegene Maſſe mit äußerſter Tapferkeit;**) die Gebirgspoſten wurden verloren und die Armee zum Rückzug gezwungen. Die Oeſterreicher lehnten ſich nun wieder an Mannheim, die Preußen nahmen ihre Stellung in der Umgebung des Donnersbergs. Mancher treffliche Officier, wie der Major Borcke, der General Pfau hatten in den letzten Kämpfen ihren Tod gefunden; mit kaum fünf Bataillonen und neun Geſchützen hatten ſie die Stellung am Schänzel zwei Tage lang gegen immer erneuerte Angriffe vertheidigt, aber die erſchöpften Truppen mußten weichen, das Geſchütz — zum erſten Mal in dieſem Kriege — dem Feinde überlaſſen werden. Ein trauriges Zeugniß, wie es ſchon mit der Kameradſchaft zwiſchen Oeſterreichern und Preußen ſtand, war das Wort Schulenburgs an Malmesbury: „Wir waren überraſcht über die ſichtbare Schonung, welche der Feind gegen unſere Nachbarn geübt hat; er hat uns die Ehre angethan, ſeine ganze Stärke gegen uns zu wenden.“

Indeſſen man ſich im Hauptquartier zu Kirchheim über die Deutung des Haager Abkommens ſtritt, ward an der Sambre das Schickſal der Niederlande entſchieden, und wie auch der Conflict zwiſchen Möllendorf und Malmesbury geſchlichtet werden mochte, zur Rettung Belgiens kam die preußiſche Hülfe nun in jedem Falle zu ſpät.

Auch hier war es weniger der Waffenkampf, als die Diplomatie, die dieſen Ausgang verſchuldete, und zwar befand ſich die Thugut'ſche Politik ungefähr auf ähnlichen Wegen, wie Haugwitz, Lucheſini und Manſtein. Die Kriſis in Polen und der Wunſch, dort mit ganzer Macht einzugreifen, damit die erſehnte Beute nicht an eine der rivalen Mächte verloren gehe, übte auch im öſterreichiſchen Lager eine mächtige Wirkung. Dem erſten vielverheißenden Anfang des Feldzuges war, namentlich ſeit dem Tage von Turcoing, eine

---

*) Schreiben an Hohenlohe vom 8. Juli.

**) „Les Prussiens firent la plus belle resistance,“ ſagt Soult in den Mémoires I. 220.

tiefe Herabſtimmung gefolgt; man fand, daß die Geſinnung der Belgier lau ſei, die Unterſtützung der Stände und Corporationen hinter den Zuſagen weit zurückbleibe. Es war, wie wir uns erinnern, ſeit 1792 den Mächten zweifelhaft geweſen, wie weit es Oeſterreich Ernſt ſei, Belgien zu behaupten und ob nicht die Erwerbung Baierns und eine Entſchädigung in Polen ſeinen Wünſchen mehr entſpreche. Der preußiſche Bevollmächtigte Tauenzien war darum ausdrücklich angewieſen, darauf zu merken, wie weit es die kaiſerliche Politik in ihren innern Maßregeln darauf anlege, ſich in den Niederlanden dauernd zu behaupten; die Wahrnehmungen, die er machte, ſtimmten zu dem alten Argwohn gegen Oeſterreich. In der That war Thugut mit ſich einig, daß die Intereſſen Oeſterreichs im Oſten lägen und ſtatt eines Krieges ohne Glück und ohne Ende in Belgien eine wachſame Theilnahme an den Vorgängen in Polen die nächſte Aufgabe der öſterreichiſchen Politik ſei. Daß ihn moraliſche Bedenken nicht zurückhielten, die Coalition zu verlaſſen und ſich mit Frankreich in Frieden auseinanderzuſetzen, das ließ ſich nach ſeinen Antecedentien erwarten; was Haugwitz und Lucheſini noch mit einer gewiſſen Scheu und Vorſicht vorbereiteten, das that er im Nothfalle mit cyniſcher Offenheit. Er verbarg ſchon zu Ende Mai ſelbſt vor der britiſchen Diplomatie ſeinen geheimen Gedanken nicht mehr, ſondern äußerte unter andern gegen Lord Elgin unumwunden den Zweifel, ob es der Mühe werth ſei, für den Beſitz der Niederlande noch eine Anſtrengung zu wagen. Auch die militäriſchen Vorgänge der letzten Wochen ſtimmten damit zuſammen. Die britiſchen und deutſchen Bundestruppen klagten laut über die öſterreichiſche Führung und ſchrieben es nicht etwa nur ihrem Ungeſchick zu, wenn die letzten Operationen mißlungen waren. Indeſſen traf Thugut bereits ſeine Einleitungen, bearbeitete die militäriſchen Autoritäten und verſicherte ſich der Zuſtimmung ſeines Monarchen. Die Berathungen, die ſeit dem 24. Mai im Hauptquartier ſtattfanden und die Abreiſe des Kaiſers waren deutliche Zeichen, daß der Rückzug eine beſchloſſene Sache war.*) Es galt denn auch bald in den diplomatiſchen Regionen als ausgemacht, daß ſo etwas bevorſtehe; ſprachen doch die Oeſterreicher ſelbſt offen davon, die Gebiete am Rhein und an der Maas preiszugeben und ſich anderwärts zu entſchädigen.**) Nicht Thugut allein ſtand im Rufe, ſolche Meinungen zu hegen, ſondern von Lascy

*) Vgl. darüber v. Sybel a. a. O. III. 132 ff.

**) In einer Depeſche Hardenberg's d. d. 24. Juni heißt es: Il me sera permis encore d'observer que les bruits sourds des projets de la Cour de Vienne d'abandonner les Pays bas et peut-être même le Brisgow à leur sort sont nourris par les discours des généraux autrichiens. L'on sait que c'est le système du Prince de Waldeck, qui vient de gagner la main au général Mack; son beaufrère le Prince de Nassau-Usingen à Francfort m'a parlé sur ce ton à moi-même il y a plus de quinze jours. In ähnlichem Sinne äußert ſich eine Note des preußiſchen Miniſteriums d. d. 12. Juli.

ward gleichfalls berichtet, er werde dem Kaiser die Nothwendigkeit vorstellen, auf irgend eine Weise Frieden zu schließen. Weder die Finanzen, noch die Bevölkerung ertrügen einen vierten Feldzug; man müsse sich herauszuziehen und seinen Vortheil anderswo zu erlangen suchen.*)

Deutlicher noch als in diesen diplomatischen Gerüchten gab sich die politische Wendung im Felde selber kund. Der schleppende und verworrene Gang der Kriegsoperationen ließ es höchstens zweifelhaft, ob mehr Abspannung oder Mangel an gutem Willen daran Schuld sei. Das glückliche Treffen, das die Franzosen am 13. Juni dem vom Hauptquartier verlassenen Clerfayt lieferten, und die vier Tage später erfolgte Uebergabe von Ypern waren die ersten Proben dieser matteren Kriegführung. Indessen bereiteten die Franzosen sich zu einem entscheidenden Schlage an der Sambre vor. Dort stand seit dem Frühjahr zwischen Namur und Maubeuge der linke Flügel der Verbündeten; ihm gegenüber Charbonnier mit der Ardennenarmee, zu deren Verstärkung Jourdan mit etwa 50,000 Mann von der Mosel heranzog. Vor seiner Ankunft ward an der Sambre lebhaft, aber mit ungewissem Erfolge gefochten. Am 9. Mai waren die Franzosen vorgerückt, hatten sich einiger Punkte links von der Sambre bemächtigt, wurden aber (18. Mai) in der Nähe von Maubeuge geschlagen und über die Sambre zurückgeworfen. Der wilde Eifer der Conventscommissäre im Lager — es waren St. Just und Lebas — hetzte die Truppen zu immer neuen Angriffen; am 20. Mai suchten sie abermals auf dem linken Sambreufer festen Fuß zu fassen, wurden aber am 24. von Neuem über den Fluß zurückgeworfen. Indessen war freilich Jourdan bereits bei Arlon angekommen und überschritt in den letzten Tagen des Monats bei Dinant die Maas.

Ein dritter Angriff der Franzosen (28. u. 29. Mai) hatte sie wieder auf das linke Ufer der Sambre geführt und Charleroi war von ihnen umzingelt worden. Schon am 3. Juni warfen sich freilich die Oesterreicher bei Gosselies auf die an Zahl überlegenen Franzosen, drängten sie über den Fluß zurück und entsetzten Charleroi. Aber am nämlichen Tage hatte Jourdan sich mit der Ardennenarmee vereinigt und übernahm den Oberbefehl über die nun unter dem Namen Maas-Sambre-Armee verbundenen Truppen. Es standen jetzt, wenn man ein Corps unter Scherer, das zwischen Maubeuge und Thuin stand, hinzurechnete, etwa 100,000 Mann an der Sambre, denen die Verbündeten kaum die Hälfte entgegenzustellen hatten. Wenn man nicht gleich jetzt dem Feinde Raum gab, so mochte das im österreichischen Lager wohl vor-

*) Bericht Lucchesini's vom 21. Juni, wonach sich Lascy geäußert: il faut songer à tirer son épingle du jeu, laisser combattre les Anglais avec les troupes étrangères qu'ils ont à leur solde et songer plutôt à prendre part aux dépouilles de la Pologne. Auch Mack's Denkschrift vom 29. Mai ist von der Stimmung dictirt, daß es am besten sei, Belgien zu räumen.

zugsweise aus der Erwägung entspringen, daß zur Räumung der Vorräthe und dem ruhigen Rückzug ein längerer Widerstand noch nothwendig sei.

Am 12. Juni versuchte Jourdan den vierten Flußübergang; auch jetzt gelang es noch dem concentrirten Angriff der Oesterreicher über die ausgedehnten Stellungen der Franzosen Herren zu werden und in einem blutigen Gefechte (16. Juni) sie über die Sambre zurückzuwerfen. Aber schon zwei Tage später standen sie von Neuem über dem Fluß, und Charleroi, mit einer schwachen Besatzung von 1800 Mann, ward wieder blokirt. Es war vorauszusehen, daß die Oesterreicher nicht stark genug waren, diesen übermächtigen und immer erneuerten Stößen auf die Dauer Trotz zu bieten; wurden sie aber bewältigt, so stand dem Feinde der Weg nach Brüssel offen und die Vereinigung mit Pichegru in Westflandern machte dann den Rückzug der Verbündeten unvermeidlich.

Der Prinz von Coburg schickte erst einen Theil des bei Landrecies zurückgebliebenen Corps an die Sambre und brach dann (21. Juni) selbst von Tournay auf, um sich mit dem Sambreheere zu vereinigen. Er wollte den Franzosen ein Treffen liefern und Charleroi entsetzen; zu dem einen war es freilich schon zu spät, am 25. Juni, an dem Tage, wo der Oberfeldherr bei Nivelles in der Nähe der Wahlstatt von Waterloo anlangte, hatte sich der Platz ergeben. Ohne Kenntniß von diesem Vorfall traf der Prinz die Anstalten, am folgenden Tage dem Feinde eine Schlacht zu liefern, und setzte dazu gegen 50,000 Mann in Bewegung. Vom frühen Morgen an ward (26. Juni) auf denselben Ebenen, wo ungefähr ein Jahrhundert früher Luxembourg einen Sieg erkämpft, auf der Linie zwischen Fontaine-l'Evêque bis Fleurus gefochten; das französische Heer stand in einem Halbkreise, gestützt auf Charleroi, die Flügel bis an die Sambre ausgedehnt. Bis zum Mittag schlug man sich hartnäckig; die Oesterreicher hatten an einzelnen Stellen mit großer Auszeichnung gefochten und zum Theil Terrain gewonnen. Aber eine Entscheidung hatte der Kampf weder gebracht noch in Aussicht gestellt. Vielmehr drohte ein fortgesetztes Ringen mit schon unzureichenden Kräften die Niederlage herbeizuführen. Diese Erwägungen und die in diesem Augenblick erst eingetroffene Nachricht vom Falle von Charleroi bestimmten den Prinzen von Coburg zum Rückzug, der bis jetzt noch unverfolgt angetreten werden konnte. Die Diplomatie der Seemächte und einzelne ihrer Generale, wie der Herzog von York, zweifelten nicht, daß der Abmarsch mehr aus politischen als aus militärischen Motiven entsprang. Doch bedurfte es kaum dieser Deutung. Das Heer war an Zahl dem Feinde wirklich nicht mehr gewachsen, eine tiefe Entmuthigung hatte sich der Führer wie der Massen bemächtigt und begann schon die Bande der festen Zucht zu lockern, welche diese Truppen vordem ausgezeichnet. Der Prinz von Coburg war körperlich krank und seine Stimmung tief gebeugt; ohne zu Thuguts Vertrauten zu gehören, hielt er schon aus militärischen Gründen die Stellung für nicht mehr haltbar. Noch be-

ſchloß man zwar in dem Kriegsrath zu Braine la Leude (1. Juli), die Niederlande „ſtandhaft zu vertheidigen", aber der Rückzug ward immer unaufhaltſamer. Das feindliche Maas-Sambre-Heer näherte ſich (9. Juli) Brüſſel, wo ihm ſpäter Pichegru mit der Nordarmee die Hand reichte. Bald waren die Oeſterreicher aus Namur, Löwen, Mecheln herausgedrängt, ſchon am 24. Juli der größte Theil der Armee über die Maas zurückgeſchoben, drei Tage nachher Lüttich vom Feinde beſetzt. Damit war der Zuſammenhang zwiſchen Coburgs und Yorks Heeren zerriſſen; indeſſen der öſterreichiſche Feldherr von Jourdan nach dem Rheine zu gedrängt ward, hatte der engliſche Prinz, von Pichegru verfolgt, Antwerpen räumen und ſich nach Holland zurückziehen müſſen.

Daß es ſo kommen würde, war Vielen der Mitlebenden ſchon auf dem Schlachtfelde von Fleurus nicht mehr zweifelhaft; der Glaube war im Lager und außerhalb weit verbreitet, daß die Räumung Belgiens eine vorher beſchloſſene Sache ſei.*) „Die Muthmaßungen, ſchreibt ein diplomatiſcher Beobachter, können nicht höher ſteigen, als die Wirklichkeit ſie leider ausführt. Es ſind keine Mißhelligkeiten, keine unvorhergeſehenen Unglücksfälle, die Alles vereiteln; es ſind berechnete überdachte Pläne, die zu richtig verkettet ſind, als daß man ſie Zufall nennen könnte." **) Daß der Prinz von Coburg ſelber nicht zu den am tiefſten Eingeweihten gehörte, galt ſchon damals als wahrſcheinlich; aber in ſeiner Umgebung ſtanden die Vertrauten Thuguts, namentlich Prinz Waldeck, der längſt zu denen zählte, welche in der Räumung der Niederlande, in dem Bemühen um Baiern und Polen die allein richtige Politik Oeſterreichs ſahen. Einzelne höhere Officiere machten auch kein Hehl daraus, daß der Rückzug mehr freiwillig als erzwungen ſei; die Briten klagten laut über Verrath.

---

*) Am Tage nach der Schlacht berichtete Graf Dönhoff (d. d. Brüſſel 27. Juni): Ce ne sera que l'avenir qui dévoilera pleinement tout ce qui a été mis en mouvement depuis longtems et en exécution dans l'espace de douze heures — — — les Paysbas seront probablement perdus. La bataille d'hier où on a battu en se retirant, prouveroit même qu'on les quitte sans regrets. — — — Les Autrichiens renchérissent contre leur coutume sur le nombre des morts et des blessés et démontrent par ce calcul imaginaire l'impossibilité de retourner à la charge.

**) Aus einem Berichte Dönhoff's an Möllendorf d. d. Corroy bei Wavre 6. Juli. Unter demſelben Datum berichtet D. an den König: On ne cache plus qu'on abandonne les Pays-Bas. Le pays en est convaincu et les états n'entrevoyent que trop bien qu'ils en sont la cause. On parvient dans ce moment à son but, en le faisant manquer aux autres, mais on a lieu de douter, que la réoccupation sera aussi facile qu'on le calcule. Bekannt iſt, daß auch die Zeitungen jener Tage, in denen die öſterreichiſche Politik ſich vernehmen ließ, darüber ziemlich unverblümte Aeußerungen thaten. S. Polit. Journal 1794. S. 802.

Das Gerücht, Thugut habe bereits Einverständnisse mit Frankreich angeknüpft, gewann eine solche Stärke, daß sich Preußen alle Mühe gab, der Sache auf die Spur zu kommen. Einer der scharfsichtigsten politischen Köpfe jener Zeit, Dohm, ging zu dem Ende nach Brüssel, um sich selber mit Hülfe alter diplomatischer Connexionen und persönlicher Anschauung über die Lage in's Klare zu setzen.*) Er kam gerade recht, um den Rückzug von Fleurus und die Anstalten zur Flucht in Brüssel mit eigenen Augen zu sehen. Alle Schritte der Regierung beim Abzug, die sichtbare Gleichgültigkeit gegen die Zukunft des Landes, auch einzelne unverblümte Andeutungen, daß Oesterreich zu erschöpft sei, um diese entfernte Provinz zu halten, ließen ihm keinen Zweifel, daß die Preisgebung des Landes und der Rückzug bis zum Rhein eine abgemachte Sache war; die mäßige Verfolgung des Rückzugs durch den Feind galt als die Folge eines Uebereinkommens; das sollte — Dohm bezeichnet es als ein „zuverlässiges Factum" — Graf Metternich vor seiner Abreise aus Brüssel ganz offen gesagt haben und Mercy d'Argenteau dabei der Unterhändler gewesen sein. Den Wunsch nach Frieden, berichtet Dohm weiter, habe Oesterreich schon im Frühjahr gehabt und sich damals mit der Hoffnung getragen, ihn durch eine energische Offensive rasch zu erreichen; seit das Kriegsglück sich ungünstig gewendet, habe man sich entschlossen, dies schwer zu vertheidigende Gebiet, Belgien, aufzugeben und sich seine Entschädigungen in Baiern und Polen zu suchen. Ja es heiße, man werde sich diesen Ersatz mit der zurückkehrenden Armee selbst holen.

Damit stimmt die Haltung des Prinzen von Coburg zusammen. Nachdem der Rückzug unaufhaltsam fortgesetzt, Landrecies, Lequesnoy, Valenciennes, Condé von den Franzosen wieder gewonnen waren, forderte der Prinz seinen Abschied, und die Gründe, womit er dies Gesuch motivirte, zeugten von noch tieferem Unmuth, als ihn zu Anfang des Jahres der Herzog von Braunschweig bei seinem Rücktritte ausgesprochen. Ein General von Kopf und Herz, sagt der Prinz,**) könne unmöglich seinen Wünschen gemäß handeln, wo „eine Art von cabalenser Desorganisation die Oberhand gewinne." Er klagt dann die Art der österreichischen Kriegführung in herbem Tone an; sein Sündenregister reicht bis zu dem Augenblick zurück, wo Oesterreich in der Champagne die Preußen zu schwach unterstützt, ja er wirft die Hauptschuld des Mißlingens von 1793 auf Wurmser und seine Gönner. In einer solchen Lage bleibe „einem treuen Manne nichts übrig, als den Stab niederzulegen, den er gern mit Lorbeeren umwunden dem Kaiser überreicht hätte."

Während so der kaiserliche Oberfeldherr selbst die bitterste Anklage gegen die Thugut'sche Politik erhob, als deren Opfer er sich ansah, hörte Dohm während seines Aufenthaltes in Brüssel nur Anklagen gegen Preußen. Das

*) Das Folgende nach dem handschriftl. Bericht von Dohm d. d. Cöln 8. Juli.
**) In einer handschr. Copie seines Entlassungsgesuchs an den Kaiser.

Ausbleiben Möllendorfs und die laue Stimmung der Brabanter — ſo lautete, wie verabredet, dort das Urtheil — ſeien die einzigen Urſachen der Unfälle in den Niederlanden.

Nach dieſen Ereigniſſen hatte die Streitfrage, ob Möllendorf nach Belgien ziehen ſolle oder nicht, ihre Bedeutung verloren; um die Kataſtrophe von Fleurus und von dem was folgte abzuwehren, wäre er jedenfalls zu ſpät gekommen, auch wenn er ſich zur Zeit der Conferenzen zu Kirchheim (20. Juni) nach dem Wunſch der Seemächte ſofort auf den Marſch begeben hätte. Seine Weigerung war alſo ohne Einfluß auf die Ereigniſſe an der Sambre geweſen und der Zank zwiſchen ihm und der Diplomatie der Seemächte hatte nur eben die Folge gehabt, die Haager Uebereinkunft vollends zu lockern. Daß nun in einer königlichen Cabinetsordre vom 4. Juli die Weigerung gebilligt ward, war nach dem Ereigniſſe bei Fleurus natürlich.

Aber dieſelbe königliche Ordre gab auch wieder den Beweis, daß Friedrich Wilhelm II., wenn er nur den eigenen Eingebungen folgte, am beſten berathen war. Weder das Mißgeſchick an der Sambre und das Ausbleiben der engliſchen Hülfsgelder, noch die allgemeine Deſertion, die ſchon wie anſteckend wirkte, waren für den König zureichende Gründe, das Reich ungedeckt zu laſſen. Er wies Möllendorf an, fürs Erſte, was auch geſchehen möge, mit der Armee zum Schutz des Reiches am Rhein ſtehen zu bleiben. Das war natürlich der Politik, die Haugwitz im Miniſterium vertrat, ganz entgegen, und auch die Finanzlage Preußens ſtand ſolchen Entſchlüſſen im Wege. Es ſei „ſchlechterdings unmöglich", erklärte Haugwitz am 10. Juli,*) die Armee länger auf eigene Koſten zu erhalten, und ſelbſt die erſte Sendung der britiſchen Gelder, die eben angekommen, reiche höchſtens auf zwei Monate hin. In ſolcher Lage die Armee jedenfalls am Rhein zu laſſen, ſei höchſt bedenklich, und wenn man dazu die Neigung blicken laſſe, würden die Engländer mit ihren Zahlungen noch nachläſſiger werden. Wenn die Haager Convention völlig aufgelöſt werde, ſo bleibe kein anderer Ausweg offen, als vom Mittelrhein abzuziehen und eine Stellung zu nehmen, die Maſtricht und Weſel decke und die weiteren Folgen der Eroberung Belgiens und vielleicht auch Hollands abhalte. Darüber ſolle ſich der Marſchall mit Malmesbury verſtändigen. Eine Cabinetsordre vom 25. Juli beſtätigte dann dieſe Meinung. Es war darin Möllendorf anheimgeſtellt, die Maßregeln zu nehmen, welche er zur Deckung Hollands und der weſtfäliſchen Lande für nöthig erachte. Sei es doch allerdings ganz ausgemacht, „daß Preußen den Krieg bis zu Ende dieſes Feldzuges unmöglich aus eigenen Mitteln beſtreiten

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 10. Juli.

könne, und es bliebe also, wenn die englischen Subsidien zurückgehalten würden, nichts übrig, als übereinstimmend mit den früheren Erklärungen von der Unmöglichkeit einer weitern Mitwirkung, die Armee in die preußischen Staaten zurückzuziehen."

In den nämlichen Tagen, wo diese Weisung in Berlin beschlossen ward, gaben die Armeen am Mittelrhein wieder ein Lebenszeichen von sich. Die beiden Feldherren, Möllendorf und Herzog Albert von Sachsen-Teschen, verständigten sich am 26. Juli in einer Conferenz zu Schwetzingen über die Maßregeln, wie sie durch die jüngsten Vorgänge in den Niederlanden geboten seien; die Diplomatie der Seemächte nahm dabei die Miene an, ganz unbetheiligt zu sein und die getroffene Verabredung als etwas zu betrachten, was nur die beiden Feldherrn anginge. Es solle — das war der Hauptinhalt der Schwetzinger Uebereinkunft — der Prinz von Coburg aufgefordert werden, mit äußerster Anstrengung die Maas zu behaupten, die Armeen am Mittelrhein wollten es dann als ihre eifrige Sorge betrachten, die Mosel und namentlich Trier zu decken. Indessen der Erbprinz von Hohenlohe mit einem gemischten Corps von Kaiserlichen und Preußen Main schütze, sollte Möllendorf mit dem Rest des preußischen Heeres rechts gegen die Mosel ziehen, die Deckung von Coblenz übernehmen und im „widrigsten Falle" mit seinen Truppen die Karthause bei Trier besetzen. Der kaiserliche General Blankenstein, der mit einem Corps von ungefähr 7000 Mann Trier hielt, ward angewiesen, im Falle er mit Uebermacht angegriffen würde, sich auf Wittlich zurückzuziehen und in jedem Falle die Position zwischen dem linken Moselufer und dem Rhein auf das hartnäckigste zu vertheidigen. Vielleicht könne auch der Prinz von Coburg den an der Ourte stehenden Feldmarschalllieutenant Melas weiter vorschieben. Alle diese Bewegungen waren jedoch davon abhängig gemacht, daß der Prinz die Maaslinie festhalte.*) Man

*) Möllendorf erklärte sich mit dem Inhalt völlig einverstanden, fügte aber seiner Unterschrift die Clausel bei: „Da ich den Uebergang des Prinzen von Coburg über den Rhein für das größte Unglück ansehe, davon Gründe zu weitläufig anzuführen, der wichtigste aber der bei Verlust der Benutzung des Rheinstromes entstehende Mangel an Subsistenz für die Armee ist, auch die Entblößung der kön. Provinzen am linken Rheinufer nach sich ziehen muß, so bin ich genöthigt, in allem Betracht als erste Bedingung dieses Concerts die Behauptung des linken Rheinufers von Seiten des Prinzen von Coburg anzusehen, sonst ich mich von denen Verbindungen lossagen muß und durch Entblößung der kön. Provinzen mit der unter meinem Commando stehenden Armee die hiesige Gegend zu verlassen und nach dem Niederrhein zu eilen gezwungen wäre." Der Prinz antwortete darauf (2. Aug.) mit der Versicherung, „alle zwischen der Maas und dem Rhein mögliche Positionen auf's äußerste zu vertheidigen"; für den „unwahrscheinlichen Fall, daß er gleichwohl genöthigt würde, das linke Rheinufer zu verlassen", bat er den Marschall, „keinem ausgestreuten Allarm Gehör zu geben", da er in solch einem widerwärtigen Falle ihn sofort durch Couriere

war im Begriff, die neuen Stellungen einzunehmen, als die Nachricht einkam, daß überlegene feindliche Kräfte sich an der Saar und Mosel in Bewegung setzten, um Trier zu nehmen. Den General Blankenstein zu verstärken, wurden dann zwei preußische Abtheilungen unter Kalkreuth und Köhler abgesandt; Kalkreuth brach aus seinen Stellungen in der Nähe von Kreuznach am 5. August auf; wie er sich aber Trier näherte, erfuhr er, daß Blankenstein schon auf dem Rückzug nach Wittlich sei. Am 9. rückten die Franzosen in Trier ein. Dadurch war die Verbindung der Heere am Rhein mit Luxemburg verloren, ihr Zusammenhang mit dem Prinzen von Coburg wenigstens gefährdet; die schon vorhandene Verstimmung erhielt zugleich neuen Stoff, denn die Kaiserlichen warfen den Preußen vor, sie seien zu spät zu Hülfe gekommen, und diese antworteten mit dem Vorwurf, die Kaiserlichen seien zu früh gewichen — eine widrige Debatte, die sogar in die Tagesblätter überging.

Man machte nun Pläne, wie Trier wieder zu gewinnen sei, und vielleicht konnte damit den Kaiserlichen an der Maas wirklich Luft gemacht, das Vordringen der Feinde aufgehalten werden; allein unter den Verhandlungen darüber vergingen mehrere Wochen und erst Mitte September setzte man sich in Bewegung, um, von der niederländischen Armee unterstützt, die Stellungen der Franzosen anzugreifen. Da traf noch während des Marsches die Nachricht ein, daß die Kaiserlichen das rechte Maasufer geräumt hätten und an der Ourte geschlagen seien; das Unternehmen ward also aufgegeben. In der Zwischenzeit hatte der Erbprinz von Hohenlohe dem Feind noch einen unerwarteten Schlag zugefügt. Ihm war nur die Aufgabe zugefallen, während des Zuges auf Trier die französische Rheinarmee zu beschäftigen; unter seinen Händen ward aus diesem Auftrag noch eine letzte glänzende Waffenthat, bevor die preußischen Truppen auf beinahe zwei Jahrzehnte dem linken Rheinufer den Rücken wandten. Er machte am 17. Sept. nur eine Recognoscirung, ging dann zum Angriff vor und vergalt in einer Reihe glücklicher Gefechte (18—20. Sept.), in denen wieder Blücher mit der Reiterei hervorragte, den Franzosen ihren Erfolg vom Juli, schlug sie aus ihren Stellungen zurück und drängte sie, zum Theil in völliger Auflösung, über Kaiserslautern hinaus gegen die französische Grenze hin. Aber dieses letzte Treffen von Kaiserslautern weckte im Hauptquartier keine rechte Freudigkeit mehr, und die Friedenspolitiker hielten, so wie die Dinge einmal standen, den Sieg für überflüssig. Der Marschall war, wie wir aus seiner Correspondenz ersehen, mit bangen Sorgen über den Gang der Dinge in Polen, über den Rückzug in den Niederlanden erfüllt; die Gesandten der Seemächte bestürmten ihn mit dem Verlangen, auf das linke Moselufer zu gehen und damit den weiteren

---

davon benachrichtigen würde. Möllendorf erklärte sich (Schreiben vom 9. Aug.) dadurch für beruhigt. (Aus der M.'schen Correspondenz.)

Rückzug der Kaiserlichen aufzuhalten; der Herzog von York schickte einen seiner Adjutanten, den Major von Hardenberg, einen Bruder des Ministers, an den Rhein, um bei Möllendorf Rath und Hülfe zu holen, während dieser selber sehnsüchtig auf Weisungen aus Berlin wartete;*) — in diesen drängenden Verlegenheiten erschien denn allerdings der jüngste Sieg wie etwas Ueberflüssiges und es war jetzt am wenigsten zu erwarten, daß man ihn mit Kraft verfolgen würde. Vielmehr erhielt der Erbprinz die Weisung, seine alte Stellung wieder einzunehmen, und er stand denn auch acht Tage, nachdem er die Franzosen in den Westrich gejagt, wieder ruhig an der Pfriem bei Alzei und Pfeddersheim. Im Lager war schon früher eine Aeußerung Möllendorfs bekannt geworden: man dürfe von einer stricten Defensive nicht abgehen und es sei den preußischen Interessen entgegen, noch etwas wagen zu wollen.**)

Die Vorfälle in den Niederlanden stimmten freilich wenig zu der Zusage Coburgs, die Maaslinie aufs äußerste vertheidigen zu wollen. Zu Ende August war die kaiserliche Armee, noch über 80,000 Mann stark, hinter der Maas von Roermonde an bis Mastricht und an der Ourte aufgestellt. Der Prinz von Coburg erhielt jetzt seine Entlassung und Clerfayt ward sein Nachfolger. Auch in Wien war man davon abgekommen, die Maaslinie zu halten, obwohl die feindliche Macht keineswegs so überlegen war, um dies erzwingen zu können. So wich man fechtend und in guter Ordnung zurück. Schon am 17. und 18. Sept. erkämpften die Franzosen den Uebergang über die Ourte, drängten einen Theil der Oesterreicher bis an die Vesdre zurück und zwangen die ganze Armee, ihre Stellung an der Maas aufzugeben. Jetzt sollte die Roer ihre Vertheidigungslinie werden, aber die Franzosen verfolgten ihr Uebergewicht mit Raschheit und Energie. Schon am 25. Sept. standen sie bei Aachen; in den ersten Octobertagen an der Roer. Die Gefechte, welche die Oesterreicher dort am 2. October bestanden, endeten nicht glücklicher als die früheren; am Abend sahen sie den Uebergang von den Franzosen erzwungen und ihren linken Flügel bedroht. Clerfayt ging nun nach dem Rhein zurück; die Franzosen folgten. Schon am 6. Oct. zogen sie in Cöln ein; ein paar Tage später besetzte Marceau Bonn, Taponnier Coblenz. Die Oesterreicher bezogen auf dem rechten Rheinufer, von Düsseldorf bis über die Lahn hin ausgedehnt, ihre Winterquartiere; Mastricht, vom Feind heftig beschossen, mußte am 4. November capituliren.

Indessen war es dem Corps unter dem Herzog von York, das sich nach Holland gewendet, noch schlimmer ergangen. Pichegru war zu Anfang Sep-

---

*) Nach zwei Schreiben Hardenbergs d. d. 21. Sept. und 1. Oct. und einer Note von Malmesbury und Kinkel d. d. 30. Sept. Daß die Franzosen über die geringe Verfolgung des Sieges überrascht waren, bezeugt Soult, Mémoires I. 224.

**) S. Memoiren des Generals L. von Reiche. 1857. I. 84.

tember von Antwerpen aufgebrochen, um die Verbündeten, deren Vorhut hinter dem Flüßchen Dommel stand, anzugreifen. Die einzelnen Gefechte, welche die gemietheten Truppen, z. B. die Darmstädter bei Boxtel lieferten, bewährten wieder die Waffentüchtigkeit deutscher Soldaten aufs rühmlichste, aber die Führung war kläglich, das holländische Heerwesen befand sich in voller Auflösung. Der Herzog von York führte, ohne daß er dazu gedrängt war, seine 30,000 Mann über die Maas hinüber (Mitte September) und sah ruhig zu, wie die Franzosen ohne Brücken und schweres Geschütz Miene machten, Crevecoeur und Herzogenbusch einzuschließen. Nach einer Beschießung von wenig Stunden ergab sich Crevecoeur und die Franzosen wandten sich nun mit dem dort gewonnenen Geschütz gegen Herzogenbusch, das schon am 15. October dem Feind seine Thore öffnete. Venlo folgte dem Beispiel, ohne daß ein Schuß fiel, wenig Tage später. Der Herzog ließ es geschehen, daß die Franzosen die Maas überschritten (18. Oct.), und zog sich über die Waal zurück; Nymwegen ward so unrühmlich wie die andern Plätze preisgegeben. Der alte Parteihaß von 1787 regte sich aufs Neue und lähmte vollends die Kraft des Widerstandes. Wenn ein strenger Winter die natürlichen Schutzwehren des Landes unbrauchbar machte, so war es wahrscheinlich eine leichte Arbeit, die Republik, die in Factionen zerrissen, von französischen Sympathien und Emissären unterwühlt ward, ohne Blutvergießen zu erobern.

Nicht erfreulicher als diese westlichen Ereignisse lauteten die Nachrichten aus Osten: der polnische Aufstand hatte an Ausdehnung gewonnen und eine neue Last des Krieges auf Preußen gewälzt. Vom ersten Augenblick der Erhebung stand freilich eines außer Zweifel, daß dieselbe nur dazu führen werde, das Ende des polnischen Staatswesens zu beschleunigen. In dieser unabwendbaren Consequenz früherer Dinge gab es für Preußen keine Wahl oder Ueberlegung mehr, ob es dies Verhängniß aufhalten wolle oder nicht, sondern es galt einzig und allein, sich inmitten der mißgünstigen Rivalität der in die gleiche Schuld und Beute verstrickten Mächte den möglichst großen Antheil zu sichern. Schritt Preußen rasch ein, warf es den Aufstand nieder, ehe Rußland und Oesterreich wirksam eingreifen konnten, besetzte es den Rest des polnischen Gebietes, dann lag es in seiner Hand, die Bedingungen der letzten Theilung Polens vorzuzeichnen. Das war auch anfangs die Hoffnung der preußischen Staatsmänner; drum waren Manstein, Lucchesini und ihre Freunde im Ministerium seit Frühjahr unermüdlich beschäftigt, den König aus dem westlichen Kriege loszuwickeln und seine Macht wie sein persönliches Interesse allein dem Kriege im Osten zuzuwenden. Und die Chancen standen für diese Politik nicht ungünstig. Oesterreich sah den ersten Anfängen des Aufstandes mit zweideutiger Lauheit zu, die Streitkräfte der Czarin waren vorerst kaum zu zählen, Rußland selbst ward von Geldnoth, Hunger und innerer Zerrüttung heimgesucht. Preußen allein hatte gleich im Mai 50,000

Mann nach Polen geworfen, dem weiteren Vordringen Kosciuscos eine Schranke gesetzt und sich Krakaus bemächtigt. Allein der gleiche Mangel rascher und energischer Entschließung, den wir am Rhein kennen lernten, versäumte es auch hier, die ersten Erfolge zur Bewältigung des Feindes zu nützen; es ward den Gegnern und Rivalen Zeit gegeben, ihre Kraft zu sammeln. Daß Rußland die preußische Einmischung, die es erst dringend erbeten, mit täglich zunehmendem Widerwillen betrachtete, stand bald außer Zweifel; von Oesterreich her beunruhigte Thuguts nun offenkundiges Bemühen, den Kampf im Westen zu verlassen und durch die Einmischung in Polen für Oesterreich Vergrößerungen zu gewinnen. Zwar war der König selbst auf den Kampfplatz geeilt, aber sein Eifer, dem Kriege dort eine rasche Entscheidung zu geben, scheiterte an den Dimensionen des Landes und an der Unentschlossenheit der Kriegsleitung. Seit Juli stand das preußische Heer vor Warschau und machte vergebliche Anstrengungen, die Stadt, die jetzt der Mittelpunkt des Aufstandes geworden, zu überwältigen. Die Lage der Armee auf diesem undankbaren Boden ward mit jedem Tage peinlicher; der Mangel an Lebensmitteln, Krankheiten und die Unsicherheit aller Communicationen trug zum Mißlingen ebenso viel bei, als das verhängnißvolle Schwanken der preußischen Führung zwischen Kraft und Zaudern. Zu dem Allem, zu der Lauheit und Langsamkeit der russischen Rüstung, der zweideutigen Haltung von Thuguts Politik kam denn seit Ende August ein Aufstand in Südpreußen, der die so theuer erkaufte neue Erwerbung rasch in die revolutionäre Bewegung verflocht und die Lage der preußischen Politik allerdings aufs peinlichste verwickelte. Nur ein kühner Streich auf Warschau konnte den Knoten zerhauen, allein die Verhältnisse im Lager ließen eher voraussetzen, daß man sich unter diesen Eindrücken entschließen würde, die Belagerung von Warschau aufzugeben. Der gute Rath Hertzbergs, der damals in wohlmeinendem Eifer den König mit Briefen bestürmte und seine Dienste anbot, vermochte freilich aus dieser Krisis nicht zu helfen. Wohl war in seinen Briefen Alles richtig und scharf hervorgehoben, was sich gegen die Verderblichkeit der Auflösung Polens sagen ließ, auch der unaufhaltsame Fortschritt der Franzosen über Belgien, Holland, den Rhein und den deutschen Süden treffend vorausgesagt und mit Grund der Zweifel erhoben, ob dann Preußen wohl im Stande sein würde, zugleich in den Niederlanden, am Rhein, in Oberdeutschland und in Polen den Krieg zu führen? Aber daß er sich zutraute, wie in der Blüthezeit von Friedrichs II. Ansehen, durch Denkschriften die europäische Welt mit sich zu verständigen, die Mächte zur Anerkennung der fränkischen Republik zu bewegen und damit der im vollen Laufe begriffenen kriegerischen Propaganda der Revolution Halt zu gebieten, diese seltsame Ueberschätzung war nur bei einem Manne erklärlich, der sein Leben lang ein starkes Selbstgefühl in sich getragen, der durch viele Jahre der Macht und des Gelingens von seiner staatsmännischen Unfehlbarkeit voll-

kommen überzeugt war, und der mit Grund den Augenblick, wo er das Ruder unfreiwillig verlaſſen, als den Anfang eines Rückganges der preußiſchen Politik bezeichnen durfte. Wir begreifen wohl, wie unbequem dem König im Lager bei Opalin die ungebetenen Lehren ſeines ehemaligen Miniſters kommen mußten; es war ſchwer zu ſagen, was ihn darin peinlicher berühren mochte: die vielfach zutreffenden Wahrheiten, oder das eitle Selbſtvertrauen des Miniſters, daß er allein der Mann ſei, der helfen könne? Der König antwortete in herb abweiſendem Tone (20. Juli) und verbat ſich den Rath Hertzbergs ungnädiger, als dies der greiſe Staatsmann verdient hatte. Denn auch zu dieſem letzten Fehlſchritte trieb ihn bei aller Selbſtüberhebung doch nur die eifrigſte Sorge um die Macht des Staates, dem er ſein Leben gewidmet; die jetzt ſeine Stelle im Rathe des Königs einnahmen, waren am wenigſten geeignet, dies Verdienſt und die Erinnerung an die guten und glücklichen Tage Hertzbergs zu verwiſchen.

Wir müſſen uns alle dieſe Eindrücke, die Nachrichten vom Niederrhein und aus Holland, die Kunde von der vergeblichen Belagerung Warſchaus und dem Aufſtande in Südpreußen, wie ſie nun im September in raſchen Schlägen auf einander folgten, vergegenwärtigen, um die Stimmung Möllendorfs zu begreifen und zu erklären, wie wenig er ſich verſucht fühlen mochte, ſelbſt nach dem jüngſten Erfolge Hohenlohes bei Kaiſerslautern noch zu kühnem Angriffe vorzugehen. Er dachte vielmehr an Frieden als an Krieg. „Der König ſelbſt — heißt es in einem Briefe des Marſchalls vom 25. Sept. — ſchreibt mir nichts, ebenſo wenig Lucheſini und Manſtein, wie es in Polen ausſieht. Ich geſtehe, daß ich nichts davon begreife, noch weniger, daß ich keine poſitiven Inſtructionen erhalte, was in allen dieſen mißlichen Umſtänden zu machen und wie unſere eigenen Provinzen zu decken ſeien.“ Die Botſchaft, daß Clerfayt wirklich über den Rhein gegangen, verſetzte ihn dann, wie er ſich ſelber ausdrückt, in volle „Beſtürzung.“

Wir ſind bei dem Punkte angelangt, wo die Summe der verſchiedenſten Eindrücke ſich in Einem zuſammenfaſſen ließ: dem Begehren nach Frieden, dem ungeduldigen Wunſche, die unerträgliche Laſt des Krieges mit Frankreich abzuſchütteln. Wenn ſich dazu irgend ein Ausweg bot, man war begierig ihn zu ergreifen, in Wien wie in Berlin, wie grell auch ſonſt die politiſchen Diſſonanzen beide Cabinete ſcheiden mochten. Krieg wollte nur noch Pitt; mit gutem Grund wuchs in ihm Sorge, daß Belgien Preis gegeben und die zerſplitterte Kraft der Coalition nach Oſten gewendet werden ſollte. Drum ſandte er Ende Juli den Grafen Spencer und Sir Thomas Grenville nach Wien; Sir Arthur Paget ſollte nach der preußiſchen Hauptſtadt gehen, beide Sendungen den Verſuch machen, die deutſchen Mächte noch einmal beim Kriegsbunde feſtzuhalten. Wenn Oeſterreich ſich entſchloß, die Offenſive in den

Niederlanden mit frischer Macht zu ergreifen, so waren Spencer und Grenville ermächtigt, Unterstützung mit den Waffen, Subsidien und Entschädigung an Land Oesterreich anzubieten. Aber Thuguts Aeußerungen ließen kaum einen Zweifel darüber, daß ihm die östlichen Dinge jetzt ungleich mehr am Herzen lagen, als die Eroberung Belgiens; was er an Subsidien forderte, war so hoch, daß die britischen Unterhändler gleich anfangs an einem Ergebniß ihrer Sendung verzweifelten.

Und wie sollten Oesterreich und Preußen aufs Neue sich einigen, nachdem die Gründe der tiefen inneren Entzweiung auf allen Seiten sich gesteigert hatten? Preußen sah sich durch Oesterreich in der polnischen Sache Schach geboten, vielleicht bald einen österreichisch-russischen Bund gegen sich im Werden; schon jetzt ward Thugut so laut beschuldigt, die Schwierigkeiten in Polen absichtlich zu mehren, daß es darüber mit Lucchesini zu diplomatischen Erörterungen kam. Aber auch zwischen England und Preußen war eine Entfremdung eingetreten, die für die neue Eintracht wenig Aussicht gab; Preußen beschwerte sich über die säumige Zahlung der Subsidien, England über die Unthätigkeit der preußischen Waffen; Klagen und Gegenklagen wurden in einem Tone laut, der eher offnen Bruch als festere Freundschaft erwarten ließ.*)

So glaubten die eifrigsten Friedensmänner denn ihre Zeit gekommen. Marschall Möllendorf hatte schon zu Anfang des Jahres einmal, als die Aussicht auf Subsidien fast verschwunden war, einen Versuch gemacht, durch Leute zweiter Hand in Paris zu sondiren, was die Franzosen etwa als Preis des Friedens fordern möchten; die erneute Theilnahme Preußens am Kampfe hatte damals dieser Anknüpfung keine weitere Folge gegeben. Wie dann nach der Räumung Belgiens die Gerüchte von Thuguts heimlicher Verhandlung mit Robespierre umliefen, wandte sich der Feldmarschall (Anf. Juli) geradezu ins Hauptquartier nach Polen und bat um Vollmacht zur Friedensverhandlung. Noch schien es aber den Leitern nicht an der Zeit. Ich für meine Person, erklärte damals Lucchesini,**) sehe zwar nichts dabei, mit Robespierre zu verhandeln; Mazarin hat sich auch mit Cromwell einlassen müssen. Aber einmal würde man beim König auf unüberwindlichen Widerstand stoßen, dann ist ein solcher Schritt zur Zeit politisch nicht rathsam. „Durch einen Separatfrieden würden wir allen unsern Verpflichtungen untreu werden; wollten wir das Reich zulassen, so würde die Unterhandlung öffentlich werden und in Folge davon Rußland, durch Oesterreich aufgestachelt, noch unfreundlicher in Polen auftreten. Beschränken wir uns darauf, bei den andern Mächten friedliche Gesinnungen zu erwecken und den Subsidienvertrag in

*) S. Malmesbury III. 124—128.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. Opalin 19. Juli.

keinem Falle zu verlängern; dann geben wir dem Uebelwollen keine Blöße und behalten Aussicht auf feste und bleibende Verbindungen."

Möllendorf ließ sich nicht irre machen; nach wenig Wochen wiederholte er seinen Vorschlag zu günstigerer Stunde. Die Dinge in Polen hatten sich noch unseliger verwickelt, Oesterreichs Verhältniß in der Frage hatte schon aufgehört zweideutig zu sein; es gingen die bedenklichsten Gerüchte, die der seit lange genährte Argwohn ins Ungemessene steigerte. Die österreichische Armee sollte nach den Einen Belgien verlassen, um nach Polen aufzubrechen, nach Andern geradezu nach Baiern marschiren, um endlich die lange umlauerte Beute mit festem Griff zu fassen. Wie viel oder wie wenig an diesen Ausstreuungen sein mochte, Lucchesini hielt seinerseits den Moment für gekommen, mit dem Friedensantrag offen vor den König zu treten.*) Friedrich Wilhelm lehnte es rund und heftig ab, ohne Vorwissen seiner Verbündeten zu einer Sonderunterhandlung zu schreiten. „Wissen die Andern, sagte er, den Krieg nicht länger zu führen, so müssen sie an Frieden denken; aber ich werde es nicht sein, der die erste Eröffnung an die Königsmörder macht. Meine Anträge würden abgelehnt, die Seemächte hätten Grund sich zu beschweren, Oesterreich würde mich im Reich des Verraths anklagen; hier in Polen würde ich alle Frucht meiner Einmischung verlieren." Der erste Sturm war also abgeschlagen; des Königs Cabinetschreiben, äußerte das Ministerium acht Tage später, verbietet uns einstweilen, an Frieden zu denken. Aber Lucchesini vertraute auf die sanguinische Natur dieses Fürsten; er ließ nicht ab, zu drängen, zumal der König den Gedanken eines Friedens an sich ja nicht verwarf, vielmehr durchblicken ließ, daß ein allgemeiner Friede auch ihm erwünscht sei. Wenn, sagte Lucchesini, die Verhandlung, die England jetzt in Wien führt, scheitert (und er schien daran nicht zu zweifeln), so müssen ja die Mächte an Frieden denken. In Wien ist eine starke Partei dafür, der neapolitanische Gesandte verfolgt mich seit sechs Monaten mit solchen Gedanken, Spanien wird sofort zugreifen. Ich gestehe offen, daß ich es nicht für schwer halte, die meisten Mächte zu einer Friedensverhandlung zu vereinigen.**)

Daß des gewandten Italieners Bemühen doch nicht ganz fruchtlos blieb, meldete er selber wenige Tage später mit aller Genugthuung an Möllendorf:***) „Was Ihren Lieblingswunsch, den Frieden, betrifft, so habe ich dafür gethan, was vielleicht viele gleich eifrige Patrioten nicht gewagt hätten. Der König hat mir zwar aufs Feierlichste erklärt, daß keiner seiner Diener ihn dazu bringen würde, sich durch eine erste Eröffnung zu entehren, aber er wünscht

*) Nach Lucchesini's Schreiben vom 1. Aug.

**) Lucchesini an das Ministerium d. d. 8. Aug.

***) Schreiben vom 14. Aug. Der im Folgenden erwähnte Bericht an das Minist. ist vom gleichen Tage.

doch, daß sich Gelegenheit dazu biete. Wohl hat er mir Alles verboten, was bei vorbereitenden Schritten seinen Namen auftauchen ließe, aber er hat mir doch erlaubt, für mich persönlich die Hülfsquellen zu gebrauchen, die sich mir bieten könnten. Ich fühle, wie es sich gebührt, das ganze Gewicht dieser Sendung und ich höre den Ruf des Vaterlandes." Friedrich Wilhelm hatte sich entschlossen, Luccheſini auf kurze Zeit nach Wien zu senden, um an Ort und Stelle den Verlauf der britischen Verhandlung zu beobachten. Da bot sich ja gleich die Gelegenheit, jene Ermächtigung zu verwerthen. „Der König, schrieb er im Moment vor seiner Abreise an das Ministerium, hat mir zwar ausdrücklich verboten, in seinem Namen Friedensanträge zu machen, sei es bei den Verbündeten, sei es beim Feind; nichts desto weniger halte ich mich durch einzelne seiner Aeußerungen für ermächtigt, wenigstens den Keim dazu zu legen." Daß in Luccheſinis Hand dieser Same nicht verloren war, ließ sich mit Gewißheit erwarten; auch wenn derselbe zunächst in Wien nicht aufging.

Als Luccheſini nach Wien kam, war die britische Verhandlung um nichts gefördert. Wohl übten die Subsidien, die Lord Spencer in Aussicht stellte, Versuchung genug, um nicht abzubrechen, aber man war doch weit entfernt sich zu verständigen. Die Angebote der Engländer waren dem österreichischen Staatsmann nicht hoch genug und seine Winke über eine Abtretung Belgiens und einen anderwärts zu schaffenden Ersatz schienen Jene nicht verstehen zu wollen. Die Anschuldigung geheimer Verhandlungen mit Frankreich wies Thugut allerdings entschieden zurück; aber, was Luccheſini ohne Zweifel bedenklicher war, er empfing den Eindruck, daß das Project mit Baiern von Neuem an der Tagesordnung sei.

Indessen erfolgten die Ereignisse, die wir kennen: die unglücklichen Gefechte an der Maas und Roer, der Aufstand in Südpreußen, die Aufhebung der Belagerung von Warschau. Der König verließ den mühevollen und undankbaren Kriegsschauplatz in Polen; die letzten Erfahrungen hatten ihn den Rathschlägen der Friedensmänner zugänglicher gemacht, als alle Vorstellungen Luccheſinis. Drum fand eine neue Anregung Möllendorfs jetzt einen günstigeren Boden. Wegen des Austausches der Gefangenen sollte durch Major Meyerinck mit den Franzosen verhandelt und dieser Anlaß zu weiteren Vorschlägen benützt werden. Um den König eher dafür zu stimmen, vermied es die Friedenspartei sorgfältig, von einem Separatfrieden zu sprechen; Preußen sollte jedenfalls das Reich mit in den Frieden einschließen, gleichsam als Vermittler eines Reichsfriedens auftreten. Mit der Abtretung Belgiens, das ja Oesterreich gegen Ersatz zu opfern bereit war, hoffte man Frankreich abzufinden und dafür im Uebrigen den unverminderten Bestand der Reichsgrenzen zu retten, die Unabhängigkeit Hollands zu erhalten. Der König, schrieb Luccheſini am 8. Sept. triumphirend, ist in diese heilsamen Vorschläge eingegangen; der Gedanke hat ihm ungemein zugesagt, der Vermittler für das

Reich zu werden, und auf dieſe Weiſe den allgemeinen Frieden wie die Sicherſtellung Hollands herbeizuführen.

Auf dem Rückweg aus Polen hatte der König zum zweiten Male Lucchesini nach Wien geſandt, um dort zu erklären, daß Oeſterreich jetzt, da Preußen in Polen angegriffen ſei, nach dem Bundesvertrag vom Februar 1792 ein Hülfscorps von 20,000 Mann zu ſtellen habe; wenn, wie faſt ſicher zu erwarten, man in Wien dazu nicht geneigt war, ſollte er auf die Abberufung einer gleichen Zahl Preußen von der Rheinarmee vorbereiten. Auch des Friedens wegen hatte Lucchesini den Auftrag in Wien anzuklopfen; wenn nicht ein förmlicher Friede, ſo ſchien doch ein auf längere Zeit geſchloſſener Waffenſtillſtand unbedenklich zu empfehlen. Der preußiſche Diplomat überzeugte ſich freilich bald, daß man in Wien nichts weniger als geneigt war, Preußen die Initiative zur Vermittlung für das Reich zu überlaſſen, auch wenn man die Rückſichten, die noch an England und Rußland knüpften, hätte aus den Augen ſetzen wollen.

Preußen war aber bereits entſchloſſen, ſeinen Weg im Nothfall allein zu gehen. Die polniſche Kriſis ſchien mit jeder Stunde die unermeßliche Gefahr des Krieges im Weſten zu ſteigern, mit Oeſterreich war eine Verſtändigung nicht herzuſtellen, mit Rußland befand man ſich vielleicht bald in offenem Zerwürfniß; eben jetzt deuteten die Unterredungen, die Hardenberg mit Malmesbury zu Frankfurt pflog, auf einen nahen Bruch mit den Seemächten und die kurz nachher erfolgte Einſtellung der Subſidienzahlung erwies, daß er bereits eingetreten war. So griff man denn zur Friedensverhandlung mit Frankreich, wo man ja zudem ſeit dem Sturz Robespierres nicht mehr mit den Männern des Schreckens unterhandeln mußte. Und man hatte ſich die Form dieſes Abkommens ſo erträglich wie nur immer denkbar ausgeſchmückt; ein Friede für das Reich ſollte es ſein, der demſelben die Integrität ſeines Gebietes ſicherte. Das wurde auch vertraulich dem Kurfürſten von Mainz mitgetheilt, damit er ſeinerſeits im Reich den Boden vorbereite. Auch ſollte zunächſt nur über die Auswechslung der Gefangenen verhandelt und daran wie gelegentlich weitere Beſprechungen über den Frieden geknüpft werden. Damit man aber nicht mit den Pariſer Machthabern direct in Berührung kam, ſollte die Friedensverhandlung durch Barthelemy, den Geſandten in der Schweiz, gehen, einen Mann, der durch Abkunft, Geſinnung und geſellſchaftliche Formen von den Jacobinern unterſchieden war. Möllendorf wählte als Mittelsmann einen Kreuznacher Weinhändler, Namens Schmerz; derſelbe ward in der zweiten Hälfte September nach der Schweiz geſandt, um die erſte Einleitung zu dieſer folgenſchweren Verhandlung zu treffen.

Preußen hatte damit das Band zerriſſen, das es mit der Coalition noch verknüpfte; aller Vorausſicht nach blieben die preußiſchen Truppen nicht mehr lange an der deutſchen Weſtgrenze. Zwar hatte eben noch Möllendorf mit

dem Herzog von Sachsen-Teschen Verabredungen getroffen über die Operationen, die man ergreifen wollte, um wenigstens das linke Rheinufer zu behaupten. Es hatten darüber (1—5. Oct.) viele Verhandlungen stattgefunden und war auch ein leidliches Einverständniß erreicht, als die niederschlagende Kunde von dem bereits erfolgten Uebergange Clerfayts über den Rhein eintraf und nun alle diese kaum gebornen Pläne in der Geburt erstickte. Die gleichzeitigen Nachrichten aus Polen kamen denn diesen Eindrücken sehr zu Hülfe. „Im Vertrauen — schrieb Möllendorf am 10. Oct. an den Erbprinzen von Hohenlohe — Sie müssen sich aber nichts merken lassen, schildert mir der König die schlechte Lage der polnischen Sachen und zeigt mir die Detachirung eines Corps dahin, wonach ich meine allgemeinen Arrangements machen soll. Folglich müssen wir uns zusammenziehen und concentrirte Positionen nehmen." In diesem Augenblicke war denn auch der Marschall, so lebhaft auch der österreichische Feldherr in ihn drang, nicht mehr dazu zu bewegen, einzelne Corps zu detachiren oder sich auf neue Operationen einzulassen. Gleich nachher traf durch einen Courier der Befehl des Königs ein: „so viel als möglich jedes ernste Gefecht zu meiden, indem es allen Anschein hätte, daß der Tractat mit England gebrochen würde und man nicht unnützer Weise Leute aufopfern wolle."*) Daß England seine Subsidienzahlungen eingestellt, gab einen erwünschten Anlaß, den Haager Vertrag als gebrochen und jede weitere Verbindlichkeit als aufgehoben anzusehen. In herbem Tone erklärte dies Möllendorf den Gesandten der Seemächte (21. October); ebenso lauteten die Eröffnungen, die der preußische Gesandte in London und Hardenberg dem Lord Malmesbury wenige Tage später machten. In denselben Tagen begann der Rückmarsch der Preußen auf das rechte Rheinufer. Ein Theil des Heeres brach nach Polen auf; nach Westen zu sollten die westfälischen Gebiete gegen einen französischen Einfall gedeckt werden.

Während Preußen so den entscheidenden Schritt zum Frieden that, wurden die gleichen Wünsche auch an einer andern Stelle laut.

Auf dem Reichstage war die Kriegslust längst abgekühlt. Warum hätten auch, da Preußen zum Frieden drängte, Oesterreich selbst mit neuen englischen Subsidien nicht beim Kampfe festzuhalten schien, die Mittleren und Kleineren allein kriegerisch gesinnt sein sollen! Wir kennen ja die Noth, die man bei den Meisten gehabt, daß auch nur die ersten Verpflichtungen gegen das Reich erfüllt wurden, und wie beharrlich einzelne Reichsstände auch wäh-

*) Schreiben Möllendorf's an Hohenlohe d. d. 14. Oct. Ein Schreiben Hardenberg's d. d. 12. Oct. kündigte die Verweigerung der Subsidienzahlungen und den bevorstehenden Bruch mit den Seemächten an.

rend des heftigsten Kampfes sich auf der Linie der Neutralität hatten zu erhalten suchen. Einer von diesen, Pfalzbaiern, ließ in Regensburg zuerst den Wunsch nach Frieden vernehmen; in gleichem Sinne entfaltete für Kurmainz der bewegliche und wandelbare Coadjutor Carl Theodor von Dalberg seine Thätigkeit. Am 20. Oct. kam von Kurmainz ein förmlicher Antrag auf Friedensverhandlungen, die der Kaiser, im Einverständniß mit Preußen, einleiten sollte; auch hatte Dalberg bereits mit der französischen Gesandtschaft in der Schweiz Berührungen gesucht. Der Antrag fand im Reichstage eifrige Fürsprecher; im Kurcollegium unterstützten ihn nicht nur Brandenburg und Pfalzbaiern, sondern auch Kurcöln; auch im Fürstenrath ward er mit sichtbarer Genugthuung aufgenommen. Entschiedener Widerspruch kam nur von Oesterreich und von Hannover, das durch England bestimmt war; doch konnte ihre Einsprache nicht hindern, daß der kurmainzische Vorschlag rascher, als es sonst Brauch war, verhandelt und am 22. Dec. zum Beschluß erhoben wurde.

Es war das der Augenblick, wo die Eroberung Hollands bevorstand und die französische Republik dort ihre erste Probe des neuen revolutionären Systems der Eroberung und Ausbeutung ablegte. Als 1672 eine ähnliche Gefahr bevorstand, war dies der Anfang einer antifranzösischen Allianz von monarchischen und republikanischen Staaten geworden; jetzt löste sich der lockere Bund der europäischen Könige. Damals gab der große Kurfürst das Zeichen des Widerstandes für die Unabhängigkeit der europäischen Staaten; jetzt gab Preußen das Signal zum Frieden mit dem westlichen Feinde. Damals zog Brandenburg, das eigne Land dem schwedischen Gegner preisgebend, an den Rhein; jetzt zog es seine Heere zurück, um erst nach zwanzig Jahren voll von Drangsalen und blutigen Kämpfen den deutschen Strom wieder mit seinen siegreichen Waffen zu begrüßen. Inzwischen war Oesterreich noch einmal festgehalten bei der Coalition, freilich nicht aus besseren Beweggründen, wie die waren, aus denen Haugwitz und Lucchesini Preußens Ausscheiden bewirkten. Die englischen Subsidien, die Rücksicht auf Rußland und die Hoffnung, wie auch der Krieg sich wenden möge, jedenfalls in Baiern oder Polen eine Entschädigung zu finden, gaben bei Thugut den Ausschlag für die Coalition. Die übrigen Stände des Reichs waren fast ohne Ausnahme kriegsmüde und sahen mit Ungeduld dem Frieden entgegen, dessen Vermittlung nun in Preußens Hand gelegt war.

Preußen hatte indessen einen weiteren entscheidenden Schritt gethan: es ließ die Hülle, die bis jetzt die Besprechungen untergeordneter Agenten verborgen hatte, vollends fallen und entschloß sich (Anf. Dec.) den Grafen Goltz zur Friedensverhandlung mit Frankreich nach Basel zu senden.

Wieder war es die polnische Sache, die in diesem Augenblick verhängnißvoll eingegriffen und die letzten Bedenken überwunden hat. Wir erinnern uns, wie Rußland fast unthätig es Preußen überließ, den beschwerlichen

Sommerfeldzug gegen die polnische Volkserhebung zu führen, die vergebliche Belagerung von Warschau zu unternehmen und sich durch einen Aufstand im eignen polnischen Gebiete bedrängen zu lassen. Die Frucht aller Anstrengungen war durch das Mißlingen vor Warschau vereitelt worden; Preußen hatte im Herbst ermüdet den Kampfplatz verlassen müssen. Statt, wie man gehofft, durch Bewältigung des Aufruhrs auch den Preis des Sieges zu ernten, mußte man seine Kraft in einer Menge kleiner undankbarer Kämpfe vergeuden. Diesen Moment hatte Rußland erwartet; rasch rückte jetzt ein ansehnliches Heer unter Suworoff vor, lieferte den Polen die letzten Entscheidungsschlachten bei Brecze (19. Sept.) und Maciejowice (10. Oct.), drängte auf Warschau los und nahm die polnische Hauptstadt im Sturm. Der ungeheure Menschenverlust kam bei dem russischen Feldherrn kaum in Vergleich mit dem Dienste, den er mit dieser schnellen Entscheidung der Politik seiner Kaiserin leistete. War Preußen im Sommer die Aufgabe zugefallen, den im vollen Wachsthum begriffenen Aufstand zu bekämpfen (eine Aufgabe, deren Lösung ihm mißlang), so war der glücklichere Nachbar jetzt mit einem Schlage Meister geworden über die schon erschöpfte und an innerer Zwietracht hinsiechende Insurrection. Mit dem Ruhm des entscheidenden Erfolges mußte auch der Vortheil nun Rußland zufallen. Daß es diesen Vorsprung gegen Preußen treulos ausbeutete, lag in der Natur der Dinge; die polnische Sache war ja von vornherein nicht dazu angethan, die Schule politischer Großmuth und Redlichkeit zu sein. Allein was hier geschah, überstieg doch ebenso sehr die Erwartungen, wie die Dimensionen der polnischen Angelegenheit.

Nachdem die russische Politik geraume Zeit allem Forschen und Drängen Preußens nur ein unheimliches Schweigen entgegengesetzt hatte, fand sie endlich die Sprache wieder, als sie die Botschaft von Suworoffs Siegen und von dem Falle von Warschau erhielt. Aber jetzt (October) enthüllte sich auch, daß die preußischen Forderungen, so wie sie gestellt waren, an Rußland keine Unterstützung fanden und daß Katharina viel eher geneigt war, Oesterreichs Vergrößerung als die Preußens zu fördern.*) Man fand Preußens Erwerbungen aus den früheren Jahren groß genug und damit verglichen seine Leistungen bescheiden. Man unterstützte Oesterreichs Anspruch an Krakau und Sendomir, der Preußen so unzulässig schien, daß es lieber auf die ganze Theilung verzichten wollte. War es Ernst oder nur Vorwand, die letzten Zerwürfnisse über den Haager Vertrag, die Unthätigkeit Preußens am Rhein und die Abberufung seiner Truppen gab jedenfalls trefflichen Stoff für Klagen und Vorwürfe. Auf Preußen übten diese Eröffnungen eine sehr nicht-

*) Für diese Vorgänge, deren Detail unserem Zwecke ferner liegt, verweisen wir auf die aus den Acten des preußischen Staatsarchivs gegebene Darstellung bei Sybel III. 301 ff.

bare Wirkung; es schwanden auch die letzten Bedenken gegen einen Friedensabschluß mit Frankreich und wenn die Unterhandlungen seit Ende November offener und ungescheuter aufgegriffen wurden, so war dies nur eine Rückwirkung der Petersburger Nachrichten. Man wollte sobald als möglich fertig sein im Westen, damit man seine ganze Kraft im Osten einsetzen könne und war entschlossen, lieber die Theilung überhaupt zu hindern, als sich die von Rußland gebotene Abfindung gefallen zu lassen.

Aber Rußland und Oesterreich hatten sich verständigt; in den Verhandlungen, die Tauenzien im December zu Petersburg mit Ostermann und Cobenzl pflog, kam es zum offenen Bruche. Der preußische Unterhändler schied mit einem Proteste aus den Conferenzen aus und Oesterreich und Rußland entschlossen sich nun, ohne Preußens Mitwirkung das Schicksal Polens zu entscheiden. Nicht mit Preußen, das die Last des polnischen Krieges getragen, sondern mit Oesterreich, das keinen Schwertstreich gegen den Aufstand gethan, schloß die Czarin am 3. Jan. 1795 ein Abkommen, das über den Rest von Polen verfügte. Rußland erhielt darin den Löwenantheil, über 2000 Quadratmeilen, Oesterreich davon etwa die Hälfte, Preußen den Rest, vorausgesetzt, daß es die Erwerbung der andern anerkenne.

An dem gleichen Tage ward zu Petersburg eine geheime Declaration unterzeichnet, deren Tragweite über die polnische Sache weit hinausging.*) Es war ein Schutz- und Trutzbündniß der beiden Kaiserstaaten, zur Eroberung und Vergrößerung geschlossen und kaum gegen einen Staat mit schärferer Feindseligkeit gerichtet, wie gegen Preußen. Die früheren Entwürfe von Josephs II. Politik, das osmanische Reich zu theilen, eine russische Secundogenitur in den Donauprovinzen und in Bessarabien aufzurichten und Oesterreich mit andern Beutestücken abzufinden, waren in dem Vertrage wieder aufgenommen. Dagegen ließ sich Oesterreich Entschädigungen in weitester Ausdehnung versprechen; die alten Projecte auf Baiern und die Hoffnung, auf französische Kosten sich zu vergrößern, waren noch nicht aufgegeben, aber es kam ein Neues hinzu: die Beraubung Venedigs. Gegen Preußen handelten die beiden Alliirten fortan immer gemeinsam; in der polnischen, in der türkischen Sache und wo sich Anlaß bot. In allen Fällen, so schloß das Aktenstück, wo Preußen einen der beiden Verbündeten angreifen sollte, wird sich der andere nicht auf die vertragsmäßige Hülfe beschränken, sondern mit allen seinen Kräften ohne Verzug gegen den gemeinsamen Feind verfahren.

Man kann die tiefe Treulosigkeit der alten Staatskunst, und die kurzsichtige Immoralität, womit sie im Momente eines Weltkampfes gegen die Revolution selber zu den revolutionärsten Mitteln griff, oder die fieberhafte Lüsternheit Thuguts auf Baiern, Polen, Venedig, Serbien in einem Augen-

*) Zuerst veröffentlicht von Miliutin, Krieg von 1799 I. 296—298.

blick, wo der eigne Boden ſchon bedroht war, man kann dies Alles nicht ſprechender zeichnen, als es in dieſem Aktenſtück geſchehen iſt. Gewiß, es gehörte guter Wille für Preußen dazu, neben zwei ſolchen „Verbündeten" im Kampfe auszuharren, und keiner von dieſen hatte ein Recht, nach dem letzten Schritt die preußiſche Politik um ihres Abfalls von den conſervativen Grundſätzen anzuklagen. Aber eines durfte man in Preußen doch nicht vergeſſen: daß man durch ſeine Politik wenigſtens einen Theil der Verſchuldung trug, daß es ſo weit gekommen war. Ein Separatfriede mit Frankreich, durch die Preisgebung der Rheingrenze erkauft, war für die Alliirten vom 3. Januar wahrſcheinlich ein geringerer Nachtheil als für Preußen ſelbſt; denn dieſes verließ damit die impoſante Stellung, die ihm Friedrich erworben, es ſpielte um ſeine Großmachtſtellung, wie um ſeine eigne Sicherheit.

Aber ſchon der Eindruck deſſen, was man raſch erfuhr, die treffliche Abrundung, die ſich Rußland geſchaffen, das Verlangen, Preußen ſolle die von ihm beſetzten Palatinate Sendomir und Krakau an Oeſterreich abtreten — ſchon der Eindruck dieſer Vorgänge war in Preußen der allerpeinlichſte. Lebhafter als je verwünſchte jetzt Lucheſini*) die „verhängnißvolle Allianz" mit Oeſterreich, die Preußen in den franzöſiſchen Krieg geſtürzt, damit ſich indeſſen Rußland und Oeſterreich in ſeinem Rücken ausbreiten konnten, und die Urheber der Reichenbacher Politik, unter denen er obenan ſeinen Schwager Biſchofswerder nennt, werden nachträglich von ihm noch verdammt. Er wünſcht nichts eifriger, als einen Frieden mit Frankreich, damit die Heere nach Oſten marſchiren könnten; Rußland würde dann wohl weniger zudringlich, Oeſterreich etwas coulanter werden. Freilich ſei das eben der Grund, warum Thugut Alles aufbiete, den Frieden zu hindern.

Den Erfahrungen in Polen kam bald Anderes zu Hülfe. Schon ſchickten Toscana und Spanien ſich an, ihren Frieden mit Frankreich zu machen; ein Zweig des Kaiſerhauſes und eine bourboniſche Königslinie ſöhnten ſich aus mit den „régicides" von 1793! In Holland regte ſich in der drängenden Sorge vor einer Invaſion der gleiche Wunſch und im deutſchen Reiche begehrte man nichts mehr, als durch Preußen zum Frieden zu gelangen. Es war nur allzuwahr, was Lucheſini damals ſchrieb: „Die Dinge liegen ſo, daß Jeder nur an ſein eignes Heil denken darf; drum predige ich offen den Frieden. Auch ſind bei uns die Miniſter, Manſtein und die öffentliche Meinung dafür; nur der König kann ſich von dem Vorurtheil noch nicht losmachen, das ihn mit dieſem unſeligen Kriege verknüpft."

Die Eindrücke, die im December und Januar die Verhandlung in Pe-

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 17. Januar.

tersburg weckte, waren freilich stark genug, um auch den König von seinem „Vorurtheil" zu heilen; sie entschieden den Entschluß zum Frieden.

Die Sendung Meyerinks zum Austausch der Gefangenen hatte die erste Anknüpfung mit den Franzosen gegeben; sein Auftrag ging dahin, deren Stimmung zu sondiren, und wenn diese günstig war, ihnen zu bedeuten: daß die preußische Regierung „nicht abgeneigt sei, in den Gesichtspunct mehrerer Reichsstände einzugehen, welche Frieden und preußische Vermittlung wünschten."*) Daß die Franzosen, zumal bei der schweren inneren Krisis, welche die Republik bedrängte, begierig den Gedanken eines solchen Friedens ergriffen, das ließ sich erwarten; es stand also für Preußen von dieser Seite nichts im Wege, den offenen und entscheidenden Schritt zur Verhandlung zu thun. Der persönliche Widerwille Friedrich Wilhelms II. vermochte nun nicht mehr, dem vielseitigen Drängen Stand zu halten. Aus Petersburg schrieb Tauenzien die bedenklichsten Nachrichten über die zunehmende Verwicklung mit den Ostmächten, im eignen Haus verfocht Prinz Heinrich, der Bruder Friedrichs II., mit der ganzen Leidenschaft seines Wesens und der in ihm tiefgewurzelten Vorliebe für Frankreich die Aussöhnung mit der Republik, unter den Ministern war keiner mehr, der zur Fortsetzung des Krieges zu rathen wagte, von den Verbündeten kündigte ihm (Ende November) Holland an, daß es eben mit den Franzosen in Unterhandlung getreten sei. So entschied sich denn am 1. Dec. der König für die Absendung eines Unterhändlers nach Basel und bestimmte dazu den Grafen Goltz, den früheren Gesandten in Paris. Doch sollte die Armee während der Unterhandlung nicht zurückgezogen werden. Die Freude seiner Minister war laut und allgemein. Unser Bericht, schrieb Finkenstein, hat also Eindruck gemacht; Gott sei Dank, daß man das Eisen in das Feuer bringt. Alvensleben hatte nur die Sorge, daß die Unterhandlung unter Waffen viel finanzielle Noth machen und ein energisches Auftreten in Polen hindern werde. Goltz, meinte er bezeichnend, wird einen schweren Stand haben zwischen der Eifersucht Meyerinks, den herrischen Rathschlägen Möllendorfs, den Intriguen Kalkreuths, den vorbereitenden Instructionen des Prinzen Heinrich, den Immediatbefehlen des Königs, den Privatbriefen Bischofswerders, der überwachenden Leitung Hardenbergs und schließlich den Weisungen des Ministeriums.

Die Instruction, die am 8. Dec. für Goltz ausgearbeitet ward, wies ihn zunächst an, die hie und da laut gewordene Vorstellung der Franzosen zu bekämpfen, als wolle Preußen nur scheinbar unterhandeln, um dann das

---

*) Nach einem Memoire von Haugwitz d. d. 13. Nov. 1794. Hier wie im Folgenden sind außer den früher zu Gebote stehenden Materialien die Acten des kön. preuß. Staatsarchivs benutzt worden.

Gehässige des Mißlingens Frankreich aufzubürden. Seine erste Aufgabe sollte der Abschluß einer Waffenruhe sein, in die Mainz und seine Besatzung mit aufgenommen werde. Für den Fall des Friedensschlusses war Preußen bereit, die französische Republik anzuerkennen, verlangte aber zugleich die Räumung seiner Gebiete links vom Rhein. Da der fränkische, oberrheinische und kurrheinische Kreis und eine Anzahl Reichsfürsten die preußische Vermittlung angerufen hatten, so sollte Goltz für diese und andere, die das Gleiche wünschten, Neutralität und Waffenstillstand bis zum Frieden erwirken. Von Polen sollte in der eigentlichen Unterhandlung keine Rede sein, doch ward der Gesandte ermächtigt, über den Stand der Angelegenheiten die nöthigen Erläuterungen zu geben. Die Anmuthung einer preußisch-französischen Allianz hatte er mit der Bereitwilligkeit freundschaftlicher Beziehungen und erweiterten Verkehrs zu erwiedern. Besonders lebhaft wünschte der König, als Vermittler des Friedens mit Deutschland und Holland angenommen zu werden; auch war er bereit, wenn die Franzosen es wünschten, für Sardinien, Oesterreich, England und Spanien die gleiche Aufgabe zu übernehmen. Weiter hatte Goltz zu erforschen, ob und was die Franzosen von ihren Eroberungen, namentlich den deutschen, zu behalten wünschten; er sollte der Republik anbieten, daß sie wie einst die französische Monarchie es gewesen, Bürge des westfälischen Friedens bleibe; das könne den Verlust deutscher Gebiete abwehren. Vielleicht sei Frankreich geneigt, eine Allianz mit Holland zu schließen, ohne Opfer an Land; Preußen habe dagegen nichts zu erinnern, vorausgesetzt, daß das Haus Oranien in seiner Stellung verbleibe. Da man vermuthete, daß Oesterreich den Gedanken des bairisch-belgischen Tausches noch nicht aufgegeben und vielleicht Frankreich darüber Eröffnungen gemacht, so hatte Goltz die französische Ansicht darüber zu erkunden. Wenn auf eine Entschädigung Oesterreichs die Rede kam, so wußte man dafür im Vertrauen keinen besseren Vorschlag zu machen, als die Abtretung von Salzburg. Wenn möglich, so sollte der Gesandte eine Clausel zu Gunsten der Emigranten durchsetzen.

Die eigentliche Schwierigkeit des Friedens, die Gebietsabtretung, war, wie wir sehen, hier nur leise berührt. Drum meinte Alvensleben, das genüge nicht; die Franzosen würden sicherlich das linke Rheinufer behalten wollen und man könne sie mit Waffengewalt zur Herausgabe nicht wohl nöthigen. Damit die Unterhandlung nicht beim ersten Schritt stocke, sollte der Gesandte für die eventuelle Abtretung und deren Bedingungen sogleich instruirt werden. Aber die anderen Minister hielten das für bedenklich; die Erwähnung einer Abtretung, meinte Finkenstein, könne den König von jeder Verhandlung zurückschrecken. Drum sei es besser, vorerst die Forderung der Franzosen abzuwarten, eine Ansicht, der sich auch Haugwitz anschloß. Es blieb also bei dem Anerbieten der Garantie des westfälischen Friedens, welche die Integrität des Reiches in sich einschloß.

Die Franzosen hätten gern die Unterhandlung nach Paris verlegt und

ſie dort unmittelbar durch den Wohlfahrtsausſchuß geleitet. Das lehnte Preußen ab, war indeſſen bereit, den Legationsrath Harnier dorthin zu ſenden, um die unmittelbare Beſprechung mit den Pariſer Machthabern einzuleiten. Während Goltz ſich in der zweiten Hälfte December nach Baſel begab und dort mit Bacher, dem franzöſiſchen Geſchäftsträger, die erſten Unterredungen pflog, reiſte Harnier nach Paris. Was Goltz mit Bacher beſprach, lautete nicht ungünſtig; der franzöſiſche Diplomat ſchien bereit, in die preußiſchen Anſichten einzugehen. Aber es trat raſch und unerwünſcht eine Wendung ein, welche die Ausſicht auf einen günſtigen Abſchluß weit in die Ferne ſchob.

Die Franzoſen hatten ſchon im Spätherbſt Fortſchritte in Holland gemacht, deren Leichtigkeit ſie von der Entkräftung des verbündeten Heeres wie von der Schwäche der inneren Zuſtände überzeugen mußte. Es regten ſich dort die Unzufriedenen von 1787 und drängten die franzöſiſchen Führer zu raſcher Benutzung ihrer Vortheile; die oraniſche Partei war tief entmuthigt, genügende Streitkräfte zur Abwehr nicht vorhanden, ein ſtrenger Winter überzog Flüſſe und Kanäle mit einer dichten Eisdecke und brach ſo die letzte natürliche Schutzwehr des Landes. Eben als die preußiſchen Unterhändler ſich nach Baſel und Paris begaben, drang Pichegru in unaufhaltſamem Siege in das offene Land ein und ehe der Januar zu Ende ging, war ganz Holland eine Beute des Feindes.

Wie ſank dadurch mit einem Male die Wagſchale zu Gunſten der Franzoſen! Nicht nur an Kraft und Hülfsmitteln kamen ſie ins entſchiedenſte Uebergewicht, auch ihr Selbſtvertrauen und ihre Prätenſionen erhielten dadurch eine unberechenbare Steigerung. Wir ſahen eben noch, wie kleinmüthig die preußiſchen Staatsmänner die Frage der Gebietsabtretung faßten, noch ſprachen ſie es nicht aus, aber zwiſchen den Zeilen ließ es ſich deutlich genug leſen, daß ſie ſich mit dem Gedanken vertraut machten, das linke Rheinufer verloren zu ſehen. Oder ſollten ſie im Ernſt geglaubt haben, mit der den Franzoſen angebotenen Garantie des weſtfäliſchen Friedens die Integrität des Reiches zu decken? Schwerlich war dieſe Auskunft etwas mehr, als der ſchwächliche Verſuch, vor dem König den bitteren Hintergrund ihrer letzten Gedanken noch zu verhüllen. Jene reſignirte Anſicht hatten ſie aber ſchon zu Anfang December ausgeſprochen, ſeitdem war, unter dem thatloſen Zuſehen Preußens Holland vor dem Feinde erlegen; wie wollten ſie nun verweigern, was ſie ſchon damals kaum mehr gehofft hatten, energiſch zu behaupten!

Unter ſo trüben Ausſichten traf Harnier in Paris ein und hatte vom 7. bis 9. Januar ſeine Verhandlung mit dem Wohlfahrtsausſchuſſe. Was die Franzoſen jetzt begehrten, verrieth in jedem Zuge die Rückwirkung der letzten Kriegsereigniſſe. Schon genügte ihnen die Hoffnung des Friedens nicht mehr; ſie begehrten ein Bündniß mit Preußen. Nur dieſe, wie ſie ſagten,

natürliche Allianz, auf die Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen gebaut, könne dem rastlosen Ehrgeiz Oesterreichs und den welterobernden Tendenzen Rußlands die Spitze bieten. Reiche Entschädigung in Norddeutschland, insbesondere Hannover, ward als Lockspeise geboten. Von einem Waffenstillstand wollten sie ebenso wenig hören, als von der Sicherstellung von Mainz; der Rhein als natürliche Grenze, das sei ein unwiderruflicher Grundsatz für die französische Republik. Höchstens mochten sie zugeben, daß den in Verlust gerathenen Fürsten eine Entschädigung im Reich angewiesen werde.

Was Harnier dagegen geltend machte, war zutreffend und richtig. Daß Deutschland Bedingungen mit Ehren nicht eingehen konnte, die seine Sicherheit wie seine politische Verfassung mit einem Streiche umwarfen, daß Preußen seine Mission, die leitende Großmacht im Reich zu werden, nicht damit beginnen durfte, daß es die schönsten Gebiete desselben dem Feind zuwarf, ja, daß für die Franzosen selbst ein solcher Friede niemals dauernd war, sondern einen Zankapfel zu immer neuem Streite zwischen beide Nationen warf, bei dem es denn doch zweifelhaft war, wer zuletzt der Sieger blieb — diese Sätze sind damals wahr gewesen, wie sie es heute sind; nur wird sich der begehrliche Ländergeiz niemals mit Gründen und Worten belehren lassen.

Auch die Zumuthung eines engeren Bündnisses lehnte der preußische Unterhändler ab; und seine Gründe wurden selbst von dem Wohlfahrtsausschuß als berechtigt anerkannt. Aber Alle waren auch einstimmig, daß dieser Umstand einen entscheidenden Einfluß auf die Bedingungen des Feindes habe; Frankreich könne sich in diesem Falle zu keinem Ersatz für die preußischen Verluste auf dem linken Rheinufer verpflichten. Ebenso wiesen die Franzosen den Gedanken einer Vermittlung für das Reich zurück; Preußens Thätigkeit dürfe sich nicht über Anwendung guter Dienste erstrecken und der Ausschuß behalte sich vor, mit jedem Reichsstand, der es wünsche, in besondere Verhandlung zu treten. Schon hier ließ sich, wie wir sehen, in rohen Umrissen der Plan der künftigen französischen Politik erkennen. Das mit England verknüpfte Oesterreich aus dem deutschen Westen zu verdrängen, für die Herstellung des eigenen Einflusses im Reich eine Brücke an Preußen zu finden, und an den mittleren und kleineren Reichsständen sich Schützlinge und Vasallen heranzubilden, dieser Idee der deutsch-französischen Trias, wie sie ein Jahrzehnt später von Bonaparte durchgeführt worden ist, sind schon die Männer von 1795 mit einem gewissen nationalen Instincte nachgegangen.

So hatte also die ganze Verhandlung nur dazu geführt, die hohen Ansprüche der Franzosen zu enthüllen; kaum daß diese noch im letzten Augenblick, als Harnier bei solchen Begehren an der Möglichkeit des Friedens überhaupt verzweifelte, eine Entschädigung für Preußens Verluste am linken Rheinufer in Aussicht stellten. Aber auf die Instruction, mit der Goltz und Harnier Berlin verlassen hatten, war in Paris durchweg ein verneinender Bescheid gegeben; alle wesentlichen Puncte, der Waffenstillstand, die Integrität

des Reiches, die Vermittlung für Deutschland wie die für Holland, Alles war unumwunden abgewiesen.

Wenn man in Berlin auf dieser Basis den Frieden gewähren wollte, so mußte man das eigene System, mit dem man in die Unterhandlung eintrat, fallen lassen; man mußte sich eingestehen, daß man den Frieden um jeden Preis wollte und schließen mußte. Eine billige Beurtheilung wird nun nicht verkennen, daß die Lage Preußens im höchsten Grade schwierig war; die ganze Geschichte von 1794, wie wir sie erfahren haben, belegt das auf jedem Blatte. Der Staat war finanziell erschöpft; man rechnete, daß im März seine Geldmittel für den Krieg zur Neige gingen. Land und Volk waren von schlaffen Friedensstimmungen überwuchert; die Aussicht auf eine große moralische Erhebung zu ungewöhnlichen Opfern unter dieser Politik überaus gering. Auf die Hülfe der andern deutschen Großmacht war nicht zu bauen; die Art, wie das Reich seit drei Jahren den Krieg mitgemacht, ließ auf jede Hoffnung auf dieser Seite verzichten. Dazu kamen nun die ungeschlichteten polnischen Wirren, die Spannung mit Rußland, das offne Zerwürfniß mit Oesterreich. Eben noch hatten diese beiden „Verbündeten" Preußens die schmachvolle Declaration vom 3. Januar unterzeichnet, deren ganze feindliche Spitze *gegen* Preußen gerichtet war. Ja noch mehr; in Berlin wollte man sichere Kunde haben, daß bereits eine Verhandlung Thuguts mit dem Wohlfahrtsausschuß gepflogen ward und die toscanische Regierung sich zum Zwischenträger für diese geheimnißvollen Verabredungen hergab.*) Man stand also der Gefahr gegenüber, einen doppelten Krieg am Rhein und an der Weichsel bestehen zu müssen; in dem letzteren war Oesterreich schon der Gegner, in dem andern konnte es zum Gegner werden, wenn die Gerüchte von Thuguts Verhandlung mit den Franzosen sich bestätigten und zum Ziele führten.

Für Oesterreich, das seit anderthalb Jahren überall sich hemmend in den Weg gedrängt, konnte demnach Preußen allerdings die Last neuer Kämpfe nicht zugemuthet werden; auch für das Reich nicht, das seit 1792 sich selbst so ruhmlos preisgegeben. Aber die Frage war, ob ihm sein eignes Interesse gestattete, um den Preis, den die Franzosen jetzt begehrten, den Frieden zu schließen? Die Geschichte hat darauf eine deutliche Antwort gegeben. Indem Preußen sich nach drei ruhm- und thatlosen Feldzügen für unfähig erklärte, seine eignen Gebiete zu schützen, legte es ein Geständniß von Schwäche ab, das seine Großmachtstellung wie seine Sicherheit gefährdete. Indem es den Franzosen den Rhein preisgab, ward es nicht nur den Traditionen der großen Fürsten untreu, die diesen Staat gegründet, es verzichtete auch auf die Gedanken künftiger Macht und Größe. Möglich, daß diesem Staate einst die leitende Stellung in Deutschland bestimmt war; aber sie konnte nimmer

*) Note des preuß. Minist. an Goltz d. d. 6. Januar. Dieselbe Ansicht spricht eine Note vom 23. Febr. aus.

damit erkauft werden, daß er sich unter die Dictate der Franzosen beugte. Nur der Schutz Deutschlands, nicht dessen Beraubung, gab ein Recht auf seine Beherrschung.

Die Macht der Franzosen stand aber keineswegs so unerschütterlich fest, daß man sich ihr blindlings beugen mußte. Die Gefahren eines Einverständnisses mit Oesterreich waren denkbar, allein sie wurden doch durch manches Andere im Schach gehalten, vor Allem durch die Abhängigkeit, die Oesterreich an England und Rußland knüpfte. Frankreich für sich allein war aber weit entfernt, unwiderstehlich zu sein. Noch rang die neue Regierung mit den jakobinischen Factionen einen Kampf um Leben und Tod; die furchtbare innere Krisis warf sich wahrscheinlich bald auch auf die äußeren Dinge zurück und hielt den Siegeslauf der Heere von selber auf. Die ganze Kriegsgeschichte von 1795 beweist, wie wenig die Republik noch in der Lage war, ihre Bedingungen mit den Waffen dem Ausland vorzuschreiben. Möglich, daß die Einsicht davon die damaligen Machthaber im letzten Augenblick doch bestimmte, Frieden auf mildere Bedingungen zu schließen; es war wenigstens des Versuches für Preußen werth, standhaft das Aeußerste zu erwarten.

Als die Eröffnungen Harniers jetzt nach Berlin gelangten, gingen die Meinungen des ministeriellen Triumvirats, das dort die auswärtige Politik leitete, völlig auseinander. Finkenstein war der Ansicht, man solle offen erklären, daß die Forderung der Rheingrenze es dem König unmöglich mache, Frieden zu schließen. Alvensleben dagegen meinte, man dürfe mit dem Abschluß nicht zögern, sonst gehe es wie mit den sibyllinischen Büchern. Wenn wir uns nicht schnell mit Frankreich verständigen, war seine Sorge, so geriethen wir in die entsetzliche Krisis, schlecht zu stehen mit der Coalition und noch schlechter mit Frankreich. Dort wird man uns die zu Basel gepflogene Verhandlung nicht verzeihen, hier nach der Eroberung Hollands sein Begehren schwerlich herabstimmen. Finkensteins Meinung führte also zu sofortigem Bruch, die Alvenslebens zum Separatfrieden und Bündniß mit Frankreich. Bei der Stimmung des Königs ließ sich ungefähr erwarten, wie er die Sachen ansehen würde: der Bruch war in seinen Augen ein verwegener, ja verzweifelter Schritt, aber inniger Anschluß und Bündniß mit Frankreich war ihm eine moralische Unmöglichkeit. Drum sagte ihm der mittlere Ausweg zu, den Haugwitz anrieth.*) Der Plan des Wohlfahrtsausschusses sei zu weit und unbegrenzt, als daß man sich sofort aussprechen könne. Aber abbrechen dürfe man auch nicht, in dem Augenblick, wo Frankreich der Coalition den furchtbaren Streich in Holland versetzt habe. Man solle darum Harniers Mittheilungen als nicht officielle betrachten, Barthelemys Eröffnungen abwarten und ihm allenfalls bedeuten, wie man überrascht sei über die weitgehenden Begehren des Wohlfahrtsausschusses, die mit den mäßigeren Ansichten von früher

*) Minist. Noten vom 27. und 28. Januar.

so wenig im Einklang ständen. Demgemäß erhielt Goltz die Weisung: wenn bei einer Unterhandlung zum allgemeinen Frieden alle Mächte übereinstimmten, Frankreich das linke Rheinufer abzutreten, so würde auch Preußen nicht auf seinen linksrheinischen Gebieten bestehen, sondern sich eine Entschädigung dafür auswirken; da das aber von zukünftigen Ereignissen abhänge, müsse man diese Frage auch auf die Zukunft vertagen.

Es lag in der Art dieser Politik, schrittweise zurückzuweichen. Erst war der Friedensgedanke im großen Stil gefaßt worden: als Vermittlung für das Reich, für Holland, für die ganze Coalition. Von Landabtretung war damals keine Rede gewesen. Dann hatte man die Integrität des Reiches durch die zaghafte Formel decken wollen, daß man die Franzosen zur Garantie des westfälischen Friedens beredete. Jetzt ließ man sich schon zu einer eventuellen Abtretung des linken Rheinufers herbei. Indem man so den Franzosen seine Schwäche zeigte, machte man ihnen nur Muth, auf ihren Forderungen zu beharren und Preußen zu weiterem Nachgeben zu drängen.

Man sollte gleich eine Probe davon erfahren. In Basel hatte Goltz mit Barthelemy die Besprechungen eben begonnen, als ein Unwohlsein, mit dem er schon gekommen war, sich zur tödtlichen Krankheit entwickelte und ihn am 6. Febr. hinwegraffte. Vorerst vertrat Harnier seine Stelle. Er unterhandelte mit Barthelemy im Sinne jenes Haugwitz'schen Vorschlags: die Grenzfrage auf den allgemeinen Frieden zu vertagen. Der Wohlfahrtsausschuß hatte schnellere Nachgiebigkeit erwartet und griff rasch zu der Taktik des Drohens und Trotzens zurück. Es ward die Miene höchsten Unmuths angenommen, ein naher Bruch in Aussicht gestellt, die eben noch gegebene Zusage, gegen die Festung Wesel keine Feindseligkeit zu üben, sollte nun nicht mehr gelten. Wie aber diesmal Preußen fest blieb, lenkte der Ausschuß ein und legte einen Vertragsentwurf vor, der auf den Haugwitz'schen Vorschlägen beruhte. Es sollte einfach Friede geschlossen, das Schicksal der linksrheinischen Gebiete beim allgemeinen Frieden entschieden, Preußens gute Dienste für die deutschen Reichsstände angenommen werden. Entschädigung für die Verluste war nicht zugesagt. Dem fügten die Franzosen nur noch den Wunsch bei, daß Preußen sich mit den scandinavischen Staaten und etwa mit Holland zu einer bewaffneten Neutralität oder einem Bündniß vereinige; vor Allem aber legten sie den größten Werth auf raschen, ungesäumten Abschluß. Die Preußen hatten eben die Erfahrung gemacht, daß man mit den Franzosen durch Festigkeit weiter kam, als durch Nachgeben; dies ungeduldige Drängen konnte ihnen zeigen, daß die Republik den Frieden nicht minder nöthig hatte, als sie selber.

Es war unter solchen Umständen nicht ohne Bedeutung, und gab einige Aussicht auf eine bessere Wendung, daß Hardenberg zum Nachfolger von Goltz ernannt ward. Derselbe war kein Anhänger des Friedens um jeden Preis. Er hatte seine Ansicht schon früher (13. Jan.) in einer Denkschrift niederge-

legt, deren Summe dahin ging: daß ein allgemeiner Friede das Wünschenswertheste, aber auch Unwahrscheinlichste, die Fortsetzung des Krieges für Preußen fast unmöglich und eine Sammlung neuer Kräfte im Frieden das dringendste Bedürfniß sei. Aber die Gedanken einer Allianz mit Frankreich, womit man in Paris so zudringlich hervortrat, wies Hardenberg wenigstens für den Augenblick als mit der Ehre und Politik gleich unverträglich zurück. Vielmehr müsse Preußen suchen, für sich und die Reichsstände, die seine Vermittlung verlangt, die Neutralität zu gewinnen, den bisherigen Alliirten die Gründe offen darlegen, warum man so handeln müsse, und sich mit ihnen so wenig als möglich entzweien. Hardenberg trug sich dabei noch mit dem Gedanken, daß man die Rheingrenze nicht opfern dürfe; der Friede, wie er ihn wollte, erstrebte zunächst die Neutralität des größten Theils vom Reich, und zwar ohne wesentliche Opfer erkauft.

Mit diesen Ansichten stand Hardenberg der Coalition schon näher, als Lucchesini und Haugwitz. Nach der Eroberung Hollands war ohnedies der Widerspruch gegen die Friedenspolitik wieder laut geworden, es tauchten Entwürfe auf, die freilich ebenso rasch bei Seite gelegt wurden, und man deutete sogar einen Augenblick den Abmarsch der Truppen nach Westfalen als den Anfang einer kriegerischen Bewegung. Unter diesen Eindrücken suchte sich Hardenberg, ehe er nach Basel ging, dem britischen Unterhändler zu nähern und ihn davon zu überzeugen, daß das wichtigste Hinderniß des Krieges für Preußen immer noch die Geldnoth sei. Auch kamen beide, trotz der bitteren Entzweiung vom October, so weit mit einander in's Reine, daß Malmesbury wenigstens versprach, seine Regierung darüber zu hören, indeß Hardenberg die Unterhandlung in Basel nicht allzuschnell betreiben wollte.*) So sollte die Entscheidung noch einmal verzögert werden, damit England Zeit zu einem neuen Subsidienvertrag gewinne, und in der That sehen wir die bekannten Unterhändler, Spencer und Paget, noch einmal thätig, auch Malmesbury in Verhandlung mit seinem Ministerium; allein bis sich darüber eine sichere Aussicht auf Erfolg zeigte, war auch zu Basel der Friede schon abgeschlossen.

Wie Hardenberg die bisherige Unterhandlung beurtheilte, dafür liegt uns eine eigenhändige Aufzeichnung von ihm vor.**) Der Eindruck der holländischen Erfolge und die Besorgniß vor Weiterem, meint er, hätte zum Nachgeben bestimmt, statt daß man hätte Energie zeigen sollen. Die Forderungen Preußens seien alle rund abgeschlagen und im Widerspruch mit Bachers ersten mäßigen Erklärungen Ungemessenes gefordert worden. Die Franzosen hätten immer von dem Uebergewicht gesprochen, das sie Preußen im Reich verschaf-

*) Malmesbury diaries III. 204 ff. 229 ff. 244.

**) Ein Blatt aus seinem Nachlasse, mit Notizen, die er sich zu eigenem Gebrauche mit Bleistift aufgezeichnet hatte.

sen wollten, und doch selbst dessen Vermittlung für die Reichsstände verweigert. Preußen habe den Franzosen Vorstellungen über das linke Rheinufer gemacht, aber in der Sache sich nachgiebig erwiesen; man dürfe nur die Instructionen an Goltz und den Gang der Verhandlungen vergleichen, um zu sehen, welch eitlen Hoffnungen man sich hingab. Hätte man sich vor dem Gedanken des Bruches nicht gescheut, so wäre wahrscheinlich der ehrenvollste Friede für Preußen und das Reich erlangt worden.

Die Instruction, die Hardenberg erhalten,*) stimmte nicht zu diesen Ansichten. Darin war vor Allem ein weiterer kleiner Schritt der Nachgiebigkeit enthalten; der Gesandte ward ermächtigt, für die eventuelle Abtretung des linken Rheinufers zu stimmen, falls eine passende und genügende Entschädigung für Preußen gewährt ward. Er sollte den Plan einer Demarcationslinie für die neutralen Lande rechts vom Rhein, den Barthelemy in den Gesprächen mit Harnier vorgeschlagen, genehmigen; dann hatte er zu erforschen, wie weit die Franzosen dazu mitwirken würden, daß Preußen in Verbindung mit einem Theil der Reichsstände einen bestimmten Einfluß auf die allgemeine Herstellung des Friedens in Deutschland erlange; auch ermitteln, welches politische Loos Belgien bestimmt war. Außerdem war ihm aufgegeben, eine Entschädigung für das Haus Oranien zu erwirken.

Hardenberg erkannte die Situation besser, als die Minister. Er beurtheilte den Werth, den der Friede für die Franzosen hatte, durchaus richtig und sprach seine feste Ueberzeugung aus, daß sie auch dann abschließen würden, wenn man bei den ursprünglichen preußischen Forderungen stehen bleibe. Er meinte darum, es sei vollkommen genügend, wenn man die Grenzfrage in einem möglichst allgemein gehaltenen Artikel auf den allgemeinen Frieden vertagte; aber um dies zu erreichen, mußte man im Nothfall mit dem Bruche drohen. „Dafür, sagt er, wäre es ersprießlich, wenn ich zwei Sehnen an meinem Bogen hätte, und den Franzosen eine drohende und kriegerische Haltung zeigen könnte, falls sie auf meine Anträge nicht eingingen“ (16. März). Diese Ansicht erregte in Berlin vollen Schrecken. Man sehe, rief Alvensleben zürnend, daß Hardenberg kein Preuße, sondern ein Hannoveraner sei; es wäre gut zu wissen, was er insgeheim mit dem Herzog von Braunschweig und mit Malmesbury verhandelt hätte.**) Auch Haugwitz wollte nichts von solcher Kühnheit wissen. Er war mit der Fassung der Franzosen über die Rheingrenze einverstanden, wenn sie den Punkt in einen geheimen Artikel verwiesen und eine Entschädigung versprächen. Nur die Demarcationslinie wünschte er festgehalten; selbst die Bestimmung über das Haus Oranien war ihm kein Gegenstand, von dem man den Frieden abhängig machte.

---

*) d. d. 26. Februar.

**) Aus den Hardenberg'schen Excerpten. H. hat später unter das Blatt geschrieben: mihi parca non mendax dedit — malignum spernere vulgus!

Am 18. März kam Hardenberg nach Basel. Die nähere Anschauung, die er von den Verhältnissen gewann, die Aeußerungen Barthelemys und Bachers, die bedenklichen Nachrichten über die inneren Zustände Frankreichs — das Alles bestärkte ihn in seiner Ansicht, und der Gang der Unterhandlung gab ihm selbst die Probe, daß er die Dinge richtig beurtheilt. Der Wohlfahrtsausschuß hatte die Grenzfrage nicht in einen geheimen Artikel verwiesen haben wollen; Hardenberg bestand darauf, der Ausschuß polterte, aber gab schließlich nach. Ebenso hatte man es vorher in Paris entschieden verweigert, die preußische Verwendung für diejenigen Reichsstände zuzulassen, welche mit der Republik in Friedensverhandlung zu treten wünschten. Hardenberg nahm diese Forderung in der Form wieder auf, daß Frankreich diejenigen Reichsstände, welche binnen drei Monaten preußische Vermittlung anriefen, nicht als Feinde behandle. Auch das erregte in Paris lebhaften Sturm, man drohte abermals abzubrechen; allein da der preußische Unterhändler unwandelbar dabei beharrte und sich weiter dazu herbeiließ, für Hannover, dem die Franzosen keine Neutralität gewähren wollten, im Nothfalle die preußische Besetzung zuzusagen, so glaubte Barthelemy es nicht verantworten zu können, wenn an diesem Punkte der ganze Friede scheitere. Er genehmigte auf eigne Gefahr den Artikel und der Wohlfahrtsausschuß dachte natürlich nicht daran, darum den Vertrag zu verwerfen. Denn eben in den Tagen, wo diese letzten Verhandlungen stattfanden, hatte die republikanische Regierung in dem Aufstand vom Germinal ihre Existenz gegen die terroristische Partei kämpfend zu vertheidigen und es deutete Alles darauf hin, daß dies nicht das letzte Todeszucken der geschlagenen Factionen war. Wie unschätzbar mußte ihr in solchem Augenblicke der äußere Friede sein.

So ward am 5. April der denkwürdige Friede in Basel unterzeichnet.

Nach dem öffentlichen Vertrag schlossen Preußen und die französische Republik Frieden mit einander; Frankreich verpflichtete sich, die preußischen Gebiete auf dem rechten Rheinufer binnen 14 Tagen zu räumen, die auf dem linken Ufer hielt es besetzt; die endgültigen Feststellungen sollten bis zum allgemeinen Frieden verschoben bleiben. Die Verkehrsverhältnisse sollten auf den Fuß, auf dem sie sich vor dem Kriege befanden, zurückgeführt werden; zu diesem Ende ward auch für den Norden Deutschlands die Freiheit des Verkehrs wieder hergestellt und der Schauplatz des Krieges von dort entfernt gehalten. Die Auswechslung der Gefangenen erstreckte sich auch auf die Contingente von Sachsen, Kurmainz, Pfalzbaiern und beiden Hessen. Endlich ward — dies hatte Hardenberg noch zuletzt durchgesetzt — die Friedensvermittelung Preußens zu Gunsten derjenigen Reichsstände angenommen, welche Preußen schon darum angerufen haben oder noch anrufen werden. Es sollten namentlich binnen drei Monaten nach Ratification des Vertrages von Frankreich alle diejenigen Fürsten und Stände auf dem rechten Rheinufer nicht als Feinde behandelt werden, für welche Preußen sich verwenden werde. Doch

fügte die französische Regierung den Nachtrag hinzu, daß dies von Oesterreich nicht gelte.

In den geheimen Artikeln versprach Preußen, weder gegen Holland noch gegen ein anderes von französischen Truppen besetztes Gebiet etwas Feindliches zu unternehmen. Frankreich verbürgte für den Fall, daß es seine Grenze beim allgemeinen Frieden bis an den Rhein ausdehne, Preußen eine Entschädigung, die den abgetretenen Gebieten am linken Rheinufer entspreche. Wenn auch das pfalzzweibrückische Gebiet an Frankreich falle, versprach die Republik die Schuld von 1,500,000 Thalern, die Preußen an den Herzog zu fordern hatte, auf sich zu nehmen. Damit, wie es im öffentlichen Vertrag versprochen war, Norddeutschland vom Kriege unberührt bleibe, sollte eine Demarcationslinie gezogen werden, welche die französischen Kriegsoperationen nicht überschreiten dürften; die hinter dieser Linie gelegenen Gebiete sollten von Frankreich als neutral angesehen, aber auch von ihnen die Neutralität streng eingehalten werden. Im Falle Hannover sich weigere, solle Preußen zur besseren Garantie dieser Neutralität das Land in Verwahrung nehmen. *)

Hardenberg sprach sich über den Abschluß des Friedens sehr befriedigt aus; er glaubte erreicht zu haben, was zu erreichen war. „Ich halte, schrieb er, **) den Frieden für sicher, vortheilhaft und ehrenvoll; für sicher, weil die Neutralität des größeren Theils von Deutschland, besonders des nördlichen, festgesetzt und für die übrigen Reichsstände ebenfalls ein dreimonatlicher Waffenstillstand ausgemacht ist, wodurch bald das ganze Reich neutral sein wird. Für vortheilhaft, weil wir einen verderblichen und kostbaren, über unsere Kräfte gehenden Krieg endigen, dem Lande die Wohlfahrt des Friedens wiedergeben,

---

*) In einer Abschrift, die Hardenberg an Möllendorf schickte, besteht der Vertrag aus folgenden Theilen: zuerst dem öffentlichen Tractat, wie er bei Martens VI. 495 ff. abgedruckt ist; dann folgen (gleichlautend mit dem Abdruck im Manuscrit de l'an trois) als Separatartikel die Bestimmungen über die Demarcationslinie und den Einschluß der Grafschaft Sayn in dieselbe; ferner als „articles séparés et secrets" die übrigen und zwar zuerst die auch im Manuscrit obenanstehenden beiden Sätze, dann ebenfalls damit gleichlautend die Bestimmung wegen Zweibrücken und der Zusatz zu Artikel 11 („les dispositions de l'article 11 du présent traité ne pourront s'étendre aux états de la maison d'Autriche.") Daran schließt sich endlich ein Blatt mit den geheimen Artikeln, die im Manuscrit fehlen: 1. Dans le cas que le gouvernement d'Hanovre se refusât à la neutralité, S. M. le Roi de Prusse s'engage à prendre l'Electorat d'Hanovre en depôt, afin de garantir d'autant plus efficacement la république française de toute entreprise hostile de la part de ce gouvernement. 2. quoique le passage des troupes soit françaises soit de l'Empire ou autrichiennes par la ville de Francfort soit stipulé par l'article 1er de la convention du . . . , il ne pourra être placée ni garnison française ni autrichienne dans cette ville.

**) Aus einer Depesche an Möllendorf d. d. 6. April.

und besser im Stande sind, in Polen die Sachen gut zu beendigen, ferner weil wir Frankreichs Allianz und Freundschaft in der Folge für uns erhalten und im Falle Frankreich das linke Rheinufer behält, wir nichts verlieren, sondern durch die zugesicherte Gebietsentschädigung eine gute Entschädigung erhalten können; endlich weil uns sogar die an Zweibrücken geliehenen Gelder gesichert sind. Ich halte ihn für ehrenvoll und vortheilhaft zugleich, weil der Einfluß, welchen uns die angenommene Vermittlung und Neutralität gegenüber dem Reich gibt, nicht nur uns viel Nutzen schaffen kann, sondern auch rühmlich ist und ein großes Uebergewicht gegen den Wiener Hof gewährt. Gott gebe nun, daß dieses Beispiel recht allgemein wirken und allgemeine Ruhe hergestellt sein möge!"

Wir theilen diese Aeußerungen mit, weil einem Manne, der den vielberufenen Frieden von Basel abgeschlossen hat, wohl auch das Wort zur Rechtfertigung seines Werkes gegönnt werden darf. Seine Schöpferfreude erklärte sich, wenn man erwog, daß er zu einem Abschluß auf ungünstigere Bedingungen ermächtigt war und über seine Instruction hinaus Vortheilhafteres erreicht hat. Auch tröstete er sich mit der doppelten Hoffnung, der Separatfriede werde bald zum allgemeinen werden und bei der nur eventuellen Abtretung des linken Rheinufers die Grenzfrage dann eine für Deutschland günstige Erledigung erhalten. Daß er diese Ansicht noch einige Zeit im Ernste festhielt, davon werden wir uns später überzeugen. Für uns Nachgeborene liegt freilich der beste Maßstab dafür, was der Friede an „Sicherheit, Vortheil und Ehre" gewährt hat, in dem Gange der folgenden Begebenheiten. Wie der Friede selbst kein vereinzeltes, ja nicht einmal ein unerwartetes Ereigniß, sondern das Resultat einer Entwicklung von Jahren gewesen ist, so wird auch die nun folgende Geschichte am sichersten bewähren können, wie weit die Genugthuung Hardenbergs über das Friedenswerk berechtigt war.

Die drei Kriegsjahre, die der Friede von 1795 abschloß, hatten die gesammte Lage Deutschlands umgestaltet. Die Ohnmacht und Hülflosigkeit des Reiches war nun greller als je vor aller Welt aufgedeckt, dessen Auflösung um ein gutes Stück näher gebracht. Die neue Dreiheit, auf die Frankreich in Basel hindeutete, Oesterreich im Osten, Preußen im Norden, der französische Einfluß im Süden und Westen, ließ die Staatenordnung ahnen, welcher Deutschland zunächst entgegenging. Frankreich war an den Rhein mitten ins deutsche Gebiet vorgerückt, Rußland hatte im Osten den Zwischenraum, der es von Deutschland trennte, übersprungen; die unsicheren Vergrößerungen aus der polnischen Beute, womit sich Oesterreich und Preußen hatten abfinden lassen, waren unberechenbar theuer erkauft durch den Fortschritt Rußlands nach Westen und durch die Ausbreitung Frankreichs, die eben auch nur aus der Zersplitterung der deutschen Kräfte in der polnischen Krisis hervorgegangen war. Der Zauber der alten militärischen Ueberlieferung und

ihrer überlegenen Kraft war dahin; es kam eine neue Zeit der Kriege und Siege, deren Geheimniß wir erſt erlernen mußten. Der Bund der beiden deutſchen Großmächte, aus dem faulen Frieden von Reichenbach hervorgegangen und nur aus einer unklaren Tendenzpolitik, nicht aus natürlichen Intereſſen damals abgeſchloſſen, war, wie es das Schickſal ſolcher Verbindungen iſt, raſch gelöſt worden und in die bitterſte Entzweiung umgeſchlagen. Dieſen verderblichen Zwieſpalt auszugleichen, dazu waren aber in Wien wie in Berlin die ſtaatsmänniſchen Perſönlichkeiten jener Tage weniger als jemals angethan; in beiden lebte wohl der Groll und das Mißtrauen, welche in der Epoche Friedrichs II. und Maria Thereſia's Oeſterreich und Preußen getrennt hatten, aber das war auch die einzige Ueberlieferung, die aus jener großen Zeit ihnen geblieben war.

Berlin, Druck von W. Vormetter.

Digitized by Google

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN
THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY
WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH
DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY
OVERDUE.

OCT 21 1958

15 May58 MF

REC'D LD

MAY 1 1958

LD 21–20m-5,'39 (9269s)

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN
THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY
WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH
DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY
OVERDUE.

OCT 21 1958

15 May58 MF

REC'D LD

MAY 1 1958

LD 21–20m-5,'39(9269s)

RE 43577

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN
THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY
WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH
DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY
OVERDUE.

OCT 21 19[illegible]

15 May58 MF

REC'D LD

MAY 1 1958

LD 21–20m-5,'39 (9269s)

Digitized by Google